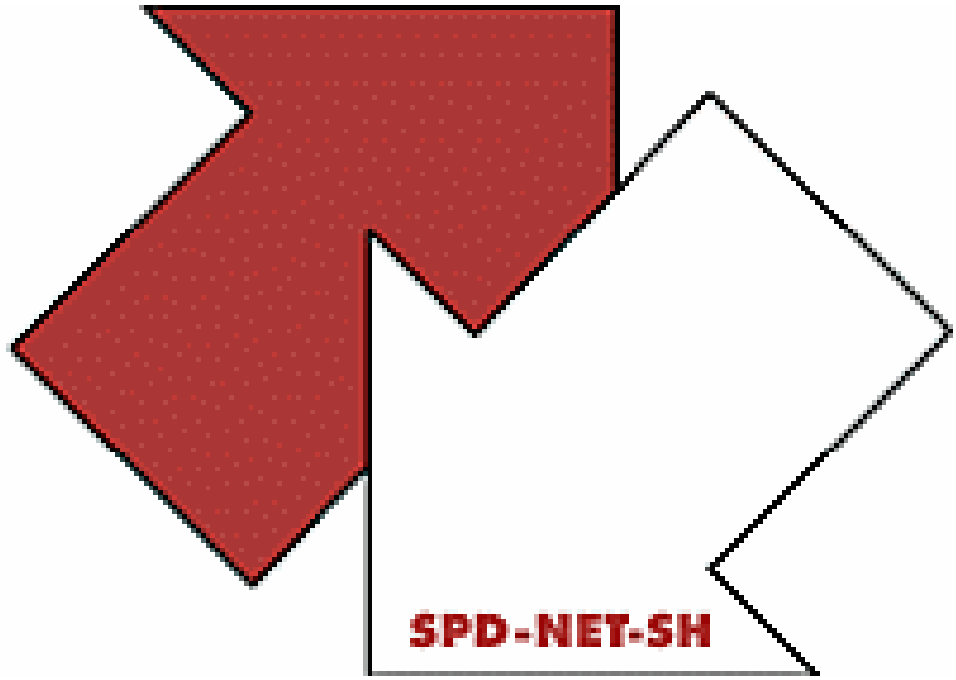
SPD-NET-SH
Die Internetkooperative der
SPD-Kreisverbände in Schleswig-Holstein

Artikelarchiv 2004



Die Artikel sind auf der Webseite der Internetkooperative SPD-NET-SH und auf den Seiten der angeschlossenen Gliederungen der SPD erschienen. Insoweit liegt die Verantwortung wie auch das Copyright bei SPD-NET-SH und bei den jeweiligen Autoren der Beiträge.

Ein Nachdruck ist mit ausdrücklicher Angabe der Quelle zulässig.

Norderstedt, im Dezember 2008

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 05.01.2004, 17:58 Uhr - 854 Clicks - Nr. 1*

Knut Krienitz-Hadinek in der Bürgersprechstunde der SPD am 08.01.2004

Der "Sozialexperte" der SPD-Fraktion ist am Donnerstag, dem 08.01.2004, von 16.00 - 17.30 Uhr in der Bürgersprechstunde der SPD. Er beantwortet dort gerne Ihre Fragen und nimmt Ihre Anregungen entgegen.
Knut Krienitz-Hadinek, der in der letzten Wahlperiode "nur" als Nachrücker in die Stadtvertretung gekommen war, ist in der laufenden Wahlperiode auf der Grundlage seiner Kandidatur auf dem Listenplatz des SPD-Ortsvereines in die Stadtvertretung gewählt worden.

Auf der Basis seiner beruflichen Taetigkeit und Erfahrung wurde er dann, nach dem Ausscheiden von Ole Joensson, von der SPD als Mitglied fuer den Ausschuss für Jugend und Soziales vorgeschlagen.

Keine Kommentare

SPD-NET-SH - *veröffentlicht am 05.01.2004, 20:39 Uhr - 34767 Clicks - Nr. 2*

Leitantrag Bildung - Diskussionsentwurf



Liebe Genossinnen und Genossen,

der Landesvorstand hat am 29. Oktober 2003 beschlossen, am 7. März 2004 einen außerordentlichen Landesparteitag zur Bildungspolitik durchzuführen. Die Einberufung dieses Parteitages ist Anfang November erfolgt.

In seiner Sitzung am 17. Dezember 2003 hat der Landesvorstand für diesen Landesparteitag am 18.12 2003 einen Leitantrag "Lernen für die Zukunft" einstimmig beschlossen. In diesem Leitantrag geht es insbesondere um langfristige Perspektiven der Bildungspolitik in Deutschland und in Schleswig-Holstein. Damit hat der Landesvorstand erneut ein Thema von großer politischer Relevanz angepackt um die Landespartei zu positionieren und zu profilieren.

Dieser Beschlusstext entstand unter Federführung von Detlef Buder nach mehreren Anhörungen unterscheidlicher Personengruppen aus verschiedenen Bereichen der Bildungspolitik entsprechend unseres erweiterten Bildungsbegriffs. Mit der Landtagsfraktion und der Bildungsministerin ist dieser Antrag im Vorfeld intensiv beraten und abgestimmt worden.

Hiermit erhaltet ihr den Antrag zur weiteren Beratungen in den Ortsvereinen und Kreisverbänden. Antragsschluss für den Parteitag am 7. März 2004 ist der 21. Februar 2004.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Claus Möller
Landesvorsitzender

Download des Leitantrages hier

Kommentar von Willi Zentner vom 30.01.2004, 17:46 Uhr:
RE:Leitantrag Bildung - Diskussionsentwurf
moin markus,
heute ist es mir gelungen, den leitantrag auf meinem pc zu speichern. Beim download wurde lediglich die pdf-datei geöffnet - aber die kann man ja speichern.
Nun will ich mal sehen, was es denn inhaltlich gibt.

Mit sozialistischen Grüßen
Willi

Kommentar von Konstanze Rüchel vom 25.01.2004, 01:00 Uhr:
RE:Leitantrag Bildung - Diskussionsentwurf
Lieber Genosse Webmaster,
ich habe versucht den o.g. Leitantrag down zu laden - leider erfolglos. Bitte sendet ihn mir an meine Mailadresse. Danke!
mit sozialistischen Grüßen
Konstanze

Kommentar von Markus Hagge vom 13.01.2004, 18:14 Uhr:
RE:Leitantrag Bildung - Diskussionsentwurf
Der Download sollte jetzt wieder funktionieren

Kommentar von willi zentner vom 12.01.2004, 22:51 Uhr:
RE:Leitantrag Bildung - Diskussionsentwurf
Genossinnen und / oder Genossen, wieso funktioniert denn der download des Leitantrags nicht?

mfg Willi

Kommentar von buder,detlef vom 06.01.2004, 00:13 Uhr:
RE:Leitantrag Bildung - Diskussionsentwurf
Ich würde mich sehr freuen wenn sich möglichst viele nutzer dieses neuen Mediums an der Diskussion beteiligen könnten. Nur so kann eine noch breitere Entscheidungsgrundlage für den Parteitag im März geschaffen und geschafft werden. Insbesondere Sollten sich Bildungsbetroffene äußern. Detlef

SPD-Brunsbüttel - *veröffentlicht am 05.01.2004, 23:30 Uhr - 1559 Clicks - Nr. 3*

öffentliche Vorstandssitzung großer Erfolg

Die erste öffentliche Vorstandssitzung der SPD Brunsbüttel auf der Südseite stieß auf großes Interesse.

Zu der Veranstaltung am 5.1. im Hamburger Hof war insbesondere die "Initiative Brunsbüttel Süd" zur Diskussion eingeladen. Insgesamt waren am Montag Abend mehr als 30 politisch interessierte Bewohner der Südseite erschienen, um im direkten Meinungsaustausch über die Zukunft ihres Stadtteils zu sprechen. Inhaltlich wurden neben den Möglichkeiten zur Nutzung des Kali-Geländes (ein brach liegendes schadstoffbelastetes Industriegelände unmittelbar hinter dem Elbdeich) auch die

kleinen und großen Sorgen der Bürger angesprochen. Die SPD-Fraktion wird diese Anregungen zunächst intern diskutieren und in den Fachausschüssen zur Sprache bringen.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 06.01.2004, 10:24 Uhr - 581 Clicks - Nr. 4*

Schlechter Jahresauftakt für den Seehafen

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Cathy Kietzer, erklärt:
"Leider fängt das neue Jahr mit weiteren schlechten Nachrichten für den Seehafen an. Nachdem Frau Volquartz mit Zustimmung der CDU und Grünen den Seehafen Kiel daran gehindert hatte, die Firma Cellpap zu übernehmen, musste diese Insolvenz anmelden. Bereits vorher war klar, dass dieses nicht ohne Konsequenz für den Seehafen bleiben würde. Zwei große Kunden sind jetzt nach Hamburg abgewandert.
Es ist schon ein großes Problem, dass Frau Volquartz ihre verschiedenen Rollen und Aufgaben nicht zu trennen vermag. Ein Blick in das Gesellschaftsrecht hätte genügt, um ihre Aufgabe als Aufsichtsratsvorsitzende zu erkennen nämlich: Seehafen "zu fördern, zu beraten und zu kontrollieren." Vor allem aber steht es ihr nicht zu, sich laienhaft in die Geschäftsführung einzumischen.
Hafenpolitik ist Standortpolitik, eine der wichtigsten Aufgaben einer Hafenstadt! Der Kieler Hafen produziert seit Jahren Überschüsse dank eines hervorragenden Managements. Und diesem Management will sie jetzt das operative Geschäft wegnehmen, was schwere Verluste für den Seehafen bedeuten würde.
Mir ist kein Beispiel bekannt, wo eine Aufsichtsratsvorsitzende das eigene Unternehmen so diskreditiert. Aber natürlich müssen auch die weiteren Mitglieder des Aufsichtsrates nach ihrer Verantwortung gefragt werden. Frau Volquartz hätte ja schon längst gebremst werden können. Wer berät Frau Volquartz? Welche Interessen stehen dahinter?
Die von Frau Volquartz seit September verursachte Hängepartie ist Gift für das Hafengeschäft.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 06.01.2004, 10:43 Uhr - 1548 Clicks - Nr. 5*

SPD-EngelsbyStraßenbeleuchtung auf dem Prüfstand

Schon seit längerem beschäftigt sich der Infrastrukturausschuss u. a. mit der maroden Flensburger Straßenbeleuchtung. In erster Linie geht es um Einsparung von Betriebskosten.
Die Stadtverwaltung möchte in manchen Bereichen die Nachtbeleuchtung entweder reduzieren, bzw. in Gewerbegebieten ganz einstellen.
Der derzeitige Sachstand bei der Beleuchtung sieht so aus, dass in weiten Teilen der Stadt die Ausstattung veraltet ist und in den kommenden Jahren erneuert werden muss. Neue Anlagen entsprechen dann auch dem neuesten Stand der Richtlinien.
Im Klartext: In einigen Straßenzügen würde es sogar heller werden (trotz Reduzierung der Beleuchtungsstärke). In anderen Teilen allerdings auch viel dunkler!
- Wo, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger gibt es in Engelsby Straßen, die mehr oder weniger beleuchtet werden können (müssen)?
- Wo gibt es Bereiche in denen die Straßenbeleuchtungen zeitweise reduziert werden können/sollten?

Machen Sie Vorschläge damit wir diese im Infrastrukrurausschuss vortragen können.
Wir freuen uns auf Ihre Zuschriften.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 06.01.2004, 12:43 Uhr - 764 Clicks - Nr. 6*

Öffentlichkeit über Bundeswehrgespräch informieren



Der bundeswehrpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Bernd Vogelsang, erklärt:
"Nachdem Frau Volquartz Mitte Dezember zu einem Gespräch beim Bundesminister der Verteidigung nach Berlin gereist war, sind bis heute keine Informationen über Inhalt und Ergebnisse für die Öffentlichkeit bekannt gegeben worden.
Die SPD-Fraktion geht davon aus, dass Frau Volquartz nicht Weihnachtseinkäufe getätigt, sondern Erkenntnisse gewonnen hat, die für die Landeshauptstadt Kiel wichtig sind. Die Mitglieder der Ratsversammlung haben Anspruch auf umfassende Unterrichtung. Fragen zur Zukunft des Bundeswehrstandortes Kiel und der zivil-militärischen Zusammenarbeit im Bereich des Marinestützpunktes haben eine zu große Bedeutung. Sie dürfen nicht nur hinter verschlossenen Türen erörtert werden. Die OB als Teamspielerin lässt hier die viel zitierte Zusammenarbeit vermissen. Die SPD-Fraktion fordert in einer Ratsinitiative einen öffentlichen Bericht der Oberbürgermeisterin, in welchem sie die Ergebnisse ihrer Berlinreise darstellt und Vorschläge zur Stabilisierung des Bundeswehrstandortes Kiel aufzeigt."
***
Antrag zur Ratsversammlung am 15.1.2004:
Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, der Ratsversammlung über die Ergebnisse ihrer jüngsten Gespräche mit dem Bundesminister der Verteidigung zu berichten. Soweit möglich sind die Auswirkungen des neuen Stationierungskonzeptes auf die Landeshauptstadt Kiel darzustellen und Vorschläge zur Festigung und Stabilisierung des Bundeswehrstandortes Kiel aufzuzeigen.
Begründung:
Im Zuge der Bundeswehrreform werden nach Angaben des Bundesministers der Verteidigung etwa weitere 100 Standorte geschlossen. Kiel muss von weiteren Reduzierungen verschont werden und alle Anstrengungen und Maßnahmen zum Erhalt des Bundeswehrstandortes müssen von Verwaltung und Ratsversammlung unternommen werden.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 07.01.2004, 09:44 Uhr - 652 Clicks - Nr. 7*

Platter Vorwahlkampfversuch zur Landtagswahl



Die hochschulpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion, Gesine Stück, erklärt:
"Gegen einen Lehrstuhl für Schienenfahrzeugtechnik, der auch noch von der Wirtschaft gewünscht wird, wird sich in der Ratsversammlung natürlich kein Arm heben.
Deshalb werde ich meiner Fraktion bei der Antragberatung empfehlen, den schwarz-grünen Antrag wohlwollend zu behandeln. Gleichwohl: Schwarz-grün soll den Bürgerinnen und Bürgern nicht vorspiegeln, dass die Ratsversammlung oder die Oberbürgermeisterin über die Schaffung eines neuen Lehrstuhls für Schienenfahrzeugtechnik an einer öffentlichen Hochschule entscheiden dürfe.

Dieses liegt nach der Landesverfassung allein in der Zuständigkeit des Landes bzw. in der Hochschulautonomie und die Herren Oschmann und Weyher wissen das natürlich. Die Öffentlichkeit erlebt mit dem schwarzgrünen Schienenfahrzeugtechniklehrstuhlantrag ein platter Vorwahlkampfversuch für die Landtagswahlen. Pikanterweise von einem Mitarbeiter einer mit der SPD koalierenden grünen Landtagsfraktion, der in Kiel schwarz kooperiert."

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 07.01.2004, 10:49 Uhr - 5390 Clicks - Nr. 8*

Schulung des Internetsystems

Der Kreisverband Segeberg wird wieder eine Internetschulung anbieten.
Interessierte GenossInnen müssen sich unbedingt vorher (bis ca. 12.01.04) bei dem stellv. Kreisvorsitzenden und Kreiswebmaster Martin Preuschhof unter preuschhof@spd-segeberg.de anmelden.

Die Schulung wird um 9.30 Uhr beginnen. Je nach Teilnehmeranzahl wird es eine Anfänger- und Fortgeschrittenenschulung geben. Bei genügend Nachfrage kann es also zu zwei hintereinander stattfindenen (9.30 und 12.30 Uhr) Terminen kommen. Deshalb bei der Anmeldung unbedingt die Erreichbarkeit für die Bekanntgabe des genauen Termins beachten (Email und Telefonnummer) und kurz einschätzen ob eher Anfänger oder schon ein paar Kenntnisse vorhanden sind.

Die Schulungen wird der Kreisverband aller Voraussicht nach in diesem Jahr fortsetzen d. h. wie im letzten Jahr 2 -3 weitere Termine anbieten.

Für Rückfragen: Tel. 0170 - 20 69 8 59 Preuschhof

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 07.01.2004, 15:06 Uhr - 1192 Clicks - Nr. 9*

Thesen zur Diskussion um "Eliteuniversitäten"

"Das Bekenntnis der **Weimarer Erklärung des SPD-Vorstandes zu verstärkten Investitionen in Bildung und eine Förderung von Spitzenleistungen** sind ein richtiges und zukunftsweisendes Signal", erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD Landtagsfraktion Jürgen Weber. Der diffuse **Vorschlag für "Eliteunis" ist dagegen mit Vorsicht zu genießen** . Einige Thesen dazu unter "mehr".
Jürgen Weber 07.01.2004

Thesen zur „Elite-Universität“

In der „Weimarer Erklärung“ des Parteivorstandes wird formuliert:

„Wir brauchen neben einer höheren Anzahl von Hochschulabsolventen eine stärkere Förderung von Spitzenleistungen. Wir wollen die Struktur der Hochschullandschaft so verändern, dass sich Spitzenhochschulen und Forschungszentren etablieren, die auch weltweit in der ersten Liga mitspielen und mit internationalen Spitzenhochschulen wie Harvard und Stanford konkurrieren können.“

Die Pressereaktion auf die Initiative von Generalsekretär Olaf Scholz war zurückhaltend bis ausgesprochen kritisch; in der Kritik ging es dabei um zwei Punkte: die Finanzierung und die Kompatibilität mit sozialdemokratischer Bildungs- und Gesellschaftspolitik.

Diese Kritik ist im Wesentlichen berechtigt. Nach der geltenden Verfassungs- und Rechtslage sind die Hochschulen Aufgaben der Bundesländer, mit Ausnahme der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau.

In den letzten Tagen wurde erhebliche Unklarheit darüber geschaffen, ob es sich um ein einziges bundesweites Modellprojekt handeln solle oder um mehrere, bis zu zehn „Elite-Hochschulen“. In jedem Fall geht es nicht um eine flächendeckende Ausstattung, bei der jedes Bundesland mindestens eine entsprechende Einrichtung haben sollte.

Die Realisierungsmöglichkeiten sind folgende:

1. Durch entsprechende Änderungen in der Rechtslage errichtet der Bund Hochschulen des Bundes auf eigene Kosten.

2. Es werden neue Einrichtungen der Länder, evtl. mit finanziellen Beihilfen des Bundes gegründet. Dies ist angesichts der finanziellen Lage aller Bundesländer nicht realistisch.

3. Es wird ein Gemeinschaftsprogramm des Bundes und aller Bundesländer aufgelegt. Dies würde bedeuten, dass einzelne Bundesländer (unter denen sich mit Sicherheit Schleswig-Holstein befinden würde) erhebliche finanzielle Leistungen zu Gunsten von Einrichtungen zu erbringen hätten, deren Standort mit allen damit verbundenen finanziellen Vorteilen ein anderes Bundesland wäre, vermutlich Hamburg. Auch dies ist angesichts der Lage des schleswig-holsteinischen Landeshaushaltes nicht realistisch.

4. Es handelt sich dabei um reine Privathochschulen, deren Finanzierung und inhaltliche Gestaltung ausschließlich Sache der Wirtschaft wäre.

Nur die letztere Option entspricht dem offensichtlich als Modell genommenen Hochschulwesen der USA. Die dortigen sogenannten „Elite-Universitäten/Spitzenhochschulen“ wie Harvard sind durchweg Hochschulen in privater Trägerschaft, mit denen die öffentlichen Hochschulen konkurrieren.

Die Finanzierung durch „die Wirtschaft“ ist ein bisher sehr tönernes Modell, weil (fast) alle privaten Hochschulen, zumindest die größeren, in enormen Umfang aus Steuermitteln finanziert werden. Die Forderung nach höheren Bildungsinvestitionen bezieht die Wirtschaft weitgehend auf den Staat (aus dessen Finanzierung sie sich immer weiter zurückzieht) und weniger auf sich selbst.

Die Expansion privater Bildungsangebote geht, wie das Beispiel vieler anderer Ländern zeigt, grundsätzlich auf Kosten des öffentlich verantworteten Bildungssystems. Private Hochschulen, die in der Lage sind, ihren Mitarbeitern wesentlich attraktivere Bezüge zu zahlen als die öffentlichen, an die Beamtentarife mit Zulagen gebundenen öffentlichen Universitäten, werden systematisch die qualifiziertesten Hochschullehrer und Forscher abwerben.

Da sich derartige „Elite-Hochschulen“ nur dann finanzieren können, wenn sie von ihren Studierenden erhebliche Studiengebühren verlangen, wie das heute bereits bei nahezu allen Privathochschulen selbstverständlich ist, wird die soziale Sonderung nicht zu vermeiden sein, zumal sie absehbar nicht durch ein entsprechendes Stipendienwesen aufgefangen werden kann.

Die Beispiele der USA (Harvard, Stanford), Großbritanniens („Oxbridge“-Absolventen) und Frankreichs

(„ENArques“) zeigt, dass ein solcher schmaler Spitzenbereich zur Selbstrekrutierung der sozialen Eliten führt. Dazu leistet in Deutschland, anders in den genannten Ländern, bereits das selektive Schulwesen einen wesentlichen Beitrag. Es ist mit sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik unvereinbar, diesen Prozess über die Hochschulen zu fördern.

Es zeichnet sich ab, dass eine Reihe rahmenrechtlichen Veränderungen mit der Diskussion um „Elitehochschulen“ verbunden werden, v.a.:
1. die freie Studierendenauswahl durch die Hochschulen selbst (Abschaffung der ZVS)
2. die Einführung von grundständigen Studiengebühren
3. eine stärker leistungsbezogene Professorenbesoldung
4. u.U. eine stärkere Orientierung auf Privathochschulen.

Trotzdem können und sollen wir der Weimarer Initiative etwas Positives abgewinnen:

1. Das Bekenntnis zu stärkeren Investitionen im Bildungsbereich ist richtig. Das muss jetzt mit konkreten Schritten unterlegt werden. Das Programm „Offene Ganztagsschulen“ mit der weitgehenden Bundesfinanzierung ist ein gutes Vorbild.

2. Die Investitionen müssen stärker auf Leistung fokussiert werden. Dafür muss man keine neuen Hochschulen gründen, sondern kann zusätzliche Fonds oder Programme auflegen, die konsequent Investitionen nach Leistungsparametern vergeben und auf Gleichverteilung über die Länder verzichtet.

3. Dabei ist die Bildung hochschulübergreifender Kompetenzcenter und Teams sinnvoll.

4. Investitionen müssen nicht nur im Forschungsbereich, sondern auch im Bereich von Lehre, Wissensvermittlung und Wissenstransfer getätigt werden.

5. Investitionen in eine leistungsbezogene Wissenschaftlerbesoldung mit hinreichenden Anreizen sind richtig.

6. Studiengebühren sind keine akzeptablen und gerechten Finanzierungsquellen für die Hochschulen. Ein System von Bildungskonten oder –gutscheinen muss aber die Nutzung von Bildungsressourcen sozial gerecht wie leistungsbezogen sicherstellen.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 08.01.2004, 08:31 Uhr - 665 Clicks - Nr. 10*

Verläßliche Betreuung für Schulkinder



Die jugendpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion, Gesa Langfeldt, erklärt:
"Für die Kinder und Eltern ist es ein Fortschritt, dass zum nächsten Schuljahr die verläßliche Grundschule in Kiel starten wird, nachdem sie in den Städten und Gemeinden im Hamburger Umland schon heute besteht.
Gleichwohl ergeben sich hieraus große Probleme für die Betreuten Grundschulen. Das Land fördert diese in gewissem Umfang weiter aber die Stadtverwaltung hat bedauerlicherweise noch keine Aussage zur weiteren Finanzierung gemacht.
Damit der Übergang bei der Betreuungsorganisation reibungslos erfolgt hat die SPD-Ratsfraktion sowohl im Jugendhilfeausschuß als auch in der Ratsversammlung der Bereitstellung

50.000,- Euro im Haushalt 2004 für eine Fachberatung für Betreute GS zugestimmt.

Lange Zeit war die Versorgung aller Schulkinder nur durch die Bereitstellung von fast 700 Plätzen in Betreuten Grundschulen möglich. Dabei mußten die Eltern die Organisation und die Risiken weitgehend selbst verantworten. Jetzt gilt es zügig Angebote zu erarbeiten, damit es wieder Planungssicherheit in allen Einrichtungen und vor allem auch bei betroffenen Eltern und ihren Kindern gibt. Die Stadt darf sich dabei nicht aus ihrer Verantwortung stehlen. In der Frage wie mit bestehenden Arbeitsverträgen umzugehen ist, muss sie aktiv werden. Dieses darf nicht ausschließlich bei den Elternvereinen, die in den letzten Jahren für fast 700 Kinder Betreuungsplätze geschaffen haben, abgeladen werden.Es gilt ausgewogene Lösungen zu finden. Die SPD-Fraktion wird dies konstruktiv aber auch kritisch begleiten."

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 08.01.2004, 20:42 Uhr - 1552 Clicks - Nr. 11*

SPD-EngelsbyVotum für Variante A - alles bleibt vorerst beim alten

Großes Interesse herrschte bei den Engelsbyer an der von der Stadtverwaltung durchgeführten Bürgerversammlung. Mit über 180 interessierten Besuchern hatte so richtig niemand gerechnet.
Schliesslich ging es hier um die zukünftige Verkehrsplanung für den Stadtteil im Zusammenhang mit dem Bau der Osttangente.

Verkehrsplaner Herr Gunther Vandeck und Stadtbaurat Dr. Peter Schroeders erläuterten anhand von Plänen und Folien, die vier von der Verwaltung ausgearbeiteten Varianten.
Schon zu Beginn der Veranstaltung wurde von Herrn Gunther Vandeck der Favorit aus Sicht der Verwaltung genannt - A -. Dies war auch der mehrfach geäußerte Wunsch aus dem Publikum.
Verkehrliche Anpassungen wird es demnach erst nach Fertigstellung der Osttangente geben. Erst dann wird sich zeigen, wie sich die Verkehre in Engelsby tatsächlich entwickeln und welche verkehrlichen Maßnahmen wie und wo zu realisieren sind.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 12.01.2004, 08:45 Uhr - 621 Clicks - Nr. 12*

Unternehmen und Belegschaft müssen im Mittelpunkt stehen

Zur jüngsten Berichterstattung der Medien über die Zukunft der Stadtwerke Kiel und den Verkauf der TXU-Anteile an den Stadtwerken Kiel äußerte sich heute die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Cathy Kietzer:
"Bei allen Überlegungen zu dem Anteilsverkauf der TXU-Anteile müssen das Unternehmen und die Belegschaft im Mittelpunkt der städtischen Überlegungen stehen.
Die SWK brauchen einen Partner, der hilft, die Potentiale des Unternehmens zu entwickeln. Ob es sich bei diesem Partner um ein anderes Energieunternehmen oder um einen Investor handelt, wird sich zeigen müssen. Dabei dürfen sich die Beteiligten auf Seiten der Landeshauptstadt nicht allein am möglichen Erlös für den städtischen Haushalt orientieren.
Das von der Oberbürgermeisterin behauptete transparente Vorgehen stellt sich wieder einmal als

Lippenbekenntnis heraus. Mit dem wiederholten Hinweis auf Diskretion war die Stadtspitze im nichtöffentlichen Hauptausschuss dieser Woche nicht bereit, die Selbstverwaltung über den Stand der Dinge zu informieren. Dafür konnten die Mitglieder der Ratsversammlung diesen dann aus den Zeitungen erfahren. So behindert Frau Volquartz eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Selbstverwaltung."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 12.01.2004, 08:47 Uhr - 620 Clicks - Nr. 13*

SPD sichert Beteiligung an Verwaltungsreform zu



Der innen- und personalpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Michael Wagner, erklärt heute zu den gestern öffentlich präsentierten Plänen Stadtrat Albigs zur Reform der städtischen Verwaltung:
"Seit 1991 hat die Stadt fast 1000 Stellen abgebaut. Die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben also bereits einiges an Lasten zu tragen gehabt.
Auch in den Strukturen ist einiges verändert worden. Die nun angekündigte Fortsetzung der Verwaltungsreform wird von der SPD unterstützt. Die Ideen Stadtrat Albigs und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind gut. Das vorgestellte Konzept ist besonders in seinem Zeitplan sehr ehrgeizig. Das gefällt uns. Die Einbeziehung des gesamten städtischen Personals ist wichtig, Stadtrat Albig hat dies zugesichert. Unglücklich ist allerdings die Benennung der Poststelle als Negativbeispiel. Die Kolleginnen und Kollegen sind zurecht empört.
Die SPD wird sich an diesem Prozess auch weiterhin beteiligen. Dabei geht es nicht automatisch um weiteren Personalabbau, sondern insbesondere um die Frage der richtigen Verteilung der zu leistenden Arbeit und Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 12.01.2004, 08:50 Uhr - 650 Clicks - Nr. 14*

Neues Leibniz-Institut für Kieler Hochschulstandort ein Gewinn



Die hochschulpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion, Gesine Stück, erklärt:
"Mit dem neuen Leibniz-Institut für Meereswissenschaften unter der Leitung von Professor Herzig erhält die Landeshauptstadt Kiel eine hervorragende und international renommierte Forschungseinrichtung, die weit über den Hochschulstandort Kiel hinaus Wirkung entfachen wird.
Mit der Zusammenführung von Geomar und dem Institut für Meereskunde zum neuen Leibniz-Institut werden die außerordentlichen Leistungen der beiden Einrichtungen auf dem Gebiet der Meeresforschung angemessen gewürdigt. Die SPD-Fraktion wünscht dem neuen Institut einen guten Start und seinem Leiter sowie den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern interessante Entdeckungen und aufschlussreiche Erkenntnisse."

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 12.01.2004, 08:57 Uhr - 950 Clicks - Nr. 15*

Maren Marquardt in der Bürgersprechstunde der SPD

Die "Bildungsexpertin" der SPD-Fraktion steht allen Bürgerinnen und Bürgern am 15.01.2004 von 16.00 - 17.30 Uhr in der Bürgersprechstunde der SPD-Fraktion zur Verfuegung.

Maren Marquardt kann in der Bürgersprechstunde spezielle Aussagen zum Schulentwicklungsplan in Bad Segeberg machen. Im Schulentwicklungsplan ist die Schulbauplanung fuer die städtischen Schulen festgelegt und hier ist zu sehen, welche Landesmittel in den nächsten Jahren fuer welche Zwecke in Bad Segeberg eingesetzt werden.

Maren Marquardt würde sich daher freuen, wenn Sie mit Schülern, Lehrern wie auch Eltern in der Bürgersprechstunde detaillierte Gespräche zum Thema führen könnte.

Keine Kommentare

SPD-Lübeck - *veröffentlicht am 12.01.2004, 16:30 Uhr - 2067 Clicks - Nr. 16*

Privatisierung des Flughafens



Der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion Peter Reinhardt und sein Fraktionskollege und Mitglied im Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft Sven Schindler verweisen darauf, dass in der Fraktion bisher eine Entscheidung über den zukünftigen Betreiber für Lübeck-Blankensee nicht gefallen ist.

Reinhardt und Schindler beurteilen die in der Presse genannte Zeitschiene als völlig unrealistisch.

Beide Politiker mahnen bei der Suche nach einem Käufer für die Betreibergesellschaft des Flughafens „Sorgfalt“ und „Besonnenheit“ an. Sie erwarten eine umfassende Information der Fraktionen, des Aufsichtsrates und Lenkungsausschusses über Inhalt und Risiken aller eingegangenen Angebote.

„Wir müssen rechtzeitig wissen, welche finanziellen Risiken bei der Stadt bleiben und was der neue Betreiber plant,“ so Reinhardt und Schindler.

„Die SPD steht zur getroffenen Grundsatzentscheidung, den Flughafen Lübeck an einen privaten Betreiber zu veräußern. Wir lassen uns dabei zeitlich nicht unter Druck setzen und uns auch nicht vorab vor den Karren eines Interessenten spannen. Wir werden die vorliegenden Angebote und deren Auswertung durch den externen Berater intensiv prüfen und uns Zeit nehmen, die Ergebnisse zu bewerten. Sorgfalt geht vor Schnelligkeit“, so Schindler.

„ Es ist ein Stück aus dem Tollhaus, wenn interessierte Kreise eine Weichenstellung zu Gunsten eines Interessenten stellen wollen, ohne dass alle Fakten und finanziellen Auswirkungen auf dem Tisch liegen. Es kommt nicht darauf an, den Flughafen blitzschnell zu verhökern. Eine abschließende

Entscheidung ist erst nach Abschluss des Genehmigungsverfahrens und Vorliegen des Planfeststellungsbeschlusses voraussichtlich im Sommer sinnvoll und vernünftig“, so Reinhardt.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 14.01.2004, 10:34 Uhr - 707 Clicks - Nr. 17*

Grundschulen in Friedrichsort



Der schulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Bernd Vogelsang, erklärt:
"Die SPD-Fraktion unterstützt die Bestrebungen der Fritz-Reuter-Schule, sich zur offenen Ganztagsschule weiter zu entwickeln. Sehr ärgerlich ist die hochnäsige Abwicklung der Heinrich-von-Stephan-Schule durch die schwarzgrüne Ratsmehrheit.
Seit den Haushaltsberatungen hat sich nichts an der Faktenlage in Friedrichsort nichts geändert. Die Fragen des Ortsbeirates und der Eltern, die sich zurecht für den Erhalt ihrer denkmalgeschützten Schule einsetzen, sind noch nicht ausreichend beantwortet. Es ist schon ein Höchstmaß an Ignoranz und Arroganz, wenn in der derzeitgen Situation, ohne zeitliche Not, schwarzgrün die Heinrich von Stephan Schule beerdigt. Mein Fazit: Es ist inakzeptabel, dass plötzlich entschieden wird, ohne die Betroffenen angemessen zu beteiligen und die Fakten zum Betreuungsbedarf für die Friedrichsorter Grundschulen zu kennen."
Kommentar von Konstanze Rüchel vom 25.01.2004, 01:13 Uhr:
RE:Grundschulen in Friedrichsort
Lieber Bernd,
erinnere Dich bitte daran, wie sich die SPD Ratsfraktion im Jahre 2002 verhalten hat. Auch die SPD wollte diese Schule damals schließen ohne das die Fragen der Eltern und des Ortsbeirates hierzu ausreichend beantwortet wurden. Du hast Dich damals schon für eine Schließung ausgesprochen. Diese hochnäsige Abwicklung ist damals nur durch fraktionsinterne Querelen gescheitert. Das sind die Fakten!

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 14.01.2004, 12:19 Uhr - 1767 Clicks - Nr. 18*

Neuer AfA-Kreisvorstand im Kreis Storman

Im Landkreis Storman hat sich ein AfA-Kreisvorstand gegründet
AfA im Kreis Stormarn gegründet

Die Interessen der Arbeitnehmer/innen stehen im Vordergrund

(Bad Oldesloe, den 08. Januar 2004) Am 07. Januar 2004 hat sich in Bad Oldesloe die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen / Betriebsorganisation in der SPD (AfA), für den Kreis Stormarn gegründet. Engagierte Kollegen/innen aus den Betrieben, aus den Verwaltungen, aus dem Krankenhaus Bad Oldesloe und von den DGB-Gewerkschaften, wollen die Anliegen der Arbeitnehmer/innen in der SPD zum Thema machen. Hierzu wurde Nils Bolwig (29), IG Metall Gewerkschaftssekretär in Hamburg Bergedorf zum Vorsitzende/n und Uwe Teut (48), Vorsitzender der GdP in Stormarn, zum stellv. Vorsitzenden gewählt.

In dieser Gründungsversammlung sind die verschiedenen Arbeitsbereiche der anwesenden Gewerkschafter und Personalräte ausgetauscht worden. „Die Eingriffe in die Arbeitswelt und die direkten Folgen für jeden Einzelnen müssen in der SPD deutlicher herausgearbeitet werden“, so der Vorsitzende in seiner Zusammenfassung. „Wir wollen uns dieser Aufgabe stellen und vor Ort im Kreisverband der SPD beginnen!“

Eine Themensammlung zu den AG ist ebenfalls bereits zusammengetragen worden:
Befristete Arbeitsverhältnisse, Berufsbild der Arbeit im Öffentlichen Dienst (Arbeiter, Angestellte und Beamte), Lohnnebenkosten, Sicherung der Sozialsysteme und deren gerechte Finanzierung sind Schwerpunkte der kommenden Arbeit.

Als erstes Projekt hat sich die AfA zum Ziel gesetzt, eine zielgerichtete Diskussion über regionale Wirtschaftspolitik in Stormarn zu führen und deren Konsequenzen im Lichte der Arbeitsmarktsituation an die Entscheidungsträger heranzutragen. Ein Konzept zu dieser Veranstaltung, möglich ist ein Kreisparteitag im Sommer, zu diesem Projekt wird Uwe Teut bei der nächsten Sitzung der AfA Stormarn, am Montag, den 26.01.2004, um 18.30 Uhr, im SPD Büro Bad Oldesloe, vorlegen.

Die AfA ist in ihrer Arbeit auf Landes- und Bundesebene ebenfalls vorangekommen. Zur Bundeskonferenz am 12. bis 14. März in Erfurt wird der Vorsitzende, Nils Bolwig, entsandt. Er ist ebenfalls Mitglied des AfA-Landesvorstandes, den Wolfgang Mädel aus Kiel leitet.

„Diese SPD muss von der Basis darauf hingewiesen werden, dass Arbeitnehmerinteressen vor Ort nicht vergessen werden dürfen! Wir wollen diesen demokratischen Prozess wieder beleben und auf diese Weise die Richtung der Arbeitnehmerpartei SPD wieder deutlich werden lassen!“ so der Vorsitzende abschließend.

Nils Bolwig Mobil: 0170/33 33 143 E-Mail: nils.bolwig@web.de

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 14.01.2004, 15:32 Uhr - 621 Clicks - Nr. 19*

Skepsis bei längeren Marktzeiten



Der innenpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Michael Wagner, erklärt zu der Prüfung längerer Öffnungszeiten für die Kieler Wochenmärkte:"Die SPD-Fraktion sieht wenig Spielraum für eine Ausweitung der Öffnungszeiten.
Am Blücherplatz oder auf dem Andreas Hofer Platz in Elmschenhagen, würden bei längeren Öffnungszeiten beispielsweise Parkplätze für die Kunden der umliegenden Geschäfte verloren gehen. Beim Exerzierplatz dürfen die Veranstaltungen in der Ostseehalle durch verlängerte Marktzeiten nicht beeinträchtigt werden.
Wir gehen davon aus, dass der Haushalt der Stadt durch verlängerte Öffnungszeiten zusätzlich belastet wird. Die Reinigung der Markflächen ist neu zu organisieren und es wird Einnahmeausfälle bei den Parkscheinautomaten geben.
Letztlich werden die Marktbeschicker auch mitreden. Alles in allem steht die SPD-Fraktion längern

Marktzeiten skeptisch gegenüber und wird den Prüfantrag mit einem eigenen Ergänzungsantrag konstruktiv begleiten."
***
Ergänzungsantrag zu TOP 8.5 der Ratsversammlung am 15.1.2004:
"Die Untersuchung beinhaltet u.a. folgende Gesichtspunkte:
1. Unter den Wochenmarkthändlern ist eine Umfrage zu deren Haltung gegenüber verlängerten Öffnungszeiten (an Samstagen) durchzuführen.
2. Die Auswirkung auf die Verkehrssituation um die Ostseehalle im Vorfeld samstäglicher Veranstaltungen ist darzustellen.
3. Die finanziellen Auswirkungen (z.B. durch die Erhöhung der Reinigungskosten oder die Minderung der Parkscheinerlöse) sind aufzuzeigen.
Die Ergebnisse sind im Innen- und Umweltausschuss vorzustellen."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 14.01.2004, 15:37 Uhr - 781 Clicks - Nr. 20*

Volle Unterstützung für Segel WM



Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Cathy Kietzer, und der sportpolitische Sprecher, Bernd Vogelsang, erklären:"Die Segel WM 2007 soll eine Erfolgsgeschichte für Kiel werden. Mit der Initiative, diesen Event nach Kiel zu holen, wird die internationale Bedeutung der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt für den Segelsport weiter betont. Die SPD-Ratsfraktion unterstützt deshalb die Bewerbung des Kieler Yacht Club uneingeschränkt. Die Übernahme der 500.000 € als Veranstaltungsanteil und der ca. 3,3 Millionen € für die Herstellung des Schilkseer Segelzentrums sind angesichts der Haushaltslage der Stadt ein enormer Kraftakt. Wir sind aber sicher: Es lohnt sich!"

Keine Kommentare

SPD-Amtsverband Südangeln - *veröffentlicht am 14.01.2004, 16:54 Uhr - 1361 Clicks - Nr. 21*

Machtfrage zwischen Bundestag und Bundesrat entschieden

SPD-Amtsverband Tolk-Neuberend diskutierte das Ergebnis zur Steuerreform im Vermittlungsausschuß
Machtfrage zwischen Bundestag und Bundesrat ist entschieden
Mitglieder des SPD-Amtverband Tolk-Neuberend diskutierten das Ergebnis der Steuerreform nach der Sitzung des Vermittlungsausschusses in Berlin

Nübel:
"Nach dem Abschluss der Verhandlungen des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat am Montagmorgen, sollten wir die Gelegenheit nutzen, uns über das Ergebnis, aus erster Hand informieren zu lassen", begrüßte der SPD-Amtverbandsvorsitzende Jörg Joosten aus Tolk die zahlreich erschienen Gäste zu einer Podiumsdiskussion. "Bislang konnten wir Informationen nur aus dem Radio oder Fernsehen bekommen, weil das Ergebnis noch nicht in gedruckter Form bei uns vorliegt. Hier ist

mir besonders die Freude von Franz Müntefering im Interview mit dem Deutschlandfunk im Ohr geblieben, das der Sitzungsmarathon sich für die SPD gelohnt hat", war Joosten sichtlich erfreut über den Termin der Veranstaltung.
"Das Ergebnis des Vermittlungsausschuss ist zwar ein Kompromiss, aber er wird nicht an der SPD-Bundestagsfraktion scheitern. Wir haben kein Interesse daran, die Steuerreform noch einmal in den Vermittlungsausschuss zu verweisen", zeigte sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg aus Flensburg mit dem Ergebnis zufrieden. "Im ersten Schritt werden 2,8 Mrd. Euro mehr an die Kommunen fließen, weil der Bund seinen Anteil an der Gewerbesteuer von zur Zeit 28% auf 20% senken wird. Des weiteren wird es in einem zweiten Schritt zu einer Neugestaltung der Gewerbesteuer kommen, wo wir bei der Abschreibung der Schulden von Gewerbe treibenden neue Wege gehen müssen", erklärte der Bundestagsabgeordnete Dr. Wodarg.
Im weiteren Verlauf der Diskussion ging Dr. Wodarg auf den Beginn der Diskussion der Steuerreform ein. Es sei immer das Ziel der SPD gewesen eine spürbare Steuersenkung für alle Bürgerinnen und Bürger hinzubekommen. Dies ist uns trotz des Kompromisses mit der Union gelungen. Deshalb sei es für die SPD auch immer wichtig gewesen eine Vorziehung der Steuerreform Stufe 2 und 3 auf den Weg zu bringen. Hierbei ist es unerlässlich, dieses auch über eine Neuverschuldung zu finanzieren. Durch den nun beschlossenen Kompromiss, werden nur 30% der voraussichtlichen Verschuldung durch eine Neuverschuldung finanziert. Der Rest soll durch den Verkauf von "Tafelsilber" finanziert werden und durch einen Abbau von Subventionen von 4% über 3 Jahre.
"Die Absenkung der Eigenheimzulage um 30% von 2004 an wird eine spürbare Verringerung von Neubauten von Häusern zur Folge haben. Jedoch haben wir in der Bundesrepublik mehr als ausreichend Wohnraum vorhanden. Durch die gleichzeitige Senkung der Pendlerpauschale von 35 Cent pro Kilometer auf 30 Cent, stoppen wir die Zersiedelung der Landschaft und stoppen die Landflucht vieler Städter", benannte Dr. Wodarg auch die Kehrseite der Medaille der Steuerreform. Die Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe unter dem Dach der Arbeitsverwaltung, mit dem Ziel Arbeitsfähige in den Arbeitsmarkt zu integrieren, sei so Dr. Wodarg, ein Schritt hin zu mehr sozialer Verantwortung. In der Absenkung der Zumutbarkeit von der Annahme der Arbeit, sah Dr. Wodarg eine Gefahr, das es nun in Deutschland zur Bildung eines Niedriglohnsektors kommen könnte. Auch die Änderung des Kündigungsschutzgesetzes, speziell in Betrieben bis 10 Mitarbeitern wie sie in Schleswig-Holstein an der Tagesordnung sind, findet nicht den ungeteilten Zuspruch von Dr. Wodarg.

"In den Diskussionen im Vermittlungsausschuss ging es leider nicht immer um die Inhalte der Steuerreform, sondern um eine Machtdiskussion zwischen dem Deutschen Bundestag und dem Deutschen Bundesrat. Die Union wollte zwar auch eine Steuersenkung, aber nicht über Schulden finanziert. Hier fehlten die inhaltliche Ansätze bei CDU und CSU, um eine seriöse Finanzierung auf die Beine zu stellen ", gab der SPD-Landtagsabgeordnete Holger Astrup aus Erfde seine Sichtweise der Situation wieder. Die SPD hätte sich eine größere Entlastung der Gemeinden gewünscht. Hierfür gab es aus Schleswig-Holstein Anträge für eine Gemeindefinanzreform, die so Astrup leider keine Mehrheit gefunden hätte. Einig war sich Astrup mit Dr. Wodarg in der Frage der Veränderung der Gewerbesteuer. Hier sei es so Astrup wichtig, die Freiberufler mit in die Finanzierung zu bekommen. Gleichzeitig plädierte Astrup für eine Ertragsabhängigkeit der Gewerbesteuer um dann die Fragen zu den Zinsen und Leasingraten neu zu diskutieren. Auch Astrup war sich sicher, dass durch das Vorzeihen der Steuerreform Stufe 2 und 3 es zu einer spürbaren Entlastung bei den kleinen und mittleren Einkommen kommen
wird. "Auch wenn es viele Menschen in der Bundesrepublik gibt, die die Steuerreform klein reden, so hat sie doch eine große psychologische Wirkung für die Wirtschaft. Es gilt diesen Anschub zu nutzen, um unserer Wirtschaft entscheidende Impulse für einen Aufschwung zu geben", fuhr Astrup fort. Jedoch ist es wichtig für Schleswig-Holstein, dass es eine neue, klare Definition des Mittelstandes gibt. Was bei uns ein mittelständisches Unternehmen ist, ist in Nordrhein-Westfalen ein Kleinbetrieb. Wenn also der Mittelstand gefördert werden soll, müssen wir erst einmal sagen was das für uns ist,

fuhr Astrup fort.

Abschließend ging Astrup auf die Situation im Amt Tolk ein. Hier gäbe es vor 15 Jahren keine Kindergartenvollversorgung, keine zentrale Abwasserbeseitigung und auch keine Radwege. Heute haben wir in Schleswig-Holstein eine bessere Versorgung mit Radwegen als Bayern, stellte Astrup fest. "Es ist deshalb bei den Gemeindefinanzen noch nicht 5 nach 12", stellte Astrup auf die Überschrift der Einladung bezogen fest, "wir müssen aber lernen, gemeinsam daran zu arbeiten, das die Einnahmesituationen der Gemeinden stabil zu halten. Leider kann nicht alles Wünschenswerte realisieren werden, was wir uns vorstellen." Es gibt laut Astrup auch heute schon viele Dinge , auf die wir zu Recht Stolz sein können. Wir haben sowohl was die Quantität als auch die Qualität angeht eine hervorragende Versorgung mit Grundschulen und Sporthallen geschaffen. Gleichzeitig ist die Vollversorgung mit Kindergartenplätzen heute in unserer Region kein Thema mehr, und auch das Land Schleswig-Holstein ist sich ihrer Pflicht bewusst, was so Astrup, durch die Anhebung und auch Festschreibung der Zuschüsse deutlich erkennbar ist.

Im letzten Teil der Podiumsveranstaltung ging der finanzpolitische Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion Holger Groteguth aus Schleswig auf die Finanzsituation des Kreises SL-FL ein.
"Bei einem Schuldenstand von ca. 55,6 Mio. Euro Ende 2002 und einem geplanten Fehlbetrag von 13 Mio. Euro in 2004 muss man sich die Frage stellen, wo hier noch durch die Politik gestalterisch Einfluss genommen werden kann. Im Investitionsplan 2004 sind nur noch Abschlussarbeiten an Schulen vorgesehen", stellte Groteguth ernüchtert fest. Wir alle zusammen müssen uns Fragen, was wir in den nächsten 10 bis 15 Jahren ändern wollen, um wieder vernünftige Haushalte aufstellen zu können. Hierbei sei so Groteguth auch zu hinterfragen, ob wir noch eine Gebietskörperschaft Kreis brauchen, und wenn ja wofür.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 14.01.2004, 23:17 Uhr - 4343 Clicks - Nr. 22*

MdB Ulrike Mehl: Jetzt mehr Chancen im Handwerk

veröffentlicht in der Eckernförder Zeitung am 14.01.2004
Nach zähem Ringen mit der Opposition ist es uns gelungen, zum ersten Mal seit 50 Jahren die Handwerksordnung (HwO) durchgreifend reformieren.
Zwei Stellschrauben sorgen für mehr Berufs- und Gewerbefreiheit sowie für mehr Wettbewerb und für mehr Chancen im Handwerk:
1. Mit der kleinen Novelle der HwO kann ein Markt für einfache handwerkliche Leistungen im Bereich der Handwerke mit Meisterzwang entstehen. Dieser wurde bislang durch Schwarzarbeit oder durch Eigenarbeit abgedeckt.
2. Gesellen in Handwerken mit Meisterzwang haben jetzt einen Rechtsanspruch auf Selbstständigkeit, wenn sie
sechs Jahre, davon vier in leitender Stellung, tätig waren. Damit wird deutschen Gesellen das gleiche Recht eingeräumt wie ihren Kollegen aus dem europäischen Ausland.
Die große Novelle der HwO regelt u.a. den Verbleib der Handwerke in den Anlagen A und B. Neben der „Gefahrengeneigtheit“ wird auch die „Ausbildungsleistung“ eines Handwerks für den Verbleib in der Anlage A gewürdigt.
Bei 53 Handwerken wird der Meisterzwang abgeschafft. Diese Handwerke kommen in die Anlage B. In der Anlage A
bleiben 41 Handwerke. Knapp 89% aller Betriebe, gut 82% der Beschäftigten und 95% der

Auszubildenden werden damit weiter unter dem Meistervorbehalt stehen.
In der Anlage B wird die freiwillige Meisterprüfung
als Qualitätssiegel eingeführt, die die gleiche staatliche Förderung genießen wird, wie die Meisterprüfung in der Anlage A.
Das Inhaberprinzip wird aufgehoben, d.h., dass der Inhaber eines Handwerksbetriebes nicht mehr die handwerkliche Befähigung besitzen muss. Personengesellschaften können Betriebsleiter mit den erforderlichen handwerklichen Befähigungen anstellen.
Die Qualifikation der Absolventen von technischen Hochschulen und von staatlichen oder staatlich anerkannten Fachschulen für Technik sowie für Gestaltung wird der Meisterprüfung als gleichwertig anerkannt. In Zukunft kann jeder unmittelbar nach seiner Gesellenprüfung mit der Meisterprüfung beginnen.
Existenzgründer im Handwerk werden – wie auch im Bereich der IHKs – von Beitragszahlungen entlastet.
Mit der Kleinen Novelle der HwO wird klargestellt, dass Tätigkeiten, die ein durchschnittlich begabter Berufsanfänger in zwei bis drei Monaten erlernen kann,
nicht zum Kernbereich eines Handwerks gehören. Im Vermittlungsverfahren wurde zusätzlich geklärt:
1. Das Kumulierungsverbot: Es wird ausgeschlossen,
dass ein Vollhandwerk der Anlage A durch eine Kumulierung einfacher Tätigkeiten „filetiert“ werden kann.
2. Die Mitgliedschaft in den Kammern: Personen, die einfache handwerkliche Tätigkeiten ausführen, gehören dann einer Handwerkskammer an, wenn sie ihre Ausbildung in einem Gewerbe der Anlage A durchlaufen haben. Unternehmen, die einfache Tätigkeiten anbieten,
gehören ansonsten – wie bisher – der IHK an.
Mit der Verabschiedung der Kleinen Handwerksnovelle kann jetzt in Deutschland ein legaler Markt für einfache handwerkliche Tätigkeiten entstehen. Der Sumpf aus Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft wird wirksamer trocken gelegt werden. Existenzgründungen werden deutlich erleichtert. Das ist gut für die Kunden, das ist auch gut für die Beschäftigungsentwicklung.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 16.01.2004, 19:26 Uhr - 1478 Clicks - Nr. 23*

SPD-EngelsbyRecyclinghof am Schottweg

In der Dezemberausgabe unserer Stadtteilzeitung "dat Pussloch" berichteten wir über den Recyclinghof
am Schottweg bei Eurospar. Dieser sollte zum Jahresende 2003 geschlossen werden.
Wir wir erfahren haben, bleibt der Recyclinghof noch bis zum 30.06. in Betrieb. Erst zum 01. Juli soll der neue Recyclinghof in Kauslundhof (gegenüber Burger King) eröffnet werden.

Keine Kommentare

SPD Bad Bramstedt - *veröffentlicht am 18.01.2004, 11:11 Uhr - 1360 Clicks - Nr. 24*

Arnold Helmcke mit höchster Auszeichnung versehen



Auf dem Neujahrsempfang der Stadt Bad Bramstedt wurde SPD-Politiker Arnold Helmcke mit der silbernen Ehrennadel der Stadt Bad Bramstedt ausgezeichnet. Dies ist die höchste Auszeichnung, die die Stadt zu vergeben hat.
Gedankt wurde ihm damit für sein 25jähriges Engagement in der Kommunalpolitik, dass ihn als Stadtverordneten in viele Ämter, so dass des stellvertretenden Bürgermeisters, gebracht hat.
Der amtierende Bürgermeister Hans-Jürgen Kütbach dankte ihm für seinen immerwährenden hohen Einsatz. Er habe sich die Ehrung nicht ersessen, sondern erarbeitet mit Fleiß und hoher Präsenz. Er lobte die Fairness und Offenheit Arnold Helmckes.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 18.01.2004, 21:59 Uhr - 708 Clicks - Nr. 25*

MdL Neugebauer: 4,6 Mill. Euro für die Region Rendsburg aus dem Regionalprogramm

Die Region Rendsburg hat seit dem Jahr 2000 4,6 Mill. €uro aus dem Regionalprogramm 2000 der Landesregierung erhalten, teilt der Rendsburger SPD–Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer mit. „Das von der Landesregierung aufgelegte Förderungsprogramm hat sich somit zu einem der wichtigsten Instrumente zur Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung in den strukturschwachen Landesteilen erwiesen“, führt Neugebauer weiter aus.
Belegt wird diese Einschätzung durch eine vorliegende gutachterliche Zwischenbeurteilung von einem unabhängigen Institut, das von Wirtschaftsminister Rohwer vorgestellt wurde.
Allein die Region K.E.R.N. hat für 80 förderungsfähige Projekte insgesamt rund 90 Mill. €uro erhalten. Weitere 130 Millionen stehen für die zweite Laufzeit des Programms für die Förderregionen bis 2006 zur Verfügung.
Für die Region Rendsburg werden 4.6 Mill. €uro bereitgestellt. Dazu zählt u.a. in Rendsburg/ Büdelsdorf das herausragende Infrastrukturprojekt Obereider und das Erschließen von Gewerbeflächen für Existenzgründer sowie die Entwicklung eines Gewerbegebietes im Raum Bredenbek/Achterwehr. Dazu kommen noch Mittel für Maßnahmen der Qualifizierung, d.h. Ergänzung des Ausstattungsprogrammes für Berufsschulen, und Förderung zur Optimierung der Beratungs- und Dienstleistungsstruktur bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises.
„Die Zwischenauswertung beinhaltet aber auch die Empfehlung,“ so Neugebauer, „dass eine Reduzierung der Gewerbeflächenförderung vorzunehmen sei und eine Verstärkung von Tourismusförderung anzustreben ist. Hierbei wird zukünftig besonders auf die Entwicklungsmöglichkeiten der Regionen gesetzt.“

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 19.01.2004, 09:03 Uhr - 682 Clicks - Nr. 26*

Städtische Aufträge für klein- und mittelständische Unternehmen bedeutend



Im Zusammenhang mit der Debatte in der Ratsversammlung über städtische Vergaben äußerte sich heute der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion Alexander Möller nochmals zu diesem Thema:
"Die Stadt Kiel vergibt eine Vielzahl an Aufträgen für handwerkliche und andere Tätigkeiten. Diese Vergaben müssen nach geltendem Recht erfolgen. Gleichzeitig sind diese Ausgaben gerade in Zeiten allgemeiner Investitionszurückhaltung ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Deshalb muss die Stadt alle Möglichkeiten nutzen, damit Kieler Firmen bei diesen Ausschreibungen zum Zuge kommen. So ist das Ausgeben von Steuerzahlergeld für notwendige Arbeiten bei der Stadt praktische Wirtschaftsförderung. Ein wichtiger Bestandteil dieser Hilfe für Kieler Unternehmen ist die weitere Verbesserung der Informationen über laufende Ausschreibungen. Die neue Nutzung des Internets durch die Stadt ist ein guter Schritt in diese Richtung."

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 19.01.2004, 21:14 Uhr - 90 Clicks - Nr. 27*

Kirsten Tödt in der Bürgersprechstunde der SPD

Kirsten Tödt wird am Donnerstag, den 22.01.04, von 16.00 - 17.30 Uhr im Fraktionssprechzimmer der SPD im alten Rathaus allen Bürgern für Fragen und Anregungen zur Verfügung stehen.

Sie wird dabei auch von der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing am 19.01.04 berichten können, bei der verschiedene Anträge der CDU im Rahmen der Haushaltssanierung gestellt wurden.

Der dabei sicher wesentlichste Antrag ist der Prüfauftrag an die Verwaltung der Stadt Bad Segeberg, um festzustellen, zu welchem frühestmöglichen Zeitpunkt die Stadt Bad Segeberg den Vertrag zum Betrieb des Stadtbusses beenden kann.
Daneben will die CDU-Mehrheit in der Stadtvertretung durch einen Pruefantrag auch die Einführung einer Kurtaxe für alle Besucher und einer Fremdenverkehrsabgabe für alle Anbieter von Uebernachtungsmöglichkeiten einführen.

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 20.01.2004, 12:19 Uhr - 1243 Clicks - Nr. 28*

Eindeutige Zustimmung zu Hallenbad-Vorschlägen der SPD

Anlässlich des Jahresempfangs der Stadt im Deutschen Haus hat die SPD-Ratsfraktion die Stimmungen und Meinungen der Bürgerinnen und Bürger zu den verschiedensten Themen eingefangen. Neben Fragen nach dem Abtritt des Oberbürgermeisters und der Südermarktpassage spielte das Thema Hallenbad eine wichtige Rolle.
Große Irritationen waren durch eine Presseveröffentlichung ausgelöst worden, nach der „...die Flensburger sich für den Badespaß künftig nach Glücksburg orientieren sollten “.
Dies war nie der Wille der SPD in Flensburg.
Der Ausschluss der Öffentlichkeit aus dem Bad hat bei vielen Besuchern des SPD-Standes zu Verärgerungen geführt. Eindeutig waren hierzu die Bekundungen, ein neues Sporthallenbad auf dem Campus für Schulen, Vereine, die Uni und die Öffentlichkeit zu bauen.
Um ihre Festlegung während des Kommunalwahlkampfes für den Neubau eines Hallenbades auf dem Campus zu untermauern, haben die SPD-Fraktionen von Stadt und Kreis Gespräche aufgenommen, mit dem Ziel, evtl. eine Kooperation zwischen beiden Gebietskörperschaften zu erreichen.
Ebenso wurden bei einer Zusammenkunft mit den beiden SPD- Landtagsabgeordneten Ingrid Franzen und Lothar Hay Fragen einer möglichen Finanzierung aus Landes- und Bundestöpfen beraten.
Ein Verkauf des jetzigen Gebäudes für eine anderweitige Nutzung statt eines Abbruchs würde zu einer besseren Finanzierung beitragen.
Insgesamt hofft die SPD-Ratsfraktion auf einen Konsens mit den anderen Fraktionen, um dieses in der heutigen Zeit kühne Projekt anzugehen.

Keine Kommentare

SPD-Lübeck - *veröffentlicht am 20.01.2004, 16:20 Uhr - 1950 Clicks - Nr. 29*

Elite – Unis führen in eine Sackgasse



Der Kreisvorstand der SPD Lübeck hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Thema „Bildungspolitik“ befasst, zur Vorbereitung des Landesparteitages am 07. März 2004 mit dem Schwerpunkt „Bildung“. In diesem Zusammenhang wurde einstimmig nachstehendes bildungspolitische Papier beschlossen:

Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit schaffen! Elite – Unis führen in eine Sackgasse

"Wir wollen die Struktur der Hochschullandschaft so verändern, dass sich Spitzenhochschulen und Forschungszentren etablieren, die auch weltweit in der ersten Liga mitspielen und mit internationalen Spitzenhochschulen wie Harvard und Stanford konkurrieren können." -(Weimarer Leitlinien Innovation, SPD – Parteivorstand, 06.01.2004) Nicht nur die Presse diskutierte in den letzten Tagen kritisch über diese Position aus den „Weimarer Leitlinien Innovation“, denen im Ganzen der SPD – Bundesvorstand zugestimmt hat. Fragen der Umsetzung sowie Fragen der Vereinbarkeit mit sozialdemokratischen Grundsätzen stehen im Vordergrund der kritischen Auseinandersetzung zum Thema, auch innerhalb der Partei. So sind Neugründungen von „Spitzenunis“ nicht nur eine

Standortfrage, sondern vor allem, für Bund und Länder, eine finanzielle Frage. Der Vergleich mit den US – Hochschulen Harvard und Stanford hinkt auch, wie mein Fraktionskollege Jürgen Weber feststellte, weil diese reine Privathochschulen sind, die durch die Wirtschaft finanziert sowie inhaltlich ausgestaltet werden. Allerdings werden hierzulande private Hochschulen zu großen Teilen aus Steuermitteln finanziert und Forderungen nach höheren Bildungsinvestitionen werden von der Wirtschaft meist an den Staat gerichtet. Zudem geht der Ausbau privater Bildungseinrichtungen immer auf Kosten der öffentlich geförderten Bildungseinrichtungen. Hier können „Spitzenkräfte“ dann auch „attraktiver“ entlohnt werden. Damit einher würde die Einführung erheblicher Studiengebühren für diese Art der Hochschulen gehen, diese Gebühren würden dann auch „Spitze“ sein. Die Folge ist klar: wie in den USA würde auch hier eine sozial privilegierte Gruppe ihren Nachwuchs zu hervorragenden Bedingungen studieren lassen können, eine sogenannte „Selbstrekrutierung der sozialen Eliten“. Mit sozialdemokratischer Politik unvereinbar ist diese Förderung von Eliten allemal. Auch scheint mir eine Unvereinbarkeit mit Zielen zu bestehen, wie sie gerade im Leitantrag „Lernen für die Zukunft“, des schleswig-holsteinischen Landesverbandes beschlossen wurden. Darin wird der Abbau sozialer Barrieren im Bildungssystem gefordert. „Niemandem darf aus finanziellen oder sozialen Gründen oder wegen seiner Herkunft Hochschulbildung verwehrt werden.“ Festzuhalten ist: Eine sozial gerechte wie leistungsbezogene Nutzung von Bildungsressourcen muss sicher gestellt werden. Programme, wie z. B. die Förderung der Ganztagsschulen zielen in die richtige Richtung: Die Chancen für Bildung zu verbreitern, nicht einzuengen. Keine Neugründungen, sondern Investitionen in bestehende Einrichtungen: leistungsbezogen, mit Anreizen für WissenschaftlerInnen. Bildung hochschulübergreifender Kompetenzcenter und Teams sind hier nur einige Vorschläge. Aus den Weimarer Leitlinien geht hervor, dass stärkere Investitionen in den Bildungsbereich notwendig sind. Insgesamt kennzeichnet dies den positiven Ansatz der Leitlinien. Eine Verkürzung der Diskussion auf die Organisation von „Elite-Unis“ führt die Diskussion um die zukünftigen Anforderungen unserer Bildungspolitik in eine „Sackgasse“.

Keine Kommentare

SPD-Brunsbüttel - *veröffentlicht am 20.01.2004, 17:56 Uhr - 1858 Clicks - Nr. 30*

Ortsverein Brunsbüttel wählt Delegierte

Montag, 19. Januar
Die Mitgliederversammlung der SPD Brunsbüttel wählt ihre Delegierten für die Wahlkreiskonferenz am 30. März in Albersdorf

Bei der Wahlkreiskonferenz zur Aufstellung der Landtagskandidaten Dithmarschen-Nord und-Süd wird der Ortsvereins vertreten durch:

Wilhelm Malerius
Johannes Kreft
Monika Fritz
Marita Teschner
Jörg Halusa
Peter Storl
Klaus-Peter Stegemann
Astrid Kock
Michael Karstens

Als Vertreter stehen Dagmar Baumann, Eva Fritz, Nicole Teschner und Marianne Krebs bereit.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 21.01.2004, 09:45 Uhr - 669 Clicks - Nr. 31*

Erfolg von Jump Plus - CDU und Grüne verhindern Ausweitung



Der sozialpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Thomas Wehner, erklärt:"Jump Plus ist ein klarer Erfolg.
Die Sozialverwaltung, das Arbeitsamt und die Bildungsträger haben mit diesem Baustein einen richtigen Weg beschritten. Die SPD-Fraktion gratuliert den Beteiligten und der SPD-geführten Bundesregierung zu dieser guten Nachricht. Gleichwohl bitte ich alle Beteiligten nicht nachzulassen. In der Landeshauptstadt Kiel gibt es immer noch 2154 jugendliche Arbeitslose bis zu 25 Jahren (Stand 11/03) mit und ohne Ausbildung. Über Jump Plus konnten nur für ca. 10 % der Jugendlichen eine Chance eröffnet werden.
Die Ratsmehrheit von CDU und Grünen hat es am 20.11. in der Ratsversammlung abgelehnt für die Jugendlichen unter 25 Jahren etwas zu tun. Die SPD-Ratsfraktion hatte beantragt, die Oberbürgermeisterin damit zu beauftragen, zusammen mit der Arbeitsverwaltung jedem jungen Arbeitslosen unter 25 Jahren zumindest eine Tätigkeit auf der Basis von Mehraufwandsentschädigung, besser einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz anzubieten."

Antrag zur Ratsversammlung am 20.11.2003, von CDU und Grünen abgelehnt:
1. Die Oberbürgermeisterin wird gebeten sicherzustellen, dass in Zusammenarbeit mit der Arbeitsverwaltung jedem/r erwerbsfähigen jugendlichen Kieler Schulabgänger/in und jungen Erwachsenen unter 25 Jahren ein Arbeitsangebot gemacht wird, um Transferleistungen entbehrlich zu machen. Das Angebot kann in der Aufnahme einer Ausbildung, einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz oder einer Beschäftigung im 2. Arbeitsmarkt (Hilfe zur Arbeit, Mehraufwandsentschädigung, Hartz-Leistungen) bestehen.
2. Der Ratsversammlung ist jährlich zu berichten. In den Bericht ist auch mit aufzunehmen, in welchem Umfang die Angebote angenommen werden und Leistungskürzungen bei unberechtigter Nichtannahme vorgenommen wurden.
Begründung:
Die Jugendarbeitslosigkeit ist in Kiel in den letzten eineinhalb Jahren besorgniserregend gewachsen (Stand 30.09.2003: 430 unter 20 Jahren, 2.089 unter 25 Jahren). Es müssen daher alle Anstrengungen darauf gerichtet werden, Jugendliche in Ausbildung und Arbeit zu vermitteln. Die berufliche Ausbildung ist die Grundlage für die Vermittlung auf qualifizierte Arbeitsplätze. Junge Erwachsene sollen nicht am Anfang ihres Erwerbslebens die Erfahrung machen, keine Chance zu besitzen.
Das unter Oberbürgermeister Gansel eingeführte Programm "Kein Schulabgänger in die Sozialhilfe" soll fortgeführt und auf alle junge Erwachsenen unter 25 Jahren erweitert werden.
Sozialhilfekarrieren sollen gar nicht erst begründet werden. Die entsprechenden Transferleistungen sollen möglichst nicht zum Zuge kommen.
Daher soll allen jugendlichen Schulabgängern und Schulabgängerinnen sowie allen jungen Erwachsenen ein Angebot unterbreitet werden. Sollte die Vermittlung in Ausbildung oder Arbeit nicht erfolgreich sein, ist zumindest eine Arbeitsgelegenheit auf dem zweiten Arbeitsmarkt zu

unterbreiten, um den Einstieg in die Arbeitswelt zu ermöglichen.
Sollten die Angebote aus unberechtigten Gründen nicht angenommen werden, können Transferleistungen gekürzt oder später ganz eingestellt werden. In jeder Phase soll aber der Versuch unternommen werden, den Hilfeempfänger bzw. die Hilfeempfängerin zur Mitarbeit zu bewegen. Auf die individuelle Situation der Betroffenen ist angemessen Rücksicht zu nehmen.

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 21.01.2004, 12:50 Uhr - 1152 Clicks - Nr. 32*

Wege für den wissenschaftlichen Nachwuchs müssen offen bleiben

Mit weitgehender Zustimmung nimmt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber, die Äußerungen des Rektors der CAU, Prof. Reinhard Demuth, zur Kenntnis. Weber teilt die Bedenken dagegen, den Hochschulbau, der bisher eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern ist, den Ländern zu übertragen, weil dies zu einem deutlichen Gefälle zwischen wirtschaftlich leistungsfähigeren und weniger starken Ländern führen werde.

„Es ist außerordentlich begrüßenswert, wenn auch ein namhafter Vertreter der Hochschulen ein kritisches Wort zu der oft geforderten Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen, also der Kunden durch ihr Dienstleistungsunternehmen, äußert. Das Abitur muss auch in Zukunft die allgemeine Hochschulzugangsberechtigung bleiben. Über den Vorschlag, bereits nach dem ersten Studienjahr Prüfungen durchzuführen, muss man offen nachdenken."

Weber äußerte sich skeptisch gegenüber dem Vorschlag des Rektors, die Emeritierungsgrenze für Professorten auf 68 Jahre zu erhöhen. Nachdem durch die Änderung des Bundeshochschulrahmengesetzes die Habilitation künftig wegfalle und damit die Hierarchie innerhalb der Hochschule flacher werde, dürfe es nicht erneut zu der Situation kommen, dass Inhaber von Professorenstellen so lange im Dienst bleiben, dass ein großer Teil des wissenschaftlichen Nachwuchses keine Chance auf eine wissenschaftliche Karriere mehr hätte. Weber erinnerte in diesem Zusammenhang an die Situation vergangener Jahrzehnte, in denen eine Wissenschaftlergeneration praktisch übersprungen worden sei, weil die 68er Professorengeneration so lange auf ihren Stellen verharrte.

Abschließend dankte Weber dem Rektor ausdrücklich für dessen Feststellung, dass die gemeinsamen Anstrengungen der Universität und des Landes zu einer spürbaren Verbesserung geführt haben.

Keine Kommentare

SPD Bad Bramstedt - *veröffentlicht am 21.01.2004, 19:27 Uhr - 1655 Clicks - Nr. 33*

Handwerkerrechungen absetzen

Seit Januar gelten neue steuerrechtliche Möglichkeiten, auch Handwerkerrechnungen abzusetzen. Von diesem Jahr an können Steuerzahler auch kleinere Handwerkerleistungen beim Finanzamt geltend machen. Denn dabei handelt es sich um sogenannte haushaltsnahe Dienstleistungen, die als

Sonderausgaben abzugsfähig sind. Darauf hat die Stiftung Warentest hingewiesen. Wer also einen Malerbetrieb mit dem Tapezieren seiner Wohnung beauftragt, kann 20 Prozent der Rechnung, maximal aber 600 Euro von der Steuer abziehen. Auch Renovierungen, Schönheitsreparaturen, Gartenpflege, Fensterputzen oder das Reinigen von Dachrinnen zählen zu den haushaltsnahen Dienstleistungen.

Keine Kommentare

SPD-Norderstedt - *veröffentlicht am 22.01.2004, 00:37 Uhr - 1480 Clicks - Nr. 34*

Landesgartenschau für Norderstedt-falscher Vorschlag zur falschen Zeit!

Mit dem Versprechen „Norderstedt blüht auf“ versucht derzeit Hans-Joachim Grote in seiner Funktion als wahlkämpfender Berufsvisionär die Herzen der Norderstedterinnen und Norderstedter für die Idee einer Landesgartenschau 2007 in unserer Stadt zu gewinnen.

„Nur vergisst Herr Grote leider, dass die Bürger auch noch über einen gesunden Menschenverstand verfügen, der sie erkennen lässt, dass dieses Projekt der falsche Vorschlag zur falschen Zeit ist.“, so Heiner Köncke, Vorsitzender der SPD-Ortsvereins.

Es gehe nicht an, so Köncke, dass der Bürgermeister mit seiner CDU-Mehrheit auf der einen Seite den Menschen schwerste Einschnitte in den Bereichen Jugend, Soziales und Kultur beschert und auf der anderen Seite für ein Lieblingskind namens Landesgartenschau ohne Konzept und Machbarkeitsstudie mehrere Millionen Euro ausgeben will. Bei so etwas müsse schon die Frage erlaubt sein, welche politischen Schwerpunkte Herr Grote eigentlich setzt.

„Eine Bewerbung für die Landesgartenschau setzt ein schlüssiges Finanzierungs- und Bewerbungskonzept voraus, das alles ist nicht einmal ansatzweise vorhanden, geschweige denn eine Abschätzung der Folgekosten. Wer den Leuten erzählen will, dass ein solches Projekt zum Nulltarif für die Stadt zu realisieren ist, sagt schlicht die Unwahrheit.
Wir haben in unserer Stadt weitaus gravierendere Probleme zu lösen als uns mit solcher Effekthascherei in Wahlkampfzeiten zu beschäftigen.“, so Heiner Köncke abschließend.

Kommentar von Volkrath Jessen vom 11.02.2004, 00:19 Uhr:
RE:Landesgartenschau für Norderstedt-falscher Vorschlag zur
So langsam wirken die Vorschläge der CDU und ihres Bürgermeisters schizophren.

BSE ist wohl tatsächlich auch auf christdemokratische Kommunalpolitiker übertragbar!

SPD-Norderstedt - *veröffentlicht am 22.01.2004, 00:40 Uhr - 1391 Clicks - Nr. 35*

Norderstedt – ein Fall für den Landesrechnungshof

Jedoch nicht für alle Stadtvertreter, wenn es nach dem Willen von CDU und FDP geht.
Mit der schon bekannten „Arroganz der absoluten Mehrheit“ hat die CDU-Fraktion am Montag in öffentlicher Sitzung des Hauptausschusses einen Antrag der SPD-Fraktion abgelehnt, der „eine

fachbezogene Beratung des Landesrechnungshofberichtes in den Fachausschüssen“ zum Ziel hatte. Der Hauptausschuss wurde gebeten, keinen abschließenden Beschluss zu fassen, bevor die Stellungnahmen aus den Fachausschüssen vorliegen.

In einem Brief vom 06. Januar 2004 hatte der Vorsitzende der SPD-Fraktion Johannes Paustenbach an die Stadtpräsidentin geschrieben:

„Die SPD-Fraktion ist der Meinung, dass vor einer Beschlussfassung über die Stellungnahme der Stadt im Hauptausschuss und in der Stadtvertretung eine Beratung in den für die Teilthemen zuständigen Fachausschüssen erfolgen muss. Dort ist der Sachverstand für eine sachgerechte Würdigung und ggf. Stellungnahme vorhanden.“

Im vorigen Jahr hat der Landesrechnungshof die gesamte Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Norderstedt einschließlich des Eigenbetriebes Stadtwerke und der anderen Beteiligungen überprüft.
Der Bericht darüber ist über 300 Seiten stark.

Nach dem Aufgabenverständnis des Landesrechnungshofes „soll die überörtliche Prüfung bei den Kreisen und Städten in erster Linie der kommunalen Selbstverwaltung dienen, indem sie etwaige Korrekturmöglichkeiten der bisherigen und Erfolg versprechende Gestaltungsmöglichkeiten für die künftige Haushalts- und Wirtschaftsführung aufzeigt“ (Zitat aus dem Vorwort).

„Durch ihre Ablehnung hat die CDU-Fraktion - und in ihrem Schlepptau die FDP – auf den in den Fachausschüssen vorhandenen Sachverstand verzichtet und damit eine konstruktive, kritische und gründliche Würdigung des Berichtes sowie der Stellungnahme der Stadt verhindert.
Formales Argument: Die Gemeindeordnung schreibe das nicht vor.
Obwohl der Bericht ausdrücklich der kommunalen Selbstverwaltung dienen soll, werden die Mitglieder der Stadtvertretung und der Ausschüsse, die nicht dem Hauptausschuss angehören, von der Vorberatung ausgeschlossen. Dies ist ein weiterer Beleg für die selbstherrliche Art der CDU, ihrem eingeengten Verständnis von Demokratie und ihrem arroganten Umgang mit der absoluten Mehrheit.“, so Paustenbach.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 22.01.2004, 08:40 Uhr - 545 Clicks - Nr. 36*

Kiel hat ein gutes Wohnungsbaupotenzial



"Kiel hat ein gutes Wohnungsbaupotenzial" bestätigen der baupolitische und der wohnungspolitsche Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Cai-Uwe Lindner und Wolfgang Schulz, nach dem jüngsten Bericht von Bürgermeister Klein-Knott.
Lindner hatte im Sommer 2003 angesichts der damaligen Diskussion über die zunehmende Stadt-Umland-Abwanderung einen Bericht der Verwaltung erbeten, der die verfügbaren Flächen aufzeigt, die kurz-, mittel- und langfristig für den Wohnungsbau nutzbar gemacht werden könnten.

Neben diesem Bauflächenpotenzial ist das von der Verwaltung erarbeitete Baulandkataster ein geeignetes Instrument, um Wohnungsbaulücken im Stadtgebiet zu schließen. Lindner und Schulz sehen hier nun die Chance, mit einer breitgefächerten Angebotspalette abwanderungswillige Bürgerinnen und Bürger in Kiel halten zu können. Diese Zuversicht wird auch von den jüngsten Erkenntnissen der Wohnungswirtschaft getragen, wonach das Wohnen in der Stadt angesichts längerer Anfahrtswege und gestiegener Benzinpreise wieder an Reiz gewinnt.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 22.01.2004, 08:42 Uhr - 589 Clicks - Nr. 37*

Herzlichen Glückwunsch, Herr Rüdel!

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Cathy Kietzer, erklärt:
"Wir gratulieren der Seehafen Kiel zu dem Jahresumschlagsergebnis 2003.
Trotz aller Irrungen und Wirrungen in Verbindung mit der drohenden Insolvenz der Firma Cellpap als größtem Umschlagsunternehmen des Hafens und des glücklosen Agierens der Aufsichtsratsvorsitzenden, hat Seehafen Kiel sich im Wettbewerb behauptet. Es ist dem Unternehmen gelungen, sich das Vertrauen der Kunden zu sichern, sowohl als Hafenbetreiber als auch als Umschlagsgesellschaft. Damit hoffen wir, die unselige ordnungspolitische Debatte beenden zu können.
Man kann doch der 100 %igen städtischen Tochter das erfolgreiche operative Geschäft nicht wegnehmen."

Keine Kommentare

Lothar Hay, MdL - *veröffentlicht am 22.01.2004, 15:32 Uhr - 2676 Clicks - Nr. 38*

Lothar Hay und Anna Schlosser-Keichel: Schnelle Entscheidung für Olpenitz geford



Eigentlich sollte es der lange geplante Antrittsbesuch beim neuen Chef der Flottille der Minenstreitkräfte werden, doch dann gewann der Besuch unerwartete Aktualität: Die Zukunft des Marinestützpunktes Olpenitz stand im Mittelpunkt des Gesprächs, zu dem Kapitän zur See Christian Luther den Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay, und die Wahlkreisabgeordnete Anna Schlosser-Keichel an Bord des Tenders „Mosel“ begrüßte.
Nach allgemeinen Informationen über Auftrag und Aufgaben der Flottille der Minenstreitkräfte beschrieb er auf Nachfrage der Abgeordneten die Stärken des Marinestützpunkts Olpenitz in einem möglichen Wettstreit mit den Standorten Kiel und Warnemünde: Olpenitz sei der optimale Standort; modern und leistungsfähig, das Übungsgebiet liege sozusagen vor der Haustür und sei schnell und somit kostengünstig zu erreichen, so Kapitän Luther.

Lothar Hay und Anna Schlosser-Keichel sahen darin ihre Einschätzung bestätigt, dass der Marinestützpunkt Olpenitz nicht nur aus regionalpolitischen Erfor-dernissen und unter sozialen Aspekten erhalten werden müsse. Sondern, so Lothar Hay: „Ich bin nach diesem Gespräch überzeugt, dass Olpenitz auch und gerade unter militärischen und betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten der ideale Standort für die Marinesuchgeschwader ist.“ Die Abgeordneten kündigten Gespräche mit den

Verantwortlichen im Verteidigungsministerium und mit der Bundestagsfraktion an, um eine schnelle positive Entscheidung für Olpenitz zu erreichen. Denn, so Anna Schlosser-Keichel, „eine fast einjährige Zitterpartie bis zur Entscheidung ist für alle Beteiligten eine Zumutung."

SPD Landtagsfraktion

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 22.01.2004, 16:30 Uhr - 606 Clicks - Nr. 39*

Schlechte Zahlen wird es noch länger geben



Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Alexander Möller, äußerte sich heute nach Presseanfragen zu der neuesten Veröffentlichung der Passagierzahlen des Kieler Flughafens:"Wir dürfen eine Zukunftsfrage wie unsere Infrastruktur nicht an monatlichen Passagierzahlen orientiert entscheiden.
Schlechte Passagierzahlen haben zu tun mit den weggefallenen Linien, unzureichendem Marketing der bestehenden Linien und der schlechten Wirtschaftslage. Schlechte Zahlen wird es noch länger geben. Die Region muss auch künftig vom Land, vom Wasser und der Luft erreichbar sein. Das gehört zu guten Rahmenbedingungen für Arbeitsplätze in der Region. In welchem Umfang wir dazu einen Flughafen brauchen, ist Teil der vorbereitenden Prüfungen für das Planfeststellungsverfahren. Dieses Zahlenwerk warten wir ab.
Ergeben sich höhere Kosten als bislang prognostiziert, wird die Ratsversammlung eine neue Entscheidung über die Zukunft des Flughafens treffen müssen. Meiner Partei rate ich in diesem Falle zu einer vorherigen Entscheidung auf einem Kreisparteitag.
Das Projekt "Ausbau des Flughafens" ist ein Jahrzehnt-Projekt. Daran müssen sich alle beteiligen. Ich wünsche mir deshalb mehr als Lippenbekenntnisse der Wirtschaft. So brauchen wir zum Beispiel eine Diskussion über künftige Ziele. Ich halte den Ostseeraum und Süddeutschland (München) dabei für besonders diskussionswürdig. Und wir brauchen Kooperationspartner bei anderen deutschen oder internationalen Flughäfen, mit denen wir uns zusammenschließen und Linien bedienen."

Keine Kommentare

SPD-Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 22.01.2004, 19:17 Uhr - 4577 Clicks - Nr. 40*

Schnelle Entscheidung für Olpenitz gefordert

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Lothar Hay und SPD-Landtagsabgeordnete besuchten den Marinestützpunkt Olpenitz.
Eigentlich sollte es der lange geplante Antrittsbesuch beim neuen Chef der Flottille der Minenstreitkräfte werden, doch dann gewann der Besuch unerwartete Aktualität: Die Zukunft des Marinestützpunktes Olpenitz stand im Mittelpunkt des Gesprächs, zu dem Kapitän zur See Christian Luther den Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay, und die Wahlkreisabgeordnete Anna Schlosser-Keichel an Bord des Tenders „Mosel“ begrüßte.

Nach allgemeinen Informationen über Auftrag und Aufgaben der Flottille der Minenstreitkräfte beschrieb er auf Nachfrage der Abgeordneten die Stärken des Marinestützpunkts Olpenitz in einem möglichen Wettstreit mit den Standorten Kiel und Warnemünde: Olpenitz sei der optimale Standort; modern und leistungsfähig, das Übungsgebiet liege sozusagen vor der Haustür und sei schnell und somit kostengünstig zu erreichen, so Kapitän Luther.

Lothar Hay und Anna Schlosser-Keichel sahen darin ihre Einschätzung bestätigt, dass der Marinestützpunkt Olpenitz nicht nur aus regionalpolitischen Erfordernissen und unter sozialen Aspekten erhalten werden müsse. Sondern, so Lothar Hay: „Ich bin nach diesem Gespräch überzeugt, dass Olpenitz auch und gerade unter militärischen und betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten der ideale Standort für die Minensuchgeschwader ist." Die Abgeordneten kündigten Gespräche mit den Verantwortlichen im Verteidigungsministerium und mit der Bundestagsfraktion an, um eine schnelle positive Entscheidung für Olpenitz zu erreichen. Denn, so Anna Schlosser-Keichel, „eine fast einjährige Zitterpartie bis zur Entscheidung ist für alle Beteiligten eine Zumutung."
Kommentar von Manfred Guth, Kappeln vom 30.01.2004, 16:51 Uhr:
RE:Schnelle Entscheidung für Olpenitz gefordert
Diese Initiative zeigt das positive Engagement für diese Region. Möge es gelingen. Die Frage ist nur, ob die Minensuchflotille überhaupt langfristig Bestand haben soll. Die Wahlen in MeckPomm zu stützen und dafür den Stützpunkt Kappeln/Olpenitz zu opfern, wäre ja wohl auch ein zu verruchtes Politik-Stück. Und lassen Sie die Suche nach wirtschaftlichen, maritimen Alternativen für den Stützpunkt. Das finanziert keine Bank ! Helmut Schmidt hat schon gesagt - Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen Spinnerkram und teuere, sinnlose Gutachten kann sich die Politik nicht mehr leisten. Das Geld ist doch alle, oder ? Der Stützpunkt sollte bei Schließung denaturiert werden, alles wieder langschaftsgerecht hergestellt werden. Wenn es dafür kein Geld mehr gibt, dann muss Olpenitz bleiben. Mit großer Sicherheit die langfristig bessere und momentan auf jeden Fall auch kostengünstigere Lösung. Alles andere kostet aktuell immer MEHR.

Ihnen allen weiterhin viel Erfolg zur Stärkung der so verdammt schwachen Region Nord-SH.
Toi, toi, toi .

Viele Grüße - Manfred Guth aus Kappeln

Niemals kann eine Umsiedlung nach Warnemünde Kosten einsparen. Linke Tasche, rechte Tasche - und unterwegs gelogen, dass sich die Balken biegen. Einer muss doch mal den Struck verhauen.
Am Hindukusch wird Deutschland nicht verteidigt, hier ist die Front !Hallo, hallo, merkt das niemand ?

Kommentar von Martin Preuschhof vom 23.01.2004, 16:00 Uhr:
Schnelle Entscheidung für Olpenitz gefordert
Tja immer alles nach Kiel. Vielleicht sollte man ganz Schleswig Holstein nach Kiel eingemeinden ;-)

Ich finde es gut, das Lothar Hay und Anna Schlosser - Keichel sich zu Olpenitz bekennen. Wenn es mit rechten Dingen zu geht, kann es nur auf Olpenitz rauslaufen.

Alles Andere wäre ein Skandal - allerdings nur ein Skandal mehr zu Gunsten von Kiel und zu Lasten von Lübeck, Schleswig, Flensburg, ...
Die Liste von Kielgeschädigten und Skandalen ist lang - mal sehen ob sie noch länger wird.

Ich werde unseren SPD Entscheidern genau auf die Finger sehen.

Martin Preuschhof, stellv. Kreisvorsitzender Segeberg.

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 23.01.2004, 08:34 Uhr - 868 Clicks - Nr. 41*

Jens Lichte in der Sprechstunde der SPD am 29.01.04

Der Stadtvertreter Jens Lichte wird am kommenden Donnerstag, den 29.01.04, von 16.00 - 17.30 Uhr im Fraktionszimmer der SPD allen Buergern für Fragen, Anregungen und Beschwerden zur Verfügung stehen.

Herr Lichte wird in dieser Sprechstunde speziell darueber berichten koennen, welche Sparvorschlaege die CDU Bad Segeberg in den Sitzungen der Fachausschuesse vor der kommenden Stadtvertretung am 03.02.04 praesentiert hat und welche Meinung die Segeberger SPD zu diesen Vorschlaegen hat.

Er freut sich darauf aus der praktischen Erfahrung der Buerger Meinungen und Vorschlaege zur Sanierung des Haushaltes der Stadt Bad Segeberg entgegen nehmen zu koennen und dies dann in der Stadtvertretung am 03.02.04 präsentieren zu koennen.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 25.01.2004, 12:06 Uhr - 1541 Clicks - Nr. 42*

SPD-EngelsbyWinterdienst - Ihre Pflichten als Anlieger

Die Verpflichtung zur Schnee- und Glättebeseitigung auf den Geh- und Radwegen ist gemäß § 5 der Straßenreinigungssatzung auf die Eigentümer der anliegenden Grundstücke übertragen. Diese sind danach verpflichtet, wie folgt zu räumen und zu streuen:

Einen mind. 1 Meter breiten Streifen, (auch wenn kein Gehweg vorhanden ist) An Fußgängerüberwegen bis zur Fahrbahnkante Im Bereich von Bushaltestellen bis zur Bordsteinkante Morgens, rechtzeitig vor Einsetzen des Hauptberufsverkehrs Abends, bis zum Abklingen des allgemeinen Tages Verkehrs An Sonn- und Feiertagen bis spätestens 8.00 Uhr So oft wiederholen, wie es bei anhaltendem Schneefall erforderlich ist. Der zeitliche Umfang der Räum- und Streupflicht richtet sich nach dem Verkehrsbedürfnis. In einigen Straßen geht es bereits um 6.00 Uhr rund, andere müssen erst zum Schulbeginn oder zu den Geschäftsöffnungszeiten verkehrssicher sein.
Aus diesem Grund gibt es keine einheitlichen Vorgaben für das gesamte Stadtgebiet. In der Regel genügt es, zwischen 7.00 und 20.00 Uhr für Winterdienst zu sorgen.
Aus Gründen des Umweltschutzes dürfen nur abstumpfende Stoffe wie z.B. Sand verwendet werden. Auftaumittel (Salze) sind grundsätzlich verboten. Nur bei extremen Witterungsbeding-ungen (Eisregen) und an gefährlichen Stellen (Treppen, Rampen, Brücken, Auf-und Abgängen und starken Gefällstrecken) darf ausnahmsweise auch Auftausalz verwendet werden.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 25.01.2004, 18:33 Uhr - 4418 Clicks - Nr. 43*

MdL Ulrike Rodust: Eingliederungshilfe für Behinderte ist ein Rechtsanspruch

„Eingliederungshilfe ist ein Rechtsanspruch und darf nicht vom Haushalt der einzelnen Kommunen abhängen“, so Ulrike Rodust, SPD-Landtagsabgeordnete, während einer Podiumsdiskussion in Borgstedt zum Thema „Eingliederungshilfe für Behinderte“.
Unterstützung erhielt sie von der Bürgerbeauftragten des Landes SLH, Birgit Wille-Handels, MdL Wolfgang Baasch sowie Waldemar Kunkat aus dem Sozialministerium.
Bei der angeregten Diskussion mit Vertretern der unterschiedlichsten Einrichtungen zeigte sich Erleichterung über die beschlossene Streichung einer Willkür-Regelung im Entwurf des künftigen Sozialgesetzbuches XII. Hinter diesem Titel verbirgt sich eine umfassende Reform der für behinderte Menschen wichtigen Eingliederungshilfe. Es war vorgesehen, die Finanzierung der Einrichtungen und Dienste für behinderte Menschen „von der Finanzkraft der öffentlichen Haushalte“ abhängig zu machen. Diese Formulierung entfällt.
Da die Kosten aber in den nächsten Jahren in erster Linie durch die demographische Entwicklung und die Änderung des gesellschaftlichen Verhaltens (weniger Stigmatisierung) enorm steigen, waren sich die Diskussionsteilnehmer weitgehend einig, dass im gemeinsamen Diskurs aller Beteiligten nach Möglichkeiten gesucht werden sollte, die Qualität und Effizienz nach ökonomischen Gesichtspunkten zu überprüfen.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 26.01.2004, 09:34 Uhr - 525 Clicks - Nr. 44*

Zugehört und manches mitgenommen



Zu dem Workshop "Kommunale Wirtschaftsförderung" bei der IHK äußerte sich der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Alexander Möller."Die vielen Vertreter aus Politik und Verwaltung haben mit großem Interesse den anwesenden Unternehmern zugehört. Dabei ist deutlich geworden, dass vieles schon sehr ordentlich läuft.
Dass, was aus Sicht der Wirtschaft zu verbessern ist, haben wir mitgenommen", sagte Möller heute. "Die Unterstützung bei der Schaffung von Vermarktungs- und Einkaufsportalen für die mittelständischen Unternehmen ist eine der wichtigsten Ideen aus dieser Veranstaltung heraus."
Künftig müsse es noch mehr gelingen, Vertreter aus Unternehmen zur Mitarbeit zu gewinnen, die nur selten Gremien wie die IHK nutzten. Dazu sei die Flexibilität der Kammer und der Stadt gefragt, so Möller weiter. Die Kommunalpolitik habe wenig Möglichkeiten zur Einflussnahme bei Schaffung neuer Arbeitsplätze. Wo diese bestünden, zum Beispiel bei der weiteren Verbesserung der Infrastruktur, werde die SPD wie in der Vergangenheit ihren Beitrag leisten.
"Das Hauptproblem, nämlich das zuwenig Arbeit vorhanden ist, beseitigen wir nicht durch die Strukturveränderungen unserer Wirtschaftsförderung", sagte Möller abschließend.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 26.01.2004, 23:06 Uhr - 2302 Clicks - Nr. 45*

Neuer Kreisvorsitzender in Kiel

98 % Zustimmung für neuen Kieler Kreisvorsitzenden Rolf Fischer



Auf dem Kreisparteitag der Kieler SPD am 24. Januar 2004 erhielt der Landtagsabgeordnete Rolf Fischer 98 % der abgegebenen Stimmen. Dies ist das höchste Ergebnis, das ein Kreisvorsitzender in Kiel erhalten hat.
Fischer erklärte, dass die Kieler SPD eine neue politische Offensive starten wird, um ihr Profil zu schärfen. Rolf Fischer: „Wir wollen durch soziale Politik die Wähler wieder für uns gewinnen. Die Kieler SPD hat ihre Oppositionsrolle akzeptiert und schaltet politisch wieder den Vorwärtsgang ein."

Der neue Kreisvorsitzende verwies auf die vielen Irritationen in der Schwarz-Grünen Rathauskooperation und betonte, dass Schwarz-Grün ihre Regierungsrolle noch nicht gefunden habe. Fischer: „50 Jahre CDU?Opposition verschwinden nicht hinter einem Lächeln der Oberbürgermeisterin."

Der Parteitag dankte mit Ovationen dem ausscheidenden Kreisvorsitzenden Andy Mitterer für seine Arbeit und wünschte ihm alles Gute für seine persönliche Zukunft.

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 27.01.2004, 13:20 Uhr - 1866 Clicks - Nr. 46*

Regionalkonferenz mit Franz Müntefering

Partei des Fortschritts
Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Franz Müntefering, hat die Sozialdemokraten im Norden zu weiteren Reformanstrengungen ermuntert. "Die SPD hat sich immer als Partei des Fortschritts verstanden", rief Müntefering den 250 Gästen einer Parteikonferenz am 25. Januar in Kiel zu. Jetzt müsse man bereit sein, zu forschen und entwickeln, sich einlassen auf Neues. Als wichtigste Forschungsfelder nannte er Energie und Biotechnologie.
Im Mittelpunkt der Rede des Fraktionsvorsitzenden stand die Bildungspolitik. "Gleiche Bildungs-Chancen für alle, nicht abhängig von Papas Portmonee", so Münteferings Forderung. Für Februar oder März kündigte er ein Gesetz zur Ausbildungsplatzabgabe an, falls die Arbeitgeber bis dahin keine freiwillige Lösung anböten.
Die Agenda 2010 verteidigte Müntefering. Der Sozialstaat in seiner bisherigen Ausprägung sei eine Antwort auf den nationalen Kapitalismus gewesen. Im Zeitalter der globalisierten Wirtschaft müssten neue Instrumente entwickelt werden.
Auch SPD-Landesvorsitzender Claus Möller stellte sich hinter die Politik aus Berlin: "Es gibt keine Alternative, aber der rote Faden der sozialen Gerechtigkeit muss deutlich erkennbar bleiben."
In einer ausführlichen Diskussion, geleitet vom Bundestagsabgeordneten Ernst-Dieter Rossmann, nahm der Fraktionsvorsitzende zu kritischen Fragen Stellung. Die Gäste zeigten sich von Münteferings Argumenten beeindruckt. Mit Blick auf die Landtagswahl in Schleswig-Holstein meinte ein Konferenzteilnehmer: "2005 muss das klappen!"

Kommentar von Daniel Wehlmann vom 16.06.2004, 10:09 Uhr:
RE:Regionalkonferenz mit Franz Müntefering
Das ich nicht lache... Mit dieser einfachen Aussage: Gleiche Bildungs-Chancen für alle, nicht abhängig von Papas Portemonaie, wollen sie sowieso nur Wählerstimmen erhalten. Ich möchte mich auch weiterbilden, Abitur machen, Psycholgie studieren. Weil ich nun mal Kfz- Mechaniker gelernt habe, und für 4 Jahre zur Bundeswehr gegangen bin sehe ich noch kaum Chancen dafür noch mal eine Schule besuchen zu dürfen. Das Arbeitsamt wird mich dafür in den Arsch treten und mich dazu zwingen meinen gelernten Beruf auszuüben, auch wenn ich ihn seit vier Jahren nicht ausgeübt habe und gar keine Berufserfahrung habe. Wer wird mich da noch nehmen, vor allem, weil ich dafür kein Interesse habe und zu dieser Zeit einfach nicht auf der Straße sitzen wollte?

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 27.01.2004, 20:44 Uhr - 1435 Clicks - Nr. 47*

Trigons Ende - Die Zukunft der City verstellt?

Die SPD-Ratsfraktion hatte sich nach einem gründlichen Abwägungsprozess und mehreren durchgesetzten Forderungen zur Nachbesserung der Verträge zwischen der Stadt und der Firma Trigon für die Südermarktpassage entschieden. Die Chancen waren größer als die Risiken. Daher gibt es jetzt weder Schadenfreude noch aufgewärmte Bedenken. Das Scheitern Trigons ist für die Stadtentwicklung in Flensburg eine dramatische Angelegenheit. Niemand kann ernsthaft den derzeitigen Schandfleck rund um das alte Brinkmann-Gebäude gutheißen.

Die SPD-Ratsfraktion will daher,

1.
eine klare Bestandsaufnahme, ob Trigon die Stadt belogen hat, welche Kosten bisher für die Stadt entstanden sind und welche Forderungen gegenüber Trigon geltend gemacht werden können,

2.
dass die bisherigen Grundstückseigentümer nicht an Trigon oder andere Spekulanten verkaufen. Es muss verhindert werden, dass Spekulationsobjekte entstehen, die weitere städtebauliche Maßnahmen blockieren könnten (vergl. Europa-Hotel),

3.
dass Saturn in die Innenstadt kommen kann. Die Uhr für Trigon tickt. Wenn Saturn sich in der Innenstadt ansiedeln will, muss dies nicht zwangsläufig in einer Südermarktpassage geschehen. Der Vertrag zur Erweiterung des Mediamarktes ab 2007 und die Ansiedlung von Saturn in der Innenstadt kann losgelöst von der Südermarktpassage vereinbart werden. Ob im alten Brinkmann-Gebäude, bei Karstadt oder in der ehemaligen Kaufhalle, Hauptsache Saturn kommt als neuer Kundenmagnet in die Innenstadt.

4.
dass bis spätestens Ende 2004 Klarheit herrscht. Sonst muss ein städtebaulicher Wettbewerb mit neuen Ideen und neuen Investoren stattfinden. Eine Weiterentwicklung der Innenstadt in breiten Abstimmungsprozessen mit der Bevölkerung Flensburgs wäre dann ein guter Neuanfang. Auch für einen neuen Oberbürgermeister.

Rolf Helgert

Fraktionsvorsitzender

Kommentar von osterloh@foni.net vom 20.02.2004, 10:03 Uhr:
RE:Trigons Ende - Die Zukunft der City verstellt?
Hallo Wilfried,

Anlage zur Kenntnismahme

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 27.01.2004, 22:08 Uhr - 2178 Clicks - Nr. 48*

Spannender Diskussionsabend zur Schwimmhalle Gaarden

Sozialer Verantwortung nachkommen !

Zukunft der Schwimmhalle Gaarden (?) – unter diesem Motto hatte die SPD im Ortsbeirat Gaarden am Montag zahlreiche Gaardener Institutionen, Schulen, Vereine, Schwimmbadbenutzer und Interessierte zu einem Diskussionsabend in die Jugendherberge eingeladen.
Es wurde munter diskutiert. Die zahlreichen Fragen sorgten für eine Menge Gesprächsstoff: Bleibt die Schwimmhalle Gaarden erhalten? Wo greifen bauliche Probleme auf den Schwimmbetrieb über? Welche Konsequenzen müssen gezogen werden und wie könnte die Gaardener Schwimmhalle attraktiver gestaltet werden?

Für die SPD im Ortsbeirat Gaarden ist die umgehende Sanierung der Schwimmhalle unumgänglich. Die einzige städtische Schwimmhalle auf dem Ostufer muss erhalten bleiben. Aufgrund des schlechten baulichen Zustandes darf eine Sanierung nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden.

Bisher hatte die Oberbürgermeisterin in ihren Reden zur Kieler Bäderlandschaft die Schwimmhalle Gaarden stets außen vor gelassen, auf einen offenen Brief aus den Reihen des Gaardener Ortsbeirates vom 3.12.03 nicht einmal geantwortet und die Bereitstellung der Finanzen in der Ratsversammlung abgelehnt, obwohl sie im Wahlkampf den Erhalt aller städtischen Bäder versprochen hatte. Die CDU-Ratsfraktion hatte bereits in der Ratsversammlung im Februar 2003 mit einem Papier für Aufsehen gesorgt, in dem sie u.a. auch die Möglichkeiten der Stillegung eines oder mehrerer der vorhandenen städtischen Bäder untersuchen lassen wollte. Daher sieht die Gaardener SPD dem für Mitte diesen Jahres angekündigten Bäderkonzept für Kiel mit Spannung und Sorge entgegen.

„Sport hat neben der Freude an der Bewegung und der Gesundheitsvorsorge auch einen wichtigen gesellschaftlichen und sozialen Charakter, der gerade für Gaarden unendlich wichtig ist. Viele Familien mit Kindern, ältere Menschen und auch Vereine können sich den Eintritt zu privaten Freizeitbädern oder die längeren Anfahrtswege nicht dauerhaft leisten. Bezahlbare Eintrittspreise zu Schwimmbädern in der Nachbarschaft für alle sind daher auch wichtige soziale Angebote.

Die CDU sollte endlich einsehen, dass sich soziale Angebote eben nicht rein marktwirtschaftlich organisieren lassen, da sie ja gerade von den Menschen benötigt werden, die nicht immer über ausreichende Mittel verfügen.“ so Matthias Beigel (SPD) auf der Veranstaltung.

Auch für die Schulen ist der Erhalt und somit die Sanierung der Schwimmhalle überaus bedeutend. „Es ist doch wohl schwer vorstellbar, dass Schüler aus Neumühlen-Diedrichsdorf während der knapp bemessenen Unterrichtszeit auch noch über große Entfernungen bis zur Lessinghalle oder nach

Schilksee transportiert werden müssten. Ein kürzerer Schwimmunterricht, Unterrichtsausfall und damit weniger Kinder in Kiel, die das Schwimmen erlernen könnten, wären die fatalen Folgen“ so der besorgte Familienvater Gunnar Bormann.

„Das kann sich Kiel als Stadt an der Förde einfach nicht leisten“, so die abschließende Meinung fast aller Veranstaltungsgäste.

Für Rückfragen: Matthias Beigel, Tel: 0172-6 34 28 64 oder eMail: mabeigel@t-online.de

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 28.01.2004, 11:15 Uhr - 4465 Clicks - Nr. 49*

MdB Ulrike Mehl: Keine Korrektur der Gesundheitsreform

Bericht aus Berlin - veröffentlicht in der Eckernförder Zeitung am 28.01.2004:
Das Inkrafttreten des Gesetzes zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (das das Ergebnis eines Kompromisses zwischen der Regierungskoalition und der CDU/CSU ist) am 1. Januar 2004 zog eine Flut von Informationen nach sich, die bei vielen Bürgerinnen und Bürgern Unsicherheit und Unverständnis ausgelöst haben.
Besonders die öffentliche Berichterstattung in den Medien trug mehr zur Verwirrung als zur Aufklärung bei. Es entstand der Eindruck, dass vom Gesetzgeber eine unausgegorene und nachbesserungsbedürftige Reform auf den Weg gebracht wurde.
Dem ist nicht so, denn Deutschland hat kein staatliches Gesundheitswesen, die Rolle des Staates beschränkt sich auf die Vorgabe gesetzlicher Rahmenbedingungen und die Aufsicht über deren Einhaltung. Für die Ausgestaltung und Umsetzung dieser Rah-menbedingungen ist der so genannte „Gemeinsame Bundesausschuss“ zuständig, in dem die Krankenkassen und die Leistungserbringer (z. B. Ärzte und Krankenhäuser) vertreten sind. Diese konkretisieren das gesetzgeberisch Gewollte und vereinbaren, in welcher Form gesetzliche Vorgaben in die Praxis umgesetzt werden. Über Richtlinien und Verträge werden sowohl der Leistungsanspruch der Patientinnen und Patienten als auch der Behandlungsumfang durch Ärzte und anderer Gesundheitsberufe im Detail festgelegt. Damit werden eine Überbürokratisierung durch unendlich viele gesetzliche Detailregelungen vermieden und eine schnelle Anpassung der Normen an veränderte medizinische, soziale und ökonomische Bedingungen erleichtert.
Das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung hat unmittelbar nach Verabschiedung der Reform im Bundesrat am 17. Oktober 2003 die wichtigsten Akteure der Gemeinsamen Selbstverwaltung über die wesentlichen Inhalte des Gesetzes informiert, und auf die Notwendigkeit einer zügigen Umsetzung zum Jahreswechsel gedrängt. Insbesondere der Gemeinsame Bundesausschuss wurde aufgefordert, die wichtigsten Aufträge bis zum Jahresende 2003 zu erledigen. Leider wurde die Zeit nach Verabschiedung des Gesetzes nicht von allen Akteuren der Selbstverwaltung optimal genutzt. Deshalb mussten in den vergangenen Tagen und Wochen noch wichtige Punkte, wie die nähere Definition einer schwerwiegenden chronischen Erkrankung, die Bestimmung der Ausnahme-fälle für die Übernahme von Fahrtkosten zur ambulanten Behandlung, die Erhebung von Praxisgebühren usw. geklärt werden.
Tatsache ist, dass es weder zu Chaos noch zu Versorgungsengpässen gekommen ist. Kritische Fragen, die zwischen dem Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung und den für die Umsetzung verantwortlichen Akteuren im Gemeinsamen Bundesausschuss unterschiedlich beurteilt

worden sind, konnten einvernehmlich gelöst werden. Trotzdem bleiben alle politisch Verantwortlichen weiterhin gefordert, den Druck im Sinne einer versicherten- und patientenfreundlichen Umsetzung des Gesetzes aufrechtzuerhalten.
Gesetzgeberische Korrekturen sind nicht erforderlich. Der bestehende rechtliche Rahmen wird den Zielen des parteiübergreifenden Kompromisses vollständig gerecht.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 29.01.2004, 08:30 Uhr - 545 Clicks - Nr. 50*

Rechtsstreit Stadt / Pumpe -Termin vor Verwaltungsgericht



Geheimdiplomatie schwächt Chancen der Stadt"
Entsandter Pumpenvorstand Alexander Möller (stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion), äußerte sich heute zu dem Streit um die Anerkennung der Verwendungsnachweise der Stadt an die Pumpe:
"Vereine und andere Gruppen müssen in Kiel einen Ort für ihre Arbeit haben.
Das soll weiterhin die Pumpe sein. Die SPD strebt deshalb eine Garantie für die dauerhafte Fortsetzung kultureller Bürgerarbeit mit dem vorhandenen Personal am Ort Pumpe durch die Ratsversammlung an. Diese muss dann allerdings professioneller organisiert werden als bislang. Dafür ist die städtische Verwaltung mit einzubeziehen. Die Gastronomie muss verpachtet werden, das Kommunale Kino seine Arbeit fortsetzen können und Raum für die Filmwerkstatt weiter zur Verfügung gestellt werden. Es soll weiterhin eine finanzielle Unterstützung der bisherigen Arbeit der Pumpe durch die Stadt geben, die jedoch deutlich geringer als bislang ausfallen muss.

Alle Versuche einer außergerichtlichen Einigung zwischen Pumpenverein und Stadt sind gescheitert. Jetzt steht der Gang zum Verwaltungsgericht (18.03.04) an. Die offizielle politische Linie war klar: Am 21.11.2002 hat die Ratsversammlung die Kündigung des Nutzungsvertrages zwischen Stadt und Pumpenverein beschlossen. Am 17.09.03 wurde von Schwarzgrün gegen die Stimmen der SPD ein detaillierter 8-Punkte Verhandlungsauftrag gegeben, den die Verwaltung in enger Abstimmung mit der Pumpe Punkt für Punkt abgearbeitet und in ein Zukunftskonzept für das Bürgerzentrum eingearbeitet hat. Es folgte eine Pauschalzurückweisung der Pumpe und seitdem herrscht Funkstille.

Diese Tatsache verwundert nicht, wenn man ein offenes Geheimnis kennt. Selbsternannte Vermittler aus den Reihen der Selbstverwaltung haben neben den eigenen Beschlüssen und an der Verwaltung vorbei mit der Pumpe "verhandelt". Über die Gründe kann nur spekuliert werden, doch eins ist klar: das war ein Bärendienst. Die städtische Position wurde aufgeweicht, die Arbeit der Verwaltung konterkariert und die Hoffnung auf eine außergerichtliche Einigung zu Nichte gemacht."

Zur Frage der offenen Entscheidung über den Verwendungsnachweis 2002 äußert sich Möller wegen der Nichtöffentlichkeit der Vorlage, nicht.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 29.01.2004, 14:49 Uhr - 625 Clicks - Nr. 51*

Bedauern über Rücktritt

Entsandter Pumpenvorstand Alexander Möller (stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion), äußerte sich heute zum Rücktritt von Anouschka Benz (CDU) aus dem Vorstand des Vereins Pumpe e.V:
"Den Rücktritt von Frau Benz bedauere ich sehr. Frau Benz und ich waren gemeinsam angetreten, im Vorstand der Pumpe.V. kulturelle Bürgerarbeit in Kiel weiterhin zu ermöglichen und gleichzeitig verantwortlicher mit Steuergeldern umzugehen."



Keine Kommentare

SPD-Norderstedt - *veröffentlicht am 29.01.2004, 22:58 Uhr - 1734 Clicks - Nr. 52*

"Jugendarbeit 2010" in Norderstedt - der Einstieg in den Ausstieg

Michael Holtfoth, SPD-Fraktion
Redemanuskript Stadtvertretung 27.01.2004
TOP 7: „Jugendarbeit 2010“

Konzept „Jugendarbeit 2010“. Ein Dauerbrenner geht heute in die letzte Runde. Obwohl: Eigentlich sind die Weichen ja längst gestellt. Denn im Dezember wurde das Bürgermeister-Sparprogramm in der Offenen Jugendarbeit bereits besiegelt.
Eigentlich macht man das anders herum.

Aber Bürgermeister und CDU scheinen es eilig zu haben. So werden die Jugendlichen des Kulturcafés nun doch schon Ende März vor die Tür gesetzt, obwohl es die Zusage aus der CDU gab, ihnen eine längere Frist
für die Suche nach einer neuen Bleibe zu gewähren – insbesondere für ihre Musikgruppen und –veranstaltungen.

Fragt sich also: Warum diese Eile?
Vielleicht weil für die Immobilien Ulzburger Straße 131 - also dort, wo noch das Jugendkulturcafé steht - sowie Kohfurth 1 - also dort, wo noch die Drogenberatung der Inneren Mission angeboten wird – schon Kaufinteressenten bei den Immobilienexperten der CDU-Fraktion angeklopft haben?
Honi soit qui mal y pense?

Im übrigen: Schon bemerkenswert, dass sich mit den Verkaufsabsichten weder der Finanz- noch der Planungsausschuss befasst hat.

Oder liegt der Grund für die Eile vielleicht darin, dass die CDU kein Geld ausgeben will für diese „Subkultur“ – Original-Vokabular Herr Nicolai.

Also für all die Jugendlichen, die in den Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit sinnvoll und pädagogisch betreut ihre Freizeit verbringen, Hausaufgabenhilfen erhalten, Lebensperspektiven eröffnet bekommen.
Und die Gemeinsamkeit erfahren und lernen, Verantwortung für eine Gruppe zu übernehmen statt sich als Individual-Rambos dem sozialdarwinistischen Geist der verantwortungsfreien Ellenbogengesellschaft preiszugeben.

Dazu passt auch, dass sich CDU und FDP von der Bezuschussung der Drogenberatung verabschieden wollen. „Subkultur“: Sollen die doch sehen, wie sie clean werden. Aber bitte nicht mit städtischen Mitteln.
Kreisaufgabe, sagen Sie. Wohl wahr - aber der Kreis stiehlt sich schon seit Jahren aus der Erfüllung seiner Aufgaben.
20.500 Euro Einsparung sind Ihnen mehr wert, als Drogenabhängigen und gefährdeten Menschen zu helfen. Wie kurzsichtig!
Denn diese Menschen kommen die Stadt teuer zu stehen, wenn sie aufgrund ihrer Drogenabhängigkeit zum Sozialfall werden. Da werden Sie Finanzgenies von der CDU und FDP wohl kaum mit 20.500 Euro auskommen!

Gleiches gilt für die Schulsozialarbeit. Landesaufgabe. Sollen die doch zahlen. Mittelfristig 90.000 Euro mehr im Stadtsäckel. Und die betroffenen Jugendlichen?
Selbiges bei der Straßensozialarbeit. Ab 2005 stellen Sie dem LichtBlick 50.000 Euro weniger zur Verfügung.
Pastor Stehr hat bereits angekündigt, dass seine Kirchengemeinde die Straßensozialarbeit aufgeben muss, sollte die Stadt die Schraubzwinge noch enger ziehen.

Dass die Drogenberatung wie auch die TAS und die gerade erst in die Räumlichkeiten des Hauses Kohfurth 1 gezogene Wohnungslosenberatung des Kirchenkreises Niendorf beim Verkauf der Immobilie allesamt im Schalom im Lütjenmoor unterkommen sollen, macht mich immer noch sprachlos.
Dass Sie noch nicht auf den Gedanken gekommen sind, das Schalom auch noch den vor die Tür gesetzten Jugendlichen des Kulturcafés als Bleibe anzubieten - frei nach dem Motto: „Subkulturen“ Norderstedts vereinigt Euch - , enttäuscht mich dabei irgendwie.
Falls Sie es immer noch nicht wissen oder zumindest glauben sollten, werte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP: Im Schalom befindet sich ein Kindergarten und in unmittelbarer Nachbarschaft eine Grundschule!

Aber zuerst soll den Jugendlichen aus dem Kulturcafé das Jugendfreizeitheim Buschweg als neue Bleibe angeboten werden. Da ergibt sich zwangsläufig ein Platzproblem. Und da das Sparkonzept „Jugendarbeit 2010“ zugleich den Verkauf des Außengeländes des Jugendfreizeitheimes Buschweg vorsieht, besteht auch keine Möglichkeit mehr, das Angebot dort räumlich effektiv auszuweiten. Mal ganz abgesehen von den vielfältigen Problemen, die eine Zwangszusammenführung zweier gewachsener sozialer Gruppen mit sich bringt.

Was haben wir noch auf dem Grusel-Papier des Bürgermeisters?
Den Bauspielplatz Falkenhorst. Für die Landesgartenschau ist er vielleicht noch gut genug. Danach

weg damit. Und die Kinder?
Der Baui hat einen großen Stamm von Kindern, nicht nur aus der unmittelbaren Umgebung, sondern auch aus anderen Teilen der Stadt.

Oder den Abenteuerspielplatz Holzwurm:
Dessen Trägerschaft möchten Bürgermeister und seine Erfüllungsgehilfen dem Verein NoMi e.V. übertragen. Der wird es kaum schaffen, angemessene Öffnungszeiten zu gewährleisten. Zuschüsse für Personal sind unumgänglich. Aber dafür will die politische Mehrheit hier im Saal ja kein Geld ausgeben. Also: Trend dichtmachen.

Und dann noch, nicht zuletzt, der Stellenplan.
Da wird kräftig gestrichen: Rund ein Viertel fällt dem Rotstift des Bürgermeisters zum Opfer. Und da er ja auch noch eine Wiederbesetzungssperre erlassen hat, heißt das: Stellenabbau.
Gleichzeitig reden Sie, Herr Bürgermeister, der Einführung von Ganztagsschulen das Wort. Sehr löblich!
Aber dafür müssen die Angebote an den Schulen zwangsläufig erhöht werden. Und das wird nicht so einfach ohne personelle Unterstützung der Stadt gehen. Aber woher nehmen, wenn heute die Stellen der städtischen Pädagogen abgebaut werden?

Am Ende der Beschlussvorlage steht der Satz:
„Damit (also mit dem Sparprogramm ‚Jugendarbeit 2010') passt die Stadtvertretung ihren Beschluss zur Neustrukturierung der Jugendarbeit vom 2.9.1997 der Entwicklung an." Ja, bitte: welcher Entwicklung?
Sollte mir entgangen sein, dass es keine Kinder und Jugendlichen mehr in Norderstedt gibt? Wohl kaum!
Und dass es keine Nachfrage für die Angebote und Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit gibt, kann es auch nicht sein. Aber was dann?
Wahrscheinlich ist damit die Entwicklung gemeint, dass Kinder und Jugendliche zukünftig von Bürgermeister, CDU und FDP nichts mehr erwarten können –
schon gar kein Geld.

Die SPD spricht sich nachdrücklich dafür aus, das bestehende Konzept der Jugendarbeit fortzusetzen, wie es am 2.9.1997 beschlossen wurde.
Es hat sich bewährt, es ist erfolgreich, es ist zum Wohl der Kinder und Jugendlichen, es zeigt Perspektiven auf,
es hat Zukunft!

Aber CDU und FDP haben unseren diesbezüglichen Antrag im Rahmen der Haushaltsdebatte im Dezember abgelehnt.
Sie setzen auf das destruktive Sparprogramm des Bürgermeisters und beschließen damit den Einstieg in den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Jugendarbeit:
ein Dokument politischer Kurzsichtigkeit.

Wer dem Sparprogramm „Jugendarbeit 2010" zustimmt, muss sich darüber im Klaren sein, dass er sich eines erheblichen Teils der Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Jugendlichen entzieht.
Wenn Menschen jedoch, zumal im jugendlichen Alter, erfahren müssen, dass sich die Verantwortungsträger der Gesellschaft der Verantwortung ihnen gegenüber entziehen, so kann es nicht verwundern, dass diese Menschen keinerlei eigene Verantwortung mehr für die Gesellschaft übernehmen wollen.

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP: Ihre Politik trägt zur sozialen Kälte, zur Individualisierung und zur Anonymisierung in unserer Stadt bei. Sie ist unsozial und verantwortungslos.

Dass es anders geht – auch in finanziell klammen Zeiten – haben wir in den vergangenen Jahren und aktuell in den Sitzungen der vergangenen Wochen und Monate gezeigt und aufgezeigt: Es ist eine Frage des Wollens.

Wir setzen auf die Menschen, Sie setzen auf Prestigeobjekte. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass man Ihnen deswegen dankbar die Füße küssen wird.

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 30.01.2004, 08:33 Uhr - 858 Clicks - Nr. 53*

Meinung der SPD zum Haushalt 2004

Die SPD Bad Segeberg wird in der Sitzung der **Stadtvertretung** am 03.02.2004 die nachfolgenden Positionen vertreten und ihr Abstimmungsverhalten nach diesen Positionen ausrichten:
Die SPD Fraktion wird ihr **Abstimmungsverhalten** zu einer Steuerhöhung und dem Haushaltsentwurf für 2004 im Haupt- und Finanzausschuss und der Stadtvertretung davon abhängig machen, ob neben den Mehrbelastungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie den Gewerbetreibenden der Haushalt auf der Gegenseite auch weiterhin wichtige Leistungen für die Bürger und das Gewerbe enthält. Mit einer Steuerer-höhung, die Mehreinnahmen für die Stadt um ca. 200.000,- Euro ergeben wird, sind weitere Landeszuweisungen an die Stadt Bad Segeberg in Höhe von bis zu 800.000,- Euro verbunden. Diese Mehreinnahmen von bis zu 1 mio Euro sollte auch nach Ansicht der SPD-Fraktion vornehmlich der Reduzierung des Haushaltsfehlbetrages dienen. Mit weniger als 10% dieses Betrages wollen wir Leistungen für die Bürger und Gewerbetrei-benden finanzieren, damit diese nicht nur mehr belastet werden, sondern auch Leistun-gen aus den Steuererhöhungen erhalten.

Im Folgenden werden Ziele formuliert, die Zuordnung zu den Haushaltspositionen ist dann der Verwaltung zu überlassen. Im Einzelnen sind dieses:

Im Bereich des Ausschusses für **Wirtschaftsförderung**:

Eine Haushaltsposition „aktive Gewerbeförderung“. Ziel soll es sein, Gewerbeansiedlungen in Bad Segeberg aktiv zu fördern. Dieses kann auf sehr unterschiedliche Weise geschehen, durch Darlehen, Bereitstellungen von Sicherheiten, ...
Vordringliches Ziel in 2004 ist die Wiederbelebung des ehem. Edekamarktes „Stier und Kost“ in der Innenstadt, um die fussläufige Versorgung in diesem Stadtteil zu sichern und die Kirchstrasse wiederzubeleben. Da die Verkaufsfläche für einen konkurrenzfähigen Supermarkt zu klein geworden scheint, könnte in dem Gewerberaum z. B. eine kleine Markthalle mit selbständigen Fachgeschäften (Gemüse, Fleischer, Fisch, ...) angestrebt werden.

Jugend und Soziales

Hotel am Kalkberg, Fertigstellung der Sanitäranlagen im Erdgeschoss, damit im Jugendzentrum ein rentierlicher Betrieb anlaufen kann und die weiteren Kosten durch die Saalmiete bzw.

Veranstaltungen erwirtschaftet werden können.

Streetworker, es soll gewährleistet werden, dass weiterhin mind. ein Streetworker für die Betreuung der zum Teil auffälligen Jugendlichen bereitsteht.

Frauenzimmer, durch den Wegfall der Förderung durch den Kreis, ist der Fortbestand des Frauenzimmers akut gefährdet. Hier gilt es durch adäquate Unterstützung den Fortbestand zu sichern.

Schule und Kultur

Notfallfond für Lernmittel, um den zum Teil desolaten Bestand an Schulbüchern (Beispiele Wipo Bücher mit Drucklegung vor der Wiedervereinigung, ...) schrittweise zu erneuern.

Familienbildungsstätte Fortbestand der alten Förderung in Höhe von 5.200,- , das bedeutet Rücknahme der im Fachausschuss beschlossenen Empfehlung „Kürzung auf 2.500,- Euro“
Infolge der Beitragsrückgänge plant die Kirche die kritische Prüfung ihrer defizitären Angebote in den Gemeinden. Bad Segeberg ist hiervon durch die Schließung der Evang Akademie bereits stark getroffen. Wenn wir nun durch Kürzung der städtischen Zuschüsse die Bilanz der Familienbildungsstätte verschlechtern, so ist zu befürchten, dass es hier zu deutlichen Angebotseinschränkungen kommt.

VHS, hier scheint durch die Verhandlungen der gesicherte Fortbestand der VHS gewährleistet zu sein. Dieses begrüßt die SPD-Fraktion.

Sportförderung, hier wollen wir weiterhin das Ehrenamt stärken und den Übungsleitern auch im „Erwachsenensport“ den vergleichsweise geringen Zuschuss zu ihrer Entschädigung bieten. Nach Rücksprache mit den Vereinen scheinen seitens der Stadt mit den einzelnen Vereinen keine Gespräche über diese Leistungskürzung geführt worden zu sein. Die Vereine sehen nur die Möglichkeit, die Kosten für Übungsleiter auf die Beiträge umzulegen und fürchten einen Mitgliederrückgang.

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 30.01.2004, 08:49 Uhr - 2041 Clicks - Nr. 54*

Neue AfA-Initiative im Kreis Stormarn

Der AfA-Kreis Stormarn schlägt eine Diskussion vor

AfA plant Forum für „Arbeit und Wirtschaft in Stormarn“
Im Kampf gegen die hohe Arbeitslosigkeit, muss über die Möglichkeiten der praktischen Politik vor Ort zielführend diskutiert werden
(Bad Oldesloe, den 29. Januar 2004) Auf der AfA Sitzung am 26. Januar 2004, ist eine Veranstaltungsreihe zur klaren Standortbestimmung der SPD - zunächst vor Ort - beschlossen worden.

„Wir müssen den Bürger/innen deutlich machen, dass die soziale Gerechtigkeit in der Zeit der hohen Arbeitslosigkeit für die SPD an erster Stelle steht. Der Kampf gegen die hohe Arbeitslosigkeit ist dabei erstes Ziel. Die ehrenamtliche Politik kann und muss deutlich machen, dass sie selbst zur Senkung der

Arbeitslosigkeit einen Beitrag leisten kann.
Wir wollen die Möglichkeiten in der praktischen Politik vor Ort zielführend diskutieren, damit konkrete Ergebnisse praktisch umgesetzt werden können.
Betriebsräte und Gewerkschafter wollen und müssen ihren Sachverstand in diese Diskussion einbringen, das ist Ziel der AfA.
In einer Veranstaltungsreihe wollen wir uns auf diese Weise praktisch in Zielbestimmung und Programmatik der SPD einmischen, die SPD muss ihre soziale Kompetenz wieder deutlich machen!“ so Nils Bolwig und Uwe Teut.

Die folgende Veranstaltungsreihe wird auf der SPD Kreisvorstandssitzung, am 10. Februar 2004, vorgestellt und beraten werden.

Die Veranstaltungsreihen stehen unter dem Titel: „Forum für Arbeit und Wirtschaft in Stormarn“

- Die Veranstaltung teilt sich auf in einen Informations- und in einen Diskussionsteil
- Zeitvorstellung: Samstags, 11.00 Uhr bis 15.00 Uhr
- Ort: - wenn möglich in einem Stormarner Betrieb (z.B. Casino, Kantine) - oder in der Aula der Berufsschule, als Symbol für Ausbildung/Arbeitsplätze
- Moderation: Nils Bolwig

Ablauf: 1. Begrüßung

2. Informationsreferate
a) Ansiedlung und Werbung für Unternehmen, die nach Stormarn kommen
WAS, N.N.
b) Ein Unternehmer/in berichtet über erfolgreiche Arbeit in Stormarn
c) Entwicklung der Arbeitsplätze in Stormarn (Struktur und Zahlen)
Vertreter des Arbeitsamtes Bad Oldesloe
d) Bericht aus den Betrieben. Gewerkschaft und Betriebsräte berichten, auch hier mit konkreten Zahlen über Arbeitsplätze, Löhne und Gehälter

3. Pause

4. Bürgermeister/innen beziehen Stellung
Themen: - Können die Ehrenamtler die Wirtschaft beflügeln und Arbeits- plätze schaffen?
- Innenstadtsterben
- Voraussetzungen und Standortfaktoren

5. Diskussion und Aussprache

6. Schlussworte

Die SPD kann einen Antrag oder eine Resolution vorlegen, die wirksame Veränderung ihrer Ausrichtung beinhalten muss:

Gewerkschafter in die Vorstände und auf die Listen, Soziale Gerechtigkeit bei Privatisierungen, Bei Konzentrierungen der Verwaltungen: Mitarbeiter einbeziehen und sozial verträglich handeln.

Ausblick:

Auf der zweiten Veranstaltung zum „Forum für Arbeit und Wirtschaft in Stormarn“, sollen dann die „Grossen“ Rede und Antwort stehen.

Diskussion mit Wirtschafts- und Gewerkschaftsvertretern sowie Politikern aus dem Land- bzw. Bundestag

Diskussionsteilnehmer könnten z.B.

Peter Deutschland (DGB) - Wirtschaftsminister, Dr. Bernd Rower ,
Bahnchef, Hartmut Mehdorn - Norbert Hansen (TRANSNET),
Frank Bsirske (Ver.di) - Ministerpräsidentin, Heide Simonis (SPD)

Nils Bolwig
Mobil: 0170 - 3 30 49 63 n.bolwig@web.de

Keine Kommentare

SPD-Glücksburg - *veröffentlicht am 30.01.2004, 23:02 Uhr - 1574 Clicks - Nr. 55*

CDU will Nahversorgungszentrum

Mit der Mehrheit der Stimmen der CDU Fraktion im Bauausschuss wurde der Beschlußvorlage des Bürgermeisters John Witt zugestimmt, ein Nahversorgungszentrum anzulegen.
Der Gutachter eines Hamburger Beratungsunternehmens BBE stellte dem Bauausschuss, - und den nichtstimmberechtigten anwesenden Mitgliedern des Hauptausschusses in einem optisch gut aufbereiteten Vortrag, die Daten einer Markt- und Konsumanalyse dar.
In seinem Vortrag stellte der Gutachter die Vor- und Nachteile eines fehlenden Discounters heraus. Nicht nur die Frage des möglichen angebotenen Sortimentes wurde beleuchtet, sondern auch die Standortfrage sehr deutlich auf den Innenstadtbereich bezogen.
In der anschließenden Diskussion wurde zu Beginn Herrn Matthiesen vom Handels-und Gewerbeverein Glücksburg das Wort erteilt, der sehr eindringlich darum bat, die beabsichtigte Verkaufsfläche auf 700 qm festzuschreiben, und sich wenigstens ein Jahr Zeit zu nehmen, um die Standortfrage zu beantworten.

Nach dem Abstimmungsergebnis ist der Bau des Nahversorgungszentrums beschlossene Sache. Die Besorgnisse der Glücksburger Gewerbetreibenden im Einzelhandel und die Einwände der Mitglieder der SPD Fraktion wurden vom Tisch gefegt !

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 01.02.2004, 10:12 Uhr - 889 Clicks - Nr. 56*

Georg Oehlrich in der SPD-Sprechstunde am 05.02.04

Der Stadtvertreter Georg Oehlrich wird am Donnerstag, den 05.02.04 im Fraktionszimmer der SPD im Alten Rathaus allen Bürgern im Rahmen der Bürgersprechstunde zur Verfügung stehen.
Er wird dabei insbesondere über den Verlauf der Sitzung der Stadtvertretung am 03.02.04 berichten koennen und auch die Fragen, Anregungen und Beschwerden der Bürger zu hier behandelten oder auch anderen Themen entgegen nehmen.

Keine Kommentare

SPD-Wilster - *veröffentlicht am 01.02.2004, 11:12 Uhr - 2421 Clicks - Nr. 57*

Bürgerentscheid am 7. März: Stadtwerke sollen Eigenbetrieb bleiben!

Alle Bürgerinnen und Bürger können am 7. März darüber mitentscheiden, ob unsere Stadtwerke ein Eigentrieb in der bisherigen Form bleiben oder in eine GmbH umgewandelt werden. Wer für den Eigenbetrieb ist, muss „Ja“ ankreuzen.
Abgesehen davon, dass es bereits einmal einen Bürgerentscheid über die Rechtschreibungsreform gab, ist dieses der erste Bürgerentscheid in Wilster zu einem kommunalen Thema. Hans-Jürgen Simon, Thomas Duffner und Natascha Böhnisch haben zunächst das Bürgerbegehren initiiert. Sie haben es auf Anhieb geschafft, dass das Unterschriftenquorum von 10 % der Wahlberechtigten erreicht worden ist. Die Kommunalaufsicht erteilte die Genehmigung für einen Bürgerentscheid.
Eine mögliche Privatisierung der Stadtwerke war auch ein Thema im Kommunalwahlkampf. Die CDU hatte die Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen auf ihre Fahnen geschrieben und immer behauptet, dass unsere Stadtwerke einen starken Partner brauchen würden. Die jetzige Bürgervorsteherin Christa Starke hatte vor einem Jahr eigene Stadtwerke sogar als „Luxus“ bezeichnet.
Im Mai hatte der Hauptausschuss eine Verwaltungsvorlage zu behandeln, wonach die Verwaltung beauftragt werden sollte, eine andere Rechtsform der Stadtwerke zu prüfen. Aus der Vorlage war zwar nicht zu entnehmen, dass dieses auf Veranlassung der CDU geschehen sollte, aber es wurde später erklärt, dass es sich um eine gemeinsame Vorlage von CDU und Verwaltung handelte. Einige Monate später kam von der Verwaltung der Vorschlag, die Stadtwerke in eine GmbH umzuwandeln. Es wurde die schwache Begründung geliefert, dass ein privatrechtlich organisiertes Unternehmen sich schneller und flexibler den Gegebenheiten des freien Marktes anpassen könne. Es wurden Gründe genannt, die bestenfalls auf Stadtwerke größerer Dimensionen zutreffen könnten. Die Beratungen über dieses Thema erfolgten immer nichtöffentlich und ohne den Sachverstand der Werkleitung. Es wurde nie ein Beispiel aus der Vergangenheit genannt, wo die Stadtwerke nicht schnell genug reagiert haben. Wir meinen, in der Vergangenheit auf jede notwendige Strom- oder Gaspreiserhöhung schnell und angemessen reagiert zu haben. Der Werkausschuss, um dessen Auflösung es immerhin auch ging, wurde nie mit diesem Thema befasst.

Unser Landesvorsitzender Claus Möller, der immerhin während seiner Zeit als Finanz- und Energieminister einige Erfahrungen über Privatisierungen von Stadtwerken sammeln konnte, sprach sich auf einer Veranstaltung klar für den Erhalt der Stadtwerke als Eigenbetrieb aus. Die Stadtwerke Wilster nehmen eine gute Position ein. Sie sind ein örtlicher Versorger, der durch Nähe, Zuverlässigkeit und partnerschaftlichen Umgang seine Kundschaft halten kann und sich zu einem noch umfassenderen Dienstleister ausbauen sollte. In unseren Stadtwerken müssen keine großen Organisationsstrukturen unterhalten werden. Die Stadtwerke sind als Eigenbetrieb flexibel und können schnell reagieren. Sie sind in der Vergangenheit in der Lage gewesen, die Konzessionsabgabe und einen Gewinn zu erwirtschaften. Ein wichtiger Grund dafür, dass die Stadtwerke Eigenbetrieb bleiben sollten, ist unser Hallenbad. In jüngster Zeit sind die Wilsteraner Christdemokraten emsig bemüht zu zeigen, dass auch sie für den Erhalt des Hallenbades eintreten. Sie brüsten sich mit dem Bau einer neuen Sauna. Die Weichen dafür hatten wir längst gestellt. Mit unserer Mehrheit wurde die frühere Sportlerklause an die Stadtwerke verkauft, um diese Räumlichkeiten für das Hallenbad zu nutzen.
Wir haben auch nie behauptet, dass die CDU gegen das Hallenbad ist. Wir sagen aber, dass wir vermuten, dass ein von der CDU geforderter sogenannter starker Partner der Stadtwerke langfristig kein Interesse an einem defizitären Hallenbad haben wird. Ein Partner möchte seine eingesetzten Finanzmittel vermehren. Er hat somit kein Interesse an verlustreiche Betriebsteile. Dieses Risiko möchten wir nicht eingehen. Oder besser gesagt: Wir Sozialdemokraten möchte es nicht ausprobieren, wie sich ein künftiger späteren Partner in Bezug auf das Hallenbad tatsächlich verhält.
In einem CDU-Prospekt ist von „stichhaltigen Argumenten“ für eine Umwandlung der Stadtwerke in eine GmbH die Rede. Es heißt dort:
 Flexibleres Agieren auf den freien Energiemärkten
Das versteht kein Mensch. Soll das heißen, dass unsere Stadtwerke auch Strom oder Gas nach Glückstadt oder Itzehoe verkaufen können sollen? Wenn das versucht werden sollte, werden uns größere Werke schnell schlucken. Einkaufen können wir auch als Eigenbetrieb optimal, weil wir einer großen Einkaufgemeinschaft angeschlossen sind.
 Erweiterung des Dienstleistungsangebots
Auf diesem Gebiet sind uns auch jetzt keine Hürden gesetzt.
 Stärkung der Eigenverantwortung der Mitarbeiter
Darüber können die Mitarbeiter nur lachen. Eine hohe Eigenverantwortung haben sie bereits jetzt und sie hätten es sich gewünscht, von der CDU bei den Umwandlungsbestrebungen gehört worden zu sein.
 Sicherung und Ausbau der Arbeitsplätze
Die Mitarbeiter sind einmütig der Auffassung, dass bei der jetzigen Form ihre Arbeitsplätze am sichersten sind. Die Erfahrung zeigt, dass in privatisierten Unternehmen stets Arbeitsplätze abgebaut oder die Verträge umgewandelt werden.
 Erhalt unseres Hallenbads
Wie das bei einem starken Partner sichergestellt werden könnte, dafür reicht unsere Phantasie nicht. Man muss vermutlich Christdemokrat sein, um daran zu glauben, dass Teilhaber von Unternehmen Interesse langfristig an verlustreichen Betriebsteilen haben könnten.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
wir meinen, dass Sie sich sehr gut eine eigene Meinung über die Zukunft der Stadtwerke bilden können. Wenn Sie sich bei Ihrer Meinungsbildung unserer Argumentation anschließen, dass die Stadtwerke ein Eigenbetrieb bleiben und ihren Beitrag zu Ihrer Daseinsvorsorge in bisheriger Form leisten sollten, dann beteiligen sie am Bürgerentscheid am 7. März und stimmen Sie mit „JA“. Falls Sie aus irgendwelchen Gründen am Tag des Bürgerentscheides nicht in das Wahllokal „Altes Rathaus“ kommen können, dann sollten Sie von der Möglichkeit der Briefwahl Gebrauch machen.

Keine Kommentare

SPD-Rendsburg - *veröffentlicht am 01.02.2004, 19:46 Uhr - 1762 Clicks - Nr. 58*

Stadt Rendsburg: Haushalt 2004Erst verzögert - jetzt völlig unsolide

Die im städtischen Finanzausschuss Ende Januar von CDU und SSW beschlossenen Haushaltsrahmendaten sind der bisherige Tiefstpunkt der derzeitigen Haushaltsberatungen in der Stadt Rendsburg. Die CDU hat im ersten Jahr ihrer Verantwortung bewiesen, dass sie weder in der Lage ist, zeitgerechte Entscheidungen zu treffen, noch solide zu wirtschaften.

Das Defizit wird in astronomische Höhen gebracht mit unverantwortlichen Auswirkungen für die Zukunft der Stadt. Die von der Mehrheit beschlossenen Rahmendaten verursachen etwa ein Defizit von ca. 2,8 Mio. Euro im Verwaltungshaushalt. Hinzu kommt noch ein Fehlbetrag von 3,5 Mio. Euro aus dem vergangenen Jahr. Um weiterhin liquide zu sein, muss ein Kassenkredit in Anspruch genommen werden, der natürlich zu weiteren Zinsbelastungen führt. Je höher das Defizit, desto höher der Kassenkredit. Haushaltsrechtlich muss das Defizit 2004 spätestens im Jahr 2006 als Ausgabeposten veranschlagt werden.
Gleichzeitig wird die Einmahmeseite nicht ausgeschöpft. Die Erhöhung des Gewerbesteuersatzes hätte beispielsweise 312 000 Euro Einnahmeverbesserung gebracht.
Dem bisherigen kommunalpolitischen Konsens "Es geht allen schlecht, wir müssen alle den Gürtel enger schnallen" wird nicht entsprochen, sondern öffentliche Zuschüsse werden, um Wahlversprechen zu erfüllen, mit dem Füllhorn ausgegossen.
CDU (und SSW) haben nicht die Kraft, sich gegen Gruppeninteressen durchzusetzen und das Gemeinwesen und deren Struktur auf das finanzierbare Maß zurück zu fahren, statt dessen fordern sie populistisch weitere Personalkostensenkung, deren Umsetzung kurzfristig völlig unrealistisch ist.
Die Rendsburger SPD-Fraktion ist nicht bereit diese unsolide und für die Stadt schädliche Finanzpolitik mitzutragen. Sollte die Mehrheitsfraktion sich nicht doch noch eines Besseren besinnen, wir die SPD erstmals seit Jahrzehnten einem städtischen Haushalt nicht zustimmen können.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 02.02.2004, 20:07 Uhr - 4674 Clicks - Nr. 59*

Gut besuchter Jahresempfang der SPD RD-ECK in Büdelsdorf

Als großen Erfolg wertete der SPD-Kreisvorsitzende Sönke Rix den Jahresempfang seiner Partei am Freitagabend. Traditionell laden die SPD-Kreistagsfraktion und der SPD-Kreisverband ins Bürgerhaus nach Büdelsdorf Vertreter aus den Bereichen Wirtschaft, Verwaltung, Politik, Kultur, Sport, innere und äußere Sicherheit, aus Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden ein, um mit ihnen in lockerer Atmosphäre das letzte Jahr Revue passieren zu lassen und einen Blick in die Zukunft zu werfen.
Ca. 200 Gäste waren der Einladung gefolgt und nutzten die Gelegenheit, mit den politischen Funktions- und Mandatsträgern der SPD Rendsburg-Eckernförde ins Gespräch zu kommen.
In ihren Begrüßungsreden gingen der Fraktionsvorsitzende Michael Sander und der Kreisvorsitzende Sönke Rix noch einmal auf die Kommunalwahl im März 2003 ein, die für die SPD Rendsburg-Eckernförde eine herbe Niederlage bedeutete. Sönke Rix stellte klar, dass die Wahlen in erster Linie durch den negativen Bundestrend verloren gegangen seien. "Unsere Kommunalpolitiker haben die Quittung für die - in erster Linie - handwerklichen Fehler der Bundesregierung bekommen." Michael

Sander wies auf die Folgen hin, die die neuen Mehrheitsverhältnisse im Kreistag mit sich brächten: Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich. Es sei nicht nachvollziehbar, dass man z. B. die Mittel für die sozialen Dienstleistungs- und Beratungszentren kürze und gleichzeitig auf Einnahmen wie z. B. die Jagdsteuer verzichte, so Sander. Man wolle jedoch nicht den Kopf in den Sand stecken, sondern in die Zukunft schauen, so der Kreisvorsitzende Rix. "Und die Zukunft heißt Europa." Aus diesem Grunde und weil am 13. Juni dieses Jahres Europawahlen sind, hatte man den schleswig-holsteinischen Europaabgeordneten Willi Piecyk eingeladen, der in seiner Rede auf die Bedeutung Europas hinwies und mit einer Vielzahl von Vorurteilen, die es gegenüber Europa gebe, aufräumte. Zum Ende seiner Rede forderte er alle Anwesenden auf, Europäer zu sein, am Aufbau eines demokratischen Europa mitzuwirken und zur Europawahl zu gehen.

Keine Kommentare

SPD-Rendsburg - *veröffentlicht am 03.02.2004, 17:24 Uhr - 160 Clicks - Nr. 60*

Ausschluss von Christine Söffge aus der Rathausfraktion

Die Rendsburger SPD-Fraktion hat in ihrer Sitzung am 2.Februar 2004 einstimmig beschlossen, Christine Söffge aus der Fraktion auszuschließen. Die Fraktion sah sich nach langen und intensiven Überlegungen zu diesem Schritt gezwungen, da das Vertrauensverhältnis nachhaltig gestört und eine konstruktive Zusammenarbeit nicht mehr möglich ist. Seit der Kommunalwahl hatte die jetzt ausgeschlossene Genossin an 4 von 20 Fraktionssitzungen teilgenommen. In Ausschüssen arbeitete sie nicht mehr mit, in der Öffentlichkeit äußerte sie sich mehrfach negativ über die Fraktion und Fraktionsmitglieder.

Keine Kommentare

SPD-Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 03.02.2004, 22:49 Uhr - 3831 Clicks - Nr. 61*

Anna Schlosser-Keichel: Gleichstellungsbeauftragte stärken kommunale Kompetenz

Anlässlich ihres Gesprächs mit der Landesarbeitsgemeinschaft der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sagte die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Anna Schlosser-Keichel:

Die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten leisten ausgezeichnete Arbeit.
Sie sind in den Kommunen maßgeblich dafür verantwortlich, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern im Alltag einzufordern. Ohne ihre Arbeit würde Gleichstellung oftmals ein abstrakter Begriff bleiben. Das betrifft Themen wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gerechte Chancen im Beruf, die Berücksichtigung von Fraueninteressen im öffentlichen Nahverkehr, die Ausrichtung der Gesundheitspolitik, den ehrlichen und menschenwürdigen Umgang mit Opfern häuslicher Gewalt und viele andere Bereiche. Schleswig-Holstein verfügt über eine Vielfalt von Gleichstellungsaktivitäten wie kaum ein anderes Bundesland.
Deshalb haben wir in der Kommunalverfassung die Einflussmöglichkeiten der Gleichstellungsbeauftragten gestärkt.
Erfolgreiche Gleichstellungsarbeit in der Kommune benötigt gute Rahmenbedingungen. Daher ist die Reduzierung der Arbeitszeit von Gleichstellungsbeauftragten oder ihrer Mitarbeiterinnen, wie sie von einigen Kreisen und Kommunen jetzt vorgenommen wurde, wenig zielführend. Dies schadet den

betroffenen Kommunen ebenso wie den Frauen und Männern, die bislang von der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten profitieren konnten.
Es gehört zu den Aufgaben des Landes und der Kommunen, die Gleichstellung von Männern und Frauen voran zu bringen. Das Land fördert Einrichtungen für Opfer häuslicher Gewalt, Frauenberatungsstellen, Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ist beratend tätig. Die Kommunen sind gut beraten, wenn sie die Kompetenzen ihrer Gleichstellungsbeauftragten uneingeschränkt nutzen und sie so in ihre politische Weiterentwicklung aktiv einbeziehen.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 03.02.2004, 23:25 Uhr - 2155 Clicks - Nr. 62*

Gaardener Einzelhändler nicht im Stich lassen!

OB und Wirtschaftsdezernentin muss ihrer Verantwortung nachkommen!

Im November 2002 hatte die Kieler Ratsversammlung das **Konzept zur Stabilisierung des Gaardener Einzelhandels** beschlossen. Damit soll die Förderung des Gaardener Einzelhandels mit dem Stadtteilmarketing verbunden werden. Weiterhin soll durch die Umsetzung des Konzeptes verhindert werden, dass noch mehr Kaufkraft aus Gaarden wegzieht.

Leider sind seit Beginn der Umsetzung des Einzelhandelskonzepts einige Projekte wieder herausgestrichen worden. So sollte u.a. ein Einkaufsservice eingerichtet werden, um die noch vorhandene Kaufkraft in Gaarden zu binden. Besonders ältere Menschen sollten von diesem Service profitieren. Die anfallenden Kosten hätte die KIWI mit 30.000 € und die KIBA mit 50.000 € tragen sollen. Die Verwaltung der Stadt Kiel hat inzwischen mitgeteilt, dass sie dieses Projekt nicht finanzieren wolle und der Einkaufservice nur zustande kommt, wenn Sie ihn als Gaardener Kaufleute selbst finanzieren.

Auch das Erscheinungsbild sollte verbessert werden. Leider haben es nicht einmal die öffentlichen Einrichtungen geschafft, Graffiti regelmäßig zu beseitigen. So sind zahlreiche städtische Einrichtungen, wie z.B. die Schwimmhalle Gaarden nach wie vor stark beschmiert. Hier muss die Stadt mit ihren eigenen Einrichtungen als Vorbild vorangehen.

Auch Verkehrsräume sollten so umgestaltet werden, dass sich das Wohnumfeld und somit die Wohnqualität verbessert. Projekte, wie der dringend nötige Umbau der Pickertstraße, wo die Anwohner täglich unter dem Durchgangsverkehr von HDW zum Ostring leiden, wurden von der Ratsversammlung aber leider auf unbestimmte Zeit verschoben.

Die SPD im Ortsbeirat Gaarden kritisiert vor allem, dass die Projektsteuerung inzwischen nicht mehr bei der Wirtschaftsdezernentin und Oberbürgermeisterin angesiedelt ist, sondern auf das Büro Soziale Stadt Gaarden übertragen wurde. Das Büro Soziale Stadt leistet hervorragende und engagierte Arbeit für Gaarden, die im Konzept aufgezählten Vorteile einer zentralen Koordinierungsstelle bei der Wirtschaftsdezernentin fallen nun aber weg. So sollte die Projektsteuerung bei der Wirtschaftsdezernentin angesiedelt werden, um unter anderem aus dieser Position heraus eine angemessene Durchschlagskraft zu haben. Die SPD-Fraktion im Ortsbeirat Gaarden befürchtet nun, dass das Konzept in seiner Bedeutung deutlich nach unten gefahren wird. Dazu kommt, dass sich die Oberbürgermeisterin und Wirtschaftsdezernentin Angelika Volquartz bisher nur äußerst vage zu dem Konzept geäußert hat.

Die Gaardener SPD-Fraktion fordert die Oberbürgermeisterin daher auf, die Förderung des Gaardener Einzelhandels nicht weiter zu vernachlässigen. Es ist schon sehr seltsam, wenn jetzt geäußert wird, dass einige Projekte von den Gaardener Einzelhändler allein finanziert werden müssten, wo doch das Konzept gerade deshalb aufgelegt wurde, weil sich der Einzelhandel in Gaarden wegen der geringen Kaufkraft im Stadtteil nicht mehr allein aus der Abwärtsspirale befreien kann.

„Als SPD werden wir die Verantwortlichen im Kieler Rathaus daher an deren Aussagen vor der Kommunalwahl erinnern. Damals hatten CDU und Grüne ebenfalls betont, dass der Einzelhandel in Gaarden nur mit einem ‚umfangreichen Konzept' gerettet werden könne. Davon ist seit der Wahl und dem Amtsantritt der Oberbürgermeisterin leider nicht mehr viel zu hören. Im Gegenteil: In den Kieler Nachrichten vom 31.10.2003 mussten wir derweil lesen, dass sich die CDU in den freien Markt möglichst gar nicht mehr einmischen wolle.
Die Gaardener SPD möchte dem aufgewärmten Konservatismus vergangener Zeit eine moderne und sozial gerechte Wirtschaftspolitik entgegensetzen und das Konzept zur Stabilisierung des Gaardener Einzelhandels in seiner ursprünglichen Form beibehalten. Für uns als SPD ist ein Konzept mehr als die bloße Aufzählung einzelner Maßnahmen" so Matthias Beigel (SPD)

Für Rückfragen: SPD-Fraktion im Ortsbeirat Gaarden, Matthias Beigel, Tel: 0172-6 34 28 64 oder eMail: mabeigel@t-online.de

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 04.02.2004, 08:53 Uhr - 540 Clicks - Nr. 63*

Weisse Flecken der OB bei Pflege und Behinderten



Der sozialpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Thomas Wehner, und der Vorsitzende des SPD-Kreisverbandes Kiel, Rolf Fischer MdL, erklären zu den von Frau Volquartz in der heutigen Pressekonferenz vorgestellten sozialpolitischen Perspektiven Kiels:
"Die Oberbürgermeisterin hat bei ihrer heutigen Pressekonferenz zu Kiels sozialpolitischen Perspektiven weisse Flecken bei wichtigen und wachsenden sozialpolitischen Feldern hinterlassen. Sie sagte weder etwas zur Situation in der Pflege noch was die Behinderten von ihr zu erwarten haben.
Die angekündigte Prioritätensetzung: Weg von Spezialeinrichtungen, hin zu Regeleinrichtungen im Sozialraum, ist von der SPD abgeschrieben. Wir begrüßen, dass es hier grundsätzlich Einigkeit gibt. Der Grundsatz, jeden arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger in Beschäftigung bzw. Arbeit zu bringen und auch die Bestrebungen, keinen Schulabgänger in die Sozialhilfe zu entlassen, haben OB Norbert Gansel und die SPD-Ratsfraktion in der letzten Wahlperiode gemeinsam durchgesetzt.
Die Verbesserung der Rahmenbedingungen bei Betreuungsangeboten für Kinder unterstützen wir. Die Oberbürgermeisterin wird hier aber noch eine Reihe von Fragen zu beantworten haben. Angefangen von den Gebühren für die Kindertagesstätten über die Arbeit an Wochenenden bis zur Wahrung der Arbeitnehmerrechte.
Die Frage, welche Grundrichtung die kommunale Arbeitsmarktpolitik erhalten soll, das heißt die Arbeitsmarktagentur oder die Stadt als Trägerin, ist sehr sorgfältig zu prüfen. Die Stadt hat hierfür

voraussichtlich bis September 2004 Zeit. Die SPD wird sich für die Diskussion mehr Zeit nehmen als Oberbürgermeisterin und Stadtrat Möller, zumal die Finanzierung noch völlig offen ist. Entscheidend ist für uns, wie die Arbeitslosigkeit in Kiel am besten verringert werden kann."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 04.02.2004, 10:19 Uhr - 569 Clicks - Nr. 64*

Entscheidung der EU-Kommission zu Staatshilfen



Folgen für Kieler Flughafen prüfen
Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion Alexander Möller äußerte sich heute zu der gestrigen Entscheidung der EU-Kommission über Staatshilfen für den Regionalflughafen Charleroi, der staatliche Beihilfen an Ryanair weitergegeben hatte.
Die EU-Kommission hat einen Teil dieser Zahlungen als verdeckte Subvention gewertet. Von Charleroi gewährte Nachlässe bei den Landegebühren und in der Abfertigung seien nicht gerechtfertigt und müssten von Ryanair zurückgezahlt werden, so die Entscheidung.
"Die SPD-Fraktion erwartet von der Oberbürgermeisterin eine sehr genaue Prüfung, welche Folgen diese Entscheidung der Kommission für unseren Flughafen und die ihn bedienenden Linien haben kann. Kiel wird nicht von den sogenannten Billigfliegern angeflogen. Das ist politisch nicht gewollt und technisch nicht möglich. Aber es muss von der Stadt nun geprüft werden, inwieweit wir Airlines weiterhin in welcher Form finanziell unterstützen können, um neue Flugverbindungen zu erschließen. Aus Sicht der SPD-Fraktion kann dies nur zeitlich und in der Höhe begrenzt erfolgen. Nun muss die Oberbürgermeisterin jedoch das "Ob" der Förderung erneut prüfen."

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 04.02.2004, 13:34 Uhr - 895 Clicks - Nr. 65*

Science-Center: Rathaus-Mehrheit soll endlich ihre Hausaufgaben machen

Zur Ankündigung einer Ratsresolution in Sachen **Science Center** erklären die Kieler SPD-Landtagsabgeordneten **Rolf Fischer und Jürgen Weber**:
„Die Ankündigung einer Ratsresolution an den Landtag für ein Science Center in Kiel durch CDU und Grünen ist ein höchst verwunderlicher Vorgang.
Bis zum heutigen Tage hat weder die Oberbürgermeisterin noch sonst ein Vertreter der schwarz-grünen Mehrheit im Rat die Kieler Landtagsabgeordneten auch nur mit einem Satz oder einer Zeile über das Konzept für ein Science Center in Kiel informiert.
Während das Flensburger Vorhaben ausführlich schon vor Monaten allen schleswig-holsteinischen MdL präsentiert wurde, kommt aus dem Kieler Rathaus gar nichts.

Anstatt uns eine Resolution zu schicken, wäre es vielleicht hilfreich, mit Informationen und Konzepten im Landeshaus für den Standort Kiel zu werben.

Wir werden uns engagiert für ein gut begründetes Kieler Projekte einsetzen und sind zu parteiübergreifender Kooperation bereit.
Kiel bietet eine hervorragende Basis für ein modernes Science Center.
Mit der reinen Ankündigungspolitik der Oberbürgermeisterin ist im Standortwettbewerb allerdings kein Blumentopf zu gewinnen.“

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 05.02.2004, 09:22 Uhr - 586 Clicks - Nr. 66*

Kietzer: "Hut ab vor Hörn-Aktivitäten zur Kieler Woche!"

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Cathy Kietzer, erklärt:
"Die privaten Radiosender R.SH und Radio Nora sowie Herr Zirakbash von der Halle 400 zeigen mit ihren Plänen für die Kieler Woche 2004 Innovationskraft, unternehmerischen Mut und Vertrauen in das Hörn-Quartier als Event- und Wirtschaftsstandort. Deshalb: Hut ab vor dem weiteren Engagement zur Kieler Woche!
Obwohl das Macherteam der Hörn-Events 2003 schlechte Erfahrungen und finanzielle Verluste gemacht hat, soll es in diesem Jahr weiter gehen. Das ist gut für die Hörn, eine Bereicherung für die Kieler Woche und toll für die Gäste. Das Eventkonzept und der ausgezeichnete Besucherzuspruch 2003 haben gezeigt, dass die Hörn in der Kieler Woche ihren Platz hat und wir wünschen den Machern für 2004 viel Erfolg, viele zahlende Gäste bei ihren Events an der Hörn."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 05.02.2004, 09:24 Uhr - 657 Clicks - Nr. 67*

Job-Center nach Kölner "Pro Veedel" Modell



Der sozialpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Thomas Wehner, erklärt zu der arbeitsmarktpolitischen Initiative für die Einrichtung stadtteilbezogener "Job-Center":
"Die Hartz-Gesetze werden in diesem Jahr die kommunale Arbeitsmarktpolitik und Sozialhilfestruktur deutlich verändern.
Wir wollen die neuen Instrumente kommunaler Arbeitsmarktpolitik für Kiel nutzen. Daher wollen wir in der nächsten Ratsversammlung die Oberbürgermeisterin auffordern, zusammen mit der Arbeitsagentur in den Kieler Sozialzentren "Job-Center" einzurichten. Die "Job-Center" sollen nach Kölner Vorbild ein umfassendes Hilfs-, Beratungs- und Betreuungsangebot für Arbeitssuchende unterhalten.
Die Arbeitsvermittlung muss die Menschen "dort abholen", wo sie sind. Mit dem beabsichtigten strukturierten und systematischen Fallmanagement, das stadtteilbezogen greift, können auch Arbeitslose mit besonderen Problemstellungen, wie Sucht, Verschuldung oder Motivationshemmnissen, angesprochen und in Beschäftigung und Arbeit gebracht werden. Darüber hinaus haben sie den Auftrag, die Stadtteilentwicklung über die Vernetzung sozialer Einrichtungen, das Erschließen und Initiieren von Beschäftigungsmöglichkeiten voranzutreiben. In Kiel sollte zugleich überlegt werden, inwiefern vorhandene Strukturen und Förderungen aus den Programmen "Soziale Stadt" und "Urban" mit eingebunden werden können.

Nach dem Vorbild Köln, das mit dem seit Mitte der Neunziger permanent weiter entwickelten "Pro Veedel" Modell große Erfolge bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verzeichnet, sollen zuerst in Gaarden und Mettenhof, später im gesamten Stadtgebiet "Job-Center" entstehen.
Wenn der Sozialdezernent Möller mit seinem Vorschlag der Einrichtung von "Jobbörsen" ähnliches will, ist die SPD bereit, mit ihm bald darüber zu sprechen. Je schneller, desto besser."
***
Antrag zur Ratsversammlung am 19.2.2004
Betreff: Arbeitsmarktpolitik – Kölner Modell
Antrag:
Die Oberbürgermeisterin wird gebeten,
1.in Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur den künftigen Träger der Grundsiche-rung für Arbeitsuchende anzuhalten, stadtteilbezogene „Job-Center“ (sozialzent-rumsorientiert) einzurichten
2.dabei zu prüfen, inwiefern die Zusammenarbeit mit dem Amt für Familie und So-ziales, dem Amt für Schule, Kinder- und Jugendeinrichtungen, den Schulen und der Arbeitsagentur verbessert werden kann, um zu einem strukturierten und systemati-schen Fallmanagement zu gelangen.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 05.02.2004, 11:47 Uhr - 4400 Clicks - Nr. 68*

MdL Günter Neugebauer: Mehr Bildung für alle in der Region Rendsburg

Bildungsministerin und Günter Neugebauer im Gespräch
mit Lehrern und Eltern
Zu einer bildungspolitischen Veranstaltung mit Ministerin Ute Erdsiek–Rave lädt der Rendsburger Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer am 16.02.04, um 19.00 Uhr, in das Hotel Hansen, Bismarckstraße 29, ein.
Ute Erdsiek – Rave wird zum Thema „Mehr Bildung für alle“ referieren, um danach mit eingeladenen Schulleitern, Lehrern, Eltern und Kommunalpolitikern nicht nur zu diskutieren, sondern auch Erfahrungen und Anregungen entgegenzunehmen für die Reform des Bildungswesens.
Die Veranstaltung ist öffentlich, interessierte Bürgerinnen und Bürger sind dazu herzlich eingeladen.

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 06.02.2004, 12:07 Uhr - 813 Clicks - Nr. 69*

Traute Schiffgen am 12.02.04 in der Sprechstunde der SPD im Rathaus

Die ehemalige Stadtvertreterin Traute Schiffgen, zur Zeit als bürgerliches Mitglied für die SPD im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing, wird am Donnerstag, den 12.12.04 von 16.00 - 17.30 Uhr im Fraktionszimmer der SPD im Alten Rathaus allen Bürger zur Verfügung stehen.

Im Rahmen ihrer beruflichen Taetigkeit innerhalb des Bundeswehrstandortes Bad Segeberg möchte Sie sich innerhalb dieser Sprechstunde besonders mit der Thematik einer möglichen Gefährdung des Standortes Bad Segeberg durch angekündigte Bundeswehrstruktur-Reformen beschäftigen und sich

daher insbesondere auf die Fragen sowohl der Soldaten als auch der Zivilangestellten des Standortes Bad Segeberg konzentrieren.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 06.02.2004, 19:27 Uhr - 2120 Clicks - Nr. 70*

SPD-Engelsby: Neues von der Polizeistation



Es hat sich viel verändert seit unserem letzten Bericht über die Polzeistation Engelsby/ Tarup.
Als Nachfolger de ehemaligen Leiters Rainer Wollesen übernahm Herr Dirk Krause am 1. März letzten Jahres das „Kommando."

Er wechselte vom 1. Polizeirevier im Norderhofenden nach Engelsby. Kurze Zeit später kam als Ersatz für Helmut Rensch der Kollege Rainer Aust dazu. Somit war das Quartett in Engelsby wieder komplett. Dirk Krause, Rainer Aust, Detlef Ziesemer und Gert Nagel heben immer wieder die Vertrauensbasis zwischen der Bevölkerung und den Polizisten hervor. Die Nähe zum Bürger ist für sie das Wichtigste überhaupt. Die Tatsache, dass es im letzten Jahr fast zu einer Verdoppelung der Vorgangsbearbeitung kam, ließ die persönliche Präsenz im Stadtteil kurzfristig stark zurückgehen. Zur Zeit wird eine Zunahme von Fahrraddiebstählen beobachtet. Leider nimmt auch das Thema Gewalt in der Familie im Stadtteil zu. Der Ortsverein bemüht sich seit langem um die Einrichtung einer Bedarfsampel in der Merkurstraße. Hier sieht auch die Polizei vor Ort dringenden Handlungsbedarf.
Wir wünschen den vier Mitarbeitern der Polizeistation Engelsby/ Tarup viel Erfolg bei ihrer täglichen Arbeit und ein gutes Miteinander mit den Bewohnern im Stadtteil.

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 07.02.2004, 10:26 Uhr - 1116 Clicks - Nr. 71*

Thema der Bürgersprechstunde 12.02.04 geändert !

Aus aktuellen Anlass wird das Thema der Bürgersprechstunde geändert:

Traute Schiffgen wird mit Bürger der Stadt Bad Segeberg über den Führungswechsel an der Spitze der Bundespartei diskutieren.

Mitglieder der Fraktion und des Vorstandes des Ortsvereines werden, soweit sie dies zeitlich ermöglichen können, auch anwesend sein .

Keine Kommentare

SPD-Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 07.02.2004, 21:02 Uhr - 3746 Clicks - Nr. 72*

Holger Astrup: Gemeindeschlüsselzuweisungen stabilisiert

„Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Schlüsselzuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich des Landes (KFA) für die 136 Gemeinden des Kreises zum Glück stabilisiert“, erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, der Erfder Landtagsabgeordnete Holger Astrup, bei der Vorlage der neuesten Zahlen für das angelaufene Haushaltsjahr.
„Die Ausgleichszahlungen für das Haushaltsjahr 2004 liegen mit 34,2 Mio. € für alle Gemeinden und Städte im Kreis Schleswig-Flensburg 427.000 € über dem Ausgleich des Vorjahres. Der Kreis selbst erhält für das Haushaltsjahr 2004 mit 32 Mio. € sogar rund 3,3 Mio. € mehr als noch im vergangenen Jahr“, teilte Astrup mit.

„Natürlich spüren das Land und seine Kommunen damit weiter die Auswirkungen der Steuerreform und der leider weiter lahmenden Konjunktur des vergangenen Jahres. Kreise und Gemeinden erhalten im KFA 19,79 Prozent der Steuereinnahmen des Landes an Ausgleichszahlungen. Wenn diese Steuern gegenüber unseren Erwartungen weiter gesunken sind, leiden sie zwangsläufig und systembedingt mit unter den Steuereinbrüchen beim Land! “ erläuterte Astrup die Zusammenhänge

„Das gilt inzwischen für die Öffentliche Hand bundesweit; der Bund, alle Länder und Kommunen in der Republik bekommen die Auswirkungen von Steuerreform und konjunktureller Lage zu spüren. Gerade im strukturschwachen Norden des Landes wäre mir eine weitere Aufwärtsentwicklung natürlich lieber gewesen“, sagte Holger Astrup. So gelingt es trotz massiver Anstrengungen des Landes und der Kommunen selbst weiterhin nicht, die Steuerkraft zu steigern: 2000 betrug die Steuerkraft pro Einwohner im Kreis Schleswig-Flensburg 450 €, für 2003 sank sie auf 439 € und liegt jetzt mit 421 € je Einwohner noch einmal unter dem Vorjahreswert. „Die Vergleichszahlen des steuerstärksten Kreises Stormarn liegen für 2000 bei 775 €, für 2003 bei 682 € und für 2004 schon wieder bei 741 € je Einwohner. Dieser Unterschied in der Größenordnung zeigt deutlich die nach wie vor vorhandene Strukturschwäche unseres Kreises und macht zugleich die Bedeutung des KFA deutlich, der dieses Gefälle ausgleichen hilft!“ meinte Holger Astrup weiter. Im Vergleich der Steuerkraft, also der eigenen Steuereinnahmen der Gemeinden, liegen die Gemeinden des Kreises Schleswig-Flensburg bei nur 57 Prozent der gemeindeeigenen Einnahmen je Einwohner in Stormarn. „Der landesweite Ausgleich durch den kommunalen Finanzausgleich sorgt aber dafür, dass wir im Vergleich der Finanzkraft immerhin auf 78 Prozent der Einnahmen der Stormarner Gemeinden kommen – ein gutes Beispiel für den solidarischen Finanzausgleich in unserem Land!“ rechnete Astrup abschließend vor.

gez. Astrup 31.01.2004

Keine Kommentare

SPD-Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 07.02.2004, 21:12 Uhr - 3353 Clicks - Nr. 73*

Holger Astrup: Land gibt 28,5 Mio. Euro Zuschüsse für Schulbau- und Schulsanieru

„Im Jahr 2004 wird es in Schleswig-Holstein trotz knapper Kassen insgesamt 230 Schulbau- und Schulsanierungsmaßnahmen mit einem Bauvolumen von 67,6 Mio. Euro und Landeszuschüssen dafür in Höhe von rund 28,5 Mio. Euro geben!“ teilte der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-

Landtagsfraktion, Holger Astrup, die aktuelle Entscheidung der Landesregierung von heute mit. Für die Schulen im Kreis Schleswig-Flensburg werden insgesamt acht größere Baumaßnahmen mit einem Volumen von rund 4,6 Mio. € und einem Landeszuschuss von knapp 2.2 Mio. € bezuschusst. „Dass sind zahlenmäßig etwas weniger Maßnahmen als in den vergangenen Jahren, aber das liegt unter anderem in den Größenordnungen und den relativ hohen Förderquoten für die einzelnen Baumaßnahmen – und das wiederum ist gut für die Schulträger und deren Haushalte“, erläuterte Holger Astrup. Im Einzelnen werden 2004 folgende Projekte gefördert:

Schulverband Tarp-Jerrishoe: 3. Teilabschnitt (TA) der Erweiterung des Schulzentrums (SZ) Tarp (Gesamtbaukosten: 930.000 €; Zuweisung insgesamt 418.500 €; Zuweisung 2004: 156.500 €, Förderquote 45 Prozent)

Amt Süderbrarup: 3. TA der Erweiterung des Schulzentrums Süderbrarup (Gesamtbaukosten 244.000; Zuweisung gesamt 109.800 €, Zuweisung 2004: 41.800 €; Förderquote 45 Prozent)

Amt Satrup: 2. TA der Erweiterung der GH Satrup (Regenbogenschule, Gesamtbaukosten 716.000 €, Zuweisung insgesamt 330.975 €, Zuweisung 2004: 124.975 €; Förderquote 55 bzw. 33 Prozent)

Amt Schafflund: Erweiterung des Schulzentrums Schafflund (Gesamtbaukosten 885.000 €, Zuweisung insgesamt 398.250 €; Zuweisung 2004: 149.250 €; Förderquote 45 Prozent)

Kreis Schleswig-Flensburg: Erweiterung Gymnasium Kappeln (Gesamtbaukosten 509.000 €; Zuweisung insgesamt 280.000 €; Zuweisung 2004: 105.000 €; Förderquote 55 Prozent)

Kreis Schleswig-Flensburg: Ankauf der Liegenschaft Paulihof für die Kreisberufsschule (Gesamtkosten 500.000 €; Zuweisung insgesamt 275.000 €; Zuweisung 2004: 103.000 €; Förderquote 55 Prozent)

Gemeinde Kropp: Erweiterung des Schulzentrums (Gesamtbaukosten 600.000 €, Zuweisung insgesamt 270.000 €; Zuweisung 2004: 101.000 €; Förderquote 45 Prozent)

Amt Hürup: Erweiterung der GH Husby (Gesamtbaukosten 200.000 €; Zuweisung insgesamt 90.000; Zuweisung 2004: 33.000 €; Förderquote 45 Prozent)

„Darüber hinaus werden über ein Verfahren, das mit den Kommunalen Landesverbänden vereinbart wurde, weitere Maßnahmen – vor allem zur Sanierung und Erneuerung unserer Schulen – landesweit mit einem Bauvolumen von 33,3 Mio. Euro durchgeführt“, so Holger Astrup weiter. Diese Maßnahmen werden aus dem Sonderprogramm „Schulbau“ des Kommunalen Investitionsfonds auf Darlehensbasis gefördert und sorgen damit für einen schnelleren Abbau des landesweiten Sanierungsstaus. Hinter diesem Sonderprogramm steckt das Bemühen des Landes, die finanziellen Probleme vor allem derjenigen Schulträger lösen zu helfen, die zur Zeit nicht in der Lage sind, die notwendigen Eigenmittel einzubringen. „Ich halte das für eine wegweisende und vernünftige Vorgehensweise, die vor allem durch das Einvernehmen mit den Kommunalen Landesverbänden und der Hilfe der Investitionsbank zustande gekommen ist!“ betonte Astrup mit einem Dank an die Beteiligten.

In intensiven Verhandlungen zwischen dem Land, den kommunalen Landesverbänden und der Investitionsbank war es gelungen, diese dringend benötigten zusätzlichen Förderinstrumente ebenso zu schaffen wie eine Übertragung aller Projekte in den Bereich der Investitionsbank. „Ich freue mich, dass mit diesem Finanzierungsmodell für den Zeitraum von fünf Jahren (2001-2005) besonders zinsgünstige Darlehensmittel über (5 x 25 Mio. € = 125 Mio. €) aus dem Kommunalen Investitionsfonds (KIF) zur Verfügung stehen. Die zu erwartenden Zuschüsse aus dem regulären

Schulbauprogramm (s.o.) werden jetzt fünf Jahre lang aus Mitteln des KIF besonders zinsgünstig zu 1,5 Prozent vorfinanziert, ab dem sechsten Jahr durch den erwarteten Zuschuss aus dem regulären Schulbauprogramm abgelöst und das verbleibende Darlehen mit 4,5 Prozent dem regulären Zinssatz des KIF angepasst. „Für die Kommunen ist dabei wichtig, dass alle übrigen Förderbereiche aus dem KIF zwar nach wie vor angemessen bedient werden können, im Rahmen des gesamten Bewilligungsvolumens der Schwerpunkt aber im Interesse aller für die kommenden fünf Jahre für Schulbaumaßnahmen, insbesondere für die Sanierung, gesetzt wird“, erläuterte Astrup die Zusammenhänge.

„Zugleich führt die Bündelung der Schulbaufinanzierung bei der Investitionsbank zu Einsparungen im Bildungsministerium!“ sagte Holger Astrup zu dieser erfreulichen Weiterentwicklung in einem für die Kommunen besonders wichtigen Bereich. Folgende zehn Projekte im Kreis werden bei einem Gesamtbauvolumen von fast 3,8 Mio. Euro hiermit gefördert:

Stadt Schleswig: Fassadensanierung Schule Nord (Bauvolumen 123.000 €, Darlehen 92.250 €; vorfinanzierte Zuweisung: 2004: 36.900 €)

Amt Satrup: Flachdachsanierung der Sporthalle im SZ Satrup (Bauvolumen 600.000 €; Darlehen 450.000 €, vorfinanzierte Zuweisung 180.000 €)

Schulverband Kappeln-Hüholz: Brandschutzsanierung im Schulzentrum (Bauvolumen 310.000 €, Darlehen 232.500 €, vorfinanzierte Zuweisung 62.000 €)

Kreis Schleswig-Flensburg: Brandschutzsanierung in der Berufsschule Schleswig (Bauvolumen 345.000 €, Darlehen 258.750 €, vorfinanzierte Zuweisung 69.000 €)

Kreis Schleswig-Flensburg: Sanierung der Haustechnik in der Kurt-Tucholsky-Schule (Bauvolumen 155.000 €, Darlehen 116.250 €, vorfinanzierte Zuweisung 31.000 €)

Schulverband Fahrdorf-Borgwedel: Dach- und Fassadensanierung Grundschule Fahrdorf (Bauvolumen 666.000 €, Darlehen 499.500 €, vorfinanzierte Zuweisung 199.800 €)

Amt Steinbergkirche: Flachdach- und Fassadensanierung SZ Sterup (Bauvolumen 380.000 €, Darlehen 285.000 €, vorfinanzierte Zuweisung 114.000 €)

Gemeinde Sieverstedt: Flachdachsanierung Grundschule (Bauvolumen 134.000 €, Darlehen 100.500 €, vorfinanzierte Zuweisung 40.200 €)

Schulverband Tarp-Jerrishoe: Flachdach- und Fenstersanierung im SZ Tarp (Bauvolumen 800.000 €, Darlehen 600.000 €, vorfinanzierte Zuweisung 240.000 €)

Amt Langballig: Fassadensanierung GH Munkbrarup (Bauvolumen 250.000 €, Darlehen 187.500 €, vorfinanzierte Zuweisung 75.000 €)

„Im übrigen können auf diese Weise auch noch der gesamten Baubranche in Schleswig-Holstein dringend benötigte öffentliche Aufträge erteilt werden“, wies Astrup abschließend auf eine weitere erfreuliche Wirkung hin, die in dieser bedrängten Branche Arbeitsplätze sichern hilft.

gez. Astrup 31.01.2004

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 08.02.2004, 11:15 Uhr - 4432 Clicks - Nr. 74*

KV-Vorsitzender Sönke Rix: Trennung von Vorsitz und Kanzlerschaft ist richtig

Der Vorsitzende der SPD Rendsburg-Eckernförde hat den Verzicht von Bundeskanzler Gerhard Schröder auf den SPD-Vorsitz begrüßt. Gerade in Anbetracht der Situation, dass der Reformprozess zu zahlreichen verloren Wahlen und zu dramatischen Mitgliedsverlusten
geführt hat, muss es jemanden geben, der sich hauptverantwortlichem die Zustimmung der Partei zum Reformprozess bemüht und die Vorstellungen der Partei in die noch auf den Weg zu bringenden Reformen deutlicher mit einbringen kann.

"Ich hoffe, dass Franz Müntefering nun auch nicht nur der Partei die Grausamkeiten verkauft, sondern dass er auch die Vorstellungen der SPD offensiv in die politischen Entscheidungsprozesse einbringt." In Schleswig-Holstein wurde der Parteivorsitz immer vom Amt der Ministerpräsidentin getrennt. "Mit diesem Modell sind wir in Schleswig-Holstein immer gut gefahren." Auch den Wechsel auf dem Posten des Generalsekretärs begrüßt Sönke Rix. "Es muss jemand den Posten des Generals haben, der in der Partei auf große Zuspruch stößt. Diesen Zuspruch hat Olaf Scholz leider nicht mehr gehabt." Rix warnt aber auch vor zu viel Hoffnungen, die mit Personaländerungen verbunden werden könnten. "Die Reformen werden auch in Zukunft
kein Zuckerschlecken sein und geraden von der Sozialdemokratie viel abverlangen." Es bleibe nur zu hoffen, dass die soziale Gerechtigkeit wieder mehr in den Mittelpunkt des Handels gerückt wird, denn dass fordere die Partei immer lauter: "Da Franz Müntefering aber jemand ist, der die Partei kennt und auch auf sie hört, bin ich da zuversichtlich." Die Partei müsse nun nur nicht leiser werden.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 08.02.2004, 16:27 Uhr - 1707 Clicks - Nr. 75*

SPD-EngelsbyAmpel wird eingerichtet.

Am 19. Februar wird der Infrastrukturausschuss über die Ampelanlage Neuer Weg/ Merkurstraße beschliessen.
Sollte der Ausschuss zustimmen, hat sich das Engagement der Engelsbyer SPD wieder einmal gelohnt.
Am 16. Dezember 2003, wurde in der Zeit von 7.00 bis 8.00 Uhr eine Verkehrszählung durchgeführt. In dieser einen Stunde wurden 92 Fußgänger und 874 Fahrzeuge gezählt. Damit waren die Voraussetzungen für das Anordnen einer Lichtsignalanlage nach der Richtlinie für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen erfüllt.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 09.02.2004, 08:45 Uhr - 573 Clicks - Nr. 76*

Schade!



Alexander Möller, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion, erklärte heute zu der Mandatsniederlegung der Grünen Ratsfrau Anja Uhlenbrok:
"Der Beruf geht dem Ehrenamt immer vor. Ich finde Anja Uhlenbroks Schritt trotzdem schade. Frau Röhl begrüßen wir herzlich in der Ratsversammlung."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 09.02.2004, 09:03 Uhr - 687 Clicks - Nr. 77*

SPD-Anhörung zur Schulkinderbetreuung



Zur öffentlichen Anhörung am **Mittwoch, 18.2., 17-19.30 Uhr, Ratssaal** laden die jugendpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion, Gesa Langfeldt und der schul- und sportpolitische Sprecher, Bernd Vogelsang, alle Interessierten herzlich ein.
Auf dem Podium mit dabei: Fr. Köhler (Schulrätin), Fr. Hoffmann (Landeselternbeirat der Kitas), Fr. Buhl (Verbund Betreuter Grundschulen) und Fr. Bergmann (Frauenbeauftragte der LHS Kiel).
Gesa Langfeldt und Bernd Vogelsang erklären weiter:
"In einem halben Jahr soll in Kiel die Verlässliche Grundschule beginnen. Die SPD-Ratsfraktion sieht mit wachsender Sorge, dass zur Zeit weder die politischen Gremien der Stadt noch die betroffenen Schulen, Eltern und Schulkindbetreuungseinrichtungen wissen, wie die Verlässliche Grundschulen installiert werden und wie die Neuordnung der Kinderbetreuung vor und nach der Schule geschehen soll.
Es gibt Anzeichen, dass die Umfrage der Stadt unter den Eltern und die Erhebung der Schulbehörde unter den Schulleitern keine befriedigenden Erkenntnisse gebracht haben.
Die SPD-Fraktion erwartet, dass die Anhörung mehr Klarheit für die Betroffenen und die Funktionsträger/innen bringt. Aus diesem Grund haben wir die Leiter/innen und Elternsprecher/innen der Grundschulen und Kindertagesstätten sowie die betreuten Grundschulen persönlich eingeladen. Sie erhalten Gelegenheit, sich direkt zu Wort zu melden."

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 10.02.2004, 15:33 Uhr - 1409 Clicks - Nr. 78*

Franz Thoennes beim SoVD in Bad Segeberg am 16.02.04

Der Bundestagsabgeordnete und Staatssekretaer im Bundesministerium fuer Gesundheit und Soziales trifft sich am 16.02.04 ab 14.00 Uhr im Cafe an der Badeanstalt in Bad Segeberg mit dem Vorstand der Segeberger Ortsgruppe des Sozialverbandes Deutschland.
Interessierte Genossinnen und Genossen sind herzlich eingeladen - bitte Anmeldung vorher im Bürgerbüro Thönnes bei Thomas Fritz unter Tel: 04551-968383 oder Fax 04551-967338 oder mail unter buergerbuero@thoennes.de

Keine Kommentare

Jusos Segeberg - *veröffentlicht am 10.02.2004, 23:03 Uhr - 3352 Clicks - Nr. 79*

Ausbildungsplatzabgabe jetzt schnell umsetzen!

Die Jusos im Kreis Segeberg begrüßen das Vorhaben der Bundesregierung bis Anfang März einen Gesetzentwurf zur Ausbildungsplatzabgabe in den Bundestag einzubringen.

Zur aktuellen Äußerung von Franz Müntefering, dieses Gesetz allein mit der Koalitionsmehrheit und ohne Beteiligung des Bundesrates beschließen zu wollen, sagte der ausbildungspolitische Sprecher der JUSOS, Christoph Mendel heute in Norderstedt:

„Wir Jusos unterstützen das Vorhaben, um schnellstmöglich ein wirksames Instrument zur Bekämpfung der jahrelangen Ausbildungsplatzmisere etablieren zu können. Nur eine gesetzliche Ausbildungsplatzumlage kann das brüchiger gewordene System der dualen Berufsausbildung nachhaltig stabilisieren und somit Zukunftschancen für junge Menschen garantieren."

Bereits im September 2003 hatten die Jusos durch ein eigenes Positionspapier verpflichtende Ausbildungsplatzumlage-Fonds (AuF!) gefordert.
Die zeitnahe Umsetzung dieses Vorhabens kann ein wichtiger Eckpunkt in der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die oft auf eine fehlende Ausbildung zurückgeht, sein.

Die Tatsache, dass freiwillige tarifliche Lösungen Vorrang haben und daher von gesetzlichen Regelungen ausgenommen sind, entspricht dabei ebenfalls der Forderung der Jusos.

„Tarifliche Vereinbarungen, die Zielzahlen zur Schaffung eines auswahlfähigen Ausbildungsplatzangebotes festlegen, sind ausdrücklich zu befürworten. Den Tarifpartnern kommt dadurch eine große Verantwortung zu, jedoch sind es aber auch gerade diese Akteure, die über den besten Überblick über die branchenspezifische Ausbildungslandschaft verfügen.
Mit der eingeleiteten Gesetzesinitiative wird verhindert, dass es den Arbeitgebern erneut gelingt, sich aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung für die Ausbildung junger Menschen zu stehlen ", betonte Mendel.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 10.02.2004, 23:33 Uhr - 949 Clicks - Nr. 80*

Kreisvorsitzender Sönke Rix mit 91% vom Kreisparteitag bestätigt

Am Samstag hat die SPD Rendsburg-Eckernförde ihren ordentlichen Parteitag in Nortorf durchgeführt. Wahlen, Berichte und die Bildungspolitik standen auf der Tagesordnung. Der alte und neue Vorsitzende ist Sönke Rix. Er wurde in seinem Amt mit 91% bestätigt.
In seiner Rede machte er den Genossinnen und Genossen Mut. Man dürfe angesichts der verlorenen Wahlen und der schlechten Umfrageergebnisse nicht den Kopf in den Sand stecken oder der SPD gar den Rücken kehren. Im Gegenteil: Die Partei müsse wieder deutlicher machen, was sie will. Von dem Wechsel an der Bundesspitze verspreche man sich nun, dass der Wille der Partei in der Regierungspolitik wieder mehr Gewicht erhalte. "Müntefering kennt die Partei. Die Partei hört auf ihn und er hört auf die Partei." Nur dürfe man nun nicht leiser werden, sondern müsse auch deutlich machen, dass die soziale Gerechtigkeit mehr in den Mittelpunkt des Regierungshandelns gerückt wird. Rix ging in seiner Rede vor den Delegierten auch auf die bevorstehenden Wahlen ein. "Wir wollen bei der Europawahl ein gutes Ergebnis erzielen. Bei der Landtagswahl 2005 wollen wir alle 4 Wahlkreise direkt für die SPD gewinnen." Auf die bevorstehenden Nominierungen in den Wahlkreisen eingehend, zeigte Rix sich sicher, dass es zu einem fairen Wettstreit zwischen den Kandidatinnen und Kandidaten kommt. "Ich bin mir sicher, dass die Genossinnen und Genossen vor Ort die Kandidatin oder den Kandidaten aufstellen, der die Region und die gemeinsame Sache am besten in Kiel vertreten kann."
Auf dem Parteitag wurden neben dem Vorsitz auch die weiteren Vorstandsposten vergeben. Als Stellvertreterinnen von Rix wurden Anke Göttsch aus Eckernförde und Ramona Wissemann aus Schacht-Audorf gewählt. Ramona Wissemann wird auch in nächster Zeit den Vorsitz der Kreistagsfraktion von Michael Sander übernehmen. Als Kassierer wurde Manfred Tank aus Mielkendorf bestätigt. Schriftführerin bleibt Annegret Bruhns aus Rendsburg. Als Beisitzer und Beisitzerinnen wurden Bodo Arlt (Molfsee), Peter Amadeus Schneider (Rendsburg), Holger-Jürgen Börner (Sehestedt), Nicole Petersen (Flintbek), Heidrun Isolt (Eckernförde), Ulf Daude (Molfsee), Marianne Vogel (Felde) und Gustav Otto Jonas (Schwedeneck) gewählt.
Neben den Wahlen und Berichten beschlossen die Delegierten Anträge zur Gesundheitspolitik, zur Bildungspolitik und zum Flughafen Holtenau. Die SPD Rendsburg-Eckernförde setzt sich für eine Verbesserung der Situation der sozial Schwächeren bei der Gesundheitsreform ein. In der Bildungspolitik unterstützt die SPD Rendsburg-Eckernförde den Landesvorstand mit seinen politischen Vorstellungen zur Erneuerung des Bildungssystems.
Mit knapper Mehrheit wurde es vom Parteitag abgelehnt, die positive Haltung der SPD Rendsburg-Eckernförde zum Ausbau des Flughafens Holtenau aufzugeben.
Rix zeigte sich mit den Wahlen und Beschlüssen des Parteitages sehr zufrieden: "Wir haben gezeigt, dass die SPD immer noch eine lebendige Partei ist."

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 11.02.2004, 15:43 Uhr - 4645 Clicks - Nr. 81*

MdB Ulrike Mehl: Rahmengesetz für Emissionshandel auf gutem Weg

Zur Anhörung am 9.2.04 über das Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz -TEHG- erklärt die umweltpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Ulrike Mehl:

Auch wenn der Titel Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz -TEHG- sperrig klingt, ist das Rahmengesetz zur Einführung des Emissionshandels in Deutschland auf gutem Wege. Die große Mehrheit der Sachverständigen bestätigt, dass wir bei den Vorarbeiten für dieses neue Klimaschutzinstrument handwerklich und inhaltlich eine solide Arbeit abgeliefert haben.
Neben wenigen Präzisierungen im Detail wird nur ein wesentlicher Punkt klarzustellen sein. Teile der Elektrizitätswirtschaft wollen offenkundig die ihnen kostenlos zugeteilten Emissionszertifikate durch bilanzrechtliche Kunstgriffe zu ”Verlusten” umwidmen und als ”Kosten” bei ihren Kunden geltend machen. Im Interesse des Verbraucherschutzes und der Integrität des Emissionshandels werden wir dies zu verhindern wissen. Nur tatsächlich durch Zukauf, Handel und ähnliche Transaktionen anfallende und nachgewiesene Kosten können auch unter dem System geltend gemacht werden. Wer aus Gratis-Zuteilungen Mitnahmegewinne generieren will, für den kann anstatt der kostenlosen Ausstattung mit Emissionsguthaben auch eine Auktionierung durchgeführt werden. Dann fallen echte Kosten zu Marktpreisen an. Falls dies gewünscht sein sollte, werden wir gerne darauf eingehen.
Auch der gegenwärtige Streit im Bundesrat über die notwendige Verabschiedung einer 34. Bundesimmissionsschutzverordnung ist ausgesprochen kontraproduktiv und widersinnig. Die Blockade der konservativen Länder wird nur dazu führen, dass die Anlagenbetreiber unter größeren Zeitdruck bei der Einhaltung der durch Brüssel vorgegebenen Abgabefristen geraten. Zudem wächst der Verwaltungsaufwand und damit die Kosten, für die ebenfalls allein die Betreiber aufzukommen haben. Der Bundesrat wäre gut beraten, die Kontroversen über die Zuteilung der Emissionsrechte nicht in das TEHG hineinzutragen. Dort haben sie von der Sache her nichts zu suchen, sondern belasten nur eine schlanke und kosteneffiziente Gesetzgebung.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 11.02.2004, 15:49 Uhr - 4705 Clicks - Nr. 82*

MdB Ulrike Mehl: Mehr Mitbestimmung für Patienten

Mit der Gesundheitsreform sind zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Mitwirkungsrechte von Patientinnen und Patienten gesetzlich verankert worden. Sowohl im medizinischen Behandlungsprozess, beim Arzt als auch in den gesundheitspolitischen Gremien. Das bedeutet: Patienten haben jetzt ein verbrieftes Recht auf Anhörung und Information sowie Beteiligung bei Fragen der Sicherstellung der medizinischen Versorgung. Qualifiziertere Mitwirkungsrechte waren mit CDU/CSU leider nicht zu verwirklichen.
Für die Wahrung und Durchsetzung dieser Interessen im politischen Raum hat die Bundesregierung eine Patientenbeauftragte berufen. Helga Kühn-Mengel steht seit Oktober letzten Jahres dafür, dass die patientenorientierten Ansätze der Gesundheitsreform auch in die Realität umgesetzt werden.
Ein zentraler Punkt dabei ist die Einbeziehung der Patientenvertreter in die Arbeit des so genannten Gemeinsamen Bundesausschusses. Denn in diesem Gremium werden alle wichtigen Entscheidungen getroffen, die die Patienten unmittelbar betreffen. Zum Beispiel, wie die Qualität der medizinischen Versorgung aussieht, was in den Leistungskatalog aufgenommen und von den Krankenkassen bezahlt wird. Hier müssen künftig Patientengruppen oder Patientenverbände angehört werden.
Der Bundesausschuss der Ärzte und Krankenkassen war bisher eine Gesellschaft bedeutender Herren, die hinter verschlossenen Türen tagte und uns Politikern irgendwann das Ergebnis mitteilte. Wir in der Politik setzten die Rahmenbedingungen, aber der Ausschuss war es, der das mit Inhalten füllte. Das könnte sich jetzt ändern: Wenn Patientenvertreter mit am Tisch sitzen und auch berichten dürfen, wie sich etwa der Baustein einer Therapie im Alltag auswirkt, wird dort auch ein anderer Stil einkehren. Ärzte und Krankenkassen, die bislang alleine in diesem Gremium saßen, haben stark ihre Interessen verfolgt. Jetzt wird der Kreis erweitert um Experten in eigener Sache: die Patienten. Ich halte das für einen qualitativ bedeutenden Schritt. Ich rechne nicht sofort mit großen Umwälzungen,

aber wenn jetzt die Entscheidungsprozesse offener werden, kann das im Laufe der Zeit viel verändern.

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 12.02.2004, 00:46 Uhr - 1871 Clicks - Nr. 83*

Wieviel Bundestagswahlkreise für Schleswig-Holstein?

Der SPD-Landesvorsitzende und MdB Sonntag-Wolgast
fordern weiterhin 11 Bundestagswahlkreis für
Schleswig-Holstein
Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast und Claus Möller zur Wahlkreiseinteilung für die Bundestagswahl 2006

Elf Bundestagswahlkreise in Schleswig-Holstein müssen bleiben:

Die Wahlkreiskommission hat jetzt dem Bundesministerium des Innern und dem Bundestagspräsidenten ihren Bericht vorgelegt. Er sorgt in Schleswig-Holstein für Aufregung, weil hier - wie übrigens auch für Thüringen - ein Wahlkreis wegfallen soll.

Aber: Es handelt sich um Vorschläge, über die schließlich der Deutsche Bundestag zu entscheiden hat. Das Parlament ist also Herr des Verfahrens. Als Vorsitzende des federführenden Innenausschusses werde ich dafür sorgen, dass wir eine verfassungskonforme Lösung finden, die zugleich den Ansprüchen der Bürger auf Kontinuität, Chancengleichheit und angemessene Repräsentanz ihrer Region auf Bundesebene gerecht wird.

Unser Ziel ist es, die elf Bundestagswahlkreise für Schleswig-Holstein zu erhalten. Das ist die Marschroute der schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten. Nach ersten Gesprächen mit Kollegen anderer Parteien habe ich mich vergewissern können, dass sie diese Position teilen. Auch die Arbeitsgruppe Inneres der SPD-Bundestagsfraktion ist sich einig in dem Bemühen, Änderungen generell nur dann vorzunehmen, wenn es zwingend geboten ist. Wir wollen auch den "Wahlkreistransfer" von einem in ein anderes Land vermeiden.

Nach dem Bundeswahlgesetz gelten folgende Grundsätze:

1. Die Ländergrenzen sind einzuhalten.
2. Die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern muss deren Bevölkerungsanteil soweit wie möglich entsprechen.
3. Die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises soll von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise nicht um mehr als 15% nach oben oder unten abweichen. Bei Abweichungen von mehr als 25% muss der Wahlkreis neu abgegrenzt werden.
4. Der Wahlkreis soll ein zusammenhängendes Gebiet bilden.

5. Die Grenzen der Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte
sollen nach Möglichkeit eingehalten werden.

Die Wahlkreis-Kommission ist ein unabhängiges Gremium. Sie wird geleitet vom Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen. Sein Stellvertreter ist der Präsident des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik, Karl-Ludwig Strelen. Weitere Mitglieder sind eine Richterin am Bundesverwaltungsgericht sowie 4 Beamte aus Innenministerien der Länder. Sie haben während ihrer Beratungen das Wahlrechtsreferat des BMI sowie die Landesregierungen kontaktiert. Sowohl Schleswig-Holstein als auch Thüringen haben der Reduzierung von Wahlkreisen in ihren Ländern widersprochen; die Kommission folgte deren Argumenten nicht.
Ich sehe gleichwohl für Schleswig-Holstein gute Chancen, die Wahlkreisreduzierung zu verhindern.

Zwar legt das geltende Bundeswahlgesetz die Toleranzgrenzen für die Über- und oder Unterschreitungen der jeweiligen Zahl an Bürgern, die ein Abgeordneter/eine Abgeordnete zu vertreten hat, enger aus als die früheren Bestimmungen (da musste ein Wahlkreis erst bei einer Abweichung von 33 Prozent verändert werden). Es sollte auch tunlichst vermieden werden, dass Überhangmandate entstehen. Jedoch war es nicht Wille des Gesetzgebers, bei einer Nuance einer Veränderung sofort die Wahlkreise zu verändern, zu verringern oder zu vermehren.

Nach den jetzigen Berechnungen auf der Grundlage des Bevölkerungsstandes vom Jahresende 2002 über- oder unterschreitet kein Wahlkreis die 25%-Grenze. Generell verzeichnen die westlichen Länder leichte bis stärkere Zuwächse, in den östlichen Ländern gehen die Zahlen weiter zurück. Deutlich ist der Anstieg vor allem in Baden-Würtemberg (+204.000) und Bayern (+197.000), aber auch Schleswig-Holstein legt leicht zu (rund 40.000).

Dennoch kommt die Wahlkreiskommission zu dem Ergebnis, dass die Wahlkreise entsprechend dem Anteil an der genannten Bevölkerung "in strikter" Anwendung des proportionalen Zuteilungsverfahren nach der Quotenmethode mit Ausgleich nach den größten Restwerten (Hare/Niemeyer) zu gliedern seien. Nach diesem Prinzip sollen Schleswig-Holstein und Thüringen je einen Wahlkreis dazu gewinnen. Bei genauem Hinschauen handelt es sich allerdings um hauchdünne Unterschiede. Nach Dezimalstellen bringt es unser Land auf 10,590; daraus folgert die Kommission einen Anspruch auf nur noch 10 Wahlkreise. Sie rundet nach unten ab. Bayern hingegen landet bei 44,592 - hier rundet die Kommission nach oben auf.

Man sieht also: ob einem Land ein Wahlkreis mehr oder weniger zugesprochen wird, entscheidet die Kommission anhand der 3. Stelle hinterm Komma. Die Kommission hat sich für eine äußerst penible Auslegung des Gesetzes ausgesprochen. Mehrmals erwähnt sie die Entscheidung für eine "strikte Anwendung". Das ist sauber und logisch, politisch jedoch nicht zwingend.
Denn das Bundeswahlgesetz spricht ausdrücklich davon, dass die formulierten Grenzwerte "so weit möglich" einzuhalten seien. Mit anderen Worten: der Gesetzgeber hat ganz bewusst einen Spielraum eingeräumt. Und den werden wir nutzen!

Für Schleswig-Holstein ist es wichtig, das es weiterhin mit 11 Wahlkreisen vertreten ist. Die Gruppen aus dem Norden stellen im Bundestag ohnehin nicht die stärksten Bataillone. Außerdem: Für die Bundestagswahl 2002 sind mehrere Wahlkreise neu geschnitten worden. Die Bürgerinnen und Bürger werden wenig Verständnis für eine erneute Veränderung schon 2006 aufbringen. Ein Wahlkreis soll auch möglichst so geschnitten sein, dass er mit den sozialen Bedingungen und Lebensbezügen der jeweiligen Bewohner übereinstimmt. Über dies vertragen ländlichen Regionen mit geringer Bevölkerungsdichte Zusammenlegungen schlechter als Ballungsräume. Nach dem Vorschlag der Wahlkreiskommission würde bei der Reduzierung auf 10 Wahlkreise ein flächenmäßig sehr großes Gebiet (Ostholstein - Plön - Neumünster) entstehen. Bürgernahe Wahlkreisbetreuung ist so kaum noch möglich.

Unser Fazit und unsere Forderung: Die elf Bundestagswahlkreise in Schleswig-Holstein müssen bleiben!

Keine Kommentare

SPD-Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 12.02.2004, 09:05 Uhr - 4339 Clicks - Nr. 84*

Anna Schlosser-Keichel: Lothar Hay als erster SPD-Direktkandidat nominiert

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay, ist heute Abend (11.02.) in Tarp von der SPD-Mitgliederversammlung im Wahlkreis 5 (Flensburg-Land) mit überwältigender Mehrheit als Direktkandidat für die Landtagswahl 2005 nominiert worden.
Dies teilt die Vorsitzende des Kreisverbandes Schleswig-Flensburg, die Landtagsabgeordnete Anna Schlosser-Keichel, mit.

Hay, der ohne Gegenkandidat antrat, hatte zuvor in einer kämpferischen Rede um Unterstützung geworben. „Wir werden es auch in den nächsten zwölf Monaten bis zur Landtagswahl nicht leicht haben. Aber die Landesregierung wird mit eigenen Initiativen zur Steuerreform und zur Erbschaftssteuer schleswig-holsteinische Positionen auch gegenüber Berlin ins Spiel bringen“, kündigte der Fraktionsvorsitzende an. Die Rahmenbedingungen seien besser als im letzten Jahr; es deute vieles auf ein Anspringen der Konjunktur und somit auf ein Stück Wachstum in diesem Jahr hin.

„Bei einer Zustimmung von 26 % auf Bundesebene für die SPD sind wir nicht die Favoriten, sondern wir sind die Angreifer. Und das sollten wir auch gemeinsam tun. Lasst uns deshalb in den nächsten zwölf Monaten für eine starke SPD in Schleswig-Holstein kämpfen, für ein gutes Ergebnis bei der Landtagswahl und für einen Sieg von Heide Simonis“, warb Hay um Unterstützung.

Bei der Abstimmung erhielt Lothar Hay 93,5 Prozent / 43 von 46 Stimmen der Mitglieder. Er ist der erste Direktkandidat, den die Nord-SPD für die Landtagswahl 2005 nominiert hat.

Anna Schlosser-Keichel
11.02.2004

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 12.02.2004, 09:06 Uhr - 674 Clicks - Nr. 85*

Schlechtes Zeichen für Europa & Umwelt



Schwarzgrün setzt schlechtes Zeichen für Europa & Umwelt - Keine Teilnahme Kiels an Woche der Mobilität Die umweltpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion, Ulrike Körber-Krütgen, erklärt:
"Die Kooperation von Schwarzgrün hat mit dem Haushalt 2004, 20.000 € bei der Öffentlichkeitsarbeit im Umweltbereich gestrichen.
Damit entzogen Grüne und CDU der Stadt die Möglichkeit, sich angemessen an der europäischen Woche der Mobilität zu beteiligen.
Die Aktivitäten von Umweltinitiativen, Vereinen und der Landeshauptstadt bei der Europäischen Woche der Mobilität in Kiel sowie die Sperrung der Holtenauer Straße für den motorisierten Individualverkehr - quasi als Höhepunkt - interessierten viele Kielerinnen und Kieler und machten auf Themen zur Erhaltung unserer Umwelt aufmerksam. Die SPD-Fraktion ist der Auffassung, das diese erfolgreiche Umweltaktion in der Klimaschutzstadt Kiel ihren Platz hat und auch weiter die Unterstützung der Stadt verdient. Deshalb hat die SPD-Fraktion die von Schwarzgrün beantragte Mitteilstreichung abgelehnt. Besonders zu kritisieren ist die Position der Grünen, denen der Klimaschutz in Kiel und die Region offenbar nur noch begrenzt wichtig ist.
Nach der Geschäftlichen Mitteilung hierzu (siehe Anlage), die morgen dem Umweltausschuss vorgelegt wird, richtet die Verwaltung ihre Informationspolitik nur noch auf die Abfallvermeidung und - verminderung aus. Öffentlichkeitsarbeit zum Klimaschutz durch Verkehrsvermeidung und -verminderung findet voraussichtlich nicht mehr statt."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 12.02.2004, 09:08 Uhr - 543 Clicks - Nr. 86*

Die Obstbaumwiese bei Hof Büll soll bebaut werden!



Mettenhof verliert ein Stück Identität"Dem Stadtteil Mettenhof droht der Verlust eines Stückes ländlicher Idylle." klagt der Mettenhofer SPD-Ratsherr Cai-Uwe Lindner.
Aufgeschreckt durch eine Grundstücksanzeige in den Kieler Nachrichten hat der Ratsherr eine kleine Anfrage an die Ratsversammlung gerichtet.
Nach der Zeitungsanzeige und den ihm vorliegenden Informationen soll die alte Obstbaumwiese zwischen Hof Büll, Wikingerbummel und Helsinkistraße bebaut werden. Die Eigentümer von Hof Büll haben hierzu einen Vorbescheid zum Bau von sechs Reihenhäusern erwirkt und möchten zu diesem Zweck ihr Grundstück veräußern. Hierfür verlangen Sie einen Kaufpreis von 215.000 €. Lindner erklärt hierzu: "Das Ansinnen der Eigentümer ist rechtlich unstrittig, aber dennoch bin ich von dieser Entwicklung und ganz besonders von der Entscheidung der Stadtverwaltung enttäuscht". Lindner erinnert daran, dass seit vielen Jahren ein Einvernehmen zwischen dem Ortsbeirat Mettenhof und der Stadtverwaltung darüber bestand, dieses idyllische Fleckchen Erde für den Stadtteil Mettenhof zu erhalten. Lindner

weist darauf hin , dass der Hof Büll mit seiner Obstbaumwiese gemeinsam mit Hof Akkerboom einen Teil des alten Mettenhof darstellt, der bewahrt werden sollte. Er befürchtet, dass Mettenhof durch die Bebauung dieser Fläche ein Stück Identität und Vielfalt verliert.
Lindner bittet mit seiner Anfrage die Verwaltung um Beantwortung folgender Fragen: Wann und warum hat die Verwaltung einen positiven Bauvorbescheid für eine Bebauung der schützenswerten Obstbaumwiese erteilt und warum wurde der Ortsbeirat Mettenhof hierüber nicht informiert?
Zudem möchte Lindner wissen, ob noch rechtliche Möglichkeiten bestehen, die Bebauung der Obstbaumwiese zu verhindern und ob die Verwaltung beabsichtigt, davon Gebrauch zu machen?

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 12.02.2004, 09:13 Uhr - 564 Clicks - Nr. 87*

Unterhalt - Kiel landesweit Schlusslicht bei Heranziehung

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Cathy Kietzer, erklärt heute zu dem landesweit schlechtesten Abschneiden der Landeshauptstadt Kiel bei der Heranziehung Unterhaltspflichtiger und zur Unterhaltssituation bei den Hilfen zum Lebensunterhalt:
„Die Verwaltung hat die Verpflichtung, zur Konsolidierung des Haushalts nicht nur einseitig darüber nachzudenken, Aufgaben zu reduzieren beziehungsweise zu streichen.
Gerade das Sozialdezernat mit dem größten Anteil am Gesamthaushalt ist verpflichtet, möglichst alle Einnahmemöglichkeiten optimal auszuschöpfen. Dieses geschieht zur Zeit nicht. Für die SPD-Fraktion ist es nicht hinnehmbar, dass die Landeshauptstadt Kiel beim Rückgriff auf Unterhaltspflichtige nach dem Unterhaltsvorschussgesetz den letzten Platz unter den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins belegt. Kiel erzielt eine Quote von nur 11,5% (Kreis Schleswig-Flensburg ca. 35%, Stadt Neumünster ca. 34%).
Die erfolgreichen Verhandlungen der kommunalen Landesverbände mit dem Finanzministerium haben bewirkt, dass die Kreise und Städte an Mehreinnahmen, die über die im Jahr 2001 erzielten Beträge hinaus gehen, beteiligt werden. Diese Regelung gilt für 2004 und 2005. Mit Mehrennahmen beim Unterhaltsvorschuss hilft die Stadt alleinerziehenden (in der Regel) Müttern unabhängiger von staatlicher Hilfe zu werden und das Haushaltsdefizit wird verringert.
Die Bemühungen der Sozialverwaltung, Unterhaltspflichtige im Bereich der Hilfen zum Lebensunterhalt heranzuziehen, sind ebenfalls nicht ausreichend. Im Gegenteil: Nach den Ist-Ergebnissen wurde dieser Bereich wohl vernachlässigt (Einnahme 2001 bei der Hhst. 410.243 – 511.292 €, vorläufiges Ergebnis für 2003 = 318.485 €).
Die SPD-Fraktion legt der Ratsversammlung einen Antrag vor, der die Verwaltung beauftragt, zeitnah die Anstrengungen zur Heranziehung Unterhaltspflichtiger zu erhöhen und in der zweiten Jahreshälfte einen Kassensturz vorzulegen."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 12.02.2004, 09:29 Uhr - 563 Clicks - Nr. 88*

Chaos beim Sporthallenbau!



"Nach Friedrichsort muss jetzt ein Zeichen für Mettenhof gesetzt werden!" fordern der Mettenhofer SPD-Ratsherr Cai-Uwe Lindner und sein Ortsvereinsvorsitzender Harald Jander in Übereinstimmung mit dem schulpolitischen Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Bernd Vogelsang.
Vogelsang weist darauf hin, dass die Fraktionen von CDU und GRÜNEN im Ausschuss für Schule und Sport am 20.01.2004 die Verwaltung aufgefordert hatten, eine Beschlussvorlage als Grundlage für die Zusammenlegung der Grundschulen Fritz-Reuter-Schule und Heinrich-von-Stephan-Schule in Friedrichsort vorzubereiten. Wesentlicher Bestandteil dieser Maßnahme ist der Bau einer neuen Sporthalle für die zusammengelegten Grundschulen. Diese Sporthalle wird nun entgegen allen Planungen und bisherigen Erklärungen als erste in dieser Wahlperiode gebaut.
Lindner erinnert daran, dass die Mehrheitsfraktionen von CDU und GRÜNEN bei den letzten Haushaltsberatungen die Planungen für die Mettenhofer Sporthalle für die Schulen am Heidenberger Teich auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben hatten. Beide Parteien favorisierten eine Halle für Schilksee. Ohne eine konkrete Festlegung wurden für den Bau einer Sporthalle im Grundschulbereich Mittel ab 2005 in die Mittelfristige Investitionsplanung eingestellt.
Lindner, Vogelsang und Jander fordern, dass eine verbindliche Planung für Mettenhof und Schilksee für diese Wahlperiode stattfindet. Sie erklären abschließend: "Das von den Mehrheitsfraktionen verursachte Chaos im Sporthallenbau muss ein Ende haben. Wir erwarten von CDU und GRÜNEN, dass sie jetzt die nötigen Entscheidungen treffen. Eine Verschiebung der Planungen für die Mettenhofer Halle ist nicht sachgerecht und mit Blick auf die Schüler/innen auch nicht weiter hinnehmbar."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 12.02.2004, 09:31 Uhr - 586 Clicks - Nr. 89*

Beim Science-Center herrscht Einigkeit

Interfraktionelle Pressemitteilung
Zum Science-Center Kiel wird es in der kommenden Ratsversammlung eine gemeinsame Resolution von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen an die Abgeordneten des Landtages geben. Heute haben die Fraktionen einen gemeinsamen Resolutionstext für die Ratsversammlung herausgegeben.
Zum Science-Center Kiel wird es in der kommenden Ratsversammlung eine gemeinsame Resolution von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen an die Abgeordneten des Landtages geben. Heute haben die Fraktionen einen gemeinsamen Resolutionstext für die Ratsversammlung herausgegeben.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 12.02.2004, 09:34 Uhr - 576 Clicks - Nr. 90*

Wo ist der Ruck ?



Die Oberbürgermeisterin und die sie unterstützenden Fraktionen von CDU und GRÜNEN haben wiederholt erklärt, dass ein Ruck durch die Stadt gehen wird. Aber bislang wartet man vergeblich auf ihn.
Vielmehr ist Stillstand im Verwaltungsgetriebe eingekehrt und viele Themen zu Infrastrukturmaßnahmen, wie z.B. die Umgestaltung des Westrings, der Rahmenplan Mittlere Innenstadt
oder die Stadtregionalbahn, werden in den vielen Schubladen des OB-Büros versenkt.

SPD-Ratsherr Cai-Uwe Lindner spürte diesen Dingen nach. Er hat dabei festgestellt, dass der angekündigte Ruck, der anscheinend aus Richtung Lübeck kommt, noch nicht die Gemeinde Preetz passiert hat. Der dortige Handels- und Gewerbeverein vermisst ebenfalls den Ruck bei der Fertigstellung der B76-Ortsumgehung (siehe nordClick/kn vom 07.02.2004). Lindner hierzu: "Ich befürchte, dass der Ruck an einem von Planierraupen aufgetürmten Sandhaufen vor Preetz aufgelaufen ist und sich dort verzweifelt um einen Durchbruch bemüht."

Lindner fordert nun: "Die Oberbürgermeisterin muss unverzüglich mit dem Kreis Plön Kontakt aufnehmen, damit der Ruck weitergeht. Wir können nicht ewig auf ihn warten". Da der Ruck aber wohl doch noch einige Zeit auf sich warten lassen wird, beantragt nun die SPD Ratsfraktion zur kommenden Ratsversammlung einen Sachstandsbericht mit einer Terminplanung zum Beratungsgang in den Ausschüssen und in der Ratsversammlung zu folgenden Themen:

* Umgestaltung des Westrings
* Umbau des Düsternbrooker Wegs
* Rahmenplan Mittlere Innenstadt
* Renaturierung des Rehsenbachs
* Stadtregionalbahn
* Organisationsuntersuchung Stadtentwässerung.

Anlage: Antrag

Antrag zur Ratzsversammlung am 19.02.2004
Betreff:
Bericht der Oberbürgermeisterin zum Bearbeitungsstand aktueller Infrastrukturmaßnahmen

Die Ratsversammlung möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, der Ratsversammlung zu ihrer nächsten Sitzung einen Sachstandsbericht mit einer Terminplanung für den künftigen Beratungsgang und ggf. anstehende Beschlüsse in den Ausschüssen und in der Ratsversammlung zu folgenden Themen zu geben und dabei die von ihr festgelegten Abläufe zu begründen:

? Umgestaltung des Westrings
? Umbau des Düsternbrooker Wegs
? Rahmenplan Mittlere Innenstadt
? Renaturierung des Rehsenbachs
? Stadtregionalbahn

? Organisationsuntersuchung Stadtentwässerung.

Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, diese Liste ggf. um weitere, aus ihrer Sicht wichtige Themen zu ergänzen.

Begründung:

Die o.a. Themen befinden sich seit einiger Zeit in der öffentlichen Diskussion. Obwohl die Verwaltung an diesen Themen arbeitet oder gearbeitet hat, stehen bislang konkrete Vorlagen bzw. Zwischenmitteilungen zum Fortgang für die Ausschüsse und die Ratsversammlung aus. Da die Mitglieder der Ratsversammlung auf diese Themen angesprochen werden, wäre es hilfreich zu wissen, wie der aktuelle Planungsstand sich jeweils darstellt und wann mit weiteren Entscheidungen zu rechnen ist. Zudem wäre es hilfreich zu wissen, aufgrund welcher Erwägungen die Oberbürgermeisterin eine weitere Behandlung einzelner Themen in den Gremien der Stadt nicht für opportun hält.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 12.02.2004, 09:39 Uhr - 564 Clicks - Nr. 91*

CDU/GRÜNE: ERST SPERREN, DANN REDEN



Mit den Worten „erst sperren, dann mit den Betroffenen reden", kommentiert der sozialpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Thomas Wehner die Absicht der schwarz-grünen Sozialpolitiker, ein „sozialpolitisches Hearing" zu veranstalten.
Thomas Wehner: „Über den gesamten Bereich der Sozial- und Jugendpolitik haben die Mehrheitsfraktionen in den Haushaltsberatungen einen Sperrvermerk in Höhe von 300.000 € beschlossen. Noch ist völlig unklar, wer am Ende von Kürzungen betroffen sein könnte. Frühere Zuwendungen an Behindertenorganisationen bleiben heruntergefahren. Offensichtlich merken CDU und Grüne langsam, welche Verunsicherung sie selbst bei Betroffenen, Vereinen und Verbänden mit ihren Ratsbeschlüssen ausgelöst haben."

„Bei der Umsetzung der Hartz-Reformen hat für uns Vorrang, wie die Arbeitslosigkeit in Kiel am effektivsten bekämpft werden kann", so Wehner weiter, „offenbar hat sich Frau Volquartz im Gegensatz zur CDU-Fraktion aber schon auf die Zuständigkeit der Agentur für Arbeit als Arbeitsvermittler für die erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger festgelegt. Dafür spricht zwar einiges. Die SPD wird sich für die Diskussion aber die notwendige Zeit lassen."
„Die SPD wird jeden Einzelfall von Privatisierung und Ausgliederung aus der Stadtverwaltung sorgfältig prüfen. Das gilt ganz besonders für den sozialen Bereich, der aus unserer Sicht als besonders sensibel anzusehen ist. Nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch die Beratungs- und andere Dienstleistungen für hilfebedürftige Menschen sind betroffen.

Schwarz-grün war bisher wenig geneigt, auf die Meinung und den Rat von Vereinen, Verbänden und Fachleuten zu hören. Ich befürchte daher eine Alibi-Veranstaltung, die der Beruhigung dienen soll. Immerhin gibt sie den Betroffenen aber die Möglichkeit, sich öffentlich und vernehmbar zu äußern. Das spricht dafür, sie stattfinden zu lassen", meint Thomas Wehner abschließend.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 12.02.2004, 09:50 Uhr - 587 Clicks - Nr. 92*

SPD rät: Erst informieren, dann schweigen



Zur der Pressemitteilung des CDU-Ratsherren, Henning Nawotki, stellte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Alexander Möller, richtig:
"Der Versuch der Legendenbildung durch die CDU ist untauglich die Herausforderungen Kiels zu meistern. Der Stand der Verschuldung zum 31.12.2003 betrug 316.452.000 €. Das ist hoch genug, aber das sind nicht 350 Mio. €." Diese Zahl hatte die CDU genannt.
Im übrigen verbitte sich Möller die persönlichen Angriffe auf seine Fraktionskollegen Kietzer und Wehner. "Dieser Stil darf im Umgang miteinander nicht einreißen," so Möller.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 12.02.2004, 18:41 Uhr - 2662 Clicks - Nr. 93*

SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer: CDU in Flughafen-Turbulenzen!

Zum aktuellen Streit zwischen dem Kieler CDU-Kreisverband und dem CDU-Kreisvorsitzenden in Rendsburg/Eckernförde zur Startbahnverlängerung des Holtenauer Flughafens erklärte der SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer:

Die Kieler CDU gerät offentsichtlich in schwere Turbulenzen. Die Landespartei sagt "Ja" zum Ausbau, der Kieler Kreisvorsitzende sagt "Ja, aber" und verweist auf das Planfeststellungsverfahren, der CDU-Nachbar sagt "Eher Nein" und der grüne Kooperationspartner im Rathaus sagt "Nein".
Die Differenzen mit dem Kreisvorsitzenden Bernhardt macht ein strukturelles politisches Dilemma der Kieler CDU deutlich; sie muss endlich Stellung zu folgenden Punkten beziehen:

- Die CDU muss klären, wie die extrem gegensätzlichen Kooperationspartner im Rathaus zu einer Lösung kommen wollen. Entweder Schwarz oder Grün wird sein Wahlversprechen brechen müssen!
- Und sie muss sagen, ob bei einer möglichen Kostensteigerung gebaut wird oder nicht. Das Limitkönnte schon heute für die Stadt festgelegt werden. Dazu bedarf es nicht der Ergebnisse der Planfeststellung.

Weil Antworten fehlen, ist der Hineweis des Kieler CDU-Kreisvorsitzenden auf das erwartete Planfeststellungsverfahren nur ein "Spiel auf Zeit"! Bei Vorlage negativer Ergebnisse sagt die CDU

dann ihrer Klientel, dass sie zwar wolle, aber nicht könne und die Grünen der ihrigen, dass sie ohnehin nie wollten. Bei Vorlage positiver Ergebnisse: siehe Dilemma!

Die SPD hat sich positioniert, aber nicht die Mehrheit. CDU/Grüne tragen die politische Verantwortung. Sie müssen entscheiden! Gesichtswahrung durch "Aussitzen" hilft vielleicht Schwarz-Grün, nicht aber unserer Stadt.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 12.02.2004, 18:45 Uhr - 2697 Clicks - Nr. 94*

SPD Kreispartei beschließt "Offensive Bildung"

Auf der Kreisausschuss-Sitzung am 11.02.04 wurde der vom Kreisvorstand vorgelegte Antrag zur "Offensive Bildung" von den Delegierten einstimmig angenommen.

Dazu erklärte SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer:
Wir wollen als Kreispartei die Debatte um Wissen und Werte intensivieren; dazu starten wir unsere "Offensive Bildung". Unser Grundsatz ist: Alle Menschen - unabhängig von Einkommen oder Herkunft - müssen die bestmöglichen und gleichen Chancen auf kulturelle, soziale, politische und gesellschaftliche Teilhabe bekommen.
Wir wollen die stärkere Vernetzung der vorschulischen und schulischen Bildungsangebote. So müssen z.B. die Kitas ausreichende Öffnungszeiten anbieten. Für Erzieher/innen soll eine duale Ausbildung mit einem europaweit anerkannten Abschluss angestrebt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Sicherstellung der materiellen und personellen Ausstattung der Kieler Schulen ebenso wie die besondere Förderung von Hochbegabten und Lernschwachen sichergestellt wird. Wir streben die vollständige Lernmittelfreiheit an.

Der Kreisvorstand wird noch in diesem Jahr ein "SPD-Forum Bildung" durchführen und den Dialog mit allen Zuständigen in der Stadt aufnehmen. Auf der Grundlage der internen und öffentlichen Diskussionen wird die Kieler SPD dann zum Abschluss der "Offensive Bildung" ihre neuen bildungspolitischen Perspektiven erarbeiten und beschließen.

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 13.02.2004, 16:58 Uhr - 1209 Clicks - Nr. 95*

Joachim Wilken-Kebeck in der Bürgersprechstunde der SPD

Der Stadtvertreter und derzeitige Vorsitzende des SPD-Ortsvereines Bad Segeberg, Joachim Wilken-Kebeck, ist am Donnerstag, den 19.02.2004, von 16.00 -17.30 Uhr in der Bürgersprechstunde der SPD im Fraktionszimmer der SPD im Alten Rathaus anwesend.
Joachim Wilken-Kebeck wird als Mitglied des Bau- und Umwelt-Ausschusses die Sicht der SPD zu den Punkten kommentieren, die auf der Tagesordnung fuer die oeffentliche Sitzung des Bau- und Umwelt-Ausschusses am 26.02.2004 stehen. Er nimmt gerne die Anregungen und Anfragen der Bürger zu den dort aufgeführten Themen entgegen.

Die Tagesordnung und die Anlagen zu dieser Tagesordnung sind im Rathaus im Zimmer der Botenmeisterei für jeden Bürger erhaeltlich.

SPD-Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 15.02.2004, 08:15 Uhr - 4349 Clicks - Nr. 96*

Holger Astrup für Landtagswahl im Wahlkreis 7 nominiert

„In zwei Wahlkreisen haben wir schon gewählt, aber alle guten Dinge sind drei. Deshalb wollen wir heute Abend unseren Wahlkreiskandidaten für für den Landtagswahlkreis 7 (Schleswig) nominieren. Einziger Kandidat für diesen neuen Wahlkreis, zu dem jetzt auch die Gemeinden des Amtes Süderbrarup gehören, ist bis jetzt Holger Astrup.“ Mit diesen Worten begrüßte die SPD-Kreisvorsitzende Anna Schlosser-Keichel die 54 stimmberechtigten Teilnehmer an der gestrigen Wahlkreiskonferenz in Ruhekrug.
Es blieb auch bei dieser einzigen Kandidatur, so dass sich der langjährige Landtagsabgeordnete und jetzige Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion Holger Astrup in seiner anschließenden Rede ganz auf eine Beschreibung der politischen Lage der Partei und auf aktuelle bedeutsame Punkte aus dem Wahlkreis konzentrieren konnte. Zunächst aber bedankte sich Astrup für die hervorragende Zusammenarbeit mit den Ortsvereinen und Fraktionen und mit der Kreistagsfraktion: „Es gibt landesweit kaum eine andere so gut funktionierende Verbindung zwischen der Landes- und der Kommunalpolitik wie bei uns im Kreis Schleswig-Flensburg. Darauf bin ich stolz, und das wird auch so bleiben!“ sagte Astrup unter dem Beifall der Anwesenden.

Bei der Beschreibung der gesamtpolitischen Situation der SPD auf Bundesebene bekannte sich Astrup „im Grundsatz und insgesamt“ zu den eingeleiteten Reformen. „Nach 16 Jahren des reformerischen Stillstands in Deutschland unter der CDU war und ist es dringend erforderlich, zukunftsweisende Reformen bei Steuern, bei Subventionen, in der Gesundheitspolitik und bei den Renten jetzt endlich anzupacken!“ sagte Astrup. „Im Gegensatz zur Entwicklung besonders in den skandinavischen Ländern hat das die CDU bis 1998 entweder verpennt oder sie war dazu zu feige“, so Astrup weiter und fügte selbstkritisch hinzu, dass allerdings zumindest in diesem Punkt auch in der ersten Wahlperiode unter Gerhard Schröder Zeit vertan wurde. Bei aller Notwendigkeit der jetzt eingeleitenen Reformen aber „darf gerade die SPD niemals aus den Augen verlieren, dass nicht alle Teile der Bevölkerung diese Entwicklung gleich gut und ohne Probleme verkraften können“, vertrat Holger Astrup seinen Standpunkt und verwies auf eine Reihe vermeidbarer auch handwerklicher Fehler. „Dennoch bin ich überzeugt, dass nur Sozialdemokraten in der Lage sind, den erforderlichen Umbau unseres Staates verantwortlich und ausgewogen zu leisten!“ erklärte Astrup. „Deshalb fordere ich uns alle in der SPD auf, die grundsätzlichen Inhalte der Agenda 2010 offensiv zu vertreten, zu mehr Mut und mehr Optimismus beizutragen und mitzuhelfen, der Bevölkerung zu erklären, warum all diese Maßnahmen erforderlich und unabdingbar sind. Wenn es uns gelingt, die Menschen von dieser Zielsetzung zu überzeugen, werden sie uns auch wieder wählen!“ betonte Astrup. „Davon sind wir zwar im Moment noch ein ganzes Stück entfernt, aber was in Schweden hervorragend gelungen ist, muss auch hier möglich sein.“

Als drängendstes Problem im Wahlkreis sah Holger Astrup die angestrebte Fusion der Fachklinik mit dem MLK in Schleswig: „Was für Flensburg Motorola und Danfoss, das sind in unserer Region die 2000 Arbeitsplätze in den beiden Kliniken!“ Der Abgeordnete beschrieb den aktuellen Stand der Diskussion so: „Ohne Ausnahme geben sich alle Beteiligten von Land, Kreis und Stadt die größte Mühe, diese Fusion zustande zu bringen. Ich selbst bin an dem Vorhaben ebenso beteiligt wie die Gewerkschaft ver.di, mit der ich natürlich entsprechenden Kontakt halte. Es geht um die Sicherung der Arbeitsplätze, es geht um die medizinische Vollversorgung für die Region und deshalb auch um einen Neubau des Krankenhauses auf dem Stadtfeld. In allen drei Punkten bin ich nach wie vor

ausgesprochen zuversichtlich!“

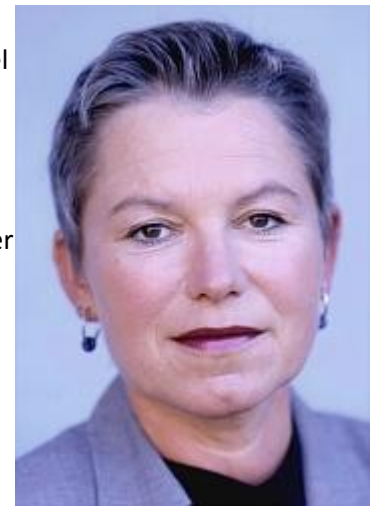
In der anschließenden Aussprache bedankten sich Redner vor allem für die engagierte und schnelle Arbeit ihres Abgeordneten: „Holger Astrup war immer da, wenn er gebraucht wurde, er hat uns umfassend informiert und ist ein verlässlicher Partner gerade für uns in den kleinen Gemeinden! Besser geht`s eigentlich nicht.“ stellte Bürgermeister Jürgen Augustin aus Nübel fest. Klaus Mangold aus Schleswig berichtete über 15 Jahre der gemeinsamen Arbeit mit Astrup: „Er ist ein Mann mit Ecken und Kanten, der eben nicht jedem nach dem Munde redet. Er hat klare Standpunkte und kämpft auch dafür, das schätze ich an ihm.“

Als Versammlungsleiterin gab die Schleswiger Ortsvereinsvorsitzende Birte Pauls dann das Ergebnis der geheimen Wahl bekannt: „Holger Astrup erhielt bei 53 abgegebenen Stimmen 44 Ja-Stimmen und 7 Neinstimmen. Es gab eine Enthaltung und eine ungültige Stimme.“ Holger Astrup bedankte sich „für das ehrliche Ergebnis“ und sagte abschließend: „In meinem Alter werde ich mich wohl auch nicht mehr ändern, auch wenn das einige für eine Drohung halten mögen. Ich freue mich über dieses Resultat und nehme die Nominierung gerne an!“

Keine Kommentare

SPD-Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 15.02.2004, 16:20 Uhr - 4341 Clicks - Nr. 97*

Anna Schlosser-Keichel als Direktkandidatin für den Wahlkreis 6 nominiert



Im Verlauf einer Wahlkreiskonferenz wurde am 12. Februar 2004 die SPD-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Anna Schlosser-Keichel mit großer Mehrheit als Direktkandidatin für den neu geschnittenen Landtagswahlkreis 6 (Schleswig-Nord) nominiert. Sie erhielt 47 der 51 abgegebenen Stimmen. Drei Mitglieder stimmten mit Nein, außerdem gab es eine Enthaltung.
Die 52jährige gelernte Finanzbeamtin aus Jübek ist seit 1992 – mit einer vierjährigen Unterbrechung von 1996 bis 2000 – Landtagsabgeordnete in Kiel. Seit vier Jahren ist sie in der SPD-Landtagsfraktion zuständig für die Politikbereiche Frauen, Familie und Jugend. Sie ist Mitglied im Innen- und Rechtsausschuss und Stellvertreterin im Sozial- und im Finanzausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags.

Sie wolle auch in Zukunft ihre Arbeitsschwerpunkte in der Sozialpolitik setzten, wie bisher aber auch einen Fuß in den eher „trockenen“ Bereichen der Innen- und Rechtspolitik und der Finanz- und Haushaltpolitik behalten. Auch in Zukunft werde sie sich für eine besondere Förderung des strukturschwachen nördlichen Landesteils einsetzen, versicherte Anna Schlosser-Keichel in ihrer Vorstellungsrede. Besonders wichtig sei ihr eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen in den SPD-Ortsvereinen und den Kommunalvertretungen ihres Wahlkreises. Dass ihr dies in der Vergangenheit bereits gelungen ist, zeigte sich bei der anschließenden Aussprache, als sich eine Reihe von Rednern für ihre Zuverlässigkeit und ihre Präsenz vor Ort bedankten.

Der nach der im vergangenen Jahr durchgeführten Wahlkreisreform neu geschnittene Landtagswahlkreis 6 (Schleswig-Nord) umfasst in Gemeinden der Ämter Böklund, Gelting, Kappeln-

Land, Satrup, Schuby, Silberstedt, Steinbergkirche sowie die amtsfreie Gemeinde Sörup und die Stadt Kappeln.

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 16.02.2004, 09:15 Uhr - 2082 Clicks - Nr. 98*

Europas Strategie und die neue Bundeswehr

MdB Hans-Peter Bartels zur neuen Bundeswehr

Europa antwortet. 14 Monate nach Veröffentlichung der neuen National Security Strategy der Vereinigten Staaten im September 2002 hat nun der Europäische Rat in Brüssel eine eigene Sicherheitsphilosophie beschlossen. Der Titel: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Heißt es in dem Bush-Papier 2002 noch apodiktisch: „Die Stärke und der Einfluss der Vereinigten Staaten in der Welt sind beispiel- und konkurrenzlos“, so präzisieren die Europäer diese amerikanische Überhebung 2003 souverän mit dem Doppelsatz: „Seit dem Ende des Kalten Krieges sind die Vereinigten Staaten der dominierende politische Akteur, dessen Potenzial von keinem anderen Land und keiner Ländergruppe auch nur annähernd erreicht wird. Gleichwohl ist kein Land in der Lage, die komplexen Probleme der heutigen Zeit im Alleingang zu lösen.“ Wer wollte das noch bestreiten? Bush und Rumsfeld werden umso multilateralistischer je mehr ihnen die unilateral in Angriff genommenen Probleme aus den Händen gleiten.
Und Henry Kissingers alte Spott-Frage, wer oder was denn „Europa“ sei, welche Telefonnummer er anrufen solle, ist – mit oder ohne EU-Verfassung – fürs Erste beantwortet: Javier Solana, den Hohen Repräsentanten für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und Autor der EU-Sicherheitsstrategie.
Das neue selbstbewusste Selbstverständnis ist, 14 Jahre nach dem Ende der Blockkonfrontation und angesichts von Proliferationsrisiken, Terrorgefahr und regionalen Krisenherden an der Peripherie des Kontinents, angemessen und vernünftig.
Europa war nie zuvor so wohlhabend, so sicher und frei, wie heute. Das ist nicht wenig nach einem Jahrhundert mit zwei Weltkriegen, Faschismus und Kommunismus, Eisernem Vorhang und Kaltem Krieg. Im Mittelpunkt dieser guten Entwicklung steht der europäische Einigungsprozess. Die Staaten der Europäischen Union haben sich verpflichtet, Streitigkeiten immer auf friedlichem Weg beizulegen und in gemeinsamen Institutionen eng zusammenzuarbeiten.

Unsere Union wird in Kürze 25
Staaten mit 450 Millionen Einwohnern umfassen.
Wir erwirtschaften ein Viertel des Bruttosozialprodukts
der Welt. Europa ist heute ein globaler Akteur.
Es gibt, auch für Deutschland, keinen Schlagschatten
der Mauer mehr. Selbst wenn wir nichts tun: Die
Welt sähe uns beim Nichtstun zu.
Kommen die Einschläge näher?
Wir gehen heute davon aus, dass das klassische
Szenario der Landes- und Bündnisverteidigung, ein
größerer Angriff auf die Staaten Europas mit Panzerarmeen und Bomberflotten, unwahrscheinlich geworden ist. Europa sieht sich aber neuen, anderen
Gefahren gegenüber. Eine der neuen strategischen
Bedrohungen ist der so genannte internationale
Terrorismus, das heißt genauer: islamisch-fundamentalistischer Terror gegen den „Westen“ als Prinzip.
Dieser Terror gefährdet Menschenleben und bedroht
die Offenheit unserer Gesellschaften. Der terroristische antiwestliche Fundamentalismus ist international vernetzt und verfügt über finanzielle Ressourcen.
Er scheint in der Lage zu sein, unbegrenzt Gewalt anzuwenden und eine große Zahl von Menschen zu töten,
ob in New York oder Washington, Daressalam,
Nairobi, Riad oder Istanbul. Manche Beobachter ha-
ben heute den Eindruck: Die Einschläge kommen
näher. Ob das so ist oder nicht – fest steht: Wir sitzen hier in Europa auf keiner Insel der Seeligen.
Trotz der Erfolge internationaler Verträge und
Kontrollregime bleibt die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Raketentechnologie eine der größten Bedrohungen für Frieden und Sicherheit.
Gelangten Terroristen in den Besitz von ABCWaffen,
könnten sie Schäden ungeheuren Ausmaßes
anrichten. Gescheiterte Staaten, so genannte failed
states, in denen staatliche Institutionen zusammengebrochen sind, sorgen für Instabilität. Die aktuellen Beispiele heißen Somalia, Liberia und Afghanistan.
Die Schwäche staatlicher Strukturen wird von organisierten Kriminellen und terroristischen Gruppierungen für ihre Zwecke ausgenutzt. Im Afghanistan des Taliban-Regimes sicherten Drogeneinnahmen den Machterhalt der Gotteskrieger und finanzierten Terrorcamps für Al Qaida. Die kriminellen Aktivitäten in solchen zusammengebrochenen Staaten bedrohen auch unsere Sicherheit in Europa.
Das Bild unserer Welt am Beginn des 21. Jahrhunderts
ist also ambivalent. Die Welt nach dem Ende des Kalten Krieges bietet der Menschheit in bisher unbekanntem Maße Chancen für eine bessere Zukunft. Zugleich zeichnen sich aber erschreckende neue Szenarien der Bedrohung ab. Sie sind weniger apokalyptisch, weniger endzeitlich als die Overkill-Drohung in den drei oder vier Jahrzehnten der „gegenseitig gesicherten vollständigen Vernichtung“ im finalen Atomkrieg, dem all over nuclear war. Sie sind kleiner, aber wahrscheinlicher und realer.
Welche strategischen Ziele sollten wir als
Deutsche und Europäer verfolgen, um unseren
Beitrag zu einer sicheren Zukunft zu leisten? Die
Einigung Europas und die Integration der neuen
Mitglieder werden unsere Sicherheit erhöhen, aber
auch eine geografische Annäherung der Europäischen

Union an Krisengebiete zur Folge haben.
Unser Ziel muss es deshalb sein, dass die Nachbarstaaten an den Außengrenzen der Europäischen Union, sowohl im Osten als auch in der südlichen Mittelmeerregion, vernünftig regiert werden und dass wir eine enge Zusammenarbeit mit diesen Ländern pflegen.
Warum uns Aserbaidschan interessieren sollte
Auf dem Balkan haben wir gesehen, wie wichtig stabile Nachbarn sind. Nachdem die dortigen Bürgerkriege in einer späten, aber dann entschlossenen Anstrengung von Nato und Europäischer Union überwunden wurden, kommt Europa heute seiner Verpflichtung nach, diese Staaten zu stabilisieren und enger an die EU heranzuführen. Wir müssen auch die Zusammenarbeit mit den neuen Nachbarn der erweiterten Union im Osten suchen: mit Weißrussland, der Ukraine und Moldawien – und aktiv daran mitwirken, die politischen Probleme dieser Länder zu lösen. Auch für die Lage im Südkaukasus (Georgien, Armenien, Aserbaidschan), noch nicht direkter Nachbar der EU, sollten wir uns unserer eigenen Sicherheit wegen interessieren. Im Übrigen spricht viel für die Auffassung, dass wir die Türkei besser eines Tages in Europa dabei haben, als sie irgendwann auf einer anderen Seite zu sehen.
Weiter: Die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts sollte für Europa strategische Priorität haben. Denn ohne eine Beilegung dieses Konflikts sind alle Aussichten gering, auch die anderen Probleme des Nahen Ostens dauerhaft zu lösen.
Neben der Sensibilität für die Konflikte in unseren Nachbarregionen muss es das Ziel europäischer Politik sein, eine Weltordnung mit gut funktionierenden Organisationen und Regeln zu schaffen. Das schließt die Bereitschaft ein, die Anwendung der internationalen Regeln im Falle ihrer Verletzung auch durchzusetzen, nötigenfalls mit militärischer Gewalt. Kern dieser normengestützten Weltordnung ist die Charta der Vereinten Nationen. Wir müssen uns der Aufrechterhaltung und der Weiterentwicklung des Völkerrechts verpflichtet fühlen – und die Vereinten Nationen stärken, zum Beispiel indem wir dem Internationalen Strafgerichtshof Achtung verschaffen.
Für uns Europäer bleibt die Nato von grundlegender Bedeutung. Sie ist die strategische Klammer zwischen der Europäischer Union und den Vereinigten Staaten. Aber wie die USA muss auch die EU in der Lage sein, gegebenenfalls eigenständig zu handeln. USA, Nato, EU – das sind im besten Fall strategische Partner höchster Effizienz. Im schlechtesten Fall wären sie Konkurrenten. Auf dem Balkan hat sich gezeigt, wie diese Partnerschaft von USA, Nato

und EU Frieden und Sicherheit schaffen kann.
Die Qualität der globalen Staatengemeinschaft hängt von der Qualität der einzelnen Regierungen ab. Deshalb ist der beste Schutz unserer Sicherheit die Verbreitung demokratischer Regierungen, die Bekämpfung von Machtmissbrauch, die Förderung von Rechtsstaatlichkeit und der Schutz der Menschenrechte.
Die erste Verteidigungslinie liegt im Ausland
Wir müssen uns im Klaren sein: Die neuen Bedrohungen sind dynamisch. Beachten wir sie nicht, erhöht sich die Gefahr: Das Risiko der Weiterverbreitung von ABC-Waffen nimmt zu. Terroristische Bewegungen werden noch gefährlicher, wenn wir nicht energisch gegen sie vorgehen. Und das Phänomen gescheiterter Staaten, in denen die organisierte Kriminalität blüht, gefährdet ganze Regionen, wenn es nicht beachtet wird.
Deshalb müssen wir in der Lage sein, auf diese Bedrohungen mit wirksamen Strategien und Instrumenten zu antworten. Dabei wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen. Wir müssen bereit sein zu handeln, bevor eine Krise ausbricht. Konfliktprävention und Bedrohungsprävention können gar nicht früh genug beginnen. Wir müssen unsere Hilfsprogramme und unsere Entwicklungsaktivität, unsere militärischen und zivilen Fähigkeiten sowie unsere diplomatischen Instrumente besser koordinieren. Im Bereich der Verteidigung heißt das, die 160 Milliarden Euro effizienter einzusetzen, welche die künftig 25 Staaten der Europäischen Union jährlich auf diesem Gebiet ausgeben. Durch den systematischen Rückgriff auf zusammengelegte und gemeinsam genutzte Mittel und Fähigkeiten können Duplizierungen vermieden und Kosten gespart werden, um neue Fähigkeiten zu schaffen. Wir können und wollen dabei nicht mit den Vereinigten Staaten gleichziehen, die 400 Milliarden Dollar für ihre Streitkräfte ausgeben. Wir wetteifern mit Amerika nicht um militärische Stärke, Hegemonie oder Prestige.
Die EU muss zum globalen Akteur werden
Auch im zivilen Bereich gibt es noch Effizienzreserven: So verfügen die EU-Staaten zusammen über 45.000 Diplomaten – hier wären Bündelungen denkbar, um unsere Handlungsmöglichkeiten auf der internationalen Bühne zu verstärken. Und da es kaum ein globales Problem gibt, das wir wirklich ganz allein bewältigen können, muss Europa im Interesse seiner Sicherheit die Beziehungen zu seinen strategischen Partnern ausbauen. Das sind neben den Vereinigten Staaten: Russland, Japan, China, Indien und Lateinamerika – Partner im Kampf gegen Terrorismus und gegen die Verbreitung von

Massenvernichtungswaffen. Die EU muss zum globalen Akteur werden. Sie kann und muss einen Beitrag zum Aufbau einer neuen, freieren, geeinteren und sichereren Welt leisten.
Die neue EU-Sicherheitsstrategie bildet den politischen Rahmen für die deutsche Sicherheitspolitik. Zu diskutieren wäre, ob dieses europäische Dach schon vollkommen ausreichend ist, oder ob nicht auch für Deutschland eine eigene Sicherheitsstrategie, eine Definition unserer nationalen Interessen, hilfreich wäre. In den vergangenen Monaten ist, nicht ganz zu Unrecht, in einigen Kommentaren angemahnt worden, dass wir Deutsche klarer sagen sollten, wo und mit welchen Mitteln Deutschland sich in der Welt engagieren will – und wo und wann nicht. In der Tat ist fraglich, ob es zum Beispiel eines Bundeswehrbeitrags in Ost-Timor bedurfte. Die Verteidigungspolitischen Richtlinien von Mai 2003 sind ein erster Schritt dieser Bestandsaufnahme deutscher Sicherheitsinteressen in einer bisweilen unübersichtlichen, entgrenzten Welt.
Das fundamental veränderte sicherheitspolitische Umfeld braucht eine von Grund auf veränderte Armee. Nach ersten Entscheidungen zu Truppenreduzierungen und Standortschließungen unter der Vorgängerregierung hat die rot-grüne Bundesregierung mit Verteidigungsminister Rudolf Scharping vor etwas mehr als drei Jahren eine umfassende Reform der Streitkräfte eingeleitet. Der Kabinettsbeschluss vom Juni 2000 und das „Ressortkonzept Stationierung“ markieren den Wandel der Bundeswehr von einer primär der Landes- und Bündnisverteidigung im eigenen Land dienenden Armee hin zu Streitkräften, die vorrangig zur Krisenprävention und Krisenreaktion außerhalb der eigenen Grenzen eingesetzt werden. Da sich unsere Sicherheitslage nach dem 11. September 2001 noch einmal verändert hat, leitet Verteidigungsminister Peter Struck jetzt eine „Weiterentwicklung“ der Reform in die Wege. Die Neuausrichtung findet statt, während rund 8.000 unserer Soldaten im Ausland ihren schwierigen Dienst tun.
Das Umsteuern ist langwierig. Manchen Rüstungsprojekten, die in den neunziger Jahren in die Planungs- oder Entscheidungsphase kamen, liegt noch eine alte Bedrohungsanalyse zugrunde. Der damals so genannte Jäger 90 ist dafür ein sehr teures Beispiel. Das Umsteuern solcher Rüstungsvorhaben, die Anpassung der Planung an die neuen Erfordernisse, war und ist langwierig – und leider meist mit zusätzlichen Kosten verbunden. Das sehen wir gerade beim Eurofighter, der, wenn alles so kommt wie bestellt, am Ende 25 Milliarden Euro gekostet haben wird.
Es ist deshalb richtig, dass die Verteidigungspolitischen Richtlinien die Schwerpunkte der Bundeswehr

noch konsequenter in den Bereichen setzen, die für die erfolgreiche Durchführung von Einsätzen im Ausland entscheidend sind: Führungsfähigkeit, Nachrichtengewinnung und Aufklärung, Mobilität, Wirksamkeit im Einsatz, Unterstützung und Durchhaltefähigkeit, Überlebensfähigkeit und Schutz.

Es geht nicht um den Dritten Weltkrieg

Neue Schwerpunktbildung ist unausweichlich, weil es darum gehen muss, sich mit den beschränkten Mitteln der Bundeswehr an die Anforderungen einer neuen Zeit anzupassen. Wir müssen Luft für die wirklich notwendigen militärischen Investitionen gewinnen. Dabei ist klar: Hinter dem nüchternen Begriff der Überprüfung von Beschaffungsvorhaben verbergen sich handfeste Konflikte. Doch es gibt keine andere Möglichkeit.

Auch die Strukturen der Bundeswehr stehen vor großen Veränderungen. Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan hat bereits einige Eckpunkte der weiteren Entwicklung erkennen lassen, für die er den amerikanischen Begriff der transformation in die Diskussion eingeführt hat. Erste Entscheidungen sind gefallen. So wird der Umfang der Streitkräfte bis 2010 um weitere 30.000 auf 250.000 Soldaten sinken.

Für die neue Bundeswehrstruktur führt Schneiderhan drei Kategorien ein: Eingreifkräfte, Stabilisierungskräfte und Unterstützungskräfte.

Die Eingreifkräfte mit einem Umfang von etwa 35.000 Soldaten sollen bei friedenserzwingenden Maßnahmen zum Einsatz kommen. Dazu sind wichtig: Abstandsfähigkeit, Präzisionsfähigkeit, schnelle Verlegbarkeit, zudem auch die Fähigkeit, vernetzte Operationen durchzuführen; das Modewort, das jetzt alle auswendig lernen, lautet network centric warfare. Nicht so entscheidend ist hier etwa die Durchhaltefähigkeit. Es geht nicht um den Dritten Weltkrieg, sondern um die Teilnahme an begrenzten multinationalen, etwa Nato-Response-Force- oder EU-Auftritten zur Durchsetzung von UN-Resolutionen.

Rund 60.000 Soldaten sollen die Stabilisierungskräfte umfassen. Modern ausgerüstet mit Schwerpunkten in Bereichen wie Führungsfähigkeit, Logistik, Durchhaltefähigkeit und Selbstschutz müssen sie sich auch gegen einen überwiegend „asymmetrisch“ operierenden Gegner durchsetzen können.

Diese Soldaten sollen zum Einsatz kommen, wenn es darum geht, Konfliktparteien zu trennen, Waffenstillstandsvereinbarungen zu überwachen, den Schutz der Zivilbevölkerung sicherzustellen, sowie den Aufbau staatlicher Autorität und öffentlicher Infrastruktur abzusichern – Aufgaben, wie sie die Bundeswehr mit Erfolg auf dem Balkan und in Afghanistan wahrnimmt. Alle übrigen Einrichtungen und Verbände der

Bundeswehr bilden die so genannten Unterstützungskräfte, von der Logistik bis zu den Schulen.
Prioritäten setzen und kooperieren
Die Kategorisierung in unterschiedlich ausgerüstete Eingreif-, Stabilisierungs- und Unterstützungskräfte ist sinnvoll, weil verschiedene Phasen eines Konflikts unterschiedliche militärische Fähigkeiten erfordern können. Nicht zufällig denkt das Pentagon, so jedenfalls meldete es jüngst die Washington Post, darüber nach, eine neue US-Truppe zur Friedenssicherung und zum Wiederaufbau nach künftigen Konflikten zu schaffen.
Deutschland muss hinsichtlich seiner militärischen Fähigkeiten Prioritäten setzen und stärker als bisher zusammen mit den Partnern in Nato und EU einen arbeitsteiligen Ansatz verfolgen. Denn unsere Einsätze werden immer multinational sein – ein Zusammenspiel verschiedener Streitkräfte, die sich ergänzen. Dort aber, wo die Bundeswehr in gemeinsame Strukturen Fähigkeiten einbringt, muss die Ausrüstung höchstes Niveau haben. Unsere Nachbarn verfolgen ähnliche Konzepte. Dies ist ausdrücklich im Sinne der Sicherheitsstrategie der Europäischen Union. Die Bundeswehr der Zukunft muss nicht alles können – aber vieles besser als heute.

V O N H A N S-P E T E R B A R T E L S
Mitglied im Verteidigungsausschuß

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 16.02.2004, 14:17 Uhr - 717 Clicks - Nr. 99*

Sachstandsbericht Russeer Rampe!



"Ist die Russeer Rampe nun auch in einer Schublade der Oberbürgermeisterin verschwunden?" fragt sich der baupolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Cai-Uwe Lindner.
Dieses Thema hatte in der Vergangenheit immer wieder für Schlagzeilen und zu aufgeregten Diskussionen in den betroffenen Stadtteilen geführt. Nun wurde anscheinend der Mantel des Schweigens darüber ausgebreitet. Lindner erinnert daran, dass die Ratsversammlung am 21.11.2002 mit den Stimmen von SPD und CDU die Verwaltung beauftragt hatte, die Entwicklungs-, Ausführungs- und Genehmigungsplanung für den Autobahnanschluss Russee wieder aufzunehmen und die planungsrechtliche Sicherung für den Ausbau zu betreiben. Seit diesem Ratsbeschluss gab es keine Information mehr zu diesem Thema. Er verweist auf den Kooperationsvertrag von CDU und GRÜNEN. Danach haben beide Parteien vereinbart, dass alle Planungen zu diesem Projekt eingestellt werden, wenn nicht innerhalb von zwei Jahren eine gesicherte Finanzierung für den Bau der Russeer Rampe dargestellt werden kann. Lindner hält eine verkehrliche Lösung an dieser Stelle für

unentbehrlich. Sie sei zu wichtig, als dass man dies nur an der Finanzierung entscheiden könne. Wenn es ausschließlich danach ginge, dann müssten CDU und GRÜNE dieses Thema sofort zu Grabe tragen. Die SPD fordert nun eine aktuelle Information zum Stand der Dinge. Sie beantragt deshalb zur kommenden Ratsversammlung, dass die Verwaltung dem Bauausschuss, dem Finanzausschuss und den betroffenen Ortsbeiräten zu ihren nächsten Sitzungen einen Bericht über den Stand zur Entwicklungs-, Ausführungs- und Genehmigungsplanung für den Autobahnanschluss Russee einschl. der Finanzierung geben soll.

Antrag zur Ratsversammlung am 19.2.2004
Betreff:
A 215 - Autobahnanschluss Russee
Antrag:
Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, dem Bauausschuss und dem Finanzausschuss sowie den betroffenen Ortsbeiräten zu ihren nächsten Sitzungen einen Bericht über den aktuellen Stand zur Entwicklungs-, Ausführungs- und Genehmigungsplanung für den Autobahnanschluss Russee einschl. der Finanzierung zu geben.
Begründung:
Die Ratsversammlung hatte am 21.11.2002 die Verwaltung beauftragt (DRS 0437/2002), die Entwicklungs-, Ausführungs- und Genehmigungsplanung für den Autobahnanschluss Rus-see wieder aufzunehmen und die planungsrechtliche Sicherung für den Ausbau zu betreiben. Seit dem Ratsbeschluss gab es keine Information zu diesem Thema. Angesichts des-sen und im Lichte des Kooperationsvertrages von CDU und GRÜNEN ist eine Berichterstattung erforderlich.

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 16.02.2004, 16:29 Uhr - 1278 Clicks - Nr. 100*

CDU für Studiengebühren vom 1.Semester an!

Für die Studierenden in Schleswig-Holstein wird immer klarer, was sie von der CDU zu erwarten haben: Abschreckung und Entmündigung“, erklärt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber, zur heutigen Pressekonferenz der CDU.
Studiengebühren ab dem ersten Semester bedeuten Abschreckung, solange weder für die Finanzierung des Lebensunterhaltes noch der Studiengebühren ein ausreichendes Stipendiensystem absehbar sei.

Die Abschaffung der Wahl der Ausbildungsstätte durch die angehenden Studierenden bedeutet Entmündigung, wenn der Hochschulzugang künftig durch Professoren handverlesen werden soll. Beides zeige, welchen Stellenwert der akademische Nachwuchs, an dem es Deutschland mangelt, für die CDU habe.

Die gedankliche Verknüpfung von Semesterferienterminen mit Elite-Hochschulen sei allerdings durchaus originell.

„Hochschulreform kann nur funktionieren, wenn alle Betroffenen gemeinsam ihre Hochschule neu gestalten. Wir lehnen die Konstruktion eines Landeshochschulrates mit weitgehenden Entscheidungskompetenzen ab. Grundsatzentscheidungen der Hochschulstruktur im Land müssen dem Gesetzgeber vorbehalten bleiben“, sagte Weber.

„Zustimmen können wir der CDU, wo sie die Leitungsebene der Hochschulen stärken will und die

Mittelzuweisung wettbewerbsorientierter gestalten will. Diese Dinge bringen wir zur Zeit auf den Weg.

Die CDU-Vorschläge sind weder neu noch können sie unseren Hochschulen wirklich helfen."

Keine Kommentare

SPD-Heide - *veröffentlicht am 18.02.2004, 14:55 Uhr - 1858 Clicks - Nr. 101*

SPD Heide für Verkauf des ehemaligen Ibsen-Peters-Heimes

Die SPD Heide ist für den Verkauf des ehemaliges Ibsen-Peter-Heimes, das zur Zeit vom Studentenwerk Schleswig-Holstein angemietet ist. Die SPD Heide will jedoch beim Verkauf eine Zweckbindung in den Kaufvertrag aufnehmen lassen.

Wie gestern der Dithm. Landeszeitung zu lesen war, ist das ehemalige Rentnerwohnheim in der Adolf-Stein-Straße zu verkaufen. Der Verkaufserlös soll zur Deckung des Haushaltes 2004 beitragen. Zur Zeit ist das Ibsen-Peters-Heim als weiteres Studentenwohnheim an das Studentenwerk Schleswig-Holstein vermietet. Die Stadt Heide wollte damit günstigen Wohnraum für die Studenten der FH Westküste in der Anfangszeit zur Verfügung stellen. Allen Beteiligten war und ist bewußt, dass dieses nur eine Übergangslösung sein kann. Sowohl Ratsfraktion wie auch Ortsvereinsvorstand der SPD Heide sind nach wie der Meinung, das das Wohnheim ausschließlich nur für betreutes Wohnen in Frage kommt, da es üner ein großes Gartengrundstück verfügt, zentrumsnah liegt und das DRK-Pflegeheim in unmittelbarer Nachbarschaft liegt. Die SPD möchte daher bei einem eventuellen Verkauf die Zweckbindung im Kaufvertrag verankern. Nur unter diesem Umstand wird die SPD einem Verkauf zustimmen.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 18.02.2004, 15:48 Uhr - 4710 Clicks - Nr. 102*

MdL Neugebauer: Zwei Schulen in RD können mit Landeshilfe Ganztagsschulen werden

„Rund 33,5 Mill. Euro werden im laufenden Jahr 2004 in Offene Ganztagsschulen in Schleswig–Holstein investiert," teilt der Rendsburger Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer in einer Pressemitteilung mit, „darunter sind auch zwei Schulen in Rendsburg, nämlich die Grundschule Mastbrook und die Grund- und Hauptschule Altstadt."
Nach Mastbrook fließt noch in diesem Jahr eine Zuwendung in Höhe von 486.900 Euro, dieses Geld wird verwandt für den Ausbau und Weiterentwicklung als Offene Ganztagsschule, für Umbaumaßnahmen und Ausstattungsinvestitionen als 1. Bauabschnitt.
Die Schule Altstadt erhält 2004 900.000 Euro für den erforderlichen Ausbau und die Weiterentwicklung zur Offenen Ganztagsschule, für den Bau einer Werkhalle (Holz/Metall), eines Musik- u. Medienraumes, von Gruppenräumen, eines Naturkundlichen Raumes für Außenaktivitäten und eines Pädagogischen Zentrums (multifunktional).
Grund- und Hauptschulen profitieren in diesem Jahr am stärksten von dem Programm. „Diese Entwicklung ist erfreulich, denn hier eröffnet das Konzept gerade den schwächeren Schülern bessere Fördermöglichkeiten," betont Neugebauer, „die Offenen Ganztagsschulen bieten vielen Kindern Alternativen, indem sie über die Unterrichtszeit hinaus gefördert und betreut werden."
Bei der Grundschule Mastbrook wird von einem Investitionsvolumen von 541.000 Euro, bei der

Grund- und Hauptschule Altstadt von einem Investitionsvolumen von 1.000.000 Euro ausgegangen. „Diese Maßnahmen wird sowohl den Kindern, den Eltern als auch der regionalen Bauwirtschaft helfen“, erklärte Neugebauer.

Keine Kommentare

SPD-Suchsdorf - *veröffentlicht am 18.02.2004, 20:57 Uhr - 1112 Clicks - Nr. 103*

Sporthalle Suchsdorf

Informationen vom Suchdorfer Ratsherren Thomas Wehner:

Thema Nr. 1 in Suchsdorf in den letzten Wochen war die Sporthalle. Im Jahr 2001 konnten die Suchsdorfer endlich die Eröffnung der Halle am Nienbrügger Weg feiern. Sie war als Teil der Infrastruktur für Suchsdorf an der Au von der LEG finanziert worden, und als „Zugabe“ eine Zuschauergalerie aus Spenden von Suchsdorferinnen und Suchsdorfern. Gedacht war sie vor allem für den Suchsdorfer Schul- und Vereinssport.
Seit einiger Zeit gibt es ein paar Sorgen. Seit Sommer 2003 musste die Halle häufig als unbespielbar gesperrt werden – wegen des Auftragens eines Reinigungsmittels, das nach kurzer Zeit den Hallenboden zur Rutschbahn geraten ließ. Die Probleme waren so schwerwiegend, dass Ortsbeirat und Ratsversammlung einstimmig die Oberbürgermeisterin baten, dafür Sorge zu tragen, dass die Böden der Suchsdorfer Sporthallen (auch die kleinere Turnhalle) sobald wie möglich wieder sicher bespielbar sind.

Dann schien man endlich einen Schritt weiter. Nach der Kündigung der Reinigungsfirma wurde der Hallenboden mit einem anderen Mittel behandelt. Wie Gerhard Polei, Leiter des Immobilienmanagements der Stadt Kiel, mir mitteilte, seien die ersten Werte „exzellent“ gewesen. Gemessen werde täglich. Dann musste die Halle doch wieder gesperrt werden, zunächst für den Handball und Turniere. Ein unabhängiger Gutachter soll kurzfristig klären, wie die Halle wieder voll bespielbar gemacht werden kann. Es ist zu hoffen, dass dies möglichst bald gelingt, für die vielen kleinen und großen Nutzer der Hallen.

Verunreinigungen bzw. die Müllbeseitigung in und vor allem außerhalb der Halle sind weitere Probleme. Zum Teil sind sie verursacht durch den Spielbetrieb der Sportverbände am Wochenende, wenn häufig andere Mannschaften als der SSV in der Halle spielen. Das müsste meiner Meinung nach von der Stadt Kiel, die Eigentümerin der Halle ist, mit den Sportverbänden besprochen werden. Nach Möglichkeit sollten in den Kieler Hallen – auch unabhängig von der Frage der Hinterlassenschaften – vorzugsweise die Vereine „Heimrecht“ bekommen, die in den jeweiligen Stadtteilen beheimatet sind. Weiterhin scheint das Umfeld der Halle ein beliebter abendlicher Treffpunkt zu sein. Wie eine Kleine Anfrage von mir in der Ratsversammlung ergab, sei unklar, wem der Müll, der auch im Laufe der Woche hinterlassen werde, zuzurechnen sei. Der Schulhausmeister beseitigt danach montags vor Schulbeginn den Abfall im Außenbereich. Die Halle selbst werde von der Reinigungsfirma gereinigt.

Gekündigt wurde nach den Worten von Gerhard Polei übrigens auch der Reinigungsvertrag für das Schulgebäude. Auch hier wurden für die Böden falsche Mittel benutzt und unliebsame Veränderungen hervorgerufen. Die Bodenbeläge sollen ebenfalls von der neuen Reinigungsfirma in einen „ordentlichen Zustand“ gebracht werden.

Keine Kommentare

SPD-Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 19.02.2004, 08:48 Uhr - 4631 Clicks - Nr. 104*

Juso-Amts-AG in Stapelholm gegründet

In der Zusammenkunft, zu der der Kreisverband der Jungsozialisten (Jusos) am vergangenen Montag in das „Haus Jöns“ nach Norderstapel eingeladen hatte, konnte Andreas Pauls als Mitglied des Juso-Kreisvorstandes Schleswig-Flensburg eine Reihe von Jugendlichen aus dem Amtsbereich und auch auswärtige Gäste begrüßen. Sinn dieser Veranstaltung war die mögliche Gründung eines Amtsverbandes der Jungsozialisten für Stapelholm.
In seinem Grußwort unterstützte der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion und örtliche Abgeordnete Holger Astrup diese Initiative der Kreis-Jusos und sagte: „Ich freue mich über Eure Idee, durch diese Gründung die Basis für ein sozialdemokratisches Engagement junger Leute in unserer Landschaft zu vergrößern. Junge Menschen an Politik heranzuführen, ist eine der wichtigen Aufgaben unserer Zeit. Nur wenn es gelingt, Jugendliche für die kleine oder große Politik zu begeistern, werden wir für diesen Bereich den genügend ehrenamtlichen Nachwuchs haben, der für die politische Arbeit in den Parteien dringend erforderlich ist!“

„Selbstverständlich wird dabei die SPD vor Ort die erforderliche Hilfestellung leisten,“ betonten Erwin Meyer und Udo Möller als Vertreter des SPD-Amtsverbandes ebenso wie der Erfder Ortsvereinsvorsitzende Jörg Zimmermann gegenüber den Jugendlichen. Nachdem dann der Juso-Kreisvorsitzende Karsten Stühmer mit der Bemerkung in die Diskussion eingriff, dass „der Kreisverband sich natürlich über ein weiteres Standbein in der Fläche freuen würde“, war die Entscheidung klar: Einstimmig entschieden sich die Jugendlichen zur Gründung einer Juso-Amts-AG an diesem Abend.

Unter der Leitung von Jörg Zimmermann wurde dann auch gleich in geheimer Wahl die notwendigen Positionen besetzt. Zum Vorsitzenden des fünfköpfigen Leitungsgremiums wählten die Jugendlichen Andreas Pauls, sein erster Vertreter wurde Nico Laffrenzen. Als zweiter Vertreter fungiert Christian Hohlberg, und die Schriftführung für diese Wahlperiode übernahm Anna-Lena Peters. Anschließend und nach den Gratulationen zu dieser Neugründung überraschte Holger Astrup den neuen Vorstand mit der Ankündigung, eine entsprechende Anzahl von Juso-Jacken zu sponsern.

Holger Astrup verband das mit der Bitte um Unterstützung durch die Jusos bei den anstehenden Wahlkämpfen zur Europa- und zur Landtagswahl. Sowohl der Juso-Kreisvorsitzende Karsten Stühmer als auch der neugewählte Vorstand für den Amtsbereich versprachen ihre tatkräftige Unterstützung. Schon Anfang März, so Andreas Pauls weiter, werden die Jusos sich auf Bitten von Bürgermeister Rainer Rahn auch bei der Müllsammelaktion des NDR in Norderstapel beteiligen. Nach einer Verabredung über weitere Aktivitäten schloss der neue Vorsitzende die Versammlung mit den Worten: „Gegründet und gewählt haben wir, jetzt wollen wir arbeiten!“

19.02.2004
Holger Astrup

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 19.02.2004, 18:26 Uhr - 763 Clicks - Nr. 105*

Anerkennung für Maritimes Forum Kiel

Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Jürgen Hahn, erklärt zur Initiative des Maritimen Forum Kiel:"Die SPD-Fraktion erkennt das Engagement von Werftchef Dirk Lindenau und des Vereins Maritimes Forum Kiel, die sich für den

maritimen Wirtschaftsstandort Kiel stark machen, an.
Hier können starke wirtschafts- und verkehrspolitische Impulse für den Standort Kiel entstehen. Besonders bemerkenswert sind hier beispielsweise die Überlegungen zur Infrastrukturverbesserung durch die Ostufertangente. Erfreulicherweise unterstützen auch die Ratsfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen diesen Kurs."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 19.02.2004, 18:28 Uhr - 866 Clicks - Nr. 106*

200 Teilnehmer/innen bei SPD-Anhörung



Verlässliche Grundschule nimmt Form an
Die jugendpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion, Gesa Langfeldt und der schul- und sportpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Bernd Vogelsang erklären zu der öffentlichen Anhörung über die Verlässliche Grundschule und die Schulkinderbetreuung im Ratssaal:
"Bei der SPD-Anhörung wurde deutlich, dass die Eltern und die Elternvereine dringend Planungssicherheit für die Betreuungsangebote rund um die Verlässliche Grundschule brauchen.
Schulrätin Köhler gab bekannt, dass ab Montag kommender Woche den Kieler Grundschulen die Lehrerstunden für das neue Schuljahr vorliegen werden. Diese bilden die Grundlage, die neuen Unterrichtszeiten an jeder Kieler Grundschule und damit auch die neuen Betreungsszeiten vor und nach der Schule planen zu können. Zusätzlich sieht der Erlass 26,5 Lehrerstellen für die Landeshauptstadt vor. Besonders erfreulich ist die Ankündigung, dass Lehrerstunden auch über das Soll hinaus, zum Beispiel für Förderbedarfe, zur Verfügung gestellt werden.
Für die Betreuten Grundschulen gibt es außerdem zu den bisher ca. 108.000 € noch weitere 12.000 € (pauschal) vom Land. Dieses ist ein wichtiger Beitrag für die finanzielle Planungssicherheit der Elternvereine.
Die Eltern und Elternvereine dürfen jetzt von den Schulen und der Verwaltung schnelle Rahmendaten für die Betreuungsplanung und Finanzierung ab dem neuen Schuljahr erwarten.
Die SPD-Fraktion rechnet damit, dass Anfang bis Mitte April dem Jugendhilfeausschuss und dem Ausschuss für Schule und Sport verlässliche Zahlen für die Landeshauptstadt Kiel vorgelegt werden."

Keine Kommentare

SPD-NET-SH - *veröffentlicht am 19.02.2004, 19:22 Uhr - 33594 Clicks - Nr. 107*

Willi Piecyk: Europa bleibt in Schleswig-Holstein weiterhin sichtbar



Nach der gestrigen Präsentation der Kommissionsvorschläge zur Reform der Strukturfonds im Europäischen Parlament, zog der schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete Willi Piecyk ein positives Fazit.

"Aus schleswig-holsteinischer Sicht können wir zufrieden sein. Die Kommissionsvorschläge sehen für unser Land weiterhin eine substanzielle Förderung vor."

Wie der zuständige Kommissar Michel Barnier dem Europäischen Parlament erläuterte, sollen 336 Milliarden Euro in den Jahren 2007 bis 2013 für die EU-Regionalpolitik zur Verfügung stehen. Der Löwenanteil von 78 Prozent der Gesamtsumme, also 262 Milliarden Euro, ist für die rückständigen Regionen vorgesehen.(Ziel 1 und Ziel 1a)

18 Prozent der Gesamtsumme, über 60 Milliarden Euro, sollen unter dem Titel "Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" europaweit für die Förderung außerhalb der Ziel 1-Gebiete bereitstehen. Die bisherige Ziel 2 und Ziel 3 Förderung in Schleswig-Holstein kann mit diesem neuen Ziel fortgesetzt werden.

4 Prozent der Summe, 13,5 Milliarden Euro sollen zudem für die Unterstützung grenzüberschreitender und transnationaler Programme genutzt werden. Damit bleibt die Erfolgsgeschichte INTERREG erhalten. Dies eröffne nach Auffassung von Piecyk für Schleswig-Holstein weitere Möglichkeiten.

"Die Richtung der Strukturfondsreform stimmt. Das letzte Wort ist allerdings noch lange nicht gesprochen. Rat und Parlament sind jetzt gefordert, dass es bei diesem Kurs bleibt," so Piecyk abschließend.

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 20.02.2004, 09:30 Uhr - 964 Clicks - Nr. 108*

Knut Krienitz-Hadinek in der Sprechstunde der SPD

Der Stadtvertreter Knut Krienitz-Hadinek steht am 26.02.04 von 16.00 - 17.30 Uhr im Fraktionszimmer der SPD im Erdgeschoss des Historischen Rathaus der Stadt Bad Segeberg für Anregungen und Anfragen zur Verfuegung.
Knut Krienitz-Hadinek ist zur Zeit Vorsitzender des Werkausschusses und Mitglied im Sozial-Ausschuss innerhalb der Stadtvertretung der Stadt Bad Segeberg. Er wird sich daher in dieser Sprechstunde besonders zu Fragen der freiwilligen sozialen Leistungen der Stadt Bad Segeberg (von Kindergartenfragen über Jugendeinrichtungen bis zu den Umbauplänen für das städtische Altenheim in Christiansfelde)äussern und möchte daher allen Bürgern als kompetenter Gesprächspartner für diese Fragen zur Verfügung stehen.

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 20.02.2004, 12:45 Uhr - 359 Clicks - Nr. 109*

Gegen politische Kungeleien hilft keine Gesetzesregelung!

Mit Unverständnis nimmt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber, Äußerungen aus der CAU zur Kenntnis, wonach das im Hochschulgesetz verankerte Wahlverfahren für das Amt des Rektors „missglückt“ sei.

„Es ist nicht die Schuld des Landtags, wenn der Senat, in dem die Gruppe der Professoren die Mehrheit stellt, sich über die Sollvorschrift des Hochschulgesetzes hinwegsetzt und dem Konsistorium

nur einen einzigen Wahlvorschlag unterbreitet. Das ist umso unverständlicher, da dem amtierenden Rektor, Pro-fessor Demuth , erst für seine erfolgreiche Amts- und Verhandlungsführung ge-genüber der Regierung ausdrücklich gedankt wurde, um ihm anschließend im nachhinein die Eignung zum Rektorenamt abzusprechen.

Das Parlament hat sich bei der Gestaltung des Wahlverfahrens und der Zusammensetzung der Leitungsgremien der Hochschulen davon leiten lassen, in welchen Bereichen durch höchstrichterliche Urteile eine Mehrheit der Professoren erforderlich ist und in welchen Bereichen eine paritätische Mitbestimmung der anderen Hochschulgruppen möglich ist."

„Missglückte" Rechtsinterpretationen einzelner Hochschullehrer könnten nach Auffassung von Jürgen Weber keine Veranlassung dazu bieten, diese Mitbe-stimmungsrechte wieder einzuschränken.

Jürgen Weber bedauerte die ungünstigen Rahmenbedingungen, unter denen Professor Eckert sein neues Amt antreten müsse. Er beglückwünschte den künftigen Rektor zu seiner Wahl und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass die engen Kontakte zwischen dem Rektorat und der SPD-Landtagsfraktion fortgesetzt würden.

Keine Kommentare

SPD-Mildstedt - *veröffentlicht am 21.02.2004, 15:06 Uhr - 1518 Clicks - Nr. 110*

Aus der Gemeindevertretung 2/04

Bericht aus der Gemeindevertretung, April – Dezember 2003

Seit der Kommunalwahl im Frühjahr trafen sich die Gemeindevertreterinnen und Gemeinde-vertreter auf sechs gemeinsamen Sitzungen. Daneben wurde in vielen Ausschusssitzungen intensive Arbeit für die Gemeinde getätigt.

Die erste Sitzung der neuen Legislaturperiode war bestimmt durch Wahlen und Besetzung der verschiedenen Ausschüsse. Auf dieser Sitzung wurde gleich an die Arbeit der letzten Legislaturperiode angeschlossen und die Arbeiten für die Sanierung der Sporthalle vergeben, die inzwischen auch schon abgeschlossen sind.

Der Wahlprüfungsausschuss berichtete auf der 2. Sitzung, dass die Wahl gültig ist und es keine Punkte der Beanstandung gab. So konnten die Gemeindevertreter die Wahl für gültig erklären.Gleichzeitig wurde entschieden, dass der Kooperationsvertrag mit der Sozialstation fristgerecht zum 31. 12. 2003 zu kündigen sei. Der Bürgermeister erhielt von den Gemeindevertretern den Auftrag, sich um eine neue vertragliche Basis im Sinne der Gemeinde Mildstedt zu bemühen. Diese Entscheidung wurde einstimmig gefasst.

Rechtzeitig zum Herbst bzw. zum Winter wurde beschlossen, die Schornstein- und Giebelreparaturen am Rentnerwohnheim am Dornbusch vorzunehmen. Die neuen Rentnerwohnungen im Isengeeteriewech erhielten auf ihrer Zuwegung eine Asphaltdecke. Auch wurde im Feldweg in Schwesing-Bahnhof die Asphaltdecke erneuert. Ferner empfahl der Bau- und Planungsausschuss den Bau einer Schutzhütte im Naturerlebnisraum. Diese Empfehlung wurde einstimmig angenommen.

In der Oktober-Sitzung stimmte die Gemeindevertretung einstimmig für die Auflösung der Kooperationsgemeinschaft für die Sozialstation. Nach ausführlicher Beratung beschloss die

Vertretung mit 11 Ja-Stimmen gegen 3 Neinstimmen und 3 Enthaltungen, den Vertrag über die ambulante Gemeindekrankenpflege mit dem AWO-Landesverband abzuschließen.

Zum Ende der Sitzung warfen die 700 Jahrfeier Mildstedts im Jahre 2004 ihre Schatten voraus. So beschließt die Gemeindevertretung einstimmig, dieses Jubiläum entsprechend zu feiern. Über den Umfang der Feierlichkeiten soll noch diskutiert werden.

Keine Kommentare

SPD-Norderstedt - *veröffentlicht am 23.02.2004, 12:59 Uhr - 1421 Clicks - Nr. 111*

Landesgartenschau für Norderstedt: Alles nur heiße Luft?

Da die Gremien, die als einzige in Norderstedt darüber bestimmen, ob es in Norderstedt eine Landesgartenschau (LGS) gibt, bisher nicht vom Bürgermeister über seine Aktivitäten informiert wurden, verlangte die SPD im zuständigen Ausschuss einen Sachstandsbericht von der Verwaltung über die Pläne zu einer LGS.

„Der Bürgermeister hat in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, dass er eine LGS für Norderstedt beim Land beantragt habe und dass es schon Pläne und Konzepte gäbe. Selbst ein Plakat "Landesgartenschau in Norderstedt" wurde schon präsentiert.
Nach den Ideen des Bürgermeisters sollen der Harksheider Stadtpark und das Glasmoor Ort der Gartenschau sein. Zur Finanzierung verwies Herr Grote auf Zuschüsse und Sponsoren. Zu unserem Erstaunen stellten wir fest, dass die Verwaltung keinerlei Pläne oder Konzepte präsentieren konnte, da es solche nicht gibt.“, sagt der stadtentwicklungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Jürgen Lange.

Die SPD kann sich durchaus eine von der Landesregierung vorgeschlagene LGS in Norderstedt vorstellen. Wichtig hierfür sind die Finanzierung, der Standort und das Konzept. Es kann nicht sein, dass bei der Jugend, der Kultur und den Senioren rabiat die Mittel gekürzt werden und für eine LGS ohne große Überlegung Kosten in zweistelliger Millionenhöhe ausgegeben werden.

Schon einmal, Mitte der achtziger Jahre, scheiterte eine LGS in Norderstedt, trotz hervorragendem Konzept an den Kosten. Auch der Standort wird von der SPD und von befragten Fachleuten für Landschaftsplanung als nicht sinnvoll angesehen.
Grundlage für die Durchführung ist, dass keine bestehenden Parks, sondern bisher anderweitig genutzte Flächen für eine LGS bereitgestellt werden.
Nur dadurch hat die Stadt auf Sicht einen Gewinn an Erholungsflächen.

Der Harksheider Stadtpark ist das letzte Stück des früheren Heidegebietes und sollte als solches erhalten bleiben. Eine Veränderung durch Blümchen oder Rhododendren ist kein wirklicher Qualitätsgewinn.
Darüber hinaus sind die wesentlichen Wasserflächen nicht im Besitz der Stadt, obwohl sie sich seit 15 Jahren stark darum bemüht. Kopfschütteln hat bei allen Fachleuten der Vorschlag, das Glasmoor einzubeziehen, hervorgerufen.

Zur Zeit bemüht sich die Stadt, die größte (140 ha) zusammenhängende Hochmooroberfläche von

allen Hochmooren in Schleswig Holstein, das Glasmoor, als geplantes Naturschutzgebiet in seinen Randbereichen zu renaturieren. Die Flächen gehören der Stiftung Naturschutz, die das Areal betreut.

„Gerade hat der Fachausschuss beschlossen, dass für Ausgleichsmaßnahmen im LDC 657.714,- € zur Renaturierung im Glasmoor investiert werden. Welchen Sinn macht es dann, diese Flächen später für eine LGS wieder zu kultivieren?
Der Bürgermeister sollte mit den zuständigen Gremien und nicht in der Öffentlichkeit zur gegebenen Zeit auf der Grundlage der vom Land vorgegebenen Rahmenbedingungen das Konzept, den Standort und die Finanzierung beraten.“, so Lange abschließend.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 23.02.2004, 17:05 Uhr - 750 Clicks - Nr. 112*

Zusätzlicher Discount-Markt am Bergenring?



Die Mitglieder und Besucher/innen der Ortsbeiratssitzung Mettenhof am 11. Februar 2004 erfuhren ganz beiläufig und völlig unerwartet, dass auf der Parkpalette am Bergenring vor dem Parkplatz des Famila-Marktes ein zusätzlicher Discount-Markt (NETTO) gebaut werden soll.
SPD-Ratsherr Cai-Uwe Lindner wurde tags darauf mit dieser Information konfrontiert und zeigte sich erstaunt, da auch ihm als Mitglied des Bauausschusses bislang keine diesbezügliche Information vorlag. Lindner bemängelt, dass der Mettenhofer Ortsbeirat zum wiederholten Male über Veränderungen im Stadtteil nicht rechtzeitig informiert und um Stellungnahme gebeten wurde. Er verweist auf die Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte. Danach hat die Stadtverwaltung möglichst frühzeitig den Ortsbeirat über alle den Ortsteil betreffenden Angelegenheiten zu informieren. Dazu gehören auch die Planungen privater Planungsträger, wenn sie das Ortsbild wesentlich verändern oder erhebliche Auswirkungen auf den Verkehr haben. Da der Ortsbeirat hierüber bislang noch nicht informiert wurde, bittet Lindner in der Ratsversammlung am 11. März 2004 um Beantwortung folgender Fragen:

Welche konkreten und mit der Stadtverwaltung abgestimmten Pläne zur Umnutzung der vorstehend beschriebenen Parkpalette bestehen und wann werden die Pläne offiziell dem Ortsbeirat vorgestellt?

Warum wird an dieser Stelle und außerhalb des Gebietes des Einkaufszentrums dieses Objekt angesiedelt und welche Auswirkungen werden für das unmittelbar angrenzende Wohnumfeld und auch das Einkaufszentrum erwartet?

Wie ist die verkehrliche Erschließung dieses Marktes nach der vor noch nicht allzu langer Zeit abgeschlossenen Baumaßnahme Skandinaviendamm geplant und wer die trägt die Kosten hierfür?
Kommentar von Gunnar Tietze vom 05.03.2004, 05:16 Uhr:
RE:Zusätzlicher Discount-Markt am Bergenring?
mir gefällt die Tonlage dieser Meldung nicht.
Sie klingt und wirkt nörgelig ablehnend und vertieft den Eindruck, die SPD sei im Prinzip erst Mal dagegen und lehne ab; wenn jemand wirtschaftliche Aktivität entfalten wolle, müsse man erst Mal prüfen und abwägen und vor allem, keine Eile.....
Kritik an internen Verwaltungsabläufen (z.B. zwischen Bauverwaltung, Bauausschuss, Ortsbeirat etc.) interessieren den Bürger kaum und vergraulen darüber hinaus noch den Investor...

Leider lese ich solche Meldung wiederholt. So begründet sie sein mögen, so sollten sie gerne aus dem Blickwinkel der Bürger und wirtschaftlich aktiv Handelnden heraus formuliert werden. Denn nur Letztere schaffen den Wohlstand, der mehr oder weniger verteilt werden kann.

SPD-Kremperheide - *veröffentlicht am 24.02.2004, 14:04 Uhr - 3474 Clicks - Nr. 113*

Bildungsveranstaltung mit E. D. Rossmann MdB



Vor zahlreichen Gästen referierte der bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB, auf Einladung des SPD-Ortsvereins Kremperheide/Krempermoor über Ursachen und Auswirkungen der für Deutschland negativen PISA-Studie und über notwendige Bildungsreformen. PISA steht für „Program for International Student Assessment“ – ein Programm zur zyklischen Erfassung von Grundkompetenzen der nachwachsenden Generation. Im Vergleich zu anderen Ländern fiel bei den deutschen Kindern folgendes auf: a) großer Teil von Kindern mit Leseproblemen, b) mathematisch naturwissenschaftliche Schwächen, c) wenig sehr gute Schüler. Einige der Ursachen liegen in den Integrationsproblemen der zugewanderten Kinder. Hauptsächlich liegen die Probleme im Hauptschulbereich. Das trifft auch auf Schleswig-Holstein zu, obwohl es hier weniger Integrationsprobleme gibt als in anderen Bundesländern.
Ein weiterer Grund für das schlechte Abschneiden der deutschen Kinder liegt auch darin begründet, dass weniger Anteile des Bruttosozialprodukts als in anderen Ländern in die Bildung investiert werden. Wir haben eine Schere, die immer weiter auseinander klappt: ein wachsender Teil mit hoher Qualifizierung und ein immer größer werdender Teil mit wenig oder kaum Bildung. Dazwischen liegen immer weniger Menschen. Trotzdem haben wir in Deutschland zu wenig Akademiker und eine zu geringe Weiterbildungsbereitschaft. Unser Schulsystem hat im Vergleich zu anderen Ländern eine sehr frühe Trennung der Schularten und weniger Ganztagsschulen. Der Verlierer des deutschen Bildungssystems ist die Hauptschule. Immer mehr Schüler verlassen dort die Schule ohne Abschluss oder erhalten keine Lehrstelle. Obwohl der Staat letztes Jahr 11 Mrd. € für die berufliche Bildung ausgegeben hat, stehen immer weniger Ausbildungsplätze zur Verfügung. Da wäre eine Unterstützung durch Industrie und Handwerk nicht nur willkommen sondern dringend erforderlich.

E. D. Rossmann stellte 4 Kernsätze auf:
1. Egal wer regiert, Ausgangssituation kann nicht in drei Jahren geändert werden
2. Erforderlich ist eine Übereinstimmung zwischen Kommunen, Land und Bund im schul- und berufspolitischen Bereich.
3. Akademische Ausbildung ist genauso wichtig wie die Grundbildung
4. Bildung ist eine Gemeinschaftsleistung von Staat, Lehrern und Eltern.

Anschließend fand eine lebhafte Diskussion mit den Zuhörern statt. Nebenbei bemerkte E. D. Rossmann, dass Schleswig-Holstein das einzige Bundesland ist, wo nicht im Hochschulbereich gespart wird und wo zusätzliche Lehrstellen geschaffen werden.

Die Ortsvereinsvorsitzende Renate Schmidt bedankte sich bei E. D. Rossmann für das ausführliche Referat und die kompetente Beantwortung der gestellten Fragen.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 25.02.2004, 18:38 Uhr - 4715 Clicks - Nr. 114*

MdB Mehl: Bekämpfung der Schwarzarbeit – Gewinn für Wirtschaft und Arbeits

Der in der vergangenen Woche von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Schwarzarbeit nimmt eine umfassende Definition von Schwarzarbeit vor und fasst die Kontrollregelungen aus verschiedenen Bereichen zusammen. Er konzentriert sich klar auf die Bereiche, vor allem das Baugewerbe, in denen die Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung den größten Schaden anrichten und eine echte Gefahr für legale Arbeitsplätze darstellen. Hier entstehen massive Wettbewerbsverzerrungen, die gesetzestreue Betriebe in Bedrängnis bringen.
Schwarzarbeit verursacht Steuer- und Beitragsausfälle in Milliardenhöhe. Genauso wie Versicherungsbetrug zu höheren Prämien für alle Versicherungsnehmer führt, wird bei Schwarzarbeit nicht der Staat betrogen, sondern die Allgemeinheit der Steuer- und Beitragszahler. Schwarzarbeit ist daher kein Kavaliersdelikt.
Der Gesetzgeber muss dagegen hart einschreiten, besonders wichtig ist dabei die massive Aufstockung des Personals. Dazu soll der Zoll durch das neue Gesetz, mit dem auch bisher schon bestehende Bestimmungen zur Schwarzarbeit gebündelt werden, weitere Befugnisse erhalten. Diese beziehen sich auf intensivere Kontrollen von Beschäftigungsverhältnissen, der Anmeldung zur Sozialversicherung, Mindestarbeitsbedingungen, aber auch das Betreten von Geschäftsräumen und Anhalten von Fahrzeugen.
Ohne eine Ausweitung der Kontrollen würden die Gesetzesänderungen weitgehend ins Leere laufen. Entgegen anders lautenden Berichterstattungen, war es nie beabsichtigt, die bisher bereits geltenden Sanktionsmöglichkeiten für Private zu verschärfen. Schwarzarbeit in Privathaushalten wird nicht als Straftat, sondern als Ordnungswidrigkeit eingestuft. Wir wollen Privathaushalte nicht kriminalisieren, stattdessen den bereits eingeschlagenen Weg einer besseren Hilfestellung und Entbürokratisierung fortsetzen. Es soll ein Bewusstseinswandel herbei geführt und verdeutlicht werden, welche Möglichkei-ten das geltende Recht mit dem so genannten Haushaltsscheckverfahren (Mini-Jobs) heute schon bietet, legale Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen.
Durch die Präzisierung einiger Formulierungen wird jetzt auch klargestellt, dass gelegentliches Babysitten und gelegentliche Nachhilfe ebenso wie Nachbarschafts- und Verwandtschaftshilfe keine Schwarzarbeit sind.
Die CDU signalisiert jetzt Zustimmung. Das ist das Mindeste, was man erwarten kann, schließlich hat sie in den letzten Jahren mehrmals vernünftige Vorschläge blockiert. Wir werden die CDU/CSU-Fraktion nicht aus der Verantwortung entlassen.

Keine Kommentare

SPD-Wattenbek - *veröffentlicht am 25.02.2004, 19:41 Uhr - 1823 Clicks - Nr. 115*

Will die CDU in Wattenbek Steuergelder verschwenden?

Die CDU in Wattenbek hat sich den Ausbau der Wilhelm-Stabe-Straße zwischen Bahnhofstraße und Grotenkamp auf die Fahnen geschrieben.

So stellte ihr Vorsitzender des Umwelt- und Versorgungsausschusses der Gemeinde Wattenbek zwei

Planungsentwürfe vor, die den Rückbau der Straße auf eine Breite von 5,50 m, eine beidseitige Verbreiterung der Gehwege auf 2 - 2,50 m sowie den Einbau von Fahrbahnverengungen vorsehen. Hinzu kommen diverse Aufpflasterungen und Einengungen von Einmündungen.

Die Baukosten der gesamten Maßnahme belaufen sich bei den beiden Planungsbüros auf etwa 250.000 €. Hinzu kommen Planungskosten von ca. 26.000 €, so dass die gesamten Ausbaukosten für den Abschnitt Bahnhofstraße bis Grotenkamp sich auf gut 280.000 € belaufen werden.

Die CDU begründet die Notwendigkeit dieser Maßnahme damit, dass sich Straße in einem schlechten Zustand befinde, die Verkehrssicherheit nicht gegeben sei, da dort zu schnell gefahren werde und das Verkehrsaufkommen groß sei. In ihrem Mitteilungsblatt "Blickpunkt" verkauft sie die Maßnahme gar als "zukunftweisende Investition".

Die SPD hält den Aus- und Umbau der Wilhelm-Straße-Straße dagegen für überflüssig und angesichts der Haushalts- und Finanzlage der Gemeinde Wattenbek für nicht zu rechtfertigen. Die Maßnahme widerspricht den Grundsätzen einer vernünftigen, sparsamen, auf den zukünftigen Erhalt der Leistungsfähigkeit der Gemeinde abgestellte Haushalts- und Finanzplanung.

Im Einzelnen sprechen gegen den Ausbau folgende, schwerwiegende Gründe:

- Im Haushalt 2004 sind bis auf 30.000 € für Planungskosten keinerlei Mittel vorgesehen. Freier Finanzspielraum ist so gut wie nicht mehr vorhanden. Die Gemeinde müsste für den Ausbau Kredit aufnehmen oder die Rücklage aufbrauchen. Die Rücklage der Gemeinde wird Endes des Jahres 2004 nur etwa 300.000 € betragen.

- Die finanzielle Situation der Gemeinde wird sich in den kommenden Jahren eher verschlechtern als verbessern, da eine Erhöhung der Amt- und der Schulverbandsumlage ins Haus steht und auch eine Erhöhung der Kreisumlage zu erwarten ist. Etwaige Einnahmen aus Grundstücksverkäufen werden für die Beteiligung am Bau der großen Sporthalle am Reesdorfer Weg benötigt. Der Bau dieser Halle ist auch absolut vorrangig.

- Der Aus- und Umbau der Willhelm-Stabe ist aber auch sachlich und aus verkehrstechnischen Gründen nicht zu rechtfertigen. Das Verkehrsaufkommen in der Wilhelmn-Stabe-Straße ist gering, gemessen an der Brügger Chaussee und an Schul-/Dorfstraße und Reesdorfer Weg eher drittrangig. Durchgangsverkehr ist wenig und nur zeitweise vorhanden.

- Die Straße ist mit einem Tempolimit von 30 km/h belegt. Der im Bereich Residenz Ahorn, Helmecke-Komplex vorhandene ruhende Verkehr (parkende Fahrzeuge) trägt ebenso zur Verkehrsberuhigung bei, wie die parkende Fahrzeuge im vorderen Eingangsbereich der Straße. Zusätzliche bautechnische Maßnahmen sind nicht erforderlich.

- Die Straße selbst befindet sich in einem guten bis befriedigendem Zustand. Provisorische, verkehrsberuhigende Einrichtungen sind vorhanden. Nur im im hinteren Bereich, zwischen Grotenkamp und Diekredder sind diese auf Veranlassung der CDU wieder abgebaut worden. Dort wird mangels parkender Fahrzeuge wieder deutlich zu schnell gefahren.

- Durch den Umbau würden zwar die Gehwege verbreitert, gleichzeitig aber der Fahrradverkehr auf der nun deutlich schmaleren Fahrbahn belassen.

- Die veranschlagten Kosten dürften zudem nicht ausreichen, da bei einem Umbau auch der Zu- stand der Ver- und Entsorgungsleitungen zu prüfen und ggf. zu erneuern wäre. Diese Kosten sind noch nicht

einmal eingeplant.

- Wer A sagt muss auch B sagen. Der weitere Ausbau der Straße zwischen Grotenkamp und Diekredder müsste sich zeitnah anschließen. Dieses insbesondere auch deshalb, weil die Erschließung des sog. Schullandes am Diekredder über diesen Bereich der Straße abgewickelt werden wird, was ein erheblich höheres Verkehrsaufkommen erwarten lässt. Ein weiterer Ausbau würde weitere 300.000 bis 350.000 Euro kosten.

Angesichts dieser Argumente vertritt die CDU nunmehr die Meinung, dass die Umsetzung der Aus- und Umbaumaßnahme abhängig von der jeweiligen Finanzlage über Jahre gestreckt in kleinen Abschnitten erfolgen sollte. Aus diesem Grund ist sie der Auffassung, dass der volle, uneingeschränkte Planungsauftrag (Kosten: ca. 27.000 €) schon jetzt vergeben werden sollte.

So hat sie denn auch in der Sitzung des Fachausschusses im Dezember 2003 mit ihrer Mehrheit gegen die Stimmen der SPD die Planungsvergabe beschlossen, als Empfehlung an die Gemeindevertretung, in der sie ebenfalls die Mehrheit der Stimmen hat.

Aber auch das Strecken der Maßnahme ist nicht zu rechtfertigen und zu begründen. Wer jetzt Planungsaufträge erteilt, muss die Maßnahme auch zügig umsetzen. Sonst läuft man in Gefahr, dass die Planung überholt wird und eine neue oder ergänzende Planung notwendig wird, was weitere Kosten verursacht.

Die Umsetzung der Maßnahme über mehrere Abschnitte und Jahre hinweg verursacht erhebliche Mehrkosten (z.B. mehrfache Baustelleneinrichtung, Preis- und Kostensteigerung bei den ausführenden Firmen, mehrfache An- und Abschlussarbeiten).

Ganz unabhängig davon, wäre die Belastung und Beeinträchtigung der Anwohner über Monate und Jahre hinweg schlichtweg unzumutbar.

Die SPD fordert daher, die weitere Planung zu stoppen und keine Planungsaufträge zu erteilen. Vielmehr sollten die provisorischen Einrichtungen, die sich bewährt haben, als dauerhafte Einrichtungen ausgebaut werden. Das erfordert aber keine vollständige Überplanung der gesamten Straße. Im Übrigen sind etwaig verbleibende Mittel besser im Bereich der Einrichtungen Kindergarten und Schule einzusetzen.

SPD Wattenbek
- Der Vorstand -

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 26.02.2004, 15:22 Uhr - 805 Clicks - Nr. 116*

Stadt ist bei Gaardener Schwimmhalle im Wort



Der Gaardener SPD-Ratsherr, Wolfgang Schulz, erklärt zur Berichterstattung über die Gaardener Schwimmhalle:
"Es gibt berechtigte Sorgen, dass die Schwimmhalle Gaarden abgewickelt werden soll.
Nach den beruhigenden Worten von Stadtrat Möller erwartet Gaarden Taten.
Im Haushaltsentwurf 2004 der Oberbürgermeisterin Volquartz fand sich kein Ansatz

zur Sanierung der Schwimmhalle Gaarden. Der SPD-Antrag zum Haushalt, für dieses Jahr 350.000 € bereit zu stellen und als Verpflichtungsermächtigung 750.000 € vorzusehen, wurde von CDU und Grünen abgelehnt.
Die Stadt ist bei den Gaardenern im Wort. Zugunsten der neuen Trainingsplätze in Projensdorf und der damit verbundenen Grundsanierung des Holsteinstadions wurden den Gaardenern im Nachtragshaushalt 2003 die für die Schwimmhallensanierung bereitgestellten 722.400 € abgenommen und umgeleitet. Die SPD war schon überrascht, dass die Oberbürgermeisterin in ihrem Haushaltsentwurf und auch in der Mittelfristigen Finanzplanung die Gaardener Schwimmhalle nicht berücksichtigt hatte. Deshalb hatten wir Mittel für 2004 beantragt, um beginnen zu können. Wir wollen nicht zulassen, dass die Schwimmhalle baulich weiter verrottet."

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 27.02.2004, 08:20 Uhr - 928 Clicks - Nr. 117*

Maren Marquardt in der SPD-Sprechstunde am 04.03.2004

Die Stadtvertreterin Maren Marquardt wird in der Sprechstunde der SPD am 04.03.2004 von 16.00 - 17.30 Uhr anwesend sein. Die Sprechstunde findet im Fraktionszimmer der SPD im Historischen Rathaus der Stadt Bad Segeberg statt.
Besonderes Thema dieser Sprechstunde wird die Sportförderung in Bad Segeberg sein.
Maren Marquardt wird darueber berichten, welche Gespräche die Verwaltung mit den Sportvereinen in Bad Segeberg geführt hat und welche Beschluesse dazu im Rahmen der Haushaltssanierung der Stadt Bad Segeberg von der Stadtvertretung beschlossen wurden.
Sie wird andererseits auch darstellen, welche Sicht die Segeberger SPD zu diesem Thema hat und was die Segeberger SPD hier in den kommenden Jahren erreichen will.
Frau Marquardt freut sich ueber Fragen und Anregungen, die Ihr zu diesem Thema übermittelt werden.

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 27.02.2004, 19:35 Uhr - 1851 Clicks - Nr. 118*

AfA-Neugründung im Kreis Rensburg-Eckernförde

Der AfA-Landesvorstand Schleswig-Holstein möchte die AfA im Kreis RD-Eckf. neu beleben

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen / Betriebsorganisation in der SPD

Landesverband Schleswig-Holstein
Kleiner Kuhberg 28-30 24103 Kiel
Tel.: 0431 / 90 606-43 Fax: 0431 / 90 606-41
Vorsitzender: Wolfgang Mädel
www: afa.spd-net-sh.de

An alle SPD-Arbeitnehmer/innen
im Kreis Rendsburg-Eckernförde

Kiel, den 26. Febr. 2004

Liebe Genossinen,
liebe Genossen

der AfA-Landesvorstand lädt Dich zu einer Sitzung nach Rendsburg ein.
Wir wollen auf dieser Sitzung mit Dir über die Neubelebung des AfA-Kreises Rendsburg-Eckernförde diskutieren und nach Arbeits-Möglichkeiten für einen neuen AfA-Kreisvorstand suchen.

Die Sitzung findet statt:

am Donnerstag, den 25. März 2004
um 18. 00 Uhr
im Conventgarten in Rendsburg
Hindenburgstr. 38 – 42
Tel.: 04331 – 59 050

Eine feste Tagesordnung ist für diesen Tag nicht vorgesehen. Wir sollten aber trotzdem versuchen, für die am 24. April 2004 stattfindende AfA-Landeskonferenz für den Kreis Rendsburg-Eckernförde die Delegierten zu wählen.

Solltest Du noch Fragen zu diesem Abend haben, dann rufe den Genossen gerne an:

Helmut Ulbrand
Kanalweg 3
24107 Ottendorf
Tel.: 0431 – 583 63 52
Handy: 0172 – 514 54 79
E-Mail: h.ulbrand@t-online.de

Mit der Bitte auf Deine Teilnahme verbleibe ich,

mit freundlichem Gruß
Wolfgang Mädel
AfA-Landesvorsitzender

Keine Kommentare

SPD-Norderstedt - *veröffentlicht am 28.02.2004, 01:28 Uhr - 1641 Clicks - Nr. 119*

Herzliche Einladung zur Entkusselungsaktion im Stadtpark Harksheide

Auch in diesem Jahr starten wir mit Unterstützung der Stadtverwaltung Norderstedt unsere Heidepflegeaktion.

Machen Sie mit!

Termin : Sa. 6.3.2004, 10.00 – 14.00 Uhr
Stadtpark (Eingang Moorweg)
Bitte mitbringen : Handschuhe, Kraft, gute Laune, Kind und Kegel
Für Essen und Trinken ist gesorgt.
Wenn einige der fleißigen Helfer sich im letzten Jahr die Heide im Stadtpark angesehen haben, konnten sie sicherlich feststellen, dass sich auf den entkusselten Flächen ihr Zustand stark verbessert hat. Aber es gibt noch einige Flächen, die vom Birkenauswuchs zu befreien sind. Die Aktion im letzten Frühjahr hat Anklang gefunden, einige Parkbesucher nahmen spontan daran teil. So soll es auch in diesem Jahr sein.
Wir bitten Sie, mit uns, den Mitgliedern des SPD-Ortsvereins ein Stückchen Kulturlandschaft in Harksheide zu erhalten.
Bei Frost werden die Aktion auf den 20.3.04 verschieben müssen!
Mit freundlichen Grüßen
Sybille Hahn
Für den Ortsvereinsvorstand

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 28.02.2004, 16:57 Uhr - 5879 Clicks - Nr. 120*

Bildungspolitisches Forum des SPD Kreisverbandes

Am 28.02.2004 hat der SPD Kreisverband Segeberg ein Bildungspolitisches Forum im Podium des SPD Kreisverbandes durchgeführt.
Das Protokoll ist hier veröffentlicht:

Andreas begrüßt die Anwesenden, besonders Hennig Höppner, MdL und Schulpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion, den Referenten.

Danach stellen sich die Anwesenden vor.

Andreas stellt vor

Leitantrag des Landesverbandes unter www.spd-schleswig-holstein.de unter dem Titel „Lernen in die Zukunft“

Was wir ändern würden

Andreas stellt vor
- Gemeinsamer Jahrgang bis incl. des 9. / 6.
- Mehr Autonomie für die Schule
o Z. B. Eigenbetrieb
o Eigenverantwortliches einstellen / entlassen
- Präsenzpflicht der Pädagogen an der Schule
- Recht auf Schulwechsel

- Regelmäßige Praktika der LehrerInnen in der Wirtschaft
- Durchlässigkeit des Schulsystems

Die Runde ergänzte

- Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung der LehrerInnen
- Qualitätskontrolle für LehrerInnen
- Mehr (elterliche / staatliche) Förderung der Kinder vor der Schule
- Verlässlicher (pflicht-)Kindergarten (kostenlos)
- Vorschulklasse mit 5 (?) Jahren
- Verlässliche einheitliche Standards der Konzepte in Kitas
- Besondere Förderung der „Armutskinder“
- Berufsbild des Lehrers im Wandel ?
- Ausbau der Krippenplätze
- Einrichten der Elternschule
- Sozialpädagogische Betreuung an Schulen

Hennig Höppner stellt den Leitantrag vor

Der letzte Parteitag zur Bildungspolitik war 1995 in Bad Segeberg. Damals wurde daraus gleich ein Programmteil für den Wahlkampf 1996. Diesmal soll es für die Wahl 2005 ein extra Beschluss auf dem Listenparteitag geben.

Frühkindlicher Bereich, Kita, Schule, Hochschule, Weiterbildung stellte er nacheinander vor.

Schwerpunkt KITA

- Definition des Bildungsauftrages der Kindertagesstätten
- Weiterentwicklung der ErzieherInnen im Rahmen eines dualen Ausbildungssystems bis zum Bachelorabschluß
- Ausbau der Angebote für Alterstufe 1 – 3
- Neue Formen der Finanzierung über Steuerausgleich
- Langfristiges Ziel Gebührenfreiheit und Kindergartenpflicht

Schule

- eine Schule für alle Kinder
- Überwindung des Systems der Schulartschulen durch neue Form der Kooperation und Integration unter Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten
- Stärkung der kommunalen Trägerschaft der Schulen
- Gemeinsamer Abschluss am Ende Sekundarstufe 1 für alle Schulformen und Schularten
- Langfristiges Ziel die Schule für den ganzen Tag
- Lehrerausbildung unter stärkerer Berücksichtigung der Unterrichtspraxis
- Lehrerausbildung im Zusammenhang der Einführung der konsekutiven Studiengänge Bachelor und Master

Hochschule

- neue Schwerpunkt und Profilbildung an den Hochschulen des Landes
- Bildung von Exzellenzenklustern
- Einführung der konsekutiven Studiengänge
- Gebührenfreiheit für das Erststudium
- Keine Zugangsbarrieren für ein Hochschulstudium
- Entwicklung eines Hochschulmanagement mit Hochschulvorständen

Weiterbildung

- Lebenslanges Lernen = kontinuierliche Begleitung des Berufslebens durch Fort- und Weiterbildung
- Ausbau der Weiterbildung aus dritte Säule unseres Bildungssystems
- Entwicklung eines Netzes von Weiterbildungsverbünden

- Stärkung der Volkshochschulen als allgemeine Träger der Weiterbildung
- Entwicklung von Fort- und Weiterbildungsangeboten an den Hochschulen des Landes

Mittagspause

Beschluss der Gruppe
Wir wollen den Beschluss des Kreisverbandes Plön zur Eigenverantwortlichkeit der SchülerInnen unterstützen.

Ergebnisse
Die Gruppe unterstützt die Aufgabe des dreigliedrigen Schulsystems. Wir unterstützen das AfB Bildungsstrukturmodell. Eine Schule für alle für den ganzen Tag.

Wir unterstützen den Leitantrag Seite 4 Zeile 29 bis 35 besonders.

Wir unterstützen den Änderungsantrag Ä1 + B6 Zeile wird in Hinblick auf Einstellung des technischen Personals besonders.

Bilder sind unter Home Page, und dort unter Bilder des KV zu sehen.
Kommentar von Martin Preuschhof vom 28.02.2004, 16:59 Uhr:
RE:Bildungspolitisches Forum des SPD Kreisverbandes
Vor gut einer Stunde waren wir fertig, jetzt habe ich es ins Internet gestellt, schneller ging es nicht.

SPD-Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 29.02.2004, 08:18 Uhr - 4596 Clicks - Nr. 121*

Bekenntnis der Ministerpräsidentin für Olpenitz gefordert

SPD-Kreisvorstand führte Gespräch mit Personalratsmitgliedern über den Marinestandort Olpenitz und die Auswirkungen einer Schließung für die gesamte Region.
Der SPD-Kreisvorstand hat sich in einem Gespräch mit Personalratsmitgliedern des Marinestützpunkt Olpenitz weiter darüber informiert, was die Schließung des Marinestützpunkt Olpenitz für die Betroffenen und auch die Region Kappeln bedeuten würde. Der SPD-Kreisvorstand hatte sich bereits nach den ersten Meldungen über eine drohende Schließung um einen Gesprächstermin bemüht. Seither seien viele Resolutionen geschrieben und viele Gespräche, auch hinter verschlossenen Türen, geführt worden, um einem möglichen Abzug der Bundeswehr aus Olpenitz bereits im Vorfeld der Entscheidung des Verteidigungsministers entgegenzutreten, so die SPD-Kreisvorsitzende Anna Schlosser-Keichel in ihrer Begrüßung. „Wir wollen nicht wie das Kaninchen vor der Schlange abwarten, sondern offensiv an die Thematik heran gehen“, so Schlosser-Keichel weiter. „Bei Aktionen für den Erhalt des Marinestützpunkts bin ich und ist die Kreis-SPD natürlich dabei“, versicherte sie den Personalvertretern.

„Wenn die Planungen für eine Schließung von Olpenitz Wirklichkeit werden, müssen wir als Personalrat uns fragen, was passiert mit den ca. 450 zivilen Mitarbeitern? Es wäre eine Katastrophe für die gesamte Region, wenn dann auch noch den Mitarbeitern betriebsbedingt gekündigt werden würde. Solche Gerüchte machen heute leider bereits die Runde“, so der Personalratsvorsitzende Peter Hamisch an die Politiker gerichtet.

Hamisch sieht keine Möglichkeit für die vielen Geringverdiener, weite Strecken zu anderen Arbeitsplätzen zu fahren. Die Diskussion um die Schließung von Olpenitz kann nicht emotionsfrei geführt werden. „Ich habe Angst, dass die Menschen wütend werden“, befürchtet Sönke Petersen, ebenfalls in der Mitarbeitervertretung tätig. Kappelns Stadtvertreter Rainer Moll berichtete über Aktionen zum Erhalt von Olpenitz und verwies unter anderem auf die neu gestaltete Homepage von Kappeln. Es gelte gemeinsam zu kämpfen.

Einig waren sich die Personalvertreter mit den Mitgliedern des SPD-Kreisvorstandes, dass Ministerpräsidentin Heide Simonis, ein klares Bekenntnis zu Olpenitz und für die Region Kappeln abgeben und sich in Berlin für die Erhaltung des Marinestandortes einsetzen müsse.
Eine Schließung von Olpenitz mit allen sozialen Auswirkungen auf die Region Kappeln, wo kaum noch ein produzierendes Gewerbe bestehe, werde dramatische Auswirkungen haben, so Peter Hamisch.

„Ich fürchte, dass kaum Unterstützung aus Kiel kommt, weil sich die Ministerpräsidentin beim Thema Olpenitz als Kieler Wahlkreisabgeordnete bedeckt hält und zum anderen als „Landesmutter“ hofft, dass der Standort Schleswig-Holstein als Ganzes bleibt“, so SPD-Kreisvorstandsmitglied Jörg Joosten aus Tolk. „Ich denke“, so Joosten weiter „dass jetzt Druck über die Bundestagsabgeordneten erzeugt werden muss. Es gilt die Bundstagsabgeordneten Dr. Wodarg (SPD) und Börnsen (CDU) gemeinsam vor den Karren für Olpenitz zu spannen, weil sie auf ihrer Berliner-Ebene bessere Wege ins Verteidigungsministerium haben als wir Kommunalpolitiker, die mit den Resolutionen gerade noch in die Vorzimmer eines Ministers gelangen.“

Sie werde die neuesten Resolutionen der Stadtvertretung Kappeln und des Kreistags Schleswig-Flensburg zum Anlass nehmen, auf allen Ebenen noch einmal für Standort Olpenitz zu werben und noch einmal alle ihr zur Verfügung gestellten Informationen weiter leiten und die Dramatik der Situation deutlich machen, versprach Anna Schlosser-Keichel. Außerdem rechne sie mit einer gleich großen Unterstützung aus der Region wie 1993, als mit der Mobilisierung der Bevölkerung die Schließung von Olpenitz abgewandt werden konnte.

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 01.03.2004, 12:42 Uhr - 1218 Clicks - Nr. 122*

Stärkung der Jugendratsversammlung

Stärkung der Rechte der Jugendratsversammlung

Zu einem Informationsgespräch hatte die SPD-Ratsfraktion den Jugendstadtpräsidenten Stephan Schilling eingeladen. Er schilderte die Arbeit der Gremien und der Jugendratsversammlung und hob hervor, wie wichtig diese Arbeit für die Entwicklung des Gemeinschaftsgedankens und der demokratischen und politischen Kultur bei den Jugendlichen sei.
Er beklagte jedoch, dass in den einzelnen Ausschüssen die von der Jugendratsversammlung gestellten Anträge und die Beteiligung der Jugendvertreter sehr unterschiedlich gehandhabt würden. Es sei an der Zeit, eine ähnliche Regelung wie für den Seniorenbeirat auch für die Jugendratsversammlung einzuführen.
Der Fraktionsvorsitzende Rolf Helgert bedankte sich bei Stephan Schilling für die Ausführungen und Anregungen und sagte dem Jugendstadtpräsidenten zu, sich für die Belange der Jugendratsversammlung einzusetzen. Die SPD-Fraktion beschloss, dem Antrag der Fraktion "Bündnis

90/Die Grünen" für die Ratsversammlung am 4. März zur Erarbeitung einer Satzung für die Jugendratsversammlung zuzustimmen

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 01.03.2004, 15:40 Uhr - 857 Clicks - Nr. 123*

Grundsatzpositionen zum Kieler Hafen



Die Vorsitzenden des SPD-Kreisverbandes und der SPD-Ratsfraktion Rolf Fischer und Cathy Kietzer fordern in ihrer ersten gemeinsamen Erklärung eine aktive und offensive Hafenpolitik:
"Über den Hafen und seine Zukunft ist in letzter Zeit viel geredet worden.
Unsere Hafenerklärung hat mit dem Konflikt zwischen CDU und Grünen nichts zu tun. Aus aktuellem Anlass erklären wir gleichwohl: Der Kieler Hafen muss selbstverständlich die Option zum zukünftigen Ausbau erhalten.
Wir wissen: Die Förde ist das Herz Kiels und das gilt es zu stärken! Deshalb ist Hafenpolitik eines der zentralen Politikfelder unserer Stadt, das weiterentwickelt werden muss.
Wir unterstützen dabei alle Initiativen, die diesem Ziel verbunden sind. Unsere gemeinsame Erklärung richtet sich deshalb an die Kieler Wirtschaft und an die politischen Kräfte unserer Stadt. Wir wollen einen Wettstreit um die besten Ideen für die Entwicklung unseres Hafens. Dazu soll diese Erklärung ein Signal sein.
Die Kieler SPD macht deutlich: Unser Hafen schafft Arbeit und Arbeitsplätze, die wir dringend benötigen. Dies wird auch weiterhin das erste Ziel unserer Hafenpolitik sein."
***

Cathy Kietzer, Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion
Rolf Fischer, MdL, Vorsitzender der Kieler SPD

Gemeinsame Erklärung zur Kieler Hafenpolitik

I. Kiel braucht den Hafen und der Hafen braucht Kiel!

Unsere Stadt lebt von der Förde. Wir sind aufgerufen, alles zu tun, um die maritime Wirtschaft zu fördern und zu entwickeln. Dazu gehört eine moderne und zukunftsfähige Hafenpolitik.

Unser Hafen ist nicht nur ein Industriestandort, sondern auch ein hoch entwickeltes maritimes Dienstleistungszentrum von regionaler, landesweiter und europapolitischer Bedeutung. Er schafft Arbeit und Arbeitsplätze, auf die wir in Kiel nicht verzichten können.
Die ungeklärte Situation der Zukunft des Hafens und seiner Betriebe schadet dem guten Image unserer Stadt und hat vor allem wegen des zögerlichen Handelns in einer schwierigen Situation unnötig viele Arbeitsplätze im maritimen Bereich gekostet.

II. Wir stärken unseren Hafen!

Kiel benötigt auch in Zukunft einen modernen und flexibel agierenden Hafen, weil er insbesondere

* zur Wachstumsbranche Transport gehört und voll daran partizipiert,
* dem wichtigen Außenhandel Schleswig-Holsteins und Kiels dient,
* Passagiere und Frachten bringt und damit Arbeitsplätze in der Region schafft und sichert,
* den maritimen Wirtschaftsstandort Kiel prägt und wichtiger Auftraggeber für den Dienstleistungssektor ist,
* eine wichtige umweltpolitische Funktion bei der Verkehrsverlagerung von der Straße auf den Seeweg übernimmt.

Wir müssen deshalb dem einmaligen Standortvorteil, nämlich Kiels Lage an einem natürlichen Tiefwasserhafen, stärkeres Gewicht in der Wirtschaftspolitik der Stadt und des Landes geben. Dazu gehört auch eine optimale Kooperation zwischen den verschiedenen Branchen innerhalb der maritimen Wirtschaft im weitesten Sinne.

III. Gemeinsame Grundsätze zur Hafenpolitik:

* Wir vertrauen auf die innovative und leistungsorientierte Kraft der Seehafen Kiel GmbH & Co. KG, die in Zeiten großer Konkurrenz und schwieriger ökonomischer Rahmenbedingungen den Kurs unseres Hafens erfolgreich gesteuert hat.

* Wir setzen auf ihre Fähigkeit, innovative Kooperationen und strategische Allianzen aufzubauen und weiter zu entwickeln.

* Wir mahnen die Fertigstellung des Kieler Hafenentwicklungskonzeptes an und bereiten eigene Initiativen zur strategischen Ausrichtung der Kieler Hafenpolitik vor.

* Wir lehnen eine Privatisierung des operativen Geschäftes des Seehafens ab und betonen die Notwendigkeit, den Einfluss der Stadt Kiel auf die Wettbewerbsfähigkeit des Hafens zu sichern.

* Wir fordern vor dem Hintergrund der europäischen Entwicklung, dass Kiel als Ostseehafen gestärkt wird und die Nähe des Nord-Ostsee-Kanals neue Wege der Kooperation eröffnet.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 01.03.2004, 19:49 Uhr - 1613 Clicks - Nr. 124*

SPD-Engelsby Fremde Federn am Hut, Frau Münchow?

Es ist schon erstaunlich, wie die CDU Engelsby die neue Bedarfsampel Merkurstraße/ Neuer Weg
als ihren Verdienst den Engelsbyern verkaufen will.
Im gemeinsamen Schaukasten der SPD/CDU in der Mozartstraße
wird dem Leser des CDU-Plakats der Eindruck vermittelt, dass sie, die CDU, die treibende Kraft in dieser
Angelegenheit war. Doch bitte nicht so, Frau Münchow!
Die SPD- Engelsby bemühte sich nachweislich seit 1998 um eine Querungshilfe an besagter Stelle. Es mag ja sein, dass die CDU-Fraktion diesen Antrag der Verwaltung zustimmen wollte, nur, in der entsprechenden Sitzung des Infrastrukturausschusses am 19.Februar enthielten sich bei dem Antrag IFA-005/2004 drei CDU- Mitglieder ihrer Stimme. SPD und SSW stimmten dem Antrag der Verwaltung

zu. Dass sich Frau Münchow darüber freut, dass mit der Bedarfsampel mehr Sicherheit für Kindergarten- und Schulkinder erreicht wurde, erfreut auch uns.
Aber Initiator Frau Münchow, war die SPD Engelsby.

Kommentar von Detlef Buder vom 08.03.2004, 18:15 Uhr:
RE:SPD-Engelsby - Fremde Federn am Hut?
So ist das immer mit der cdu. Nur vorher keine Aktivitäten, dann kann man keine Fehler machen, aber hinterher mit fremden Federn schmücken.

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 02.03.2004, 15:59 Uhr - 989 Clicks - Nr. 125*

Verkehrssichere Erschließung für Lebensmittelmarkt in Schilksee



Die Schilkseer SPD-Ratsfrau Gesine Stück erklärt zu der verkehrlichen Erschließung des geplanten Lebensmittelmarktes am Funkstellenweg/ Ecke Langenfelde:
"In Schilksee spricht man von Bestrebungen, den neuen Lebensmittelmarkt verkehrlich direkt von der Fördestraße zu erschließen.
Dies wäre sicherlich sinnvoll: Zum einen verkraftet der Funkstellenweg keine zusätzlichen Verkehre, zum anderen kommen die Kunden, die in Richtung Strande unterwegs sind, auf diese Weise einfacher zum Geschäft.
Weil auf der Fördestraße 70 km/h erlaubt sind, mitunter aber noch schneller gefahren wird, kann dort ein Gefahrenpunkt entstehen.
Damit dem Stadtteil die genauen Erschließungsplanungen bekannt gemacht werden, habe ich für die Ratsversammlung am 11.3. in einer Kleinen Anfrage um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:
1. Wie ist die verkehrliche Erschließung genau geplant?
2. Wie wird die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer gewährleistet, wenn das Grundstück eine direkte Anbindung an die Fördestraße erhalten soll?"
Kommentar von Bernd Vogelsang vom 03.03.2004, 15:50 Uhr:
RE:Verkehrssichere Erschließung für Lebensmittelmarkt in Sch
fleißige Ratfrau; weiter so!!!!!
Grüße sendet ein Mitstreiter

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 02.03.2004, 18:31 Uhr - 5157 Clicks - Nr. 126*

Aus "DIE WELT": Regieren statt jammern (v. Peter Glotz)

Die SPD sollte sich auf die Reformpolitik konzentrieren, statt über ihrer "Identität" zu brüten - von Peter Glotz
Artikel erschienen in "DIE WELT" am 2. März 2004

Man kann das Geraune der alternativen Mediziner am Krankenbett der SPD nicht mehr hören. Von "Identität", einem "neuen Programm" ist die Rede. Scheinheilig faseln Leute, die Schröders Korrekturen des Sozialstaats
rückgängig machen wollen, von "inhaltlichen Reformen". Das alles erinnert an Sektierer, die Magenkrebs mit einer Bachblütentherapie bekämpfen wollen. Aber der Patient SPD ist wirklich krank - nicht auf den Tod, wohl aber so, dass eine ernsthafte Therapie notwendig ist. Das Gelabere über Psychobegriffe, Attac-Ideen und Gerechtigkeit an und für sich hilft so wenig wie die Idee, man könnte zu Logos, Ethos und Pathos der Brandt-Zeit zurückkehren.

Die Illusion immer währender Prosperität ist 1975 geplatzt; damals ging die Wachstumsphase der Nachkriegszeit zu Ende. Ein erheblicher Teil der
deutschen Linken hat das bis heute nicht kapiert. Und die Rechte redet die SPD natürlich lustvoll in eine ausweglose Krise. Nein, die SPD wird nicht durch Exerzitien quotierter programmkommissionen zu Formeln wie "demokratischer Sozialismus" aus dem Turm der 24 Prozent herausfinden. Wenn sich eine Partei an die Brust schlüge und dem Kurs der letzten sechs Regierungsjahre abschwüre, würde sie gnadenlos und zu Recht in die Wüste geschickt. Schröder, das ist wahr, hat - vielleicht von Schilys Einwanderungsgesetz abgesehen - keine "großen Reformen" durchgesetzt. Er war ausreichend damit beschäftigt, die von Kohl versäumten Anpassungen an die neuen Rahmenbedingungen des globalen, digitalen Kapitalismus zu vollziehen. Das aber war weiß Gott unverzichtbar; und wer behaupten wollte, dass ein kostenfreies Studium oder die Erstattung des Zahnersatzes zur "Identität" der Sozialdemokratie gehörten, machte sich lächerlich.
Vielleicht helfen der SPD ein paar historische Reflexionen. Diese Partei war - von Bebel bis Brandt - eine Organisation der "Arbeiteraristokratie", der Facharbeiter und der technischen Intelligenz, nie aber eine Partei der Unterschicht im Sinne des "abgehängten Fünftels" der Gesellschaft, der "Randständigen" (Franz Walter). Richtig ist, dass das unterste Fünftel mit der SPD immer besser fuhr als mit den bürgerlichen Parteien. Die Idee aber, dass jedes Versagen milieubedingt sei und dass der Staat fast alle Lebenskrisen seiner Bürger abfangen müsse, haben die neomarxistischen Bürgersöhne und -töchter in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren propagiert.
Die alte SPD hatte formuliert: "Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen." Der Leistungsbegriff gehört zur Sozialdemokratie so selbstverständlich wie der Begriff der Gerechtigkeit. Dass ein bestimmtes Sozialleistungsniveau - egal, was die makroökonomische Entwicklung hergibt - unantastbar und eine Art Rechtsanspruch sei, ist durchaus unsozialdemokratisch.
Zwischen 1960 und 1975 stieg die Sozialleistungsquote in Deutschland von 21 auf 31 Prozent. Ältere erinnern sich noch daran, dass die ökonomisch Kundigen in der Führung der SPD diese Entwicklung nicht ohne Sorge betrachteten. Vielleicht waren das alles keine Verräter der Arbeiterklasse, sondern verantwortliche Politiker, die eine allzu unbedenkliche Ausweitung des Erwartungshorizonts der unteren Mittelschichten für bedenklich hielten? Hoffentlich kann Franz Müntefering, der Vertrauensmann der alten Facharbeiter- und Angestellten-SPD, diese dürren Wahrheiten offener aussprechen als der Kanzler.
Natürlich erntet die SPD jetzt, was sie in den Neunzigern gesät hat. Selbst die schüchternsten Veränderungen der Sozialgesetzgebung durch Norbert Blüm waren, so argumentierte die damalige Opposition, "Umverteilung von unten nach oben". Die Sozialdemokratie hat der eigenen Wählerschaft eingebläut, was diese Wählerschaft ihr heute pathetisch entgegenhält.
Ob irgendetwas und irgendjemand 2006 einen (dritten) Wahlsieg der SPD in Folge sichern können, ist eine offene Frage. In jedem Fall aber muss die Partei unter der Führung Franz Münteferings ein paar neue Stützpfeiler zur Sicherung der geistigen Fundamente einziehen.
Dazu gehört zuallererst ein ökonomischer Diskurs der Linken auf angemessenem Niveau, zum Beispiel ein paar Argumente von Krugmann, Stiglitz oder Soros. Zweitens muss sich die SPD klar machen, dass "Innovation" kein PR-Slogan ist. Ohne eine beherzte Justierung der Bildungs- und Forschungspolitik wird das Land zur verlängerten Werkbank. Drittens muss die älteste deutsche Partei ihre Organisation modernisieren und von dem Glauben lassen, sie bräuchte eine Million Mitglieder, die sich monatlich in den Wirtsstuben treffen müssten. Viertens ist die SPD seit acht Jahrzehnten die Europapartei, die auf Integration und Handlungsfähigkeit Europas setzt. Der uferlose Erweiterungsdrang (Türkei!) wäre ein verhängnisvoller Politikwechsel. Fünftens muss sie ihre Geschichte endlich wieder als politisches Argument einsetzen. Ihr redet, muss Müntefering sagen, über die Praxisgebühr. Ich rede über den Kampf von Bebel bis Brandt, den wir fortsetzen.
Krise der SPD? Ja. Sie muss sich von der Hegemonie der SoPos befreien, Agenda-Setting betreiben und den Ausdruck von Angst aus ihrer Körpersprache vertreiben. Glück auf, Franz Müntefering!

Peter Glotz war Bundesgeschäftsführer der SPD und lehrt

Kommunikationsmanagement in St. Gallen.
Artikel erschienen am 2. März 2004

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 03.03.2004, 12:26 Uhr - 844 Clicks - Nr. 127*

Jahreshauptversammlung des OV Segeberg 07.04.04

Die Jahreshauptversammlung des Ortsvereines der Bad Segeberger SPD findet am 07.04.04 ab 19.00 Uhr in der Gaststaette Berghalle in Bad Segeberg statt.
Bei dieser Jahreshauptversammlung wird der Vorstand des Ortsvereines fuer eine Wahlperiode von zwei Jahren neu gewaehlt werden.

Ferner werden sich zwei Kandidaten der SPD fuer die Landtagswahl 2005 den Mitglieder vorstellen und ihre Ziele erläutern.

Keine Kommentare

SPD-Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 04.03.2004, 12:38 Uhr - 4519 Clicks - Nr. 128*

Dr. Wolfgang Wodarg: Sachlicher Kampf um Olpenitz

Der Marinestützpunkt Olpenitz hat meine volle Unterstützung und Rückendeckung. Die Diskussion um die Zukunft des Bundeswehrstandortes Kappeln muss aber vor allem mit sachlichen Argumenten geführt werden.
Und hier hat Olpenitz ein besseres Blatt als Kiel. Hier nur einige Beispiele:

- Olpenitz hat mit der Verlegung der Einsatzversorgung vom Stp. Kiel schon jetzt erfolgreich die gesamte Einsatzversorgung aller schwimmenden Einheiten im Ostseebereich übernommen und verfügt über die größte und modernste Hallenkapazität (eine Versorgungshalle wurde erst im letzten Jahr fertiggestellt). Olpenitz stellt die wichtigste logistische Basis im Ostseebereich dar.

- Olpenitz wäre in der Lage, ohne dass größere bauliche Investitionen notwendig werden, weitere Einheiten, z. B. S-Bootgeschwader aufzunehmen. Dies gilt sowohl für den Hafenbereich, wie auch für den Unterkunfts- und administrativen Bereich.

- Kein anderer Ostseestützpunkt der Marine verfügt über eine so direkte Seeanbindung wie der MStp. Olpenitz. Lange, aufwändige und vor allem teure Revierfahrzeiten, wie sie Kiel und Warnemünde haben, entfallen.

- Der Investitionsbedarf für die nächsten Jahre ist extrem gering. Alle Schwimmbrücken und Pieranlagen sind in Olpenitz komplett durchsaniert und auf dem neuesten technischen Stand. Das bewirkt auch in Zukunft nur geringen Investitionsbedarf für die wasserseitigen Anlagen.

- Die Sicherheit der dort stationierten bzw. vorübergehend liegenden Einheiten ist angesichts der in den Vordergrund tretenden terroristischen Bedrohungen in Kiel erheblich schwieriger zu gewährleisten als im gut abschirmbaren Hafen Olpenitz.

- Die Standorte Olpenitz und Eckernförde sind wegen der direkten Nachbarschaft zu Lande und zu See unter Nutzung der damit frei werdenden Rationalisierungsreserven effektiv und wirtschaftlich als ein zusammengefasster Standort zu betreiben. Dies wäre wegen der verkehrlich erheblich ungünstigeren Bedingungen mit Kiel nicht vertretbar.

Wenn der Verteidigungsminister betont, er sei nicht für die wirtschaftlichen Interessen der Standort-Regionen zuständig, mag das vernünftig sein. Für die wirtschaftliche Situation der Bundeswehr ist er aber auf jeden Fall zuständig. Und aus diesem Grund verbietet sich eine Schließung des Standortes Olpenitz.

Berlin, 2. März 2004

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 04.03.2004, 22:32 Uhr - 4884 Clicks - Nr. 129*

Neugebauer: In RD-ECK kaum noch Unterrichtsausfall an Grund- u. Hauptschulen

„Das ist eine erfreuliche Zwischenbilanz der Initiative „Jede Stunde zählt“, die die Landesregierung zu Beginn des Schuljahres 2003/2004 auf den Weg gebracht hat“, erklärt der Rendsburger Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer, SPD, in einer Presseerklärung, "dadurch ist z. B. im Krs. Rendsburg–Eckernförde der Unterrichtsausfall bei Grundschulen auf 0,90 % gesunken, an Grund- und Hauptschulen sank er in der gleichen Zeit auf 1,48 %“.
Zum Aufbau eines Vertreterfonds werden bis 2005 insgesamt 24,2 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, die schrittweise allen Schularten zugute kommen. Vor dem Start der Initiative lag der Prozentsatz an Grundschulen noch bei 3,7 %.
„Die Bilanz ist ausgezeichnet“, so Neugebauer, „ das bedeutet immerhin 75 % weniger Unterrichtsausfall an den Grundschulen auch hier vor Ort. Dank „Jede Stunde zählt“ fällt an den Grund- und Hauptschulen nahezu kein Unterricht mehr aus.“
Rund 50 % des Unterrichtsausfalles haben die Schulen selbst aufgefangen, indem sie ein modernes Vertretungsmanagement entwickelt und ihre eigenen Ressourcen genutzt haben. Eine Verständigung zwischen dem Ministerium und den Lehrerverbänden ergab eine Neuregelung, schulinterne Weiterbildungen so zu organisieren, dass dadurch größerer Unterrichtausfall vermieden wird.
50 Prozent des Unterrichtsausfalls konnten mit den am Anfang des Schuljahres zur Verfügung gestellten 1,9 Millionen Euro verhindert werden. Sie wurden vor allem zur Vermeidung von Unterrichtsausfall bei längerfristigen Erkrankungen von Lehrkräften eingesetzt.

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 05.03.2004, 10:09 Uhr - 889 Clicks - Nr. 130*

Stephan Weckwerth in der Sprechstunde der SPD

Stephan Weckwerth, als bürgerliches Mitglied für die SPD in der Stadtvertretung, wird am Donnerstag, den 11.03.04, von 16.00 - 17.30 Uhr im Fraktionszimmer der SPD im Historischen Rathaus im Rahmen der Sprechstunde der SPD-Fraktion zur Verfuegung stehen.
Stephan Weckwerth wird sich, als Mitglied des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing, in dieser Sprechstunde besonders mit der Thematik des "Gesundheitsstandortes Bad

Segeberg" auseinandersetzen.
Er wird dabei analysieren, was in der Vergangenheit durch die Stadtvertretung schon zu diesem Thema beschlossen wurde und welche Schritte in die Zukunft, besonders durch die in Vorbereitung befindliche Gründung der Stadtmarketing GmbH gegangen werden.
Er wird in der Sprechstunde darlegen, welche Vorstellungen die Segeberger SPD hier hat und wie sie versuchen wird, dies in die Stadtvertretung einzubringen.

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 05.03.2004, 10:29 Uhr - 1323 Clicks - Nr. 131*

Ratsversammlung - Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden zum städt. Haushalt 2004

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
wir hier in Flensburg sind gut trainiert, wenn es darum geht unsere Haushalte zu reformieren. Denn spätestens seit den legendären Waldschlößchenbeschlüssen der SPD aus den Jahren 93 + 94 wird in Flensburg jedes Jahr die Diskussion um Einsparungsmaßnahmen geführt.
10 Jahre Haushaltsdiskussion heißt für uns 10 Jahre verantwortliches Handeln. Ob durch 18%-Aktionen zur PK- Kürzung, ob Globalbudgetierung, Eckwertebeschlüsse und Fachbereichbudgets, Produktkostenrechnung oder Rückbaustrategie.

Das sind Schlagworte, die uns immer wieder zu diszipliniertem politischen Handeln bewegten.
Und das es dafür immer- wenn gleich auch wechselnde- Mehrheiten gegeben hat, darauf können wir alle stolz sein. Denn ohne diese Initiativen sähe es in Flensburg noch viel schlimmer aus als die jetzt so katastrophal anmutenden Haushaltsdefizite des Jahres 2004 es darstellen.
Nun verlieren aber reformfreudige Parteien, wie die SPD, laufend Wahlen und es stellt sich immer mehr die Frage: Ist der Innovative und Kreative nicht der Dumme? Sitzen wir in Flensburg doch auch die Dinge aus, wie der Kohlsche Helmut es uns über viele Jahre in der Bundespolitik vorgemacht hat. Ähnliche Stimmen hat es in den Vorberatungen zum heute zu beschließenden Haushalt durchaus gegeben.

Aber die SPD- Flensburg hat sich entschieden, wir stecken auch in Zukunft den Kopf nicht in den Sand. Mit dem von den großen Fraktionen vorgelegten Richtungsbeschluss wollen wir auch ein Stück Aufbruchstimmung vermitteln. Noch nie war der Handlungsdruck so groß, aber noch nie waren auch die Chancen zu echten Verwaltungsreformen so nah.

Die Selbstverpflichtung weiter zu sparen
wird erhebliche Diskussionen auslösen und dabei wird es auch parteipolitische Auseinandersetzungen geben.
Das ist selbstverständlich, denn jeder hat seine eigenen Grundrichtungen und Überzeugungen.
Das hat wenig mit parteipolitischem Streit zu tun,
den die Bevölkerung in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten gerade nicht will. Es wird das harte Ringen um die vermeintlich richtigen, sozial oder wirtschaftspolitisch für Flensburg vertretbaren Lösungen.
Und zum Glück sind wir hier weit entfernt von den Spielchen in Berlin oder Kiel, wo die Opposition und die mit ihr verbrüderten Medien kein gutes Haar an den Reformbemühungen der Bundesregierung lassen, auch wenn zum Beispiel faule Kompromisse wie die Praxisgebühr von ihr - nämlich der Opposition selbst - initiiert und gefordert wurden.
Und auch die angeblichen außenpolitischen Misserfolge der SPD haben sich spätestens seit dem letzten USA- Besuch von Gerhard Schröder als dummes und hinterhältiges Gerede herausgestellt. Ich

glaube, die Republik ist Schröder nach wie vor dankbar, dass er es verhindert hat, dass unsere Soldaten im Irak-Krieg ihr Leben riskieren sollten.
Das der fleißige Leser der Springerpresse das nicht mehr merkt, kann uns Sozialdemokraten zwar frustrieren, aber letztenendes wird damit auch dokumentiert, dass die politische Bildung des Wählers zunehmend verloren geht und das Gehirn in der Blödzeitung endgültig stecken geblieben ist.

Die soziale Schere in Deutschland geht immer weiter auseinander und Wirtschaftsbosse, Bankenvorstände und Börsenhasardeure werden immer reicher. Gleichzeitig kommen immer mehr Menschen an die Armutsgrenze. Das ist nicht die Schuld der SPD.
Und das Typen wie Esser oder Ackermann asoziale Elemente dieser Gesellschaft sind versteht inzwischen jeder. Was nur noch nicht realisiert wird, ist dass auch diese Burschen von konservativen Bündnisbrüdern gestützt und viele Probleme in Deutschland gerade von solchen Kreisen geschürt werden. Schade eigentlich, dass es der SPD nicht gelingt, die Alternativkonzepte der Opposition stärker zu thematisieren. So mancher könnte doch sehr schnell merken, dass bei allen Belastungen aus den Reformen der Schröder Regierung eine Stoiberregierung noch viel härtere und unausgewogenere Vorschläge umgesetzt hätte.
Dass es sich die Wirtschaftskonzerne und Bankenbosse inzwischen zum Volkssport gemacht haben, Menschen um ihre Arbeitsplätze zu bringen ist dabei auch klar. Und spätestens seit Basel II weiß jeder, dass die menschliche Arbeitskraft zum Risikofaktor geworden ist.
Wer viele MA beschäftigt trägt ein hohes Risiko und kann daher von den Banken und Sparkassen nur mit schlechteren Konditionen versorgt werden.
Was für ein Irrsinn.
Und am stärksten leidet darunter der beschäftigungs-intensive Mittelstand.
Auch Basel II wurde nicht von der Schröder Regierung gemacht, sondern von den gerade erwähnten asozialen Gesellschaftsschichten.
Es muss eine Bewußtseinsänderung erfolgen, die Betriebe mit vielen Beschäftigten besser stellt als Betriebe oder Briefkastenfirmen, die mit wenig Mitarbeitern hohe Gewinne einfahren.
Aber auch bei der Stadt Flensburg gibt es inzwischen Beispiele, wie falsche Rationalisierungsmaßnahmen nur zur Vernichtung von Arbeitsplätzen führen.
Kostenbewusstes Handeln ist natürlich zu beachten, aber die vor kurzem geführte Auseinandersetzung um den Erhalt von Arbeitsplätzen bei der Straßenreinigung ist so ein Beispiel falsch verstandener Rationalisierung.
Gerade im Bereich der weniger qualifizierten Arbeitskräfte muss die Stadt Angebote erhalten und schaffen und wenn sie die Bürgerinnen und Bürger fragen, ob sie die Rückerstattung von Straßenreinigungsgebühren im 1. Quartal 2004 überhaupt bemerkt haben, werden sie oft die Antwort – nein - bekommen.
Aber die Schaffung oder besser der Erhalt von über 10 Stellen im TBZ, das hätte etwas bewirken können. Die 8 Euro die ich zum Beispiel einmalig für das 1. Vierteljahr 2004 zurückerhalten habe, die hätte ich gern für die Erhaltung oder Schaffung von Arbeitsplätzen in der Straßenreinigung eingebracht.

Die SPD fordert die Beendigung der übertriebenen Rationalisierungsmaßnahmen im TBZ. Wir brauchen diese einfachen Arbeitsplätze und solange sich daraus keine dramatische Mehrbelastung für die Bevölkerung ergibt, heißt es Arbeitsplätze erhalten und nicht vernichten. Die Beschlüsse zur letzten Gebührenerstattung bei der Straßenreinigung waren schlicht und ergreifend dummes Zeug, denn es gibt genug Arbeit im TBZ und für die Straßenreinigung.

Schauen wir aber auch einmal auf die städtische BEQUA. Diese Gesellschaft gehört mit über 200 Arbeitsplätzen inzwischen zu den 25 größten Arbeitgebern der Fensburger Wirtschaft.
Ein Erfolgsmodell, das jedoch kaum eigene Mittel besitzt, am Tropf der Sozialverwaltung hängt und sich ständig rechtfertigen muss, wenn es um neue Tätigkeitsfelder geht.

Hier fordern wir den Verwaltungsvorstand, die Fachbereichsleitungen und auch den städt. Personalrat auf, mehr Aktivitäten und Beweglichkeit zuzulassen. Dies gilt besonders für Maßnahmen des 2. Arbeitsmarktes. Diese sind im vorliegenden Haushalt 2004 mit deutlich reduzierten Ausgaben angesetzt und auch wenn es mit den Auswirkungen der Reformgesetze zu tun hat: Hier muss nachgesteuert werden.
Wir können z.B. neue Arbeitsfelder gerade bei den KRE schaffen ohne dass der Haushalt oder die Gebührenzahler zu stark belastetwerden. Sinnvolle Beschäftigung für viele Menschen mit einfacher Qualifikation.
Die BEQUA ist eine nicht wegzudenkende Quelle für Arbeitsplätze in dieser Stadt. Und auch die „Sozialhilfe Mobs“ wird mehr Akzeptanz finden, wenn wir die Antragsteller nicht nur auf den Fluren warten lassen oder abschrecken sondern aktiv in Beschäftigungsmaßnahmen eingliedern.
"Hartz 4" bietet in diesem Zusammenhang auch eine Reihe an Chancen, die wir in den nächsten Wochen ausloten müssen.
Ob die Stadt Flensburg die Aufgaben aus Vermittlung und Beratung der Arbeitssuchenden übernehmen soll, so wie es der Kreis bereits für sich beschlossen hat, wird allerdings intensiv zu diskutieren sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
die SPD Fraktion hat sich als größte Fraktion der letzten Legislaturperioden immer der Führungsaufgabe gestellt, Haushaltskonsolidierung zu betreiben. Entscheidende Impulse kamen aus unseren Haushaltsklausuren und wir haben uns damit nicht nur Freunde geschaffen.
Nach der klaren Wählerentscheidung aus der letzten Kommunalwahl erwarten wir aber nun von ihnen meine Damen und Herren aus der CDU eine aktive Flensburger Haushaltspolitik.
Die zweisprachigen Straßenschilder, die künftig in deutschen Kindergärten angefertigt werden sollen oder die Idee der dänisch beschrifteten Brötchentaste an Parkautomaten für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt, die künftig ihr Unkraut selbst aus den Bürgersteigen kratzen sollen, damit noch mehr Arbeitsplätze bei der Straßenreinigung vernichtet werden können, mögen vielleicht zur Belustigung und Beschäftigung der politischen Ausschüsse taugen aber mit Haushaltspolitik hat das nichts zu tun.
Da greift schon eher die fast vorsätzlich zu nennende Geldvernichtung aus dem Überaktionismus beim Thema Südermarktpassage. Über 300.000 Euro hat die Stadt für den Umbau und vor allem die laufende Miete des Ausweichquartiers der Stadtbücherei bisher gezahlt, ohne dass dafür eine plausible Begründung erkennbar ist. Aber das ist ein anderes Kapitel und da wird dann schnell das Schweigegelübte ausgesprochen und die Sandkiste verlassen, damit andere zum Spielverderber erklärt werden können.
Hier hadern wir übrigens auch mit der Fraktionsspitze der dänischen Minderheit, die sich zunehmend passiv verhält und jede Ausschussdebatte mit inhaltlichen Auseinandersetzungen und der Forderung nach sachlicher Aufklärung als Zeitvergeudung bezeichnet so wie auch im Vorfeld dieser Ratsversammlung. Wir haben die Pflicht zur politischen Kontrolle und müssen Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger einfordern, auch wenn die Ausschussitzungen dadurch nicht so gemütlich werden.

Was bietet nun der Haushalt 2004 im Detail. Wer die städt. Beratungen verfolgt weiß, dass es hier eine große Zahl an Themen gibt, die auch von meinen Kolleginnen und Kollegen noch angesprochen werden.
Deshalb hier im Telegrammstiel:
1. Der vorliegende Haushalt bietet eine noch nie dagewesene Transparenz und Offenheit. Die Produktorientierung macht die Aufgabenfelder greifbar in denen Handlungsbedarf besteht.
2. Die einzelnen Fachbereichsbudgets bieten eine sehr gute Grundlage für all die Politiker und Bürger, die bereit sind sich mit den Aufgaben und Kosten der Bereiche genauer auseinanderzusetzen.
3. Der Beteiligungsbericht, der erstmalig ein eigener Teil des Haushaltsplans ist, ist ein Beleg für die

immense Leistungsfähigkeit unserer städtischen Töchter. Und wer hier leichtfertig versucht, durch schnelle Verkäufe den städt. Haushalt kurzfristig und einmalig zu entlasten, läuft Gefahr, gerade diese hoch motivierte und leistungsstarke Unterstützung zu zerstören.
4. Die wichtige Funktion der Flensburger Stadtwerke für den lokalen Arbeitsmarkt und die Wirtschaft, die super günstigen Strom- und Fernwärmepreise und das lokale Engagement sind unverzichtbar. Herr Wolfskeil und seine Mitarbeiter sind enorm engagiert, haben die schwierige Umstellung in den liberalisierten Strommarkt fast bewältigt und dienen nicht zuletzt aufgrund der hohen Gewinnabführung dauerhaft dem städt. Haushalt . Ein Verkauf dieses Unternehmens ist für die SPD undenkbar. Diese Kuh ist weiter zu melken und nicht zu schlachten.
5. Die Erfahrungen im Bereich der Abfallentsorgung müssen uns doch sehr davon abhalten Betriebe wie das AWZ an Private abzugeben. Hier ist der städt. Betrieb mit betriebswirtschaftlichem Handeln unter öffentlicher Kontrolle und Steuerung der einzig richtige Weg. Nie wieder Abfallentsorgung in privater Hand, nur das kann für Flensburg gelten, denn die Millionen, die zu Zeiten der Städtereinigung Nord vernichtet worden sind, lasten noch heute auf den Gebührenzahlern, wie die erst kürzlich geschlossenen Vergleiche mit der RWE gezeigt haben.
6. Unsere Flensburger Sparkasse. Ein Opfer für die Großbanken wie es die kubickianische 1,8% Partei in SH fordert? Kommt gar nicht in Frage. Und auch bei der Befriedigung von Einzelinteressen müssen wir mehr darauf achten, dass wir die Sparkasse nicht überfordern. Sie muss auch in Zukunft unabhängig, betriebswirtschaftlich und zum Wohle der regionalen Wirtschaft arbeiten können. Die Unterstützung des Gewährsträgers ist sicherzustellen und der Umfang der wahrzunehmenden zusätzlichen Aufgaben ist ausgewogen gemeinsam festzulegen.
7. Und nicht zum Schluss, die FL Wobau, bei der es ja seit Wochen Diskussionen gibt, ob man sie nun verkaufen soll oder nicht. Auch hier wird sich zeigen, dass es schlicht und ergreifend dummes Zeug wäre, diese Gesellschaft vollständig an einen Privaten abzugeben. Sie bietet eine hohe Gewinnabführungsmöglichkeit und die Wahrnehmung von städt. Aufgaben sowohl im städtebaulichen Bereich als auch bei der Übernahme städt. Zuständigkeiten. Oder glauben sie meine Damen und Herren von der CDU ernsthaft, dass ein privater Eigentümer der Wobau mal eben den Betrieb des Deutschen Hauses kostenlos weiterführen würde? Eine städtische Wobau sichert die sozialen Verpflichtungen, die wir gegenüber vielen Mietern und einkommensschwächeren Bevölkerungsteilen haben. Auch hier wird sich zeigen, dass diejenigen die sich übereilt die heiße Nadel zum Stricken geschnappt haben, keinen wertvollen Pullover bekommen sondern sich die Finger verbrennen.
Es wird intelligentere Lösungen geben als den schnellen, dummen Verkauf der Gesellschaft.

Fliegen wir noch einmal kurz über den Investitionshaushalt.
Wichtig, weil auch er Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze bringen kann . Es darf und kann auf Dauer nicht so sein, wie es sich in diesem 2004 Haushalt darstellt.
Ein historisch niedriges Investitionsvolumen. So gut wie keine neuen Maßnahmen, erkauft mit einer Neuverschuldung, die voll im Rahmen der von der Ratsversammlung gesetzten Höchstgrenzen liegt. Aber es gibt keine Impulse mehr für die heimische Wirtschaft.

Es gilt mehr denn je mit den wenigen Mitteln Schlüsselprojekte zu finanzieren, die die Stadt voranbringen. Zu diesen Projekten zählt ohne Zweifel das Science Center, als Ausbau der Phänomenta und der Neubau des städtischen Hallenbades.
Und die politischen Aussagen lassen auch keinen Zweifel daran, dass es notwendig sein wird in diese Projekte zu investieren.
Und selbst wenn es ein paar Leute gibt, die glauben, dass man gerade das nicht finanzieren kann so gilt auch hier der Spruch, dass wir uns nicht kaputt sparen dürfen.
Wir brauchen maß- und sinnvolle Investitionen. Die genannten Projekte sind für die Daseinsvorsorge und die touristische wie auch schulische Entwicklung des Oberzentrums Flensburg unverzichtbar.
Aber darauf kommen wir ja gleich noch mal beim Tagesordnungspunkt - Hallenbad.

Der Investitionsplan belegt auch, dass es noch immer nicht ausreichend gelingt städtisches Vermögen zu aktivieren. Schon vor 2 Jahren hat die Ratsversammlung dazu klare Beschlüsse gefasst, aber der Weg ist äußerst mühselig und nur kleine Erfolge sind bisher sichtbar. Es bleibt daher auch heute die Kritik, dass alles viel zu lange dauert und dass die erkennbaren Defizite aus dem eigenen Saft heraus wohl doch nicht gelöst werden können. Wir werden erneut darüber diskutieren müssen, ob nicht durch Ausgliederung und Verselbständigung dieser Verwaltungsteile schneller und erfolgreicher gearbeitet werden kann. Der Vorschlag eine Tochter der Flensburger Wobau zu gründen und die gesamte Liegenschaftsverwaltung dort zusammenzufassen erscheint mir nach wie vor ein erfolgreicher Weg zu sein. Aber das werden wir hoffentlich auch bis zur Sommerpause klären können.

Erwähnenswert ist auch das Thema Straßenbeleuchtung. Die im I- Plan eingestellten Mittel sind vom Finanzausschuss gesperrt worden, weil hier offenkundig in der Vergangenheit die Aufgaben nicht sorgfältig genug angegangen wurden. Eine Ausgliederung aus der allzuständigen Verwaltung und Spezialisierung in einer professionellen Gesellschaft oder als Abteilung in einer Tochtergesellschaft scheint überfällig. Hier steckt erhebliches Potential zur Haushaltsentlastung, das wir aktivieren müssen.

Meine Damen und Herren,
es gibt zum Haushalt noch so viel zu sagen, die Stadt- Umland Kooperation, die Verwaltungsstrukturreformen der Landesregierung, die dringend erforderliche Optimierung des Flensburger Verwaltungsaufbaus oder die seit Jahren schlummernde Personalentwicklungsplanung, die auch zur Ablösung des Berufsbeamtentums in allen Bereichen der inneren Verwaltung führen muss.
Ich belasse es bei der Erwähnung der Themen.

Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der städt Abteilungen für ihren hohen Arbeitseinsatz und die Unterstützung die gerade zum Umbau und zur Modernisierung der öffentlichen Verwaltung benötigt wird. Keiner wird um seinen Arbeitsplatz bangen müssen und da wo nachweisbar effizient und bürgernah gearbeitet wird, wird es von der SPD- Fraktion eine klare Unterstützung zur Aufgabenbewältigung geben.
Das haben wir auch in der Vergangenheit bewiesen.
Eine leistungsfähige öffentliche Stadtverwaltung ist ein unverzichtbarer Teil unserer Gesellschaft. Diejenigen, die noch nicht in diese moderne Verwaltung passen oder passen wollen, werden sich umstellen oder verändern müssen. Der Weg wird frei werden für eine andere Aufgabenerledigung mit mutiger und auch reformfreudiger politischer Führung.
Das werden hoffentlich auch die Bürgerinen und Bürger irgendwann akzeptieren und honorieren.
Ein besonderer Dank an die Kämmerei / zentrale Steuerungsunterstützung für die vertrauensvolle und fachkundige Begleitung in den letzten Wochen.

Ein schwieriger Haushalt steht zur Entscheidung an, aber noch schwierigere Entscheidungen sind in den nächsten Wochen zu treffen.
Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit.

Rolf Helgert
Fraktionsvorsitzender

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 05.03.2004, 13:35 Uhr - 778 Clicks - Nr. 132*

Zahlenspiele machen keinen Sinn



"Statt jede Woche neue Horrorzahlen über die Auswirkungen von Hartz IV in die Welt zu setzen, sollte Herr Möller sich hinsetzen und überlegen, wie die neuen Bestimmungen zu Gunsten der Kieler Arbeitslosen am besten umgesetzt werden können," reagiert der sozialpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Thomas Wehner auf die Äußerungen von Stadtrat Möller in den Kieler Nachrichten.
"Die Zahlenspiele machen derzeit überhaupt keinen Sinn. Teilweise - wie für das Optionsmodell - fehlen sogar noch die gesetzlichen Finanzierungsgrundlagen. Es gibt höchst unterschiedliche Berechnungsmethoden, die alle mehr oder weniger interessengeleitet sind: Vom Städteverband, vom Landkreistag und vom Bundeswirtschaftsministerium," erklärt Thomas Wehner weiter. "Natürlich soll der Bund die Kommunen entlasten. Zahlentricks helfen jetzt aber nicht weiter. Wir brauchen seriöse Daten, wenn wir - im zweiten Quartal vor dem von der Ratsversammlung beschlossenen sozialpolitischen Hearing - über das richtige Modell zu entscheiden haben. Deshalb will die SPD-Ratsfraktion dazu einen Antrag in der nächsten Ratsversammlung stellen."
"Allmählich gewinne ich aber den Eindruck, dass Herr Möller die angeblichen finanziellen Belastungen als Vorwand benutzt, um sich aus der Verantwortung wichtiger Aufgaben für den Arbeitsmarkt (KIBA, JAW, Café Mette) klamm und heimlich zu verabschieden. Das machen wir so nicht mit," erklärt Thomas Wehner abschließend.
***

Antrag

0264/2004
öffentlich
02.03.2004
Datum Gremium Antragsteller/in
Ö 11.03.2004 Ratsversammlung Thomas Wehner
Betreff:
Auswirkung von Hartz IV

Antrag:
Die Verwaltung wird gebeten:
1. Vergleichende Modellrechnungen möglicher Kostenbe- oder Kostenentlastungen für die Landeshauptstadt Kiel vorzunehmen, für den Fall der Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen der Bundesagentur für Arbeit und der Landeshauptstadt Kiel und für den Fall der Inanspruchnahme der Optionsmöglichkeit mit der vollständigen Zuständigkeit der Landeshauptstadt.
2. Umfragen bei den kreisfreien Städten und den Landkreisen Schleswig-Holsteins durchzuführen, wie diese die Umsetzung der Hartz-Gesetze vorsehen und deren (finanzielle) Auswirkungen ermittelt haben.
3. Stellungnahmen des Städteverbandes und des Landkreistages für Schleswig-Holstein einzuholen.
4. Die Ergebnisse sollen zum sozialpolitischen Hearing vorliegen.
Begründung:
Die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe gemäß Hartz IV beinhaltet unterschiedliche Handlungsoptionen für die Landeshauptstadt Kiel. Damit neben der fachlichen Debatte auch die finanzpolitischen Auswirkungen für die Landeshauptstadt abgewogen werden können, benötigt die Ratsversammlung entsprechendes Datenmaterial.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 05.03.2004, 13:43 Uhr - 896 Clicks - Nr. 133*

Fortsetzung von Fifty-Fifty



Energieeinsparung soll sich wieder lohnen - SPD fordert Fortsetzung von Fifty-Fifty

Der schul- und sportpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Bernd Vogelsang und die umweltpolitische Sprecherin Ulrike Körber-Krütgen erklären zu der Einstellung des Fifty-Fifty Programms durch die Haushaltsbeschlüsse von CDU und Grünen für 2004:

"Trotz vollmundiger Bekenntnisse von Schwarzgrün zur Klimaschutzstadt Kiel haben CDU und Grüne mit den Haushaltsbeschlüssen 2004 und der unkritischen Übernahme aller Verwaltungsvorlagen zur Einführung des Immobilienmanagements das Programm "Fifty-Fifty", das für die Kieler Schulen Anreize zum Energieeinsparen schaffte, beendet.

Fifty-Fifty hatte zum Ziel, dass die Kieler Schulen durch sparsamen Energieverbrauch ihr Schulbudget verbessern konnten. Die Einsparungen kamen je zur Hälfte den Schulen und der Landeshauptstadt Kiel zugute. Alles in allem ein langjährig erfolgreiches und bewährtes Energiesparprojekt.

Die SPD-Fraktion setzt sich in der nächsten Ratsversammlung dafür ein, dass CDU und Grüne ihrem Bekenntnis zum Klimaschutz Taten folgen lassen und unserer Forderung für ein erweitertes Konzept "Fifty-Fifty" zustimmen. Es sollen in Zukunft auch Kinder- und Jugendeinrichtungen einbezogen werden."

***

Antrag zur Ratsversammlung am 11.3.2004

Betreff:

Energieeinsparung an Kieler Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen (Fitiy-Fifty)

Antrag:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, ein neues Konzept für Energieeinsparungen an Kieler Schulen und Kinder- und Jugendeinrichtungen, spätestens bis zur Ratsversammlung im Juni 2004, vorzulegen.

Begründung:

Nachdem in den vergangenen Jahren mit dem Projekt "fifty-fifty" an vielen Kieler Schulen gute Erfolge erzielt werden konnten, ist jetzt mit der Einführung der Gebäudewirtschaft gerade dieses Erfolgsmodell eingestellt worden. Besonders an Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen wird durch den sparsamen Umgang mit den Ressourcen Energie, Wasser und Wärme ein vorbildhafter und prägender Effekt erzielt.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 05.03.2004, 14:43 Uhr - 986 Clicks - Nr. 134*

Markt und Wettbewerb fair gestalten



Stadt soll Tariftreuegesetz anwenden

Für die SPD-Ratsfraktion erklären Inge Lindner, Hans-Werner Tovar und der wirtschaftspolitische Sprecher Jürgen Hahn: "Die SPD-Fraktion fordert von der Oberbürgermeisterin, das Tariftreuegesetz bei der

Landeshauptstadt Kiel ab sofort umfassend anzuwenden.
Nur der Abfallwirtschaftsbetrieb ist momentan verpflichtet, bei Ausschreibungen sicherzustellen, dass die anbietenden Unternehmen ihre Beschäftigten nach den in Kiel geltenden Tarifbedingungen bezahlen.
Wir greifen mit dieser Ratsinitiative die immer wieder erhobenen Forderungen der Gewerkschaften, des DGB und der regionalen Wirtschaft auf. Die SPD-Ratsfraktion sieht die Landeshauptstadt Schleswig-Holsteins in der Verantwortung bei der Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen mit gutem Beispiel voran zu gehen.
In Schleswig-Holstein gilt das Tariftreuegesetz, das von der SPD, den Grünen und dem SSW gegen die CDU und die FDP im Landtag beschlossen wurde, für alle Behörden und Institutionen des Landes. Es sichert faire Wettbewerbsbedingungen, weil bei der Auftragsvergabe an Unternehmen darauf geachtet wird, dass die Beschäftigten nach den vor Ort geltenden Tarifen bezahlt werden und keine unfairen "Dumpingtarife" aus anderen Regionen zu niedrigen Angebotspreisen für Waren und Leistungen führen. Das Land hat die Städte und Gemeinden ermächtigt, über die Anwendung des Tariftreuegesetzes zu entscheiden. Mit dem Beschluss der Ratsversammlung wird das Tariftreuegesetz für die Kieler Verwaltung verbindlich und anwendbar."
***

Antrag zur Ratsversammlung am 11.3.2004

Betreff:
Tariftreuegesetz anwenden
Antrag:
Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, ab sofort für alle Vergaben ab einem geschätzten Auftragswert von 10.000 € das Gesetz zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen (Tariftreuegesetz) vom 07.03.2003, GVOBl. Schl.-H. 2003 Seite 136, anzuwenden.
Begründung:
Das Land Schleswig-Holstein hat das Tariftreuegesetz vom 07.03.2003 erlassen. Dieses Gesetz gilt für die Behörden des Landes, die ihr unterstehenden Körperschaften, ohne Gebietshoheit, die Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts und die Aufgabenträger des Schienenpersonennahverkehrs sowie die Abfallentsorgungswirtschaft. Das Gesetz sieht vor, dass die vorstehenden Behörden Aufträge über
Baumassnahmen, im Schienenpersonennahverkehr und in der Abfallentsorgung nur an Unternehmen vergeben dürfen, die das in Tarifverträgen vereinbarte Arbeitsentgelt am Ort der Leistungserbringung zahlen. Das Gesetz will Wettbewerbsverzerrungen entgegentreten und Belastungen für die sozialen Sicherungssysteme mildern. Der Landesgesetzgeber stellt den Kommunen frei, das Tariftreuegesetz anzuwenden und zwar auch über den Bereich der öffentlichen Bauaufträge, des Schienenpersonennahverkehrs und der Abfallentsorgungswirtschaft hinaus.
Die Landeshauptstadt Kiel bekennt sich zu den Zielen des Tariftreuegesetzes und übt die Option aus, dieses Gesetz im eigenen Bereich anzuwenden.
Die weitere Begründung erfolgt gegebenenfalls mündlich.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 06.03.2004, 21:20 Uhr - 4643 Clicks - Nr. 135*

Neugebauer: Kriminalitätsstatistik weist rückläufige Zahlen für RD-ECK aus

Eine unterschiedliche Entwicklung der Fallzahlen weist die jüngste Kriminalitätsstatistik des Landes für die Kreise und kreisfreien Städte aus. „Erfreulich ist der Rückgang der Zahlen im Kreis Rendsburg–

Eckernförde. Landesweit ist eine Steigerung von 2.5 Prozent zu verzeichnen. Im Kreis Rendsburg–Eckernförde dagegen wurden 1.567 Fälle weniger gezählt, das macht einen Rückgang von 7,7 Prozent aus," so der Rendsburger Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer in einer Pressemitteilung.
„Die Sicherheitslage ist landesweit stabil," erklärt Neugebauer weiter, „aber es ist nicht zu verkennen, dass insgesamt die Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen weiter zunimmt. Hiervon ist auch Rendsburg nicht ausgenommen." Nahezu 60 Prozent aller Raubtaten und 40 Prozent aller gefährlichen Körperverletzungen gehen landesweit auf das Konto von Jugendlichen unter 21 Jahren. Leicht rückläufig ist die Diebstahlkriminalität, gleichwohl ist aber jede zweite Straftat in Schleswig–Holstein ein Diebstahl. Die Aufklärungsquote insgesamt erfuhr in 2003 eine Steigerung von 47,7 Prozent und ist die höchste seit 10 Jahren. Gezielte Anstrengungen auf den Gebieten der Prävention und der Präsenz der Polizei sowie die Polizeiorganisationsreform haben hierzu beigetragen.
„Es gibt aber keinen Grund zur Selbstzufriedenheit. Insbesondere die Gewalt unter Jugendlichen bleibt das Problem Nummer eins. Die polizeilichen Maßnahmen wie
z. B. präventive Bemühungen an Schulen durch Konflikttraining, Ausbildung von Konfliktschlichtern und Anti-Aggressionstraining bleiben aber wirkungslos, wenn die gesamte Gesellschaft, hier besonders die Eltern, ihre Verantwortung nicht wahrnehmen", so Neugebauer, „ ein Patentrezept gegen Kriminalität gibt es jedoch nicht!"

Keine Kommentare

SPD-Wilster - *veröffentlicht am 07.03.2004, 18:57 Uhr - 2628 Clicks - Nr. 136*

Erster Bürgerentscheid Wilsters für den Erhalt der Stadtwerke gewonnen



Fast 80 % der abgegebenen Stimmen für den Erhalt der Stadtwerke Wilster als Eigenbetrieb - SPD-Wilster wurde in ihrer Haltung zu den Stadtwerken bestätigt
Schon an den Stimmzettelhaufen im Wahllokal "Altes Rathaus" der Stadt Wilster war es erkennbar: Die Bürgerinnen und Bürger haben sich bei guter Wahlbeteiligung mit großer Mehrheit für den Erhalt der Stadtwerke Wilster als kommunaler Eigenbetrieb ausgesprochen.
Auf dem Foto, das während der Auszählung am 07.03.2004 aufgenommen wurde, ist einer der gerade ausgewerteten Stimmzettel-Haufen abgelichtet: Vorne der kleine Stapel der CDU-Anhänger, die ohne Information der städtischen Gremien die Umwandlung der Stadtwerke in eine GmbH durchdrücken wollten, hinten der größere Haufen der Ja-Stimmen, die für den Erhalt der Stadtwerke als Eigenbetrieb votierten und damit die Position der SPD-Wilster eindrucksvoll unterstützten.
Das Ergebnis lautet:
Wahlberechtigte 3651,
abgegebene Stimmen 1672 (Wahlbeteiligung 45,8%),
mit Ja stimmten 1311 (78,7%),
mit Nein stimmten 355 (21,3%),
6 Stimmen waren ungültig.

Keine Kommentare

SPD-Rethwisch - *veröffentlicht am 08.03.2004, 15:35 Uhr - 378 Clicks - Nr. 137*

Schulbeförderungsgebühr

SPD Ortsverein Rethwisch geht in die Offensive gegen die geplante Schulbeförderungsgebühr

SPD Ortsverein Rethwisch geht in die Offensive gegen die geplante Schulbeförderungsgebühr.
In der letzten Zeit hieß es, wenn es an Ihrer Tür klingelte: „Schönen guten Tag, wir, der SPD Ortsverein Rethwisch, sammeln Unterschriften gegen die geplante Schulbeförderungsgebühr (SBG), bitte helfen Sie mit, das Vorhaben der CDU Kreistagsfraktion zu stoppen!“.
Wir fordern deshalb den Kreistag auf, die Planungen zur Erhebung einer Beförderungsgebühr von 30 Prozent des Fahrkartenpreises, maximal jedoch mit 10,-€ / Monat pro Kind, fallen zu lassen.
Allein 7705 SchülerInnen würden im Kreis Stormarn von dieser Beförderungsgebühr betroffen sein.
Die geplante Gebühr, stellt eine deutliche Benachteiligung der Bewohner im ländlichen Raum dar, deren Kinder für den Schulweg auf den Bus angewiesen sind.
Die geplante Gebühr ist sozial unausgewogen, weil weder die finanzielle Situation der Eltern, noch die Anzahl der Kinder berücksichtigt werden.
Wir fordern von dem Kreistag, die Einhaltung der damaligen Zusage, dass bei der Zusammenlegung der Schulen in Bad Oldesloe keine Kosten für die Eltern entstehen werden.

Jetzt geht es um Ihre Beteiligung!
Am 15. März 2004, um 18.00 Uhr, tagt der Schul- und Kinderausschuss (SKSA) des Kreistages Stormarn, in der Kreisverwaltung (Haus D, Zimmer 132), in der Mommsenstraße, Bad Oldesloe. Es wird unter dem Tagesordnungspunkt Nr. 3 die Entscheidung für oder gegen die SBG getroffen. Wir rufen deshalb alle Bürgerinnen und Bürger auf: kommen Sie mit zur Sitzung des SKSA, helfen Sie mit, die Schulbeförderungsgebühr zu verhindern. Die Kreistagsabgeordneten sollen für uns, für die Eltern und Familien,
Politik machen und nicht über uns hinwegentscheiden! Dies werden wir hier deutlich machen müssen!
Hierzu treffen wir uns zur Bildung von Fahrgemeinschaften am 15.03.2004, um 17.15 Uhr, vor dem Gemeinschaftshaus in Rethwisch.

Keine Kommentare

SPD-Rethwisch - *veröffentlicht am 08.03.2004, 15:45 Uhr - 380 Clicks - Nr. 138*

98 : 234

Rethwischer SchülerInnen gehen bei der Schulsuche leer aus!

98 : 234
Rethwischer SchülerInnen gehen bei der Schulsuche leer aus!
Leider ist es für die Rethwischer Eltern nicht einfach die eigenen Kinder auf der Integrierten Gesamtschule Bad Oldesloe (IGS) erfolgreich anzumelden. In den nächsten Tagen wird es leider viele Absagen bei der Anmeldung der Kinder auf der IGS geben. Die Situation stellt sich wie folgt da: Die IGS ist zur Zeit eine vierzügige Schule mit je 24 SchülerInnen in der 5. Klasse (gesamt 98), es liegen jetzt schon 234 Anmeldungen vor, und es besteht eine Empfehlungsquotierung von 1/3 HauptschülerInnen, 1/3 RealschülerInnen und 1/3 GymnasialschülerInnen. Weiter besteht die vernünftige Geschwisterregelung: Geschwister von IGS-Schülern haben ein Anrecht auf einen Platz.

Die Schulleitung benutzt letzten Endes bei der Auswahl für die wenigen Plätze ein rigoroses willkürliches Instrument: Die Entfernung zwischen Wohnort und der Schule sei letztes und vom Landesverband empfohlenes Entscheidungskriterium bei gleicher Eignung und Empfehlung. Das Einzugsgebiet ist auf einen Radius von 800 Meter um die IGS geschrumpft, d.h. Kinder aus Rethwisch, gehen leer aus!
Wir bemängeln hier deutlich, dass für unsere Kinder aus Rethwisch kein ausreichendes und attraktives Gesamtschulangebot zur Verfügung steht. Dieses ist eine unnötige Situation, weil das Land Schleswig-Holstein, einen Ausbau unserer Schulen mit 90% Fördermittel unterstützen würde, wenn sich der Schulträger (Bad Oldesloe), mit einem Eigenanteil von nur 10% beteiligt. Hier setzt unserer Meinung nach, der CDU-geführte Kreistag mit seinen übereifrigen Sparmaßnahmen ein falsches Signal! Es standen noch nie so viele finanzielle Fördermittel des Landes zur Verfügung. Hier ist ein schnelles Umdenken in der Politik notwendig, denn es geht darum, die Zukunft unserer Region zu sichern und die beste Zukunftssicherung ist die Investition in die Bildung unserer Kinder.

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 09.03.2004, 08:37 Uhr - 641 Clicks - Nr. 139*

Verantwortung für Junge übernehmen

Der Vorstand und die Kreistagsfraktion der SPD Dithmarschen sehen es als ihre Aufgabe, die Verhältnisse im Kreisgebiet so zu gestalten,

- dass für die Jüngsten ausreichend gute und von den Eltern bezahlbare Betreuungseinrichtungen vorgehalten werden, das Ziel ist eine kostenfreie KiTa.
- dass Schüler gute Lernbedingungen erhalten,
- dass ausreichend Ausbildungs- und Arbeitsplätze vorhanden sind und
- dass nach Abschluss des Berufslebens eine Infrastruktur mit zeitgemäßen Angeboten für unsere Senioren zur Verfügung steht.

Unser Kreisvorsitzender Detlef Buder (Büsum) hat unter der Überschrift Lernen für die Zukunft für die ersten drei Punkte Vorschläge erarbeitet, die auf dem Landesparteitag vorgestellt und abgestimmt werden sollen.

Kernpunkte sind:

- die Schaffung von bezahlbaren Ganztagsbetreungseinrichtungen, da gerade bei den Kleinsten der Grundstein für eine erfolgreiche Ausbildung gelegt werden kann.
- eine Ausbildung der ErzieherInnen in den KiTas auf europäischem Niveau, personelle Vernetzung von KiTa und Grundschule. Flexible Einschulungen auch zum Halbjahr.
- langfristig ein gemeinsamer Unterricht von der 1. bis zur 10.Klasse, entsprechend der europäischen Nachbarn. Differenzierung erst danach. Langsamer Übergang zur Ganztagsschule.
- höhere Autonomie der Schulen (Personal/Budget). Entlastung der Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben. Lehrerausbildung mit stärkerem Praxisbezug. Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Lehrern, Schülern, Eltern und Schulträger. Stärkere Qualitätskontrollen.
- gebührenfreies Erststudium. Keine Hochzugangsprüfungen oder vollständiges Auswahlrecht der Hochschulen. Langfristig eine elternunabhängige Studienförderung. Differenzierte Studiengänge/-abschlüsse damit diese international vergleichbar sind (Bachelor/Master). Größere Autonomie der

Hochschulen bei Budgetplanung und Mitteleinsatz. Leistungsüberprüfung der Lehrenden.
- Stärkung der Weiterbildungseinrichtungen sowie Vernetzung und Modularisierung von Bildungsangeboten damit lebenslanges Lernen möglich wird.

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 09.03.2004, 08:38 Uhr - 743 Clicks - Nr. 140*

Fünfte Kolonne

Ein Gespenst geht um in Dithmarschen, es heißt: kritischer, unabhängiger, fairer und kompetenter Journalismus. Kürzlich hat ein vermeintlicher Vertreter dieser Art eine Meinung-(smache) für die Marner Zeitung (Mittwoch, 21.01.2004, Seite 2, 'Auf ein Wort') geschrieben, in dem er einem anderen Gespenst auf die Spur gekommen zu sein angibt.

Dieses Gespenst heißt Sozialismus. Und vermeintlich geortet hat er es bei der SPD – im Bund, im Land, in den Kreisen und wohl auch in den Ortsvereinen. Nun sind die Genossen recht humorvolle Menschen und so wurde diese Veröffentlichung mit Reaktionen zur Kenntnis genommen, die von leicht hochgezogenen Augenbrauen bis zu nachsichtigem Kopfschütteln reichte.
Inhaltlich geht es vorgeblich um direkte Demokratie und die Nominierung von Kandidaten zur Landtagswahl. Hier moniert Christian Hauck das Verfahren: die Kandidaten würden von Delegierten gewählt und nicht von den Mitgliedern. Wie jemand Delegierter wird, verschweigt er (sie werden von den Mitgliedern gewählt). Wie eine Nominierung per direkter Wahl durch alle Mitglieder technisch durchgeführt werden soll, verschweigt er auch. Das eben dieses Verfahren der Übertragung von Entscheidungsverantwortung auf Abgeordnete sich hundert- und tausendfach in unserer parlamentarischen Demokratie wiederfindet und auch bewährt hat, verschweigt er wohlweislich ebenfalls. Selbstverständlich hat die Vorstellung von einer direkten Demokratie ihren Charme, nur, wer glaubt denn ernsthaft, dass es praktikabel wäre, alle Bürger über alle Fragen direkt entscheiden zu lassen?
Seine Vorwürfe in Richtung der SPD lauten: 'Kaderpartei', 'Propagandatricks' und '"gelenkte" Demokratie'. Damit stellt er sich in eine Reihe mit Menschen, die Begriffe wie 'Dolchstoß' und 'fünfte Kolonne Moskaus' prägten, und unterstellt der SPD (gewollt?) Strukturen, wie sie in sogenannten sozialistischen Parteien die Regel sind (bzw. waren) und erweist sich letztlich als Demagoge, dem kein Mittel zu schäbig ist, Hauptsache es bleibt 'was hängen'. Christian Hauck steht mit seiner Meinung weit jenseits unseres politischen Gegners, und wie ein Bekannter –selbst nicht in der SPD– sagte, am äußersten rechten Rand des politischen Spektrums.
Zurück zum Gespenst Journalismus. Kritisch soll Journalismus sein, kritisch heißt aber fundiert und sachlich. Unabhängig soll Journalismus sein und nicht nach dem Motto 'wes Brot ich ess, des Lied ich sing' verfahren. Fair soll Journalismus sein, Verleumdungen sind es sicher nicht. Kompetent soll Journalismus sein, von Sachkenntnis ungetrübte Beiträge gehören nicht dazu. So werden wir weiter nach dem Gespenst Journalismus suchen müssen, bei der Marner Zeitung es zu finden, sei Aufgabe für unsere Genossen und alle demokratischen Bürger in unserem Land.

Bernhard Band
Pressesprecher SPD-Dithmarschen

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 09.03.2004, 08:43 Uhr - 876 Clicks - Nr. 141*

Pflichtberatung für Ich-AG‘s

Mitglieder der AfA Dithmarschen nehmen an der AfA Bundeskonferenz vom 12. bis 14. März in Erfurt teil. Der Kreisvorstand hat zwei Anträge gestellt, die wir hier veröffentlichen möchten.

Pflichtberatung für Ich-AG´s

Die AfA-Bundeskonferenz fordert die Bundesregierung auf, in der Arbeitsmarktpolitik eine qualifizierte Pflichtberatung für Gründerinnen und Gründer von Kleinstunter-nehmen (so genannte Ich-AG´s) einzuführen.

Begründung:

Vor dem Hintergrund der gesetzlichen Regelungen im „dritten Gesetz zur Moderni-sierung des Arbeitsmarktes (Hartz III)“ braucht die Bundesagentur für Arbeit bei den Antragstellern/innen vor einer Förderung bei Gründung einer „so gennannten Ich-AG“ lediglich die Anmeldung eines Gewerbes zu berücksichtigen. Eine Beratung durch die BA oder Andere, wie bei ordentlichen Unternehmensgründungen erforderlich und üblich, ist hier nicht vorgesehen. Damit soll diese Förderart so unbürokratisch wie möglich gestaltet werden.

Die bisherige Praxis zeigt, dass sich die meisten Ich-AG‘s auf dem Niveau von Hausmeisterservice, Hundefrisör oder Ähnlichem bewegen. Die für ein Unternehmen erforderlichen Mindestqualifikationen sind sehr häufig nicht, oder nur unzureichend vorhanden. Eine Übersicht über die Art oder Branchen von Unternehmensgründun-gen als „Ich-AG“ gibt es nicht. Die Einkünfte sichern häufig nicht das gesellschaftliche Existenzminimum. In vielen Fällen werden die Zuschüsse der BA, welche die Finan-zierung der Sozialversicherung absichern sollen, für den notwendigsten Lebensun-terhalt verwendet. Die Gefahr ist groß, dass hier die Schwächsten der Unterneh-mensgründer/innen aus Arbeitslosigkeit nach Ablauf der Förderung verschuldet und gescheitert in die Arbeitslosigkeit zurückkehren.

Einführung gesetzlicher Mindestlohn

Die AfA-Bundeskonferenz fordert die Bundesregierung auf, zur Bekämpfung von „Armutslöhnen“ einen Gesetzentwurf zur Einführung von gesetzlichen Mindest-löhnen mit ausreichendem Abstand zur Sozialhilfe zu erarbeiten. Dieser sollte sich auf die Branchen konzentrieren, in denen prekäre Beschäftigungsverhältnisse häufig sind oder große Teile der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keinem Tarifvertrag unterliegen. Die zuständigen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbän-de sind angemessen zu beteiligen. Der Gesetzentwurf sollte bis zum Herbst 2004 zur Beratung vorgelegt werden.

Begründung:

Mit dem Inkrafttreten der „Gesetze zur Reform des Arbeitsmarktes“ (Hartz III und IV) sind legale Arbeitsverhältnisse auch mit Einkommen unterhalb der Sozialhilfe-schwelle zumutbar. Mit diesen Regelungen wurde weiterem Lohndumping Tür und Tor geöffnet. Arbeitseinkommen aus

Vollzeittätigkeit muss aber die Existenz
sichern können.

Tatsache ist, dass sich in einigen Branchen (z.B. Dienstleistungen und in Kleinst-unternehmen) Menschen aus unterschiedlichen Motiven; wie aus Angst um ihren Arbeitsplatz, Befristungen usw. nicht gewerkschaftlich organisieren. Dort greift
also die Tarifautonomie nicht. Es entstehen Hungerlöhne, die nicht einmal das gesellschaftliche Existenzminimum sichern können.

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 09.03.2004, 11:09 Uhr - 954 Clicks - Nr. 142*

Grüne Gentechnik - Fluch oder Segen?

Der SPD Kreisverband lädt zu einer Podiumsdiskussion zur grünen Gentechnik am 23.03. in Meldorf ein. U. a. wird Umwelt- und Landwirtschaftsminister Klaus Müller aud dem Podium sein.
Grüne Gentechnik – Fluch oder Segen?

Der Entwurf für ein neues Gentechnik-Gesetz wurde im Februar vom Bundeskabinett gebilligt. Verantwortliche Bundespolitiker meinen, dass die Interessen der Forschung und des Verbraucherschutzes in ein ausgewogenes Verhältnis gebracht wurden. Jedoch hagelt es Kritik von allen Seiten. Weder die Gegner noch die Befürworter der Grünen Gentechnik sehen ihre Interessen und Ziele durch den Gesetzentwurf gewahrt.

Vor allen Dingen bei den Verbrauchern ist eine große Verunsicherung zu spüren und wir stellen uns die Frage:
Was kommt da auf uns zu?

Deshalb möchten wir Sie als kritischen und fachkompetenten Bürger herzlich einladen, bei einer Podiumsdiskussion mit weiteren Fachleuten ins Gespräch zu kommen.

Als Podiumsgäste sind eingeladen:

Klaus Müller
Minister für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft
Rainer Carstens
Bioland-Landwirt aus Friedrichsgabekoog
Hans-Peter Witt
Vorsitzender des Kreisbauernverband Dithmarschen
Henning Strodthoff
Greenpeace e. V., Hamburg
Torsten Worm
Pastor, Ev.-Luth. Kirchengemeinde Nordhastedt
Norddeutsche Pflanzenzucht, Hohenlieth - angefragt

Wir treffen uns am

Dienstag, dem 23. März 2004 um 19.30 Uhr
in Meldorf, Hotel „Zur Linde“, Südermarkt 1

und freuen uns auf einen informativen Abend.

Wilhelm Malerius
Mitglied des Landtages

Angelika Hansen-Siebels
stellv. SPD-Kreisvorsitzende

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 09.03.2004, 11:14 Uhr - 1025 Clicks - Nr. 143*

Generationengerechtigkeit - nur ein Schlagwort oder eine große Herausforderung?

Die Arbeitsgemeinschaft AG 60 plus aus Dithmarschen veranstaltet unter diesem Titel am 18. März eine Podiumsdiskussion im Stadttheater Heide, Beginn 19 Uhr.

Die Begrüßung werden Angelika Hansen-Siebels (Kreisvorstand) und Klaus Steinschulte (Kreisvorsitzender AG 60 plus) vornehmen.
Nach einem Eröffnungsvortrag von Franz Thönnies, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, werden unter der Leitung von Gerhard Wagner, Chefredakteur der Dithmarscher Landeszeitung, folgende Fragen diskutiert:

- Wo ist der 'Rote Faden' der sozialen Gerechtigkeit?
- Müssen Rentner und Pensionäre sich auch 2005 auf eine Nullrunde oder gar Kürzung der Rente/Pension einrichten, weil der 'Nachhaltigkeitsfakor' wirksam wird?
- Werden wir langfristig eine Rente oder Pension nach Kassenlage bekommen?
- Warum werden bei der sogenannten 'Gesundheitsreform' nur die Patienten belastet?

Als Podiumsgäste haben zugesagt: Cornelie Sonntag-Wolgast (MdB), André Bretzke (Juso-Kreisverband Dithmarschen), Cord Hohls (AstA-Vorstand der FH Westküste), Lothar Dufke (Sozialverband Deutschland), Anneliese Peters (AG 60 plus in der SPD) und Franz Thönnies.

Klaus Steinschulte, der intensiv an der Vorbereitung gearbeitet hat, möchte mit dieser Veranstaltung vor allem eines erreichen: "Der Dialog zwischen jung und alt muss angeregt werden. Ich denke, das es einen Generationenkonflikt gar nicht gibt, sondern dieser von den Medien herbeigeredet ist. Alle Menschen, mit denen ich gesprochen habe, haben mir dies bestätigt, Junge und Alte. Deshalb habe ich bei der Zusammensetzung des Podiums besonders darauf geachtet, Teilnehmer aus allen Altersgruppen einzuladen. Die jüngsten Reformen betreffen uns alle, wir wollen ein Zeichen setzen, dass wir bei aller Verärgerung weiterhin den Dialog suchen und gemeinsam mit den Bürgern und den verantwortlichen Politikern tragfähige und sozial gerechte Lösungen entwickeln wollen."

Der Kreisvorstand der SPD-Dithmarschen unterstützt die Veranstaltung der AG 60 plus einmütig und

betont, dass bei allen Anstrengungen, die derzeit unternommen werden, um 'das Boot wieder flott zu machen', die soziale Balance gewährleistet bleiben und die Leistungsfähigkeit jedes Einzelnen berücksichtigt werden muss.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 09.03.2004, 15:20 Uhr - 728 Clicks - Nr. 144*

Endlich Klarheit bei Brunnendebatte



"Endlich hat sich schwarz-grün zu einer Entscheidung für die Wasserinstallation von Jeppe Hein durchgerungen und dieses unsägliche Trauerspiel der letzten Wochen beendet." erklären Cathy Kietzer und Cai-Uwe Lindner für die SPD-Ratsfraktion.
Bei dem seit Wochen schwelenden Streit in der Kooperation haben sich die GRÜNEN durchgesetzt. Nach dem Motto "Steter Tropfen höhlt den Stein" haben sie mit mehreren Vertagungs- und Zurückstellungsanträgen im Bauausschuss bewirkt, dass die CDU in einem leidvollen Prozess nacheinander allen Variationen bei diesem Thema zugestimmt hat, bis sie der grünen Forderung jetzt nachgegeben haben. Nachdem die CDU zum Jahreswechsel noch einen Abbruch aller Brunnenbaumaßnahmen aus finanziellen Gründen forderte, hatte sie zuletzt als kleineres Übel die Klapper-Variante befürwortet. Auf Druck des grünen Partners stimmt sie nun der bislang für sie inakzeptablen Wasserinstallation von Jeppe Hein zu.

Kunstbeiratsmitglied Cathy Kietzer hatte für die SPD herausgestellt, dass die Entscheidung auf einer klaren Kostendarstellung erfolgen müsse. Zuletzt wurden die Kosten für die Wasserinstallation deutlich gemindert und es wurden außerdem von Sponsoren und vom Kunstbeirat zusätzliche Finanzierungsbeiträge in Aussicht gestellt. Vor diesem Hintergrund unterstützt auch die SPD den Beschluss des Kunstbeirates für den Bau der Wasserinstallation von Jeppe Hein. Cai-Uwe Lindner bekräftigt, dass bereits im Bauausschuss am 4. März 2004 diese Entscheidung hätte getroffen werden können. Dort gab es aber aus Rücksichtnahme auf den jeweiligen Kooperationspartner keine Entscheidung von schwarz-grün.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 09.03.2004, 15:44 Uhr - 812 Clicks - Nr. 145*

Eltern in Not! - Verwaltung muss Verlässlichkeit bei Kinderbetreuung schaffen



Der schul- und sportpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Bernd Vogelsang und die jugendpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Gesa Langfeldt erklären zum Ratsantrag "Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen":
"Viele Kieler Eltern mit schulpflichtigen Kindern und Betreuungsbedarf in Kindertagesstätten oder Betreuten Grundschulen sind zur Zeit hochgradig verunsichert ob sie zum neuen Schuljahr/Kindergartenjahr, das ab dem 1.8.2004 beginnt, einen bezahlbaren und geeigneten

Betreuungsplatz finden. Berufstätige Eltern und alleinerziehende Mütter und Väter sind wegen der Untätigkeit und der fehlenden Informationspolitik der Oberbürgermeisterin und des Sozialdezernenten in Not. Sie wissen nicht, ob sie erwerbstätig sein können, weil die Betreuungssitation für ihre Kinder ungeklärt ist.
Im Mai 2003 wurde die Oberbürgermeisterin aufgefordert, eine Planung für den Bereich Kinderbetreuung und Bildung für die Landeshauptstadt Kiel vorzulegen. Die Rahmenbedingungen zur Einführung der Verlässlichen Grundschule und für die Förderung von Betreuungsangeboten an Verlässlichen Grundschulen liegen bereits seit Juni 2003 vor. Es fällt einem schwer zu glauben, dass es der Verwaltung bis jetzt nicht gelungen ist en Konzept zu erarbeiten. Die SPD-Fraktion erwartet, dass die Oberbürgermeisterin die Sorgen und Nöte der Eltern ernst nimmt und bis zum Ende der Frühjahrsferien Klarheit über die Betreuungssituation in den Kindertagesstätten und den Grundschulen schafft."
***

Antrag zur Ratsversammlung am 11.03.2004
Antrag:
Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert:
1. Den Plan für die Umsetzung der von der Bundesregierung und der Landesregierung beschlossenen Vorhaben im Bereich der Kinderbetreuung und Bildung für die Landeshauptstadt Kiel spätestens bis zur Ratsversammlung im Juni vorzulegen.
2. Ein Konzept zur Einführung der Verlässlichen Grundschule und von Betreuungsangeboten an Verlässlichen Grundschulen bis zur Ratsversammlung im April zur Entscheidung vorzulegen.

Begründung:
Bereits am 08.05.2003 (Antrag 0184/2003) hat die Selbstverwaltung einstimmig die OB aufgefordert, einen Plan für Kinderbetreuung und Bildung vorzulegen. Leider ist bis heute dieser wichtigen Aufgabe von der Verwaltung nicht ausreichend Rechnung getragen worden. Das Programm der Bundesregierung "Zukunft, Bildung und Betreuung" läuft bereits seit 2003. Ein Kieler Konzept für Offene Ganztagsschulen fehlt bis jetzt und es zeichnet sich auch nicht ab.
Bereits seit Sommer 2003 wurde durch die Landesregierung die Einführung der Verlässlichen Grundschule und die Förderung von Betreuungsangeboten an Verlässlichen Grundschulen in Kiel festgelegt. Die bereitgestellten Mittel für die Fachberatung für Betreute Grundschulen haben nicht den erhofften Erfolg gebracht. Weder Kosten noch Rahmenbedingungen für diesen Bereich sind bis jetzt vorgestellt worden.
Wie auch die Anhörung der SPD zur Verlässlichen Grundschule und zur Schulkinderbetreuung gezeigt hat, besteht dringender Handlungsbedarf, um Planungssicherheit bei den Erziehungsberechtigten und bei den Schulen herzustellen. Wer arbeitet oder Aussicht auf Arbeit hat, muss spätestens bis zu den Sommerferien wissen, wie seine Kinder mit Beginn des neuen Schuljahres betreut werden.

Keine Kommentare

SPD-Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 09.03.2004, 16:11 Uhr - 3770 Clicks - Nr. 146*

Arbeitsmarktpolitik für Frauen: Spezialisierte Infrastruktur nutzen!

Anna Schlosser-Keichel, Jutta Schümann und Renate Gröpel:

Arbeitsmarktpolitik für Frauen: Spezialisierte Infrastruktur nutzen!
Anlässlich ihres Besuchs im Frauennetzwerk am heutigen Internationalen Frauentag erklären die SPD-

Landtagsabgeordneten Anna Schlosser-Keichel, Jutta Schümann und Renate Göpel zur Arbeitssituation von Frauen:
Frauen und Männer haben vielfach unterschiedliche Anforderungen an die Arbeitsmarktpolitik. Für Frauen kommt es nach wie vor darauf an, zunächst einmal Existenz sichernde Tätigkeiten aufzunehmen. Zwar ist inzwischen fast die Hälfte aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiblich. Das ist ein großer Erfolg. Allerdings verdienen auch die in Vollzeit beschäftigten Arbeitnehmerinnen noch immer rund 30% weniger als ihre männlichen Kollegen. Zudem sind viele Frauen in Teilzeit-Jobs und haben damit noch weniger Geld zur Verfügung. Ein Einkommen, das während der Zeit der Berufstätigkeit kaum den Lebensunterhalt sichert, lässt keine Spielräume für zusätzliche Altersvorsorge – damit ist Armut im Alter schon programmiert.

Auch bei den Existenzgründungen gilt nach wie vor: Frauen gründen eher klein, Männer eher groß. Daher benötigen Frauen oft andere Finanzierungsinstrumente als Männer, andere Entwicklungskonzepte und andere steuerliche Beratungsleistungen. In Kenntnis dieser Unterschiede verfügen wir in Schleswig-Holstein über eine gut ausgebaute, spezialisierte Beratungsinfrastruktur, die in der Lage ist, die Anforderungen von Frauen an ihre berufliche Existenz – als Arbeitnehmerin ebenso wie als Unternehmerin – zu berücksichtigen und sich auf die besonderen Interessen von Frauen zu konzentrieren. Die Bilanz für Frauen fällt daher bei uns durchweg positiv aus.

Vor diesem Hintergrund sehen wir die neue Ausschreibungspraxis der Bundesagentur für Arbeit mit Besorgnis. Maßnahmen werden künftig bundesweit ausgeschrieben mit der Folge, dass Anbieter auf den Markt drängen, die zwar möglicherweise über ein hohen Maß an Erfahrung in der Eingliederung Arbeitsloser verfügen, jedoch mit der Infrastruktur vor Ort nicht vertraut sind.

Wir fordern: Regionale Besonderheiten, wie das in Schleswig-Holstein vorbildlich ausgebaute Netz von Frauenberatungsstellen, müssen künftig bei den Ausschreibungen wieder eine größere Rolle einnehmen, damit die spezialisierte Infrastruktur vor Ort genutzt werden kann.

Kiel, 09.03.2004

Keine Kommentare

SPD-Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 09.03.2004, 16:17 Uhr - 4597 Clicks - Nr. 147*

Holger Astrup: Arbeit der Jugendaufbauwerke zunächst gesichert

„Nach bundesweiten Protesten auf ein Urteil des OLG Düsseldorf, darunter auch aus dem Sozialausschuss des Landtages, hat die SPD-Bundestagsfraktion sehr schnell reagiert und mit der Bundesagentur für Arbeit (BA) eine veränderte Vergabepraxis vereinbart. Für diese schnelle Initiative danken wir vor allem auch im Namen der Jugendaufbauwerke (JAW) im Kreis Schleswig-Flensburg!“ teilten der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagfraktion Holger Astrup und der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Ingo Degner in einer gemeinsamen Presseerklärung mit.

Hintergrund der Aktionen war ein Urteil des Vergabesenats des OLG aus dem Dezember des vergangenen Jahres. Nach diesem Urteil sollen sich z.B. die Jugendaufbauwerke nicht mehr in Konkurrenz zu privaten Trägern an Ausschreibungen für Maßnahmen der Arbeitsförderung beteiligen dürfen. „Das hätte zur Folge, dass sich unsere JAW in Schleswig und in Süderbrarup, die sich in herausragender Weise gerade um die Jugendlichen kümmern, die einer besonderen Betreuung

bedürfen, aus dem Rennen gewesen wären“, erläuterten Astrup und Degner weiter. Nach dem Gespräch mit der SPD-Bundestagsfraktion hat sich die BA jetzt bereit erklärt, durch kleinere Lose sowie durch die Beteiligung der örtlichen Arbeitsagenturen und längere Ausschreibungsfristen deutlich mehr Rücksicht auf regionale Belange zu nehmen. Davon werden im Interesse der benachteiligten Jugendlichen die JAW in Schleswig-Holstein ebenso profitieren wie von der veränderten Praxis bei der Ausschreibung selbst: Zukünftig soll es für gemeinnützige Träger und für gewerbliche Anbieter zwei getrennte „Ausschreibungskreise“ geben, so dass die JAW, die sich weitgehend in kommunaler Trägerschaft befinden, jetzt wieder aufatmen können. „Andernfalls hätte die Gefahr bestanden, dass unsere JAW im Lande mit ihren fast 600 Arbeitsplätzen und ihrer landesweiten Bedeutung für die Ausbildung ausgerechnet vor Beginn des Maßnahmejahres 2004/2005 in Schwierigkeiten bis hin zur Schließung hätten kommen können“, erläuterte Astrup die Brisanz dieses Urteils gerade für Schleswig-Holstein. „Auch wenn das Urteil nach dieser Vereinbarung jetzt nicht mehr so relevant zu sein scheint, wäre eine gesetzliche Änderung die beste Lösung!“ appellierte Ingo Degner an den Bund.

Holger Astrup teilte abschließend mit, dass die zuständige Landtagsabgeordnete Anna Schlosser-Keichel und er selbst sich auf Anregung der Ortsvereinsvorsitzenden Regina Burgwitz auf einen Termin beim JAW Süderbrarup unmittelbar nach den Frühjahrsferien vorbereiten, um mit ihrem Besuch auch vor Ort diese wichtige Arbeit zu würdigen.

Kiel, 08.03.2004

Kommentar von Martin Preuschhof vom 11.03.2004, 08:15 Uhr:
Benachteiligten helfen
Hallo Holger, hallo Anna,

das Ihr Euch für die gerade so sehr benachteiligten Menschen einsetzt, die zum JAW kommen, weil ihnen bei dem Start ins Berufsleben nicht die vollen Trauben in den Mund wachsen, sondern sie eben am hinteren Ende der Reihe stehen finde ich sehr wichtig.

Euer Einsatz ist gut und wichtig. Es wird ja gerne über Studium usw. geredet (ist ja auch wichtig) aber über die Erhaltung der JAW 's wurde bisher wenig bis nichts gesagt.

Macht weiter so, junge Menschen, die so einen guten Weg in ihr Erwachsenenleben finden werden Euch das danken.

Martin Preuschhof, Norderstedt

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 10.03.2004, 12:23 Uhr - 783 Clicks - Nr. 148*

SPD für Vermittlung bei Gaststätte Margaretental



Thomas Wehner, Suchsdorfer SPD-Ratsherr und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion, will mit einer kleinen Anfrage in der Ratsversammlung von der Verwaltung wissen, ob die aktuelle Situation um die Gaststätte Margaretental im Rathaus bekannt ist:
"Seit langer Zeit besteht Unklarheit über die Zukunft des beliebten Ausflugslokals Margaretental. Die Verwaltung soll Stellung nehmen, ob sie Möglichkeiten sieht, dabei zu helfen, das ehemals beliebte Ausflugsziel in Suchsdorf wieder zum Leben zu erwecken."

***
Kleine Anfrage

0269/2004
öffentlich
02.03.2004
Datum Gremium Fragesteller/in
Ö 11.03.2004 Ratsversammlung Thomas Wehner
Betreff:
Gaststätte Margarethental

Kleine Anfrage:

1. Ist der Verwaltung der gegenwärtige Sachstand der Rechtsauseinandersetzungen um die Gaststätte Margarethental in Suchsdorf bekannt?
2. Wenn ja, wie ist der Sachstand? (Wer ist Eigentümer, wer ist Pächter?)
3. Gibt es Möglichkeiten der Verwaltung, die Angelegenheit so zu beeinflussen, dass die Gaststätte zu ihrem ursprünglichen Zweck als beliebtes Lokal wieder genutzt werden kann und was hat die Verwaltung hierfür gegebenenfalls unternommen?

Keine Kommentare

SPD-Glücksburg - *veröffentlicht am 10.03.2004, 17:29 Uhr - 1493 Clicks - Nr. 149*

Sieg der Vernunft !

Ein von der CDU Fraktion eingebrachter Antrag zu den TOP der Stadtvertretersitzung vom 9. März 2004
betr. der Änderung des Flächennutzungsplanes für das Nahversorgungszentrum; hier Aufstellungsbeschluss und betr. dem Bebauungsplan des Nahversorgungszentrums; hier den Aufstellungsbeschluss für einen vorhabenbe-zogenen B-Plan beinhaltete die Nichtbehandlung der genannten TOP und schlug als neuen Termin die am 15. Juni 2004 stattfindende Stadtvertretersitzung vor.
Als Begründung wurde eine fehlende Untersuchung im innerstädtischen Kernbereich von Glücksburg auf alternative Standorte für die Ansiedlung eines Discounters;insbesondere auf ein fehlendes Leerraum-managment für den Innenstadtbereich angeführt.
Der Fraktionsvorsitzende der SPD Dr. Rolf Glawischnig begrüßte diesen Antrag und verwies in diesem Zusammenhang auf die kritischen Anmerkungen der SPD Mitglieder im Bauausschuss, die in der Sitzung vom 28. Januar 2004 geschlossen gegen das Vorhaben an der Flensburger Straße stimmten.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 10.03.2004, 19:01 Uhr - 4587 Clicks - Nr. 150*

MdB Ulrike Mehl: Gleichstellung von Frau und Mann

Am Montag dieser Woche war der Welttag der Frauen. Ein Anlass, um Bilanz zu ziehen und zu schauen, welche Ziele im aktuellen politischen Diskurs nicht aus den Augen verloren werden dürfen. Denn eines ist klar, die Forderung nach Gleichstellung für Frauen hat nichts von ihrer Aktualität verloren hat.
Chancengleichheit beim Erwerb von Bildung, bei der Ausbildung, der Berufswahl und –tätigkeit, der

Entlohnung und in der Familie bleiben Themen und Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Zentraler Punkt aller Bemühungen ist und bleibt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
Vor dem Hintergrund der demographischen Trends bewertet ein vom Bundesfamilienministerium in Auftrag gegebenes Gutachten die ökonomischen Konsequenzen der Bevölkerungsentwicklung und entwickelt die Notwendigkeit einer auf die Balance von Familie und Beruf orientierten nachhaltigen Familienpolitik. Der internationale Vergleich zeigt: In anderen europäischen Ländern gibt es nicht nur deutlich mehr Kinder, gleichzeitig weisen diese Länder eine geringere Familienarmut, bessere Bildungsergebnisse und eine höhere Frauenerwerbsquote auf. Zwar liegt Deutschland, was die direkten Transfers betrifft, unter den OECD-Staaten auf einem der vorderen Ränge, aber die Aufwendungen für frühkindliche Bildung und Betreuung zählen international zu den eklatant niedrigen. Einen Lösungsansatz sieht das Gutachten daher in der intelligenten Kombination von unterstützender Infrastruktur durch Kinderbetreuung und einer besseren Balance von Familie und Arbeitswelt. Fazit: Nachhaltige Familienpolitik hat erstens eine höhere Geburtenrate und zweitens die Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen zum Ziel.
Frauen sind heute so gut ausgebildet wie nie zuvor, Frauen in Führungspositionen sind aber immer noch eine seltene Spezies. Und sie verdienen nach wie vor zwischen 25 bis 30 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Außerdem sind sie häufig in niedrigeren Gehaltsstufen eingruppiert und wesentlich häufiger in Teilzeit beschäftigt als Männer. Der damit verbundene geringere Lohn führt später natürlich auch zu geringeren Rentenansprüchen. Gleichheit in der Bezahlung ist daher eines der wichtigsten Ziele, das aber nicht allein von der Politik erreicht werden kann. Hier sind die Tarifparteien aufgefordert endlich aktiv zu werden. Dort, wo wir selbst gleiche Bezahlung herstellen können, werden wir handeln. Der Bundesangestelltentarif wird zurzeit überarbeitet und geschlechtsneutral gestaltet.
Was Politik schaffen kann, sind Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, durch aktive Maßnahmen Familie und Erwerbstätigkeit besser zu vereinbaren. Dies ist nicht nur eine Frage der Geschlechtergerechtigkeit, sondern auch der Generationengerechtigkeit. Vier Milliarden Euro investiert die Bundesregierung in den Ausbau von Ganztagsschulen. Außerdem soll die Betreuung von Kindern bis zu drei Jahren – in Zusammenarbeit mit den Kommunen – ausgebaut werden.
Ein Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) gibt erstmals differenzierte Auskunft über die Relation von Investitionskosten und indirektem Gewinn beim Ausbau von Kindertageseinrichtungen. Neben den Kosten können erhebliche Einnahme- und Einspareffekte für die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungsträgern nachgewiesen werden. Sie sind darauf zurückzuführen, dass erstens erwerbswillige Mütter, die aufgrund einer besseren Kinderbetreuung einer Erwerbstätigkeit nachgehen können, Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zahlen, dass zweitens mehr allein erziehende Mütter, die heute Sozialhilfe beziehen, erwerbstätig sein können und dass drittens Kindertageseinrichtungen mehr Personal beschäftigen. Insgesamt bewegen sich die möglichen Mehreinnahmen durch den Ausbau der Kindertageseinrichtungen sowohl im Bereich der Einkommenssteuer als auch im Bereich der Sozialversicherung in Milliardenhöhe.

Keine Kommentare

SPD-Steinburg - *veröffentlicht am 10.03.2004, 19:41 Uhr - 7392 Clicks - Nr. 151*

Bericht aus der Kreistagsfraktion: Ein Silberstreif am Horizont

Mit großer Erleichterung informierte Ludolf Westphal die Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion über eine Pressemitteilung aus Berlin, nach der sich für den Fortbestand der Jugendaufbauwerke in Kellinghusen und Oelixdorf jetzt ein Silberstreif am Horizont abzeichne.

Noch vor wenigen Wochen waren sie durch einen Beschluss des OLG Düsseldorf vom 23. Dezember 2003 in ihrer weiteren Existenz gefährdet. Die Richter hatten entschieden, dass sich Einrichtungen in öffentlicher oder gemeinnütziger Trägerschaft aus wettbewerbsrechtlichen Gründen nicht mehr an den Ausschreibungen von Maßnahmen zur Benachteiligtenförderung junger Menschen der Bundesagentur für Arbeit beteiligen dürfen.
Dieser Beschluss hätte in seiner Konsequenz das zwangsläufige Aus für die Jugendaufbauwerke im Kreis Steinburg bedeutet. Daneben wären auch andere Bildungsträger im Lande wie beispielsweise die Volkshochschulen betroffen gewesen.
Die damit verbundene einschneidende Veränderung der heimischen Trägerlandschaft veranlasste bereits im vergangenen Jahr die politisch Verantwortlichen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene parteiübergreifend initiativ zu werden.
Ein Resultat dieser gemeinsamen Bemühungen waren erfolgreiche Gespräche zwischen der SPD-Bundestagsfraktion und der Bundesagentur für Arbeit, die verbindlich zusagte, künftig auch kleine regionale Bildungseinrichtungen in öffentlicher oder gemeinnütziger Trägerschaft bei der Auftragsvergabe zu berücksichtigen.
Damit ist der Beschluss des OLG Düsseldorf zunächst nicht mehr relevant. Ferner spricht sich Klaus Brandner, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, nachdrücklich für eine Änderung der VOL/A zu Gunsten der Jugendaufbauwerke aus.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 10.03.2004, 19:59 Uhr - 1587 Clicks - Nr. 152*

SPD-Engelsby Müssen alle Mieter hier bald raus?

der SPD- Ortsverein Engelsby plant für Dienstag, den 6. April eine Bürgerversammlung zum Thema:

Muss ich aus meiner Wohnung ausziehen, wenn meine Mietwohnung in eine Eigentumswohnung umgewandelt wird?

Anlass für die Bürgerversammlung ist der von der BIG-Heimbau AG Kiel geplante Verkauf von Mietswohnungen im Trögelsbyer Weg und den damit verbundenen Sorgen und Verunsicherungen bei den Mietern. Näheres werden wir hier in Kürze veröffentlichen.

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 11.03.2004, 06:29 Uhr - 5659 Clicks - Nr. 153*

Leserbrief v. Heiner Köncke

"Nutzt die CDU ihre Mehrheiten aus?"
Norderstedter Zeitung v. 06.03.2004

Herrn Storjohann scheint einiges entgangen zu sein, was wir der CDU mittlerweile kreisweit zu verdanken haben. In Segeberg wird die Sparkasse durch dubiose Finanzgeschäfte gegen die Wand gefahren und die Fusion zur Kreissparkasse Südholstein wird dann durch die letzten Rücklagen des Kreis Segeberg abgesichert, abgenickt durch die CDU Kreistagsfraktion. Völlig unnötig, dass sich dreist

an Millionen EURO aus öffentlicher Kasse vergriffen wird, zumal jeder weiß, dass die Sparkassengesellschaft hätte einspringen müssen. Nur dann muss man sich Kontrollen gefallen lassen, das mögen einige bestimmte Damen und Herren offenbar nicht.
In Henstedt-Ulzburg wird größenwahnsinnig ein weiterer Autobahnanschluss geplant, gegen die eigenen Wahlkampfaussagen. Erst massive und sachlich fundierte Proteste lassen dieses Projekt offenbar verschwinden. Jetzt sollen Bäume abgeholzt werden, für wirtschaftliche Interessen einiger Bürger. Der Bürgerwille interessiert die CDU wieder einmal nicht. In Norderstedt hatte die CDU wider besseres Wissen die Umwandlung der Stadtwerke angezettelt, die Bürger haben ihr eine schallende Ohrfeige verpasst. Die unnötigen Kürzungen der Norderstedter CDU im sozialen und kulturellen Bereich braucht man nicht erwähnen. Dagegen stehen unsinnige Prestigeobjekte, die einige CDU-Leute unbedingt umsetzen wollen. Für den geplanten unrealistischen Autobahnanschluss sind € 50.000 für die ersten Planungen eingestellt, die einfach so in die Luft geblasen werden. Dafür hätte man sehr lange das Kulturcafé erhalten können und das Seniorencafé wie gehabt bezuschussen können. Bürgermeister Grote stellt sich vor die Presse und lobt die Bürgerinitiativen, zum Beispiel den Erhalt der letzten ursprünglichen Heidelandschaft. Nur kurze Zeit später enthüllt eben dieser Herr Grote gegenüber der Presse seine Ideen für eine Landesgartenschau, die mitten in dieser Heidelandschaft entstehen soll. Das ist Doppelgesichtigkeit. Und woher sollen die mindestens 10 Millionen ?! Euro für ein solches Prestigeobjekt kommen, wenn nicht einmal mehr für die Tasse Kaffee der Senioren ein Paar Euro da sein sollen? Bürgermeister Grote jagt sein 100-Punkte-Programm durch das Rathaus und hält sich geschickt im Hintergrund. Das glaubt er zumindest, denn die Bürger wissen schon längst, wer hinter all diesen CDU-Aktionen steckt.
Herr Storjohann sollte lieber mit dem Fabulieren aufhören.
Nein, die CDU nutzt ihre Mehrheiten nicht aus.
Sie nutzt die Mehrheiten schamlos aus!
Heiner Köncke
Norderstedt

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 12.03.2004, 11:44 Uhr - 929 Clicks - Nr. 154*

Walter Hyka in der Sprechstunde der SPD am 18.03.04

Walter Hyka, Geschaeftsführer der SPD-Fraktion in der Segeberger Stadtvertretung und bürgerliches Mitglied fuer die SPD im Ausschuss für Bauen und Umwelt in der Stadtvertretung, wird am 18.03.2004 von 16.00 - 17.30 Uhr im Fraktionszimmer der SPD für alle Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen.
Walter Hyka, der sich sehr fuer die Förderung der Renovierung des Hotels am Kalkberg engagiert hat,freut sich darueber, dass die Aufnahme des Betriebes durch die dort sehr aktiv taetigen Jugendlichen nun begonnen hat. Er steht insbesondere allen Interessierten - alt und jung (denn auch die Senioren haben sich in der letzten Phase beteiligt) für Gespräche über die derzeitige Situation des Hotels am Kalkberg und die Förderung einer möglichst guten Weiterentwicklung zur Verfügung.

Keine Kommentare

SPD-Kiel-Süd - *veröffentlicht am 12.03.2004, 13:34 Uhr - 1248 Clicks - Nr. 155*

Jasmin Bauer wiedergewählt

Auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung des SPD Ortsverein Kiel-Süd am 11. 3. wurde Jasmin Bauer als 1. Vorsitzende wiedergewählt.

Zu ihrem neuen Stellvertreter wurde Sven Pathie gewählt. Auch Norina Ciemnyjewski (Schriftführerin) und Christian Zeigerer (Kassenwart) wurden in ihren Funktionen bestätigt. Vervollständigt wird der Vorstand durch die Beisitzer Uschi Petersen, Dieter Schwichtenberg und Ralf Ibs. Nicht mehr im Vorstand vetreten sind Uli Erdmann und Hartmut Diester, welche aus persönlichen und beruflichen Gründen nicht mehr wieder für den Vorstand kandidiert haben. Beiden wurde für ihre jahrelange Vorstandarbeit gedankt. Vor allem galt dieser für Hartmut Diester, welche dem Vorstand 25 Jahre lang in unterschiedlichen Positionen angehört hat.

Keine Kommentare

Jusos Segeberg - *veröffentlicht am 13.03.2004, 19:55 Uhr - 1189 Clicks - Nr. 156*

Jusos Segeberg: Europa im Aufwind!



Auf ihrer eintägigen Arbeitsklausur in Henstedt-Ulzburg machten die Jusos des Kreises Segeberg die anstehende Europawahl zu ihrem Schwerpunkt.
Zu den Ergebnissen sagt Kristin Riedel, Vorsitzende der Kreis-Jusos:
"Wir wollen das Interesse der Jugendlichen für Europa weiter stärken, damit möglichst viele Erstwähler von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Die Wahl am 13. Juni wird für das wachsende Europa zu einer Richtungsentscheidung."

Bis zum Wahltag und auch darüber hinaus werde das Thema Europa für die Jusos ein Schwerpunkt bleiben, zu einem sozialen Europa mit gleichen Chancen für alle gäbe es keine vernünftige Alternative.

Maike Rohwer als junge Kandidatin der SPD für Europa steht den Jusos Segeberg als Ansprechpartnerin im Wahlkampf zur Seite. Mit ihr gemeinsam wird es im Kreis Segeberg noch eine Reihe von Veranstaltungen rund um die Europa-Wahl in den kommenden Wochen geben.

Aktuelle Informationen gibt es unter
Jusos Schleswig-Holstein, www.europakampa.de und www.piecyk.de .

Keine Kommentare

SPD-Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 14.03.2004, 08:15 Uhr - 3805 Clicks - Nr. 157*

Anna Schlosser-Keichel: Jahreshauptversammlung des Kreisfeuerwehrverbandes

Jahreshauptversammlung Kreisfeuerwehrverband Schleswig-Flensburg
13. März 2004 Birkhalle in Gelting
Grußwort Anna Schlosser-Keichel, MdL und Vorsitzende des SPD-Kreisverbandes Schleswig-Flensburg

Sehr geehrter Herr Kreiswehrführer Behrens
Sehr geehrter Herr Kreispräsident Petersen,
Herr Amtsvorsteher Jens, Herr Bürgermeister Linde,
sehr geehrte Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren im Kreis Schleswig-Flensburg!

Ich bedanke mich für die Einladung zu Ihrer Jahreshauptversammlung und überbringe Ihnen die

Grüße der SPD Landtagsfraktion, besonders die Grüße meiner Kollegen aus dem nördlichen Landesteil, Lothar Hay, Holger Astrup und Gabriele Kötschau und ganz ausdrücklich auch die herzlichen Grüße von Gerd Poppendieker, der als Fachsprecher in unserer Fraktion für die Belange der Feuerwehren zuständig ist und diese Aufgabe mit großem Engagement ausfüllt.

Wir alle wissen, was wir an unseren Feuerwehren haben und welch wichtige öffentliche Aufgaben sie Tag für Tag übernehmen. Die Feuerwehr ist die älteste Bürgerinitiative im Lande und eindeutig die mit dem längsten Atem! Jeder 40. Einwohner dieses Landes ist in der Feuerwehr engagiert. Diese Größenordnung macht deutlich, dass wir – wenn Ihr ehrenamtliches Engagement wegfallen würde – ganz schön „auf dem Schlauch stehen“ würden – um es mal etwas flapsig und unparlamentarisch auszudrücken. Ihre Arbeit ist im wahrsten Sinne des Wortes aus öffentlichen Kassen nicht zu bezahlen. Unbezahlbar!

Ich nehme diese Einladung heute zum Anlass, Ihnen zu danken dafür, dass Sie nicht nur im Brandschutz oder etwa bei Verkehrs- und Bahnunfällen Ihren Mann und zunehmend auch Ihre Frau stehen und höchst professionell eine Arbeit leisten, für die ich Sie ehrlich bewundere.

Sie tragen auch bei für den Zusammenhalt in Ihrer Gemeinde. Deshalb kann es trotz all der berechtigten Diskussion über eine nähere Zusammenarbeit im kommunalen Bereich überhaupt nicht darum gehen, die Existenz der Feuerwehren in den kleinen Gemeinden in Frage zu stellen. Das wäre am falschen Platz gespart. Ich gebe Herrn Petersen und Herrn Jens recht: wir müssen auf allen politischen Ebenen überlegen, wie wir die Finanzierung und damit die vorhanden Strukturen sichern können.

Besonders würdigen möchte ich Ihr Engagement in der Jugendarbeit. Dieses Engagement ist nicht hoch genug zu schätzen, gerade im ländlichen Bereich, wo die Angebote offener Jugendarbeit eher spärlich gesät sind. Ich bin in meiner Fraktion u.a. für den Bereich Jugendpolitik zuständig und ich weiß, dass mancher Jugendverband mit Wehmut den Zulauf betrachtet, den die Jugendfeuerwehren verzeichnen. Gerade die Wehren im Kreis SL-FL sind dafür ja ein besonders gutes Beispiel für diese erfolgreiche Arbeit.

Dass es die Kinder und Jugendlichen in die Jugendfeuerwehr zieht, ist nicht selbstverständlich, denn fast alle Jugendverbände leiden an Mitgliederschwund wie Vereine und Verbände - auch Parteien - insgesamt.

Umso erfreulicher ist es, dass die Feuerwehr Zugang findet zu vielen Kindern und Jugendlichen, ihnen eine Menge Freizeitspaß bietet, sie von der Straße holt und vielleicht auch den einen oder anderen Mangel an sportlicher Betätigung ausgleicht.

Darüber hinaus leisten die Jugendfeuerwehren Jugendsozialarbeit im besten Sinne. Bei Ihnen lernen die Kinder, verlässlich „bei der Sache“ zu bleiben, also sich verantwortlich zu fühlen für eine einmal übernommene Aufgabe. Ich bin sicher, dass sie aus ihrer Mitgliedschaft bei den Jugendfeuerwehren und aus den Aufgaben, die sie bewältigen auch eine gute Portion Selbstbewusstsein gewinnen. Und dass sie diese Kinder und Jugendlichen deshalb nicht nötig haben, durch verbale oder körperliche Gewalt gegenüber Schwächeren Selbstbestätigung zu suchen.

Wir sind in der SPD-Landtagsfraktion im guten Kontakt mit Ihrem Landesverband. Zurzeit diskutieren wir z.B. ganz aktuell Ihre Forderung, mit Brandschutzmeldern mehr Sicherheit in den Haushalten zu schaffen und wie die gesetzlichen Regelungen dafür aussehen könnten.

Hier vor Ort sind wir Abgeordnete gern weiterhin Ihre Ansprechpartner. Ich hoffe, es ist in der Vergangenheit deutlich geworden: Wir nehmen Ihre Anregungen - auch Ihre Klagen - ernst und bringen sie in Kiel oder in Berlin an die richtigen Stellen. Ich hoffe weiter auf eine gute Zusammenarbeit.

Ich wünsche Ihrer Jahreshauptversammlung weiter einen guten Verlauf und wünsche Ihnen für Ihre Arbeit im laufenden Jahr alles Gute und dass Sie aus Ihren Einsätzen immer unversehrt nach Hause kommen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 15.03.2004, 23:44 Uhr - 5957 Clicks - Nr. 158*

Wilhelm Reinke ist neuer OV-Vorsitzender in Weddingstedt

Nach fast 30 Jahren Vorstandsarbeit, davon seit 1979 als Vorsitzender im Ortsverein Weddingstedt, hat Wilfried Petersen den Stab weitergegeben.

Wilfried Petersen hat 1972 als Schriftführer im Ortsverein begonnen. 1978 übernahm er kommisarisch den OV-Vorsitz. 1979 wurde er dann von der Mitgliederversammlung "richtig" zum OV-Vorsitzenden gewählt. Wie bereits von ihm angekündigt, hat er auf der heutigen Jahreshauptversammlung nicht für eine Position im Vorstand kandidiert. "Jetz müssen auch mal die Jüngeren ran" so Petersen. Zum Nachfolger von Wilfried Petersen wurde der Fraktionsvorsitzende Wilhelm Reinke gewählt. Der neue Ortsvereinsvorsitzende bedankte sich mit einer kleinen Zigarrenkiste und einem gutem Single-Barrel-Whiskey für die gute Arbeit, die Wilfried Petersen für den Ortsverein gemacht hat. Auch wir danken Wilfried für sein aufopferndes, jahrelanges Engagement für die Partei. Gleichzeitig wünschen wir Wilhelm Reinke alles Gute für sein Amt.

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 17.03.2004, 11:51 Uhr - 1790 Clicks - Nr. 159*

Heide Simonis zur Lage der SPD

Die Ministerpräsidentin aus Schleswig-Holstein hat sich zur aktuellen Lage der SPD in einem Interview geäußert.
Redaktionsgespräch mit Ministerpräsidentin Heide Simonis zur Lage der SPD und Fragen der sozialen Gerechtigkeit

Redaktion: Frau Simonis, im Februar hat Gerhard Schröder sein Amt als Parteivorsitzender der SPD zur Verfügung gestellt und Franz Müntefering als Nachfolger vorgeschlagen. Finden Sie diesen Schritt richtig?

Simonis: Ja, ich halte den Schritt für richtig. Gerhard Schröder hat als Bundeskanzler eine schwere Aufgabe übernommen. Er muss all die Dinge erledigen, um die sich die CDU 16 lange Jahre lang nicht gekümmert hat. Mit der Agenda 2010 hat er die Richtung vorgegeben, wie unser Land zukunftssicher gemacht werden kann. Dieser Prozess ist aber noch lange nicht abgeschlossen und erfordert, dass

sich der Bundeskanzler voll und ganz darauf konzentrieren kann. Dafür braucht er den nötigen Freiraum, den er sich jetzt geschaffen hat.

Redaktion: Ist Franz Müntefering denn der richtige Mann für den SPD-Vorsitz?

Simonis: Das ist er ganz ohne Zweifel. Franz Müntefering genießt über alle Parteiströmungen hinweg ein hohes Ansehen. Ich glaube, dass die Aufgabenteilung zwischen Schröder als Kanzler und Müntefering als Parteivorsitzender gut funktionieren wird. Wie gut das gehen kann, können wir doch bei uns in Schleswig-Holstein sehen. Wir haben mit der Trennung von Regierung und Partei nur gute Erfahrungen gesammelt.

Redaktion: Frau Simonis, seit einigen Monaten befindet sich die SPD bundesweit in einem Umfragetief. Wie erklären Sie sich dieses Phänomen?

Simonis: Wir haben viele der dringend anzupackenden Aufgaben des Umbaus, insbesondere die der Sozialsysteme, nicht ausreichend erklärt. In der letzten Zeit hat es in Berlin auch bei der Umsetzung an einigen Stellen handwerkliche Fehler gegeben. Ich glaube, wenn wir den Menschen deutlich machen, warum wir diese Änderungen brauchen, werden sie diese auch mittragen. Die Sozialsysteme müssen in unser aller Interesse langfristig stabilisiert und meiner Meinung nach in Teilen anders finanziert werden. Wichtig ist, dass die Lohnnebenkosten gesenkt werden, damit wieder mehr Menschen in Lohn und Brot kommen. (Anm. der Redaktion: Die Lohnnebenkosten liegen zur Zeit bei 42,1% des Bruttolohns und werden je zur Hälfte von Arbeitnehmer und Arbeitgeber gezahlt. Sie setzen sich wie folgt zusammen: Rentenversicherung: 19,5 %, Krankenversicherung: 14,4 %, Pflegeversicherung 1,7 % und Arbeitslosenversicherung 6,5%) Wir müssen sicherstellen, dass junge Menschen einen Ausbildungsplatz bekommen – was uns in Schleswig-Holstein sehr gut gelungen ist –, und dass Renten- und Gesundheitssystem auf sichere Beine gestellt werden. All diese Dinge waren bei der CDU über Jahre liegen geblieben. Die SPD duckt sich, anders als die CDU, nicht weg, sondern stellt sich den Problemen. Dass dies nicht sonderlich populär ist, machen die Umfragen deutlich, ändert aber nichts daran, dass wir es machen müssen, wenn wir unser Sozialsystem erhalten wollen. In einigen Jahren werden wir dann feststellen können, dass wir mit den Einschnitten, die wir heute vornehmen, erfolgreich waren und die Früchte ernten können. Erstaunlich ist allerdings, dass wir die gesamte Kritik abbekommen. Wenn man sich die Vorschläge der CDU ansieht, wird man feststellen, dass die überwiegend viel schrecklicher sind als unsere.

Redaktion: Wie kann man dafür sorgen, dass bei den jetzigen Reformen keine soziale Schieflage entsteht?

Simonis: Durch die Reformen kommen auf viele Menschen ungewohnte Belastungen zu. Auf der anderen Seite haben viele Menschen seit Jahresbeginn mehr Geld im Portemonnaie, da wir zu Jahresbeginn die Steuern gesenkt haben. Längerfristig wollen wir – nach dem Vorbild der skandinavischen Länder - die Sozialsysteme so umbauen, dass sie stärker steuerfinanziert werden. Dies entlastet den Faktor Arbeit von Kosten und wird für mehr Beschäftigung sorgen. Wir müssen aufpassen, dass wir heute nicht nur die Menschen belasten, die schon nahe der Belastungsgrenze sind, sondern vor allem die, die sich das durchaus leisten können. Starke Schultern müssen mehr tragen als die schwachen.

Redaktion: Denken Sie da an die Erbschaftssteuer? Ihre Regierung hat ja bereits angekündigt, im März dazu einen Gesetzesentwurf über den Bundesrat einzubringen.

Simonis: Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes müssen wir uns ohnehin um dieses Thema kümmern. Ich glaube, dass die Erbschaftssteuer einen Beitrag zur finanziellen Stärkung der Länder

leisten kann. Damit können die Länder dann mehr in die Bildung und damit in die Köpfe der jungen Menschen investieren. Verbesserte Bildungschancen haben für mich sehr viel mit sozialer Gerechtigkeit zu tun.

Redaktion: Wie wollen Sie sicherstellen, dass auch wirklich nur die Menschen betroffen sind, die sich das leisten können?

Simonis: Um das ganz klar zu sagen: Es geht bei der Erbschaftssteuer nicht um ‚Oma ihr klein Häuschen', sondern um die Frage, welchen fairen Beitrag die wirklich großen Vermögensinhaber leisten können, die vererben würden, damit unsere Gesellschaft zusammenbleibt und uns nicht auseinander fliegt. Und wenn man weiß, dass sich etwa die Hälfte aller Nettovermögen in der Bundesrepublik auf gerade ein Fünftel der Einkommensbezieher verteilt, während sich das untere Einkommensfünftel von der Bevölkerung nur mit etwa 3,5 Prozent begnügen muss, dann ist da Korrekturbedarf. Beim Vererben von Betriebsvermögen müssen wir aufpassen. Wir wollen und werden mit der Steuer keine Existenzen gefährden. Sicherung von Arbeitsplätzen und soziale Gerechtigkeit stehen ganz oben an.

Redaktion: Auch die Generationengerechtigkeit ist in letzter Zeit immer wieder im Gespräch gewesen.

Simonis: Zurecht. Alle Bevölkerungsschichten müssen einen Beitrag leisten, damit wir unsere Gesellschaft erhalten können. Mit einer Schuldenpolitik würden wir unseren Kindern und Enkeln die Chance auf eine gute Zukunft verbauen. Die Schulden von heute müssen dann morgen in Form von Steuern zurückgezahlt werden. Es ist uns gelungen die Altersarmut, die früher ein wirklich ernstes Problem darstellte, zurückzudrängen. Nicht allen der vielen Älteren geht es heute vergleichsweise gut. Sie sind im Regelfall durch unsere sozialen Sicherungssysteme ausreichend versorgt, auch wenn natürlich nicht alle Luftsprünge machen können. Heute haben wir es mit einem neuen Phänomen – der Kinderarmut – zu tun. Familien mit zwei, drei oder mehr Kindern, haben es sehr schwer mitzuhalten und durchzukommen. Ist ein Elternteil arbeitslos oder von Lohnkürzungen betroffen oder erzieht ein Elternteil allein, wird es extrem hart. Familien mit Kindern können wir derzeit nicht noch weitere Opfer abverlangen. Im Gegenteil, wir müssen sie tatkräftig unterstützen, indem wir in Betreuung und Bildung der Kinder und Jugendlichen investieren. So werden wir ab dem nächsten Schuljahr u.a. auch in Kiel die verlässliche Grundschule einführen, d.h. Kinder der 1. und 2. Klasse werden verlässlich jeden Tag vier Unterrichtsstunden und die der 3. und 4. Klasse fünf Unterrichtsstunden haben.

Redaktion: Auch die Gesundheitsreform steht immer wieder im Mittelpunkt öffentlicher Diskussionen. Wie stehen Sie dazu, insbesondere zur Praxisgebühr?

Simonis: Fakt ist: Die SPD wollte ursprünglich keine Praxisgebühr. Die CDU wollte eine Praxisgebühr für jeden Arztbesuch. Der Kompromiss von CDU und SPD führte schließlich zu zehn Euro pro Quartal. Angesichts der schwarzen Mehrheit im Bundesrat gab es keine Alternative zu diesem Kompromiss. Gleichwohl: Die handwerklichen Fehler bei der Einführung der Praxisgebühr hätten nicht passieren dürfen. Nichtsdestotrotz bleibt festzustellen: Durch die Gesundheitsreform ist es uns gelungen, den Kostenanstieg im Gesundheitssystem einzudämmen. Wenn alles so klappt, wie wir uns das vorstellen, werden die Beiträge zu den Krankenkassen gesenkt. Das halte ich für wichtig und richtig. Längerfristig müssen wir eine allgemeine Bürgerversicherung einführen, weil dies sozial gerecht ist. Dass z.B. Beamte und auch Politiker nicht in die solidarisch organisierte gesetzliche Krankenversicherung einzahlen müssen, halte ich für grundfalsch.. Wichtig ist mir, dass jeder in jedem Alter weiterhin einen Anspruch auf eine gute Krankenversorgung hat. Diskussionen wie Teile der CDU sie geführt haben – z. B. Hüftoperationen nur bis zu einer bestimmten Altersgrenze durchzuführen – lehne ich strikt ab.

Nebenbei gesagt, wäre es nach dem Willen der CDU gegangen, hätte es für die chronisch Kranken überhaupt keine besondere Regelung gegeben.
Sicher ist, dass es bei allen Sozialsystemen noch mehr Änderungen geben wird. Die SPD und ich wollen, dass es dabei sozial und gerecht zugeht.

Redaktion: Frau Simonis, wir bedanken uns ganz herzlich für das Gespräch und wünschen Ihnen weiterhin alles Gute.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 17.03.2004, 15:01 Uhr - 651 Clicks - Nr. 160*

Erweiterung des CITTI-Marktes

"Die SPD-Ratsfraktion begrüßt die Investitionsbereitschaft des CITTI-Marktes am Standort Kiel.
Wir stehen der Diskussion über die Erweiterung des CITTI-Marktes und der damit erforderlichen Aktualisierung des Einzelhandelskonzeptes offen gegenüber", erklärt die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer.

Der baupolitische Sprecher Cai-Uwe Lindner und der wirtschaftspolitische Sprecher Jürgen Hahn erwarten zur Vorbereitung einer zügigen Entscheidung eine umfassende Information der Oberbürgermeisterin und Wirtschaftsdezernentin zu den Vor- und Nachteilen einer derartigen Entscheidung. Insbesondere sind Aussagen zum Beratungsverfahren, zu einer Aktualisierung des Einzelhandelsgutachtens sowie zu beabsichtigten Anhörungen nötig. Die SPD erwartet auch Berichte zu den Auswirkungen einer Erweiterung auf den Kieler Einzelhandel mit den Stellungnahmen der IHK und des Einzelhandelsverbandes. Des weiteren hält die SPD die Darstellung der städtischen Handlungsoptionen für eine gleichzeitige Aufwertung und Weiterentwicklung der Innenstadt zwischen der Nördlichen Innenstadt und dem Holstenplatz für dringend geboten. Hierbei spielen auch die aktuellen Entwicklungen auf dem Gelände Johnson & Johnson sowie im Mühlenbach eine wichtige Rolle.

Die SPD hatte zur Ratsversammlung am 11. März 2004 einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der von der schwarz-grünen Ratsmehrheit erstaunlicherweise als unnötig abgelehnt wurde. Dieser Antrag wird nun zu den kommenden Sitzungen des Bauausschusses eingebracht.

Abschließend erklären Kietzer, Lindner und Hahn: "Die Oberbürgermeisterin ist nun in der Pflicht, kurzfristig für eine umfassende Information der Ausschüsse und der Ratsversammlung zu sorgen."

Anlage: Antrag zum Bauausschuss am 1. April 2004
***

Antrag

0313/2004
öffentlich

12.03.2004
Datum Gremium Antragsteller/in
Ö 01.04.2004 Bauausschuss C.-U. Lindner, J. Hahn
Betreff:
Erweiterung der Einzelhandelsflächen für den CITTI-Markt

Antrag:
Zur Durchführung eines zügigen Entscheidungsprozesses für die beantragte Erweiterung der Einzelhandelsflächen für den CITTI-Markt legt die Oberbürgermeisterin und Wirtschaftsdezernentin der Ratsversammlung am 15.4.2004 vor:

? eine Aussage zu dem von ihr angestrebten Beratungsverfahren (Zeitplan, Anhörung des Einzelhandels usw., ergänzende Gutachten),

? eine Aussage zu den Auswirkungen einer derartigen Erweiterung auf den Kieler Einzelhandel mit den Stellungnahmen der IHK und des Einzelhandelsverbandes,

? die Darstellung der städtischen Handlungsoptionen für eine gleichzeitige Aufwertung und Weiterentwicklung der Innenstadt zwischen nördlicher Innenstadt und dem Holstenplatz.

Begründung:
Für die Einzelhandelsflächen CITTI-Markt sind umfassende Erweiterungspläne in der Umsetzungsphase. Das Unternehmen hat zu diesem Zweck das Grundstück der Firma Koch erworben. Die Änderung des Baurechts steht bevor.
Seit dem Beschluss der Ratsversammlung über das Einzelhandelskonzept am 21. September 2000 hat es eine Weiterentwicklung auf dem Einzelhandelssektor gegeben. Relevante Veränderungen beim Einzelhandelsangebot in der Landeshauptstadt Kiel und um eine solche handelt es sich bei dem Vorhaben von CITTI, müssen umfassend bezogen auf das Baurecht, den Einzelhandel in der Innenstadt, die Stadteile und der Region bewertet werden. Zur sachgerechten Abwägung der Argumente bedarf es der o. a. Informationen.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 17.03.2004, 16:59 Uhr - 1536 Clicks - Nr. 161*

SPD-Engelsby Asbestbelastung auf Kleingartengelände

Asbest! Einst der Baustoff schlechthin, heute verteufelter Sondermüll.
Wer die Abbrucharbeiten in der ehemaligen Kleingartenkolonie beobachtet hat, hat sich bestimmt über die weiß mumifizierten Arbeiter gewundert.
Sie beseitigen die alten Eternitplatten, die damals als Dach für Lauben und Stallungen verwendet wurden. Die beauftragte Spezialfirma durchsucht das abgesperrte Gelände und entsorgt den Sondermüll. **Das Betreten des Grundstückes ist untersagt!**
Leider befindet sich ein Schild nur an der Baustellenzufahrt in der Nähe der alten Holzbrücke über das Lautrupsbachtal.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 18.03.2004, 10:15 Uhr - 664 Clicks - Nr. 162*

Stadtentwässerung: Optimierung ja,



Zu der heutigen Berichterstattung zur Zukunft der Kieler Stadtentwässerung äußerte sich der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion Alexander Möller:

"Ein bisschen überrascht haben wir heute die Berichterstattung zu Überlegungen der Verwaltung zur Zukunft der Kieler Stadtentwässerung zur Kenntnis genommen. Nun warten wir zunächst genaue Informationen der Verwaltung ab.

Eine Privatisierung um der Privatisierung willen wird es mit der SPD nicht geben. Der Nachweis, dass es Private automatisch besser können als die öffentliche Hand, ist nicht zu erbringen. Alle Optionen werden jedoch von uns vorbehaltlos geprüft.

Wir erwarten den partnerschaftlichen und offenen Dialog der Verwaltung mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und der Ratsversammlung."

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 18.03.2004, 15:20 Uhr - 1265 Clicks - Nr. 163*

EURES muss in Flensburg bleiben.

Grenzüberschreitende Arbeitsvermittlung EURES muss in Flensburg bleiben.

Der SPD Kreisvorsitzende Kai List und der Vorsitzende der Ratsfraktion Rolf Helgert haben in einem Gespräch den Flensburger Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg aufgefordert, sich für den Erhalt der grenzüberschreitenden Arbeitsvermittlung EURES (European Employment Service) in Flensburg einzusetzen.
„Mit der Verlegung der EURES – Agentur aus der Flensburger Arbeitsverwaltung nach Hamburg wird ein erfolgreich arbeitendes Konzept der grenzüberschreitenden Arbeitsvermittlung gefährdet. Schließlich sind im Jahr 2003 über 480 Menschen erfolgreich vermittelt worden. Ein über Jahre gut entwickeltes Netzwerk hat dazu wesentlich beigetragen“, stellt Kai List fest.

Rolf Helgert bemerkt dazu: „Diese Entscheidung der Bundesagentur für Arbeit ist in keiner Weise nachzuvollziehen. Es wird wieder einmal die Region geschwächt. Nicht nur der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt wird belastet, es wird Handlungskompetenz in einem bedeutenden Problemfeld aus der Region abgezogen.“

„Dass von Flensburg aus nur noch eine Arbeitsvermittlung nach Dänemark stattfinden soll und das übrige Skandinavien von Hamburg aus bearbeitet werden wird, ist für mich unverständlich. Ich werde eine genaue Erklärung der Gründe für die Verlagerung bei der Bundesagentur für Arbeit einfordern und darüber hinaus mit allen Möglichkeiten darauf hinzuwirken, dass die EURES – Agentur mit ihren bisherigen Aufgaben in Flensburg erhalten bleibt“, sagt Wolfgang Wodarg zu.

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 18.03.2004, 18:42 Uhr - 869 Clicks - Nr. 164*

Georg Oehlrich in der Bürgersprechstunde der SPD am 25.03.04

Der Stadtvertreter Georg Oehlrich wird am Donnerstag, den 25.03.04 von 16.00 - 17.30 Uhr im Fraktionszimmer der SPD allen Bürgern zur Verfuegung stehen.
Schwerpunkt-Thema wird der Stadtbus in Segeberg sein und die Sicht der Senioren zu den Fahrtzeiten und den Möglichkeiten des Stadtbusses.
Georg Oehlrich wird sich dazu auch mit dem Vorsitzenden des Seniorenbeirates, Uwe Janssen, absprechen, um die Sicht und Erfahrung des Seniorenbeirates zum Stadtbus zu erhalten.
Erstmals wird die SPD auch während der Sprechstunde per Telefon unter der Nummer 04551-964-348 im Rathaus erreichbar sein.
Georg Oehlrich freut sich ueber jeden persönlichen Besuch, aber er nimmt auch gerne Anregungen und Vorschläge der Senioren telefonisch entgegen, damit dies in die Arbeit der SPD in der Stadtvertretung eingebracht werden kann.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 19.03.2004, 10:40 Uhr - 2129 Clicks - Nr. 165*

Rolf Fischer: Nicht dem Charme der großen Zahl erliegen!

Zu den Planungen zum CITTI-Ausbau erklärte der Kieler SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer:
"Während die OB offensichtlich dem Charme der großen Zahl von Volumen und angekündigter Arbeitsplätze erliegt, kümmern wir uns um die Betroffenen.
Die Kieler SPD wird die Konsequenzen des CITTI-Ausbaus nicht nur für die City, sondern auch für die Stadtteile ausloten. Schon jetzt gibt es den spürbaren Rückzug von Klein- und Mittelständischen Unternehmen aus den Stadtteilen, was die Nahversorgung sehr erschwert. Deshalb werden wir dieses Thema zu einer Initiative in den Ortsbeiräten machen und mit den Bürgern diskutieren."

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 19.03.2004, 11:41 Uhr - 1569 Clicks - Nr. 166*

SPD-Engelsby Bürgerversammlung in der Grundschule Engelsby



Der SPD-Ortsverein Engelsby veranstaltet am 6. April um 19.30 Uhr in der Pausenhalle
der Grundschule Engelsby eine Informationsveranstaltung.
Thema ist die von der BIG-Heimbau geplante Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen.
Die BIG-Heimbau wird vertreten durch Herrn Klaus Ruge aus Kiel.
Er wird über das Thema informieren und die offenen Fragen der verunsicherten Mieter beantworten. Von der Deutschen Annington, Düsseldorf, wird ebenfalls ein Vertreter anwesend sein. Kommen Sie zu unserer Veranstaltung und informieren Sie sich!

Keine Kommentare

SPD-Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 19.03.2004, 18:19 Uhr - 4547 Clicks - Nr. 167*

Kreis-SPD entsetzt über Aussagen von CDU-Spitzenkandidat zum Standort Olpenitz

Mit Unverständnis hat der SPD-Kreisvorstand Schleswig-Flensburg auf die Äußerungen des CDU-Spitzenkandidaten für die Landtagswahlen, Harry-Peter Carstensen, zum Thema Olpenitz reagiert. „Wer so wenig Sachverstand in die Diskussion einbringt wie Carstensen, der sollte sich besser beim Kampf um diesen Standort heraushalten“
, so der stellvertretende Kreisvorsitzende Dirk Peddinghaus. Besonders die grundsätzliche Aussage von Carstensen, dass die Marine nach Kiel gehöre, stößt bei der SPD auf Entsetzen. „Wir haben immer für eine sachliche und fachliche Argumentation bei der Standortfrage gekämpft“, so Peddinghaus. „Wenn Herr Carstensen jetzt bei Kiel mit der emotionalen Welle anfängt, dann kann man dies nur mit mangelnden Sachverstand kommentieren.“ Die Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Anna Schlosser-Keichel erinnerte daran, dass die Kreis-SPD eine klare Stellungnahme zum Standort Olpenitz abgegeben habe und dies auch von der Ministerpräsidentin und vom Verteidigungsminister eingefordert habe. „Wir erwarten auch von der CDU und dem Spitzenkandidaten Carstensen, dass er klar Stellung bezieht und sich eindeutig für Olpenitz stark macht.“ Schlosser-Keichel sieht weiterhin die Argumente auf der Seite des Standortes Olpenitz. „Auch wenn der Verteidigungsminister nach rein betriebswirtschaftlichen und militärischen Aspekten entscheiden will, hat Olpenitz mit seiner einmaligen Lage gute Chancen.“
Kommentar von Hans - Christian Koch vom 07.07.2004, 23:07 Uhr:
RE:Kreis-SPD entsetzt über Aussagen von CDU-Spitzenkandidat
der Herr Kandidat kennt eben nur Nordstrand oder er ist wegen seiner Balz zurzeit etwas verwirrt. Anders kann man seine Aussage nicht deuten.
Und der will in diesem Land Heide ablösen????

Kommentar von Martin Preuschhof vom 19.03.2004, 20:39 Uhr:
CDU laesst die Maske fallen
Das populistische Gerede der CDU in solchen Fragen, wo sie nichts zu entscheiden haben geht mir schon lange auf den Keks.

Endlich lässt die CDU mal die Maske fallen. Sie sind wieder besseren Wissens für Kiel.

Warum machen sie nicht den Rest von Schleswig - Holstein zu und stellen am Hamburger Stadtrand Ortschilder mit KIEL auf ;-)

Ich druecke Euch die Daumen für Olpenitz.

Rote Gruesse aus Norderstedt von Martin Preuschhof

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 20.03.2004, 14:35 Uhr - 2165 Clicks - Nr. 168*

Zum Wettbewerbsvorschlag der CDU zur CITTI-Erweiterung

CDU-Idee ist nicht durchdacht!

Zum Wettbewerbs-Vorschlag des CDU-Kreisvorsitzenden Stritzl und zum weiteren Verfahren in Sachen CITTI-Markterweiterung erklärt SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer:

"Dieser Vorschlage stärkt den Verdacht, dass sich OB und CITTI offensichtlich einig sind, diese Sache rasch durchzuziehen. Deshalb ist dieser Vorschlag eher eine Art Beschäftigungstherapie für die Kaufmannschaft und soll wohl von einer möglichen Zusage, schnell und positiv zu entscheiden, ablenken.
Jeder Fachmann weiß: Auch ein noch so kreativer "Ideenwettbewerb" kann die Konsequenzen der CITTI-Erweiterung für die Innenstadt-Kaufleute kaum verringern. Dieser "Ideenwettbewerb" hat kaum Auswirkungen auf die reale und tiefgreifende Veränderung des Wettbewerbs in Kiel. Seine Konsequenzen dürfen ohnehin erst mittel- bis langfristig greifen. Er übersieht auch, dass bereits jetzt in der Innenstadt eine Reihe kreativer Konzepte zur Attraktivitätssteigerung umgesetzt werden und wurden. Uns geht es daher in der Sache Sorgfalt vor Schnelligkeit.

Überraschend ist, dass sich die Stadt beteiligen soll, denn bisher sind Finanzmittel für einen solchen „Ideenwettbewerb Kiel-Centrum“ nicht bekannt. Wenn die Stadt der Kreis-CDU signalisiert hat, sich an einem solchen „Centrums-Wettbewerb“ zu beteiligen, dann muss auch gelten: Betroffen ist nicht nur die Innenstadt, sondern alle Stadtteile zwischen Kanal und Schwentine. Daran werden wir die OB erinnern.

Wir setzen deshalb unsere SPD-Ortsbeiratsinitiative fort: In ersten Gesprächen mit SPD-Ortsbeiratsmitgliedern aus Gaarden wurde deutlich, dass die Erweiterung erhebliche Konsequenzen für Gaarden haben wird; nicht Geschäfte, auch Kaufkraft würde aus diesem Stadtteil abgezogen.

Download

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 23.03.2004, 10:29 Uhr - 1865 Clicks - Nr. 169*

AfA-Bundeskonferenz in Erfurt



vom 12. bis 14. März 2004 fand in Erfurt die AfA-Bundeskonferenz statt.
Traditionsreich war der Ort, an dem sich die diesjährige AfA-Bundeskonferenz traf. Im Erfurter Kaisersaal, wo schon 1891 August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Paul Singer über das „Erfurter Programm“ der SPD stritten, tagten vom 12.–14. März 2004 über 300 Delegierte der AfA-Landesverbände.
Unter dem Titel „Solidarisch und gerecht ! Den Wandel sozial gestalten" beschloss die Konferenz den Leitantrag des Bundesvorstand, der sich unter anderem kritisch mit der derzeitigen Regierungspolitik auseinandersetzt.
Die 14-köpfige schleswig-holsteinische Delegation brachte sich dabei aktiv ein. So nahm die Konferenz zahlreiche Anträge des schleswig-holsteinischen Landesverbandes an, u.a. die Ablehnung von weiteren Arbeitszeitverlängerungen im öffentlichen Dienst.
Sabine-Almut Auerbach und Jörg Wenghöfer wurden mit überragender Mehrheit (260 und 212 Stimmen) erneut in den Bundesvorstand gewählt.
Außerdem wurde unsere langjährige stellv. Landesvorsitzende der Partei und der AfA Kirsten Rölke aus Flensburg zur Stellvertreterin des AfA-Bundesvorsitzenden gewählt. Kirsten ist seit 1999

geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall in Frankfurt.
In den Aussprachen zum Bericht von Ottmar Schreiner, er wurde mit fast 94 Prozent als AfA-Vorsitzender wiedergewählt, und des zwischenzeitlich gewählten SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering meldeten sich die Schleswig-Holsteiner zu Wort und forderten eine gerechtere Politik. Belastungen dürften nicht nur den „kleinen Leuten“ zugemutet werden.
Das Wort „Gerechtigkeit“ muss wieder zur Leitlinie der Regierungs-Politik werden.
Die SPD hat und wird immer sehr offen ihre Politik diskutieren. Die AfA wird sich daran wie gehabt aktiv beteiligen und zwar innerhalb der SPD, fasst Wolfgang Mädel, Landesvorsitzender der AfA-Schleswig-Holstein, die Rolle der AfA für die nächsten Jahre zusammen.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 23.03.2004, 11:38 Uhr - 538 Clicks - Nr. 170*

Vergleich in Sachen Pumpe jetzt mit Leben füllen -



Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller, der auch Mitglied des Vorstands des Pumpe e.V. ist, kommentiert den zwischen Pumpe und Landeshauptstadt Kiel geschlossenen Vergleich über die Zukunft des Kulturzentrums:
"Wir begrüßen den Vergleich. Jetzt müssen beide Seiten diesen Vergleich mit Leben füllen, wenn die Einzelheiten ausgehandelt werden. Dabei steht für uns der Erhalt der kulturellen Bürgerarbeit im Vordergrund. Gleichzeitig muss mit Steuerzahlergeld ordentlicher und sparsamer umgegangen werden."

Möller wies außerdem darauf hin, dass einer der beiden Vorstandsposten der Pumpe, die der Landeshauptstadt zustehen, weiter unbesetzt sei. Ratsfrau Benz (CDU) war aus Unzufriedenheit über den Vorstand zurückgetreten. "Wir bitten die CDU, schnell eine Nachfolge vorzuschlagen. Die Konkretisierung des Vergleichs von Stadt und Pumpe ist ein Neuanfang, den die Selbstverwaltung begleiten sollte. Andernfalls könnte der Eindruck entstehen, die CDU wolle sich aus der Verantwortung für die Pumpe stehlen, so Möller abschließend"

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 23.03.2004, 11:41 Uhr - 615 Clicks - Nr. 171*

SPD fordert Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses



SPD-Fraktionsvize Alexander Möller und der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion Jürgen Hahn fordern eine Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses zu der geplanten CITTI-Erweiterung und der Zukunft der Kieler Innenstadt.
"Wir wollen eine endgültige Entscheidung der Ratsversammlung am 15. April. Dazu bedarf es im Vorfeld einer intensiveren Beratung, zu der die Oberbürgermeisterin bislang nicht in ausreichendem Maße bereit war", so die beiden Ratsherren.

"Es ist nicht die Zeit der Gespräche im Hinterzimmer. Die zuständigen Gremien der Stadt haben sich mit einer so zentralen Frage der Wirtschaftspolitik zu befassen. Die Bedenken der Innenstadt, die Chancen der Investitionsbereitschaft von CITTI und der Unternehmen, die ihr Interesse an einer Ansiedlung angemeldet haben: All dies muss die Selbstverwaltung vor ihrer abschließenden Beratung im April erörtern.

Möller und Hahn schlagen vor, dass es eine gemeinsame Sitzung der Bereiche Wirtschaft und Bau am 1. April geben könne. Dies sei inhaltlich und organisatorisch sinnvoll. Eine entsprechende Bitte habe Jürgen Hahn heute der Oberbürgermeisterin und Wirtschaftsdezernentin sowie dem Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses übermittelt.

Keine Kommentare

SPD-Rethwisch - *veröffentlicht am 23.03.2004, 11:44 Uhr - 435 Clicks - Nr. 172*

AfA fordert Heide Simonis auf, sich für die Ausbildungsplatzabgabe auszusprechen

Ziel ist: Wir wollen, dass alle Schulabgänger, die ausbildungsfähig und -willig sind, einen Ausbildungsplatz erhalten! Es ist an der Zeit zu handeln und nicht länger auf die Versprechen der Wirtschaft zu setzen.
Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) des Kreises Stormarn begrüßt die Zusage von Franz Müntefering zur Einführung der Ausbildungsplatzabgabe und fordert die Ministerpräsidentin Heide Simonis schriftlich auf, sich endlich auch dafür auszusprechen!

„Wir haben das Ziel klar vor Augen: Wir wollen, dass alle Schulabgänger, die ausbildungsfähig und -willig sind, einen Ausbildungsplatz erhalten. Immer mehr junge Menschen sind ohne Ausbildungs-platz oder Arbeit. 2003 gab es in Deutschland im Jahresdurchschnitt 515.000 junge Menschen un-ter 25 Jahren ohne Arbeit. Davon waren etwa zwei Drittel ohne Ausbildung. Wer aber 25 wird und nie arbeiten lernte, ist irgendwann für den Arbeitsmarkt verloren“, sagte Nils Bolwig, Vorsitzender der AfA-Stormarn.
Der Blick in die Statistik zeigt, in den letzen Jahren war auch in Schleswig-Holstein kein ausgegli-chenes Ausbildungsplatzangebot vorhanden. Ein großer Teil, der noch nicht vermittelten Bewerber befindet sich in Warteschleifen (Berufsgrundbildungsjahr, weiterführende Schule, Bundeswehr, usw.) und fällt daher aus der Statistik. Bei uns im Kreis Stormarn, zeigt die Ausbildungsmarktstatis-tik des Arbeitsamtes Bad Oldesloe, das Handlungsbedarf besteht. Auf 1839 gemeldete Ausbil-dungsstellen im Jahr 2002/03, kamen 2548 Ausbildungsplatzsuchende, die betrieblichen Be-rufsausbildungsstellen sanken um minus 6,8 Prozent, das ist ein Minus von 131 betrieblichen Be-rufsausbildungsstellen. Zudem sank im Jahr 2002 nach dem Berufsbildungsbericht der Bundesre-gierung die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze bundesweit um - 7,5 Prozent.

In der Vergangenheit hat sich die Politik auf die Zusagen/ Versprechen der Wirtschaft, genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, verlassen. Zum Bedauern der Jugendlichen ist dieses Versprechen nicht eingehalten worden. Nein, noch schlimmer, wie oben beschrieben, ging die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze weiter zurück. Das Instrument der Umlagefinanzierung sieht in solch einem Fall vor, dass sich nun die nicht ausbildenden Betriebe an der Finanzierung der Ausbil-dung beteiligen. Zum einem, in dem die Betriebe, die über den eigenen Bedarf ausbilden, bezu-schusst werden, zum anderen, dass regionale Maßnahmen und außerbetriebliche Ausbildungsplät-ze durch diese Mittel finanziert werden.

„Die Umlagefinanzierung ist also eine Chance für eine gerechtere Finanzierung der beruflichen Erstausbildung sowie für ein ausgeglicheneres Ausbildungsplatzangebot“, betont Nils Bolwig, Vor-sitzender der AfA-Stormarn, „ wir brauchen eine verlässliche Regelung, damit die Jugend endlich eine Chance erhält, erfolgreich in die Zukunft zu starten!“

Keine Kommentare

Afa-Stormarn - *veröffentlicht am 24.03.2004, 11:47 Uhr - 440 Clicks - Nr. 173*

AfA fordert Heide Simonis auf, sich für die Ausbildungsplatzabgabe auszusprechen

Ziel ist: Wir wollen, dass alle Schulabgänger, die ausbildungsfähig und -willig sind, einen Ausbildungsplatz erhalten! Es ist an der Zeit zu handeln und nicht länger auf die Versprechen der Wirtschaft zu setzen.
Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) des Kreises Stormarn begrüßt die Zusage von Franz Müntefering zur Einführung der Ausbildungsplatzabgabe und fordert die Ministerpräsidentin Heide Simonis schriftlich auf, sich endlich auch dafür auszusprechen!

„Wir haben das Ziel klar vor Augen: Wir wollen, dass alle Schulabgänger, die ausbildungsfähig und -willig sind, einen Ausbildungsplatz erhalten. Immer mehr junge Menschen sind ohne Ausbildungsplatz oder Arbeit. 2003 gab es in Deutschland im Jahresdurchschnitt 515.000 junge Menschen unter 25 Jahren ohne Arbeit. Davon waren etwa zwei Drittel ohne Ausbildung. Wer aber 25 wird und nie arbeiten lernte, ist irgendwann für den Arbeitsmarkt verloren“, sagte Nils Bolwig, Vorsitzender der AfA-Stormarn.
Der Blick in die Statistik zeigt, in den letzen Jahren war auch in Schleswig-Holstein kein ausgeglichenes Ausbildungsplatzangebot vorhanden. Ein großer Teil, der noch nicht vermittelten Bewerber befindet sich in Warteschleifen (Berufsgrundbildungsjahr, weiterführende Schule, Bundeswehr, usw.) und fällt daher aus der Statistik. Bei uns im Kreis Stormarn, zeigt die Ausbildungsmarktstatistik des Arbeitsamtes Bad Oldesloe, das Handlungsbedarf besteht. Auf 1839 gemeldete Ausbildungsstellen im Jahr 2002/03, kamen 2548 Ausbildungsplatzsuchende, die betrieblichen Berufsausbildungsstellen sanken um minus 6,8 Prozent, das ist ein Minus von 131 betrieblichen Be-rufsausbildungsstellen. Zudem sank im Jahr 2002 nach dem Berufsbildungsbericht der Bundesregierung die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze bundesweit um - 7,5 Prozent.

In der Vergangenheit hat sich die Politik auf die Zusagen/ Versprechen der Wirtschaft, genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, verlassen. Zum Bedauern der Jugendlichen ist dieses Versprechen nicht eingehalten worden. Nein, noch schlimmer, wie oben beschrieben, ging die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze weiter zurück. Das Instrument der Umlagefinanzierung sieht in solch einem Fall vor, dass sich nun die nicht ausbildenden Betriebe an der Finanzierung der Ausbildung beteiligen. Zum einem, in dem die Betriebe, die über den eigenen Bedarf ausbilden, bezuschusst werden, zum anderen, dass regionale Maßnahmen und außerbetriebliche Ausbildungsplätze durch diese Mittel finanziert werden.

„Die Umlagefinanzierung ist also eine Chance für eine gerechtere Finanzierung der beruflichen Erstausbildung sowie für ein ausgeglicheneres Ausbildungsplatzangebot“, betont Nils Bolwig, Vorsitzender der AfA-Stormarn, „ wir brauchen eine verlässliche Regelung, damit die Jugend endlich eine Chance erhält, erfolgreich in die Zukunft zu starten!“

Keine Kommentare

Afa-Stormarn - *veröffentlicht am 24.03.2004, 11:57 Uhr - 415 Clicks - Nr. 174*

AfA-Stormarn fordert eine soziale Rentenreform!

Die Bundestagsabgeordneten der SPD im Kreis Stormarn, werden von der AfA aufgefordert, die Rente zukunftssicher zu machen!

Die gesetzliche Rentenversicherung steht vor erheblichen Herausforderungen. Langfristig geht es um die Finanzierungsmöglichkeit, die aus der steigenden Lebenserwartung und dem Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Rentnern resultiert.

Schon die Rentenreform 2001 (Riester Rente), konnte nicht das Rentensystem absichern und führte durch die Einführung der zusätzlichen kapitalgedeckten privaten Altersvorsorge (jährliche Steigerung um 0,5%, bis zu 4% (2008) des Bruttoeinkommens) zu einer Kaufkraftminderung, die nicht zur Erholung des schwachen Binnenmarktes beitrug.

Auch die nun geplanten Maßnahmen, wie die Einführung eines Nachhaltigkeitsfaktors, Anhebung der Altersgrenzen, Kürzung der Anrechnungszeiten schulischer Ausbildung, Kürzung der Schwankungsreserve, werden nicht das Ziel erreichen, das Rentensystem für die Zukunft zu sichern.

Deshalb fordert die SPD-AfA Stormarn die SPD Bundestagsabgeordneten (Gabriele Hiller-Ohm, Bettina Hagedorn, Thomas Sauer und Franz Thönnes) aus dem Kreise Stormarn auf, durch folgende Maßnahmen das Rentensystem nachhaltig zu sichern und darüber das verlorene Vertrauen der ArbeitnehmerInnen in die Rentenpolitik zurück zu gewinnen. „Wer länger eine so „vertrauenserschütternde“ Politik als gerecht verkauft, sorgt für Verunsicherung in der Gesellschaft. Die sozialpolitische Handschrift der SPD muss wieder klar erkennbar werden!“, sagte der Vorsitzende Nils Bolwig auf der AfA Sitzung.

Insbesondere fordert die AfA folgende Maßnahmen:

- festhalten an der paritätischen Finanzierung des Rentensystems
- keine Festsetzung der Beitragssätze auf 20% (bzw. 22% im Jahr 2030) (damit würde das Rentenniveau vollständig zu einer abhängigen Größe des Beitragszieles gemacht).
- Abschaffung des Ausgleichsfaktor „Riester Treppe“ (ab 2011) auf die private kapitalgedeckte Vorsorge, stattdessen eine attraktive Förderung der freiwilligen, zusätzlichen, privaten Altersvorsorge (durch den Ausgleichsfaktor wird ca. ½ der möglichen privaten Altervorsorge von der gesetzlichen Rente abgezogen, hier wird unterstellt, das jede/r ArbeitnehmerIn die Möglichkeit hat und auch nutzt, private Vorsorge zu treffen).
- garantiertes Nettorentenniveau, mit einem leistungsorientierten Sicherungsziel, welches deutlich oberhalb des Sozialhilfesatzes liegen muss (ansonsten würde die politische Legitimation der gesetzlichen Rentenversicherung als Pflichtsystem grundsätzlich in Frage gestellt).

Vor dem Hintergrund der überschaubaren demographischen Entwicklung in den nächsten 20 Jahren, sind weitere sozialpolitische Schritte dringend notwendig. Die Kinderzahl pro Frau, stellt keine statische Größe da, sie kann auch in Zukunft durch politisches Handeln beeinflusst werden, hier lohnt ein Blick über die Landesgrenzen, in Frankreich ist die Anzahl der Kinder pro Frau von 1993 bis 2000 um plus 14% gestiegen. Um dieses Ziel und das einer langfristigen positiven Entwicklung der Beschäftigungs- und Erwerbspersonen in der Deutschland zu bewirken, sind folgende Änderungen der Rahmenbedingungen anzustreben:

- Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- einen verbindlichen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung (allein in Bad Oldesloe stehen teilweise 100 Kinder auf den Wartelisten in den Kindergärten)
- Ausbau der Ganztagbetreuung für Kinder (Kindergärten, Schulen)
- weitere Förderung von Teilzeitarbeit
- Förderung der Weiterqualifizierung der ArbeitnehmerInnen, mit dem Ziel der Möglichkeit einer längeren Erwerbstätigkeit im Arbeitsleben (nur noch 50% der Betriebe beschäftigen

ArbeitnehmerInnen über 50 Jahre)

Für die SPD-AfA Stormarn ist eine kapitalgedeckte Altersvorsorge keine politische Alternative zum jetzigen Rentensystem (Umlageverfahren), weil einerseits das angelegte Geld auf dem Kapitalmarkt investiert wird, somit nicht für den Konsum zur Verfügung steht und eine mögliche Kapitalvernichtung, z.B. durch Kursverluste der Wertpapiere an der Börse nicht ausgeschlossen werden kann. Andererseits gibt es keine Garantie darüber, das dass eingesetzte Kapital in der Auszahlungsperiode noch die erwartete Kaufkraft besitzt (Sparen - Entsparen). Letztendlich sind auch die kapitalgedeckten Alterungssysteme nicht immun gegenüber demographischen Veränderungen. Verlängert sich die Rentenbezugsdauer aufgrund einer höheren Lebenserwartung, so sind auch hier höhere Beiträge erforderlich, wenn das Rentenniveau konstant gehalten werden soll.

Die SPD-AfA Stormarn setzt auf die Unterstützung der SPD-Bundestagsabgeordneten des Kreises Stormarn, um die Rentenversicherung sozial gerecht für die Zukunft zu reformieren.

Keine Kommentare

Afa-Stormarn - *veröffentlicht am 24.03.2004, 12:00 Uhr - 433 Clicks - Nr. 175*

AfA Stormarn setzt sich auf Bundesebene erfolgreich durch!



Eingebrachte Anträge für die besondere Berücksichtigung von Schichtarbeitnehmern und gegen die Verlängerung der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst, vom Bundeskongress der AfA in Erfurt angenommen.
In der Thüringer Landeshauptstadt berieten unter dem Motto »Solidarisch und gerecht! Den Wandel sozial gestalten« vom 12. - 14. März 2004, rund 300 Delegierte. Im Mittelpunkt standen dabei die so genannten Reformen der Bundesregierung. 1891 hatte an gleicher Stelle, mit August Bebel, der erste SPD-Parteitag nach dem Sozialistengesetz ein Programm verabschiedet , in dem so revolutionäre Forderungen wie die nach dem Achtstundentag und nach kostenfreiem Schulunterricht gefordert wurden. Aus der Parteiengeschichte ergebe sich eine Bringschuld, den Schwächsten beizustehen.

Der von der AfA-Stormarn eingebrachte Antrag, über die Notwendigkeit der besonderen Berücksichtigung der Schichtarbeitnehmer, ist vom AfA Bundeskongress angenommen worden. „Uns war es sehr wichtig, das bei der Diskussion um flexiblere Arbeitszeitmodelle, die Schichtarbeitnehmer, besonders berücksichtigt werden. Es ist von jedem nachvollziehbar, das Schichtarbeit eine hohe körperliche Belastung darstellt, die eine Form der Anerkennung verdient“, betont der Delegierte und Vorsitzende für die AfA des Kreises Stormarn, Nils Bolwig, „es darf nicht dazu kommen, das ein Schichtarbeiter der 40 Jahre gearbeitet hat, gleichgestellt wird wie ein Arbeitnehmer ohne Schichtarbeit!“

Auch der Antrag gegen eine Verlängerung der Arbeitszeiten der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, von 38,5 Std./W. auf 40 - 42 Std./W., wie es Bundesinnenminister Otto Schilly aber auch einzelne Landesregierungen planen, folgte der AfA Bundeskongress deutlich!
Es ist die falsche Richtung, die Arbeitszeiten zu verlängern, dies führt nur zu einer weiteren Arbeitsverdichtung und damit zu einer höheren Arbeitsbelastung der Beschäftigten. Heute schon werden Planstellen nicht besetzt, wie z.B. bei der Polizei in Stormarn, hier fehlen 11 Kollegen auf den Dienststellen. Überstunden sind die Folge, die aber langfristig nicht mehr in Freizeit ausgeglichen werden können. Hier versucht der Bund, das Land und die Kommunen auf Kosten der Beschäftigten und auf Kosten der Qualität der Dienstleitung für den Bürger zu sparen.

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 25.03.2004, 09:21 Uhr - 1863 Clicks - Nr. 176*

Ausbildungsabgabe

Der AfA-Kreisvorstand Stormarn begrüßt die Einführung der Ausbildungsabgabe
Heide Simonis wird aufgefordert sich auch für die Ausbildungsplatzabgabe auszusprechen
(Bad Oldesloe, den 23. März 2004) Die AfA-Stormarn begrüßt die Zusage von Franz Müntefering zur Einführung der Ausbildungsplatzabgabe und fordert die Ministerpräsidentin Heide Simonis schriftlich auf, sich endlich auch dafür auszusprechen!

„Wir haben das Ziel klar vor Augen: Wir wollen, dass alle Schulabgänger, die ausbildungsfähig und -willig sind, einen Ausbildungsplatz erhalten. Immer mehr junge Menschen sind ohne Ausbildungsplatz oder Arbeit. 2003 gab es in Deutschland im Jahresdurchschnitt 515.000 junge Menschen unter 25 Jahren ohne Arbeit. Davon waren etwa zwei Drittel ohne Ausbildung. Wer aber 25 wird und nie arbeiten lernte, ist irgendwann für den Arbeitsmarkt verloren“, sagte Nils Bolwig, Vorsitzender der AfA-Stormarn.
Der Blick in die Statistik zeigt, in den letzen Jahren war auch in Schleswig-Holstein kein ausgeglichenes Ausbildungsplatzangebot vorhanden. Ein großer Teil, der noch nicht vermittelten Bewerber befindet sich in Warteschleifen (Berufsgrundbildungsjahr, weiterführende Schule, Bundeswehr, usw.) und fällt daher aus der Statistik. Bei uns im Kreis Stormarn, zeigt die Ausbildungsmarktstatistik des Arbeitsamtes Bad Oldesloe, das Handlungsbedarf besteht. Auf 1839 gemeldete Ausbildungsstellen im Jahr 2002/03, kamen 2548 Ausbildungsplatzsuchende, die betrieblichen Berufsausbildungsstellen sanken um minus 6,8 Prozent, das ist ein Minus von 131 betrieblichen Berufsausbildungsstellen. Zudem sank im Jahr 2002 nach dem Berufsbildungsbericht der Bundesregierung die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze bundesweit um - 7,5 Prozent.

In der Vergangenheit hat sich die Politik auf die Zusagen/ Versprechen der Wirtschaft, genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, verlassen. Zum Bedauern der Jugendlichen ist dieses Versprechen nicht eingehalten worden. Nein, noch schlimmer, wie oben beschrieben, ging die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze weiter zurück. Das Instrument der Umlagefinanzierung sieht in solch einem Fall vor, dass sich nun die nicht ausbildenden Betriebe an der Finanzierung der Ausbildung beteiligen. Zum einem, in dem die Betriebe, die über den eigenen Bedarf ausbilden, bezuschusst werden, zum anderen, dass regionale Maßnahmen und außerbetriebliche Ausbildungsplätze durch diese Mittel finanziert werden.

„Die Umlagefinanzierung ist also eine Chance für eine gerechtere Finanzierung der beruflichen Erstausbildung sowie für ein ausgeglicheneres Ausbildungsplatzangebot“, betont Nils Bolwig, Vorsitzender der AfA-Stormarn, „ wir brauchen eine verlässliche Regelung, damit die Jugend endlich

eine Chance erhält, erfolgreich in die Zukunft zu starten!“

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 25.03.2004, 13:22 Uhr - 671 Clicks - Nr. 177*

Kieler Beschäftigungs- u. Ausbildungsgesellschaft (KIBA) nicht ohne Not aufgeben



Der sozialpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Thomas Wehner nimmt zu der heutigen Berichterstattung der Kieler Nachrichten zum Thema "KIBA vor dem Aus" wie folgt Stellung:

"Die SPD-Ratsfraktion spricht sich dafür aus, die KIBA nicht ohne Not aufzugeben. Für uns steht die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Vordergrund. Dafür müssen sinnvolle Instrumente wie die KIBA genutzt werden. Der Kieler Beschäftigungs- u. Ausbildungsgesellschaft kommt dabei der Verdienst zu, insbesondere schwer vermittelbare Menschen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Zur Zeit befindet sich die KIBA in einem Umstrukturierungsprozess. Wir sollten sorgfältig prüfen, welche Aufgaben die KIBA zukünftig übernehmen kann. Dabei müssen alle Seiten berücksichtigt und vor allem die Vorschläge des Betriebsrates ernst genommen werden."
Kommentar von Ralf Ibs vom 26.03.2004, 09:34 Uhr:
RE:Kieler Beschäftigungs- u. Ausbildungsgesellschaft (KIBA)
Das wurde aber Zeit, dass die SPD-Ratsfraktion in dieser Sache Position zeigt. Ich fürchte aber, dass der Sozialdezernent (und die Schwarz-Grüne-Mehrheit im Rat) bereits schon vollendete Tatsachen geschaffen haben. Man mag die KIBA kritisieren, wie man will. Feststeht aber, dass diese Institution in den letzten Jahren in der kommunalen Arbeitsmarkt wichtigtes geleistet hat und vieles würde noch schlimmer aussehen, wenn es die KIBA nicht gegeben hätte.

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 25.03.2004, 13:51 Uhr - 1252 Clicks - Nr. 178*

SPD fordert Kreisverkehr für den Cittipark

Die SPD-Ratsfraktion setzt sich schon seit Jahren für die Schaffung von Kreisverkehren in unserer Stadt ein. So haben wir die verschiedensten Vorschläge eingebracht, wie Kreisverkehre für die gesamte Osttangente, für den Neumarkt und den Burgplatz und die Einfahrt von Motorola.
Wir sind aber in der Vergangenheit immer gescheitert, teils an politischen Mehrheiten, teils an er Verwaltung. Die neue Spitze im Planungs- und Infrastrukturbereich lässt uns aber hoffen, dass unser Anliegen nicht wieder auf taube Ohren stößt.
Bisher ist der Kreisverkehr in Weiche das einzig vorzeigbare Projekt dieser Stadt.

Vorlage für die Sitzung
des Infrastrukturausschusses am 01.04.04

Einrichtung eines Kreisverkehrs bei der Einfahrt zum Cittipark, Langberger Weg,
Zufahrtgestaltung zum Friedhof Friedenshügel

Antrag:
1. Von der Verwaltung soll untersucht werden, ob für die Verkehrsabwicklung auf der Kreuzung Lilienthalstraße / Langberger Weg (Einfahrt Cittipark) die Einrichtung eines Kreisverkehrs möglich ist.

2. Bei der Planung des Kreisverkehrs ist zu berücksichtigen, dass die Abwicklung des Schwerlastverkehrs der im Umkreis liegenden Gewerbebetriebe weiterhin möglich ist.

3. Es soll auch untersucht werden, ob durch die Verlagerung des LKW-Andienungsverkehrs zum Cittipark über eine separate Zuführung von der B 199 (westlich vor der Friedhofszufahrt Friedenshügel) der Verkehrsentlastung dienen würde. Diese Zufahrt könnte dann auch von den Friedhofsbesuchern benutzt werden.
Die Verkehrssignalanlage (VSA) Thomas-Lorck-Weg ist zurück zubauen, eine Zufahrt vom Cittipark zum Friedhof ist zu unterbinden. Auf der B 199 sind zwei Abbiegespuren zu schaffen.

4. Der im letzten Jahr gefasste Beschluss über die Spurenvermehrung zur Verbesserung des Verkehrsflusses an dieser Kreuzung soll bis zum Abschluss der Untersuchung zurückgestellt werden.

Begründung:
Die obige verkehrssignalgesteuerte Kreuzung ist an vielen Tagen des Jahres nicht mehr in der Lage, die Verkehrsmengen, insbesondere die Zufahrt in den Cittipark, zu verarbeiten. Der Verkehr staut Stau sich zum Teil bis in die Lecker Chaussee und dann weit darüber hinaus bis in die Richtung der B 200 hin. Das Verkehrsaufkommen wird sich in Zukunft nach der Vergrößerung der Angebotsflächen des Mediamarktes nochmals vergrößern, so dass der im Herbst gefasste Beschluss über die Spurenerweiterung nicht mehr zeitgerecht ist.

Das verkehrliche Profil dieses Kreisverkehrs ist mit dem Kreisverkehr in Weiche vergleichbar. Auch hier liegen Ziel und Quelle im Abbiegebereich. Der Fußgänger- und Radfahrverkehr ist ebenfalls vom Aufkommen her vergleichbar.

Im Zusammenhang mit einer separaten LKW-Anbindung ließe sich auch das Problem für eine zusätzliche Friedhofszufahrt regeln.
Um die Anzahl der VSA in diesem Straßenabschnitt zu begrenzen, ist es erforderlich, auf die Bedarfs-VSA Lecker Chaussee / Thomas-Lorck-Weg zu verzichten.
Der Langberger Weg muss zwingend zwischen Cittipark und der neuen Zufahrt getrennt werden, um einen Schleichverkehr über den Friedhof zu verhindern.

Für die neue LKW-Einfahrt zum Cittipark sind auf der B 199 in jeder Richtung Abbiegespuren zu schaffen, um Unfallgefahren vorzubeugen.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 25.03.2004, 18:10 Uhr - 4440 Clicks - Nr. 179*

MdB Ulrike Mehl: Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung

Der deutsche Föderalismus hat sich bewährt, muss aber modernisiert werden, damit die Gesetzgebung beweglicher und europatauglicher wird.

Hinter dem Föderalismusprinzip der deutschen Verfassung steht die Idee der Mütter und Väter des Grundgesetzes, eine Machtbalance zwischen Bund und Ländern zu schaffen, um den verschiedenen kulturellen Traditionen in den Regionen Deutschlands Rechnung zu tragen. Mittlerweile ist diese Machtbalance in die Jahre gekommen, denn die Praxis des Föderalismus hat sich zunehmend von der ursprünglichen Idee entfernt: Statt die Aufgaben klar zwischen Bund und Ländern zu teilen, ist der gemeinsame Verantwortungsbereich des Bundes und der Länder immer umfangreicher geworden. Das hat die Entscheidungsprozesse verlangsamt und die früher klaren Verantwortlichkeiten verschwimmen lassen.
In den Anfangszeiten der Bundesrepublik bedurften nur rund 10 Prozent der Bundesgesetze der Zustimmung des Bundesrates, heute sind es mehr als 60 Prozent. Das verzögert die notwendige Modernisierung des Gemeinwesens - zu Lasten des Gemeinwohls und zum Unverständnis vieler Bürgerinnen und Bürger. Es dauert häufig zu lange, bis wichtige Gesetze und Änderungen auf den Weg gebracht sind.
In einer Zeit des raschen Wandels, der fortschreitenden europäischen Integration und der Globalisierung brauchen die unterschiedlichen Handlungsebenen des Staates größere Entscheidungsfreiheit - und die Freiheit, schneller zu entscheiden.
Auf Initiative von Franz Müntefering wurde deshalb im Oktober des vergangenen Jahres eine Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung (KoMBO) ins Leben gerufen. Sie soll im Wesentlichen folgende drei Themenbereiche prüfen.
Die Zuordnung von Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern, die Mitwirkungsrechte der Länder in der Bundesgesetzgebung insbesondere über den Bundesrat sowie die Frage, ob unser Grundgesetz europatauglich ist. Die Erörterung der Gesetzgebungskompetenzen berührt die Bereiche des Öffentlichen Dienstes, der Hochschulen, der öffentlichen Fürsorge und der Umwelt.
Das zweite große Thema sind die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern. Hier geht es besonders um die Verflechtung durch die Mischfinanzierungen bei Gemeinschaftsaufgaben (wie Hochschulbau und Küstenschutz), bei Geldleistungsgesetzen und bei Finanzhilfen sowie die Kompetenzverteilung bei den Steuern und um Fragen der Steuerverwaltung, d.h. Vollzugsfragen im Steuerrecht.
Aber nicht nur das Verhältnis zwischen Bund und Ländern, sondern auch das Verhältnis zwischen den Bundesländern, das von Solidarität einerseits und Wettbewerb andererseits geprägt ist, wird auf den Prüfstand gestellt. Denn dort gibt es gemeinsame, aber auch gegensätzliche Interessen: zwischen großen und kleinen Bundesländern, Flächenstaaten und Stadtstaaten, armen und reichen Bundesländern. Solidarität setzt voraus, dass niemand sich auf Kosten der anderen ausruht, aber gegenseitige Unterstützung erfolgt. Auch Wettbewerb ist sinnvoll und nötig, wenn Stillstand vermieden werden soll. Es kommt darauf an, sich dieser Wahrheiten bewusst zu sein und fair miteinander umzugehen - zwischen den Ländern untereinander und zwischen Bund und Ländern. Denn das Hauptziel der Kommission ist es unser demokratisches Verfassungssystem für die Bürgerinnen und Bürger durchschaubarer und entscheidungsfähiger zu machen.

Keine Kommentare

SPD-Rethwisch - *veröffentlicht am 26.03.2004, 11:12 Uhr - 373 Clicks - Nr. 180*

Protest gegen Busgeld: Freitag 2. April Großdemo in Bad Oldesloes Innenstadt

Eltern und Schüler fordern CDU-Kreistagsfraktion auf, die Pläne für die Zuzahlung der Schülerbeförderung zurückzunehmen.

Mit Fahrrädern, Inline-Skates, Skate-Boards und Rollern geht es am Freitag de, 2. April, um 15.15 Uhr, vom Marktplatz aus über den Berliner Ring zum Kreistag. Vor dem Kreistag wird es, paralell zur Kreistagssitzung eine Kundgebung -Speakers Corner- geben, auf der jeder seine Meinung sagen darf.

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 26.03.2004, 16:03 Uhr - 881 Clicks - Nr. 181*

Uwe Rönnfeldt in der Sprechstunde der SPD am 01.04.2004

Uwe Rönnfeldt, bürgerliches Mitglied im Ausschuss für Jugend und Soziales, wird am Donnerstag, den 01.04.2004 von 16.00 - 17.30 allen Bürgerinnen und Bürgern Segebergs im Fraktionszimmer der SPD im Historischen Rathaus zur Verfügung stehen. Er wird dort auch unter der Telefonnummer 04551-964-348 zu erreichen sein.
Die SPD Bad Segeberg möchte die Situation, die durch die aktuellen unternehmerischen Entscheidungen der Firma Möbel-Kraft für deren Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen entstanden ist, n i c h t zu politischer Polemik nutzen, sondern anbieten, dass sie denjenigen, die durch diese Entscheidungen in persönliche schwierige Situation gekommen sind oder kommen werden, versucht zu helfen.

Dies kann möglicherweise durch Gespräche der Stadtvertreter und der bürgerlichen Mitglieder mit der Stadtverwaltung Bad Segeberg oder auch mit anderen Verwaltungen und Organisationen geschehen, um im Einzelfall dann vielleicht Lösungsmöglichkeiten für persönliche Problemstellungen zu finden.

Es kann dann vielleicht auch über die Einschaltung der zuständigen Landtagsabgeordneten Astrid Höfs und des zuständigen Bundestagsabgeordneten Franz Thönnes nachgedacht werden, um auf diesen Wegen vielleicht Lösungen in schwierigen Fällen zu finden.

Die Ansprechpartner der SPD stehen daher gerne allen betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Firma Möbel Kraft für entsprechende vertrauliche Gespräche zur Verfügung.

Keine Kommentare

SPD-Suchsdorf - *veröffentlicht am 27.03.2004, 11:45 Uhr - 1139 Clicks - Nr. 182*

MARGARETENTAL



Zur Situation um die Gaststätte "Margaretental" erklärte der Suchsdorfer Ratsherr Thomas Wehner:

Zu der Situation um die Gaststätte Margaretental und eventuelle Einflussmöglichkeiten auf eine Wiedereröffnung habe ich in der Ratsversammlung im März eine Kleine Anfrage gestellt.
Das Ergebnis ist allerdings ernüchternd: Auf meine Frage, ob der gegenwärtige Sachstand der Rechtsauseinandersetzungen der Stadt bekannt sei, erklärte die Verwaltung, sie wisse um einen Rechtsstreit über die Nutzungsrechte. Es handele sich um eine privatrechtliche Auseinandersetzung zwischen Eigentümer und Pächter. Näheres sei nicht bekannt. Ob denn die Verwaltung Möglichkeiten sehe,

die Angelegenheit so zu beeinflussen, dass die Gaststätte wieder ihrem ursprünglichen Nutzungszweck zugeführt werden könne, war eine weitere Frage. Solche Möglichkeiten gebe es nicht, war die Antwort. Im übrigen könne die Stadt dem Ausgang des Rechtsstreits nicht vorgreifen. Bleibt nur zu hoffen, dass es hier bald zu einem Ende kommt.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 27.03.2004, 11:56 Uhr - 2215 Clicks - Nr. 183*

Fragen zu CITTI betreffen auch „grüne" Themen!

Zur aktuellen Debatte über die Erweiterung des CITTI-Marktes erklärte SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer:

„Die geplante Erweiterung des CITTI-Marktes führt auch zur Debatte über steigendes Verkehrsaufkommen und größere Umweltbelastungen für die Anwohner. Dies wird in der richtigen Stellungnahme des SPD-Ortsvereins Hassee-Nord von heute deutlich.
In diesem Zusammenhang erinnere ich daran, dass die „Grünen" vor einiger Zeit selbst die rot-grüne „kleine Lösung" noch zu groß war. Für uns heißt das: Wir werden als Kreis-SPD die Debatte über die Erweiterung weiter in die Ortsbeiräte tragen, damit die betroffenen Bürger über die Konsequenzen positiver und negativer Art informiert werden. Hierbei setzen wir durchaus auch auf die grüne Basis vor Ort. Wir appellieren deshalb an die Grüne Partei, heute ebenso strenge Maßstäbe an die Erweiterung anzulegen, wie vor der Schwarz-Grünen Kooperation!"



Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 30.03.2004, 00:43 Uhr - 948 Clicks - Nr. 184*

Hartz IV-Antrag der SPD-Norderstedt an die Landesregierung

Der Ortsvereinsvorstand fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat darauf hinzuwirken, den Termin zur Umsetzung von Hartz IV, hier Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum 1.1.2005, auszusetzen.
Eine derart grundsätzliche und richtungweisende Entscheidung darf keinesfalls übereilt ohne hinreichende Abwägung der Vor – und Nachteile getroffen werden. Dies gilt im Besonderen im Hinblick auf die zu erwartenden schwerwiegenden finanziellen Auswirkungen für viele Städte und Gemeinden, welches im Widerspruch steht zu den geplanten finanziellen Entlastungen eben dieser Städte, Gemeinden, und Kommunen.
Derzeit sind weder die finanziellen noch die organisatorischen Rahmenbedingungen absehbar.
Eine sachgerechte Entscheidung unter Abwägung aller Argumente muss Vorrang vor übereilten und ungenauen Entschlüssen haben.
Jede andere Verfahrensweise schadet im Übrigen vor allem den hierbei betroffenen Hilfebedürftigen. Sie müssen in den Mittelpunkt der Betrachtungen gestellt werden, gilt es doch, ihnen eine effektive und effiziente Hilfe anzubieten.
Für eine SPD Politik jedenfalls sollte der Arbeitssuchende / Hilfebedürftige im Mittelpunkt stehen.

Heiner Köncke
Ortsvereinsvorsitzender

Kommentar von Susann Laatz vom 01.04.2004, 01:24 Uhr:
RE:Hartz IV-Antrag der SPD-Norderstedt an die Landesregierun
Liebe GenossInnen,

ich habe Euren Antrag gelesen, kopiert und werde ihn im OV Glückstadt vortragen. Dieser Antrag findet auch meine Zustimmung.

Herzlichst

Susann

SPD-Steinburg - *veröffentlicht am 30.03.2004, 11:12 Uhr - 7143 Clicks - Nr. 185*

SPD-Steinburg begrüßt Ergebnis der Wahlen in Glückstadt

Die SPD im Kreis Steinburg hat die Wahl des Vorstandes der SPD in Glückstadt mit Interesse verfolgt. Wie jetzt der Pressesprecher, Stefan Eskierski, mitteilte, ist man mit dem Ergebnis durchaus zufrieden.
Nach dem Ausscheiden des ehemaligen Ortsvereinsvorsitzenden hat der Ortsverein Glückstadt mit Hartmut Sierck einen engagierten Genossen gefunden, der das Amt des 1. Vorsitzenden sicherlich positiv beleben wird. „Jetzt kann man die Vergangenheit der personellen Diskussionen und Streitigkeiten abhaken und mit einem guten Team sich wieder in erster Linie der politischen Arbeit widmen und den Blick nach vorne richten“, verlautet dazu Stefan Eskierski. Die Mischung aus jungem Tatendrang einerseits und politischer Erfahrung andererseits stimmt. Laut Stefan Eskierski ist es auch gut gelungen, junge Parteimitglieder in die Vorstandsarbeit an verantwortlicher Position mit einzubinden. „Das ist richtig und für die Zukunft immens wichtig“.

Keine Kommentare

Afa-Stormarn - *veröffentlicht am 30.03.2004, 17:25 Uhr - 462 Clicks - Nr. 186*

AfA appelliert an die Politik

Die Stormarner Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD fordert in der Diskussion, um die sogenannte Flexibilisierung der Arbeitszeiten, die der Bundeskanzler der Arbeitszeitverlängerung entgegensetzt, das die SchichtarbeitnehmerInnen in besonderer Weise in neuen Arbeitszeitregelungen berücksichtigt werden!

Der gesundheitliche Aspekt: Schichtarbeit macht auf Dauer krank! Dieser einfachen Aussage muss Rechnung getragen werde!
Wer Schichtdienst machen muss, der muss genügend Ruhezeiten zwischen den Schichten zugestanden bekommen und ein Arbeitsumfeld haben, dass ihn/sie nicht über Gebühr sozial isoliert. Die Freizeitgestaltung ist erheblich in Mitleidenschaft gezogen.

Die AfA-Stormarn regt weiterhin an, Kuren zur Vorsorge anzubieten und regelmäßige ärztliche Untersuchungen einzufordern.

Die Verweildauer im Schichtdienst ist problematisch. Wer mit über 50 Jahren noch Schichtdienst verrichten muss, der nimmt Schaden an seiner Gesundheit. Hier sollten Ersatzarbeitsplätze gesucht und dann zur Verfügung gestellt werden.

Die finanzielle Vergütung der Nacht- und Feiertage ist merkbar anzuheben, eine generelle Schichtzulage ist in die Diskussion zu bringen. Die Anhebung der Schichtdienstzuschläge muss deutlich sein, denn die Bedeutung dieser Arbeit, der Ersatz der Gesundheit ist zu honorieren.

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 30.03.2004, 19:47 Uhr - 5135 Clicks - Nr. 187*

Rede von Birgit Herdejürgen (MdL) zur Wahlkreiskonferenz in Steinburg-Ost

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
vor fünf Jahren habt ihr mich in den Landtagswahlkampf geschickt. Seit gut vier Jahren, seit der gewonnenen Wahl setze ich mich in Kiel für unsere gemeinsamen Interessen, für unsere Region ein. Um es vorweg zu nehmen: Die SPD kann aus landespolitischer Sicht insgesamt auf bisher vier erfolgreiche Jahre zurückblicken.
Es konnte viel bewegt werden, z.B. was strukturelle Maßnahmen betrifft, die insbesondere den Verwaltungsaufbau von Landesbehörden verändern. Dabei ist die Region Itzehoe im Vergleich nicht, wie es manchmal zu hören ist, mit einem blauen Auge davon gekommen. Als regionales Mittelzentrum geht Itzehoe aus den Verwaltungsreformen der letzten Jahre sogar gestärkt hervor.
Ich betone dies, weil die Argumentationslinien hier oft etwas brüchig sind. Auf der einen Seite fordern alle, dass Verwaltungen „verschlankt“ werden müssen, weil sie allgemein als zu teuer gelten oder zumindest so empfunden werden. Dass dies aber nur durch Konzentration und damit letztlich durch den Abbau von Arbeitsplätzen erfolgen kann, wird immer so lange für richtig gehalten, wie die eigene Kommune von solchen Entscheidungen nicht betroffen ist. Im Moment gibt es die Proteste zum Beispiel in Heide, in Eutin. Auf der kommunalen Ebene gilt dies natürlich ebenso: Beispiel Lägerdorf oder Kellinghusen. Es muss immer viel Überzeugungsarbeit geleistet werden, um Strukturen zu verändern, um Handlungsfähigkeit zu erhalten.
Ich bin selbstverständlich froh, wenn unsere Region bei solchen Entscheidungen als Sieger hervorgeht und werde mich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Stärken des Standortes Itzehoe angemessen berücksichtigt werden. Insgesamt muss aber das Ziel der Landespolitik sein, Kräfte zu bündeln und effizientes Arbeiten in den Vordergrund zu stellen. Kooperationen finden aber natürlich auch mit anderen Bundesländern statt, um genau dieses Ziel zu erreichen, z.B. bei der Zusammenlegung von Landesbanken, Datenzentralen oder Statistischen Landesämtern.
Die Region Itzehoe hat sich als eines von vier Präferenzzentren in Schleswig-Holstein profiliert und wird in Kiel auch so wahrgenommen. Dementsprechend wird auf unseren Wahlkreis ein erhöhtes Augenmerk gelegt. Das ist gut so.
Was konnte ich als Abgeordnete in den letzten Jahren dazu beitragen und was sind unsere weiteren gemeinsamen Ziele?
Meine Informationswege in die Ministerien, zu den Ministern und zu den Staatssekretären sind geöffnet und sie sind gut. Lösungen können „auf kurzen Wegen“ geschaffen werden.
Dies hat sich bereits mehrfach bezahlt gemacht: Gerade bei den Entscheidungen für Zusammenlegungen von Behörden und Standortauswahl konnte ich bei den Planungen direkt auf die Entscheidungsebene zugehen.
Weitere Beispiele, bei denen sich der „kurze Draht“ bewährt hat (manchmal hilft schon ein Anruf –

anderes braucht mehr Überzeugungskraft), sind zum Beispiel
• das Projekt Soziale Stadt in Edendorf
• der Erhalt der Jugendaufbauwerke
• die Unterstützung für die Beratungsstelle Frau & Beruf
• ein neues Förderinstrument gemeinsam mit Hamburg, dass natürlich die Interessen unseres Technologiestandortes berücksichtigen muss
alles Themen, die ich mit Blick auf meinen Wahlkreis in Arbeit habe und für die ich weiter kämpfen werde.
In der Landtagsfraktion liegen meine Schwerpunkte inzwischen in der Fraktionsvorstandsarbeit und im Bereich Wirtschafts- und Finanzpolitik, weil natürlich gerade in Zeiten knapper Kassen hier die Musik spielt. Die fachliche Arbeit ist wichtig, lässt sich aber nur mit der nötigen finanziellen Ausstattung umsetzen.
Ihr wisst, dass ich ursprünglich als Sprecherin der Fraktion für den Bereich Jugendpolitik zuständig war. Dieses Amt hat nun die ehemalige Kinder- und Jugendbeauftragte übernommen, so dass wir ihre besonderen Kontakte für die Fraktion nutzen können. Als jugendpolitische Sprecherin war ich beispielsweise federführend für das Thema „Vernetzung von Schule und Jugendhilfe„ zuständig, ein Thema dass immer mehr Bedeutung erlangt. Ich habe gerade bei einem Besuch im Itzehoer Sozialamt feststellen können, dass viele Hilfen viel zu spät, wenn überhaupt ansetzen. Durch eine bessere Zusammenarbeit derjenigen, die mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben, könnten einige Negativkarrieren aufgehalten werden. Hier ist noch viel zu tun. Und dieses Thema werde ich auch weiterhin verfolgen, zukünftig dann etwas mehr aus der finanzpolitischen Ecke.
Insgesamt ist die SPD bei den Jugendverbänden gut aufgestellt. Das schreibe ich auch meiner Arbeit zu. Die Verbände wissen dass sie uns ansprechen müssen, wenn sie etwas erreichen wollen. Jugendpolitik ist zwar in einem grünen Ministerium angesiedelt aber die Jugendarbeit ist eindeutig rot besetzt.
Als Fraktionsvorstandsmitglied bin ich über die Arbeits- und Verfahrensstände aus den Ministerien, den Ausschüssen und den Arbeitskreisen bestens informiert. Das ist aus meiner Sicht eine gute Grundlage für Initiativen und Möglichkeiten, die sich für uns aus Maßnahmen oder Programmen insbesondere aus der Regierung eröffnen können.
Der wirtschaftspolitische Schwerpunkt bot sich für mich aus vielerlei Gründen an. Einmal natürlich einfach aus Interesse, wegen meiner Ausbildung, meines beruflichen Hintergrundes. Andererseits aber auch aus dem Bewusstsein heraus, dass eine gesunde wirtschaftliche und infrastrukturelle Entwicklung die einzige Möglichkeit ist, einer Region wie unserer, die in Teilen von hoher Arbeitslosigkeit betroffen ist, wieder zu Schubkraft zu verhelfen.
Wir haben mit einer Reihe von Problemen zu kämpfen – ihr wisst das alle – der Truppenabbau (Hohenlockstedt), die Abhängigkeit von den Entscheidungen internationaler Konzerne (Lägerdorf), die Nichtberücksichtigung bei der EU-Förderkulisse im Rahmen des Regionalprogrammes. Entscheidungen bei denen unsere Einflussnahme stark eingeschränkt oder gar nicht vorhanden ist. Dennoch ist einiges auf den Weg gebracht worden und ich konnte durch meine Mitarbeit im Arbeitskreis Wirtschaft der Fraktion viele Entscheidungen vorantreiben.
Die Politik des Landes hat den Strukturwandel aktiv unterstützt. Bei allen belastenden Faktoren müssen wir gerade die positiven Entwicklungen herausstellen:
• Bei den Neugründungen liegen wir bundesweit im Spitzenfeld.
• Schleswig-Holstein bietet gute Investitionsbedingungen, was sich daran ablesen lässt, dass die ausländischen Direktinvestitionen stärker als im Bundesdurchschnitt gestiegen sind.
• Die Ausbildungsbereitschaft der schleswig-holsteinischen Betriebe ist deutlich höher, als im Bundesdurchschnitt.
Die SPD-Fraktion will als wirtschaftspolitische Strategie eine Perspektive aufzeigen, die über die nächste Legislaturperiode hinausgeht, weil die Menschen im Lande wissen wollen wohin die Reise geht. Es hat sich gezeigt, dass eine wirtschaftspolitische Gesamtstrategie immer stärker alle Politikbereiche mit erfasst – und gerade das macht dieses Themenfeld für mich so interessant und

herausfordernd.
Jede Wirtschafts- und Beschäftigungsstrategie, die diesen Herausforderungen wirksam entgegentreten will, braucht präzise längerfristige Zielsetzungen, braucht den Mut zu klaren, nicht immer populären Entscheidungen, zu eindeutigen Schwerpunkten und Prioritäten, die notwendigerweise zu Lasten mancher Besitzstände gehen. Sie erfordert die Bereitschaft, auch über Gemeinde-, Kreis- und Ländergrenzen hinweg zu neuen Lösungen zu kommen, und sie verlangt einen langen Atem – das zeigt sich gerade am Beispiel des Innovationsraumes Itzehoe.
Die wichtigen Elemente einer solchen Strategie sind für mich:
• Die Stärkung unseres Mittelstandes durch noch stärkere Konzentration der Förderungen auf den Mittelstand
• Das Herausarbeiten eines klaren Profils, eben durch die Konzentration auf Schwerpunktfelder
• Die Erarbeitung einer gemeinsamen Strategie einer Wachstumsregion Nord, um die Potentiale der Metropolregion nutzen zu können
• Die Stärkung unserer Mobilität
• Die Konzentration der Ressourcen auf den gesamten Bereich der Bildung, um dem lebenslangen Qualifizierungsbedarf gerecht werden zu können und zunehmende Qualifizierungsdefizite abzubauen

• Und natürlich die Stabilisierung der öffentlichen Haushalte durch einen konsequenten Sparkurs bei konsumtiven Ausgaben, (d.h. weitere Bündelung von Verwaltungseinheiten, wie dies ja schon in vielen Bereichen angeschoben wurde) um damit allerdings auch weitere Spielräume im investiven Bereich zu öffnen.
Selbstverständlich nimmt für mich die Wahlkreisarbeit einen großen Raum ein. Ich kann nach diesen vier Jahren auf ein gutes Netzwerk an Kontakten, Ansprechpartnern und Informationsgebern zurückgreifen, so dass wir uns gegenseitig gut zuarbeiten können. Dabei ist es mir wichtig gewesen, zu meinen Gesprächspartnern ein Verhältnis aufzubauen, dass es auch erlaubt vertrauliche Informationen auszutauschen. Und Vertraulichkeit heißt dann eben oft auch Nichtöffentlichkeit.
Die Kontakte zu Bürgermeistern, Verwaltungen aber auch beispielsweise zu Bürgerinitiativen sind gut. Ich gehe offen auf die Leute zu und das wird auch honoriert. Ich habe Gespräche geführt mit
• Der Polizei
• Der Feuerwehr
• Zahlreichen Landesbehörden
• Mit Jugendlichen in den Jugendtreffs oder in Klassen
• Mit Handwerksbetrieben
• Mit Waldbesitzern
• Und, und, und...
Die Palette ist breit und mit Sicherheit noch längst nicht abgegrast. Vorrang haben natürlich die, die mit konkreten Problemen auf mich zu kommen. Und das reicht bis hin zu Hilfen bei ganz persönlichen Anliegen, z.B. bei Schwierigkeiten mit Behörden oder der Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen. Auch hier ist der gute Kontakt in die Ministerien unabdingbar.
Gemeinsam mit all diesen Beteiligten konnten eine Reihe von Maßnahmen angeschoben oder auch abgeschlossen werden: z.T. kleine aber wichtige Maßnahmen für die Menschen vor Ort:
• Der Radweg, der nach langen Kämpfen endlich fertiggestellt ist – In Wittenbergen, in Quarnstedt
• Die Anerkennung von Weiterbildungsangeboten
• Nach vielen Auseinandersetzungen der Bau eines Dorfgemeinschaftshauses in Hennstedt
• Die Entzerrung innerörtlicher Verkehrssituationen z.B. in Wrist
Wie gesagt, eine Reihe von Projekten sind gerade auf den Weg gebracht. Und wenn ihr mir die Möglichkeit gebt, will ich dafür sorgen, dass wir so viele wie möglich auch zum Erfolg bringen.
Um dies zu befördern habe ich immer versucht, Kiel in den Kreis Steinburg zu holen. Über etwas zu reden ist eine Sache, es zu sehen und mit Betroffenen vor Ort zu sprechen, eine ganz andere. Dementsprechend waren fast alle Minister hier, der Fraktionsvorsitzende, Fachsprecher und Facharbeitskreise der Fraktion und natürlich auch Fachleute aus den Ministerien. Ich denke, alle

haben ein bleibendes Bild unseres Wahlkreises, seinen Schwierigkeiten, aber auch seinen Potentialen mitgenommen. Das hilft mir sehr bei meiner Argumentation in Kiel.
Auf diesen Grundlagen kann ich aufbauen; die Gesprächsebenen sind da und ich will mit Euch als Eure Abgeordnete die begonnene Arbeit auch in Zukunft erfolgreich fortsetzen.
Natürlich bin ich auf eure Mithilfe angewiesen. Sprecht mich an, informiert mich, wenn ihr das Gefühl habt, ich könnte irgendwo was tun. Eure Stärke ist der viel direktere Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern. Diese Stärke müssen wir auch landespolitisch nutzen. Ich kann nicht regelmäßig an euren Sitzungen teilnehmen. Aber wenn es irgendwo brennt, kann auch mal ein anderer Termin verschoben werden. Dann bin ich da. Und wenn ihr Informationen zu irgendeinem Thema braucht, bin ich immer bereit zu euch zu kommen. Meine Wahlkreismitarbeiterin fragt regelmäßig ab, ob Gesprächsbedarf besteht. Bitte nehmt dieses Angebot auch wahr.
Auch oder gerade dann, wenn ihr Kritik üben wollt. Das Thema Diäten ist eines, das in den vergangenen Monaten hart umstritten war und für viel Verdruss gesorgt hat, in der Öffentlichkeit und auch innerhalb der Partei. Deshalb haben wir unseren Vorschlag zu einer Reform letztlich auch zurückgezogen. Das Problem liegt unter anderem darin begraben, das die Abgeordneten selbst über ihre Bezüge zu entscheiden haben. Ihr könnt mir glauben, das habe ich auch immer so gesagt, dass mir eine andere Lösung sehr am Herzen liegt.
Natürlich bin ich auch auf Unterstützung angewiesen, wenn es Kritik oder Unstimmigkeiten gibt in Bezug auf das, was aus den Ministerien kommt. Das ist Verwaltungshandeln. Das bekomme ich in der Regel natürlich nicht zu sehen. Wenn es hier aber Probleme oder Missverständnisse gibt, dann sollte es in unser aller Interesse liegen diese möglichst schnell auszuräumen. Da reicht oftmals ein Telefonanruf. Nur so können wir als SPD erfolgreich sein und dies auch nach außen hin vertreten. Und dabei brauchen wir uns gegenseitig.
Ich werde weiterhin intensiv daran arbeiten, die großen Themen in meinem Wahlkreis in unserem Sinne zu befördern. Dazu zählen
• Die Zukunft des Technologiestandortes Itzehoe
• Die Zukunft des hungrigen Wolfes
• Die Stärkung unserer Gewerbegebiete durch eine mittelstandsfreundliche Politik
• Infrastrukturelle Maßnahmen wie die A 20, wie die Nordumgehung Itzehoe, wie eine Umgehungs- oder Tunnellösung für Wrist
• Das Hochwasser in Kellinghusen
• Die Förderung unserer Bildungs- und Betreuungsstruktur
Wir stehen vor einigen großen Herausforderungen. Dazu zählt für mich die Umsetzung bundespolitischer Vorgaben auf Landesebene. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die schleswig-holsteinische Sicht dabei klar erkennbar ist. Gemeinsam mit Ralf Stegner, Bernd Rohwer und natürlich Claus Möller habe ich an unseren Vorstellungen zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme mitgearbeitet.
Das wird sein die Umsetzung des gerade vorgelegten Steuermodells. Die SPD in Schleswig-Holstein macht vor, wie es geht: nicht die großen Reformen in einzelnen Punkten kritisieren, sondern einen konstruktiven, in sich geschlossenen und auf SPD-Ebene bisher einzigartigen Vorschlag für ein einfaches Steuermodell vorzulegen. Dieses Steuersystem bietet Lösungen für Arbeitslosigkeit und Generationengerechtigkeit.
Lasst uns diese Themen diskutieren, kritisch aber auch konstruktiv.
Ein Wunsch noch zum Schluss: Wenn wir streiten, dann lasst es uns bitte nicht immer gleich vor den Augen und Ohren der großen Öffentlichkeit tun. Das genau ist es doch, was wir an der Berliner Politik bemängeln. Ich bin die Letzte, die einer kontroversen Diskussion oder einem Streit aus dem Weg geht. Nach außen müssen wir aber geschlossen und damit auch entschlossen handeln.
Kommentar von Carsten Schröder vom 30.03.2004, 19:54 Uhr:
Glückwunsch
Hallo Birgit,
Herzlichen Glückwunsch zur erfolgreichen Nominierung für die nächsten fünf Jahre. Das Ergebnis

zeigt, dass Du in deinem Wahlkreis auf eine solide Unterstützung bauen kannst.

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 30.03.2004, 23:11 Uhr - 1574 Clicks - Nr. 188*

SPD-Engelsby Ingrid Franzen und Kai List beim OV-Engelsby

Der Ortsverein Engelsby konnte am 30. März die beiden amtierenden Kandidaten zur Landtagswahl 2005 im Ristorante San Remo begrüßen. Beide berichteten über ihren politischen Werdegang und über ihre Ziele und Visionen.
Im Anschluss daran gab es reichlich Gelegenheit, den beiden Kandidaten im Wahlkreis 4, weiterführende Fragen zu den von ihnen angesprochenen Themen zu stellen. Schwerpunkte in der Diskussion war die Schulpolitik, der Tourismus in der Region und in Flensburg, aber auch wo Arbeitsplätze gesichert und wo neue geschaffen werden können.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 31.03.2004, 13:37 Uhr - 599 Clicks - Nr. 189*

Gibt es die Jeppe Hein Wasserinstallation doch preiswerter?

Der Vorsitzenden der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer liegen Unterlagen vor, wonach es aussieht, als ob die Galeristin Enja Wonneberger die 1. Ausgabe von 3 Brunnen des Künstlers Jeppe Hein in ihrem Besitz hat.
Die Galeristin hat nach Abschluss der Kunstausstellung "Changes Possible" im Oktober 2001 in Kiel den Brunnen erworben und dem Künstler das Honorar überwiesen und von seinem damaligen Galeristen das alleinige Verfügungsrecht über den Brunnen erworben. Seitdem verhandelt sie mit der Stadt über den Einbau des Brunnens.
Cathy Kietzer erklärt: "Irgendwann riss der Faden ab und die Stadt fing an mit dem neuen Galeristen von Jeppe Hein zu verhandeln, jetzt allerdings zu einem ganz anderen Preis. Warum die Verwaltung für deutlich höhere Kosten das zweite Jeppe Hein Modell für Kiel anschaffen möchte, ist unbekannt. Frau Wonneberger kann nach ihren eigenen Angaben den Brunnen zu einem niedrigeren Preis anbieten. Da auch Steuergelder für den Ankauf verwendet werden, muss die Stadt sich bemühen, das preisgünstigste Brunnenmodell von Jeppe Hein für den Hiroshimapark zu erwerben.
Hiernach gibt es also in dieser unendlichen Geschichte weiteren Klärungsbedarf und der Bauausschuss wäre gut beraten, noch nicht zu entscheiden, sondern bis zur Klärung der bisherigen Verhandlungsverläufe die Entscheidung auszusetzen."

Keine Kommentare

Helmut Jacobs - *veröffentlicht am 01.04.2004, 09:54 Uhr - 3678 Clicks - Nr. 190*

Rechenschaftsbericht von Helmut Jacobs (MdL):



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
ihr habt mich vor fünf Jahren in Horst einstimmig erneut in den Landtagswahlkampf geschickt und mir die Chance gegeben, meine erfolgreiche Landtagsarbeit seit 1996 fortzusetzen.
Trotz ursprünglich schlechter Stimmungslage für uns, ging die Wahl gut aus.
Erstmals gab es Erst- und Zweitstimmen. Das Ergebnis für mich in diesem Flächenkreis mit 80 Gemeinden war 48 %.
Auf Landesebene reichte es nicht für eine absolute Mehrheit. Die Partei hatte sich für eine Koalition mit Bündnis 90/Die Grünen entschieden.
Im Koalitionsvertrag unter den Leitbegriffen Arbeit – Bildung – Nachhaltigkeit – Weltoffenheit haben wir uns auf eine nachhaltige Entwicklung in unserem Lande verpflichtet. Unsere künftige Politik sollte so bestimmt sein, dass heute so gelebt wird, dass auch unsere Kinder und Enkel die Chance haben, ihre Zukunft in einer lebenswerten Welt zu gestalten.
Der Nachhaltigkeitsbegriff trat aber in den Hintergrund wegen einer miserablen wirtschaftlichen Lage und der damit verbundenen schlechten Einnahmesituation und hohen Arbeitslosigkeit. Kreative Sparideen und die Ausschau nach Einnahmequellen waren erforderlich.
Hinzu kamen zwei Katastrophen. Der Terroranschlag am 11. September 2001 in Amerika verlangte ein Umdenken in der Sicherheitspolitik auch in Schleswig-Holstein.
Die Pisa-Studie, die auch für Schleswig-Holstein ein bedenkliches Ergebnis brachte, machte Nachbesserungen im Bildungsbereich erforderlich.
Auch die Themen BSE und LSE bestimmten das Politikgeschehen.
Ihr wisst, ich habe zwei Schwerpunkte im Landtag: Bildung und Umwelt.
Im Bildungsarbeitskreis hat uns die Pisa-Studie sehr in Anspruch genommen. Obwohl Bildung immer unser Schwerpunkt war, wurden kostenträchtige Nachbesserungen vorgenommen, die Überzeugungsarbeit in den eigenen Reihen erforderten.
Bei uns haben die Schüler und Studenten nicht demonstriert wie in anderen Bundesländern. Die Hochschulen haben wieder Planungssicherheit. Das Programm „Jede Stunde zählt“ hat auch im Kreis Steinburg gewirkt. Der Unterrichtsausfall liegt fast bei Null. Auch die verlässliche Grundschule, die es bei uns erst im nächsten Jahr geben wird, ist bisher ein Erfolgsmodell. Die CDU behauptet zwar, die Zahlen seien gefälscht. Wir sagen: Das ist eine Beleidigung aller Schulleiter, bzw. aller Beteiligten, die das Zahlenmaterial an das Ministerium weitergeben.
Trotz knapper Finanzen: Es gibt Geld für Ganztagsangebote und offene Ganztagsschulen. Bei uns im Kreis werden fünf Ganztagsinvestitionen mit 90 % gefördert.
Zurzeit diskutieren wir im Bildungsarbeitskreis das Thema, wie mit Hilfe des Landes Projekte an den Schulen initiiert bzw. fortgesetzt werden können, die dazu beitragen, die Gewaltbereitschaft, Schulmüdigkeit und andere Fehlentwicklungen bei Jugendlichen zu mildern.
In meiner Funktion als berufsbildungspolitischer Sprecher galt es den Kontakt zu den Berufsschulen, zu den Lehrerverbänden und zu den Ausbildungsbetrieben zu pflegen.
Ich war beteiligt, die berufsbildenden Schulen in regionale Bildungszentren umzuwandeln. Das war notwendig, um die Aus-, Fort- und Weiterbildung besser zu vernetzen und den Schulen auch Möglichkeiten zu geben, eigene Einnahmen zu erwirtschaften. Schwerstarbeit war es, den Betrieben den vermehrten Berufsschulunterricht zu vermitteln. Das Thema ist jetzt vergessen. Die

Ausbildungsbereitschaft geht ohnehin zurück. Das duale System kränkelt sehr. Die Finanzierung der Ausbildung geht immer mehr zu Lasten des Staates. Zurzeit diskutieren wir eine Ausbildungsplatzumlage. Es ist ein umstrittenes Thema. Aber ich sage allen: In Anbetracht der Tatsache, dass jedes neue Ausbildungsjahr ein Gewürge und eine Zitterpartie um Ausbildungsplätze ist, muss man sich nicht wundern, wenn eine Bundestagsfraktion ein Gesetz zur Erhebung einer Ausbildungsplatzumlage auf den Weg bringt. Andere Bemühungen waren bisher erfolglos.
Mein besonderer Beitrag zur Ausbildungssituation war eine Fachtagung zum Thema: Mehr Ausbildungsgänge für praktisch begabte Jugendliche. Es muss mehr unternommen werden, Berufe vom fachtheoretischen Ballast zu entfrachten.
Im Umweltbereich war für mich ein Hauptthema die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Ich habe im Lande fast alle Kreistagsfraktionen darüber informiert. Bis zum Jahre 2015 müssen die Gewässer Schleswig-Holsteins und in der BRD in einen guten ökologischen Zustand versetzt bzw. gebracht werden. Es sollen 688 Mio. Euro ausgegeben werden. Zurzeit sind im Lande 34 Arbeitsgruppen unter Federführung der Wasser- und Bodenverbände dabei, sogenannte Maßnahmenprogramme zu erstellen.
Wegen meiner naturwissenschaftlichen Vorbildung hatte ich für die Fraktion mehrere Umwelt-Gesetze fachlich zu begleiten. Das erforderte viele Gespräche mit Betroffenen, das Lesen von Fachliteratur und Gespür für schlanke Gesetzgebung.
Ich war zuständig für Themen wie
• Landeswassergesetz
• Bodenschutz- und Altlastengesetz
• Sanierung von Altlasten und Altstandorten
• Landesabfallwirtschaftsgesetz
• Oberflächenwasserentnahmegesetz
• Grundwasserentnahmegesetz
• Lärmentwicklung in Schleswig-Holstein
• Klärschlamm und Biomasse
• Verpackungsordnung
• Liberalisierung des Wassermarktes
Es sind exotische Themen, die einen Abgeordneten im Lande nicht sehr bekannt machen. Wenn man z.B. als Innenpolitiker für den Verkehrskasper eintritt, findet man landesweit mehr Aufmerksamkeit. Durch meine Mitgliedschaft im Bingovergaberat des Landes konnten im letzten Jahr sechs Umweltprojekte im Kreis realisiert werden. Erst heute wieder bat der Bürgermeister von Kellinghusen als seine letzte Amtshandlung darum, ihn bei der Finanzierung eines Waldlehrpfades zu unterstützen.

Gemeinsam mit meiner Landtagskollegin Birgit hatten wir damit zu kämpfen, dass Landesbehörden im Kreis abgezogen wurden. Bei der ersten Verwaltungsstrukturreform im Jahre 1998 wurden zwar Behörden in Itzehoe zusammengelegt und auf Landesebene Stellen eingespart. Aber was viele nicht wissen, die Zahl der Arbeitsplätze in Itzehoe war sogar um 40 höher als vorher.
Wir hatten im letzten Jahr Gespräche in allen Behörden. Die Auflösung der Landesbezirkskasse oder die Verlagerung des Katasteramtes ließen sich nicht verhindern. Aber bei der jetzt bevorstehenden Verwaltungsreform ist unser Kreis nicht ohne unser Eingreifen als klarer Sieger hervorgegangen. Wir haben Überzeugungsarbeit geleistet. Sechs Ämter für ländliche Räume und Staatliche Umweltämter im Lande werden zusammengelegt zum Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft. Diese Behörde kommt nach Itzehoe. Der Behördenstandort Itzehoe wird deutlich gestärkt. In anderen Städten außerhalb unseres Kreises wird demonstriert.
Ihr wisst, Genossinnen und Genossen, ich habe an vielen Themen in der Region erfolgreich gearbeitet. Erinnert sei hier an
• Den Radweg in Sommerland
• Den Radweg zwischen Beidenfleth und Wewelsfleth

• Die Hafensanierung in Glückstadt
• Die Ortsumgehung in Krempe
• Die Trassenführung der A 20
• Die Schleuse in Kasenort

Für die Sanierung des Glückstädter Binnenhafens war besondere Überzeugungsarbeit in den eigenen Reihen erforderlich. Man wollte nicht viel Geld einsetzen, solange die künftige Trägerschaft nicht klar ist.

Alle Ministerinnen und Minister waren im Wahlkreis. Z. B. Bernd Rohwer war viele Male in Glückstadt. Claus Möller war in Krempe und Wilster, Heide Moser in Wewelsfleth. Mein Fraktionsvorsitzender war in Wilster. Ingrid Franzen war in Wilster, Schenefeld und Glückstadt.

Es gab auch Themen, die für Ärger gesorgt haben. Das Thema „Diäten“ verfolgt mich, solange ich im Landtag bin. Fatal ist, dass die Väter der Verfassung dafür gesorgt haben, dass Abgeordnete selbst über ihre Bezüge entscheiden müssen. Die Reform sollte künftige Diät-Diskussionen erübrigen. Die Höhe und andere Elemente waren aber nicht vermittelbar, so dass die Reform zurückgezogen wurde. Aus der Vereinbarung mit der CDU blieb aber die Verkleinerung des Landtages. Die Zahl der Direktmandate wurde von 45 auf 40 und die Zahl der Gesamtmandate von 75 auf 69 reduziert. Das war auch ein Wunsch unseres Parteitages im letzten April.

Es gab noch viele andere Themen, die in den letzten vier Jahren angepackt worden sind. Z.B. hat mich das Kindertagesstättengesetz stets beschäftigt.

Aber ich wollte gern den Rechenschaftsbericht auf Themen, mit denen ich persönlich als Fachsprecher eng verbunden war, beschränken.

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 01.04.2004, 11:44 Uhr - 1202 Clicks - Nr. 191*

Kieler MdL für Science Center in der Landeshauptstadt

Kiel ist der richtige Standort für das Science Center

Im Anschluss an die gemeinsame Sitzung des Wirtschafts- und Bildungsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages, in der Flensburg und Kiel ihre Konzepte für ein Science Center in Schleswig-Holstein darstellten, erklärten die Kieler Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke (FDP), Rolf Fischer (SPD), Uwe Greve (CDU), Dr. Ekkehard Klug (FDP), Klaus-Dieter Müller (SPD), Thomas Stritzl (CDU), Jürgen Weber (SPD) übereinstimmend:

Das Ergebnis der Präsentation ist eindeutig: Kiel ist der richtige Standort für ein zukunftsgerichtetes Science Center.

Die Präsentation der Vertreter der Landeshauptstadt hat die besonderen Alleinstellungsmerkmale für ein Science Center in Kiel verdeutlicht. Insbesondere die Verknüpfung zwischen herausragender Wissenschaft (Leibnitz-Institut), einer schlagkräftigen maritimen Wirtschaftsstruktur und dem Knowhow eines weltweit erfahrenen und erfolgreichen Betreibers unterstreichen die Nachhaltigkeit des Konzeptes.

Von besonderem Interesse ist auch, dass sich bereits 25 Firmen schriftlich dazu verpflichtet haben, das Science Center Kiel zu unterstützen und auf ständig neuem Stand zu halten. Für die Nachhaltigkeit des Gesamtkonzeptes spricht auch, dass der für das Science Center Kiel in Aussicht genommene Betreiber sich heute in der öffentlichen Sitzung bereit erklärt hat, sich an der Investition mit Eigenkapital zu beteiligen und das Betreiberrisiko voll zu übernehmen. Durch ein Science Center

in Kiel vervollkommnet sich dann auch die von der Wirtschaft, insbesondere der IHK zu Kiel geforderte maritime Clusterbildung in Schleswig-Holstein.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 01.04.2004, 13:12 Uhr - 799 Clicks - Nr. 192*

Lebendige Kieler Innenstadt



SPD lädt ein zum 1. Kieler Cross-Golfturnier"Unter dem Motto - Lebendige Innenstadt - soll mit verschiedensten Aktionen die Attraktivität der Kieler Innenstadt gesteigert werden," regt SPD-Ratsherr Cai-Uwe Lindner an. Dabei sind nicht nur die Einzelhändler und Hauseigentümer gefordert, sondern es sind auch Initiativen Dritter ausdrücklich erwünscht.
Lindner erklärt weiter: "Während CDU und GRÜNE anscheinend die Innenstadt abgeschrieben haben, wird sich die SPD unverändert für mehr Lebendigkeit und Aufenthaltsqualität einsetzen". Die SPD lädt deshalb zum 1. Kieler Cross-Golfturnier vom 2. bis 4. April 2004 in die Innenstadt ein. Cross-Golf ist eine moderne Variante des klassischen Golfspiels. Dabei wird nicht auf ein Loch, sondern auf ein vorher von den Spielern festgelegtes Ziel gespielt. Mitmachen kann jeder. Benötigt werden lediglich ein Golfschläger (5 oder 7'er Eisen empfohlen) und ein Satz Bälle. Teilnehmer melden sich bitte im Geschäftszimmer der SPD-Ratsfraktion an (Tel. 0431 / 901-2527).

Das Pre-Opening mit Prominenten-Abschlag und Einführungsrunde findet bereits am Donnerstag, 1. April 2004, ab 18:00 Uhr im Innenhof des Kieler Rathauses statt. Gäste und Zuschauer sind willkommen. Die Spielstrecke verläuft von dort über Rathausplatz, Alten Markt, Bootshafen, Asmus-Bremer-Platz, Holstentörn zum Finish in die Schlemmersophie im Sophienhof.

Cai-Uwe Lindner - Golffan und baupolitischer Sprecher seiner Fraktion - erklärt abschließend: "Mit diesem Golfturnier haben wir eine schlagkräftige Auftaktveranstaltung für unsere Initiative kreiert, die viele Zuschauer in die Innenstadt locken wird. Ich bin mir sicher, dass dieses Turnier einschlagen wird".

Keine Kommentare

SPD-Schilksee - *veröffentlicht am 01.04.2004, 20:47 Uhr - 1108 Clicks - Nr. 193*

Neuer Vorsitzender im Ortsverein Kiel-Schilksee

Manfred Wagner nach 18 Jahren nicht mehr SPD-Ortsvereinsvorsitzender in Schilksee

Die Jahreshauptversammlung des Ortsvereins der SPD Schilksee brachte einen Wechsel des Vorsitzenden: Nach 18 Jahren als Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Schilksee trat Manfred Wagner nicht mehr zur Wahl an. Ihm folgt als neuer Vorsitzender Stefan Johannsen.
Manfred Wagner hat fast zwei Jahrzehnte die Ortsvereinsarbeit der SPD in und um Schilksee mit großer politischer Initiative und hohem Engagement geprägt. „Nun müssen mal andere ran," erklärte Wagner seinen Verzicht auf eine erneute Kandidatur.
Mit Stefan Johannsen erklärte sich der stellvertretende Schilkseer Ortsbeiratsvorsitzende bereit, die

Nachfolge anzutreten. „Der Ortsverein Schilksee wird die Kandidatur des SPD-Kreisvorsitzenden Rolf Fischer bei der kommenden Landtagswahl engagiert unterstützen sowie der Schilkseer Ratsfrau Gesine Stück intensiv politisch zuarbeiten“, definierte Stefan Johannsen die anstehenden Aufgaben. „Die SPD Schilksee hat einen guten Mix von jungen und alten aktiven Mitgliedern. Da wird sich für die Bürgerinnen und Bürger Schilksees einiges bewegen lassen.“
Als stellvertretende Vorsitzende wurde mit Heidi Behlen eine erfahrene Kommunalpolitikern in ihrem Amt auf der Jahreshauptversammlung bestätigt. Als Beisitzer im Vorstand wurden Ute Adler, Elke Stoll, Gesine Stück, Manfred Wagner und Sebastian Feldhusen gewählt. Als Kassenwart wurde Peter Baumgardt und als Schriftführerin Waltraud Herbst-Wenk bestätigt.

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 02.04.2004, 08:17 Uhr - 901 Clicks - Nr. 194*

Traute Schiffgen in der Sprechstunde der SPD am 08.04.2004

Traute Schiffgen, bürgerliches Mitglied der SPD im Ausschuss für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung, wird am 08.04.2004 von 16.00 - 17.30 Uhr im Fraktionszimmer der SPD im Historischen Rathaus allen Bürgern und Bürgerinnen der Stadt Bad Segeberg zur Verfügung stehen. Sie wird dabei auch unter der Telefonnummer 04551-964-348 erreichbar sein.
Thema dieser Sprechstunde wird die Bürgerbeteiligung zum Bebauungsplanverfahren Nr. 77 (Neugestaltung Bahnhofsumfeld) sein.

Die SPD weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass mit amtlicher Bekanntmachung vom 30.03.2004 in der Tagespresse alle Bürger zu diesem Verfahren eingeladen sind. Am 08.04.2004 ab 17.30 Uhr können im Bürgersaal des Rathauses die Pläne eingesehen werden und ab 18.00 Uhr wird die Verwaltung die Planentwürfe erläutern. Anregungen zu den Entwürfen können während des Termines vorgebracht werden.

Traute Schiffgen wird während der Sprechstunde Anregungen und Fragen entgegen nehmen und dies dann in die Diskussion in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing einbringen.

Keine Kommentare

SPD-Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 02.04.2004, 14:46 Uhr - 4539 Clicks - Nr. 195*

Demo zum Erhalt von Olpenitz am 01.04.04 in Kappeln

Die Rede von Anna Schlosser-Keichel:

Sehr geehrter Herr Bürgervorsteher,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger aus Kappeln,
aus Angeln und aus Schwansen,

ich bin gekommen, um mich gemeinsam mit Ihnen stark zu machen für den Erhalt des Marinestützpunktes Olpenitz.

Und ich versichere Ihnen, das tue ich nicht nur heute, sondern seit Anfang dieses Jahres, als uns die

Hiobsbotschaft von einer möglichen Schließung erreicht hat.

Ich habe bereits in den ersten Januartagen zusammen mit dem Vorsitzenden der SPD Landtagsfraktion, Lothar Hay, den Stützpunkt besucht und die Botschaft, die wir von diesem Besuch mitgenommen haben, die Botschaft der Menschen, die in Olpenitz ihre Arbeit tun und die es wissen müssen,

die Botschaft war und ist:

Olpenitz ist modern und leistungsfähig

Olpenitz ist sicher

Olpenitz bietet kurze Wege. Das Übungsgebiet liegt sozusagen vor der Haustür und ist schnell und kostengünstig zu erreichen

Olpenitz ist unter militärischen und betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten der optimale Standort für die Minensuchgeschwader

Olpenitz muss bleiben!

Ich will mich aber als Wahlkreisabgeordnete nicht beschränken auf die militärischen und betriebswirtschaftlichen Argumente, obwohl sie für sich schon überzeugend sind.
Als verantwortungsbewusste Politikerin darf ich nicht nur auf meinen Fachbereich sehen, sondern muss die volkswirtschaftlichen Auswirkungen einer Entscheidung auch berücksichtigen.

Der Abzug der Bundeswehr aus Olpenitz würde für diese Region einen Aderlass – an Menschen und Finanzkraft - bedeuten, der aus eigener Kraft nicht mehr zu bewältigen wäre.

Ich habe einmal mit dem Slogan Wahlkampf gemacht, der hieß: Wir fordern „Arbeit vor Ort und nicht weit fort“ Diese Forderung gilt für mich nach wie vor. Wir brauche die Arbeitsplätze und die Ausbildungsplätze – hier! Vor Ort!

Ich habe das auch Minister Struck gegenüber deutlich gemacht und er hat in der Antwort auch eingeräumt, dass „ im Rahmen dieser Prüfungen….die von Ihnen geforderte volkswirtschaftliche Verantwortung zu beachten und zu übernehmen sein (wird)“. Dieses werden wir einfordern.

Anrede

Nicht nur Sie, auch mich begleitet das Zittern um den Bestand des Marinestützpunktes Olpenitz seit vielen Jahren. Ich habe im Februar 1993 eine meiner ersten Reden vor dem Schleswig-Holsteinischen Landtag zum Thema Olpenitz gehalten, und ich will aus dem Protokoll zitieren:

„Es bleibt also zusammen zu fassen, dass die Verlegung des Marinestützpunktes Olpenitz regionalpolitisch fatal ist und finanzpolitisch und volkswirtschaftlich einfach unsinnig.

Darüber hinaus eine Ohrfeige für die Menschen, die in der Region Kappeln leben… denn durch die hohe Bundeswehrpräsenz sind in der Vergangenheit nicht nur Arbeitsplätze geschaffen und Auftragsbücher gefüllt worden, sondern auch Belastungen für die Gemeinen und für die Menschen, die dort leben, entstanden…

Man muss anerkennen, dass diese Herausforderungen… in der Region Kappeln angenommen worden sind, dass Bundeswehr und Soldaten integriert sind, dass sie nicht nur zum Stadtbild gehören, sondern dass sie auch in den Vereinen und überhaupt… dazu gehören. Ich denke, dass dem Bund nicht zuletzt deswegen eine ganz besondere Verantwortung bleibt."

Ich bin der Überzeugung, das stimmt auch heute, 11 Jahre später.

Ich fordere eine schnelle Entscheidung für Olpenitz. Eine Zitterpartie bis zum Jahresende ist uns allen nicht zuzumuten.

Wir brauchen eine schnelle Entscheidung! Wir brauchen Planungssicherheit. Denn wir alle wollen unsere Arbeit tun und unsere Kraft, unsere Ideen auf die Zukunft gerichtet einsetzen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit

Kommentar von Martin Preuschhof vom 02.04.2004, 21:24 Uhr:
RE:Demo zum Erhalt von Olpenitz am 01.04.04 in Kappeln
Hallo Anna,

wer immer für Steuergelder in unser Partei Verantwortung trägt muß sich schon au solchen Gründen für Olpenitz aussprechen. Alles andere wäre Betrug am Bürger. Nun haben wir in der Auseinandersetzung zwischen großen Städten und kleinen Regionen immer wieder erlebt, das die großen die kleinen einfach plattmachen.

Umso wichtiger ist Euer aktiver Einsatz für Olpenitz, den gerade Du (jedenfall wer Zeitung liest und auch was davon erinnert) ja schon sehr lange zeigst.

Viel Erfolg wünscht Euch aus Norderstedt, Martin Preuschhof

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 03.04.2004, 11:56 Uhr - 1738 Clicks - Nr. 196*

SPD-EngelsbyDann sind es nur noch sechs

Der Infrastrukturausschuss stimmte den Grundsätzen des Standortkonzeptes für Altglas- und Altkleidercontainer zu.

Nach der vollständigen Einführung der blauen Tonnen für die Sammlung von Altpapier die hohe Dichte von Standplätzen nur für die Sammlung von Glas und z.T. auch Altkleidern nicht mehr erforderlich. Mit Einführung des "Dosenpfand" und durch den Ersatz von Glasflaschen durch PET-Flaschen ist die Behälterglasmenge deutlich zurückgegangen. Altglas soll zukünftig hauptsächlich an den Stellen gesammelt werden, an denen auch Getränke oder Lebensmittel in Glasverpackungen verkauft werden.
In Engelsby wird die Anzahl der "Öffentlichen Sammelstellen" von jetzt 16 auf 6 reduziert.
Folgende Standorte bleiben erhalten: - Engelsbyer Str. (Aldi-Markt) - Richard-Wagner Str/ Glücksburger Str. - Mozartstraße (bei Eldorado) - Merkurstraße (Sky-Markt) - Recylinghof Kauslund (ab 1.7.04) Die Altkleidercontainer sollen nur noch direkt an Glascontainern oder auf Grundstücken von karitativen Einrichtungen stehen.

Keine Kommentare

Jusos Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 03.04.2004, 12:11 Uhr - 3293 Clicks - Nr. 197*

Neugründung Juso AG Rendsburg/Büdelsdorf Umland

Nachdem die Arbeit der Jusos seit 2000 eingeschlafen war, endete der Dornröschenschlaf mit dem gestrigen Dienstag. Auf Initiative des Kreisverbandes der Jusos und einiger „alter“ und „neuer“ Mitglieder der Ortsarbeitsgemeinschaften aus Rendsburg, Büdelsdorf und Umgebung kamen mehr junge Leute als erhofft in den Konferenzraum des Kulturzentrums „Hohes Arsenal“ in Rendsburg. Nachdem die Arbeit der Jusos seit 2000 eingeschlafen war, endete der Dornröschenschlaf mit dem Dienstag. Auf Initiative des Kreisverbandes der Jusos und einiger „alter“ und „neuer“ Mitglieder der Ortsarbeitsgemeinschaften aus Rendsburg, Büdelsdorf und Umgebung kamen mehr junge Leute als erhofft in den Konferenzraum des Kulturzentrums „Hohes Arsenal“ in Büdelsdorf. Zur Begrüßung sprachen der Bürgermeister von Rendsburg Andreas Breitner (SPD) und der Kreisvorsitzende der Jusos Rendsburg-Eckernförde Ulf Daude. Nach einer allgemeinen Aussprache über die Politik vor Ort und natürlich auch die große Politik wurde ein neuer Vorstand gewählt. Zum Vorsitzenden wurde Marlon Kruse (Büdelsdorf) gewählt und Mascha Sendacki (Rendsburg) zur Stellvertretenden Vorsitzenden. Weiterhin wurde Jana Markowski (Alt Duvenstedt) zur Kassiererin gewählt. Als Beisitzer gehören dem neuen Vorstand Cornelia Seiberl, Axel Bohmsach und Gerrit van den Toren an. Besonders freut sich die neue Juso Ag Rendsburg/Büdelsdorf über die Eintritte junger Leute während der Veranstaltung. „Eine schönere Bestätigung für die Richtigkeit der Politik, kann man wirklich nicht bekommen!“, bemerkte Ulf Daude. Hier zeigt sich auch einmal wieder, dass sich immer mehr Menschen nicht von irgendwelchen Trends und Sonntagsfragen blenden lassen. Sie machen sich ihr eigenes Bild der Partei-Programme und -Akteure und entscheiden sich dann, für wen sie stimmen und wem sie beitreten.

Ulf Daude

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 05.04.2004, 08:15 Uhr - 609 Clicks - Nr. 198*

OB greift alte SPD-Idee auf



Die Oberbürgermeisterin hat in der gestrigen Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses angekündigt, dass sie die Eigentümer von Geschäften in der Holstenstraße zu einem Gespräch einladen wird.**Dazu äußert sich der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller:**
"Die SPD-Fraktion hat Frau Volquartz ein solches Gespräch bereits im November 2003 vorgeschlagen. Dabei sollte mit den Eigentümern über Möglichkeiten der weiteren Verbesserung der Innenstadt gesprochen werden sowie über künftige Mietforderungen. Damals lehnte die Oberbürgermeisterin diese Idee mit dem Hinweis auf die herrschende Marktwirtschaft ab. Umso mehr freuen wir uns heute, dass sie unsere alte Idee aufgreift.
Vielleicht kann die Stadt bei diesem Gespräch mit dazu beitragen, dass die Eigentümer erkennen, dass kurzfristig hohe Mieterlöse dauerhaft mehr Probleme schaffen als das sie zu einer wirtschaftlich guten Entwicklung beitragen."
Ansprechpartner: Alexander Möller 0172/4054023

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 05.04.2004, 08:16 Uhr - 672 Clicks - Nr. 199*

Volquartz streicht Schulen die Ersparnisse



SPD sieht Befürchtungen bestätigt: Die Verwaltung hat auf Nachfrage der SPD-Fraktion im gestrigen Schulausschuss erklärt, dass den Schulen 50% der eingesparten Budgetmittel gestrichen werden und diese nicht im Jahr 2004 zur Verfügung stehen.
Der schulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Bernd Vogelsang erkärt zu diesem Vorgang:
"Mit der unvorhersehbaren und unangekündigten Streichung der Hälfte der eingesparten Gelder, die von den Schulen für 2004 fest eingeplant waren, verspielt die Oberbürgermeisterin Vertrauen in die Seriosität ihrer Haushaltsführung und konterkariert die Anstrengungen der Schulen, wirtschaftlich und sparsam mit den knapper werdenden Finanzen umzugehen.
Das Hauptthema des Haushalts 2004 war und ist Bildung. Darin war sich die Ratsversammlung einig und wir dachten, die OB als ehemalige Lehrerin trägt dieses Ziel mit. Wie man sich täuschen kann. Die SPD-Fraktion wird genau registrieren, wie sich die Parteien der OB, CDU und Grünen verhalten werden. Die SPD jedenfalls wird alle politischen Möglichkeiten nutzen, damit die Entscheidung der OB, betreffend der 50%igen Streichung der Budgetüberschüsse aus 2003, nicht zum tragen kommen wird.
Die SPD-Fraktion schließt mit dieser Position die Schulen nicht davon aus, dass auch sie ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung erbringen müssen. Dieses aber bitte in einem geordneten Contractingverfahren und nicht 'par ordre de mufti'."
Ansprechpartner: Bernd Vogelsang - 0171/3449807
Kommentar von Konstanze Rüchel vom 14.04.2004, 07:55 Uhr:
RE:Volquartz streicht Schulen die Ersparnisse
Lieber Bernd, nun macht Frau Volkquartz genau das gleiche, was unser OB Norbert Gansel während seier Amtszeit auch versucht hat. Was regst Du Dich so auf? Ich hoffe die nächste Schulausschußsitzung wird von sehr vielen Eltern, Lehrern und Schulleitungen besucht, um dagegen zu protestieren! Organisier das mal als Schulpolitischer Sprecher der SPD oder traust Du Dir das nicht zu? Gruß Konstanze

SPD-Rethwisch - *veröffentlicht am 05.04.2004, 12:27 Uhr - 428 Clicks - Nr. 200*

Demo in Berlin, 3.April 2004



500.000 Menschen demonstrierten deutschlandweit gegen Sozialabbau und für eine andere Politik
Auch aus Bad Oldesloe startete ein Bus, besetzt mit vielen Rethwischern, am Morgen des 3. April 2004, in Richtung Berlin. Ab 10.30 Uhr setzte sich der Demonstrationszug, vom Gendarmenmarkt mit Ziel Brandenburger Tor in Bewegung. Hier fand mit über 250.000 Menschen die größte Kundgebung in Deutschland gegen Sozialabbau und für eine andere Politik statt. Ziel der Demonstranten war und ist es, die rigorosen Spar- und Streichkonzepte der Regierung und der Politik vor Ort, ein deutliches NEIN entgegen zu setzen.

Es muss Schluss sein mit den Geschenken an die Unternehmen und die Bezieher hoher Einkommen, wie die seit Jahren betriebene Reduzierung der Unternehmensbesteuerung, Senkung des Spitzensteuersatzes und die angebliche Verbesserung der Angebotsseite der Ware Arbeitskraft (Lohnsenkung). Es ist festzustellen das man dem Ziel, des Abbaus der Arbeitslosigkeit, keinen Schritt näher gekommen ist.

Nein, hier ist es nun an der Zeit dafür zu sorgen, das die Kaufkraft der Menschen in Deutschland deutlich gestärkt wird und nicht durch weitere Belastungen (Praxisgeld, private Rentenvorsorge, Elternbeteiligung an der Schulbeförderung,...) abnimmt, damit der Motor der Binnennachfrage endlich in Schwung kommt und somit die Chance auf ein mehr an Beschäftigung entsteht!

Keine Kommentare

Afa-Stormarn - *veröffentlicht am 05.04.2004, 12:37 Uhr - 441 Clicks - Nr. 201*

Europaweiter Aktionstag gegen Sozialabbau, 3.April 2004



500.000 Menschen demonstrierten deutschlandweit gegen Sozialabbau und für eine andere Politik
Auch aus Bad Oldesloe startete ein Bus, besetzt mit vielen Genossinnen und Genossen der Stormarner Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), am Morgen des 3. April 2004, in Richtung Berlin. Ab 10.30 Uhr setzte sich der Demonstrationszug, vom Gendarmenmarkt mit Ziel Brandenburger Tor in Bewegung. Hier fand mit über 250.000 Menschen die größte Kundgebung in Deutschland gegen Sozialabbau und für eine andere Politik statt. Ziel der Demonstranten war und ist es, die rigorosen Spar- und Streichkonzepte der Regierung und der Politik vor Ort, ein deutliches NEIN entgegen zu setzen.
Es muss Schluss sein mit den Geschenken an die Unternehmen und die Bezieher hoher Einkommen, wie die seit Jahren betriebene Reduzierung der Unternehmensbesteuerung, Senkung des Spitzensteuersatzes und die angebliche Verbesserung der Angebotsseite der Ware Arbeitskraft (Lohnsenkung). Es ist festzustellen das man dem Ziel, des Abbaus der Arbeitslosigkeit, keinen Schritt näher gekommen ist.

Nein, hier ist es nun an der Zeit dafür zu sorgen, das die Kaufkraft der Menschen in Deutschland deutlich gestärkt wird und nicht durch weitere Belastungen (Praxisgeld, private Rentenvorsorge, Elternbeteiligung an der Schulbeförderung,...) abnimmt, damit der Motor der Binnennachfrage endlich in Schwung kommt und somit die Chance auf ein mehr an Beschäftigung entsteht!

Keine Kommentare

SPD-Rethwisch - *veröffentlicht am 05.04.2004, 15:08 Uhr - 475 Clicks - Nr. 202*

200 Kinder, Schüler und Eltern demonstrierten am 2. April 2004, in Bad Oldesloe,



Doch die CDU blieb stur!
Trotz der großen Demonstration gegen die Elternbeteiligung stimmte die CDU Kreistagsfraktion gegen die Stimmen der SPD, Grünen und der FDP für die Einführung eines Stufenmodells der Elternbeteiligung bei der Schulbeförderung. 3, 5 und 7,- € ist der nun beschlossene Tarif, d.h. die Eltern müssen zu Beginn des Schuljahres Sommer 2004 zwischen 36,- € bis max. 84,- € im Jahr pro Schüler für die Schulbeförderung hinzubezahlen.
Für die Rethwischer Eltern hat sich der Einsatz gegen die Elternbeteiligung gelohnt, so konnte der Jahresbeitrag von geplanten 120,- € auf 36,- € pro Kind gesenkt werden. Dennoch ist das Ziel der weiterhin zuzahlungsfreien Schulbeförderung nicht erreicht worden, die Eltern werden nun erstmals erheblich zur Kasse gebeten. Die Angst, dass in den nächsten Jahren eine Erhöhung der Elternbeteiligung beschlossen wird, wurde von der CDU-Kreistagsfraktion nicht ausgeschlossen. Überhaupt nicht hinnehmbar ist die Elternbeteiligung bei der Schulbeförderung der Grundschüler, hier greift noch nicht einmal das Argument des angeblichen hohen Freizeitwertes der Schülerfahrkarte. Es ist nämlich sehr unwahrscheinlich, dass Eltern ihre Jüngsten in der Freizeit alleine mit dem Bus in die Stadt fahren lassen! Eine weitere offene Frage ist die Höhe des nun entstehenden Verwaltungsaufwandes. Wir schätzen, dass ein erheblicher Anteil der Einnahmen durch Verwaltungskosten aufgezerrt werden wird.
Unsere Forderung ist die Rücknahme der Elternbeteiligung, damit ein deutlich positives Signal an junge Familien gegeben wird, denn nur gute familienfreundliche Sozialpolitik kann den demographischen Wandel positiv beeinflussen und somit die Zukunft unseres Landes und unserer Region garantieren.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 05.04.2004, 15:35 Uhr - 737 Clicks - Nr. 203*

Kieler Bündnis für Familien gründen!



Der schulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Bernd Vogelsang erklärt: "Die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit ist in Deutschland, anders als in anderen europäischen Ländern, immer noch eine Hürde, weil zu wenig für Familien getan wird und die bestehenden Möglichkeiten unzureichend bekannt, genutzt oder koordiniert werden.
Deshalb möchte die SPD-Fraktion, dass die schleswig-holsteinische Landeshauptstadt mit gutem Beispiel voran geht und sich mit einem "Kieler Bündnis für Familien" der Initiative der Bundesfamilienministerin Renate Schmidt für "Lokale Bündnisse für Familien" anschließt.
Kinder, Mütter und Väter sollen sich in der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt wohlfühlen und besser als bisher das Erwerbsleben mit dem Familienleben vereinbaren können. Wie die Anforderungen dafür sind und was geschehen muss und kann, sollen die Bündnispartner, Elterninitiaitven, Schulen, Betreuungseinrichtungen, Gewerkschaften, Unternehmen, Kirchen, Vereine und Verbände miteinander ausloten. Dabei müssen nicht immer neue Wege gefunden

werden. Es geht bei dieser Initiative darum, von anderen zu lernen, indem funktionierende Systeme zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf übernommen werden, wie auch darum, Kieler Modelle zu "exportieren".
Ansprechpartner: Bernd Vogelsang - 0171/3449807
***
Ratsversammlung am 15.04.2004
Betreff: Bündnis für Familien
Antrag:
Die Ratsversammlung möge beschließen:
1. Die Landeshauptstadt Kiel beteiligt sich mit einem "Kieler Bündnis für Familien" an der bundesweiten Initiative "Lokale Bündnisse für Familien" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine öffentlichkeitswirksame Kampagne zur Aktivierung des Kieler Familenbündnisses ab Oktober 2004 zu entwickeln. Dabei sind die Beratungsangebote aus dem BMFSFJ und dem Servicebüro der Initiative zu nutzen.
3. Inhaltlicher Schwerpunkt der Kampagne ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Bereits existierende Maßnahmen, insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung, sind aufzunehmen und fortzuentwickeln.
4. Für das Bündnis sollen Betreuungseinrichtungen, Schulen, Elterninitiativen, Parteien, Sportvereine, Verbände, Kirchen, Unternehmen, Gewerkschaften und weitere gesellschaftliche Akteure gewonnen werden.
Begründung:
Im Dezember 2003 hat das BMFSFJ die bundesweite Initiative "Lokale Bündnisse für Familien" ins Leben gerufen. Auf diesem Wege sollen Beispiele erfolgreicher Familienpolitik ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt, zur Nachahmung empfohlen und zur Entwicklung eigener Ansätze angeregt werden. Nähere Informationen zu dieser Initiative finden sich im Internet unter www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de.
Der inhaltliche Schwerpunkt der Kampagne, familienfreundliche Städten und Gemeinden zu schaffen, folgt auch gesellschaftspolitischen Notwendigkeiten. Angesichts der demografischen Entwicklung werden lokale Bündnisse für Familien ein Instrument sein, um dem demografischen Wandel zu begegnen. Die Landeshauptstadt Kiel ist dabei in der Verantwortung mit einem "Kieler Bündnis für Familien" ein Signal für Schleswig-Holstein zu setzen.
Mit der beabsichtigen Beteiligung vieler Akteure aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft, soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Landeshauptstadt Kiel nachhaltig vorangetrieben werden.

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 06.04.2004, 10:00 Uhr - 1889 Clicks - Nr. 204*

AfA-Neubelebung in Lübeck

Im Kreis Lübeck soll die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) neu belebt werden "Aktivierung der AfA Lübeck

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir wollen wieder mehr Leben in die AfA in Lübeck bringen.

Wie, wer, wann - Dies wollen wir

am 20. April 04 ab 19:00 Uhr im Paulaners
(Breite Str. 1-5 , 23552 Lübeck)

bei aller Ruhe beim Bier gemeinsam besprechen.

Alle Intressierten sind herzlich dazu eingeladen.

Diese Partei ist nur von innen zu verändern, lasst uns anfangen!

Bernd Losch, Peter Reinhardt, Daniel Friedrich

Kontakt: daniel.friedrich@igmetall.de,
0170/ 33 33 126!"

Keine Kommentare

SPD-NET-SH - *veröffentlicht am 06.04.2004, 13:59 Uhr - 30966 Clicks - Nr. 205*

Sonderausschuss zur "Sicherheit auf See" schließt seine Arbeit ab



EU-Abgeordneter Piecyk:

* Küstenwache bekommt durch Terrorismusbedrohung neue Aktualität.
* Europäisches Parlament fordert Lotsenpflicht in der Kadetrinne.
* Neben Technik muss der 'Faktor Mensch' gleichrangiger Bestandteil der Seesicherheitspolitik werden.

Der Sonderausschuss des Europäischen Parlaments zur "Verbesserung der Sicherheit auf See" hat mit der Verabschiedung eines umfassenden Forderungskataloges seine Arbeit abgeschlossen. Der eigentliche Anlass war der Untergang des Tankers "Prestige" am 19. November 2002 vor La Coruna. Der EU-Abgeordnete, der als Vizepräsident dem Gremium angehörte, zeigte sich mit dem Ergebnis zufrieden:

"Meine Anträge zur Lotsenpflicht in der Kadetrinne, zur Europäischen Küstenwache sowie zu den Sicherheitstrainings der Schiffsbesatzungen sind alle mit großer Mehrheit übernommen worden. Von der Gesetzgebungsseite wartet auf europäischer und internationaler Ebene (IMO) viel Arbeit."

Der verabschiedete Bericht behandelt nach Piecyks Angaben das gesamte Spektrum der Schiffs- und Seesicherheit. Dazu gehöre u.a.
* die strikte Einhaltung und Umsetzung bereits beschlossener Maßnahmen wie die Richtlinie über Hafenstaatkontrolle und Klassifikationsgesellschaften,
*
* die Umsetzung der Überwachungsrichtlinie einschließlich der einzurichtenden Systeme über Nothäfen und Notliegeplätze für Havaristen,
*
* die strafrechtliche Verfolgung illegaler Meerverschmutzung durch Schiffe,
*

* die Einhaltung europäischer Gesetze durch neue Mitgliedsstaaten; Zypern und Malta fände man als Flaggenstaaten noch zu häufig bei den "üblichen Verdächtigen"
*
* die Forderung nach einem gemeinsamen Auftreten der EU-Mitgliedsstaaten im Rahmen der International Maritime Organization (IMO)

Piecyk: "Wir sollten nicht erst warten, bis wir mit Terroranschlägen auf See konfrontiert werden. Deshalb ist die Forderung nach einer 'Europäischen Küstenwache' dringlich und notwendig."

Erstmals habe das Europäische Parlament die Forderungen nach einer Lotsenpflicht in der Kadetrinne übernommen. Für sensible und navigatorisch schwierige Seegebiete in der Ostsee müsse es endlich zur Lotsenpflicht kommen. Dazu sei politischer Druck auf Russland nötig, das sich solchen Regelungen bisher verweigere.

"80% der Unfälle auf See sind auf menschliches Versagen zurückzuführen, deshalb muss der 'Faktor Mensch' und der Sicherheitsausbildung mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden."

Die verabschiedete Passage lautet:

"Das Europäische Parlament fordert die Kommission und die Mitgliedsstaaten auf, innerhalb der IMO auf eine Verschärfung der internationalen Vorschriften hinsichtlich der Sicherheitsausbildung der Kapitäne, Offiziere und Besatzungen zu drängen, insbesondere durch obligatorische Fortbildungs- und iederholungslehrgänge in Schiffssicherheit, Unfallmanagement, Brandschutz sowie Notfallmaßnahmen wie zum Beispiel Schleppen, Notliegeplätze oder Schadstoffbekämpfung."

In seiner Plenarsitzung vom 19. bis 22. April wird das Europäische Parlament den Bericht endgültig beschließen.

Gesa Grube

Europabüro Willi Piecyk
Kleiner Kuhberg 28-30
D - 24103 Kiel

Tel.: 0431 90 60 622
Fax: 0431 90 60 657

info@piecyk.de
www.piecyk.de

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 06.04.2004, 14:25 Uhr - 4439 Clicks - Nr. 206*

Ergebnisse in den LT-Wahlkreisen 10, 11 und 13

Der Kreisvorsitzende Sönke Rix gab folgende Ergebnisse der Nominierungsabstimmungen der SPD-Rendsburg-Eckernförde in den Landtagswahlkreisen Eckernförde (neu Nr. 10), Rendsburg (neu Nr. 11) und Rendsburg-Ost (neu Nr. 13) für die Landtagswahl am 20.02.2005 bekannt:

Landtagswahlkreis Eckernförde (neu Nr. 10):
Kandidatur: Ulrike Rodust
Anwesende stimmberechtigte Delegierte: 51 von 59
Abgegebene gültige Stimmen: 51
Ja-Stimmen: 50
Nein-Simmen: keine
Enthaltungen: 1
Damit ist **Ulrike Rodust** einstimmig nominiert.

Landtagswahlkreis Rendsburg (neu Nr. 11):
Kandidaturen: Ulrich Hase, Günter Neugebauer und Ramona Wissemann
Anwesende stimmberechtigte Mitglieder: 161
Abgegebene gültige Stimmen: 159
Ulrich Hase: 40
Günter Neugebauer. 110
Ramona Wissemann: 9
Enthaltungen: keine
Damit ist **Günter Neugebauer** mit sehr großer Mehrheit nominiert.

Landtagswahlkreis Rendsburg Ost (neu Nr. 13):
Anwesende stimmberechtigte Delegierte: 56 von 59
Abgegebene gültige Stimmen: 56
Ute Erdsiek-Rave: 45
Martin Klimach-Dreger: 4
Wolfgang Weiß: 7
Enthaltungen: keine
Damit ist **Ute Erdsiek-Rave** mit sehr großer Mehrheit nominiert.

Die Wahlkreisdelegiertenkonferenz für den Landtagswahlkreis Rendsburg-Süd (neu Nr. 12) findet am 19.04.2004 in Nortorf statt. Einziger Kandidat ist hier Ralf Stegner.

Rix gratulierte im Namen des Kreisvorstandes allen gewählten Kandidatinnen und Kandidaten. Den anderen Bewerberinnen und Bewerber dankte er für ihre Bereitschaft, als Kandidatin oder Kandidat zur Verfügung zu stehen. Mit diesen Ergebnissen könnten die Kandidatinnen und Kandidaten sowie die gesamte Kreispartei selbstbewust und kämpferisch in die Wahlauseinandersetzung gehen.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 06.04.2004, 16:33 Uhr - 712 Clicks - Nr. 207*

Ernährung von Kindern und Jugendlichen ins Blickfeld rücken!



Der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Wolfgang Schulz erklärt: "Der Mensch ist, was er ißt und Kinder und Jugendliche entwickeln ihre Ernährungsgewohnheiten daheim bei den Eltern durch Werbeeinflüsse, aber auch durch die Vorgaben in den städtischen Betreuungseinrichtungen und den Schulen. Untersuchungen belegen, dass viele Kinder und Jugendliche einseitig, unzureichend "dickmachend", aber auch unstrukturiert im Tagesablauf essen. Die erheblichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen der heute erwachsenen Bevölkerung sind auch die Folge von Versäumnissen, ihnen in der Kindheit und

Jugend richtiges Ernährungsbewusstsein und Essverhalten zu vermitteln.
Die SPD-Fraktion beabsichtigt, das nahezu unbestellte Aufgabenfeld gesunder Ernährung mit einer Ratsinitiative zur nächsten Ratsversammlung ins Blickfeld der Öffentlichkeit zu bringen. Wir erwarten, dass die Landeshauptstadt Kiel, auch in ihrer Vorblidfunktion für Schleswig-Holstein, die Gesundheitsprävention von Kindern und Jugendlichen durch gesunde Ernährung neu bearbeitet. Die begonnenen Veränderungen in den Betreuungsangeboten der Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie die Ausweitung von Ganztagsschulangeboten bieten die Chance, auch hier neue Strukturen zu entwickeln."
Ansprechpartner: Wolfgang Schulz - 0175/2069382
***

Ratsversammlung am 15.04.2004
Betreff: Gesunde Ernährung, Sport u. Fitness in Kieler Einrichtungen der Kinder- u. Jugendpflege sowie Schuleinrichtungen

Antrag:

Die Ratsversammlung möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, zur Ratsversammlung im September 2004 einen Bericht sowie ein Handlungskonzept zur Verbesserung der Ernährungsgewohnheiten in Kieler Einrichtungen der Kinder- u. Jugendpflege und Schuleinrichtungen unter Einbeziehung sportlicher Aktivitäten bei Kindern und Jugendlichen vorzulegen.

Im Einzelnen soll der Bericht enthalten:

a) Eine Darstellung der Essensversorgung von Kindertagesstätten, allgemein bildenden Schulen und Jugendeinrichtungen. Welche Konzepte bei der Einrichtung offener Ganztagsschulen sowie im Rahmen des Betreuungsangebotes an Verlässlichen Grundschulen verfolgt werden sollen. Dabei sollen sowohl städtische, gemeinnützige und private Einrichtungen betrachtet werden.

b) Eine Darstellung der Ernährungsgewohnheiten von Kindern und Jugendlichen möglichst nach sozialräumlichen Kriterien, verbunden mit einer besonderen Darstellung der Situation von Migrantinnen und Migranten.

c) Eine Darstellung von Aktivitäten zur Aufklärung über gesunde Ernährungsmöglichkeiten und Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheit durch Sport und Fitness.

d) Abschließend soll ein Handlungskonzept zur Verbesserung der Ernährungsgewohnheiten - spezifiziert nach Einrichtungstyp - unter Einbeziehung von Sport- und Fitnessangeboten sowie Vernetzungsmöglichkeiten erfolgen. Dabei sind die Ergebnisse der Kieler-Woche-Veranstaltung "Sport und Gesundheit" mit den Kieler Partnerstädten einzubeziehen.
Begründung:

Die Ernährungsgewohnheiten von Kindern und Jugendlichen sind durch die elterlichen Vorbilder und durch Werbung geprägt. Schichtenspezifisch kommen noch die jeweiligen - durch die Höhe des Einkommens geprägte - Konsummöglichkeiten hinzu.

Unter vielen Kindern und Jugendlichen ist eine einseitige, unzureichende und "dickmachende" Ernährung festzustellen. Hinzu kommt noch der Bewegungsmangel. Dadurch entstehen bereits im Kindes- und Jugendalter Gesundheitsschäden, die sich später im Berufsleben und im

Alterungsprozess auswirken. Die Gesellschaft erleidet erhebliche volkswirtschaftliche Kosten.

Dieser gesellschaftlichen Entwicklung muss sowohl im Großen wie auch im Kleinen gegengesteuert werden. Im kommunalen Bereich bieten sich die Stätten an, in denen Kinder und Jugendliche betreut und erreicht werden. Hierüber ist ein Überblick zu erarbeiten, der Versorgungsgrad abzuschätzen und mögliche Lücken zu identifizieren.

Ergänzend ist ein Überblick über sportliche und Fitnessangebote zu erstellen.

Der Bericht soll in ein erstes Handlungskonzept der Landeshauptstadt Kiel eingehen, in dem - neben Schwachstellen - Möglichkeiten zur Verbesserung der Ernährungsgewohnheiten aufgezeigt werden. Damit wird eine Grundlage für mögliche weitergehende Aktivitäten der Kommune allein und zusammen mit Partnern geschaffen.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 06.04.2004, 17:49 Uhr - 2640 Clicks - Nr. 208*

Nominierung der Kieler Landtagskandidaten



Rund 200 Genossinnen und Genossen kamen am 3. April 2004 in die Kieler Kunsthalle, um ihre Kandidaten für die nächste Landtagswahl zu nominieren.
Dass Schleswig-Holstein durch die rot-grüne Landesregierung politisch Spitze ist, stellte Heide Simonis in ihrer Eingangsrede eindrucksvoll dar. Politische Spitzen verteilte anschließend Finanzminister Ralf Stegner, der mit seiner humoristisch-satirischen Rede den politischen Gegner aufs Korn nahm und manche Lachsalve bei den Anwesenden auslöste.

Zum Download: Rede von Ralf Stegner auf der Kieler Nominierungsveranstaltung am 3. April 2004

Auf der Wahlkonferenz der neu geschnittenen Kieler Landtagswahlkreise wurden alle drei Kandidaten mit überwältigenden Ergebnissen wiedergewählt.

Heide Simonis erhielt 99% der abgegebenen Stimmen im Wahlkreis Kiel-Ost (Wk17), **Jürgen Weber** erhielt 92% in Kiel-West (Wk16) und **Rolf Fischer** 94% in Kiel-Nord (Wk15).

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 06.04.2004, 21:14 Uhr - 1014 Clicks - Nr. 209*

Möbel-Kraft’s Situation macht die Bad Segeberger SPD betroffen

Was der Belegschaft der Fa. Möbel-Kraft in den letzten Tagen zugemutet wird, macht die Bad Segeberger GenossInnen zutiefst betroffen, wütend und traurig zugleich.
Das wurde auf der Sitzung der SPD-Rathausfraktion am vergangenen Donnerstag deutlich. „Dieses Gefühl der Ohnmacht und des Ausgeliefertseins hat uns alle beschlichen und solidarisiert uns mit allen ArbeitnehmerInnen„, versucht Jens Lichte seine Gedanken in Worte zu fassen.

Unser Mitgefühl gilt den 450 Gekündigten, genauso, wie den von überdurchschnittlichen Gehaltskürzungen betroffenen, nicht wissend, ob durch die eingeleiteten Maßnahmen die Jobs gesichert werden und es mit der Firma wieder aufwärts geht.

„Es jetzt sicherlich leicht zu sagen, das haben wir alle kommen sehen„,versucht Joachim Wilken-Kebeck ohne Schuldzuweisung zu analysieren, „aber viele Jahre lang wurde überdurchschnittlich gutes Geld bei Kraft verdient und da verdrängt man sicherlich,
daß es in wirtschaftlich schwierigen Zeiten so eigentlich nicht weiter gehen konnte„.

Die Bad Segeberger GenossInnen wollen mit diesen Zeilen zum Ausdruck bringen, das sie ganz nah bei den Frauen und Männern der Belegschaft Kraft sind und bei deren Familien.

Auch wenn es lapidar klingt angesichts der wirtschaftlichen Not jedes Einzelnen, so ist doch anzuerkennen, daß zum Beispiel die Bad Segeberger Banken und Sparkassen Hilfe angeboten haben, wohl wissend, wie wichtig sie jetzt ist.

Auch die SPD Bad Segeberg wird, wo nur möglich, ihre Hilfe anbieten, um den MitarbeiterInnen eine Perspektive für die Zukunft zu geben

Kommentar von Frerk Gehrmann vom 09.04.2004, 19:47 Uhr:
RE:Möbel-Kraft's Situation macht die Bad Segeberger SPD betr
Ich denke, der Satz aber viele Jahre lang wurde überdurchschnittlich gutes Geld bei Kraft verdient und da verdrängt man sicherlich... trifft es. Jeder Segeberger - und erst recht jeder Kraft-Angestellte konnte sehen und wissen, dass es mit Kraft in den letzten Jahren zunehmend bergab ging: Wo sind Sie denn geblieben, die verstopften Bundesstraßen, die hundertschaften von Parkplatzeinweisern, die zu hunderten wild parkenden Kunden? Sie sind schon seit Jahren weg. Kraft ist in nur 10 Jahren vom Rang 3 der umsatzstärksten Möbelhäuser auf Rang 13 gefallen (nachzulesen jedes Jahr in der Zeitschrift Möbelkultur). Kraft hat es 10 Jahre nicht geschafft, Buchholz zu eröffnen oder gar das nach Abriss der Tankstelle entstandene Loch im parkplatz zu schließen.
Eine adequate EDV-Ausstattung gibts bis heute nicht. Und die Mitarbeiter wollen nichts gesehen, gehört und gemerkt haben? Ihnen viel nicht auf, dass Sie weniger zu tun hatten als vor Jahren? Nein, Sie haben die Augen fest geschlossen, weil man Ihnen mit der weit übertariflichen Bezahlung nicht nur die Lust zur Innovation und zum Wechsel abgekauft hat.
Die 'guten', weil vorausschauenden, mutigen und qualifizierten Leute haben Kraft doch schon vor Jahren verlassen...
Wer den Kopf jahrelang in den Sand steckt, muss sich nicht wundern, wenn er ihn irgendwann verliert.

MfG

Kommentar von Monika Rahlf vom 08.04.2004, 17:46 Uhr:
RE:Möbel-Kraft's Situation macht die Bad Segeberger SPD betr
Guten Tag,
ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mal erklären könnten, in welcher Form Sie Ihre Solidarität den betroffenen Arbeitnehmern
zeigen können.
In Beileidsbekundungen?
Wenn das alle haben kommen sehen, dann frage ich mich doch mal, wo war eigentlich die Politik?
Hatte Sie in Reinhard Kraft einen edlen Sponsor und deshalb die Augen jahrelang zugemacht?

Wenn jetzt bei jeder Gelegenheit gesagt wird,
dass die Mitarbeiter der Fa. Kraft jahrelang
gutes Geld verdient haben, dann ist es richtig. Das Geld haben Sie nämlich für Ihre
Arbeit erhalten. Es gibt sicherlich ganz viele die bekommen viel Geld, für was auch immer.
Die ganze Region hat von den Kraft-Mitarbeitern profitieren können und die vielen Geschäftsinhaber waren auch sehr erfreut über diese grosse Kaufkraft.
Die Region wird das jetzt in aller Härte spüren und da nützen einem die ganzen
Betroffenheitsgefühle überhaupt nichts mehr.
Denn damit werden keine Probleme gelöst,
sondern mit Handeln.
Es gehen viele Arbeitsplätze auch in anderen
Firmen verloren und die Mitarbeiter der Firma
Möbel-Kraft sind sicher nicht mehr zu bedauern, als in anderen Firmen die Personal abbauen.
Nur, wie man es macht. Da sollte man schon mal genau hinschauen. Nicht nur aus der Ferne, da kann man nämlich schlecht sehen, man
übersieht dann so einiges.
Wie wird denn die SPD Hilfe anbieten?
Das sollte man vielleicht mal rechtzeitig sagen und nicht erst, wenn der Zug bereits wieder den Bahnhof verlassen hat.
Wie so oft in der Politik
Mit freundlichem Gruss
Monika Rahlf

Kommentar von Gudrun Tischler vom 08.04.2004, 07:25 Uhr:
RE:Möbel-Kraft?s Situation macht die Bad Segeberger SPD betr
Guten Morgen,
ich glaube Ihre Unterstützungsangebot kommt viel zu spät!
Mich würde mal interessieren, wenn Ihnen Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld gestrichen wird Stunden für das gleiche Geld hochgesetzt wird, wie Sie sich dann fühlen!?
Das Unterschreiben des Arbeitsvertrags ist auch keine Grantie für eine Weiterbeschäftigung! Jederzeit kann eine Kündigung erfolgen, mit der Begründung, es geht nicht anders! Nur dann haben die Betroffenen nicht mehr einen Anspruch auf ein hohes Arbeitslosengeld mit ehemals 15? und mehr Stundenlohn, sondern inzwischen runtergestuft auf 9 und 5?! Die Mitarbeiter, die Unterschreiben, Unterschreiben nur alleine aus dem Grund, weil sie keine Chance auf dem Arbeitsmarkt aus Altersgründen sehen! Oder weil sie Angst haben um ihr mühsam erspartes evtl. auch um Haus und Garten usw. Angst vor Arbeitslosenhilfe und Absturz in die Sozialhilfe! Aus diesem Grund sind die Mitarbeiter erpressbar!
Dem Krieger interessieren die Arbeitsplätze doch wenig! Sein Imperium will er ausbauen und da ist ihm jedes Mittel recht!
Wie er vorangeht, um an sein Ziel zu kommen, kann man im Internet nachlesen! Nachlesen kann man auch welche Geschäfte ihm gehören, bzw er daran beteiligt ist.
Barsbüttel mit Steuermitteln aufbauen und Kraft Stammhaus platt machen , diesem Handeln sollte die Politik einen Riegel vorschieben. Die Region Segeberg verliert weiter an Kaufkraft!
Mit Gruß Gudrun Tischler

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 07.04.2004, 08:39 Uhr - 4991 Clicks - Nr. 210*

Spielt Kreispräsident Zylka beleidigte Leberwurst?

Alle SPD-Kreistagsabgeordneten sind im Dezember 2003 der Einladung des Kreispräsidenten zu einem Abendessen nicht gefolgt.
Begründet haben wir dieses in der öffentlichen Sitzung des Kreistages mit den arroganten, kaltherzigen frauen- und familienfeindlichen Entscheidungen durch die CDU.
Dabei bleibt es. Schließlich wurde den Frauenfachberatungsstellen und der Fachberatungsstelle des Kinderschutzbundes gegen sexuelle Gewalt die Gelder gekürzt. Den Schwächsten und den Geschändeten in unserer Gesellschaft wird die Hilfe verweigert.

Der Kreispräsident beklagt nun, dass die SPD-Fraktion sich nicht an den Kosten für das Abendessen beteiligt.

Zunächst ist festzustellen,dass keine Zusagen einzelner oder gar aller Fraktionsmitglieder für das vom Kreispräsidenten geplante gemeinsame Essen nach der letzten Kreistagssitzung im Dezember 2003 bekannt waren.
Und ein Zahlungsanspruch läßt sich schon gar nicht daraus ableiten, dass auf Vorschlag von Arnold Wilken, Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion, in einer Vorbesprechung vereinbart wurde, die Teilnehmer hätten die entstehenden Kosten zu tragen. Eine Kostenbeteiligung kann nur für diejenigen in Frage kommen, die auch tatsächlich eine Leistung erhalten haben.

Kommentar von Peter Säker vom 09.04.2004, 09:23 Uhr:
RE:Spielt Kreispräsident Zylka beleidigte Leberwurst?
Die Mitglieder der SPD-Fraktion haben als politische Demonstration nicht an dem Essen teilgenommen. Das war richtig, aber es ist nur die eine Seite. Die andere Seite ist die Frage der Bezahlung.

Das vorweihnachtliche Essen auf Einladung des Kreispräsidenten war in in der Vergangenheit stets aus Haushaltsmitteln bezahlt worden. Erstmals 2003 sollten auf Vorschlag unseres Fraktionsvorsitzenden die Teilnehmer selbst für ihr Essen bezahlen. Da niemand dieser Vereinbarung widersprochen hat, ist es völlig klar, dass wir alle hätten zahlen müssen, wenn wir an der Veranstaltung teilgenommen hätten.

Wer in einer Gaststätte ein Essen bestellt, muss den vereinbarten Preis abzüglich ersparte Aufwendungen bezahlen, wenn er die Leistung nicht abnimmt. Für die Leistung der Kreiskantine kann nichts anderes gelten.

Da die Lebensmittel für das Essen beschafft und zubereitet waren und nicht mehr anders verwendet werden konnten, muss selbstverständlich das Essen bezahlt werden. Wenn man jetzt sehr kleinlich sein wollte, könnte man natürlich an einen Abzug wgen der Getränke denken, weil einige Flaschen ungeöffnet geblieben sind, aber diese Kleinkariertheit sollten wir uns nicht leisten!

Auf Veranlassung der SPD haben alle anderen Fraktionen (oder deren Miglieder) ihren Kostenbeitrag geleistet. Nur die Veranlasser wollen sich jetzt drücken. Das kann doch nicht wahr sein!

Wir haben durchgesetzt, dass die Kosten der Veranstaltung nicht mehr aus Haushaltsmitteln beglichen werden. Von wem, wenn nicht von uns, soll denn die Kantine jetzt die Kosten für das für uns bereit gehaltene Essen einfordern?

Ich finde es sehr peinlich, dass die Angelegenheit nach vier Monaten noch immer nicht erledigt ist und ich finde es geradezu empörend, dass die Fraktion erst am 30.03.2004, also viel zu spät, über den Vorgang unterrichtet worden ist und dass die Sache erstmals am 13.04.2004 in der Fraktion diskutiért werden darf!

Ich hoffe, dass wir dann eien angemessene Lösung finden werden!

Peter Säker

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 07.04.2004, 16:56 Uhr - 4451 Clicks - Nr. 211*

MdB Ulrike Mehl: Neuer Schwung für Erneuerbare Energien

Bericht aus Berlin, veröffentlicht in der Eckernförder Zeitung am 7.4.2004:
Am vergangenen Freitag wurde im Bundestag die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) verabschiedet. Ein großer Tag für die Umwelt und eine wichtige Weichenstellung für mehr Innovationen.
Auf Basis des EEG-Entwurfes der Bundesregierung verständigten sich die Koalitionsfraktionen auf eine Weiterentwicklung des EEG als dem weltweit erfolgreichsten Instrument zur Förderung Erneuerbarer Energien im Sinne deutlicher Effizienzsteigerungen im Fördersystem und einem neuen Schwerpunkt im Bereich der Bioenergien.
Das EEG ist damit eines der wichtigsten Instrumente im Kampf gegen Klimaverschlechterung. Durch die Erneuerbaren Energien können mittlerweile etwa 50 Millionen Tonnen Kohlendioxid und 50 Millionen Tonnen weitere klimaschädliche Gase vermieden werden. Die SPD will den Anteil der Erneuerbaren Energien auf dem Strommarkt bis 2010 auf über 12 Prozent verdoppeln.
Um einen effizienteren Einsatz der Fördermittel bei der Windenergie zu garantieren, wurde die Degression der Fördersätze deutlich verschärft. Aber auch bei anderen erneuerbaren Energieträgern werden die Fördersätze künftig stärker degressiv aus-gestaltet. Im Gegensatz dazu wurden die Investitionsbedingungen für Offshore-Windkraftanlagen wesentlich verbessert.
Ein weiterer Schwerpunkt im novellierten EEG ist die Förderung von Bioenergien. Besondere Anreize zur Verwertung nachwachsender Rohstoffe und zum Einsatz innovativer Technologien bieten eine Perspektive für den überfälligen landwirtschaftli-chen Strukturwandel und damit neue Chancen – was für ein Agrarland wie Schles-wig-Holstein von Interesse sein dürfte. Vor allem in der Land- und Forstwirtschaft und im Gartenbau bestehen noch große Potenziale, um nachwachsende Rohstoffe sowie Reststoffe für die Stromerzeugung zu nutzen. Dies hilft der Umwelt und schafft Wert-schöpfung, Arbeitsplätze und Einkommen im ländlichen Raum: Der Landwirt wird Energiewirt. Viele Bauern und Bäuerinnen sitzen quasi in den Startlöchern für den Bau von Biomasse- und Biogasanlagen. Nun sind die Bedingungen für die Stromvergütung klar. Der Bonus für nachwachsende Rohstoffe wird insbesondere für kleinere Anlagen deutlich angehoben, und er gilt auch beim Einsatz landwirtschaftlicher Nebenprodukte. Die Biomassestrombranche ist eine junge Branche mit vielen kleinen Unternehmen, die erst im Aufbau sind und Planungssicherheit benötigen. Es wird daher auch in Zukunft bei einer Vergütungsgarantie von 20 Jahren bleiben, wobei die jährliche Degression 1,5 Prozent betragen wird.
Tragisch ist nur, dass die Union – mit einer Ausnahme – geschlossen gegen das Ge-setz gestimmt hat. Damit hat sie klar gezeigt: Ihr angebliches Ansinnen, den Landwirten Einkommensalternativen aufzuzeigen, ist lediglich ein Lippenbekenntnis!
Mit dem EEG wird die deutsche Vorreiterrolle in einer der Schlüsseltechnologien die-ses Jahrhunderts gestärkt

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 07.04.2004, 18:51 Uhr - 620 Clicks - Nr. 212*

Kleine Anfrage zur Immobilienwirtschaft

Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Jürgen Hahn erklärt:
"Die Einrichtung der städtischen Immobilienwirtschaft ermöglicht erstmals eine "verursachergerechte" Zuordnung der Kosten der Immobiliennutzung sowie der betriebswirtschaftlichen Kostenkontrolle. Diese Zuordnung ist nur dann angemessen, wenn die Nutzer - Ämter, Abteilungen, Sachgebiete - ihre Räumlichkeiten frei nach wirtschaftlichen Kriterien auswählen können. Dies ist bei den gewachsenen Nutzerstrukturen der Landeshauptstadt Kiel nicht möglich. Daher müssten die den Ämtern, Abteilungen oder Sachgebieten zugerechneten Nutzungsentgelte um die Kostendifferenzen, die sich aus der fehlenden Wahlmöglichkeit ergeben, berichtigt werden."
***

Kleine Anfrage

Die Landeshauptstadt Kiel hat eine eigene Immobilienwirtschaft eingerichtet. Diese rechnet den Ämtern Nutzungskosten der jeweils genutzten Immobilien zu, die für das jeweilige Amt haushaltswirksam werden.

1. Inwieweit wird der bauliche Zustand der städtischen Immobilien und die daraus resultierenden individuellen Bewirtschaftungskosten (z.B. Beheizbarkeit, Reinigungsaufwand, etc.) bei der Ermittlung der Nutzungskosten berücksichtigt?
2. Inwieweit werden bei der Zurechnung der Nutzungskosten diese, um die von den Ämtern nicht zu vertretenden Nutzungskostenunterschiede, bereinigt?

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 07.04.2004, 18:55 Uhr - 652 Clicks - Nr. 213*

Schilkseer Wochenmarkt muss an gewohnter Stelle bleiben



Zu den Überlegungen des Liegenschaftsamtes der Stadtverwaltung Kiel, den Wochenmarkt aufgrund der geplanten Ansiedlung eines Supermarktes an eine andere Stelle in Schilksee zu verlagern, erklärten Ratsfrau Gesine Stück und SPD-Ortsvereinsvorsitzender Stefan Johannsen:
"Eine Verlagerung des Wochenmarktes ist weder im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Schilksees noch im Interesse der Marktbeschicker. Gerade für die älteren Mitmenschen hat der Schilkseer Wochenmarkt derzeit einen optimalen Standort und ist zentraler Treffpunkt im Stadtteil. Schilksee bietet keine andere Fläche, die dem Jetzigen auch nur annähernd gleichkommt.
Im Rahmen der geplanten Ansiedlung eines Supermarktes auf dem Grundstück Langenfelde/ Ecke Funkstellenweg war es zudem immer grundlegende Forderung der Schilkseer SPD und auch des Ortsbeirates, dass der Wochenmarkt an gewohnter Stelle erhalten bleiben soll. Dies war als Grundbedingung bisher bei der Verwaltung anerkannt worden. Umso mehr überrascht es jetzt, dass das Liegenschaftsamt die Marktbeschicker zum Gespräch über eine Verlagerung des Marktes eingeladen hat, ohne den Ortsbeirat darüber zu informieren.
Wir fordern, dass die Zusage der Verwaltung eingehalten wird und der Wochenmarkt in Schilksee an seinem angestammten Platz verbleibt."

Ratsfrau Gesine Stück stellt zu diesem Thema eine Kleine Anfrage zur nächsten Ratsversammlung am 15. April.
Ansprechpartnerin: Gesine Stück - 0431/3740510
***
Kleine Anfrage:
Im Rahmen der Planung eines Supermarktes auf dem Grundstück Langenfelde/ Ecke Funkstellenweg wurde seitens der Verwaltung zugesagt, den Wochenmarkt, der seit Jahrzehnten auf dem selben Grundstück stattfindet, auf seinem angestammten Platz zu erhalten.
1. Trifft es zu, dass es Pläne der Verwaltung gibt, den Wochenmarkt an einen anderen Standort zu verlegen?
2. Wenn ja, wo ist der alternative Standort geplant?
3. Wenn ja, warum wurde der Ortsbeirat Schilksee an diesen Überlegungen nicht beteiligt?

Keine Kommentare

SPD-Fockbek - *veröffentlicht am 07.04.2004, 19:22 Uhr - 2101 Clicks - Nr. 214*

Aus der Mitglieder-/Hauptversammlung des SPD Ortsvereins Fockbek

Eindeutiges Votum für Pierre Gilgenast und Günter Neugebauer

Pierre Gilgenast brauchte auf der Mitgliederversammlung des SPD Ortsvereins Fockbek nicht groß zu werben für seine erneute Kandidatur zum hauptamtlichen Bürgermeister in Fockbek. Zu eindeutig und nachhaltig war die Zustimmung und Unterstützung für seine Wiederwahl. Der Vorsitzende Werner Stave sowie auch alle anwesenden Mitglieder zollten Gilgenasts Leistungen in den vergangenen 6 Jahren hohe Anerkennung, lobten ihn für sein großes Engagement in und für Fockbek und äußerten übereinstimmend, dass er durch seine offene, vertrauensvolle und äußerst bürgernahe Art bei allen Altersgruppen in der Gemeinde gleichermaßen geachtet und anerkannt ist. Große Einigkeit herrschte deshalb darüber, dass Pierre Gilgenast auch in den nächsten 6 Jahren Fockbeks Bürgermeister bleiben soll. „Einen neuen Bürgermeister braucht Fockbek nicht; denn wir haben einen sehr guten. Wir werden Pierre Gilgenast nach besten Kräften unterstützen, damit er am 13. Juni wieder gewählt wird und unser Bürgermeister bleibt“; das war die einstimmige Überzeugung der Versammlung. Werner Stave machte jedoch auch deutlich, dass es am Wahltag trotz oder gerade wegen dieser optimistischen Stimmung darauf ankommen wird, dass die Bürgerinnen und Bürger auch wirklich zur Wahl gehen und ihre Stimme abgeben.
Ähnlich große Einigkeit herrschte auch beim zweiten Wahlthema auf der Versammlung – nämlich der Wahl des Kandidaten für die Landtagswahl 2005. Günter Neugebauer wird vom SPD Ortsverein Fockbek auf Grund seiner großen Erfahrung und seiner in der Vergangenheit unvermindert engagierten Unterstützung auf allen Ebenen und in allen Bereichen eindeutig favorisiert und die klare Unterstützung der Fockbeker SPD erhalten. „Die beiden anderen Kandidaten, Ramona Wissemann und Dr. Ulrich Hase sind keine Alternative für uns“, so die übereinstimmende Auffassung der Versammlungsteilnehmer. Deshalb werden sich die Mitglieder des Ortsvereins Fockbek auf der Mitgliederversammlung am 31.03.2004 für Günter Neugebauer aussprechen und ihm seine volle Unterstützung und seine Stimme geben.
Neben diesen beiden Hauptthemen wurden während der Mitgliederversammlung folgende Ehrungen für langjährige Mitgliedschaft durchgeführt (in Klammern die Mitgliedsjahre): Jutta Sachwitz (10), Werner Samland (10), Hans-Joachim Münchow (20), Bernd Kruse (25), Bruno Rohwer (25), Klaus Dembowski (30), Karl-Heinz Kruse (30), Alice Jacobsen (30), Jürgen Zeschke (35) und Karin Skorsch

(35). Die Jahresberichte des Vorsitzenden sowie der Kassiererin, Karina Müller standen darüber hinaus auf der Tagesordnung. Die Fraktionssprecherin, Ilka Schröder berichtete über die Arbeit der Fraktion und die aktuelle Gemeindepolitik, und Klaus Dembowski erläuterte die sehr erfolgreiche Arbeit der Arbeitsgemeinschaft „60Plus“ im Ortsverein.

Keine Kommentare

SPD-Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 07.04.2004, 20:20 Uhr - 4097 Clicks - Nr. 215*

Holger Astrup und Amtsverband Silberstedt diskutieren über Reformpolitik der SPD

75 bis 85 Prozent aller Deutschen sind sich darüber im Klaren, dass Veränderungen kommen müssen, aber nur 25-30 Prozent würden derzeit die SPD wählen, die sich gerade die nötigen Reformen auf die Fahnen geschrieben hat. Darüber, wie dieser Widerspruch aufzulösen ist, diskutierte der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion Holger Astrup mit den Mitgliedern des SPD-Amtsverbandes Silberstedt.
Er stehe voll hinter der „Agenda 2010“, deren Reformen ein neues Gleichgewicht von Rechten und Pflichten, von Fördern und Fordern bringe, so Astrup. Dieser Wandel hätte allerdings bereits vor zwanzig Jahren eingeleitet werden müssen. Er selbst habe auch in der Vergangenheit immer darauf verwiesen, dass das sozialstaatliche Verteilungsvolumen zunächst wirtschaftlich erarbeitet werden müsse.

Grundlegende Umbrüche hätten die Veränderungen der Erwerbsbiographien mit sich gebracht. Den so genannten „Eckrentner“, der nach 45 Arbeitsjahren in Rente gehe und nach dessen Beitragsleistung sich das bisherige Rentensystem ausgerichtet habe, gebe es kaum noch, führte Astrup weiter aus. Dennoch träfen die zu erwartenden Einbußen im Wesentlichen nicht die Rentner von heute, sondern die Rentner von morgen und übermorgen. In ihrem Interesse müssten die Verantwortlichen Mut zu Reformen aufbringen.

Astrup verteidigte den Vorschlag der Landesregierung, den Umsatzsteuersatz an das europäische Niveau anzupassen. Dieses solle erklärtermaßen nicht zur Haushaltskonsolidierung geschehen, sondern mit der Senkung der Lohnnebenkosten gesetzlich gekoppelt werden. Das hat auch den Vorteil, dass dann tatsächlich alle Bevölkerungsgruppen zur Finanzierung des sozialen Netzes herangezogen würden.

Im Verlauf der lebhaften Diskussion wurde deutlich, dass auch finanzielle Einschnitte dann akzeptiert werden, wenn das Gefühl übermittelt werde, nicht ungerecht und einseitig belastet zu werden. „Wir wollen, dass alle, die Einkommen haben, in die Finanzierung des sozialen Netzes einbezogen werden, dann verkraften wir mit Blick auf die Zukunft unserer Enkel auch die Einbußen“, brachte es ein altgedienter Sozialdemokrat auf den Punkt.

Bernd Keichel, 07. April 2004

Keine Kommentare

Afa-Stormarn - *veröffentlicht am 08.04.2004, 14:51 Uhr - 499 Clicks - Nr. 216*

AfA warnt vor Arbeitsplatzabbau

Die Kündigung des BAT ist ein falsches Signal an die Beschäftigten
Die Stormarner Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD warnt vor Arbeitsplatzabbau. Wenn die Arbeitszeiten erheblich verlängert werden sollten, wie in die Diskussion gebrachte und durch die Kündigung des Bundesangestelltentarifvertrages (BAT) beabsichtigt, auf bis zu 40 Std. /Woche, dann droht ein erheblicher Arbeitsplatzabbau, auch im Kreise Stormarn.

Es muss endlich Schluss sein, mit der ewig falschen Behauptung, das die Arbeitszeit einen angeblichen volkswirtschaftlichen Wachstumsengpass darstellt !

Öffentliche Aufmerksamkeit fand eine Behauptung die vor einigen Monaten merkwürdigerweise von Bundeswirtschaftsminister Clement verbreitet wurde. Mit seiner Feststellung, dass der für 2004 prognostizierten Wachstumseffekt zu 0,6 Prozentpunkten mit den kalendarisch bedingten vier zusätzlichen Arbeitstagen in 2004 zu erklären sei. Dies, so Clement, sei ein Beleg dafür, dass längere Arbeitszeiten zu Wachstum führe. Herr Köhler, designierter Bundespräsident, nahm seine zu Studienzeiten selbst durchgeführte Wohnungsrenovierung als Beispiel dafür, wie gut doch verlängerte Arbeitszeiten seien. Auch wenn den beiden ökonomischer Sachverstand nachgesagt wird, primitiver geht’s nicht mehr: Wir schaffen einfach die Feiertage solange ab, bis es keine Arbeitslosen mehr gibt! Das ist Unsinn! Warum?

-Die Unsinnigkeit dieser Behauptungen zeigt sich schon daran, dass hier ausschließlich eine technisch-statistische Zuordnung von Wachstumseffekten vorgenommen wird, die absolut nicht erklärt, aufgrund welcher realer ökonomischer Faktoren das Wachstum 2004 höher ist.

- Schaut man sich die Wachstumsprognose an die Clement selbst zugrunde legte, dann sind es zwei Elemente, die besonders zum höheren Wachstum führen: Das ist der Export und die private Nachfrage. Nicht weil die Arbeitszeit länger ist, ist das Wachstum höher, sondern das Wachstum ist höher, weil eine kräftige Steigerung des Exports und eine gewisse Steigerung der privaten Nachfrage unterstellt wurde. Dies ist die Ursache des angenommenen Wachstums - sonst nichts!

- Die somit erforderliche Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsstunden kann in 2004 rein zufällig teilweise mit den zusätzlichen vier Arbeitstagen abgedeckt werden. Bei kalendarisch anderen Voraussetzungen würde eben in einem stärkeren Maße Kurzarbeit abgebaut oder/und zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt.

- Denn selbst wenn die individuelle Wochenarbeitszeit unverändert bleibt, so kann doch - sobald die Produktionsaufträge steigen - derzeit nahezu beliebig die gesamtwirtschaftlich geleistete Arbeitszeit erhöht werden - man muss nur Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit abbauen.

Ergo: Arbeitszeit ist kein Wachstumsengpass. Sie zu verlängern schafft kein Wachstum und erst recht keine Arbeitsplätze. Im Gegenteil, ohne Wachstum führt die Verlängerung der Arbeitszeit zu weniger Jobs und zu mehr Arbeitslosen!

Die AfA Stormarn sieht in der Kündigung des BAT einen Fehler, Ziel muss es doch sein in vernünftigen Gesprächen mit der Gewerkschaft über tarifliche Bestandteile zu verhandeln und nicht im Vorfeld für eine wie jetzt entstandene angespannte Verhandlungsstimmung zu sorgen!

Die Kündigung bringt der Sache zunächst gar nichts, denn die Arbeitszeiten gelten für die

Beschäftigten, die da sind. Die Kündigung würde sich insofern nur beziehen auf diejenigen, die neu eingestellt werden. Und jeder, der die öffentlichen Kassen kennt, der weiß, dass im Augenblick in den Ländern kaum Mitarbeiter eingestellt werden. Insofern ist die Kündigung des BAT in der Sache wirkungslos.

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 09.04.2004, 11:06 Uhr - 940 Clicks - Nr. 217*

Kirsten Tödt in der Sprechstunde der SPD am 15.04.2004

Kirsten Tödt,als Stadtvertreterin im Auschuss für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing, wird in der Sprechstunde der SPD, die am 15.04.2004 von 16.00 - 17.30 Uhr stattfindet, allen Segeberger Bürgern und Bürgerinnen zur Verfügung stehen.

Sie ist dort auch unter der Telefonnummer 04551-964-348 zu dieser Zeit zu erreichen.
Schwerpunktthema in dieser Sprechstunde wird die Frage sein: Ist Bad Segeberg für Besucher auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen ?

Die Segeberger SPD hat die Neu-Ausgabe des Tourismusprospektes mit Verwunderung betrachtet und stellt dabei fest, dass Segeberger Besucher offenbar nur mit dem Auto nach Segeberg kommen sollen. Es ist daher auch nur eine grosse Darstellung aller Parkplätze vorhanden.

Die SPD wird daher in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung am 19.04.2004 unter Punkt 4. "Fragen und Anregungen" folgende Fragen an die Verwaltung stellen:

1. Im Stadtplan von Segeberg in dieser Tourismusbroschuere ist die Linienführung des Stadtbusses zwar eingezeichnet, aber die Existenz des Stadtbusses wird nicht erwaehnt. Warum ist der Fahrplan des Stadtbusses nicht abgedruckt mit der Anmerkung, dass die Fahrzeiten sich durch Fahrplanänderungen während der Gültigkeit der Broschüre ändern können ?

2. Es ist zwar ein Bild eines Triebwagens der Nordbahn abgebildet, aber warum ist der Fahrplan der Nordbahn und die Anbindungen an die Bahnhöfe in Bad Oldesloe nicht abgedruckt unter der gleichen Anmerkung, dass sich der Fahrplan während der Gültigkeit des Prospektes ändern kann ?

3. Es gibt in Bad Segeberg auch Schnellbus-Verbindungen nach Hamburg,Lübeck und Kiel - warum sind diese Verbindungen mit keinem Wort erwähnt ?

4. Es gab im letzten Sommer eine Sonderverbindung zur Ostsee - es koennte sein, dass dies wieder eingerichtet wird ab 2004 und in folgenden Jahren - warum ist dies nicht erwaehnt ?

5. Es gibt eine direkte Busverbindung durch die Firma AUTO-KRAFT von Bad Segeberg nach Berlin und in einem Prospekt dazu gibt es auch spezielle Arrangements in Hotels in Berlin im Zusammenhang mit dieser Buchung ?
Warum gibt es keine Überlegungen der Tourismus-Information in Verbindungen mit Segeberger Hotels und der Kalkberg GmbH einen Sonderprospekt fuer Fahrten von Berlin nach Bad Segeberg zum Besuch der Karl-May-Festspiele anzubieten, um die Uebernachtungszahlen in Bad Segeberg und den Verkauf von Karten der Kalkberg GmbH zu steigern ?

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 11.04.2004, 10:55 Uhr - 1563 Clicks - Nr. 218*

SPD-EngelsbyDie Skepsis ist geblieben

Fragen über Fragen stellten die über 70 interessierten Besucher an die Vertreter der BIG Heimbau
auf der Infoveranstaltung der SPD-Engelsby zum Thema: Eigentum statt Miete?"
In Flensburg möchte die BIG-Heimbau 152 Wohnungen verkaufen. Ein großer Teil befindet sich im Trögelsbyer Weg 33 bis 69. In den nächsten Wochen wird sich der Vertrieb der BIG auf den Weg machen und den jetzigen Mietern ein Angebot unterbreiten.
Der Wohnungspreis muss individuell ausgehandelt werden. Aus diesem Grund konnte auch auf der Infoveranstaltung kein Preis für eine Wohnung genannt werden. Doch die jetzigen Mieter genießen einen dreijährigen Schutz zzgl. der gesetzlichen Kündigungsfristen, die abhängig sind von der Dauer des Mietverhältnisses. Detlef Gutsch, Vertreter des Flensburger Mietervereins, gab den verunsicherten Mietern Tipps und Anregungen, was bei einer Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zu beachten ist und welche Rechte sie als Mieter haben. Im nächsten Pussloch werden wir ausführlicher über die Infoveranstaltung berichten.

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 12.04.2004, 18:50 Uhr - 5761 Clicks - Nr. 219*

Jugend im Kreistag

In der letzten Sitzung des Kreistages wurden die Ergebnisse **"Jugend im Kreistag"** diskutiert.

Lesen Sie hier den Beitrag des jugendpolitischen Sprechers der SPD-Fraktion Gerd-Rainer Busch:

Herr Präsident,
liebe Vertreterinnen und Vertreter von Jugend im Kreistag,
meine Damen und Herren

Ich gebe es ja zu. Mit zwei unterschiedlichen Vorurteilen belastet hatte ich meine Mitarbeit bei Jugend im Kreistag aufgenommen. War ich doch der Meinung, hier träfen Feigenblattfunktion des Kreistages und Desinteresse der Jugendlichen zusammen.
Zumindest aber was Mitarbeit, Interesse und Sachlichkeit der Jugendli-chen beiderlei Geschlechts betrifft, hat sich dies Vorurteil keinesfalls bes-tätigt. Jeder der dabei war, aber auch jeder, der die Arbeitsergebnisse der fünf Arbeitgruppen zur Kenntnis nimmt stellt fest, dass hier viel und gründ-lich nachgedacht worden ist, bevor sie formuliert und zu Papier gebracht wurden.
Und ich bin ausgesprochen dankbar für die während unserer Veranstal-tung gewonnenen Erkenntnisse.

Die Anträge der Arbeitsgruppen nebst ihrer Begründungen sprechen für sich selbst und bedürfen mit Masse keiner besonderen Kommen-tierung. Ich sehe es auch nicht als unsere Aufgabe an, die schlüssi-gen Begründungen noch weiter zu vertiefen. Allenfalls wäre zu klä-ren, ob und wo bereits Ansätze für eine Umsetzung gegeben seien.

Wir alle, meine Damen und Herren, sind gehalten uns mit den Vorstellungen des Jugendkreistages ernsthaft auseinander zu setzen und dort wo es mög-lich ist, die Umsetzung seiner Anträge zu

veranlassen.
Dabei sollten wir es uns nicht zu leicht machen und etwa nur lapidar
feststellen, dass uns für entsprechende Veranlassungen teils die Mittel, teils gar die Zuständigkeiten fehlen.

Natürlich ist es richtig, dass z.B. bildungs- und ordnungspolitische Belange in erster Linie vom Land zu vertreten und zu ordnen sind. Andere Kompe-tenzen mögen beim Bund liegen.

Ich halte es gleichwohl für geboten, alle diese Arbeitsergebnisse an die Schulen und Elternvertretungen im Kreisgebiet weiterzuleiten, weil es durchaus sinnvoll ist, dass man sich auch dort damit ernsthaft auseinander-setzt und ggfls. auch von dort aus eigene Schritte zur Beförderung dieser Willenserklärungen einleitet.
Daneben ist es für meine Fraktion und ich denke für das ganze Haus selbstverständlich, dass die zuständigen Ebenen der Landes- und Bundes-politik entsprechende Hinweise bekommen und wir die Anträge, die wir uns zu eigen machen können, auch als Kreistagsbeschlüsse weiterleiten bzw. weiterverfolgen.

Dies dürfte nicht besonders schwer fallen. Denn etliche der Anträge haben Inhalte über deren Sinnhaftigkeit im Jugendhilfeausschuss z.B. bereits Kon-sens besteht.

Wir wollen und müssen uns aber auch mit den Anträgen auseinander setzen, die wir ggfls. für wenig oder gar nicht hilfreich halten. Es wäre schlimm um unsere Zukunft bestellt, wenn unsere Jugend schon die gleiche eingefahrene Denke hätte wie wir. Die hierfür prädestinierten Gremien sind die zuständigen Ausschüsse des Kreistages.
Deshalb bitte ich Sie, meine Damen und Herren, diese mit der weite-ren Veranlassung zu beauftragen.

Wenn es uns gelänge dies zielgerichtet und ernsthaft zu verfolgen, wäre auch mein zweites Vorurteil widerlegt.

Ich danke den Mitarbeitern von Mühle und Kreisverwaltung ebenso für die professionelle Unterstützung, wie den beteiligten Jugendlichen für ihren ernsthaften gemeinsamen Einsatz bei der Entwicklung ihrer Vorstellungen zu den keinesfalls einfachen Themenkreisen.
Am Rande der Veranstaltung wurden einige Informationen ausge-tauscht, die den Schluss zulassen, dass längst nicht in allen Kommu-nen die Vorschriften des § 47f der Gemeindeordnung eingehalten werden.
Auch in diesem Lichte betrachtet macht es Sinn, wenn die Jugendli-chen beantragen, im Jugendhilfeausschuss des Kreises mitarbeiten zu können. Eine rechtliche Würdigung bleibt vorzunehmen. Vielleicht ist es ja möglich, eine Vertretung der Belange nicht organisierter Jugendlicher einzurichten.
Danke für Ihre Aufmerksamkeit und Geduld.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 15.04.2004, 14:33 Uhr - 1798 Clicks - Nr. 220*

SPD-EngelsbyKrähenplage - So langsam reicht´s hier

Bereits im Juni letzten Jahres hatte sich der Ortsverein um die Krähenplage am Trögelsbyer Weg gekümmert. Leider erfolglos. Auf Grund der weiter gestiegenen Anzahl von Krähensnestern versuchen es erneut.
Wir möchten erreichen, dass es für die Anwohner, die in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Plagegeistern wohnen, das Leben wieder erträglicher wird.
„Man mag hier nicht mehr draußen sitzen! Alles wird von den Krähen vollgesch....” so die Aussage von Herrn Karsten Jessen,Hausmeister im Apfelhof.
Auch wenn diese Tiere unter Naturschutz stehen, muss es doch eine Möglichkeit geben, die Krähen an einen anderen Ort „umzusiedeln”, der sich nicht in unmittelbarer Nähe zu einer Wohnbebauung befindet.
Der SPD-Ortsverein Engelsby hat sich Anfang April mit dem zuständigen Fachbereich 4 im Rathaus in Verbindung gesetzt, um eine Lösung des Problems herbeizuführen.
Kommentar von Gaby Lönne vom 28.04.2004, 16:38 Uhr:
RE:SPD-Engelsby Krähenplage - So langsam reicht´s hier
In Garding (Eiderstedt) hat man sich eine Erlaubnis für die Vergrämung geholt.

Kommentar von Prof.Dr.Michael Stuwe vom 28.04.2004, 07:00 Uhr:
RE:SPD-EngelsbyKrähenplage - So langsam reicht´s hier
...zu welchen Ergebnissen sind Sie
gekommen; welche Möglichkeiten
gibt es für eine Vergrämung?

M.Stuwe

SPD-Kiel-Süd - *veröffentlicht am 15.04.2004, 14:56 Uhr - 1133 Clicks - Nr. 221*

Keine Citti-Markt-Erweiterung zu Lasten der Innenstadt!

SPD Kiel - Süd und -Altstadt:
Keine Citti-Markt-Erweiterung zu Lasten der Innenstadt!

In einer gemeinsamen Presseerklärung fordern die beiden Kieler SPD-Ortsvereine Süd und Altstadt eine Lösung für die vorgesehene Erweiterung des Citti-Großmarktes, die nicht zu Lasten der Einzelhandelsgeschäfte in der Kieler Innenstadt gehen dürfe.

Dabei gehe es nicht nur darum, die Geschäftsinhaber in der Innenstadt vor finanziellen Schäden zu bewahren. Die Vorsitzenden der beiden SPD-Ortsvereine, Jasmin Bauer (Süd) und Andreas Schulz (Altstadt) erinnern vielmehr daran, dass wegen der vorgesehenen Citti-Markt-Erweiterung bereits in der letzten Wahlperiode der Ratsversammlung auf der Grundlage des Einzelhandelsgutachtens ein tragfähiger Kompromiss gefunden wurde:

„Das von allen Parteien der Kieler Ratsversammlung verabschiedete Einzelhandelsgutachten trägt der großen Bedeutung und Verantwortung des Einzelhandels für die Kieler Innenstadt Rechnung. Das Konzept wird immer gern als Argument angeführt, um die Kaufleute als Bündnispartner für die dringend notwendige Umgestaltung der Altstadt zu gewinnen. Wenn dann aber ein kapitalkräftiges Großunternehmen mit Investitionen lockt, scheinen die gestern noch lauthals bekräftigten Aussagen

des Einzelhandelsgutachtens plötzlich Schnee von vorgestern zu sein. Wenn man eine weitere Verödung der Kieler Innenstadt vermeiden will, dann muss diese Doppelzüngigkeit endlich aufhören!“

Im Sinne einer verlässlichen Kommunalpolitik solle nach Ansicht beider Ortsvereine an dem Kompromiss für eine Erweiterung des Citti-Marktes auch weiterhin festgehalten werden.

Der SPD-Ortsverein Kiel-Süd hat auf seiner Internetseite www.spd-kiel-sued.de eine Meinungsumfrage eingerichtet, bei der interessierte Bürgerinnen und Bürger ihr Votum abgeben können.

Kommentar von sill vom 17.04.2004, 08:04 Uhr:
RE:Keine Citti-Markt-Erweiterung zu Lasten der Innenstadt!
Die Einwände der SPD können wir nicht ernst nehmen aus Erfahrung bei Ikea-Planverfahren.
Dort wurden Gutachten und Zahlen ad acta gelegt ohne Berücksichtigung der Aussagen darin, die Meinungen der Bürger und TÖB nicht berücksichtigt, was wir schriftlich haben.
Warum dafür Geld investieren.
Wo ein politischer Wille ist, wird alles andere über Bord geworfen. Letztendlich wird die SPD zustimmen, da können die Zahlen noch so negativ für die Innenstadt ausfallen. Wetten, daß?
Was uns wundert, daß über eine der Erweiterungsgröße entsprechende Verkehrsanbindung überhaupt nicht gesprochen wird. Soll der possierliche Mühlendamm mit zusätzlich schweren Lieferverkehren aufnehmen? Jeder weiß, daß es nur eine Auffahrt von der Autobahn zu Citti gibt, aus Richtung Norden an Citti vorbei wieder auf die A215, Westring, Mühlendamm dorthin u. zurück alle Richtungen über Mühlendamm zur Autobahn. Ein Schildbürgerstreich.
Ist es bei Häuslebauern nicht so, daß erst die Anbindung feststehen muss, dann gebaut werden darf?
Was wird, wenn die Prognosen von Citti nicht eintreffen, Karstadt die Drohung wahr macht, zu schließen?
Beobachtet wurde von uns, daß es selbst beim Sophienhof, der auch als Konkurrenz zur Innenstadt gesehen wurde, immer länger anhaltende Leerstände gab, wo jetzt Tchibo drin ist? Der Kl. Herzog wird mehr u. mehr zur Werbefläche. Besser als leer.
Die Parkplätze, Restauration u. Kosten sind der Knackpunkt, gegen welche die Innenstadt nicht ankommt.
Busfahrt i. die Stadt 7.60 €/P. Dazu die Parkplatzgebühr.
Dieser Kommentar soll nicht dazu dienen anzunehmen, ob wir für oder gegen die Erweiterung sind.
Fam. S.

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 15.04.2004, 23:03 Uhr - 4574 Clicks - Nr. 222*

Günter Neugebauer, MdL: Decksmann auf der Schwebefähre muss bleiben

Der Rendsburger SPD-Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer unterstützt die Resolution der Gemeinde Osterrönfeld zum Erhalt des Personals auf der Schwebefähre.
In einem Brief an den Präsidenten der Wasser- und Schifffahrtsdirektion, Herrn Dr. Knieß, fordert er zum Überdenken der Personalplanung auf. Die Besorgnis und das Bedenken bei der Kommunalpolitik ist berechtigt, so Neugebauer in seinem Schreiben, diese Arbeitsplatzersparnis wäre bedauerlich, denn sie hätte eine Minderung der Leistungsfähigkeit und der Sicherheit zur Folge. Eine Sicherheit, die wegen der überaus starken Frequentierung der Fähre als Schulweg nach und von Rendsburg zwingend erforderlich ist.
"Insgesamt ist mir das Anliegen auch von Interesse für die Region Rendsburg", ergänzt der

Parlamentarier, "da der Schwebefähre besonders touristisch zukünftig eine weit größere Bedeutung beizumessen ist als bisher."
Kommentar von Jochen Bölsche vom 18.04.2004, 22:14 Uhr:
RE:Günter Neugebauer, MdL: „Decksmann“ auf der Schwebefähre
Sehr geehrter Herr Neugebauer, Sie schreiben: „Insgesamt ist mir das Anliegen auch von Interesse für die Region Rendsburg, da der Schwebefähre besonders touristisch zukünftig eine weit größere Bedeutung beizumessen ist als bisher.“ Dieser Ansicht ist unbedingt zuzustimmen.
Die Rendsburger Schwebefähre ist einer der beiden Hauptanziehungspunkte der jüngsten deutschen Ferienstraße, der Deutschen Fähhrstraße, und sollte schon aus diesem Grund personell entsprechend ausgestattet sein. Mehr zum Thema unter www.deutsche-faehrstrasse.de und www.schwebefaehre.org.
Mit freundlichem Gruß
Jochen Bölsche
Weltverband der Schwebefähren

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 16.04.2004, 12:35 Uhr - 144 Clicks - Nr. 223*

Hochschulautonomie nur mit den Studierenden!

Zum Hochschulgesetzentwurf der CDU erklärt der hochschulpolitische Sprecher der SPD Jürgen Weber: „Wir bekräftigen unsere Auffassung, dass eine Stärkung der Autonomie der Hochschulen nicht funktionieren kann, wenn gleichzeitig die Stellung der Studierenden immer weiter ausgehöhlt werden soll. Die CDU hat zum wiederholten Mal deutlich gemacht, dass sie den Studierenden sowohl das Recht, sich ihren Studienort selbst auszusuchen, als auch 1000 € im Jahr abnehmen will.“

Weber wies den erneut vorgelegten Vorschlag eines übermächtigen Landeshochschulrates zurück, der entscheidende Steuerungsfunktionen sowohl aus den Hochschulen als auch aus dem Landesparlament hinaus verlagere.

Er kündigte zugleich Diskussionsbereitschaft darüber an, ob das Recht, mit dem Land Zielvereinbarungen abzuschließen, beim Senat bleiben solle. „Gestärkte Verantwortung benötigt auch entsprechende Kontrolle“, so Weber.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 16.04.2004, 15:45 Uhr - 1536 Clicks - Nr. 224*

SPD-EngelsbyEinwohnerversammlung Engelsby

Am Donnerstag, dem 13. Mai findet ab 19.00 Uhr im Gemeindezentrum Engelsby, Brahmsstraße 13 die nächste Einwohnerversammlung statt, zu der Stadtpräsident Hans Hermann Laturnus bereits jetzt alle Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtteils Engelsby herzlich einlädt.

Bei der Einwohnerversammlung können interessierte Bürgerinnen und Bürgern wichtige Angelegenheiten direkt mit den Verantwortlichen erörtern. In der allgemeinen Fragestunde wird dafür nach einem informativen ersten Teil genügend Zeit sein.
Neben dem Stadtpräsidenten, der die Veranstaltung selber leiten wird, werden Oberbürgermeister Hermann Stell und die leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie

Vertreterinnen und Vertreter der Ratsfraktionen vor Ort sein und Fragen beantworten.

Die Verwaltung bittet, Wünsche für die Tagesordnung schriftlich an die Stadt Flensburg, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Rathausplatz 1, 24937 Flensburg zu richten. Dies kann auch per Fax zu der Nummer 85-2171 oder per E-Mail an pressestelle@flensburg.de unter Angabe der vollständigen Postanschrift geschehen.

Um den betroffenen Dienststellen eine umfassende Vorbereitung der Einwohnerversammlung zu ermöglichen, sollten die Vorschläge möglichst frühzeitig eingereicht werden.

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 16.04.2004, 16:42 Uhr - 857 Clicks - Nr. 225*

Maren Marquardt in der Sprechstunde der SPD-Fraktion am 22.04.04

Maren Marquardt, als Stadtvertreterin Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Kultur der Stadtvertretung Bad Segeberg, wird am 22.04.2004 von 16.00 - 17.30 Uhr im Fraktionszimmer der SPD im Historischen Rathaus allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen.

Sie ist dort auch unter Telefon 04551-964-348 zu erreichen.
Themenschwerpunkt dieses Informationsangebotes der SPD wird das Thema "Inhaltliches Konzept für eine offene Ganztagsschule" sein.

Dieses Thema steht am Vortage, dem 21.04.2004, auf der Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur.

Maren Marquardt freut sich auf Anrufe und Anfragen von interessierten Eltern, die sich mit diesem Thema beschäftigen wollen.

Keine Kommentare

SPD-Mildstedt - *veröffentlicht am 18.04.2004, 13:20 Uhr - 1465 Clicks - Nr. 226*

Aus der Gemeindevertretung 3/04

Haushaltssatzung durch die Gemeindevertretung verabschiedet
Umbesetzung der Ausschüsse in der Gemeindevertretung
Baugebiet in Rosendahl geplant
Langfristige Baulandplanung auch im Ortsteil Mildstedt
Änderung des B-Planes 13
Reitwegekonzept verabschiedet

Berichte aus der Gemeindevertretung vom 9. März 2004

Haushaltssatzung durch die Gemeindevertretung verabschiedet

Bevor die Haushaltssatzung für das Jahr 2004 im Januar verabschiedet wurde, musste im alten Jahr

noch eine Nachtragshaushaltssatzung ver-abschiedet werden. Es wurde der Verwaltungshaushalt um 89.00,00 Eu-ro verringert und der Vermögenshaushalt um 13.300,00 Euro erhöht. Für Investitionen und damit verbundenen Maßnahmen wurde ein Gesamtbe-trag für Kredit in Höhe von 85.000,00 Euro festgelegt, die bisher noch nicht inanspruch genommen wurden. Im Januar wurde der Haushalt für das Jahr 2004 verabschiedet. Gleichzeitig wurden auch die Hebesätze für die Realsteuern wie folgt festgelegt:
(Grundsteuer A 280 v. H., unverändert
(Grundsteuer B 290 v. H., unverändert
(Gewerbesteuer 320 v. H., unverändert
Für die Jahre 2006 und 2007 wurden jeweils 50.000,00 Euro an Investi-tionen für den Radweg an der Rödemisser Chaussee eingesetzt.

Umbesetzung der Ausschüsse in der Gemeindevertretung

Im Dezember 2003 wurde Manfred Bredlau (SPD) als neuer Gemeinde-vertreter verpflichtet. Im Zusammenhang mit seiner Ernennung erfolgte gleichzeitig eine Umbesetzung der Ausschüsse der Vertretung. So wur-de Gabriela Schütt Vertreterin von Hans-Christian Hinrichs, beide SPD. Sie wurde ebenfalls neues Ausschussmitglied im Ausschuss für Sozia-les, Jugend und Sport. Horst Kühl (SPD) wurde in diesem Ausschuss zum Vorsitzenden gewählt.
Der Fremdenverkehrs- und Informationsausschuss wurde ebenfalls um-strukturiert. Rainer Reimers (SPD) wechselt als bürgerliches Mitglied aus diesem Ausschuss in den Kommunalausschuss. Hans-Dieter Schulz (SPD) wird hier stellvertretender Vorsitzender.
In den Fremdenverkehrs- und Informationsausschuss ziehen Manfred Bredlau (SPD) als Gemeindevertreter und Reinhard Taube (SPD) als bürgerliches Mitglied ein.
Im Januar scheidet Eberhard Borth (Wählergemeinschaft) aus dem Fremdenverkehrs- und Informationsausschuss aus. Für ihn geht Peter Heinrich Thomsen in diesen Ausschuss.

Baugebiet in Rosendahl geplant

Auf der Sitzung im März 2004 wurde eine Änderung des Flächennut-zungsplanes für Rosendahl beschlossen. Danach soll ein Baugebiet nördlich der Bahnlinie und östlich des Rosendahler Weges bis zu zwei Bautiefen ausgewiesen werden. Die kaufrechtlichen Belange scheinen geklärt, jedoch bereitet die Oberleitung und die Nähe zur Bahnlinie doch noch einige Probleme.

Langfristige Baulandplanung auch im Ortsteil Mildstedt

Der Bau- und Planungsausschuss beschäftigte sich auf Anweisung der Gemeindevertretung mit der mittel- und langfristigen Weiterentwicklung der Gemeinde. Eine der Entwicklungen ist am östlichen Ortsrand und eine weitere an der Ostenfelder Landstraße möglich. Für beide Gebiete sind langfristige Pachtverträge abgeschlossen, so dass eine eventuelle Bebauung frühestens in vier bis acht Jahren möglich ist.
Für den Eigenbedarf besteht im Ortsteil Rosendahl am Rosendahler Weg, nördlich der Bahnlinie, die Möglichkeit, auch kurzfristig, die Er-schließung von sieben bis acht Grundstücken.
Die Gemeindevertretung folgte den Empfehlungen des Bau- und Pla-nungsausschusses alsbald mit der Planung des Baugebietes in Rosen-dahl und für die nähere Zukunft mit dem an der Ostenfelder Landstraße zu beginnen.

Änderung des B-Planes 13

Im B-Plan 13 soll die ehemalige Hoffläche von Johannes Jensen bebaut werden.
Einer von zwei Vorschlägen des Architekten, der mit dem vorhandenen Bauplan übereinstimmt, sah

eine sehr dichte Bebauung vor. Der zweite entsprach mehr dem vorhandenen Charakter der Umgebung, dies be-deutet aber, dass eine Änderung des derzeit gültigen Bebauungsplanes erfolgen müsste.
Der Bauausschuss war einstimmig für die aufgelockerte Bauweise und empfahl der Gemeindevertretung dem zu zu stimmen und den Bauplan so zu ändern, dass wie nebenstehend gebaut werden kann. Die Ände-rungskosten übernimmt der Bauherr. Die Gemeindevertretung stimmte zu.
Nach diesem Vorschlag können acht Einzelhäuser auf dem Gelände und ein Doppelhaus errichtet werden.

Reitwegekonzept verabschiedet

Das Reitwegenetz in der Gemarkung Mildstedt ist verabschiedet. Nach diesem Plan soll das Reitwegenetz in das Netz des Amtes Treene und später mit dem Reitwegenetz Schleswig-Holstein verknüpft werden. Al-lerdings müssen Teile der Reitwege durch Zäune gesichert werden, da-mit Privateigentum geschützt wird.
Dies alles ist allerdings nicht kostenlos. Für den Bereich des Amtes Treene belaufen sich die Kosten auf ca. 86.400,00 Euro. Es werden aber noch Zuschüsse in einer Höhe von 43.200,00 Euro erwartet. Der Anteil der Gemeinde Mildstedt wird voraussichtlich rund 9.000,00 Euro für die Maßnahmen zuzüglich rund 5.000,00 Euro für Prospekte, Internetauftritt usw. betragen. Die zu erwartenden Kosten für Mildstedt ermitteln sich danach wie folgt:
9.000,00 Euro + 5.000,00 Euro gleich 14.000,00 Euro abzüglich 7.000,00 Euro (50 % Zuschuss).

Keine Kommentare

SPD-Fockbek - *veröffentlicht am 18.04.2004, 13:24 Uhr - 368 Clicks - Nr. 227*

Bürgermeisterwahlkampf gestartet

SPD Fockbek und Pierre Gilgenast starten Bürgermeisterwahlkampf

Mit einem InfoStand in der Rendsburger Straße am 10. April hat Pierre Gilgenast den Bürgermeisterwahlkampf begonnen. Zahlreiche Fockbeker Bürgerinnen und Bürger wurden angesprochen und unterhielten sich mit Pierre Gilgenast und den anwesenden Vertretern des SPD Ortsvereins. Alle erhielten den Kandidatenbrief unseres Kandidaten Pierre Gilgenast und - da Ostern bevorstand - einen Ostergruß in Gestalt eines oder auch mehrerer Schokoladenosterhasen. Die Stimmung war insgesamt sehr positiv. Der Zuspruch für Pierre war sehr groß. Das lässt uns alle optimistisch dem Wahltag entgegen sehen und hoffen, dass auch alle Bürgerinnen und Bürger zur Wahl gehen und ihre Stimme abgeben. Darauf kommt es besonders an.

Und was macht eigentlich der Gegenkandidat oder gibt es gar keinen?
Denn seit der Ankündigung seiner Kandidatur Anfang März mit dem Versprechen "ab jetzt kein Tag ohne Fockbek" hat man nichts mehr gehört oder gesehen von ihm. Ich glaube, in Fockbek kennt ihn noch keiner.

Aber wir wollen uns nicht mit dem Gegenkandidaten befassen, sondern uns auf Pierre konzentrieren; denn wir haben mit ihm einen sehr guten Bürgermeister und brauchen keinen Neuen. Wir wollen Pierre Gilgenast auch in den nächsten 6 Jahren als Fockbeker Bürgermeister.

Die nächsten Wahlkampf-Termine, an denen Sie Pierre Gilgenast in Fockbek antreffen und mit ihm sprechen können, sind folgende:

08.05.2004, 10.00 - 12.00 Uhr InfoStand Disshorn (Aldi/Edeka)
16.05.2004, 11.00 Uhr Frühschoppen in der Räucherkate
20.05.2004, 10.00 Uhr Fahrradtour ab Dorfplatz
04.06.2004, 20.00 Uhr Erstwählertreff in der Räucherkate
05.06.2004, 10.00 - 12.00 Uhr InfoStand Disshorn
12.06.2004, 10.00 - 12.00 Uhr InfoStand Rendsburger Straße

Oder informieren Sie sich auch auf der Homepage www.p-gilgenast.de; hierüber können Sie auch mit Pierre Gilgenast kommunizieren.

Keine Kommentare

SPD-Mildstedt - *veröffentlicht am 18.04.2004, 13:27 Uhr - 1923 Clicks - Nr. 228*

Das vorläufige Programm für die 700-Jahr-Feier in Mildstedt

Programm 700-Jahr-Feier
(geplant, Änderungen möglich)

Freitag 20. August 2004

19.00 Uhr Lichterfest mit Lagerfeuer
Langsteeven Disco, Getränke, Imbiss
Karussell, Schießstand, Spielmobil
Und, und, und

Samstag 21. August 2004

10.00 Uhr Empfang
Mildauhalle Begrüßung durch Bürgermeister
Festvortrag, Grußworte
Darstellung der Vereine, Musik
Mittagessen
14.00 Uhr Festumzug
16.00 Uhr Kaffeetafel
Mildauhalle
20.00 Uhr Festball
Mildauhalle Einzug der Vereine mit Musik
Tanz und Unterhaltung

Sonntag 22. August 2004

09.30 Uhr Gottesdienst
Kirche
10.15 Uhr Kinderflohmarkt
Turnhallen- kein Gewerbe, Spiele
parkplatz Getränke, Imbiss, Musik
15.00 Uhr Luftballons steigen lassen

Keine Kommentare

SPD-Mildstedt - *veröffentlicht am 18.04.2004, 13:38 Uhr - 1750 Clicks - Nr. 229*

Rundgang durch den Naturerlebnisraum Mildstedter Mühlenau

Neulich hatten wir anlässlich einer Feier Besuch aus Schwaben, Hessen und Hamburg. Sind wir sonst nach einer feuchtfröhlichen Nacht an den Dockkoog zum Auslüften gefahren, beschlossen wir diesmal in Mildstedt zu bleiben und einen Gang durch den Naturerlebnisraum zu machen.

Jahreszeit und Wetter waren nicht gerade besonders geeignet, um viel Natur zu erleben. So machte sich etwas Langeweile breit, die ich mit einem kurzen Bericht über die Entstehung des Naturerlebnisraumes vertrieb.
Angefangen hatte alles damit, dass auf Anregung unseres früheren Bürgermeisters Johannes Henkens die Gemeinde rechts und links der Au Grundstücke erwarb, die zum Verkauf angeboten wurden. Nach dem Grund gefragt, was die Gemeinde damit anfangen soll, sagte Hannes immer: "Da machen wir ´mal was schickes draus" und was schickes ist daraus geworden!
Bald hatte jeder etwas Interessantes für sich entdeckt. Der Reiter war von den Reitwegen und dem geplanten Reitwegenetz angetan. Die Geschichtsinteressierten lernten etwas über die Schwedenschanzen. Die Läufer aus Hamburg konnten berichten, dass sie selbst schon hier durch Wald und Feld gelaufen sind und dieses sehr genossen haben. Alle waren von den Schautafeln begeistert.
Leiter konnten wir noch keine Bienen beobachten, aber die Tafel wurde ausgiebig studiert.
Jede Klapptafel wurde angehoben und, obwohl alle schon erwachsen waren, alles ausprobiert.. Viele Treffer musste die Zapfenwurfwand nicht hinnehmen.
Stolz konnte ich berichten, dass der Gemeindevertreter Hans-Dieter Oldenburg (SPD), der Gemeinde viel Geld gespart hat, indem er mit Unterstützung die zwei Beobachtungshütten, Klapptafeln, Tastkästen, Zapfenwurfwand und die Holzwiegestation selbst gebaut hat.
Ein nicht ganz so freundlichen Eindruck ergab sich gegen Ende des Rundganges in der Nähe der Rosendahler Brücke. Wir mussten Slalom um die vielen Hundehaufen laufen. Nicht alle haben wir gesehen. Zwei aus unserer kleinen Gruppe nahmen ein stinkendes Andenken mit. Unser Freund aus Schwaben, selbst Hundehalter, war leicht irritiert und zog zur Demonstration ein paar Plastiktüten aus seiner Mandeltasche und stellte die "dumme" Frage? "Müssen bei Euch die Haufen nicht von den Hundehaltern entfernt werden? Und wie teuer ist es, wenn diese erwischt werden?"
Monika Knipfer

Keine Kommentare

SPD-Mildstedt - *veröffentlicht am 18.04.2004, 13:42 Uhr - 1557 Clicks - Nr. 230*

Das Offshore -Projekt Husum, eine Chance für die ganze Region

Was vor einigen Jahren noch niemand für möglich gehalten hatte, ist Realität geworden. Die Windenergie ist zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor für den Raum Husum und weit darüber hinaus geworden.

Durch sie gelang es, Arbeitsplätze zu ersetzen, die etwa durch das Ende der Husumer Schiffswerft weggefallen waren. Heute sind etwa 3000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt mit der Windenergie in Husum verbunden. Ohne diesen Faktor stünde unsere Heimat wirtschaftlich wesentlich schlechter da als dies heute der Fall ist. Viele Dienstleitungsbereiche sind in den letzten Jahrzehnten weggefallen, etwa im Bereich Bahn, Post oder Bundeswehr. Es ist der Windkraft zu verdanken, dass trotzdem junge Menschen weiterhin Arbeit dort finden, wo sie zu Hause sind.
Die Windenergie oder besser die Herstellung von Windenergieanlagen stößt an ihre Grenzen, denn sie werden immer größer und können deswegen kaum mehr auf dem Landweg transportiert werden. Wer einmal einen solchen Transport auf der Autobahn gesehen hat, weiß, dass größere Einheiten kaum denkbar sind. Hier ist die Verschiffung eine Alternative. Es kommt vor allem hinzu, dass Flächen in der Nordsee vorgesehen sind, um dort Windenergieanlagen aufzustellen. Diese Anlagen müssen errichtet und gewartet werden. Dazu sind Häfen wichtig. Und hier nun besteht für Husum wiederum eine große Möglichkeit, da der Hafen verhältnismäßig dicht an den geplanten Offshore-Flächen liegt. Allerdings muss unser Hafen in Husum für die Verschiffung von Teilen der Energieanlagen ertüchtigt, also fit gemacht werden.
Es ist in sehr mühsamen Verhandlungen gelungen, das Augenmerk der Landesregierung auf den Husumer Hafen zu lenken. Hierzu waren immer wieder Einzelgespräche mit Ministern, Staatssekretären und Abgeordneten wichtig, und schließlich hat sich auch die Ministerpräsidentin für Husum interessiert. Diese Gespräche mussten weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden, so dass ich darüber auch selten eine Presseerklärung herausgeben konnte, denn auch auf diesem Gebiet schlief die Konkurrenz nicht.
Wir können alle deswegen zufrieden sein, dass jetzt eine 70prozentige Förderung des Offshore -Projekt Husums vorgesehen ist. Dafür werden neue Gewerbeflächen auf der Südseite des Hafens westlich der Werft und östlich der Schleuse erschlossen, der Deich verlegt und eine Straße als Verbindung mit der B 5 gebaut, so dass der Schwerlastverkehr nicht mehr durch Rödemis fließen muss. Die in Husum und Umgebung ansässigen Firmen haben ihr hohes Interesse an diesem Hafen angemeldet, da er für sie Entwicklungsmöglichkeiten bietet, die dringend benötigt werden. Damit können dann wieder neue Arbeitsplätze geschaffen werden, die wir in unserer Region dringend brauchen.
Ulf von Hielmcrone

Keine Kommentare

Afa-Stormarn - *veröffentlicht am 19.04.2004, 16:29 Uhr - 472 Clicks - Nr. 231*

AfA im ersten Meinungsaustausch mit Franz Thönnes, MdB (SPD)

Gesundheitsreform und Rentenreform im kontroversen Gespräch
Auf der AfA Sitzung am 15. April 2004, besuchte Franz Thönnes erstmals die AfA - Stormarn, um in einen konstruktiven Dialog mit dem Arbeitnehmerflügel der SPD zu treten. „Natürlich müssen wir im

Gesundheitssystem Einsparungen vornehmen. Jedoch ist gerade die SPD aufgerufen, Gerechtigkeit an die erste Stelle der Überlegungen zu stellen!“ so der Vorsitzende der AfA - Stormarn Nils Bolwig (29). Diese Reform - so die anwesenden AfA Mitglieder - ist in der Öffentlichkeit schlecht erklärt worden. Die ursprüngliche SPD Position ist in der Öffentlichkeit nicht durchgedrungen! Gerade Sozialpolitik muss von Sozialdemokraten eindeutig erklärt werden! Dass diese Reform ein Kompromiss ist, der in großen Teilen der CDU zugeschrieben werden muss, kommt in der öffentlichen Diskussion nicht durch. Die CDU versteckt sich jetzt hinter Regierungshandeln und leider auch hinter gravierenden Umsetzungsfehlern wie die Definition der chronischen Kranken. Bestes Beispiel ist die Praxisgebühr. Die SPD wollte das strickte Hausarztmodell, die CDU die Gebühr bei jedem Arztbesuch.

Die AfA machte deutlich, dass es an der Zeit ist, dass wieder ein roter Faden in der Politik der SPD erkennbar wird. Die Kolleginnen und Kollegen wollen wissen, wo die Reise hingeht und vor allem, müssen die Reformen sozial gerecht gestaltet werden.

In einer Zeit, mit einem sehr geringen Wirtschaftswachstum ist die Frage der Verteilungsgerechtigkeit genauer zu betrachten. Am Beispiel der Gesundheitsreform machte die AfA deutlich, das die Pharmalobby nicht verschont werden darf. „Wenn es in der Schweiz nur 5000 und in Deutschland über 40.000 zugelassenen Medikamente gibt, aber die Qualität der medizinischen Leitung in der Schweiz sogar deutlich höher ist, dann wird ein enormes Einspar- bzw. Effizienzpotenzial deutlich, ohne das die Leistungen für die BürgerInnen gekürzt werden müssten“, merkte Nils Bolwig als ein Beispiel in der Diskussion an.

Für die Mitglieder der AfA ist es wichtig, die Anliegen der Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben, aus dem Krankenhaus, der Polizei, den Druckereien, den Schulen und der Krankenkassen direkt mit dem Abgeordneten zu diskutieren“, betonte der Vorsitzende der AfA Nils Bolwig (29) und lädt den Bundestagsabgeordneten Franz Thönnes zu regelmäßigen Gesprächen mit der AfA - Stormarn ein.

Die AfA - Stormarn ist mit drei Delegierten auf der AfA Landeskonferenz Schleswig-Holstein, am 24. April 2004, in Kiel stark vertreten. Der Vorsitzende der AfA - Stormarn, Nils Bolwig, wird als Beisitzer für den AfA Landesvorstand kandidieren, damit in Zukunft die Anliegen der Stormarner ArbeitnehmerInnen, auch auf Landesebene noch stärker politisch zum tragen kommen.

Keine Kommentare

Afa-Stormarn - *veröffentlicht am 19.04.2004, 16:33 Uhr - 556 Clicks - Nr. 232*

AfA für Hausarztmodell der Krankenkassen

Eine höhere Effizienz im Krankenversicherungssystem führt zu niedrigeren Lohnnebenkosten und erhöht die Kaufkraft in der Region

Die Stormarner Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD unterstützt das Vorhaben der Krankenkassen, Hausarztmodelle mit Rückerstattung der Praxisgebühr einzuführen! „Es wird nun ein wichtiger Schritt getan, wie ursprünglich von der SPD gefordert und im Vermittlungsausschuss durch die CDU/CSU verhindert, um die Krankenkassenbeiträge effizienter einzusetzen“, sagte der AfA Vorsitzende Nils Bolwig (29), in der AfA-Telefonkonferenz am Montag Mittag.

Bei dem geplanten Modellen müssen sich die Patienten für ein Jahr verpflichten, immer erst zu einem von ihrer Kasse anerkannten Hausarzt zu gehen und sich von diesem überweisen zu lassen, dafür erstatte die Krankenkasse die Praxisgebühr von 40,- € im Jahr.

„Für die ArbeitnehmerInnen ist es zur Zeit sehr wichtig finanzielle Kaufkraft zu erhalten, um die notwendigen privaten Anschaffungen tätigen zu können. Gerade in Zeiten mit einer schwachen Binnennachfrage ist die beste Beschäftigungssicherung in der Region, ein gesteigerter privater Konsum!“, betont Nils Bolwig weiter, „Ziel muss es sein, in Zukunft die Kosten im Gesundheitssystem zu senken, z.B. durch finanzielle Anreize könnten Patientenströme bewusst gelenkt werden, aber auch darüber hinaus darf es keine Tabus geben. Auch die Pharmalobby darf hier nicht verschont bleiben. Niedrige Lohnnebenkosten wirken auf dem Arbeitsmarkt beschäftigungssichernd und sind sogar ohne Leistungskürzungen am Patienten möglich“.

Keine Kommentare

SPD-Lübeck - *veröffentlicht am 20.04.2004, 10:40 Uhr - 1511 Clicks - Nr. 233*

Vom überholten Gegeneinander zum erfolgreichen Miteinander



Der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion Peter Reinhardt erklärt zur Diskussion um das Einzelhandelskonzept und zu den Ergebnissen der bis heute hierzu geführten Gespräche: „Bei unseren Gesprächen mit Vertretern der Lübecker Wirtschaft wurde deutlich, dass in vielen Punkten zwischen den Vertretern der Lübecker Wirtschaft und der SPD Einigkeit über die zukünftige Einzelhandelsentwicklung am Standort Lübeck besteht. Entscheidend ist der gemeinsame Wille, dass Weichenstellungen für die Weiterentwicklung unserer Stadt nur im Konsens zwischen Grüner Wiese und Innenstadteinzelhandel getroffen werden können.

Die SPD fordert dafür ein für alle Handelsformen fruchtbares Miteinander. Die SPD will, dass zwischen der Altstadt und Grüner Wiese neue Formen der Kooperation gefunden werden.Wir fordern dabei gemeinsame Anstrengungen aller und die Einsicht dass nur alle Kräfte gemeinsam für einen wirtschaftlichen Erfolg sorgen können. Die SPD unterstützt dabei die Vorschläge der Geschäftsleute auf der grünen Wiese und der Lübecker Altstadt für eine gemeinsame Vermarktung des Standortes Lübeck. Hierzu gehören Vorschläge wie zum Beispiel an verkaufsoffenen Samstagen einen Shuttle-Bus von der grünen Wiese in die Altstadt einzurichten und damit zu einer Verknüpfung von beiden Angeboten zu erreichen. Für uns ist die Schaffung eines gemeinsamen Stadtmarketings unter Einbeziehung der Politik längst überfällig. Unsere Forderung fand in unseren Gesprächen einhellige Unterstützung. Die SPD mahnt weitere Anstrengungen zur Steigerung der Aufenthaltsqualität in der Altstadt an. Das auf den Weg gebrachte und von der Bürgerschaft verabschiedete 40-Punkte-Programm („Zukunftspaket Lübecker Altstadt 2005“) muss zügig umgesetzt und in das Einzelhandelskonzept mit eingearbeitet werden. Mehr Licht in den Seitenstraßen, mehr Grün, eine bessere Ausschilderung und Hinweise über die kürzesten Wege zwischen Parkplätzen und Sehenswürdigkeiten sind wesentliche Bausteine für eine Aufwertung der Altstadt.

Wir nehmen aus den Gesprächen die Überzeugung mit,

- dass es eine weitere Ausweisung von Verkaufsflächen mit zentrumsrelevanten Sortimenten auf der „Grünen Wiese“ über die bereits beschlossenen Projekte nicht mehr geben darf,
- und in der Altstadt weitere vom Handel nachgefragte Einkaufsflächen bereit zu stellen sind,
- dass für die Aufwertung der Innenstadt eine Lösung für das Haerder-Gelände von zentraler Bedeutung ist und die Blockade interessierter Investoren durch die Eigentümer endlich beendet werden muss.

Festzuhalten bleibt: Die SPD-Bürgerschaftsfraktion ist der Lübecker CDU bei den notwendigen Antworten auf die drängenden Probleme der Stadt weit voraus Das Gegeneinanderausspielen der verschiedenen Standorte macht wirtschaftlich keinen Sinn. Notwendig ist ein breites Bündnis für Lübeck. Notwendig ist eine Politik weg vom überholten Gegeneinander zum fruchtbaren Miteinander.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 20.04.2004, 12:05 Uhr - 4649 Clicks - Nr. 234*

MdL Neugebauer stellt kritische Fragen an die Nord-Ostsee-Bahn

Der Spiegel-Bericht „Sprung im Gleisbett“ – Ausgabe 15/2004 S. 50 – über die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Kiel zu möglichen Konstruktionsfehlern beim von der Nord-Ostsee-Bahn benutzten Triebwagen „Lint 41“ hat den Rendsburger SPD-Landtagsabgeordneten Günter Neugebauer dazu veranlasst, sich schriftlich mit kritischen Fragen an die Geschäftsführung der NOB zu wenden.
Der Triebwagen „Lint 41“ wird u. a. auf den Strecken Kiel–Husum und Flensburg–Hamburg von der Nord-Ostsee-Bahn (NOB) eingesetzt. Darüber hinaus haben fast alle Regionalbahnbetreiber Deutschlands diesen Triebwagen in der Nutzung und befördern täglich Tausende von Pendlern zur Arbeit und wieder nach Hause.
Bisher bekannt gewordene Unfälle auf der Strecke Kiel–Husum bei Brandsbek und kurz vor Husum sind äußerst glimpflich verlaufen. „Ich vermag mir mögliche Folgen nicht vorzustellen“, so Neugebauer, „wenn ein Zug z. B. beim Überfahren der Eisenbahnbrücke Rendsburg hoch über bewohntem Gebiet auf Grund des Konstruktionsfehlers am Fahrgestell entgleist.“
Neugebauer befragt die Geschäftsführung u. a. dazu, ob womöglich wirtschaftliche Belange der Sicherheit vorangestellt werden. Außerdem will er wissen, ob alle in Schleswig–Holstein eingesetzten Triebwagen mittlerweile überprüft wurden oder gar an eine Neukonstruktion des Fahrgestells gedacht wurde. Nach Auskunft des zuständigen Marketingleiters hätte nur einmal eine Drehmomentstütze am Fahrgestell ausgewechselt werden müssen. Aus den nun beschlagnahmten Unterlagen geht aber hervor, dass die NOB sich mehrfach bei dem Hersteller über Fahrgestellpannen beklagt habe. Neugebauer beklagt diese nebulöse Auskunft und spricht der Geschäftsführung gegenüber von Zweifeln, ob die NOB als Betreiber die notwendige Sorgfalt walten lässt, um die überaus vorrangige Sicherheit für die Nutzer sicher zu stellen.
„Ich bin nach diesem Bericht zumindest unsicher geworden, ob ich auch weiterhin auf die NOB als sicheren Nahverkehrsbetreiber hinweisen kann“, ergänzt Neugebauer, „zumal ich als Mitglied des Finanzausschusses in Kiel bei der Vergabe an einen Betreiber alle Informationen aus- und bewerten muss.“

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 20.04.2004, 19:11 Uhr - 2284 Clicks - Nr. 235*

AfA-Landeskonferenz

Die schleswig-holsteinische SPD führt ihre Landeskonferenz für Arbeitnehmerfragen durch

"Wer! wenn nicht wir" - AfA in der SPD zeigt sich selbstbewusst

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der SPD-Landesvorsitzende Claus Möller und der Europa-SPD-Spitzenkandidat Willi Piecyk sind die Hauptredner auf der Landeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen - AfA in der SPD, die am Sonnabend, dem 24.04.2004 von 10:00 bis ca. 16:00 Uhr im Legiensaal des Kieler Gewerkschaftshauses stattfindet.
Dazu laden wir Sie herzlich ein.

"Wer! wenn nicht wir in der AfA sollen unsere Partei in der Arbeitnehmerspur halten und in Berlin wieder dahin bringen, dass Gerechtigkeit und Solidarität Tugenden sozialdemokratischer Politik zu sein haben", so Wolfgang Mädel, AfA-Landesvorsitzender.
Von Claus Möller der "etwas mehr als ein Grußwort" halten wird, verspricht sich Mädel die erforderliche schleswig-holsteinische Aufbruchstimmung.

Der Hauptredner Willi Piecyk spricht zum Thema: Europa der Bürgerinnen und Bürger oder der Bosse. Eine Tagesordnung ist angehängt.

Für die anstehenden Wahlen des AfA-Landesvorstandes kandidiert erneut zum Landesvorsitzenden der Kieler IG Metall Chef Wolfgang Mädel, der dieses Amt seit 1992 inne hat. Zu seinen Stellvertretern werden die Geschäftsführerin von ver.di aus Neumünster, Almut Auerbach, und Ralf Wrobel aus Schleswig, stellv. Bezirkspersonalratsvorsitzender des Landesamtes für Straßenbau, zur Wahl vorgeschlagen.
Des weiteren kandidieren zum Vorsitz des Landesausschuss Karsten Wessels und als Beisitzer zum insgesamt 11 köpfigen AfA-Landesvorstandes Birte Pauls, Kreis Schleswig-Flensburg, Dagmar Wilhelmy-Helmut und Helmut Ulbrand, Kreis Kiel, Nils Bolwig, Kreis Storman, Daniel Friedrich und Bernd Losch, Kreis Lübeck, Gunnar Reichwaldt, Kreis Dithmarschen und Friedrich Stamp, Kreis Stormarn.

Bei Nachfragen wenden sie sich bitte an:
Wolfgang Mädel
1. Bevollmächtigter

IG Metall Kiel
Legienstraße 22-24
24103 Kiel

Tel: +49 431 51951258

Fax: +49 431 51951260
Handy: +49 171 2417052
E-Mail: wolfgang.maedel@igmetall.de

oder an:

SPD-Landesverband Schleswig-Holstein
Nina Thielscher
Veranstaltungen und Organisation

Tel.: 0431 90 60 628
Fax: 0431 90 60 621
Mobil: 0170-2727191
mailto:Nina.Thielscher@spd.de
http://www.spd-schleswig-holstein.de

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 21.04.2004, 09:31 Uhr - 583 Clicks - Nr. 236*

Erinnerung an Kiels ersten OB nach 1945

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt:

"Der erste Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel nach dem II. Weltkrieg, der Sozialdemokrat Dr. Otto Tschadek, wird anlässlich der 100. Wiederkehr seines Geburtstages mit einer Ausstellung des Kultur- und Museumsvereines in seinem Heimatort Bruck an der Leitha in Österreich geehrt. Die Ausstellungseröffnung erfolgt am Freitag, dem 23. April 2004 um 17.00 Uhr durch den Bürgermeister, Herrn Franz Perger."
Zur Erinnerung an Otto Tschadek:

Otto Tschadek wurde am 31. Oktober 1904 in Trautmannsdorf an der Leitha geboren. 1923 machte er sein Abitur und trat in die Sozialistische Partei ein. In diesem Jahr nahm er ebenfalls sein Studium der Rechtswissenschaften auf, das er 1929 mit der Promotion abschloss.

1934 wurde Otto Tschadek verhaftet und wegen Hochverrats angeklagt. Er wurde freigesprochen aus Mangel an Beweisen. Er erhielt Unterstützung durch den Brucker Rechtsanwalt Dr. Karl Schubert, bei dem er eine Anstellung fand. Erst 1939 konnte er wegen seiner politischen Vergangenheit die letzte Rechtsanwaltsprüfung ablegen.

Im Juli 1940 wurde er in die deutsche Wehrmacht eingezogen. Im Mai 1941 nahm er das Angebot an, als Verteidiger beim Marinemilitärgericht Kiel tätig zu sein. Ab 1943 nahm er Verbindung zu Kieler Persönlichkeiten im Untergrund auf und wurde wenige Tage nach Kriegsende von den Engländern in die Kieler Stadtverwaltung - Wiederaufbauamt - berufen. Zu seinen Aufgaben gehörten neben der Behebung der Kriegsschäden auch die Themen Bildung, Kultur, Vorbereitung demokratischer Wahlen und Parteiarbeit. Er wirkte am Aufbau der neuen Sozialdemokratischen Partei in Kiel mit. Nachdem er Bürgermeister geworden war, erfolgte im Januar 1946 die Berufung zum Kieler Oberbürgermeister.

Zeitgleich nominierte ihn die Sozialdemokratische Partei Österreichs als Abgeordneter bei den ersten österreichischen Nationalratswahlen. Hierdurch bedingt verließ er Kiel im Frühjahr 1946 und erhielt zum Abschied und zum Dank am 11. März 1946 das Bürgerrecht der Landeshauptstadt Kiel.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 21.04.2004, 14:38 Uhr - 4480 Clicks - Nr. 237*

Stegner mit überwältigender Mehrheit als Landtagskandidat gewählt

Auf einer Delegiertenversammlung haben am Montag die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus dem Wahlkreis Rendsburg-Süd den Landesfinanzminister Dr. Ralf Stegner zum Kandidaten für die Landtagswahl im Februar 2005 gewählt.
Stegner, der nur eine Gegenstimme erhielt, tritt damit die Nachfolge von Klaus Buß an. Der Landesinnenminister hat den Wahlkreis seit 2000 für die SPD im Landtag vertreten. Klaus Buß, der sich noch einmal für die vertrauensvolle Zusammenarbeit im Wahlkreis bedankte, will sich nun voll seiner Arbeit als Landesinnenminister widmen. Der Bordesholmer Stegner ist 44 Jahre alt und hat mit seiner Frau Sibylle drei Söhne. „Ich bin bereit, für den Wahlkreis und für die Landesregierung zu kämpfen“, sagte der Finanzminister in seiner Vorstellungsrede. Stegner merkte selbstbewusst an, man habe ihm noch nie vorgeworfen, dass er mit dem politischen Gegner zu sanft umgehe. Dafür gäbe es auch keine Gründe. Denn die Opposition habe keine Konzepte, und nur mit populistischen Sprüchen könne man ein Land nicht regieren. Die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten seien es schließlich, die klare Konzepte zur Bildungs- Sozial- und Steuerpolitik vorgelegt hätten. Mit dem schleswig-holsteinischen Steuerkonzept z. B. lege man ein sozial gerechtes und vereinfachtes Modell vor, das auch den Kommunen und den Ländern Steuereinnahmen sichere, die man für Schulen und Kindergärten dringend benötige. „Es lohnt sich zu kämpfen.“ Stegner wies noch in seiner Rede darauf hin, dass es die schleswig-holsteinische SPD gewesen sei, die das Land modern und fortschrittlich gemacht hat. „Wir können stolz auf das sein, was wir geleistet haben“, sagte Stegner. Nun könne man das Land nicht wieder denen überlassen, die mit alten Ideen und leeren Versprechungen daherkommen. „Wir haben mit Heide Simonis nicht nur die bessere Spitzenkandidatin, sondern wir haben auch die Erfolge und die besseren Ideen.“ Er wolle allerdings nicht verschweigen, dass es gerade Gegenwind aus Berlin gebe. Aber einen Wahlkampf gegen die Bundespartei zu machen, komme für ihn nicht in Frage, denn grundsätzlich sei man mit der Agenda 2010 auf dem richtigen Weg. „Mit Rückenwind wird es wohl schwierig, aber Windstille wäre ja schon okay“, merkte Stegner mit Blick nach Berlin an. Der SPD-Kreisvorsitzende Sönke Rix merkte in seinem Schlusswort an, dass das hervorragende Nominierungsergebnis eine gute Ausgangslage für die bevorstehenden Wahlauseinandersetzungen sei. Nicht Verzagtheit, sondern Selbstbewusstsein und Geschlossenheit seien angesagt.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 22.04.2004, 11:50 Uhr - 677 Clicks - Nr. 238*

Girls-Day: Mädchen in der Politik



Durch eine Anzeige im Internet sind wir, Stefanie Mohr, Rieke Jürgensen und Leonie Kilian, dazu gekommen, den Girls-Day bei der SPD - Ratsfraktion im Kieler Rathaus zu verbringen.
Wir haben uns für dieses Angebot entschieden, da wir einen Einblick in die Politik erhalten wollten. Um 8.30 Uhr wurden wir von Herrn Gedig begrüßt. In einem anschließenden Gespräch mit ihm, Frau Lietzow (frauenpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion), Frau Fenske (Vorsitzende SPD-Ortsverein Nord, Tagungsleitung des SPD-Kreisausschusses) und Frau Hachmann (Abgeordnetenbüro von Rolf Fischer MdL) erfuhren wir eine Menge über deren Arbeit in der Politik. Weiter ging es mit der Besichtigung des Ratsherrenzimmers, des Magistratssaales und dem Ratssaal. Hierbei erfuhren wir einiges über die Nutzung dieser Räumlichkeiten. Unsere Fragen wurden leicht verständlich beantwortet. Natürlich wurde uns die Gelegenheit gegeben, auch selbst aktiv zu werden. Durch den heutigen Tag haben wir einen sehr interessanten Einblick in das politische Leben Kiels erhalten.
***
Anmerkung:
Die SPD-Ratsfraktion hat sich in diesem Jahr erstmalig am Girlsday beteiligt.

Kommentar von Martin Preuschhof vom 22.04.2004, 12:37 Uhr:
RE:Girls-Day: Mädchen in der Politik
Girls Day im Ratsherrenzimmer - Realsatire im heutigen Deutschland ;-)

Trotzdem den drei Frauen viel Spaß

Martin Preuschhof, Norderstedt

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 22.04.2004, 14:57 Uhr - 622 Clicks - Nr. 239*

Kieler Partner Qingdao nicht vergessen!



Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller erklärt zu der angekündigten China Reise der Oberbürgermeisterin als Begleiterin des Hamburger Ersten Bürgermeisters Ole von Beust:
"Die schleswig-holsteinische Landeshauptstadt unterzeichnete mit der chinesischen Stadt Qingdao, Ausrichter der Olympischen Segelregatten 2008, im Jahr 2003 eine Partnerschafts-Vereinbarung. Ziel der Zusammenarbeit war vor allem der Austausch von Erfahrungen bei der Vorbereitung und Ausrichtung olympischer Segelwettbewerbe, ähnlich wie bereits für 1980 mit der estnischen Hauptstadt Tallinn.
Die Oberbürgermeisterin hat angekündigt Peking, Shanghai und Hongkong zu besuchen. Zhejiang und insbesondere Qingdao, die sie noch im letzten Jahr besuchen wollte, drohen in Vergessenheit zu geraten. Wir bitten deshalb die Oberbürgermeisterin um Auskunft, wie sich die Zusammenarbeit mit Qingdao künftig gestalten soll. In der seit 2003 bestehenden Partnerschaft sehen wir Chancen, die wir für Kiel nutzen wollen."

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 22.04.2004, 17:43 Uhr - 780 Clicks - Nr. 240*

Jens Lichte in der Sprechstunde der Fraktion am 29.04.2004

Der Stadtvertreter Jens Lichte wird am 29.04.2004 in der Sprechstunde der SPD-Fraktion anwesend sein. Die Sprechstunde findet von 16.00 - 17.30 Uhr im Fraktionszimmer der SPD im Historischen Rathaus statt. Jens Lichte ist während dieser Zeit auch unter der Telefonnummer 04551-964- 348 erreichbar.
Jens Lichte hat sich in der Vergangenheit sehr engagiert und sehr detailliert mit den Überlegungen zum Stadtmarketing beschäftigt. Das Thema dieser Sprechstunde wird daher die jetzige Situation des Stadtmarketing in der Stadt Bad Segeberg und die Sicht der SPD zu diesem Thema sein. Jens Lichte wird dabei allen Bürgerinnen und Bürgern wie auch den Segeberger Geschäftsleuten zur Verfügung stehen, um die derzeitigen Überlegungen der Stadtverwaltung Bad Segeberg zur Gründung der Stadtmarketing GmbH zu erläutern, aber auch zu kommentieren.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 22.04.2004, 19:39 Uhr - 2536 Clicks - Nr. 241*

CITTI-Erweiterung

Kiel, d. 15.04.04
Rolf Fischer: CITTI-Erweiterung - werden die Bürger über den Tisch gezogen?

Zur Debatte um die Erweiterung des CITTI-Marktes erklärten MdL Rolf Fischer, SPD-Kreisvorsitzender und Marian Heß für den Ortsvereinsvorstand Hassee-Nord:

Kreisvorsitzender Rolf Fischer:
"Es fehlt eine weitere Stimme im CITTI-Konzert: Was sagen eigentlich die betroffenen Bürger und Anwohner? Nicht nur abgesicherte Daten über die ökonomischen Konsequenzen der Erweiterung fehlen immer noch, es fehlt bisher jede direkte Beteiligung und Information der beteiligten Anwohner.

Warum sucht die Stadt nicht den direkten Kontakt zu den Kielern über die Ortsbeiräte im Vorfeld der Entscheidung? Würde man Schwarz-Grün folgen und den Aufstellungsbeschluss treffen, dann wären die Bürger bereits vor erste vollendete Tatsachen gestellt. Warum diese außergewöhnliche Hektik?

Dabei sind die Anwohner allein durch die neue Verkehrssituation erheblichen Belastungen ausgesetzt. Neue Untersuchungen zu Erweiterungsflächen und Zahl der neuen Kunden werden von der OB abgelehnt; kurioserweise mit Bezug auf das Einzelhandelskonzept von 2000, das sie andererseits für veraltet erklärt hat. Etwa 9000 neue Kunden werden den Stadtteil verkehrlich schon aufmischen. Und wir würden schon gern durch einen Vertreter von Schwarz-Grün im Beisein der Bürger hören. dass Ideen wie Großraumdisko u.ä. für dieses Areal dauerhaft vom Tisch sind."

Marian Heß:
„Der Ortsverein Hassee-Nord hat sich gegen die neue Erweiterung ausgesprochen und hält an der einst von Rot?Grün beschlossenen "kleinen Lösung" fest. Es ist schon ein starkes Stück, dass dieses Thema in der kommenden Woche nur unter „Information" im Ortsbeirat Hassee besprochen werden soll und nicht als eigener umfassender Tagesordnungspunkt. Das ist kein Verfahren angesichts der Wichtigkeit dieses Themas."

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 22.04.2004, 19:48 Uhr - 2478 Clicks - Nr. 242*

Hafenentwicklungskonzept

Kiel, d. 18.04.04
Fischer/Kietzer: **Kieler Hafenentwicklungskonzept und Sicherheitsanalyse vorlegen!**

Vor dem Hintergrund der aktuellen negativen Nachrichten am dem Kieler Hafen erinnern SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer und Cathy Kietzer, SPD-Ratsfraktionsvorsitzende, an die Notwendigkeit, endlich das Hafenentwicklungskonzept fertigzustellen:
"Nicht nur die SPD, sondern auch Maritime Akteure weisen auf die Notwendigkeit hin, das Kieler Hafenentwicklungskonzept endlich zu verabschieden. Angesichts der negativen Nachrichten aus dem Hafen wird es immer deutlicher, dass wir offensiv und rasch über neue Strategien und effektive Optionen für unseren Hafen sprechen müssen - und zwar mit allen maritimen Nutzern. Hier erwarten wir mehr Engagement der Stadt und der OB.
Dies ist schon deshalb notwendig, weil wir uns auf die EU-Erweiterung hafenpolitisch einstellen müssen.
In diesem Zusammenhang ist ein zweiter Punkt wichtig: Weder Kreuzfahrer noch Marineeinheiten dürfen Opfer möglicher terroristischer Aktivitäten sein. Auch der Kieler Hafen wird sich auf neue Sicherheitsstandards zum Schutz von Schiff und Mensch vor möglichen Terror?Anschlägen einstellen müssen. Deshalb müssen im Rahmen der Hafen-Debatte auch eine entsprechende Analyse und ein Sicherheitskonzept vorgelegt kann nicht erst geschehen, wenn es entsprechende Vorfälle gegeben hat, Wir erinnern daran, dass Kiel seinen Hafen zivil und militärisch nutzt.“

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 22.04.2004, 19:52 Uhr - 2384 Clicks - Nr. 243*

Tag des Buches

SPD Kiel:
„Kiel liest“ - Ungewöhnliche Aktion zum „Tag des Buches“!

Anlässlich des internationalen Tag des Buches am 23. April 04 wird die Kieler SPD eine ungewöhnliche Aktion durchzuführen. Unter dem Titel „Kiel liest“ werden wir am Freitag etwa 400 Bücher in der Stadt verteilen und den Kielern zum Geschenk machen. Um 13.00 Uhr wird die Aktion im SPD-Parteihaus, Kleiner Kuhberg, vorbereitet.
Dazu erklärte Kreisvorsitzender Rolf Fischer:
"Wir werden die etwa 400 Bücher auf Parkbänke legen, in Wartehäuschen, an der Förde-Promenade und in Einkaufspassagen etc. verteilen - überall dort, wo Menschen Platz nehmen und einen Moment der Ruhe finden. Die Kieler sollen das Buch lesen und wenn es ihnen gefällt, können sie es mitnehmen oder für den Nächsten auch liegen lassen. In allen Büchern liegt ein Zettel, der über die Aktion informiert und zum Lesen motivieren soll. Wir verteilen Romane, Krimis und politische und historische Sachbücher; alles Bücher, die hoffentlich neugierig aufs Lesen machen."

Die gut erhaltenen Bücher stammen aus dem Antiquariat der SPD, aus Spenden und aus einem Kauf aus dem „Sozialladen“ - im Knooper Weg; damit soll auch diese Einrichtung unterstützt werden.

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 23.04.2004, 12:18 Uhr - 2232 Clicks - Nr. 244*

Zum 1. Mai

Nach dem 3. April ist vor dem 1. Mai
Vom DGB-Vorsitzenden Michael Sommer
Nach dem 3. April ist vor dem 1. Mai

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
der 3. April 2004 war ein großer Erfolg für die Gewerkschaften im DGB und der sozialen Bewegungen. Für Euren Einsatz, ohne den diese großartigen Veranstaltungen nicht möglich gewesen wären, möchte ich mich ganz persönlich bei Euch bedanken. Mehr als eine halbe Million Menschen allein in Stuttgart, Köln und Berlin haben ein klares Zeichen gesetzt: Sie wollen eine andere Politik, damit es endlich besser wird. Ein Zeichen, das nicht allein den Parteien und Arbeitgeberverbänden in Deutschland galt: Europaweit beteiligten sich an dem Aktionstag der Gewerkschaften mehr als 1,6 Millionen Menschen.

Die Reaktionen auf den Protest aus der Mitte der Gesellschaft heraus waren vielfältig. SPD und Grüne warfen uns zunächst vor, dass wir keine Konzepte für eine politische Alternative hätten. Das ist falsch, ich möchte in diesem Zusammenhang an unsere „Reformanstöße für Wachstum, Beschäftigung, Bildung und Innovation“ erinnern. Die Unionsparteien, FDP und Arbeitgeberverbände reagierten zum Teil mit scharfer Kritik an den Gewerkschaften. Besonders befremdet hat mich der Vorstoß von Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt, der die Gewerkschaftsmitglieder am 4. April zum Aufstand gegen die Funktionäre aufgefordert hat. Am 2. April hatten die Arbeitgeber die Parole ausgegeben: Mehr als am 24. Mai 2003 müssten wir schon bringen, von einer Beteiligung von 300.000 Demonstranten an sei ihnen klar, dass sie im Zweifelsfall mit Konflikten auch in den Betrieben zu rechnen haben. Dieter Hundt sollten die Teilnehmerzahlen am 3. April dauerhaft beunruhigen.

Die Gewerkschaften werden nicht zulassen, dass Arbeitgeber und Parteien sich einer politischen Diskussion verweigern. Insbesondere die Arbeitgeberverbände tun sich aber nach wie vor mit Forderungen nach einem Diktat längerer Arbeitszeiten hervor. Sie wollen, dass die Beschäftigten mehrere Stunden pro Woche umsonst arbeiten, somit ihre Einkommen pro Stunde also senken. Damit, so das Kalkül der Arbeitgeberlobby, sollen die Beschäftigten nicht nur ihre eigenen Arbeitsplätze gefährden, sondern das internationale Steuer- und Abgabendumping noch durch Lohn- und Einkommensdumpingprozesse abrunden. Und damit ganz nebenbei der inländisch orientierten Wirtschaft den Garaus machen. Leute, die so etwas fordern, haben nach ihrer Logik Globalisierung und den Gedanken der europäischen Integration nicht begriffen.

Unsere bessere Alternative zur Individualisierung von Lebensrisiken, passiver Konjunkturpolitik und internationaler Abwärtswettläufe sind von uns beschrieben. Wir wollen einen gerechten Umbau der sozialen Sicherung in Deutschland. Und wir erwarten von allen Akteuren in unserer Volkswirtschaft – also EU, Regierungen der Mitgliedstaaten und der Europäischen Zentralbank – dass sie endlich zu einer aktiven Wirtschafts- und Innovationspolitik übergehen.

Ein solcher Kurswechsel wird das Ergebnis eines politischen Prozesses sein, für den wir einen langen Atem brauchen. Kurzfristig erwarten wir von der Politik, insbesondere von SPD und Grünen eine Reihe konkreter Schritte:

1. Das Zumutbarkeitsgesetz muss so geändert werden, dass Langzeitarbeitslose nur zu ortsüblichen oder tariflichen Entgelten in Arbeit vermittelt werden. Die Untergrenze sittenwidriger Löhne, die nach geltendem Recht von Januar 2005 an in Kraft treten soll, würde einen massiven Lohndumpingprozess auslösen.

2. Das Arbeitslosengeld II darf nicht so gestaltet werden, dass nach derzeitiger Rechnung in Zukunft 70 bis 80 Prozent der Langzeitarbeitslosen deutlich weniger als heute beziehungsweise gar kein Arbeitslosengeld mehr bekommen.

3. Die Erhebung voller Krankenkassenbeiträge auf Betriebsrenten muss korrigiert werden. Die Gewerkschaften haben dazu den Klageweg beschritten. Wir wollen aber eine politische Korrektur.

Politische Initiativen für eine Verbesserung der Ausbildungssituation junger Menschen einschließlich einer gesetzlichen Umlage sowie zur Insolvenzsicherung von Arbeitszeitkonten sind bereits auf Druck der Gewerkschaften auf den Weg gebracht worden.

Für unsere Politik heißt das konkret: Die Gewerkschaften werden natürlich weiter mit allen Parteien und Arbeitgeberverbänden das Gespräch suchen, um erfolgreich Politik zu gestalten.

Ich habe aber in der Neujahrspressekonferenz auch erklärt: Damit Gewerkschaften in Zeiten einer de-facto Großen Koalition sich für Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer, Arbeitslose und Familien erfolgreich einsetzen können, brauchen wir eine Politik der zwei Achsen. Neben den Gesprächen mit Parteien und Wirtschaft brauchen wir als zweite Achse die Gewerkschaften als Motor einer gesellschaftlichen Bewegung für Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Das ist uns im Vorlauf und am 3. April schon gut gelungen.

Die neuen Erfolge bei der Vernetzung mit anderen sozialen Bewegungen müssen wir fortsetzen. In den großen Veränderungen, in denen wir uns befinden – angefangen vom demografischen Wandel über die EU-Erweiterung bis hin zur Globalisierung – müssen die Gewerkschaften alle demokratischen Möglichkeiten, Chancen und legitimen Mittel nutzen, um unserer Gesellschaft ein menschliches

Antlitz zu geben.

Damit komme ich auf den 1. Mai. Das ist in diesem Jahr nicht nur der Tag der Arbeit. An diesem Tag treten auch neue Mitgliedstaaten der EU bei. Dieses Europa werden wir gestalten. Und zwar nach den Grundsätzen aller fortschrittlichen Bewegung: Wir stehen für die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger, die gleich an Würde und Rechten sind und wir stehen für eine Gesellschaft ein, in der der Wohlstand gerecht verteilt ist.
Deswegen steht der 1. Mai unter dem Motto: „Unser Europa – frei, gleich, gerecht“.

Den Schwung vom 3. April müssen wir für eine erfolgreiche Mobilisierung für den Tag der Arbeit nutzen. Und wieder mit unseren Kolleginnen und Kollegen in Europa zeigen, dass wir eine Europäische Union haben, in der nicht die Shareholder und Konzerne den Ton angeben, sondern die arbeitenden Menschen. Ein Europa, in dem die Rechte der Kinder auf Bildung und Chancengleichheit genauso gewahrt werden, wie das Recht der Rentner auf ein würdiges Leben im Alter.

Und nach dem 1. Mai geht es weiter. Dann folgt der Europawahlkampf. Wir werden den Kandidaten und Kandidatinnen aller Parteien nicht die Frage ersparen, wie sie Europa gestalten wollen. Als pure Freihandelszone – oder als ein fortschrittliches Europa, in dem die Menschen im Mittelpunkt stehen? Und wir werden die Politik auch nach den Wahlen nicht aus der Klammer lassen. Denn es geht in den nächsten Monaten und Jahren um eine Verfassung für Europa. Und diese Verfassung muss das europäische Sozialstaatsmodell abbilden.

Im Intranet findet Ihr eine Vorlage für eine Bürgerinformation, die unsere Politik noch einmal deutlich macht. Ich weiß, wie sehr uns der 3. April alle strapaziert hat. Aber wir müssen weiter ran. Nutzt die Tage bis zum 1. Mai, um unsere Botschaften weiter zu verbreiten und für Eure Kundgebungen am 1. Mai aufzurufen.

Vielen Dank
Euer

Michael Sommer

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 23.04.2004, 14:31 Uhr - 634 Clicks - Nr. 245*

Bericht des Landesrechnungshofes: Einbeziehen, aber richtig gewichten!



Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Alexander Möller zu dem heute vorgestellten Bericht des Landesrechnungshofes und dessen Aussagen zu dem möglichen Ausbau des Flughafens Kiel:
"Der Landesrechnungshof hat seine bisherige Position wiederholt. Er gibt einen betriebwirtschaftlichen Hinweis. Dieser ist vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Passagierzahlen nachvollziehbar und wichtig. Eine Infrastrukturmaßnahme wie einen Flughafenausbau oder eine Ortsumgehung kann jedoch nur begrenzt rein betriebswirtschaftlich betrachtet werden. Arbeits- und Wirtschaftsminister Bernd Rohwer hat in der Vergangenheit verdeutlicht, dass man die Bedenken des Landesrechnungshofes im Verfahren gewichten wird. Deshalb ist die laute Aussage des Grünen -

Fraktionsvorsitzenden Oschmann von heute koalitionsintern für die Landespolitik interessant, aber überflüssig."

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 24.04.2004, 17:54 Uhr - 1570 Clicks - Nr. 246*

SPD-Engelsby Kauslunder Kreisel kurz vor der Fertigstellung

Jetzt hat auch Engelsby bald seinen ersten Kreisverkehr im Stadtteil.
Er befindet sich direkt vor dem Neubaugebiet Kauslund-Osterfeld.
Die Pflasterarbeiten gehen zügig voran, so dass in Kürze mit der Freigabe für den Verkehr gerechnet werden kann.



Keine Kommentare

SPD-Mildstedt - *veröffentlicht am 25.04.2004, 18:26 Uhr - 1746 Clicks - Nr. 247*

Der erste Mai 2004 - Ein historischer Tag für Europa

Wenn am 1. Mai zehn neue Staaten der EU beitreten, wird die fast 50jährige Teilung Europas überwunden sein. Die künstliche Trennung in "Ost" und "West" wird nach dem Beitritt von zehn mittel- und osteuropäischen Staaten endgültig der Vergangenheit angehören. Diese Teilung Europas, letztlich eine Folge des Hitler-Faschismus, ist vorbei. Nach Jahrzehnten, die von Stacheldraht und Mauer geprägt waren, wächst Europa friedlich zusammen. Das ist ein historisches Ereignis. Beitreten werden Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn sowie Malta und Zypern. Aus der Aufnahme dieser Staaten in die EU erwächst die Chance, einen geeinten Kontinent zu gestalten, der eine wichtige Rolle auf der Weltbühne spielt. Werte wie politische Stabilität, Frieden und Menschenrechte werden auch im östlichen Europa zum Maßstab des Zusammenlebens.

Mit der Erweiterung bekommt die EU den größten Binnenmarkt der Welt, in dem rund 450 Millionen Menschen leben. Damit bildet Europa ein starkes Gegengewicht zu den großen Wirtschaftsräumen in Nordamerika und Asien. Das erweiterte Europa kann seine Interessen in der globalisierten Wirtschaft noch wirkungsvoller wahrnehmen.

Mit der Erweiterung beginnt also auch eine neue Dimension der Ostseekooperation.
Schon seit vielen Jahren steigt das Handelsvolumen Schleswig-Holsteins mit den Beitrittskandidaten stetig an. Das Land hat hier über Jahre ein Netz geflochten, von dem es nach der Erweiterung profitieren wird. Denn die Märkte rund um die Ostsee sind die Märkte der Zukunft für die schleswig-holsteinische Wirtschaft. Die schleswig-holsteinische Präsenz in den EU-Beitrittsländern wird daher weiter verstärkt.

Arbeitsmarkt. Im vereinten Europa entsteht der größte Arbeitsmarkt der Welt. In naher Zukunft werden Deutsche in Polen, Ungarn in Österreich oder Tschechen in Schweden ohne Beschränkungen ihren Beruf ausüben können. Doch ehe diese vollständige Freizügigkeit eingeführt wird, haben sich die EU-Mitgliedsländer auf eine Übergangsfrist von bis zu sieben Jahren geeinigt, um ihren Arbeitsmarkt zu schützen.

Wird die Öffnung der Arbeitskräftemärkte nicht zu einer Verschärfung der Beschäftigungskrise in den jetzigen Mitgliedsländern führen? Erfahrungen aus früheren EU-Beitrittsrunden, zum Beispiel bei der Einbindung Griechenlands, Spaniens und Portugals zeigen allerdings, dass die Furcht vor einer Zuzugswelle aus den Beitrittsländern unbegründet ist. Im Gegenteil: Damals kehrten viele Griechen, Spanier und Portugiesen, die sich ihren Lebensunterhalt als Fremdarbeiter verdient hatten, in ihre Heimatländer zurück, sobald diese in der EU waren und mit einem wirtschaftlichen Aufschwung rechnen konnten.

EU-Beitritte haben bisher immer für Wirtschaftswachstum gesorgt und neue Arbeitsplätze geschaffen, und zwar sowohl in den alten Mitgliedsländern als auch bei den Beitrittskandidaten.

Innere Sicherheit. Die Europäische Union ist nicht nur ein Wirtschafts-, sondern auch ein Sicherheitsraum. Innerhalb der EU, außer in Großbritannien und Irland, gibt es keine Grenzkontrollen mehr. Der Waren- und Personenverkehr zwischen den 15 Mitgliedsstaaten ist keinerlei Beschränkungen ausgesetzt.

Diese Freizügigkeit wird in Zukunft auch für die neuen EU-Mitglieder in Mittel- und Osteuropa gelten. Allerdings erst, wenn sie gewährleisten können, dass sie den Anforderungen des 1995 in Kraft getretenen Schengener Abkommens genügen. Dieses verlangt von den Beitrittsländern eine lückenlose Kontrolle der Außengrenzen der EU, eine enge polizeiliche Zusammenarbeit sowie die Beteiligung am Schengen-Informations-System (SIS), mit dem gesuchte Personen und Sachen zur Fahndung ausgeschrieben werden.

Mit einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Polizei und einer europaweit auf gleiche Grundsätze verpflichteten Justiz wird der Kampf gegen die (organisierte) Kriminalität effektiver.

Kosten. Die Nettozahler-Diskussion taucht immer wieder auf und auch im Vorfeld der Erweiterung ist dies der Fall. Zum Vergleich der Dimensionen kann herangezogen werden, dass im Jahr 1999, aus dem die letzten offiziellen Angaben zu Nettotransferzahlungen stammen, rund 70 Mrd. Euro von West- nach Ostdeutschland geflossen sind. Schätzungen für das Hauhaltsjahr 2003 liegen sogar über diesem Wert. Demgegenüber beträgt der Beitrag Deutschlands zur Osterweiterung von 2004 – 2006 jährlich gerade einmal 1,84 Mrd. Euro, dabei ist aber der EU-Haushalt gedeckelt und es werden durch die Union keine Sozialsysteme finanziert.

Zur Zeit wird in Brüssel über den nächsten Finanzierungszeitraum und die Reform der Regionalpolitik und EU-Förderung diskutiert. Die Vorschläge der Kommission sehen vor, dass Schleswig-Holstein auch nach der Erweiterung mit substanzieller EU-Förderung rechnen kann.

Umwelt. In Sachen Umweltschutz bietet die Erweiterung eine einmalige Chance, denn noch hinken die Standards der Beitrittsländer denen der Europäischen Union weit hinterher. Umweltverschmutzung macht aber vor nationalen Grenzen nicht halt. Deshalb nützen Umweltinvestitionen in den Beitrittsländern allen Europäern. Die hierfür erforderlichen Technologien können vor allem deutsche Unternehmen liefern. Die Beitrittsländer müssen alle Umweltstandards der EU übernehmen. Für den Erhalt und Schutz der Ostsee ist die Erweiterung daher ein Segen.

Bei der Erweiterung überwiegen die Chancen:
 Als Exportland mit neuen Märkten für unsere Produkten – damit sichern wir Arbeitsplätze.
 Durch europäische Umweltstandards, die uns allen zugute kommen.
 Durch ein friedliches Miteinander, das in der Welt seinesgleichen sucht.

Wir Sozialdemokraten gestalten das europäische Zusammenwachsen aktiv mit und sorgen bei der

tägliche Gesetzgebungsarbeit dafür, dass das soziale Europa nicht unter die Räder kommt.

Keine Kommentare

SPD-Mildstedt - *veröffentlicht am 26.04.2004, 09:51 Uhr - 1890 Clicks - Nr. 248*

Willi Piecyk informiert über EU-Fördermittel für den Kreis Nordfriesland

Förderperiode 2000-2006
Aus den Strukturfonds erhält Schleswig-Holstein ca. 650 Mio €, die im Rahmen der Landesinitiative ziel: Zukunft im eigenen Land eingesetzt werden:

Arbeitsmarktprogramm ASH 2000: 170 Mio €
Regionalprogramm 2000 (EFRE): 222 Mio €
Zukunft auf dem Lande (ZAL): 239 Mio €
Finanzinstrument zur Ausrichtung der Fischerei (FIAF): 25, 7 Mio €

Zusätzlich erhält das Land im Rahmen der Gemeinschaftsinitiativen weitere Strukturfondsmittel:

Leader+: 12, 4 Mio €
Urban II: 9, 9 Mio €
Equal+: 15,8 Mio €
Interreg III A, B, C: rund 31,0 Mio €

Im Kreis Nordfriesland werden aus EU-Mitteln folgende Projekte gefördert (Auswahl):

INTERREG:
Ein deutsch-dänisches Projekt erhält Mittel für das Fröslev-Jardelunder Moor.

INTERREG III A
Mittel erhalten die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Nordfrieland und Sonderjyllands TIC & ErhvervsCenter in Aabenraa für
 RegNet D/DK, ein Netzwerk der regionalen Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsorganisationen und
 das Projekt DGBE - Danish German Business Events.

Weitere Interreg-III-A-Mittel gehen an die Europaklasse Tonder - Niebüll (Gymnasium Niebüll und Tonder Gymnasium, an Lover 2002 - Grenzüberschreitende Maßnahme für zukünftige Führungskräfte (Kreise Nordfriesland und Amtscentret for Undervisning, Aabenraa) sowie an „Dänisch u. Deutsch als Fremdsprache: Internet-gestützter Sprachunterricht für die regionale Weiterbildung“ (Volkshochschule Husum / VUC Sonderjylland, Aabenraa)

INTERREG III B
Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft in Husum erhält Fördermittel für das Projekt „Wind Energy in the BSR“
Strukturförderung Zukunft auf dem Lande (ZAL):
Zwei MarktTreffs werden gefördert, einer in Ladelund und einer in Stadum. In der Entwicklung sind

die Markttreffs in Rantrum, Schwabstedt, Witzwort und Haselund.

Weitere Mittel fließen unter anderem in

 die Erneuerung der Südkaje der Anlegestelle Schlüttsiel
 das Dienstleistungs- und Kommunikationszentrum in Ladelund
 das Wattenmeerhaus Hooge
 die Biogasanlagen Bordelum, Langenhorn, Viöl und Haselund
 die Sicherstellung der Wasserversorgung Pellworm und Hooge
 das „Leck-Huus", einem Bürger- und Kulturhof für Leck und Umgebung
 die Gaststätte „Paulsen“ in der Gemeinde Sprakebüll
 das Zentrum für Jugend und Sport Enge-Sande
 das Informations- und Servicegebäude am Übergang zur Hamburger Hallig
 das regionales Veranstaltungszentrum „Koogshalle / Alte Schule“ im Sophien-Magdalenen-Koog
 die Weiterentwicklung der BGS-Halle in Bredstedt zu einer regionalen Multifunktionshalle
 das „Christian-Jensen-Kolleg“ in Breklum
 das „Haus der Begegnung“ in Olderup
 das Eiderstedter Zentrum für regionale Produkte und Landschaftskultur
 den multifunktionalen Veranstaltungsraum im Eiderstedter Heimatmuseum
 und
 das Jugend- und Kulturhaus Alte Schule in Hattstedt

Leader+:
Gefördert wird
 die gesamte Flusslandschaft Eider-Treene-Sorge (Kreise Ditschmarschen, Nordfriesland, Rendsburg-Eckernförde und Schleswig-Flensburg)
und
 die LAG Westküste (Nordfriesland und Dithmarschen):
- Entwicklung und Etablierung nationalparkbezogener Freizeit- und Tourismusangebote im Raum Meldorf/Dithmarschen sowie Eiderstedt
- das Projekt „Naturerlebnis Wattenmeer im touristischen Angebot“
- die Neugestaltung der Tourismuszentrale in Eiderstedt"
- in St. Peter Ording der Bau einer Pfahlbausauna sowie die ÖPNV-Initiative

Regionalprogramm:
Hieraus gibt es Mittel für

 die Erschließung eines B-Plan-Gewerbegebietes in Friedrichstadt
 ein Nordfriesisches Innovationszentrum in Niebüll
 den Bau eines Auffangparkplatzes am „Alten Hafen“ in Friedrichstadt
 den Bau eines Walhauses
 die Einrichtung einer Walausstellung durch die NationalparkService gGmbH
 ein Interaktionsnetzwerk Nord in Niebüll
 die Einführung einer Nordsee-Card in den Kreisen Nordfriesland und Dithmarschen
 die Koordinierungs- und Informationsstelle für den Fahrradtourismus in den Kreisen Nordfriesland und Dithmarschen

 Husum erhält Mittel für den Umbau, die Erweiterung und die Ergänzung der Berufsbildungsstätte,
 List auf Sylt verbessert den Oberflächenschutz für die Nordmole des Hafens List
 in Wyk auf Föhr wird die Ostkaje im Innenhafen von Wyk neu gebaut und instandgesetzt

 In Risum-Lindholm, Langenhorn und in Leck werden Gewerbegebiete erschlossen bzw. erweitert.

Zwei Machbarkeitsstudien wurden finanziert: eine zur Neugestaltung des Schwimmbades Pellworm und eine zu einem Familien- und Erlebniszentrum in Hörnum auf Sylt. In Pellworm wird die Erweiterung einer Kläranlage gefördert. Westerland auf Sylt erhält Mittel für die für die Neuerstellung eines Rollweges im Flughafen, für die Gewährleistung der Sicherheit des Flughafens und für den Neubau einer Jugendherberge mit Zeltplätzen.

Jugendprogramme:
Aus dem Programm JUGEND werden Jugendbegegnungen in Niebüll gefördert und das Projekt „Future Capital“ in Husum. Das Programm COMENIUS fördert das Projekt „Eltern als Partner in der Erziehung“ in der Maria-Jessen-Schule in Nordhastedt.

Keine Kommentare

Afa-Stormarn - *veröffentlicht am 27.04.2004, 13:22 Uhr - 654 Clicks - Nr. 249*

AfA-Stormarn ist im AfA-Landesvorstand Schleswig-Holstein vertreten

Nils Bolwig in den AfA-Landesvorstand gewählt, er wirbt für deutliche sozialpolitische Schwerpunkte in der Politik der Landesregierung
Der Stormarner AfA Kreisvorsitzende Nils Bolwig, ist am letzten Wochenende auf der AfA Landeskonferenz in Kiel, erstmals in den Landesvorstand der AfA gewählt worden - Nils Bolwig forderte den SPD-Landesvorsitzenden Claus Möller auf, das Vertrauen der BürgerInnen durch eine Politik zurück zu gewinnen, die deutliche sozialpolitische Schwerpunkte setzt. Wir als SPD haben die besseren Antworten, diese müssen offensiv in die Öffentlichkeit getragen werden. Die Ausbildungsplatzumlage darf nicht an der Landesregierung scheitern und es muss ein deutliches Signal in den Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst gesetzt werden, das es Alternativen gegenüber einer Arbeitszeitverlängerung gibt. Eine Arbeitszeitverlängerung auf 40 Std./W. würde nur Arbeitsplätze vernichten und ein falsches Signal an die Beschäftigten geben.

Als wichtige Themen beschloss die Landeskonferenz die Senkung des Spitzensteuersatzes zurück zu nehmen und schon aus Gerechtigkeitsgründen erneut auf 47% wieder anzuheben. Die AfA spricht sich für die Einführung einer Bürgerversicherung aus und fordert in einer Resolution die Landesregierung auf, im Bundesrat nicht gegen die geplante Ausbildungsumlage zu stimmen, sondern vielmehr sich konstruktiv in das laufende Gesetzgebungsverfahren einzubringen. "Die Jugend braucht jetzt eine Chance und die SPD eine gemeinsame Stimme im Land und im Bund", so die AfA.

In seiner Rede ging der SPD-Landesvorsitzende Claus Möller auf alle sensiblen Themen ein und forderte die AfA auf mitzuhelfen, den wichtigen Draht zu den Gewerkschaften nicht abreißen zu lassen. Gleichzeitig kündigte er an mit der Konstituierung des Gewerkschaftsrates am 27.5.2004 eigene Akzente für neue Gemeinsamkeiten setzen zu wollen. Claus Möller: "Im Hinblick auf unsere gemeinsamen Wurzeln und Traditionen in der Arbeiterbewegung und mit Blick auf die Zukunft brauchen wir den Schulterschluss mit den Gewerkschaften."

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 27.04.2004, 20:11 Uhr - 2096 Clicks - Nr. 250*

SPD-AfA-Landeskonferenz 2004



Auf der AfA-Landeskonferenz in Kiel wurde ein neuer AfA-Landesvorstand gewählt.
Landesvorstand der AfA in der SPD neu gewählt - Landesvorsitzender W. Mädel fordert die SPD und die Gewerkschaften auf, für einen Neuanfang der sozialen
Gerechtigkeit aufeinander zuzugehen.

Mit 97 % der Stimmen wurde der Kieler IG Metall Chef Wolfgang Mädel erneut für zwei Jahre zum Landesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft für
Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD Schleswig-Holsteins gewählt.
Neu wurden als Stellvertreter die Geschäftsführerin von ver.di aus Neumünster Almut Auerbach und der stellv. Bezirkspersonalratsvorsitzende des Landesamtes für Straßenbau Ralf Wrobel gewählt.
Des weiteren gehören dem Landesvorstand an:
als Beauftragter der Gewerkschaften der DGB-Kreisvorsitzende Karsten Wessels
aus Dithmarschen, und als neugewählte Landesvorstandsmitglieder:
Birte Pauls aus dem Kreis Schleswig-Flensburg
Dagmar Wilhelmy-Helmut
und Helmut Ulbrand aus dem Kreis Kiel
Bernd Losch und Daniel Friedrich aus dem Kreis Lübeck
Nils Bolwig aus dem Kreis Stormarn
Friedrich Stamp aus dem Kreis Steinburg
Gunnar Reichwaldt aus dem Kreis Dithmarschen

Als wichtige Themen beschloss die Landeskonferenz die Senkung des Spitzensteuersatzes zurück zu nehmen und schon aus Gerechtigkeitsgründen erneut auf 47% wieder anzuheben. Die AfA spricht sich für die Einführung
einer Bürgerversicherung aus und fordert in einer Resolution die Landesregierung auf, im Bundesrat nicht gegen die geplante Ausbildungsumlage zu stimmen, sondern vielmehr sich konstruktiv in das laufende Gesetzgebungsverfahren einzubringen. "Die Jugend braucht jetzt eine Chance
und die SPD mit einer gemeinsamen Stimme im Land und im Bund", so die AfA.

Wolfgang Mädel: "Wer, wenn nicht wir in der AfA können die SPD auf Arbeitnehmerspur halten und wieder bringen. Wer, wenn nicht wir kennen die Sorgen, Wünsche aber auch berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer. Dabei
sind wir als Betriebsräte, Personalräte keine Fantasten. Wir
GewerkschafterInnen haben tagtägliche Praxiserfahrung was machbar ist, aber auch das Gefühl für Fairness, Gerechtigkeit und Einseitigkeit bei der derzeitigen Steuer- und Sozialpolitik der Bundesregierung."

In seiner Rede ging der SPD-Landesvorsitzende Claus Möller auf alle sensiblen Themen ein und forderte die AfA auf mitzuhelfen, den wichtigen Draht zu den Gewerkschaften nicht abreißen zu lassen. Gleichzeitig kündigte er an mit der Konstituierung des Gewerkschaftsrates am 27.5.2004 eigene
Akzente für neue Gemeinsamkeiten setzen zu wollen. Claus Möller: "Im Hinblick auf unsere gemeinsamen Wurzeln und Traditionen in der Arbeiterbewegung und mit Blick auf die Zukunft brauchen wir den Schulterschluss mit den Gewerkschaften."

Kommentar von Martin Preuschhof vom 28.04.2004, 09:56 Uhr:
RE:SPD-AfA-Landeskonferenz 2004
Hallo AFA Kollegen,

ich finde es toll, das Wolfgang Mädel sich für einen Neuanfang zwischen Gewerkschaft und SPD einsetzt. Vielleicht gelingt es ja auch. Wir in Schleswig - Holstein haben dafür ja bereits programmatische Weichen gestellt - mein eigener OV (Norderstedt) hat ja eine Verschiebung von Hartz 4 auf den Weg gebracht, den unser Kreisvorstand gefolgt ist.

Aber das die Gewerkschaft nun unseren (SPD) Kanzler nicht zum 1. Mai einlädt, nun das kann ja eigenlich nur als offene Feindschaft aufgefasst werden. Wenn ich bedenke das selbst Helmut Kohl auf dem 1. Mai sprechen durfte, sind die Gräben zwischen SPD (Führung) und Gewerkschaft (Führung) wohl zu tief.

Schade eigentlich das die Gewerkschaftsführung sich wohl erst an die SPD Führung positiv erinnern wird, wenn wir wieder in der Opposition sitzen. Und daran scheint die Gewerkschaftsführung ja ein großes Interesse zu haben, sonst würde sie im zwischenmenschlichen Bereich nicht soviel Porzelan zerschlagen.

Dabei bin ich inhaltlich auch der Meinung, das in Berlin vieles besser vermittelt und einiges auch arbeitnehmerfreundlicher lauften müsste. Aber der Ton macht die Musik.

Rote Grüsse aus Norderstedt und viel Spaß bei der Arbeit im neuen Vorstand von Martin

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 28.04.2004, 11:59 Uhr - 2196 Clicks - Nr. 251*

Resolution der AfA-Landeskonferenz

Auf der AfA-Landeskonferenz am 24. April 2004 in Kiel wurde die Resolution zur Ausbildungsabgabe mit großer Mehrheit verabschiedet
Resolution für eine Ausbildungsplatzumlage

Die Delegierten der SPD AfA - Landeskonferenz Schleswig Holstein fordern die Landesregierung auf, sich Konstruktiv in das Gesetzgebungsverfahren zur Ausbildungsplatzumlage einzubringen und im Bundesrat nicht gegen das geplante Bundesgesetz zu stimmen.

Die Jugend braucht jetzt eine Chance!

Ausbildung ist die Voraussetzung, um den Einstieg ins Berufsleben zu schaffen. Junge Menschen ohne Ausbildung laufen Gefahr, beruflich und persönlich ins Abseits zu geraten. Dies zu verhindern ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe ersten Ranges.

Die Wirtschaft hat es über viele Jahre nicht geschafft, ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen bereit zu stellen und ist damit der ihr übertragenen Verantwortung nicht gerecht geworden. Die Zahl des Ausbildungsstellenangebotes ist seit Beginn des Vermittlungsjahres 2003/2004 weiter gesunken. Das lässt auch für dieses Jahr ein erhebliches Defizit an Ausbildungsplätzen befürchten. Das Ausbildungsjahr 2002/2003 ist bereits mit einem fatalen Ergebnis zu Ende gegangen: Rund 200.000 betriebliche Lehrstellen fehlten deutschlandweit, hiervon allein über 700 in Schleswig-Holstein. Trotz aller Versprechungen der Wirtschaft gab es sogar weniger Ausbildungsplätze als in den letzten vier Jahren.

Nur noch etwa 23 Prozent der Betriebe bilden aus. 77 Prozent profitieren davon, dass andere ihre künftigen Mitarbeiter qualifizieren, ohne sich selbst an den Kosten zu beteiligen. Etwa 700.000 Betriebe könnten zusätzlich ausbilden. Tatsache ist, dass Ausbildungskapazitäten zurückgefahren wurden. Das System der dualen Ausbildung ist dadurch massiv bedroht. Das bedeutet, Bund, Länder, Kommunen und die Bundesagentur für Arbeit müssen mit öffentlichen Mitteln Ausbildungsplätze finanzieren und schulische Angebote oder Ersatzmaßnahmen bereitstellen. Im vergangenen Jahr wurden über 60.000 der 560.000 von den Unternehmen neu abgeschlossenen Lehrverträgen voll aus öffentlichen Mitteln finanziert. Weil nur noch 47 % eines Bewerberjahrganges einen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten, springt der Staat mit Milliarden ein.

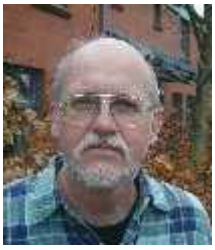
Ausbildungsplatzinitiativen aller Bundesregierungen gemeinsam mit Gewerkschaften und Arbeitgebern haben zwar kurzfristig zur Mobilisierung weiterer Ausbildungsplätze beigetragen, das strukturelle Problem des Mangels aber nicht behoben.

Um das weltweit geschätzte deutsche Modell der dualen Berufsausbildung zu sichern und damit hunderttausenden junger Menschen bessere Zukunftschancen zu bieten muss die Ausbildungsplatzabgabe jetzt kommen. Sie soll die Zahl der Ausbildungsplätze erhöhen und die Kosten für die Ausbildung gerechter als bisher auf mehr Schultern verteilen.

Keine Kommentare

SPD-Suchsdorf - *veröffentlicht am 28.04.2004, 21:15 Uhr - 1310 Clicks - Nr. 252*

Vorstandswahlen in Suchsdorf



Hans-Ulrich Wottge wieder zum Vorsitzenden gewählt.

auf der Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins wählten die Mitglieder einen neuen Vorstand: eine Mischung aus bekannten und neuen Gesichtern. Einstimmig wieder gewählt wurden als Vorsitzender Hans-Ulrich Wottge und als Stellvertreter Thomas Wehner.
Neu in das Amt der stellvertretenden Vorsitzenden wählten die Mitglieder Kerstin Schaefer. Das Amt des Kassierers übernimmt Detlef Morawski, das des Schriftführers bleibt in den Händen von Helge Riis. Zu neuen Beisitzern wählte der Ortsverein Markus Friedrich und Christopher Sauer. Reinhard Warnecke wurde bestätigt.

Hans-Ulrich Wottge dankte den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern Franz Lagotzki und Friedrich Erdloff für ihre langjährige Mitarbeit im Ortsverein. Der Dank gilt auch dem nicht wieder kandidierenden Hans-Michael Biallowons für 21 Jahre Vorstandsarbeit.
Hans-Ulrich Wottge kündigte an, der Vorstand werde sich weiterhin für die Interes-sen der Suchsdorfer auf allen Ebenen einsetzen, insbesondere für die Verbesserung der Infrastruktur im neuen Wohngebiet.
Kommentar von Jürgen Weber vom 30.04.2004, 09:28 Uhr:
RE:Vorstandswahlen in Suchsdorf
Eine gute Wahl. Glückwunsch.

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 30.04.2004, 20:08 Uhr - 883 Clicks - Nr. 253*

Knut Krienitz Hadinek in der Sprechstunde der SPD am 06.05.2004

Knut Krienitz-Hadinek, Stadtvertreter der SPD und Vorsitzender des Werk-Ausschusses der Stadtvertretung, steht am 06.05.2004 in der Sprechstunde der SPD-Fraktion allen Bürgerinnen und Bürgern von 16.00 - 17.30 Uhr zur Verfügung. Er ist in dieser Zeit im Fraktionszimmer der SPD im Historischen Rathaus zu finden, aber er ist auch während dieser Zeit unter der Telefonnummer 04551-964-348 telefonisch zu erreichen.
Knut Krienitz-Hadinek wird in dieser Sprechstunde speziell Fragen aller Bürgerinnen und Bürger, aber insbesondere vielleicht auch der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger zum geplanten Umbau und Neubau des Altenheimes Christiansfelde beantworten, sofern hier Informationen schon öffentlich verfügbar sind.

Er wird auch Fragen beantworten können, die auf der Grundlage der Presseveröffentlichungen über die Sitzung des Werk-Ausschusses möglicherweise aufgekommen sind.

Keine Kommentare

SPD-Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 02.05.2004, 16:45 Uhr - 4433 Clicks - Nr. 254*

Psychosoziale Beratung von HIV-Positiven und Gefährdeten in Flensburg sicherstellen

Anna Schlosser-Keichel, Landtagsrede am 30.4.2004:

Wenn Sie heute Morgen durch den Haupteingang ins Landeshaus gekommen sind, müssten Sie eigentlich auf diese Broschüre gestoßen sein. „WEITER LEBEN. Mit dem Virus."
Sie enthält nicht nur das Porträt eines HIV-positiven Mannes, sondern auch eine kurze und eingängige Beschreibung der aktuellen Problematik HIV.

Der Umgang mit der Krankheit hat sich im Lauf der vergangenen 16 Jahre stark verändert. In den ersten Jahren der Aids-Epidemie nahm Sterbebegleitung und Schmerzlinderung einen großen Raum in der ärztlichen Betreuung und auch in der Arbeit der Selbsthilfegruppen und Beratungsstellen ein.

Seit 1996 sind neue Medikamente auf dem Markt und durch die damit verbundenen scheinbaren Heilungserfolge sind die Probleme der HIV-positiven und Aids-kranken Menschen und leider auch die Notwendigkeit von Prävention stark aus dem öffentlichen Bewusstsein geschwunden. Zu Unrecht!

Denn Aids ist heute zwar eine behandelbare, aber immer noch unheilbare Krankheit. Die Probleme sind nicht gelöst, sie haben sich lediglich verändert.
Dies zeigt sich auch im Bereich der Prävention. Die Infiziertenzahlen steigen insbesondere bei homosexuellen Kontakten wieder an, dies hat das Robert-Koch-Institut ermittelt. Möglicherweise gaukeln die verbesserten Behandlungsmöglichkeiten eine trügerische Sicherheit vor. Hier müsste eine zielgruppenspezifische Prävention Schwerpunkte setzen.
Die Zahl der Betroffenen steigt immer weiter und durch die lebenslange, regelmäßige und hochdosierte Medikamenteneinnahme kommt es zu schweren körperlichen und auch seelischen Nebenwirkungen. Die notwendige strikte Einnahmetreue ist belastend – denn vergessene Tabletten können zur Zeitbombe werden.

Das bedeutet, dass sich auch die Arbeit der Beratungsstellen verändert hat, aber eines ist klar: überflüssig ist sie keineswegs geworden.
Wir haben deshalb in den letzten Jahren intensiv beraten - auch zusammen mit den Betroffenen – welche Hilfen unter den geänderten Bedingungen nötig sind. Wir haben insbesondere auch die regionalen Gegebenheiten und Besonderheiten gewertet und gewichtet. Ich habe festgestellt, dass das Thema Aids in den letzten 4 Jahren 25 mal in den Protokollen des zuständigen Fraktionsarbeitskreises auftaucht. Ich denke, schon dadurch wird deutlich, dass uns die gute – und das heißt auch flächendeckende - Versorgung von HIV-Infizierten und Aids-Kranken ein Anliegen ist.

Und deutlich wird dies auch durch unsere Entscheidung bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2004/2005, in dem wir die Ansätze des Vorjahres überrollt und damit dokumentiert haben, dass wir von einer Kontinuität bei der Förderung dieses Beratungsangebots ausgehen.

Nun ist bedauerlicherweise der Träger, der bisher das Beratungsangebot im nördlichen Landesteil sichergestellt hat, ausgefallen. Die Notwendigkeit einer psychosozialen Beratung für HIV-positive Menschen und an Aids Erkrankte und an Prävention besteht aber nach wie vor. Auch an unserem Anspruch an die Beratungsstellen, nämlich dass sie unabhängig und niedrigschwellig und möglichst in freier Trägerschaft arbeiten sollten (das sehen ja auch die entsprechenden Förderrichtlinien vor), hat sich nichts geändert.

Wir gehen deshalb davon aus, dass die notwendig gewordene Neuregelung dieses Hilfsangebots

keinesfalls zum Anlass genommen wird, die Mittel zu kürzen. Und wir gehen weiter davon aus, dass die dezentrale Arbeit auch für den nördlichen Landesteil weiter sichergestellt wird. Dies wollen wir auch gegenüber unserer Landesregierung deutliche machen, deshalb dieser Antrag.

Grundsätzlich hat es sich bewährt, diese Beratung in die Hände eines freien Trägers zu geben. Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, auch für die Zukunft zusammen mit der Stadt Flensburg eine Lösung in diesem Sinne zu suchen.

Wir bitten Sie, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen und dazu beizutragen, dass die Hilfestellung für HIV-Positive und Aids-Kranke so schnell wie möglich wieder angeboten werden kann.

Keine Kommentare

SPD-Lübeck - *veröffentlicht am 04.05.2004, 13:23 Uhr - 1864 Clicks - Nr. 255*

Mit dem Europa-Abgeordneten Willy Piecyk auf der Trave



Die SPD-Schleswig-Holstein und ihr Europaabgeordneter Willi Piecyk laden für den 15. Mai 2004 zu einer Schiffsfahrt von Lübeck nach Travemünde und zurück ein. Bei frischer Luft und einer Fahrt durch eine schöne Landschaft informieren Willy Piecyk als verkehrspolitischer Sprecher der Sozialistischen Fraktion im Europa-Parlament und Bernd Saxe über den Lübecker Hafen und dessen von Europa geförderten Investitionen.

Die Fahrt beginnt um 14.30 beim KuFra-Anleger an der Lübecker Drehbrücke und endet dort wieder gegen 17.30.
Die Fahrt kostet 5,--EUR, Karten sind erhältlich in der SPD-Geschäftsstelle, Gr. Burgstraße 51, Telefon: 7027220.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 04.05.2004, 16:58 Uhr - 2392 Clicks - Nr. 256*

Europa in Kiel - Kiel in Europa!



SPD-Kreisverband stellt erstmals Europawahlprogramm für Kiel vor!

Auf der vergangenen Sitzung des SPD-Kreisvorstandandes wurde einstimmig das Programm „Europa in Kiel - Kiel in Europa“ verabschiedet. Die Kieler SPD legt damit erstmals ein umfassendes kommunalpolitisches Programm vor, in dem klare europapolitische Perspektiven aufgestellt werden.
Dazu erklärte der SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer:

"Europapolitik ist längst eine kommunale Politik: Hörn-Bebauung, URBAN II, ERASMUS oder SOKRATES... Kiel nutzt europäisches Fördergeld und know how. In Zukunft wird Kiel noch enger mit der europäischen Ebene kooperieren müssen, um nicht im Konkurrenzkampf der Städte abgehängt zu

werden. Deshalb ist eine offensive kommunale Europapolitik von größter Bedeutung.

Ein schlechtes Beispiel: Gebe ein: "www.kiel.de“; gehe auf „Suchen“ und gebe "Europa“ ein. Ergebnis: 5 magere Hinweise, einer als Verweis auf die Adresse des Amtes für Wirtschaft und vier zur Organisation der Europawahl. Derjenige, der sich in Kiel engagieren will und dem die europäische Dimension der Landeshauptstadt wichtig ist, findet auf diesem kürzesten aller Recherche-Wege zu wenig. Unsere Internet-Recherche auf der Home-Page anderer, vergleichbarer Landeshauptstädte zeigt ganz andere Zahlen unter "Europa": Hannover 196, Potsdam 50, Schwerin 21, Wiesbaden 25, Saarbrücken noch 20 Verweise auf europäische Zielsetzungen, Förderprogramme, Beratungsangebote, Kultur, Selbstverständnis etc.

Kiel bietet viel mehr und könnte noch mehr anbieten! Wir schlagen deshalb 14 konkrete Punkte vor. Einige Beispiele aus dem Programm:

- Viele Städte erkennen ihm Europakompetenz längst als Standortvorteil, mit dem sie aktiv werben; Kiel: siehe schlechtes Beispiel.
- Viele Städte am Nord-Ostseekanal, der europäischen "Autobahn", bemühen sich um touristische High-lights: Kiel???
- Die Städtepartnerschaften müssen intensiviert werden und dürfen sich nicht nur auf folkloristische Aktionen zur Kieler Woche beschränken.
- Wo sind die kontinuierlichen Debatten in der Ratsversammlung zu Kiel in Europa?

Unser kommunales Europa-Programm werden wir - mit großer Unterstützung der SPD-Ratsfraktion - in die kommunale Politik einbringen und auch über die Europawahl hinaus umsetzen. Wir wollen Kiel fit machen für Europa!"

Keine Kommentare

SPD-NET-SH - *veröffentlicht am 04.05.2004, 18:37 Uhr - 33205 Clicks - Nr. 257*

Claus Möller: Heide Moser - Verfechterin erfolgreicher Sozialpolitik

Zur Niederlegung der politischen Ämter von Heide Moser erklärt
SPD-Landesvorsitzender Claus Möller:
Heide Moser steht für eine außerordentlich engagierte, kompetente und erfolgreiche Sozialpolitik in Schleswig-Holstein.
Ich bedaure, dass Heide Moser sich entschieden hat, aus gesundheitlichen Gründen, ihre politischen Ämter in Landesregierung und Landtag nieder zu legen. Persönlich kann ich auf viele Jahre guter Zusammenarbeit mit Heide Moser als Kabinettsmitglied zurückblicken.

Heide Moser ist und bleibt für uns eine Verfechterin moderner sozialdemokratischer Sozialpolitik. Sie hat in den Bereichen Arbeitsmarktpolitik, Pflege, Psychiatrie, Kindergärten und Verbraucherschutz politische Maßstäbe gesetzt. Sie hat eine beeindruckende politische Leistung geschafft. Dafür gilt ihr der Dank aller schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten.

Wir wünschen uns von Herzen für Heide, dass es ihr gesundheitlich wieder besser gehen möge."

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 04.05.2004, 20:33 Uhr - 5345 Clicks - Nr. 258*

Sparen a la CDU ?

Bekanntlich ist es am 1. April 2004 Brauch, seine Mitmenschen durch erfundene oder verfälschte Geschichten herein zu legen. Die nachfolgende Geschichte ist weder erfunden noch verfälscht
Um nämlich Kosten einzusparen, haben die ehrenamtlich tätigen Kommunalpolitiker auf einen Teil ihrer Sitzungsgelder verzichtet. Alle? Nein, nicht alle, denn der Kreistag des Kreises Segeberg, änderte mit der Mehrheit der CDU am 1. April 2004 die Entschädigungssatzung des Kreises, die erst vor knapp 1 Jahr getroffene Regelung dahingehend, dass
der Vorsitzende des Hauptaussschusses (CDU) jetzt - neben seinem Sitzungsgeld - eine monatliche Aufwandentschädigung von 270,-- EUR (statt bisher 133,-- EUR) erhält.
Dagegen wird eine durch ehrenamtliche Tätigkeit bedingte Abwesenheit (der/s Hausfrau/-mannes) vom Haushalt mit einem Stundensatz von 9,-- EUR , höchstens jedoch mit 18,-- EUR pro Sitzungsteilnahme entschädigt. Eine Erhöhung um 1 EUR fand überraschend keine Mehrheit. Die Entschädigung ist bei beruflich bedingter Abwesendheit selbstverständlich höher.
Auch wenn sich der zeitliche Aufwand der Kommunalpolitiker nicht immer vergleichen läßt,, so spricht das Abstimmungsverhalten dennoch Bände, eine Begründung für die Bevorzugung lässt sich nur erahnen.
Die finanzielle Situation des Kreises ist seit langem nicht rosig, so dass mit den vorhanden Mitteln hausgehaltet werden muss, weil (in Abwandlung eines "Slogans" aus dem pädagogischen Bereich") jeder Euro zählt.Sparen a la

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 04.05.2004, 20:37 Uhr - 5237 Clicks - Nr. 259*

Kneift die CDU im Segeberger Kreistag ?

Die SPD Kreistagsfraktion fordert die CDU Mehrheitsfraktion auf, endlich einmal Verantwortung zu übernehmen und konkrete Vorschläge für einen ausgeglichenen Haushalt 2004 zu machen.
Nachdem der Landesrechnungshof dem Kreis Segeberg bescheinigt hat, in den letzten Jahren kaum Einsparmöglichkeiten ergriffen zu haben. muss die CDU nunmehr den bequemen Weg verlassen und endlich politische Vorschläge machen. Nicht länger nach dem Motto: Die Verwaltung schlägt vor und die Politik gehorcht und lässt sich verführen!

Im Herbst 2003 wurde die SPD Streichliste für die Haushaltsberatungen 2004 von der machtarroganten CDU abgebügelt. Der Schuldenberg wächst, Investitionen werden seit Jahren aus Krediten finanziert. Der Landesrechnungshof signalisiert: Stop!

Unsere Marschrichtung heisst: Vorschläge der Mehrheitsfraktion auf den Tisch, dann eine Sachdiskussion, schließlich werden gemeinsam Entscheidungen gefällt, die zu einem soliden Nachtragshaushalt führen und auch weh tun könnten.

Oder kneift die CDU im Segeberger Kreistag?

Keine Kommentare

SPD-Norderstedt - *veröffentlicht am 05.05.2004, 01:33 Uhr - 1263 Clicks - Nr. 260*

Pressemitteilung der SPD-Norderstedt / Sozialistentreffen

Das traditionelle Maitreffen der Sozialdemokraten und Sozialisten der Partnerstädte Maromme, Norderstedt, Oadby-and-Wigston und Zwijndrecht fand in diesem Jahr unter dem Thema "Wasser und Europa" in den Niederlanden statt.
Es entwickelten sich unter den Delegationen sehr angeregte und engagierte Diskussionen über die EU, Unternehmensflucht in Billiglohnländer, Globalisierung und Bildungspolitik in Europa. Aber auch Fragen nach der extremen Rechten in Deutschland wurden gestellt.
Die befreundeten Delegationen vereinbarten eine verstärkte Vernetzung untereinander, mit der der regelmäßige Ideen- und Informationsaustausch noch weiter gefördert werden soll.
Zum Thema "Wasser" hatten die Genossen aus Zwijndrecht eine Exkursion im Naturschutzgebiet "Biesbosch" organisiert, bei der eindrücklich die Bewahrung bestehender ursprünglicher Landschaften, aber auch die Renaturierung schützenswerter Gebiete in diesem wasserreichen Mündungsbereich des Rheins veranschaulicht wurde.
Die Feier zum 1. Mai fand an historischer Stätte im Stadthaus von Dordrecht statt, an der 1572 die Niederlande begründet wurden.
Es sprachen der niederl. Europaabgeordnete Jan Marinus Wiersma, der Bürgermeister von Dordrecht Ronald J.G. Bandell, und die Vertreter der Delegationen aus Maromme und Oadby-and-Wigston. Die Festansprache für die Norderstedter Delegation, verbunden mit Grußworten des schleswig-holsteinischen Europaabgeordneten Willy Pieczyk, wurde vom SPD-Vorsitzenden und Landtagskandidaten Heiner Köncke gehalten.
Der Festtag endete am Abend mit einem Grillfest, auf dem traditionell die Einladung für das nächste, alle zwei Jahre stattfindende Treffen, ausgesprochen wurde.
Die französische Delegation folgte natürlich dieser Tradition, so dass das nächste Treffen 2006 in Maromme stattfinden wird.
Es war ein ausgesprochen angenehmes und sehr politisch geprägtes Maitreffen in Zwijndrecht, das den Delegationen sicher lange in bester Erinnerung bleiben wird.

Heiner Köncke
Ortsvereinvorsitzender

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 05.05.2004, 08:57 Uhr - 752 Clicks - Nr. 261*

Europäische Leitlinien für Kiel formuliert!



Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller stellte den Antrag seiner Fraktion zur künftigen Europapolitik Kiels vor:
"Europa ist mehr als die Summe aller Fördermittel.
Wir wollen Europa und seine Institutionen den Bürgerinnen und Bürgern deshalb näher bringen. Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung brauchen mehr Nähe zu Europa und den europäischen Themen. Deshalb schlagen wir europäische Leitlinien für Kiel vor."
Möller stellte die einzelnen Punkte des Antrags vor und wies daraufhin, dass "wir selbst als Mitglieder der Ratsversammlung mehr Engagement für Europa einbringen müssen sowie mehr Möglichkeiten für die Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung schaffen sollten, Europa und seine Chancen für die Stadt kennen zu lernen."

Auch die Städtepartnerschaften zu europäischen Städten seien in diese Leitlinien einzubeziehen. "Wir wollen und können nicht immer das Rad neu erfinden. Oftmals reicht ein Blick auf unsere Nachbarn und Freunde. Was machen sie zum Beispiel im Bereich der Sozial- oder Arbeits- und Wirtschaftspolitik anders und vielleicht besser als wir. Auch das gehört zum gemeinsamen Europa", so der SPD-Fraktionsvize.
"Wir wünschen uns eine erste Debatte in der Ratsversammlung über Europa in Kiel und Kiel in Europa. Auf weitere Vorschläge einer gemeinsamen Europa-Politik in Kiel der anderen Fraktionen freuen wir uns", äußerte sich Möller abschließend.

Antrag zur Ratsversammlung am 13.5. 2004
0558/2004
Betreff:
Europa in Kiel - Kiel in Europa Europäische Leitlinien für unsere Stadt

Antrag:
Die Ratsversammlung beauftragt die Oberbürgermeisterin, die folgenden europäischen Leitlinien für Kiel umzusetzen und der Ratsversammlung halbjährlich über die geleistete Arbeit Bericht zu erstatten:
- Unsere Städtepartnerschaften wichtiger nehmen und sie mit mehr Inhalten füllen unter der Überschrift "Was können wir voneinander lernen?", zum Beispiel in Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik,
- mindestens einmal in der Wahlperiode eine Ratsdebatte über die europapolitische Entwicklung der Landeshauptstadt abzuhalten,
- ausdrückliche Zuweisung der Bereiche "Europa" und "internationale Beziehungen" in den Hauptausschuss durch Beschluss der Ratsversammlung,
- stärkeres Engagement der Stadt in europäischen Städtenetzwerken,
- Optimierung der Nutzung von EU-Programmen,
- Europafähigkeit der Verwaltung durch Fortbildungsangebote stärken und die Möglichkeit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schaffen, europäische Institutionen - etwa in Brüssel - kennen zu lernen,
- Informationsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger zu Europa auch im Internetauftritt der Landeshauptstadt verbessern,
- Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zu europäischen Themen, die für Bürgerinnen und Bürger Kiels von Bedeutung sind.
Mit diesen Leitlinien bekennt sich die Ratsversammlung zum Engagement Kiels in Europa. Wir sehen besonders die gerade vollzogene Erweiterung der EU nach Osten hin als Meilenstein in der Entwicklung Europas hin zu einem friedlichen, politisch stabilen und sozialen Kontinent.
Gleichsam liegen darin für die Landeshauptstadt Schleswig-Holsteins große Chancen und besondere Herausforderungen. Wir wollen das Europa der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb ist Europapolitik auch immer Kommunalpolitik. Bereits heute kommt der engen politischen Verbindung zwischen der EU-Ebene und den Kommunen große Bedeutung zu.
Begründung:
Das weltoffene Kiel im Herzen Europas hat viele Chancen, gerade wegen der nun endlich möglichen Teilhabe vieler Staaten des osteuropäischen Raumes. Kiel muss sich aber auch den vielen Aufgaben stellen, die sich aus dem wachsenden Europa ergeben. Gerade uns als Kommune kommt dabei auch die Aufklärungs- und Informationsarbeit für unsere Bürgerinnen und Bürger zu. Dafür muss unsere Verwaltung, aber auch die Ratsversammlung noch besser gerüstet sein. Mit diesen ersten formulierten europäischen Leitlinien möchte die Ratsversammlung mit dafür Sorge tragen, dass die Verwaltung diese besonderen Anstrengungen mit vollzieht.

Keine Kommentare

Helmut Jacobs - *veröffentlicht am 05.05.2004, 18:32 Uhr - 3923 Clicks - Nr. 262*

Helmut Jacobs (MdL) im Landtag zur Ausbildungsumlage

Im vergangenen Jahr haben in der Bundesrepublik 35.000 junge Menschen keinen Ausbildungsplatz gefunden, nicht gerechnet 47.000 Bewerber in so genannten Warteschleifen. 2002 waren es 23.000, im Jahr davor 20.000. Und für dieses Jahr prognostiziert die Bundesagentur für Arbeit sogar ein Lehrstellendefizit von 60.000 bis 70.000. Von 2,1 Mio. Betrieben bilden nur noch 23 % aus.
Und Schleswig-Holstein steht noch relativ gut da. Aber auch unser Handwerk bietet von Jahr zu Jahr weniger Ausbildungsplätze an.
Und so ist es wohlfeil, wenn die Opposition ständig neue Resolutionen mit der Überschrift „keine Ausbildungsplatzabgabe“ einbringt, aber keine Alternativen zur Milderung der Ausbildungsplatzmisere bietet - bis auf die Forderung „weniger Geld für Lehrlinge“!
Wir Sozialdemokraten haben stets eine umlagenfinanzierte Ausbildung als ultima ratio gesehen für den Fall, dass die zahlreichen Maßnahmen nicht greifen, die wir in den letzten Jahren auf den Weg gebracht haben. Ich nenne nur:
- die Bevorzugung von Betrieben, die Ausbildungsplätze anbieten, bei der Vergabe von Aufträgen und Fördermitteln durch das Land,
- die Erschwerung von Mehrfachzusagen durch Auszubildende,
- die Maßnahmen zur Absenkung der Abbrecherquoten,
- Programme für mehr Ausbildung und Qualifizierung, besonders das 100.000-Plätze-Programm der rot-grünen Bundesregierung für benachteiligte Jugendliche,
- die Finanzierung von Ausbildungsplatz-Akquisiteuren und Fördermittel für Ausbildungsverbünde,
- die flexible Organisation des Berufsschulunterrichts,
- die Entwicklung neuer Berufe und Ausbildungsordnungen und Bescheinigungen für Teilqualifikationen,
- die jährlichen Ausbildungsbündnisse mit Klinkenputzaktionen.

Und trotzdem wurde es nicht besser, sondern immer mehr Jugendliche werden in berufsvorbereitenden Maßnahmen untergebracht. Also der Staat, der Steuerzahler müssen die Ausbildung finanzieren. An unseren Berufsschulen befinden sich inzwischen über 50 % der Schülerinnen und Schüler in Vollzeitklassen bzw. berufsvorbereitenden Maßnahmen.
So muss sich doch keiner wundern, wenn der Ruf nach einer solidarischen Umlagefinanzierung immer lauter wurde – auch seitens der Unternehmen selbst. 58 % der ausbildenden Unternehmen haben sich für eine Umlage ausgesprochen – Recht haben sie!
Natürlich gibt es eine Alternative, nämlich die, die uns das CDU-regierte Hamburg gerade vorführt. Wir können als Staat nämlich vor der Ausbildungsunwilligkeit vieler Unternehmer kapitulieren und das duale System gleich abschaffen. Die führen jetzt nämlich eine zweijährige vollzeitschulische Berufsausbildung ein, die zum Gesellenbrief führt. Seltsames Verständnis von Sozialer Marktwirtschaft: die Gewinne werden privatisiert, die Kosten vergesellschaftet!
Das Berufsausbildungs-Sicherungsgesetz sieht vor, dass im Herbst eine Abgabe erhoben wird, wenn das Lehrstellenangebot die Zahl der Bewerber nicht um mindestens 15 % übertrifft. Zahlen sollen Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten, in denen Auszubildende weniger als 7 % der Belegschaft ausmachen. Das würde für lediglich 18 % der Betriebe zutreffen. Wer mehr ausbildet, erhält das Geld.

Wo Ausnahmen sinnvoll sind, werden sie im Gesetz definiert.
Der Minister sagt, dass man über die finanziellen Auswirkungen der Ausbildungsplatzumlage auf die Wirtschaft nur spekulieren könne. Ich behaupte, dass sie auf jeden Fall mehr für die jungen Menschen bringen wird als Appelle, die ungehört verhallen.
Warten wir ab, was noch alles verändert wird. Die Landesregierung wird davon ihr Verhalten bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf abhängig machen.

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 07.05.2004, 08:46 Uhr - 852 Clicks - Nr. 263*

Joachim Wilken-Kebeck in der Sprechstunde der SPD

Joachim Wilken-Kebeck, Mitglied des Planungs-Ausschusses in der Stadtvertretung und Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Stadtvertretung, wird in der Sprechstunde der SPD-Fraktion am 13.05.2004 von 16.00 - 17.30 Uhr für alle Bürgerinnen und Bürger verfügbar sein. Er ist in dieser Zeit im Fraktionszimmer auch unter der Telefonnummer 04551-964-348 erreichbar.
Die Sprechstunde findet im Raum der SPD-Frakion im Historischen Rathaus statt.

Thema dieser Sprechstunde wird die Planung für das städtebauliche Entwicklungsgebiet "Hof Meins" sein. Joachim Wilken-Kebeck wird Fragen zum bisherigen Planungsstand und zum weiteren Vorgehen beantworten. Er freut sich auch, wenn er Ideen und Visionen als Anregungen bekommt, die er in die Stadtvertretung einbringen kann. Aus seiner Sicht bieten die Potentiale im Städtebau an dieser Stelle viele Chancen, aber die Nähe zur geplanten Autobahn ist natürlich auch ein Risiko.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 07.05.2004, 10:32 Uhr - 4507 Clicks - Nr. 264*

SPD-Fraktion Rendsburg: Rendsburger Haushaltsmisere kein Treppenwitz

Nach Ansicht der Rendsburger SPD-Fraktion handelt es sich weder bei der Rendsburger Haushaltsmisere um einen Treppenwitz noch ist der Erlass des Landes zum Haushalt der Stadt als „absolut lächerlich“ zu bezeichnen. Im Gegenteil: Die Lage ist ernst.
Die Folgen eines bisher nicht genehmigten Haushalts werden jetzt an vielen Stellen offensichtlich: Die Schulen können über keine Budgets verfügen, Ersatzbeschaffungen in Kindergärten können nicht durchgeführt werden, Vereine und Verbände erhalten keine Zuschüsse für Veranstaltungen, das Seniorenprogramm kann ebenso nicht beginnen wie das Kinder- und Jugendprogramm. Dieses sind nur einige Beispiele; die Liste ließe sich weiter fortsetzen.
Die Ursache für diese jetzt überall offensichtlich werdenden Schwierigkeiten ist aber nicht das Fehlen der Genehmigung durch das Land für diesen „schlechten“ Haushalt, sondern die Probleme sind Folge der viel zu späten Verabschiedung eines Haushalts, der durch sein Defizit von 2,8 Mio. € im Verwaltungshaushalt „die dauernde finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt Rendsburg nicht gewährleistet“.
Schon bei der Verabschiedung des Haushalts im März äußerte SPD-Fraktionsvorsitzende Karin Wiemer-Hinz Bedenken in Bezug auf die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts. Zitat aus der Haushaltsrede: „Ich möchte an dieser Stelle ganz deutlich in Frage stellen, ob ein Haushalt, der ein solches Defizit im Verwaltungshaushalt hat, der aber auf der anderen Seite die Einnahmemöglichkeiten in so deutlicher Weise nicht ausschöpft, überhaupt genehmigungsfähig durch den Innenminister ist.“
Die Rendsburger SPD-Fraktion ist empört darüber, dass die CDU nun versucht, den „schwarzen Peter“ für ihre verfehlte kommunale Haushaltspolitik und ihre mangelnde Entscheidungsfähigkeit der Kommunalaufsicht des Landes Schleswig-Holstein zuzuschieben. Die Kommunalaufsicht hat nur ihre Pflicht getan, sie hatte nicht die Wahl anders zu reagieren. Die Verantwortung für die derzeitige Haushaltssituation in Rendsburg trägt die CDU. Sie sollte fairerweise auch dazu stehen.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 07.05.2004, 10:37 Uhr - 4423 Clicks - Nr. 265*

MdB Ulrike Mehl: Alterseinkünftegesetz ist historischer Meilenstein

veröffentlicht in der Eckerförder Zeitung am 5.5.04
Mit dem Alterseinkünftegesetz, das in der vergangenen Woche vom Deutschen Bundestag verabschiedet wurde, wird die so genannte nachgelagerte Besteuerung für nahezu alle Alterseinkünfte eingeführt, die betriebliche Altersvorsorge verbessert sowie die Förderung der privaten Altersvorsorge vereinfacht. Ziel ist es, den Lebensunterhalt aller Bürger im Alter auch in Zukunft zu sichern.
Neben einer Gleichbehandlung aller Versorgungsempfänger wird vor allem der Neugestaltung der Altersvorsorge Rechnung getragen und damit ein transparentes und gerechtes Modell geschaffen.
Ausgangspunkt für die gesetzgeberische Aktivität war ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 2002, in dem die unterschiedliche Besteuerung von gesetzlichen Renten und Beamtenpensionen für verfassungswidrig erklärt und der Gesetzgeber aufgefordert wurde, bis zum 1. Januar 2005 eine Neuregelung zu finden.
Im Mittelpunkt der neuen Regelungen steht die Einführung der nachgelagerten Besteuerung. Das bedeutet: Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung werden schrittweise steuerfrei gestellt und im Gegenzug werden die Renten nach und nach stärker besteuert. Dieser Systemwechsel wird sich über einen Zeitraum von 35 Jahren ziehen. Erst im Jahr 2040 werden dann bei Neurentnern die kompletten Altersbezüge, die jenseits der Freibeträge liegen, besteuert.
Neu ist, dass alle gesetzlichen Renten und vergleichbare Renten ab dem Jahr 2005 zu 50% der Besteuerung unterliegen, wenn sie den festgelegten Steuerfreibetrag von rund 18.900 Euro pro Jahr für Alleinstehende bzw. 37.800 € pro Jahr für Verheiratete überschreiten. Zum Vergleich: Die Durchschnittsrente im Jahr 2002 betrug monatlich 750 € bzw. 9.000 € pro Jahr; das bedeutet, dass für Durchschnittsrenten auch künftig keine Steuer anfallen wird. Damit werden 77% der Rentenbezieher – das sind 10,9 Millionen Rentner – auch nach neuem Recht nicht steuerbelastet sein.
Das Alterseinkünftegesetz ist gleichzeitig ein gewaltiges Steuersenkungsprogramm. Schon im Jahr 2005 werden die Bürger um über eine Milliarde Euro steuerlich entlastet werden. Damit werden die Steuern zusammen mit der letzten Stufe der Steuerreform im Jahr 2005 um 7,5 Milliarden Euro gesenkt. Das Entlastungsvolumen steigt bis 2010 sogar auf fast sechs Milliarden Euro an.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 10.05.2004, 08:25 Uhr - 1528 Clicks - Nr. 266*

SPD-Engelsby: Bürgeranhörung erfolgreich

Der Umwelt- und Planungsausschuss der Stadt hat in seiner Mai- Sitzung das Verkehrskonzept Engelsby verabschiedet.
Wesentlicher Beschluss: „Es bleibt bis mindestens 2007 alles wie es ist“.
Damit wurde das Ergebnis der Bürgeranhörung vom 7.1.2004 umgesetzt.
Die ursprünglichen Vorschläge der Verwaltung, die schon jetzt teilweise gravierende Änderungen in der Verkehrsführung in Engelsby vorsahen, sind damit vom Tisch. Die von den Bürgerinnen und Bürgern in der Bürgeranhörung gewünschte Variante „A“ gilt.
Wenn 2007 die Osttangente fertig gestellt ist, sollen Verkehrszählungen und erneute Bürgeranhörungen durchgeführt werden.
Damit wurde auch eine entscheidende Forderung des SPD- Ortsvereins umgesetzt, denn Prognosen und Einschätzungen, wie sie von der Verwaltung als Entscheidungsgrundlagen herangezogen werden

sollten, liefern nach unserer Auffassung keine ausreichenden Grundlagen.
Neue Verkehrsströme werden sich durch die Schließung der B199 Anbindung Neuer Weg und Richard -Wagner- Str. bilden. Die neue Anbindung Mozartstraße und das neue Einkaufszentrum an der Engelsbyer Straße, das übrigens schon Ende 2004 fertig sein soll, werden Autofahrer andere Wege finden lassen als heute. Wenn dieses Verkehrsverhalten erkennbar ist, können neue Überlegungen auf aktuell erhobener Datenbasis greifen.
Bürgerbeteiligung und politischer Einsatz haben sich ausgezahlt.
Das ist doch mal eine schöne Nachricht, oder?

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 11.05.2004, 13:51 Uhr - 673 Clicks - Nr. 267*

Themenforum - "Wehrpflicht, Dienstpflicht oder was?"



Der bundeswehrpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Bernd Vogelsang erklärt:
"Die SPD-Ratsfraktion, Rolf Fischer MdL - Vorsitzender des AWO Kreisverbandes Kiel - und Dr. Hans-Peter Bartels MdB veranstalten am 17.5., 17.30 Uhr, Altes Rathaus, Ratssaal das Themenforum: "Wehrpflicht, Dienstpflicht oder was?"
Auf dem Podium werden sein: Dr. Arno Roßlau - Generalarzt, Kommandeur SAN-Kommando I Kiel, Udo Fröhlich - Landesgeschäftsführer Der PARITÄTISCHE LV Schleswig-Holstein e.V., Dieter Hackler - Bundesbeauftragter für den Zivildienst BM FSFJ und Dr. Hans-Peter Bartels MdB - Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages.
Zum Thema:
Im Oktober 2004 wird der zivile Ersatzdienst von zehn auf neun Monate verkürzt. Damit wird eine Angleichung an den Wehrdienst erfolgen.
Welche Wirkung hat eine weitere zeitliche Reduzierung der Wehrpflicht, deren Aussetzung oder Abschaffung für den Zivildienst und die Gesellschaft? Diese Fragen beschäftigen die Landeshauptstadt Kiel in zweierlei Hinsicht. Als großer Bundeswehrstandort an der Ostsee wird Kiel von den Veränderungen bei der Wehrpflicht nachhaltig berührt. Die weitere Begrenzung der Ersatzdienstzeiten für Zivildienstleistende wird erhebliche Auswirkungen auf die Aufgabenerfüllung in sozialen und ökologischen Einrichtungen haben."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 11.05.2004, 15:29 Uhr - 606 Clicks - Nr. 268*

SPD fordert Hafenentwicklungskonzept

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt:
"Der Kieler Hafen muss für die Zukunft gerüstet sein. Deshalb soll die Oberbürgermeisterin beauftragt werden, ein Entwicklungskonzept für den Kieler Hafen zur Ratsversammlung im August 2004 vorzulegen.
Europa ist am 1. Mai um zehn Länder größer geworden, und von diesen zehn neuen Ländern sind vier direkte Anrainer der Ostsee. Die Landeshauptstadt muss heute für den Kieler Hafen die Rahmenbedingungen für die nächsten Jahre festlegen; denn wir wollen im Wettbewerb um Fracht, Unternehmensstandorte und Kreuzfahrerpassagiere vorne sein. Der Hafen braucht Aussagen zu den

Fragen, wie künftige Verkehrsströme verlaufen, wo und wie Massengüter umgeschlagen und wie sich die Containerverkehre entwickeln werden."
Ferner erklärt die SPD-Fraktionsvorsitzende:
"Es geht um die bestmögliche Auslastung der Hafenanlagen, um hohe Wertschöpfung und Beschäftigung. Die gestiegenen Sicherheitsanforderungen für Hafenanlagen, die mit dem ISPS-Codes zum Schutz vor Terroranschlägen ab dem 1.7. in Kraft treten, müssen ebenfalls in das Hafenentwicklungskonzept einbezogen werden.
Die Zeit drängt und deshalb erwarten wir am 19. August Ergebnisse von der Oberbürgermeisterin."
***
Antrag zur Ratsversammlung am 13.5.2004
Betreff:
Hafenentwicklungskonzept für die Landeshauptstadt Kiel
Antrag:
Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, der Ratsversammlung bis zu ihrer Sitzung am 19.8.2004 ein Hafenentwicklungskonzept vorzulegen.
Begründung:
Die EU-Erweiterung wirft für Kiel Fragen auf:
* Wie werden die Verkehrsströme zukünftig verlaufen?
* Wo und wie werden die Massengüter umgeschlagen?
* Wie wird sich der Containerverkehr entwickeln?
Alle drei Fragen werden auf den Kieler Hafen zukommen. Ist er dafür gerüstet?
Die in der Hafenwirtschaft engagierten Unternehmen brauchen auch Planungssicherheit für notwendige Investitionen.

Keine Kommentare

SPD-Norderstedt - *veröffentlicht am 11.05.2004, 23:57 Uhr - 1766 Clicks - Nr. 269*

Norderstedter Bürgermeisterkandidaten stellten sich...

Enttäuschung und Unverständnis über Grotes Absage

Der erste offizielle Schlagabtausch der drei Kandidaten für das Norderstedter Bürgermeisteramt sollte es werden.
Doch nur Michael Martin und Elisabeth Kühl stellten sich am Donnerstagabend im Rathaus den Fragen der Zuschauer zur Kinder- und Jugendpolitik.

Nach einem kurzen Eingangsreferat über die Wahlabläufe und Aufgaben des Bürgermeisters durch Christoph Mendel, Vorstandsmitglied der JUSOS Norderstedt, gab dieser dann den Ring für die Kandidaten frei.

In der rund einstündigen Diskussion wurde klar, daß für beide fest steht:
Kürzungen und Einsparungen im Kinder- und Jugendbereich sind der falsche Weg um in Zukunft junge Menschen in Norderstedt besser zu fördern.
Während Elisabeth Kühl für eine stärkere Vernetzung offener und vereinsgebundener Jugendarbeit plädierte, setzte sich Michael Martin für eine sinnvolle Ergänzung der bestehenden Formen der Jugendarbeit durch sogenannte Events ein. Jugendliche sollen in gemeinnützigen Projekten arbeiten und sich so z.B. einen Skater-Wettbewerb auf dem Rathausmarkt "verdienen" können.
"Wir müssen den Jugendlichen das Gefühl geben, daß sie gebraucht und ernst genommen werden."
Für beide hätten die beschlossenen und weiteren noch nicht ausgesprochenen Einsparungen im

jeweiligen Fall eines Wahlsieges keinen Bestand mehr. Alternativen und Möglichkeiten für Umschichtungen im Haushalt gebe es genug.

Enttäuscht aber nicht überrascht zeigten sich Kühl und Martin über das Fernbleiben von Amtsinhaber Hans-Joachim Grote.
JUSO-Mitglied Christoph Mendel dazu:

"Die Entscheidung des Bürgermeisters hat bei uns, wie auch im Publikum, Unverständnis ausgelöst. Bemerkenswert ist die Schwerpunktsetzung Herrn Grotes: während er sich Vorträge über die Zukunft der Gemeindefinanzen anhört, überläßt er seinen CDU-Fraktionskollegen die Aufgabe die Kinder- und Jugendarbeit an die Wand zu fahren. Obwohl genau dieses radikale Wegsparen in seinem eigenen 100-Punkte-Programm steht, zeigt Herr Grote sich nicht verantwortlich.

Stattdessen hätte sich Herr Grote besser offen und ehrlich der Kritik und den Fragen der Zuschauer stellen sollen.
Wie schon bei der vorangegangenen Gesprächsrunde zur Sozialpolitik auf Einladung der Arbeiterwohlfahrt und der allein wegen Grotes Absage ausgefallenen traditionellen "Elefanten-Runde" in der Kirchengemeinde Falkenberg, verschwindet der Bürgermeister lieber hinter seiner sicheren Deckung und läßt verlautbaren, daß "wichtige Amtsgeschäfte" seiner Teilnahme entgegenstünden.
Auch in unserem Fall erfuhren wir erst auf mehrfache Nachfrage im Büro des Bürgermeisters, daß Herr Grote nicht teilnehmen wird. Dieses wiederholte Verhalten scheint das Ziel zu verfolgen seinen beiden Mitbewerbern kein öffentliches Forum zu bieten und die eigene Angriffsfläche möglichst klein zu halten. Herr Grote weiß um seine schweren Fehler und Versäumnisse und die der CDU in Sachen Jugend- und Sozialpolitik."

Die Menschen, die unmittelbar von der Politik der schwarzen Rathausmehrheit betroffen seien, hätten ein Recht darauf alle drei Kandidaten im direkten Vergleich zu befragen, so Christoph Mendel.

Kommentar von Bernd Hamann vom 23.05.2004, 11:16 Uhr:
RE:Norderstedter Bürgermeisterkandidaten stellten sich...
Es mag etwas engstirnig erscheinen, aber sollte es nicht die Aufgabe der Herausforderer sein, Gründe für Ihre Wahl zu schaffen ? Und sollten diese Gründe nicht in der eigenen Befähigung liegen und nicht in den Fehlern anderer ? Nur weil Herr Grote Fehler gemacht hat und diese versucht werden öffentlich breitzutreten, heißt es doch nicht, daß Frau Kühl oder Herr Martin keine Fehler machen ?!

Diese Art des Wahlkampfes wird die Ursache für die Wiederwahl des Herrn Grote sein. Ich gratuliere jetzt schon einmal zur mißlungenen Unterstützung für Frau Kühl !
Wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde !

Kommentar von Volkrath Jessen vom 14.05.2004, 17:18 Uhr:
Norderstedter Demokratur
So zeigt es sich nun:
Herr Grote hält die Kritik an seiner Person für ungehörig, wie in der NZ zu lesen war.

Welch Unhold, der es wagt Seine Schein-Heiligkeit zu kritisieren, tztztz...

Machen Sie bloß weiter und lassen Sie sich nicht von den Demokratur-Freunden in der Norderstedter CDU beeindrucken.

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 12.05.2004, 02:00 Uhr - 4739 Clicks - Nr. 270*

Ministerin Erdsiek-Rave: CDU-Bildungspolitik ohne Konzept

Die Äußerungen des CDU-Spitzenkandidaten für die Landtagswahl zur Bildungspolitik sind eine Ansammlung von Platituden und zum Teil falsch. Die PISA-Ergebnisse sind nicht nach CDU- oder SPD-geführten Landesregierungen zu unterscheiden - die schleswig-holsteinischen Gymnasien zum Beispiel haben in Naturwissenschaften besser abgeschnitten als die bayerischen.
Selbstverständlich stehen auch den Gymnasien und Gesamtschulen für den Rest des Schuljahres noch Mittel aus dem Vertretungsfond „Jede Stunde zählt“ zur Verfügung, da erst etwa die Hälfte der eingeplanten Mittel ausgegeben wurde.
Die „neue und bessere Bildungspolitik“ der CDU ist konzeptionslos:
- Statt konkreter Vorschläge zur Qualitätsentwicklung der Schulen werden lediglich die Leistungen der Schülerinnen und Schüler pauschal schlecht gemacht - und damit auch die der Lehrkräfte.
- Antworten auf die drängendsten Fragen wie zum Beispiel eine bessere Chancengerechtigkeit werden nicht gegeben. Stattdessen bleibt nur das Loblied auf das gegliederte Schulsystem.
- Konkrete Vorschläge, wie die ganztägige Präsenz der Lehrkräfte in den Schulen in die Tat umzusetzen sei, fehlen ebenso wie Vorschläge, wie die Schulträger die Schulbaukosten aufbringen sollen.
Wir setzen dagegen auf frühe individuelle Förderung, größere soziale Gerechtigkeit und Durchlässigkeit, stärkeres Fördern und Fordern und systematische Qualitätsentwicklung gemeinsam mit Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern und Eltern.
Kommentar von Nicole Fischer vom 27.05.2006, 19:35 Uhr:
RE:Ministerin Erdsiek-Rave: CDU-Bildungspolitik ohne Konzept
ist das dein ernst ute..... erdsiek-rave bitte stellen sie ihre emotionale inteligenz wieder her täuschen tarnen und ..... wenn sie rückgrat gehabt hätten ich wäre ihnen gefolgt .....siegerin mit dem volk .....wie dumm bist du eigentlich UTE.....

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 12.05.2004, 09:04 Uhr - 620 Clicks - Nr. 271*

Streik bei Ortopedia

Über Zukunft Ortopedias in Kiel mit den Betroffenen im Rathaus sprechen!



Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer und ihr Stellvertreter Alexander Möller erklärten zu dem befristeten Streik der Belegschaft von Ortopedia in dieser Woche:
"Wir fordern die Oberbürgermeisterin auf, noch in dieser Woche Kolleginnen und Kollegen von Ortopedia in das Rathaus einzuladen und gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen über Möglichkeiten zu sprechen, mit denen die Stadt der Belegschaft und ihren Familien helfen kann."

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 12.05.2004, 11:10 Uhr - 1258 Clicks - Nr. 272*

Europawahlplakate durch Vandalen zerstoert !

Eilige Pressemitteilung
==========

Der Vorstand der Segeberger SPD stellt mit grossem Bedauern fest, dass in der Nacht von Dienstag 11.05.2004 auf Mittwoch 12.05.2004 durch Vandalen offenbar im gesamten Innenstadtgebiet der Stadt Bad Segeberg groessere Zahlen von Wahlplakaten a l l e r Parteien zerstoert wurden.

Von den 20 Plakatstaendern mit dem Bild des SPD-Europawahlkandidaten Willi Piecyk, die die Segeberger SPD am Montagabend (10.05.) aufgestellt hat, wurden bei 15 Plakaten offenbar mutwillig die Plakate abgerissen und rund ein Viertel der Plakatstaender wurden in Einzelteile zerlegt.

Die SPD wird die zerstoerten Staender wie auch die Staender ohne Wahlplakate im Laufe des heutigen Abends abraeumen und versuchen schnellstmoeglichst eine neue Plakatierung zur Europawahl durchzufuehren.

Im Rahmen einer ausserordentlichen Vorstandsitzung wird der Vorstand heute abend den Sachverhalt besprechen und entscheiden, ob eine Strafanzeige wegen Sachbeschaedigung gegen Unbekannt gestellt werden soll.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 12.05.2004, 12:07 Uhr - 588 Clicks - Nr. 273*

SPD fragt Volquartz zum Hospiz



Der sozialpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Thomas Wehner erklärt:
"Am 31.3.2004 lasen die Kielerinnen und Kieler in der KN "Abschied vom Martiuspark -
Hospiz gGmbH kann den geforderten Preis nicht zahlen - Neuer Standort wird gesucht". Seitdem wurde nicht mehr über Aktivitäten für ein dringend benötigtes Hospiz in Kiel berichtet. Angesichts der großen und sehr engagierten Bereitschaft vieler öffentlicher und privater Institutionen, ein Hospiz im Martiuspark zu ermöglichen, will die SPD wissen, wie es weiter geht.
Die SPD-Fraktion hat für die nächste Ratsversammlung am 13.5. folgende kleine Anfrage gestellt:

Kleine Anfrage

Betreff: Hospiz Martius-Park

Die Bemühungen, im Martius-Park ein Hospiz für sterbende Menschen zu errichten, sind ins Stocken geraten. Ich frage die Oberbürgermeisterin, die sich als Schirmherrin für das Vorhaben eingesetzt hat:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand?
2. Was hat die Oberbürgermeisterin unternommen, um den Interessenten für den Erwerb der Grundstücksflächen zu Gesprächen mit der Hospiz-Initiative zur Verwirklichung des Vorhabens zu bewegen?
3. Wie ist der Zeitplan des B-Plan-Verfahrens?

Kommentar von anna haag vom 14.05.2004, 14:46 Uhr:
RE:SPD fragt Volquartz zum Hospiz
Die Hospizarbeit,bzw.Einrichtung von Hospizen muß in Schleswig Holstein dringend gefördert werden.Ehrenamtliche Sterbebegleiter werden auf lange Sicht eventuell in die Frustration abdriften,weil Sterbebegleiter in den Krankenhäusern nicht genügend angefordert werden,obwohl Kontakte zu Ärzten und Pflegepersonal intensiv von seitens der Hospizinitiativen/Vereine gepflegt werden.

In Ostholstein wird bisher leider kein Hospiz betrieben.Wir bitten deshalb die Politiker aller Parteien um ihre Unterstützung bei unserer Arbeit für schwerstkranke und sterbende Menschen am Ende des Lebens.

Freundliche Grüße

Anna Haag
Gründungsmitglied der Hospizinitiative Eutin e.V.

SPD Ortsverein Bosau

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 12.05.2004, 12:16 Uhr - 826 Clicks - Nr. 274*

Kiel soll für Truppe attraktiver werden



Der bundeswehrpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Bernd Vogelsang und die finanzpolitische Sprecherin Ingrid Lietzow erklären:
"Kiel ist ein wichtiger und großer Bundeswehrstandort.
In der Amtszeit von Alt-Oberbürgermeister Norbert Gansel wurde das Verhältnis zwischen der Bundeswehr und der Landeshauptstadt nachhaltig auf eine gute Basis gebracht.
Kurz: "Man schätzt sich und weiß, was man voneinander hat."
Die Landeshauptstadt hat viel getan, damit sich die Bundeswehr und damit auch die Wehrpflichtigen in Kiel angenommen fühlen und hier eine zweite "Heimat auf Zeit" finden. Neben dem jährlichen Empfang und vielen anderen Kontakten wurde auch die von Norbert Gansel eingeführte Maßnahme, Uniformierten kostenlos die Nutzung des ÖPNV während der Kieler Woche zu ermöglichen, fortgesetzt.
Die Initiative der SPD-Fraktion soll erreichen, dass sich die Verwaltung und die TIK Gedanken darüber machen, wie weitere Vergünstigungen für Wehrdienstleistende geschaffen werden können, um Kiel als Bundeswehrstandort noch attraktiver zu machen."

Antrag zur Ratsversammlung am 13.5.2004

Betreff: Standort Kiel für Truppe attraktiver machen
Antrag:
Grundwehrdienst Leistende (GWDL), Freiwillig Zusätzlich Wehrdienst Leistende (FWDL) der in Kiel stationierten Bundeswehreinheiten sowie Kiel außerhalb der Kieler Woche besuchende Einheiten erhalten besondere Vergünstigungen bei der Nutzung und dem Besuch städtischer Einrichtungen.
Verwaltung und TIK werden gebeten zu prüfen, inwieweit sich Kieler Unternehmen, zum Beispiel Kinos, Diskotheken, Veranstaltungsorte sowie Sportvereine an diesem Projekt durch besondere

Angebote u.a. beteiligen wollen.
Beide Bereiche können in einem besonderen Freizeitpass zusammengeführt werden, aus dem hervorgeht, welche Unternehmen und welche öffentlichen Einrichtungen sich beteiligen.
Begründung:
Die Attraktivität des Standortes Kiel soll für die Soldaten erhöht werden. Dies wurde bereits mit der unter Norbert Gansel eingeführten Maßnahme, Uniformierten kostenlos die Nutzung des ÖPNV während der Kieler Woche zu ermöglichen, begonnen. Mit einem Freizeitpass wird die Akzeptanz der Bundeswehr in der Landeshauptstadt Kiel verdeutlicht und weiterentwickelt.
Außerdem trägt dieses Angebot zu einer Steigerung der Nutzung öffentlicher sowie privater Einrichtungen bei.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 13.05.2004, 10:22 Uhr - 608 Clicks - Nr. 275*

Mut zur Finanzierung des Science Centers gefordert!



Die SPD-Ratsherren Alexander Möller und Cai-Uwe Lindner erklären vor der Entscheidung der Landesregierung zum Standort des Science Centers:
"Bürgermeister Klein-Knott und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben Kiel und seine Idee für das Science Center überzeugend und begeisternd vorgestellt.
Kiel und die gesamte K.E.R.N. - Region, das ist deutlich geworden, werden von einem Science Center in Kiel profitieren.
Wir wünschen uns nun eine Entscheidung des Landes für Kiel.
Dieser Wunsch ist auch in der Ratsversammlung vom 19.2.2004 durch unsere einstimmige Resolution zum Ausdruck gekommen. Nun wollen wir diesen Wunsch dadurch verdeutlichen, dass wir auch andere finanzielle Konditionen als eine 70%-Finanzierung des Landes akzeptieren."
Die beiden SPD-Politiker fordern die Oberbürgermeisterin auf, diese Position zu übernehmen und offensiv gegenüber dem Land zu vertreten: "Die Oberbürgermeisterin redet viel davon, den Standort Kiel aufwerten zu wollen. Bislang ist wenig Konkretes geschehen. Jetzt haben wir die Chance, in die Zukunft Kiels zu investieren. Das erfordert Mut, auch den Mut, Geld in die Hand zu nehmen."

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 13.05.2004, 23:00 Uhr - 1574 Clicks - Nr. 276*

SPD-Engelsby: Kaum Interesse an Einwohnerversammlung

Die Verwaltung der Stadt hatte zu einer Einwohnerversammlung ins Gemeindezentrum Engelsby eingeladen.
Entäuschend für den Veranstalter war die geringe Beteiligung der Mitbürgerinnen und Mitbürger.
Nach der Begrüßung von Stadtpräsident Hermann Laturnus stellte Stadtplaner Peter Schröders anhand
von zahlreichen interessanten Luftaufnahmen die Entwicklung von Engelsby dar.
Im Anschluss daran wurde noch einmal das Verkehrskonzept Engelsby erläutert.

Selbstverständlich wurde auch über den aktuellen Stand zum Bau der Osttangente und deren Auswirkungen auf den Stadtteil während und nach der Fertigstellung informiert.
Während der Versammlung bestand darüber hinaus die Möglichkeit, Fragen zu stellen.
Diese wurden von Bürgermeister Helmut Trost, Herrn Dr. Schroeders, Herrn Leiser und Herrn Gunther Vandeck beantwortet. Fragen zur Schulwegsicherung, zur Seniorenarbeit, zur Verkehrsentwicklung in der Mozartstraße nach dem "Durchstich" zur Osttangente und zum Wiederaufbau der Jugendhütte, waren die Hauptthemen.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 16.05.2004, 16:24 Uhr - 1912 Clicks - Nr. 277*

SPD-Engelsby: Briefwahl - eine gute Alternative!

Wenn Sie am Tag der Europawahl ortsabwesend, oder aus anderen Gründen nicht persönlich zur Wahl gehen können, haben Sie die Möglichkeit per Briefwahl Ihre Stimme abzugeben.

Briefwahlunterlagen beantragen Sie
- im Bürgerbüro (Rathaus, 1. Etage)
- bei der Wahlbehörde im EG, Europazimmer
- oder im Internet, www.flensburg.de

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an folgende Telefonnummern:
(0461) 85-1821, 85-1822, 85-1823

Keine Kommentare

SPD-Heide - *veröffentlicht am 18.05.2004, 13:23 Uhr - 2060 Clicks - Nr. 278*

Europäische Weinprobe in Heide

Die Dithmarscher SPD Ortsvereine Heide, Hemmingstedt, Lohe-Rickelshof, Wöhrden und Tellingstedt bieten im Rahmen des Europawahlkampfes einer europäischen Weinprobe an.
Sie findet am Montag, dem 24. Mai im Hotel Berlin, Österstraße 18,in Heide statt. Als Gast wird unser MdEP Willy Piecyk zu Gast sein. Anmeldungen zur Weinprobe bitte unter 0481 - 2264. Kostenbeitrag für Nicht-Mitglieder 10 Euro.

Keine Kommentare

SPD-Steinburg - *veröffentlicht am 18.05.2004, 15:30 Uhr - 8192 Clicks - Nr. 279*

(Teil)lösung für das Pendlerproblem in Sicht

Die PendlerInnen aus dem Osten unseres Kreises können sich auf eine Verbesserung ihrer Situation freuen. Schon jetzt könnten sie bei ausschließlicher Nutzung der Bahn als Transportmittel einen Ergänzungsfahrausweis zur Monatskarte (offiziell heißt das Zeitfahrausweis) kaufen, und damit aus

dem SH-Tarifgebiet (Schleswig-HolsteinTarif) in das HVV-Netz (Hamburger-Verkehrs-Verbund) weiterfahren.
Dieser Ergänzungsfahrausweis soll ab dem Fahrplanwechsel 04/05 also ab Mitte Dezember auch für solche Monatskarten erhältlich sein, die für die kombinierte Nutzung von Bus und Bahn gelten. Nach Auskunft aus dem Verkehrsministerium ist hierfür noch der Beitritt des Kreises Steinburg zum SH-Tarif II nötig. Der Landrat als Vorsitzender des ÖPNV-Zweckverbandes (öffentlicher Personen Nahverkehr) im Kreis Steinburg teilt auf Nachfrage mit, dass damit fest zu rechnen ist.
Eine dritte Stufe des SH-Tarifes, die dann auch für Einzelfahrscheine den Übergang in den HVV-Bereich ermöglichen würde ist erstens technisch noch nicht möglich (Automatenumstellung erforderlich) und würde außerdem so erhebliche Kosten verursachen, dass der ÖPNV-Zweckverband nach Auskunft des Landrats dem wohl nicht beitreten werde.
Die SPD-Steinburg fordert die Mitglieder des ÖPNV-Zweckverbands auf, den SH-Tarif II zum Fahrplanwechsel 04/05 einzuführen und die Möglichkeiten des SH-Tarifs III genau zu prüfen.
Aus unserer Sicht wäre mit dem SH-Tarif II das Hauptproblem für die BerufspendlerInnen gelöst, denn die öffentlichen Verkehrsmittel stellen erst dann eine wirkliche Entlastung für die Familien dar, wenn dadurch das in vielen Familien nötige zweite Auto eingespart werden kann. Außerdem tritt auch nur so die gewünschte ökologische Entlastung ein.
Für uns ist nicht klar, ob die möglicherweise erwünschte Zahl von Einzelfahrausweisen den Aufwand der dritten Tarifstufe rechtfertigen würde. Auch können wir nicht sicher entscheiden ob dafür eine Fahrgastzählung vernünftig wäre, die auch einen erheblichen Aufwand erzeugen würde. Hier sind die Gemeinden gefordert, ihre Mitglieder im ÖPNV-Zweckverband entsprechend zu beauftragen.
Die Änderungen in der Tarifstruktur sind wohl für den Osten des Kreises von besonderer Bedeutung, sie würden aber auch in allen anderen Teilen des Kreises den VerkehrsteilnehmerInnen nützen, die regelmäßig mit der Bahn nach Hamburg fahren. Daher sollte es selbstverständlich sein, dass alle Mitglieder des ÖPNV-Zweckverbands dem Beitritt zur Stufe II des SH-Tarifs zustimmen.
Kommentar von Mitze Bernd vom 07.04.2005, 14:12 Uhr:
RE:(Teil)lösung für das Pendlerproblem in Sicht
Es ist schon ärgerlich, dass die Strecke Dauenhof-Wrist nicht in das HVV Gesamtnetz einbezogen wurde. Besonders, weil der vorwiegend von den Wrister Pendlern genutzte RE in Dauenhof gar nicht hält, und man somit erst in Elmshorn zusteigen könnte. Das aber von März auf April die Fahrkarten Dauenhof-Wrist um ca. 28,5% nämlich von 42€ auf 54€ für die Monatskarteangehoben wurde, dürfte dem öffentlichen Nahverkehr eher schaden als nutzen. In diesem Sinne möchte ich Sie bitten sich dafür einzusetzen, dass nicht nur die Busanbindung, (wie schon jetzt), sondern auch der Bahnanschluss Wrist in das HVV-Gesamtnetz integriert wird, oder wenigstens eine Rücknahme der Überproportionalen Preiserhöhung anzuregen. Für eine Antwort wäre ich Ihnen dankbar. Mit den besten Wünschen für die neue Bildung der Landesregierung! Bernd Mitze

SPD-Norderstedt - *veröffentlicht am 18.05.2004, 23:55 Uhr - 1250 Clicks - Nr. 280*

Nachgefragt: Bürgermeister Grote muss Farbe bekennen!

Am 24.12.2003 präsentierte der Bürgermeister in der Presse (Norderstedter Zeitung) unter dem Titel:

Grote: „Gemeinsam sind wir stark“ setzt in der Stadtplanung auf ein Miteinander der Generationen und Nachbarn
seine Ideen für ein Projekt „Wachsende Stadt“.

Die SPD-Fraktion will nun vom Bürgermeister wissen, wie realistisch die Ideen im einzelnen sind und

wie der Bürgermeister das Projekt verwirklichen will.

Dazu der Fraktionsvorsitzende Johannes Paustenbach:

„Wir setzen uns für eine soziale wachsende Stadt ein.
Die Äußerungen des Bürgermeisters sind nichts weiter als inhaltsloses Wahlkampfgetöse.
Deshalb werden wir den Bürgermeister durch eine Anfrage in der nächsten Sitzung der Stadtvertretung dazu bringen, endlich Farbe zu bekennen, wenn es um die Zukunft unserer Stadt geht.

Es erscheint paradox: Bezahlbarer Wohnraum für ältere Menschen und junge Familien mit kleinen und mittleren Einkommen wird zusehens knapper, trotzdem werden die Bedingungen für den sozialen Wohnungsbau weiter verschlechtert, er wird damit faktisch abgeschafft.
Eine flächendeckende Eigenheimbebauung kann wohl kaum die Zukunft Norderstedts sein.“

Im einzelnen stellt die SPD-Fraktion folgende Fragen an den Bürgermeister, diese sind ihm bereits schriftlich zugegangen.
Die Antwort darauf erfolgt, so wie es die Geschäftsordnung der Stadtvertretung vorsieht, mündlich in der Sitzung am 25.05.:

Wie soll, angesichts des demographischen Wandels in unserer Stadt, sichergestellt werden, dass immer mehr ältere Menschen mit kleinen und mittleren Renten/Pensionen weiterhin bezahlbaren Wohnraum in Norderstedt vorfinden?

Wie sollen junge Familien mit kleinen und mittleren Einkommen bezahlbaren Wohnraum in Norderstedt finden, wenn für sie die von Ihnen im Interview mit der Norderstedter Zeitung erwähnten Kriterien eines „Generationsübergreifenden Wohnens“ („wenn dann hinten auf den Grundstücken der Großeltern die Kinder mit den Enkeln einziehen “) nicht zutreffen?

Eine Aussage in dem Artikel war : Die Großeltern haben die Enkel auf dem Grundstück und damit gleich Beschäftigung. Wenn sie die Kinder betreuen, brauchen die Eltern nicht unbedingt einen Kindergartenplatz.

Heißt dies im Klartext, dass die Stadt Norderstedt sich aus ihrer Verpflichtung : Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, Schaffung von neuen zusätzlichen Krippenplätzen und die Umsetzung eines Bildungsauftrages in Kitaeinrichtungen zurückziehen will ?

Bedeutet das Projekt "Wachsende Stadt" gleichzeitig den Abschied vom sozialen Wohnungsbau ?

Warum hat der Bürgermeister, die von der Mehrheit beschlossenen Mittel zur Förderung des sozialen Wohnungsbau – hier insbesondere die Förderung zum Generationsübergreifenden Wohnens nicht in den Haushaltsentwurf übernommen ?

Nach einem Bericht vom 7.5.2002 und den Tertialberichten seit 2002 ist dem Bürgermeister klar, das bis zum Jahre 2005 174 Wohneinheiten (WE), bis 2006 nochmal 291 WE aus der Zweckbindung herausfallen.

Teilt der Bürgermeister die Forderung , dass die Förderung des sozialen Wohnungsbaus kontinuierlich erfolgen muss?

Teilt der Bürgermeister die Auffassung, dass es Aufgabe einer Kommune ist, auch für junge Familien

und für Senioren bezahlbare Wohnungen zur Verfügung zu stellen ?

Zur jetzigen Situation des sozialen Wohnungsbaus:

Wie groß ist derzeit der tatsächliche Bestand an geförderten Wohneinheiten (WE) in Norderstedt?

Wie viele Wohnungen in wie vielen Objekten werden nach dem derzeitigen Stand innerhalb der kommenden 5 Jahre aus der Sozialbindung fallen?

In welchen Straßen liegen die betroffenen Objekte (jeweils mit Anzahl der Wohnungen)?

Wie hoch ist der Bedarf an neu zu schaffenden geförderten WE?

Was gedenkt der Bürgermeister, hinsichtlich der Förderung des sozialen Wohnungsbaus zu unternehmen ?

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 19.05.2004, 10:48 Uhr - 4821 Clicks - Nr. 281*

MdB Ulrike Mehl: Innovationskongress der SPD-Bundestagsfraktion

veröffentlicht in der Eckernförder Zeitung am 19.05.04
Zeit für Innovationen – Impulse für Deutschland
Fortschritt und Innovation in Wirtschaft und Gesellschaft sind traditionelle Triebfedern von inzwischen mehr als 140 Jahren sozialdemokratischer Politik in Deutschland und sie sind auch jetzt unsere Antwort auf die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft.
Deshalb veranstaltete die SPD-Bundestagsfraktion in der vergangenen Woche den Kongress „Zeit für Innovationen – Impulse für Deutschland“.
Wir wollen Akzente in der aktuellen Debatte setzen und insbesondere die Zusammenhänge der technologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Dimensionen von Innovation aufzeigen. Denn für uns kann nur eine Innovationspolitik, die alle diese Dimensionen angemessen berücksichtigt, auch in Zukunft dafür sorgen, dass materieller Wohlstand gerecht verteilt wird und für alle Bürger zugleich die Grundlage für die Entfaltung ihrer ganz persönlichen Potenziale und Lebensvorstellungen sein kann.
Wir müssen die in unserer Gesellschaft vorhandenen Potenziale an Kreativität und Leistungsbereitschaft besser fördern und nutzen, wenn wir in Deutschland den Wohlstand für die Zukunft sichern wollen. Schulabgänger ohne Abschluss oder Ausbildungsplatz, gut ausgebildete Frauen ohne Berufschancen wegen fehlender Betreuungsmöglichkeiten oder frühverrentete Arbeitnehmer, deren Leistungsbereitschaft für Jahre oder Jahrzehnte ungenutzt bleibt – auch das sind vergebene Chancen für die Zukunft unseres Landes.
In einer zusammen wachsenden Welt mit offenen und dynamischen Märkten sind Innovationen - neue Produkte und Dienstleistungen, neue Verfahren und Lösungen - heute mehr als jemals zuvor Grundlage und Voraussetzung unseres künftigen materiellen Wohlstands. Solche technischen und ökonomischen Innovationen kann die Politik nicht verordnen, sie entstehen in kreativen Köpfen und Forschungseinrichtungen, in risikobereiten, vorausschauend agierenden Unternehmen.
Die Politik kann gezielte Impulse und stimulierende Rahmenbedingungen geben und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass in Deutschland und von Deutschland aus die Wege von der

Idee zum Produkt und vom Produkt zum Verbraucher beziehungsweise Nutzer kürzer werden und schneller und effizienter zurückgelegt werden. Damit werden wir gleichzeitig die Standortqualität für die Anbieter und die Lebensqualität für die Nutzer innovativer Produkte und Dienstleistungen steigern.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 21.05.2004, 08:48 Uhr - 628 Clicks - Nr. 282*

HDW



Die Vorsitzenden des SPD-Kreisverbandes und der SPD-Ratsfraktion Rolf Fischer und Cathy Kietzer erklären zu der von der US-Finanzgesellschaft One Equity Partners (OEP) und der Essener ThyssenKrupp AG unterschriebenen Absichtserklärung zur Zusammenlegung der Schiffbau-Aktivitäten:
"Die Übernahme der HDW durch die Essener ThyssenKrupp AG begrüßen wir grundsätzlich. Für den Werftenstandort hoffen wir auf eine verstärkte Kooperation mit den anderen Werften in Kiel."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 21.05.2004, 08:49 Uhr - 613 Clicks - Nr. 283*

SPD fordert Bericht der Heimaufsicht



Der sozialpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Thomas Wehner erklärt:
"Die SPD-Ratsfraktion hat den Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses gebeten, die Angelegenheit "Henri-Dunant-Heim" im Krummbogen in die Tagesordnung für die nächste Gesundheitsausschusssitzung aufzunehmen.
Die Heimaufsicht soll dem Ausschuss Bericht erstatten.
In der SPD-Ratsfraktion wird der Arbeitskreis Soziales am kommenden Mittwoch über die veränderte Situation der Pflege in Kiel beraten."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 21.05.2004, 08:51 Uhr - 815 Clicks - Nr. 284*

Wehrpflicht soll bleiben - Dienstpflicht umstritten



Einigkeit beim Themenforum der SPD-Fraktion
Gesine Schwan war zur selben Zeit in der Halle 400 und dennoch fanden fast 40 Interessierte den Weg in den Ratssaal zum Themenforum: Wehrpflicht, Dienstpflicht oder was? der SPD-Ratsfraktion. Von daher zeigte sich SPD-Ratsherr Bernd Vogelsang, der die Veranstaltung am letzten Montag moderierte, zufrieden.
"Es gibt keine objektiven Gründe, die Wehrpflicht in Frage zu stellen. Der Wehrdienst sollte für die Pflichtigen attraktiver gestaltet werden.

Freiwilligendienste sollten gefördert und auch zunehmend von älteren Menschen geleistet werden. Die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht stößt auf verfassungsrechtliche Bedenken. Für Zivildienstleistende sollte es ebenso eine freiwillige Verlängerung der Dienstzeit, mit besseren Konditionen gegeben, wie dies bereits für Wehrpflichtige der Fall ist. Frei nach Scharnhorst: Die besten Verteidiger des Staates sind seine Bürger, ungeachtet der Herkunft und des Standes." Dieses sind die wichtigsten Wortbeiträge des mit
MdB Dr. Hans-Peter Bartels - Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages,
Dieter Hackler - Bundesbeauftragter für den Zivildienst BMFSFJ,
Udo Fröhlich - Landesgeschäftsführer der Paritätischen - Schleswig-Holstein und
Dr. Arno Roßlau - Generalarzt, Kommandeur SAN-Kommando I Kiel
fachkundig besetzten Podiums.
Vereinzelte Forderungen aus dem Publikum nach Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht, ohne die Wehrpflicht in Frage zu stellen, wurden mit dem Hinweis auf die dafür erforderliche Verfassungsänderung zurückgewiesen.
Ungeteilte Übereinstimmung zwischen Podium und Publikum gab es bei der Frage, dass die Kommunen etwas für die Wehrpflichtigen, die zum Teil weit von ihren Heimatorten ihren Dienst verrichten müssen, tun sollten. Auch der Bundesbeauftragte Hackler begrüßte diese Haltung und bedauerte die Abweisung der SPD-Initiative für einen Freizeitpass durch die CDU-geführte Ratsmehrheit.

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 21.05.2004, 08:57 Uhr - 815 Clicks - Nr. 285*

Anneliese Hadinek in der Sprechstunde der SPD am 27.05.2004

Anneliese Hadinek, bürgerliches Mitglied im Ausschuss für Schule und Kultur der Stadtvertretung Bad Segeberg, wird in der Sprechstunde der SPD-Fraktion am 27.05.2004 von 16.00 - 17.30 Uhr anwesend sein.
Anneliese Hadinek wird waehrend dieser Zeit auch unter der Telefonnummer 04551-964-348 im Rathaus erreichbar sein.
Thema dieser Sprechstunde werden lokale Erfahrungen der Bürger und Bürgerinnen der Stadt Bad Segeberg mit der Gesundheitsreform und den Veränderungen, die ab 01.01.2004 in Kraft sind, sein.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 24.05.2004, 20:16 Uhr - 2336 Clicks - Nr. 286*

Hartz IV

SPD unterstützt "Arbeitsgemeinschaftsmodell" und besteht auf weiterer Förderung des "Zweiten Arbeitsmarktes in Kiel"

Auf der Sitzung des Kreisausschusses hat die Kieler SPD einen Grundsatzbeschluss zur Umsetzung des sog. "Hartz IV"-Programms getroffen. Nach engagierter Diskussion und ohne Gegenstimmen nahmen die Delegierten des "höchsten Gremiums zwischen den Parteitagen" (Satzung) die vorgelegte Erklärung des SPD-Kreisvorstandes an.
Dazu erklärte SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer: "Wir begrüßen ganz ausdrücklich das "Kieler

Modell" und die Geschäftliche Mitteilung des Sozialdezernenten Möller. Kiel ist "Pilotstadt" für die Umsetzung von "Hartz IV"; die SPD legt sich auf das sog. Arbeitsgemeinschaftsmodell fest und wird diesen Kurs weiter politisch unterstützen.

Wenn aber Schwarz-Grün im Schatten von Hartz IV die KIBA schleifen will, werden sie mit unserem entschiedenen Widerstand rechnen müssen. Wir benötigen auch und gerade bei Hartz IV einen funktionierenden aktiven "zweiten Arbeitsmarkt", damit mehr Menschen eine Berufsperspektive erhalten. Dort sind heute mehrere hundert Menschen in Arbeit, die ihnen die Stadt nicht nehmen darf. Die Rahmenbedingungen für die KIBA sind durch die Hartz-Reform keineswegs schlechter geworden. Sie kann nicht der Grund sein, dass CDU und Grüne offensichtlich die KIBA und damit den zweiten Arbeitsmarkt in Kiel lahm legen wollen."

*Die Kieler SPD-Erklärung zu "Hartz IV" finden Sie **HIER***

Keine Kommentare

SPD-Lübeck - *veröffentlicht am 25.05.2004, 15:06 Uhr - 1629 Clicks - Nr. 287*

Zukunft der Jugendaufbauwerke kreisübergreifend sichern





Die Zukunft der Jugendaufbauwerke muss kreisübergreifend, also regional angegangen werden. Das ist das Fazit eines Treffens der SPD-Kreisvorstände aus Ostholstein und Lübeck in der vergangenen Woche in Neustadt. Besonderer Gast dieses Treffens war der Leiter des JAW Lensahn, Hans-Rudolf Osbahr.

Landesweit sind die Jugendaufbauwerke in der Bredouille, nachdem das OLG Düsseldorf in einem Beschluss Ende des vergangenen Jahres die Beteiligung von JAWs in öffentlicher Trägerschaft an Ausschreibungen von Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit untersagt hatte.
In dieser Angelegenheit hatte sich der ostholsteinische SPD-Kreisvorstand bereits im März dieses Jahres mit dem Leiter des JAW Oldenburg Jürgen Broer getroffen und nach Lösungsmöglichkeiten gesucht.

Auf dem Treffen der beiden Kreisvorstände aus Lübeck und Ostholstein, mit dem gleichzeitig die Tradition gemeinsamer Kreisvorstandssitzungen (4. Treffen) fortgesetzt wurde, informierten die Lübecker Sozialdemokraten die Ostholsteiner über die jüngsten Entwicklungen in der Hansestadt Lübeck.
Durch Grünndung einer Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Lübeck (BQL) in der die Vorwerker Heime der Diakonie Hauptgesellschafter sind und die Kommune zum einen nur eine Minorität der Gesellschaftsanteile besitzt und zum anderen keinerlei Gewährträgerhaftung übernimmt, kann sich die neu gegründete, voll insolvenzfähige Gesellschaft an den Ausschreibungen der Bundesagentur für Arbeit beteiligen. "Die Hansestadt Lübeck hat damit insbesondere unter Mitwirkung der Lübecker Sozialdemokraten schnell und vorausschauend gehandelt", ist der Lübecker SPD-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Wolfgang Baasch fürs Erste zufrieden.
Ob dieses Beispiel auch eine Lösung für die beiden ostholsteinischen JAWs sein kann, muss allerdings nach Meinung der ostholsteinischen SPD-Kreisvorsitzenden Regina Poersch noch geprüft werden.

Einig sind sich die beiden SPD-Kreisvorsitzenden Wolfgang Baasch und Regina Poersch darin, dass sich die JAW-Landschaft in Schleswig-Holstein verändern wird: "Die JAWs werden sich verselbständigen, um weiterhin an Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit beteiligt zu werden. Dabei sollten JAWs aber nicht nur von der Bundesagentur für Arbeit 'leben' wollen, sondern sich auch neue Betätigungsfelder erschließen." Teilweise geschehe dies schon heute.
Unterm Strich müsse aber die Qualität stimmen. Hierfür werde qualifiziertes Personal benötigt, das nicht zum Nulltarif zu haben sei. Ziel müsse es sein, niemanden durch das gesellschaftliche Netz fallen zu lassen. Junge Menschen, die auf die Starthilfe der JAWs angewiesen sind, müssen diese auch in Zukunft erhalten.

Sinnvoll erscheinen den beiden SPD-Politikern regionale Bündnisse - nicht zuletzt auch dazu diente das gemeinsame Treffen.

Keine Kommentare

Jusos Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 25.05.2004, 23:16 Uhr - 3528 Clicks - Nr. 288*

Klasse Stimmung auf der Europa-Info-Tour der Jusos Rendsburg-Eckernförde

Am Samstag, dem 22.5.2004, fand ein Bootstörn der Jusos Rd-Eck auf der Eckernförder Bucht statt, bei der sich junge und junggebliebene Leute über Europa informieren konnten.

Willi Piecyk, MdEP und Jannis Sakellariou, MdEP informierten die 67 Gäste zunächst im Forum über Ihre Arbeitsschwerpunkte (Schiffssicherheit und Frieden). Zusätzlich gingen sie noch besonders auf die Frage „Regionen in Europa“ ein. „Wenn man sich auf der Straße mit den Menschen unterhält, hat man den Eindruck für viele ist Europa >>da in Brüssel<<.“, formulierte Ulf Daude das größte Problem, wenn man über Europa diskutiert. Dabei wird leider sehr häufig vergessen, dass Europa sehr stark von den Regionen geprägt wird und Europa die Regionen prägt. Daher zog Willi Piecyk auch immer einen Bogen von allgemeinen europäischen Themen zu unserer Region. „Das Prestige-Unglück vor der spanischen Küste hätte auch ohne weiteres die Eckernförder Bucht treffen können. Der Tanker ist in Russland ausgelaufen, passierte die Ostsee und den Nord-Ostsee-Kanal und fuhr dann über die Nordsee und den Ärmelkanal bis zur Unglückstelle. Es war nichts anderes als Glück, dass es nicht die deutsche Küste getroffen hat. Daher müssen wir uns für ein Verbot von Ein-Hüllen-Tankern und die Lotsen-Pflicht in schwierigen Gebieten der Ostsee (z.B. Kadett-Rinne) stark machen“, beschrieb Willi Piecyk.

Mit dem Thema „Frieden in Europa und der Welt“ erläuterte Jannis Sakellariou die Positionen der SPD und der sozialdemokratischen Parteien im Europaparlament und ihre Verknüpfung zu den Regionen. „Wenn es nach Frau Merkel und der CDU gegangen wäre, patrouillierten und kämpften heute deutsche Soldaten im Irak. Wie in Afghanistan wären dort höchst wahrscheinlich auch unsere Soldaten aus Schleswig-Holstein und Rd-Eck dabei!“, so Jannis Sakellariou.

Nach ihren Einführungen in europäische Themen standen die beiden Europa-Abgeordneten und die Jusos Rendsburg-Eckernförde ganz den Gästen für Gespräche zur Verfügung. Während man das schöne Wetter genießen konnte und die malerische Landschaft Eckernförder Bucht vorbei zog, fanden sich immer wieder neue kleine Gruppen zusammen, die sich über große und kleine Fragen informierten und mit uns diskutierten. Bei der Rückkehr und dem Anlegen im Eckernförde Hafen hörte man vielerorts ein „Schade, schon zu Ende?“. Besonders toll war aber, dass die Gespräche

untereinander und mit uns nicht mit dem Anlegen beendet wurden. Eine ganze Weile standen noch Leute auf der Hafenmole an der „MS Seebad Borby“ und unterhielten sich über Europa.

Somit haben wir nicht nur einen schönen Bootsausflug auf der Eckernförder Bucht erlebt, sondern auch viele Fragen beantwortet, Ängste genommen und für Europa interessiert. An den strahlenden und entspannten Gesichtern unserer Gäste konnte man ablesen, dass Europa und Rendsburg-Eckernförde ein Stück weiter zusammen gewachsen sind.

Ulf Daude

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 26.05.2004, 09:37 Uhr - 757 Clicks - Nr. 289*

SPD für flexibles Spielplatzkonzept



Die jugendpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Gesa Langfeldt erklärt: "Die Spielplatzplanung und -sanierung ist mit Sorgfalt zu betrachten. Vorhandene Flächen sollten möglichst erhalten und Flächenveräußerungen sorgfältig beurteilt werden.
Verkaufserlöse erzielen darf dabei nicht die oberste Maxime sein. Die Stadtteile entwickeln sich ständig. In Wohnquartieren, wo heute kein Spielplatz mehr gebraucht wird, besteht bei einem "Generationenwechsel" in der Anwohnerschaft in wenigen Jahren neue Nachfrage durch junge Familien. Diese Faktoren sollten von der Verwaltung beobachtet werden und in eine turnusmäßige Berichterstattung einfließen.
Die SPD-Fraktion wird beim Umgang mit den Spielplätzen darauf achten, dass diese dort bestehen bleiben, saniert und wenn möglich verbessert werden, wo aktueller und kurzfristiger Bedarf besteht. Wir erwarten von der Verwaltung, dass sie bei allen Maßnahmen frühzeitig die Ortsbeiräte beteiligt. Die Einbindung von Kindern und Eltern bei der Spielplatzsanierung und -verbesserung in ihrer Nachbarschaft kann nach unseren Vorstellungen noch verstärkt werden. Im Übrigen sieht die SPD-Ratsfraktion auch die Wohnungsgesellschaften in der Pflicht, für attraktive und sanierte Spielplätze zu sorgen."

Keine Kommentare

SPD-Norderstedt - *veröffentlicht am 26.05.2004, 13:25 Uhr - 1379 Clicks - Nr. 290*

Abschied von der „zusammenwachsenden Stadt“

„Die Ausführungen des Bürgermeisters haben mehr neue Fragen als konkrete Antworten gebracht.“, so der Sprecher der SPD-Fraktion, Thomas Jäger.
Bürgermeister Grote hatte in der Stadtvertretersitzung am Dienstagabend auf Drängen der SPD seine Vorstellungen von einer „Wachsenden Stadt“ erläutert.

„Herr Grote redet viel von der „Wachsenden Stadt“, aber wo ist die Vision für eine zusammenwachsende, für eine gemeinsam wachsende Stadt? Wir wollen ein Norderstedt für alle, nicht für die Besserverdienenden allein. Der Bürgermeister bietet kein Modell zur sozialen Stadtentwicklung. Es ist nicht sichtbar, wie dem Auseinanderdriften unserer Stadt entgegengewirkt

werden soll.“
Die Verantwortung für den sozialen Wohnungsbau allein auf das Land abzuschieben, so wie Grote es tue, greife zu kurz: Die Stadt müsse attraktive Flächen für mögliche Bauträger bereitstellen und vorhandene Wohnviertel qualitativ aufwerten. Ein Großteil der Verantwortung liege somit bei der Stadt.

In Norderstedt nimmt der Neubau öffentlich geförderter Wohnungen für einkommensschwache Haushalte gegenwärtig stark ab. Gleichzeitig verringert sich der Bestand an Sozialwohnungen durch das Auslaufen der sog. Sozialbindung. Dies führt mittelfristig zu einer Verknappung preiswerten Wohnraums und gefährdet die soziale Wohnraumversorgung in Norderstedt.
So sei die Stadt nach Beschluß der CDU-Mehrheit aus dem Projekt „Generationsübergreifendes Wohnen“ ausgestiegen, die dafür im Haushalt vorgesehenen Mittel wurden einfach gestrichen.

„In einer Stadt wie Norderstedt brauchen wir ein breites Angebot an Wohnungen, die auch für Familien und Senioren mit kleineren Einkommen bzw. Renten bezahlbar sind. Was wir erleben ist das Gegenteil einer vorsorgenden Wohnraumpolitik – wenn der Bedarf an Sozialwohnungen akut wird und erst dann von Seiten der Stadt reagiert wird, ist das schlichtweg zu spät. Die begonnene soziale Spaltung der Stadt darf nicht auch noch in der Stadtentwicklung festgeschrieben werden.“, so Jäger abschließend.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 27.05.2004, 13:42 Uhr - 650 Clicks - Nr. 291*

Heinrichs beglückwünscht Kieler Fährlinien zu guten ADAC-Bewertungen

Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Achim Heinrichs erklärt zum guten Abschneiden der "Stena Germanica" und der "Prinsesse Ragnhild" beim ADAC Fährentest: "Herzlichen Glückwunsch an die Reedereien Stena Line und Color Line zu dem guten Abschneiden!.
Wir freuen uns, dass der gute Sicherheitsstandard der Kieler Fährlinien durch den ADAC anerkannt wird. Die gute Benotung würdigt mit Recht den Einsatz von Schiffsführungen, Crew und Reeder für sichere Fährverbindungen und stärkt den Passagier- und Fährhafen Kiel."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 27.05.2004, 13:43 Uhr - 622 Clicks - Nr. 292*

Möller zum Flughafen: Lenkungsgruppe hat Fahrt aufgenommen!



Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion Alexander Möller ist Mitglied der Lenkungsgruppe Flughafen Kiel-Holtenau. In dieser Funktion äußert er sich zum Flughafen:
"Gestern haben wir eine ausführliche und teilweise leidenschaftliche Debatte mit Bürgerinnen und Bürgern Holtenaus zur Zukunft des Kieler Flughafens geführt. Dabei sind Fragen gestellt worden, die wir heute in die Sitzung der Lenkungsgruppe mitgenommen haben und die bereits in der letzten Woche eine Rolle in der Öffentlichkeit gespielt haben.

So hatten die Prüfungen von Varianten, z.B. die Tunnellösung für die B 503 oder bestimmte Start- und Landebahnen, für Verwirrung und Unverständnis gesorgt. Diese Prüfungen sind jedoch rechtlich notwendig; denn sollte sich der Kieler Flughafen für eine Variante des Ausbaus entscheiden, muss er aber belegen können, warum er diese und nicht eine andere wählt. Dabei werden auch Prüfungen durchgeführt, die im Gegensatz zu unserem politischen Willen stehen. Das ist uns bewusst, ändert aber nichts an diesem Willen sowie an ihrer rechtlichen Notwendigkeit.
Die SPD-Fraktion wird in ihrer nächsten Sitzung über Verbesserungen der Transparenz im Verfahren diskutieren und Vorschläge dazu erarbeiten. Dies gilt für die Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden genauso, wie für die Informationen der Bürgerinnen und Bürger Kiels."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 27.05.2004, 13:45 Uhr - 632 Clicks - Nr. 293*

Möller und Lindner zur Schlossstraße: Investoren unterstützen



Die SPD-Fraktion stellt in der Juni-Ratsversammlung einen Antrag zur Sanierung der Schlossstraße in der Innenstadt. Dazu erklären der stellvertretende Vorsitzende Alexander Möller und der baupolitische Sprecher Cai-Uwe Lindner:
"Die Entwicklung der Innenstadt muss weiter vorangetrieben werden.
Die nahezu fertige bauliche Aufwertung von Kehden- und Küterstraße sowie neuer Bootshafen zeigen, dass hier städtbauliche Qualität entsteht. So gewinnt Kiels Innenstadt mehr und mehr an Attraktivität.
Die Kaufleute und Investoren in der Innenstadt, zum Beispiel der Investor des Kieler Schlosses, brauchen ein sehr gutes Umfeld. Dazu gehört auch die Schlossstraße. Deshalb möchte die SPD-Fraktion wissen, wann und in welcher Form wir mit der Sanierung und Aufwertung der Schlossstraße rechnen können.
Wir stellen eine Fixierung der Oberbürgermeisterin auf Großprojekte fest. Das mag spektakulärer sein als die vielen kleinen Schritte. Aber die braucht unsere Stadt."
***
Antrag zur Ratsversammlung am 10.6.2004
Betreff: Schloßstraße
Antrag:
Die Ratsversammlung möge beschließen:
Die Verwaltung wird gebeten, dem Bauausschuss am 12.08.2004 über den aktuellen Stand der Aufwertung und Verbesserung der baulichen Situation der Schlossstraße zu unterrichten. Dabei sind die Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen mit den Anliegern darzustellen und - sofern erforderlich - alternative Szenarien einschließlich ihrer Finanzierung zur Abwicklung der Umbaumaßnahme vorzulegen.
Begründung:
Insbesondere nach den Bauabsichten des CITTI-Marktes an der Stadtperipherie ist es notwendig, zur Erhaltung des Urbancharakters der Innenstadt, diese baulich aufzuwerten und zu verbessern. Dafür sind mit dem Ausbau der Kehden- und der Küterstraße gute Beispiele gelungen.
Die Schlossstraße als wichtige Verbindungsstraße zwischen Holstenstraße, dem Alten Markt und der Altstadt mit dem Schloss, zeigt sich seit Jahren in armseligem Zustand. Die Geschäftsleute beklagen dies seit langem, die Besucherfrequenz und die Geschäftstätigkeit ist stetig zurückgegangen.

Leerstehende Läden bezeugen dies.
Die Stadtverwaltung hat im Jahre 2000 damit begonnen, ein Konzept zu entwickeln, um unter Einbeziehung der Eigentümer und Geschäftsleute eine Verbesserung zu erreichen. Wegen anderer Prioritäten ist dieses nicht weiter entwickelt worden, sondern ein Provisorium hat lediglich die gröbsten Schäden abgedeckt. Nunmehr ist es Zeit, auch die Schlossstraße in einen Zustand zu versetzen, der auch den Ambitionen der neuen Eigentümer des Schlosses entgegen kommt.

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 27.05.2004, 23:24 Uhr - 6544 Clicks - Nr. 294*

Pressemitteilung der SPD-Norderstedt v. 27.05.2004

SPD-Bildungspolitik in Schleswig-Holstein –
Die Norderstedter Beschlüsse zur Bildungszukunft und ihre Umsetzung in Norderstedt

Die "Norderstedter Beschlüsse" der SPD-Schleswig-Holstein vom 7. März 2004
sind die Reaktion auf die Ergebnisse der PISA-Studie.
Die hat gezeigt, dass zum Beispiel das gegliederte deutsche Schulsystem langfristig nicht zukunftsfähig und vor allem nicht chancengerecht ist.
Maßnahmen, wie die Einführung der "Verlässlichen Grundschule" und der "Offenen Ganztagsschule" sind wichtige Schritte zur Weiterentwicklung unserer Schulen.
Daneben hat der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag eine Initiative ergriffen, die die Stellung der Schulen als kommunale Einrichtungen stärken soll.
Elisabeth Kühl, Kandidatin für die Bürgermeisterinwahl am 13. Juni und
Dr. Henning Höppner, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, wollen darüber am Montag, 7. Juni um 20 Uhr im SPD-podium, Ulzburger Straße 308
mit Norderstedter Bürgerinnen und Bürgern reden.
Sie wollen an diesem Abend über die laufenden und für die Zukunft
angedachten Schritte zur Weiterentwicklung unseres Bildungssystems ebenso diskutieren, wie über deren Umsetzung auf der kommunalen Ebene.
Heiner Köncke
Ortsvereinsvorsitzender
27.05.2004

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 28.05.2004, 12:01 Uhr - 667 Clicks - Nr. 295*

Möller zu Autorennen: Will OB Autorennen durch Kiel?



Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller erklärt zu angeblichen Verhandlungen der Oberbürgermeisterin mit der FIA: "Verschiedenen Presseberichten der letzten Wochen konnten wir entnehmen, dass die Oberbürgermeisterin über die Veranstaltung eines Autorennens in Kiel verhandelt. Bislang hat sie darüber in keinem städtischen Gremium berichtet.
Kiel steht bislang für wasser- und naturnahen Tourismus. Damit können wir in Konkurrenz zu anderen Urlaubszielen wuchern. Das soll so bleiben. Kiel ist gerade dem Klimabündnis beigetreten, Klimaschutzstadt sind wir schon lange. Ökologische Aspekte sollten nicht völlig außer Acht gelassen werden bei unseren Bemühungen, unsere Stadt für

Gäste attraktiver zu machen. Ein Autorennen ist nicht das, was wir brauchen. Die Sucht nach Großereignissen und Großprojekten bei der Oberbürgermeisterin scheint zuzunehmen."
Kleine Anfrage von Alexander Möller
zur Ratsversammlung am 10.06.2004
Betreff: Auto Rennen durch Kiel

Kleine Anfrage:

Der BILD-Zeitung vom 7.5.2004 und den Lübecker Nachrichten vom 8.5.2004 sind zu entnehmen, dass die Oberbürgermeisterin sich um die Ausrichtung eines Rennens der Europameisterschaften 2005 der Tourenwagen in der FIA GT - Serie in Kiel bemüht.

Dazu stelle ich folgende Fragen:

1. Seit wann verhandeln Oberbürgermeisterin und/oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LHS Kiel mit den Ausrichtern der o.g. Veranstaltung?

2. Wo und mit welchem Kostenrahmen sollte nach Auffassung der Oberbürgermeisterin ein solches Rennen in Kiel stattfinden?

3. Welche Erfahrungen haben andere Städte mit einem solchen Rennen, insbesondere hinsichtlich der Kosten für die Stadt sowie der zu erwartenden Umweltbelastungen?

Keine Kommentare

SPD-Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 28.05.2004, 19:19 Uhr - 4586 Clicks - Nr. 296*

Schutz vor Gewalt in der Familie - Rechssicherheit für die Polizei



Zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes erklärt die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Anna Schlosser-Keichel:
Vor einem knappen Jahr haben wir im Schleswig-Holsteinischen Landtag über eine Änderung des Landesverwaltungsgesetzes diskutiert. Es geht dabei um ein sehr praktisches, lebensnahes, alltägliches Thema: Um Gewalt in der Familie und vor allem darum, welche Instrumente wir als Gesellschaft zur Verfügung stellen, um diejenigen zu schützen, die häusliche Gewalt erfahren.

Zur Bekämpfung häuslicher Gewalt tun wir in Schleswig-Holstein eine Menge. Insbesondere unser Kooperations- und Interventionskonzept KIK hat erhebliche Verbesserungen für die Opfer bewirkt. Das Instrument der Wegweisung hat sich in Schleswig-Holstein bewährt: Bereits seit zweieinhalb Jahren können bei uns Personen, die im häuslichen Bereich Gewalt anwenden, von der Polizei aus ihrer Wohnung verwiesen werden. Danach gilt ein Rückkehrverbot, das bis zu 14 Tagen dauern kann. Dieser Zeitraum soll es den Opfern häuslicher Ge-walt ermöglichen, sich in Ruhe über die persönliche Lebenssituation und das weitere Vorgehen Klarheit zu verschaffen. Außerdem können in diesen zwei Wochen anwaltliche Beratung, die Unterstützung von Beratungsstellen und gerichtlicher Rechtsschutz in Anspruch genommen werden.

Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt, dass mit der Änderung des Landesverwal-tungsgesetzes durch den Landtag nun die bisher in einem Erlass des Innenmi-nisters geregelte „Wegweisung“ gesetzlich

festgeschrieben wurde. Dadurch ist künftig für mehr Handlungssicherheit gesorgt. Dies war insbesondere von den Polizistinnen und Polizisten eingefordert worden, die sich täglich mit Gewalt im häuslichen Bereich auseinanderzusetzen haben.

Wichtig war uns dabei klarzustellen, dass Wohnungsverweis und Rückkehrverbot sich nicht auf die Wohnung allein beschränken, sondern auch auf den angrenzenden Bereich ausgedehnt werden können. Außerdem wurde geregelt, dass die Polizei gleichzeitig ein Betretungsverbot für Orte, an denen sich die Opfer der Gewalttätigkeiten unausweichlich aufhalten müssen, anordnen kann. So kann ausgeschlossen werden, dass die der Wohnung verwiesenen Täter ihren Opfern an der Arbeitsstätte oder am Kindergarten „auflauern".

Wichtig war uns bei dieser Gesetzesänderung auch, sicherzustellen, dass die Hilfeangebote tatsächlich bei den Betroffenen ankommen. Deshalb haben wir mit dem neuen Gesetz gewährleistet, dass die Polizei in Fällen häuslicher Ge-walt schnell und zuverlässig eine Beratungsstelle informiert, damit diese um-gehend Kontakt zu den Gewaltopfern aufnehmen und aktiv ihre Unterstützung anbieten kann. Denn Opfer häuslicher Gewalt benötigen in der Regel Beratung und Unterstützung, um den oft langjährigen Gewaltkreislauf unterbrechen zu können.

Mit der nun beschlossenen Änderung des Gesetzes werden Schutz und Unterstützung der von häuslicher Gewalt Betroffenen weiter verbessert. Der Landtag wird die Auswirkungen der neuen Regelung aufmerksam beobachten.

Keine Kommentare

Afa-Stormarn - *veröffentlicht am 01.06.2004, 15:01 Uhr - 869 Clicks - Nr. 297*

AfA für sozial gerechtes und einfaches Steuersystem

AfA im Dialog mit dem Finanzminister Schleswig-Holstein, Dr. Ralf Stegner und der Bürgermeisterin aus Ahrensburg, Ursula Pepper

Die Stormarner Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD setzt sich für ein sozial gerechtes und einfaches Steuersystem ein. Hierzu lädt die AfA am 15.06.2004, um 19.00 Uhr, ins Restaurant Strehl, in Ahrensburg ein. Über die Ansprüche an ein neues Steuersystem stehen der Finanzminister Schleswig-Holstein, Dr. Ralf Stegner und die Ahrensburger Bürgermeisterin Ursula Pepper für die Diskussion mit den BürgerInnen auf dem Podium.

„Für die ArbeitnehmerInnen ist es wichtig, die ganz konkreten Vorteile eines neuen, sozial gerech-ten und einfachen Steuersystem zu erfahren. Die Frage, ob die ArbeitnehmerInnen nach einer Steuerreform mehr oder weniger Geld im Monat zur Verfügung stehen haben, muss die Politik be-antworten", betont der AfA Kreisvorsitzende Nils Bolwig. „Hier muss die Politik Transparenz herstel-len, damit Vertrauen in eine Steuerreform wachsen kann!"

Die SPD AfA-Stormarn sieht die große Notwendigkeit, das ein sozial gerechtes und einfaches Steuersystem politisch auf den Weg gebracht wird. Es geht ganz konkret um die Handlungsfähigkeit der Kommunen und Gemeinden, die in die Lage versetzt werden müssen, die öffentliche Nachfrage in der Region stärken zu können. Neben der Betrachtung der Steuereinnahmesituation ist es wich-tig, das auch die Staatsausgaben auf den Prüfstand gestellt werden. Hier gilt es, die Steuerschlupf-löcher zu stopfen und für eine hohe Effektivität im Steuersystem, mit der Vermeidung von Steuer-verschwendung zu sorgen! Eine Prioritätensetzung der Staatsausgaben ist angesichts der Kassen-lage

auf dem ersten Blick nachvollziehbar, aber der Staat darf hier seine notwendige Handlungskompetenz nicht verlieren, bzw. außer acht lassen. Investitionen in Bildung, Soziales, Innere Sicherheit und Infrastruktur vertragen keine Aufschiebung auf bessere Zeiten. Es ist festzuhalten, das für einen handlungsfähigen Staat Steuereinnahmen unbedingt notwendig sind und deshalb nicht die richtige Zeit ist, über weitere Steuersenkungen zu reden, sondern das die starken Schultern (Bezieher hoher Einkommen) in der Gesellschaft einen größeren Teil zu leisten haben.

Keine Kommentare

SPD-Amtsverband Südangeln - *veröffentlicht am 01.06.2004, 22:13 Uhr - 1311 Clicks - Nr. 298*

Ohne Konzept, keine öffentlichen Gelder für alte Kreisbahntrasse

Ohne Konzept, keine öffentlichen Gelder für alte Kreisbahntrasse
Amts-SPD Tolk-Neuberend schaute auf erfolgreiches Jahr zurück

Amt Tolk/Neuberend- "Vor einem Jahr mussten wir auf der Mitgliederversammlung das negative Ergebnis der Kommunalwahl analysieren. Nach einer Zeit der Tränen, haben wir uns aber wieder stark der politischen Arbeit zu gewandt", begann der SPD-Amtverbandsvorsitzende Jörg Joosten aus Tolk seinen Jahresrückblick. "Wir haben aber aus dieser Situation das Beste gemacht. In Sachen Abwasserbeseitigung haben wir das Für-und-Wider eines Ausstieges der Gemeinden Taarstedt und Twedt diskutiert, und eine eindeutige Stellungnahme hierzu abgegeben", fuhr Joosten in seinem Jahresbericht fort, "wir sind heute wieder in einer Situation, wo wir mit Hilfe der durchgeführten Veranstaltungen ein klares politisches Profil abgeben, welches von den Menschen auch wahr genommen wird." Eines dieser Themen, mit denen sich im abgelaufenen Geschäftsjahr beschäftigt wurde, ist die katastrophale Gemeindefinanzsituation. "Es ist schon nicht mehr nachvollziehbar, warum der Amtsausschuss in Tolk so selten im Jahre 2004 getagt hat. In einer Situation wie heute, wo kaum noch eine Gemeinde im Amt Tolk ihren Haushalt ausgeglichen gestalten kann, muss doch auf der politischen Ebene im Amtshaus Tolk viel mehr gearbeitet werden", hatte Jörg Joosten kein Verständnis für diese ignorante Vorgehensweise der Amtsverwaltung Tolk.
Zur Schleswiger Umlandplanung, welches eigentlich Hauptthema auf der Mitgliederversammlung sein sollte, wurde deutlich, das zur Zeit kaum Fortschritte gemacht werden. Einig waren sich die Sozialdemokraten darin, das es Veränderungen nur auf einer freiwilligen Basis geben kann. Eine Verschmelzung mit Schleswig und eventuell noch anderen Ämtern "von oben" erteilte die Amts-SPD eine klare Absage. Als Sinnvoll ist es aber anzusehen in Teilen eine Veränderung mit dem Schleswiger Umland und der Stadt Schleswig durch zuführen. Hiervon sollten dann aber alle Beteiligten auch finanziell profitieren.
Einigkeit herrschte unter den Mitgliedern des Amtverbands in der Frage der Kreisbahnstrecke Süderbrarup-Kappel. "Ohne ein tragbares Konzept für die Nutzung der alten Kreisbahntrasse von Süderbrarup nach Kappeln, sollten keine öffentlichen Gelder in die Strecke gesteckt werden. Sicherlich hat die "Angelner Museumseisenbahn" eine touristische Bedeutung, jedoch sind die öffentlichen Investitionskosten in diese Strecke, für dann cirka 13 Fahrten im Jahr zu hoch", sagte Jörg Joosten zu der Diskussion um die Kreisbahnstrecke. Er befürchtet, das die umliegenden Ämter und Gemeinden zusammen mit der Stadt Kappeln nicht die finanziellen Möglichkeiten hätten, ein solches Finanzabenteuer für den Erhalt der Bahnstrecke einzugehen. Vielmehr plädierte Joosten für eine Sanierung der Bahnstrecke durch das Land Schleswig-Holstein, um dann in einer Ausschreibung durch

die Landesverkehrsservicegesellschaft (LVS) eine Nutzung zu bekommen, wie sie auf der Strecke Niebüll-Dagebüll besteht.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 01.06.2004, 22:17 Uhr - 2336 Clicks - Nr. 299*

Ortsbeiräte in Kiel

Angesichts des Vorschlages aus dem TEAM 26, die Zahl der Ortsbeiräte zu halbieren, startet die Kieler SPD eine umfassende Initiative zum Erhalt der Kieler Ortsbeiräte. Dazu erklärten SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer und SPD-Fraktionsvorsitzende Cathy Kietzer:

"Die Kieler SPD hat eine stadtweite Initiative zum Erhalt der 19 Ortsbeiräte gestartet. Wer die Kieler Ortsbeirate einschränken will, der legt die Axt an eine Wurzel kommunaler Demokratie! Für uns erhält die Sicherung unserer Ortsbeiräte deshalb höchste Priorität. Wir erwarten, dass die OB sich umgehend öffentlich von diesem Vorschlag distanziert und eine Zusage gibt, die Ortsbeiräte zu erhalten.
Unsere Initiative umfasst folgende Punkte:

1.
Wir bringen jetzt in allen 19 Ortsbeiräten folgenden Antrag ein, in dem wir "die OB bitten, den Vorschlag zur Halbierung der Zahl der Ortsbeiräte zu streichen. Eine Halbierung der Zahl und die damit verbundene regionale Ausweitung stellt den gewachsenen Stadtteilbezug infrage. Die Ortsbeiräte sind ein wichtiges Bindeglied zwischen den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort und der Stadtverwaltung, das der Transparenz und Vermittlung von Verwaltungsentscheidungen dient. Die Verringerung würde die Informations- und Kontrollrechte der Ortsbeiräte als Instrumente der Demokratie im Stadtteil entscheidend vermindern."

Im Ortsbeirat Neumühlen-Dietrichsdorf ist, dieser Antrag bereits einstimmig angenommen worden!

2.
Die Kieler Kreispartei spricht sich für den Erhalt aller 19 Ortsbeiräte aus! Wir erwarten entsprechende Aussagen auch von den GRÜNEN und der CDU-Kreispartei! Ob die Zahl der Ortsbeiräte bleibt oder nicht, ist in erster Linie eine kommunalpolitische Entscheidung. Und die muss und kann jetzt getroffen werden; auch deshalb, weil in den Ortsbeiräten bereits erste Irritationen über ihre Zukunft auftauchen.

3.
SPD-Ratsfraktion und Kreispartei bleiben skeptisch, auch wenn es bisher "nur" ein Vorschlag ist. Weil plötzlich und kurzfristig sog. "Vorschläge" als schwarzgrüne Anträge in der Ratsversammlung auftauchen, wird das Verfahren unberechenbar. Lenkt eigentlich der entsprechende Lenkungsausschuss?

4.
Die Kieler SPD wird umgehend Vorschläge zur Verbesserung der Ortsbeiratsarbeit vorlegen. Wir wollen ihre Zuständigkeiten und Rechte erweitern, mehr Mitsprache möglich machen und ihre Arbeit effektiver gestalten."

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 02.06.2004, 15:25 Uhr - 4874 Clicks - Nr. 300*

MdB Ulrike Mehl: Erfolg beim Zuwanderungsgesetz

veröffentlicht in der Eckernförder Zeitung am 2.6.04:
Wir brauchen ein Zuwanderungsgesetz, denn seit vielen Jahren ist Zuwanderung Realität in Deutschland. Seit 1954 sind rund 31 Millionen Menschen in die Bundesrepublik eingewandert, 22 Millionen haben unser Land allerdings im gleichen Zeitraum wieder verlassen.
Wir brauchen Fachkräfte aus dem Ausland. Da die Gesellschaft Deutschlands älter wird, werden wir auch in Zukunft auf Zuwanderung angewiesen sein. Spätestens ab 2010 wird auch die Zuwanderung jüngerer und gut ausgebildeter Menschen notwendig sein, wenn Deutschland seine Wachstumschancen auch langfristig ausschöpfen will.
Wir brauchen eindeutige Regelungen: Es geht darum, Zuwanderung zu steuern und zu begrenzen. Nun wird es erstmals ein Zuwanderungsgesetz geben, auch wenn es nicht der große Wurf ist, wie es ursprünglich von der Regierung geplant war. Allein, dass dieses Gesetz gegen die Union durchgesetzt wurde, darf als wichtiger Erfolg gewertet werden. An der Stelle muss sich Herr Stoiber fragen lassen, ob er einmal von ihm gegebene Zusagen der Beliebigkeit preisgeben und den Kompromiss platzen lassen will.
Der Kompromiss für das Zuwanderungsgesetz ruht auf vier Säulen; dem Bereich der Arbeitsmigration, der Integration, der humanitären Regelungen und dem Bereich sicherheitsrechtlicher Bestimmungen.

Folgende Eckpunkte wurden vereinbart:

- Geschlechtsspezifische Verfolgung wird als Asylgrund anerkannt und problematische Einzelfälle werden durch eine Härtefallkommission gelöst.
- Im Bereich der Arbeitsmigration wird eine flexible Steuerung entsprechend den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes eingesetzt.
- Die Kosten der Kurse für Ausländer, die der besseren Integration dienen, übernimmt der Bund. Ausländer, die nicht an den Kursen teilnehmen oder diese abbrechen, sollen mit spürbaren Sanktionen bestraft werden.
- Mit der Regelung zu einer Abschiebungsanordnung kann effizient auf Gefahrenpotentiale reagiert werden.
- Rechtsstaatliche und konsequente Reaktionen des Staates auf die Herausforderungen durch radikale und terroristische Gruppierungen werden eingeführt. Hierzu gehören die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Regelanfrage bei der Niederlassung und vor der Einbürgerung, sowie zwingende Ausweisungsregelungen bei Schleuserkriminalität und Ermessensausweisung für "geistige Brandstifter".

  Jetzt werden Gesetzesvorschläge für den Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat vom Bundesinnenministerium formuliert. Ziel ist es, bis spätestens Ende Juni im Vermittlungsausschuss einen Beschluss zu erreichen und das Gesetz am 9. Juli endgültig zu verabschieden.

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 02.06.2004, 16:38 Uhr - 940 Clicks - Nr. 301*

Stephan Weckwerth in der Sprechstunde der SPD am 03.05.2004

Stephan Weckwerth, nach einer Aenderung der Ausschuesse jetzt buergerliches Mitglied im Ausschuss fuer Jugend und Soziales, wird am Donnerstag, dem 03.06.2004, in der Sprechstunde der SPD-Fraktion von 16.00- 17.30 Uhr allen Buergerinnen und Buergern zur Verfuegung stehen.
Die Sprechstunde findet im Zimmer der SPD-Fraktion im Historischen Rathaus statt und Stephan Weckwerth ist dort waehrend dieser Zeit auch unter der Telefon-Nummer 04551-964-348 zu erreichen.

Thema dieser Sprechstunde wird der Stand der Planungen der Juedischen Gemeinde fuer den Umbau der Lohmuehle zum Gemeindezentrum sein und die damit verbundene vorgesehene Grundsteinlegung.

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 03.06.2004, 16:06 Uhr - 1077 Clicks - Nr. 302*

Willi Piecyk am 07.06.2004 in Bad Segeberg

Thema: Europa

SPD-Kreisverband Segeberg und SPD-MdB Franz Thönnes laden ein:

Thema: Europa

SPD-Kreisverband Segeberg und SPD-MdB Franz Thönnes laden ein:

Am 1. Mai hat sich die EU um zehn neue Staaten erweitert. Dies trägt zur Wahrung von Frieden und Stabilität auf unserem Kontinent bei. Am 13. Juni wird ein neues Europäisches Parlament gewählt. Kurz danach wird voraussichtlich eine Europäische Verfassung verabschiedet; ein in der Geschichte Europas einmaliges Ereignis. Vom größeren Binnenmarkt wird Deutschland besonders profitieren. Unser Export in die Beitrittsländer ist 2003 um knapp sechs Prozent gestiegen. Neun Prozent unserer Exporte gehen in diese Länder. Das ist mehr als in die USA.

Wir haben in Europa gemeinsame Werte. Das, was Europäisches Sozialstaatsmodell genannt wird, muss in Zukunft mit mehr Leben gefüllt werden. Wir wollen Solidarität und gemeinsame soziale Standards statt Wettbewerb um die niedrigsten Löhne und den Abbau von Arbeitnehmerrechten. Wir wollen Wettbewerb um die beste Qualität der Produkte und Dienstleistungen, nicht allein um die niedrigsten Kosten. Und wir wollen faire Partnerschaft zwischen den Tarifparteien und ein hohes Maß an Mitbestimmung der Beschäftigten, gerade in einer Zeit globalisierten Wirtschaftens, mit Umstrukturierungen und Standortverlagerungen von Unternehmen.

Diskussionsveranstaltung

Europa wirtschaftlich stark und sozial gestalten
- was bringen wir aus dem Norden ein?

mit

Willi Piecyk, MdEP
Spitzenkandidat der SPD Schleswig-Holstein

Frode Sørensen, Kopenhagen
Folketing-Mitglied, Dänischer Finanzminister a.D.,

Leif Jakobsson, Stockholm
Riksdags-Mitglied, Stellv. Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion

Moderation
Franz Thönnes, MdB
Parlamentarischer Staatssekretär

Montag, 7. Juni 2004, 19.30 Uhr
Bürgersaal, Rathaus Bad Segeberg

Für ein starkes und soziales Europa

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 03.06.2004, 21:59 Uhr - 4756 Clicks - Nr. 303*

MdL Neugebauer: Neue Chancen oder Verschlechterung für die Landwirtschaft?

Die SPD-Landtagsfraktion und der SPD-Ortsverein Büdelsdorf laden ein zu einer Fachtagung in das Bürgerhaus Büdelsdorf am 07. Juni 2004–15.00 bis 18.00 Uhr – zum Thema „Landwirtschaft und NATURA 2000 – Protestieren, aufgeben oder gestalten“.
Der SPD–Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer wird dazu die Referenten Margret Brahms und Rolf Sebelin aus dem Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft, Claus Ehlers, CDU–MdL, Vizepräsident des Schleswig-Holsteinischen Bauernverbandes und Dr.Georg Nehls vom NABU begrüßen können. Ab 17.00 Uhr ist eine Podiumsdiskussion zu den Referaten verabredet, an der unter der Moderation von Friedrich-Carl Wodarz, MdL–SPD, Konrad Nabel, MdL-SPD und umweltpolitischer Sprecher der SPD–Landtagsfraktion, Claus Ehlers, Vorsitzender des Agrarausschusses sowie die beiden Landwirte Bernd Pahl und Johannes Matthießen teilnehmen werden.
„Die Ausweisung von NATURA 2000-Gebieten, die Umsetzung der EU–Vogelschutzrichtlinie und die Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik führen zu Verunsicherung bei den Landwirten. Ursache u. a. sind Unkenntnis über Auswirkungen der Maßnahmen, Unsicherheiten über finanzielle Auswirkungen und Unverständnis bei konkreten Gebietsausweisungen,“ so Neugebauer, „ häufig wird aber auch seitens der Politik grundsätzlich Ablehnung gegenüber Natur- und Umweltschutz deutlich. Diese Fachtagung richtet sich gleichermaßen an Landwirte wie an Vertreter aus dem Naturschutzbereich, um durch einen fachübergreifenden Austausch darüber zu diskutieren, welche

Chancen die neue Agrar- und Umweltpolitik für den Landwirt bringt.“
Interessierte Bürger sind herzlich eingeladen.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 03.06.2004, 22:34 Uhr - 5176 Clicks - Nr. 304*

MdK Detlef Ufert: Verkauf des Schullandheims Wyk auf Föhr stößt auf Widerstand

Es sollte alles ohne viel Aufhebens über die Bühne gehen: Um die Finanzlöcher zu stopfen (zumindest teilweise) sollte unter anderem das kreiseigene Schullandheim in Wyk auf Föhr verkauft werden. Dabei war bereits letztes Jahr vom Landrat der Eindruck vermittelt worden, dass Kaufinteressenten vorhanden seien, den Verkaufserlös stellte man schon mal vorsorglich in den Kreishaushalt 2004 ein. Aufgrund des großen Haushaltsdefizits und um weitere Kürzungen von freiwilligen Leistungen an Vereine und Verbände zu verhindern, hatte auch die SPD schweren Herzens einem Verkauf zugestimmt. Buchungen der Schulen für 2005 werden seit diesem Jahr von der Verwaltung nicht mehr entgegengenommen.
Seitdem ist jedoch ein halbes Jahr vergangen, ein Käufer nicht in Sicht und Schulen und Eltern beziehen zunehmend Stellung gegen den Verkauf. So heißt es z.B. in einem gemeinsamen Schreiben der Grundschule Wattenbek, der Lindenschule Bordesholm und der Grundschule Brügge vom 14.5.04 „Wir können nicht nachvollziehen, dass wegen eines einmalig zu erzielenden Verkaufserlöses ein nicht rückgängig zu machender Schritt beschlossen worden ist. Ein Heim dieser Qualität und in dieser Lage wird der Kreis Rendsburg-Eckernförde nie wieder erwerben können.“
Die SPD-Kreistagsfraktion hat sich inzwischen mit zwei Anfragen an den Kreis gewandt, um die Diskussion um den Verkauf des Heimes noch einmal aufzurollen. Denn was geschieht, wenn sich das Schullandheim entgegen der Erwartung des Landrats nicht verkaufen lässt? Dann haben wir möglicherweise im nächsten Jahr ein leer stehendes Schullandheim, das den Kreis mehr kosten wird als bei einer Belegung mit Schulklassen. Zu diesem Ergebnis jedenfalls kommt die Verwaltung aufgrund unserer Anfrage: während 2003 ein Plus von ca. 5000 € in die Kreiskasse floß, würde ein Leerstand ein Minus von mind. 9000 € im Jahr bedeuten, Personalkosten nicht mitgerechnet. Das wäre eine absurde Situation, die nicht eintreten darf. Die SPD wird – bei allem Verständnis für die aktuellen finanziellen Zwänge des Kreises - darauf drängen, dass hier eine solide Planung und Politik gemacht wird. Beim Verkauf des Schullandheims Wyk auf Föhr sieht es danach nicht aus.
Kommentar von Jürgen Baasch vom 28.06.2004, 15:13 Uhr:
RE:MdK Detlef Ufert: Verkauf des Schullandheims Wyk auf Föhr
Prima, Detlef!
Der Kreis sollte wirklich nicht wegen einer augenblicklichen Finanzknappheit alles Tafelsilber verhökern. Wurde das Schullandheim doch seinerzeit auch gekauft, um Identität zu stiften und Heimatverbundenheit herzustellen. Das ist heute noch genauso wichtig wie damals. Übrigens: Initiator des Kaufes war der damalige Kreispräsident Reimer Struve (CDU).

Gruß
Jürgen

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 04.06.2004, 13:54 Uhr - 631 Clicks - Nr. 305*

Mehr Information und Transparenz durch Einwohnerversammlung



Die SPD-Ratsfraktion hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, in der nächsten Ratsversammlung, am 10. Juni, einen Antrag auf Einberufung einer Einwohnerversammlung zu stellen. Dazu erklärt der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion Alexander Möller: "Wir beantragen eine Einwohnerversammlung zum Flughafen Kiel-Holtenau. Ob wir den Flughafen ausbauen oder ihn in seiner jetzigen Form bestehen lassen, ist für alle Bürgerinnen und Bürger Kiels ein wichtiges Thema. Schließlich geht es in jedem Fall um Steuergelder. Deshalb soll zu der Einwohnerversammlung stadtweit eingeladen werden.

Besonders betroffen sind die Bürgerinnen und Bürger, die im Umfeld des Flughafens leben und arbeiten. So ist in der letzten Ortsbeiratssitzung in Holtenau deutlich geworden, dass es viele offene und zum Teil sehr spezielle Fragen gibt. Diese können nur die Fachleute beantworten. Sie und die Politik sollen den Bürgerinnen und Bürgern deshalb Rede und Antwort stehen.

Wir brauchen mehr Informationen und Transparenz, auch um bewusste und unbewusste Fehlinformationen künftig zu vermeiden. Deshalb fordern wir die CDU/Grünen-Koalition auf, sich unserem Antrag anzuschließen."
***

Antrag zur Ratsversammlung am 10.6.2004
Betreff: Einwohnerversammlung zum Flughafen Kiel-Holtenau
Antrag:
Es wird eine Einwohnerversammlung durchgeführt. Diese soll die Zukunft des Flughafens Kiel-Holtenau zum alleinigen Thema haben. Die Versammlung soll sich an alle Bürgerinnen und Bürger Kiels richten. Die Versammlung soll bis zum 31.8.2004 im Ratssaal durchgeführt werden.
Bei der Versammlung soll die Oberbürgermeisterin als Wirtschaftsdezernentin und Vertreterinnen und Vertreter der Ratsversammlung, des Flughafens sowie der beauftragten Firma Obermeyer als Gesprächspartner zur Verfügung stehen. Die Stadt Kiel lädt außerdem Vertreterinnen und Vertreter der IHK und andere aus der Wirtschaft hinzu.
Begründung:
Zur Erörterung wichtiger Angelegenheiten der Gemeinde soll nach der Gemeindeordnung mindestens einmal im Jahr eine Versammlung von Einwohnerinnen und Einwohnern einberufen werden. Sie muss einberufen werden, wenn die Ratsversammlung dies beschließt.
Die Zukunft des Flughafens Kiel-Holtenau ist zunächst für die Bürgerinnen und Bürger Kiels, die in seinem Umfeld leben, eine wichtige Angelegenheit. Wegen seiner Bedeutung für die Mobilität und wegen der entstehenden hohen Kosten bei einem möglichen Ausbau, hat seine Zukunft jedoch auch eine hohe Bedeutung für alle anderen Kieler. Deshalb soll sich die Versammlung an alle Bürgerinnen und Bürger Kiels richten.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 04.06.2004, 13:58 Uhr - 583 Clicks - Nr. 306*

SPD fordert Begleitmaßnahmen zur Verwaltungsreform



"Der laufende Prozess der Verwaltungsreform muss durch zusätzliche Personalmaßnahmen begleitet werden," fordern die SPD-Ratsmitglieder Cai-Uwe Lindner und Michael Wagner für ihre Fraktion. "Hierbei sind die Personalräte von vorneherein zu beteiligen." Beide Ratsherren erinnern daran, dass die bestehende Rahmendienstvereinbarung betriebsbedingte Kündigungen im Zuge der Verwaltungsreform ausschließt. Deshalb zieht die SPD den Abschluss eines Haustarifvertrages in Erwägung, um die mit den Reformaktivitäten unvermeidbare Personalreduzierung sozialverträglich zu gestalten. Zu den Maßnahmen könnten u.a. eine Ruhensregelung für Arbeitsverhältnisse bis zum Renteneintritt oder auch Auflösungsverträge mit Abfindungszahlungen gehören. Voraussetzung ist jedoch immer, dass der Arbeitsplatz wegfällt und die jeweilige Einzelmaßnahme einvernehmlich zwischen Stadt und Mitarbeiter vereinbart wird.

Lindner und Wagner weisen darauf hin, dass sich die Anzahl der Stellen nach Stellenplan von 6340 Stellen im Jahr 2001 um ca. 300 Stellen auf 6048 Stellen im Jahr 2004 gemindert hat. Im gleichen Zeitraum stiegen trotzdem die Personalkosten von 187,7 Mio € auf 193,7 Mio €. Die Personalkosten machten 2001 noch 33,1% des Verwaltungshaushaltes aus und 2004 bereits 34,1%. Begleitmaßnahmen sind angesichts der Rahmendienstvereinbarung unumgänglich, um eine Personalreduzierung zu ermöglichen und somit den Haushalt langfristig von Personalkosten zu entlasten. Nach ihren Berechnungen könnte allein eine Ruhensregelung bei einem niedrig angesetzten Jahresdurchschnittseinkommen von 30.000 € / Mitarbeiter und einer Einsparung von 20% innerhalb von 10 Jahren bei 1000 Mitarbeitern zu einer Einsparung von 60 Mio € für den Haushalt führen. Angesichts dieser Potenziale beantragt die SPD zur nächsten Ratsversammlung, dass die Oberbürgermeisterin derartige Begleitmaßnahmen prüft und ggf. den Abschluss eines entsprechenden Tarifvertrags veranlasst.

Anlage: Antrag zur RV am 10. Juni 2004

Ansprechpartner bei Rückfragen: Cai-Uwe Lindner (0431/607-2199 oder 0179-2090748)
***
Ratsversammlung am 10.6.2004
Betreff: Begleitmaßnahmen zur Verwaltungsreform
Antrag:
Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, im Rahmen des Verwaltungsreformprozesses und als Ergänzung zu bestehenden Regelungen, für die Arbeitnehmer/innen (z.B. Altersteilzeit) weitere Personalmaßnahmen zu prüfen und ggf. den Abschluss eines entsprechenden Haustarifvertrages zu veranlassen, um den mit den Reformbemühungen unmittelbar einhergehenden Personalabbau, durch Ruhen von Arbeitsverhältnissen bei Fortzahlung eines Einkommens und durch Auflösungsverträge mit Abfindungszahlung sozialverträglich gestalten zu können. Der Gesamtpersonalrat wird um eine Stellungnahme gebeten. Der Ratsversammlung ist zum 19. August 2004 zu berichten.
Begründung:

Im Rahmen des laufenden Verwaltungsreformprozesses sollen mit der Verfahrensregel 80/40 einerseits für bis zu 80% der wahrgenommenen Aufgaben Verbesserungsvorschläge gemacht werden und andererseits 40% der wahrgenommenen Jahresarbeitszeit mit Einsparvorschlägen zur Disposition gestellt werden. Es liegen inzwischen eine Vielzahl von Verbesserungs- und Einsparvorschlägen vor und für den Fall, dass die Jahresarbeitszeit deutlich gemindert werden kann, stellt sich die Frage, wie der Personalabbau bei wegfallenden Arbeitsplätzen angesichts der Rahmendienstvereinbarung organisiert werden kann, denn bislang stellte sich der Personalabbau und die Entlastung des Haushalts sehr uneffektiv dar.
Die Anzahl der Stellen nach Stellenplan hat sich von 6340 Stellen im Jahr 2001 um ca. 300 Stellen auf 6048 Stellen im Jahr 2004 gemindert. Im gleichen Zeitraum stiegen die Personalkosten von 187,7 Mio € auf 193,7 Mio €. 2001 machten die Personalkosten 33,1% des Verwaltungshaushaltes aus und 2004 bereits 34,1%.
Wenn weitere Aufgaben wegfallen und dadurch vermehrt Personalüberhänge entstehen, sollten diese nicht in einen "Personalpool" abgesteuert werden. Vielmehr muss über Angebote nachgedacht werden, die die nötigen Anreize bieten, dass der Personalabbau frühzeitig auf freiwilliger Basis und sozialverträglich stattfindet und eine spürbare Haushaltsentlastung zukünftig ermöglicht.
Ruhensregelung
Wenn man bei einem/r Arbeitnehmer/in von einen Jahresdurchschnittseinkommen von 30.000 € (niedriger Ansatz !) ausgeht, kann dies bei einer Ruhensregelung mit einer Einsparung von ca. 20% zu folgenden Beträgen führen:
Anzahl der AN
Einsparung / Jahr
Einsparung / 10 Jahre
1
6.000 €
60.000 €
50
300.000 €
3.000.000 €
100
600.000 €
6.000.000 €
500
3.000.000 €
30.000.000 €
1000
6.000.000 €
60.000.000 €

Auflösungsvertrag mit Abfindungszahlung

Die Rahmendienstvereinbarung sieht eine Kündigung aus betriebsbedingten Gründen nicht vor. Jedoch sollte den Arbeitnehmer/innen ein attraktives Angebot zur Auflösung ihres Arbeitsverhältnisses gemacht werden, um die Personalreduzierung bei Wegfall von Aufgaben auf freiwilliger Basis zu ermöglichen. Dieses Angebot richtet sich vor allem an jüngere Arbeitnehmer/innen, die auch in anderen Branchen noch eine berufliche Perspektive als Arbeitnehmer/in oder als Selbständige/r haben.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 04.06.2004, 14:05 Uhr - 599 Clicks - Nr. 307*

Wehner zu KIBA: SPD will Aktuelle Stunde!



Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und sozialpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Thomas Wehner erklärt:
"Die SPD will Aufklärung über die Pläne des Sozialdezernenten Stadtrat Möller zu der Zukunft des 2. Arbeitsmarktes in Kiel.
Er darf nicht schweigen, wenn öffentlich über die Zukunft der KIBA spekuliert wird. Deshalb beantragen wir für die nächste Ratsversammlung eine Aktuelle Stunde zu dem Thema "Arbeitsmarktpolitik in Kiel".
Die Äußerungen des CDU-Fraktionsvorsitzenden Weyher sprechen Bände. Weiß die CDU, welche Folgen sie für die Menschen ohne Arbeit in Kiel auslöst?"

Keine Kommentare

SPD-Lübeck - *veröffentlicht am 07.06.2004, 10:49 Uhr - 1619 Clicks - Nr. 308*

Forschungserfolg „Adulte Stammzellen"

Die Lübecker SPD begrüßt den Durchbruch, der bei der Forschung mit adulten (erwachsenen) Stammzellen am Universitätsinstitut der Hansestadt für Medizinische Molekularbiologie gelungen ist. Der SPD-Kreisvorsitzende Wolfgang Baasch und seine Stellvertreterin Cornelia Östreich (zugleich Vorsitzende der örtlichen AsF) gratulieren dem Team um Dr. Charli Kruse herzlich zu diesem sensationellen Erfolg, welcher bei der Therapie zahlreicher Krankheiten neue Wege weisen wird.

Dass nun aus Drüsengewebe von Erwachsenen – in einem Fall sogar von einem 74-Jährigen – wandlungsfähige Stammzellen gewonnen und medizinisch weiterentwickelt werden können, lässt darauf hoffen, dass die verbrauchende Embryonenforschung in Kürze immer weniger attraktiv und sogar überflüssig werden wird.
Zudem bedeutet der Durchbruch hinsichtlich adulter Stammzellen (AS) eine enorme Aufwertung des Forschungsstandortes Lübeck und eine Bestätigung für die internationale Qualität der hier geleisteten Arbeit.
Der Möglichkeit, dass Stammzellen von erwachsenen Menschen bereits defekte Gene besitzen, stünde bei der Verwendung embryonaler Stammzellen immerhin die Gefahr von Abstoßungs-reaktionen gegen das fremde Körpergewebe und ein erhöhtes Krebsrisiko gegenüber. Dabei ist die Gewinnung von AS ethisch weitestgehend unbedenklich: Der Entnahme von Körpermaterial muss ein erwachsener Patient auch bei vielen anderen Gelegenheiten zustimmen – warum also nicht zum Zweck einer Zelltherapie bei einer ernsthaften, bisher kaum heilbaren Erkrankung?
Ganz im Gegensatz hierzu stand bislang der „Verbrauch“, also die Vernichtung von Embryonen – selbst wenn diese im Einzelfall nicht dazu bestimmt gewesen waren, sich zu einem menschlichen Lebewesen weiterzuentwickeln. Der Verbrauch von Embryonen zu medizinischen Zwecken war in der SPD immer stark umstritten. Dies galt auch, als eine Alternative noch nicht unmittelbar greifbar schien und als seitens der internationalen Forschung wie nationaler Wirtschaftsinteressen teils erheblicher Druck ausgeübt wurde.

Insbesondere hat sich die Lübecker SPD und die AsF frühzeitig und deutlich gegen eine Lockerung des vergleichsweise strengen deutschen Embryonenschutzgesetzes ausgesprochen, bzw. eine Intensivierung der Forschung mit AS angeregt. Die Achtung vor dem ungeborenen Leben und die Weigerung dieses kommerziellen Interessen zugänglich zu machen, war dabei ein wichtiger Aspekt. Nicht minder wichtig war es jedoch, eine leichtfertige gesundheitliche Belastung von Frauen – als Spenderinnen von Eizellen für Versuche an Embryonen –auszuschließen. Inzwischen erfolgte Klonexperimente in anderen Teilen der Welt haben in dieser Haltung nur bestärken können. Wo eine laxere Auffassung vom Embryonenschutz herrscht, gibt es leider oftmals auch weit weniger Bedenken, Frauen für die medizinische Forschung „nutzbar zu machen“ und zu belasten.

Dieser fragwürdige Weg wird also in Deutschland mit Sicherheit nicht mehr beschritten werden müssen und dann auch international an Bedeutung verlieren. Macht es das an der Lübecker Uni entwickelte Verfahren doch möglich, nahezu „totipotente“ und überdies gut verträgliche Stammzellen vom jeweiligen Nutzer / der jeweiligen Nutzerin der Zelltherapie selbst zu gewinnen. Dass es zur Anwendungsreife einer solchen Methode Zeit und Geduld braucht, versteht sich von selbst. Dennoch darf man schon einmal zu dem Forschungserfolg gratulieren.
Unverständlich erscheinen dagegen alle Versuche, den in Lübeck erzielten Durchbruch kleinzureden oder auf eine weitere parallele Entwicklung der ethisch so fragwürdigen verbrauchenden Embryonenforschung zu dringen. „Verbrauchende Embryonenforschung ist so bald wie möglich aufzugeben“, stellen Baasch und Östreich klar. „AS-Behandlung aber sollte als hoffnungsvolle Therapieform bald zu einem umfassenden Einsatz gebracht werden – natürlich unter der Vorreiterschaft des Lübecker Forschungsteams und der angeschlossenen Einrichtungen.“

Keine Kommentare

SPD-Lübeck - *veröffentlicht am 07.06.2004, 11:24 Uhr - 1631 Clicks - Nr. 309*

gab-Auflösung übereilt und leichtfertig



Eine Diskussion über die zukünftigen Aufgaben der gemeinnützigen Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft (gab) in der Hansestadt Lübeck dürfen nicht leichtfertig und übereilt gefasst werden.

Richtig ist, dass die finanziellen Fragen über die Zukunft der gab und über die Finanzierung von Arbeitsmarktmaßnahmen im Moment noch nicht abschließend beantwortet werden können. Aber ganz sicher ist, dass auch nach dem 01. Januar 2005 für dann allein ca. 17.000

ALGII-Bezieher Aktivierungs- und Förderungsangebote vorgehalten werden müssen. Und wenn nur 25% der Betroffenen eine Chance auf Förderung und Aktivierung erhalten sollen, sind dies mehr als 4.000 Lübeckerinnen und Lübecker. Für diese Mammutaufgabe wird die Hansestadt Lübeck auch in Zukunft die gab mit ihren Erfahrungen brauchen. Dies hat auch Bundesminister Wolfgang Clement bei seinem Besuch in Lübeck am 01. Juni bestätigt.

Es ist schon ein Treppenwitz der Geschichte, dass alle Kommunalpolitiker in Lübeck über viele Jahre die Unterstützung des Bundes im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit auf kommunaler Ebene

eingefordert haben. Nun wird dies umgesetzt und die Stadt will sich im selben Atemzug ihrer Kompetenz auf dem Gebiet der Arbeitsmarktförderung entledigen. Dies ist keine vorausschauende Politik, sondern höchstens ein leichter Panikanfall, der aber leider auf dem Rücken der gab-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgetragen wird. Die Hansestadt Lübeck wird auch in Zukunft eine aktive und aktivierende Arbeitsmarktpolitik gestalten müssen.

Keine Kommentare

SPD-Rethwisch - *veröffentlicht am 07.06.2004, 12:57 Uhr - 588 Clicks - Nr. 310*

Neuer Sand für den Spielplatz



Es war an der Zeit, den Spielplatz in der Wiesenstraße einen neuen Glanz zu verleihen. Bei schönem Wetter hieß es am 04. Juni 2004, alle Mann (Frau) anpacken und den frischen Sand verteilen. Die Sandkiste ist jetzt wieder bis zu 45 cm tief mit neuem Sand befüllt worden, so dass nun die Kinder wieder richtig tolle Sandburgen bauen können. Armin Ehlert hat die losen bzw. fehlenden Nieten in der Rutsche ausgebessert, damit beim Rutschen keine Verletzungsgefahr mehr besteht. Für die Kleinsten hängt nun eine tolle Schaukel neben dem Autoreifen, so dass Groß und Klein gemeinsam um die Wette schaukeln können. An die Gemeindevertretung hier nur die Bitte, die morschen Balken des zweiten, zur Zeit nicht genutzten, Schaukelgestells zu erneuern, so dass hier das Spielangebot um eine weitere Schaukel erweitert werden kann.

Keine Kommentare

SPD-Rethwisch - *veröffentlicht am 07.06.2004, 13:02 Uhr - 607 Clicks - Nr. 311*

Summer Action



Mit den Jusos nach Amsterdam.
Auch in diesem Jahr braucht keiner Langeweile in den Sommerferien zu haben, denn die Stormarner Jusos organisieren vom 08.-11.Juli 2004, eine Studienfahrt nach Amsterdam. Auf dem Programm steht ein Treffen mit den holländischen Jusos, sowie Amsterdam zu erkunden. Übernachtet wird auf dem Campingplatz und die Fahrt kostet 50,- € (Achtung begrenzte Plätze).
Anmeldungen an Tobias von Pein, Tel.: 0174 - 69 95 249

Keine Kommentare

SPD-Rethwisch - *veröffentlicht am 07.06.2004, 17:32 Uhr - 574 Clicks - Nr. 312*

Die AfA lädt ein

Für ein sozial gerechtes und einfaches Steuersystem.

Wer kennt es nicht, die anscheint unmögliche Aufgabe den Lohnsteuerjahresausgleich zu bearbeiten? Wem kommt nicht die Wut hoch, wenn man in der Zeitung liest, das Vodafone vor hat , durch eine Teilwertabschreibung bis zu 25 Milliarden Euro Steuern einzusparen? Es wird hier sehr deutlich, dass wir ein neues, einfaches und sozial gerechtes Steuersystem benötigen. Deshalb lädt die Stormarner Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) alle recht herzlich zu diesem Thema ein, gemein-sam mit dem Finanzminister SH, Dr. Ralf Stegner und der Ahrensburger Bürgermeisterin, Ursula Pepper über dieses Thema zu diskutieren.

Am: 15. Juni 2004,
Um: 19.00 Uhr
Ort: im Restaurant Strehl,
Reeshoop 50,22962 Ahrensburg

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 07.06.2004, 20:31 Uhr - 1606 Clicks - Nr. 313*

SPD-Engelsby: Bauarbeiten haben begonnen

Es geht voran mit den Vorbereitungen für das neue Einkaufszentrum auf dem Gelände an der Engelsbyer Straße.



Nach umfangreichen Erdarbeiten wurden jetzt die Baukräne aufgestellt.
Somit wird in Kürze mit der Errichtung des Gebäudes begonnen.
Die Flensburger Sparkasse, Aldi und ein Edeka-Frischemarkt werden dort zusammen mit weiteren Geschäften einziehen.

Geplante Fertigstellung: Frühjahr 2005

Keine Kommentare

SPD-Rethwisch - *veröffentlicht am 08.06.2004, 11:24 Uhr - 771 Clicks - Nr. 314*

Girls Day im Bundestag



Nils Bolwig im Gespräch mit Regina Saloschin (18) aus Treuholz, sie schaute am Girls Day den Politikern in Berlin über die Schultern.

Nils:
„Regina wie bist Du auf die Idee gekommen, am Girls Day nach Berlin zu fahren?“
Regina:
„Der Ortsvorsitzende der Jusos Bad Oldesloe hatte mich auf die Idee gebracht. Er fragte, ob ich nicht Lust hätte, am Girls Day nach Berlin zu fahren, die SPD Fraktion des Bundestages lädt hierzu ein. Ich fand, dass es eine gute Chance wäre, sich die Arbeit der Politiker in Berlin einmal etwas genauer anzuschauen.“
Nils:
„Welche neuen Erfahrungen konntest Du im Bundestag sammeln?“
Regina:
"Ich fand es sehr interessant, wie abgeschottet dort alles ist. Ich denke nicht, dass die Politiker Angst haben müssen, dass ihnen etwas passiert. Besonders gut gefallen hat mir die Führung durch den Bundestag, ich habe vieles dazu lernen können.“
Nils:
„Wie würdest Du abschließend Deinen Tag beschreiben ?“
Regina:
„Anstrengend, aber alles in allem äußerst interessant und lehrreich.“
Nils:
„Ich danke für das Gespräch.“

Mitmachen kann bei den Jusos jede/r bis 35 Jahre, immer Mittwochs, um 18.00 Uhr, im SPD Büro, Rümpeler Weg 36, Bad Oldesloe.

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 08.06.2004, 14:27 Uhr - 907 Clicks - Nr. 315*

Walter Hyka in der Sprechstunde der SPD am 10.06.04

Walter Hyka, bürgerliches Mitglied im Ausschuss für Bauen und Umwelt, wird am 10.06.2004 in der Sprechstunde der SPD-Fraktion allen Bürgerinnen und Bürgern von 16.00 - 17.30 Uhr zur Verfügung stehen. Er ist während dieser Zeit auch unter der Telefon-Nummer 04551-964-348 zu erreichen. Thema dieser Sprechstunde wird die Planung der Bebauung im neuen Baugebiet des "Hof Meins" sein.

Walter Hyka ist hat für die SPD an zwei nicht -öffentlichen Workshops für die Planung der Bebauung dieses Gebietes teilgenommen und kann darueber berichten.

Der dritte, dann öffentliche Workshop wird gleichzeitig eine Veranstaltung zur frühzeitigen

Bürgerbeteiligung im Rahmen des Baugesetzbuches sein und wird am 23.06.2004 ab 18.00 Uhr im Bürgersaal des Rathauses stattfinden.

Alle Bürger sind hierzu schon recht herzliche eingeladen.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 08.06.2004, 16:09 Uhr - 1502 Clicks - Nr. 316*

SPD-Engelsby: Ganz schön dreist

Wer sich bei seinen Einkäufen oder beim Spazierengehen auf einer Parkbank in der Mozartstraße ausruhen möchte, hat zur Zeit schlechte Karten.
Unbekannte haben von sämtlichen Bänken die Befestigungsschrauben herausgeschraubt und entwendet.
Die Hölzer blieben liegen und wurden zwischenzeitlich vom TBZ sichergestellt und verwahrt.
Das TBZ bemüht sich mit dem Architekten intensiv um eine andere, diebstahlsichere Befestigungsvariante für die Sitzfläche und die Rückenlehne.

Bleibt zu hoffen, dass das schöne Wetter weiter anhält und die Bänke umgehend wieder aufgestellt werden.
Kommentar von Edmund Stoiber vom 14.06.2004, 13:32 Uhr:
RE:SPD-Engelsby: Ganz schön dreist
Wer wohnt schon in Engelsby ? Nur Russe und lichtscheues Gesindel....

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 09.06.2004, 09:44 Uhr - 772 Clicks - Nr. 317*

Für Verbesserung der Pflegesituation in Kiel



Der sozialpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Thomas Wehner erklärt:
"Nicht zuletzt die Vorgänge um das Henri-Dunant-Heim des DRK am Krummbogen haben daran erinnert, dass zur Verbesserung der Pflegesituation auch in Kiel noch viel getan werden muss.
Im Januar hat die Ratsversammlung den Bericht zur Pflegesituation in Kiel diskutiert. Insbesondere der Erfahrungsbericht des vom AWO-Landesverband betriebenen "PflegeNot Telefons" zeigt den Handlungsbedarf: In 4000 Gesprächen von 1999 bis Mitte 2003 ging es bei einem Drittel der Anrufe um Formen der Gewaltanwendung (psychischen Unterdrückung durch Anschreien, Ignorieren, Beleidigen aber auch physische Gewalt) und um Vernachlässigungen im häuslichen und im stationären Bereich.
Daher sehen wir die Oberbürgermeisterin Volquartz und den Sozialdezernenten Stadtrat Möller in der Pflicht zu prüfen, was aus Sicht der Stadt notwendig und möglich ist, pflegebedürftigen Menschen zu helfen. Dazu gehört mehr Transparenz im Umgang mit den Prüfberichten der Heimaufsicht und die Schaffung eines Beschwerdemanagements bei der Pflegeberatungsstelle. Beides geht auf Anregungen des PflegeNot Telefons zurück.
Besonders wichtig ist uns, dass die Probleme der an Demenz erkrankten Menschen ernst genommen werden."
***
Antrag zur Ratsversammlung am 10.6.2004

Betreff: Verbesserung der Pflegesituation in Kiel
Antrag:
Die Ratsversammlung will die Qualität der Pflege in Kiel nachhaltig sichern:
Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert zu prüfen:

1. Welche Verbesserungen für die Qualität in der Pflege von pflegebedürftigen Menschen im stationären und ambulanten Bereich notwendig und möglich sind,
2. inwiefern die Prüfberichte der Heimaufsicht den Bewohnerinnen und Bewohnern, ihren Angehörigen bzw. Vertrauenspersonen und den Heimbeiräten zugänglich gemacht werden können,
3. inwiefern die städtische Pflegeberatungsstelle um die Elemente Beschwerdeklärung und Beschwerdebegleitung sowie Prüfung der Heimverträge weiterentwickelt werden kann.

Besonderes Gewicht ist auf die an Demenz erkrankten Menschen zu legen.

Der Ratsversammlung ist zu ihrer Sitzung im August 2004 zu berichten.

Begründung:
1. Die Ratsversammlung hat im Januar 2004 den Bericht zur Situation der Betreuung und Pflege älterer Menschen in Kiel 2003 beraten. Der Bericht enthält u.a. auch eine Darstellung des vom AWO-Landesverband betriebenen "PflegeNotTelefon in Schleswig-Holstein". Bei dem PflegeNotTelefon sind seit 1999 bis Juni 2003 etwa 4000 Gespräche geführt worden. Rund ein Drittel der Anrufe betrafen Formen von Gewaltanwendung in der Pflege: psychische Unterdrückung (anschreien, ignorieren, beleidigen, physische Gewalt) in der häuslichen Pflege, Vernachlässigung im stationären Bereich. In der Betreuung durch ambulante Dienste stehen Probleme wie die Berücksichtigung von Wünschen der Betroffenen und Angehörigen und Schwierigkeiten im Ablauf (Abrechnung etc.) obenan.
Nach der öffentlichen Diskussion der Jahre 1999 und 2000 und den Überprüfungen im stationären Bereich durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen und der Heimaufsicht ist hier nach wie vor erheblicher Handlungsbedarf festzustellen. Das machen auch die jüngsten Prüfergebnisse des MDK im Pflegeheim des DRK am Krummbogen deutlich. Auch wenn aufgrund der Beschlüsse der Ratsversammlung bereits einiges in die Wege geleitet wurde, soll die Verwaltung prüfen, wo Verbesserungsmöglichkeiten für eine menschenwürdige Pflege bestehen.
2. In dem Bericht des PflegeNotTelefons wird mehr Transparenz für die Heimbewohner/innen gefordert. Eine mögliche Maßnahme wäre - wie dort empfohlen - die Zugänglichmachung der Prüfberichte der Heimaufsicht, etwa am Schwarzen Brett.
3. Zur Zeit kann die Pflegeberatungsstelle Beschwerden nur annehmen und weiterleiten. Die Betroffenen benötigen aber Unterstützung und Begleitung. Da die Stelle in Fragen der Pflegesituation kompetent ist, sollte die Möglichkeit der Weiterentwicklung geprüft werden. Das gilt auch im Hinblick auf die Möglichkeit der Prüfung der Heimverträge. Auch hier handelt es sich um Vorschläge des PflegeNotTelefons.
Die an Demenz erkrankten Menschen benötigen besonders viel Pflege und intensive Zuwendung. Bei innovativen Konzepten ist besonders an diese Personengruppe zu denken.
Der Ratsversammlung ist in einem überschaubaren Zeitraum - bis August 2004 - zu berichten.

Keine Kommentare

Jusos Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 09.06.2004, 17:33 Uhr - 4270 Clicks - Nr. 318*

Neue Juso-Ag in Altenholz!

Wieder einmal haben wir genug junge Leute gefunden, um eine neue Arbeitsgemeinschaft der Jusos in einer Gemeinde gründen zu können. Am Donnerstag, dem 3.6. trafen sich die „ganz Neuen“ mit

den „alten“ Jusos in Altenholz bei Kiel zu einer Mitgliederversammlung. Nach der
Wieder einmal haben wir genug junge Leute gefunden, um eine neue Arbeitsgemeinschaft der Jusos in einer Gemeinde gründen zu können. Am Donnerstag, dem 3.6. trafen sich die „ganz Neuen“ mit den „alten“ Jusos in Altenholz bei Kiel zu einer Mitgliederversammlung. Nach der formellen Gründung wurde Sina-Marie Weiß zur Vorsitzenden gewählt und übernahm gleich tatkräftig das Ruder. Als Kassierer wurde Marc Pilichewicz gewählt. Neben der kommunalpolitischen Arbeit will die neue Juso-AG auch kräftig im kommenden Landtagswahlkampf mitmischen. Der Spaß soll natürlich nicht zu kurz kommen, daher sind auch einige Veranstaltungen in Planung, die Lust auf politische Arbeit machen sollen. Politik ist für die Altenholzer Jusos nämlich mehr, als langweilige Sitzungen und Debatten in stickigen Hinterzimmern. Interessierte Jugendliche und junge Erwachsene (16 bis 35) aus Altenholz und den umliegenden Gemeinden können sich gerne bei Sina-Marie Weiß unter 0431-321131 melden. Hier gibt es weitere Infos zu Inhalten und Veranstaltungen.

Keine Kommentare

SPD-Norderstedt - *veröffentlicht am 11.06.2004, 06:33 Uhr - 1434 Clicks - Nr. 319*

Pressemitteilung der SPD/Norderstedt - Sperrmüll

Mit Unverständnis reagiert die SPD auf die wieder neu von der Verwaltung entfachte Diskussion um das Thema Sperrmüll auf Abruf.
Festzustellen ist: Die Vermüllung nach den Sperrmüllsammlungen gerade in Bereichen des mehrgeschossigen Wohnungsbaus sind ein Ärgernis. Seit 2001 fordert die SPD eine breite Öffentlichkeitsarbeit der Verwaltung um hier Abhilfe zu schaffen. Die Verwaltung kündigte an, speziell für den Geschosswohnungsbau ein Beratungskonzept zu erarbeiten! Vermutlich liegt das Konzept noch in den Schubladen …
Das Thema Öffentlichkeitsarbeit zur Vermeidung und Verminderung des Restmülls scheint der Verwaltung nicht so recht zu gefallen. Ab dem 1.1.2004 hat die Verwaltung die Öffentlichkeitsarbeit zum Thema DSD (gelbe Tonne, gelbe Säcke) übernommen und erhält hierfür auch ein Entgelt. Ärger gibt es nun neuerdings, wenn der Entsorger falsch befüllte DSD-Tonnen oder gelbe Säcke nicht mehr entsorgt. Die Praxis sieht dann so aus, dass der Hausmeister bei der Stadtverwaltung eine zusätzliche kostenpflichtige Restmüllentsorgung beantragen muss und die Kosten werden dann auf die Mieter umgelegt. Das hört sich doch sehr nach Schilda an. Die Bürger werden zweifach zur Kasse gebeten und sie wissen es nicht einmal. Hier muss dringend von der Verwaltung gehandelt werden.
Aber zurück zum Thema Sperrmüll auf Abruf ! Ausdrücklich unterstützt die SPD die Aussagen des CDU-Fraktionsvorsitzenden Rainer Schlichtkrull: Auch er plädiert dafür, ein an sich gutes bürgerfreundliches System beizubehalten. Und dass eine Sperrmüllsammlung auf Abruf mehr Bürokratie, mindestens 1 neue Planstelle und nur noch eine zweimalige eingeschränkte Abholung beinhaltet, belegen schon die alten Vorlagen. Und was passiert mit dem dann dazu gestellten Sperrmüll oder Restmüll? Da wiehert sicher wieder der Amtsschimmel und die Sachen bleiben liegen. Und die dann notwendigen Entsorgungskosten werden natürlich den Bürger/innen wieder angelastet!
Fazit: Die SPD fordert die Verwaltung auf, endlich die Beschlüsse – auch die Annahme von Sperrmüll auf dem Bauhof – aus den vergangenen Jahren umzusetzen.
Ein Tipp noch: Alle Bürger/innen der Stadt können bei der Umschlagstation des Wegezweckverbandes an der Oststraße für ein geringes Entgelt ihren Sperrmüll sofort entsorgen.
Sybille Hahn

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 11.06.2004, 11:13 Uhr - 907 Clicks - Nr. 320*

Traute Schiffgen in der Sprechstunde der SPD am 17.06.04

Traute Schiffgen, bürgerliches Mitglied im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing und stellvertretende Vorsitzende des Ortsvereines der Bad Segeberger SPD, wird am 17.06.2004 von 16.00 - 17.30 Uhr in der Sprechstunde der SPD-Fraktion zur Verfuegung stehen.
Die Sprechstunde findet, wie üblich, im Fraktionszimmer der SPD im Historischen Rathaus statt.
Traute Schiffgen ist während dieser Zeit auch dort unter der Telefonnummer 04551-964-348 zu erreichen.

Thema dieser Sprechstunde wird ein Rückblick auf die verschiedenen Veranstaltungen im Rahmen des 50jährigen Jubiläums der Städtepartnerschaft mit der Stadt Rihiimäki sein.
Traute Schiffgen wird die Kommentare der Bürger entgegen nehmen und diese dann in die nächste Stizung des Ausschusses für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung einbringen.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 12.06.2004, 14:28 Uhr - 1588 Clicks - Nr. 321*

SPD-Engelsby: Engelsbyfest wieder eine runde Sache

Am 11. Juni war es wieder soweit. Zum 7. Mal in Folge veranstaltete das Bürgerforum das Engels by Fest an dem viele Vereine, Institutionen und Parteien teilnahmen.
Petrus meinte es gut an dem Nachmittag und ließ nur ganz wenige Regentropfen auf den Festplatz fallen.
Für die Kinder gab es wieder zahlreiche Aktivitäten. Kletterwand, Auto-Fahrschule, Schminken, Schmieden, Stockbrotbacken und die traditionelle Hüpfburg und dem Glücksrad der SPD.
Auf Einladung des Ortsvereins kamen Bürgermeister Helmut Trost und die Landtagsabgeordnete Ingrid Franzen, um sich einen Eindruck von dem Stadtteilfest zu verschaffen. Auf einem Rundgang nutzten beide die Gelegenheit, um mit den Besuchern ins Gespräch zu kommen.

Keine Kommentare

SPD-Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 12.06.2004, 17:34 Uhr - 4663 Clicks - Nr. 322*

Kreisvorsitzender Dirk Peddinghaus über das Handwerk



Handwerk kommt seiner Verpflichtung zur Ausbildung in hohem Maße nach
Bei einem gemeinsamen Besuch mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Lothar Hay und der Landtagsabgeordneten Ingrid Franzen konnte sich der SPD-Kreisvorsitzende Dirk Peddinghaus mit den Themen des Handwerks beschäftigen. Zusammen mit dem Kreishandwerksmeister Albert Albertsen und einer großen Zahl von Innungsmeistern erfolgte ein reger Austausch über die aktuelle Lage der einzelnen Gewerke.

Dabei wurde besonders deutlich, dass insbesondere das Handwerk seiner Verpflichtung zur Ausbildung in hohem Maße nachkommt. Am Tag des Besuches waren noch 22 Lehrstellen für das kommende Ausbildungsjahr nicht besetzt. Dirk Peddinghaus regte an, die Ausbildungsbereitschaft noch weiter zu erhöhen, indem diese Betriebe bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bevorzugt berücksichtigt werden. Die positive Reaktion auf diesen Vorschlag machte deutlich, dass es hier einen entsprechenden Handlungsbedarf gibt.

Schleswig, 12. Juni 2004

Keine Kommentare

SPD-Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 12.06.2004, 17:38 Uhr - 4003 Clicks - Nr. 323*

Peddinghaus über Streichung des Psychosoz. Krisendienstes

Als einen Ausdruck einer kurzsichtigen Politik kritisierte der SPD-Kreisvorsitzende Dirk Peddinghaus die Entscheidung des Kreises, den gemeinsam mit der Stadt Flensburg durchge-führten psychosozialen Krisendienst aufzukündigen (die shz berichtete).
„Was der Kreis hier einspart, wird an anderer Stelle mit erhöhtem Kostenaufwand aufzufangen sein. Diese Entscheidung ist wieder ein Beleg dafür, wie die CDU-Mehrheit im Kreistag auf Kosten sozial schwacher Menschen sparen will," so Peddinghaus. Die bisherige Arbeit des Krisendienstes habe gezeigt, dass mit einer relativ geringen Finanzsumme eine Organisation geschaffen werden konnte, die in vielen Fällen präventiv tätig werden konnte und somit dem Steuerzahler viel Geld eingespart hat.

„Die bisher vom Kreis zu tragende Summe von 20.000,-- Euro ist nur ein Bruchteil des Geldes, was nötig wird, wenn eine solche frühzeitige Hilfe unterbleibt," so die Kreis-SPD. Insbesondere das Ziel, Menschen in Krisensituationen besonders am Wochenende als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen, werde nun zerstört. Nach Meinung des SPD-Kreisvorstandes werden die Belastungen, die durch diese Entscheidung langfristig auf den Kreis zukommen, ein mehrfaches der heute eingesparten Summe ausmachen. Zudem kritisiert der SPD-Kreisvorstand, dass mit der Kündigung eine funktionierende Partnerschaft mit der Stadt Flensburg aufgekündigt worden ist.

„Dies entspricht nicht unseren Vorstellungen von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit. Gerade in einer Zeit, in der verstärkt über Kooperationsmöglichkeiten zwischen den Kreisen und Gemeinden gesprochen wird, ist es kontraproduktiv, funktionierende Beispiele kurzfristigen Finanzüberlegungen zu opfern." Die SPD im Kreis Schleswig-Flensburg setzt sich daher, insbesondere vor dem Hintergrund des fehlenden Angebotes für die betroffenen hilfesuchenden Menschen, auch weiterhin für eine Zusammenarbeit im psychosozialen Krisendienst mit der Stadt Flensburg ein und fordert den Kreis auf, seine Haltung noch einmal zu überdenken.

Schleswig, 12.06.2004

Keine Kommentare

SPD-Norderstedt - *veröffentlicht am 13.06.2004, 15:34 Uhr - 1309 Clicks - Nr. 324*

Ein Schlag ins Gesicht für die Opfer von Gewaltherrschaft

Der Ausschuss für Kultur und Städtepartnerschaften beschloss auf seiner Sitzung am 10. Juni 2004 durch die Stimmen der CDU-Mehrheit das Ehrenmal, das an die Opfer der Gewaltherrschaft zwischen

1933 bis 1945 gedenkt, vom dem Harksheider Marktplatz weg auf den benachbarten Friedhof zu verlegen.

Frei nach dem Motto „aus den Augen aus dem Sinn“ sei das Ehrenmal durch diesen Beschluss auf den Friedhof abgeschoben worden, so Christoph Mendel der kulturpolitische Sprecher der Norderstedter SPD-Fraktion.

„Dies ist ein Schlag ins Gesicht für alle Opfer von Gewaltherrschaft. Denn durch das Beiseiteschaffen des Denkmals auf einen abgelegenen Ort wird das Leid von über 60 Millionen Menschen denen das Ehrenmal gedenkt aus unserem Alltag verbannt.“

Obwohl eine Verlegung auf die andere Straßenseite an der Ecke Falkenbergstraße und Stonsdorfer Weg städtebaulich möglich gewesen wäre und hier wesentlich mehr Menschen dieses Ehrenmal hätten wahrnehmen können als auf dem Friedhof, wurde diese Variante ohne nähere Erörterung im Ausschuss von der CDU abgelehnt.

„Der Sinn und Zweck eines Denkmals ist es, zum Innehalten und Nachdenken zu bewegen. Dies kann es aber nur, wenn es an einem belebten Ort für viele Betrachter präsent ist. Doch offensichtlich ist dies nicht im Interesse der Norderstedter CDU-Stadtvertreter gewesen, denen offenbar jeder Respekt vor den Opfern und das Erkennen der Notwendigkeit für öffentliche Mahnung abhandengekommen ist.“, bedauert Mendel.

„Bei dieser Art der Vergangenheitsbewältigung wird nicht gegen, sondern für das Vergessen unserer eigenen Geschichte gearbeitet. Wie wichtig eine Mahnung vor Gewalt- und Willkürherrschaft auch in unserer heutigen Zeit ist, zeigen vor allem die aktuellen Vorkommnisse im Irak.“

Kommentar von Bernd Hamann vom 17.06.2004, 11:22 Uhr:
RE:Ein Schlag ins Gesicht für die Opfer von Gewaltherrschaft
Es spricht für die SPD, das Gedenken an die Opfer der Gewaltherrschaft in Deutschland zu erhalten. Ob ein nichtssagendes Kunstwerk jedoch dazu geeignet ist, das Gedenken in den Köpfen zu erhalten, wage ich zu bezweifeln. Der Niedergang des Harksheider Marktes ist auch an diesem Mahnmal nicht spurlos vorbeigegangen. Der Brunnen, der es einmal umgab, wurde mit Erde aufgeschüttet und bepflanzt. Sicherlich kann man das auch als Symbol sehen, für mich ist aber aber eher ein Zeichen von Desinteresse der Verantwortlichen (die, wenn ich mich recht erinnere zu dieser Zeit noch von der SPD kamen - ich kann mich aber auch täuschen). Die Masse der Bürger konnte und kann mit diesem Mahnmal nichts anfangen, was nicht heißen soll, daß sie die Mahnungen der Vergangenheit nicht verstanden haben. Wer sich die Mühe macht, mal einen Tag lang zu beobachten wieviele Bürger sich dieses Mahnmal anschauen, wird feststellen, daß es egal ist ob das Denkmal auf dem Friedhof steht oder auf dem Marktplatz. Ich halte es auf dem Friedhof für wesentlich angebrachter, da dort wirklich die Ruhe vorherrscht, die in meinen Augen dem Sinne eines Denkmales entgegenkommt und die Besucher des Friedhofes doch eher innehalten, als die Hausfrau, die mit den Einkaufstüten über den Marktplatz eilt.

Ich persönlich brauche keine Denkmäler oder Mahnmale um mir der Geschichte bewußt zu werden und ich denke, daß es auch bei den meisten anderen Bürgern nicht anders ist. Ist es nicht ein Zeichen von Vergeßlichkeit, wenn man durch solche Mahnmale an das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte erinnert werden muß?
Ich für meinen Teil werde diesen Teil der Geschichte nicht vergessen, dazu brauche ich kein Mahnmal !

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 13.06.2004, 22:41 Uhr - 2521 Clicks - Nr. 325*

513 Jahre Mitgliedschaft - SPD -Kreisverband ehrt langjährige Mitglieder

Auf einer großen Festveranstaltung unter dem Titel "Das rote Kiel" ehrte die Kieler SPD eine große Zahl langjähriger Mitglieder.
Neben einem Film zur Geschichte der Partei und dem musikalischen Rahmenprogramm fand insbesondere eine "Talk-Show der Generationen" die Aufmerksamkeit der Gäste in der vollbesetzten "Räucherei". Mitglieder aus drei Generationen berichteten über ihre Erfahrungen in und mit der Kieler SPD. So erzählte z.B. die fast 90-jährige Rosa Wallbaum äußerst fesselnd und unter dem häufigen Beifall der Gäste aus den Anfängen der Kieler Arbeiterbewegung und über den Wiederaufbau nach dem Krieg.

Rolf Fischer, SPD-Kreisvorsitzender, der dann die Auszeichnungen vornahm, erklärte dazu: "Wir feiern heute insgesamt über 515 Jahre Mitgliedschaft im "roten Kiel". 13 Mitglieder wurden für 25- bzw. 40-jährige Mitgliedschaft geehrt und ganz besonders freuen wir uns über Annemarie Thiel und Uwe Rebner, die jeweils 50 Jahre der Kieler SPD angehören und deren "goldene" Mitgliedschaft mit einer Ehrennadel und einer Urkunde gewürdigt wurde. Wir sind stolz auf unsere Mitglieder und werden eine solche besondere "Ehrung" von nun an in jedem Jahr organisieren."

Keine Kommentare

SPD-Mildstedt - *veröffentlicht am 13.06.2004, 23:18 Uhr - 1751 Clicks - Nr. 326*

"Müntefering:"Seid nicht mutlos, macht weiter, die SPD wird gebraucht!"

Der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering nannte das Abschneiden der Sozialdemokraten bei der Europawahl und der Landtagswahl in Thüringen ein "bitteres Ergebnis"nach einem schwierigen Wahlkampf. Seiner Partei rief Müntefering zu: "Seid nicht mutlos, macht weiter, die SPD wird gebraucht!" Der entscheidende Punkt für die Zukunft sei das geschlossene Handeln. "Die SPD kann das Land in die richtige Richtung führen."

Der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering nannte das Abschneiden der Sozialdemokraten bei der Europawahl und der Landtagswahl in Thüringen ein "bitteres Ergebnis"nach einem schwierigen Wahlkampf. Seiner Partei rief Müntefering zu: "Seid nicht mutlos, macht weiter, die SPD wird gebraucht!" Der entscheidende Punkt für die Zukunft sei das geschlossene Handeln. "Die SPD kann das Land in die richtige Richtung führen."

Europa muss an Gewicht gewinnen
Müntefering äußerte sich am Sonntagabend in Berlin besorgt über das große Desinteresse an Europa, das sich in der niedrigen Wahlbeteiligung gezeigt habe. Die Selbstverständlichkeit, dass Europa wachse, sei offenbar so selbstverständlich gar nicht, sagte Müntefering. Über alle Parteipolitik hinaus müsse man in Deutschland und Europa insgesamt sehr aufpassen, dass Europa tatsächlich an Gewicht gewinne. Dieses Europa sei die "historisch größte Leistung" der zweiten Hälfte des vergangen

Jahrhunderts. Das große Ziel aller Demokraten, dass Europa einen guten Weg gehe, dürfe nicht torpediert werden. Der SPD-Vorsitzende bekräftigte: "Europa ist unverzichtbar."

Geschlossenes Handeln erforderlich
Ferner forderte Müntefering: "Wir müssen weiter für unsere Politik werben." Es gelte nun, Vertrauen zu schaffen. Die sozialdemokratische Antwort auf die schlechten Wahlergebnisse müsse lauten, die Situation ehrlich zu betrachten. Es müsse weiter die richtige Politik für das Land und für Europa gemacht werden, allerdings müsse dies besser vermittelt werden, um wieder Vertrauen zu erwerben. Seiner Partei rief Müntefering zu: "Seid nicht mutlos, macht weiter, die SPD wird gebraucht!" Der entscheidende Punkt für die Zukunft sei das geschlossene Handeln. "Die SPD kann das Land in die richtige Richtung führen."

Abschließend dankte der Parteivorsitzende allen Wahlhelferinnen und Wahlhelfern sowie den sozialdemokratischen Spitzenkandidaten für ihre engagierte Arbeit während eines "schwierigen Wahlkampfes".

Keine Kommentare

SPD-Mildstedt - *veröffentlicht am 13.06.2004, 23:36 Uhr - 1802 Clicks - Nr. 327*

Abschaffung der Gesetzlichen Krankenversicherung wäre Stück aus dem Tollhaus!

Zum Beschluss des FDP-Bundesparteitages, die Gesetzliche Krankenversicherung abzuschaffen, erklärt SPD-Landesvorsitzender Claus Möller:
"Eigentlich könnte man meinen, dass die von der FDP beschlossene Abschaffung der Gesetzlichen Krankenversicherung die Fortsetzung des früheren Spaßwahlkampfes ist, und insofern ist diese Groteske nicht sonderlich Ernst zu nehmen.
Claus Möller: Abschaffung der Gesetzlichen Krankenversicherung wäre Stück aus dem sozialpolitischen Tollhaus

Zum Beschluss des FDP-Bundesparteitages, die Gesetzliche Krankenversicherung abzuschaffen, erklärt SPD-Landesvorsitzender Claus Möller:
"Eigentlich könnte man meinen, dass die von der FDP beschlossene Abschaffung der Gesetzlichen Krankenversicherung die Fortsetzung des früheren Spaßwahlkampfes ist, und insofern ist diese Groteske nicht sonderlich Ernst zu nehmen. In Wirklichkeit kommt hier das Gesellschaftsbild der FDP in Reinkultur zum Ausdruck: die soziale Spaltung und Vertiefung der Gesellschaft in Arm und Reich. Denn chronisch Kranke, ältere Menschen, Geringverdienende und kinderreiche Familien brauchen sich gar nicht erst bei den privaten Krankenkassen bemühen, sie werden nicht aufgenommen. Der Vorschlag der FDP ist ein Stück aus dem sozialpolitischen Tollhaus.

Die SPD Schleswig-Holstein hat auf dem Bundesparteitag der SPD das Modell der Bürgerversicherung durchgesetzt. Denn wir wollen, dass alle Bürger unabhängig von Alter, Geschlecht oder Einkommen auch in Zukunft die medizinisch notwendigen Leistungen aus der Bürgerversicherung erhalten. Dies ist eine Grundfrage der Politik überhaupt: Wir wollen weiterhin eine solidarische Gesellschaft mit einer solidarischen Absicherung der großen Lebensrisiken

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 14.06.2004, 16:59 Uhr - 1063 Clicks - Nr. 328*

Umgang der Stadt mit Maro Temm(Unser Land)



Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer und der sozialpolitische Sprecher der Fraktion Thomas Wehner äußern sich empört über den Umgang der CDU und der Oberbürgermeisterin Volquartz mit dem Sinti- und Roma-Projekt Maro Temm:
"Eine Woche vor der Kieler Woche, in der die Landeshauptstadt wieder für ihre Weltoffenheit und Toleranz werben will, droht der Stadt durch das Verhalten von CDU und Oberbürgermeisterin Volquartz eine internationale Blamage. Dieses darf nicht zugelassen werden. Wir werden daher den Vorgang am Donnerstag im Sozialausschuss zur Sprache bringen und die notwendige Projektförderung im Ausschuss beantragen. Es gibt eine Mehrheit für dieses Projekt in der Ratsversammlung. Wir fordern die Grünen auf, nicht die eigene - in diesem Fall richtige - Position aufzugeben. Hier muss schwerer Schaden von der Stadt abgewendet werden.

Es gibt keinen besseren Standort in der Stadt als der an der Dietrichstraße. Das ist mehrfach geprüft worden. Das Gerede um die "Integrationskapazität" ist Unsinn. Die SPD steht uneingeschränkt zu der Gewährung des Kommunaldarlehens und der Zustimmung zu dem Grundstücksverkauf. Mit Maro Temm kann beispielgebend ein Projekt für eine Minderheit in Kiel gefördert werden, das zur Integration beitragen kann und den Lebensbedürfnissen und -wünschen der Sinti und Roma gerecht wird. Prominente Persönlichkeiten wie der Landtagspräsident Heinz-Werner Arens und der Schriftsteller Günther Grass unterstützen das Projekt."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 15.06.2004, 16:23 Uhr - 605 Clicks - Nr. 329*

Maro Temm - Wehner kommentiert OB-Statement



"Es ist hohe Zeit, dass die Oberbürgermeisterin bei Maro Temm zurückrudert, aber es ist noch nicht zu spät,"
kommentiert der sozialpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Thomas Wehner die Erklärung von Oberbürgermeisterin Volquartz zu diesem Thema.
"Wir werden am Donnerstag im Ausschuss für Soziales und Wohnen beantragen, das Projekt Maro Temm auf die Tagesordnung zu setzen. Ich erwarte von CDU und Grünen, dass sie es mit ihrer Mehrheit nicht verhindern."

Keine Kommentare

Afa-Stormarn - *veröffentlicht am 16.06.2004, 10:42 Uhr - 936 Clicks - Nr. 330*

AfA begrüßt Plan der Landesregierung für ein sozial gerechtes und einfaches Steu

Finanzminister Stegner sorgte für Aufbruchstimmung an der Basis
Die Stormarner Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD begrüßt den 10-Punkte-Plan der Landesregierung für ein sozial gerechtes und einfaches Steuersystem. „Wir haben als SPD das bessere und sozialere Steuerkonzept und dieses gilt es bekannt zu machen“, sagte der AfA-Vorsitzende Nils Bolwig, auf der AfA Veranstaltung mit dem Finanzminister SH, Dr. Ralf Stegner, in Ahrensburg, „wir müssen jetzt wichtige Investitionen in der Familien- und Bildungspolitik tätigen, deshalb ist es nicht die Zeit über weitere Steuersenkungen zu sprechen, sondern jetzt ist die Zeit für ein soziales und gerechtes Steuersystem zu werben!“, so Bolwig weiter.

Der Finanzminister SH, Dr. Ralf Stegner sorgte für große Aufbruchstimmung unter den Genossinnen und Genossen, als er den 10-Punkte-Plan der Landesregierung für ein sozial gerechtes und einfaches Steuersystem vorstellte. Eingangs wies Minister Stegner auf die sich ändernde öffentliche Meinung hin: "Nicht mehr Tipps zur Steuervermeidung oder Steuerflucht und Rufe nach weiteren Steuersenkungen bestimmten private Gespräche und öffentliche Debatten, sondern der Ärger über die Steuergestaltungspraktiken von Vodafone und die Sorge über die Lage der öffentlichen Haushalte."

"Die schleswig-holsteinischen Pläne sind aufkommensneutral. Durch Umverteilungen können wir allerdings Normal- und Geringverdienende und Kindererziehende klar entlasten. Mit einer weiteren Umverteilung entlasten wir außerdem den Faktor Arbeit. Die hohen Abgaben, die Lohnnebenkosten oder präziser: die Strafsteuer auf Arbeit, müssen gesenkt werden. Für diesen Zweck sieht das Modell eine Anhebung der Mehrwertsteuer auf den europäischen Durchschnitt vor", erklärte Finanzminister Stegner.

Der Minister führte weiter aus, dass jeder Blick in die öffentlichen Haushalte zeige, dass es zusätzliche Steuerentlastungen, wie sie beispielsweise die Modelle von CDU, Kirchhof oder FDP versprächen, nicht geben könne. Die geplante Vereinfachung müsse garantieren, dass der Staat seine Aufgaben erfüllen könne. Das sei er seinen Bürgerinnen und Bürgern schuldig.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 17.06.2004, 08:13 Uhr - 561 Clicks - Nr. 331*

Ein Jahr mit Frau Volquartz - Ein verlorenes Jahr für Kiel!



Die Vorsitzenden des SPD-Kreisverbandes und der SPD-Ratsfraktion Rolf Fischer und Cathy Kietzer erklären:
"Ein Jahr mit Angelika Volquartz ist für die Landeshauptstadt Kiel ein verlorenes Jahr.
Umgesetzt wurden bislang nur von uns längst beschlossene Projekte.
Besonders schlimm ist die bisherige Haushaltspolitik: Ideenlos und konzeptionslos wird eine Politik des sozialen Kahlschlags vorbereitet. Mit der geplanten Kürzung von sogenannten freiwilligen Leistungen um 30 % trifft sie Familien mit Kindern, alte und kranke Menschen und alle anderen, die in Kiel Hilfe brauchen.

Statt hier zu integrieren und zu moderieren schürt Frau Volquartz parteipolitische Konflikte und belastet so die parlamentarische Arbeit der Ratsversammlung.
Unser Fazit: Die Arbeit der Oberbürgermeisterin ist allenfalls als mittelmäßig zu bewerten."

Keine Kommentare

SPD-Steinburg - *veröffentlicht am 17.06.2004, 10:53 Uhr - 8319 Clicks - Nr. 332*

Bericht aus dem Arbeitskreis Jugendhilfe - Bildung - Betreuung

Der Arbeitskreis informiert sich zurzeit über die Aktivitäten im Ganztagsschulbereich im Kreis Steinburg. Da wir sehr viel Know-how auf diesem Feld erwerben konnten, sind wir als SPD sehr gerne bereit, dieses an Schulträger, LehrerInnen und andere weiter zu geben. Informationen zu dieser Thematik werden wir weiterhin zusammen tragen und, wenn gewünscht, für Unterstützung und Informationsweitergabe zur Verfügung stellen.
Die CDU hat nicht, wie sie gerne behauptet, die Ganztagsschule erfunden.
Der Arbeitskreis wird sehr akribisch den Prozess der Schulentwicklung begleiten und wenn möglich auch fördern. Auch die Synergien zur Jugendhilfe spielen unserer Meinung nach eine erhebliche Rolle. Die Daten der Jugendhilfeplanung werden aus den fünf Regionalkonferenzen bis zum Jahresende ausgewertet vorliegen. Anfang nächsten Jahres sollen unter Einbindung der TeilnehmerInnen der Regionalkonferenzen Handlungskonzepte erstellt und umgesetzt werden.
Des Weiteren diskutieren wir sehr lebhaft den Ansatz, ob und wie Schule kommunalisiert wird.
Ein denkbares Modell aus unserer Sicht wäre:
- die Schulträger / Kommunen / Kreise bekommen die Personalhoheit
- das Land legt die Standards und das QM fest.

Dabei ergeben sich aus unserer Sicht folgende Fragen:
- Wäre eine Kommunalisierung mittelfristig teurer oder würden zu erwartende Synergieeffekte dieses möglicherweise auffangen?
- Würde durch eine Kommunalisierung in diesem Bereich die Qualität steigerbar in Bezug auf Vermeidung Unterrichtsausfall, Ressourcenoptimierung etc.?
- Wie würde die kommunale Pensionsversorgung aussehen?

Wir nehmen uns vor, dass Bildungsprogramm des letzten LPT immer wieder anzusprechen und auch die zeitliche Ebene in den Vordergrund zu bringen.

Ende dieses Jahres wird es eine weitere Pisa-Auswertung geben, jedoch sind hier nur die Länder (Deutschland, Schweden, usw.) im Vergleich, so dass keine Ergebnisse auf Schleswig-Holstein runter zu brechen sind.

Wir werden einen Besuch einer dänischen Schule organisieren und diese Veranstaltung gemeinsam mit der GEW gestalten.

Außerdem will die Projektgruppe eine Kreis-AfB gründen. Hierzu werden wir eine konstitutionierende Sitzung vorbereiten.

Der nächste Termin ist Montag, der 20. September 2004 um 18:00 Uhr im Kreisbüro.

Ansprechpartner

Stefan Eskierski
Moortwiete 4
25551 Lohbarbek
stefaneskierski@freenet.de
(01 73) 23 10 782
Kommentar von Rudolf Riep vom 17.06.2004, 18:21 Uhr:
RE:Bericht aus dem Arbeitskreis Jugendhilfe - Bildung - Betr
AfB (http://www.afb.spd-schleswig-holstein.de) ist die Arbeitsgemeinschaft für Bildung.

Kommentar von Martin Preuschhof vom 17.06.2004, 11:46 Uhr:
RE:Bericht aus dem Arbeitskreis Jugendhilfe - Bildung - Betr
Ich denke es ist eine Arbeitsgemeinschaft für Bildung.

Hat jemand Erfahrung wie es mit den AG 'en bei Euch im KV Steinburg so läuft?

Einige AG 'en sind ja (fast landesweit) mehr oder weniger inaktiv. Ist das bei Euch anders?

Gruß Martin Preuschhof

Kommentar von Carsten Schröder vom 17.06.2004, 10:54 Uhr:
Jugendhilfe - Bildung - Betreuung
Was ist eine AfB?

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 17.06.2004, 14:46 Uhr - 4859 Clicks - Nr. 333*

MdK Ulrich Kaminski: Lebenshilfe muss weiter warten

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion auf weitere Bezuschussung der Freizeitclubs der Lebenshilfevereine im Kreis Rendsburg-Eckernförde wurde auf der letzten Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses mit der Mehrheit der CDU-Fraktion und dem Vertreter der F.D.P.-Kreistagsfraktion mit 7 : 3 Stimmen vertagt.
Damit müssen die Anbieter von Freizeitaktivitäten für Menschen mit Behinderungen im Kreisgebiet weiter auf einen positiven Entscheid warten und im Ungewissen bleiben, ob ihre Kosten für Personal und Sachmittel in 2004 gedeckt sind. Ulrich Kaminski, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion, begründete den Antrag seiner Fraktion mit dem Vertrauensschutz, der freien Trägern zugebilligt werden müsse: „Es kann nicht angehen, dass Zuwendungen kurzfristig von einem Tag auf den anderen gekündigt werden. Die Lebenshilfe hat Personal eingestellt, Kündigungsfristen sind einzuhalten, die Träger dieser sinnvollen Maßnahmen brauchen Planungssicherheit, um nicht in Zahlungsschwierigkeiten und damit in die Insolvenz zu geraten."
Eine andere Finanzierung der kreisweit fünf tätigen Freizeitclubs mit den ca. 200 Nutzerinnen und Nutzern muss gemeinsam erarbeitet und mit den Kommunen abgesprochen werden. Dazu müssten jetzt Verhandlungen geführt werden. Ulrich Kaminski: „Durch die Verschiebung der Zuwendungsentscheidung auf den September-Termin des Sozial- und Gesundheitsausschusses wird faktisch eine Kürzung in 2004 vollzogen."

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 17.06.2004, 14:51 Uhr - 5077 Clicks - Nr. 334*

MdK Kai Dolgner: NSDAP-Landräte dürfen hängen bleiben!

Erstaunt war ich über die Reaktion des Landrates bezüglich der schriftlichen Anfrage der SPD-Fraktion in der letzten Kreistagssitzung über die NSDAP-Mitgliedschaft der Landräte der Altkreise, die im KA-Saal mit einem Porträt geehrt werden.
Herr von Ancken gab an, darüber hätte er keinerlei Erkenntnisse. Nanu, sollten alle Archive des Kreises verbrannt sein?
Auf Nachfrage dann überreichte Herr von Ancken der SPD-Fraktion das Buch von Felicitas Glade über Dr. Bamberger und Wilhelm Hamkens, (Landrat von 1933-1938) mit der Aufforderung es genau zu lesen, wie er es getan hätte. Unbestritten ist, dass Hamkens aus persönlicher Freundschaft Dr. Bamberger geholfen hat. Er war aber auch ein glühender Anhänger des Nationalsozialismus der ersten Stunde. In der vom Landrat überreichten Broschüre findet sich auf Seite 157 übrigens eine gut lesbare Abbildung der Mitgliedskarte Hamkens bei der NSDAP (Eintritt 1. September 1929), worüber der Landrat ja keine Erkenntnisse hatte.
Lassen wir aber aus der gleichen Broschüre eines der Opfer zu Wort kommen, Theodor Steltzer, (Seite 201): "Ich halte Hamkens für einen ungewöhnlich oberflächlichen, faulen, untüchtigen und charakterlich minderwertigen Menschen, der sein persönliches Interesse mit dem der Partei verbunden und alles getan hat, um den Nationalsozialismus zur Macht zu bringen."
Den Rendsburgern und Schleswig-Holsteinern unter uns ist Steltzer kein Unbekannter: Er war von 1920 bis 1933 der rechtmäßige Landrat von Rendsburg, Mitglied des Kreisauer Kreises, Mitbegründer der CDU Schleswig-Holstein, erster Ministerpräsident unseres Landes und Präsident der deutschen UNESCO-Kommission. Was er dazu sagen würde, an der gleichen Wand im Kreis zu hängen direkt neben seinem Verfolger? Und dass weder einer seiner Nachfolger aus der CDU noch der Kreispräsident Lutz Clefsen (CDU), der sich über die Anfrage empörte, ein Problem darin erkennen vermag.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 17.06.2004, 15:08 Uhr - 4738 Clicks - Nr. 335*

MdB Ulrike Mehl: Die Reformen müssen weiter gehen

veröffentlicht in der Eckernförder Zeitung am 16.06.2004
Trotz geringer Wahlbeteiligung und einem schlechten Ergebnis für die SPD: Die Reformen müssen weiter gehen.
Der erste Blick auf das Ergebnis der Europawahl zeigt augenfällig: Die Zahl der Nichtwähler war so groß wie noch nie in der Wahlgeschichte der Bundesrepublik. Man darf nicht so weit gehen wie der Präsident Polens, Aleksander Kwasniewski, der dem polnischen Volk – bei 80 % Wahlenthaltung – Unreife vorwirft. Über die offenbar weit verbreitete Demokratiemüdigkeit müssen wir uns allerdings ernste Gedanken machen.
Die Politikwissenschaft sagt uns, dass die Wähler die Bedeutung der Europäischen Ebene ganz offensichtlich nicht erkannt haben.
Unser weiteres Augenmerk gilt der Wahlenthaltung der SPD-Stammwählerschaft. Die Analyse der Wahlergebnisse zeigt klar: Wir haben in allen gesellschaftlichen Gruppen Einbußen hinnehmen müssen. Da tröstet es nicht, dass CDU/CSU fast 1,7 Millionen weniger Stimmen als 1999 erhalten und damit auch nur ihre Stammwähler erreicht haben, mehr aber auch nicht. Unsere ehemaligen Wähler gehen nicht zur Union, sie bleiben zu Hause. Die Union ist für die Menschen, die uns diesmal nicht gewählt haben, keine attraktive Alternative, der man zutrauen könnte, die Probleme besser zu lösen.

Ein Blick in die anderen Länder der Europäischen Union zeigt, dass nicht nur die deutschen Sozialdemokraten verloren haben. Die notwendige Modernisierung in der EU geht zu Lasten derer, die regieren. Das belegen die Ergebnisse aus England, den Niederlanden, Österreich, Frankreich, Tschechien und Portugal. Bezogen auf Deutschland zieht eine große Zeitung aus der Schweiz das Fazit: Die Deutschen wollen keine Reformen.
Dennoch bin ich der festen Überzeugung, dass der begonnene Reformprozess fortgesetzt werden muss. Die ökonomischen Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahrzehnten europaweit vor allem in Hinsicht auf die Globalisierung und die rückläufige Bevölkerungsentwicklung grundlegend verändert. Deshalb müssen unter anderem die sozialen Sicherungssysteme an diese Entwicklungen angepasst werden. Nur so können sie erhalten werden und bezahlbar bleiben. Es geht darum, die Systeme zukünftig so auszugestalten, dass sie beschäftigungsfreundlicher werden und in der Lage sind, die großen Risiken solidarisch zu tragen. Voraussetzung dafür ist eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik. Denn die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Reduzierung der Arbeitslosigkeit tragen spürbar zur Finanzierbarkeit des sozialen Sicherungssystems bei.
Mit den Reformen der Agenda 2010 haben wir in Deutschland den notwendigen Paradigmenwechsel eingeleitet. Die Richtung muss weiter bestehen bleiben. Wir werden uns auch weiterhin dafür engagieren, dass das politische Leitbild der Agenda 2010 und ihr Verständnis von sozialer Gerechtigkeit auch auf EU-Ebene Wirkung zeigt.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 17.06.2004, 17:28 Uhr - 2455 Clicks - Nr. 336*

Die Absage an "Maro Temm" ist ein politischer Skandal!

Rolf Fischer und Jürgen Weber: Die Absage an "Maro Temm" ist ein politischer Skandal!

Zur Entscheidung der Kieler OB und der CDU, das Modellprojekt des Schleswig-Holsteinischen Landesverbandes der deutschen Sinti & Roma zu kippen, erklärten die Kieler SPD-Landtageabgeorderten Rolf Fischer und Jürgen Weber, die über ihre Ausschussarbeit in die Vorbereitungen eingebunden sind.
"Offensichtlich haben die Kieler CDU und OB keine Vorstellung über die Tragweite ihrer Entscheidung. Maro Temm ist ein Kieler Modellprojekt von bundesweiter Bedeutung; diese Konzeption sollte für andere Städte Vorbild werden und gilt als ein minderheitenpolitisches Signal erster Klasse - anerkannt und unterstützt von allen Minderheiten in Deutschland und sogar von den europäischen Minderheitenverbänden. Auch Prominente, wie z.B. Günter Grass unterstützen den Landesverband der Sinti&Roma.
Da die Stadt seit eineinhalb Jahren eng in jeden Vorbereitungsschritt eingebunden war, gibt es keine sachlichen Aspekte zum Ausstieg: Es sind offensichtlich ausschließlich politische Gründe, die zu dieser Entscheidung geführt haben. Regieren hier weiter die alten Vorurteile gegenüber den "Zigeunern"? Passt diese Volksgruppe der CDU nicht? Menschen, die gerade für ihre erfolgreiche Integrationsarbeit von Land und Bund durch hohe Auszeichnungen gewürdigt wurden, sollen ein Integrationsrisiko für Gaarden sein?
Es ist schon skandalös, dass jetzt direkt vor Baubeginn dieses wichtige Projekt infrage gestellt wird. Diese plötzliche Entscheidung ist eine Diskriminierung der betroffenen Menschen und damit ein großer Imageschaden für unsere Stadt.
Weltoffenheit in der Kieler Woche verkünden, aber den eigenen Bürgern die Wohnung nehmen -so kann das nicht gehen!"

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 18.06.2004, 08:40 Uhr - 2352 Clicks - Nr. 337*

Finanzminister Ralf Stegner für ein gerechtes Steuersystem



AfA-Veranstaltung des Kreises Stormarn
AfA begrüßt Plan der Landesregierung für ein sozial gerechtes und einfaches Steuersystem
Finanzminister Stegner sorgte für Aufbruchstimmung an der Basis

(Ahrensburg, den 17. Juni 2004) Die Stormarner Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD begrüßt den 10-Punkte-Plan der Landesregierung für ein sozial gerechtes und einfaches Steuersystem. „Wir haben als SPD das bessere und sozialere Steuerkonzept und dieses gilt es bekannt zu machen“, sagte der AfA-Vorsitzende Nils Bolwig, am Dienstag, auf der AfA Veranstaltung mit dem Finanzminister SH, Dr. Ralf Stegner, in Ahrensburg, „wir müssen jetzt wichtige Investitionen in der Familien- und Bildungspolitik tätigen, deshalb ist es nicht die Zeit über weitere Steuersenkungen zu sprechen, sondern jetzt ist die Zeit für ein soziales und gerechtes Steuersystem zu werben!“, so Bolwig weiter.

Der Finanzminister SH, Dr. Ralf Stegner sorgte für große Aufbruchstimmung unter den Genossinnen und Genossen, als er den 10-Punkte-Plan der Landesregierung für ein sozial gerechtes und einfaches Steuersystem vorstellte. Eingangs wies Minister Stegner auf die sich ändernde öffentliche Meinung hin: "Nicht mehr Tipps zur Steuervermeidung oder Steuerflucht und Rufe nach weiteren

Steuersenkungen bestimmten private Gespräche und öffentliche Debatten, sondern der Ärger über die Steuergestaltungspraktiken von Vodafone und die Sorge über die Lage der öffentlichen Haushalte."

"Die schleswig-holsteinischen Pläne sind aufkommensneutral. Durch Umverteilungen können wir allerdings Normal- und Geringverdienende und Kindererziehende klar entlasten. Mit einer weiteren Umverteilung entlasten wir außerdem den Faktor Arbeit. Die hohen Abgaben, die Lohnnebenkosten oder präziser: die Strafsteuer auf Arbeit, müssen gesenkt werden. Für diesen Zweck sieht das Modell eine Anhebung der Mehrwertsteuer auf den europäischen Durchschnitt vor", erklärte Finanzminister Stegner.

Der Minister führte weiter aus, dass jeder Blick in die öffentlichen Haushalte zeige, dass es zusätzliche Steuerentlastungen, wie sie beispielsweise die Modelle von CDU, Kirchhof oder FDP versprächen, nicht geben könne. Die geplante Vereinfachung müsse garantieren, dass der Staat seine Aufgaben erfüllen könne. Das sei er seinen Bürgerinnen und Bürgern schuldig.

Nils Bolwig
Mobil: 0170 - 330 49 63 n.bolwig@web.de

www.spd-net-sh.de/stormarn/afa

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 18.06.2004, 12:49 Uhr - 769 Clicks - Nr. 338*

Schulz: Pragmatische Lösung für Café Claro anstreben!



Der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Wolfgang Schulz erklärt zur Situation von Café Claro:
"Der Gesundheitsausschuss hat sich einstimmig für eine Neuausrichtung des Suchthilfeplanes, auch mit den Möglichkeiten der Sozialraumorientierung und zum Beispiel der ganzheitlichen Verknüpfung der ehren- und hauptamtlichen Leistungsangebote, für das Jahr 2005 ausgesprochen.
Die SPD-Ratsfraktion strebt eine pragmatische Lösung für die akute Situation bei der Suchthilfe im Café Claro an. Im Haushalt 2004 werden die für das Projekt "Drogenanlaufstelle Ostufer" bereitgestellten Mittel von 145.000 € in diesem Jahr nicht in vollem Umfang abfließen. Sollte es keine rechtzeitige Einigung zwischen Stadt und Land wegen der Kostenaufteilung für 2004 geben, darf dies nicht zulasten der Drogenabhängigen gehen. Nur für diesen Fall sollte die Stadt dem Trägerverein helfen, die kurzfristig notwendigen Veränderungen im Angebot "verträglicher" zu gestalten.
Die SPD erwartet weiterhin, dass die Stadt mit dem Trägerverein Odyssee e.V. geeignete Räume für die Drogenanlaufstelle auf dem Ostufer findet.
In Zusammenhang mit der beschlossenen Neuausrichtung der Suchthilfe in Kiel muss auch mit dem Land über die Neuordnung der Finanzierung gesprochen werden. Zur Optimierung des Suchthilfeplanes für das Jahr 2005 erwarten wir von der Verwaltung hierzu ebenfalls Aussagen."

Keine Kommentare

SPD-Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 18.06.2004, 23:18 Uhr - 4803 Clicks - Nr. 339*

SPD setzt im Kreistag familienfreundliche Regelung durch

Als Zeichen einer gelungenen sozialdemokratischen Politik hat der SPD-Kreisvorsitzende Dirk Peddinghaus den Beschluss des Kreistages Schleswig-Flensburg zur Erweiterung der Sozialstaffel in der Schülerbeförderung begrüßt.
Auf Antrag der SPD-Fraktion werden nunmehr auch die Schüler für die Anrechung der Sozialstaffel (Reduzierung der Elternbeteiligung ab dem dritten Kind um fünfzig Prozent) hinzugerechnet, die eine weiterführende Schule ab der Klasse 11 besuchen. Selbst die CDU musste eingestehen, dass dieser Vorschlag so familienfreundlich sei, dass er „eigentlich vor ihrer Fraktion hätte stammen müssen“. Damit ist einmal mehr bewiesen, dass trotz der für die SPD negativen Mehrheitsverhältnisse eine soziale Politik möglich ist, wenn die Sozialdemokraten die Marschrichtung vorgeben. Zur genauen Abgrenzung des Anspruchskreises wird sich der Schul- und Sportausschuss auf seiner nächsten Sitzung mit diesem Thema abschließend befassen. Danach ist es den Eltern möglich, einen Antrag auf Ermäßigung zu stellen und die Verwaltung wird dann die zuviel gezahlten Beiträge zurückerstatten. Eine Regelung im Sinne der Familien – eingebracht von den Sozialdemokraten!
Schleswig, 16.06.2004
Kommentar von Martin Preuschhof vom 19.06.2004, 22:56 Uhr:
RE:SPD setzt im Kreistag familienfreundliche Regelung durch
Hallo werte GenossInnen aus SL - F,

gebt doch bitte mal Euren CDU Leuten den Tipp solche Erkenntnisse an die CDU Leute im Kreis Segeberg weiterzugeben.

Über solchen Erfolg könnt Ihr Euch echt freuen.

Viele Grüsse von Martin Preuschhof

SPD Bad Bramstedt - *veröffentlicht am 19.06.2004, 13:17 Uhr - 1386 Clicks - Nr. 340*

SPD-Landtagspräsident in Bad Bramstedt



Bad Bramstedt. Der SPD-Ortsverein lud zu einem Neujahrsschnack mit dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages Herrn Heinz-Werner Arens ein und viele kamen.
Am Donnerstag, dem 15.01.2004 sprach er im "Kaisersaal" zum Thema: Was ist heute soziale Gerechtigkeit ? (Die Rede wird in Kürze als Text hier abrufbar sein)
Dabei ging er auf das Grundsätzliche ebenso ein wie auf das Spezielle. Vor allen Dingen stand er nach seiner Einleitung den Gästen Rede und Antwort zu allen vorgebrachten Fragen. Er stellte mit seiner offenen, natürlichen und gradlinigen Art wieder einmal unter Beweis, dass er ein Politiker mit ganz besonderen Qualitäten ist, der weder um den heißen Brei herumredet noch sich in Worthülsen ergeht. Das kam beim Publikum sehr gut 'rüber.
Ortsvereinsvorsitzender Rainer Simon dankte Arens herzlich für sein Kommen. Der Ortsverein will mit

diesem Auftakt eine Reihe ähnlicher Veranstaltungen einleiten, die das Gespräch mit dem Bürger suchen. "Wir befinden uns in einem grundlegenden Veränderungsprozeß unserer Gesellschaft", so Simon, "und wir müssen die Menschen mitnehmen und begleiten bei vielen notwendigen und schmerzhaften Schritten. Es fällt immer und jedem schwer, von Gewohntem abzulassen, aber allein mit dem Gewohnten werden wir die Zukunft nicht meistern können." Angesprochen auf die zahlreichen Probleme mit Reformgesetzen meinte Simon: "Die Regierung bewegt sich in vielen Dingen auf Neulana, und da ist der Tritt eben nicht so fest, wie in hergebrachten Trampelpfaden. Und man sackt auch 'mal ein. Das müssen wir ertragen können, denn das Ziel ist richtig. Wir müssen eine international konkurrenzfähige Wirtschaft haben, um unseren Wohlstand auch für unsere Kinder erhalten zu können."

Keine Kommentare

SPD Bad Bramstedt - *veröffentlicht am 19.06.2004, 13:33 Uhr - 1306 Clicks - Nr. 341*

Gabriela Barth gewinnt bei EUROPA-Quiz

Gabriela Barth gewinnt bei EUROPA-Quiz
Anläßlich der EUROPA-Wahl veranstaltete der SPD-Ortsverein einen kleinen Quiz. Unter den Teilnehmern wurde ein Frühstücksbüffet in einem Bad Bramstedter Restaurant ausgelost. Gewinnerin ist Gabriela Barth, die nun zusammen mit Ihrem Mann von der F.D.P. den Preis in Empfang und im wahrsten Sinne des Wortes verfrühstücken kann.

Keine Kommentare

SPD Bad Bramstedt - *veröffentlicht am 19.06.2004, 13:40 Uhr - 1257 Clicks - Nr. 342*

Aus der aktuellen politischen Arbeit vor Ort



aus dem Info-Brief Nr. 5
Aus der aktuellen politischen Arbeit vor Ort:

• Im Herbst (23.10.2004) wird für Bad Bramstedt und Umgebung erstmalig eine Berufsinformationsmesse für zukünftige Schulabgänger durchgeführt. Wir setzen damit auch ein Versprechen aus unserem Kommunalwahl-Programm 2003 um.
• Bei den Kindertagesstätten wollen wir die Qualität der pädagogischen Arbeit noch weiter verbessert wissen.
• Ein örtlicher Bildungsrat ist parteiübergreifend eingerichtet worden. Er soll Empfehlungen für die weitere Schulentwicklung geben.
• Für ein Ganztagsschulangebot auf dem Schäferberg sind in der Hauptschule bereits gute Ansätze vorhanden; wir wollen die Kooperation von Schul- und Jugendarbeit in Bad Bramstedt fördern.
• Hartz IV: Die gesetzlichen Grundlagen und ihre Auswirkungen auf unsere Kommune beschäftigen uns natürlich, wir sind bestrebt, in Bad Bramstedt z.B. in einer weiteren „Schnack“-Veranstaltung darüber demnächst zu informieren.

Vorstand und Fraktion wollen u.a. den Kontakt zu örtlichen Unternehmen pflegen. So konnten unser stellvertr. OV-Vorsitzender Klaus-Dieter Hinck und weitere Genossinnen und Genossen bereits die Firmen Zaun-Petersen, Dehn & Hein und Paliso besuchen und sich über deren wirtschaftliche

Situation, ihr Ausbildungsplatzangebot und ihre wirtschaftliche Perspektive informieren. Unsere „Delegation“ wurde stets sehr freundlich empfangen und war beeindruckt von Leistungsfähigkeit und Kundenorientierung unserer Gastgeber.
Dies ermuntert uns, derartige Besuche fortzusetzen; die erhaltenen Informationen sollen so weit wie möglich in unsere parteipolitische Arbeit eingebunden werden.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 20.06.2004, 12:04 Uhr - 1531 Clicks - Nr. 343*

SPD-Engelsby: Roller - Dreck - Randale

"Was ist hier bloß los? Man mag hier abends nicht mehr längsgehen.
Von rücksichtslosen Rollerfahrern wird man fast über den Haufen gefahren.
Verschmutzungen durch achtlos weggeworfenen Unrat sind Wegbegleiter auf dem Verbindungsweg neben der Grundschule zwischen Brahmsstraße und Max-Reger-Straße.
Das ist doch nicht mehr normal! Sagt man etwas, wird man angepöbelt."
So die Aussage einer verärgerten Mitbürgerin aus Engelsby.

Die Polizeistation Engelsby/ Tarup wurde über die Angelegenheit informiert und hat sich bereits der Sache angenommen.

Keine Kommentare

SPD-Norderstedt - *veröffentlicht am 20.06.2004, 22:47 Uhr - 1417 Clicks - Nr. 344*

Denk mal CDU! - von christdemokratischen Peinlichkeiten

Die Beschlüsse von CDU und FDP im Kulturausschuss und die Stellungnahme der Norderstedter CDU-Fraktion zur Umsetzung des Denkmals vom Harksheider Markt auf den Friedhof zeigen eine für solch wichtige Entscheidung erschreckende und peinliche Unkenntnis über den Sinn dieses Mahnmals.

Es ist eben kein, wie von dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Schlichtkrull behauptet, Denkmal zu Ehren der Toten des Zweiten Weltkrieges.

Dieses Denkmal ist weit mehr:

Nachdem die Gemeindevertreter Harksheides fast 7 Jahre bis 1962 über ein zu schaffendes Denkmal und den richtigen Standtort kontrovers diskutiert hatten, wurde auf Anregung des Künstlers Prof. Schubert von der Hochschule für Bildende Künste in Hamburg beschlossen, dass es zwei Denkmale geben soll.

Die Plastik „die drei Trauernden“ beim Ehrenhain auf dem Harksheider Friedhof als geeigneter Ort zur Trauer und Besinnung und das Denkmal mit der Inschrift 1933-1939-1945, auf dem Harksheider Markt, das an alle Opfer der NS-Gewaltherrschaft erinnern soll.

Prof. Schubert begründete seinen Vorschlag für den Standort Harksheider Markt eindringlich damit, dass dieses Mahnmal „mitten im lebendigen Ablauf der ständigen Gegenwart stehen müsse. Er könne

sich keinen günstigeren Standort, als inmitten einer lebendigen Gemeinschaft denken. An dieser Stelle würde es auch am besten seinen Sinn erfüllen.“

"Für uns ist die Begründung für diesen Standort heute noch so aktuell wie 1962.", so Jürgen Lange, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

"Dieses Mahnmal ist im wahrsten Sinne des Wortes eine Aufforderung für alle zum "Denk mal" und gehört mitten in die lebendige Gemeinschaft.
Wir begrüßen, daß im Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr, in Kenntnis der Mehrheitsmeinung des Kulturausschusses, am vergangenen Donnerstag über alle Parteigrenzen hinweg beschlossen wurde, dass das Denkmal bei der Neugestaltung auf dem Harksheider Marktplatz einen neuen und würdigen Platz bekommen soll."

Kommentar von Bernd Hamann vom 25.06.2004, 11:55 Uhr:
RE:Denk mal CDU! - von christdemokratischen Peinlichkeiten
Genau da befinden wir uns an dem Punkt, den ich nicht nachvollziehen kann.
Ein Mahnmal, das die Mahnung nicht vermitteln kann, ist sinnlos. Ich bin unbedingt dafür, auch in der Schule die lokale Geschichte aufzuarbeiten und gegen das Vergessen zu arbeiten. Ich kann mir auch sehr gut eine ständige Ausstellung zu diesem Thema vorstellen, in der wirklich etwas vermittelt wird. Ein Mahnmal kann diese Funktion nicht erfüllen (zumindest kein Abstraktes wie das am Harksheider Markt) und ist daher in meinen Augen überflüssig. Denn Sinn bringt nicht das Mahnmal, sondern die aktive Aufklärung in einer Ausstellung, der Schule oder auch vor Ort, nicht aber ein abstraktes Kunstwerk.

Im Zeitalter des Internets wundert es mich auch ein bischen, daß sich scheinbar niemand die Mühe gemacht hat, die Norderstedter Geschichte dort verfügbar zu machen (zumal man dort wirklich jede Information bekommt, auch die, die man eigentlich nicht lesen will)

Kommentar von Volkrath Jessen vom 24.06.2004, 22:20 Uhr:
RE:Denk mal CDU! - von christdemokratischen Peinlichkeiten
Herr Hamann, Sie sprechen in der Tat einen wichtigen Punkt an:

Ein Mahnmal ohne nähere Erklärung mahnt ins Leere.
Ich, obwohl damals noch in Garstedt aufgewachsen und zur Schule gegangen, habe niemals etwas Näheres vom Harksheider Mahnmal oder dem in der Nazi-Zeit existierenden KZ Wittmoor erfahren.

Letzteres macht mich besonders betroffen, da hier Familien wie die Plambecks als auch seinerzeit schon einflußreiche Wirtschaftsgrößen direkt und indirekt vom KZ Wittmoor profitiert haben.
Die Geschichte ist eben noch lange nicht aufgearbeitet, wenn man die Schattenseiten eines ohne Frage für die Entwicklung der Stadt wichtigen Unternehmens schlichtweg ausblendet. Das 3. Reich hat eben nicht vor den Toren unserer 4 Ursprungsgemeinden Halt gemacht. Auch wurden Mitmenschen denunziert, verhaftet und sogar getötet.

Was also bleibt zu tun? Dokumentation, Verbildlichung, Zeitzeugen aktivieren. Geschichte lebendig machen und halten.

Ideologisch Verbohrte erreicht man damit nicht, wohl aber Jugendliche, die keineswegs so unpolitisch sind, wie allgemein angenommen wird. Lokale Geschichte kommt dabei in unseren Schulen immer noch viel zu kurz.

Eine würdige Präsentation des Mahnmals sollte das Ziel sein - ein Denk mal, das angenommen wird,

weil seine Botschaft klar ist.
Den gleichen Spagat vollzieht man eben auch beim bereits erwähnten Mahnmal in Berlin. Ohne Dokumentationshaus wäre das ganze seelenlos und auch sinnlos geblieben - auch ich hätte mich dann gegen das Projekt ausgesprochen.
Ohne finanzielle Hilfe, ob nun aus privater oder öffentlicher Hand, wird es uns auch in Norderstedt nicht gelingen, eine breite Akzeptanz dieser notwendigen Mahnmale zu schaffen.

Kommentar von Bernd Hamann vom 23.06.2004, 12:45 Uhr:
RE:Denk mal CDU! - von christdemokratischen Peinlichkeiten
Was meinen Sie denn, wieviele Bürger wirklich den Sinn des Mahnmales kennen ? Oder wieviele wirklich ihr Denken durch so ein Mahnmal beeinflussen lassen ?
Ich halte solche Mahnmale für relativ sinnlos, da sich letztlich nur die Menschen mit diesen Mahnmalen befassen, die sich ohnehin mit der Geschichte beschäftigen. Meinen Sie tatsächlich, daß sich ein 18-jähriger Neonazi durch ein Mahnmal dazu bringen läßt, sein Handeln und seine Ansichten zu überdenken ?

Vielleicht bin ich zu einfach gestrickt, aber ein Kustwerk, bei dem man noch nicht einmal von weitem erkennen kann was es darstellen soll, hat mich persönlich noch nicht dazu gebracht, über die Vergangenheit unseres Volkes nachzudenken. Ich bin aber auch ein bekennender Kunstbanause. Trotzdem habe ich meine Lektion über die Vergangenheit des deutschen Volkes gelernt und begriffen. Ganz ohne Mahnmal.

Leider haben Herr Bush und viele andere Staatsmänner scheinbar kein Mahnmal im Garten. Wenn ein Mahnmal wirklich eine Wirkung hat, warum stiftet die Stadt Norderstedt dieses Mahnmal nicht dem amerikanischen Volke ? Zumindest die amerikanische Regierung scheint in diesem Bereich doch arge Defizite zu haben.

Ich glaube nicht, daß mein Geschichtsverständnis sehr stark von der Norm abweicht. Aber vielleicht bin ich etwas realistischer in der Beurteilung der Wirkung dieses Mahnmales (oder zu dumm um es wirklich zu begreifen - diese Möglichkeit sollte man natürlich auch nicht ausschliessen)

Kommentar von Dr. Volkrath Jessen vom 23.06.2004, 00:42 Uhr:
RE:Denk mal CDU! - von christdemokratischen Peinlichkeiten
Ein merkwürdiges Geschichtsverständnis lassen Sie da zu Tage treten, Herr Hamann.

Als parteipolitisch Neutraler aber geschichts- und politikbewußter Bürger dieser Stadt bin ich fest davon überzeugt, daß Mahnmale in unseren Alltag gehören.
Schauen Sie nach Berlin, wo - wenn auch nach langem Zögern und Zaudern - das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas endlich inmitten unserer Hauptstadt seinen Platz gefunden hat. Der falsche Platz, das falsche Mahnmal? Warum erinnern? Vergessen geht doch so leicht!

Geschichtsbewußtsein ist Teil unserer Kultur - und solange es noch bzw. wieder Menschen unter uns gibt, die die Vernichtung und Verfolgung von Millionen Menschen vergessen machen wollen, Gewalt als legitimes Mittel der Politik sehen und sog. National befreite Zonen anstreben, sind solche Mahnmale wie in Harksheide wichtig.
Vielleicht gehören Sie und ich (geb. 1959) zu einer anderen Generation Deutscher, es leben aber auch in meiner Nachbarschaft noch viele ältere Menschen, die die Zeit von 1933-45 miterlebt und miterlitten haben und für die der Ausspruch Nie wieder! eine immense Bedeutung hat.

Der Bau des Mahnmals ist eben auch ein Stück Zeitgeschichte: Schweigen und Vergessen über die Nazi-Zeit ausbreiten zu wollen, wie es die Eltern der 68er-Generation vielfach taten, wurden mit

diesem Mahnmal öffentlich sichtbar aufgebrochen.
So verständlich ich Ihre Kritik auch finde, Herr Hamann, sie trifft den Kern des Problems nicht:
Die örtliche CDU agiert in dieser Angelegenheit wie ein Elefant im Porzellanladen.
Berechtigte Interessen der Gewerbetreibenden und notwendiges Erinnern an Harksheider und damit an Norderstedter Geschichte passen zusammen.

Und das hat m.E. nichts mit Besserwisserei zu tun. Die SPD hat sich mit diesem Thema an die Öffentlichkeit gewagt - von anderen wie den Grünen, der FDP oder der auch noch existenten PDS kommt hierzu kein einziges Wort.

Geschichtsbewußtsein braucht eben weit mehr als das bloße Halten von Sonntagsreden...

Kommentar von Bernd Hamann vom 22.06.2004, 18:35 Uhr:
RE:Denk mal CDU! - von christdemokratischen Peinlichkeiten
Wenn dieses Mahnmal wirklich mitten im lebendigen Ablauf der lebendigen Gemeinschaft stehen muß, stellt sich doch die Frage, was das Ding am Harksheider Markt soll. Da wäre doch eher der Platz vor dem Rathaus, das Herold-Center oder die Kreuzung Segeberger Chaussee/Schleswig-Holstein-Str. angebracht.
Politisch gewollt, oder zumindest billigend in Kauf genommen, verkommt der Harksheider Markt seit Jahren. Einzig die geplante Namensänderung des Marktplatzes vor einigen Jahren brachte die damalige Mehrheit der SPD in Wallung. Leider mal wieder nicht im Sinne der Anlieger, sondern im Sinne der Partei. Laut meinen Informationen war es Herrn Paustenbach damals egal, welche Kosten auf die Einzelhändler zukommen, hauptsache man kann einen verdienten Genossen (und das war Herr Lange unumstritten) ehren.
Wenn die SPD keine wichtigeren Probleme als die Vergangenheit hat, muß sie sich nicht wundern, wenn sie bei jeder Wahl abgewatscht wird ...

Im Übrigen finde ich nicht die Unwissenheit peinlich, sondern die ewige Besserwisserei einer Partei, die das sozial in ihrem Namen nur noch aus Tradition und nicht mehr aus Überzeugung trägt.

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 21.06.2004, 10:15 Uhr - 877 Clicks - Nr. 345*

Georg Oehlrich in der Sprechstunde der SPD am 24.06.04

Georg Oehlrich, Stadtvertreter und Mitglied im Haupt- und Finanz-Ausschuss, wird am 24.06.04 von 16.00 - 17.30 Uhr allen Bürgerinnen und Bürgern in der Sprechstunde der SPD-Fraktion zur Verfügung stehen.

Die Sprechstunde findet im Fraktionszimmer der SPD im Historischen Rathaus statt und Georg Oehlrich ist dort auch unter der Telefonnummer 04551-964-348 erreichbar.
Thema der Sprechstunde wird die geplante Organisation des Stadtfestes sein und die Presseberichte der letzten Tage über die Vergabe des Stadtfestes.

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 22.06.2004, 08:59 Uhr - 2431 Clicks - Nr. 346*

Jetzt erst recht

1
Diskussionspapier des Sprecherkreises des Netzwerks Berlin
zur Zukunft der SPD anlässlich der Tagung der
Friedrich Ebert-Stiftung „Menschen stärken. Wege öffnen“
am 19. & 20. Juni 2004 in Berlin

Trotz alledem: Sozialdemokratische Politik hat Perspektiven!

Die dramatisch gesunkene Wahlbeteiligung und die bitteren Wahlniederlagen der SPD am 13. Juni haben uns gezeigt:
1) 10,5 Millionen SPD-Wählerinnen und -Wähler, fast zwei Drittel der SPDZweitstimmenwähler bei der Bundestagswahl 2002, sind nicht zur Wahl gegangen. Das ist dramatisch. Diese Wahlenthaltung ist kein Zeichen von politischem Desinteresse, sondern vielmehr eine durchaus realistische Beurteilung. Denn auch für die SPD gilt: Mit Ausnahme des Themas „Friedenspolitik“ nehmen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Sorgen und Ängste vor einer rein ökonomisch orientierten Europäisierung und Globalisierung nur unzureichend wahr, thematisieren sie zu wenig und haben bislang keine ausreichenden Lösungswege gefunden:
· Wie entstehen trotz Europäisierung und Internationalisierung Ausbildungsund Arbeitsplätze auch in Deutschland?
· Wie erhalten wir gleichzeitig funktionsfähige und bezahlbare soziale Sicherungssysteme bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und im Alter?
· Wie setzen wir in Deutschland und in Europa eine ausreichende und gerechte Finanzierung der zentralen staatlichen Aufgaben im Bildungssektor, im Rechtsstaat oder in der kommunalen Daseinsvorsorge durch?
· Wie begegnen wir dem islamistischen Terrorismus und den damit verbundenen wirtschaftlichen, ethnischen und religiösen Konflikten?
2) Beispiele wie Vodafone, Siemens oder das Verhalten im Management der Deutschen Bank sind längst zu Symbolen für die Alltagserfahrung vieler
2
Menschen geworden, dass die Politik und auch die Gewerkschaften ohnmächtig zusehen, wie die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und der Gemeinwohlorientierung des Eigentums in unserer Verfassung vollständig ignoriert und zur „Sozialromantik“ erklärt werden.
Gerade die Europawahl hätte Chancen geboten, diese neue und notwendige Dimension der Veränderung der internationalen Regeln für das Zusammenleben der Menschen in Deutschland und Europa in den Mittelpunkt zu stellen, um darüber eine möglichst polarisierende Auseinandersetzung mit den Konservativen und Liberalen zu führen. Diese Chance ist von der SPD selbst dort nicht genutzt worden, wo sie offensichtlich war.
3) Konservative und Liberale setzen im Zuge der Globalisierung und europäischen Integration ausschließlich auf den Markt. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen auch in Zeiten verschärften internationalen Wettbewerbs auf politische Gestaltung.
4) Soziale Gerechtigkeit ist seit mehr als 141 Jahren die Kernkompetenz der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Diese Kernkompetenz ist nicht Ausdruck einzelner Instrumente gewesen, sondern sie war der rote Faden aller sozialdemokratischen Arbeit innerhalb und außerhalb von Parlamenten. In der Vergangenheit haben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Ansprüche der Menschen auf Arbeit, soziale Sicherung, gerechte Finanzierung öffentlicher Aufgaben und Frieden mit Mitteln der Nationalstaates zu verwirklichen versucht.
Zu Beginn des 21. Jahrhunderts müssen wir feststellen, dass nationale Instrumente nicht mehr ausreichen, um diese Ziele zu verwirklichen.
5) Die eigentliche Aufgabe von uns Sozialdemokraten ist deshalb die Wiederherstellung dieser Kernkompetenz der SPD: Eine Partei zu sein, die mit realistischen Vorschlägen für die nationale und die internationale Politik die Menschen und ihre Ansprüche nach Arbeit, Sicherheit, Gerechtigkeit und Frieden wieder in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Entwicklung stellt.
3
Und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa und darüber hinaus. Nur auf diesem Wege werden wir unsere Kernwählerschaft zurück gewinnen: Die Facharbeiter, Angestellten, jungen Familien und Frauen, Migrantinnen und Migranten und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes. Aber auch die Attraktivität für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Intellektuelle, engagierte Selbstständige und Managerinnen und Manager entscheidet sich auf diesem Wege.
6) Dazu ist weit mehr erforderlich als die Addition einzelner Symbolthemen - so nachvollziehbar, richtig oder populär sie auch innerhalb der SPD erscheinen mögen. Bürgerversicherung, Erbschaftssteuer oder Ausbildungsplatzumlage sind auch in ihrer Summe nicht geeignet, auf die Fragen und Verunsicherungen großer Teile unserer Bevölkerung ausreichende Antworten zu geben.
Vielmehr braucht die SPD ein neues Programm, das diesen Anspruch auf die politische Gestaltbarkeit einer europäisierten und globalisierten Wirtschaft und Gesellschaft erfüllt und in den kommenden Jahren Schritt für Schritt verwirklicht. Nur auf diesem Wege werden wir sowohl das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit demokratischer Institutionen in unserer Bevölkerung zurück gewinnen als auch die Zustimmung zu einer Vertiefung und Erweiterung der europäischen Union erreichen. Andernfalls droht auch immer der Rückfall in nationalistische Haltungen und Mehrheiten, wie wir sie jetzt in Teilen Osteuropas erleben.
7) Das Netzwerk Berlin fordert deshalb den Parteivorstand der SPD auf, diese anspruchsvolle Aufgabe in den Mittelpunkt der bis zum kommenden Jahr laufenden Vorbereitungen und Beratungen für ein neues SPD-Grundsatzprogramm zu stellen. Von der bisherigen Absicht einer rein formalen Fortschreibung des Berliner Programms muss deshalb Abschied genommen werden. Das Netzwerk Berlin fordert gleichzeitig dazu auf, in die Programmdebatte Vertreter der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft kontinuierlich einzubeziehen und keine „closed shop“-Diskussion innerhalb der SPD zu organisieren.
4
8) Veränderungen sind aber auch in der aktuellen Politik und in unseren politischen Planungen bis zur Bundestagswahl 2006 notwendig. So richtig es war und bleibt, mit der Agenda 2010 endlich die Konsequenzen aus der demografischen Entwicklung, der Überforderung der öffentlichen Hausha lte

und der sozialen Sicherungssysteme zu ziehen, die CDU/CSU und FDP in ihrer 16 jährigen Regierungszeit ignoriert und aus Feigheit unterlassen haben: Die im Wahlverhalten sichtbare Kritik unserer Stamm- und Kernwählerschaft an unserer Regierungspolitik ist nicht allein auf ein „Kommunkations- und Vermittlungsproblem“ zurück zu führen. Ein reines „Weiter So“ reicht deshalb nicht aus, um die Mehrheitsfähigkeit unserer Partei in Bund, Ländern und Gemeinden wiederherzustellen. Wir müssen für unsere Politik neue Handlungsfelder erschließen.

9) Neben der Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung – insbesondere im Bereich der Subventionen – macht das Netzwerk Berlin dafür drei Vorschläge zu den Schwerpunkten der SPD-Regierungspolitik in den kommenden zwei Jahren:

(a) Trotz Maastricht: Deutschland braucht ein Programm für Innovation und Wachstum.

§ Mit einem Ausbau der Investitionen für Forschung, Technologie und Bildung, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und die Zukunftschancen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zu verbessern.

§ Und mit einer Ausweitung der investiven Ausgaben für Infrastruktur in Ost- und Westdeutschland, um über die Binnennachfrage das konjunkturelle Wachstum zu beleben und Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Die nachhaltige Verbesserung der kommunalen Investitionstätigkeit sollte dabei Vorrang haben.

5

(b) Wir wollen die Koppelung der Zumutbarkeit für die Aufnahme vorhandener Arbeit an ein Mindesteinkommen oberhalb der Sozialhilfe . Die Einführung von Kombilöhnen bzw. einer negativen Einkommenssteuer muss in angriff genommen werden.

(c) Wir wollen eine aktive Kinder- und Familienpolitik, damit mehr Menschen ihre Kinderwünsche erfüllen. Der Ausbau der Bildungs- und Betreuungsangebote für Unter-Dreijährige und der Ganztagsangebote ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, dafür müssen die zugesagten 1,5 Mrd. Euro für die Betreuung der Unter-Dreijährigen zügig bereitgestellt werden. Wir wollen mehr Chancen auf Bildung, Betreuung und Erziehung von Anfang an realisieren.

10) Wahlerfolge der SPD gelingen nur in der politischen Polarisierung. Die im Netzwerk Berlin zusammen geschlossenen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten daher für eine deutlich stärkere und härtere Auseinandersetzung mit der Politik von CDU/CSU und FDP ein. Hier haben wir auch im letzten Europawahlkampf weniger geleistet als möglich war. Vor dem Hintergrund der anstehenden Wahlkämpfe und des Bundestagswahlkampfes 2006 geht es um eine Re-Politisierung der politischen Auseinandersetzung: Deutschland steht vor Richtungsentscheidungen: Entweder für den Erhalt und den Ausbau sozialer Sicherheit, individueller und gesellschaftlicher Freiheit und einer gerechten Verteilung von Chancen und Belastungen oder für die Durchsetzung des reinen Wettbewerbsliberalismus in Deutschland und Europa ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Mehrheit unserer Bevö lkerung.

Der Sprecherkreis des Netzwerkes Berlin

Dr. Hans-Peter Bartels

Kerstin Griese

Nina Hauer
Hubertus Heil
Christian Lange
Dr. Carola Reimann

Keine Kommentare

SPD-Lübeck - *veröffentlicht am 22.06.2004, 10:05 Uhr - 1728 Clicks - Nr. 347*

Mobilität und Teilhabe für Menschen mit Behinderungen nicht einschränken

Der Kreisvorstand der SPD in der Hansestadt Lübeck hat auf seiner gestrigen Sitzung beiliegend Beschluss einstimmig gefasst.

In großer Sorge um die Mobilität und Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben, hat der Kreisvorstand der SPD in der Hansestadt Lübeck sich mit den Kürzungs- und Einsparungsvorschlägen der Bundesregierung bei der Benutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) für Menschen mit Behinderung diskutiert

„Die bestehenden Regelungen der unentgeltlichen Beförderung sollen die eingeschränkte Mobilität behinderter Menschen ausgleichen. Die finanziellen Mehrbelastungen, denen der betroffene Personenkreis aufgrund seiner Behinderung ohnehin regelmäßig ausgesetzt ist, gilt es auch zukünftig auszugleichen“, so der Kreisvorsitzende und Mdl Wolfgang Baasch.

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 23.06.2004, 14:27 Uhr - 1319 Clicks - Nr. 348*

Finanzspritze des Landes für Mettenhofer Schulen

Zur Aufteilung der Mittel aus dem ZIP-Schulbauprogramm des Bildungsministeriums erklärt der Kieler Landtagsabgeordnete Jürgen Weber:
Aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Landes Schleswig-Holstein (ZIP 2004) fließen über 400.000 € an Mettenhofer Schulen. Die Maßnahmen im einzelnen:

34.000 € erhalten die Förderschule am Göteborgring und 70.000 € die Max-Tau-Schule für Sanierungsmaßnahmen. 323.000 € gehen an die Schulen im Bildungszentrum Mettenhof, u.a. für die Sanierung des Bodens in der Sporthalle 2

Das seit Anfang des Jahres laufende Zukunftsinvestitionsprogramm hat ein Volumen von insgesamt 100 Mio. €, von denen fast 7 Mio. € für Baumaßnahmen an Schulen investiert werden. „Von den Sanierungen der Schulgebäude profitieren nicht nur die Schüler und Lehrer, sondern auch Bauwirtschaft und Handwerk“, so der Kieler Landtagsabgeordnete Jürgen Weber.

Mit der Konzentration der Mittel für die Landeshauptstadt Kiel auf die Schulen in Mettenhof setzt das

Land in Abstimmung mit der Stadt und der Investitionsbank ein wichtiges Signal für eine bessere Ausstattung der Schulen in dem Stadtteil.

Keine Kommentare

SPD-Ellerau - *veröffentlicht am 24.06.2004, 10:52 Uhr - 1474 Clicks - Nr. 349*

SPD - Ellerau Aktuell Juni 2004

SPD Aktuell in Ellerau

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,
rechtzeitig vor der Sommerpause möchten wir Sie über die Beschlüsse der Gemeindevertretung vom 10. Juni 2004 informieren und Ihnen auch sonst noch einiges Wissenswertes mitteilen. Zunächst aber einige Informationen über weiter zurückliegende Beschlüsse, die jedoch nach wie vor aktuell sind.

1. Junges Wohnen II
Die Vergabe von Baugrundstücken im Erschließungsgebiet "Junges Wohnen II" ist in die Wege geleitet. Bewerbungen werden bereits bei der Gemeindeverwaltung entgegen genommen. Die Vergabe der Baugrundstücke erfolgt nach entsprechenden Richtlinien, die bereits für das erste Erschließungsgebiet gegolten haben und nur geringfügig geändert wurden. Der Bebauungsplan wurde bereits in der Sitzung vom 1. April 2004 beschlossen, die Auslegung hat inzwischen stattgefunden. Die Baugrundstücke erhalten eine Größe von 550 m² - ca. 900 m², sie sind für Einzelhausbebauung und teilweise auch für Doppelhausbebauung vorgesehen. Die Erschließungsplanung ist ebenfalls weitgehend abgeschlossen, so dass nach einer Ausschreibung der Bauleistungen voraussichtlich im Herbst 2004 mit den Erschließungsarbeiten begonnen wird.

2. Kostenberechnung neue Feuerwache
Von der SPD-Fraktion war beantragt worden, von der Verwaltung eine Kostenberechnung für die neue Feuerwache einschl. der Unterhaltungs- und Folgekosten aufstellen zu lassen. Nach Beratung im Hauptausschuss wurde die Angelegenheit auf den Herbst vertagt. Auch auf Nachfrage konnte von der Verwaltung keine vorläufige Berechnung vorgelegt werden.

3. Spielstraße "Vorderer Kamp"
Die SPD-Fraktion hat beantragt, der Verwaltung einen Prüfauftrag zu erteilen, um die Möglichkeiten und die Voraussetzungen für die Einrichtung einer Spielstraße im Bereich "Vorderer Kamp" aufzuzeigen. Die Prüfung wird z.Z. durchgeführt, bei der Bauausschusssitzung am 26. August 2004 sollen die Ergebnisse vorgelegt werden.

4. Schulwegsicherung
Von der SPD-Fraktion sind 2 Eingaben an die Gemeindevertretung zur Sitzung am 10. Juni 2004 gerichtet worden, die sich beide mit der Schulwegsicherung befassen. Die erste Eingabe bezieht sich auf die Einrichtung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h auf der Dorfstraße während der Bauzeit für das Neubaugebiet "Junges Wohnen II". Die Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h soll dann von der Grundschule bis zur Einmündung "Vorderer Kamp" eingerichtet werden. Die Angelegenheit wird im Bau- und Planungsausschuss weiter beraten.

Die zweite Eingabe bezieht sich auf die Übernahme der Dorfstraße als Gemeindestraße. Zur Zeit ist

die Dorfstraße als Kreisstraße eingestuft, daher kann die Gemeinde nur in enger Abstimmung und im Einvernehmen mit der Kreisverwaltung Segeberg Verkehrsberuhigungsmaßnahmen im Bereich der Grundschule durchführen. Es soll daher geprüft werden, welche Voraussetzungen für die Abstufung der Kreisstraße zur Gemeindestraße notwendig sind und welche Folgekosten für die Gemeinde damit verbunden sein werden. Auch diese Angelegenheit wird im Bau- und Planungsausschuss weiter beraten.

5. Beschaffung einer neuen Verwaltungs-Software
Nach vorausgegangenen Beratungen im Hauptausschuss hat die Gemeindevertretung am 10.06. beschlossen, eine neue Verwaltungs-Software anzuschaffen, da die jetzige Verwaltungs-Software bereits veraltet ist und in Kürze nicht weiter gepflegt wird. Von 2004 - 2006 soll eine entsprechende Umstellung in der Verwaltung durchgeführt werden. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rd. € 47.000,00.

6. Schöffenwahlen
Nach Beratung im Hauptausschuss wurden von der Gemeindevertretung folgende Personen für das Schöffenamt vorgeschlagen:
Jugendschöffenamt: Frau Marianne Wolter und Herr Dirk Schumacher
Schöffenamt: Frau Renate Brix, Frau Iris Jaag und Herr Karl-Heinz Henry Groszmann

7. Suchtberatungsstelle Quickborn
Die Suchtberatungsstelle Quickborn betreut auch das Ellerauer Gebiet. Daher hat sich die Gemeindevertretung schon seit längerem bereit erklärt, die Suchtberatungsstelle mit einem jährlichen Zuschuss zu unterstützen. Für das Jahr 2005 wurde eine Bezuschussung von insgesamt € 20.000,00 beschlossen. Dieser Betrag wird im Haushalt 2005 bereit gestellt.

8. Einführung einer Regenwassergebühr
In Elleraus besteht eine sogenannte Trenn-Kanalisation, d. h. es gibt ein Kanalisationsnetz für häusliches Schmutzwasser und ein zweites für Regenwasser. Das Regenwasser-Kanalisationsnetz führt das Oberflächenwasser ab, das von Straßen und Wegen sowie von Dachflächen oder sonstigen Flächen eingeleitet wird.
Das Oberverwaltungsgericht in Schleswig hat im Januar 2001 in einem Klagefall entschieden, dass beim Vorliegen der notwendigen technischen Voraussetzungen die Gemeinden gehalten sind, eine getrennte Abrechnung der Abwassergebühr nach häuslichem Schmutzwasser und Regenwasser vorzunehmen. Damit soll eine Gebührengerechtigkeit nach dem Verursacher-Prinzip erreicht werden, weil z. Z. in der normalen Abwassergebühr bereits ein Kostenanteil für die Regenwasserableitung enthalten ist, unabhängig davon, wie viel Regenwasser der einzelne Grundbesitzer bzw. Mieter in das Regenwasserkanalisationsnetz ableitet.
Um eine getrennte Abrechnung vornehmen zu können, müssen umfangreiche Vorarbeiten durchgeführt werden. Es muss für jedes angeschlossene Grundstück festgestellt werden, wie viel Dachfläche oder sonstige versiegelte Fläche an das Regenwasser-Kanalisationsnetz angeschlossen ist. Die Gemeindevertretung hat grundsätzlich beschlossen, eine Gebührentrennung vorzunehmen. Als Gebührenmaßstab für die Regen- oder Niederschlagswassergebühr soll die jeweils abflusswirksame an die Regenwasser-Kanalisation angeschlossene Fläche des Grundstücks herangezogen werden. Die getrennte Abrechnung soll spätestens zum 1. Januar 2006 eingeführt werden.
Welcher Gebührenanteil hinsichtlich der Niederschlagswassergebühr umgelegt werden soll, konnte verwaltungsseitig noch nicht mitgeteilt werden. Auch über eine mögliche Verteilung auf

Wohngrundstücke bzw. gewerblich genutzte Grundstücke konnte noch keine Auskunft gegeben werden.

9. Prüfung der Jahresrechnung 2003
Die Jahresrechnung 2003 wurde vom Prüfungsausschuss am 26. April 2004 geprüft. Herr Urbanik (BVE) stellte im Ergebnis fest, dass die Verschuldung der Gemeinde Ende 2002 € 3,7 Mio. betrug und Ende des Jahres 2003 € 5,4 Mio. Die Zunahme der Verschuldung hängt mit den umfangreichen Investitionen z. B. für die Schwimmbaderneuerung zusammen.
Die Jahresrechnung selbst wurde per Beschluss der Gemeindevertretung anerkannt.

10. Technische Rufbereitschaft
Bei der Gemeinde wurde eine technische Rufbereitschaft eingerichtet, die in Notfällen unter der Telefon-Nr.: 0160 5819699 benachrichtigt werden kann.

11. Parkmarkierungen Schulweg und Hamburger Straße
Die Pläne mit den vorgesehenen Parkmarkierungen und der Einrichtung von Halteverbotszonen liegen im Rathaus bis Ende Juni zur Einsicht aus. Anregungen hierzu können schriftlich eingereicht werden.

Wir hoffen, Ihnen hiermit wieder einige interessante Informationen gegeben zu haben und wünschen Ihnen eine fröhliche Sommerzeit mit erholsamen Urlaubstagen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre SPD Ellerau

Vorankündigung:SPD-Flohmarkt am 21. August 2004 von 10.00 Uhr bis 16.00 Uhr zwischen Freibad und Bürgerhaus

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 24.06.2004, 14:38 Uhr - 866 Clicks - Nr. 350*

SPD zum Stadtfest 2004

Zu den Presseberichten vom 16.6;17.6;18.6.:
Fällt das Stadtfest aus?
Mit Entsetzen hat die SPD-Fraktion zur Kenntnis nehmen müssen, dass Bürgermeister Hampel das traditionelle Stadtfest möglicherweise gar nicht stattfinden lassen will. „Es kann nicht angehen, dass Herr Hampel es von seiner persönlichen Tagesform abhängig macht, ob in Bad Segeberg im September ein Stadtfest stattfindet oder nicht“, so Joachim Wilken-Kebeck, SPD-Fraktions-vorsitzender.

Liest man die Presseberichte der letzten 3 Tage, bekommt man den Eindruck, der Bürgermeister hat bei diesem Thema völlig die Übersicht verloren. Der jetzige Bewerber, die „DEHOGA“ , die sich ursprünglich gegen 4 andere Bewerber durchgesetzt hatte, eigentlich deswegen, weil sie die Auflagen der Stadt erfüllen wollte, hatte deswegen den Zuschlag erhalten, wie Bgm Hampel in der Stadtvertretung am 8.6. berichtete.

Wer von der Stadt noch Geld dazu haben will, hat keine Chance, war die Aussage dazu.
„Sollte die Dehoga jetzt einen Rückzieher machen, muss die Stadt dafür Sorge tragen, dass einer der anderen Anbieter eine 2.Chance bekommt, damit das Stadtfest auf jeden Fall stattfinden kann“, bekräftigt Maren Marquardt, Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Kultur, die Auffassung der SPD-Fraktion. „Schließlich kann Hampel nicht nur den Haushaltbegleitbeschluss anführen, dass die Stadt für ihr Fest kein Geld ausgeben will, die Stadtvertretung hat auch beschlossen, dass es ein Fest geben soll, nur eben privat finanziert!“, stellt Joachim Wilken-Kebeck fest.

Die SPD-Fraktion fragt sich, ob Hampel seine zuständigen Leute in der Verwaltung überhaupt im Griff hat, sonst wäre seit dem Haushaltsbeschluss im Februar nicht schon so viel Zeit zur Vorbereitung vertan worden.

„Jetzt besteht die Gefahr, daß die Stadt erpressbar wird. Da sich in den letzten Monaten die Pannen bei Vorbereitungen zu Veranstaltungen häufen, ist der Verwaltungschef jetzt gefordert!“, setzt Wilken-Kebeck nach, „Gerade nachdem im letzten Jahr die Qualität des Stadtfestes wieder stark angestiegen war, wollen die Bad SegebergerInnen auf ihrem Stadtfest gemeinsam feiern und schon gar nicht darauf verzichten“.

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 25.06.2004, 10:14 Uhr - 939 Clicks - Nr. 351*

Kirsten Toedt in der Sprechstunde der SPD am 01.07.2004

Kirsten Toedt, Stadtvertreterin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, wird am 01.07.2004 allen Bürgerinnen und Bürgern in der Sprechstunde der Fraktion von 16.00 - 17.30 Uhr zur Verfügung stehen.
Die Sprechstunde findet statt im Fraktionszimmer der SPD im Historischen Rathaus und Kirsten Toedt wird während dieser Zeit dort auch unter der Telefonnummer 04551-964-348 zu erreichen sein.

Thema dieser Sprechstunde wird sein : Sterbende Innenstadt - speziell Kirchstrasse vom Markt bis zum Rathaus ?

Am Samstag, dem 10.07. wird vor dem ehemaligen Edeka-Markt, ein Informationsstand der SPD stattfinden, der von Kirsten Toedt koordiniert werden wird. An diesem Informationsstand sollen dann die Meinungen und Vorschlaege der Segeberger Bürger zu diesem Thema gesammelt werden, um dies für die Arbeit der Fraktion der SPD zu nutzen.

Kirsten Toedt nimmt jedoch auch gerne vorher schriftliche Anregungen der Bürger (auch der Geschäftsleute in dieser Strasse !) entgegen und bittet dies einfach an sie zu adressieren und in den Briefkasten vor dem Rathaus zu werfen.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 26.06.2004, 00:49 Uhr - 5271 Clicks - Nr. 352*

Sönke Rix erklärt zur Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe:

Der SPD-Kreisvorsitzende Sönke Rix fordert den Landrat zum Handeln auf. Streit um Hartz IV darf nicht auf dem Rücken der Betroffenen ausgetragen werden.
Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ist beschlossene Sache. Bundesregierung und Opposition waren sich in der Sache einig. Man will so eine größere Nähe der Sozialhilfeempfänger zum Arbeitsmarkt erreichen, Synergien nutzen und langfristig Mittel einsparen. Jetzt geht es um die Umsetzung. Die ist nun gefährdet, weil der Kreis als Sozialhilfeträger nicht rechtzeig die nötigen Entscheidungen trifft. Der Landrat und der Kreistag sind jetzt am Zug. Es ist schon viel zu viel Zeit vergangen. Wenn eine Umsetzung scheitert, dann liegt das in erste Linie am Kreis: Es gibt bereits jetzt schon Kreise, die alle notwendigen Entscheidungen getroffen haben. Der Landrat muss nun endlich handeln. Ich hoffe, dass nicht hier im Kreis die politischen Spielchen fortgesetzt werden, die man in Berlin spielt und der CDU-Landrat ein Scheitern vor der Landtagswahl 2005 einkalkuliert. Es geht um die Menschen. Die wollen das ihnen zustehende Geld rechtzeitig erhalten und gut und professionell beraten werden. Wenn die Umsetzung aber scheitern sollte und man es nicht schafft, eine gemeinsame Dienststelle der Agentur für Arbeit und des Kreises als Sozialhilfeträger einzurichten und ein gemeinsames Konzept umzusetzen, ist dies stark gefährdet. Ich hoffe sehr, dass der Landrat demnächst dem Kreistag ein tragfähiges Konzept vorlegen wird.
Kommentar von Bischof vom 01.07.2004, 21:29 Uhr:
RE:Sönke Rix erklärt zur Zusammenlegung von Sozialhilfe und
Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ist beschlossene Sache.

So weit - so gut. Bei der beschlossenen Sache bleibt ein wichtiger Aspekt ungeklärt. Selbst bei umgehender Aktion seitens des Landrates steht im Raum, wie die Kommune eine professionelle Beratung umsetzen will. Woher kommt das entsprechende Fachpersonal mit langjähriger Erfahrung in der Arbeitsvermittlung? Um diese handelt es sich letztlich. Wenn es nach Clement geht - sollen die Kommunen entsprechende Arbeitsplätze vermitteln und sogar schaffen. Zumindestens den Medeinberichten nach. Abgesehen von den zahlungstechnischen Kriterien zum Januar 2005 bleibt die Arbeitsplatzbeschaffung weiterhin im Unklaren.Allenfalls besitzen die Sachbarbeiter im ASSH (Arbeit statt Sozialhilfe) nutzbare Erfahrungen. Auf eine reale und kompetente Lösung darf man gespannt sein.

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 27.06.2004, 12:46 Uhr - 1680 Clicks - Nr. 353*

SPD-Engelsby: Doch ´ne Nummer zu groß?

Anfangs ging es Schlag auf Schlag im Neubaugebiet Kauslund-Osterfeld.
Doch seit der Erschliessung des zweiten Bauabschnitts herrscht hier Flaute. Nur vereinzelt sind hier seit Jahresbeginn neue Häuser entstanden. Die möglichen Ursachen für die Bauunlust sind sicher so vielseitig wie die Auswahl an Mauerklinkern.
Die Grundstückspreise liegen zwischen 76 und 97 Euro/m2
Insgesamt gibt es im Baugebiet (B-Plan 235) 89 Einzelhaus- und 9 Doppelhausgrundstücke.
Die Grundstücksgrößen liegen zwischen 416 und 1034 m2.
Ansprechpartner: Stadt Flensburg - Liegenschafsmanagement.

Bleibt zu hoffen, dass sich die städtischen Investitionen bezahlt machen und die Bebauung in diesem landschaftlich schön gelegenem Baugebiet weiter voranschreitet.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 28.06.2004, 20:21 Uhr - 1601 Clicks - Nr. 354*

SPD-Engelsby: Recyclinghof öffnet am 29.Juni



Einen Tag später als geplant öffnet, wenn auch vorerst provisorisch, der Recyclinghof im Kauslundhof seine Pforten.
Wer seinen Müll abgeben möchte, kann dies ab sofort am neuen Standort erledigen.
Die Öffnungszeiten:
- Montags von 9-19 Uhr,
- Dienstags und Freitags von 9-17 Uhr und
- Samstags von 9-13 Uhr

Der Recyclinghof bei Eurospar kann nicht mehr genutzt werden.

Keine Kommentare

SPD Bad Bramstedt - *veröffentlicht am 28.06.2004, 21:13 Uhr - 1601 Clicks - Nr. 355*

Fahrradrallye des SPD-Ortsvereins war ein guter Erfolg



Der SPD-Ortsverein Bad Bramstedt veranstaltete eine Fahrradrallye, zu der über 30 Teilnehmer im Alter von 5 bis 65 kamen.
Ein Quiz führte durch die Stadt Bad Bramstedt. Es gab diverse Fragen zu beantworten.
Zum Abschluss kamen alle zum „Alten Waldbad“ zum gemütlichen Grillen und zum Reden zusammen. Für Speisen und Getränke war gesorgt und da auch das Wetter mitspielte, war es nicht verwunderlich, dass das Feiern bis in den Abend ging.

Keine Kommentare

SPD-Steinburg - *veröffentlicht am 28.06.2004, 22:31 Uhr - 9017 Clicks - Nr. 356*

Stellungnahme zum Landschaftsrahmenplan

Eine Arbeitsgruppe des SPD-Kreisvorstandes und der Kreistagsfraktion hat folgende Stellungnahme erarbeitet:

Die SPD-Steinburg begrüßt den Landschaftsrahmenplan als Grundlage für die Entwicklung von Natur- und Landschaftsschutz. Dieser Fachplan des Naturschutzes ist eine verbindliche Unterlage für die Planungen von Ämtern und Gemeinden. In diesem Plan werden in der jetzigen Aktualisierung (die ist gesetzlich vorgeschrieben, die alten Daten stammen von 1983) alle wichtigen Daten zum Natur- und Landschaftsschutz zusammen getragen und mit anderen Schutzgütern (z.B. Landwirtschaft, Verkehr, Rohstoffgewinnung, Freizeitnutzung) in Beziehung gesetzt. Der Plan schafft keine neuen Einschränkungen, er stellt aber Maßnahmen dar, die Eingriffe in die Nutzungsmöglichkeiten der Landschaft bedeuten.
Im laufenden Beteiligungsverfahren können Hinweise zu den Entwicklungszielen und Maßnahmen eingebracht werden. Die SPD-Steinburg erwartet dabei, dass die jetzigen Nutzungen der Landschaft bei der Abwägung einen hohen Stellenwert bekommen. (Bsp.: Das seit Jahrzehnten genutzte Freibad Lohmühlenteich muss auch für künftige Generationen als Freizeiteinrichtung nutzbar sein.)
Die Ziele des Landschaftsrahmenplanes bestehen in der Entwicklung einer Perspektive für den Natur- und Landschaftsschutz. Damit bekommen die Gemeinden Planungsgrundlagen und können auf teure Fachgutachten verzichten. Die im Plan festgestellte Eignung einer Fläche für Naturschutzzwecke mindert nicht deren Wert sondern kann im Zusammenhang mit der Ausgleichspflicht bei Baumaßnahmen den Marktwert erheblich erhöhen.
Für Freizeit, Erholung und unsere Lebensqualität brauchen wir eine intakte Natur, der Landschaftsrahmenplan stellt dafür eine gute Grundlage dar.

Kommentar von Kristin Fuchs vom 01.07.2004, 08:49 Uhr:
RE:Stellungnahme zum Landschaftsrahmenplan
In der NR vom 1. Juli 2004 lehnen die Komunalpolitiker von Landrecht den Landschaftsrahmenplan mit der Begründung ab, dass durch die Ausweisung von Bereichen an der Stör und Wilster Au , als Gebiet zur Schaffung eines Biotopschutzgebiets ,Nachteile für die Landwirte entstehen werden.
Ist dies richtig?
Was bedeutet in diesem Zusammenhang der Begriff Biotopverbundsystem?
Schöne Ferien an alle!
Kristin

SPD-Lübeck - *veröffentlicht am 29.06.2004, 14:17 Uhr - 1832 Clicks - Nr. 357*

Geschichtswerkstatt Herrenwyk erhalten!



Die Hansestadt Lübeck ist die „Kulturhauptstadt des Nordens“!

Die Altstadt der Hansestadt Lübeck ist Weltkulturerbe. Viefältige und hochklassige Angebote im Bereich der Musik, private und städtisches Theater und eine attraktive Museumslandschaft sind einige Belege für diese klulturelle Vielfalt. Diese Angebote und

kulturelle Attraktionen sind es auch, die die Motivation liefern, für die Bewerbung der Hansestadt Lübeck um die „Kulturhauptstadt Europas 2010“.

Die letzten Diskussionen um Kultureinrichtungen in der Hansestadt Lübeck haben bereits Zweifel an der Entschlossenheit dieser Bewerbung aufkommen lassen. Die jetzige Diskussion um den Fortbestand der Geschichtswerkstatt Herrenwyk ist ebenfalls keine Unterstützung für diese Bewerbung.

Die SPD Lübeck hat in ihrem Kommunalwahlprogramm beschlossen. „Das Kulturforum Burgkloster bleibt zusammen mit der Geschichtswerkstatt Herrenwyk ein Haus der Ausstellungen und Veranstaltungen zur Kultur- und Zeitgeschichte“.
Daraus ergibt sich für die SPD in der Hansestadt Lübeck der Auftrag, die Geschichtswerkstatt Herrenwyk auf Dauer zu erhalten. Dies ist umso wichtiger, da die Geschichtswerkstatt Herrenwyk nicht nur ein Museum und Veranstaltungsort ist, sondern für viele Lübeckerinnen und Lübecker auch als ein Ort der Begegnung mit ihrer eigenen ganz persönlichen Lebensgeschichte wahrgenommen wird und dies auch in Zukunft bleiben soll.

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 29.06.2004, 18:24 Uhr - 6459 Clicks - Nr. 358*

Keine Luftbuchungen im Kreis Segeberg

Keine Luftbuchungen im Kreis Segeberg fordern der Landtagsabgeordnete Andreas Beran (Kaltenkirchen) und der umweltpolitische Sprecher Marc André Ehlers der SPD Kreistagsfraktion.

Diese Forderung ist auch an das Kieler Kabinett gerichtet, das am Dienstag (29.06.) endgültig über die an Brüssel zu meldenden Flächen (NATURA 2000) entscheiden soll. „Wir unterstützen die Natur. Sie ist wohl mit der wichtigste Wirtschaftsfaktor unseres Landes“, so Beran. „Die in Kaltenkirchen für einen Luftverkehr vorgesehenen Flächen sind ein Kleinod, das man nicht sorglos verschleudern sollte. Moderne Ökonomie setzt intakte Natur voraus.“

Die vom Umweltminister vorgesehenen FHH - Gebiete in der Region Kaltenkirchen müssen deshalb komplett nach Brüssel gemeldet werden. Zukunftsweisende Naturschutzpolitik kann nicht durch skurrile Beschlüsse, wie sie die Segeberger CDU Kreistagsfraktion auf der letzten Kreistagssitzung mehrheitlich durchgedrückt hat, vernichtet werden.
Kommentar von Martin Preuschhof vom 30.06.2004, 10:52 Uhr:
Toller Erfolg
Nun ist also beschlossen worden, das Gelände als FFH Gebiet zu melden.

Ein toller Erfolg unseres Teams aus Kreisvorsitzenden und MdL Beran und der Kreistagsfraktion (der ich auch angehöre) die zusammen, jeder an seiner Stelle alles unternommen haben um die Menschen in Kaltenkirchen nicht im Regen stehen zu lassen.

Ob Befürworter oder Gegner eines Flughafens dort. Auf jeden fall würden Ausgleichsmassnahmen soviel grösser ausfallen müssen, das die Menschen vor Ort dann besser leben können als ohne, oder mit weniger Maßnahmen.

Von Menschen, für Menschen, wenn wir diesen Grundsatz in der Politik wieder stärker berücksichtigen, geht es uns allen wieder besser (vielleicht nur nur unseren politischen Konkurenten).

Martin Preuschhof, Norderstedt

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 01.07.2004, 08:33 Uhr - 598 Clicks - Nr. 359*

Kietzer: Initiative zur Landesgartenschau verdient Unterstützung

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt:
"Bei allen Bestrebungen zur Haushaltskonsolidierung darf die Landeshauptstadt Kiel nicht versäumen, Zukunftsprojekte wie die Landesgartenschau in Angriff zu nehmen. Stadtbaurat Ronald Klein-Knott hat mit der "inoffiziellen Bewerbung" erste und richtige Schritte unternommen, um die Landesgartenschau nach Kiel zu holen. Wir erwarten gespannt das Entwicklugs- und Standortkonzept nach der Sommerpause."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 01.07.2004, 08:34 Uhr - 581 Clicks - Nr. 360*

Kietzer legt der OB konzertiertes Vorgehen nahe

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt zu den angekündigten Gewerbesteuerausfällen:
"Die Nachricht der Finanzverwaltung über die sehr hohen Gewerbesteuerausfälle durch ein Unternehmen sollte die Verwaltung nicht überrascht haben.
Nur sehr wenige Kieler Unternehmen leisten Gewerbesteuervorauszahlungen in zweistelliger Millionenhöhe.
Die SPD-Fraktion hatte die OB im Juni gemahnt, der Ratsversammlung den Entwurf ihres Nachtragshaushaltes vorzulegen. Frau Volquartz ist umso mehr in der Pflicht, Vorschläge in relevanter Größenordnung vorzulegen, wie das strukturelle Defizit des Haushaltes schnell und ausgewogen verringert werden kann.
Frau Volquartz Aufruf an die Fraktionen - "keine Blockade zu betreiben" - geht ins Leere beziehungsweise soll die eigenen Leute der CDU und Grünen diszplinieren."

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 01.07.2004, 16:09 Uhr - 5502 Clicks - Nr. 361*

MdB Ulrike Mehl zur Diskussion der Bürgerversicherung:

veröffentlicht in der Eckernförder Zeitung am 30.06.04
Gerechte Finanzierung sorgfältig vorbereiten
Die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung allein auf der Grundlage von Beiträgen von Löhnen und Gehältern sowie Renten ist auf Dauer nicht zukunftsfähig und gerecht. Der demographische Wandel und der medizinisch-technische Fortschritt führen zu steigenden Ausgaben. Der niedrige Anstieg der Löhne und ihr sinkender Anteil am Volkseinkommen führen zu einer

Schwäche auf der Einnahmenseite.
Damit die Versicherten weiterhin die notwendigen medizinischen Leistungen erhalten, ist eine breitere Finanzierungsbasis erforderlich. Deshalb sollen weitere Einkommensarten wie Mieten und Zinsen herangezogen werden. Darüber hinaus sollen weitere Personengruppen, wie Beamte, Politiker, Selbstständige und Freiberufler einbezogen werden. Es geht allerdings nicht nur darum, mehr Geld ins Gesundheitssystem zu spülen. Vielmehr sollen zusätzliche Einnahmen dazu dienen, die Beitragssätze zu senken.
Auf dem SPD-Parteitag im Herbst 2003 wurde beschlossen, alle Bürgerinnen und Bürger an der solidarischen Finanzierung der Gesundheitsversorgung zu beteiligen und dabei alle Einkommensarten zu berücksichtigen. Der Beitrag jedes Einzelnen soll sich nach seiner finanziellen Leistungsfähigkeit richten, damit soll das solidarisch finanzierte Grundprinzip beibehalten werden.
Der SPD-Parteivorstand wird sich im Herbst 2004 eingehend mit den zu lösenden Einzelpunkten befassen. Eine Umstellung der Finanzierung für 70 Millionen Versicherte in der gesetzlichen Krankenversicherung bedarf hoher Sorgfalt. Komplizierte beitrags- und leistungsrechtliche Fragen sowie zur Struktur und Vergütung der Leistungserbringer sind zu diskutieren. Und auch gesellschaftspolitische Überlegungen müssen berücksichtigt werden. Dazu gehört z. B. die Frage, wie die private Krankenversicherung in Zukunft stärker in die Solidarität der Gesellschaft eingebunden werden kann.
Aber auch bei einer breiteren Finanzierungsgrundlage für die Gesundheitsversorgung sind die mit dem GKV-Modernisierungsgesetz ausgelösten Strukturveränderungen fortzuführen, damit die Versicherten eine qualitativ hochwertige und effiziente Gesundheitsversorgung behalten.
Im Gegensatz dazu führt das Merkelsche Kopfpauschalenmodell bereits jetzt innerhalb der Union zu starken Kopfschmerzen und Verwirrungen.
Nach den Vorstellungen der CDU-Vorsitzenden sollen Manager endlich ihren Sekretärinnen gleichgestellt werden, indem beide unabhängig vom Einkommen zukünftig den gleichen Krankenversicherungsbeitrag zahlen sollen. Solidarausgleich von unten nach oben sozusagen. Die Entlastung für sozial Schwache soll über das Steuersystem erfolgen. Dummerweise steht dies im Widerspruch zum geplanten Steuerkonzept der Union, das erhebliche Steuersenkungen vorsieht. Der anfangs angedachte Aufbau einer Kapitalreserve wurde wieder gestrichen. Dies war der einzige Punkt im CDU-Konzept, der die Sympathie von Horst Seehofer (CSU) fand.
Fazit: Das Kopfpauschalenmodell würde das Solidarprinzip und die paritätische Finanzierung in der Krankenversicherung beenden. Es enthält kein tragbares Finanzkonzept und keine Demographievorsorge und ist demzufolge nicht nur innerhalb der Union ohne Zukunft.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 02.07.2004, 08:16 Uhr - 617 Clicks - Nr. 362*

Möller: Rahmenbedingungen für Innenstadt weiter verbessern!



Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller erklärt zu den Veränderungen in der Holstenstraße: "In der letzten Zeit hat unsere Stadt mit `Hohwü´ und anderen Geschäften Kieler Institutionen verloren. In deren Fußstapfen treten nun engagierte Unternehmer in der Holsten- und der Dänischen Straße.
Diesen Unternehmern und den neuen Filialisten muss die Stadt unterstützend zur Seite stehen.

Deshalb müssen wir an der weiteren Aufwertung der Holstenstraße durch

bauliche Maßnahmen arbeiten. Die Erreichbarkeit durch den ÖPNV für den Bereich zwischen Europaplatz und Asmus-Bremer-Platz von Seiten des Exerzierplatzes und Rathausstraße muss verbessert werden. Die Zuwegung zur Holstenstraße vom Kleinen Kuhberg aus muss erleichtert werden, besonders an Sonnabenden."

Die SPD wird noch in der Sommerpause einen Katalog mit notwendigen Handlungsschritten erstellen und im August in die städtischen Gremien einbringen, so der SPD-Fraktionsvize. Dazu gehört auch die Zukunft von Kiel Marketing e.V: "Die engagierte Arbeit der Mannschaft und der Mitglieder von Kiel Marketing e.V. muss von der Stadt stärker dahin gehend unterstützt werden, weitere Ideen und Konzepte für die Innenstadt zu entwickeln und umzusetzen."

Abschließend bemerkt Möller: "Besonders Bürgerinnen haben heute ihre Freude über das spanisch-deutsche Modehaus, das nach Kiel kommt, zum Ausdruck gebracht. Das freut natürlich auch die Politik, denn ein weiterer Wettbewerbsvorteil Hamburgs ist damit überwunden."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 02.07.2004, 08:19 Uhr - 698 Clicks - Nr. 363*

Rotes SPD-Führungsduo Fischer und Kietzer:



Bekenntnis der Landesregierung zum Science-Center in Kiel ist großartig!
Die Vorsitzenden des SPD-Kreisverbandes Rolf Fischer und der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklären zum Science Center: "Das Bekenntnis der Landesregierung zum Science-Center in Kiel ist großartig und ein tolles Arbeitsergebnis für Stadtbaurat Ronald Klein-Knott und seine Leute.
Nun ist die Oberbürgermeisterin am Zug, zu beweisen, dass es ihr mit dem Science Center ernst ist. Für die Kieler SPD ist das Science Center ein sehr wichtiger Bestandteil des Aqua-Valley an der Förde. Wir sind zu den notwendigen Verhandlungen bereit.
Mit einer überarbeiteten Investitionsplanung und der aktualisierten Folgekostenabschätzung sollte die entscheidungsreife Beschlussvorlage für das Science Center im August vorgelegt werden können."

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 02.07.2004, 08:45 Uhr - 888 Clicks - Nr. 364*

Jens Lichte in der Sprechstunde der SPD-Fraktion am 08.07.04

Jens Lichte, Stadtvertreter der SPD in der Segeberger Stadtvertretung und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion, ist in der Sprechstunde der SPD-Fraktion am 08.07.2004 von 16.00 - 17.30 Uhr im Fraktionszimmer der SPD im Historischen Rathaus für alle Bürgerinnen und Bürger erreichbar und dort auch unter der Telefonnummer 04551-964-348 erreichbar.
Jens Lichte wird allen Bürgerinnen und Bürgern, auch den beteiligten und nicht beteiligten Geschäftsleuten, zur Thematik des in Vorbereitung befindlichen Stadtfestes 2004 zur Verfügung stehen. Jens Lichte hat die Beschlüsse der Stadtvertretung zu diesem Thema zur Verfügung und wird

aus der Sicht der SPD die Diskussionen in der Presse und in der Bevölkerung über die geplante Gestaltung des diesjährigen Stadtfestes kommentieren.

Keine Kommentare

SPD-Lübeck - *veröffentlicht am 02.07.2004, 12:20 Uhr - 2079 Clicks - Nr. 365*

Streit zwischen DGB und SPD-Spitze muss beigelegt werden

(Lübeck, 02.Juli 2004) Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) der SPD Lübeck hat SPD- und Gewerkschaftsspitze aufgefordert ihren Disput beizulegen und wieder für ein gemeinsames Band beider Organisationen einzutreten. Dies schrieben die Lübecker in einem Brief an den SPD-Parteivorsitzenden Franz Müntefering und den DGBVorsitzenden Michael Sommer. Wir können uns diesen Streit an der Spitze nicht leisten , sagte Daniel Friedrich, für die AfA Lbeck. Es ist an der Zeit wieder zusammen zurücken, die Probleme aus dem Weg zu räumen und gemeinsam für eine nach vorne gerichtete Politik einzutreten!

In dem Schreiben spricht sich die AfA für ein sozial gerechtes Deutschland und Europa aus. Beide Organisationen müssten über einzelne konkrete Probleme hinaus eine Vision des Zusammenlebens entwickeln und diese gesellschaftlich mehrheitsfähig machen. Hierzu brauche man eine starke Partnerschaft, die sich durch Dialogfhigkeit und gemeinsame Diskussionen über politische Handlungsfelder auszeichne. Gewerkschaften und SPD müssen die Frage beantworten, wie wir zukünftig Arbeiten und Leben wollen. Diese Antwort können wir nur gemeinsam geben!

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 04.07.2004, 16:56 Uhr - 1573 Clicks - Nr. 366*

SPD-Engelsby: Zunahme der Bauarbeiten ab Juli

Ab Juli werden die erforderlichen Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Osttangente
weiter zunehmen. Folgende Baumaßnahmen sollen in Angriff genommen werden:

- Brücke Adelbyer Kirchenweg
- Kanalbau in der verlängerten Mozartstraße
- Straßenbau Kreuzung Merkurstraße/Nordstraße
- Straßenbau Nordstraße zwischen Merkur- und Mozartstraße
- Tunnel Trögelsbyer Weg

Während der Bauzeit ist vorübergehend mit anderen Verkehrsführungen zu rechnen.
Diese sind in drei Kategorien eingeteilt.
- A - Kleinräumige, veränderte Verkehrsführung innerhalb der Baustellen
- B - Umleitungen über benachbarte Straßen
- C - Großräumig veränderte Verkehre, veränderte Stadtteilverbindungen

Über aktuelle Veränderungen werden wir Sie hier informieren.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 05.07.2004, 14:48 Uhr - 741 Clicks - Nr. 367*

Langfeldt zu Wiktonelli



Langfeldt sieht Fortbestand von Wiktonelli optimistisch - Offenheit und Gesprächsbereitschaft erleichtern Trägersuche
Die jugendpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Gesa Langfeldt erklärt:
"Die Zirkusschule Wiktonelli ist ein wichtiges pädagogisches Angebot für die Kinder aus der Wik und den benachbarten Stadtteilen.
Deshalb setzt sich die SPD für die Fortführung und die Übernahme von Wiktonelli durch einen neuen Träger ein.
Die Chancen, die Zirkusschule Wiktonelli weiter zu erhalten, sind gut. Mit dem Förderverein für Zirkus- und Abenteuerpädagogik und dem Polizeisportverein gibt es zwei geeignete Träger für dieses pädagogische Angebot.
Im Interesse der Kinder und für einen guten Neuanfang von Wiktonelli sollten der Förderverein und der Polizeisportverein offen miteinander umgehen und sich über die Trägerschaft verständigen."

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 05.07.2004, 20:09 Uhr - 6070 Clicks - Nr. 368*

MdKb Bodo Arlt: Kreistagsfraktion macht Bereisung im Amt Fockbek

Kreistagsfraktion praktiziert Bürgernähe durch einen offensiven Erfahrungs- und Gedankenaustausch vor Ort. - Am 15. Juni war es wieder einmal soweit. Ein Großteil der Mitglieder der Kreistagsfraktion traf sich zu einer erneuten Amtsbereisung, diesmal in den Bereich des Amtes Fockbek.
Die Bürgermeister der amtsangehörigen Gemeinden Alt Duvenstedt, Fockbek, Nübbel und Rickert und der Bürgervorsteher der Gemeinde Fockbek waren durch den Amtsvorsteher des Amtes Fockbek und Bürgermeister der Gemeinde Nübbel, Herrn Ehlers, hierzu eingeladen worden und erschienen.
Erstes Ziel war die Mülldeponie in Alt-Duvenstedt. Nach einer Besichtigung der imponierenden Anlage hatten wir Gelegenheit, uns mit der dortigen Geschäftsführung u.a. über die „Auswirkungen des dualen Systems im alltäglichen Verfahren“ auszutau-schen. Erkenntnis der Geschäftsleitung: Die Umstellung von blauen Papiersäcken auf die im Vorfeld heftig umstrittene „Blaue Tonne“ ist hundertprozentig flächendeckend abgeschlossen, die Akzeptanz in der Bevölkerung doch höher, als zunächst angenommen. Hatten doch im Vorfeld teils hitzige Diskussionen in einzelnen Kommunen des Kreises für erhebliche Irritationen hinsichtlich Sinn und Zweck dieser Umstellung gesorgt.
Mittlerweile hat sich im täglichen Verfahren gezeigt, dass innerhalb eines Monats der Anfall an „gebündeltem“ Papier um mehr als 300 Tonnen zurückgegangen ist. Dieser „Papierberg“ schlummert schon in den neuen blauen Tonnen und harrt der Entsorgung. Die Einsparpotenziale liegen nach Darstellung der Geschäftsleitung klar auf der Hand.
Nach diesem landschaftlich reizenden (Faulgase u.a.) Ausflug trafen wir uns auf Einladung des Bürgermeisters von Rickert, Herrn Karl-Heinz Boyens, in der dortigen „Ortsbegegnungsstätte“. Erfreulicherweise war eine Vielzahl von Gemeindevertretern anwesend. Herr Boyens skizzierte die

Struktur des 1.050 Einwohner zählenden Dorfes.
Stolz verwies er auf viele Projekte, die durch Eigeninitiative der Mitbürger realisiert wurden. Beispielhaft nannte er das „Dorfbegegnungshaus“ und den „Naturkindergarten“. Bei der Ausgestaltung des letzteren musste er nach seiner Darstellung heftig gegen „verkrustete Verwaltungsstrukturen im Kreishaus“ ankämpfen, letztendlich habe aber die Vernunft gesiegt und alle Hemmnisse sind mittlerweile beseitigt.
Eine große Sorge bereitet den Bürgern in Rickert jedoch die geplante „Nordumfahrung“ (ehemals Nordspange, welch tolle neue Wortschöpfung!) Die vom Kreis vorgestellten 3 Ausbauvarianten sorgen für viel Unruhe und Unmut. Es wird befürchtet, dass durch diese geplante Maßnahme das Dorf „geteilt“ wird; vier vor Jahren mit großem finanziellen Engagement ausgelagerte, gutgehende landwirtschaftliche Familienbetriebe würden objektiv benachteiligt. Eine Stellungnahme der Gemeinde hierzu „ist auf dem Weg nach Rendsburg“. Herr Boyens lud uns zu einer Betriebsbesichtigung in naher Zukunft auf seinen Hof ein, und das sollten wir auch wahrnehmen.
Durch Realisierung des sog. „Obereiderprojektes“ erwartet die Gemeinde ein zusätzliches tägliches Verkehrsaufkommen von rd. 8.000 Fahrzeugen, für die Einwohner eine nicht hinnehmbare Belastung.
Abschließend zog der Bürgermeister ein doch recht positives Fazit - seine Gemeinde verfügt über eine gesunde Infrastruktur!
Nach Rickert begaben wir uns unter Führung unseres Fockbeker Bürgermeisters, Pierre Gilgenast, in dessen Gemeinde. Die neuen Sportanlagen am Krattredder, Planungen zur Ortskernumfahrung II (Verbindungsstrasse B 202 und B 203), An- und Um-siedlungsprojekte, die wirtschaftliche Infrastruktur, die Sorgen um die geplante Nordumfahrung - wobei Pierre Gilgenast ganz deutlich für eine alsbaldige Realisierung dieser, für ihn verkehrstechnisch unbedingt notwendigen Maßnahme plädiert, wurden uns hier vorgestellt.
Für Fockbek bestehe objektiv ein großer Entlastungseffekt. Bei der Ansiedlung von Gewerbebetrieben wurden alle Möglichkeiten der Förderung sowohl auf Landes- als auch EU-Ebene ausgeschöpft. Großartige fachliche Unterstützung erhielt die Kommune hierbei von der „Wirtschaftsförderungsgesellschaft“, und hier insbesondere in Person des Herrn Dr. Gehrtz.
Die Zeit verging wie im Fluge, und so startete der Tross nach Nübbel, vielen bestimmt bekannt durch die prägende alte Windmühle, ein Prachtstück und liebevoll gepflegt. Hier konnte uns der Bürgermeister die Sporthalle und die geplante Sportplatzneuanlage vorstellen. Große Sorgen bereiten die erwarteten Bedenken und Beschwerden der Anlieger um dieses Projekt.
Abschließend zu dieser Tour trafen wir uns in der „Olen Kass“, einer ehemaligen Spar-kassengeschäftsstelle, zu einem gemeinsamen Erfahrungsaustausch. Eine anschließende Fraktionssitzung war dann nach einem erfahrungsreichen Nachmittag gegen 21:00 Uhr beendet, so dass die unter uns weilenden „Fußballfans“ sich Richtung 2. Halbzeit Europameisterschaft verabschieden konnten.

Fazit aus dieser Veranstaltung:
Es kommt sehr positiv herüber, wenn wir als geschlossene Fraktion vor Ort die Sorgen und Nöte, aber auch positiven Erfahrungen aus den Gemeinden erfragen, erfahren und weiterleiten. Nur so haben wir eine Chance, wieder als Aktivposten in der Kreispo-litik von der Bevölkerung des Kreises wahrgenommen zu werden. Agieren und nicht nur reagieren - das sollten wir pflegen und zeitnah fortführen.
Bodo Arlt,
Bürgerliches Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 05.07.2004, 20:32 Uhr - 5857 Clicks - Nr. 369*

Neues Grundsatzprogramm

seit einiger Zeit wird auf Landesebene an einem neuen Grundsatzprogramm der SPD gearbeitet. Für den Kreisverband Segeberg wirkt Werner Geest an diesem Prozess mit.
Wir bieten euch an, gemeinsam mit Werner,

am Sonnabend, dem 14. August 2004
in der Zeit von 11.00 – 15.00 Uhr
im SPD-Kreisbüro, Ulzburger Str. 308, 22846 Norderstedt

das bisher Erarbeitete zu diskutieren und weiter zu entwickeln. Die verfassten Bausteine findet ihr im Internet auf unserer Kreisseite.

Downloadseite dort der erste Download

Solltet ihr keinen Zugang zum Internet haben,
so meldet euch bitte im Kreisbüro (Urlaub v. 12.07. – 03.08.04) bei Anke.

Mit diesem Angebot möchten wir euch die Gelegenheit geben, mitzubestimmen, welche Richtung unsere Partei zukünftig nehmen soll.
Liebe Genossinnen, liebe Genossen, es reicht nicht, nur zu klagen, sondern wir müssen uns aktiv einmischen, um deutlich zu machen, was wir als Basis von unserer SPD erwarten.
Mit freundlichen Grüßen

Andreas Beran

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 07.07.2004, 16:14 Uhr - 626 Clicks - Nr. 370*

Hamburger CDU bei Frau Volquartz: Alle Kraft für die Partei!



Eine Delegation der Hamburger CDU hat nach Presseberichten die Oberbürgermeisterin besucht, um sich über die schwarz-grüne Koalition in Kiel zu informieren. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller teilt dazu mit:
"Die nur noch nach eigener Aussage überparteiliche Angelika Volquartz gibt politische Tipps an ihre Parteifreunde aus Hamburg. Jetzt wird Kiel klar, wie sie die Zusammenarbeit mit Hamburg versteht: Als Spiel zwischen Parteifreunden."

Nach den Auftritten der CDU-Politiker Ole von Beust und Petra Roth bei den Kieler Woche - Eröffnungen der Jahre 2003 und 2004 und der ständigen Präsenz des CDU-Bundestagsabgeordneten für Nordfriesland Carstensen zur Kieler Woche, würde es dem Amt der Kieler Oberbürgermeisterin eher entsprechen, wenn Frau Volquartz solche Termine ihrem Parteifreund und Kreisvorsitzenden Thomas Stritzl überließe.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 07.07.2004, 16:16 Uhr - 665 Clicks - Nr. 371*

Peinliche Erklärungsversuche der CDU ändern nichts an der Wirklichkeit!



Zu der Presseerklärung der CDU-Fraktion vom 06.07.2004 zu dem Besuch der Hamburger CDU bei Frau Volquartz erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller: "Leider ist es nach der Pressemitteilung der CDU notwendig geworden darauf hinzuweisen, wer in den letzten Jahren die Kieler Woche durch das Anglasen eröffnet hat. Entgegen der Behauptung der CDU, waren dies Repräsentanten zum Beispiel aus der Kultur und dem Sport.

Marc Feike, Hauptgefreiter der Gorch Fock, war 1999 "Anglaser". Das war ein besonderes Ereignis, das die Verbundenheit Kiels zu ihrer Gorch Fock unterstrich.

In den Jahren 1993, 1994, 1995, 1997, 1998, 2000 und 2001 Sportlerinnen und Sportler wie zum Beispiel Amelie Lux, Heiko Kröger, Swantje Gebauer und die Mannschaft des THW Kiel. 1996 war Lotti Huber zu Gast und 2002 Wolf von Lojewski.

"Von Parteipolitik bei der Kieler Woche war bislang also nichts zu sehen. Es ist verständlich, dass der CDU die Parteipolitik von Frau Volquartz peinlich ist. Diese Liste ehrenwerter Persönlichkeiten zeigt jedoch, wie berechtigt die Kritik ist", so Möller abschließend.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 07.07.2004, 16:18 Uhr - 646 Clicks - Nr. 372*

"Wat denn nu?" - Grüne sollen sagen, was sie für Kiel wollen

Der Kieler Landtagsabgeordnete Rolf Fischer und der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller erklären zu den jüngsten Äußerungen von Grünen zum Science Center:
"Grüne Minister haben die Entscheidung der Landesregierung zum Science Center in Kiel mitgetroffen. Jetzt stellen Grüne diese Entscheidung wieder in Frage. Gleichzeitig ziehen sie mit einem maritimen Landesmuseum in Kiel eine neue Idee aus dem Hut. Eine solche Zukunftsinvestition darf nicht zerredet werden. Eine neuerliche Debatte macht die parteiübergreifende Konzeption zur Umsetzung unmöglich.

Kiel braucht kein altbackenes Museum. Kiel braucht einen lebendigen, innovativen neuen Mittelpunkt des Aqua Valley.

Die Oberbürgermeisterin und die CDU-Fraktion müssen diesem Tohuwabohu ein Ende machen und deutlich sagen, dass sie das Science Center in Kiel wollen."

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 09.07.2004, 07:51 Uhr - 883 Clicks - Nr. 373*

Maren Marquardt in der Sprechstunde der SPD-Fraktion am 15.07.2004

Maren Marquardt, Stadtvertreterin und Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Kultur, wird in der Sprechstunde der SPD-Fraktion am 15.07.2004 von 16.00 - 17.30 Uhr allen Bürgerinnen und Bürgern im Fraktionszimmer der SPD im Historischen Rathaus zur Verfügung stehen. Sie ist dort auch unter der Telefonnummer 04551-964-348 zu erreichen.
Maren Marquardt wird sich mit der nachfolgend zitierten Pressemitteilung der Stadt Bad Segeberg beschäftigen (Quelle: Internetseite der Stadt Bad Segeberg) und wird dabei einen Blick zurück und einen Blick nach vorn richten:

"Mit Beginn der Sommerferien haben auch die Schulbausanierungsarbeiten an den Schulen der Stadt Bad Segeberg und des Schulverbandes Bad Segeberg begonnen. Wie auch im letzten Jahr wird an zahlreichen Schulen in und um Bad Segeberg gearbeitet.
An der Grundschule Goldenbek werden an der Turnhalle die Fassade und das Dach saniert.
Die Dächer an der Theodor-Storm-Schule werden teilweise saniert sowie die Turnhalle erweitert.
In der Heinrich-Rantzau-Schule werden Brandschutzmaßnahmen realisiert sowie das Dach und die Fenster erneuert. Die Sporthalle und die Treppenhäuser bekommen eine neue Fassade. Zusätzlich wird in der Sporthalle auch die Beleuchtung erneuert.
Bei der Dahlmannschule werden die laufenden Maßnahmen wie Hausschwammbekämpfung, Erweiterung des Lehrerzimmers sowie in Teilbereichen eine Flachdachsanierung durchgeführt.
Die Mehrzweckhalle am Städtischen Gymnasium bekommt ein neues Dach. Am Schulgebäude werden die Fenster saniert. Im ganzen Bereich werden die Brandschutzmaßnahmen auf den neusten Stand gebracht.
Das Schulzentrum wird nach diesen Sommerferien ein einheitliches Bild abgeben. Der Verwaltungstrakt bekommt ebenfalls eine neue Fassade und wird umgebaut. Auch hier wird die Heizung, Lüftung und Beleuchtung saniert sowie Brandschutzmaßnahmen realisiert.Für die Sanierung der Schulen des Schulverbandes werden in diesem Jahr 2,8 Mio. € und für die Schulen der Stadt Bad Segeberg 2,1 Mio. € ausgegeben.

Damit leisteten Stadt und Schulverband einen nicht unerheblichen Anteil zur Stützung der Bauwirtschaft, an die Aufträge in Höhe von 4, 9 Mio. gehen.
Ingesamt sind in dem mehrjährigen Sanierungsprogramm für die Schulen 16,2 Mio. in Jahren 2003 – 2005 vorgesehen. Hiermit leisten Stadt und Schulverband einen wichtigen Beitrag zur Daseinsvorsorge und Sicherung der Ausbildung der Jugend in unserem Raum "

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 09.07.2004, 21:03 Uhr - 6210 Clicks - Nr. 374*

Ergebnis der Arbeitsgruppe Musikschulen abgelehnt

Die SPD – Kreistagsfraktion legt großen Wert auf die Feststellung, dass ihr Vertreter in der Arbeitsgruppe, die vom Hauptausschuss des Kreises beauftragt worden war, ein angeblich bestehendes Missverhältnis zwischen den finanziellen Zuwendungen des Kreises für seine

Musikschule und für die der Stadt Norderstedt aufzuhellen, zu einem anderen Ergebnis kam, als es der CDU-Abgeordnete Mohr (Henstedt-Ulzburg) in seinem so genannten Schlusskommunique zum Ausdruck brachte.
Die SPD – Kreistagsfraktion legt großen Wert auf die Feststellung, dass ihr Vertreter in der Arbeitsgruppe, die vom Hauptausschuss des Kreises beauftragt worden war, ein angeblich bestehendes Missverhältnis zwischen den finanziellen Zuwendungen des Kreises für seine Musikschule und für die der Stadt Norderstedt aufzuhellen, zu einem anderen Ergebnis kam, als es der CDU-Abgeordnete Mohr (Henstedt-Ulzburg) in seinem so genannten Schlusskommunique zum Ausdruck brachte.
Wir verwechseln nicht Birnen mit Kartoffeln, stellt Gerd-Rainer Busch (Leezen) klar und weißt daraufhin, dass bereits in der ersten AG-Sitzung übereinstimmend festgestellt wurde, beide Musikschulen seien wegen ihrer unterschiedlichen Strukturen nicht wirklich miteinander vergleichbar.
Der Jugendpolitische Sprecher der SPD-Kreistagfraktion geht zudem davon aus, dass der Kreis durchaus legitimiert sei, eigene Einrichtungen stärker zu fördern als solche, die in externer Trägerschaft befindlich seien. Und so sei es auch durchaus in Ordnung, dass die Kreismusikschule mehr Kreismittel erhält als die der Stadt Norderstedt.
Insbesondere lehnen die Genossen den CDU-Vorschlag ab, Elternbeiträge für diejenigen Musikschüler des Kreises anzuheben, deren Heimatgemeinden sich künftig nicht, wie von Mohr vorgesehen, mit rund 20% an den Zuschusskosten beteiligen können oder wollen, welche auf ihre Kinder und Jugendliche entfallen. Dies wäre nicht nur unsozial, weil Chancengleichheit damit ausgehöhlt würde, sondern auch rechtlich überaus bedenklich.
Schlussendlich bleibt festzustellen, dass eine so finanzstarke Kommune, wie es die heimliche Kreisstadt Norderstedt ist, durchaus in der Lage und in der Pflicht sei eine von ihr selbst gegründete Musikschule weitestgehend aus eigenen Mitteln zu unterhalten.
Die SPD-Fraktion empfindet es als nicht akzeptabel, dass nach der Mehrbelastung durch die Fahrbücherei nun auch noch weitere Kosten für die Kreismusikschule auf die Kommunen abgewälzt werden sollen. Sie sagt deutlich: „ So nicht, Herr Mohr!“

Keine Kommentare

SPD-Lübeck - *veröffentlicht am 12.07.2004, 10:41 Uhr - 1851 Clicks - Nr. 375*

Auch bei Regen: Lübeck bietet mehr!



Die Sonne macht dieses Jahr anscheinend woanders Urlaub , stellt der SPDLandtagsabgeordnete Wolfgang Baasch fest und verweist darauf, dass die SPD dafür nicht verantwortlich ist! Zum Glück habe Lübeck mehr zu bieten als Meer und einen Strand. Es gibt kein schlechtes Wetter, sondern nur die falsche Kleidung , so Wolfgang Baasch. Er verweist darauf, dass es in unserer Stadt sehr viel Interessantes zu sehen und zu erleben gibt, das auch bei Regenwetter Spaß macht, egal ob man nun in der Hansestadt Lübeck wohnt oder hier seinen Urlaub verbringt.

Um nur zwei Beispiele aus der Hansestadt Lübeck zu nennen:

- Seit heute ist auf dem Priwall in Lübeck/Travemünde die einmalige Sandworld zu erleben. Der Geist der Olympischen Spiele aus Sand geformt ist ein einmaliges Erlebnis für Gste und Lübeckerinnen und Lübecker, für Groß und Klein.
- Die freien Theater - wie das Theater Combinale, Theater Partout und das Volkstheater Geiler sind mehr als Geheimtipps und bieten auch in der Sommerzeit interessante Vorstellungen an. Und damit die Kleinen kein Theater machen, gibt es mit dem Lübecker Marionetten-Theater und dem Theater am Tremser Teich spannende Programme für Kinder und Familien.

Die SPD Lübeck wünscht allen Gästen und allen Lübeckerinnen und Lübeckern einen schönen und erholsamen Sommer in unserer Stadt - **ob bei Sonne oder Regen.**

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 12.07.2004, 14:52 Uhr - 589 Clicks - Nr. 376*

Port Security - Größtmögliche Sicherheit bei Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit

Im Zusammenhang mit der Umsetzung des ISPS-Codes zur Schiffs- und Hafensicherheit im Landesrecht erwartet der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Jürgen Hahn von der Landesregierung, dass die Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit der schleswig-holsteinischen Häfen gegenüber anderen deutschen und internationalen Häfen sichergestellt wird.

Hahn: "Die Einhaltung der Mindestanforderungen des ISPS-Codes ist natürlich auch in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Darüber hinausgehende Regelungen, die zu einer Schlechterstellung des Kieler Hafens gegenüber konkurrierenden Häfen führen, sind aus Sicht der SPD-Ratsfraktion jedoch nicht akzeptabel. Eine zusätzliche Belastung der Häfen mit Verwaltungsgebühren sollte ebenfalls vermieden werden", so Hahn weiter.

Nach Hahns Ansicht sollten die norddeutschen Küstenländer in der Frage der Schiffs- und Hafensicherheit eng zusammenarbeiten und die einvernehmlich festgelegten internationalen Regeln des ISPS-Codes zum Maßstab für das jeweilige Landesrecht machen.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 13.07.2004, 09:38 Uhr - 697 Clicks - Nr. 377*

Möller zu Demographischer Entwicklung:



Die Ratsfraktionen von CDU und Grünen haben sich zu den Ergebnissen der Studie "Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein - Konsequenzen des demographischen Wandelns", die Ministerpräsidentin Heide Simonis in der letzten Woche vorstellte, geäußert. Dazu nimmt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller Stellung:
"Kiel im Jahre 2030 zu definieren ist die große Aufgabe der nächsten Zeit. Deshalb haben CDU und Grüne Recht: Wir müssen uns im Rat und in der Verwaltung mit den absehbaren demographischen Bedingungen Kiels in den nächsten 10, 15

Jahren befassen. Dazu ist das von Frau Pries vorgeschlagene Hearing ein erster Schritt. Ziel sollte ein Maßnahmenkatalog sein, der insbesondere die Bereiche der Sozial- und Arbeitspolitik Kiels umfasst. Diese Maßnahmen sollen Verwaltung und Selbstverwaltung in den einzelnen Ausschüssen erstellen und im Rat nach Möglichkeit parteiübergreifend verabschieden."

Möller nannte es besonders erfreulich, dass die Kieler CDU die Vereinbarkeit von Beruf und Familie besonders für Frauen zum Ziel erkläre. "Dies lässt für die Haushaltsberatungen 2005 im Hinblick auf die Krippen und Kindertagesstätten Gutes hoffen."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 13.07.2004, 14:35 Uhr - 831 Clicks - Nr. 378*

SPD-Fraktion: Projekt "Kieler Schülersegeln" - die Stadt ist nun gefordert



er sportpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Bernd Vogelsang begrüßt die Pläne und die damit verbundene Ausweitung des Projektes "Kieler Schülersegeln" - wie heute der Berichterstattung aus den Kieler Nachrichten zu entnehmen war. "Es ist außerordentlich erfreulich, dass ein solches Projekt zur Förderung des Segelsportes auf gemeinsame Initiative der maritimen Wirtschaft, dem Sportzentrum der Universität Kiel und dem Institut für Schiffbau an der Fachhochschule Kiel ins Leben gerufen wurde. Hier sei insbesondere das private Engagement von Herrn Lindenau und Herrn Kähler erwähnt.

Dass sich zusätzlich auch das Land bereit erklärt hat, 45.000 Euro für die Finanzierung eines "Spezialbootes" beizusteuern und sogar unsere Ministerpräsidentin die Schirmherrschaft übernommen hat, halte ich für ausgesprochen gut", so Vogelsang.

"Mit Blick auf die schwarz-grünen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen, die sich natürlich auch auf den Sportbereich auswirken werden, ist jetzt die Stadt Kiel gefordert, ihr Bestes dafür zu tun, damit dem aussichtsreichen Sportprojekt keine Steine in den Weg gelegt werden. Die Initiatoren des Segelsportprojektes können mit der Unterstützung der SPD-Fraktion rechnen", so Vogelsang abschließend.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 14.07.2004, 18:17 Uhr - 6001 Clicks - Nr. 379*

MdK Gerhard Gehringer: Besuch im Schullandheim mit hohem Informationswert

Informationen aus erster Hand sind offenbar immer noch besser als Informationen, die die Kreistagsabgeordneten des Kreises Rendsburg-Eckernförde von ihrer Verwaltung erhalten. Diese Erfahrung machten die Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion bei ihrem Besuch im Schullandheim Wyk auf Föhr am 10.07.2004.
Von besonderer Bedeutung war dabei, was im Gespräch mit dem Bürgermeister der Stadt Wyk, Herrn Roth und Mitgliedern der Stadtvertretung in Erfahrung gebracht werden konnte. Zur Überraschung

der SPD-Kreistagsabgeordneten stellte sich heraus, dass ein kurzfristiger Verkauf des Schullandheimes, anders als vom Landrat immer dargestellt, so einfach und kurzfristig gar nicht möglich ist.
Grundlage für den Verkauf ist nach Aussage des Landrates die Möglichkeit, auf dem Gelände des Schullandheimes ein Vier-Sterne-Hotel zu errichten. Voraussetzung hierfür ist der Abschluss eines städtebaulichen Vertrages mit der Stadt Wyk mit einem Vorhaben- und Erschließungsplan. Einen solchen Vertrag wird die Stadt Wyk nach Aussage von Bürgermeister Roth aber nur unmittelbar mit dem künftigen Investor abschließen und auch nur dann, wenn ein solventer Betreiber für das Hotel vertraglich gebunden ist. Nach Angaben der Stadt Wyk ist für den Abschluss dieses städtebaulichen Vertrages und der Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ein Zeitraum von mindesten zwei Jahren zu veranschlagen. Vorher kann aber mit dem Hotelbau nicht begonnen werden, und vorher wird auch kein Investor einen verbindlichen Kaufvertrag unterzeichnen.
Zusätzlich unterliegt das Gebäude des Schullandheimes der in Wyk geltenden Erhaltungssatzung, einer Art „Denkmal- oder Gebäudeschutz“. Auch hier besteht vor Abschluss eines Kaufvertrages noch erheblicher Klärungsbedarf für einen eventuellen Käufer. Fazit für die SPD-Abgeordneten: So schnell wie vom Landrat immer dargestellt ist ein Verkauf gar nicht möglich.
Die vom Kreis Rendsburg-Eckernförde beschlossene Schließung des Schullandheimes zum 31.12.2004 sieht die Stadt Wyk nach Aussage von Bürgermeister Roth als unfreundlichen Akt des Kreises. Die wirtschaftlichen Nachteile sind für die Stadt Wyk erheblich. Durch ein Leerstehen des Gebäudes befürchtet die Stadt Wyk einen systematischen Verfall der Bausubstanz. Dies hat aus Sicht der Stadt Wyk einen negativen und hochspekulativen Charakter.
„Die kooperative Phase ist für die Stadt Wyk nach den bisherigen Verhalten des Kreises Rendsburg-Eckernförde zu Ende“, so Bürgermeister Roth wörtlich.
Bei der Besichtigung des Schullandheimes konnten sich die SPD-Abgeordneten mit eigenen Augen ein Bild von den Verkaufsmöglichkeiten und den Vor- und Nachteilen des Grundstücks gegenüber anderen in Wyk zum Verkauf stehenden Grundstücken machen. Eine herausragende Situation für das Gelände des Schullandheimes war danach für sie nicht zu erkennen.
Im Gespräch mit dem Leiter des Schullandheimes, Herrn Raschke, erhielten sie nochmals ausführliche Informationen über den Betrieb und die besonderen Angebote im Schullandheim des Kreises. Durchaus positiv und nicht als störend empfanden dabei die SPD-Abgeordneten die Anwesenheit des Landrates.
„Es war richtig, die Tatsachen vor Ort noch einmal zu überprüfen“, sagt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde, Gerhard Gehringer. „Auch die Mehrheitsfraktion kann sich diesen Sachargumenten nicht einfach verschließen. Wir werden uns nach den uns jetzt vorliegenden Informationen aus erster Hand für eine Aufhebung des Beschlusses zur Schließung des Schullandheimes zum 31.12.2004 einsetzen.“

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 15.07.2004, 20:51 Uhr - 1847 Clicks - Nr. 380*

SPD-Engelsby: Neues Zuhause für FF- Engelsby

Seit Mitte Juni hat die Freiwillige Feuerwehr ihr neues "Zuhause" im ehemaligen Gebäude
der Firma Meister Ehrich, in der Engelsbyer Str. 101, bezogen.
Notwendig wurde der Umzug aufgrund der Umbaumaßnahmen im Zusammenhang mit der Osttangente und dem schlechten Zustand des alten Feuerwehrgerätehauses.
An neuer Stelle sind umfangreiche Umbaumaßnahmen erforderlich, die zum Einen
in Eigenleistung und durch Fremdvergabe erbracht werden müssen.

Als erstes werden drei neue Garagentore eingebaut, um den drei Rettungsfahrzeugen ein zügiges rausfahren zu ermöglichen.
Im zweiten Stepp werden dann Toiletten, Küche, Umkleide-, Sozial-und Aufenthaltsräume hergerichtet.
Die Umbaumaßnahmen beginnen im Herbst 2004.

Wer mehr über die Freiwillige Feuerwehr Engelsby erfahren möchte, kann dies unter der Adresse:
Freiwillige Feuerwehr Engelsby tun.

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 15.07.2004, 20:56 Uhr - 5897 Clicks - Nr. 381*

Umsetzung Hartz IV - SPD unterstützt Landrat

Die SPD - Kreistagsfraktion Segeberg unterstützt Landrat Gorrissen und seine Verwaltung bei der Umsetzung von Hartz IV.

Zu diesem Ergebnis kam die Segeberger Kreistagsfraktion mit ihrem Vorsitzenden Arnold Wilken, dem Landrat Georg Gorrissen und dem Parlamentarischen Staatssekretär Franz Thönnes auf ihrer Klausur in Malente. Durch das Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt entstehen für die Kommunen, die Kreise und für die Betroffenen neue Herausforderungen, stellt Pressesprecher Prof. Dr. Wiebe fest.

Der Landrat und seine Verwaltung haben schon vor der endgültigen Entscheidung im Vermittlungsausschuß gute Vorarbeit geleistet, meint die Vorsitzende des Kreissozialausschusses Jutta Altenhöner . Die Kooperation der Agenturen für Arbeit mit dem Kreissozialamt Segeberg in den Leistungszentren in den Standorten Bad Segeberg, Kaltenkirchen und Norderstedt kann zu Erfolgen bei der Arbeitsvermittlung, der Fortbildung und anderen Hilfen, wie z. B. Schuldnerberatung und Suchtberatung, führen.
Franz Thönnes: "Die Umsetzung von Hartz IV wird durch den Bund finanziell gesichert. Eine Revisionsklausel wird die Nachprüfung der tatsächlich entstehenden Kosten sichern."
Die SPD Kreistagsfraktion wird die Arbeit des Segeberger Landrates weiter positiv begleiten. Sie lehnt die Forderungen nach weiteren Leistungszentren z. B. in Bad Bramstedt ab.
Die SPD Kreistagsfraktion wird die öffentlich – rechtlichen Vereinbarungen über die umfassende Zusammenarbeit bei der Wahrnehmung der Aufgaben zwischen dem Kreis Segeberg und den Agenturen für Arbeit in Elmshorn, Lübeck und Nemünster noch prüfen.
Es muß der Nachweis geführt werden, daß 123 Mitarbeiter von Seiten des Kreises Segeberg in den drei Zentren notwendig sind.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 16.07.2004, 12:22 Uhr - 738 Clicks - Nr. 382*

Finanzierung des Krippenangebotes



Die jugendpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Gesa Langfeldt äußert sich zu der Berichterstattung der Kieler Nachrichten zum Thema "Krippenangebot" von heute wie folgt:
"Die SPD-Ratsfraktion begrüßt ausdrücklich die Pläne der Bundesregierung, die Betreuung für die unter 3-jährigen auszuweiten und weitere finanzielle Mittel für den Ausbau von Krippen und Horten bereit zu stellen.

Positiv zu bewerten ist in diesem Zusammenhang, dass die Stadt Kiel bei der Bereitstellung von Krippenplätzen bereits über dem Bundestrend liegt. Das entbindet die Stadt aber nicht aus ihrer Verpflichtung, weitere Anstrengungen zu unternehmen, die Zahl der Plätze dem tatsächlichen Bedarf anzupassen, auch unter der Berücksichtigung der Hartz-Gesetzgebung.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass es bei der Frage der Finanzierung noch weitergehenden Klärungsbedarf gibt. Wir hoffen und sind zuversichtlich, dass zwischen Bund, Land und den Gemeinden eine konstruktive Lösung gefunden wird."

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 19.07.2004, 08:45 Uhr - 951 Clicks - Nr. 383*

Walter Hyka in der Sprechstunde der SPD am 22.07.04

Walter Hyka, bürgerliches Mitglied im Ausschuss für Bauen und Umwelt, steht in der Sprechstunde der SPD-Fraktion allen Bürgerinnen und Bürgern am 22.07.2004 von 16.00 - 17.30 Uhr zur Verfügung.

Die Sprechstunde findet wie immer im Fraktionszimmer der SPD im Historischen Rathaus statt und Walter Hyka ist dort auch während der Sprechstunde unter der Telefonnummer 04551-964-348 zu erreichen.
Walter Hyka wird sich in der Sprechstunde mit dem Silogelaende und der Planung für den neuen Bahnhof und das Umfeld des neuen Bahnhofes beschäftigen.
Er wird zurück blicken und zusammenfassen, was die aktuelle Beschlusslage der Stadtvertretung zu diesem Thema ist und auch nach vorne blicken,um zu klären, was nun wann voraussichtlich geschehen wird.
Er nimmt daher gerne Vorschläge und Überlegungen der Bürger und Bürgerinnen entgegen, um dies dann in die künftige Arbeit im Ausschuss für Bauen und Umwelt einzubringen.

Keine Kommentare

SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 19.07.2004, 15:06 Uhr - 3339 Clicks - Nr. 384*

MdK Gerhard Gehringer: Beschönigungsversuche des Landrats

In unzumutbarer Weise beschönigt Landrat von Ancken nach Überzeugung der SPD-Fraktion die Voraussetzungen für einen Verkauf des Schullandheimes Wyk auf Föhr. Massiv widerspricht die SPD-

Fraktion auch dem Vorwurf des Landrats, sie versuche, den Kreistagsbeschluss zum Verkauf zu unterlaufen und richte damit möglicherweise Schaden am Kreisvermögen an.

„Leidet der Landrat an selektiver Wahrnehmung“, so fragt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Gerhard Gehringer, „oder stellt er bewusst Fakten nur eingeschränkt dar?“ Das Interesse der Stadt Wyk an Bau eines Vier-Sterne-Hotels wird von der SPD-Fraktion nicht angezweifelt. Es ist auch richtig, dass der Hauptausschuss der Stadt Wyk dieses Interesse in einem einstimmigen Beschluss bekundet hat. In diesem einstimmigen Beschluss über alle Fraktionen der Stadtvertretung Wyk hinweg sind aber auch die Voraussetzungen – Abschluss eines städtebaulichen Vertrages mit dem Investor und Erstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes – klar definiert. Und genauso eindeutig ist auch das Unverständnis aller Wyker Stadtverordneten über die vom Kreis vorgesehene Schließung des Schullandheimes zum 31.12.2004. Dies wurde auch in der jüngsten Sitzung der Stadtvertretung deutlich. Dort ist die Aussage des Wyker Bürgermeisters Roth auf keinerlei Widerspruch gestoßen, dass er das Vorgehen des Kreises Rendsburg-Eckernförde als „unfreundlichen Akt“ sehe.

Die SPD-Fraktion hat für die nächste Sitzung des Hauptausschusses beantragt, den Beschluss über die Schließung des Schullandheimes zum 31.12.2004 aufzuheben. „Uns geht es dabei nicht darum, einen Verkauf zu behindern oder zu verhindern. Aufgrund der vom Landrat selbst ja bestätigten Zeitabläufe für den Abschluss des notwendigen städtebaulichen Vertrages und des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes macht es aber keinen Sinn, die Nutzung des Schullandheimes bereits zum 31.12.2004 zu beenden. Über eine Schließung kann und sollte erst entschieden werden, wenn ein zahlungskräftiger Kaufinteressent zur Vertragsunterschrift bereit ist,“ so Gerhard Gehringer. Auf Anregung der SPD-Fraktion sollen an dieser Sitzung des Hauptausschusses auch der Bürgermeister der Stadt Wyk und sein Stellvertreter – übrigens ein CDU-Stadtvertreter – teilnehmen.

Anmerkung: Siehe hierzu auch vorausgehenden Presseartikel vom 12.07.2004

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 20.07.2004, 10:15 Uhr - 566 Clicks - Nr. 385*

SPD-Fraktion trauert um Walter Schütze



Die SPD-Ratsfraktion gedenkt in diesen Tagen ihres früheren Mitgliedes Prof. Dr. Walter Schütze. Dieser ist am 10. Juli im 98. Lebensjahr verstorben.

Prof. Walter Schütze war viele Jahrzehnte in und für Elmschenhagen politisch aktiv. Von 1966 bis 1974 war er Mitglied der Kieler Ratsversammlung. Sein besonderes Engagement galt der Kieler Schul- und Kulturpolitik.

"Die SPD-Fraktion wird ihn in sehr guter Erinnerung behalten. Er ist Vorbild für den menschlichen Umgang in der Politik. Wir trauern mit seiner Familie", sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Alexander Möller.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 20.07.2004, 10:19 Uhr - 659 Clicks - Nr. 386*

Stellenmarkt im Rathaus? Volquartz verletzt Fürsorgepflicht gegenüber städtische



Am Sonnabend, den 17. Juli, berichteten die Kieler Nachrichten unter der Überschrift "Stellenmarkt im Rathaus" über die Pläne der Oberbürgermeisterin, Amtsleiter aus ihren Funktionen in andere Ämter zu versetzen und Ämter aufzulösen. Dazu äußert sich der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Alexander Möller wie folgt:

"Die öffentlichen Spekulationen über die Umbesetzung von Amtsleitern im Rathaus sind einmalig. Mit den betroffenen Amtsleitern hat die Presse nicht gesprochen. Da es in dem Artikel gleichzeitig heißt, die Oberbürgermeisterin mache vor Urlaubsantritt "reinen Tisch", ist klar: Frau Volquartz gibt öffentlich in den Kieler Nachrichten die Ablösung von langjährigen Amtsleitern bekannt. Ämter sollen aufgelöst, Amtsleiter abgeschoben werden und die Zukunft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ämter bleibt ungewiss.

Dieses Verhalten ist eine merkwürdige Vorgehensweise und grenzt schon an Geschmacklosigkeit. Eine solche öffentliche Debatte loszutreten und dann nach St. Tropez abzufahren, während sich die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Sorgen um ihre Zukunft machen, ist ein Verstoß gegen die Fürsorgepflicht und passt so gar nicht in das Bild der "Teamspielerin."

Im Hinblick auf die schwierige finanzielle Haushaltslage der Landeshauptstadt Kiel, stellt man sich dabei die Frage, ob hier nicht wieder sorglos mit Steuergeldern der Bürger umgegangen wird, wenn fachlich hochqualifiziertes Personal auf das Abstellgleis verschoben werden soll.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 20.07.2004, 13:46 Uhr - 747 Clicks - Nr. 387*

Chance vertan

Stadtwerke erneuert Fernwärmeleitung im Westring - Stadt schaut tatenlos zu

"Die Stadtwerke erneuern die Fernwärmeleitung im Westring und die Stadt schaut tatenlos zu. Sie vergibt die Chance, diese Straße schnell und auch kostengünstig umzugestalten" erklären mit großem Bedauern die SPD-Ratsmitglieder Cai-Uwe Lindner und Achim Heinrichs.

Lindner und Heinrichs erinnern daran, dass Ratsversammlung und Stadtverwaltung in der Vergangenheit den Anliegern des Westrings zugesichert hatten, dass ihre Straße zurück gebaut und umgestaltet wird, sobald die B76 fertig gestellt und die Verkehrsbelastung zurückgegangen ist. Diese Sachlage ist inzwischen eingetreten.

Die zuständigen Ortsbeiräte wurden zur Jahreswende von der Verwaltung über die geplanten Maßnahmen informiert. Vorgesehen waren zusätzliche Stellplätze durch Schrägparken, verbesserte Rad- und Fußwege, bessere Querungsmöglichkeiten sowie zusätzliche Baumpflanzungen. Diese Pläne wurden von der Oberbürgermeisterin kommentarlos einkassiert. Mehrmaliges Nachfragen im Bauausschuss blieben mit Verweis auf die Entscheidung der OB unbeantwortet. Ein Antrag der SPD,

der für die Selbstverwaltung Klarheit über die Planungen und ihre Finanzierung bringen sollte, wurde von CDU und GRÜNEN abgelehnt.

Lindner und Heinrichs verweisen darauf, dass mit einer Beteiligung der Stadt an der laufenden Maßnahme spürbare Verbesserungen für die Anlieger im Westring hätten erzielt werden können. Dabei hätte die Stadt selbst auch deutliche Einsparungen bei ihrem Leistungsanteil verbuchen können. Für die beiden Ratsmitglieder steht fest: "Die Anwohner müssen weiter vertröstet werden. Die Entscheidung der OB ist dabei nur vordergründig auf Sparsamkeit bedacht. Sie ist in keinem Fall wirtschaftlich, aber dafür eindeutig kurzsichtig!".

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 22.07.2004, 14:01 Uhr - 602 Clicks - Nr. 388*

Hallengebühren - eine zusätzliche Belastung für Kieler Sportvereine



Der sportpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Bernd Vogelsang hat mit Unverständnis auf das konzentrierte Vorgehen der Landeshauptstadt auf den Kieler Sport reagiert.

Vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung hatte Schwarz-Grün bereits im Vorfeld beschlossen, die Zuschüsse für freiwillige Leistungen um jeweils 10 Prozent in den nächsten drei Jahren zu kürzen und die Sportplatzpflege in die Hände und damit in die Verantwortung der Sportvereine zu geben. Des weiteren sollen - nach dem Willen von Schwarz-Grün - Einsparungen bei den Schwimmbädern durch Senkung des Zuschussbedarfes erzielt werden. Nach der heutigen Berichterstattung der Kieler Nachrichten kommen - als zusätzliche Belastungen - Hallengebühren auf die Kieler Sportvereine zu.

"Es ist nicht nachvollziehbar, dass sich nun auch der Sportdezernent der LHS Kiel für die Einführung von Hallenentgelten einsetzt, auch wenn dieser gleichzeitig betont, dass kein Sportverein dadurch in den Ruin getrieben werden soll", so Vogelsang.

"Ich sehe in der Einführung von Hallengebühren die Gefahr, dass sich Vereine auflösen müssen. Bei heute schon stagnierenden Mitgliederzahlen der Sportvereine ist eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge undenkbar und würde zu Lasten einkommensschwacher Familien gehen. Sportvereine sollten von Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung - wie Kindertagesstätten und Schulen - tunlichst ausgenommen werden."

Die SPD-Fraktion wird weiterhin alles daran setzen, den Sport in Kiel zu fördern und die geplanten Maßnahmen und Kürzungen für die Sportvereine abzuwenden", so Vogelsang abschließend.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 22.07.2004, 17:11 Uhr - 1528 Clicks - Nr. 389*

SPD-Engelsby: Meckerscheck - Jetzt Online verfügbar

Soeben haben wir auf unserer Internetseite den "Meckerscheck-Online" eingerichtet.
Wir möchten Ihnen über diesen Weg eine weitere Möglichkeit bieten, unabhängig von unserer Stadtteilzeitung, uns auf Unzulänglichkeiten jeglicher Art im Stadtteil Engelsby aufmerksam zu machen.
Wir werden Ihre Anliegen entsprechend bearbeiten und ggf. an unsere Direktkandidaten Frau Martina-Mardini Müther, Frau Karin Schnittke und Herrn Rolf Helgert weiterleiten, um diese in die politische Arbeit der SPD-Ratsfraktion einfließen zu lassen.
Der Ortsverein Engelsby möchte weiterhin als die Partei erkennbar sein, die Probleme vor Ort aufgreift und sich um eine Lösung bemüht.
Mit dem "Meckerscheck-Online" möchten wir unser Angebot für die Mitbürgerinnen und Mitbürger um einen weiteren Baustein zu mehr Bürgernähe erweitern.
Nutzen Sie dieses Medium und schreiben Sie uns!
Wir freuen uns auf Ihre Zuschriften.

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 25.07.2004, 16:11 Uhr - 944 Clicks - Nr. 390*

Ann-Kathrin Scholz in der Sprechstunde der SPD-Fraktion

Ann-Kathrin Scholz, jüngste Stadtvertreterin der SPD und Mitglied im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing, wird am 29.07.04 von 16.00- 17.30 Uhr in der Sprechstunde der SPD-Fraktion allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen. Sie ist dort während dieser Zeit auch unter der Telefonnummer 04551-964-348 zu erreichen.
Die Sprechstunde findet, wie üblich, im Fraktionszimmer der SPD im Historischen Rathaus statt.

Ann-Kathrin Scholz wird sich, gerade auch aus der Sicht Ihrer Altersgruppe heraus, mit der Frage "Hotel am Kalkberg - ein Jugendzentrum im Streit zwischen den Interessen der Jugendlichen und der Anwohner ?" auseinandersetzen.

Sie würde sich freuen, wenn einerseits Mitglieder des Vereins des HaK und andererseits auch Anwohner die Möglichkeit dieser Sprechstunde wahrnehmen würden, um Ihre Interessen vorzubringen, damit Ann-Kathrin Scholz dies in die nächste Sitzung des Ausschusses wie auch in die nächste Sitzung der Stadtvertretung einbringen kann.

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 26.07.2004, 08:43 Uhr - 5650 Clicks - Nr. 391*

Piecyk neuer verkehrspolitischer Sprecher der SPE-Fraktion

Der schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete Willi Piecyk ist gestern Abend in Straßburg einstimmig zum verkehrspolitischen Sprecher der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament gewählt worden

„Ich freue mich sehr über dieses Ereignis und werde alles daran setzen, dass unsere 200 sozialdemokratischen Abgeordneten verkehrspolitisch mit einer Stimme sprechen", meinte Piecyk im Anschluss.

Piecyk nannte als verkehrspolitische Prioritäten für die nächsten 5 Jahre unter anderem:
· Weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Seesicherheit, wie die Schaffung einer europäischen Küstenwache und Lotsenpflicht in schwierigen Seegebieten,
· die Schaffung eines Europäischen Eisenbahnraumes,
· die gerechte Anlastung der externen Kosten für jeden Verkehrsträger.

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 26.07.2004, 09:03 Uhr - 5891 Clicks - Nr. 392*

Willi Piecyk: Barroso war für mich nicht wählbar



Zur Wahl von José Manuel Durao Barroso als neuen Kommissionspräsidenten erklärte der schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete Willi Piecyk:

"Barrosos aktive Unterstützung des Irak-Krieges und seine neoliberalen Grundpositionen machten den Kandidaten für einen schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten nicht akzeptabel.

Die Konservativen sind aus den Wahlen zum Europäischen Parlament als stärkste politische Kraft hervorgegangen. Insofern ist die Wahl des konservativen Kandidaten Barroso als Präsident der EU-Kommission eine logische Konsequenz. Europa rückt jetzt ein Stück nach rechts.

Das Wahlergebnis zeigt gleichzeitig: Barroso muss im EP mit einer starken Opposition rechnen. Im politischen Alltag wird er sich politisch bewegen müssen. Anders ausgedrückt: Demokratische Wahlergebnisse sind zu respektieren und deshalb muss Barroso jetzt eine faire Chance bekommen, als Kommissionspräsident mit Sacharbeit zu überzeugen."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 27.07.2004, 12:57 Uhr - 868 Clicks - Nr. 393*

Tourismus schafft Arbeit!



Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Alexander Möller äußerte sich zu der heutigen Berichterstattung der Kieler Nachrichten zur Tourismuspolitik der Landeshauptstadt Kiel:

"Ich freue mich, dass sich die zwölf Küstenkommunen zwischen Kiel und Hohwacht zusammengetan haben, um ein gemeinsames Projekt anzuschieben. Das stärkt unseren Tourismus.

Die Stärkung des Tourismus ist ein wesentliches Ziel der Wirtschaftspolitik der nächsten Jahre. Insbesondere Kiel muss auch außerhalb der Kieler Woche und des Segelsports attraktiver gemacht werden für Touristen aus Deutschland und anderswo. So können Arbeitsplätze geschaffen werden.

Für die Politik heißt das: Das Science Center in Kiel realisieren, weiterhin an der Verkehrsinfrastruktur arbeiten, die bauliche Attraktivität der Innenstadt weiter verbessern, besonders die nördlichen Stadtteile Schilksee, Friedrichsort und Holtenau als touristische Orte fördern. Auch die Schwentine dürfen wir dabei nicht vergessen.

Die Tourist Information Kiel e.V. muss auf neue Beine gestellt werden. Dazu liegen erste Vorschläge auf dem Tisch, über die wir nach der Sommerpause verhandeln werden und dann schnell entscheiden sollten. Dies kann nur gemeinsam mit allen Mitgliedern des Vereins und dem Vorstand geschehen. Die Stadt ist hier Partner einer engagierten Institution.

Das gemeinsame Tourismus-Projekt der zwölf Küstenkommunen zur Vermarktung des Tourismusstandorts hat Vorbildcharakter für viele Bereiche. Dass der Tourismus hier Vorreiter ist, ist kein Zufall. Nur wenn die Region gemeinsam auftritt, haben wir gegen die starken Mitbewerber in Mecklenburg-Vorpommern oder an der Nordsee eine Chance."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 28.07.2004, 13:52 Uhr - 767 Clicks - Nr. 394*

Glückwunsch, Bürgermeister!



Bürgermeister Ronny Klein-Knott hat den 1. Rotspon Cup auf der 115. Travemünder Woche gewonnen. Im direkten Vergleich schlug er Lübecks Bürgermeister Bernd Saxe und verwies Eutins Bürgermeister Schulz und Finanzminister Stegner auf die Plätze. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller teilt dazu mit:

"Die SPD-Fraktion gratuliert Bürgermeister Klein-Knott zu diesem Erfolg überschwänglich. Er hat harte Konkurrenten aus dem Feld geschlagen und so Kiels Stärke bewiesen. Auf dem Wasser ist Kiel nicht zu schlagen, schon gar nicht von Lübeck. Solche Leistungen qualifizieren zu höheren Aufgaben."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 29.07.2004, 11:14 Uhr - 932 Clicks - Nr. 395*

Seehafen weiter stärken



Zu den jüngsten Erfolgsmeldungen des Kieler Hafens äußert sich heute der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller:

"Der Mannschaft der Seehafen Kiel GmbH ist ein gutes erstes Halbjahr 2004 gelungen. Es zeigt: Unser Hafen ist in besten Händen, eine Einmischung in das operative Geschäft durch die Politik ist nicht notwendig.
In der nächsten Zeit wird es darum gehen, die Rahmenbedingungen für den Hafen weiter zu verbessern. Dazu zählt die Entwicklung des Ostuferhafens, der

Umbau des Ostseekais, die verkehrliche Anbindung insgesamt und die Aufstockung des Seehafen Gebäudes. Letztere ist vor der Sommerpause von der Aufsichtsratsvorsitzenden des Seehafens, Oberbürgermeisterin Volquartz abgelehnt worden.

Die Stadt wird entscheiden müssen, welches ihr Beitrag bei knappster Haushaltslage sein soll für die Verbesserungen der Rahmenbedingungen als Zukunftsinvestitionen. Nur mit einem starken Hafen gibt es eine Zukunft Meer."

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 29.07.2004, 18:30 Uhr - 1786 Clicks - Nr. 396*

SPD-Engelsby: Ampel kurz vor der Inbetriebnahme

Die auf SPD-Initiative vorgesehene Bedarfsampel in der Merkurstraße/ Neuer Weg wird in Kürze in Betrieb genommen.
Die beauftragte Firma hat die Ampelmasten und den Schaltkasten aufgestellt.
Die Fahrbahnmarkierungen sind auch schon aufgebracht.
Die Inbetriebnahme der Bedarfsampel erfolgt auf alle Fälle rechtzeitig zum Schulbeginn am 9. August.

- Prima. -

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 29.07.2004, 18:35 Uhr - 1787 Clicks - Nr. 397*

SPD-Engelsby: Einziges Postamt in Engelsby vor dem Aus

Wie heute in der Presse berichtet, wird das Postamt in der Mozartstraße geschlossen.
Der genaue Termin steht noch nicht fest.
Er ist abhängig davon, ob es der Post AG gelingt in Engelsby, einen Supermarkt zu finden, der bereit ist eine Postagentur einzurichten.
Was aus den Mitarbeitern der Postfiliale in der Mozartstraße wird, ist ebenfalls noch ungewiss.

Über den aktuellen Stand werden wir in der nächsten Pussloch-Ausgabe berichten.

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 30.07.2004, 07:53 Uhr - 1283 Clicks - Nr. 398*

Otto Marquardt in der Sprechstunde der SPD am 05.08.04

Otto Marquardt, im Frühjahr des Jahres 2004 zum Vorsitzenden der Segeberger SPD gewählt und von der SPD auch als bürgerliches Mitglied für den Ausschuß für Wirtschaftsförderung und

Stadtmarketing benannt, wird am 05.08.2004 in der Sprechstunde der SPD-Fraktion allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen. Er ist während der Sprechstunde auch unter der Telefonnummer 04551-964-348 im Rathaus telefonisch zu erreichen. Die Sprechstunde findet, wie üblich, im Fraktionszimmer der SPD im Historischen Rathaus statt.
Otto Marquardt wird sich, in der ersten Augustwoche nun in der ersten Woche seines Ruhestandes, mit der Frage beschäftigen: "Was erwarten die Segeberger Bürger von der Segeberger SPD ?

Er freut sich schon auf zahlreichen Besuch in der Sprechstunde und auf die Anrufe derer, die nicht kommen können. Vorschläge können aber auch, an ihn adressiert, in den Briefkasten der Stadtverwaltung vor dem Rathaus eingeworfen werden.

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 02.08.2004, 08:37 Uhr - 6346 Clicks - Nr. 399*

Jusos im Herzen Europas

Straßburg - „Jusos im Herzen Europas", unter diesem Motto machte sich eine Delegation schleswig-holsteinischer Jusos auf zu den maßgeblichen Wirkungsstätten europäischer Politik in Straßburg und Luxemburg. Organisiert wurde die mehrtägige Fahrt, an der auch andere politische Jugendorganisationen teilnahmen, durch die Landeszentrale für politische Bildung in Kooperation mit der Bundeswehr, die unter anderem die Reisebusse zur Verfügung stellte.

Nach der über zehnstündigen Anreise ins Elsass und einer ersten Übernachtung wurden die Teilnehmer im Straßburger Rathaus offiziell empfangen. Zur Begrüßung gab es lokale Köstlichkeiten wie Gugelhupf und erlesenen Wein, die Schleswig-Holsteiner bedankten sich ihrerseits mit Lübecker Marzipan. Danach absolvierte die Reisegruppe ein umfangreiches Besichtigungsprogramm: Das Europäische Parlament, der Europarat, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, die europäische Militäreinheit „Eurokorps" und noch eine Vielzahl anderer Sehenswürdigkeiten wurden im Laufe zweier Tage erkundet.
Von Straßburg aus ging es weiter nach Luxemburg, wo noch der Europäische Rechnungshof und die Europäische Kommission in Augenschein genommen wurden, ehe die Gruppe die Heimreise antrat. „Diese Reise war wirklich überaus interessant und rundum gelungen!", zeigte sich der Landesvorsitzende der Jusos Schleswig-Holstein, Thorsten Nissen, nach der Rückkehr begeistert. „Ich kann jedem nur empfehlen, sich selbst einmal vor Ort über die europäische Politik zu informieren.", so Nissen abschließend

Keine Kommentare

SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 04.08.2004, 12:08 Uhr - 3204 Clicks - Nr. 400*

Zum Thema Schullandheim und Presse vom 14.07. und 19.07.2004 erhielten wir

Offener Brief

Kreistag beschließt:
Unser Schullandheim in Wyk/Föhr soll verkauft werden

Sehr geehrter Herr Kreispräsident Clefsen,
sehr geehrte Damen und Herren Kreistagsabgeordnete
sowie weitere interessierte oder betroffene Mitbürger,

Richtig ist, dass Sie bei den Kreisfinanzen in einer schwierigen Lage sind. Nicht durch Ihre Schuld, sondern durch die falsche Politik in Berlin und Kiel sind alle Landkreise und Städte z. Zt. in einer bedrohlichen Lage. Letztlich können Sie diese selber nur durch eigene neue Schulden oder durch eine Erhöhung der Kreisumlage ausgleichen. Der Weg „Tafelsilber zu verkaufen“ ist kein Ausweg.

Fakt ist,
Ihr Beschluss, der mehrheitlich im Kreistag parteiübergreifend gefasst wurde, das Schullandheim in Wyk zu verkaufen und den möglichen Verkaufserlös zur Verringerung des Defizits zu verwenden, ist die schlechteste aller Möglichkeiten.

Fakt ist, bei dem Schullandheim handelt es sich nicht um „Tafelsilber“, sondern um ein „Juwel“ - das Erbe unserer Kinder. Mit viel Weisheit haben die Frauen und Männer, die in den 80er Jahren die Verantwortung im Kreis trugen, parteiübergreifend gehandelt und auf dieser schönen Nordseeinsel eine vielseitige Bildungseinrichtung geschaffen.
Diese ist beispielgebend und einmalig in Schleswig-Holstein. Bei der Grundwerte-Diskussion kann es doch nur darum gehen, unseren Kindern ihr Erbe, d. h. ihre Bildungseinrichtungen zu erhalten und nicht zu verschachern.
Ich werde zornig bei dem Gedanken, dass es in unserer Wohlstandsgesellschaft nötig ist, für die Rechte unserer Kinder eine Lobby zu organisieren. Solidarität darf für uns kein Fremdwort werden.

Fakt ist auch, dass diese Bildungsstätte sich durch die Beiträge der Kinder und Zahlung der Eltern selbst trägt. Hinzu kommt, dass durch die pflegliche Behandlung durch die Kinder und des Personals das Haus in den letzten 25 Jahren den geringsten Unterhaltungsaufwand aller vergleichbarer Häuser des Kreises hatte. Vandalismus ist hier ein Fremdwort.

Fakt ist, dass das Haus mit seinen vielen Bildungsangeboten 1980 durch die Stadt Wyk ermöglicht wurde. Hunderte von Kindern, heute bereits Mütter und Väter, kehren mit ihren Kindern als Urlauber in ihr altes Paradies auf die schöne Insel zurück. Die Insel braucht diesen Platz nicht, um darauf ein nicht benötigtes Hotel zu erbauen.

Fraglich ist, ob überhaupt ein Verkauf möglich ist.
Fraglich ist auch, ob die Stadt Wyk einer Nutzungsänderung zustimmt. Im damaligen Kaufvertrag ist der Kreis unbefristete Verpflichtungen eingegangen. Für den Kreistag muss es erste Priorität haben, dieses Erbe unserer Kinder zu erhalten.
Wer erklärt, es gibt genug Jugendherbergen an der See, hat die Situation völlig falsch erfasst.

Ich bitte alle Mütter, Väter, Großmütter und Großväter, alle Parteigremien und Vereinigungen, nehmen sie Einfluss, damit dieser falsche Beschluss aufgehoben wird. Durch unser Schweigen werden wir sonst nicht nur Mitwisser.

„**WIR SIND DAS VOLK“**

Danke für Ihre Geduld

Dietrich Ladwig

P. S. Was ist zu tun?

1. Der Kreistag sollte schnellstens in einer Sondersitzung (möglichst in Wyk) den Beschluss zum Verkauf aufheben.
2. Die Personalverträge sollten neu abgeschlossen werden.
3. Das Belegungsverbot für 2005 muss sofort aufgehoben werden, sonst können die Schulen nicht disponieren.
4. Der Kreiselternbeirat sollte in die Organisation eingebunden werden.
5. Ein Fachbeirat sollte ein erweitertes Bildungsangebot den großen Möglichkeiten des Hauses anpassen, z. B. Ernährungsberatung mit Beköstigung (Learning by doing) Stichwort: dicke Kinder.
6. Angebote für nichtschulische Jugendgruppen sollten erweitert werden.
7. Was können Sie, lieber Leser, selber tun?

Wenn Sie nicht auf andere Weise aktiv werden können (wollen), dann nehmen Sie diesen Bericht, schreiben Sie - finde ich gut - und Ihren Namen und Anschrift darauf und schicken oder faxen diesen

An den
Herrn Kreispräsidenten Clefsen
Kaiserstr. 8 – 12
24768 Rendsburg

Fax: 04331/ 202 295

So könnte daraus die größte Bürgerinitiative des Kreises werden.

Es geht um unsere Kinder und Enkel!
Also, um unsere Zukunft.

Ich danke Ihnen

Architekt i. R. Dietrich Ladwig,
Heinzestr. 32
24582 Bordesholm
Tel.: 04322/ 75 78 26
Fax: 04322/ 75 78 88

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 05.08.2004, 08:17 Uhr - 1168 Clicks - Nr. 401*

Anliegerprobleme mit dem Hotel am Kalkberg

4. August 2004

Zu den Presseberichten: „HaK: Anwohner prostestieren gegen den Lärm„

Aus aktuellem Anlass wurde in der SPD-Fraktionssprechstunde am vergangenen Donnerstag von Ann-Kathrin Scholz das Thema „Hotel am Kalkberg“ (HaK) besetzt.

Es erschienen 3 Anwohner aus der unmittelbaren Nachbarschaft des HaK und trugen ihre Sorgen und Anregungen dem ebenfalls anwesenden Vorstandsmitglied des HaK, Gordon Moos, sowie dem Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Walter Hyka, vor.

Die besorgten Anwohner bemängeln demnach gar nicht so sehr die Geräusch-entwicklung im Gebäude. Das Verhalten der Gäste auf dem Parkplatz und im vorderen Straßenbereich, sowie das Hinterlassen von Müll auf deren eigenen Grundstücken ist für die Anwohner nicht akzeptabel.

Nach ausgiebiger Diskussion kam es zu einer für die Anwohner tragbaren Kompromissformel. In Zukunft wird der anwesende Sicherheitsdienst verstärkt darauf achten, dass außerhalb des Gebäudes die Lärmimissionen erträglich bleiben. Die Türen zum Parkplatz und zur Straße bleiben geschlossen.

Das Cafe „HaK“ wird zukünftig etwas früher schliessen. Der Parkplatz soll während der Karl-May-Spiele nur von HaK-Besuchern genutzt werden, weil diese sonst auf Bereiche der Anwohner ausweichen müssten.

Die vom HaK-Vorstand vorgeschlagene Lärmschutzwand am Parkplatz ist leider nicht genehmigt worden. „Ebenso dürfen keine großflächigen Stellschilder in diesem Bereich aufgestellt werden“, berichtete Gordon Moos. „Diese würden mit Sicherheit lärmmindernd wirken“, ist er überzeugt. Der HaK-Vorstand will jetzt prüfen, ob eine Holzwand zur Abgrenzung des hinteren Bereichs errichtet werden kann.

Die SPD-Fraktion ist zutiefst überzeugt, dass gemeinsam für alle Beteiligten in der Zukunft ein gangbarer Weg gefunden wird. Wichtig sei allerdings, dass die Gesprächsbereitschft immer vorhanden sei.

Am 16.September soll bei einer weiteren Fraktionssprechstunde im alten Rathaus, die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen besprochen werden.

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 06.08.2004, 10:29 Uhr - 1156 Clicks - Nr. 402*

Joachim Wilken-Kebeck in der Sprechstunde der Fraktion am 12.08.04

Joachim Wilken-Kebeck, Mitglied der SPD als Stadtvertreteter im Bau- und Umweltausschuss wird am 12.08.04 von 16:00 -17:30 Uhr im Fraktionszimmer der SPD allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen. Er ist dort auch unter der Telefonnummer 04551-964-348 zu erreichen.
Thema dieser Sprechstunde wird, wenige Stunde vor der Sondersitzung des Bau- und Umwelt-Ausschusses und der Stadtvertretung (18.00 Uhr bzw. 20.00 Uhr) die geplante Bebauung des neuen Stadtteils Burgfelde sein.

Joachim Wilken-Kebeck nimmt während der Sprechstunde gerne Anregungen, Fragen und

Kommentare aller Bürger entgegen, die er dann in die darauffolgende Ausschuss-Sitzung und auch die Stadtvertretung noch einbringen kann.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 08.08.2004, 18:39 Uhr - 1526 Clicks - Nr. 403*

SPD-Engelsby: Linksabbiegen - besser nicht!

Die Umbaumaßnahmen an der vielbefahrenen Schottweg-Kreuzung haben begonnen. Im Zusammenhang mit der Osttangente wird die Kreuzung für die zukünftigen Erfordernisse umgebaut. Die alten Ampeln wurden abmontiert und durch provisorische Baustellenampeln ersetzt.
Ein Linksabbiegen, egal aus welcher Richtung man kommt, ist nicht mehr zulässig.
Die entsprechenden Beschilderungen wurden angebracht. Leider halten sich nicht alle Verkehrsteilnehmer an diese neue Regelung und verursachen damit unnötigen Staus und so manche brenzliche Situation im Kreuzungsbereich.
Das Linksabbiegen wurde im Hinblick auf einen reibungslosen Verkehrsfluss untersagt.
In der Zeit, die ein Fahrzeug benötigt links abzubiegen, können zehn Fahrzeuge in Fahrtrichtung geradeaus den Kreuzungsbereich durchfahren.
Wenn man sich die dort herrschende Verkehrsmenge einmal bewußt macht, ist diese verkehrslenkende Maßnahme nachvollziehbar.
Die Kreuzung wird für die Baumaßnahme in vier Quadranten unterteilt und somit in vier aufeinander folgenden Bauabschnitten fertiggestellt.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 09.08.2004, 09:34 Uhr - 780 Clicks - Nr. 404*

Personalpolitik der OB - Bröckelt das Bild der "Teamspielerin"?

Unwürdiges Spiel um Dezernenten und Amtsleiter Nach Durchsicht der Sommerausgaben der Kieler Nachrichten zum Ende der Ferien nimmt die Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer zu der Ausschreibung der Stelle einer Stadträtin/eines Stadtrates für Bürgerangelegenheiten, Inneres und Ordnung zum 1. Januar 2005 in verschiedenen Zeitungen durch die Oberbürgermeisterin wie folgt Stellung:
"Von der selbsternannten Teamspielerin Volquartz kann keine Rede mehr sein.

Frau Volquartz hat die bisherigen Spielregeln der Ratsversammlung verletzt. In der Sommerpause ließ sie eine Dezernentenstelle ausschreiben. Eine übliche Vorabinformation des zuständigen Hauptausschusses geschweige denn der gesamten Ratsversammlung erfolgte nicht. Eine Information über ihre Absicht, die Dezernate neu zu schneiden, blieb ebenfalls aus.

Obwohl wir mit Torsten Albig einen Dezernenten für Bürgerangelegenheiten, Inneres und Ordnung haben, der bis 2008 im Amt ist, schreibt Volquartz die Stelle neu aus. Es hat seit seinem Amtsantritt keine Kritik an seiner Arbeit gegeben und trotzdem entzieht ihm die Oberbürgermeisterin den gesamten Bereich, für den er eingestellt worden ist, nämlich das Personalamt, das Rechtsamt, das Amt für Organisation und Verwaltungsreform, das Bürger- u. Ordnungsamt, die Feuerwehr und das

Hafen- und Seemannsamt. Belassen wird ihm die Kämmerei, die er nach der Wahl hinzubekommen hatte.

Frau Volquartz täte gut daran, sich an ihrem Vorgänger Norbert Gansel zu orientieren. Dieser machte auch von seinem Recht Gebrauch, die Dezernatsaufgaben neu zu schneiden. Er informierte aber jeweils rechtzeitig die städtischen Gremien über seine Absichten und ließ so Raum für Diskussion und Beratung.

Das Verhalten der Oberbürgermeisterin ist sehr bedauerlich. Es wurde in den letzten Monaten nicht nur über die Zukunft von Mitarbeiter/innen spekuliert, sondern diese auch durch die Presse über ihre persönliche Zukunft unterrichtet. Auch hier fehlte die Information der Mitglieder von Hauptausschuss und Ratsversammlung. Was aber viel gravierender ist, dass ist das fehlende Feingefühl im Umgang mit den Mitarbeiter/innen, die als Betroffene auf diese Art und Weise mit ihrem Schicksal in aller Öffentlichkeit konfrontiert werden."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 09.08.2004, 15:14 Uhr - 699 Clicks - Nr. 405*

Möller fragt nach BMW-Konstrukt am Bootshafen



Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Alexander Möller hat heute eine kleine Anfrage an die Oberbürgermeisterin gestellt. Dabei geht es um das BMW-Segelboot, das seit der Kieler Woche am Bootshafen installiert ist.

"Es ist gut, dass wir mit BMW einen Sponsor von Rang und Namen für die Kieler Woche gewonnen haben. Das zeigt auch, welchen Stellenwert Kiel als Segelmetropole genießt.

Mit Verwunderung habe ich allerdings feststellen müssen, dass auch nach der Kieler Woche noch ein BMW-Denkmal am Bootshafen zu finden ist. Das in Form eines Segels montierte Konstrukt ist für mich Anlass, heute der Oberbürgermeisterin Fragen zu stellen.

Ich möchte gern wissen, ob diese Installation Teil der städtischen Gegenleistung für das Sponsoring BMWs ist und wie lange es noch am Bootshafen stehen soll.

Es ist schon bedauerlich genug, dass der Bootshafen nicht zuerst den Bürgerinnen und Bürgern, etwa in Form eines kleinen Festes, übergeben wurde, sondern gleich Dreh- und Angelpunkt eines Großsponsors. Aber mehr als sechs Wochen nach der Kieler Woche sollte die Werbung ein Ende haben."

***
Kleine Anfrage zur Ratsversammlung am 19.8.2004

Betreff:
BMW-Segelboot

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident,

im Namen der SPD-Ratsfraktion stelle ich zur Ratsversammlung am 19.08.2004 folgende

Kleine Anfrage

1. Wie lange soll das BMW-"Segelboot" noch an dem Bootshafen stehen?

2. Ist diese Montage Teil der Sponsorenleistung von BMW oder Teil der Gegenleistung der Landeshauptstadt Kiel?

3. Ist geplant, dieses Konstrukt auch im nächsten Jahr oder den nächsten Jahren wieder aufzustellen?

gez. Alexander Möller f. d. R.
Ratsherr

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 09.08.2004, 17:01 Uhr - 1488 Clicks - Nr. 406*

SPD-Engelsby: Sicherer Schulweg

Bedingt durch die Um- und Ausbauarbeiten im Bereich der Nordstraße (B 199), insbesondere durch den Ausbau des Knotenpunktes Nordstraße / Schottweg / Merkurstraße, musste auch die Ampelanlage an der Kreuzung Merkurstraße / Engelsbyer Straße aus signaltechnischen Gründen abgebaut werden. Die Regelung an der Kreuzung Nordstraße / Schottweg / Merkurstraße erfolgt jetzt über eine weniger leistungsfähige Baustellenampel.
Die Kinder aus dem Raum Kauslund und Sternenviertel, die bisher die Merkurstraße in Höhe der Engelsbyer Straße überquert haben, müssen jetzt den Weg über die Merkurstraße (Ostseite) bis in Höhe Neuer Weg nehmen. Hier ist als Ersatz eine Bedarfsampel für Fußgänger und Radfahrer aufgestellt worden, die aufgrund von Pflasterarbeiten erst am morgigen Dienstag, dem 10. August, in Betrieb genommen werden kann. Über den Neuen Weg führt der Schulweg dann zu den Schulen an der Brahmsstraße.

Quelle: Pressinfo Stadt Flensburg

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 10.08.2004, 15:16 Uhr - 723 Clicks - Nr. 407*

Verbrennen von Gartenabfällen in Kleingärten weiter erlauben



"Das Verbrennen von pflanzlichen Abfällen in Kleingärten soll auch in Zukunft möglich sein," fordert der kleingartenpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Cai-Uwe Lindner.
Die SPD erteilt gegenteiligen Absichten des Umweltministeriums eine klare Absage. Mit einem Dringlichkeitsantrag zur Sitzung des Bauausschusses am 12.08.2004 fordert deshalb die SPD-Fraktion die Oberbürgermeisterin auf, sich beim Umweltministerium darum zu bemühen, dass keine nachteiligen Regelungen für die Kleingärtner getroffen werden.

Das Umweltministerium möchte der Landesverordnung über die Entsorgung von pflanzlichen Abfällen außerhalb von Abfallentsorgungsanlagen vom 01.06.1990 aufheben. Dies hätte u.a. zur Folge, dass das Verbrennen von Gartenabfällen aus Kleingärten unterbunden wird, indem hierfür künftig keine Genehmigung nach § 27 Abs. 2 KrW-/AbfG erteilt wird. Dahingegen soll das Verbrennen von Holz aus der Knickpflege sowie das Verbrennen von pflanzlichen Abfällen aus Erwerbsgartenbau und Baumschulen weiterhin gestattet werden.

Lindner erinnert daran, dass die Stadt Kiel in den zurückliegenden Jahren deutliche Regelungen zum Umgang mit Grünabfällen etc. mit dem Kreisverband der Kieler Kleingärtner getroffen hat. Diese beinhalten konkrete Vorgaben für das Verbrennen von Gartenabfällen in Kleingartenanlagen und begrenzen somit deutlich die Belastungen für die Anlieger auf ein vertretbares Maß. Lindner erklärt abschließend: "Das Ministerium räumt im übrigen selbst ein, dass die Rauchentwicklung in der Regel keine Gefahrenlage darstellt. Insofern besteht für Kiel kein Anlass für eine diesbezügliche Neuregelung."

Anlage : Antrag

***

Dringlichkeitsantrag zum Bauausschuss am 12.8. und zur Ratsversammlung am 19.08.2004

Betreff:

Aufhebung der Landesverordnung über die Entsorgung von pflanzlichen Abfällen außerhalb von Abfallentsorgungsanlagen vom 01.06.1990

Antrag:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, sich beim Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft darum zu bemühen, dass die beabsichtigte Aufhebung der Landesverordnung über die Entsorgung von pflanzlichen Abfällen außerhalb von Abfallentsorgungsanlagen vom 01.06.1990 nicht in der beabsichtigten Fassung zum Nachteil der Kleingärtner verabschiedet wird, und dass auch in Zukunft Gartenabfälle aus Kleingärten auf der Grundlage der bestehenden Vereinbarung zwischen der Landeshauptstadt Kiel und dem Kieler Kreisverband der Kleingärtner verbrannt werden können.

Begründung:

Das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft strebt die Aufhebung der Landesverordnung über die Entsorgung von pflanzlichen Abfällen außerhalb von Abfallentsorgungsanlagen vom 01.06.1990 an. Dies hätte u.a. zur Folge, dass das Verbrennen von Gartenabfällen aus Kleingärten unterbunden wird, indem hierfür künftig keine Genehmigung nach § 27 Abs. 2 KrW-/AbfG erteilt wird. Dahingegen soll das Verbrennen von Holz aus der Knickpflege sowie das Verbrennen von pflanzlichen Abfällen aus Erwerbsgartenbau und Baumschulen weiterhin gestattet werden.

Die Stadt Kiel hat in den zurückliegenden Jahren deutliche Regelungen zum Umgang mit Grünabfällen etc. mit dem Kreisverband der Kieler Kleingärtner getroffen. Diese machen konkrete Vorgaben für das Verbrennen von Gartenabfällen in Kleingartenanlagen und begrenzen somit deutlich die Belastungen für die Anlieger auf ein vertretbares Maß. Das Ministerium räumt im übrigen ein, dass die Rauchentwicklung in der Regel keine Gefahrenlage darstellt. Insofern besteht für Kiel kein Anlass für eine diesbezügliche Neuregelung.

Der Städteverband S-H bittet mit Schreiben vom 21.06.2004 seine Mitglieder bis zum 15.08.2004 um Stellungnahmen zu dem Anliegen des Ministeriums. Das Ministerium hat dem Städteverband eine Frist bis zum 17.09.2004 gesetzt. Um die vorgegebenen Fristen zu wahren und eine städtische Stellungnahme abzugeben, ist die Dringlichkeit für den Bau- und Kleingartenausschuss gegeben.

gez. Cai-Uwe Lindner f.d.R. Thomas Gedig
kleingartenpolitischer Sprecher Fraktionsgeschäftsführer

Keine Kommentare

SPD-Rendsburg - *veröffentlicht am 10.08.2004, 18:41 Uhr - 2010 Clicks - Nr. 408*

Keine Durchgangsstraße im Wohngebiet Rendsburg-Süd

Gleich in ihrer ersten Sitzung nach der Sommerpause traf die Rendsburger SPD-Fraktion wichtige Entscheidungen bezüglich der geplanten Verkehrsführung in Rendsburg-Süd. Zahlreiche Mitglieder der Fraktion hatten sich in den Sommerferien unter Federführung von Hans Peter Robin intensiv mit der Situation beschäftigt und sich bereits im Juli mehrfach vor Ort kundig gemacht.
Einstimmig beschlossen die Rendsburger Sozialdemokraten in der nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 17. August 2004, den Punkt "Rendsburg-Süd" nachträglich auf die Tagesordnung setzen zu lassen, um die Planungen der Variante "Neuwerker Gärten / Am Schießstand" frühzeitig zu stoppen.
"Keiner in der SPD-Fraktion sieht einen Sinn darin, eine stark befahrene Straße durch ein intaktes Wohngebiet zu führen, das jetzt als Zone 30 ausgewiesen ist.",teilte Fraktionsvorsitzende Karin Wiemer-Hinz dazu mit. Außerdem wirke sich eine derartige Verkehrsführung negativ auf ein möglicherweise neu entstehendes Neubaugebiet auf dem Messegelände aus.
Die Rendsburger SPD möchte die Planungen frühzeitig stoppen, da schon jetzt klar ist, dass diese Variante nicht gewollt ist. Stattdessen sollen die Überlegungen zu alternativen Planungen intensiviert werden. "Wir wollen die Verwaltung bitten, für den Bereich Rendsburg-Süd nach vernünftigeren und bürgerfreundlicheren Lösungen zu suchen und hoffen dabei auf eine Mehrheit im Bau - Umweltausschuss", so Karin Wiemer-Hinz weiter.
Außerdem beschloss die Rendsburger SPD-Fraktion, dass sie keiner Variante zustimmen werde, bei der die Abfahrt Westerrönfeld/Lindenallee im Zuge der B 77 geschlossen werde.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 11.08.2004, 10:20 Uhr - 805 Clicks - Nr. 409*

Verlängerte Marktöffnungszeiten: CDU und Grüne voll daneben



Zur Absicht der Verwaltung, die bestehenden Öffnungszeiten des Wochenmarktes auf dem Exerzierplatz an Samstagen beizubehalten, erklärte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Michael Wagner.
"Wäre es nach CDU und Grünen gegangen, wäre wie schon bei vielen anderen Fragen über die Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden worden. Die Umfrage bestätigt unsere von Anfang an geäußerte skeptische Haltung. Gleichzeitig macht sie deutlich, dass die schwarz-grüne Kooperation in ihrer Einschätzung der Position der Markthändler voll daneben gelegen hat: 83 Prozent Ablehnung aus deren Reihen ist eine deutliche Sprache. Dies hat sich erst in der auf Initiative der SPD von der Ratsversammlung beschlossenen Befragung gezeigt.

"Sicher wären aus Sicht der Kunden verlängerte Öffnungszeiten am Samstag begrüßenswert gewesen, doch ist die Haltung der Händler zu respektieren", sagte Michael Wagner abschließend.

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 11.08.2004, 11:21 Uhr - 6010 Clicks - Nr. 410*

Büsumer SPD unterstützt die hiesigen Krabbenfischer

Die letzten Wochen und Monate haben gezeigt, dass der Krabbengroßhandel nicht nur in Büsum die besondere Lage der hiesigen Fischer ausgenutzt hat. Die Großhändler konnten nicht nur die Fangmengen bestimmen, sie übten auch Druck auf die Preise aus. Dies hat dazu geführt, dass die Familieneinkommen der Fischer nachhaltig gestört wurden. Dieses Vorgehen kann nicht unwidersprochen bleiben. Deshalb hat die SPD-Fraktion in der Büsumer Gemeindevertretung eine Resolution eingebracht, die die Sitzung der Gemeindevertretung am 24. August beschäftigen wird. Die Sozialdemokraten werden sich um die Zustimmung aller Gemeindevertreter bemühen und die hiesigen Fischer damit unterstützen.
Resolution:

Die Verwaltung wird aufgefordert, alle Wege zu beschreiten, damit das Preisdiktat des Großhandels gegenüber den Krabbenfischern aufgehoben wird. Den Krabbenfischern muss die Möglichkeit gegeben werden, ihre Fischerei rentabel und auskömmlich zu betreiben. Qualität der Ware und die harte Arbeit der Fischer muss angemessen entlohnt werden. Deshalb unterstützt die Gemeindevertretung Büsums alle Bemühungen auf allen Ebenen, die Existenz der Krabbenfischer sicherzustellen.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 11.08.2004, 20:56 Uhr - 2673 Clicks - Nr. 411*

Gründung einer "Wahlalternative" in Kiel



Zu der für den Donnerstag geplanten Gründung einer "Wahlalternative" erklärte SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer:

"Wir nehmen die Gründung einer "Wahlalternative" und damit ggf. auch die neue Partei Kenntnis. Es ist wahrscheinlich, dass ein Teil der Interessierten aus der Landeshauptstadt selbst kommt. Ich sage deutlich: Die Kieler SPD steht für eine soziale Politik, die in unserer Stadt immer sichtbar geworden ist - da fürchten wir keine Konkurrenz! Dies mag an der engen Verbundenheit der Kieler SPD mit den Gewerkschaften liegen.

Wir akzeptieren auch die Entscheidung von Mitgliedern, die SPD zu verlassen, ebenso wie die Entscheidung, in die SPD zurückzukehren. Wer aber meint, er könne in der neuen Gruppierung als SPD-Mitglied mitmachen, der irrt. Man kann nicht in zwei Mannschaften gleichzeitig spielen. Wer sich also in der "Wahlalternative" engagiert, muss mit dem Parteiausschluss rechnen. Wer dies weiß, kann entsprechende Konsequenzen ziehen.

Frust allein ist zu wenig, man muss auch bessere Lösungen nennen. Und nur im historischen Legienhof zu tagen, reicht nicht aus. Selbsternannte "linke" Gruppen haben in Kiel nie auch nur bescheidene Wahlergebnisse erzielt und in der jetzt bekannten Form wird diese Gruppierung kaum politische Zukunft haben."

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 11.08.2004, 21:07 Uhr - 2851 Clicks - Nr. 412*

SPD-Ortsverein Ellerbek hat neuen Vorsitzenden



In seiner letzten Mitgliedervollversammlung hat der **SPD-Ortsverein Ellerbek** einen neuen Vorstand gewählt. Neuer Vorsitzender ist der 32 jährige Diplom-Sozialpädagoge Peter Kokocinski. Er löst den bisherigen Amtsinhaber Günter Mischke ab, der nach mehr als 10 Jahren in dieser Funktion nicht mehr antrat und als Schriftführer ins zweite Glied zurücktritt.
Kokocinski würdigte seinen Vorgänger für sein „engagiertes Wirken und sein vehementes Eintreten für soziale Gerechtigkeit“. Peter Kokocinski ist seit knapp 16 Jahren Mitglied des Ortsvereins Ellerbek und hat seit dem die Parteiarbeit „von der Pike auf“ gelernt. Im Vorstand hatte er schon diverse Funktionen inne und war zuletzt Mischkes Stellvertreter.

Kommunalpolitisch ist er erstmals 1994 in Erscheinung getreten, als eines der jüngsten Ortsbeiratsmitglieder in Kiel. Seit 1999 ist Kokocinski in „seinem“ Ortsbeirat Ellerbek/Wellingdorf der Vorsitzende und „vertritt dort die Interessen der Bürgerinnen und Bürger für mehr Lebensqualität“ in diesen traditionsreichen Ostuferstadtteilen.

Hauptberuflich arbeitet der Vater eines sieben jährigen Jungen im Kreis Plön als Bildungsreferent beim Kreisjugendring.

Ebenso mit einstimmigem Ergebnis wurden in den Vorstand gewählt Michael Jacobsen (Stellvertr. Vorsitzender), Birgit Böhm-Marzinzik (Kassiererin), Inge Lindner und Arno Henkel (Beisitzer).

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 12.08.2004, 08:35 Uhr - 831 Clicks - Nr. 413*

Kietzer: Glückwunsch an B.T.K.I.

..... - Ängstlichkeit bei OB, CDU und Grünen führte zu Hängepartie

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt:
"Die SPD-Ratsfraktion beglückwünscht die Investoren der Baltic Terminal Kiel International zu ihrer Entscheidung und freut sich über den Erhalt vieler Arbeitsplätze in der Hafenwirtschaft.
Wir wünschen dem neuen Unternehmen und den Beschäftigten, dass sie die aus Kiel abgewanderten Umschlagsmengen und mehr in den Kieler Hafen zurück holen.
Die lange ungeklärte Zukunft von Cellpap und ihren Mitarbeitern, von September 2003 bis heute, hat negative wirtschaftliche Folgen für die Kieler Hafenwirtschaft gehabt. Ängstlichkeit und fehlender Weitblick bei OB sowie CDU und Grünen führten zu einer mehrmonatigen Hängepartie. Die SPD hofft immer noch auf die Lernfähigkeit der Beteiligten und wünscht ihnen mehr Mut."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 12.08.2004, 08:37 Uhr - 731 Clicks - Nr. 414*

Kietzer: Nimmt Volquartz CDU und Grüne ernst?

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt:
"Auf Druck der SPD-Ratsfraktion wurde im Dezember 2003 die Einrichtung einer zusätzlichen Dezernentenstelle abgewendet, weil CDU und Grüne ebenfalls einem fünften Dezernenten eine Absage erteilten.
Statt den SPD-Antrag zu beschließen, votierten CDU und Grüne für ihren Alternativantrag:
"Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, frühestmöglich der Ratsversammlung ihre Vorstellung zur ggf. erforderlich werdenden Neuschneidung der Aufgabenbereiche der vier Dezernate darzustellen. Darüber hinaus wird sie gebeten, den Hauptausschuss vor der Einleitung des Ausschreibungsverfahrens über geplante Neubesetzungen von Amtsleiterstellen zu informieren und ihm die Möglichkeit zur Stellungnahme zu geben."
Nicht den Hauptausschuss, sondern die Presse informierte die OB über neue Zuständigkeiten bei den Dezernenten. Die Fraktionen erhielten im Hauptausschuss keine Gelegenheit zur Stellungnahme bei der Ausschreibung der Dezernentenstelle.
Die Intention des von schwarz-grün herbeigeführten Ratsbeschlusses dürfte sich mitnichten nur auf die Amtleiterstellen beschränken. Dass die OB eine Dezernentenstelle ohne Beteiligung des Hauptausschusses ausschreiben würde, haben CDU und Grüne sich wohl gar nicht vorstellen können.
Die SPD-Fraktion stellt wieder einmal fest, wie die selbsternannte Teamspielerin Volquartz ihr Team vorführt. Allzu wichtig nimmt sie die Beschlüsse von CDU und Grünen jedenfalls nicht."

Anlage: Antrag zur Ratsversammlung am 19.8.2004
***

Antrag zur Ratsversammlung am 19.8.2004

Betreff:

Aufbau, Aufgaben und Personalausstattung der Kieler Verwaltungsspitze

Antrag:
Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, der Ratsversammlung kurzfristig den künftigen Aufbau der Verwaltungsspitze (Oberbürgermeisterin und Dezernate), die beabsichtigten Aufgabenzuteilungen darzustellen sowie eine verbindliche Aussage zu den geplanten Stellenbesetzungen zu machen.

Begründung:

Die Oberbürgermeisterin hat unlängst die Zuständigkeiten bei den Dezernaten verändert. Vor dem Hintergrund laufender Gerüchte hinsichtlich künftiger Zuständigkeiten und weiterer Personalmaßnahmen ist eine umfassende und verbindliche Information der Ratsversammlung über die Pläne der Oberbürgermeisterin unumgänglich.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 12.08.2004, 13:36 Uhr - 710 Clicks - Nr. 415*

Innenstadt für Kunden und Handel attraktiver machen!



Die SPD-Ratsfraktion legt für die Ratsversammlung am 19. August einen Antrag zu Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die Innenstadt vor. Die zentralen Vorschläge der SPD stellte der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion, Alexander Möller heute vor:
"Die Gerüchte um die Zukunft der Karstadt-Filialen in der Innenstadt zeigen: Wir müssen kontinuierlich an Verbesserungen ihrer Rahmenbedingungen sowie an ihrer Verschönerung arbeiten.

Dazu legen wir eine Liste von Maßnahmen vor, die die Verwaltung bis zu den Haushaltsberatungen auf ihre Kosten und Realisierbarkeit prüfen soll.

Für den gesamten Bereich Holstenbrücke/Andreas-Gayk-Straße/Holstenplatz schwebt uns ein städtebaulicher Wettbewerb vor, ergänzt um einen Ideenwettbewerb mit Vertretern aus Architektur, Marketing und Gewerbe.

Unser langfristiger städtebaulicher Traum für den Bereich Holstenbrücke/Berliner Platz ist die Wasserverbindung zwischen Bootshafen und Kleinem Kiel. Das ist gegenwärtig nicht finanzierbar. Wir wollen zunächst mit Baumpflanzungen diesen Bereich lebenswerter machen.

Radfahrern wird gerade in der Innenstadt häufig rücksichtsloses Fahren auf den Bürgersteigen vorgeworfen. Aber Holstenbrücke und Andreas-Gayk-Straße sind für Radfahrer auch sehr gefährlich. Deshalb soll die Verwaltung Vorschläge entwickeln, wie die Fahrradstadt Kiel hier mehr Sicherheit für Radfahrer schaffen kann.

Immer wieder ist die Bebauung auf dem Alten Markt Gegenstand öffentlicher Debatten. Auch bei unseren Gesprächen mit dem Handel spielt dies eine große Rolle. Wir wissen, dass die Stadt bis 2030 gebunden ist. Die Verwaltung soll uns jedoch einmal aufzeigen, welche Möglichkeiten der Einflussnahme planerischer Vorstellungen zur Gestaltung bestehen und welche Kosten der Stadt konkret entstehen würden.

Bürgermeister Klein-Knott hat in diesen Tagen eine Geschäftliche Mitteilung zur Zukunft der Schlossstrasse vorgelegt, um die die Ratsversammlung auf Antrag der SPD gebeten hatte. Bislang konnten sich die Eigentümer vor Ort und die Stadt nicht auf die Umsetzung der Neugestaltung einigen. Dennoch muss zusammen mit den betroffenen Kaufleuten weiter verhandelt werden. Vielleicht müssen die Eigentümer auch in ihre Überlegungen mit einbeziehen, dass die Beteiligung an Investitionen den Wert ihrer Immobilien steigert.

Kiel Marketing e.V. arbeitet gegenwärtig an der Einführung einer KielCard. Wir müssen prüfen, wie sich die Stadt mit ihren Einrichtungen daran beteiligen kann oder welche andere Form der Unterstützung durch die Stadt hier vorstellbar wäre.

Wir wissen, dass unsere Vorschläge nicht den großen Wurf für die Innenstadt bedeuten. Aber wir brauchen viele kleine Schritte hin zu einer Innenstadt, die Kielerinnen und Kieler, die Menschen aus dem Umland und Touristen immer wieder in die Innenstadt lockt. Wir wünschen uns auch die Ideen und Hilfe des Kieler Handels sowie der Kunden."

***
Antrag zur Ratsversammlung am 19.08.2004

Betreff:

Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die Innenstadt

Antrag:

Die Ratsversammlung möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, der Ratsversammlung bis zu den Haushaltsberatungen im Dezember u. a. folgende Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Kieler Innenstadt in ihren Realisierungschancen und voraussichtlichen Kosten darzustellen:

1. Städtebaulicher Wettbewerb und Ideenwettbewerb mit Vertretern aus Architektur, Marketing und Gewerbe für den Bereich Holstenbrücke/Andreas-Gayk-Straße/Holstenplatz,
2. Verbesserung des Erscheinungsbildes der Schlossstraße durch Erneuerung des Straßenbelages, Entfernung der "Beton-Poller" am Straßenrand, Baumpflanzungen und der Erarbeitung einer künftigen Verwendung für das unbebaute Grundstück in den Straße im Eigentum der Stadt,
3. Baumpflanzungen zwischen Bootshafen und Kleinem Kiel,
4. Verbesserung der Situation für Fahrradfahrer zwischen der Holstenbrücke und der Andreas-Gayk-Straße,
5. Unterstützung der LH Kiel für die Erprobungsphase der Einführung einer sog. Kiel-Card durch Kiel Marketing e. V. und beteiligte Kieler Unternehmen,
6. Möglichkeiten der Einflussnahme planerischer Vorstellungen zur Gestaltung des "Alten Marktes" - trotz des seit 1971 geltenden bis 2030 laufenden Erbbaurechtsvertrages.

Begründung:
Die Verwaltung hat in einer Geschäftlichen Mitteilung vom 06.02.2003 angekündigt, ein Rahmenkonzept für die Mittlere Innenstadt zu erarbeiten. Dieses ist bislang noch nicht vorgestellt worden.

Bevor die Verwaltung das Konzept vorlegt, formuliert die Ratsversammlung mit diesem Antrag ihre Vorstellungen von den Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die Innenstadt. Diese kann die Verwaltung in ihre Überlegungen bis zur endgültigen Fertigstellung des Rahmenkonzeptes Mittlere Innenstadt einbeziehen.

Keine Kommentare

SPD-Steinburg - *veröffentlicht am 12.08.2004, 23:02 Uhr - 7989 Clicks - Nr. 416*

Lohmühle in Gefahr? – Kreis-CDU als Retter?

Der Artikel der CDU und die Aussage von Herrn Tiemann vom 11.08.2004 in der Norddeutschen Rundschau, dass die Lohmühle in Hohenlockstedt als Bade- und Erholungsparadies in Gefahr sei, sorgen nach Ansicht der SPD Kreis Steinburg für völlig unnötige Unruhe, wie Stefan Eskierski, der Pressesprecher der SPD, mitteilte.
Das Thema Lohmühle ist unlängst ausführlich in der Gemeinde Hohenlockstedt diskutiert worden. Die CDU sorgt absichtlich für Verwirrung, weil sie ihre Arbeit nicht oder nur unzureichend macht. Es ist fachlich korrekt, dass die Zielvorstellungen der Naturschutzplaner tendenziell in diese Richtung weisen, jedoch ist der Abwägungsprozess der unterschiedlichen Standpunkte noch in Gange, aber für die Hohenlockstedter Gemeinde ausführlich abgearbeitet. Die Lohmühle wird erhalten bleiben. Die notwendigen Informationen, die sachgerecht öffentlich bekannt sind, waren auch der CDU Steinburg zugänglich. Die Frage nach gekonnter Recherche muss erlaubt sein. Stefan Eskierski weiter: „Hieran sieht man, wie die CDU ohne notwendige Sorgfalt und den Sachverhalt entsprechendem Umgang mit ihrer Mehrheit bzw. Macht agiert“. Gutes Handwerk und das aufrichtige Interesse lässt die CDU hier jedoch deutlich vermissen. Die Aussage von Herrn Tiemann ist somit eher behindernd und sorgt für völlig überflüssige Verwirrung mit einem Schuss Polemik.

Gez. Stefan Eskierski
Pressesprecher der SPD Steinburg
(01 73) 23 10 782
stefaneskierski@freenet.de

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 13.08.2004, 08:01 Uhr - 1014 Clicks - Nr. 417*

Uwe Roennfeldt in der Sprechstunde der SPD am 19.08.04

Uwe Roennfeldt, aktiver Lehrer an der Dahlmannschule und für die SPD als bürgerliches Mitglied im Ausschuss für Schule und Kultur, wird am Donnerstag, den 19.08.04 von 16.00 - 17.30 Uhr in der Sprechstunde der SPD-Fraktion allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen. Die Sprechstunde findet im Fraktionszimmer der SPD im Historischen Rathaus statt und Uwe Roennfeldt ist während dieser Zeit dort auch unter der Nummer 04551-964-348 zu erreichen.
Thema der Sprechstunde wird sein:

Offene Ganztagsschule - eine neue Möglichkeit auch für unsere Kinder in Bad Segeberg ?

Uwe Roennfeldt wird sich in dieser Sprechstunde insbesondere auseinandersetzen mit den Ergebnissen des Runden Tisches zum Thema "Offene Ganztagsschule", den die Stadtverwaltung Bad Segeberg am 11.08.04 mit Vertreter verschiedener Institutionen durchgefuehrt hat und er wird mit den Bürgerinnen und Bürgern besprechen, wo und an welchen Schulen dieses Angebot voraussichtlich in Bad Segeberg wann zu erwarten sein wird.

Keine Kommentare

Ingrid Franzen, MdL - *veröffentlicht am 13.08.2004, 14:59 Uhr - 3992 Clicks - Nr. 418*

Nordforum Europa:Rechte der Landtage stärken

Eine aktive Beteiligung der Landtage, ihre Stärkung als Gesetzgebungsorgane und mehr Mitwirkungsrechte bei EU-Vorhaben, mehr Zusammenarbeit der norddeutschen Länder gegenüber der EU und eine gemeinsame Initiative für eine europäische Meerespolitik fordern SPD-Europapolitiker aus den Landtagen von Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein die im Juni 2004 zum 6. Nordforum Europa in Kiel zusammengekommen sind.
Hierzu hat das NordForum der SPD- Europapolitiker die Kieler Erklärung verabschiedet. Sie hat folgenden Wortlaut:

Europäische Verfassung
Das SPD-NordForum begrüßt den Beschluss der Regierungskonferenz, den Verfassungsentwurf den Nationalstaaten zur Ratifizierung zuzuleiten. Damit werden nicht nur die bisher bestehenden Abmachungen in den Europäischen Verträgen und die Grundrechte-Charta zusammengeführt, sondern auch neue parlamentarische Aspekte aufgenommen, die die Politik der EU transparenter machen. Dabei geht es um die Protokolle zu den nationalen Parlamenten, zur Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit und den Frühwarnmechanismus. Durch die Wahl des Ratspräsidenten und des EU- Außenministers und die damit verbundene neue institutionelle Struktur wird eine bessere Handlungsfähigkeit der EU- Gremien gewährleistet. Außerdem erhält das Europaparlament mehr Rechte und die nationalen Parlamente werden stärker in die Entscheidungsfindung einbezogen.
Die Mitglieder des SPD-NordForums fordern:
• Hinsichtlich der neuen bundesstaatlichen Ordnung in Deutschland sind durch eine aktive Beteiligung der Landtage diese stärker in die europäischen Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Das gilt für das Verhältnis zum Bundesrat und zu den Landesregierungen insbesondere auch bei der Durchführung des EU-Frühwarnsystems.

Gemeinsame Lobby-Arbeit in Brüssel
Nicht nur durch die Erweiterung der EU um zehn neue Mitglieder wird deutlich, dass eine verstärkte Zusammenarbeit der norddeutschen Länder in Brüssel unabdingbar ist. Die bisherigen Vertretungen der Küstenländer müssen stärker als bisher ihre gemeinsamen Interessen bündeln und gegenüber der EU geltend machen.

Die Mitglieder des SPD- NordForums fordern:
• Die Landesregierungen von Niedersachsen, Bremen, Mecklenburg- Vorpommern, Schleswig-Holstein und Hamburg werden aufgefordert entsprechende Gespräche aufzunehmen, Synergien ausloten und den Landtagen dazu Vorschläge zu machen.

Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung
Es muss gelingen, durch eine Neugliederung eine klare Kompetenzabgrenzung der staatlichen Ebenen zu erreichen. Die fortschreitende Europäisierung des deutschen Föderalismus führt zu einer Neugewichtung der Rolle der Landtage. Die Europapolitik greift durch ihre Regionalisierungstendenzen immer stärker in Länderinteressen ein.
Die Regelung fast aller europäischen Angelegenheiten durch die Länder geschieht heute als reines Regierungshandeln. Die Länder sind nur über die Landesregierungen im Bundesrat vertreten.

Die Europaausschüsse der Landtage sind die zentralen Gremien für die parlamentarischen Entscheidungen in allen europäischen Angelegenheiten. Deshalb muss es unser Ziel sein, den politischen Einfluss des Europaausschusses zu vergrößern.

Die Mitglieder des SPD-NordForums fordern:
• die Stärkung der Landtage als Gesetzgebungsorgane, wie es im Art. 30 des Grundgesetzes formuliert ist. Danach ist die Ausübung staatlicher Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben grundsätzlich Sache der Länder und damit der Landesparlamente.
• die Stärkung der Informationsrechte der Europaausschüsse. Jede Unterrichtung der Landesregierungen über Vorhaben der EU wird dem Europaausschuss federführend überwiesen.
• die Stärkung der Mitwirkungsrechte bei Vorhaben der EU, die die Gesetzgebungszuständigkeit der Länder wesentlich berühren. Hierbei hat die Landesregierung die Stellungnahme des Landtages, bzw. des Europaausschusses maßgeblich zu berücksichtigen.
• die Stärkung der Kontrollrechte der Landtage. So sind alle Vorlagen und Anträge des Bundesrates, die Angelegenheiten der EU betreffen, dem Europaausschuss zu überweisen.

Zukunft Meer: Sozialdemokratisches Entwicklungsmodell für den Deutschen Norden
Die Mitglieder des SPD-NordForums unterstützen die Schleswig- Holsteinische Landesregierung in ihrer Initiative „Zukunft Meer“ und werden entsprechende Initiativen in ihren Ländern anstoßen. Die SPD- Landtagsabgeordneten im Nordforum wollen Norddeutschland zu einer europäischen Spitzenregion in allen Bereichen der maritimen Wirtschaft und Wissenschaft entwickeln.

Die Mitglieder des SPD-NordForums fordern:
• dass sich die SPD- Landtagsabgeordneten aus den Küstenländern in einer gemeinsamen Initiative für eine europäische Meerespolitik einsetzen. Dabei sind internationale Verbindungen zu nutzen und Netzwerke zu knüpfen. In den Bereichen Schiffbau, Hafenpolitik, Offshore-Technik, Küstenschutz, Schiffssicherheit, Satellitentechnik, marine Aquakultur und Meeresforschung muss eine stärker Zusammenarbeit erreicht werden,
• die Erstellung eines „Grünbuches Meer“,
• eine koordinierte konzeptionelle Standortpolitik und
• eine eigene Kommission für europäische Meerespolitik einzurichten.

Autorin: Ulrike Rodust (21.06.2004)

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 15.08.2004, 22:12 Uhr - 2812 Clicks - Nr. 419*

Fischer/Kietzer: OB torpediert HDW

Zum HDW-Kommentar der OB: "Die Konzentration des U-Bootbaues in Kiel wird Standort und Unternehmen mittel- und langfristig stärken." (KN v. 14.8.04) erklärten Rolf Fischer, SPD-Kreischef,

und Cathy Kietzer, SPD-Fraktionsvorsitzende:

"Bisher war es in Kiel Konsens, dass alles dafür getan wird, HDW als Universalwerft zu erhalten. Jeder weiß, dass eine Spezialisierung nur auf den U-Boot-Bau für den Standort äußerst schwierig wird. Dieser OB-Kommentar ist der politische Abschied von der Universalwerft HDW und damit ein Schuss vor den Bug der Belegschaft.
Die aktuelle Situation ist schwierig und die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Deshalb torpediert diese Äußerung die Anstrengungen aller, die HDW in Kiel unterstützen. Sie schadet den Arbeitnehmern, um deren Arbeitsplätze noch gekämpft wird. Die Einschätzung, dass der Standort mittel- oder langfristig gestärkt wird, ist pure Spekulation und entbehrt jeder Grundlage.

Die Entscheidung von Thyssen-Krupp, in Kiel nur noch U-Boote zu bauen, ist ein schwerer Schlag für die Stadt. Wir sind an der Seite derer, die sich dafür einsetzen, dass Produktion und Ausbildung möglichst in voller Breite erhalten bleiben. Zusammen mit Betriebsrat und Landesregierung wollen wir alles dafür tun, viele Arbeitsplätze in Kiel zu halten.
Kommentar von Hajo Schneider vom 19.08.2004, 09:40 Uhr:
RE:Fischer/Kietzer: OB torpediert HDW
Der Kommentar der OB bestätigt wieder einmal 2 Dinge

1)Von Wirtschaftspolitik hat diese Dame überhaupt keine Ahnung
2)Das Schicksal der von einer Entlassung bedrohten Mitarbeiter ist ihr vollkommen egal
(siehe auch Cellpap vor einigen Monaten)

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 16.08.2004, 09:09 Uhr - 5923 Clicks - Nr. 420*

Barrosos neue Kommissare

Willi Piecyk: „Starke Akzente für eine europäische Meerespolitik sind gefordert"

Zur Vorstellung von Barrosos designiertem Team der EU-Kommissare erklärte der schleswig-holsteinische Europaabgeordnete Willi Piecyk:

„Barroso hat mit seiner Aufstellung wichtige und gute Akzente für eine koordinierte europäische Meerespolitik möglich gemacht."

Piecyk nannte in diesem Zusammenhang insbesondere drei Ressorts: das Ressort von Günter Verheugen, das Ressort „Fischerei und Meeresangelegenheiten" des Maltesers Joe Borg und das Ressort „Verkehr" des Franzosen Jacques Barrot.

„Günter Verheugen hat sich in den vergangenen 5 Jahren durch exzellente Arbeit als Erweiterungskommissar ausgezeichnet. Die Nominierung als Vizepräsident der Kommission und als Kommissar für Unternehmen und Industrie ist eine Anerkennung seiner bisherigen Arbeit. Günter Verheugen bekommt damit eines der einflussreichsten Ressorts in Brüssel. Ich freue mich persönlich für ihn und ich weiß, dass Europas Werftenindustrie bei Günter Verheugen ein offenes Ohr finden wird", so Piecyk.

Das Ressort des Maltesers Joe Borg verdiene aus schleswig-holsteinischer Sicht ebenfalls Beachtung. Neben der Fischerei soll der designierte Kommissar auch für Meeresangelegenheiten zuständig sein. Damit wird erstmalig eine „koordinierte europäische Meerespolitik" angestoßen. Dies entspricht voll und ganz der Initiative Schleswig-Holsteins, Meerespolitik auf europäischer Ebene stärker zu betonen.

In die Zuständigkeit des designierten Kommissars falle auch die Vorlage eines Grünbuchs, das die Bedeutung der europäischen Meerespolitik auf allen damit verbundenen Strategiefeldern von Forschung / Technologie über Schiffbau bis zum Seetransport und den Schutz der Meeresumwelt beleuchtet. „Das ist ein wichtiger Schritt: so können die vielen Initiativen in Sachen Meer zukünftig stärker gebündelt werden. Wir werden im Europäischen Parlament darauf drängen, dass dieses Grünbuch vorrangig behandelt wird", so Piecyk.

Auch die Benennung des Franzosen Barrot zum Verkehrskommissar wertet Piecyk zunächst positiv. Die Besetzung dieses Ressorts durch einen Vertreter eines sehr einflussreichen Mitgliedstaates zeigt den hohen Stellenwert, den Barroso der europäischen Verkehrspolitik einräumt. Nach dem Untergang der „Erika" haben die Franzosen sehr viel Druck gemacht, um in Sachen Seesicherheit voran zu kommen.
„Ich gehe davon aus, dass mit Herrn Barrot dieser Weg fortgesetzt wird", so Piecyk.

Die designierten Kommissare müssen sich zunächst einer intensiven Anhörung und danach der Wahl durch das Europäische Parlament stellen.

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 16.08.2004, 09:12 Uhr - 6214 Clicks - Nr. 421*

Claus Möller begrüßt Hartz IV-Korrekturen

Der SPD-Landesvorsitzende Claus Möller hat die von der Bundesregierung angekündigten Änderungen bei der Hartz IV-Reform
begrüßt. "Die Änderungen bei den Auszahlungsterminen und bei den Freibeträgen für Kinder entsprechen den Forderungen der schleswig-holsteinischen SPD. Damit werden soziale Härten deutlich verringert."

Möller betonte, dass es jetzt darauf ankomme, dass in Schleswig-Holstein alles dafür getan wird, die Chancen von Langzeitarbeitslosen zu verbessern, damit die Reform ihr Ziel erreiche, Langzeitarbeitslosigkeit spürbar zu senken.

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 16.08.2004, 19:03 Uhr - 5446 Clicks - Nr. 422*

Heimaufsicht im Kreis Segeberg intensivieren !

Anworten des Landrates des Kreises Segeberg auf die Fragen der SPD Kreistagsfraktion zur Arbeit der Heimaufsicht zeigen:
In den Pflegeheimen muss kurzfristiger geprüft werden!

Die Heimaufsicht ist trotz des im Jahr 2002 auf 2,45 Planstellen aufgestockten Personals nicht in der Lage, kurzfristig auf eingehende

Beschwerden von Angehörigen und anderen Personen reagieren zu können.
Sie sieht sich auch nicht in der Lage, einmal jährlich alle Heime zu prüfen, da insbesondere in Reihe von Heimen Nachkontrollen notwendig waren und zukünftig sein werden. Im Jahr 2004 reichten die Kapazitäten nur aus, 40 von den 98 Heimen aufzusuchen. Ein großer Teil der Arbeitszeit wurde für Nachkontrollen und notwendige Verwaltungsakte aufgewendet. Zu oft reichten eine oder mehrere Beratungen in den Einrichtungen nicht aus, die Betreiber zur Abstellung der Mängel zu bewegen. Es mussten Untersagungen und Anordnungen mit erheblichen Zeitaufwand erlassen werden.
Die SPD Kreistagsfraktion fordert deshalb, die Heimaufsicht muss in die Lage versetzt werden,
1.kurzfristig auf Beschwerden reagieren zu können,
2.alle 98 Heime jährlich kontrollieren zu können,
3.die Sicherstellung der Rund – um – die – Uhr - Versorgung unter angemessener Beteiligung von Fachkräften durch unangemeldete Kontrollen in der Nacht überprüfen zu können,
4.notwendige Nachschauen ohne Zeitverzögerung durchführen zu können,
5.Verwaltungsverfahren wie Untersagungen und Anordnungen gegenüber Heimbetreibern zeitgerecht und energisch durchzusetzen.
Der Landrat wird aufgefordert, bereits in der Kreisverwaltung Tätige zur Stärkung der Heimaufsicht einzusetzen.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 17.08.2004, 09:44 Uhr - 638 Clicks - Nr. 423*

Schulz zu KWG: Auslaufen der Bindung steht bevor



Wie geht es für die Mieter weiter?
Die SPD-Fraktion legt in der nächsten Ratsversammlung einen Berichtsantrag zur KWG vor. Dazu erklärt der wohnungsbaupolitische Sprecher der Fraktion Wolfgang Schulz: "Die Landeshauptstadt Kiel hat vor fünf Jahren die KWG verkauft. Die Kieler SPD hatte sich für den Verkauf eingesetzt. Obwohl der Verkaufsbeschluss in der Ratsversammlung nahezu einstimmig erfolgte, fühlen wir uns gegenüber den Mieterinnen und Mietern besonders in der Verantwortung.
Mit unserem Antrag fordern wir eine "Fünfjahresbilanz". Wir wollen wissen, ob und in welchem Umfang die KWG die vertraglichen Verpflichtungen aus dem Kaufvertrag mit der WCM eingehalten hat. Außerdem sollen die Mieter wissen, ob Änderungen in der Unternehmenspolitik zu erwarten sind. Gerade Gerüchte um die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen bereiten vielen Mietern Sorge.

Gleichwohl erhält man überwiegend gute Bewertungen über die Arbeit KWG. Deshalb hofft die SPD-Fraktion, dass sich für die Mieter nichts zum Nachteil entwickeln wird. Die KWG hat einen guten Beitrag zur sozialen Stabilisierung in der Landeshauptstadt Kiel geleistet. Sie ist und bleibt ein wichtiger Partner in der Wohnungswirtschaft."

Hinweis: Der Berichtsantrag ist als Anlage beigefügt.

***
Antrag zur Ratsversammlungam 19.8.2004
Betreff: Umsetzung der sozialen Rahmenbedingungen nach dem Verkauf der KWG
Antrag:
Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, der Ratsversammlung im 4. Quartal 2004 einen Bericht über

die Umsetzung der sozialen Rahmenbedingungen nach dem Verkauf der KWG auf Grundlage der Vorlage für die gemeinsame Sitzung des Wirtschafts-, Sozial- und Finanzausschusses am 08.06.1999 vorzulegen.
Dabei soll insbesondere auf die folgenden Punkte eingegangen werden:
* Umsetzung des sozialen Schutzes der Mieterinnen und Mieter der KWG und Stand der Mieterprivatisierungen und ggf. Verkäufe von Wohnungen seit Juni 1999,
* Ablehnung von Mietern und Mieterinnen sowie die Gründe,
* Entwicklung bei Räumungsklagen und Zwangsräumungen sowie die Gründe,
* Stand der Einräumung von Vorkaufsrechten zum Zwecke der Eigentumsbildung,
* Entwicklung der durchschnittlichen Miete für den Zeitraum 1995 - 2004,
* Stand der Übernahme der sozialen Verantwortung für die Beschäftigten (u. a. Weiterbeschäftigung unbefristeter Angestellter, Fortführung der freiwilligen Leistungen, Fortsetzung Aus- und Fortbildungsmaßnahmen),
* Stand der Fortsetzung Sanierungsprogramm (mindestens 100 Mio. DM in 5 Jahren für Modernisierung und Instandhaltung, Liste mit sanierten, in Sanierung befindlichen und geplanten Objekten),
* Stand der Fortsetzung von sozialen Stabilisierungsmaßnahmen in Problembereichen (750.000,- DM p. a. für bestimmte Projekte),
* Stand des Erhalts des Mieterbeirates,
* welche Änderungen sind nach Ablauf der 5 Jahresbindung geplant bzw. zu erwarten.
Begründung:
Seit dem Verkauf der KWG sind fünf Jahre vergangen. Die Vereinbarungen mit dem Käufer haben eine Befristung von fünf bis zehn Jahren. Daher ist es sinnvoll nach fünf Jahren einen Zwischenstand über die Umsetzung der zwischen der Landeshauptstadt Kiel und der WCM Beteiligungs- und Grundbesitz AG zu erhalten.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 17.08.2004, 09:55 Uhr - 783 Clicks - Nr. 424*

Wer betreut künftig die Kieler Kleingärtner?



"Während die Oberbürgermeisterin und Schwarz-Grün über Veränderungen im Personalbereich nachdenken und spekulieren lassen, bleibt eine wichtige Frage häufig unklar: Was kommt danach?
So auch im Fall der Kleingärtner. Es ist absehbar, dass das bislang zuständige Liegenschaftsamt in die Immobilienwirtschaft integriert und die Zuständigkeit für die Angelegenheiten der Kleingärtner neu geregelt werden sollen. Die Oberbürgermeisterin bleibt dem Rat und auch den Kleingärtnern bislang die Antwort zur künftigen Zuständigkeit und zur Betreuung der Kleingärtner schuldig." bemängelt der kleingartenpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Cai-Uwe Lindner.

Lindner erinnert daran, dass die Mitarbeiter/innen des Liegenschaftsamtes durch ihr engagiertes Wirken zu einem guten Einvernehmen zwischen Stadt und Kleingärtnern beigetragen haben. Die derzeitige Diskussion und die von der Oberbürgermeisterin betriebenen Veränderungen haben zu Irritationen bei den Kleingärtnern geführt. Es wird befürchtet, dass die enge Bindung und das gute Verhältnis - das nun einmal auch durch die Mitarbeiter/innen im Ratshaus geprägt wurde - sich nachteilig verändern wird. Lindner teilt diese Besorgnis und bitte deshalb die Oberbürgermeisterin um Beantwortung folgender Fragen:

1. Durch welches Amt und durch welche Mitarbeiter/innen der Verwaltung soll künftig die Betreuung der Kieler Kleingärtner erfolgen?
2. Ab wann sind die Änderungen in der Betreuung beabsichtigt und sind über die veränderten Zuständigkeitsregelungen hinaus noch weitere Änderungen in der Zusammenarbeit mit den Kleingärtnern vorgesehen und wenn ja, welche?
3. Wann werden der Kieler Kreisverband der Kleingärtner und die nicht im Verband organisierten Kleingärtner über die beabsichtigten Veränderungen informiert?
Anlage: Kleine Anfrage
***
Kleine Anfrage zur Ratsversammlung am 19.8.2004
Sehr geehrter Herr Stadtpräsident,
mit der DRS 0844/2004 wird dargestellt, dass die Oberbürgermeisterin das Liegenschaftsamt in die Immobilienwirtschaft integrieren wird. Das Liegenschaftsamt war bislang auch für die Betreuung der Kieler Kleingärtner zuständig und hat durch engagiertes Wirken zu einem guten Einvernehmen zwischen Stadt und Kleingärtnern beigetragen. Zu den Auswirkungen der beabsichtigten Verwaltungsänderung für die Kleingärtner besteht gegenwärtig noch völlige Unklarheit. Vor diesem Hintergrund bitte ich deshalb um Beantwortung folgender Fragen:
1. Durch welches Amt und durch welche Mitarbeiter/innen der Verwaltung soll künftig die Betreuung der Kieler Kleingärtner erfolgen?
2. Ab wann sind die Änderungen in der Betreuung beabsichtigt und sind über die veränderten Zuständigkeitsregelungen hinaus noch weitere Änderungen in der Zusammenarbeit mit den Kleingärtnern beabsichtigt und wenn ja, welche?
3. Wann werden der Kieler Kreisverband der Kleingärtner und die nicht im Verband organisierten Kleingärtner über die beabsichtigten Veränderungen informiert?

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 17.08.2004, 10:06 Uhr - 870 Clicks - Nr. 425*

Sechsspurig auf B76 und A215 fahren ?!



"Die Verkehrsentwicklung auf der A 215 und der B 76 erfordert die Überprüfung einer sechsspurigen Streckenausweisung beider Straßen." fordern die Mitglieder der SPD-Ratsfraktion Cai-Uwe Lindner und Achim Heinrichs.
Mit einem entsprechenden Antrag zur Ratsversammlung möchte die SPD die Oberbürgermeisterin beauftragen, die nötigen Prüfungen durchzuführen und dem Rat die Ergebnisse mitzuteilen.

Lindner und Heinrichs weisen darauf hin, dass die städtische Verkehrssteuerung der zurückliegenden Jahren deutliche Früchte trägt. Der innerstädtische Durchgangsverkehr hat sich spürbar entspannt, da er sich auf die A 215 und B 76 verlagert hat. Dies führt aber nun dazu, dass es in Spitzenzeiten insbesondere auf der B 76 zu zähfließendem Verkehr und sogar zu Staubildungen kommt. Die beiden Ratsherren rechnen nach der Fertigstellung des Wiker Kreisels mit einer weiteren Zunahme des Verkehrs. Zur Verbesserung des Verkehrsflusses und zur Aufrechterhaltung der Bindungswirkung der B 76 für den MIV sollte die sechsspurige Ausweisung bzw. der sechsspurige Ausbau der B 76 untersucht werden. Hierbei ist auch die Möglichkeit zur Anbindung der Olshausenstraße an die B 76 zu klären. Eine derartige Anbindung würde einen großen Teil des Verkehrs aus dem Universitätsbereich ableiten.

Untersucht werden soll nach dem Willen von Lindner und Heinrichs auch die Situation auf der A215

zwischen Autobahnkreuz Kiel-West und dem Anschluss Kiel. Der zunehmende Verkehr erfordert auch hier Überlegungen zur Verkehrsoptimierung. Neben einem sechsspurigen Ausbau bzw. einer sechsspurigen Ausweisung sollte zusätzlich geprüft werden, ob der Anschluss des Uhlenkrog in beiden Richtungen an die A 215 mit einer Verbindung für einen erweiterten CITTI-Markt eine Verbesserung der Verkehrssituation auf der A 215 sowie in den angrenzenden Stadtteilen Russee, Hassee und Hasseldieksdamm mit sich bringen würde. Dabei soll auch eine vergleichende Bewertung mit den bisherigen Überlegungen für eine Autobahnanbindung am "Russeer Weg" durchgeführt werden.

Lindner und Heinrichs erklären abschließend: "Um die bisherige positive Entwicklung weiter zu unterstützen, sind rechtzeitig weitere Verbesserungsmöglichkeiten zu untersuchen. Sollten nämlich die Verkehrsteilnehmer die Verkehrslage auf B 76 und A 215 als hinderlich empfinden, kann es schnell zu einer Trendwende kommen, die wieder zu einer Belastung der Stadtteile und der Innenstadt führt. Das kann nicht unser Ziel sein!"

Anlage : Antrag

***
Antrag zur Ratsversammlung am 19.8.2004

Betreff: Verkehrssituation auf B76 und A215

Antrag:

Die Oberbürgermeisterin wird gebeten,

1. die Möglichkeit für einen sechsspurigen Ausbau - hilfsweise eine sechsspurige Ausweisung - der B76 zwischen Wiker Kreisel und dem Autobahnanschluss A215 umfassend zu prüfen. Hierbei ist auch die Möglichkeit zur Anbindung der Olshausenstraße an die B76 zu klären.
2. die Möglichkeit für einen sechsspurigen Ausbau - hilfsweise eine sechsspurige Ausweisung - der A215 zwischen Autobahnkreuz Kiel-West und dem Autobahnanschluss Kiel zu prüfen und die zu erwartenden Effekte (Verkehrsfluss, Lärmentwicklung) darzustellen. In diesem Zusammenhang ist auch die Anbindung der Straße "Uhlenkrog" in beide Richtungen an die A215 einschließlich einer Verbindung für einen erweiterten CITTI-Markt zu prüfen. Die Vor- und Nachteile einer Anbindung des Uhlenkrog an die A215 sind darzustellen und zusätzlich eine vergleichende Bewertung mit den bisherigen Überlegungen für eine Autobahnanbindung am "Russeer Weg" durchzuführen.
3. Dem Bauausschuss ist zu seiner Sitzung am 2. Dezember 2004 zu berichten.

Begründung:
Der Ausbau der B76 hat zu einer deutlichen Verlagerung der Verkehrsströme geführt. Die B76 wird vom MIV sehr gut angenommen, was nun bereits dazu führt, dass es in Spitzenzeiten zu zähfließendem Verkehr und zu Staubildungen kommt. Mit der Fertigstellung des Wiker Kreisels ist mit einer weiteren Zunahme des Verkehrs zu rechnen. Zur Verbesserung des Verkehrsflusses und zur Aufrechterhaltung der Bindungswirkung der B76 für den MIV sollte die sechsspurige Ausweisung bzw. der sechsspurige Ausbau der B76 untersucht werden.

Der zunehmende Verkehr auf der A215 zwischen Autobahnkreuz Kiel-West und dem Anschluss Kiel erfordert Überlegungen zur Verkehrsoptimierung. Neben einem sechsspurigen Ausbau bzw. einer sechsspurigen Ausweisung sollte auch geprüft werden, ob der Anschluss des Uhlenkrog in beiden Richtungen an die A215 mit einer Verbindung für einen erweiterten CITTI-Markt eine Verbesserung

der Verkehrssituation auf der A215 sowie in den angrenzenden Stadtteilen Russee, Hassee und Hasseldieksdamm mit sich bringen würde.

Keine Kommentare

SPD-Lübeck - *veröffentlicht am 17.08.2004, 10:15 Uhr - 1973 Clicks - Nr. 426*

Verlässliche Grundschule erfolgreich auf den Weg gebracht



Der SPD-Kreisvorstand Lübeck ist erfreut darüber, dass es in Lübeck gelungen ist, die Vorstellungen der Landesregierung zur Einführung der verlässlichen Grundschule umzusetzen. Das war keine leichte Arbeit. Wir haben es gemeinschaftlich geschafft und können nunmehr in das neue Schuljahr mit 4-5 Stunden täglicher verlässlicher Unterrichtszeit gehen. Das ist ein Erfolg sozialdemokratischer Bildungspolitik.

Die SPD Lübeck dankt seiner für Bildung und Kultur zuständigen Senatorin Annette Borns, den Schulräten in der Hansestadt Lübeck sowie der Verwaltung und den Lehrerinnen und Lehrern für die mit den Eltern geleistete Arbeit.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 17.08.2004, 13:11 Uhr - 1859 Clicks - Nr. 427*

SPD-Engelsby: Infobroschüre zu Hartz IV

Hartz IV ist derzeit DAS Thema. Immer wieder stellen wir fest, dass auch die Medien unzureichende bis falsche Informationen transportieren. Ein Großteil der Aufgeregtheiten beruht auf unzureichender Information.

Damit Sie sich umfassend über Hartz IV informieren können, haben wir einen Link zur Homepage der Bundesregierung eingerichtet.
Dort gibt es eine sehr informative Broschüre zum Thema. Weitere Informationen über Details sowie Rechenbeispiele gibt es unter:

Infobroschüre Hartz IV

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 18.08.2004, 08:51 Uhr - 1036 Clicks - Nr. 428*

Das Schweigen der SPD ?

Pressemitteilung 17. August 2004

Zum Kommentar: „Stadt trennt sich vom Gasberg-Investor„ am 13.08.04

Der Bürgerentscheid zum Kurmittelhaus-Projekt von 1997 war für die Sozial-demokraten schmerzhaft und heilsam zugleich; die BürgerInnen sollten von nun an bei allen Entscheidungen noch frühzeitiger einbezogen werden Dies war und ist unser Ziel.
In vielen Veranstaltungen stellte die SPD-Fraktion ihre Ideen zur Bebauung und Nutzung des Gasberggrundstückes den Bad Segeberger BürgerInnen und besonders den Anliegern der Gr. Seestraße vor.

Der bestehende B-Plan sollte nicht vor, sondern nach der Bebauung geändert werden, der Gebäudekomplex sollte jedoch wesentlich kleiner realisiert werden, als es der B-Plan zuläßt. Im Juni letzten Jahres wurden die entscheidenden Weichen in der Stadtvertretung gestellt. Das Grundstück sollte an die HIBA AG verkauft werden. Mehrmals fragte die SPD-Fraktion seit dem nach, warum der Kaufvertrag immer noch nicht realisiert wurde.

Die Antwort gab Bürgermeister Hampel bei einem eigens einberufenen Treffen mit den Fraktionsvorsitzenden Anfang der Sommerferien. Der HIBA AG war der Betreiber, die „Norddeutschen Diakoniedienste„, abgesprungen. Der vor einem Jahr unterlegene Architekt Sauer sollte noch mal gefragt werden, ob er noch Interesse an dem Projekt hat und bis Ende der Sommerferien Zeit für eine Antwort bekommen, wurde bei dem Treffen vereinbart, damit so wenig Zeit wie möglich verloren geht!

Ja, Herr Beck, dieses Schweigen bis zum 12.08.04 war miteinander vereinbart worden und für die Sozialdemokraten gilt das Wort. Ich bin sicher, das diese Entscheidung richtig war.

Aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar, ist allerdings die Tatsache, daß eine Einladung zum Pressegespräch am 12.08. nicht wahr-genommen wird und tagsdrauf das Schweigen der Genossen zynisch kommentiert wird. Zumal die Presse das wichtigstes Transportmittel für Meinung in einer Kommune ist, wünscht sich die SPD-Fraktion, daß mehr Gespräche stattfinden, hoffentlich auch Pressegespräche.

Herzliche Grüße
Joachim Wilken-Kebeck

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 18.08.2004, 14:21 Uhr - 889 Clicks - Nr. 429*

"Kieler Woche muss Thema im Rat sein"



Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Thomas Wehner stellt einen Dringlichkeitsantrag zur Ratssitzung am kommenden Donnerstag vor.
"Die Kieler Woche muss wieder den Kielerinnen und Kielern sowie unseren Gästen gehören. Deshalb liegt uns die Zukunft der Kieler Woche am Herzen. Wir fordern die Oberbürgermeisterin auf, bis November der Ratsversammlung Vorschläge zur Hebung der Qualität der Kieler Woche aufzunehmen. Dazu gehört auch die Zukunft des Sponsorings und von pay-events.

Außerdem wünschen wir uns die Einrichtung eines Bürgerforums. Jährlich nach den Sommerferien sollen die Bürgerinnen und Bürger eingeladen werden, um

Vorschläge, Kritik und Ideen zu formulieren.

Die Kieler Woche braucht mehr Inhalte und weniger Jahrmarkt. Dazu sollen unsere Vorschläge dienen."

***

Dringlichkeitsantrag zur Ratsversammlung am 19.8.2004

Betreff: Kieler Woche

Antrag:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert,

1. der Ratsversammlung bis zur November-Sitzung einen Bericht zur Fortentwicklung der Kieler Woche vorzulegen. In dem Bericht sind Vorschläge zur Hebung der Qualität der Kieler Woche aufzunehmen. Die Vorstellungen über den zukünftigen Umfang der Sponsoring-Aktivitäten und pay-events sind zu beschreiben.

2. zukünftig, beginnend mit dem Jahr 2005, nach jeder Kieler Woche (immer nach den Sommerferien) ein öffentliches Bürgerforum zu veranstalten. Dort sollen Vorschläge, Kritikpunkte und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger - nach Themen sortiert - gesammelt und dokumentiert werden. Der darauf folgenden Ratsversammlung ist zu berichten.
Begründung:

1. Die Kieler Woche ist eine öffentliche Veranstaltung der Landeshauptstadt Kiel und ihrer Bürgerschaft. Deshalb gehört die Diskussion über ihren Zustand in die Kieler Öffentlichkeit und ihre demokratischen Institutionen, vor allem in die Ratsversammlung. Sie ist nicht nur eine Angelegenheit der Verwaltung und der GmbH. Kritik ist in den letzten Jahren lauter geworden - mehr Masse als Klasse, Tendenz weg vom Kulturerlebnis zum vom gastronomischen Angebot bestimmten, negative Auswüchse (hohe Preise, alkoholisierte Gäste). Auch der Umfang des Sponsoring und der kommerziellen Veranstaltungen gehören in die öffentliche Diskussion. In welche Richtung soll sich die Kieler Woche bewegen? Was plant die Oberbürgermeisterin?

2. Wer Kritik übt - wie in den KN und anderswo - mäkelt nicht (nur) herum. Das gegenwärtige Erscheinungsbild bedarf einer nüchternen Bestandsaufnahme. Wo sind wir gut und leistungsfähig, was ist verbesserungsfähig, womit sind wir überfordert? Kritik muss aufgenommen und berücksichtigt werden - sie schmälert keineswegs die Leistungen der vielen professionellen und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer. Daher sollte nach der Kieler Woche ein "Bürgerforum" etabliert werden. Die Kieler Woche kann davon nur profitieren.

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 20.08.2004, 08:19 Uhr - 1020 Clicks - Nr. 430*

Knut Krienitz-Hadinek in der Sprechstunde der SPD am 26.08.04

Knut Krienitz-Hadinek, Stadtvertreter für die SPD und Vorsitzender des Werkausschusses wird am 26.08.2004 in der Sprechstunde der SPD-Fraktion allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung

stehen. Die Sprechstunde findet, wie immer, im Fraktionszimmer der SPD im Historischen Rathaus statt. Knut Krienitz Hadinek ist dort auch während dieser Zeit telefonisch unter 04551-964-348 zu erreichen.
Thema dieser Sprechstunde werden mögliche Antworten auf die Frage sein : Wie geht es jetzt weiter mit dem Altenheim Christiansfelde ?
Knut Krienitz-Hadinek wird nach der nun erfolgten Architekten-Auswahl, die durch ein Preisgericht erfolgte, darüber informieren, welche Beschlüsse nun noch in welchen Gremien gefasst werden müssen, damit dann auf dieser Grundlage die ersten Aufträge erteilt werden können.

Er steht auch gerne Bewohner des Altenheimes Christiansfelde wie auch deren Angehörigen zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung - Besuche in der Sprechstunde oder Anrufe sind dazu gerne möglich !

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 21.08.2004, 18:00 Uhr - 2583 Clicks - Nr. 431*

"FaIckensteiner Erklärung" wirkt: SPD ist in Bewegung



Der Kreisvorstand der Kieler SPD hat eine erste Bilanz der am 15.02.04 beschlossenen **"FaIckensteiner Erklärung"** gezogen und einen Fahrplan der weiteren Arbeit festgelegt. Dazu erklärte SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer:

"Sechs Monate nach Inkrafttreten der "Falckensteiner Erklärung" (FE) ist der richtige Zeitpunkt für eine erste Bilanz gekommen. Ich erinnere: Diese "Erklärung" sollte vor allem intern die Erneuerung der Partei auf den Weg bringen sowie die politischen und strukturellen Voraussetzungen für die anstehenden Wahlen schaffen. Die Ergebnisse können sich sehen lassen und Schwarz-Grün sollte gut hinschauen.

- Punkt 3 der FE: Die internen Querelen der Vergangenheit sind überwunden; die **Kooperation zwischen Partei und Fraktion** ist heute vertrauensvoll und konstruktiv. Der integrative Kurs hat sich bewährt. Wir nehmen die Oppositionsrolle an und Schwarz-Grün ernst. In gemeinsamen Erklärungen haben wir zur Kieler Politik Stellung bezogen und eigene Initiativen vorgelegt (Hafenpolitik, Ortsbeiräte, Finanzen usw.). Es gibt lebendige Diskussionen, aber keine Flügelkämpfe mehr. Das neue "rote Duo" Fischer/Kietzer funktioniert.
- Die Partei ist - nach ungewöhnlichen Aktionen: z.B. Kunsthallen-Veranstaltung, Bücherverteilung an Bürger, Mitgliederehrung "Das rote Kiel" - eindeutig wieder in Bewegung. Das zeigt sich an der Zahl der Veranstaltungen, aber insbesondere an der Mitgliederentwicklung im Zeitraum Januar 04 bis Juli 04: Von den 89 Austritten erfolgten allein 57 im ersten Quartal, d.h. vor der Falckensteiner Erklärung; Grund: Hartz IV. Die FE hat deutlich gemacht, dass es um Kiel geht, nicht um Berlin. Dies wird anerkannt und führte offenbar zu einer Stabilisierung!
- Punkt 4 der FE: Die Arbeit in unserer **"Zukunftskommission"** läuft. Fachleute aus Partei und Gewerkschaft, Mitglieder und Nichtmitglieder erarbeiten den Entwurf für die neuen politischen Leitlinien der Kieler SPD. Mit diesem Entwurf wollen wir auch die Stammwähler und sozial/bürgerrechtlich engagierte Wechselwähler für uns gewinnen. Auf dem Parteitag im September legen wir wie angekündigt den Orientierungsrahmen vor, der dann mit der Kieler Öffentlichkeit diskutiert wird.

- Punkt 5 der FE: Wir **erneuern unsere Inneren Strukturen:**
  - wir reformieren unseren Kreisausschuss und modernisieren unsere Satzung,
  - aufgrund der Spendenbereitschaft unserer Mitglieder können wir unsere Finanzen erfolgreich konsolidieren,
  - wir verbessern die innerparteiliche Kommunikation (Aufbau eines "SPD-Intranets").
  - die Reform der Ortsvereinsstrukturen ist im September abgeschlossen.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 23.08.2004, 11:06 Uhr - 688 Clicks - Nr. 432*

Wehner: SPD übernimmt keine Verantwortung für unsoziale Politik



"Die SPD-Ratsfraktion wird sich an einer von Stadtrat Möller eingerichteten Arbeitsgruppe, die die Kürzungen der freiwilligen sozialen Leistungen für Wohlfahrtsverbände, Vereine und Verbände vorbereiten soll, nicht beteiligen." Das hat der sozialpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Thomas Wehner, dem Sozialdezernenten und den Mehrheitsfraktionen mitgeteilt.
"CDU und Grüne haben im Juni beschlossen, dass die Zuwendungen in den nächsten drei Jahren um 30 % - jährlich um 10% - gekürzt werden sollen. Eine völlig untaugliche Methode, weil damit viele Projekte in ihrer Existenz gefährdet sind. Wenn CDU und Grüne dies jetzt erkennen, sollten sie ihren Beschluss in der Ratsversammlung zurücknehmen. Wir werden aber nicht die Verantwortung für die Folgen der unsozialen Politik von schwarz-grün übernehmen", so Thomas Wehner weiter.
"Es liegt in der Zuständigkeit des Sozialdezernenten Möller, der Selbstverwaltung Vorschläge zu machen. Die SPD-Ratsfraktion wird sie dann unvoreingenommen und sorgfältig in den zuständigen Ausschüssen sowie in der Ratsversammlung prüfen. Eine nichtöffentlich agierende Arbeitsgruppe brauchen wir hierfür nicht. Sie verwischt nur die klaren Aufgabenzuweisungen und soll ausschließlich Herrn Möller helfen, sich seiner Verantwortung zu entledigen", erklärt Thomas Wehner abschließend.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 23.08.2004, 11:12 Uhr - 759 Clicks - Nr. 433*

Hahn und Möller: Wir brauchen leistungsstarke Stadtwerke



Zum Verlust 300 Arbeitsplätze bei den Stadtwerken erklären der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Jürgen Hahn und der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Alexander Möller:
"Kiel verliert weitere 300 Industriearbeitsplätze. Das ist ein schwerer Schlag für den Wirtschaftsstandort. Die SPD-Fraktion geht davon aus, dass die Geschäftsleitung die wirtschaftliche Notwendigkeit für den Abbau von fast einem Drittel der Belegschaft innerhalb von fünf Jahren intensiv geprüft hat und gegenüber den Beschäftigten, dem Aufsichtsrat und der Stadt als Eigentümerin schlüssig nachweisen kann.
Die SPD erwartet außerdem, dass die Versorgungssicherheit und die Betriebssicherheit der Netze durch den Personalabbau auch langfristig zu keinem Zeitpunkt eingeschränkt wird. Wir brauchen leistungsstarke Stadtwerke"

Mehr als ärgerlich sei es, so Hahn und Möller, dass OB Volquartz ein weiteres Mal ihrer Informationspflicht gegenüber der Ratsversammlung nicht nachgekommen ist. Sie hätte die gestrige Ratssitzung nutzen müssen, um die Selbstverwaltung und die Kieler Bürgerinnen und Bürger zu informieren. Stattdessen überlässt sie es dem stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden der Stadtwerke, die Fraktionsvorsitzenden unter vier Augen zu informieren.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 23.08.2004, 14:39 Uhr - 783 Clicks - Nr. 434*

CDU und GRÜNE streichen Mettenhofer Schwimmteich



"Es ist schon erstaunlich, wie Tatsachen entstellt werden, um eigenes Fehlverhalten zu kaschieren." erwidern die Mettenhofer SPD-Ratsmitglieder Cathy Kietzer und Cai-Uwe Lindner auf die Pressemitteilung des CDU-Ratsherrn Sönke Lintzen vom 20.08.2004 ("Kietzer und Lindner votieren gegen Mettenhof").
Kietzer und Lindner erinnern daran, dass sich die SPD-Ratsfraktion ohne Wenn und Aber für den vom Mettenhofer Ortsbeirat in der Ratsversammlung am 19. August gestellten Antrag zur Sozialen Stadt und zum Café Mette ausgesprochen hatte. CDU und GRÜNE hatten diesen wiederum durch ihren Änderungsantrag deutlich verändert und einen wichtigen Punkt gestrichen: Den Mettenhofer Schwimmteich. Der Ortsbeirat forderte nämlich, dass die Verwaltung dieses Projekt unverändert weiter verfolgen sollte. Lintzen begründete die Streichung dieser Antragspassage mit dem Hinweis auf das noch ausstehende Bädergutachten.
Lindner vermutete bereits in der Ratsversammlung, dass CDU und GRÜNE in vorauseilendem Gehorsam den Mettenhofer Schwimmteich kippten. Denn seit einigen Tagen liegt der Verwaltung der Entwurf des Bädergutachtens vor. Auf dessen Basis soll über die Zukunft der Kieler Badeanstalten entschieden werden. Was für Lindner zuerst nur eine Vermutung war, hat sich inzwischen als Gewissheit bestätigt. Wie er mittlerweile in Erfahrung bringen konnte, soll nach Auffassung des Gutachters weder ein Freizeitbad noch ein Schwimmteich in Mettenhof gebaut werden. Aber die Liste der Grausamkeiten ist noch länger. Während in Mettenhof nichts Neues entsteht, müssen andere Stadtteile mit der Schließung ihrer Bäder rechnen (Gaardener Schwimmhalle, Eiderbad - sofern keine privatwirtschaftliche Lösung gefunden wird).
Kietzer und Lindner erklären abschließend: "Bevor die SPD als Oppositionspartei diese Kenntnisse erlangt, wissen CDU und GRÜNE doch schon längst darüber Bescheid. Ein Aufbegehren der beiden Mettenhofer CDU-Ratsherren Lintzen und Cordes gegen die Gutachtermeinung wäre jetzt nötig gewesen. Aber stattdessen initiierten sie selbst sogar noch die Streichung des Schwimmteiches aus dem Ortsbeiratsantrag. Nach Café Mette ist dies bereits der zweite Schlag gegen Mettenhof. Wir fragen deshalb Herrn Lintzen, wer hat denn nun gegen die Interessen Mettenhofs gestimmt? Sie haben unserem Stadtteil einen Bärendienst erwiesen!"

Keine Kommentare

SPD-Lübeck - *veröffentlicht am 23.08.2004, 15:09 Uhr - 1748 Clicks - Nr. 435*

Hartz IV – Chancen nutzen, Arbeitsplätze schaffen!



Die Zusammenführung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe ist eine wichtige und notwendige Sozial-Reform.

Der „Verschiebebahnhof“ von langzeitarbeitslosen Menschen von einem Hilfesystem ins andere, von Sozialhilfe zu Arbeitslosenhilfe wird durch das „Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ kurz Hartz IV beendet.

Hartz IV steht für eine aktive Arbeitsmarktpolitik und will arbeitslose Menschen schnell und effektiv in Arbeit vermitteln. Dieser Weg verdient Unterstützung. Gerade der Wille, allen Jugendlichen und jungen Menschen unter 25 einen Arbeitsplatz bzw. eine Qualifizierung oder Beschäftigungsmöglichkeit zu vermitteln, ist ein Ziel von gesellschaftlicher Verantwortung.

Wer jetzt pauschal und undifferenziert gegen Hartz IV demonstriert zeigt nur seine ideologischen Scheuklappen. Natürlich gilt es Sorgen und Nöte von Betroffenen ernst zu nehmen; Es gilt aber auch die Chancen und Perspektiven von Hartz IV zu nutzen.

Die SPD Lübeck bietet daher heute abend den Demonstranten vor dem SPD-Büro in der Großen Burgstraße die Gelegenheit zu einer Gesprächsrunde. Diejenigen, die - wie der DGB-Lübeck - Nachbesserungen bei Hartz IV fordern, sollten die Gelegenheit nutzen, ihre Forderungen im Gespräch weiterzugeben.

Keine Kommentare

SPD-Lübeck - *veröffentlicht am 23.08.2004, 15:12 Uhr - 1542 Clicks - Nr. 436*

100 Tage sind genug!

Da ist ein Senator gerade 100 Tage im Amt und schon reizt ihn eine neue Herausforderung.

Die selbstgesteckten und objektiven Aufgaben als Senator für Umwelt und Ordnung in Lübeck lasten Herrn Geißler wohl nur ungenügend aus, so dass er lieber weiter an seiner persönlichen Politik-Karriere arbeitet.

Die Hansestadt Lübeck braucht aber einen Senator der mit aller Kraft an einer Umweltpolitik wirkt, die wieder Akzeptanz bei den Lübeckerinnen und Lübeckern findet. Die Probleme der Entsorgungsbetriebe Lübeck sind hier nur stellvertretend zu nennen. Aber auch die selbstgesuchten und hochgesteckten Ziele in der Sicherheits- und Ordnungspolitik sind für Herrn Geißler nun doch nicht mehr so schwerwiegend.

Nein, Lübeck kann es sich nicht leisten, eine abgewählte CDU-Umweltsenatorin zu finanzieren und einen amtierenden CDU-Umweltsenator zu bezahlen, der nach 100 Tagen bereits wieder aus dem Amt will. **Diese CDU-Personalpolitik schadet der Hansestadt Lübeck.**

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 24.08.2004, 19:12 Uhr - 2645 Clicks - Nr. 437*

Fischer: SPD an der Seite ihres Mitgliedes Mehrens!

Zur Entscheidung des Hauptausschusses, den Leiter des Liegenschaftsamtes Hans Mehrens, zum Abteilungsleiter zurück zu stufen, erklärte SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer:

"Zwei Jahre vor der anstehenden Pensionierung hinnehmen zu müssen, dass man wohl keine amtsangemessene Beschäftigung mehr ausüben soll, ist schon hart. Auf jeden Fall bedarf es einer sachlich überzeugenden Begründung und einer gekonnten Personalführung , wenn es sich um einen so hoch qualifizierten und erfahrenen Mitarbeiter handelt. Hans Mehrens war und ist durchaus auch unbequem - aber nach allen Seiten und immer der Stadt und der Sache verpflichtet.

Hat Mehrens aber Recht, dass diese Entscheidung mit seiner Mitgliedschaft in der SPD zu tun hat, dann ist das nicht hinnehmbar. Dazu kommt: Mehrens ist kein "SPD-Politiker", er ist einfaches Mitglied. Als Vorsitzender sage ich deutlich: Die Zeiten, dass jemand diskriminiert wird, weil er in der SPD ist, müssen vorbei sein. Das gilt für jedes Unternehmen genauso wie für die Stadt. Diese schlimme historische Erfahrung haben wir bereits gemacht und sie ist nicht vergessen. In diesem Sinne stehen wir an der Seite unseres Mitgliedes Hans Mehrens.

Kommentar von Ralf Ibs vom 05.10.2004, 15:10 Uhr:
RE:Fischer: SPD an der Seite ihres Mitgliedes Mehrens!
Da müßte der Herr Dr. Braun sich mal die Personalpolitik der Schwarz-Grünen-Mehrheit und der Oberbürgermeisterin ansehen. Diese läuft unter dem Motto: die MalarbeiterInnen sind mit schwarzer und auch grüner Farbe zugange. Außerdem werden die Personalentscheidungen in einer Art und Weise durchgeführt, die sich die SPD nie zugetraut hätte.

Kommentar von Dr. Günter Braun vom 13.09.2004, 19:22 Uhr:
RE:Fischer: SPD an der Seite ihres Mitgliedes Mehrens!
Sehr geehrter Herr Fischer,
Ihr Eintreten für ein Parteimitglied ehrt Sie, aber Sie sind über die Art der Amtsführung von Herrn Mehrens nicht informiert. Er selbst hat mir gegenüber einmal geäußert, daß er der Gutsherr der Stadt Kiel sei. So könne er dem einen eine Baulast auf einem Grundstück der Stadt Kiel schenken (z. B. einem befreundeten Abteilungsleiter) und von einem anderen Bürger der Stadt Kiel (ohne Beziehungen) den vollen Gegenwert des Wegegrundstücks für eine Baulast verlangen. Dem befreundeten Abteilungsleiter hat er später sogar erlaubt, Teile städtischen Eigentums auf eigene Rechnung weiter zu veräußern.
Erwähnt sei auch, daß er OB Gansel über die Geschenke an seinen Freund durch Falschdarstellung nicht informiert und zu keinem Zeitpunkt Zusagen von OB Gansel erfüllt hat. Alle Unterlagen dazu liegen Bürgermeister Klein-Knott vor, konnten aber bisher unter dem Gesichtspunkt "Vorteilsgewährung im Amt" aus naheliegenden Gründen nicht bearbeitet werden.
Sie werden mir zugeben müssen, daß die Reduzierung der Vetternwirtschaft im Rathaus auch einen Vorteil für den normalen Bürger bringen kann. Die Berichterstattung in der KN zugunsten von Herrn Mehrens entspricht in keiner Weise seinem wahren Wirken zum Nachteil vieler Bürger der Stadt Kiel bei gleichzeitiger Vorteilsgewährung für befreundete Bürger. Diese Tätigkeit eines SPD-Mitgliedes macht die Partei für mich unwählbar.
Mit freundlichen Grüßen
Dr. G. Braun

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 26.08.2004, 13:30 Uhr - 743 Clicks - Nr. 438*

Bädergutachten liegt vor



Vogelsang: SPD setzt sich für die Beteiligung der Ortsbeiräte, Sportvereine und Sportverbände ein
Der sportpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Bernd Vogelsang erklärt zum Bädergutachten:
"Nachdem die vertrauliche Kurzpräsentation zur Neuausrichtung der Bäderlandschaft in Kiel bereits gestern öffentlich gemacht wurde, verkünden Sprecher von CDU und Grünen schon wo es hingehen soll.
Die SPD-Ratsfraktion wird sich diesen Schnellschüssen nicht anschließen und sich für eine ordnungsgemäße Beratungsfolge, unter Beteiligung der Ortsbeiräte, der Sportvereine und des Sportverbandes, einsetzen."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 26.08.2004, 13:32 Uhr - 767 Clicks - Nr. 439*

Hahn und Möller: Für gute Parksituation in der Innenstadt werben!



Nach mehrmonatiger Prüfung legt die Verwaltung heute ihren Bericht zum Parken in Kiel vor. Dazu sagten der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Jürgen Hahn und der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Alexander Möller:
"Die SPD-Fraktion begrüßt die Idee des Bürgermeisters, künftig stärker für die generell und im Vergleich zu anderen Städten kostengünstige und gute Parksituation zu werben. Dies entspricht einer Forderung, die wir bereits im November 2003 in der Ratsversammlung vorgebracht haben.
Das Werben für den Einkauf mit dem Auto sollte für die Stadt und die Kaufmannschaft Kiel Marketing e.V. als Leistungsträgerin übernehmen."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 26.08.2004, 13:33 Uhr - 896 Clicks - Nr. 440*

Möller: SPD unterstützt Holtenau!



Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller äußert sich zu dem heutigen Antrag des Ortsbeirats Holtenau im Wirtschaftsausschuss, den Stadtteil wieder an die Fördeschifffahrt anzubinden:
"Die SPD unterstützt diese Initiative ausdrücklich und stimmt ihr zu. Wir wollen im Sommer 2005 Fördeschiffe am Thiessenkai anlegen sehen.
Holtenau gewinnt mit der Anbindung an Wert für Kiels Tourismus. Tourismus schafft Arbeit in Kiel. Investitionen in den Tourismus sind deshalb wichtig.
Zusammen mit SFK und WSA ist die Stadt gefordert, die Idee bis zum Sommer

2005 umzusetzen. Der Ortsbeirat beweist mit seinem Antrag auch finanzielles Augenmaß. Denn er fordert die Anbindung zunächst nur an den Wochenenden."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 26.08.2004, 13:35 Uhr - 709 Clicks - Nr. 441*

Mettenhofer Schwimmteich



"Es ist schön, dass die GRÜNEN nun auch erkannt haben, dass der Schwimmteich für Mettenhof unverzichtbar ist," freut sich der Mettenhofer SPD-Ratsherr Cai-Uwe Lindner.
Dieser Sinneswandel kommt für Lindner recht überraschend. CDU und GRÜNE hatten noch in der Ratsversammlung am 19. August dem Wunsch des Mettenhofer Ortsbeirates auf unveränderte Fortführung des Projektes "Schwimmteich" eine Absage erteilt und diese Forderung aus einem Antrag des Ortsbeirates herausgestrichen.
Die GRÜNEN machen nun anscheinend ihre Zustimmung zum Schwimmteich von Fördermitteln abhängig. Lindner erinnert daran, dass diese Forderung bereits erfüllt ist. Denn das Projekt "Schwimmteich" wird zu 2/3 aus Mitteln des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt gefördert. Die Realisierung des Projektes scheiterte bislang an ständig neuen Bedenken und aufgebauten Hemmnissen von Verwaltungsseite und an einer früheren Zurückstellung von CDU und GRÜNEN in der Ratsversammlung. Lindner erklärt abschließend: "Wenn dies alles nicht so von den GRÜNEN so gemeint war, sind wir gerne bereit, an einer interfraktionellen Initiative mitzuwirken, die jetzt endgültig - grünes - Licht für den Schwimmteich gibt."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 26.08.2004, 14:13 Uhr - 908 Clicks - Nr. 442*

Verbrennen von Gartenabfällen in Kleingärten - Wo steht die CDU?



"Zum Thema Verbrennen von pflanzlichen Abfällen in Kleingärten schweigt bislang die CDU. Ist ihr dieses Thema zu heiß?" fragt der kleingartenpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Cai-Uwe Lindner.
Mit Anträgen zum Bauausschuss und zur Ratsversammlung forderte die SPD-Fraktion die Oberbürgermeisterin auf, sich beim Umweltministerium darum zu bemühen, dass die bisherigen Regelungen für die Kleingärtner weiterhin Bestand haben können. Während die GRÜNEN aus naheliegenden Gründen den Kleingärtnern das ohnehin schon stark eingeschränkte Verbrennen von Gartenabfällen gänzlich untersagen wollen, hüllt sich ihre Kooperationspartnerin CDU noch in Schweigen. Dies ist für Lindner umso verwunderlicher, zumal sie noch kürzlich im Bauausschuss die bisherigen Leistungen und das Engagement der Kleingärtner und die überaus kooperative Zusammenarbeit mit ihnen, die über jeden Zweifel erhaben sei, gelobt hat.

Lindner erinnert daran, dass die Kleingärtner auch bei diesem Thema bislang allen Forderungen der Stadt Kiel nachgekommen waren und in den zurückliegenden Jahren deutliche Einschränkungen zum Umgang mit Grünabfällen akzeptiert hatten. Die Belastungen für die Anlieger konnten damit auf ein

vertretbares Maß reduziert werden. Lindner weist nochmals darauf hin, dass das Ministerium selbst eingeräumt hat, dass die Rauchentwicklung in der Regel keine Gefahrenlage darstellt. Wozu also ein gänzliches Verbot?

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 26.08.2004, 18:54 Uhr - 1609 Clicks - Nr. 443*

SPD-Engelsby: Volldampf für Helmut Trost



Am Samstag, 28. August startet Helmut Trost in den OB-Wahlkampf.
"Julchen", die Vorzeige-Dampflok der Angeln-Bahn fährt mit dem amtierenden Flensburger Oberbürgermeister und sicherlich vielen Bahnbegeisterten Flensburgerinnen und Flensburgern an Bord "an der Küste längs."
Eine sehr gute Gelegenheit, um mit den Fahrgästen ins Gespräch zu kommen und bei Ihnen um Unterstützung zu werben, damit er seine erfolgreiche Arbeit für Flensburg und ihre Bürger nach der Wahl am 24.Oktober als offizieller Oberbürgermeister fortsetzen kann.
Wo gehts los?
Hafengleis am Schifffahtsmuseum
Wann?
Am 28.8. um 14 Uhr, 15 Uhr und um 16.00 Uhr
Was kostet der Spaß?
Drei Euro für Erwachsene / Kinder bis 12 Jahre in Begleitung eines Erwachsenen kostenlos.
Wo gibt´s die Karten?
Freitag von 11 - 17 Uhr im Parteibüro, Große Str. 69
Samstag von 10 - 13 Uhr am Infostand an der Holmnixe oder direkt bei "Julchen" (Hafengleis - Schifffahrtsmuseum).

Keine Kommentare

SPD-Steinburg - *veröffentlicht am 26.08.2004, 21:37 Uhr - 7455 Clicks - Nr. 444*

Regionalplan und Bevölkerungsentwicklung

Wenn wir vom „Landesentwicklungsgrundsätze-Gesetz“ ausgehen, so ist es Aufgabe der Landesplanung, die „regional unterschiedliche Entwicklung“ der Bevölkerungszahl und der Altersstruktur sorgfältig zu beobachten“ (§7(1)). Denn es ist klar, dass davon maßgeblich die Nachfrage nach Wohnungen, Arbeitsplätzen und kommunalen Infrastruktureinrichtungen bestimmt wird.
Die Bevölkerungsstruktur wirkt auf die Nachfrage nach:

- KiTa-Einrichtungen
- Schulen
- Nahverkehrsangeboten

- Verwaltungseinrichtungen aller Art
- Privaten Dienstleistungen
- Handels- und Gewerbeangeboten

Diese Liste ist höchst unvollständig. Mit anderen Worten: Alle Einrichtungen, private und öffentliche, hängen in ihrer Auslastung von der Zahl der Nutzer ab, von der Zahl der Bürgerinnen und Bürger. Raumordnung und Regionalplanung ist im Kern nichts anderes als die Darstellung der Folgen der Bevölkerungsentwicklung. Und für die Gemeinden hängen davon Zuschüsse und Genehmigungen ab. Im neuen Regionalplan sind nur wenige allgemeine Aussagen zur Bevölkerungsentwicklung zu finden:

- die Einwohnerzahl wird für Hamburg im Jahre 2015 etwa gleich hoch sein
- die Zahl der Einwohner 60 Jahre und älter wird um 7% zunehmen
- die Altersgruppe der Kinder- und Jugendlichen unter 20 Jahren wird um 12% abnehmen
- die Zahl der Menschen, die älter als 75 sind, wird um 30% zunehmen, während
- die Altersgruppe der 30 – 40jährigen um 36% zurückgehen wird (diese Altersgruppe ist besonders für den Wohnungsbau interessant)

Was wir brauchen sind solche Zahlen für den Kreis Steinburg, und die sind vorhanden, sie müssen nur ausgewertet und in den Plan eingearbeitet werden. Die Untersuchung von R. Klingholz (Berlin – Institut) prognostiziert z.B. für den Kreis Steinburg für das Jahr 2020 eine Abnahme der Bevölkerung um 10% gegenüber dem jetzigen Stand. Und das wird ungeheure Auswirkungen auf den Kreis Steinburg und die Gemeinden haben, wenn es um die Anpassung an diese Bevölkerungsschrumpfung geht.
Das erfordert weitreichende, schmerzliche, Konfliktbeladene und finanzträchtige Entscheidungen der Gemeindevertretungen, und das nicht nur einmal, sondern mehrfach.
Für die SPD- Fraktion ergibt sich daraus die Forderung, dass der Regionalplan ergänzt werden muss: Die Tabelle „Nahbereiche der zentralen Orte“, in der alle Orte des Kreises mit Einwohnerzahlen aufgelistet sind, muss ergänzt werden um Prognosen für die Jahre 2015 und 2020. Diese Prognosen müssen nach Altersgruppen differenziert werden.

Dass die Prognose nach Gemeinden differenziert werden muss kann man an wenigen Beispielen erkennen (Entwicklung von 1994 bis 2002)

- Wewelsfleth +358
- Hohenlockstedt +509
- Horst +495
- Itzehoe -798
- Glückstadt -43
- Kellinghusen -121

Rainer Naudiet
(Fraktionsvorsitzender SPD-Steinburg)
im Kreistag am 23.8.2002
Kommentar von Susanne Rippel vom 21.02.2007, 14:57 Uhr:
RE:Regionalplan und Bevölkerungsentwicklung
Sehr geehrte Damen und Herren, für die Erstellung einer Sozialraumanalyse benötigen wir die Einwohnerdaten von Hohenlockstedt, möglichst differenziert nach Altersgruppen. Interessant wären ebenfalls die Prognosen für die Jahre 2015 und 2020, falls diese inzwischen vorliegen sollten. Für die Zusendung entsprechender Tabellen wären wir sehr dankbar. Mit freundlichen Grüßen S. Rippel

Kommentar von Rudolf Riep vom 26.08.2004, 21:45 Uhr:
RE:Regionalplan und Bevölkerungsentwicklung
Als Gemeindevertreter stehen wir ständig vor den Auflagen und Beschränkungen des Regionalplanes und den Forderungen der Landesplanung. Manche sind einsichtig, andere schwer nachvollziehbar. Klar ist nur, dass ein Verzicht auf diese Planungsinstrumente keinen Vorteil bringen würde.
Denn die Zielvorgaben, die in einem Ort genehmigt sind, führen erst zu den Einschränkungen in anderen Gemeinden. Da ist die Forderung, Bevölkerungszahlen in der Prognose darzustellen nur zu begrüßen.

Rudolf Riep
SPD-Fraktion Horst

SPD-Lübeck - *veröffentlicht am 26.08.2004, 22:33 Uhr - 1803 Clicks - Nr. 445*

Pflegebedürftige dürfen nicht unter sozialpolitische Reformen leiden!



Pflegebedürftige dürfen nicht unter sozialpolitische Reformen leiden!

Die Regelungen im neuen Sozialgesetzbuch zwölf (SGB XII) zur Angleichung des Taschengeldes für Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger dürfen nicht Wirklichkeit werden.

Heimbewohnerinnen und Heimbewohner, die ihre Lebensqualität mit einem sowieso schon sehr geringem Taschengeld gestalten müssen, können keine weiteren Belastungen ertragen. Mit Zuzahlungen und Praxisgebühr sind die finanziellen Belastungen der pflegebedürftigen Heimbewohnerinnen und Heimbewohner ausgeschöpft. Ein Mehr an finanziellen Belastungen ist diesen Menschen nun wirklich nicht zuzumuten.

Die Bundesregierung ist aufgefordert diese Regelung im SGB XII zu überarbeiten

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 27.08.2004, 10:08 Uhr - 910 Clicks - Nr. 446*

Verfahren bei Grundstücksverkäufen der Stadt

Zum Pressebericht der Segeberger Zeitung vom 26.08.2004: Über 100.000€ leichtfertig verschenkt

Auf Grund des oben genannten Presseberichts der CDU stellt die SPD-Fraktion folgendes klar:
Woimmer in dieser Stadt jemand ein Grundstück zur Wohnbebauung erwerben will, hat er Regeln zu beachten.
Um bei dem genannten Beispielgrundstück zu bleiben, ist folgende Vorgehensweise die einzig denkbare: Ein potentieller Grundstückserwerber interessiert sich für eine Fläche zur Bebauung und informiert sich, wem sie gehört. Handelt es sich um ein städtisches Grundstück, muß eben diese

Bebaubarkeit geprüft werden. In diesem Falle handelte es sich in einem gültigen B-Plangebiet um nicht bebaubares Land. Jetzt muß die Verwaltung den Kaufwunsch der kommunalen Selbstverwaltung mitteilen und zur Beratung vorlegen. Die Politik hat nun als erstes die Aufgabe zu entscheiden, ob der B-Plan grundsätzlich geändert werden soll (Kosten zu Lasten des Käufers!). Fällt die Entscheidung zu Gunsten einer Änderung, soll also eine Bebauung möglich sein, kommt der nächste wichtigste Schritt. Das Grundstück wird zum Verkauf ausgeschrieben. Die Ausschreibung kann auf verschiedene Weise erfolgen, z.B.: Verkauf an Meistbietenden oder Losverfahren o.ä.. Selbstverständlich kann sich der zuvor erwähnte Interessent an diesem Verfahren beteiligen und somit ganz reelle Chancen erhalten, „sein„ Grundstück zu erwerben.

Von Anfang an gab es von Seiten der SPD keine Kritik am Interessenten, gleichwohl jedoch an dessen Ansinnen, dieses Grundstück kaufen zu wollen, ohne das die Öffentlichkeit davon erfahren hätte, da Grundstücksverkäufe grundsätzlich im nicht öffentlichen Teil der Stadtvertretung beraten werden. Da es sich weiterhin um den Sohn einer Stadtvertreterin der CDU handelt, gebietet doch schon der gesunde Menschenverstand, das so ein besonders Grundstück nur mit einem durch und durch transparenten Verfahren erworben wird. Die SPD-Fraktion weißt die Vorwürfe der CDU, leichtfertig über 100.000€ verschenkt zu haben, entschieden zurück. Die vom Pressesprecher der CDU-Fraktion Luzian Roth ins Feld geführte „feste und ernsthafte Kaufabsicht„ des früheren Interessenten, wo ist sie hin, hat sie das Verfahren zerstört? Überhaupt fragt sich nicht nur die SPD-Fraktion in dieser Stadt, ob der schon seit längerem „gepflegte„ Stil von Luzian Roth wirklich dazu beiträgt, die Menschen in dieser Stadt für Politik zu interessieren, geschweige denn zu begeistern. Schon vor Monaten hatte Joachim Wilken-Kebeck in der Stadtvertretung aufgefordert, die Schmutzkampagnen zu beenden. Unmittelbar nach dieser Aufforderung, nimmt sich Stadtvertreter Roth sein zu Hause vorbereitetes Konzept und trägt weiterhin seine Haßtiraden vor, als sei nichts gewesen. In der Sommerpause wird der Vorsitzende des Seniorenbeirats weit über das inhaltliche hinaus persönlich beleidigt und nun ist mal wieder die SPD dran. Das bietet sich immer dann an, wenn eigenes Fehlverhalten überdeckt werden soll. Das wird besonders deutlich, wenn der Pressesprecher der CDU sich in einem Thema „heißredet„, da ist die SPD Schuld, wenn es keine Grundstücksinteressenten gibt, da wird mal eben der Ex-Bürgermeister Udo Fröhlich für die derzeitige Finanzkrise verantwortlich gemacht. Die SPD-Fraktion Bad Segeberg distanziert sich entschieden von diesem Politikstil, sie wird auch weiterhin versuchen durch offene und sachliche Politik zu überzeugen.

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 27.08.2004, 13:23 Uhr - 905 Clicks - Nr. 447*

Kieler Grüne gegen Landesgrüne



Zur ablehnenden Haltung von CDU und Grünen zur Übernahme der Regelungen des Tariftreuegesetzes für Kiel erklärt der Kieler SPD Landtagsabgeordnete Jürgen Weber: Die Beerdigung von Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen durch Schwarz-Grün in Kiel ist ein schlechtes Signal für Arbeitnehmer und Unternehmen in Kiel... Mittelstandsforum, Gewerkschaften und Bauindustrie haben das Land gemeinsam und zu Recht aufgefordert für Tariftreue zu sorgen. SPD und Grüne haben dieses landesweit in ein Gesetz gefasst.
„Es geht uns darum, die Tariflöhne bei öffentlichen Bauaufträgen und im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) am Standort zu sichern. Dem Gesetzentwurf zufolge sollen staatliche Stellen Bauaufträge künftig nur noch an Unternehmen

vergeben dürfen, die ihren ArbeitnehmerInnen den am Einsatzort der Leistungserbringung geltenden Tariflohn zahlen. Das Gleiche soll im öffentlichen Personennahverkehr gelten.“
So der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Grüne Karl Martin Hentschel im Landtag.
Dass die schwarz-gelbe ideologische Blockade gegen Tariftreue jetzt auch von den Grünen in Kiel mitgetragen wird, ist schon ein „gewagter Spagat“, der wenig Hoffnung auf eine sozialverträgliche Politik der Grünen in der Landeshauptstadt macht.

Keine Kommentare

SPD-Mildstedt - *veröffentlicht am 30.08.2004, 12:02 Uhr - 1659 Clicks - Nr. 448*

Erste Eckpunkte zur Bürgerversicherung

SPD.de

Montag, 30. August 2004

Eckpunkte für eine solidarische Bürgerversicherung
Die Bürgerversicherung: Solidarität nutzt allen

Der SPD-Parteivorstand hat auf seiner Klausursitzung einstimmig Eckpunkte einer solidarischen Bürgerversicherung beschlossen.
SPD.de

Montag, 30. August 2004

Eckpunkte für eine solidarische Bürgerversicherung
Die Bürgerversicherung: Solidarität nutzt allen

Der SPD-Parteivorstand hat auf seiner Klausursitzung einstimmig Eckpunkte einer solidarischen Bürgerversicherung beschlossen. In Zukunft sollen alle Bürgerinnen und Bürger ihre Krankenkasse als gesetzliche oder private frei wählen können. Die Bürgerversicherung sorgt für mehr Wettbewerb zwischen den Kassen und für mehr Gerechtigkeit. Kernstück bleibt das Solidarprinzip. Starke Schultern zahlen mehr, schwache Schultern zahlen weniger. Damit unterscheidet sich die Bürgerversicherung klar von dem Kopfpauschalenmodell der Union. Die Kopfpauschale ist ungerecht und bricht mit dem Solidarprinzip. Die Bürgerversicherung wird unser Gesundheitssystem solidarischer, gerechter und auch volkswirtschaftlich vernünftiger machen. Der SPD-Parteivorsitzende Franz Müntefering dankte auf der Klausursitzung ausdrücklich der Projektgruppe unter Leitung von Andrea Nahles für die geleistete Arbeit. „Für die übergroße Mehrheit der Bevölkerung bringt diese Reform eine Entlastung,“ betonte Andrea Nahles. In der Endstufe könne dies zu einer Beitragssenkung um 2,9 % Prozent führen.

"Eckpunkte für eine solidarische Bürgerversicherung" als .pdf-Datei

"Modell einer solidarischen Bürgerversicherung"
Bericht der Projektgruppe Bürgerversicherung des SPD-Parteivorstandes als .pdf-Datei

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 30.08.2004, 12:05 Uhr - 910 Clicks - Nr. 449*

SPD zur Gründung der Stadtmarketing GmbH !

Bad Segeberger SPD-Fraktion stellt sich den Start der „Stadtmarketing GmbH„ anders vor!

Seit vielen Jahren schon wird das Thema „Stadtmarketing+Wirtschaftsförderung„ in Bad Segeberg kontrovers diskutiert. Einig war sich die Politik bisher nur in einem Punkt, so wie bislang soll es nicht weitergehen.

Schon vor einiger Zeit wurden alle denbaren Zusammenarbeitsmodelle von Politik, Stadtverwaltung, Vereinen und Verbänden, sowie den Gewerbetreibenden vor Ort so kanalisiert, daß eine effektive Lösung für eine fruchtbare Zusammenarbeit nur eine GmbH sein kann, also privatisiert werden muß.

Wichtig aus Sicht der SPD-Fraktion war und ist eine Zusammenführung der Themenkomplexe Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung.

So beinhaltete der Grundsatzbeschluß der Stadtvertretung vom Dezember 2003 dann auch folgerichtig die Kernbereiche
Fremdenverkehr/ Tourismus; Veranstaltungen und Gewerbe.

Bei der Umsetzung dieses Beschlußes kam die Stadtverwaltung zu der Auffassung, daß die Kernaufgabe „Gewerbe„, die sich aus den Teilbereichen: Parkraumbewirtschaftung; Wirtschaftsförderung; Vermarktung von Gewerbe-u. Baugrundstücken zusammensetzt, personell nicht umsetztbar sei.

Die Vorlage zur Stadtvertretung am 31.08.2004 beinhaltet diese Kernaufgabe bereits nicht mehr.

Die Sozialdemokraten vertreten die Auffassung, daß gerade dieser Bereich von so großer Wichtigkeit ist, daß darauf nicht verzichtet werden kann. Auch die Darlegung, daß zu einem späteren Zeitpunkt weitere Aufgabenfelder hinzukommen können, ist für die SPD-Fraktion derzeit unbefriedigend, vielmehr insteht der Eindruck, daß viele Details noch nicht zu Ende überlegt und diskutiert sind.

Aus diesem Grunde wird die SPD-Fraktion vorschlagen, die Vorlage zur Beratung in die Ausschüsse zurückzugeben und den Start der Stadtmarketing-GmbH in das Frühjahr zu verlegen.

Viele Kommunen in Schleswig-Holstein stehen ebenfalls unmittelbar vor der Gründung ähnlicher Gesellschaften, daher erscheint es praktikabel, hier noch mehr Handlungsdetails zu beschaffen, damit der Start der Stadtmarketing-GmbH nicht nur eine Privatisierung der Tourist-Info wird, sondern von Anfang an eine Symbiose zwischen Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing eingehen kann.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 31.08.2004, 11:39 Uhr - 570 Clicks - Nr. 450*

Geschichte der Städtepartnerschaften soll dokumentiert werden

In der August-Sitzung des Kulturausschusses wird sich die SPD-Fraktion mit der Bedeutung und Geschichte der Städtepartnerschaften beschäftigen. Dazu legt die Fraktionsvorsitzende und kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Cathy Kietzer zur nächsten Sitzung einen Antrag vor, der darauf abzielt, die Geschichte der Städtepartnerschaften zu beleuchten.
In einem ersten Schritt soll die Verwaltung Informationen über die Geschichte der Städtepartnerschaften mit Brest, Coventry, Vaasa und Gdynia zusammentragen; in einem zweiten Schritt sollen weitere Berichte über Tallinn, Stralsund, Kaliningrad und Sovetsk folgen.

"Die Aufarbeitung der Geschichte unserer Städtepartnerschaften ist von großer Bedeutung, insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender kultureller und wirtschaftlicher Beziehungen. Dabei sollte berücksichtigt werden, dass die Städtepartnerschaften zum Teil viel älteren Datums sind, als aus dem Städtepartnerschaftsvertrag hervorgeht", so Kietzer weiter.

"Uns interessiert besonders, wie sich die Kontakte zu den Städten entwickelt haben. Wir sollten dabei die Möglichkeiten nutzen, Zeitzeugen, die zum Teil noch sehr aktiv sind, zu befragen. Auf diese Weise kann die Dokumentation der Geschichte der Städtepartnerschaften authentisch gewährleistet werden," so Kietzer abschließend.

***

Antrag für den Kulturausschuss am 31.08.2004

Betreff: Geschichte der Städtepartnerschaften

Antrag: Der Kulturausschuss möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Kiel wird gebeten, dem Kulturausschuss eine Dokumentation der Geschichte unserer Städtepartnerschaften - angefangen mit Brest, Co-ventry, Vaasa, Gdynia und in einem zweiten Schritt Tallinn, Stralsund, Kaliningrad und So-vetsk - vorzulegen.

Eine Bestandsaufnahme eventueller vorhergehender Veröffentlichungen soll dabei vorge-nommen und berücksichtigt werden.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 31.08.2004, 11:41 Uhr - 714 Clicks - Nr. 451*

Fischer und Vogelsang: Aus PISA nicht lernen, wäre dumm!

Der Vorsitzende des SPD-Kreisverbandes Rolf Fischer und der schulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Bernd Vogelsang erklären:
"Wir kämpfen gegen weitere Verschlechterungen und zusätzliche Barrieren bei der Nutzung der Stadtbücherei und der Stadtteilbüchereien.
Aus der PISA-Studie lernen bedeutet für die SPD, keine Verschlechterungen bei den öffentlichen Büchereien vorzunehmen.
Das Vorgehen des Schuldezernenten, die Ortbeiräte zu ignorieren und den Schulausschuss über die KN im Detail zu informieren, ist inakzeptabel. Herr Stadtrat Möller hat sich hier einen Rüffel verdient.
Die SPD fordert die frühzeitige Beteiligung der betroffenen Ortsbeiräte.
Die Öffnungszeiten der Stadtteilbüchereien von Holtenau, Neumühlen - Dietrichsdorf, Schützenpark

und der Wik wurden ab 2003 deutlich reduziert. Statt die erheblichen Rückgänge bei den Entleihungen hinzunehmen, sollte die Verwaltung die Öffnungszeiten so wählen, dass die Nutzungsfrequenz bleibt und der Einspareffekt trotzdem erzielt wird. Das würde die notwendige Haushaltskonsolidierung ertragbarer machen. Die Schließung der Büchereien in Gaarden und Suchsdorf, die zusammen über 9 % der Gesamtentleihungen in Kiel abdecken, ist nicht nachvollziehbar."

Keine Kommentare

SPD-Holtenau - *veröffentlicht am 31.08.2004, 12:07 Uhr - 1365 Clicks - Nr. 452*

Mitgliederbefragung zum Flughafen Holtenau

SPD-Holtenau für schnelle Schienenverbindung nach Fuhlsbüttel

Eine im Juni dieses Jahres durchgeführte Mitgliederbefragung innerhalb der Holtenauer SPD führte zu einem eindeutigen Ergebnis :

• 4,5% sind für den von der Stadt Kiel und dem Land Schleswig-Holstein geplanten Ausbau (1799m + 300m Stopway)
• 4,5% befürworten den „kleinen Ausbau“(Verlängerung um 200m nach Westen mit „Ausbeulung“ der B503)
• 27,3% befürworten den Erhalt des Flugplatzes in seiner jetzigen Ausdehnung
• 59,1% sind für den Ausbau einer schnellen Bahnlinie zum Flughafen Hamburg und die nachfolgende Aufgabe des Holtenauer Flugplatzes
• 4,6% wählten eine eigene nicht vorgegebene Lösung

Zusammengezogen bedeutet dies:
• 86,4% lehnen eine Verlängerung der Start-/Landebahn über die jetzige B503 hinaus ab.

Mit diesem Ergebnis hat sich die SPD-Holtenau in der Diskussion um den Flughafenausbau klar positioniert und wird versuchen dies auch in der Kreispartei durchzusetzen.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 01.09.2004, 09:33 Uhr - 600 Clicks - Nr. 453*

Möller: Lessingbad soll Schwimmbad bleiben, nicht Wellness-Oase werden!



Zu den anhaltenden Spekulationen um die Kieler Bäder, insbesondere der Zukunft des Lessingbades, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller, Mitglied der Ratsversammlung für den Stadtteil Ravensberg:
"Allem Anschein nach plant die Verwaltung eine Umwidmung des Lessingbades zu einer Wellness-Oase. Nach meinem Eindruck, in Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, braucht die Innenstadt aber keine Saunen, Sonnenbänke und Whirlpools, sondern ein schlichtes und nutzbares Schwimmbad. Dies ist auch für die Schulen im Umfeld von Bedeutung.

Das Bädergutachten beinhaltet eine Reihe richtiger Umsetzungsvorschläge, zum Beispiel bei den Öffnungszeiten und der Steigerung der Attraktivität der Kieler Bäder. Aber die Politik darf das Hauptziel nicht aus den Augen lassen: Die Möglichkeit zu erhalten, dass sich die Menschen auch im Wasser sportlich betätigen können."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 01.09.2004, 09:34 Uhr - 793 Clicks - Nr. 454*

Kiel ist der, nicht (irgend-)"ein" Top-Standort - Schilksee modernisieren!



Der sportpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Bernd Vogelsang erklärt: "Die SPD-Fraktion bedauert die Entscheidung des Weltseglerverbandes, die Segelweltmeisterschaften 2007 nicht in Kiel auszutragen.
Anders als Frau Volquartz will die SPD, dass Kiel "der" Top-Standort für Segelwettbewerbe bleibt und nicht (irgend-) "ein" Top-Standort (Originalerklärung der OB). Deshalb hat die Modernisierung der Segelinfrastruktur in Schilksee Priorität und die volle Unterstützung der Kieler SPD."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 01.09.2004, 09:38 Uhr - 650 Clicks - Nr. 455*

SPD fragt nach mobilen Würstchenverkäufern in der Innenstadt!



Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion Alexander Möller hat heute eine kleine Anfrage zu den mobilen Würstchenverkäufern in der Innenstadt vorgestellt. Diese Verkäufer sind seit einigen Monaten, insbesondere auf der Holstenstraße tätig.
"Die Geschäftsidee "Mobiler Imbiß" scheint hervorragend zu laufen. Es gibt demnach Bedarf für kleine, kostengünstige Speisen zwischendurch bei den Kunden in der Innenstadt. Gleichzeitig gibt es eine Vielzahl vieler guter Gastronomiebetriebe auf und um die Holstenstraße.

Mit der kleinen Anfrage soll uns die Verwaltung darstellen, auf welcher rechtlichen Grundlage die "Würstchenräder" agieren und ob diese nach geltendem Recht wirtschaftlich tätig sind. Außerdem fürchten wir eine Ausweitung dieser mobilen Anbieter zu Lasten der Innenstadt-Gastronomie. Deshalb soll uns die Verwaltung außerdem Auskunft darüber erteilen, ob weitere Genehmigungen für diese Anbieter geplant sind."

***

Kleine Anfrage zur Ratsversammlung am 16.9.2004

Betreff: Mobile Imbißangebote

Seit einigen Monaten gibt es in der Innenstadt mehrere mobile Würstchenverkäufer, die per Funk miteinander verbunden sind. Zu deren Aktivitäten und dem vorherigen städtischen Verwaltungshandeln frage ich die Oberbürgermeisterin:

1. In welcher Chronologie wurde von wem eine oder mehrere Konzessionen für o.g. Verkaufseinheiten beantragt und wer bei der Landeshauptstadt Kiel hat wann in welchem Amt und auf Grund welcher rechtlichen Grundlage diese Konzession zu welchen Kosten für den Antragsteller erteilt und letztlich über eine entsprechende Erlaubnis entschieden?
2. Welche Kosten entstehen Bürgerinnen und Bürgern, die in der Innenstadt zum Beispiel Werbeschilder aufstellen oder Handzettel verteilen wollen?
3. Liegen gegenwärtig Anträge für weitere Verkaufsstationen dieser oder ähnlicher Art vor oder sind der Verwaltung solche Absichten bekannt?

Keine Kommentare

SPD-Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 01.09.2004, 22:58 Uhr - 4450 Clicks - Nr. 456*

Der Wahlkampf für die Landtagswahl 2005 ist eröffnet!



Mit einer gemeinsamen Helgolandfahrt hat die SPD am Samstag, 28.08.04 den Startschuß zu einer erfolgreichen Wiederwahl gegeben.
Mit an Bord waren auch unserer drei Landtagskandidaten Lothar Hay, Anna Schlosser-Keichel und Holger Astrup.
Zum Unterstüzerkreis gehörten neben dem Kreisvorsitzenden Dirk Peddinghaus auch zahlreiche Genossinnen und Genossen aus den Ortsvereinen der drei Kandidaten, sowie eine starke Gruppe Jusos.

Eingestimmt wurden die Seemänner und -frauen durch unsere Ministerpräsidentin Heide Simonis. In einer viel beachteten Rede machte sie Mut für die kommenden Auseinandersetzungen. Der Kreisverband Schleswig-Flensburg wird die anstehenden Aktivitäten weiter tatkräftig unterstützen und so zu einem sicheren Wahlsieg beitragen.

Keine Kommentare

SPD-Wilster - *veröffentlicht am 02.09.2004, 07:26 Uhr - 2333 Clicks - Nr. 457*

Will die CDU die Stadtwerke schlecht reden?

In der letzten Ratsversammlung hat der Vorsitzende des für unsere Stadtwerke zuständigen Werkausschusses, Michael Schmerfeld, nicht nur über den Jahresabschluss der Stadtwerke berichtet (wie es in der Tagesordnung vorgesehen war), er glaubte sich auch über die Chancen unserer Stadtwerke äußern zu müssen.
Dabei ging es offensichtlich darum, die Zukunft unserer Stadtwerke möglichst düster zu malen. Das passt vielleicht in sein politisches Bild und soll wohl einen zweiten Versuch vorbereiten, die

Stadtwerke in eine GmbH umzuwandeln, wie es die CDU bereits im März unmittelbar nach dem Bürgerentscheid angekündigt hat
Diese Diskussion kann unseren Stadtwerken nur schaden, nach Veröffentlichung in der „Wilsterschen Zeitung“ am Freitag, dem 27. August müssen wir aber reagieren:
Tatsächlich stellte der Prüfbericht die Stadtwerke als gesundes Unternehmen dar. Dies zu verschweigen, wird weder den Leistungen der Mitarbeiter noch der Geschäftsleitung gerecht.
• Zur Liberalisierung: Jeder Betrieb oder Haushalt in Wilster kann schon jetzt seinen Strom bei „Yellow“ oder anderen Konkurrenzunternehmen beziehen. Die großen Plakate haben sicher alle gesehen. Es bleiben aber fast alle bei den Stadtwerken, weil der Preis und der Service stimmen. Es gibt keinen vernünftigen Grund zum Wechsel und die Bürger wissen das.
• Die Bürger wissen auch, dass Wilster sich nur so lange ein Hallenbad leisten kann, wie die Stadtwerke dessen Verlust auffangen. Ohne Hallenbad wäre kein Schulschwimmen mehr möglich. Trotz der Verluste bei Hallenbad und Badebetrieb können noch 130 000 dringend benötigte Euro an den Haushalt der Stadt abgeführt werden
• Die beschriebenen Lösungsmöglichkeiten zur Kostensenkung beim Hallenbad durch Kooperation mit anderen Bädern zur Senkung der Personalkosten sind im Übrigen keine Erfindung des Herrn Schmerfeld, sondern werden von der Geschäftsleitung bereits genutzt.
• Die hohen Verluste des Hallenbades hängen auch mit notwendiger, großer Investitionstätigkeit (Deckenerneuerung) zusammen. Das haben aber alle gewusst und gewollt, um das Bad attraktiver zu machen und geht 2004 weiter.
• Haushalte und Industrie sparen Wasser. Das schont unsere Wasservorräte, führt zur Zeit aber zu Überkapazitäten im Kreis. Die jetzt losgetretene Diskussion wird es unseren Stadtwerken erschweren, erfolgreich zu agieren.
• Das Thema Gebäudemanagement wird schon seit Jahren diskutiert, ist unrealistisch und würde zudem Arbeitsplätze in Handwerksbetrieben gefährden. Hier entsteht keine neue Arbeit.
Unsere Stadtwerke geben den Bürgern Wilsters die Sicherheit, grundlegende Bedürfnisse, wie die Versorgung mit Energie und Wasser verlässlich zu günstigen Bedingungen zu erhalten.
Wer die Stadtwerke unnötig in negative Schlagzeilen bringt, gefährdet diese Sicherheit. Unsere Stadtwerke sind gesund und zuverlässig, wir lassen sie nicht schlecht reden.
Starke Stadtwerke sind eine sichere Bank für uns alle.

Manfred Schmiade
Vorsitzender SPD-Wilster

Keine Kommentare

SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 02.09.2004, 10:47 Uhr - 2923 Clicks - Nr. 458*

MdK Gerhard Gehringer: SPD-Fraktion will Weiterführung des Schullandheimes Wyk/F

In einem Antrag für die Sitzung des Hauptausschusses des Kreises Rendsburg-Eckernförde am 16.09.2004 setzt sich die SPD-Kreistagsfraktion erneut für eine Weiterführung des Schullandheimes Wyk/Föhr ein. Trotz der negativen Signale aus dem Hauptausschuss und dem Bauausschuss der Stadt Wyk zur Bebauung einer Teilfläche des Grundstücks gibt die SPD-Kreistagsfraktion diese Überlegung nicht ganz auf. „Wenn die Stadt Wyk an einer langfristigen Weiterführung des Schullandheimes interessiert ist, sollte sie hier auch zu Zugeständnissen an den Kreis Rendsburg-Eckernförde bereit sein“, so der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Gerhard Gehringer.

Unabhängig hiervon soll der Betrieb des Schullandheimes aber zumindest solange weitergeführt werden, bis gegebenenfalls ein Käufer für die Immobilie gefunden ist. Es macht nach Auffassung der SPD-Kreistagsfraktion keinen Sinn, das Gebäude auf Verdacht und ohne einen konkreten Kaufinteressenten leer stehen zu lassen. Der Wert der Immobilie wird dadurch mit Sicherheit nicht erhöht. Bei einem eventuellen zukünftigen Verkauf ist auch die Zustimmung der Stadt Wyk zur Nutzungsänderung und zu eventuellen baulichen Änderungen und Erweiterungen notwendig. Auch diese Zustimmung wird durch eine Einstellung des Betriebes des Schullandheimes sicherlich nicht erleichtert.

Grundsätzliches Interesse an einer Übernahme des Betriebes des Schullandheimes Wyk/Föhr hat wohl das Deutsche Jugendherbergswerk, Landesverband Nordmark. Diese Aussage ist zumindest in einem Brief der Stadt Wyk an den Kreis Rendsburg-Eckernförde enthalten.
Die SPD-Kreistagsfraktion schlägt hierzu vor, unverzüglich mit dem Jugendherbergswerk über den Abschluss eines entsprechenden Betreibungsvertrages zu verhandeln, um auf diesem Weg eine Lösung zu erreichen, die den Kreis Rendsburg-Eckernförde von künftigen Kostenbelastungen freistellt.

Gerhard Gehringer
(stellvertretender Fraktionsvorsitzender)

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 03.09.2004, 19:53 Uhr - 1533 Clicks - Nr. 459*

SPD-Engelsby: Typisch Flensburg! - Stimmt. -

Seit Juni stehen in Flensburg zwei völlig andersartige Fahrgasthäuschen für Busbenutzer. Farbenfroh und in modernerer Bauweise. Engelsby hat eines dieser "Schmuckstücke" abbekommen.
Es befindet sich an der Nordstraße gegenüber vom Autohaus Thurner.
Vorbild für die Gestaltung waren die zwei Wächterposten vor dem Schloß Amalienborg in Dänemark.
Mit dieser Eigenentwicklung der Stadt Flensburg, dem "Flensburger Modell" soll die Identifikation Ortsfremder mit Flensburg gestärkt werden.
Auch andere Städte haben bereits im zuständigen Fachbereich nachgefragt und sich nach den neuen Flensburger Wartehäuschen erkundigt.
Schön wäre es, wenn auch der Fahrplan im Wartehäuschen angebracht wäre.
Das zweite Fahrgasthaus steht beim CITTI-MArkt. Ein drittes Häuschen wird demnächst in Flensburg-Weiche aufgestellt.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 03.09.2004, 20:14 Uhr - 1480 Clicks - Nr. 460*

SPD-Engelsby: Standort muss gesichert werden

Die SPD-Ratsfraktion hat sich eingehend mit den im Ausschuss für Bürgerservice, Schutz und Ordnung vorgetragenen Beschwerden der Freiwilligen Feuerwehr Engelsby befasst.
Der Umzug aus dem alten Feuerwehrgebäude hinter dem jetzigen neuen Einkaufszentrum war

notwendig geworden, da die Ausfahrt für die Fahrzeuge durch Umbauten auf dem Nachbargelände nicht mehr gegeben war.
Der neue Standort in der ehemaligen Liegenschaft der Firma "Meister Ehrich" weist noch sehr erhebliche Mängel auf. Die Renovierungsarbeiten sind zur Zeit gestoppt, da in einer Prüfungsbemerkung des Bundesrechnungshofes eine Umplanung der Fußwegeverbindungen am Schottweg aus Kostengründen angeraten wird.
Eine Umplanung zum jetzigen Zeitpunkt würde zu einer wesentlichen Verlängerung der Bauphase im Bereich der Schottwegkreuzung führen mit dem Ergebnis, dass die ungeklärten Verhältnisse für die Wehr in Engelsby auf lange Zeit festgeschrieben würden, und die schlimmen baubedingten Verkehrsverhältnisse für die Anwohner und Verkehrsteilnehmer ein nicht absehbares Ende hätten.
Daher schlägt die SPD-Ratsfraktion auf Anraten des bürgerschaftlichen Mitgliedes Herbert Ohms vor, das Konzept für den Umbau der Feuerwehrwache Engelsby sofort umzusetzen und damit Fakten zu schaffen.
Die Freiwillige Feuerwehr Engelsby muss wieder in die Lage versetzt werden, den Dienst für die Stadtteile Engelsby und Mürwik ungeschmälert leisten zu können.

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 04.09.2004, 09:35 Uhr - 951 Clicks - Nr. 461*

Boykott schadet Kieler Interessen

Zum Boykott einer Regionalkonferenz zu den Kommunalfinanzen durch die Kieler Oberbürgermeisterin erklären die Kieler SPD-Landtagsabgeordneten Rolf Fischer und Jürgen Weber:
Es ist unverständlich und inakzeptabel, dass Frau Volquartz die Landtagswahl im kommenden Februar zum Anlass nimmt, eine Konferenz des Finanzministeriums zu den Kommunalfinanzen in Kiel zu boykottieren:...

Dass die Landeshauptstadt der Landesregierung eine gemeinsame Fachkonferenz verweigert, ist schon ein besonderer Eklat und eine einmalige Brüskierung. Es wäre bedauerlich, wenn die Konferenz nach Rendsburg ausweichen müsste, weil Parteipolitik im Kieler Rathaus mehr gilt als die Interessen der Stadt.
Landesregierung und Landtag haben jedenfalls nicht die Absicht, ihre Arbeit mit Blick auf den Wahltermin einzustellen.

Zum Hintergrund:
Der Finanzminister des Landes führt zum 10-Punkte-Plan der Landesregierung für ein sozial gerechtes und einfaches Steuersystem sechs Regionalkonferenzen durch. Zwei der Konferenzen stehen unter dem Motto „Kommunen brauchen eigenes Geld“.
Während in allen anderen vorgesehen Konferenzorten Land und Kommunen gemeinsam Diskussionsveranstaltungen durchführen, verweigert die Stadt Kiel durch die Oberbürgermeisterin ihre Mitwirkung.
Und das in einem Feld ureigenster Interessen der Stadt Kiel.
In der Forderung nach einer auskömmlichen Finanzausstattung der Kommunen haben Land und Kommunen in Schleswig-Holstein bisher gemeinsam und parteiübergreifend ihre Vorstellungen in Berlin vorgetragen. Es sei daran erinnert, dass die Oberbürgermeisterin selbst sich seinerzeit öffentlich positiv zur Position des Landes hinsichtlich der kommunalen Finanzreformdiskussion im Bundesrat geäußert hat.
Offenbar gibt es in Gegensatz zu anderen Kommunen im Lande an der Spitze der Landeshauptstadt

kein Interesse mehr, diesen gemeinsamen Weg weiterzugehen.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 04.09.2004, 20:39 Uhr - 2142 Clicks - Nr. 462*

Fischer: "Grüne, sagt Nein!"

Zur nun aktuell vorliegenden Vorlage zur beabsichtigten Schließung von Stadtteilbüchereien erklärte SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer:

"Ich appelliere an das soziale Gewissen der Grünen.
Reicht es nicht, dass jeder vierte Spielplatz geschlossen werden soll, müssen nun wirklich noch die Büchereien dran glauben? Wo ist die grüne Debatte über diese Themen? Wo ist die grüne Partei? So etwas könnt ihr doch nicht mitmachen! Wird erst im Rathaus entschieden und dann die Basis informiert? Grüne! Sagt Nein zur Bücherei-Schließung! Menschen brauchen Bücher, Bücher sind "Lebensmittel"!"

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 05.09.2004, 19:11 Uhr - 1504 Clicks - Nr. 463*

SPD-Engelsby: Bürgerversammlung Engelsby-Dorf

Am 14. September findet im Technischen Rathaus,
Raum H 20, Am Pferdewasser 14 um 19.30 Uhr eine Bürgerversammlung statt.
Thema ist der Bebauungsplan 250, Engelsby-Dorf.
Die Entwurfspläne können bereits ab 19.00 Uhr eingesehen werden. Die Versammlung wird geleitet von Ratsherrn Heinz- Günter Hergesell.
Allen Bürgerinnen und Bürgern wird Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben.
Die Entwurfspläne können bereits ab 19.00 Uhr eingesehen werden.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 06.09.2004, 10:21 Uhr - 709 Clicks - Nr. 464*

Kinder sollen mitbestimmen und nicht "entmündigt" werden!



Die jugendpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Gesa Langfeldt erklärt zum Kieler Bündnis für mehr Beteiligung von Jugendlichen:
"Die SPD-Ratsfraktion ist für mehr Beteiligung von Jugendlichen und auch offen für die Einbeziehung in die demokratische Willensbildung in den Gremien. Gleichwohl dürfen diese Möglichkeiten nicht allein Jugendlichen über 14 Jahren vorbehalten bleiben. Deshalb wird sich die SPD-Fraktion für gemeinsame altersgemäße Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen einsetzen. Wir werden nicht mittragen, dass Kinder unter 14 Jahren außen vor und damit quasi "entmündigt", bleiben. Für sie muss Beteiligung in gleichem Maße möglich werden."

Kommentar von Reeno Prösch vom 08.09.2004, 17:04 Uhr:
RE:Kinder sollen mitbestimmen und nicht
Guten Tag,
wie sollen denn Kinder zu mündigen Jugendlichen- Erwachsenen werden, wenn ihnen und den Eltern immer mehr Möglichkeiten zur Grundlagenbildung entzogen werden?
Speziell meine ich die Schließung der Stadtteilbüchereien und langfristig die Ideen der ganztags Betreuung (Abschiebung) der Kinder.

Gruß reeno

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 06.09.2004, 11:36 Uhr - 6261 Clicks - Nr. 465*

AG 60 plus lädt ein Zur Podiumsdiskussion

Unsere Kinder – Missbrauch vorbeugen,
erkennen und verhindern

Mittwoch, 06. Oktober 2004
19.00 Uhr in Meldorf
„Erheiterung“, Rosenstraße 6

Eröffnungsvortrag:

Christel Riemann-Hanewinckel
Parlamentarische Staatssekretärin
im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Moderation: Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast
Mitglied des Bundestages

Es diskutieren auf dem Podium:

Karl-Heinz Frehe
Vorsitzender „Weißer Ring“, Dithmarschen
Olaf Opitz
Facharzt für Kinder- und Jugendheilkunde
Friedrich Theurer
Vorsitzender des Kinderschutzbund, Ortsgruppe Heide

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 06.09.2004, 21:17 Uhr - 5010 Clicks - Nr. 466*

SPD Molfsee: Stabile Eltern-Beiträge für Kindergarten und Betreute Grundschule

Die SPD-Molfsee ist mit der von der Gemeindeverwaltung Molfsee vorgeschlagenen Erhöhung der Eltern-Beiträge im Kindergarten Rammsee sowie der betreuten Grundschule nicht einverstanden. Da

im Januar 2004 die Beiträge schon einmal erhöht wurden, ist es aus unserer Sicht unvertretbar, schon wieder an der Preisschraube zu drehen.
Die Elternbeiträge sollen laut Empfehlung des Kreistages bei etwa 30% der Kosten für die Betreuung ihrer Kinder einbringen. An dieser Empfehlung orientiert sich auch die SPD-Molfsee. Allerdings kann es in der Gruppenstärke auch einmal zu Schwankungen kommen. Würde man diese immer sofort an die Eltern weiterleiten, wäre es für den Monatsplan einer Familie kaum kalkulierbar, welche Kosten auf sie zukämen.
Die SPD-Molfsee fordert daher für die Eltern eine verlässliche Planung der Betreuungskosten, dabei müssen eventuelle Durststrecken durch die Gemeinde abgefedert werden.
Die Schwankungen können auch nicht anhand eines heutigen Stichtages berechnet werden, da nicht wie im Schulsystem alle Kinder ab einem festen Tag im Jahr zum Kindergarten müssen.
Berechnungsgrundlage kann daher nur das abgelaufene Haushaltsjahr mit nicht mehr veränderlichen Zahlen sein. Die frühkindliche Förderung der Kinder nach der Schule liegt der SPD-Molfsee besonders am Herzen. Im Kindergarten werden wesentliche Voraussetzungen für den späteren Erfolg in der Schule und im Beruf angelegt. Es darf daher weder in Molfsee noch anderswo dazu kommen, dass sich nur noch „Besserverdienende“ den Luxus eines Kindergartenplatzes leisten können. Alle Kinder müssen die gleichen Chancen haben.
Die bisher vorhandene Sozialstaffelung reicht nach Ansicht der SPD-Molfsee nicht aus, da gerade junge Familien in der beruflichen und finanziellen Aufbauphase nicht mehr unter diese Regelung fallen.
Wir machen uns stark für die Vereinbarkeit von Kindern mit der Berufstätigkeit der Eltern. Nicht nur bei Leuten mit kleinerem Geldbeutel ist es kaum möglich dieses Ziel zu erreichen, wenn keine gute Unterbringung der Kinder in dieser Zeit gewährleistet wird, die auch bezahlbar ist.
Gerade allein erziehende Elternteile werden ansonsten geradezu zur Arbeitslosigkeit gezwungen.
Das Argument der leeren Gemeindekasse lässt natürlich auch die SPD-Molfsee nicht kalt. Allerdings ergäbe sich anhand der Berechnung der Gemeindeverwaltung durch die geplante Erhöhung eine jährlich Mehreinnahme von gerade einmal rund 7000 Euro. In diesem Zusammenhang gibt es andere angedachte oder geplante Vorhaben, die den Gemeindehaushalt mit einem Vielfachen belasten. Wir stellen uns nicht grundsätzlich gegen diese Projekte, allerdings darf dies nicht zu Lasten unserer Kinder gehen.
Die SPD-Molfsee fordert daher den Bürgermeister und alle Gemeindevertreter auf, die Etats noch einmal nach besseren Sparmöglichkeiten durchzukämmen und ggf. ein Projekt zurückzustellen.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 07.09.2004, 15:30 Uhr - 594 Clicks - Nr. 467*

Lenkungsgruppe soll noch in dieser Woche tagen!



Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Mitglied der Lenkungsgruppe zum Flughafen, Alexander Möller teilt heute mit:
"Ich habe Frau Volquartz heute darum gebeten, noch in dieser Woche eine Sitzung der Lenkungsgruppe einzuberufen.
Wenigstens die städtischen Vertreter in diesem Gremium müssen das weitere Verfahren diskutieren. Außerdem muss die Gelegenheit bestehen, von der Oberbürgermeisterin und der Verwaltung zu erfahren, welche Erkenntnisse bei der Stadt über die Bedarfsanalyse vorliegen. Dazu hat es in den letzten Wochen widersprüchliche

Aussagen der Oberbürgermeisterin gegeben, die wir aufklären müssen. Wir sind gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in der Pflicht."
Kommentar von Claus Carstensen vom 28.09.2004, 10:28 Uhr:
RE:Lenkungsgruppe soll noch in dieser Woche tagen!
Hallo,
ich bin mehrfach jeden Monat unterwegs vom Flughafen Kiel, in Sachen Schwerbehindertenvertretung T-Online und Deutsche Telekom AG. Viele Kollegen aus dem Konzern und anderer Firmen sind auf diese Reisemöglichkeit angewiesen, denn wenn für einen Geschäftstermin nicht mehr 1 Tag, sondern zwei im Minimum angesetzt werden müssen, weil Bahnreisen ja schon sprichwörtlich unzuverlässig und eben auch langsamer sind, dann wird Kiel schlicht uninteressant.
Bitte haltet mich auf dem Laufenden, wenn es möglich ist.
Vielen Dank!

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 07.09.2004, 15:31 Uhr - 609 Clicks - Nr. 468*

Regionalkonferenzen: Richtiges Signal von Stegner

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt:
"Die SPD-Fraktion begrüßt die Initiative von Finanzminister Ralf Stegner. Seine Einladung an die Kommunen, in Regionalkonferenzen gemeinsam über Wege aus der Haushaltsmisere zu reden, ist ein hilfreiches Signal.
Deshalb schadet die Weigerung der Landeshauptstadt Kiel, sich mit der Landesregierung an einen Tisch zu setzen, den Interessen Kiels. Es ist unerhört, wenn Frau Volquartz und - rätselhafter Weise auch Stadtpräsident Dr. Wulff - gegenüber Finanzminister Stegner erklären, die Landeshauptstadt Kiel nimmt an einer Regionalkonferenz, auf der Vorschläge zur Verbesserung der kommunalen Finanzen erörtert werden sollen, nicht teil.
Frau Volquartz wird nicht müde zu betonen: Die Haushaltslage der Landeshauptstadt Kiel mit einem Defizit von 88 Mio. € für 2004 ist katastrophal. Jetzt möchte sie lieber der Finanzdebatte ausweichen, statt ihre Vorstellungen, wie sie das Defizit der Landeshauptstadt Kiel abtragen will, offen zu legen.
Die schleswig-holsteinische Landeshauptstadt muss haushaltspolitisch Flagge zu zeigen.
Es ist höchste Zeit, dass Frau Volquartz ihr Parteiamt als stellvertretende Vorsitzende der Landes - CDU überdenkt oder ruhen lässt, weil sie sich als Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Kiel nicht dem Vorwurf der Parteilichkeit aussetzen darf."

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 08.09.2004, 20:02 Uhr - 1593 Clicks - Nr. 469*

SPD-Engelsby: Gefahr erkannt - Gefahr (fast) gebannt

Aufgrund der Bauarbeiten für die Osttangente kommt es an vielen Stellen zu erheblichen Beeinträchtigungen für alle Verkehrsteilnehmer.
Uns ist aufgefallen, dass an der Einmündung von Engelsby-Dorf zur Nordstraße eine für Fußgänger und Radfahrer nicht hinnehmbare Gefahrenquelle entstanden ist.
Der stadteinwärts fließende Fahrzeugverkehr missachtete die gelbe durchgezogene Linie und ging somit fast ausnahmslos auf Kollisionskurs mit Fußgängern und Radfahrern.

Wir haben die Polizeistation Engelsb/Tarup über den Sachverhalt informiert und gebeten, einen besseren Schutz für die gefährdeten Verkehrsteilnehmer, zu veranlassen.
Kommentar von Heike Astruc vom 14.09.2004, 08:13 Uhr:
RE:SPD-Engelsby: Gefahr erkannt - Gefahr (fast) gebannt
Moin,
ich kann Ihnen nur danken, dass Ihnen diese Gefahrenstelle aufgefallen ist und Sie sie schon an die Polizei gemeldet haben. Meine beiden Söhne (11 und 13 Jahre) fahren dort jeden Morgen entlang zum Fördegym.
Ich bin jeden Mittag froh, wenn sie heil zurück sind, denn auch das Vorbeikommen an den großen Baufahrzeugen dort ist nicht gerade ungefährlich. Hoffentlich kanndieser Schulweg besser gesichert werden bis zum Abschluß der Baustelle!

Heike Astruc

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 09.09.2004, 13:52 Uhr - 608 Clicks - Nr. 470*

Möller zu Flughafen: Prüfungen zu möglichem Ausbau gehen sachlich weiter!



Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller, Mitglied der Lenkungsgruppe "Flughafen Holtenau", teilt zu der heutigen Sitzung der Lenkungsgruppe, in der die Bedarfsprognose präsentiert wurde, mit:
"Die vorgelegte Bedarfsprognose ist kein Anlass den Ausbau des Flughafens abzulehnen.
Um eine endgültige, aber vor allem sachliche Entscheidung zu treffen, müssen wir das vorliegende Zahlenwerk bewerten und mit den noch ausstehenden Kostenprognosen prüfen.

Noch im September wird die Lenkungsgruppe mit den Gutachtern zusammen kommen und kritisch diskutieren. Ich gehe davon aus, dass an diesem Termin auch die Oberbürgermeisterin teilnimmt. An der heutigen Sitzung nahm sie leider nicht teil."

Möller bedauerte, dass sich die Zeitpläne zur Entscheidung nach der sog. Phase 1 nach hinten verschoben haben und sagte: "Die Gutachten, Analysen und anderes sind notwendig. Auch deren Kosten. Denn nur mit ihnen kann eine Entscheidung verantwortlich getroffen werden. Dies war und ist die Position der SPD-Ratsfraktion. Wir halten sie gegen alle Widerstände der Unvernunft durch. Es ist wirtschaftspolitisch und haushalterisch notwendig, Entscheidungen zu treffen, wenn alle Fakten auf dem Tisch liegen. Dazu gehört für die SPD-Ratsfraktion auch der Abgleich mit den Ratsbeschlüssen und der Beschluss des Kreisparteitags unserer Partei."

Die Kritik des grünen Fraktionsvorsitzenden Oschmann an Minister Rohwer nannte Möller "für die rot-grüne Landesregierung mehr als belastend". Die Landesregierung habe im übrigen mehrfach nachgewiesen, dass der von Oschmann genannte Hauptstadt-Express unwirtschaftlich sei.
Zu der heutigen Pressekonferenz des Arbeits- und Wirtschaftsministers Dr. Bernd Rohwer, Oberbürgermeisterin Volquartz und IHK-Präsident Prof. Dr. Hans-Heinrich Driftmann sagte der Fraktionsvize:
"Das Lob von Prof. Driftmann zu den durch Bernd Rohwer erreichten Verbesserungen der

Verkehrsinfrastruktur in Schleswig-Holstein teilt die SPD uneingeschränkt. Sie sind notwendig, um die Randlage Kiels wett zu machen."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 09.09.2004, 13:53 Uhr - 736 Clicks - Nr. 471*

Kietzer zur Musikschule: Ist wirklich alles vorbei?

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion und kulturpolitische Sprecherin Cathy Kietzer erklärt:
"Viel zu lange haben die Vertragsverhandlungen mit dem Investor gedauert.
In der 2. Hälfte 2003 haben CDU und Grüne durch aufgebaute Hürden die Beschlussfassung zur Musikschule und damit den Vertragsabschluss hinausgezögert. In diesem Jahr hat es von Seiten der Verwaltung nicht genügend Unterstützung für den Investor gegeben. Vielleicht hätte eine städtische Bürgschaft genügt, um die Rahmenbedingungen bei der Abtrennung vom Haß-Speicher für den Investor zu stabilisieren.
Es ist leider wieder ein Beispiel dafür, dass es an Ideen in der Verwaltung fehlt. Wenn die Oberbürgermeisterin auf die Frage, ob das Geld für den geplanten Verkauf der Gerhardschule für den Umbau verwendet werden könnte, nur zur Antwort gibt, dass ihr dieser Vorschlag nicht bekannt sei und deshalb nicht weiter verfolgt werden soll, kann man feststellen, dass noch nicht einmal untersucht worden ist, unter welchen Bedingungen der Investor sein lobenswertes Vorhaben hätte umsetzen können.
Sollte der Investor definitiv die Verhandlungen beendet haben, stellt sich die Frage der Zukunft der Musikschule. Bleibt alles beim alten? Verkauft werden kann die Gerhardschule jetzt jedenfalls nicht. Viele Fragen gibt es und keine Informationen und keine Ideen.
Ende der Geschichte - 3 1/2 dünne Pressezeilen."

Keine Kommentare

Lothar Hay, MdL - *veröffentlicht am 09.09.2004, 14:31 Uhr - 2117 Clicks - Nr. 472*

Lothar Hay: Ganztagsangebote verstärkt handwerklich-technisch ausrichten!

Die Angebote der offenen Ganztagsschulen sollen nach Vorstellung von SPD-Fraktionschef Lothar Hay vor allem auch handwerklich-technisch ausgerichtet werden. "Gerade Hauptschulen, die mit Hilfe des Inverstitionsprogramms Bildung und Betreuung zu offenen Ganztagsschulen ausgebaut werden, sollten die Chance nutzen, die Berufsfähigkeit der Hauptschülerinnen und Hauptschüler zu verbessern", sagte Hay nach einem Gespräch mit Vertretern der Handwerkskammern Flensburg und Lübeck.

Das Handwerk beklagt ein zunehmendes Desinteresse junger Menschen an technischen und handwerklichen Berufen und einen Mangel an feinmotorischen Fähigkeiten von Schulabgängern. Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass diese Defizite sowie die Schulmüdigkeit von Jugendlichen durch solche Angebote zum Teil kompensiert werden könnten."
Bei der Einrichtung dieser Angebote setze er auch auf eine Kooperation der Haupt- und Realschule mit den Berufsbildungsstätten des Handwerks, erfahrenen älteren Meistern und Ausbildungsleitern sowie den Berufsschulen.

"Handwerklich-technische Angebote in der offenen Ganztagsschule können das Profil von Hauptschulen stärken und auch die Ausbildungsfähigkeit der jungen Schulabsolventen deutlich verbessern. Hiervon würde auch das Handwerk profitieren", meinte der Fraktionsvorsitzende.
Die Handwerkskammervertreter - Horst Kruse, Präsident der Handwerkskammer Lübeck, Eberhard Jürgensen, Vizepräsident der Handwerkskammer Flensburg, Andreas Katschke, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Lübeck und Udo Hansen, Hauptgeschäfsführer der Handwerkskamemr Flensburg - zeigten Interesse an dem Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden und sagten zu, nach detaillierten Informationen zu prüfen, inwieweit sich das Handwerk einbringen kann.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 09.09.2004, 14:41 Uhr - 4726 Clicks - Nr. 473*

MdB Ulrike Mehl zu Hartz IV

veröffentlicht in der Eckernförder Zeitung am 8.9.04

Hartz IV: Bessere Chancen für Langzeitarbeitslose und erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger

Die oft heftig und emotional geführten Diskussionen der vergangenen Wochen über Hartz IV haben leider nicht zu einer sachlichen Auseinandersetzung mit den Inhalten beigetragen. Denn die Reformen bedeuten nicht in erster Linie Leistungskürzungen, sondern vielmehr bessere Beratung für alle und höhere Leistungen für Viele.

Mit der Arbeitsmarktreform zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV) haben wir die Voraussetzung dafür geschaffen, dass Langzeitarbeitslose schneller und intensiver als bisher vermittelt und wieder in Beschäftigung gebracht werden. Das ist das Ziel der Hartz-Reformen. Und: Langzeitarbeitslose, die jünger als 25 Jahre sind, bekommen alle ein Angebot auf Ausbildung, Arbeit, sonstiger Beschäftigung.

Die Philosophie sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik lautet „Fördern und Fordern“. Wir bieten Langzeitarbeitslosen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Wir setzen auf ihre Eigeninitiative. Aktive Leistungen wie Beratung, Vermittlung, Weiterbildung oder auch ABM haben für uns Vorrang vor passiven Leistungen, d.h. Geldzahlungen. Der traditionelle Grundsatz von SPD und Gewerkschaften „Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren“ wird mit Hartz IV stärker denn je berücksichtigt.

Wie Sozialhilfe wird Arbeitslosenhilfe bisher aus der Steuerkasse bezahlt und zwar differenziert je nach vorheriger Höhe des Lohns bzw. des Arbeitslosengeldes. Das ändert sich und das bedeutet für die Betroffenen Abstriche. Vor allem werden Partnereinkommen angerechnet. Das ist aber nicht unsozial.

Gerade für Langzeitarbeitslose, die bisher Sozialhilfe erhalten, wird die soziale Sicherung verbessert: Und anders als in der Sozialhilfe werden zukünftig für 900.000 erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger Beiträge zur Krankenversicherung, Pflege und Rente gezahlt.

Bislang gab es eine klare Trennung zwischen Menschen ohne Arbeit, die Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bekommen haben, und Arbeitslosen, die ausschließlich Sozialhilfe erhalten haben. Letztere waren von den aktiven Leistungen der Arbeitsämter (Beratung, Qualifizierung, ABM, etc.) weitgehend ausgeschlossen. Damit machen wir Schluss. Jeder erwerbsfähige Arbeitsuchende – auch diejenigen, die bislang ausschließlich Sozialhilfe bekommen haben – erhält in den JobCentern die Leistungen, die für seine Eingliederung in den Arbeitsmarkt erforderlich sind.

Das bedeutet u.a., dass jeder einen persönlichen Ansprechpartner bekommt – den so genannten Fallmanager – bei der Agentur für Arbeit. Der Fallmanager soll in der Regel für 75 Arbeitsuchende verantwortlich sein und nicht wie bisher für teilweise bis zu 800. So kann eine individuelle und zielorientierte Beratung sichergestellt werden.

Jeder Arbeitsuchende schließt mit dem Fallmanager für sechs Monate eine

Eingliederungsvereinbarung ab, die für beide verbindlich ist. In der Vereinbarung wird festgelegt, welche Leistungen der Arbeitssuchende erhält und was er dafür tun muss. Falls die Arbeitsvermittlung innerhalb dieser Zeit nicht gelingt, werden andere Maßnahmen (Trainingsmaßnahmen, Weiterbildung) angeboten.
Über die Qualifizierungsangebote hinaus gibt es je nach Bedarf zusätzliche Leistungen: Unterstützung bei der Kinderbetreuung, Schuldnerberatung und psychosoziale Betreuung.

Keine Kommentare

Lothar Hay, MdL - *veröffentlicht am 11.09.2004, 13:57 Uhr - 2184 Clicks - Nr. 474*

Ein Sammelsurium konservativer politischer Positionen



Zu dem heute vorgestellten Wahlprogramm der CDU erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay:
Mit Werten aus der Nachkriegszeit, Bildungspolitik, die PISA ignoriert, und Energiepolitik der 70er Jahre kann man ein modernes Land nicht weiterbringen.

Die CDU setzt weiterhin auf das dreigliedrige Schulsystem, obwohl dieses nachweislich (PISA!) schlechtere Ergebnisse bringt. Das soll schon im Kindergarten mit „Bildung“ in altersgleichen Gruppen beginnen. Da sollte der Kandidat sich an seine eigenen Worte aus Dänemark erinnern, „dass es zuweilen helfe, mal zum Nachbarn hinüberzusehen“ (LZ 1.9., „Beim Nachbarn abgucken“). 300 neue Lehrerstellen „zu erwirtschaften“ ist nur möglich durch eine Mehrbelastung der Lehrkräfte.
Nicht mehr, sondern weniger Unterricht für diejenigen, deren schulische Defizite auch die CDU immer beklagt: Das freiwillige 10. Hauptschuljahr möchte sie einsparen. Die berufliche Bildung soll besser, aber die Anzahl der Berufsschultage verringert werden. Wie das zusammen passt, bleibt das Geheimnis der CDU.

Schön, dass die Landes-CDU die Kita-Betreuung ausbauen möchte. Aber hat sie das mit ihren Kommunalpolitikern abgesprochen, die mit ihren Mehrheiten Kürzungen von Zuschüssen beschließen und damit für viele Kinder den Besuch von Kindertagesstätten einschränken?

Wir sind gespannt, welche Verbände und Vereine künftig Zuschüsse und Zuwendungen erhalten sollen – denn die CDU fordert ja, „Vorhaben von besonderer landespolitischer Bedeutung“ nachzuweisen.

Mehr innere Sicherheit durch Ausbau der Polizei hat auch die CDU Hamburg vor der Wahl versprochen. Aber wie das so ist mit teuren Versprechen: Jetzt wird dort Polizei abgebaut.

Bei Naturschutz, Umwelt- und Agrarpolitik werden Versprechungen gemacht, die aufgrund geltenden EU-Rechts nicht einzuhalten sind (z. B. Ausgleichsmaßnahmen, Einsatz von Modulationsmitteln). Das „grüne Herz“, das der CDU-Fraktionsvorsitzende Kayenburg seiner Partei empfohlen hat, um städtische Wählerschichten zu gewinnen? Fehlanzeige!

Das Programm ist ein Sammelsurium konservativ(st)er politischer Positionen. Die Umsetzung wäre der Schritt zurück in die Vor-Barschel-Zeit. Das werden auch die Wählerinnen und Wähler erkennen.

Keine Kommentare

Lothar Hay, MdL - *veröffentlicht am 11.09.2004, 15:22 Uhr - 2632 Clicks - Nr. 475*

Mit uns kein Ausstieg aus dem Ausstieg

„Die CDU Schleswig-Holstein hat angekündigt, dass sie die Atomkraftwerke langfristig am Netz halten will – damit plant sie den Ausstieg aus dem Ausstieg und die Rolle rückwärts in die 70er Jahre.
Die SPD bekennt sich klar zum Energiekonsens und damit zum geordneten Rückzug aus der Kernkraft. Dies will auch die Mehrheit der Menschen im Lande. Mit uns wird es keine Veränderungen an der Vereinbarung mit den Energiekonzernen geben. Wir setzen auf regenerative Energien, denn sie haben Zukunft!“ Mit diesen Worten kritisierte der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay, die energiepolitischen Ankündigungen der Opposition. Hay sprach auf einer Fachveranstaltung seiner Fraktion zum Thema „Offshore-Windenergie – Anforderungen an die Infrastruktur“ heute in Heide.

„Angesichts des drohenden Klimawandels, der Endlichkeit der Ölvorräte und der aktuellen Ölpreisentwicklung gibt es keine Alternative zu den erneuerbaren Energien. Das Ziel der SPD ist es, bis zum Jahr 2010 50 Prozent des Stromverbrauches in Schleswig-Holstein durch regenerative Energien zu erbringen. Ein erheblicher Anteil wird dabei auf die Windkraftnutzung entfallen. Zurzeit können wir schon rund 25 Prozent des Stromverbrauches im Land durch Windenergien decken. Die Windkraft ist in Schleswig-Holstein zu einem Wirtschaftsfaktor geworden; 4.000 Arbeitsplätze wurden in diesem Bereich geschaffen“, erläuterte Hay. Wenn die CDU dies rückgängig machen wolle, gefährde sie eine Zukunftsbranche und spiele leichtfertig mit Ängsten der Bevölkerung. Der Energiekonsens habe ein jahrzehntelanges Konfliktthema beendet.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 11.09.2004, 18:29 Uhr - 2439 Clicks - Nr. 476*

Rolf Fischer: SPD erinnert am 30.09.04 an OB Andreas Gayk



Am 01.10.04 jährt sich der Todestag von Andreas Gayk, einer der herausragenden Persönlichkeiten der Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein, zum 50. mal. Aus diesem Anlass werden die Kieler SPD und der SPD-Landesverband eine interessante und würdige Veranstaltung begehen:
Am 30.09.04 laden wir um 15.30 Uhr ab „Räucherei” zu einer Stadtrundfahrt unter dem Motto „Andreas Gayk und seine Stadt” ein.
Norbert Gansel, Rosa Wallbaum und Günter Martens werden an markanten Orten über Andreas Gayk und seine Arbeit sprechen. Im Rahmen dieser Fahrt wird durch den Landesvorsitzenden Claus Möller und dem Kreisvorsitzenden Rolf Fischer ein Kranz am Grab Gayks niedergelegt.
Wer mit dem Bus mitfahren will, muss sich aufgrund der beschränkten Plätze frühzeitig im Kreisbüro (90 60 6-12 / -13) anmelden.
Im Anschluss daran findet gegen 18.30 Uhr in der „Räucherei”
eine Veranstaltung unter dem Titel „Andreas Gayk und seine Politik” statt, auf der Holger Martens, Historiker aus Hamburg, einen Vortrag über Gayk halten wird und
wir ein kulturelles Rahmenprogramm mit Texten und Musik bieten.
Und wir starten ein historisches Gayk-Projekt:
Mit dieser Ankündigung rufen wir die Kieler Bürgerinnen und Bürger auf, uns Photos mit Andreas Gayk, eigene Erinnerungen oder kleine Beiträge zu Andreas Gayk zuzusenden. Wir möchten ihn in seinen vielfältigen Aufgaben z.B. als Oberbürgermeister, Kommunal- und Landespolitiker oder auch ganz privat darstellen. Wir werden diese Beiträge vorstellen und ggf. (natürlich nur mit Zustimmung

und mit Rückgabe) veröffentlichen. Alle Beiträge können an Rolf Fischer, Kreisbüro SPD, Kleiner Kuhberg 28-30, 24105 Kiel geschickt werden.

Keine Kommentare

SPD-Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 12.09.2004, 18:06 Uhr - 4950 Clicks - Nr. 477*

Informations-Austausch ohne Wahlkampf-Manier



Lothar Hay Vorsitzender der SPD Landtagsfraktion Schleswig-Holstein besuchte gemeinsam
mit dem SPD Kreisvorsitzenden Schleswig-Flensburg, Dirk Peddinghaus, die
ORION Versand GmbH & Co.KG.

Was bewegt die Unternehmer in Schleswig-Holstein? Wie sind die Planungen für die Zukunft? Lothar Hay und Dirk Peddinghaus wollten dies im Gespräch mit der ORION-Geschäftsleitung
Dirk Rotermund, Birgitta Söchting und Werner Sinner herausfinden.

Besonders interessiert zeigten sich die Besucher an den Entwicklungen im Bereich „Video on demand"-Services. „Unsere Kunden sind klassische Versandkunden" antwortete Dirk Rotermund auf die Frage Hay's, wie hier die Planungen bei ORION aussehen würden, „Mit unserem Inhouse-Know how können wir jedoch der Zukunft gelassen entgegen sehen."

Seit 1995 ist ORION im Internet. In den letzten Jahren hat der Bereich Neue Medien stark expandiert. Fast 50% der Kunden-Bestellungen werden heute schon online getätigt.
Shopping- und Entertainment-Services erfahren eine stetig steigende Kundenresonanz, das Gros der Kunden sei jedoch noch nicht für die Nutzung von „On demand"-Services gerüstet, so Dirk Rotermund abschließend zur Frage Hay's.

Als eines der größten europäischen Erotik-Versandhäuser hat ORION insbesondere mit den deutschen Gesetzgebungen zu kämpfen. In den meisten europäischen Nachbar-Staaten würde dem Wettbewerb ein, im Vergleich, viel freieres Agieren am Markt zugestanden. Die Wettbewerbsfähigkeit des Flensburger Unternehmens sei damit stark eingeschränkt, so Werner Sinner in dem Gespräch.

Trotzdem hat sich der Inhaber Dirk Rotermund ganz bewusst weiterhin für den Standort Flensburg entschieden, erst im Jahr 2003 wurden rund 4 Mio. € in neue Lager- und Bürogebäude investiert.

Die immer schwieriger werdende Marktsituation, fügte Werner Sinner hinzu, erfordere eine intelligente Nischenpolitik. Schwankungen im deutschen Markt könnten mit den Expansionen im europäischen Ausland ausgeglichen werden. Erst kürzlich wurden erfolgreiche Verhandlungen in Moskau durch den ORION-Großhandel geführt.

Besonders stolz ist man im Hause ORION auf das moderne Mitarbeiter-Management: Zur Zeit sind über dreißig Mitarbeiterinnen im Mutterschutz. Diese Zahl ist für ein mittelständisches Unternehmen überdurchschnittlich hoch. Jede Mitarbeiterin hat nach Ende des Mutterschutzes Anspruch auf eine Ganz- bzw. Halbtagsstelle. Das erfordert eine flexible, vorausschauende Personalpolitik, erklärte Birgitta Söchting.

Lothar Hay sprach in diesem Zusammenhang die Arbeitsmarktsituation für über 55jährige an. Sein Plädoyer für erfahrene potentielle Arbeitnehmer konnte durch die ORION-Geschäftsleitung positiv beantwortet werden: Zwar setzt sich die 260köpfige ORION-Mannschaft in Flensburg überwiegend aus jungen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen zusammen, aber auch ältere Bewerber und Bewerberinnen haben bei geeigneter Qualifikation und passendem Profil die besten Möglichkeiten im Unternehmen. So tritt in Kürze ein 57jähriger seine Tätigkeit bei dem Erotik-Spezialisten in der Fördestadt an.

Das knapp zweistündige Gepräch in lockerer, freundlicher Atmosphäre hinterließ bei allen Beteiligten den Eindruck echten gegenseitigen Interesses. Abschließend ließ man sich gemeinsam bei Sonnenschein vor dem ORION Gebäude fotografieren.

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 13.09.2004, 17:07 Uhr - 5755 Clicks - Nr. 478*

Einrichtung einer Kulturstiftung des Kreises Segeberg



Die Kultur im Kreis Segeberg darf nicht fünftes Rad am Wagen werden bzw. bleiben, daher beantragen die SPD-Vertreter im Kreistag anlässlich der Sitzung am 23. Sept. 2004 die Einrichtung einer Kulturstiftung des Kreises Segeberg.
Was sich in anderen Kreisen Schleswig-Holsteins bewährt hat, soll auch in unserem Kreis möglichst bald umgesetzt werden.

Wir sind optimistisch, dass (nach Beratungen in den Fraktionen und in den Ausschüssen) der Antrag eine Mehrheit im Kreistag finden wird:

die SPD-Kreistagsfraktion stellt hiermit den Antrag, zum 01.01.2005 eine „Kulturstiftung des Kreises Segeberg“ einzurichten und in diese Stiftung einen Teil der kreiseigenen e.on-hanse Aktien als Stiftungsvermögen einzubringen, so dass der Kulturstiftung jährliche Erträge zur Durchführung ihrer Aufgaben zufließen.

Begründung:

Aufgabe einer Stiftung ist die Förderung der Kulturarbeit im Kreisgebiet. Dies geschieht durch eigene Aktivitäten der Stiftung und/oder durch Unterstützung anderer Träger bei der Wahrnehmung kultureller Aufgaben und der Durchführung von Kulturveranstaltungen.

Zur Sicherstellung der Förderung bzw. der Bezuschussung von kultureller Tätigkeit im Kreisgebiet haben sich in anderen Kreisen Schleswig-Holsteins Kulturstiftungen bewährt, so z.B. im Kreis Schleswig-Flensburg. Eine Kulturstiftung kann die Verwaltung der Erträge des Stiftungsvermögens sowie die Bezuschussung bzw. Förderung der kulturellen Einrichtungen unter ihrem Dach übernehmen und darüber hinaus weitere Einnahmen bzw. Zuwendungen zur Mehrung des Stiftungsvermögens akquirieren. Der Kreis wird von den vorgenannten Aufgaben entlastet. Die kulturellen Einrichtungen können aus den Erträgen des Stiftungsvermögens zuverlässig und nachhaltig mit den erforderlichen Zuwendungen rechnen, ohne dass jeweils im Kreistag entsprechende Beschlüsse gefasst werden müssen. Schließlich ist die Akquisition externer Zuwendungen eine originäre Aufgabe einer Kulturstiftung.

Wir bitten um grundsätzliche Zustimmung zur weiteren Beratung in den Ausschüssen.

Eckart Urban
(kulturpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion)

Keine Kommentare

SPD-Steinburg - *veröffentlicht am 14.09.2004, 07:37 Uhr - 7161 Clicks - Nr. 479*

SPD-Steinburg gründet Arbeitsgemeinschaft für Bildung

Wie jetzt Stefan Eskierski, Pressesprecher der SPD Steinburg, mitteilte, wird es am Montag, den 20.09.2004 um 18:00 Uhr in der Sandkuhle 12 – 16 in Itzehoe eine Gründungssitzung geben.
Die SPD möchte im Kreis Steinburg deutlich die Bildung nach vorne bringen. Zu diesem Zweck treffen sich Parteimitglieder und Interessierte in der Steinburger Parteizentrale, um eine Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) ins Leben zu rufen. Dazu Stefan Eskierski: „Wir gründen eine Arbeitsgemeinschaft für Bildung, weil dieses eines der Zukunftsprobleme unseres Landes ist und wir aktiv Lösungen erarbeiten werden. Ein Vorteil einer Arbeitsgemeinschaft besteht auch in dem Aspekt, dass nicht nur Parteimitglieder ihr angehören können, sondern jeder, der sich für dieses Thema interessiert, für Bildung aktiv werden kann. Und gerade die neuste Auswertung der PISA Studie verdeutlicht uns doch, dass noch viel Arbeit, Zeit und Geld insbesondere in die Strukturen investiert werden muss“. Ein weiterer Tagesordnungspunkt wird die Vorbereitung einer Studienfahrt in eine Schule nach Dänemark sein, um voneinander zu lernen. Interessierte sind zur Gründungsveranstaltung herzlich willkommen.

Gez. Stefan Eskierski
Pressesprecher der SPD Steinburg
(01 73) 23 10 782
stefaneskierski@freenet.de

Keine Kommentare

SPD-Nordfriesland - *veröffentlicht am 14.09.2004, 08:36 Uhr - 6981 Clicks - Nr. 480*

15,3 Millionen für Infrastrukturprojekte an die Westküste

Die Landesregierung hat am 13. September 2004 für 22 Infrastrukturprojekte in den Förderregionen Westküste, Flensburg/Schleswig, Ostholstein/Lübeck/Lauenburg und K.E.R.N. insgesamt 28,2 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Westküste profitiert von der Entscheidung mit insgesamt 15,3 Millionen Euro am stärksten, wobei davon rund 6,2 Millionen Euro jetzt zur Bewilligung freigegeben und weitere 9,1 Millionen reserviert sind.
Die 9,1 Millionen Euro sind für die Stadt Husum reserviert und dort für den Ausbau des Husumer Hafens für Offshore-Zwecke vorgesehen. Die Gesamtinvestitionen betragen rund 13,1 Millionen Euro. 2,6 Millionen Euro der Förderung stammen aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) des Landes, der Rest aus Strukturfondsmitteln der EU. Die Stadt Husum beabsichtigt, den Husumer Außenhafen zu erweitern, so dass Komponenten von Offshore-Windkraftanlagen verschifft werden können und die Wartung der Offshore-Windparks in der Nordsee von Husum aus vorgenommen werden kann. Für die Errichtung der Kaianlage ist die Fläche südöstlich des Husumer Sperrwerks vorgesehen. Die Kaianlage soll für Einzellasten bis zu 350 Tonnen ausgelegt werden und soll als Montage- und

Lagerfläche für die umzuschlagenden Materialien dienen. Rohwer erwartet von dieser Förderzusage positive Impulse für das Cluster Windenergie an der Westküste Schleswig-Holsteins.

Die Stadt Westerland erhält rund 1,9 Millionen Euro zur Verbesserung der Sicherheit am Flughafen Sylt. Insgesamt investiert die Stadt rund 4,7 Millionen Euro. Im Einzelnen sollen modernisiert werden: der Oberflächenbelag der Start- und Landebahn, die Anflug- und Pistenrandbefeuerung einer Landebahn sowie andere sicherheitsrelevante Einrichtungen im Bereich der Wetteranlage, des Towers und der Zugangskontrolle.

Darüber hinaus wird die Tourismuszentrale St. Peter-Ordnung mit rund 79.000 Euro unterstützt, die zum Ausbau eines drahtlosen Netzwerkes (Wireless-LAN) eingesetzt werden sollen. Damit wird Urlaubern ein zusätzlicher Service geboten.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Eckhard Jacobs, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Keine Kommentare

SPD-Holtenau - *veröffentlicht am 14.09.2004, 13:53 Uhr - 1319 Clicks - Nr. 481*

Schließung der Stadtteilbücherei Holtenau

Bürger gegen das drohende "AUS"!
Der SPD Ortsverein Holtenau spricht sich gegen eine Schließung der Stadtteilbücherei Holtenau aus und begrüßt besonders das bürgerschaftliche Engagement von Holtenauerinnen und Holtenauern, die bei Wind und Wetter Unterschriften gegen das drohende "AUS" sammeln.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 14.09.2004, 14:14 Uhr - 1549 Clicks - Nr. 482*

SPD-Engelsby: Kauslundhof -Die Bagger sind da

In unserer aktuellen Pussloch-Ausgabe berichteten wir über den neu zu errichtenden Recyclinghof in Kauslundhof. Mittlerweile haben die umfangreichen Erdarbeiten begonnen.
Der Lärmschutzwall zu dem angrenzendem Wohngebiet Kauslunder Winkel wurde bereits erhöht. In kreisförmiger Anordnung werden dort 19 Sammelcontainer aufgestellt. Davon stehen 9 Stück zur Erleichterung des Einwurfs, auf abgesenkter Fläche 1,50 m unterhalb der Zubringerstraße. Die restlichen 10 stehen ebenerdig. Die Fläche für die neue Sammelstelle beträgt ca. 4300 qm.
Die Inbetriebnahme ist für Dezember diesen Jahres geplant.

Keine Kommentare

Lothar Hay, MdL - *veröffentlicht am 15.09.2004, 08:16 Uhr - 2504 Clicks - Nr. 483*

Bisherige Regelung beibehalten

Zu dem Vorschlag des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft, die Landesverordnung über pflanzliche Abfälle aufzuheben, erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay:

Die SPD-Landtagsfraktion ist der Auffassung, es soll bei der bisherigen Regelung, dass Pflanzenabfälle auf den Flächen, auf denen sie anfallen, verbrannt werden können, bleiben, weil sie sich bewährt hat. Eine Änderung mit der Möglichkeit, dass Kreise und kreisfreie Städte Ausnahmegenehmigungen erteilen können, führt zu bürokratischem Aufwand sowie unnötigen Kosten und Wegen für die Bürger. Dies ist nicht in unserem Sinne.

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 15.09.2004, 10:24 Uhr - 1208 Clicks - Nr. 484*

Bildung braucht Visionen

„Was Deutschland braucht, ist eine Vision für unser künftiges Bildungssystem. Deshalb ist es das bleibende Verdienst der OECD, die Wichtigkeit des Themas Bildung in der öffentlichen Diskussion zu halten“, kommentiert der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber, die gestern von der OECD vorgestellte Jahresübersicht „Bildung auf einen Blick 2004“.
Weber verwies darauf, dass die von der OECD erhobenen Daten drei Jahre alt sind, also noch aus der Zeit vor der Veröffentlichung der ersten PISA-Studie stammen. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, als hätten die deutschen Bun-desländer seither keine Konsequenzen aus dem schlechten Abschneiden der deutschen Schüler gezogen. Im Gegenteil habe Schleswig-Holstein trotz schwieriger Haushaltslage in großem Maße neue Stellen geschaffen und Millio-nenbeträge zur Vermeidung von Unterrichtsausfall investiert.

Noch wichtiger sei der Aufbau von Ganztagsangeboten mit Unterstützung des Investitionsprogramms „Zukunft, Bildung und Betreuung“ der Bundesregierung. Auch seien gerade in Schleswig-Holstein Konsequenzen aus der Kritik der OECD gezogen worden, zugunsten der Vorschul- und Grundschulerziehung umzusteuern, wofür die Verlässliche Grundschule stehe.

„Wir sind uns mit der OECD völlig einig, dass Bildung Visionen braucht. Grund-sätzliche Veränderungen an unserem Schulsystem, wie die Schleswig-Holsteinische SPD sie fordert, sind allerdings im föderalen System schwer durchzusetzen, wenn man die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen und die Möglichkeit des länderübergreifenden Umzugs während der Schulzeit nicht unmöglich machen will. Der Fetischismus von CDU/FDP für ein Schulwesen, das Zehnjährige sortiert, kann und wird nicht das letzte Wort in der deutschen Bildungsdebatte sein!“ (SIB)

Keine Kommentare

SPD-Lübeck - *veröffentlicht am 15.09.2004, 11:13 Uhr - 1839 Clicks - Nr. 485*

Sommerfest der Lübecker SPD

Die SPD Lübeck lädt alle Bürgerinnen und Bürger der Hansestadt zu ihrem diesjährigen Sommerfest ein. Das Fest steigt am Sonntag, 19. September ab 12 Uhr mittags in der Gartenanlage der Familie Franck in Eichholz , Am Schaar 12.
Bis zum Abend wird auf dem Grundstück an der Wakenitz bei Steaks, Grillwürstchen, kalten Getränken, Kaffee und Kuchen geklönt und gefeiert.

Für die Kinder gibt es Spiele. Außerdem können sich die kleinen Gäste als Maler mit eigener Staffelei betätigen. Die Großen dürfen ihr Glück beim Knobeln versuchen. Auf die Gewinner warten viele tolle Preise.Wer Spaß am Stöbern hat, kann dieses an einem Flohmarkt tun.
Anwesend sind auch der Bürgermeister der Hansestadt Lübeck, Bernd Saxe sowie Mitglieder des Kreisvorstandes, die Bundestagsabgeordnete, Gabriele Hiller-Ohm, die Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Landtages und Mitglieder der SPD-Bürgerschaftsfraktion, die sich über interessante Gespräche mit Ihnen freuen.

Keine Kommentare

Juso Amtsverbands-AG Stapelholm - *veröffentlicht am 15.09.2004, 20:14 Uhr - 3285 Clicks - Nr. 486*

Freie Wahl ab 16 Jahren Jusos fordern neues Wahlrecht

Jugendliche sollen ab 16 Jahren wä¤hlen dürfen. Nach Meinung der Jusos soll dies bald bei jeder Wahl möglich sein. Dann dürften Jugendliche auch z.B. an einer Landtagswahl wie der im Februar in Schleswig-Holstein ...
Freie Wahl ab 16 Jusos fordern neues Wahlrecht

Jugendliche sollen ab 16 Jahren wä¤hlen dürfen. Nach Meinung der Jusos soll dies bald bei jeder Wahl möglich sein. Dann dürften Jugendliche auch z.B. an einer Landtagswahl wie der im Februar in Schleswig-Holstein mitentscheiden. Jugendliche wollen Demokratie aktiv ausüben, und nicht nur zuschauen.Deshalb fordern die Jusos Stormarn , dass das schon auf kommunaler Ebene existierende Wahlalter 16 auch auf Landes- und Bundesebene eingeührt wird.

Warum soll ein junger 16-Jä¤hriger Azubi nicht über seine Ausbildungspolitik mitbestimmen dürfen? Das darf nicht nur den Alten berlassen bleiben.
Jusos. Heute würden
Jugendliche oft erleben, dass über ihre Köpfe hinweg Entscheidungen getroffen werden. Dies trä¤gt nach Meinung der Jusos aktiv zu mehr sogenannter Politikverdrossenheit bei. Jugendliche sind aber nicht so unpolitisch wie sie oft allgemein beschrieben werden. Sie wollen sich verwirklichen, haben ganz konkrete Ziele und Wünsche. Und deswegen sollten sie auch wählen dürfen.

Ihre Forderung wollen die Stormarner Jusos auch im Regierungsprogramm der Schleswig-Holsteinischen SPD verankern. Aus diesem Grunde wollen sie dieses Thema mit einem Antrag in den Kreisparteitag der SPD am 25.09. in Ammersbek einbringen.

Dies ist eine leicht veränderte Pressemitteilung der Stormaner Jusos

Keine Kommentare

Lothar Hay, MdL - *veröffentlicht am 16.09.2004, 12:26 Uhr - 2767 Clicks - Nr. 487*

Lothar Hay zum Thema Diäten

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Lothar Hay sagt zu dem von Landtagspräsident Heinz-Werner Arens aufgeworfenen Thema Diäten:
„Der am 20. Februar neu gewählte Landtag wird zu entscheiden haben, ob er sich mit dem Thema Diäten beschäftigt. Dabei ist die veränderte wirtschaftliche und gesellschaftliche Realität in der Bundesrepublik Deutschland mit zu berücksichtigen.
Es gibt in der neuen Legislaturperiode wichtigere Themen als dieses."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 16.09.2004, 15:46 Uhr - 592 Clicks - Nr. 488*

Möller zu Klärschlamm: Interessen aller abwägen und dann entscheiden!



Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller erklärt zu der künftigen Beseitigung von Klärschlamm in Kiel und der Region:
"Die Verbrennung von Klärschlamm ist die wichtigste Art der Beseitigung, wenn nach 2005 eine Deponierung in Deutschland rechtlich ausgeschlossen ist. Niemand will den Export von Klärschlamm und anderen Abfällen zum Beispiel nach Osteuropa. Diese Zeiten sind Gott sei Dank vorbei.

Für die Entscheidung über die künftige Beseitigung von Klärschlamm sind die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu berücksichtigen. Die wirtschaftlichen Interessen stehen erst an zweiter Stelle. Neben der Möglichkeit der Beseitigung durch das Gemeinschaftskraftwerk gibt es auch die Option der Verbrennung durch die Kieler Müllverbrennung. Diese werden in den Entscheidungsprozess mit einzubeziehen sein.

Dass wir die Klärschlamm-Frage in der Region KERN gemeinsam beantworten wollen, ist gut und richtig. Ein Klärschlammtourismus von Orten außerhalb der K.E.R.N. - Region ist gegenwärtig auszuschließen."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 16.09.2004, 15:48 Uhr - 744 Clicks - Nr. 489*

Langfeldt: Kinderfreundlichkeit wird Nagelprobe



Die jugendpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Gesa Langfeldt erklärt:
"Die SPD-Ratsfraktion wird Schwarz-Grün beim Thema Kinderfreundlichkeit der Nagelprobe unterziehen.
Die Glaubwürdigkeit ist nur dann gegeben, wenn CDU und Grüne unseren Ergänzungsantrag zur Kinderfreundlichkeit mitbeschließen, mit dem die Ratsversammlung die Oberbürgermeisterin auffordert, keine Streichungen bei den Einrichtungen vorzunehmen oder vorzuschlagen, die von Kindern und Jugendlichen häufig genutzt werden, zum Beispiel bei Stadtteilbüchereien und bei den Schwimmbädern. Außerdem soll das Kinderschutzzentrum sowie alle Zuschussempfänger im Kinder- und Jugendbereich von den beschlossenen Kürzungen ausgenommen werden.

Zum Hintergrund:
Im Dezember 2003 und April 2004 setzte die SPD-Ratsfraktion die Einrichtung einer Kinderkommission und die Errichtung eines lokalen Bündnisses für Familien auf die AGENDA. Die größeren Unternehmen in Kiel, wie z.B. die Provinzial, sind längst dabei ihren Betrieb familienfreundlich auszurichten. Die IHK widmet vor kurzem den "Lokalen Bündnissen für Familien" eine eigene Veranstaltung. Schließlich verkündete die Oberbürgermeisterin eher verspätet und kurz vor ihrer China-Tour: Kiel soll kinderfreundlichste Stadt Deutschlands werden.
Dabei könnte die Landeshauptstadt Kiel schon viel weiter sein. CDU und Grüne sind jedoch Eitelkeiten wichtiger und sie entziehen sich Gesprächen, in denen es um Verbesserungen für Familien geht. Statt sich in den Ausschüssen der Debatte über "Lokale Bündnisse für Familien" zu stellen, kommt ein Antrag für ein "kinderfreundliches Kiel". Als sei Familienpolitik und Kinderpolitik strikt voneinander zu trennen! Ein lange verabredetes Gespräch aller Fachsprecher der Fraktionen zu den lokalen Bündnissen für Familien, das am 15.9., gemeinsam mit der Frauenbeauftragten stattfinden sollte, wird überraschend am 13.9. mit fadenscheinigen Gründen abgesagt.
Dies alles verfestigt bei der SPD-Fraktion den Eindruck, dass es CDU und Grüne nicht um die Lösung von Sachfragen geht, sondern nur um die nächste Schlagzeile.
Schade für die Kinder und ihre Familien!"

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 19.09.2004, 11:56 Uhr - 5483 Clicks - Nr. 490*

Kreisparteitag 2004 in Seedorf erfolgreich



Auf dem Kreisparteitag am 18.09.2004 in Seedorf hat die SPD des Kreisverbandes Segeberg die Weichen für die Landtagswahl und die Kreisverbandsarbeit der nächsten Jahre erfolgreich gestellt.
Gleich zu Beginn des Parteitages gedachten die Delegierten des verstorbenen Ehrenvorsitzenden Manfred -Manni- Frank.

Die Vorstandswahlen brachten bei guten Ergebnissen den neuen Vorstand:
Andreas Beran - Vorsitzender, Kaltenkirchen
Sybille Hahn - 1. Stellvertr. Vorsitzende, Norderstedt
Martin Preuschhof - 2.Stellv. Vorsitzender, Norderstedt
Gottfried Geist - Schatzmeister, Kaltenkirchen

sowie als Beisitzer:
Margret Gabriel, Norderstedt
Astid Hoefs, Wahlstedt
Heiner Koencke, Norderstedt
Marc Andre Ehlers, Nahe
Hans Juergen Sass Olker, Henstedt - Ulzburg
Horst Schoeder, AG 60 +, Henstedt - Ulzburg

Die Reihung der Landtagskandidaturen:

Andreas Beran, Astrid Hoefs, Heiner Koencke und
zusaetzlich auf der Liste vertreten: Marc Andre Ehlers.

Auch wurde beschlossen, die Finanzierung der BuergermeisterInwahlkaempfe zu aendern.

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 20.09.2004, 11:36 Uhr - 6204 Clicks - Nr. 491*

Enttäuschend, aber der Wind beginnt sich zu drehen

Zu den Wahlen in Brandenburg und Sachsen erklärte SPD-Landesvorsitzender
Claus Möller:

„Der Wahlausgang in Brandenburg und Sachsen ist insgesamt nicht zufriedenstellend für die SPD, aber der Wind beginnt sich zu drehen. Wir freuen wir uns insbesondere darüber, dass es Matthias Platzek und die SPD geschafft haben, deutlich stärkste Partei in Brandenburg zu bleiben.

Der bundesweite Höhenflug der CDU ist abrupt beendet; sie ist inhaltlich in wichtigen Fragen zerstritten, scheut klare Aussagen und befindet sich jetzt im Sinkflug.

Das Ergebnis von NPD und DVU ist bedrückend, aber die Vergangenheit hat gezeigt, dass die deutsche Demokratie stabil genug ist, die zeitweise Präsenz der Rechtsradikalen in Landtagen zu verkraften, wenngleich im Ausland Schaden entsteht.

Für Schleswig-Holstein bedeutet dies:

· Die SPD beginnt sich insgesamt zu stabilisieren. Das stärkst unsere Ausgangslage in Schleswig-Holstein. Zudem regiert hier eine inhaltlich und personell stark aufgestellte SPD mit Heide Simonis als Ministerpräsidentin. Die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler will, dass Heide Simonis Ministerpräsidentin bleibt und der Kurs der sozialen Gerechtigkeit im Lande fortgesetzt wird.

· Die CDU verliert insgesamt sehr stark. Zudem gibt es Schleswig-Holstein eine CDU, die sich mit ihrem Schattenkabinett und ihrem Programm auch bei ihr Wohlgesinnten blamiert hat und in den letzten Monaten in den Umfragen stark
eingebrochen ist.

Keine Kommentare

Lothar Hay, MdL - *veröffentlicht am 21.09.2004, 09:13 Uhr - 2467 Clicks - Nr. 492*

Kreisparteitag in Breitenfelde / Kreis Herzogtum Lauenburg

Lothar Hay auf dem Kreisparteitag in Breitenfelde am 18.9.04:

In der Bildungspolitik habe die SPD eine ausgezeichnete Bilanz vorzuweisen.
"Wir haben keine Demonstrationen von Lehrern, Eltern und Schülern wie in Niedersachsen und Hamburg", stellte Hay fest. Die verlässliche Grundschule solle bis 2008 überall eingeführt sein und der Unterrichtsausfall sei verringert worden. Außerdem seien alle frei gewordenen Lehrerstellen wieder

besetzt worden. Man habe sogar 1000 zusätzliche Lehrer eingestellt. "Die Zahl der Ganztagsschulen boomt. Eltern, Lehrer und Schüler wollen die offene Ganztagsschule und die CDU will das verhindern", so der SPD-Fraktionsvorsitzende. Damit zeige die CDU, welch rückständige Politik sie verfolge.

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 22.09.2004, 08:22 Uhr - 1102 Clicks - Nr. 493*

Etappensieg für unsere Bildungspolitik



„Das ist ein wichtiger Etappensieg für unsere Bildungspolitik“, kommentiert der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber, die heute mitgeteilten Resultate der Initiative „Jede Stunde zählt“. Bildungsministerin Erdsiek-Rave hat bekannt gegeben, dass der Unterrichtsausfall gegenüber dem vom Landesrechnungshof angegebenen Ausmaß von 5,2 % auf 2,77 % fast halbiert werden konnte.
„Unsere Politik wirkt:
- Wir haben den Bildungsbereich von Einsparungen ausgenommen,
- wir haben Jahr für Jahr mehr Lehrerstellen geschaffen
- und wir haben Vertretungsmittel von insgesamt 24,2 Millionen € in den Jahren 2004 und 2005 bereitgestellt.“

Weber hebt hervor, dass die Konsequenzen aus den Untersuchungen der OECD darin liegen müssten, mehr Mittel in die Grundschulen zu lenken und zugleich zu einer grundsätzlichen Reform des deutschen Schulwesens zu gelangen. (SIB)

Keine Kommentare

Lothar Hay, MdL - *veröffentlicht am 22.09.2004, 09:07 Uhr - 2250 Clicks - Nr. 494*

100 Prozent der Lotto-Mittel für gemeinnützige Zwecke gesichert

Die Fraktionsvorsitzenden von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Lothar Hay und Karl-Martin Hentschel erklären zur Verabschiedung des Lotto-Gesetzes in der bevorstehenden Landtagssitzung: Wir freuen uns, dass es in der Ausschussberatung gelungen ist, 100 Prozent der Konzessionsabgabe aus Lotto-Mitteln für gemeinnützige Zwecke festzuschreiben. Damit ist insbesondere sicher gestellt, dass den berechtigten Wünschen der Wohlfahrtsverbände auf Förderung aus den Lotto-Mitteln auch in Zukunft Rechnung getragen wird.

Keine Kommentare

SPD-Mildstedt - *veröffentlicht am 22.09.2004, 17:48 Uhr - 1841 Clicks - Nr. 495*

Jahreshauptversammlung 2004

Auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung machte unser Vorsitzender Rudolf Knipfer deutlich, dass sich die Parteimitglieder nicht von dem Wahlergebnis der Kommunalwahl entmutigen ließen,

sondern im Gegenteil weiterhin gute Arbeit für die Gemeinde Mildstedt geleistet haben.
Er lobte besonders das persönliche Engagement unseres Bürgermeisters Klaus Hinrichs. Nicht zu vergessen das Engagement von Hans-Dieter Oldenburg für den Naturerlebnisraum Mühlenau, Horst Kühl für die Instandhaltung und Ausbau der Kinderspielplätze. Die hervorragende Arbeit von Hans-Christian Hinrichs für die Weiterentwicklung von Mildstedt wurde von Rudolf Knipfer hervorgehoben.

Dank dem Engagement von Hans-Dieter Schulz, unserem stellvertretenden Vorsitzenden, ist die SPD-Mildstedt jetzt noch besser im Internet unter der Adresse:
www.spd-nordfriesland.de/mildstedt vertreten.

Rudolf Knipfer bedauerte die Parteiaustritte im vergangenen Jahr, die hauptsächlich durch die Diätenerhöhung und die Sozialpolitik der Bundesregierung begründet wurden. Es ist aber festzustellen, dass die Austritte seit Januar 2004 rückläufig sind. Der Abwärtstrend scheint gestoppt zu sein.

Monika Knipfer, unsere Fraktionsvorsitzende, berichtete von der Arbeit der Fraktion. So lagen die Schwerpunkte in der Sanierung des Turnhallendaches sowie in der Durchführung von Energiesparmaßnahmen bei der Hallenbeleuchtung und dem Einbau einer Umwälzpumpe in der Turnhalle.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Auseinandersetzung um das Amtsgebäude mit seinen Umbaumaßnahmen sowie der Endausbau von B-Plan 17 und der Ausbau des Naturerlebnisraumes Mühlenau.

Durch den Tod von Michael Clausen wurde eine Umbesetzung der Ausschüsse notwendig und Manfred Bredlau kam als neuer Vertreter in die Gemeindevertretung.

Bei den turnusgemäß durchzuführenden Wahlen wurden Jürgen Gleitsmann und Hans-Dieter Schulz als Stellvertreter des Vorsitzenden bestätigt. Als neue Kassenwartin wurden Gabriela Schütt und Rainer Reimers als neuer Organisationswart gewählt.

Ein Dank für ihre geleistete Arbeit geht von dieser Stelle noch einmal an Margrit Hinrichs (ehem. Kassenwartin) und Klaus Jahnz (ehem. Organisationswart).

Auf grund der zurückgegangenen Mitgliederzahlen stellt Mildstedt nur noch 4 Delegierte auf den Kreisparteitagen. Als Delegierte wurden gewählt Johannes Henkens, Klaus Jahnz, Monika Knipfer und Hans-Dieter Schulz. Ersatzdelegierte wurden Manfred Bredlau, Jürgen Gleitsmann und Rudolf Knipfer.

Keine Kommentare

SPD-Mildstedt - *veröffentlicht am 22.09.2004, 17:59 Uhr - 1848 Clicks - Nr. 496*

Husum gegen Mildstedter Bebauungspläne

Auf der letzten Bauausschusssitzung berichtete der Mildstedter Bürgermeister Klaus Hinrichs (SPD) über die Gespräche, die er mit der Kreisverwaltung und Vertretern der Stadt Husum geführt hatte. Vor dem Hintergrund, dass generell der Einfamilienausbau in Deutschland gebremst werden soll, will Husum zu Gunsten der eigenen Weiterentwicklung Mildstedter Bebauungsplänen nicht mehr

zustimmen.
Hingegen wird der Kreis sich weiterhin bei der Landesplanung dafür einsetzen, dass in Rosendahl die geplanten acht bis zehn Grundstücke und in Mildstedt östlich des Gemeinde-Kindergartens die bestehende Koppel mit ca. 20 Grundstücken bebaut werden kann.

Keine Kommentare

SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 23.09.2004, 19:28 Uhr - 2942 Clicks - Nr. 497*

MdK Gerhard Gehringer: Unverantwortliches Vorgehen der Kreisverwaltung

Unverantwortliches Vorgehen der Kreisverwaltung beim Immobilienverkauf

Was geht da vor in der Kreisverwaltung Rendsburg-Eckernförde im Zusammenhang mit dem Verkauf kreiseigener Liegenschaften im Wert von mehreren Millionen Euro? Wieso wird versucht, Beschlüsse der zuständigen Kreisgremien im Hauruckverfahren mit Tischvorlagen herbeizuführen? Weshalb werden sogar einstimmige Beschlüsse des zuständigen Hauptausschusses einfach ignoriert?

Zu diesen und ähnlichen Fragen wird Landrat von Ancken in der anstehenden Kreistagssitzung am 27.09.2004 Stellung nehmen müssen. Dies fordert eine entsprechende schriftliche Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde im Zusammenhang mit dem von der Kreisverwaltung vorgeschlagenen Verkauf einer ganzen Reihe kreiseigener Liegenschaften.

Unter anderem wurden in einer Anzeige in der Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung vom 18.09.2004 die gesamten kreiseigenen Forstflächen in Lindau mit dem ehemaligen Waldarbeiterhaus mit insgesamt 317 ha sowie der Kreisforst in Bendorf mit 6,8 ha zum Verkauf ausgeschrieben. Angeboten wurde in der gleichen Anzeige auch das kreiseigene Gebäude des ehemaligen Kreiskinderheims in Eckernförde. Mit dieser Ausschreibung hat die Verwaltung des Kreises Rendsburg-Eckernförde nach Auffassung der SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde die Festlegungen der Hauptsatzung und die Rechte der Selbstverwaltung massiv missachtet.

In einer einstimmigen Entscheidung hatte der zuständige Hauptausschuss des Kreises Rendsburg-Eckernförde in seiner Sitzung am 16.09.2004 die Beratung und Beschlussfassung über den Verkauf dieser und weiterer kreiseigener Liegenschaften im Wert von mehreren Millionen Euro bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt. Der Hauptausschuss machte dabei auch deutlich, dass er eine Beschlussfassung über eine solch umfassende und wichtige Maßnahme aufgrund von kurzfristig in einer Sitzung verteilten Vorlagen ablehnt. Er forderte die Kreisverwaltung ausdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass Anzeigen für den Verkauf dieser kreiseigenen Liegenschaften nicht vor einem entsprechenden Beschluss des Hauptausschusses oder des Kreistags veröffentlicht werden.

Trotz dieser einstimmigen Entscheidung des Hauptausschusses hat die Kreisverwaltung Rendsburg-Eckernförde entsprechende Zeitungsanzeigen geschaltet. Die SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde sieht darin einen klaren Verstoß gegen die Regelungen der Hauptsatzung des Kreises und eine Missachtung der Rechte des Kreistags, seiner Abgeordneten und der zuständigen Fachausschüsse. Sie hat in einer schriftlichen Anfrage zur Kreistagssitzung am 27.09.2004 den Landrat zur Beantwortung von Fragen nach den Gründen für dieses Vorgehen der Verwaltung, nach den Verantwortlichen und eventuellen dienstrechtlichen Konsequenzen aufgefordert. Auch die

Kommunalaufsicht des Innenministeriums wurde von der SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde um Prüfung des Vorfalls und möglicher Folgen gebeten.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 24.09.2004, 12:58 Uhr - 4514 Clicks - Nr. 498*

MdB Mehl: Hartz IV: Viele Verbesserungen für erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger

veröffentlicht in der Eckernförder Zeitung am 22.09.2004
Die Suche nach tatsächlichen oder vermeintlichen. Verschlechterungen der neuen Gesetzgebung verstellt oftmals den Blick dafür, dass es für die bisherigen erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger zahlreiche Verbesserungen geben wird:
So profitiert auch dieser Personenkreis von der besseren aktiven Arbeitsmarktpolitik in den Job-Centern. Sie erhalten umfassender Zugang zu Leistungen der aktiven Arbeitsmarkt-politik, was bisher nicht der Fall war.
Doppelzuständigkeiten und Verschiebebahnhöfe von der Agentur für Arbeit zum Sozial-amt haben mit dem Gesetz ein Ende. Es werden Leistungen aus einer Hand erbracht. Die Zufälligkeiten des Lebens entscheiden nicht darüber, ob jemand vom Sozialamt oder von der Agentur für Arbeit betreut wird. Es wird künftig keine erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger mehr geben; sie erhalten ALG II. Sozialhilfe erhält im Bedarfsfall, wer wegen Krankheit oder Behinderung außerstande ist, mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig zu sein.
Weitere wichtige Verbesserungen sind:
Auch heutige erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger sind künftig renten- und krankenversichert. Damit wird eine alte Forderung der Wohlfahrtsverbände erfüllt. Vollwertige Ansprüche gegenüber der Sozialversicherung werden aufgebaut.
Außerdem gibt es zukünftig keinen Unterhaltsrückgriff wie in der Sozialhilfe bisher üblich, die Familien sind nicht mehr die Ausfallbürgen bei Arbeitslosigkeit. Kinder "haften" nicht mehr für ihre Eltern und Eltern nicht mehr für ihre volljährigen Kinder beziehungsweise diejenigen Kinder, die ihre Erstausbildung bereits abgeschlossen haben.
Gering verdienende Familien werden nicht mehr nur deswegen Hilfeempfänger, weil sie Kinder haben. Pro Kind werden bis zu 140 Euro Kinderzuschlag zusätzlich zum Kindergeld und etwaigen Wohngeldansprüchen gezahlt. Die Staffelung der Regelsätze nach dem Alter der Kinder berücksichtigt aktuelle Gutachten zum Bedarf in der jeweiligen Altersgruppe und basiert auf den Ergebnissen der EVS (Einkommens- und Verbrauchsstichprobe). Es gelten günstige Freibetragsregelungen bei der Einkommensanrechnung.
Künftig sind höhere Zuverdienste möglich; die Integration in den Arbeitsmarkt wird da-durch verbessert und der Vermögensaufbau erleichtert. Eine Erbschaft oder Schenkung ver-bleibt in einem größeren Umfang bei den Leistungsempfängern als bisher in der Sozialhilfe üblich.
In der Mehrzahl der Fälle ergibt sich im Rahmen des Arbeitslosengeldes II eine höhere Leistung als nach der alten Sozialhilfe. Familien mit kleinen Kindern werden künftig besser gestellt. Darüber hinaus bedeutet die Pauschalierung von einmaligen Leistungen mehr Handlungsautonomie für die Arbeitsuchenden und ihre Familien.
Das neue Sozialgesetzbuch II (in dem die neue Grundsicherung für Arbeitssuchende ge-regelt ist) sieht zudem einmalige Leistungen vor. Empfänger des Arbeitslosengeldes II wer-den daher nicht gegenüber Sozialhilfeempfängern benachteiligt. Einmalige Leistungen wer-den z. B. erbracht für:

- Erstausstattung für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräte,
- Erstausstattung für Bekleidung, auch bei Schwangerschaft und Geburt,

- sowie mehrtägige Klassenfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 24.09.2004, 13:36 Uhr - 1544 Clicks - Nr. 499*

SPD-Engelsby: Postfiliale schließt am 10. November

Wie wir soeben erfahren haben, schließt die Postfiliale in der Mozartstraße zum 10. November diesen Jahres.
Als Partner für eine neue Postagentur wurde der famila-Handelsmarkt auserwählt.
Die neue Partnerfiliale öffnet am 11. November an neuer Stelle am Schottweg.
Wir halten den neuen Standort für den Großteil der Engelsbyer Postkunden für ungeeignet.
Eine Postagentur muss im Stadtteil Engelsby bleiben! Eine Alternative zur neuen Filiale wäre aus unserer Sicht z.B. das EKZ-Engelsby, der SKY-Markt in der Merkurstraße und ggf. auch der Spar-Markt in der Beethovenstraße.
Der SPD-Ortsverein hat Kontakt mit den Verantwortlichen der Post AG aufgenommen.
Wir werden Sie an dieser Stelle und über unsere Stadtteilzeitung über den aktuellen Stand informieren.

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 24.09.2004, 14:28 Uhr - 961 Clicks - Nr. 500*

Joachim Wilken-Kebeck in der Sprechstunde der SPD-Fraktion am 30.09.02004

Joachim Wilken-Kebeck, Stadtvertreter und Vorsitzender der SPD-Fraktion, wird am Donnerstag, dem 30.09.2004 in der Sprechstunde der SPD-Fraktion zur Verfügung stehen.

Die Sprechstunde findet, wie üblich, von 16.00 - 17.30 im Fraktionszimmer der SPD im Historischen Rathaus statt.

Joachim Wilken-Kebeck ist dort während der Sprechstunde auch unter der Telefonnummer 04551-964-348 verfügbar.
Thema dieser Sprechstunde wird sein:

Welche Wünsche haben die Segeberger Bürger an den Lebensmitteleinzelhandel ?

Joachim Wilken-Kebeck würde sich freuen, wenn er folgende Fragen, die er sich selber stellt, mit den Bürgern diskutieren könnte:

a) Ist Bad Segeberg zur Zeit im Lebensmitteleinzelhandel überproportional abgedeckt ?
b) Würde noch ein weiterer "Vollsortimenter" am Ort existieren können ?
c) Oder müßten sich nicht vielmehr kleinere Fachmärkte ansiedeln ?
d) Wäre nicht eine "Markthalle" mit eingebundener Gastronomie eine Idee für die Zukunft ?

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 27.09.2004, 12:35 Uhr - 1207 Clicks - Nr. 501*

Abwegigste Antwort auf PISA

„Der Androhung des niedersächsischen Ministerpräsidenten, aus der Kultusministerkonferenz auszutreten, gebührt der Titel ‚Abwegigste Antwort auf PISA'", erklärte der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber. ...
„Solche Fundamentalisten des Extremföderalismus tragen politische Auseinandersetzungen auf dem Rücken der Kinder aus. Was wir brauchen, ist mehr, nicht weniger Standard- und Rahmensetzung. Wenn jedes Land sein eigenes Schulsystem erfindet, kann bald kein Kind mehr während seiner Schulzeit über die Landesgrenzen umziehen."

Die KMK sei kein Verfassungsorgan. Sie könne nicht, wie von Ministerpräsident Wulff gefordert, mit Mehrheit bindende Beschlüsse fassen, die dann von Landesregierungen und Landtagen umgesetzt werden müssten.

„Wenn allerdings die Koordination einer Bildungsreform daran scheitert, dass sich manche Länder nicht bewegen wollen, muss man darüber nachdenken, ob nicht der Bund mehr Rahmensetzungskompetenz im Schulbereich erhalten muss." (SIB)

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 27.09.2004, 12:37 Uhr - 598 Clicks - Nr. 502*

Geplante Neuordnung der Wirtschaftspolitik ein Investitionshindernis



Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion Alexander Möller und der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion Jürgen Hahn erklären zu den im Wirtschaftsausschuss vorgestellten (sog.) "Neuen Leitlinien zur Wirtschaftsförderung":
"Die Vorschläge von Frau Volquartz zur Neuausrichtung der Kieler Wirtschaftspolitik sind enttäuschend.
Wegen der vielen offenen Fragen, den falschen beabsichtigten Entscheidungen und der katastrophalen Personalpolitik im Rathaus fürchten wir verstärkt um den Wirtschaftsstandort Kiel.

Frau Volquartz will Engagement vortäuschen, wo doch nur Aktionismus herrscht. Wichtige Standortfaktoren, wie eine funktionierende Verwaltung und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ein abgestimmtes Vorgehen der unterschiedlichen Instrumente der Wirtschaftspolitik werden von Frau Volquartz missachtet."

Über die Zukunft von Kiel Marketing e.V. und der Tourismus Information Kiel e.V. könne nicht ohne Voten der vielen Mitglieder dieser beiden Vereine entschieden werden. "Die Aussage von Frau Volquartz, dass Kiel Marketing keine direkten Zuschüsse der Stadt kriegen soll, halten wir für falsch. Wir brauchen mehr Mittel für das Marketing, nur dann können wir Kiel am Markt in allen Einzelbereichen ordentlich positionieren. Mehr Mittel , sinnvoll eingesetzt, sind eine wichtige Investition in die Zukunft Kiels.

Die groß angekündigten Ziele von Frau Volquartz werden mit ihren Vorschlägen nicht erreicht. Das

Gegenteil ist vielmehr der Fall: Wieso das Amt 72 aufgelöst werden soll, obwohl etwa der Bereich der EU-Förderung wichtiger Bestandteil der Kieler Wirtschaftspolitik bleiben wird und wegen der 2006 anstehenden Veränderungen der EU-Förderpolitik auch an Bedeutung zunimmt, ist nur mit der Volquartzschen Ideologie "weg vom Rathaus" zu erklären."

Abschließend stellten die beiden SPD-Ratsherren fest:" Mit großem Tamtam hat Frau Volquartz kurz nach ihrem Amtsantritt von einem Berater in wirtschaftspolitischen Fragen in ihrem Büro geträumt. Ein 1-Euro-Mann wurde uns angekündigt. Mehr als zwölf Monate nach dieser Ankündigung ist auch davon nicht mehr die Rede. Frau Volquartz bleibt Kreismeisterin im Ankündigen."

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 27.09.2004, 21:24 Uhr - 2814 Clicks - Nr. 503*

Fischer und Bartels: Kieler SPD hält an Wehrpflicht fest!

Zum Beschluss des SPD-Kreisausschusses am gestrigen Abend erklärten Rolf Fischer, SPD-Kreisvorsitzender, und MdB Hans-Peter Bartels:

„Der Kreisausschuss der Kieler SPD hat sich mit großer Mehrheit für die Beibehaltung der Allgemeinen Wehrpflicht ausgesprochen.

Wir begrüßen diese politische Grundsatzentscheidung, weil die Kieler SPD damit in der aktuellen Debatte klar und eindeutig Position bezogen hat. Die allgemeine Wehrpflicht entspricht unserem Grundgesetz und wir wollen den „Bürger bzw. die Bürgerin in Uniform“ als aktiver Teil unserer demokratischen Gesellschaft nicht verlieren.

Der „Arbeitskreis Bundeswehr“ der Kieler SPD wird die weiteren Schritte einleiten, so dass wir diese Entscheidung in die bundesweite Diskussion einfließen lassen können.“

Keine Kommentare

SPD-Amtsverband Südangeln - *veröffentlicht am 28.09.2004, 21:23 Uhr - 1320 Clicks - Nr. 504*

„Leader-Plus “-Projekte müssen fort geführt werden

Amt Tolk-Neuberend: Auf der ersten gemeinsamen Sitzung der SPD-Amtverbände Tolk-Neuberend und Schlei fand ein reger Informationsaustausch statt. Hauptthemen des Abends war das EU-Programm „Leader Plus“, von dem die Schlei-Region stark profitiert, und die Schleswiger Umlandplanung. Bei dem Projekt „Leader-Plus“ gibt es eine Kofinanzierung zwischen der Europäischen Union (EU) und der Leader-Region.
„Die Schlei ist die natürliche Grenze zwischen den Kreisen SL-FL und RD-ECK bzw. den Landschaften Angeln und Schwansen. Leader-Plus stellt ein Verbindungsglied über diese Grenze hinweg dar “, sagte der 1.Vorsitzende des SPD-Amtverband Tolk-Neuberend Jörg Joosten in seiner Begrüßung. Die Schlei mit ihren 4 Übergängen hat früher die Menschen voneinander getrennt . Durch „Leader-Plus“ sind die Menschen in der Schlei-Region wieder aufeinander zu gegangen und haben viele neue Wege der Zusammenarbeit gefunden, so Joosten weiter. Einig waren sich die SPD-Mitglieder, das „Leader-Plus“ sehr vieles in der Region angestoßen hat. Es ist schon ein einmaliges Projekt, dass das Geld hier bereitgestellt wird und die Ausgaben hier überprüft werden, befand Heinz Paasch in seiner Funktion

als Vorsitzender des SPD-Amtverband Schlei.
Jedoch ist nicht alles so gelöst worden, wie sich die Sozialdemokraten das Vorstellen. Kritisiert wurde vor allem das Auftreten im Bereich Tourismus. „ Unser Auftritt in der Öffentlichkeit, zum Beispiel im Internet, ist nicht ausreichend. Man nimmt die Schlei-Region bei Weitem nicht so wahr, wie es z.B. durch gezielte Tourismuswerbung Staaten wie die Türkei und Ägypten schaffen. Hier müssen wir weit mehr tun, um kurzentschlossene Urlauber an die schleswig-holsteinische Ostseeküste zu locken. Es gibt in diesem Bereich noch viel zu tun“, stellte Reinhold Maybauer vom SPD-Amtverband Schlei fest. Außerdem stellten sich die Genossen die Frage, wie geht es nach „Leader-Plus“ weiter geht. „Ich bin ein Freund von „Leader-Plus“, weil es uns allen hilft und wir besser dastehen als vorher. Das bisher ausgegebene Geld ist gut angelegt. Nach dem Ende der Förderung durch die EU muss es weiter gehen, aber auch ohne eine Finanzierung durch die Kommunen. Die Gemeinden haben hierfür leider kein Geld“, bilanziert der stellvertretende Vorsitzende des SPD-Amtverband Tolk-Neuberend Jürgen Augustin.
Für die Gemeinden und Ämter in der „Schleswiger-Halskrause“ ist die Schleswiger-Umlandplanung von existentieller Bedeutung. Deshalb haben die Stadt Schleswig und die umliegenden Ämter schon vor 10 Jahren erste Gespräche geführt, weil die Stadt Schleswig keine Entwicklungsmöglichkeiten mehr hatte. Nach Ansicht von Jürgen Augustin kann es aber nicht sein, dass die Ämter nur an die Stadt Schleswig angedockt werden, weil die Strukturen der Ämter und der Stadt völligst unterschiedlich sind. Für den Bereich Eckernförde, stellte Heinz Paasch fest, das es dort auch viele Probleme gibt, aber eine vernünftige Umlandplanung wie in Schleswig nicht gewollt scheint.

28. September 2004

Keine Kommentare

SPD-Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 28.09.2004, 21:35 Uhr - 4364 Clicks - Nr. 505*

Kein Chaos im Kreis Schleswig-Flensburg durch Hartz IV

SPD-Kreisverband führte Diskussion im Rahmen eines Kreisverbandsausschusses über die Hartz IV-Reform durch.



Tarp: Der SPD-Kreisverband Schleswig-Flensburg hat im Rahmen eines SPD-Kreisverbandsausschusses seine Mitglieder über die Auswirkungen der Hartz IV-Reform auf den Kreis Schleswig-Flensburg informiert. Nach den schwierigen Verhandlungen im Vermittlungsausschuss hat der Bundestag den Weg für die Umsetzung der Hartz IV-Reform freigemacht. Damit startet am 01.01.2005 eines der größten Reformvorhaben der Bundesregierung. Die Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe.
„Hartz IV verfolgt einen in den Medien täglich und neuerdings lässt sich auch eine sachliche Darstellung der Thematik erkennen. Die Akzeptanz von Hartz IV in der SPD ist gestiegen und nun ist es an uns, die Menschen mit auf den Weg zu nehmen“, sagte der SPD-Kreisvorsitzende Dirk Peddinghaus in seiner Begrüßung.

Bei der politischen Bewertung des im Kreis Schleswig-Flensburg zur Anwendung kommenden Optionsmodells durch den Fraktionsvorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion Ingo Degner wurde deutlich, dass die SPD gerade wegen der Agenda 2010 ihr Leitbild von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit nicht aus den Augen verloren hat.

„Die Mitarbeiter in den Kreis- und Amtsverwaltungen kennen ihr Klientel genau. Ich bin deshalb sehr zuversichtlich, dass es bei uns ab dem 01.Januar 2005 funktionieren wird und alle Leistungsberechtigten ihre Leistungen erhalten. Bei uns im Kreis Schleswig-Flensburg wird es kein Chaos geben“, so Degner. Er dankte Frau Barofsky, die, als Mitglied der Lenkungsgruppe zur Umsetzung der Hartz-Reform auf Kreisebene, es geschafft hat, einen großen Konsens in der kommunalen Familie zu erzeugen. Nun sei es an der Politik, so Degner, die Einrichtung der 5-7 sozialen Kompetentzentren im Kreisgebiet zu forcieren.

„Hartz IV soll einen aktivierenden Sozialstaat stärken, d.h. es soll das Grundübel der Langzeitarbeitslosigkeit mit den hohen Unterstützungszahlungen beseitigt werden und Menschen bei der Integration in den Arbeitsmarkt gefördert werden“, fuhr Degner in seiner Bewertung fort. Für ihn sei die reine Ablehnung von Hartz IV keine Lösung der anstehenden Aufgaben bei der Reform des Sozialstaates. Er verstehe, so Degner weiter, dass die Menschen Angst vor sozialen Einschnitten hätten, gab aber zu Bedenken, dass alle diese Leistungen steuerfinanziert seien. Nur durch die Absenkung der Leistungen sei es überhaupt möglich, in ein Modell der Förderung zu kommen.

„Es wird höchste Zeit, die Missverständnisse zur Hartz IV-Reform auszuräumen. Es ist schon bedenklich, wie die betroffenen Menschen durch eine falsche Meinungsbildung gegen diese Reform aufgewiegelt werden“, so Irmgard Barofsky von der Fachstelle für Integration des Kreises Schleswig-Flensburg in ihrer Einleitung. Durch die Zusammenführung des Arbeitslosengeldes und der Sozialhilfe unter ein Dach sei es möglich, nicht mehr nur Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten sondern Hilfe zur Integration. Dies bedeutet das wir alternative Modelle zur Integration von Menschen in den 1.Arbeitsmakt bekommen, weil wir im Wettbewerb zur Bundesagentur zur Arbeit stehen. Nach der Umsetzung der Hartz IV- Reform werde trotz aller gegenteiligen Äußerungen die Existenz der Menschen gesichert bleiben, so Barofsky weiter. Durch die Einrichtung von sozialen Kompetenzzentren in der Fläche wird eine gute und ortsnahe Betreuung möglich sein.

Bereits heute schafft es statistisch jeder Mitarbeiter der Fachstelle für Integration, pro Woche einen Klienten in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen oder einen Sozialhilfeempfänger aus der sozialen Isolation zu bringen. Dies gilt es als Arbeitsgemeinschaft zu forcieren. Dabei ist die Arbeitsgemeinschaft kein Arbeitgeber, sondern eine Behörde. Diese neue Behörde ist dann Herr des Verfahrens, jedoch nur beim Optionsmodell gibt es diese Zusammenfassung der Aufgaben, wo die Mitarbeiter alles selber steuern und kontrollieren, erklärte Barofsky weiter. Hierfür gibt es ein gemeinsames Budget von fast 18 Mio. €, das sowohl die Verwaltungs- und Personalkosten auf der einen Seite, als auch die Kosten für die Integration auf der anderen Seite beinhaltet. Sie plane deshalb, die Menschen ganzheitlich zu betreuen, was zur Schaffung einer besonderen Einheit, einer Beschäftigungsgesellschaft, führen wird, so Barofsky weiter. Es gelte schließlich, das vorhandene Geld sinnvoll und effektiv ein zusetzen.

„Ein besonderes Hauptaugenmerk werden wir ab dem 1.Januar auf junge Menschen unter 25 Jahren haben müssen. Wir sind gesetzlich verpflichtet, ihnen eine Beschäftigung anzubieten. Hierfür werden wir eine spezielle Beratung und Betreuung anbieten müssen. Gleichzeitig sind wir im Kreis Schleswig-Flensburg auf die Hilfe von Arbeitgebern angewiesen, um die unter 25-jährigen, aber auch die älteren Arbeitlosen in Arbeit zu bringen, weil wir im Kreis SL-FL einen hohen Leistungsstandard bieten wollen“, appellierte Barofsky an alle Arbeitgeber, über Neueinstellungen nachzudenken.

Auf Nachfrage erklärte Barofsky, dass es möglich sei, das Optionsmodell aufzugeben oder dass es durch das Bundeswirtschaftministerium entzogen werden könne. Sie sei aber sicher, so Barofsky, dass der Kreis SL-FL mit dem Optionsmodell nicht scheitern werde, im Gegenteil, es sei schade, dass nur so wenige kreisfreie Städte oder Landkreise optieren.

In seinem Schlusswort versprach Peddinghaus, dass die Politik den Prozess weiter begleiten werde. Mit einem Blick auf die Klientel der unter 25-jährigen Arbeitslosen sehe aber auch er eine große Verantwortung für die Politik in der Zukunft, um rechtsradikalen Strömungen wie in den neuen Bundesländern den Nährboden zu entziehen.

26.09.2004 Jörg Joosten
Kommentar von Dr. jur. von Campe vom 18.04.2006, 10:18 Uhr:
RE:Kein Chaos im Kreis Schleswig-Flensburg durch Hartz IV
Das es kein Chaos bei der Hartz-4 Umsetzung im Landkreis gegeben hat liegt an dem Einsatz der MitarbeiterInnen vor Ort. Sprich : die kleinen Sach- und Fallbearbeiter holen die Kohlen für eine verfehlte Bundes-, Landes- und Kreispolitik aus dem Feuer. Was in Sachen "Hartz-4" durch die Medien in den vergangenen Monaten ans Licht kam, inclusiv der Prostituiertenstorys muß Jedem Pickel ins Gesicht treiben ..... und die Haare zu Berge stehen lassen. Was aber fehlt sind die Erfolgsmeldungen auch auf Kreisebene Schleswig-Flensburg, nämlich die Anzahl der in Lohn- und echtes Brot vermittelten Menschen. Das ist der Punkt, auf den es ankommt. Irgendwie ist dazu gar nichts zu erfahren. Liegt es möglicher Weise einfach daran, daß es keine Erfolge gibt und die Menschen nur "verwaltet" werden .....

Kommentar von Rainer Moll, OV Kappeln vom 29.09.2004, 12:37 Uhr:
RE:Kein Chaos im Kreis Schleswig-Flensburg durch Hartz IV
Eine gelungene Veranstaltung, die für mich auch für die praktische Umsetzung in Kappeln einiges gebracht hat. Ich bin noch überzeuger geworden in meiner Meinung, dass das Opitionsmodell das Richtige ist!
Rainer Moll
OV Kappeln

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 29.09.2004, 10:59 Uhr - 599 Clicks - Nr. 506*

Stadt muss für die Innenstadt mehr tun!



Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller und der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion Jürgen Hahn erklären zu der jüngsten Entwicklung der Markthalle in der Kieler Innenstadt:
Die negative Entwicklung der Markthalle zeigt: Die Kieler Innenstadt muss an vielen Stellen attraktiver gemacht werden.
Nur dann kommen Kunden von nah und fern. Die Nähe zum Hafen und der neue Bootshafen sind zwei Standortvorteile der Markthalle, die bei einem Neustart genutzt werden sollten. Weitere Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die Innenstadt, die die SPD im Rat vorgeschlagen hat, haben CDU und Grüne abgelehnt. Wir ermuntern Frau Volquartz unsere Ideen wieder aufzugreifen. Die Landeshauptstadt Kiel sollte prüfen, welche Ausnahmemöglichkeiten es für den Bereich der Markthalle gibt, zum Beispiel beim Ladenschluss. So müssen die skandinavischen Gäste auch am Sonntag Möglichkeiten des Einkaufs haben. Eine Sonderregelung ist hier vielleicht ein Wettbewerbsvorteil für die Markthalle und das Umfeld. Inzwischen genehmigt Frau Volquartz ja auch Sonntagsverkäufe, zum Beispiel am kommenden Sonntag für den gesamten Einzelhandel.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 29.09.2004, 11:01 Uhr - 587 Clicks - Nr. 507*

Wehner: Anschlussbeschäftigung muss Vorrang haben!



"Die SPD-Ratsfraktion begrüßt die Einigung zwischen dem Betriebsrat der KIBA GmbH und der Arbeitgeberseite über den Sozialplan zur Abwicklung der KIBA GmbH. Der Sozialplan ist allerdings die notwendige Folge der verfehlten Entscheidung, die KIBA GmbH zum Jahresende zu liquidieren", erklärt Thomas Wehner, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion.
"Die erheblichen finanziellen Mittel, die hierfür aufgebracht werden müssen, hätten wir lieber für die Förderung von Arbeit bei der KIBA ausgegeben", so Thomas Wehner weiter. "Der Sozialdezernent steht aber in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Anschlussbeschäftigung erhalten. Bloße Absichtserklärungen genügen hierfür nicht."
Thomas Wehner kündigt hierzu einen Antrag für die nächste Ratsversammlung am 28.10.2004 an.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 29.09.2004, 11:24 Uhr - 605 Clicks - Nr. 508*

Karstadt - Kiel muss an der Seite der Beschäftigten für Standort kämpfen!



Alexander Möller und Jürgen Hahn, Ratsherren der SPD-Fraktion, zu den gestrigen Beschlüssen des Vorstands und des Aufsichtsrates der KarstadtQuelleAG: "Die KarstadtQuelle AG hat heute ein umfassendes und hartes Sanierungskonzept vorgestellt. Auch wenn die beiden Standorte in der Innenstadt noch nicht zur Disposition stehen: Arbeitsplätze sind in Gefahr.
Kiel hat deshalb ein Interesse daran, ein attraktiverer Standort zu sein. Nur so werden wir Arbeitsplätze sichern helfen.
Wir fordern die Oberbürgermeisterin deshalb dringend auf, unsere Vorschläge zur weiteren Aufwertung der Innenstadt, die die schwarz-grüne Kooperation abgelehnt hat, wieder aufzugreifen."
Gemeinsam mit den Beschäftigten solle sich die Stadt für die Arbeitsplätze in der Innenstadt einsetzen, so Möller und Hahn. Auch wenn Frau Volquartz nun ein Glaubwürdigkeitsproblem habe. Denn mit ihrer Vorgehensweise bei der geplanten CITTI-Erweiterung habe Frau Volquartz dem Standort Kiel keinen guten Dienst bei Investoren und bereits in Kiel Engagierten erwiesen.
Der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion Jürgen Hahn ergänzte, dass er bei seinen Gesprächen mit den Karstadt Mitarbeitern ein engagiertes und leistungsstarkes Team kennen gelernt habe, das sich für den Standort Kiel einsetze. Dies müsse die Wirtschaftspolitik der Stadt endlich unterstützen.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 29.09.2004, 11:28 Uhr - 661 Clicks - Nr. 509*

Stadtteilbüchereien - In den Ortsbeiräten sind alle an der Seite der SPD!



Der schulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Bernd Vogelsang erklärt: "Die Beratungen in den Ortsbeiräten stimmt die SPD-Ratsfraktion zuversichtlich, die von CDU und Grünen sowie dem Schuldezernenten Möller gewollte Schließung von Stadtteilbüchereien und die Kürzung von Öffnungszeiten in der Zentralbücherei abwenden zu können.
Die Beschlussvorlage zu den Stadtteilbüchereien gehört in den Papierkorb! CDU, Grüne und SPD haben in den Ortsbeiräten von Suchsdorf, Neumühlen-Dietrichsdorf und Mitte gegen die Schließung klar Stellung bezogen. In Holtenau wird die Schließung abgelehnt und der Ortbeirat weiß den gesamten Stadtteil hinter sich. Dies wird insbesondere durch Stellungnahmen von Vereinen, Kindereinrichtungen, der Kirchengemeinde und über 2000 Unterschriften dokumentiert.

Die schwarz-grüne Koalition agiert dagegen kraftlos. Sie kann nicht auf die Unterstützung ihrer Ortsbeiratsmitglieder bauen und vermeidet die Diskussion vor Ort , statt Farbe zu bekennen.
Der Beschluss von CDU und Grünen in der Ratsversammlung vom 10.6.2004:
"Der Zuschussbedarf der Stadtbücherei ist binnen eines Zeitraumes von 3 Jahren nachhaltig zu senken, wobei eine Reduzierung um 30% angestrebt werden soll. Die Einsparungen sind durch strukturelle Veränderungen zu erzielen, die folgende Vorgaben berücksichtigen:
o Weitere bedarfsorientierte Reduzierung der Öffnungszeiten, einschl. Schließung der Zentralbücherei an einem Tag in der Woche,
o Optimierung des Personaleinsatzes aller Büchereien,
o Erhalt von einzelnen Stadteilbüchereien mit hohen Benutzerzahlen und guten Entwicklungsmöglichkeiten, wobei ein möglichst gleichmäßiges Angebot, verteilt über das Stadtgebiet, vorgehalten werden soll.
o weitestgehender Erhalt der Angebote für Kinder und Jugendliche im Falle der Schließung einzelner Stadtteilbüchereien z.B. durch Überführung zu externen Trägern."
hat keine Basis mehr.
Es ist zu hoffen, dass CDU und Grüne auf ihre Ortsbeiratsmitglieder hören und die Schließungsvorlage des Dezernenten verwerfen. Die einstimmigen Beschlüsse der Ortsbeiräte Holtenau und Mitte für den Erhalt der Stadtteilbüchereien, begrüßt die SPD-Ratsfraktion ausdrücklich. Etwas unglücklich scheint dagegen die Position von Ortsbeiratsmitglied und CDU-Ratsfrau Dröge in Neumühlen-Dietrichsdorf zu sein. Sie will die Stadtteilbücherei nur soweit möglich erhalten und gehorcht damit wohl eher dem Fraktionszwang in der CDU-Ratsfraktion als der Vernunft."
Kommentar von Ute Perlach vom 07.02.2005, 11:25 Uhr:
RE:Stadtteilbüchereien - In den Ortsbeiräten sind alle an de
Neben dem Volksbad ist die Stadtbücherei in Neumühlen-Dietrichsdorf das einzige Angebot an die Bürger. Erstens haben viele nicht die Zeit erst in die Stadt zu fahren um Bücher auszuleihen, zweitens ist es für Behinderte oder Senioren, sowie junge Mütter sehr umständlich eine halbe Stunde Fahrt auf sich zu nehmen und drittens können sich viele die Busfahrt nicht leisten. Gerade Senioren haben keine Jahreskarte gekauft für 2005, weil sie nicht zur Hauptstelle fahren werden um dort etwas auszuleihen. Wir werden eine Bürgerinitiative gründen zum Erhalt der Bücherei.

Lothar Hay, MdL - *veröffentlicht am 30.09.2004, 12:19 Uhr - 2594 Clicks - Nr. 510*

Lothar Hay: Finanzierungsschlüssel für Schiffbauhilfen ändern

„Wir sind uns mit der SPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern einig, dass wir vom Bund fordern, die vorgesehenen Schiffbauhilfen nach dem Finanzierungsschlüssel zwei Drittel Bundes- und ein Drittel Landesmittel zur Verfügung zu stellen."

Dies berichtet der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay, nach einer Sitzung seiner Fraktion in Nieklitz (Mecklenburg-Vorpommern), die auch für Gespräche mit Abgeordneten der dortigen SPD-Landtagsfraktion genutzt wurde.
Die beiden SPD-Landtagsfraktionen unterstützen damit auch einen gleich lautenden Beschluss der Konferenz der Wirtschafts- und Verkehrsminister und -senatoren der norddeutschen Küstenländer.
„Wir werden zur Unterstützung unserer Forderung auch unsere Fraktionskollegen in Hamburg, Niedersachsen und Bremen ins Boot holen und uns in Berlin in Gesprächen mit dem Bundeswirtschaftsminister und dem Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion für unsere Forderung einsetzen", kündigte Hay an.
Die Landtagsfraktion hatte ihre auswärtige Fraktionssitzung genutzt, um das vom früheren schleswig-holsteinischen Umweltminister Prof Dr. Berndt Heydemann aufgebaute Zukunftszentrum Mensch – Natur –Technik – Wissenschaft (ZMTW) in Nieklitz zu besichtigen und sich von Prof. Heydemann über dort präsentierte Erkenntnisse der Bionik und Ökotechnologie informieren zu lassen.

Keine Kommentare

SPD-Kappeln - *veröffentlicht am 01.10.2004, 09:03 Uhr - 1720 Clicks - Nr. 511*

Diskussionsabend der SPD-Kappeln "Verwaltungsstrukturreform in Schleswig-H."

Große Einigkeit in der Forderung nach weiteren Verwaltungsstrukturreformen in Schleswig-Holstein
Zu einem Informations- u. Diskussionsabend über Chancen einer Verwaltungsstrukturreform konnte Wolfgang Bolz seitens des SPD Ortsvereins Kappeln eine große Schar interessierter Gäste aus Politik und Verwaltung sowie die beiden Vortragenden Frau Dr. Fronzek aus Elmshorn und Ingo Degner aus Schleswig begrüßen. In den Abend einführend umriss Ingobert Andresen als Gesprächsleiter das Spannungsfeld, in dem der Begriff „Verwaltungsstrukturreform" steht. In der Debatte würden von Reformbefürwortern Einspar- u. Beschleunigungspotentiale im Verwaltungswesen angeführt. Dagegen stünden die Befürchtung um Identitätsverluste, Standortverschlechterung oder Arbeitsplatzabbau bei Reformgegnern vorne.
Dr. Brigitte Fronzek, Bürgermeisterin in Elmshorn, führte eindringlich und anschaulich aus, aus welchen Gründen an einer Erneuerung des Aufbaus öffentlicher Verwaltungen keiner vorbeikomme. Das überaus enge Geflecht unterschiedlicher öffentlicher Verwaltungen bei Kommunen, Ämtern und Kreisen, die Vielzahl der Zweckverbände und Landesbehörden, deren Aufgaben oft gleichgelagert seien, wobei Überkapazitäten in den Behörden keine Seltenheit seien, verzehren das Geld, das so dringend für die Schaffung von Kindergärten, der Instandsetzung von Schulen, Sportanlagen und Straßen sowie Infrastrukturverbesserungen benötigt würde. Die Referentin forderte Veränderungen auf allen Ebenen, um die Verwaltungskosten zu senken und für die Bürger Behördengänge zu vereinfachen. Vorrangig gehe es darum., die Strukturen den wirklichen Notwendigkeiten anzupassen, demgegenüber seien Gebietsveränderungen der Verwaltungseinheiten eher zweitrangig, sie würden sich von alleine einstellen, wenn man sich auf die Suche nach Einsparmöglichkeiten begäbe. Es wäre

schon viel gewonnen, wenn z. B. Stadt- u. Amtsverwaltungen arbeitsteilig kooperieren könnten. Genauso vorteilhaft wäre es, wenn Leistungen, die zur Zeit noch beim Kreis angesiedelt sind, vor Ort erbracht werden dürften. Strukturellen Veränderungen könne man nicht länger ausweichen, sie würden letztlich auch vom Wähler erwartet.
SPD-Kreistagsfraktionsvorsitzender Ingo Degner aus Schleswig zeigte sich sehr erfreut, dass das Thema des Abends so viel Interesse gefunden habe, würde es doch landläufig eher in kleinen Expertenrunden erörtert. An Beispielen doppelten Verwaltungshandeln unterschiedlicher Behörden in gleichen Vorgängen zeigte er auf, wo Einsparmöglichkeiten zu finden seien. Seine Auffassung fasste er zusammen in der Formulierung: „Nicht Gebietsreformen der Verwaltungen, sondern Verwaltungsvereinfachungen“, müssten die nächsten Schritte sein. Degner machte deutlich, dass diese Aufgabe aus seiner Erfahrung mit bisherigen Versuchen nicht verwaltungsintern lösbar sei; vielmehr müssten deutliche Vorgaben der Politik erfolgen. Hierzu wünschte er sich kräftige finanzielle Anreize vom Land. “Zuckerbrot statt Peitsche“ sei der richtige Weg.
Die ausführlichen Wortbeiträge der anschließenden Diskussion verdeutlichten, wie sehr das Plenum Reformschritte befürwortete. Bürgermeister i. R: Udo Rust wies an Hand von geglückten Beispielen aus Dänemark darauf hin, das alle öffentlichen Verwaltungen dringend einheitliche EDV-Software benötigen, um den Datenaustausch und dadurch die Kooperation überhaupt erst zu ermöglichen.
SPD-Kreisvorsitzender Dirk Peddighaus betonte, wichtig sei für jede Verwaltung eine kritische Aufgabenüberprüfung; welche Leistungen seien eigentlich notwendig, welche könnten von anderen effektiver gelöst werden. Viel Beachtung fand der Hinweis von Richter i. R. Dieter Braak, dass die Verwaltungsstrukturen auch unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung des Landes vorausschauend überplant werden müssten. Kappelns Bürgermeister Feodoria brach eine Lanze für längerfristige perspektivische Konzepte als Grundlage aller Reformschritte mit einer verbindlichen landeseinheitlichen Moderation.
Gesprächsleiter Ingobert Andresen bedankte sich bei allen für die ebenso sachliche wie lebendige Diskussion und verabschiedete die beiden Vortragenden mit einem Räucheraal aus einer Kappeler Räucherei.

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 02.10.2004, 08:42 Uhr - 881 Clicks - Nr. 512*

Jens Lichte in der Sprechstunde der SPD am 07.10.2004

Jens Lichte, Stadtvertreter und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD wird allen Bürgerinnen und Bürgern in der Sprechstunde der SPD am 07.10.2004 zur Verfügung stehen.

Die Sprechstunde findet, wie immer, statt von 16.00 Uhr bis 17.30 Uhr im Fraktionszimmer der SPD im Historischen Rathaus.

Jens Lichte ist dort während der Sprechstunde auch unter der Telefonnummer 04551-964-348 zu erreichen.
Wenige Tage nach dem Tag der Deutschen Einheit und dem Besuch aus der Partnerstadt Teterow steht die Sprechstunde unter dem Thema : 15 Jahre Partnerschaft mit Teterow - ein Blick zurück und ein Blick nach vorn !

Jens Lichte möchte gerne weitere Vorstellungen der SPD für die Partnerschaft entwickeln und nimmt dazu gerne die Anregungen und Vorschläge der Bürger entgegen.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 03.10.2004, 11:25 Uhr - 1506 Clicks - Nr. 513*

SPD-Engelsby: Telefonieren ja - aber fasse dich kurz

Seit einiger Zeit befindet sich in der Richard-Wagner-Straße eine neue Bauweise für Öffentliche Fernsprecher.
Klein aber fein? Im Sommer mag es ganz angenehm sein im Freien zu telefonieren, aber im Winter?
Zugegeben, die Zeit der gelben oder magentafarbenen Telefonhäuschen ist lange vorbei. Viel zu oft wurden diese zerstört und für viel Geld wieder instandgesetzt.
Das Telefonhäuschen wurde zum absoluten Zusatzgeschäft für den Betreiber.
Mittlerweile hat fast jeder ein Handy bei sich und kann somit seine Telefonate an jeder x-beliebigen Stelle führen.
Wenn Sie das Öffentliche Telefon nutzen möchten, bedenken Sie, dass es sich um ein Kartentelefon handelt.
Mit Bargeld können Sie da nix erreichen.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 04.10.2004, 20:10 Uhr - 1521 Clicks - Nr. 514*

SPD-Engelsby: Bürgermeister Helmut Trost kommt



Liebe Engelsbyerinnen, liebe Engelsbyer,
der amtierende Bürgermeister Helmut Trost kommt nach Engelsby.
Kommen Sie zum "Bürgermeister-Cafe" in die Beethovenstraße / Ecke Mozartstraße, in unmittelbarer Nähe des Schaukastens, auf´n Klönschnack und ´ne Tasse Kaffee vorbei.
Er freut sich darauf, mit Ihnen ins Gespäch zu kommen.

Wann kommt er?
- Dienstag, 12.Oktober um 9.30 Uhr
- Donnerstag, 14. Oktober um 9.30 Uhr
- Dienstag, 19. Oktober um 16.30 Uhr

Keine Kommentare

SPD-Steinburg - *veröffentlicht am 05.10.2004, 21:07 Uhr - 7379 Clicks - Nr. 515*

Uwe Watzlaw neuer Kreisvorsitzender der SPD 60plus



Im Rahmen turnusmäßiger Wahlen wurde Uwe Watzlaw aus Wilster zum neuen Vorsitzenden der SPD-Arbeitsgemeinschaft 60plus gewählt.
Watzlaw löst damit den bisherigen langjährigen Vorsitzenden Heinz Hafemeister ab, der das Amt gern in jüngere Hände geben wollte. Uwe Watzlaw war bis 2003 Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Wilster und auch viele Jahre in der Kommunalpolitik aktiv, zuletzt als Ratsherr der Stadt Wilster. "Ich möchte zwar etwas kürzer treten, für die Seniorenarbeit fühle ich mich aber noch jung genug", so Uwe Watzlaw bei seiner Antrittsrede.

Auch der Kreisvorstand der SPD-Steinburg wünscht Uwe Watzlaw viel Erfolg bei der Arbeit in seinem neuen Amt und dankt Heinz Hafemeister für die vielen Jahre unermüdlichen Einsatzes für die SPD.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 06.10.2004, 08:29 Uhr - 699 Clicks - Nr. 516*

Langfeldt & Vogelsang fordern Beteiligung von Kindern und Jugendlichen



Die jugendpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Gesa Langfeldt und deren schulpolitischer Sprecher Bernd Vogelsang erklären:
"Die Vorgehensweise der Verwaltung bei der Schließung der Stadtteilbüchereien ist nicht nur inhaltlich, sondern auch in ihrer Form skandalös.
In fortgesetzter Ignoranz beachtet die Verwaltung die gesetzlichen Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen nicht, die diese nach der Gemeindeordnung haben. Zuvor musste das Beratungsverfahren in den Ausschüssen ausgesetzt werden, weil die betroffenen Ortsbeiräte nicht beteiligt waren.
Nach § 47 f Gemeindeordnung sind Kinder und Jugendliche an allen ihre Interessen betreffenden Planungen und Verfahren zu beteiligen.
§ 47 f
Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
(1) Die Gemeinde muss bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen. Hierzu muss die Gemeinde über die Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner nach den §§ 16 a bis 16 f hinaus geeignete Verfahren entwickeln.
(2) Bei der Durchführung von Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, muss die Gemeinde in geeigneter Weise darlegen, wie sie diese Interessen berücksichtigt und die Beteiligung nach Absatz 1 durchgeführt hat.
Wir befürchten, dass die Verwaltung Ausschussbeschlüsse nur unaufmerksam wahrnimmt, weil sich der Jugendhilfeausschuss am 2.9.04 einstimmig für mehr Kinder- und Jugendbeteiligung ausgesprochen hat. Wir können nicht glauben, dass der Sozialdezernent die Parole seiner Oberbürgermeisterin, Kiel zur kinderfreundlichsten Stadt Deutschlands erheben zu wollen, unbeachtet lässt.
Die SPD-Ratsfraktion ist angesichts dieses Tohuwabohus in großer Sorge, dass hier Kindern und Jugendlichen viel Motivation und Enthusiasmus genommen wird. Wir fordern daher die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen unverzüglich umzusetzen."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 06.10.2004, 08:39 Uhr - 638 Clicks - Nr. 517*

CDU und Grüne machen Beute - Parteibuch statt Qualität



Die stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Ratsfraktion Thomas Wehner und Alexander Möller erklären:
"Stadtrat Albig hat sich in der Ratsversammlung und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rathaus hohes Ansehen erworben.
Sie bestätigen, dass er seinen Job gut macht. Deshalb hält die SPD-Fraktion die

Ausschreibung und Neubesetzung der Stadtratsstelle Inneres, Ordnung und Personal für überflüssig. Da aber ausgeschrieben wurde, sind die Bewerberinnen und Bewerber an der fachlichen Qualität von Stadtrat Albig zu messen.
Sorge bereitet der SPD-Fraktion dabei die unverhohlen-schamlose Vorgehensweise von CDU und Grünen beim Besetzungsverfahren. Deren Sprecher Hein-Peter Weyher (CDU) erklärte in der Ratsversammlung am 16.9., dass für schwarz-grün Parteizugehörigkeit vor Fachkompetenz geht.
Nach vielen transparenten Besetzungsverfahren - unter Beteiligung aller Ratsfraktionen, der Frauenbeauftragten und den Personalräten - für die Spitzenämter der Landeshauptstadt Kiel, wollen CDU und Grüne Beute machen. Die SPD-Initiative für eine gemeinsame Findungskommission in der letzten Ratsversammlung lehnten sie ab.
CDU und Grüne interessiert der Widerspruch nicht, dass jeder Beamte des gehobenen Dienstes bei der Landeshauptstadt Kiel ein qualifiziertes Auswahlverfahren durchlaufen muss. Für deren Vorgesetzte lehnen sie jede Form der "Qualitätsprüfung" ab.
Diese Vorgehensweise und die von schwarz-grün erzwungene Absage an die Wiederwahl von Bürgermeister Klein-Knott lassen Schlimmes für die Zukunft Kiels erwarten."

Keine Kommentare

SPD-Lübeck - *veröffentlicht am 07.10.2004, 20:17 Uhr - 1626 Clicks - Nr. 518*

Gedenken an Willy Brandt wach halten!

Die Sozialdemokraten in der Hansestadt Lübeck erinnern an den vor 12 Jahren verstorbenen Ehrenbürger und Friedensnobelpreisträger Willy Brandt. Zum Gedenken von Willy Brandt, der am 08. Oktober 1992 verstarb, veranstalten die Lübecker Sozialdemokraten am 31. Oktober ihr 10. Willy-Brandt-Forum .

Wie schon in den vergangenen Willy-Brandt-Foren steht eine Persönlichkeit der Zeitgeschichte diesmal Kurt Hamer, Landtagspärsident 1975-1987 - im Mittelpunkt der Erinnerung. "Kurt Hamer, Landespolitiker und Grenzlandbeauftragter" ist der Vortrag von Prof. Dr. Uwe Danker überschrieben, der diesen am 31. Oktober, um 15.00 Uhr im Kulturforum Burgkloster im Rahmen des Willy-Brandt-Forums halten wird. Im Rahmen des Willy-Brandt-Forums werden auch traditionell SPD-Mitglieder für eine 50jhriger Parteizugehörigkeit geehrt. Zu ehren sind in diesem Jahr sechs Genossinnen, die im Jahr 1954 der SPD beigetreten sind.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 08.10.2004, 10:25 Uhr - 584 Clicks - Nr. 519*

SCHWARZ-GRÜN GEFÄHRDET SOZIALE STADT



Thomas Wehner, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion, erklärt zu dem Artikel "Büchereien: CDU wehrt sich" (KN von heute):
"Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.
CDU und Grüne wollen einen neuen Stadtratsposten (Innen, Ordnung und Personal) schaffen. Und das, obwohl es mit Torsten Albig eine erstklassige Besetzung gibt. Weiterhin wollen sie Baudezernent Ronald Klein-Knott in die Pension schicken, obwohl er die Entwicklung der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt klug und weitsichtig voran getrieben hat. Beides wird die Stadt allein 2005 viel Geld kosten. Aber die Besetzung nach Parteibuch ist für schwarz-grün wichtiger. CDU und Grüne eignen sich nicht als Lordsiegelbewahrer für eine

solide Haushaltspolitik.
Mit ihrer Politik der Schließung von Stadtteilbüchereien, pauschalen Kürzungen der Zuschüsse für soziale Einrichtungen und Einführung von Hallengebühren bringen CDU und Grüne hingegen die soziale Stadt in Gefahr. Sie haben nur die monetären Auswirkungen für den Haushalt im Blick, nicht aber die sozialen Kosten, die infolge der Einsparungen bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen entstehen werden. Der Bildungsbereich gehört aber gestärkt und nicht geschwächt."

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 08.10.2004, 10:30 Uhr - 844 Clicks - Nr. 520*

Anne Hadinek in der Sprechstunde der SPD-Fraktion

Anne Hadinek, zur Zeit für die SPD als bürgerliches Mitglied im Ausschuss für Schule und Kultur, steht in der Sprechstunde der SPD-Fraktion am 14.10.2004 von 16.00 - 17.30 Uhr allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung.

Die Sprechstunde findet, wie immer, im Fraktionszimmer der SPD (A0.05) im Historischen Rathaus statt.
Anne Hadinek ist während der Sprechstunde auch unter der Telefonnummer 04551-964-348 im Rathaus zu erreichen.
Anne Hadinek hat sich das Thema gesetzt: "Als Quereinsteigerin in die Politik - meine Erfahrungen als Anregungen zum Mitmachen für andere !

Anne Hadinek ist bei der letzten Kommunalwahl als relative Neubürgerin neu angetreten, um aus einer unbefangenen Sicht einiges zu bewegen. Sie möchte Segeberger Bürger anregen, dies ebenso zu tun und so auch neue Blicke und Überlegungen in die lokale Politik einzubringen.

Anne Hadinek freut sich daher auf Anrufe und Anregungen und den Austausch mit interessierten Bürgern !

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 08.10.2004, 12:16 Uhr - 629 Clicks - Nr. 521*

Möller zu Privatisierungen: Nachhilfe von schwarz-grüner Notstandsehe unnötig!



Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller äußert sich zu den Aussagen der Ratsleute Weyher und Rosin über die Programmdebatte der Kieler SPD:

"Es ist bezeichnend für den Zustand der Parteien CDU und Grüne, dass sich Vertreter der Fraktionen und nicht der Kreisparteien äußern. Beide Parteien gibt es in Kiel nämlich nicht mehr.

Die Debatte der Kieler SPD über die künftigen Aufgaben der Stadt und die Organisation der Institutionen, die diese Aufgabe leisten sollen, ist notwendig. Die SPD hat in den letzten Jahren bei den Themen KWG, Stadtwerke oder KVG bewiesen, dass sie schwierige

Entscheidungen treffen kann, wenn sie von ihrer Richtigkeit überzeugt ist.

Nachhilfe von Vertretern der Notstandsehe CDU/Grüne braucht die SPD dabei nicht. Die neue SPD-Fraktion hat mit ihren Anträgen zu der Zukunft städtischer Aufgaben und des städtischen Personals (Drucksachen 0727/2004 und 1037/2004) gezeigt, worauf es für die Zukunft ankommt. Privatisierung um der Privatisierung willen wird es mit der SPD weiterhin nicht geben. Die von Frau Volquartz, der CDU und den Grünen beschlossene Privatisierung des Städtischen Krankenhauses lehnen wir weiterhin ab.

Die beteiligten Grünen müssen entscheiden, ob sie aus persönlichen Karrieregründen eine Politik des Neoliberalismus durch Teile der CDU-Ratsfraktion mitmachen wollen oder bereit sind, verantwortlich für den Einzelfall zu entscheiden."

Keine Kommentare

SPD-Norderstedt - *veröffentlicht am 10.10.2004, 00:29 Uhr - 1266 Clicks - Nr. 522*

Norderstedter SPD-Fraktion legt politische Marschroute fest

"Wir gehen in die Offensive"

Diskussion um Aktionsplan "Chancen für alle - Chancen für Norderstedt" ist angelaufen

Auf ihrer Klausurtagung hat die Norderstedter SPD-Fraktion am vergangenen Wochenende ihre politische Marschroute bis zum Jahr 2008, dem Ablauf der Wahlperiode, festgelegt und zahlreiche konkrete Projekte verabredet.

"Wir gehen in die Offensive. Die CDU soll nicht glauben, dass Norderstedt ihr gehört. Hier werden wir im Dialog mit den Bürgern massiv gegen halten und Alternativen zur Kahlschlag- und Größenwahnpolitik der Union aufzeigen. Wir wollen wieder die stärkste politische Kraft in Norderstedt werden.", gibt sich der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Johannes Paustenbach kämpferisch.

Inhaltlich standen insbesondere die Themen "Umsetzung Hartz IV" und "Demographischer Wandel und Soziale Gerechtigkeit" im Vordergrund.

"In Zeiten des Wandels und einschneidender, schmerzhafter Reformen werden wir Norderstedter Sozialdemokraten zusammen mit den Menschen vor Ort Antworten auf dringende Fragen entwickeln, auf die die Menschen in dieser Stadt zu Recht warten. Mit Informations-Angeboten und -Veranstaltungen wollen wir auf die berechtigten Sorgen der Menschen eingehen."; kündigte der Ortsvereinsvorsitzende und Landtagskandidat Heiner Köncke an.

Weitere Arbeitsschwerpunkte werden die Bereiche Bildungspolitik und Finanzen sein.

"Wir stehen für soziale Gerechtigkeit und werden herausarbeiten, wie soziale Gerechtigkeit in Norderstedt gestaltet werden kann.

Dazu werden wir durch unseren Aktionsplan

"Chancen für alle - Chancen für Norderstedt"

klare Schwerpunkte in unserer politischen Arbeit setzen", kündigt Paustenbach an.

Grundsätze des Aktionsplans:

SOZIALE STADT - BESSERE SOZIALE STRATEGIEN FÜR NORDERSTEDT

Wir wollen, dass sich alle Menschen in Norderstedt wohlfühlen, dass die Norderstedterinnen und Norderstedter ihre Wohngebiete als sicher und wohnlich empfinden. Wir wollen für gute, bezahlbare Wohnungen sowie für lebendige Stadtteile sorgen. Insbesondere werden wir die besonderen Bedürfnisse von Kindern, Familien sowie Seniorinnen und Senioren berücksichtigen. Dazu zählen sichere Straßen und gute öffentliche Verkehrsmittel genauso wie gut erreichbare Bildungs-, Freizeit-, Hilfs- und Betreuungsangebote.

Wir wollen die Angebote für Familien in den Stadtteilen verbessern und die Vernetzung von Kindertagesstätten, Schulen sowie weiteren Kinder- und Jugendeinrichtungen voranbringen.

Sozialarbeit muss stärkeren Zugang zu unseren Schulen bekommen. Hierzu braucht es, wie für die Verstärkung der aufsuchenden Jugendarbeit, endlich mehr finanzielle Mittel und Personal.

Durch einem stadtweiten Seniorenplan sollen die Angebote für ältere Mitbürger besser koordiniert und weiterentwickelt werden.

Durch die Einrichtung einer „Norderstedter Integrationskonferenz“ wollen wir die gesellschaftliche Integration von Migrantinnen und Migranten fördern.

ZUKUNFTSFÄHIGE LOKALE BILDUNGSPOLITIK

BESSERE BETREUUNG FÜR KINDER –
MEHR CHANCEN FÜR FAMILIEN

Wir wollen es Paaren leichter machen, sich für Kinder zu entscheiden. Wir wollen, dass Eltern Kinder und Beruf miteinander vereinbaren können. Wir werden Kindern möglichst früh Bildungschancen eröffnen. Kindertagesstätten in unserer Stadt müssen noch stärker als bisher zur ersten Säule unseres Bildungssystems werden.

Der Ausbau von Krippenplätzen, die Beibehaltung der jetzigen Gruppengrößen, die langfristige Gebührenstabilität und der Erhalt der Sozialstaffel steht für uns dabei an oberster Stelle.

Gute Kinderbetreuung, die den Eltern ermöglicht, für ihre Familie selbst zu sorgen, spart Geld bei den sozialen Transferleistungen und lässt auf mehr Steuereinnahmen hoffen.

Dafür wollen wir weitere Mittel aus Haushaltsumschichtungen aufbringen.

Wir wissen, dass Investitionen in unsere Kinder Zukunftsinvestitionen sind. Wir sind bereit, die großen Herausforderungen im Bereich der Kinderbetreuung anzugehen. Wir wollen früh in unsere Kinder investieren. Die Chancen eines jungen Menschen dürfen nicht von Bildung und Vermögen der Eltern abhängen.

BESSERE SCHULEN - MEHR CHANCEN FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

Alle Kinder sollen stärker individuell gefördert werden. In ihren besonderen Begabungen genauso wie bei ihren Schwächen. Nachhilfe und Hausaufgabenbetreuung soll allen Kindern in den Schulen angeboten werden. Mit den Mitteln der Bundesregierung zum Ausbau von Ganztagsschulen kann ein großer Schritt zur Verbesserung der Schulen geleistet werden. Sie bilden die Grundlage, um mehr Zeit zum lernen zu haben. Alle Schülerinnen und Schüler in Norderstedt sollen sich tür eine Ganztagsschule entscheiden können.

Den Ausbau und Erhalt unserer Schulgebäude und die Ausstattung mit modernen Lernmedien wollen wir finanziell stärker fördern.

Um Hauptschülern bessere Chancen für ihr künftiges Berufsleben zu ermöglichen, werden wir im Rahmen unserer kommunalen Möglichkeiten das "10. Hauptschuljahr" weiter voranbringen.

Die bessere individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern ist ein wichtiger Schritt zu weiteren integrativen Formen von Schulen und von Unterricht. Wir sind von den Vorteilen integrativer Schul- und Unterrichtsformen überzeugt und wollen sie weiter stärken.

GERECHTERE FINANZPOLITIK - GRUNDLAGE FÜR MEHR CHANCEN

Durch den Einstieg in einen sogenannten Bürgerhaushalt wollen wir die soziale Schieflage bei der Verteilung der städtischen Finanzen beenden. Die Bürger sollen ihre Ideen und Anregungen bei der Aufstellung des Haushaltes einbringen. In einem ersten Schritt informiert die Stadt in einer Form, die nicht nur für den Fachmann verständlich ist, über ihren Haushalt.

- Woher bekommt sie ihr Geld?

- Wofür gibt sie es aus?

- Wie ist die finanzielle Lage?

- Welche Handlungsmöglichkeiten bestehen überhaupt?

Die Politiker beraten diese Vorschläge und sind verpflichtet ihre Entscheidungen über die Vorschläge

öffentlich zu begründen.

Wir erwarten von dem Projekt mehr Transparenz in den oft nicht leicht verständlichen Haushaltsangelegen-heiten, neuen Schwung für die Haushaltsberatungen und unbürokratische Vorschläge.

Unser Ziel ist es, das Verständnis und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für eine der wichtigsten Weichenstellungen in unserer Stadt zu verbessern.

"In verschiedenen Arbeitsgruppen werden wir zu diesen Themenfeldern Lösungsvorschläge und Anträge für die städtischen Ausschüsse erarbeiten, die wir öffentlich diskutieren wollen.

Darüber hinaus werden wir das Gespräch mit den Menschen suchen, um alle Menschen in diesen schwierigen Zeiten mitzunehmen und einzuladen, mit uns zusammen an Lösungen zu arbeiten.

Dazu werden wir verstärkt auf die Menschen vor Ort zugehen, neue Kontakte zu Vereinen, Verbänden, Interessengruppen und Betrieben knüpfen und die Gliederungen der Partei öffnen damit wir den Puls der Basis spüren.", so Johannes Paustenbach.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 10.10.2004, 11:23 Uhr - 2203 Clicks - Nr. 523*

"PrivatisierungsPakt"



Fischer: SPD-Kreisverband diskutiert über "PrivatisierungsPakt"

Auf der letzten Sitzung hat Kieler Kreisvorstand einen Beratungsfahrplan für den Themenkreis "Öffentliche Daseinsvorsorge und Privatisierungen im kommunalen Bereich" beschlossen. Dazu erklärte Kreisvorsitzender Rolf Fischer:
"Wir wissen, dass wir angesichts der Haushaltslage über die Zukunft der öffentlichen Daseinsvorsorge und über Privatisierungen im kommunalen Bereich sprechen müssen. Die Kieler SPD ist gefordert, soziale Antworten auf diese Fragen zu finden und damit auch neue Wege in der Kommunalpolitik zu gehen. Das ist, selbstkritisch angemerkt, für gerade für uns keine leichte Frage.

Schon jetzt sind aber die Veränderungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge spürbar; nicht zuletzt durch den Einfluss der europäischen Regelungen. Dies betrifft wichtige kommunale Leistungsbereiche wie Verkehr, Wasser oder Energie. Deshalb wollen wir ein Konzept erarbeiten, dass alle Aspekte dieser Thematik umfasst und uns die Möglichkeit gibt, umfassend und abgestimmt, politische Vorschläge für die Zukunft Kiels zu machen.

Wir werden uns auch der Debatte über Privatisierungen nicht verschließen. Privatisierungen oder Rechtsformänderungen sind für uns aber kein politisches Prinzip an sich; wir sind in diesem Sinne keine "Jünger des freien Marktes" oder setzen unkritisch auf dessen sog. "Selbstheilungskräfte". Die strittigen Debatten über die Zukunft des Krankenhauses oder die Struktur des geplanten "Kulturbetriebes" haben nun deutlich gemacht, dass solche Entscheidungen nur aufgrund eines umfassenden Konzeptes getroffen werden können. Schwarz-Grün agiert hier aber ohne sichtbaren Plan und ich sage voraus, dass in beiden Beispielen neuer Beratungsbedarf anstehen wird..

Wir werden dagegen prüfen, welche kommunalen Bereiche sich für welche Formen eignen, die finanziellen Konsequenzen aufzeigen und die Zeiträume für die politischen Entscheidungen festlegen. Bevor aber entschieden wird, wollen wir in neger Abstimmung mit den Gewerkschaften und den Betroffenen einen "PrivatisierungsPakt" schließen, der klar festlegt, wie die Umsetzung erfolgt. Und wir werden auch in dieser Frage den "Sozialvorbehalt" formulieren, damit soziale Härten ausgeschlossen werden.

In einem der nächsten Kreisausschüsse wird MdB Michael Bürsch deshalb zum Thema "Privatisierung öffentlicher Leistungen und Finanzierungsmodelle" referieren. Damit beginnen wird die Debatte.
Kommentar von Christina Vollbrecht vom 13.10.2004, 09:41 Uhr:
RE:Haben Sie auch an die Behinderten gedacht!
Sehr geehrter Herr Fischer,

ich hoffe, das bei Ihren ganzen Diskussionen auch an die Behinderten in Kiel denken, denn an die wird ja wohl in letzter zeit an wenigsten gedacht!

Ich bin selber behindert, kann aber trotz meiner linksseitigen Lähmung laufen und Arbeiten. Es gibt aber viele Behinderte, die können das nicht und die sind auf Fahrdienste angewiesen um zu Veanstaltungen zu kommen. Z.B. ist es jetzt ja so, das die Rollstuhlfahrer, die auf Fahrdienste angewiesen sind nur 15 Fahrten in drei Monaten frei haben und nun frage ich Sie, wie soll das bitte gehen, Sie herr Fischer können sich in Ihr Auto setzen, oder in den bus und einfach los fahren wenn Sie irgendwo hin möchten, aber ein Behinderter kann das nicht. Es ist ja nun mal so, das sehr wenig für Behinderte getan wird und nun werden Sie auch noch eingeschränkt in demSie nicht mehr überal hin fahren können wo Sie gerne hin möchten und das nur, weil das Geld lieber für Penner und Säufer benutzt wird, das finde ich echt ein Witz! Das was hier in Kiel passiert ist Diskriminierung von Behinderten.

AG60plus-Dithmarschen - *veröffentlicht am 10.10.2004, 19:48 Uhr - 2710 Clicks - Nr. 524*

AG60+ aus Dithmarschen zu Besuch im Landtag

Gut 30 Senioren/innen aus Dithmarschen machten sich am 17. September 2004 auf um dem Schleswig-Holsteinischen Landtag in Kiel einen Besuch ab-zustatten. Die SPD Arbeitsgemeinschaft 60 plus hatte zu dieser Fahrt eingela-den.

In Kiel empfing der Landtagspräsident Heinz-Werner Arens die Besucher bei Kaffee und Kuchen. Er erläuterte die Notwendigkeit der großen und teuren Umbauarbeiten im Landeshaus. Ein aufwendiges Unterfangen, das aber notwendig war um dem Landtag endlich ein angemessenes Zuhause zu geben.

Nach einem Rundgang durch die Technologieausstellung nahmen die Dithmarscher/innen an einer Landtagssitzung teil. Mit Verwunderung und leichtem Unverständnis reagierten die Besucher auf eine 40 minütige Debatte über eine „Kormoranverordnung“ im Parlament. Die Frage eines Teilnehmers: „Haben die nichts wichtigeres zu tun“, fand allgemeine Zustimmung.

Zum Abschluss des Besuches stellten sich die Abgeordneten Neugebauer (SPD) und Wadepuhl (CDU) aus Rendsburg, Malerius (SPD) aus Brunsbüttel und Hildebrand (FDP) aus Ellerbek den Fragen der

Senioren und Seniorinnen. Ein interessanter und informativer Nachmittag fand einen gelungenen Abschluss.

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 12.10.2004, 14:46 Uhr - 1256 Clicks - Nr. 525*

Verspielt Schwarz-Grün das Science Center für Kiel?

„Die schwarz-grüne Rathausmehrheit hat weiterhin außer Sonntagsreden nicht viel für die Entwicklung Kiels zu bieten," stellen die Kieler SPD-Landtagsabgeordneten Rolf Fischer und Jürgen Weber zur Handlungsunfähigkeit der Stadtspitze in Sachen Science Center fest.

„Nach unserer Auffassung ist die Befürchtung der IHK nur allzu berechtigt, dass die Stadt auch diese Chance vergibt." Es gebe genügend Städte, Gemeinden und Kreise, die gern bereit seien, Fördermittel abzurufen und zu investieren, die die Landeshauptstadt verfallen lassen würde. Das wäre ein Armutszeugnis für die ganze KERN Region.

Fischer und Weber verweisen auf die Anhörung der Landtagsausschüsse, nach denen das Kieler Projekt den klaren Vorzug vor dem Flensburger Konzept erhalten habe. Kiel mache sich lächerlich, wenn man nach erfolgreichem Wettbewerb aus dem Projekt aussteigen will. Dass das Science Center Geld kosten wird, dürfte man auch schon vorher im Rathaus gewusst haben.
Eine Förderungsquote von über 60% durch das Land stand nie zur Diskussion. Wer das unterstellt, suche nur billige Ausreden.

„Es ist überhaupt nicht mehr nachvollziehbar, wie schnell sich die Prioritäten ändern. Erst erklärt die Oberbürgermeisterin, sie stelle das Projekt Historisches Zentrum in der Altstadt zu Gunsten des Science Centers zurück, jetzt lässt sie das Flaggschiff Science Center an sich vorüber ziehen – und über diesem romantischen Stillleben mit Dame kreist der Pleitegeier," erklärten Fischer und Weber.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 13.10.2004, 15:29 Uhr - 594 Clicks - Nr. 526*

Aus für das Science Center = Absage an die Zukunft



Zu der Berichterstattung über die anstehende Entscheidung von Frau Volquartz und der schwarz-grünen Kooperation zum Ausstieg aus dem Science-Center äußern sich der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller und der baupolitsche Sprecher der Fraktion Cai-Uwe Lindner:
"Das ist ein schwarzer Tag für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Kiel. Frau Volquartz und Schwarz-Grün setzen die Talfahrt ihrer Ideen- und Perspektivlosigkeit gegen die Stadt fort, anstatt in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Depression mutige Signale zu setzen. Frau Volquartz fehlt nicht nur der Kompass für die Führung unserer Stadt, sondern sie wird mehr und mehr das Opfer ihrer eigenen Verzagtheit und Mutlosigkeit.

Da hat auch die Reise nach China nicht die erhofften Impulse gebracht.

Die SPD-Fraktion hatte in den letzen Monaten immer wieder vergeblich für ein überarbeitetes Finanzierungskonzept des Science Centers geworben und hat nichts außer Beschimpfungen geerntet. Zuletzt haben CDU und Grüne sogar noch unseren Antrag in der Ratsversammlung am 19.08.2004 zurückgestellt, mit Blick auf eine sich abzeichnende Förderung des Science-Centers durch das Land, die bisherige Finanzierungsplanung zu überprüfen und dabei alle Möglichkeiten zur Reduzierung der Gesamtinvestitionssumme zu untersuchen (Drs. 0909/2004).

Die Oberbürgermeisterin hat nun für den 21. Oktober eine gemeinsame Sondersitzung der Ausschüsse für Bau, Kultur und Wirtschaft einberufen. Hier soll mit schwarz-grüner Unterstützung die Entscheidung gegen das Science Center eingeleitet und in der Ratsversammlung am 28. Oktober endgültig exekutiert werden. Wenn dann die wirtschaftspolitischen Sprecher von CDU und GRÜNEN - Robert Cordes und Lutz Oschmann - bei ihrer Herzensangelegenheit ein Klagelied anstimmen werden, wird die SPD-Fraktion nochmals mit der Vision eines starken Kiels der Zukunft für das Science-Center werben. Wohl vergebens, aber die Hoffnung stirbt bekanntlich ja zuletzt!"

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 13.10.2004, 16:07 Uhr - 613 Clicks - Nr. 527*

Möller zum Flughafen: Der Ball liegt bei Schwarz-Grün!



Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Alexander Möller äußert sich zu den jüngsten Entwicklungen und Äußerungen zum möglichen Ausbau des Kieler Flughafens:
Minister Rohwer hat heute deutlich gemacht, dass das Land im November in Phase 2 des möglichen Ausbaus des Flughafens Kiel-Holtenau gehen will. Damit das Projekt insgesamt in diese Phase eintritt, bedarf es allerdings eines Beschlusses der Ratsversammlung. Nun muss Schwarz-Grün in der Ratsversammlung im Oktober diese Entscheidung nach Vorlage von Frau Volquartz treffen. Der Ball liegt bei Schwarz-Grün.

Die Ratsversammlung hatte mit den Stimmen von Grünen und CDU im August 2003 beschlossen, eine Wirtschaftlichkeitsberechnung nach Vorlage der Bedarfs- und Kostenprognose in Auftrag zu geben. Die SPD hatte in den letzten Wochen dafür geworben, dass diese Berechnung Land und Stadt gemeinsam in Auftrag geben. Auch darüber ist ein erneuter Beschluss der Ratsversammlung im Oktober notwendig.

Frau Volquartz hat erklärt, sich bis auf weiteres nicht zum Flughafen zu äußern. Das hat entgegen ihrer Behauptung nichts mit einer Absprache mit der Landesregierung zu tun. Das ist vielmehr Ergebnis des Drucks der Grünen auf sie. Frau Volquartz wird sich jedoch bereits in der Sitzung der Lenkungsgruppe der nächsten Woche erklären müssen. Sie muss dort sagen, wie die weitere Zusammenarbeit der Stadt mit dem Land aussehen soll. Frau Volquartz ist in der Verantwortung. Sie muss ihr endlich gerecht werden.

Über die weitere Mitarbeit der SPD in der Lenkungsgruppe, die wir nach den jüngsten Aktionen von Frau Volquartz in Frage stellen mussten, werden wir nach der nächsten Sitzung der Lenkungsgruppe entscheiden.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 13.10.2004, 19:25 Uhr - 1512 Clicks - Nr. 528*

SPD-Engelsby: Engelsbyer bei Trost

Wie angekündigt, kam am Dienstag der amtierende Bürgermeister Helmut Trost nach Engelsby.
In seinem "Bürgermeistercafe" wurde heißer Tee und Kaffee angeboten.
Mit den zahlreichen Mitbürgerinnen und Mitbürgern führte Helmut Trost viele interessante Gespräche zu den unterschiedlichsten Themen.
Wer noch nicht bei Trost war, kann dies an zwei Terminen nachholen:
Donnerstag, 14.10. um 9.30 bis 11.00
und am Dienstag, 19.10. von 16.30 bis 17.00 Uhr

Helmut Trost freut sich auf das Gespräch mit Ihnen.

Keine Kommentare

SPD-Neumünster - *veröffentlicht am 13.10.2004, 19:55 Uhr - 2743 Clicks - Nr. 529*

Geschichte der SPD

Bilddokumentation zur Geschichte der SPD
Sozialdemokratie in Deutschland
1863 - 2002

Diese geschichtlich sehr interessante Broschüre wurde herausgegeben vom SPD -Parteivorstand Berlin.

Sie ist erhältlich im
SPD -Vertriebsservice, Wilhelmstraße 141,
10963 Berlin.

Email: vertrieb@spd.de



Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 14.10.2004, 15:57 Uhr - 616 Clicks - Nr. 530*

Möller zu Rohwer-Aussagen und CDU-Reaktion: Sorge um Kiel berechtigt - Mut und T



Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion zu den Äußerungen von Arbeits- und Wirtschaftsminister Rohwer sowie den Reaktionen der CDU-Ratsfraktion:

"Die gestrigen Hinweise von Minister Rohwer sollten uns im Rathaus zu denken geben. Wenn ein besonnener und weit über eigene Parteigrenzen anerkannter Minister seine Sorgen um die Landeshauptstadt Kiel so deutlich formuliert, wird klar: Es ist für Kiel fünf vor zwölf. Überall im Norden herrscht Aufbruchstimmung, nur in Kiel nicht. Hier herrscht Stillstand. Das hat zu tun mit einer mutlosen und verzagten Oberbürgermeisterin, die sich hinter einer finanzpolitischen Notstandsrhetorik versteckt - ohne eine Idee für das Kiel von morgen zu haben.

Die Wirtschaftspolitik von Frau Volquartz gleicht einem Scherbenhaufen. Die SPD wird in der kommenden Woche ihre weiteren Vorschläge zu einer Stärkung des Arbeitsstandortes Kiel vorstellen, einschließlich der Frage Science Center.

Die Aussagen des Fraktionsvorsitzenden der CDU stellen ein Abrücken der bisherigen Position der CDU zum Flughafen dar. Die CDU bricht unter dem Druck der Grünen ein. Die CDU hatte den Ausgaben zum Beispiel für EAE im Sommer letzten Jahres ausdrücklich zugestimmt und unsere Bitte, die Oberbürgermeisterin möge für Deckung im städtischen Haushalt sorgen, brüsk zurückgewiesen. Die Ratsversammlung wird spätestens im November über den Eintritt in Phase 2 zum möglichen Ausbau entscheiden müssen. Da wird es kein Wegducken von CDU und Grünen geben können.

Die üblichen Angriffe der CDU gegen die Haushaltspolitik der SPD in den letzten Jahren sollen von dem eigenen Versagen in der neuen Verantwortung ablenken. Norbert Gansel und die SPD haben fünf Jahre ausgeglichene Haushalte vorgelegt.

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 15.10.2004, 09:48 Uhr - 1202 Clicks - Nr. 531*

Science Center: Das Schiff ist (fast) abgefahren

Mit Bedauern und Befremden nimmt der wissenschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber, die Entscheidung der Kieler Stadtspitze zur Kenntnis, sich aus finanziellen Gründen aus der Realisierung eines Science Center zurückzuziehen. "„Wer jetzt den Eindruck erweckt, mit einem ‚abgespeckten Projekt' auf die gleichen Fördermittel zugreifen zu können, lebt im Wolkenkuckucksheim"
„Die Stadt hat eine große Chance vertan. Sie hat bei der Anhörung der Landtagsausschüsse ein interessantes, aber hinsichtlich der Finanzierung überarbeitungsbedürftiges Konzept vorgelegt und den klaren Vorzug vor dem Flensburger Projekt erhalten. Das Land hat seine Bereitschaft erklärt, das Projekt mit 60 % überdurchschnittlich hoch aus Regionalmitteln zu finanzieren und damit einen entscheidenden Beitrag zur Realisierung geleistet."

„Wer jetzt den Eindruck erweckt, mit einem ‚abgespeckten Projekt' auf die gleichen Fördermittel zugreifen zu können, lebt im Wolkenkuckucksheim. Kiel hatte den Zuschlag erhalten aufgrund seines herausragenden Konzepts. Eine Lösung ohne bedeutende überregionale Ausstrahlung ist keine Geschäftsgrundlage für eine vergleichbare Förderung aus dem Regionalprogramm.

Die Kieler Rathausspitze hat nicht nur Planungskosten vergeudet, sondern auch sich und allen anderen, die am Verfahren beteiligt waren, viel Zeit gestohlen. Sollte eine Mehrheit in der Ratsversammlung den Ausstieg der Oberbürgermeisterin nicht noch stoppen, ist das Schiff „Science Center" für Kiel wohl abgefahren; ob es in einen anderen Hafen in Schleswig-Holstein einläuft, ist offen," erklärte Weber. (SIB)

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 15.10.2004, 10:02 Uhr - 569 Clicks - Nr. 532*

Endlich - 1. Kieler Honky-Tonk Kneipenfestival



"Das wird bestimmt eine tolle Nacht", freut sich SPD-Ratsherr Cai-Uwe Lindner über das 1. Kieler Honky-Tonk Kneipenfestival am 23. Oktober 2004.

Lindner erinnert daran, dass dieses Kneipenfestival auf eine Ratsinitiative der SPD-Fraktion vom April 2003 zurück geht. Seinerzeit hatte die SPD den Oberbürgermeister gebeten, in Zusammenarbeit mit der TIK - Tourist Information Kiel e.V., dem Stadtmarketing Kiel und privaten Partnern ein Konzept für ein Kieler Kneipenfestival zu entwickeln. Diesem Antrag vermochte die schwarz-grüne Ratsmehrheit nur mit den gewohnten Schwierigkeiten, Bedenken und Überweisungen im Wirtschaftsausschuss und im Kulturausschuss zustimmen, nachdem Lindner nachweisen konnte, dass dieses Kneipenfestival ausschließlich privat zu organisieren sei und die Stadt dabei nur Hilfestellungen leisten sollte.
Nach über einem Jahr ist es nun endlich soweit. 32 Musikgruppen spielen in der Nacht vom 23. auf den 24. Oktober in 29 Kieler Kneipen zwischen Holtenauer Straße, Altem Markt und Grasweg. Lindner erklärt abschließend: "Das 1. Kieler Honky-Tonk Kneipenfestival ist ein rundes Paket - viel Musik für wenig Geld. Es ist ein weiterer kultureller Beitrag zur Belebung der Kieler Innenstadt. Wir wünschen den Veranstaltern und allen Beteiligten viel Erfolg und den Kieler/innen viel Spaß."

Keine Kommentare

SPD-Norderstedt - *veröffentlicht am 15.10.2004, 21:08 Uhr - 1656 Clicks - Nr. 533*

Autor Wolfgang Sieg ist wieder im SPD-podium zu Gast

Überwiegend Plattdeutsch:
Luter Lütte Katastrofen
un lütte Sünnenstrahlen

Am Freitag, 29. Oktober
um 20 Uhr im SPD-podium an der Ulzburger Straße 308
gibt's wieder gehörig auf die Ohren.

Seine leisen, aber oft bitterbösen Geschichten begeistern sein Publikum wie seine Leser. Diemal steht sein neues Buch im Mittelpunkt.

De Tieden ännert sik:
Die niedlichen Enkelchen werden größer und eigensinniger, der Unterhaltungswert des Autors jedoch steigt. Deshalb hat er die Sünnenstrahlen bitter nötig. Damit er sich aber keinen Sonnenbrand holt, müssen manchmal ein paar dunkle Wölkchen her.
Auch Bockenbüttel verändert sich, macht eine Rolle rückwärts ins 19. Jahrhundert, nicht zuletzt wegen der vielen Einsparungen im kommunalen Bereich. Die großen Volksparteien hingegen werden immer zukunftsorientierter. Von Reform zu Reform. Nur die Politiker bleiben sich gleich.

Dies alles und noch viel mehr findet findet sich in dem bunten Strauß der Geschichten von Wolfgang Sieg, aus dem der Autor vortragen wird.

Der Eintritt beträgt 8 Euro.
Kartenvorbestellung unter Telefon 040/523 52 02 oder 040/523 37 26 oder per E-Mail: h.kuehl@wtnet.de

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 16.10.2004, 12:04 Uhr - 2467 Clicks - Nr. 534*

Ökonomie und Minderheitenpolitik



Rolf Fischer: "Ökonomie und Minderheitenpolitik - Türkei bietet Chancen für Schleswig-Holstein"

Zur Entscheidung der EU-Kommission, die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufzunehmen, erklärt MdL Rolf Fischer, SPD- Europa-Politiker und Vorsitzender des Europa-Ausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages:

"Diese Entscheidung begrüße ich außerordentlich. In einer Vielzahl von Veranstaltungen, die ich in den letzten Monaten in Schleswig-Holstein zum Thema machen durfte, wurde deutlich: Die Chancen überwiegen die Risiken - so jedenfalls sahen es die Mehrzahl der Bürger.

Die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zur EU mit der Türkei bietet auch für Schleswig-Holstein neue Möglichkeiten. Schon während des Verfahrens wird die Türkei vertieftes Interesse an Kooperationen haben. Die Türken sind die größte Gruppe der "ausländischen" Schleswig-Holsteiner. Und da mit der "Türkischen Gemeinde Schleswig-Holstein" (TGSH) ein überaus aktiver und demokratisch legitimierter Ansprechpartner vorhanden ist, können neue und weiter Kontakte geknüpft werden. Schon jetzt sind türkische Unternehmer wichtige ökonomische Faktoren bei uns, sie bilden Lehrlinge aus und tragen mit ihrer Arbeit und ihren Steuern zum Gesamtwohl bei.

Ein für mich wichtiger, weil bisher unterschätzter Punkt: Wir verwirklichen in Schleswig-Holstein eine erfolgreiche Minderheitenpolitik, die in Europa anerkannt wird. Bei uns arbeiten zudem profilierte Institute wie das "Europäische Zentrum für Minderheitenfragen" oder das "SCHIFF", d.h. das "S-H Institut für Friedensforschung". Wir haben alle Möglichkeiten diese Erfahrungen in den

Demokratieprozess der Türkei einzubringen."

Kiel, d. 06.10.04
Kommentar von Hans-Joachim Schneider vom 24.10.2004, 04:25 Uhr:
RE:Ökonomie und Minderheitenpolitik
Hallo Rolf, einen wichtigen Punkt hast Du noch vergessen:Hätte man der Türkei jetzt die Beitrittsverhandlungen (die man ja seit 40 Jahren versprochen hat) verweigert,so hätte die Gefahr bestanden, dass Ministerpräsident Erdogan mit seinen (zugegebenermassen noch auszuweitenden) Reformen scheitert und die Hardliner wieder das Heft in die Hand nehmen,da die Türken in ihrem Stolz verletzt währen. Das wäre nicht nur für den NATO-Partner Türkei sondern auch für Europa ein Rückschritt.
Gruss
Hajo

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 16.10.2004, 12:06 Uhr - 2333 Clicks - Nr. 535*

Zum Ausstieg aus dem Science Center



Zu den Erklärungen von OB Volquartz zum Ausstieg aus dem Science Center (KN von 13.10.04) erklärte SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer:

" Die Haushaltslage der Stadt und die Prognosen waren bekannt. Wenn es tatsächlich finanzielle Gründe sind, die zum Ausstieg bewogen haben, dann entsteht nach dem OB-Gespräch die Frage: Was kostet denn die "Alternative" zum Science Center? Denn auch der nun aufgetauchte Vorschlag, ein "kombiniertes Center" zwischen Aquarium und Institut für Meereskunde aufzubauen, wird doch nicht kostenneutral sein. Was ist ein "Science Center in anderer Form" (Zitat OB)? Wie sehen die Alternative und ihre Auswirkungen für die Stadt und die Bürger aus? Welches wissenschaftliche oder touristische Ziel soll erreicht werden?

Da der Ausstieg nicht mit einer konkreten Alternative verbunden wurde, entsteht wiederum der Eindruck von Konzeptlosigkeit. Professionell wäre es, die Nachricht des Ausstiegs mit einer konkreten neuen Variante zu verbinden, die die oben genannten Fragen zumindest zum Teil beantwortet. Hier hätte vorgearbeitet werden müssen, wenn man denn will.

So beginnt aller Wahrscheinlichkeit nach eine neuerliche Debatte über Form und Ziel dieses neuen Zentrums, dessen Kosten dann nicht mehr vom Land, sondern mindestens in Teilen auch von der Stadt zu tragen sind. Das ist keine gute Ausgangsposition für eine wichtige infrastrukturelle Maßnahme für Kiel.

Kiel, d. 13.10.04

Keine Kommentare

SPD-Norderstedt - *veröffentlicht am 17.10.2004, 23:25 Uhr - 1599 Clicks - Nr. 536*

Premiere!

Das neue Programm mit Hawe Kühl und Rainer Lankau.
"Sei modern" - Das neue Programm mit Couplets von Otto Reutter mit HaWe Kühl (Gesang) und Rainer Lankau (Klavier).

Am Sonnabend, 20.11.2004 um 20.00 Uhr im SPD-Podium, Ulzburger Str. 308, Norderstedt.
Nicht verpassen!
Kartenvorbestellungen unter Tel. 040/5235202 und 040/5233726 sowie h.kuehl@wtnet.de
Eintritt: 8,00 €

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 18.10.2004, 16:54 Uhr - 888 Clicks - Nr. 537*

Knut Krienitz-Hadinek in der Sprechstunde der SPD am 21.10.04

Knut Krienitz-Hadinek, Stadtvertreter der SPD und Vorsitzender des Werk-Ausschusses, steht in der Sprechstunde der SPD-Fraktion allen Bürgerinnen und Bürgern am 21.10.2004 zur Verfügung.

Die Sprechstunde findet, wie üblich, im Fraktionszimmer der SPD (A0.05) im Historischen Rathaus von 16.00 - 17.30 Uhr statt.

Knut Krienitz-Hadinek ist dort unter Telefon 04551-964-348 zu erreichen.
Die Sprechstunde findet diesmal unter dem Thema statt:
"Wie findet sich ein Neu-Bürger in Bad Segeberg zurecht und wie kann er in die "Segeberger Kreise" hineinfinden ? ".

Knut Krienitz-Hadinek möchte sich dafür einsetzen, dass in naher Zukunft jeder Neu-Bürger bei Anmeldung im Segeberger Einwohnermelde-Amt eine kleine Schrift der Stadtverwaltung in die Hand bekommt, die einem Neu-Bürger die ersten Adressen für Kontakte mitteilt.

Er nimmt Anregungen und Vorschläge zu dieser Überlegung gerne entgegen.

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 19.10.2004, 18:02 Uhr - 2913 Clicks - Nr. 538*

Personalräte und Gewerkschafter gründen Wähleriniative



Bei einer Pressekonferenz wurde mit einigen Erstunterzeichner die neue Wähleriniative zur Landtagswahl 2005 der Öffentlichkeit vorgestellt.
Einladung zur Pressekonferenz
WählerInnen-Initiative
„ArbeitnehmerInnen für Heide Simonis“
www.spd-net-sh/waehlerinitiative.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Landtagswahl 2005 in Schleswig-Holstein wird für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land von großer Bedeutung sein. Wird es in Zukunft eine Politik unter dem Motto

"Arbeit und soziale Gerechtigkeit" geben oder wirtschaftliche Wachstum zu Lasten der Beschäftigten gefördert. Über 40 Betriebsräte, Personalräte und GewerkschafterInnen wollen eine soziale Politik und unterstützen daher die Wiederwahl von Heidi Simonis!
In einem Pressegespräch möchten wir Ihnen gerne die WählerInnen-Initiative „ArbeitnehmerInnen für Heide Simonis - Schleswig-Holstein braucht Heide Simonis und die SPD“ vorstellen:

Am: Donnerstag, den 21. Oktober 2004
Um: 13:00 Uhr
Im: Restaurant Legienhof, Legienstr. 22, 24103 Kiel

Als Gesprächspartner stehen ihnen zur Verfügung: Wolfgang Mädel, Landesvorsitzender der AfA/Geschäftsführer IG Metall Kiel
· Jürgen Müller, Sprecher der WählerInnen-Initiative
· Daniel Friedrich, Sprecher der WählerInnen-Initiative
· Und weitere Erstunterzeichner

Über Ihre Teilnahme würden wir uns sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen
Daniel Friedrich
Sprecher der WählerInnen-Initiative
Mobil: 0170 33 33 126

Keine Kommentare

Lothar Hay, MdL - *veröffentlicht am 20.10.2004, 10:56 Uhr - 2472 Clicks - Nr. 539*

Bericht über Verwendung von Tiermehl gefordert

Lothar Hay am 19.10.2004
Die SPD-Landtagsfraktion hat in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, von der Landesregierung einen Bericht
über die Verwendung von Tiermehl in Schleswig-Holstein einzufordern.
Dies teilt der Fraktionsvorsitzende Lothar Hay mit. In dem mündlichen Bericht in der nächsten Landtagssitzung soll insbesondere der Aspekt des Verbraucherschutzes
berücksichtigt werden. Dabei geht es vor allem um Kontrollmöglichkeiten bei Futtermitteln.
Die SPD-Fraktion hatte das Thema in ihrer heutigen Sitzung debattiert, weil vor kurzem die Verbraucherschutzorganisation „Foodwatch“ davor gewarnt hatte, dass eine Verfütterung von Tiermehl an Nutztiere
trotz des EU-weiten Verbots nicht ausgeschlossen werden könne. Grund seien mangelnde Kontrollmöglichkeiten, solange
Tiermehl weiter als Dünger ausgebracht werden dürfe.
„Wir nehmen den Verbraucherschutz sehr ernst. Es muss sichergestellt sein, dass Tiermehl, das als Dünger deklariert ist, keinesfalls missbräuchlich durch Verfütterung in die Nahrungskette gelangt“, so Lothar Hay.
Die Fraktion wird ihren Beschluss in einem mit dem Koalitionspartner abgestimmten Antrag in den Landtag ein-
bringen.

Arbeitnehmer für Heide - *veröffentlicht am 20.10.2004, 17:41 Uhr - 5459 Clicks - Nr. 540*

Gründungsmitglieder der Wählerinitiative + aktuelle Liste der UnterstützerInnen

Auf der Pressekonferenz am 21. Oktober 2004 im Restaurant des Legienhofes in Kiel wurde die Wählerinitiative 2005 der ArbeitnehmerInnen für Heide Simonis der Öffentlichkeit vorgestellt.
Folgende Personen aus dem Arbeitnehmerbereich in Schleswig-Holstein haben sich spontan als Erstunterzeichner dieser Initiative zur Verfügung gestellt.
Erstunterzeichner:

Name - Beruf/Tätigkeit/Funktion - Betrieb

Mädel, Wolfgang - Geschäftsführer/AfA-Landesvors.- IG Metall Kiel
Müller, Jürgen - Betriebsratsvorsitzender - L 3 Elac Nautik, Kiel
Friedrich, Daniel - Gewerkschaftssekretär - IG Metall Bezirk Küste

Auerbach, Almut - Geschäftsführerin/stellv. AFA-Landv. - Ver.di Südholstein
Bolln, Stefan - Vors. Schornsteinfegergwerkschaft - Barmstedt
Bolwig, Niels - Gewerkschaftssekretär - IG Metall Bergedorf
Bothmer von, Hans - Vorsitzender VK-Leitung - Danfoss Flensburg
Burmester, Karl-Heinz - Betriebsratsvorsitzender - Stadtwerke Lübeck
Detlefs, Hans - Betriebsratsvorsitzender - Thales Defence, Kiel
Denker, Rainer - Betriebsratsmitglied - Sauer & Sohn, Kiel
Finke, Gerd - AfA-Landesvorstand - Theater Kiel
Franz, Lothar - Kfz-Mechaniker - Rentner
Gayko, Stefanie - Jugendvertreterin - Auszubildende
Geiken, Meinhard - Geschäftsführer - IG Metall Flensburg
Gieselmann, Jürgen - Personalratsvorsitzender - Marinearsenal Kiel
Hartmann, Norbert - Berufssoldat a.D. - Penionär
Heise, Jörg - Personalratsvorsitzender - Gemeinde Helgoland
Herchenröder, Horst - DGB-Regionsvorsitzender - DGB Region KERN
Hoffmann, Tim - Auszubildender - Raiffeisenbank Itzehoe
Horstmann, K.-H. - Betriebsratsmitglied - Dräger MT, Lübeck
Hüntling, Helmut - Arbeits- und Sozialrechtler - DGB Schlewig
Jahn, Fritz - Betriebsratsvorsitzender - Sauer + Sohn, Eckernförde

Jöhnck, Kirsten - Gewerkschaftssekretärin - ver.di Kiel
Köhler, Peter - DGB-Regionsvorsitzender - DGB
Mertes, Manuel - Betriebs- und Aufsichtsratsmitglied - Stadtwerke Kiel AG
Meyhoff, Andre´- Hauptjugendvertreter - Angestellter, Bundeswehr
Müller-Beck, Ralph - Gewerkschaftssekretär - ver.di Nord
Neumann, Barbara - stellv. Betriebsratsvorsitzende - Stadtwerke Kiel AG
Pauls, Birte - Krankenschwester - Schleswig
von Pein, Tobias - Juso-Kreisvorsitzender Stormarn - Auszubildender
Petersen, Kai - Geschäftsführer - IG Metall Rendsburg

Reinhardt, Peter - Betriebsratsvorsitzender - Lübecker Kunststoff Werk
Ricke, Waltraud - Gewerkschaftssekretärin - IG Metall Bergedorf
Rickers, Thomas - Geschäftsführer - IG Metall Lübeck
Rölke, Kirsten - stellv. AfA-Bundesvorsitzende - IG Metall Frankfurt
Rudnik, Volker - Gesamtpersonalratsvorsitzender - Landeshauptstadt Kiel
Schischesky, Frank - Organisationleiter - ver.di Nord
Seeger, Peter - Geschäftsführer - IG Metall Neumünster
Steffen, Gerhard - Betriebsratsvorsitzender - Fa. Fette, Schwarzenbek
Thevs, Heiko - Betriebsratsvorsitzender - GKN Driveline, Kiel
Weiß, Anngegret - Betriebsratsvorsitzende - Kiel
Wenghöfer, Jörg - AfA-Bundesvorstandsmitglied - Boostedt
Wessels, Karsten - DGB- Regionsvorsitzender - DGB Elmshorn
Wilhelmy-Hellmuth, Dagmar - Betriebsrätin - Stadtwerke Kiel AG
Wrobel, Ralf - Straßenwärter - Groß Brebel
Kummerfeldt, Jessica - Juso-Landesvorstand - Auszubildende

Neu:
Vieth, Reinhard - Verwaltungsangestellter - Amt Schlei
Heinrichs, Achim - Projektleiter - Vossloh IT Kiel
Preuschhoff, Martin - Programmierer - Otto Hamburg
Hagge, Markus - Fachinformatiker - BfW Hamburg
Rix, Sönke - Fachkraft für Berufs- und Arbeitsförderung - Diakonie-Hilfswerk S-H Eckernförde
Scholz, Eckhard - Geschäftsführer - IG Metall Hamburg
Kuhn, Willi - Betriebsräteberater - Kwizs
Riemann, Heinz Otto - Betriebsrat - Stadtwerke Kiel
Rose, Hartwig - Betriebsrat - Stadtwerke Kiel
Köpp, Joachim - Betriebsrat - Stadtwerke Kiel
Stark, Herman - Jurist - Kiel
Porath, Lutz - Betriebsrat - Karstadt AG
Paproth, Ulrich - Service-Ingenieur - L 3 Elac Nautik, Kiel
Vogelsang, Bernd - Ratsherr/Soldat a.D - Kiel
Schröder, Ingrid - Vertrauensfrau - L 3 Elac Nautik, Kiel
Krause, Rolf - Betriebsratsvorsitzender - Grundfos Pumpenfabrik GmbH
Ruß, Ute - Diplompolitologin - Bundesverband autonomer Frauennotrufe
Chwalek, Marco B. - MA in einer Kreisgeschäftsstelle - SPD Landesverband S-H
Ullmann, Rolf - Betriebsratsvorsitzender - HDW-Nobiskrug GmbH
Büchmann, Ute - Gleichstellungsbeauftragte - Stadt Preetz
Graage, Uwe - ehemaliger Lehrer - Schule
Karstens, Konrad - Rentner - Meldorf
Helmut, W.-H. - Rentner - Meldorf
Möller, Hajo - Betriebsratsvorsitzender - Bayer Chemie
Rahn, Jutta - Hausfrau - Meldorf
Marczuy, Irene - Hausfrau . Meldorf
Nessin, Rita - Köchin - Ver.di
Meier, H.-H. - Schachtmeister - Puhlmann
Kock, Norbert - Logistikfk. - Vismay
Kammann, Jasmin - Sozialvers.-fachangestellte - BKK - G+J
Klose, Rainer - Betriebsratmitglied - Rutgers Elbechemie
Reichwaldt, Gunnar - Jugendobmann IGBCE - Shell Oil GmbH
Rode, Michael - Seniorenbeauftragter - DGB Unterelbe
Zimmermann, Norbert - Diplom-Ingenieur - Katasteramt Meldorf

Buder, Detlef - Diplom-Pädagoge - Land S.-H.
Klose, Luise - Küchenhilfe - Sozialzentrum Marne
Klose, M. - Gerüstbauer - Bau-Steine-Erde
Klose, J. - Gerüstbauer - Bau-Steine-Erde
Vogelsang, Doris - Hausfrau + Mutter - Kiel
Arlt, Bodo - Verwaltungsbeamter - Landespolizeiamt
Hansen, Hanna - Raumpflegerin - Amt Silberstedt
Heyse, Reiner - Betriebsratsvorsitzender - Raytheon Marine GmbH
Scheffrau, Manuela - Angestellte - Raytheon Marine GmbH
Voß, Eckhard - stellvertr. BR-Vors.- VK Leiter - Thales Defence Deutschland
Petersen, Manuela - Betriebsratsmitglied - Stryker
Jensen, Dieter - Betriebsratsmitglied - HDW Kiel
Breede, Helmut - Maschinenschlosser, BRV - Ako-Filter GmbH
Remiszewski, Fabian - Dreher, BR - IBAK
Rohwer, Maike - Diplom-Finanzwirtin - Land Schleswig-Holstein
Andressen, Norbert - Psyologe - BHW Hamburg
Schröder, Karsten - Angestellter - SPD Hamburg
Meyer, Sven - Angestellter - R-V Einrichtung
Klein, Antje - Notariatsfachangestellte - Wegner, Stahl & Partner
Schümann, Jutta - MdL - Neumünster
Straub, Jürgen - Gesch.-führer a.D.ÖTV - Neumünster
Sintherhauf, Heike - Angestellte - Ver.di
Claussen, Sylvia - Angestellte - ver.di
Bunsen, Rosi - Angestellte - ver.di
Mahler, Jens - Fachbereichsleiter - ver.di
Neumann, Peter - Fachbereichsleiter - ver.di
Granzow, Karin - Verwaltungsangestellte - ver.di
Petersen, Nicole - Beamtin - Kreis Ostholstein
Sievers, Stefan - Schüler
Gröschl-Bahr, Gabriele - Fachbereichsleiterin - ver.di
Grau, Lotti - Bewirtungskraft - Stadtwerke Kiel AG
Jans, Klaus - Industriefachwirt - Stadtwerke Kiel AG
Harm, Claus-Peter - Betriebsrat - HDW Kiel
Speck, Bernd - Betriebsrat - HDW Kiel
Wanke, Klaus-Dieter - Betriebsrat - HDW Kiel
Lehmann, Lena - Sekretärin - IG Metall
Schellhorn, Peter - Beamter - Bundeswehr
Reimer, Karla - Angestellte - Eon-Hanse
Bosholm, Klaus - Beamter - Lornsenschule SL
Büschenfeld, Sönke - Beamter - Landespolizei SH
Bachmann, Matthias - Maschinenbautechniker - selbstständig
Lorenzen, Jürgen - Betriebswirt - FH Schleswig
Tempel, Claus - Hausmann - selbstständig
Schröder, Uwe - Angestellter - JAW
Schulz, Gerhard - Angestellter - SPD LV SH
Ponath, Jürgen - Service Techniker - L3 Elac Nautik Kiel
Lagotzki, Franz - Pensionär - ver.di
Mertineit, Peter - Rentner - IG Metal
Treichel, Peter - Rentner - Gewerkschaftssekretär
Rahmatollah, R. - Agar.-Ing. - Gastwirt
Treichel, Elisabeth - Renterin - Büroangestellte

Wehner, Thomas - SPD-Fraktion - Kiel
Kietzer, Cathy - SPD-Frak.-Vors. - RA + Notar Kiel
Schulz, Wolfgang - SPD-Fraktion - Kiel
Schmalz, Michael - st. Betriebsratsvorsitzender - HSH-Nordbank AG
Langfeldt, Gesa - SPD-Ratsfraktion - Kiel
Toscan, Heidi - SPD-Ratsfraktion - Kiel
Sömmoig, Katja - Verwaltungsangestellte - IG Metall
Schrod, Michael - Bezirksleitung Küste - IG Metall
Kunhnke, Inga - Bezirksleitung Küste - IG Metall
Millauer , Astrid - Bezirksleitung Küste - IG Metall
Zeuner, Monika - Bezirksleitung Küste - IG Metall
Lehmann, Karin - Rentnerin - BFA
Lehmann, Richard - Rentner - LVA-Stadtwerke
Albers, Mark - ver.di
Schäfer, Karl - IG Metall
Merz, Helmut - IG Metall
Gessner, Gerhard - ver.di
Gessner, Ursula - Rentnerin
Kalkowski, Gudrun - Rentnerin - Seniorenvertreterin
Schiweck, Ursula - Sekretärin - Citti Kiel
Eckner, Stefan - Student - Kiel
Falkenhayn, Marco - staatl. geprüfter Techniker - MAN
Runge, Stefan - Versicherungskaufmann - Itzehoer Versicherung
Junk, Peter - Gewerkschaftssekretär - ver.di Nord
Kreft, Marcus - Bankkaufmann - Dresdner Bank
Franke, J - Rentner
Lübeck, Grita - Renterin
Schumann, Hans-Uwe - BR-Vorsitzender - Ratzeburger Inbau
Tinnefeld, Ulrike - Betriebsrätin - Dräger Safty
Möller, Heiderose - Sachbearbeiterin - Amt Glinde
Apostel, D - IGM
Etzold - Rentner
Bossow, Andreas - techn. Angestellter - DC AG Lübeck
Arndt, Silke - Betriebsrätin - Dräger Safty
Lembke, Udo - Beirat - LVA
Stuz, G - Rentner
Rensch, Silke - Betriebsrätin - Dräger Safty
Kühn, Christa - Angestellte - IG Metall
Woorthuis, Bernd H. - Berufssoldat - Bundeswehr
Bink, Klaus-Dieter - Gewerkschaftssekretär - DGB-Bezirk Nord
Kasse, Jürgen - Versicherungsfachwirt - Victoria-Versicherung
Baurhenne, Uwe - Soldat - Bundeswehr
Koch, Angelika - Verkäuferin - Real Schleswig
Koch, Hans-Christian - Angestellter - Bundeswehr
Koch, Sina - Hotelfachfrau - Brauerei Schleswig
Höhle, Bernd - techn. Angestellter - Marinearsenal-Betrieb Kiel
Stube, Jens-Christian - Kaufmann im Wohnungswesen - Reichert Immobilie
Wallbaum, Jürgen - Rentner - BfA
Weber, Jürgen - Volkswirt - Selbstständiger
v. Schlieben, Detlef - ver.di
Galenbusch, Herbert - Elektromonteur - Stadtwerke Kiel

Neumann, Dieter - Gewerbelehrer - Berufsschule Rendsburg
Scharunge, Heino - Angestellter - Dataport
Molzahn, Markus - Azubi (4 J.) Raytheon Marine
Meyer, Alfred - Selbstständig - bit for byte
Schuhmacher, Herma - Apothekerin - Flora-Apotheke
Schuhmacher, Gerd - pensionierter Lehrer
Eppendorfer, Peter - Dipl.-Ing. - Lufthansa
Baasch, Marlies - Angestellte - SPD-Landesverband
Lorenz, Hans-Michael - Bauingenieur - Deutsche Bahn AG
Wehling, Barbara - Öffentlichkeitsarbeiterin - Wahlkampfteam B. Albers
Strube, Torsten - Versicherungskfm. - Hamburg-Mannheimer
Sonntag-Wolgast, Cornelie - MdB - Bundestag
Opel, Manfred - selbstständig - Ing.-Büro
Kock, Dolli - Hausfrau - Rentnerin
Elmenthuber, Dirk - Versicherungskfm. - Debeka
Schulz, M. - Rentner
Matz, M. - Rentner
Mehlfenz, Ulrich - Bankkaufmann - Sparkasse Meldorf
Kuhnemann, Thorsten - Angestellter - Mobilcom
Hammann, Ulrich - Beamter - DB AG
Reimers, Marlies - Verw.-Angestellte - Kreis Dithmarschen
Mewis, Jana - Personalrätin - Kreis Dithmarschen
Timm, A. Pensionär - Post
Ebtcke, A. - Ingenieur - Rentner
Janzen, Harry - Geschäftsstellenleiter - AOK Meldorf
Jaukelat, A. - Rentner - Deut. Shell
Balthasar, A - Imkerin - selbstständig
Schultz, H - Rentner
Templin, H. - J. - Lehrer - Land S.-H.
Maaßer, J. - Bürokauffrau - SPD
Weiß, A. - Pensionär
Maaßen, Hans-J. - Fleischer
Petersen, Gabriela - Gleichstellungsbeauftragte - Stadt Heide
Hoschetz, Gabriele - Gleichst.-Beauftr. - Stadt Brunsbüttel
Schulz, Renate - Sachbearbeiterin - WK - Büro
Jacobsen , Sonja - Personalrätin - Sparkasse Meldorf
Peters, Gustav - Postbeamter - Deutsche Post AG
Möller, Bernhard - Rentner
Mrasing, M. - Rentner
Nickels, Anja - Kindergartenleiterin - KiGa Barlt
Strufe, H. - Gas- Wasser- Installateur - Meldorf
Hennann, Bernd - Rentenberater - Reinbeck
Schley, Renate - Dipl.-S.-Päd. - Kreis Dithmarschen
Hünemörder,Wolfgang - Industriekaufmann - IMD GmbH Fockbek
Nissen, Thorsten - Student - Universität Hamburg
Kramer, Dennis - Eventmanager - DMP
Jahn, Burckhard - Krankenpfleger - Rheumaklinik Bad Bramstedt
Schmidt, Willy - Rentner - ver.di
Dabelstein, Kerstin - Krankenschwester - DRK
Katzer, A. - Angestellter - VDAK
Katzer, S. - Auszubildende - Inter City Hotel

Eger, Horst - Landesbeamter - Land SH
Hohnheit, Holger - Landesbeamter - Land SH
Hohnheit, Helga - Angestellte - Stadt Kiel
Katzer, Dagmar - Angestellte - Color Line
Plöger, Ragnhild - Keramikerin - Marie-Christian-Heime
Plöger, Gerd-D. - Keramiker - Marie-Christian-Heime
Voß, U. - Dipl.-Pädagoge - Sprachheilgrundschule
Voß, Petra - Steuerfachangestellte - Steuerberater
Böhm-Maniazik - Sekretärin
Rohlf, Rüdiger - Außendiensmitarbeiter - ACE
Schlüter, Sabine - Rentnerin - LVA
Peddinghaus, Dirk - Soldat - Bundeswehr
Peddinghaus, Oliver - Schüler - Realschule Tarp
Peddinghaus Karen - Hausfrau - Haus + Garten
Trenker, Ramon - Außendienstmitarbeiter - ACE
Gerdsen, Henrike - Schülerin - Schule
Weinhold, Lisa - Schülerin - Schule
Astrup, Holger - MdL - Landtag SH
Lönne, Gaby - Angestellte - MdL-Büro
Rodust, Ulrike - MdL - Landtag SH
Zimmermann, Jörg - Betriebsrat - Kreis-Krhs. Rendsburg
Hoppe, Dirk - Referendar - KTS Flensburg
Nothhelfer, Fred - Gewerkschaftssekretär - IGBCE
Maertzke, Manfred - Vertriebsleiter - ACE
Janßen, Günter - Hauptpersonalrat - IM - Land SH
Juister, Gerhard - Kraftfahrer - Busunternehmer
Voß, Ingrid - Rentnerin - BfA
Stach, Bert - Soziologe - ver.di
Dr. von Hielmcrone, Ulf - MdL - Landtag SH
Ulbrand, Helmut - Pensionär - Bundeswehr
Reuter, Christiane - Angestellte - SPD- SH
Klimbach-Dreger, Martin - Angestellter - AWO Eckernförde
Göttsch, Anke - Angestellte - SPD Eckernförde
Kaiser, Andreas - Soldat - Bundeswehr
Robin, Hans-Peter - Pensionär - Bundeswehr
Stach, Jana - Mediengestalterin - Kiel
Stüber, Diethard - Vermögensberater
Stach, Meinhard Dr. - Sozialwissenschaftler - Uni Kassel
Lüthje, Rainer - Angestellter - FWG Kiel
Schremm, Reiner - selbständig - Gesellschaft f. Netzwerke
Schütz, Barbara - arbeitslos - Agentur für Arbeit
Tank, Manfred - Bankkaufmann - Sparkasse
Volkers, H. - Referent - Finanz-Min. SH
Möhding, A - Busfahrer - Post - RD
Kröger, Delf - wiss. Mitarbeiter - Berlin
Krause, Dieter - Rechtssekretär - ver.di
Reinhardt, Peter - BRV - LKW
Piskol, Herbert - Rentner - LVA
Teuchert-Benker, Gisela - Pensionärin - Land SH
Kleinert, Rüdiger - ACE-Kreisvors. - ACE-OH/HL
Lembke, Udo - Rentner - LVA

Seidel, Sibylle - Rentnerin - BfA
Voß, Andreas - Geschäftsführer - ASB
Schul, G. Kapitän - SHS
Oswald, Karin - Pers.-Rat-Vors. - Hansestadt Lübeck
Pieters-Hess, Marian - Hausfrau - Familie + Partei
Hess, Janneke - MdL-Mitarbeiterin - SPD-Nds.
Groote, Matthias - Dipl.-Ing. - HCW
Weiß, Wolfgang - Soldat a.D. - Bundeswehr
Erdmann, Paul - Angestellter - AA
Biethahn-Bokuhn, Angelika - Fachwirtin - Grund + Haus
Henning, Inge - Verwaltungsang. i.R. - Stadt-Lübeck
Tessendorf, Burghart - Drucker - Fa. Freytag Brunsbek
Weule, Reinhard - Reprograph - Deutsche Bahn
Weule, Ingrid - Sozialfachang. Deutsche BKK
Schneider, Hildegard - Soz.-fachang. - Deutsche BKK
Kleinfeld, Renate - Controllerin - BA- HH-Mitte
Maertzke, Elske - kfm. Ang. LSG-Sky Chefs GmbH - HH
Stamp, Friedrich - Historiker - Selbstständig
Diederich, Mathilde - Staatssekretärin - Landesregierung
Möller, Claus - Minister a.D. - Kiel
Rohwer, Bernd - Minister - Landesregierung
Simonis, Udo-Ernst - Professor Emeritus - WZB Berlin
Arenz, Heinz-Werner - MdL - Landtag SH
Erdsiek-Rave, Ute - Ministerin - Landesregierung SH
Schreiner, Ottmar - MdB - Bundestag
Platzeck, Matthias - Ministerpräsident - LR Brandenburg
Müntefering, Franz - MdB - Bundestag

Keine Kommentare

SPD-Lübeck - *veröffentlicht am 20.10.2004, 18:37 Uhr - 1574 Clicks - Nr. 541*

SPD und DGB Kranzniederlegung am Volkstrauertag

Anläßlich des Volkstrauertages am **14. November 2004** treffen sich die Mitglieder der SPD und DGB-Gewerkschaften zu einer gemeinsamen Gedenkfeier mit Kranzniederlegung auf dem Vorwerker Friedhof am Mahnmal der Opfer der Nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Die Gedenkfeier beginnt um **10.30 Uhr**.

Die Gedenkworte spricht Cornelia Östreich, stellv. Kreisvorsitzende.

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 20.10.2004, 22:22 Uhr - 2383 Clicks - Nr. 542*

Der AfA-Bundesvorsitzende besucht den Kreis Schleswig-Flensburg



Ottmar Schreiner hat als AfA-Bundesvorsitzender auf einer Veranstaltung des AfA-Kreises in Schleswig seine Sicht der Solzialpolitik dargestellt und darüber anchließend sehr lange und lebhaft diskutiert.
Ottmar Schreiner in Schleswig

Über 50 Zuhörer folgten der Einladung der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) des SPD Kreisverbandes Schleswig-Flensburg und diskutierten fast drei Stunden über die aktuelle Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung. Prominenter Referent war der Bundesvorsitzender der AfA, Ottmar Schreiner, einer der größten Kritiker der aktuellen Politik. „Der große Fehler unserer aktuellen Politik ist, das wir glauben mit reiner Arbeitsmarktpolitik mehr Beschäftigung zu erreichen“, so Schreiner. Das Prinzip des Fordern und Fördern wäre grundsätzlich richtig, aber dann müssten auch entsprechend Beschäftigung vorhanden sein. „Der größte Druck nutzt nichts, wenn es nicht genügend Arbeitsplätze gibt, in den der Erwerbslose wechseln kann!“ Es sei daher Zeit, sich intensiver für eine Beschäftigungspolitik einzusetzen. Dem stimmte der AfA-Kreisvorsitzende Ralf Wrobel nachdrücklich zu und verwies auf die mangelnde finanzielle Ausstattung der Kommunen. „Die Kommunen müssen endlich in die Lage versetzt werden, Investitionen und Instandhaltung in Auftrag zu geben. Dies sichert und schafft Arbeitsplätze vor Ort!!“ Für eine Stärkung der kommunalen Finanzen setze sich auch die schleswig-holsteinische SPD ein. Ihr Landesvorsitzende Claus Möller verwies auf Steuermodell der Landesregierung. Darin sei neben einer steuerlichen Entlastung der Geringverdiener, auch eine bessere Ausstattung der Kommunen vorgesehen. „Unser Modell wird zur Zeit bundesweit positiv diskutiert.“In der Diskussion, an der auch der Vorsitzende des DGB-Nord, Peter Deutschland und der sozialpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion ‚Wolfgang Baasch, teilnahmen, sprach man sich zudem für eine sozialere Ausgestaltung der Reformen aus. „Der rote Faden der sozialen Gerechtigkeit muss sichtbar werden.“ Der Bundespolitikeer beendete den Abend mit einer persönlichen Erklärung. Er würde sehr gerne wieder nach Schleswig-Holstein kommen und

mit den Genossen diskutieren. Es habe ihm gefallen, wie hier nicht nur über soziale Gerechtigkeit geredet werde, sondern „mit den Vörschlägen zur Bürgerversicherung und dem Steuerprogramm, die Bundespartei geradezu auf den richtigen Weg führe!“ Dort gelte es jetzt Mehrheiten für diese Programmatik herzustellen.

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 22.10.2004, 10:29 Uhr - 806 Clicks - Nr. 543*

Walter Hyka in der Sprechstunde der SPD am 28.10.2004

Walter Hyka, bürgerliches Mitglied im Bau- und Umwelt-Ausschuss und Geschäftsführer der SPD-Fraktion steht am 28.10.2004 allen Segeberger Bürgerinnen und Bürgern in der Sprechstunde der SPD-Fraktion zur Verfügung.

Die Sprechstunde findet statt von 16.00 - 17.30 Uhr im Fraktionszimmer der SPD im Raum A0.05 und Walter Hyka ist während der Sprechstunde dort auch unter der Telefonnummer 04551-964-348 zu erreichen.
Thema dieser Sprechstunde wird sein: "Welche Wünsche haben die Segeberger Bürger an die Neu-Gestaltung des Bahnhofs-Umfeldes ".

Walter Hyka möchte nun, da die Baupläne kurz vor der Genehmigung duch den Kreis Segeberg stehen, eine Wunschliste erarbeiten und dieses Thema auch in der Zukunft verfolgen. Er wird einerseits prüfen, ob und wie die SPD im Rahmen der Kommunalpolitik noch Einfluss auf Details nehmen kann und ein Papier erarbeiten, dass die SPD Bad Segeberg dann dem Investor, der die Neugestaltung durchführen wird, übergeben wird.

Keine Kommentare

SPD-Rendsburg - *veröffentlicht am 22.10.2004, 15:41 Uhr - 1823 Clicks - Nr. 544*

Günter Neugebauer: Standort Hohn mit dem LTG 63 muss erhalten bleiben

„Das Geschwader fühlt sich wohl in der Region Rendsburg. Wir sind guter Hoffnung, dass es auch weiterhin so bleiben wird“ begrüßte der Kommodore Oberst Frietsche den Rendsburger Landtagsabgeordneten Günter Neugebauer und seine Begleiter, Kreistagsabgeordneter Ulli Kaminski aus Hohn und Ratsherr Hans Peter Robin.

In einem umfangreichen „Briefing“ stellte Oberstleutnant Zitzewitz der Politik den Ist-Zustand des Geschwaders und einen Ausblick in die Zukunft aus der Sicht des Geschwaders vor. Fest stehe, dass nach Umrüstung der Hubschrauber UH 1D auf NH 90 alle Hubschrauber nach Holzdorf verlegt werden, vorgesehener Planungszeitraum: Beginn 2007/2008, der Abschluss sei 2014 vorgesehen.
Die Umrüstung von der Transall auf den Airbus A 400 M werde für 2009 anvisiert und könnte bis 2020 abgeschlossen sein. Die Transall - Maschinen seien durch Zusatzausrüstung und intensive Wartung für den Einsatz auch bis zum Abschluss der Umrüstung sicher gemacht. Bei extremen Einsätzen in Höhen

von 5000 m – z. B. wegen der Gebirge in Usbekistan – ist aber schon fast die maximale Belastbarkeit erreicht, führte Oberst Frietsche weiter aus.
Einer der drei Standorte der Lufttransportgeschwader – Hohn, Landsberg, Wunstorf – soll, so die „Planung 2000“ aufgegeben werden. „Entscheidungen sind aber noch nicht gefallen, wir schauen mit großer Erwartung auf den 02.11.04 – auf den Tag, an dem Minister Struck seine Standortentscheidungen bekannt geben wird,“ so der Kommodore.
Der Hohner Flugplatz hätte den Vorteil, dass die Landebahn nicht verlängert werden muss, nur in der Breite werde sich etwas verändern, da für die A 400 eine Bahnbreite von 42.5 m erforderlich ist. Zusätzlich werde auch in den Bereichen Abstellplätze und an den Hallen investiert werden müssen. Bundeseigene Fläche wäre in Hohn genügend vorhanden; sowohl in Landsberg als auch in Wunstorf müsse zusätzliches Gelände für die Verlängerung erworben werden.
„Dieses Gespräch mit den vielen, auch neuen Informationen, macht mich zuversichtlich, dass eine Entscheidung gegen den Standort Hohn schon aus ökonomischen Gründen unsinnig wäre“, so Neugebauer.“ Ich möchte Dank sagen, eingeschlossen auch Ihre Familien, für Ihren sicher nicht leichten Einsatz in den Krisengebieten dieser Welt; Ich werde mich, soweit es mir möglich ist, für den Erhalt des Lufttransportgeschwaders 63 im Standort Hohn einsetzen, zum Wohle der gesamten Region.“

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 22.10.2004, 16:29 Uhr - 4589 Clicks - Nr. 545*

MdB Ulrike Mehl zu Ehrenamt und Arbeitslosengeld II

Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten bleiben als Einkommen beim Arbeitslosengeld II grundsätzlich unberücksichtigt.
In den letzten Wochen gab es immer wieder Fragen zur Aufwandsentschädigung im Ehrenamt und deren Berücksichtigung im Zusammenhang mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II.

Unser Gemeinwesen lebt davon, dass möglichst viele Menschen ihr Wissen und ihr Können in den Dienst der Gemeinschaft stellen. Deshalb verstehen wir es als eine zentrale politische Aufgabe, die Bereitschaft zur Übernahme ehrenamtlicher Verantwortung zu stärken und zu fördern.

Die Bedeutung des Ehrenamts reicht weit über die Aspekte der Kostengünstigkeit und Ergänzungsfunktion des öffentlichen und staatlichen Sozial- und Kulturangebots hinaus. Dem Menschenbild des Grundgesetzes entspricht der handlungsfähige, autonome Bürger, der die Freiheitsrechte nicht nur als Abwehrrechte gegen den Staat, sondern auch als Beteiligungsrechte zur Gestaltung des öffentlichen Lebens versteht. Die Freiheitlichkeit eines gesellschaftlichen Systems lässt sich auch daran messen, wie stark ehrenamtliches Engagement vorhanden ist, öffentlich gefördert und als demokratisch wertvoll geachtet wird.

Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements steht auch in der laufenden Legislaturperiode auf der Agenda der SPD-Bundestagsfraktion: Wir setzen uns für bessere Rahmenbedingungen ein, .z. B. durch die Förderung von Freiwilligen- und Netzwerkstrukturen, den Ausbau des versicherungsrechtlichen Schutzes für Ehrenamtliche, finanzielle Förderung und verbesserte Rahmenbedingungen für Engagierte sowie die Reform des Gemeinnützigkeits- und Zuwendungsrechts. Bereits zum 01. Januar 2002 haben wir mit dem Job-AQTIV-Gesetz die Möglichkeiten für Arbeitslose verbessert, bürgerschaftlich aktiv zu sein: Hier ist die 15-Stundengrenze

für die Verfügbarkeit entfallen, ohne dass das Ziel der Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt aufgegeben wurde.

Auch beim Arbeitslosengeld II sollen ehrenamtlich Tätige nicht benachteiligt werden.
Die gesetzlichen Bestimmungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende sehen dafür folgende Regelung vor.

Die zur Abgeltung ihres Zeitaufwandes sowie finanzieller Mehraufwendungen gewährten Entschädigungen werden grundsätzlich, d.h. ohne weitere Prüfung durch die Bundesagentur für Arbeit, dann nicht auf das ALG II angerechnet, wenn die Höhe der Entschädigung einen Betrag in Höhe von monatlich 172,50 Euro in den alten bzw. 165,50 Euro in den neuen Ländern (und damit einen Betrag, der oberhalb der Grenze für steuerfreie Einnahmen liegt) nicht übersteigt. Sie gelten als so genannte zweckgebundene Einnahmen, die nicht als Einkommen zu berücksichtigen sind.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 22.10.2004, 19:09 Uhr - 1546 Clicks - Nr. 546*

SPD-Engelsby: Amtlich: Keine Postdienstleistung mehr in Engelsby

Wie bereits in „dat Pussloch – Ausgabe September und an dieser Stelle berichtet, schließt das Postamt in der Mozartstraße am 10. November. Die nächste Partnerfiliale öffnet dann am 11. November im famila- Markt am Schottweg.
Unsere Bemühungen für den Stadtteil Engelsby eine Postfiliale beizubehalten, oder neu einzurichten sind im ersten Anlauf leider fehlgeschlagen.
Laut Aussage der Deutschen Post wurden zum Teil auch die vom SPD-Ortsverein Engelsby vorgeschlagenen Alternativen geprüft. Jedoch fiel die Entscheidung zugunsten des famila- Marktes aus.
Die Deutsche Post ist der Auffassung, dass die Kunden grundsätzlich innerhalb von 2000 Metern eine Postfiliale erreichen können und sieht deshalb von einer weiteren Filiale im Stadtteil Engelsby aus betriebswirtschaftlichen Gründen ab.

Wir werden uns weiterhin für eine postalische Versorgung in Engelsby einsetzen!

Keine Kommentare

SPD-Rendsburg - *veröffentlicht am 23.10.2004, 12:37 Uhr - 2162 Clicks - Nr. 547*

Günter Neugebauer: Pflege dringend reformbedürftig

Ja zur Bürgerversicherung - Heimaufsicht verbessern
„Das Interesse am heutigen Fachgespräch zur Zukunft von Rente und Pflege war wie erwartet groß“, bemerkte der Rendsburger Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer, SPD, zum Abschluss der Veranstaltung in der Seniorenwohnanlage Am Park in Büdelsdorf. 70 Vertreter von Seniorenverbänden, -einrichtungen und Heimbetreibern, aus Politik und Verwaltung waren seiner Einladung gefolgt.
Mit Kurzreferaten hatten der Pflegedienstleiter Ludger Langen zum Pflegealltag, der stv.

Geschäftsführer der LVA Lübeck, Ingo Koch, zur Rente und der Landesvorsitzende der Angestellten- und Ersatzkrankenkassen, Dietmar Katzer, in die Thematik eingeführt.

Einig waren sich alle an der Diskussion beteiligten Redner darüber, dass nach 10 Jahren Pflegeversicherung als fünfte Säule der Sozialversicherung, eine Reform dringend erforderlich ist. So wurde 1994 eine Zahl von 1.9 Mill. Pflegefällen für das Jahr 2010
prognostiziert, diese Zahl wurde aber schon 2003 erreicht. Bis zum Jahre 2030 werden sich die Zahlen fast verdoppeln.
„Dies unter den Bedingungen der Koppelung an die lohnbezogenen Einnahmen der Versicherung und bisher gleichgebliebenen Beitragshöhen. Die noch vorhandene Rücklage wird bald aufgebraucht sein“, erklärte Dietmar Katzer, “deswegen schon ist ein dringender Reformbedarf schleunigst umzusetzen. Ich denke hierbei an die Bürgerversicherung“.
Immer wieder wurde in der Kritik das fehlende Fachpersonal für die Pflege angesprochen.
Die Forderungen in den Personalschlüsseln der Einrichtungen würden in den wenigsten Fällen erfüllt. Das Personal, so die Aussage einer Teilnehmerin, sei zum Großteil überfordert und ausgebrannt. Der Vorschlag der Zuwanderungskommission vom Vortage, Personalnotstände durch fremdländische Arbeitskräfte zu entgegnen, sei kein gangbarer Weg, aber vielleicht wäre das duale Ausbildungssystem ein guter Ansatz, Pflegepersonal heranzubilden.
„ Pflege bedarf nicht nur das Erfüllen der medizinischen und pflegerischen Voraussetzungen und der minutiösen Abarbeitung des Tagesablaufes“, so der Büdelsdorfer Bürgermeister Jürgen Hein und Günter Neugebauer, und weiter, „Zuwendung ist umsonst, dafür aber bleibt kaum Zeit – so darf es nicht sein.“
Alle waren sich darüber einig in der Kritik, dass das Älterwerden der Bevölkerung fast immer nur negativ dargestellt werde, weil dadurch natürlich auch Kosten entstehen. Wir sollten uns darüber freuen und die Pflege in die tägliche Diskussion zurückholen und nicht erst dann tätig werden müssen, wenn in Einrichtungen Missstände aufgedeckt werden.
Hier müsse, forderte Neugebauer, die Heimaufsicht verbessert werden. Das bereits landesweit eingerichtete Pflegenottelefon sei ein wichtiger Ansatz.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 23.10.2004, 14:36 Uhr - 1475 Clicks - Nr. 548*

SPD-Engelsby: Viel Zuspruch für Helmut Trost

Anlässlich der Oberbürgermeisterwahl am Sonntag hatte der Ortsverein Engelsby einen Infostand am Sky- Markt organisiert.
Zahlreiche interessierte Mitbürgerinnen und Mitbürger kamen um den OB- Kandidaten kennenzulernen und mit ihm ins Gespräch zu kommen.
Bei stürmischen Winden und kräftigen Regenschauern nutzte Helmut Trost die Gelegenheit, um die zahlreichen Fragen zu den unterschiedlichsten Themen zu beantworten.

Viele Gesprächspartner wünschten sich Helmut Trost als neuen Oberbürgermeister für Flensburg.

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 25.10.2004, 09:33 Uhr - 5795 Clicks - Nr. 549*

Heide Simonis soll Ministerpräsidentin bleiben

(Kiel, den 21. 0ktober 2004) Eine Initiative von 46 Betriebsräten, Personalräten und GewerkschafterInnen will, dass Heide Simonis über 2005 hinaus Ministerpräsidentin bleibt. Mit Zeitungsanzeigen, Veranstaltungen und Unterschriftensammlungen soll in den Betrieben und Verwaltungen für die Wahl von Heide Simonis und der SPD bei der Landtagswahl 2005 geworben werden.
„Wir wollen, dass Heide Simonis Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein und die SPD stärkste Fraktion im Landtag bleibt“, sagten Daniel Friedrich und Jürgen Müller, Sprecher der „Arbeitnehmerinitiative für Heide Simonis“ heute bei der Vorstellung der Initiative in Kiel. „In Zeiten großer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen brauchen wir verantwortungsvoll handelnde Politiker, die den Wandel gemeinsam mit den Beschäftigten sozial gestalten wollen. Deswegen wollen wir Heide Simonis!“ Eine CDU/ FDP wäre für die ArbeitnehmerInnen keine Alternative. „Wer die Tarifverträge in Frage stellt, die Teilnahme der Arbeitnehmer zurückfahren und den Kündigungsschutz abschaffen will sowie jede Arbeit für zumutbar erklärt, der will keine soziale Gesellschaft!“

Als positives Zeichen für die Politik der schleswig-holsteinischen SPD sieht Wolfgang Mädel, Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD, die Wahlhilfe: „Heide Simonis, die SPD Schleswig-Holstein und die Landesregierung waren in den vergangenen fünf Jahren verlässliche Partner der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land. In Krisensituationen standen sie an der Seite der Beschäftigten.“ Gerade mit ihre Vorschlägen für eine soziale Steuerreform, der Bürgerversicherung, eine guten Kinderbetreuung und dem Bekenntnis zum Erhalt zum Kündigungsschutz und der Tarifautonomie zeige die SPD klar, dass weiter eine Politik für die Beschäftigten im Land machen will. „Wer einen sozialen Wandel im Land will, der braucht Heide und die SPD!“

Kontakt: Daniel Friedrich
Sprecher der Arbeitnehmerinitiative
Mobil: 0170 33 33 126
daniel.friedrich@arbeitnehmer-fuer-heide.de

C:Dokumente und EinstellungenkarstenEigene DateienPolitikSPDAfAPresseerklärung_Arbeitnehmerinitiative_21_10_2004.doc

Keine Kommentare

Dr. Gitta Trauernicht, MdL - *veröffentlicht am 25.10.2004, 15:33 Uhr - 2114 Clicks - Nr. 550*

Heide Simonis soll Ministerpräsidentin bleiben

(Kiel, den 21. 0ktober 2004) Eine Initiative von 46 Betriebsräten, Personalräten und GewerkschafterInnen will, dass Heide Simonis über 2005 hinaus Ministerpräsidentin bleibt. Mit Zeitungsanzeigen, Veranstaltungen und Unterschriftensammlungen soll in den Betrieben und Verwaltungen für die Wahl von Heide Simonis und der SPD bei der Landtagswahl 2005 geworben werden.

„Wir wollen, dass Heide Simonis Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein und die SPD stärkste

Fraktion im Landtag bleibt“, sagten Daniel Friedrich und Jürgen Müller, Sprecher der „Arbeitnehmerinitiative für Heide Simonis“ heute bei der Vorstellung der Initiative in Kiel. „In Zeiten großer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen brauchen wir verantwortungsvoll handelnde Politiker, die den Wandel gemeinsam mit den Beschäftigten sozial gestalten wollen. Deswegen wollen wir Heide Simonis!“ Eine CDU/ FDP wäre für die ArbeitnehmerInnen keine Alternative. „Wer die Tarifverträge in Frage stellt, die Teilnahme der Arbeitnehmer zurückfahren und den Kündigungsschutz abschaffen will sowie jede Arbeit für zumutbar erklärt, der will keine soziale Gesellschaft!“

Als positives Zeichen für die Politik der schleswig-holsteinischen SPD sieht Wolfgang Mädel, Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD, die Wahlhilfe: „Heide Simonis, die SPD Schleswig-Holstein und die Landesregierung waren in den vergangenen fünf Jahren verlässliche Partner der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land. In Krisensituationen standen sie an der Seite der Beschäftigten.“ Gerade mit ihre Vorschlägen für eine soziale Steuerreform, der Bürgerversicherung, eine guten Kinderbetreuung und dem Bekenntnis zum Erhalt zum Kündigungsschutz und der Tarifautonomie zeige die SPD klar, dass weiter eine Politik für die Beschäftigten im Land machen will. „Wer einen sozialen Wandel im Land will, der braucht Heide und die SPD!“

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 26.10.2004, 11:28 Uhr - 5939 Clicks - Nr. 551*

Piecyk: Barroso-Kommission hat zu viele Luschen - Konsequenz: Ablehnung

Am Mittwoch dieser Woche wird das Europäische Parlament in Straßburg über die Kommission Barrosos abstimmen. Im Gegensatz zu nationalen Parlamenten mussten sich alle Kommissare in den Fachausschüssen einer intensiven Anhörung stellen.
Der schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete Willi Piecyk erklärte dazu:

"Bei diesen Anhörungen wurde deutlich, dass eine Reihe von ihnen den Ansprüchen an einen EU-Kommissar nicht genügen - allen voran der Italiener Rocco Buttiglione wegen seiner völlig mittelalterlichen Moralvorstellungen.

Zu dieser Gruppe gehören auch:
die designierte lettische Steuerkommissarin Ingrida Udre unter anderem wegen sehr ausweichender Antworten auf Fragen zu ihrer Rolle in einem Korruptionsskandal in Lettland;
die Niederländerin und designierte Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes wegen Zweifeln an ihrer für diese Position unabdingbaren Neutralität aufgrund ihrer engen Beziehungen zu mehreren Großkonzernen;
der designierte ungarische Kommissar für Energie, Laszlo Kovacs, aufgrund erheblicher fachlicher Lücken.

Das Anhörungsverfahren macht nur Sinn, wenn es für die Durchgefallenen Konsequenzen hat und Barroso Veränderungen vornimmt. Die Kompetenz dafür hat er. Tut er es aber nicht - und das scheint der Fall zu sein - bleibt nur die Möglichkeit, die Kommission insgesamt abzulehnen. Das eigentliche Problem heißt Barroso."

Keine Kommentare

SPD-Lübeck - *veröffentlicht am 26.10.2004, 16:03 Uhr - 2003 Clicks - Nr. 552*

Dräger Medical muss in Lübeck bleiben!

Die SPD in der Hansestadt Lübeck fordert den Erhalt der Dräger Medical am Standort Lübeck unter Beibehaltung betriebsverfassungsrechtlicher Grundsätze und tarifvertraglicher Regelungen.

Die Drohung der Dräger Werk AG mit der Verlagerung des Standortes von Dräger Medical ins "billige" Ausland, wenn die Beschäftigten nicht auf gesetzliche Schutzrechte und tarifrechtliche Regelungen verzichten, ist nicht zu akzeptieren.

Die SPD Lübeck fordert, daß alle Beteiligten alles in Ihren Kräften stehende tun, um den Erhalt von Dräger Medical am Standort Lübeck zu sichern.

Die Mitarbeiter von Dräger Medical, die IG-Metall wie auch der Bürgermeister der Hansestadt Lübeck mit Unterstützung der Landesregierung Schleswig-Holstein sind zu Verhandlungen und zu konkreten Vereinbarungen über die Sicherung der Arbeitsplätze und des Standortes Lübeck bereit.
Die Lübecker SPD fordert den Wirtschafts- und Verkehrsminister des Landes Schleswig-Holstein sowie den Lübecker Bürgermeister auf, das Ergebnis der Verhandlungen von Stadt, Land und Drägerwerk in einen Vertrag einmünden zu lassen, in dem die für die Erhaltung von Dräger Medical am Standort Lübeck erforderlichen Maßnahmen sowie deren Umsetzung und Finanzierung ebenso festgelegt werden, wie die Anzahl der in der Hansestadt zu erhaltenen Dräger-Arbeitsplätze.

Diese Bereitschaft darf von Dräger Medical nicht durch überzogene Forderungen zerstört werden. Betriebsverfassungsrechtliche Grundsätze und tarifvertragliche Mindeststandards müssen auch am Standort Lübeck erhalten bleiben. Der Verlust von einer großen Anzahl von Arbeitsplätzen würde zu einer erheblichen Beeinträchtung des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens in der Region Lübeck führen.
Die Lübecker SPD ruft daher auf, die Kundgebung der IG-Metall am **27.10.04**, zu unterstützen.

"Dräger Medical muss in Lübeck bleiben!"

Keine Kommentare

Heiner Köncke - *veröffentlicht am 26.10.2004, 22:32 Uhr - 2098 Clicks - Nr. 553*

Pressemitteilung/CDU: Keine Ampel für die "Wühlmäuse"

Versprochen - gebrochen: "Wühlmäuse" immer noch ohne Ampel

Am vergangenen Donnerstag wurde im Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr über den Dringlichkeitsantrag der SPD zur Errichtung einer Ampelanlage an der Oadby&Wigston-Straße diskutiert.

Zur Erinnerung: Der neue Kindergarten "Wühlmäuse" befindet sich an der Oadby&Wigston-Straße und ist auch über eine Bushaltestelle zu erreichen.

Damit die Kinder sicher die Straße überqueren können - auch um in den nahe liegenden Grünzug Harthagen zu gelangen, beantragte die SPD-Fraktion Gelder für eine Bedarfsampel, die nur auf Anforderung des Fußgängers in Betrieb geht, in Höhe der Kita bereitzustellen.

Doch anstatt dem Antrag der SPD zuzustimmen, besteht die CDU nun darauf, die 120 Meter entfernt liegende Buchenwegkreuzung komplett mit einer Ampelanlage zu versehen.

"Es ist mir schleierhaft, warum sich die CDU gegen unseren Vorschlag sträubt. Auch ein schwerer Unfall mit einem Kindergartenkind aus dem letzten Jahr konnte die CDU nicht überzeugen. Wörtlich wurde gesagt:" es interessiert nicht und es darf nicht übers Knie gebrochen werden"., so der Landtagskandidat der Norderstedter SPD, Heiner Köncke.

"Die Kinder sollen nun die 120 Meter zum Buchenweg laufen, hier die Straße queren, dann die 120 Meter wieder zurück laufen, um entweder an die Bushaltestelle zu gelangen oder einen Waldspaziergang zu machen. Fatal daran ist nur, daß es auf der anderen Straßenseite überhaupt keinen Fußweg gibt. Vom vollmundigen Versprechen des CDU-Landtagsabgeordneten Manfred Ritzek "schnell und unbürokratisch" eine Ampel in Höhe der Kita aufzustellen, ist am Ende nichts mehr übriggeblieben. Herr Ritzek hat die Rechnung leider ohne seine Parteikollegen gemacht, denen er sich jetzt kleinlaut unterordnet.

Mit einer reinen ampelgesteuerten Kreuzung wird es erhebliche Rückstaus geben. Der Verkehr wird in den Stoßzeiten massiv behindert werden und das alles nur um eine simple Bedarfsampel für die drei anliegenden Kindergärten zu verhindern. Notfalls werden wir die Eltern mobilisieren, Unterschriften sammeln, um der Ignoranz der CDU ein Ende zu bereiten.", so Köncke.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 27.10.2004, 08:33 Uhr - 1513 Clicks - Nr. 554*

SPD-Engelsby: Rutschgefahr – auch schon im Herbst

Hausbesitzer müssen im Herbst auf einen laubfreien Bürgersteig achten.
Auch wenn sie die Reinigungspflicht auf ihre Mieter übertragen, haften sie für die Verkehrssicherheit auf dem Bürgersteig.
Selbst wenn im Mietvertrag schriftlich festgelegt wurde, dass sich der Mieter um einen sauberen Gehweg kümmert, bleibt der Eigentümer aufsichtspflichtig und muss überprüfen, ob der Bürgersteig regelmäßig gereinigt wird. Denn:
Fußgänger, die im Herbst auf einem mit laubbedeckten Gehweg ausrutschen und sich beim Sturz verletzen, kann der Hauseigentümer für die Folgen haftbar gemacht werden.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 27.10.2004, 16:02 Uhr - 616 Clicks - Nr. 555*

Gewerbegebiet Philipp-Reis-Weg: Wichtig für Wirtschaft auf dem Kieler Ostufer!



Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion Alexander Möller und der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion Jürgen Hahn stellen einen Antrag für den nächsten Wirtschaftsausschuss vor: "Für den Wettbewerb mit dem Umland und anderen Standorten und für die wirtschaftliche Entwicklung Kiels sind unsere Gewerbegebiete von besonderer Bedeutung.
Das gilt auch für das Gewerbegebiet Philipp-Reis-Weg. Es kann Ort für Einzelhandel und Arbeitsplätze, insbesondere für die Menschen in den Stadtteilen Wellingdorf und Ellerbek, sein.

Deshalb bitten wir die Oberbürgermeisterin, bis zum November einen Bericht über das weitere Vorgehen mit dem Gewerbegebiet Philipp-Reis-Weg zu erstellen. Dieser soll die weiteren Schritte hin zu einer Realisierung des Gewerbegebietes, die Folgen für die vorhanden Kleingärten und die Folgen möglicher Eingriffe in Natur und Landschaft beinhalten.

Besonders wichtig sind uns auch die möglichen Fördermittel, die die Stadt hoffentlich durch EU-Programme erhalten kann. Auch die Eigentumsverhältnisse der Grundstücke sind in diesem Zusammenhang darzustellen."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 27.10.2004, 16:04 Uhr - 561 Clicks - Nr. 556*

Ernste Sorgen über Kiels Weg



Zur aktuellen Debatte über die anstehenden wichtigen Entscheidungen zur Kieler Kommunalpolitik erklärt das "rote Führungsduo" Rolf Fischer und Cathy Kietzer:
"In nun einer ganzen Reihe von Sachfragen und anstehenden Entscheidungen trägt es Schwarz-Grün aus der politischen Kurve.
Das Experiment Schwarz-Grün zeigt sich immer stärker als das was es ist: Eben ein fragwürdiges Experiment auf Kosten der Stadt!

Wir stellen fest, dass aus der einstigen Harmonie kaltes Kalkül geworden ist: Wenn der grüne Fraktionsvorsitzende Oschmann unterschiedliche Kooperationsvoten zum Flughafen ausschließt und gleichzeitig eine grüne Zustimmung ablehnt, dann hat das schon den Charakter einer politischen Nötigung. Damit brüskiert und blockiert er in einer zentralen infrastrukturellen Entscheidung den Partner CDU. Die gestrige Debatte über das Science Center war ein weiteres Beispiel für schwarz-grüne Entscheidungsunfähigkeit und eine klare Niederlage für die Oberbürgermeisterin. Das Historische Zentrum wird zugunsten des Science Center gekippt, dann soll das Science Center zugunsten des Historischen Zentrums gestrichen werden. Wir weisen darauf hin, dass es Straßenprojekte, wie die Ostufertangente und Bereiche der Inneren Sicherheit gibt, für die gleiches eintreten kann. Der Grundwiderspruch zwischen Schwarz und Grün wird - nach einem Jahr Stillstand - nun deutlich sichtbar.

Schwarz-Grün hat zwar eine 30prozentige Kürzung der freiwilligen Leistungen der Stadt beschlossen, aber bis heute nicht gesagt, wo gekürzt werden soll. Ergebnisse der angekündigten Arbeitsgruppen liegen nicht vor. Angesichts der verstrichenen Zeit geht für die bisherigen Empfänger Tag für Tag Planungssicherheit für 2005 verloren. Das ist nicht verantwortbar.

In Personalfragen herrscht bei der Oberbürgermeisterin das blanke Chaos. Da wird einer gerade erst eingestellten Mitarbeiterin wieder gekündigt, andere Mitarbeiter werden monatlich umgesetzt. Angesichts anstehender Gerichtsverfahren werden große Kosten auf die Stadt zukommen. Geld ist auch da, um ungeliebte Dezernenten in den teuren Ruhestand zu schicken. Die Neubesetzungen werden nach Parteipolitik vorgenommen: Zuerst darf die CDU ein Eigengewächs aussuchen. Beim Stadtbaurat sollen die Grünen drankommen. Gleichzeitig leistet man sich einen hoch bezahlten, aber unterbeschäftigten Kämmerer. Neue millionenschwere Ankündigungen zur Sanierung des Alten Marktes werden plötzlich von der Oberbürgermeisterin in den Raum gestellt. Noch immer liegt das für August versprochene Hafenentwicklungskonzept nicht zur Beratung vor. Wegweisende Projekte, wie der Wissenschaftspark oder die Entwicklung des Seefischmarktes, bleiben liegen.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 27.10.2004, 16:05 Uhr - 576 Clicks - Nr. 557*

Treffer - Honky - Tonk Kneipenfestival ein Erfolg!



"Das war eine tolle Nacht, die Lust auf mehr macht." resümiert SPD-Ratsherr Cai-Uwe Lindner begeistert über das 1. Kieler Honky - Tonk Kneipenfestival am 23. Oktober 2004, das auf eine Ratsinitiative der SPD-Fraktion vom April 2003 zurückgeht.
Die Erfolgsgeschichte der Honky - Tonk - Kneipenfestivals hat sich in Kiel fortgesetzt. 32 Musikgruppen hatten in der Nacht vom 23. auf den 24. Oktober in 29 Kieler Kneipen zwischen Holtenauer Straße, Altem Markt und Grasweg den Kneipenbesuchern musikalisch eingeheizt. Lindner besuchte eine Reihe von Kneipen und stellte dabei fest, dass weder Regen noch nasse Klamotten der guten Stimmung in den Kneipen einen Abbruch taten. Die Bands überzeugten das Publikum mit Spielfreude. Vielerorts sprang der Funke auf die Besucher über und hielt sie nicht auf den Sitzplätzen.

Lindner erklärt abschließend: "Das Honky - Tonk Kneipenfestival war in Kiel längst überfällig. Es hat Spaß gemacht, und ich hoffe, dass dieses Festival im nächsten Jahr seine Fortsetzung findet. Vielleicht nimmt sogar die eine oder andere Kneipe die gemachten Erfahrungen zum Anlass, um künftig eigene Musikveranstaltungen in ihren Räumen anzubieten. Das wäre ein zusätzlicher Gewinn und ein Beitrag zur kulturellen Belebung der Kieler Innenstadt."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 27.10.2004, 16:09 Uhr - 731 Clicks - Nr. 558*

Semesterticket verbessern - Fahrradmitnahme inklusive!



Die hochschulpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Gesine Stück erklärt: "In Kiel liegen Wohnen und Studieren nicht immer nah beieinander und Studenten nutzen neben den öffentlichen Verkehrsmitteln auch das Fahrrad als preiswertes und flexibles Fortbewegungsmittel.
Die SPD-Fraktion setzt sich für verbesserte Kombinationsmöglichkeiten von Fahrrad und ÖPNV im Rahmen des Semestertickets ein. Gemeinsam mit der Verkehrsträgergesellschaft und der SFK soll eine Regelung gesucht werden, damit Studenten über das Semesterticket ihre Fahrräder ganzjährig auf den Fährlinien der SFK mitnehmen können. Bei positivem Ergebnis profitieren alle: Studenten, ÖPNV und die Umwelt."

***
Antrag zur Sitzung des Wirtschaftsausschuss es am 27.10.2004
Betreff: Angebotsverbesserung beim Semesterticket der CAU - Mitnahme von Fahrrädern auf den Fähren
Antrag:
Die Verwaltung möge prüfen, wie die ganzjährige Mitnahme von Fahrrädern auf den Fährlinien der SFK für InhaberInnen des CAU-Semestertickets ermöglicht werden kann. Dabei ist eine geringfügige Erhöhung des Preises für das Semesterticket in die Überlegungen einzubeziehen.
Begründung:
Bisher ist im Semesterticket der CAU im Sommersemester lediglich die Nutzung der Schwentinefähre enthalten. Die Fahrradmitnahme ist überhaupt nicht inbegriffen. Daher ist die Verbindung über die Förde für Studierende unattraktiv. Doch gerade die "Fahrradstadt Kiel" sollte daran interessiert sein, möglichst viele und gute Angebote für dieses Fortbewegungsmittel zu machen.
Von einer solchen Angebotsverbesserung profitieren sowohl die Studierenden (günstigere Fahrpreise) als auch die Verkehrsbetriebe (zusätzliche Einnahmen) als auch die Umwelt (weniger Fahrgäste in Bussen und im MIV).
Für die Stadt Kiel sind die Hochschulen ein herausragender Standortfaktor. Die Möglichkeiten der positiven Einflussnahme beschränken sich jedoch auf Rahmenbedingungen. Die gut ausgebaute und günstige verkehrliche Infrastruktur ist eine davon.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 27.10.2004, 16:12 Uhr - 1156 Clicks - Nr. 559*

Lärmschutz löst nicht die Probleme der Ostringanwohner - Mieter sollen zahlen!



"CDU und GRÜNE heben ein weiteres Grab für ein wichtiges Projekt aus - die Ostuferentlastungsstraße," erklären die Fachsprecher der SPD-Ratsfraktion Cai-Uwe Lindner (Bau) und Achim Heinrichs (Verkehr) zu der Ankündigung der Mehrheitsfraktionen, die Probleme im Ostring durch zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen lösen zu wollen.
Diese Entwicklung hatte sich abgezeichnet, nachdem die Oberbürgermeisterin, angesichts des Streits zwischen Schwarz-Grün bei diesem Thema, die vorrangige Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan allenfalls halbherzig - im Ergebnis erfolglos - betrieben hatte.

Lindner und Heinrichs weisen darauf hin, dass mit der Ostuferentlastungsstraße die Anwohner des Ostrings nicht nur von Lärm, sondern auch von Abgasen und Erschütterungen durch den Schwerlastverkehr entlastet werden sollten. Ein für die Wirtschaft attraktiver Ostuferhafen bewirkt noch mehr Verkehr auf den vorhandenen Trassen. Deshalb ist die Oberbürgermeisterin mit ihren Mehrheitsfraktionen in der Pflicht, eine wirksame und umfassende Lösung zu finden, anstatt nur an einem Symptom "Lärm" herumzudoktern.

"Es ist absoluter Humbug, wenn CDU und GRÜNE den Anliegern glauben machen wollen, dass durch zusätzlichen und über Mieterhöhungen finanzierter Lärmschutz sowie ergänzende Maßnahmen, wie Grüne Welle, nächtliche Tempobegrenzungen für LKW und Kreisverkehre, die Probleme im Ostring gelöst werden könnten. Durch die von CDU und GRÜNEN angedachte Verkehrslenkung werden die Anwohner Wehdenweg, Schönberger Straße und Werftstraße leiden müssen.
Lärmschutzmaßnahmen mögen eine materielle Wertsteigerung sein, aber mehr Wohn- und Lebensqualität wird damit nicht erzeugt. Alternativen zur Ostuferentlastungsstrasse sind nicht zu erkennen. Angesichts der vorgezeichneten Politiklinie von Schwarz-Grün haben wirkliche Alternativen - wie die Stadtregionalbahn oder Schwerlastkombiverkehr mit LKW & Bahn - keine Zukunft in dieser Stadt.

Lindner und Heinrichs erinnern daran, dass die alte CDU hinter dem Projekt der Ostuferentlastungstrasse stand. Die neue CDU ist nun eingeknickt und will gemeinsam mit den GRÜNEN die Lasten auf Eigentümer und Anlieger abwälzen. Private Konstruktionen sollen dabei Abhilfe schaffen. "Noch ein BID ! - So besoffen kann doch wirklich niemand sein?!"

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 27.10.2004, 20:44 Uhr - 1490 Clicks - Nr. 560*

SPD-Engelsby: Gummistiefel nicht vergessen!

Wer den Verbindungsweg zwischen der Mozartstraße zur Max-Reger-Straße als Fußgänger nutzt, musste sich, sofern es vorher kräftig geregnet hatte, in Gummistiefeln auf den Weg machen, wenn er trockenen Fußes ankommen wollte.
Grund dafür waren die Pfützen, die auch nach einigen regenfreien Tagen immer noch vorhanden waren.
Wir haben das TBZ informiert und gebeten, sich die Sache vor Ort anzusehen und den Weg entsprechend herzurichten, sodass dieser auch bei schlechtem Wetter genutzt werden kann.
- Ohne sich nasse Füße zu holen! -

Kommentar von Gerhard Schnoor vom 03.11.2004, 18:52 Uhr:
RE:SPD-Engelsby: Gummistiefel nicht vergessen!
Bei mir in der Angelburger Straße fahren die Busse immer vor meinem Schlafzimmerfenster vorbei. Das ist sehr laut und ich kann kaum bei offenem Fenster schlafen, wenn ich nicht schon um 6.00 Uhr morgens geweckt werden will. Vielleicht kann das TBZ sich das mal angucken, die Straße aufreißen und somit den Bussverkehr zum Erliegen bringen…

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 28.10.2004, 09:24 Uhr - 5973 Clicks - Nr. 561*

Willi Piecyk: Barrosos Atempause in dünner Luft

Zu der vom designierten Kommissionspräsidenten Barroso erbetenen Abstimmungsverschiebung im Europäischen Parlament (EP) erklärt der SPD-Europaabgeordnete Willi Piecyk:

"Barrosos Kommission wäre heute mit Pauken und Trompeten durchgefallen. In letzter Sekunde hat er es kapiert und die Notbremse gezogen. Nach Wochen der Arroganz und Ignoranz gegenüber dem EP steht dieser Kommissionspräsident hilflos, ratlos und atemlos in der Ecke, in die er sich selbst begeben hat.

Bis spät in den Abend wurde noch am Dienstag im EP auf ein Signal von Barroso gewartet. Es blieb aus. Erst dann beschloss die sozialdemokratische Fraktion in Anwesenheit der sozialdemokratischen designierten Kommissare einstimmig, der Barroso-Kommission nicht das Vertrauen auszusprechen.

Erst unter dem Eindruck einer beschämenden Niederlage bittet Barroso jetzt um mehr Zeit. Er soll sie haben, aber die Luft ist sehr dünn.

Das Europäische Parlament geht gestärkt aus dieser Woche hervor. Es hat seine Kontrollrechte in souveräner Weise wahrgenommen. Nicht nur für Barroso, sondern auch für die EU-Regierungschefs war das Signal deutlich: Wer sich nicht um Mehrheiten im Europäischen Parlament schert, der fällt auf die Nase. Und auch die europäischen Konservativen im EP mussten eines lernen: Stärkste Fraktion zu sein heißt nicht, die Mehrheit zu haben. Die kritiklose Unterstützung aller Barroso-Kommissare führte im Ergebnis zu einem ganz schwachen konservativen Auftritt.

Barroso muss sich jetzt bewegen. Alter Wein in neuen Schläuchen wird das EP in einigen Wochen nicht akzeptieren."

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 29.10.2004, 11:28 Uhr - 853 Clicks - Nr. 562*

Jens Lichte in der Sprechstunde der am 04.11.2004

Jens Lichte, Stadtvertreter der SPD, wird am 04.11.2004 allen Bürgerinnen und Bürgern in der Sprechstunde der SPD-Fraktion zur Verfügung stehen.

Die Sprechstunde findet, wie immer Donnerstags, ab 16.00 Uhr (bis 17.30 Uhr) im Fraktionszimmer der SPD (A0.05) im Historischen Rathaus statt.

Jens Lichte ist dort auch unter der Telefon-Nummer 04551-964-348 zu erreichen.
Die Sprechstunde wird unter dem Thema "Stadtmarketing GmbH - kurz vor der Gründung am 10.11.2004 " stehen.

Die Stadtvertretung wird in Ihrer Sitzung am 02.11. die Vertreter für den Aufsichtsrat der Stadtmarketing GmbH benennen, die dann am 10.11.2004 notariell gegründet werden soll.

Jens Lichte, der sich in den vergangenen Jahren sehr intensiv im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing und in verschiedenen anderen Gremien mit diesem Thema befasst hat, möchte in dieser Sprechstunde noch einmal die Aussagen der Segeberger Bürger und auch der Segeberger Geschäftsleute zum Thema Stadtmarketing entgegen nehmen, um dies dann auch - über den von der SPD-Fraktion benannten Vertreter im Aufsichtsrat - in die künftige Arbeit der Stadtmarketing GmbH einzubringen.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 30.10.2004, 13:03 Uhr - 2595 Clicks - Nr. 563*

Die Stadt gehört nicht den Parteien sondern den Bürgern!

Fischer: "Die Stadt gehört nicht den Parteien sondern den Bürgern!"



Zum aktuellen Zustand der CDU-Ratsfraktion und der Schwarz-Grünen Kooperation erklärte SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer:

"Auch wenn man sich nicht selbst zitieren soll: Ich erinnere an mein erstes KN-Gespräch 1995 nach meiner damaligen Wahl zum SPD-Kreisvorsitzenden; dort habe ich als politisches Leitmotiv den Satz gesagt: "Die Stadt gehört nicht den Parteien sondern den Bürgern". Selbstkritisch angemerkt: Auch die SPD hat sich in der Vergangenheit nicht immer an dieses Motto gehalten; an seiner Richtigkeit hat sich aber nichts geändert.

Und deshalb sehe ich die Situation im Rathaus nicht mit Schadenfreude, sondern mit ernsthafter Sorge. Jenseits des politischen Alltagsgeschäftes gilt: Ich warne vor dem Verlust der politischen Berechenbarkeit. Die Ratsversammlung ist nicht der Bundestag mit Regierung und Opposition. Kommunalpolitik lebt von möglichst großer Übereinstimmung; das setzt aber die Einhaltung politischer Regeln voraus. Unsere Stadt gerät in die Gefahr, diese geschriebenen und ungeschriebenen Regeln zu verletzen. Beispiele:

* Ich habe Respekt für den Ratsherrn Huuk, der konsequent geblieben ist. Kein Verständnis habe ich für die Ratsherren mit abweichender Meinung, die schon mehrfach vor Abstimmungen lieber gehen oder gar nicht erst erscheinen statt zu ihrer Meinung zu stehen
* Die herbe Abstrafmaßnahme "Missbilligung" des anerkannten und erfolgreichen Dezernenten Klein-Knott in einem einzelnen, letztlich nicht einmal großen Punkt ist völlig unverhältnismäßig und nur parteipolitisch begründet. Die CDU-OB kann und will dies nicht verhindern.
* Dies und eine Vielzahl von Prozessen und von Entscheidungen führen zu einer messbaren Verunsicherung in der Stadtverwaltung.
* Kompromisswillen ist für die politische Arbeit notwendig; wenn sich die Kooperationspartner aber öffentlich und ungeniert gegenseitig unter Druck setzen (Flughafen, SC), dann schadet dies der Sache und der Stadt.
* Vielfach ist die politische Transparenz verloren gegangen; wenn sich Verwaltung und Ratsfraktionen in sog. Gemeinsamen Lenkungsgruppen vorher absprechen, dann kann die von der Verfassung verlangte Kontrolle der Verwaltung durch die Politik nicht mehr funktionieren. Das rührt an das Selbstverständnis kommunaler Demokratie.
* Schon jetzt ist der Kooperationsvertrag zwischen Schwarz-Grün in wesentlichen Punkten Makulatur.

* Wir verlieren schon jetzt landesweit an Einfluss - und das als Landeshauptstadt!

Da es personalpolitische Absprachen zwischen Schwarz-Grün gegeben haben wird, rechne ich nicht mit einem kurzfristigen Auseinanderfallen der Kooperation. Diese Absprachen wird man einhalten wollen. Doch es entsteht Schaden für die Stadt. Wir können uns aber solch parteipolitisches Kalkül angesichts der großen Probleme nicht leisten. Die Kieler SPD steht zu ihrer Verantwortung, denn die Stadt gehört den Bürgern und nicht den Parteien.

Kiel, d. 29.10.04

Keine Kommentare

SPD Bad Bramstedt - *veröffentlicht am 31.10.2004, 17:04 Uhr - 1440 Clicks - Nr. 564*

Prof. Klaus Klemm in Bad Bramstedt



Der Bildungsforscher, Prof. Klaus Klemm, aus Essen kam zum SPD-"Herbstschnack" nach Bad Bramstedt und sprach zu PISA und zur Bildungspolitik
Prof. Klaus Klemm bei „Herbstschnack“ der SPD

Bad Bramstedt. Auf Einladung des SPD-Ortsvereins kam Prof. Klaus Klemm, Bildungs-forscher an der Universität Essen, nach Bad Bramstedt und erwies sich als profunder Kenner des deutschen Bildungssystems. Das Thema lockte zahlreiche Eltern und Lehr-kräfte in den „Kaisersaal“, so dass sich nicht nur ein interessanter Vortrag ergab, sondern auch eine rege Diskussion entspann.
Nach der Einleitung durch den SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Rainer Simon zeigte Klaus Klemm in geraffter Form die Ergebnisse der PISA-Studie und weiterer Untersuchungen auf. Als besondere Punkte wies er dabei auf die finanzielle Ausstattung des Bildungsbe-reiches und auf die Strukturen im deutschen gegliederten System hin.
Deutschland wende – je nach Zählweise – 4,3 bzw. 5.3 % des Bruttoinlandproduktes für Bildung auf, in Schweden sei es ein 1 % mehr und viele andere Länder überträfen Deustchland ebenfalls. In Euro würde dieser Unterschied zwischen Schweden und Deutschland bedeuten, dass wir auf die jetzt aufgewendeten 100 Milliarden Euro noch rund 40 Milliarden Euro jedes Jahr für Bildung aufstocken müssten, um auf einen ver-gleichbaren Stand zu kommen. Das wolle er jetzt nicht sofort einfordern, aber es zeige deutlich die Dimensionen, über die man reden müsse.
Und bei den Strukturen müssen man die PISA-Ergebnisse einmal sehr detailliert analysie-ren: Während Deutschland bei Grundschulen gute bis sehr gute Ergebnisse im internati-onalen Vergleich habe, schwäche sich dies in den anderen Bereichen deutlich ab und bei den Gymnasien falle man ins untere Drittel im Vergleich mit anderen Ländern. Wie man vor dem Hintergrund eine besondere Stärke in das dreigliederige Schulsystem hineinin-terpretieren könne, entziehe sich seinem Verständnis.
Er sah es als einen Verschwendung von Intelligenzresourcen an, wenn durch die frühe Selektion nach der vierten Klasse in Deutschland eine Vielzahl von Kindern unter- und überfordert werde. Beides führe zu Leistungsdefiziten.
Als prägnantes Beispiel führte Klemm an, dass eine Vergleichstudie in Rheinland-Pfalz ergeben habe, dass in einem 8. Jahrgang in Mathematik 20 % der Hauptschüler Aufga-ben auf Gymnasialniveau erledigen konnten, während 20 % der Gymnasiasten nicht das Hauptschulniveau erfüllten.
Klemm: „Im gegliederten deutschen Schulsystem wird zu früh, falsch und sozial einseitig sortiert. Und die Auslese sorgt in den "homogenen" Lerngruppen eher für Leistungsarmut und graues Mittelmaß.“ und an anderer Stelle „In Schulsystemen, die ihre Schülerinnen und Schüler länger als in Deutschland üblich gemeinsam lernen lassen und die dabei auch innerhalb der einzelnen Schule auf alle Formen

äußerer Leistungsdifferenzierung verzichten, werden Leistungen erreicht, von denen das deutsche Schulsystem nur träu-men kann.“ Und schließlich „Das schwächste Viertel der deutschen Lernenden liegt e-benso wie das stärkste Viertel unterhalb des Leistungsniveaus der jeweiligen Ver-gleichsteilgruppen. Schon die Tims-Mittelstufen-Studie hatte ja gezeigt, dass die durch-schnittlichen Leistungen der deutschen Gymnasiasten unterhalb der durchschnittlichen Leistungen der Gesamtheit der Schüler der führenden Länder lagen.“

Der Bildungspolitiker fordert dringliche Maßnahmen ein. Angesichts der zurückgehender Geburts- und Bevölkerungsraten sei es enorm wichtig, diesen Nachwuchs extrem gut auszubilden, damit Deutschland weiterhin in der Weltwirtschaft im vorderen Feld mitspie-len könne. Angesichts des politischen Umfeldes sieht er allerdings einen langen Weg vorgezeichnet. „Auch die Tests des Jahres 2006 bescheinigen wahrscheinlich Deutsch-lands Schulen Mittelmäßigkeit, vielleicht mit einer leicht nach oben weisenden Leistungs-kurve. Schließlich haben sich Öffentlichkeit und Politik in Deutschland darauf verständigt, die Ursachen der Misere weniger in den Schulen der Sekundarstufe zu sehen als im Kin-dergarten und in der Grundschule. Der eingeschlagene Weg, das System von unten her zu verbessern, ist, wenn er überhaupt Erfolg bringen soll, ein langer Weg. Wer bei den Fünfjährigen anfängt, braucht eben zehn Jahre, bis die Fünfzehnjährigen besser gewor-den sind.“
Ob sich daraus langfristige Verbesserungen einstellen, bleibe fraglich. Wenn Deutschland weiter an seiner gegliederten Schulstruktur festhalte, begrenze es seine Verbesserungs-möglichkeiten. Unsere zehnjährigen Schüler, die noch gemeinsam zur Schule gehen, könnten international recht gut mithalten. Sobald die Schüler jedoch auf die verschiede-nen Schulformen verteilt werden, fielen die Leistungen ab. In den „differenziellen Lernmi-lieus“ werden gute Hauptschüler in ihrer Entwicklungsmöglichkeit ausgebremst und gute Gymnasiasten nicht sonderlich gefördert.
Alles in allem: Deutschlands Schüler werden sich im Mittelfeld verbessern, den Anschluss an die Champions League aber erst finden, wenn die muffige Schulstruktur aufgelöst wird, die Gängelung der Schulen ein Ende hat und wenn die Schulen so frei sind, dass man es ihnen zumuten kann, die Verantwortung für ihr Tun zu tragen.
Prof. Klaus Klemm bei „Herbstschnack“ der SPD

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 01.11.2004, 23:37 Uhr - 5514 Clicks - Nr. 565*

Klasse Stimmung – viele Infos: Berlinfahrt der Jusos Rd-Eck 2004

Die zweite Berlinfahrt der Jusos Rendsburg-Eckernförde übertraf auch die kühnsten Erwartungen. Nachdem schon im letzten Jahr alle Plätze weit im Vorfeld ausgebucht waren, orderten wir den größten verfügbaren Bus. Aber die 62 Sitzplätze waren abermals zu wenig. Leider mussten wir mehr als 20 Absagen aussprechen.
Dabei schockte es keinen unserer jungen Leute, dass es am Samstag, dem 30.10. um 4 Uhr morgens los ging und wir ein vollgestopftes Programm vor uns hatten.
Für alle, die sich früh entschieden und einen Platz ergatterten, wurde es wieder eine beeindruckende Tagesreise nach Berlin. Um 10 Uhr erreichten wir das Brandenburger Tor und ließen die Fotoapparate Schwerstarbeit leisten. Damit niemand die Orientierung verlor, stellte sich Ulf Daude (Reiseleiter & Kreisvorsitzender der Jusos) mit einer Juso-Flagge gut sichtbar auf. Das half nicht nur den TeilnehmerInnen, sondern führte auch zu vielen positiven Gesprächen mit Passanten und Autofahrern.
Danach trafen wir uns mit Ulrike Mehl, MdB, am Reichstagsgebäude. Sie führte uns an den wartenden Massen vorbei und wir konnten den Bundestag und die Fraktionsräume unter die Lupe

nehmen. Im Fraktionssaal erklärte sie uns neben vielen persönlichen Gesprächen, was eine Abgeordnete eigentlich den ganzen Tag macht. Im Anschluss eroberten wir die Kuppel des Reichstags und genossen den leicht verregneten Überblick über Berlin.
Gegen 13.30 Uhr erreichten wir das Willy-Brandt-Haus. Ein Mitarbeiter führte uns durch die „heiligen Hallen“ und erklärte uns vieles zur Person Willy Brandt, zur Architektur und zur SPD. Zum Abschluss dieses Programmpunktes schauten wir uns noch einen Film zur Geschichte der SPD an. Gerade der Film brachte viele zum Schmunzeln und regte zu Diskussionen an. „Wenn man sieht, was die alles durchgemacht haben, kommen uns unsere politischen Probleme total mickrig vor“, sagte ein 16-jähriger Teilnehmer. Eine andere Teilnehmerin (19) fügte hinzu: „Wir sehen immer nur die Politik von heute und regen uns über viele Nebensachen auf. Die große Linie und das Ziel verliert man da leicht aus den Augen“.
Wer viel arbeitet, soll auch Essen und Pause machen! Getreu diesem Motto legten wir eine längere Pause am Sony-Center/Potsdamer Platz ein. Nicht nur die vielen Geschäfte und die zahlreichen Futter-Buden wurden dankbar angenommen. Die meisten bestaunten mit großen Augen die gewaltige Architektur der Hauptstadt.
Frisch gestärkt fuhren wir dann zum MfS-Museum in der Normannenstraße. Hier mischten sich Interesse an der dunklen Seite der DDR mit einem leicht mulmigen Gefühl. Die beiden Dozenten leierten nicht nur Daten und Fakten herunter, sondern brachten uns sehr lebhaft näher, was es heißt, unter Dauerbeobachtung zu stehen und vor jedem Angst haben zu müssen.
Die Rückfahrt war eine Mischung aus leichter Erschöpfung und vielen Gesprächen über die Eindrücke des Tages. Natürlich kann man an einem Tag nur Ausschnitte aus (dem politischen) Berlin kennen lernen. Wir sind uns aber sicher, bei allen TeilnehmerInnen einen Türspalt geöffnet zu haben, der zu einer interessanten Welt führt. Ob bei weiteren Veranstaltungen mit uns oder auf eigene Faust: Der Durst nach mehr ist geweckt.
Besonders loben möchten wir noch einmal die TeilnehmerInnen unserer Berlin-Tour 2004! Die meisten jungen Leute (55) waren zwischen 16 und 25 Jahre alt und keine Jusos oder SPD-Mitglieder. Damit wird abermals widerlegt, dass Jugendliche „keinen Bock“ auf Politik haben! Sie brachten sich aktiv an den Tagesstationen ein und zeigten viel Interesse. Auch für uns Kreisjusos ergaben sich einige neue Ansätze für die weitere Arbeit, da unsere Gäste uns sehr genau ihre Wünsche und Probleme mit der Politik darlegen konnten. Natürlich hätte unsere Fahrt auch nie so reibungslos geklappt, wenn die Teilnehmer nicht so pünktlich und zuverlässig gewesen wären. Kurzum: Hut ab – wir sind begeistert!
Einen kleinen Dank möchten wir auch noch dem Busunternehmen „Graf Recke“ aus Schacht-Audorf widmen. Sie ermöglichten uns die Berlintour 2004 zu einem fairen Preis. Dafür sparten sie aber weder am Bus, der modern und bequem war, noch an den beiden Fahrern. Sie waren sehr hilfsbereit und immer für einen netten Schnack zu haben. Mit solchen Unternehmen braucht sich die Wirtschaft in Rendsburg-Eckernförde nicht zu verstecken!
So, nun geht es an die Planung weiterer Aktionen und Veranstaltungen: Aktiven Jusos wird es niemals langweilig. Was alles angeboten wird, erfährt man unter www.jusos-rd-eck.de . Hier steht, wann wir uns wo treffen und was gerade läuft. Jede/r ist herzlich zu unseren Treffen und Veranstaltungen eingeladen – ob schon Juso oder noch nicht.
Wer Fragen hat oder persönliche Informationen haben möchte, kann sich gerne an Ulf Daude wenden:
Telefon 0431-63569, Handy 0179-4960486, Email daude@spd-molfsee.de

Keine Kommentare

Lothar Hay, MdL - *veröffentlicht am 02.11.2004, 09:29 Uhr - 2641 Clicks - Nr. 566*

Standortschließungen reißen tiefe Wunden

Lothar Hay und Claus Möller am 1. November 2004:

Zu den heute bekannt gewordenen Standortschließungen der Bundeswehr erklären SPD-Fraktionsvorsitzender Lothar Hay und SPD-Landesvorsitzender Claus Möller:

Die geplanten Standortschließungen reißen tiefe Wunden in den betroffenen Regionen. Es ist eine bitte Erfahrung, dass die von der Landesregierung, den betroffenen Kommunen und den Menschen vor Ort vorgebrachten Argumente
angesichts der knappen Kassen im Verteidigungshaushalt so wenig Gehör gefunden haben. Da ist es nur ein schwacher Trost, dass Schleswig-Holstein bezogen auf die
Einwohnerzahl auch zukünftig das Bundesland mit der höchsten Bundeswehrdichte bleibt.
Gemeinsam mit der Landesregierung werden wir nun alles daran setzen, dass der bisher geplante Korridor im Regionalförderprogramm zügig für die Schaffung neuer
Arbeitsplätze im Rahmen von Konversionsprojekten erweitert wird. Hier steht auch der Bund mit einer schnellen Freigabe der Liegenschaften zu akzeptablen Preisen in der Pflicht, um die aufgerissenen Wunden so weit irgend möglich zu
schließen.

Keine Kommentare

SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 02.11.2004, 10:29 Uhr - 2897 Clicks - Nr. 567*

Ramona Wissemann, MdK: "Erhöhung der Kreisumlage unsinnig und ungerecht“

Nach Ihrer Haushaltsklausurtagung der SPD-Kreistagsfraktion stellte die Fraktionsvorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, Ramona Wissemann fest, dass die von Landrat und CDU geplante massive Erhöhung der Kreisumlage unsinnig und ungerecht sei. Wenn man die letzten Zahlen der Kreisverwaltung zu Grunde lege, dann könnte wirklich jeder feststellen, dass die ursprüngliche angebliche Deckungslücke von 20 Mio. Euro fast komplett verschwinden würde.
Der Landrat und die CDU versuche offenbar die günstige Gelegenheit auszunutzen, um die Gemeinden schnell abzuzocken, bevor die wirklichen Zahlen im nächsten Jahr bekannt werden.

Kaum hätten die Gemeinden etwas Luft zum Atmen, solle ihnen das dringend für Schulen, Kinderkrippen und –tagesstätten benötigte Geld wieder weggenommen werden, obwohl der Landrat immer noch nicht seine eigenen Hausaufgaben gemacht hätte. Der Landrat solle erst einmal seinen eigenen Laden in den Griff bekommen und die Verwaltung endlich effizienter und kostengünstiger organisieren.

„Wenn ich nun auch noch bedenke, dass die Einsparungen bei den Gemeinden durch Hartz IV, die sich jetzt der Kreis unter den Nagel reißen möchte, ursprünglich für den Ausbau der Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt werden sollen, damit junge Familien bessere Erwerbsaussichten haben, dann fehlen selbst mir die Worte, und das will was heißen,“ meinte Ramona Wissemann abschließend.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 02.11.2004, 15:03 Uhr - 816 Clicks - Nr. 568*

Kiel wichtigster Marinestandort und maritimes Zentrum an der Ostsee!



Die Vorsitzenden des SPD-Kreisverbandes Rolf Fischer und der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklären:
"Kiel geht gestärkt aus der Bundeswehrreform hervor.
Alle Verantwortlichen der Stadt sollten diese gute Entscheidung als Verpflichtung begreifen, auch weiterhin alles zu tun, damit Kiel wichtigster Marinestandort und das maritime Zentrum an der Ostsee bleibt.
Die Kieler SPD wird sich verstärkt dafür engagieren, damit die in Kiel stationierten Soldaten ein gutes Zuhause erfahren. Dafür entwerfen wir neue und interessante Initiativen."

Keine Kommentare

SPD-Rendsburg - *veröffentlicht am 02.11.2004, 17:06 Uhr - 2261 Clicks - Nr. 569*

Rendsburg nicht mehr Bundeswehrstandort

Zu den Entscheidungen des Bundesverteidigungsmininsteriums erklärt der Rendsburger SPD-Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer:
Die Entscheidung gegen den Standort Rendsburg ist ein schwerer Schlag für die Region, auch wenn grundsätzlich zu begrüßen ist, dass der von Stoltenberg und Rühe eingeleitete Prozess des Bundeswehr-Abbaus wegen der friedlichen Situation in Europa fortgesetzt werden kann.
Da Jammern nicht mehr helfen wird, empfehle ich den Blick auf die Chancen und notwendige Maßnahmen.
Ich fordere vom Bund, dass er den Rückzug aus Rendsburg sozialverträglich und ohne betriebsbedingte Kündigungen organisiert. Damit die freiwerdenden Liegenschaften wieder sinnvoll genutzt werden können, muss der Bund sie für den Preis von 1 € zügig an die Stadt abgeben.
Ich habe mich erfolgreich dafür eingesetzt, dass Machbarkeitsstudien bis zu 90 % vom Land gefördert werden.

Keine Kommentare

SPD-Rendsburg - *veröffentlicht am 02.11.2004, 17:21 Uhr - 2343 Clicks - Nr. 570*

Ein bitterer Tag für Rendsburg

In Schleswig-Holstein wird die Bundeswehr 13 Standorte schließen, darunter auch den Standort Rendsburg mit nahezu 2000 Dienstposten. Sowohl die Feldwebel-Schmid-Kaserne als auch die Eiderkaserne werden ebenso wie die Standortverwaltung in der Kaiserstraße aufgelöst.
Der Rendsburger Bürgermeister Andreas Breitner bezeichnete die geplante Auflösung des Bundeswehrstandortes als einen bitteren Tag für die langjährige Garnisonsstadt. eine 350-jährige

Tradition werde durch den Federstrich eines Ministers beendet.

Auch die Vorsitzende der SPD-Rathausfraktion Karin Wiemer-Hinz zeigte sich entsetzt über das Ausmaß des Bundeswehrabzuges. Von dieser Entscheidung seien über 1800 Beschäftigte und ihre Familien direkt betroffen. Welche Folgen der Abzug für die Stadt und die gesamte Region habe, lasse sich heute noch nicht abschätzen, da es Auswirkungen sowohl auf die Wirtschaft, aber auch auf das gesamte gesellschaftliche und kulturelle Leben im Raum Rendsburg gebe.
Da nach bisherigen Informationen der Abzug der Bundeswehr in den Jahren 2006 - 2010 vollzogen werden soll und es wohl kaum noch Einflussmöglichkeiten auf die Entscheidung des Bundesverteidigungsministers gebe, gehe es jetzt darum zukunftsfähige Konzepte für die Zukunft der Stadt ohne Militär und die Nutzung der Bundeswehrliegenschaften zu entwickeln. "Wir fordern hierfür die finanzielle Unterstützung von Bund und Land", so Karin Wiemer-Hinz

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 03.11.2004, 15:08 Uhr - 4511 Clicks - Nr. 571*

MdB Ulrike Mehl zu den Standortschließungen

Überraschend ist die Schließung des Bundeswehrstandortes Rendsburg nicht. Sie bedeutet allerdings einen schmerzlichen Verlust für die Stadt und für die Region, insbesondere aber für die betroffenen Soldaten, Zivilbediensteten und deren Familien.
Das ändert nichts daran, dass der Transformationsprozess der Bundeswehr, der mit den Verteidigungspolitischen Richtlinien vom 21. Mai 2003 begonnen wurde, richtig ist. Die Anforderungen an die Bundeswehr sehen heute anders aus als in der Zeit des Kalten Krieges.
Soweit ich das beurteilen kann, sind die jetzt beschlossenen Maßnahmen, die bis 2010 umgesetzt werden sollen, streng an den militärischen Notwendigkeiten und an betriebswirtschaftlichen Kriterien ausgerichtet. Das ist bitter für Schleswig-Holstein und für den Kreis Rendsburg-Eckernförde, muss aber - wenn aus verteidigungspolitischer Sicht keine Einwände bestehen - akzeptiert werden.
Die schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten werden sich dafür einsetzen, dass freiwerdende Liegenschaften zügig und unter Umständen auch für einen symbolischen Preis den Standort-Kommunen zur weiteren Verwertung übertragen werden. Einen entsprechenden Vorschlag von Ministerpräsidentin Heide Simonis unterstützt die schleswig-holsteinische Landesgruppe.
Davon könnte auch Rendsburg profitieren.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 03.11.2004, 15:10 Uhr - 4420 Clicks - Nr. 572*

MdB Ulrike Mehl: Ausbau der Tagesbetreuung für Kleinkinder

Das lange Warten für Familien mit Kindern hat ein Ende. Zum 1. Januar 2005 tritt das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) in Kraft. Mit dem Gesetz wird die Kinderbetreuung bedarfsgerecht und qualitätsorientiert ausgebaut.
Künftig werden die Kommunen für Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze vorhalten, deren Eltern erwerbstätig sind oder sich in einer beruflichen Bildungsmaßnahme, in einer Schul- oder Hochschulausbildung befinden oder wenn das Wohl des Kindes nicht gesichert ist. Damit verbessern wir die frühkindliche Bildung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit der schnellen Umsetzung zeigen wir deutlich: Wir lassen Familien mit Kindern nicht im Stich. Das

Tagesbetreuungsausbaugesetz wird auf einer breiten gesellschaftlichen Ebene unterstützt. Kinderbetreuung ist bisher schon eine Pflichtaufgabe für die Kommunen. Sie müssen ein „bedarfsgerechtes Angebot“ bereithalten. Leider tut sich hier zu wenig. Derzeit haben in Westdeutschland nur 2,7 Prozent der Kinder einen Krippenplatz. Im Osten sind es 38 Prozent. Ohne gesetzlichen Druck würde es Jahre dauern, bis in ganz Deutschland das ostdeutsche Betreuungsniveau erreicht würde. Mit unserem Gesetz sollen 230.000 neue Plätze bis zum Jahr 2010 geschaffen werden.
Neben dem Ausbau des Angebots legen wir besonderen Wert auf die Qualität der Betreuung. Wir bieten den unter Dreijährigen Betreuung, Bildung und Erziehung. Diese Förderung wird konkret als Auftrag formuliert. Auch die Kindertagespflege – also die Betreuung durch Tagesmütter und Tagesväter – wird als attraktive Ergänzung der Krippen aufgewertet. Dies geschieht beispielsweise durch die Formulierung von Anforderungen an die Pflegepersonen und einen verbesserten Versicherungsschutz.
Der Ausbau der Kinderbetreuung stärkt die Kommunen nachhaltig. Nach einer noch unveröffentlichten Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsförderung (DIW) sind Ausgaben für die Kinderbetreuung sehr rentable Ausgaben. Ein investierter Euro rentiert sich mittel- bis langfristig dreifach. Weniger Kinder müssen später eine Sonderschule besuchen oder ein Schuljahr wiederholen. Weniger Geld muss für die Jugendhilfe aufgewendet werden. Die Ausländerintegration steigt. Ausdrücklich betont die Studie, dass die Eltern auf dem Arbeitsmarkt bessere Chancen haben.
Der Ausbau der Tagesbetreuung wird von den Kommunen über die Entlastungen finanziert, die ihnen durch die Zusammenlegung der Arbeits- und Sozialhilfe zukommen. Die Kommunen werden dabei nicht überfordert: Der Ausbau der Kinderbetreuung erfolgt stufenweise bis 2010. Wichtig ist: Hier sind auch die Länder gefragt. Sie müssen ihre Einsparungen aus Hartz IV an die Kommunen weitergeben.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 05.11.2004, 12:46 Uhr - 643 Clicks - Nr. 573*

Möller zu Einzelhandel: Frau Volquartz kann es nicht!



Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller erklärt zu der jüngsten Veröffentlichung des sog. CITTI - Gutachtens sowie der Einrichtung einer Projektgruppe Innenstadt: "Frau Volquartz kann es nicht.
Sie hat den Geschäftsführer des Einzelhandelsverbandes Nord-Ost Dierk Böckenholt zum Innenstadtkoordinator ernannt. Wir haben überhaupt nichts gegen diesen qualifizierten Experten. Aber diese Tat zeigt erneut den Aktionismus und die Planlosigkeit der Wirtschaftsdezernentin Volquartz. Denn wir haben mit der KIWI eine Institution, die u.a. genau diese Aufgabe hat: Die Moderation des notwendigen Erneuerungsprozesses unserer Innenstadt."
Bislang wollte Frau Volquartz keine zusätzlichen Einrichtungen schaffen, sondern Kräfte bündeln. Sie verspricht sich wohl mit ihrer Entscheidung, die in keiner Weise mit dem zuständigen Wirtschaftsausschuss abgesprochen ist, Kritiker einzubinden."
Der SPD-Fraktionsvize bewertete in einer erste Reaktion auch das jetzt vorab veröffentlichte Gutachten zur möglichen CITTI-Erweiterung: "Es ist bedauerlich, dass scheinbar aus dem Umfeld der Oberbürgermeisterin das Gutachten vorab veröffentlicht wurde. Es wäre der Sache dienlicher

gewesen, wenn wir im Wirtschaftsausschuss zunächst mit den Betroffenen darüber beraten hätten. Aber Frau Volquartz musste damit heraus, dass sie sich einmal bestätigt fühlen konnte. Ich gehe davon aus, dass das Gutachten auch den Vertretern der Innenstadt zur Stellungnahme zur Verfügung gestellt wird."

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 06.11.2004, 16:11 Uhr - 1513 Clicks - Nr. 574*

SPD-Engelsby: Schlechte Karten für Linksabbieger

Vor kurzem erhielten wir von einem Anwohner aus dem Franz-Schubert-Hof den Hinweis, dass das Linksabbiegen in den Trögelsbyer Weg zum gefährlichen Unterfangen wird, wenn dort höhere Fahrzeuge stehen.
Wir haben mit der Polizeistation Engelsby/ Tarup und dem zuständigen Fachbereich der Stadt Kontakt aufgenommen und den Sachverhalt dargelegt.

Leider wurde uns mitgeteilt, dass aus Sicht der Verwaltung keine Gefahrenquelle besteht. Und das, obwohl auch die Beamten der Polizeistation Engelsby/ Tarup das Linksabbiegen als gefährlich ansehen, wenn dort s. g. Van, oder wie auf dem Foto, ein VW-Bus parkt.
Das Abstellen dieser Fahrzeuge ist dort zulässig, weil diese als PKW eingestuft sind.

Wir werden erneut Kontakt mit den zuständigen Gremien Kontakt aufnehmen und uns um eine Lösung bemühen.

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 07.11.2004, 16:39 Uhr - 904 Clicks - Nr. 575*

Ann-Kathrin Scholz in der Sprechstunde der SPD-Fraktion am 11.11.2004

Ann-Kathrin Scholz, Abiturientin und jüngste Stadtvertreterin in Bad Segeberg, wird am 11.11.2004 in der Sprechstunde der SPD-Fraktion allen Schülerinnen und Schülern der Segeberger Schulen zur Verfügung stehen.

Die Sprechstunde findet, wie üblich, am Donnerstag, dem 11.11.2004, von 16.00 - 17.30 Uhr im Fraktionszimmer der SPD (A0.05) im Historischen Rathaus in Bad Segeberg statt.

Ann-Kathrin Scholz ist dort während der Sprechstunde auch unter der Telefonnummer 04551-964-348 zu erreichen.
Thema der Sprechstunde wird sein:

"Welche Wünsche haben die Segeberger Schüler an die Kommunalpolitik ? "

Ann-Kathrin Scholz, selbst noch Schülerin und kurz vor dem Abitur stehend, hofft auf sehr viele Beiträge der Segeberger Schüler.

Es ist auch möglich, Vorschläge und Anregungen schriftlich zu formulieren und an sie zu adressieren

und dann in den Briefkasten vor dem Rathaus einzuwerfen - Ann-Kathrin Scholz wird dies dann in die nächsten Sitzungen der Segeberger Stadtvertretung einbringen.

Keine Kommentare

Helmut Jacobs - *veröffentlicht am 07.11.2004, 18:51 Uhr - 3560 Clicks - Nr. 576*

Helmut Jacobs (MdL) in Glückstadt bei SPD 60plus



Der SPD-Landtagsabgeordnete Helmut Jacobs aus Wilster war beim Seniorenfrühstück der SPD-Arbeitsgemeinschaft 60plus in Glückstadt. Der Vorsitzende Günter Blödorn konnte zahlreiche Mitglieder und Gäste in der Gaststätte Elsner begrüßen.
Nach einem üppigen Frühstück diskutierten die Sozialdemokraten mit Helmut Jacobs über Bildungs-, Finanz- und Umweltpolitik in Schleswig-Holstein. Abschließend verlas Jacobs zur Freude aller Anwesenden unter dem Motto "Faule Ausreden" einige Schülerentschuldigungen aus der Zeit, als er noch Lehrer in einer beruflichen Schule war.

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 07.11.2004, 19:07 Uhr - 5157 Clicks - Nr. 577*

SPD Kandidat gewinnt Kaltenkirchen



Der SPD Bürgermeisterkandidat Stefan Sünwoldt gewinnt mit 52,1 % im ersten Anlauf das Bürgermeisteramt in der Stadt Kaltenkirchen
Die genauen Ergenisse, die der Kreisvorsitzende Andreas Beran eben durchgab:

Norbert Dähling unab. 532 St.= 8,2 %
Ulrich Siefert (CDU) 2387 St.= 37 %
Uwe Stolley unab. 175 St. = 2,7 %
Stefan Sünwoldt (SPD) 3360 St. = 52,1 %

Der Kreisvorstand gratuliert dem neuen Bürgermeister und den GenossInnen in Kaltenkirchen für das Ergebnis
Kommentar von H. Bernhard vom 08.11.2004, 17:18 Uhr:
RE:SPD Kandidat gewinnt Kaltenkirchen
Hallo Dirty,
offensichtlich hat der Kandidat die Wähler überzeugt. Vielleicht ist manchmal ein Externer noch unbelastet und noch nicht in alle möglichen Abhängigkeiten verwickelt. Alles Gute dem neuen Bürgermeister, herzlichen Glückwunsch, es ist ein persönlicher Erfolg!

Kommentar von Klaus Märker vom 08.11.2004, 16:18 Uhr:
RE:SPD Kandidat gewinnt Kaltenkirchen
Herzlichen Glückwunsch.
Tolle Leistung.

Kommentar von Heiner Köncke vom 07.11.2004, 23:35 Uhr:
RE:SPD Kandidat gewinnt Kaltenkirchen
Der Kandidat und die Genossinnen und Genossen in Kaki sind voll im Trend.
Die SPD kann immernoch Wahlen gewinnen.
Herzlichen Glückwunsch an den neuen Bürgermeister Stefan Sünwoldt.
Heiner Köncke
OV-Vorsitzender Norderstedt

Kommentar von Dirty vom 07.11.2004, 20:59 Uhr:
RE:SPD Kandidat gewinnt Kaltenkirchen
Na klasse,

mich würde interessieren, wie ein MAGDEBURGER die Probleme Kaltenkirchens lösen wird.
Dazu möchte ich kein politisches Statement hören, sondern Taten sehen.

Das Ergebnis hat mich sehr enttäuscht.
Auch wenn ich SPD-Wähler bin, bin ich überzeugt, dass als Bürgermeister nur ein Ortsansässiger in Fagre gekommen wäre.

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 08.11.2004, 14:58 Uhr - 1331 Clicks - Nr. 578*

Kampfabstimmung gegen die CDU gewonnen

In der Ratssitzung am 4.11.04 verhinderte eine Allianz aus SPD, Grünen und SSW, dass ein CDU-Antrag zur Verschlechterung der Sozialstaffel bei den Kindergartenbeiträgen verabschiedet wurde.

Um 25% wollte die CDU die sog. Eckwerte verschlechtern und so die Einkommensgrenzen anheben, auf deren Basis Zuschüsse zu den Kindergartenbeiträgen gezahlt werden.
Deutlich höhere Kindergartenbeiträge gerade für Familien mit niedrigem Arbeitseinkommen wären die Folge gewesen. Als Grund nannte die CDU eine angebliche Haushaltsentlastung von 300.000 Euro. Eine Zahl, die selbst die Verwaltungsfachleute nicht bestätigen wollten.
So sieht in Wahrheit die CDU- Familienpolitik in Flensburg aus!

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 08.11.2004, 15:01 Uhr - 1294 Clicks - Nr. 579*

SPD für Entbürokratisierung und geänderte Sperrzeiten für die Gastronomie

Großzügigere Regelungen, insbesondere in den Sommermonaten, geänderte Nachtregelungen an der Schiffbrücke oder am Wochenende, weniger und fairere Kontrollen der Gewerbeaufsicht.
Das ist das Ergebnis eines Gespräches des SPD- Fraktionsvorstandes mit betroffenen Gastwirten, die nachdrücklich entsprechende Initiativen fordern.

Den Flensburgerinnen und Flensburgern aber auch den Besuchern aus dem Umland und den Touristen sollen so mehr Möglichkeiten gegeben werden, die Flensburger Kneipenszene zu genießen und die wirtschaftliche Existenz der Inhaber soll gestärkt werden.
Gründe, die nachvollziehbar sind und sich auch mit den politischen Zielen der SPD decken. „Wir werden die Themen in den zuständigen Ausschüssen ansprechen und entsprechende Anträge stellen“ so die Zusage des Fraktionsvorsitzenden Rolf Helgert.
"Mal sehen, ob die anderen Fraktionen mit uns eine Mehrheit für die notwendigen Veränderungen schaffen."

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 08.11.2004, 21:41 Uhr - 4590 Clicks - Nr. 580*

Min. R. Stegner: „Ich bin doch nicht blöd!“- Die Opposition und die Sparkassen

Trotz der Proteste der Sparkassen bleibt die Landes-CDU dabei: Die Sparkassen sollen sich Privaten öffnen dürfen, um ihr Eigenkapital zu erhöhen. Im Klartext wollen sie Teile der Sparkassen verkaufen. Dem Wunschpartner FDP gehen die dabei vorgesehen Beschränkungen nicht weit genug. Sie wollen eine Privatisierung ohne Einschränkungen. Die FDP-Position würde sich bei einer schwarz/gelben Regierung schon aus rechtlichen Gründen durchsetzen. Das wäre das Ende der Sparkassen, wie wir sie kennen.
Diese Pläne hat nicht nur die Regierung und die sie tragenden Fraktionen alarmiert, sondern auch den Deutschen Sparkassen- und Giroverband. In ganzseitigen Anzeigen – weiße Schrift auf roten Grund – macht der Verband darauf aufmerksam, dass diese Pläne gefährlich für das Land, seine Bürgerinnen und Bürger und die mittelständische Wirtschaft sind.
Interessant sind dabei die Ergebnisse einer Forsa-Umfrage vom September 2004: 77 % der Bürgerinnen und Bürger würden bei einem Bürgerentscheid gegen einen Verkauf der Sparkassen stimmen.
Aber nicht einmal dieses überdeutliche Signal brachte den CDU-Parteitag dazu, seine Veräußerungspläne vom Tisch zu nehmen. Trotzig beharrte die Opposition auf ihre Position. Da wird die CDU wohl die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben und mancher Schleswig-Holsteiner wird sich sagen: „Solchen meine Stimme geben? Ich bin doch nicht blöd!“
Sparkassen sind unsere Institute für alle Bürgerinnen und Bürger. Sie sind am Gemeinwohl orientiert, stellen die Mittelstandsfinanzierung sicher und bieten allen Bevölkerungsgruppen eine Bankverbindung. Das ist bei Aktiengesellschaften anders. Dort steht die höchstmögliche Rendite für

die Anteilseigner im Vordergrund.
Keine Bank im Lande genießt so großes Vertrauen bei den Menschen wie die Sparkassen. Sie ist in allen Regionen des Landes vertreten und setzt ihre positiven Geschäftsergebnisse auch für die Förderung von Sport, Kultur und sozialen Engagement ein.
Wer sich einmal darüber informieren möchte, wie es in Ländern aussieht, die in der Fläche keine Bank haben, der kann das in England und den USA in Praxis erleben. Dann entscheidet über einen Kreditantrag aus Hohn, Laboe oder Schwabstedt die Konzernzentrale in Düsseldorf oder Frankfurt.
Die Sparkassen danken in ihrer Anzeige für die breite Unterstützung im Lande. Dem ist fast nichts hinzuzufügen. Nur noch ein kleiner praktischer Hinweis: SPD wählen am 20. Februar 2005 sichert die Sparkassen im Lande, hilft den Bürgerinnen und Bürgern, ihre Bank in der Nähe zu erhalten, und sichert die Mittelstandsfinanzierung.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 08.11.2004, 21:55 Uhr - 4465 Clicks - Nr. 581*

Finanzminister Dr. Ralf Stegner: Steuervereinfachung gewünscht

Die überwältigende Mehrheit der Deutschen wünscht sich eine deutliche Steuervereinfachung, damit Schluss ist mit den vielen Möglichkeiten, sich künstlich arm zu rechnen.
Finanzminister Dr. Ralf Stegner (SPD) betonte bei der Vorstellung des Konzeptes am 03.11. in Nortorf, dass sich der Staat weitere Steuersenkungen nicht mehr leisten kann, denn auch der schlanke Staat braucht Geld für ein leistungsstarkes Bildungssystem, eine solide Sozialstruktur, Wirtschafts- und Verkehrsinfrastruktur und ein hohes Maß an innerer Sicherheit. Das wichtigste Ziel des schleswig-holsteinischen 10-Punkte Plans „Anders steuern: Gemeinwesen stärken“ aber ist es, einen Beitrag für mehr soziale Gerechtigkeit zu leisten.
Wenn Millionen von Gering- und Normalverdienern ihren Beitrag zur Reform der sozialen Sicherungssysteme leisten müssen, dann sollen diejenigen mit einem hohen Einkommen, diejenigen, die sehr viel erben, und diejenigen, die jetzt ganz viele Steuerschlupflöcher nutzen, mehr zur Finanzierung der Staatsaufgaben beitragen als das bis jetzt der Fall ist. Dann können die Gering- und Normalverdiener auch wieder ein Stück weit entlastet werden. Das Konzept sieht vor, dass der Spitzensteuersatz nicht weiter als auf 42% gesenkt wird. Der Eingangssteuersatz fällt auf 10%. Damit lohnt sich Arbeit auch wieder stärker im Verhältnis zur den Sozialleistungen.
Für die ganz Reichen (Einkommen höher als 500.000 € im Jahr) wird ein Zuschlag erhoben werden, denn starke Schultern können mehr tragen als schwache. Getreu diesem Leitmotiv wird auch der Erbschaftsteuersatz bei der Weitergabe großer Vermögen angehoben und für kleinere Vermögen gesenkt. Gestaltungsmöglichkeiten sollen gerade für Unternehmen gestrichen und verdeckte Förderungen über Steuersubventionen in direkte Förderungen umgewandelt werden. Außerdem werden die Erbschaften endlich annähernd nach ihrem realen Wert bewertet . Durch ausreichende Freibeträge bleiben in der Regel das geerbte Einfamilienhaus und die Betriebsübergabe eines Handwerksbetriebes erbschaftsteuerfrei. Uns geht es um die wirklich großen Erbschaften.
Mit diesen Eckpunkten unterscheidet sich das Konzept der schleswig-holsteinischen Landesregierung deutlich von allen anderen Konzepten aus den Reihen der CDU, der CSU, der FDP und der Wissenschaft, die hauptsächlich den Spitzensteuersatz senken wollen. Die deutschen Länderfinanzminister bescheinigten diesen Konzepten einstimmig, dass sie zu großen Einnahmeausfällen führen würden und dass die Entlastung der Besserverdienenden durch höhere Steuern bei den Gering- und Normalverdienern ausgeglichen würden. Solche Vorschläge, so Stegner, sind sozial ungerecht und gehen zu Lasten von Millionen Normalverdienern.

Das Konzept aus Schleswig-Holstein setzt außerdem an zwei Punkten an, die die Zukunftspotenziale für Deutschland wirklich verbessern würden:
Das Steuersystem muss für mehr Generationengerechtigkeit sorgen. Kinder dürfen nicht mehr der Armutsfaktor Nr. 1 sein. Dabei ist jedes Kind gleich viel wert. Konkret heißt das: Beim Ehegattensplitting muss es Änderungen zu Gunsten von Familien mit Kindern geben und die Kinderfreibeträge, die nur Besserverdienenden nützen, werden gestrichen. Die dabei gewonnenen Mehreinnahmen werden ins Kindergeld und in die Kinderbetreuung gesteckt (Vereinbarkeit von Familie und Beruf).
Die hohen Lohnnebenkosten in Deutschland wirken wie eine Strafsteuer auf Arbeit. Die Differenz in der „Lohntüte“ zwischen Brutto und Netto ist zu groß. Schleswig-Holstein schlägt deshalb vor, die Abgaben auf Arbeit zu senken und gleichzeitig den Steueranteil bei der Finanzierung der Sozialsysteme zu erhöhen. Finanziert wird das, indem wir den normalen Umsatzsteuersatz an das europäische Niveau angleichen. Bei Grundbedürfnissen soll die Umsatzsteuer dagegen sogar auf den europäischen Mindestsatz von 5% sinken.
Damit die Bürger auch sicher sein können, ist eine gesetzliche Regelung für die Verwendung der Mehreinnahmen vorgesehen.
Ausführliche Unterlagen sind im Internet unter www.landesregierung.schleswig-holstein.de zu finden.

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 09.11.2004, 18:32 Uhr - 5523 Clicks - Nr. 582*

Schule nach Pisa - Leezener Gespräche 2004

Das dreigliedrige Schulsystem (aus preußischer Zeit) diente einer Dreiklassengesellschaft. Ist es überholt? Mit provozierenden Thesen laden zu einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung der SPD Ortsverein Leezen und die SPD – Kreistagsfraktion im Rahmen der „**Leezener Gespräche“ am 18.11.04, Leezen Hotel Teegen, um 19:00 Uhr ein**

- Das dreigliedrige Schulsystem (aus preußischer Zeit) diente einer Dreiklassengesellschaft und ist überholt.
- Schule muss weitergehende Erziehungsfunktionen übernehmen, und dafür ausreichend gerüstet werden.
- Extraklassen für hochbegabte Schüler, wie in Hamburg angedacht, sind nicht der richtige Weg. Diese Schüler sollen als „Lernhelfer“ die Lehrer entlasten und würden dabei zusätzlich soziale Kompetenz erwerben.



- Am besten lernen Jugendliche von Gleichaltrigen, denn auf die hören sie mehr als auf Erwachsene.
- 2 Lehrer/innen sollen gemeinsam 2 Klassen führen. Hierbei wird zugleich kostenneutrale Supervision und Lehrer/innen - Fortbildung gewonnen.
- Mit althergebrachter Belehrung und klassischem Frontalunterricht erreicht man Kinder und Jugendliche heute kaum noch.
- Hausaufgaben müssen aufgewertet werden, da sie derzeit zu Unrecht unterschätzt werden.

Diese Thesen sollen in einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung der SPD Leezen gemeinsam mit der SPD – Kreistagsfraktion im Rahmen der

„**Leezener Gespräche“ am 18.11.04, Leezen Hotel Teegen, 19:00 Uhr**

auf ihre Praxistauglichkeit hinterfragt und anschließend modifiziert als Ziele für den Landtagswahlkampf den Kandidaten mit auf den Weg gegeben werden.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 10.11.2004, 17:48 Uhr - 4431 Clicks - Nr. 583*

MdB Ulrike Mehl: Bürgerversicherung: sozial gerecht bei fairer Lastenverteilung

SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen die Gesetzliche Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung ausbauen, weil mit diesem Modell soziale Gerechtigkeit und faire Lastenverteilung in der Gesundheitsversorgung gewährleistet wird. In der vergangenen Woche fand auf Einladung der SPD-Bundestagsabgeordneten Ulrike Mehl dazu in Rendsburg eine öffentliche Informationsveranstaltung statt.
Im Podium saßen mit Helga Kühn-Mengel, Patientenbeauftragte der Bundesregierung, und Claus Möller, Mitglied der Projektgruppe Bürgerversicherung der Landes SPD, kompetente Ansprechpartner, die dem interessierten Publikum Rede und Antwort standen.

„Grundidee der Bürgerversicherung ist“, so Helga Kühn-Mengel, „die Solidarität in der Krankenversicherung künftig auf eine breitere Basis zu stellen, indem alle Bürgerinnen und Bürger in diese Bürgerversicherung einbezogen werden.
Bislang konnten sich Besserverdienende, Beamte und Selbständige der Beteiligung an der Solidarität in der Gesetzlichen Krankenversicherung entziehen. Sie hatten die Möglichkeit, sich privat - und das meist deutlich günstiger - abzusichern.
Dass gerade junge, gesunde und einkommensstarke Bürger das GKV-System verlassen, war mit verantwortlich für steigende Beiträge. Künftig soll durch die Bürgerversicherung die gesamte Bevölkerung in den Solidarausgleich einbezogen werden.“

Claus Möller äußerte sich zu den finanziellen Aspekten: „Bei der Finanzierung muss dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit wieder Geltung verschafft werden.
Bei der Definition des beitragspflichtigen Einkommens soll es daher zu einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage kommen, die den veränderten Einkommens- und Vermögensverhältnissen Rechnung trägt. Die typische Erwerbsbiographie sieht heute anders aus als zu Bismarcks Zeiten.
Eine Bürgerversicherung muss neben dem Einkommen aus abhängiger Beschäftigung daher auch weitere Einkunftsarten berücksichtigen.
Die verbreiterte Mitglieds- und Beitragsbemessungsbasis wird es ermöglichen, die Beitragssätze für alle Mitglieder der Gesetzlichen Krankenversicherung deutlich zu senken.

Damit werden auch die Arbeitskosten sofort und nachhaltig entlastet, ohne dass die Finanzierungsbasis des Gesundheitswesens gefährdet wird. Sinkende Lohnnebenkosten verbessern die Wettbewerbsposition der Wirtschaft und die Beschäftigungschancen."

Einig waren sich die drei SPD-Politiker darin, dass die Bürgerversicherung für mehr Effizienz sorgt, den Wettbewerb fördert und die Wahlfreiheit im Gesundheitswesen erhöht. Ob jemand bei einer gesetzlichen oder einer privaten Krankenversicherung seine Bürgerversicherung abschließt, kann er frei entscheiden.
Alle Krankenversicherungen, die die Bürgerversicherung anbieten - das können also auch private Krankenversicherungen sein - müssen sich aber an gemeinsame Rahmenbedingungen halten: Die Beiträge werden einkommensbezogen berechnet und jeder wird unabhängig von seinem Gesundheitszustand und ohne Gesundheitsprüfung versichert.
Dies sehen die Eckpunkte vor, die der SPD-Parteivorstand beschlossen hat.

Nachdem der SPD-Parteivorstand die Eckpunkte zur Bürgerversicherung vorgelegt hat, muss jetzt auf breiter Ebene die Zukunft des Gesundheitswesens gründlich diskutiert werden. Für die konkrete Umsetzung einer Bürgerversicherung sind noch viele Detailfragen zu klären.

Keine Kommentare

SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 11.11.2004, 12:50 Uhr - 2942 Clicks - Nr. 584*

MdK Gerhard Gehringer: Unseriöse, unvollständige Informationen zum Schullandheim

Es ist einfach nicht zu glauben, wie von Seiten der CDU immer wieder mit unseriösen Zahlenspielereien und unvollständiger Information Politik gegen einen Weiterbetrieb des Schullandheimes in Wyk auf Föhr gemacht wird. Dies teilt die SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde mit. Deutlich wird dies in den neuesten Erklärungen des Hauptausschussvorsitzenden Reimer Tank (CDU) nach der Hauptausschusssitzung vom 08.11.2004 in der Landeszeitung.

Es ist schon mehr als verwunderlich, so die SPD-Kreistagsfraktion, wenn kurz vor einem möglichen Vertragsabschluss mit dem Deutschen Jugendherbergswerk zur Weiterführung des Schullandheimes plötzlich von der Verwaltung unbedingt erforderliche Brandschutzmaßnahmen festgestellt werden. Hätten diese nicht schon längst bekannt sein müssen? Schließlich sollen in solchen Heimen ja regelmäßige Brandschutzbegehungen stattfinden. Waren unsere Kinder in diesem Schullandheim etwa bisher nicht sicher?

Die Kosten für diese Maßnahmen liegen nach Angaben des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion Gerhard Gehringer jedenfalls bei weitem nicht bei den von Tank genannten € 250.000. Der Landrat selbst nannte in der Sitzung des Hauptausschusses ca.
€ 100.000 bis 150.000. „Dies erinnert uns doch sehr an den ursprünglichen Versuch des Landrats, einen Verlust aus dem Betrieb des Schullandheimes von jährlich € 200.000 herbeizurechnen", so Gehringer. „Eine schriftliche Aussage des zuständigen Kreisbauamtes Nordfriesland lag bei der Sitzung des Hauptausschusses jedenfalls noch nicht vor. Und von der Verwaltung war auch keine Aussage zu erhalten, wie dringend die Durchführung dieser Brandschutzmaßnahmen ist."

Umso erstaunlicher war dann aber, so die SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde, eine weitere

Information des Landrates. Danach beabsichtigt die Stadt Wyk offenbar, einen Bebauungsplan und eventuell eine Veränderungssperre für das Grundstück des Schullandheimes aufzustellen. Damit soll die weitere Nutzung nur als Schullandheim oder in vergleichbarer Art zugelassen werden. Ein Verkauf als Hotelgrundstück wäre dann nicht mehr möglich. Der Landrat sprach in diesem Zusammenhang sogar von einem eventuell notwendigen Verwaltungsrechtsstreit gegen eine solche Festlegung im Bebauungsplan der Stadt Wyk. Dies unterschlägt der Hauptausschussvorsitzende in der LZ vom 10.09.2004 völlig, aus welchem Grund auch immer.

Ein kurzfristiger Verkauf ist danach aus Sicht der SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde nicht möglich. Selbst der Landrat geht davon offenbar aus, zumindest für das Jahr 2005. Eine entsprechende Einnahmeposition ist wohlweislich im Haushaltsentwurf der Verwaltung für 2005 nicht enthalten. Und woher nimmt die CDU in der LZ vom 10.11.2004 plötzlich die beiden neuen Kaufinteressenten? Der Landrat hat davon jedenfalls in der Sitzung des Hauptausschusses nichts berichtet.

Dies scheint der SPD-Kreistagsfraktion doch alles sehr fragwürdig. „Uns drängt sich der Eindruck auf, dass hier zu Lasten der Kinder des Kreises eine funktionierende Einrichtung einfach plattgemacht werden soll, ohne dass eine reale Verkaufsmöglichkeit besteht“, so der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Gerhard Gehringer. „Unsere Zweifel hinsichtlich der Nutzbarkeit des Grundstücks für ein Hotel scheinen sich jedenfalls immer mehr zu bestätigen. Wir werden im Kreistag beantragen, die notwendigen Brandschutzmaßnahmen durchzuführen, um einen Weiterbetrieb mit dem Deutschen Jugendherbergswerk möglich zu machen. Dafür können u. a. die im Haushalt veranschlagten und nicht benötigten Maklergebühren verwendet werden.“

Gerhard Gehringer
(stv. Fraktionsvorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion)

Keine Kommentare

Lothar Hay, MdL - *veröffentlicht am 11.11.2004, 13:19 Uhr - 2660 Clicks - Nr. 585*

Entscheidung über die Bundeswehrstandorte + Reduzierung der Bundeswehr

Kiel 11.11.04 Landtag
Lothar Hay

Gemeinsam mit den Betroffenen neue Ansätze entwickeln
Vielen Dank an die Landesregierung für ihren Bericht. Das Fazit bleibt nach vielen Gesprächen und Initiativen
sowohl von der Landesregierung, als auch von Seiten der SPDFraktion
in Richtung Berlin ausgesprochen unerfreulich. Es ist sehr bedauerlich, dass
regionalwirtschaftliche Gründe bei den Überlegungen nicht angemessen berücksichtigt
wurden. Schleswig-Holstein ist mit dieser Entscheidung des Bundesverteidigungsministers
als starkes Stationierungsland – wie in der Vergangenheit auch –besonders betroffen.
Ich erinnere daran, dass der damalige Verteidigungsminister Stoltenberg 1991 200
Standorte schließen ließ und 11.000 Soldaten aus Schleswig-Holstein abgezogen wurden.
1995 hat sein Nachfolger Rühe weitere ca. 6.900 Dienstposten bei der Bundeswehr

in Schleswig-Holstein abgebaut.
Jetzt geht es um den Verlust von 8.605 Dienstposten. Dies werden einige der stark betroffenen Regionen nur schwer verkraften können. Ich erkläre hier für die SPDLandtagsfraktion:
Wir werden diese Gemeinden nach Kräften unterstützen! Diejenigen Gemeinden, um die es in besonderer Weise geht, sind: Kappeln, Rendsburg, Kellinghusen, Bad Segeberg, Breitenburg und Albersdorf. Ebenfalls in erheblichem Umfang be-
- 2 -
troffen sind: Eckernförde, Husum, Heide und Oldenburg. Richtig ist natürlich, dass besonders kleine Gemeinden auch durch einen vermeintlich geringen Abbau in besonderer Weise betroffen sein können. Hier wären zu nennen: Kropp, Laboe, Enge-Sande und Bargum.
Trotz dieses erheblichen Aderlasses bleibt es dabei, dass Schleswig-Holstein mit 26.000 militärischen und Zivildienstposten eines der wichtigsten Stationierungsländer in Deutschland bleibt. Der Aufwuchs ist dort, wo er erfolgt, sehr zu begrüßen, mildert aber unser Gesamtproblem nur zu einem kleinen Teil.
Den Grundüberlegungen für diese Entscheidung haben wir nicht widersprochen und nicht widersprechen können, da aufgrund der seit nun 15 Jahren veränderten weltpolitischen Lage auch die Rolle der Bundeswehr neu justiert werden musste. Im Grunde nach eine richtige und konsequente Entscheidung. Wir müssen jetzt versuchen, mit den Auswirkungen so konstruktiv und phantasievoll wie möglich umzugehen. Die Landesregierung hat hierzu in den letzten Tagen in verschiedensten Runden erste Schritte eingeleitet.
Der Weg über Konversionsangebote muss der Ausgangspunkt für neue Überlegungen in den betroffenen Standorten sein. Es wird jetzt darauf ankommen, gerade gemeinsam mit den Betroffenen, die die nötigen Ortskenntnisse haben, neue Ansätze zu entwickeln.
Gelingen kann ein Neuanfang an verschiedenen Orten vor allem dann, wenn die Bundesregierung Bereitschaft entwickelt, den Umgang mit den freiwerdenden Immobilien zu verändern. Das Beispiel Eckernförde hat uns gezeigt, wie es nicht sein darf.
Ich begrüße es sehr, dass Verteidigungsminister Peter Struck in der Bundesregierung für diese Position eintritt. Sinnvoll kann nur der von Heide Simonis und auch anderen vorgeschlagene Weg sein, beim Verkauf von Bundeswehrliegenschaften nur einen
- 3 -
symbolischen Kaufpreis verbunden mit einem Besserungsschein vorzusehen. Wir erwarten vom Bundestag, dass die Bundeshaushaltsordnung entsprechend geändert wird.
Die Standorte können dann für mögliche Investoren interessant werden, wenn sich Verkaufsverhandlungen nicht über Jahre hinziehen. Das Projekt Sonwik in Flensburg ist hierfür ein positives Beispiel. Wir werden die Kommunen dabei unterstützen, weitere dieser Beispiele zu schaffen.
Richtig ist, am Anfang muss die Idee stehen, und erst dann wird das Geld gebraucht, und deswegen ist es richtig, dass entschieden wurde, das Landesprogramm zur Förderung der Konversion für die besonders stark betroffenen Kommunen um insgesamt rund 7 Mio. € aufzustocken. Davon werden 5,1 Mio. für die betroffenen Kommunen zur Verstärkung der Fördergebietskulisse bereitgestellt. 1 Mio. € ist den Standorten im Süden des Landes außerhalb dieses Förderbereichs zugeordnet. Hinzu kommen eine Erhöhung der Fördersätze und eine besondere Förderung der notwendigen Gutachten.
Ich möchte hier gleichzeitig meine Erwartung aussprechen, dass auch unser Innenministerium sich in Einzelfällen flexibel zeigt, was die Unterstützung von betroffenen Kommunen angeht.
Mit Blick auf unsere christdemokratischen Freunde hier im Saal darf ich darauf hinweisen, dass der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann keine Finanzhilfen für

Kommunen vorgesehen hat, die vom Abzug der Bundeswehr betroffen sind. Da kann ich auch den betroffenen Kommunen bei uns nur zurufen: „So machen´s die Schwarzen“. Und dass man jedes ernsthafte und auch wichtige Thema der Lächerlichkeit preisgeben kann, beweist der zukünftige finanzpolitische Berater der jetzigen und zukünftigen CDUOpposition, der Bundestagsabgeordnete Dietrich Austermann. Er wirft Verteidigungsmi-
- 4 -
nister Peter Struck vor, einen Rachefeldzug gegen ihn zu führen, wie er „Die Welt“ am Mittwoch letzter Woche wissen ließ.
Gesundes Selbstbewusstsein ist ja eine schöne Sache, aber hat der Herr Austermann hier tatsächlich noch eine Wahrnehmung von der Wirklichkeit? Glaubt Herr Austermann, dass der Bundesverteidigungsminister sich gerade ihn ausgesucht hat, um einen Rachefeldzug zu starten? Ich räume ein, gesundes Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl ist wichtig, aber man muss aufpassen, dass man bei der Einschätzung der eigenen Bedeutung nicht völlig den Boden unter den Füßen verliert.
Meine Damen und Herren, wir werden gemeinsam mit der Landesregierung den Kontakt zu den betroffenen Kommunen halten, in Gesprächen mit ihnen versuchen, neue Konzepte für die Zeit danach zu entwickeln. Auch in diesen Entscheidungen steckt eine Chance. Wir werden sie gemeinsam nutzen und zusammen Konzepte entwickeln, die in den nächsten Jahren Stück für Stück gemeinsam mit der Rot-Grünen Landesregierung umgesetzt werden.

Keine Kommentare

SPD-Wilster - *veröffentlicht am 11.11.2004, 22:40 Uhr - 2068 Clicks - Nr. 586*

Erneut dubiose Vorgänge in Wilsters Rathaus

In den jüngst vorgelegten Haushaltsdaten ist von einer „Begegnungsstätte Wilstermarsch“ die Rede. In einem Bericht der WZ vom 30. Oktober 2004, in dem aus einer CDU-Versammlung berichtet wurde, konnte man lesen: Neues Haus der Vereine. Brüssel überweist Zuschuss.
In einem CDU-Flyer wiederum erfahren wir, dass das „Haus der Vereine“ voraussichtlich schon im Sommer 2005 als hintere Verlängerung der Turnhalle im Bereich der Sportanlagen entstehen werde. Wörtlich heißt es: Für alle einheimischen Vereine wird es also in absehbarer Zeit eine Begegnungsstätte geben! Dieses Projekt wird durch EU-Mittel gefördert, unser CDU-Landtagsabgeordneter Hans-Jörn Arp hat für diese finanzielle Förderung die Vermittlung übernommen.
Da viele über dieses Projekt wenige Kenntnisse haben, gibt es für uns als SPD-Fraktion einen großen Aufklärungsbedarf. Es drängt sich für uns der Eindruck auf, dass dieses bedeutsame Projekt von Stadtverwaltung, Amtsverwaltung und CDU ohne Befassung der städtischen Gremien auf den Weg gebracht werden soll.

Wir stellen daher gemäß § 7 der Geschäftsordnung folgende Fragen an die Verwaltung mit der Bitte, diese schriftlich zu beantworten.

1. Welche Vereine haben bei der Stadt einen Antrag gestellt, eine Begegnungsstätte Wilstermarsch zu errichten oder zu bezuschussen?
2. Welche städtischen Gremien haben sich mit diesem Thema befasst? Falls die Antwort positiv ist, bitten wir um Information darüber, wann die Befassung war.
3. Gibt es eine Beschlussfassung, die Voraussetzung für das Einstellen im Haushalt sein sollte, über dieses Projekt?

4. Gibt es schriftliche Anträge der Stadt oder der Amtsverwaltung auf Bezuschussung dieser Maßnahme mit EU-Mitteln?
5. Ist es zutreffend, dass ein Anspruch auf Förderung aus EU-Mitteln besteht, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind?
6. Gibt es Bezuschussungsanträge für dieses Projekt aus anderen Töpfen wie z.B. Kreisfondsmittel, Sportfördermittel u.a.?
7. Sind alle haushaltsrechtlichen Vorschriften und Voraussetzungen erfüllt, die beim Einstellen dieser Maßnahme in den Vermögenshaushalt erforderlich sind?
8. Ist es richtig, dass sich der Wackener Gastwirt und CDU-Landtagsabgeordnete Hans-Jörn Arp dafür eingesetzt hat, dass in Wilster eine Begegnungsstätte errichtet wird, in dem Vereine solche Begegnungen durchführen können, die sie vorher in bestehenden Gaststätten hatten?
9. Sind die Grundstücksverhältnisse geklärt?
10. Gibt es eine Ermittlung darüber, welche Folgekosten durch diese Einrichtung auf die Stadt zukommen könnten?
11. Unabhängig davon, ob Zuschüsse fließen, wird die Stadt einen erheblichen Eigenanteil durch Kredite finanzieren müssen. Gab es Vorgespräche darüber, ob diese Kredite trotz hoher Verschuldung der Stadt bewilligt werden können?

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 12.11.2004, 09:41 Uhr - 1016 Clicks - Nr. 587*

Stephan Weckwerth in der Sprechstunde der SPD-Fraktion am 18.11.2004

Stephan Weckwerth, bügerliches Mitglied im Ausschuss für Jugend und Soziales und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD in der Segeberger Stadtvertretung, wird in der Sprechstunde der SPD-Fraktion am 18.11.2004 von 16.00 - 17.30 Uhr allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen.

Die Sprechstunde findet, wie immer , im Fraktionszimmer der SPD im Historischen Rathaus statt und Stephan Weckwerth ist dort unter der Telefonnummer 04551-964-348 zu erreichen.
Thema der Sprechstunde wird sein: "Welche Erfahrungen und Erkenntnisse haben die Segeberger Bürger mit einem Bescheid der Arbeitsagentur zu einem Antrag (Hartz IV)".

Stephan Weckwerth möchte diese Erkenntnisse bündeln und dies dann an die Segeberger Mitglied des Landestages, Astrid Höfs, und auch an den Segeberger Bundestagsabgeordneten, Franz Thoennes, weiter geben.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 12.11.2004, 12:54 Uhr - 1591 Clicks - Nr. 588*

SPD-Engelsby: Heiraten zum Wunschtermin

Die Standesbeamtinnen des Flensburger Standesamtes haben sich auf freiwilliger Basis entschlossen, ab sofort Trauungen zu Wunschterminen anzubieten - vorausgesetzt, der Wunschtermin lässt sich mit den privaten Terminen vereinbaren. Sie entsprechen damit dem erkennbaren Interesse von immer mehr Brautpaaren an einem individuellen Hochzeitstermin, beispielsweise in den frühen Abendstunden, am Freitag- oder auch am Samstagnachmittag.

Ein besonders begehrter Termin zum Heiraten wird natürlich der 05.05.05 (Himmelfahrt). An diesem Tag werden daher alle Standesbeamtinnen freiwillig arbeiten und bis zu 15 Paaren die Hochzeit an ihrem Traumdatum ermöglichen. Anmeldungen sind ab Freitag, dem 5. November 2004 möglich. Das Standesamt öffnet um 8 Uhr ...
Maria-Theresia Schlütter, die Leiterin des Standesamtes "Wer zuerst kommt, mahlt zuerst - bei uns haben alle die gleichen Chancen." Ganz wichtig sei allerdings, dann auch wirklich alle notwendigen Unterlagen dabei zu haben. Daher die dringende Bitte der Standesamtsleiterin: "Bitte erkundigen Sie sich vorher bei uns, welche Unterlagen Sie zur Anmeldung der Eheschließung benötigen. Sie erreichen meine Kolleginnen und mich unter der Tel.-Nr. 0461/85-2228, 85-2385 oder 85-2408."

Keine Kommentare

SPD-Rendsburg - *veröffentlicht am 13.11.2004, 12:37 Uhr - 2732 Clicks - Nr. 589*

Günter Neugebauer: Anträge auf Kindergeldzuschlag jetzt stellen

Ab dem 1. Januar 2005 haben gering verdienende Eltern Anspruch auf eine neue gezielte familienpolitische Leistung, teilt der Rendsburger SPD – Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer mit.
„Der Kinderzuschlag von bis zu 140 €uro pro Kind und Monat tritt zeitgleich mit dem neuen Arbeitslosengeld II in Kraft“, so Günter Neugebauer. Er rät deshalb allen gering verdienenden Eltern, jetzt einen Antrag auf den Kinderzuschlag bei der Familienkasse der örtlichen Agentur für Arbeit zu stellen. Die Familienkasse werde dann prüfen, ob ein Anspruch auf Zahlung des Kinderzuschlages besteht.

Anspruchberechtigt seien alle Eltern, die mit ihrem Einkommen zwar ihren eigenen Unterhalt sicher stellen können, nicht aber den Unterhalt für ihre minderjährigen Kinder. Zusammen mit dem Kindergeld in Höhe von monatlich 154 €uro und ggf. Wohngeld decke der Kinderzuschlag den durchschnittlichen Bedarf von Kindern, erläutert der Abgeordnete.

Grundsätzlich gelte, dass Eltern zumindest über so viel eigenes Einkommen verfügen müssen, dass sie für sich selbst nicht auf Fürsorgeleistungen wie Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe bzw. zukünftig Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld angewiesen seien. „Der Kinderzuschlag bietet einen Anreiz zur Erwerbstätigkeit, da das Einkommen der Eltern, das den eigenen Bedarf übersteigt, nur teilweise auf den Kinderzuschlag angerechnet wird“ so Neugebauer. Drei von zehn €uro verblieben bei den Eltern.

Informationen geben die Familienkassen der örtlich zuständigen Agenturen für Arbeit. Antragsformulare und Informationsmaterial sind im Internet unter www.kinderzuschlag.de oder bei den Familienkassen der örtlichen Agenturen erhältlich.

Kommentar von Holger Tiedemann vom 13.04.2005, 09:50 Uhr:
RE:Günter Neugebauer: Anträge auf Kindergeldzuschlag jetzt s
Informationen und Anträge sind gut - meistens brauchen die Leute aber Geld. Hallo Günter - vor ca. 15 Jahren - haben wir uns schon bei einem Treffen im Landeshaus geduzt - hier ein bischen Praxis: Ich war vier Jahre krank und arbeitslos, 2004 Alhi-Empfänger. November 2004 die Möglichkeit, eine funktttionierende Ich-AG auf die Beine zu stellen. 1. Problem: Da ein befreundeter Steuerberater die Firma wechselte, konnte ich die fehlenden Unterlagen erst in der ersten Januarwoche bei der Arbeitsagentur einreichen. 2. Wohngeld beantragt, "wir können den Antrag erst bearbeiten, wenn der

Ich-AG-Bescheid vorliegt." 3. Kinderzuschlag beantragt, !wir können den Antrag erst bearbeiten, wenn der Wohngeld-Bescheid vorliegt." Pause Mitte Februar Besuch bei der Arbeitsagentur, freundlicher Abteilungsleter: "Ich weißauch nicht, warum der Kollege Ihren Antrag nicht bearbeitet." Als ich ihn bat, mich zum Amtsgericht zum Insolvenz-Antrag zu begleiten, fanden sich meine Unterlagen umgehend an, der Antrag wurde innerhalb von 30 Minuten positiv beschieden - ein Mitarbeiter war der Meinung, er müsse die IHK-Unterlagen persönlich nachprüfen, hatte aber vergessen, mich zu informieren. 4. Wohngeldstelle Mitte Februar, "alles prima, dann bekommen Sie Ende März eine Nachzahlung von ca. 1400,- € - nein, zwischendurch können Sie keine Überbrückung aus der Sozialhilfe bekommen, wg. Hartz iV". 5. Familienkasse Ende Februar: "Alles in Ordnung, für Ihre beiden Kinder bekommen sie ca. 200,- € Kinderzuschlag, allerdings müssen Sie noch den Nachweis von 24,- € monatliche Kfz-Versicherung nachreichen, geht auch per Fax." 6. 3.3. Nachweis gefaxt, mit Kindergeld-Nr. und Nachweis. 7. 13.4. - Versuch des Anrufes bei der Familienkasse. Telefonnummer hat sich im Januar geändert, deshalb vorher im Internet unter dasoertliche.de geprüft, dort steht immer noch die falsche Nummer. 8. Falsche Nummer sagt richtige Nummer uns zusätzliche Durchwahl. Die Durchwahl ist die Nummer, die am 3.3. das Fax als Kennung gemeldet hat .... 9. Sechster Versuch: "Wegen des Bearbeitungsstaus ist die Familienkasse nur an bestimmten Tagen erreichbar ..." Fazit: Kannst Du Dir selber denken. 9. Fünf Versuche richtige Nummer besetzt

SPD-Rendsburg - *veröffentlicht am 13.11.2004, 12:47 Uhr - 1724 Clicks - Nr. 590*

Günter Neugebauer und Ulrike Mehl informieren über Hartz IV

Mit den „Gesetzen für soziale Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz I bis IV) hat die Bundesregierung die umfangreichste Reform des Arbeitsmarktes in der Geschichte der Bundesrepublik eingeleitet“ erklärt Günter Neugebauer.
„Wir halten sie deswegen für richtig, weil damit die Weichen gestellt werden für die sozial gerechte Gesellschaft der Zukunft.“

Damit noch mehr Menschen über „Hartz IV“ aufgeklärt sind, wollen Ulrike Mehl, MdB – SPD und der Rendsburger SPD - Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer in der Rendsburger Innenstadt am 20.11.04 zu den „Stolpersteinen“ von Hartz IV informieren und sich den Fragen der Bürgerinnen und Bürger stellen.
Die Aktion findet statt von 10.00 –12.00 Uhr auf dem Altstädter Markt.
Die Bürgerinnen und Bürger sind zu dieser Aktion herzlich eingeladen.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 14.11.2004, 10:56 Uhr - 2691 Clicks - Nr. 591*

Klares Signal für die Sparkasse Kiel!



Rolf Fischer: **Klares Signal für die Sparkasse Kiel!**

Zur aktuellen Debatte über die Privatisierung oder Teilprivatisierung von Sparkassen, die auch die Kieler Sparkasse treffen würde, erklärte Kreischef Rolf Fischer für die Kieler SPD:

"Wir brauchen auch in Kiel weiterhin eine eigen- und selbständige Kieler Sparkasse. Auch und gerade in der Landeshauptstadt, die auf einen starken

Mittelstand angewiesen ist, würde eine Beteiligung privater Investoren zu Wettbewerbsverzerrungen führen und Gebührenerhöhungen nach sich ziehen.
Eine aktuelle Umfrage des Sparkassen- und Giroverbandes bestätigt auch die Ängste der kleineren und mittleren Unternehmen, dass die kreditwirtschaftliche Versorgung durch eine solche Strukturveränderung eingeschränkt werden könnte. Diese Unternehmen bilden aber das Rückgrad der Kieler Wirtschaft.

Wir sagen: So richtig ist war, dass die Pläne privater Großbanken Sparkassen zu kaufen zum Jahresbeginn gescheitert sind, so wichtig ist es jetzt klar Stellung zu beziehen: Die Kieler SPD lehnt eine Privatisierung oder Teilprivatisierung der Sparkassen ab. Kiel braucht auch weiterhin "seine" Sparkasse.

Die Kieler Oberbürgermeisterin ist als stellv. Landesvorsitzende in einer schwierigen Position: Sie steht für ein Parteiprogramm, in dem sich die Sparkassen für Private öffnen dürfen; gleichzeitig trägt sie vielfältige Verantwortung für die Sparkasse Kiel und ihre Zukunft. Wir erwarten ein klares politisches Zeichen für den dauerhaften Erhalt der Sparkasse Kiel und damit eine Aussage zur Zukunft der Arbeitsplätze in unserer Stadt."

Kiel, d. 08.11.04

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 14.11.2004, 19:12 Uhr - 4883 Clicks - Nr. 592*

Stellungnahme zum Bericht des Landesrechnungshofes



Die SPD-Kreistagsfraktion fühlt sich in ihrer Kritik bestätigt, die sie in den vergangenen Jahren seit 1997 an der Schuldenmacherei und der Personalwirtschaft übte. Eine echte Strukturveränderung in der Kreisverwaltung hat es in den letzten Jahren nicht gegeben. Vielmehr hat die Verwaltung und die Mehrheit des Kreistages versucht, die seit 1992 ständig zunehmenden Schulden durch kurzfristig wirkende Sparmaßnahmen einzudämmen.
Mehr als 100 Seiten umfasst der Prüfungsbericht des Landesrechnungshofes. Die Prüfung, die sich auf die Jahr 1997 bis 2002 erstreckte, bezog sich in erster Linie auf die Finanzlage, die Haushaltswirtschaft und die Personalwirtschaft des Kreises.

Dabei fasst der Landesrechnungshof zusammen: Selbst im finanzstarken Kreis Segeberg wird es in den kommenden Jahren grössere finanzwirtschaftliche Probleme geben und empfiehlt dem Kreis Segeberg, Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zu ergreifen.

Die SPD-Kreistagsfraktion fühlt sich in ihrer Kritik bestätigt, die sie in den vergangenen Jahren seit 1997 an der Schuldenmacherei und der Personalwirtschaft übte. Eine echte Strukturveränderung in der Kreisverwaltung hat es in den letzten Jahren nicht gegeben. Vielmehr hat die Verwaltung und die Mehrheit des Kreistages versucht, die seit 1992 ständig zunehmenden Schulden durch kurzfristig wirkende Sparmaßnahmen einzudämmen. Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein hat in diesen Jahren nicht einmal versucht, den Kreisen bei den notwendigen Veränderungen zu helfen. Land und Bund haben dagegen dazu beigetragen, die Einnahmen der Kreise und der Kommunen zu senken.

Von 1997 bis zum Jahr 2002 hat es in der Kreisverwaltung mit Ausnahme der Auslagerungen keine

Reduzierung des Personals gegeben. Der Landesrechnungshof hat vielmehr festgestellt, dass es in diesem Zeitraum eine Stellenzunahme von 4,5 gegeben hat.

Die Sünden der vergangenen Jahre mussten uns einholen. Da macht es dann Ende des Jahres 2003 keinen Sinn, dass zwölfte Monatsgehalt nicht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auszuzahlen. Diese Zahlung mußte im Jahre 2004 nachgeholt werden und führte zum dreizehnten Monatsgehalt.

Die SPD-Kreistagsfraktion fordert den Landrat und den Innenminister des Landes Schleswig-Holstein auf, unverzüglich Vorschläge zu machen, in welchen Bereichen die Verwaltungsstrukturen geändert, Aufgaben suboptimal wahrgenommen werden können, um so Verwaltungskosten zu sparen und die Verwaltung mittelfristig zu verschlanken.

Steuergelder müssen wieder für Investitionen bereit gestellt werden.

Keine Kommentare

Helmut Jacobs - *veröffentlicht am 14.11.2004, 21:53 Uhr - 3542 Clicks - Nr. 593*

Spielenachmittag in Neuendorf



Helmut Jacobs, Landtagsabgeordneter aus Steinburg West, war auch in diesem Jahr einer der Teilnehmer des beliebten Spielenachmittages des SPD-Ortsvereins Neuendorf bei Elmshorn.
Der Ortsvorsitzende Johannes Schüder konnte im Gemeindehaus Neuendorf zahlreiche Teilnehmer des Skat- und Kniffelnachmittags begrüßen. Er freute sich, dass Helmut Jacobs wieder dabei war, der jedes Jahr nach Neuendorf zum Skatspielen kommt. Mehrere Stunden wurde gereizt und gewürfelt und es gab Fleisch-, Blumen- oder Sachpreise zu gewinnen.

Keine Kommentare

Astrid Höfs, MdL - *veröffentlicht am 15.11.2004, 07:45 Uhr - 2608 Clicks - Nr. 594*

Astrid Höfs am 16.11.2004 in Trappenkamp im Bürgerhaus

Was bringt uns HARTZ IV?
Informationen zu HARTZ IV in Trappenkamp

HARTZ IV ist das Thema einer Informationsveranstaltung in Trappenkamp am Dienstag, dem 16.11.04. Hier können sich Bürger und Bürgerinnen um 20.00 Uhr im Bürgerhaus informieren.

Über grundlegende Inhalte und Ziele des Komplexes der Arbeitsmarktreform informieren und diskutieren die Landtagsabgeordnete Astrid Höfs aus Wahlstedt, der Vorsitzende der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Neumünster Wolfgang Heyn, Susanne Mentz von der Agentur für Arbeit Bad Segeberg und Doris Baum vom Kreis Segeberg.

Damit stehen den BesucherInnen dieser Veranstaltungen kompetente Fachleute zur Verfügung.

Dabei geht es insbesondere um Fördern und Fordern, Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, sowie gezieltes Fallmanagement.

Mit den Gesetzen für soziale Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (HARTZ I bis HARTZ IV) hat die Bundesregierung die umfangreichste Reform des Arbeitsmarktes in der Geschichte der Bundesrepublik eingeleitet.

Damit werden die Weichen für die sozial gerechte Gesellschaft der Zukunft gestellt.

Diese Veranstaltungen sind Teile einer landesweiten Aktionswoche der SPD-Landtagsfraktion zu HARTZ IV.

Keine Kommentare

Astrid Höfs, MdL - *veröffentlicht am 15.11.2004, 07:48 Uhr - 2544 Clicks - Nr. 595*

Astrid Höfs am 17.11.04 in Itzstedt

Was bringt uns HARTZ IV?

Informationen zu HARTZ IV in Itzstedt

HARTZ IV ist das Thema einer Informationsveranstaltung in Itzstedt.

Am Mittwoch, den 17.11.04 beginnt die Informationsveranstaltung um 19.30 Uhr in Juhls Gasthof in Itzstedt.

Über grundlegende Inhalte und Ziele des Komplexes der Arbeitsmarktreform informieren und diskutieren die Landtagsabgeordnete Astrid Höfs aus Wahlstedt, der Vorsitzende der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Neumünster Wolfgang Heyn, Susanne Mentz von der Agentur für Arbeit Bad Segeberg und Doris Baum vom Kreis Segeberg.

Damit stehen den BesucherInnen dieser Veranstaltungen kompetente Fachleute zur Verfügung.

Dabei geht es insbesondere um Fördern und Fordern, Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, sowie gezieltes Fallmanagement.

Mit den Gesetzen für soziale Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (HARTZ I bis HARTZ IV) hat die Bundesregierung die umfangreichste Reform des Arbeitsmarktes in der Geschichte der Bundesrepublik eingeleitet. Damit werden die Weichen für die sozial gerechte Gesellschaft der Zukunft gestellt.

Diese Veranstaltungen sind Teile einer landesweiten Aktionswoche der SPD-Landtagsfraktion zu HARTZ IV.

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 15.11.2004, 11:18 Uhr - 5416 Clicks - Nr. 596*

Kettensäge oder roter Faden

Zum Abschluss der Serie an Landesparteitagen erklärte der SPD-Landesvorsitzende Claus Möller:

Die SPD ist in der schleswig-holsteinischen Parteienlandschaft hervorragend aufgestellt. In punkto Geschlossenheit und innerparteilicher Mobilisierung hat die SPD auf ihrem Parteitag in Lübeck Maßstäbe gesetzt. Die aktuellen Wahlumfragen spiegeln das Wahlkampfmotto der SPD in Schleswig-Holstein wieder: Die SPD ist stark im Norden.

Die Programme bieten den Wählerinnen und Wählern in Schleswig-Holstein etwa auf dem Gebiet der Bildungspolitik klare Alternativen: Bildungsgerechtigkeit oder Bildungsdarwinismus, bessere Integration mit dem Konzept „Eine Schule für alle“ oder stärkere Selektion durch verschärfte Zugangskontrollen. Auch bei der Reform der Sozialsysteme gibt es klare Alternativen: Sozialumbau oder Sozialabbau; eine Reformpolitik, die mit Bürgerversicherung und einem sozial ausgewogenen Steuermodell auf den roten Faden sozialer Gerechtigkeit setzt oder eine Politik mit der Kettensäge, die wie CDU und FDP die Abschaffung der Mitbestimmung und die Einschränkung des Kündigungsschutzes fordert. Die politische Landkarte in Schleswig-Holstein zeigt: Die Schnittmenge zwischen SPD, Grünen und dem am skandinavischen Modell orientierten SSW ist dabei hoch.

Die Zeit der Papiere ist nun vorbei und die SPD wird jetzt vor Ort, auf der Straße um die Zustimmung der Wählerinnen und Wähler werben. Im Mittelpunkt des heißen Wahlkampfes werden dabei die Kopfe und nicht die Karteikarten stehen. Nach dem Absturz des CDU-Kandidaten und der schleichenden Demontage seines sogenannten Kompetenzteams durch die FDP und die eigene Parteibasis setzen wir ganz auf den Rückenwind durch Heide Simonis.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 15.11.2004, 12:39 Uhr - 584 Clicks - Nr. 597*

Kietzer: Die Hängepartie für Zukunftsinvestitionen geht weiter!

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt:
"Nach Aussage von Frau Volquartz in den Kieler Nachrichten am 27.10.2004 würde sie sich am 18.11.2004 zur weiteren Entwicklung der Ausbaupläne Flughafen Kiel-Holtenau äußern. Die SPD-Fraktion hat ja gelernt, sich in Bezug auf Festlegungen durch Frau Volquartz in Geduld zu üben.
Heute erhalten wir die Unterlagen zur Ratssitzung am 18. November 2004 und noch immer gibt es keine Beschlussvorlage zum Flughafenausbau.
Frau Volquartz hat unbestritten keine eigene Meinung zum Ausbau des Flughafens. Dass die Verwaltung schon lange eine sorgfältig vorbereitete Beschlussvorlage erarbeitet hat, wissen wir. Dass ein großer Konflikt zwischen CDU und Grünen zum Thema Ausbau Flughafen vorhanden ist, weiß in Kiel inzwischen jeder.
Diese Situation ist für Kiel verheerend. Uneinigkeit zwischen den Koalitionspartnern bei wichtigen Investitionsvorhaben ist lähmend. Dazu kommt eine Oberbürgermeisterin, die sich als

Verwaltungsspitze nicht traut, die Beschlussvorlage zur Einleitung der Phase II des Vorbereitungsverfahrens zum Ausbau vorzulegen.
Die Landesregierung wartet auf die Entscheidung der Stadt.
Die Zeit drängt!!"

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 15.11.2004, 12:40 Uhr - 730 Clicks - Nr. 598*

Vogelsang: "Großangriff" von Schwarz-Grün auf die Kieler Jugend!



Der schul- und sportpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Bernd Vogelsang erklärt:
"Die SPD-Fraktion wird die Belange der Kieler Jugend gegen den "Großangriff" von CDU und Grünen verteidigen.
Die beiden Mehrheitsfraktionen werden morgen im Ausschuss für Schule und Sport Hallengebühren von Sportvereinen und Eintrittsgelder und Nutzungsentgelte für Schwimmbäder drastisch erhöhen. Zu dieser schwarz-grünen Kampagne gegen Kiels Kinder gehört auch die stur betriebene Zerschlagung der Kieler Stadtteilbüchereien.
Die Kieler SPD unterstützt die Schwimmsportvereine in ihrem Widerstand gegen die neuen Nutzungsentgelte mit Erhöhungen bis 300% und teilt deren Kritik, dass sie nur zufällig von der Beratung im Sportausschuss erfuhren.
Bei den neuen Eintrittsgeldern für die Schwimmbäder sollen wieder Kinder und Jugendliche Opfer schwarz-grüner Haushaltsattacken werden, deshalb wird die SPD-Fraktion im Sportausschuss gegen 20 % Preissteigerung bei Kindern, Schüler/innen unter 18 Jahren und 160 % Preissteigerung bei Schüler/innen und Studenten/innen über 18 Jahren, bei Wehrpflichtigen, Zivildienstleistenden und Schwerbehinderten stimmen. 4 % Erhöhung bei den Einzelkarten für Erwachsen halten wir für vertretbar."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 15.11.2004, 12:44 Uhr - 611 Clicks - Nr. 599*

SPD im Ortbeirat ausgegrenzt? Ausgewogenheit in den Ortsbeiräten Pflicht!



Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer und der örtliche Ratsherr für den Ortsbeirat Meimersdorf/Moorsee Bernd Heinemann erklären zu der Einladung des Ortsbeiratsvorsitzenden für den 17. November 2004:
"Die Ortsbeiräte dürfen nicht Sprachrohr von CDU- und Grünen-Ratsfraktion werden.
Deshalb haben wir mit Schreiben gleichen Datums den Vorsitzenden des Ortsbeirats Meimersdorf/Moorsee, Herrn Klaus Horn, aufgefordert, auch einen Vertreter der SPD-Fraktion zur Ortsbeiratssitzung einzuladen, damit alle Positionen der Ratsversammlung zu der Gebührenordnung der Schwimmhallen und Sommerbäder und zur Benutzungs- und Entgeltsordnung

der Landeshauptstadt Kiel für die Überlassung von Schul- und Sporträumen den Ortsbeiratsmitgliedern zur Kenntnis gebracht werden."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 15.11.2004, 12:46 Uhr - 663 Clicks - Nr. 600*

Einwohnerversammlung ist Teil der Meinungsfindung, keine Showveranstaltung



Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion Alexander Möller, der auch Mitglied der Lenkungsgruppe Flughafen ist, teilt zu den jüngsten Diskussionen um den möglichen Ausbau des Flughafens Holtenau mit:

"Die SPD-Fraktion fordert die Einberufung der Einwohnerversammlung zum Flughafen im Dezember.
Auf dieser Veranstaltung sollen, wie vom Rat beschlossen, die Ergebnisse der umfangreichen Prüfungen zu einem möglichen Ausbau präsentiert und mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert werden.
Es ist der politische Wille der Ratsversammlung die Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig an der Entscheidungsfindung zu beteiligen. Deshalb darf die Einwohnerversammlung nicht am Ende des Meinungsfindungsprozesses der Stadt einberufen werden. Denn dann ist sie eine reine Showveranstaltung. Alle Zahlen liegen jetzt vor, es gibt keine offenen Fragen mehr. Die Menschen müssen deshalb über die Fakten informiert werden."
Die Einwohnerversammlung solle nach dem Beschluss des Rates zentral und nicht in Holtenau stattfinden. Schließlich seien alle Kielerinnen und Kieler betroffen, so der Fraktionsvize.
Möller sagte weiter: "Frau Volquartz und die Grünen wollen keine Entscheidung über den Einstieg in die sog. Phase 2. Sie fürchten die Landtagswahl. Die notwendige Diskussion in der Stadt über einen möglichen Ausbau können Frau Volquartz und Herr Oschmann aber nicht von Wahlterminen abhängig machen. Auch hier ist deshalb eine Koalition der Vernunft notwendig."
Der Fraktionsvize abschließend: "Frau Volquartz hat das weitere Verfahren mit unserem Partner, dem Land Schleswig-Holstein, abzustimmen. Dies ist bis heute nicht geschehen. Ich habe deshalb Stadtrat Albig als Vorsitzenden der Lenkungsgruppe gebeten, schnellstmöglich eine Sitzung einzuberufen."

Keine Kommentare

SPD-Wilster - *veröffentlicht am 15.11.2004, 15:49 Uhr - 2202 Clicks - Nr. 601*

Helmut Jacobs (MdL) beim politischen Frühschoppen in Wilster



Auf dem jüngsten politischen Frühschoppen des SPD-Ortsvereins Wilster in der „Neuen Börse“ konnte die stellvertretende Ortsvorsitzende Kirsten Hillebrecht-Kahl zahlreiche Anwesende begrüßen. Der Landtagsabgeordnete Helmut Jacobs stellte die Finanz- und Bildungspolitik des Landes in den Mittelpunkt seines Berichtes.
Wegen der schlechten Konjunkturlage und der hohen Arbeitslosigkeit sei es immer schwieriger, Haushalte aufzustellen. Für die Jahre 2004 und 2005 habe die rot-grüne Koalition einen Doppelhaushalt verabschiedet, der nur durch Kürzung von Förderprogrammen, Sparmaßnahmen im Verwaltungsbereich, Kürzungen von Sonderzuwendungen für Beamte und durch Abgabenerhöhungen auszugleichen war. Man habe aber auch, um die Konjunktur anzukurbeln, 100 Mio. Euro veranschlagt für Zukunftsinvestitionen. Der Schwerpunkt sei – wie in den letzten Jahren auch – im Bereich der inneren Sicherheit und Bildung. Die Polizeistruktur werde so neu geordnet und organisiert, dass mehr Polizisten auf der Straße eingesetzt werden können. Während in allen Ministerien Kürzungen erfolgt seien, sei der Bildungshaushalt stets aufgestockt worden. Man habe in beiden Haushalten die Lehrerstellen um jeweils 200 erhöht. Außerdem seien die Mittel gegen den Unterrichtsausfall vervielfacht worden. Überall im Lande werde die verlässliche Grundschule eingeführt. Das absolute Erfolgsmodell sei die Gründung von offenen Ganztagsschulen.
Jacobs sagte: „Ohne gute Bildung unserer Kinder haben wir keine Zukunft“.
Die Opposition im Lande habe bisher keine Alternativen geboten. Unpopuläre Maßnahmen und Sparvorschläge der Koalition habe sie stets abgelehnt. Dieses sei geschehen, obwohl in CDU-regierten Ländern ähnlich und noch drastischer verfahren worden sei.
Inzwischen hätten die Menschen begriffen, dass viele ungeliebte Reformen auch von der CDU mitbeschlossen worden seien. Bei den Hartz-IV-Gesetzen habe die CDU beispielsweise im Vermittlungsausschuss schärfere Regelungen bei der Zumutbarkeit von Arbeitsstellen durchgesetzt. Außerdem fordere die CDU auf allen Ebenen den Abbau von Arbeitnehmerrechten, welche in vielen Jahrzehnten von den Gewerkschaften erkämpft worden seien. Jacobs ging auch auf die Diskussion über die Verabschiedung kommunaler Haushalte ein. Durch die Hartz-Gesetze werden Mittel eingespart, die das Land an die Kommunen weiterleiten werde. Bisher seien die Gemeinden bei der Sozialhilfe mit 30 % beteiligt gewesen. Weil Sozialhilfeempfänger überwiegend in Städten und größeren Orten leben, seien diese stärker betroffen gewesen als kleine Gemeinden. Dieses sei ungerecht. Wenn sich die Kreise jetzt ihre Sozialhilfemehrkosten von den Kommunen über eine höhere Kreisumlage wiederholen würden, wären alle Gemeinden gleichermaßen betroffen.
Jacobs ging auch auf die Stimmungslage seiner Partei ein. Nach vielen verlorenen Wahlen lege die

SPD jetzt in der Wählergunst wieder zu. Man gehe mit großer Geschlossenheit in den Landtagswahlkampf und habe mit Heide Simonis eine Ministerpräsidentin, der niemand das Wasser reichen könne. Seinen Ausführungen schloss sich eine rege Diskussion an.

Keine Kommentare

Andreas Beran - *veröffentlicht am 15.11.2004, 20:05 Uhr - 2512 Clicks - Nr. 602*

Bürgerpreis 2004

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

gemeinsam mit dem Sparkassen- und Giroverband verleiht der schleswig - holsteinische Landtag zum ersten Mal in seiner Geschichte einen Bürgerpreis.

Unter dem Motto:

Alt und Jung gemeinsam sollen drei besonders hervorragende Initiativen zu diesem Thema durch Geldpreise geehrt werden. Dieser Bürgerpreis, der auf eine Initiative von mir zurückzuführen ist, soll die vorbildlichen Taten von Menschen in unserem Lande belohnen, die sich für andere Menschen einsetzen und nicht nur darüber reden.

Die Veranstaltung, die am kommenden Freitag, 19.11.2004 stattfindet, soll den Initiativen auch die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch bieten.

Eins sei schon jetzt verraten:

eine nominierte Initiative kommt auch aus meinem Wahlkreis.

Andreas Beran, MdL

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 15.11.2004, 20:48 Uhr - 1429 Clicks - Nr. 603*

Rede des Fraktionsvorsitzenden zur Südermarktpassage

zum Satzungsbeschluss über die Änderung des Bebauungsplans am 4.11.2004 in der Ratsversammlung.

Herr Stadtpräsident,
sehr geehrte Damen und Herren,

immer wieder hören wir:
Die öffentliche Hand ist zu schwerfällig, zu bürokratisch, Verwaltung und Politik tun nicht genug um Investitions- Projekte zum Erfolg zu führen.

Von der unseligen Geheimniskrämerei mal abgesehen, hat die Stadt FL bisher mehr als nur einen Purzelbaum geschlagen, um das Projekt der SMP zu realisieren.

Die heutigen Vorlagen zeigen erneut die Bereitschaft der Mehrheit der Ratsversammlung alles zu tun, um den privaten Investoren in den Sattel zu helfen.

Wir machen die SMP nicht, um jemanden zu schaden, sondern sie dient dem Ziel, die Innenstadt zu beleben und städtebaulich aufzuwerten.

Das einige Einwohner das anders sehen und sich Sorgen um die Kaufkraft machen,
dass man die Bücherei am heutigen Standort erhalten will, dass meine D+H sind ehrenwerte Ziele, die im offen Meinungsaustausch ausgetragen zum Nachdenken anregen und zu demokratischen Entscheidungen hier im Rat führen.

Aber was machen hier einige sog. Kaufleute, die „koof michs“ wie Knut Franck hier mal gesagt hat, die sich Unternehmer nennen, weil sie doch eigentlich etwas unternehmen sollten.

Sie schließen ihre Läden, weil es Umsatzeinbußen aufgrund einer Passage gegeben haben soll, die noch gar nicht existiert. Sie versuchen ihre - teilweise durch Unfähigkeit zu Grunde gerichteten Geschäfte – auf Kosten des Steuerzahlers zu sanieren und schaden damit aktiv dem Gemeinwohl.

Ein überzeugendes Beispiel für schamlose Unverantwortlichkeit hat der Geschäftsführer der Holmpassage in den letzten Wochen abgeliefert.

Da erdreistet sich doch ein Jörg Barth der Stadt Vorhaltungen zu machen, sie behindere durch den geplanten Bau der Brücke zwischen SMP und Holmpassage eine Belebung der Innenstadt.
Und da sitz dieser Mann und erdreistet sich anzudrohen, die Verbindungstüren in das Parkhaus zu schließen und die einkaufenden Menschen durch Umwege und schlechte Verbindungen schikanieren zu wollen (nachzulesen im Flensburger Tageblatt).

Das alles macht man nach meiner Kenntnis nicht, um Nachteile für die eigenen Einzelhandelsaktivitäten zu verhindern,
das macht man nicht, um Schaden von der Innenstadt abzuhalten.

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern und sie alle, meine D+H, wissen es:
das macht man, weil man glaubt, so auf die Investoren der SMP Druck ausüben zu können um denen die Holmpassage um den Hals binden zu können.
Mehrere Mio. Euro sollen die Eigentümer der Holmpassage gefordert haben, um ein unliebsames Anwesen loszuwerden.
Konfrontation anstatt Kooperation, Gegeneinander der Innenstadtkaufleute anstatt miteinander. Nur um ein noch größeres Stück von der vermeintlichen Sahnetorte abzubekommen.

Aber meine Damen und Herren hier wird die Schmerzgrenze überschritten.

Wenn die Passage scheitert, weil die Investoren nicht in die Puschen kommen, die Kohle nicht zusammen kriegen, oder keine Mieter finden, ist das eine Sache.

Wenn hier aber einige Geschäftsleute oder Eigentümer glauben, der Stadt Schaden zufügen zu können, nur um ihre Raffgier zu befriedigen – und das gilt ja auch für einige Grundstückeigentümer in dieser Ecke - dann muss das Allgemeinwohl zurückschlagen.

Die SPD Fraktion wird die Verwaltung zur Prüfung auffordern, ob die bereits geflossenen öffentlichen Gelder von weit über 1,1 Mio Euro zum Bau der Holmpassage 2 zurückgefordert werden müssen.

Sie waren zur Schaffung von innenstadtnahen Parkplätzen gewährt worden und nicht – wie Herr Barth irrtümlich annimmt- zur Absicherung seines persönlichen Pokerspiels.

Wir werden die Verwaltung auffordern, noch offene Zahlungen aus dieser Bezuschussung (es soll sich dabei um rd. 500.000 Euro handeln) nicht mehr auszuzahlen. Hier können wir es notfalls ja auch mal auf eine Klage ankommen lassen.

Wir werden die Verwaltung auffordern zu prüfen, ob Fördergelder zum Umbau der Nikolaistr. zurückgefordert werden können, wenn Herr Barth glaubt, Verkehrsströme eigenständig umlenken zu können.
Wir werden prüfen lassen, ob die Zufahrt zum Parkhaus Holmpassage über den Reismühlenhof geschlossen werden kann, um die Verkehrssituation an dieser Stelle zu entschärfen,
und wir werden prüfen lassen, ob eine zusätzliche Schaffung von Parkraum über die Angelburger Str. z.B. in Kooperation mit C&A eine Alternative darstellen kann.

Wer glaubt, meine Damen und Herren, das Gemeinwohl erpressen zu können, der muss die ganze Schärfe der staatlichen Macht zu spüren bekommen.
Gemeinwohl geht vor Eigennutz!

Aber meine Damen und Herren eine der Voraussetzungen für diese Konfrontationsbereitschaft ist, dass die Investoren der SMP endlich loslegen.

Denn auch in diese Richtung sei heute gesagt:
Die SMP wird keinen Planungsmarathon wie die Osttangente bekommen.
Wir erwarten unverzüglich Entscheidungen und seien sie ggf. auch negativ, wenn man das Projekt doch nicht wuppen kann.
Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.

Es kann und darf keine endlose Hängepartie geben.

Die SPD- Fraktion wird den heutigen Ratsvorlagen 82/ und 87/04 noch einmal folgen, um dazu beizutragen, dass das Projekt SMP reanimiert werden kann.

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 16.11.2004, 09:55 Uhr - 5729 Clicks - Nr. 604*

Sozial unausgewogen und finanziell unseriös

Zum heute vorgestellten Gesundheitskonzept der Union erklärte SPD-Landesvorsitzender Claus Möller:

Die Union läuft mit ihrem Pauschalenmodell mit dem Kopf gegen die Wand. Die Union gibt auf einem Kernfeld der Sozialversicherung den Grundsatz der Solidarität preis. Das Konzept ist sozial unausgewogen und finanziell unseriös. Nicht nur der Kompromiss, sondern das Konzept selbst ist faul.

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 16.11.2004, 23:47 Uhr - 2219 Clicks - Nr. 605*

Schreiner fordert eine sachliche Diskussion über die Arbeitszeit

Der AfA-Bundesvorsitzende Ottmar Schreiner setzt sich für eine faire Diskussion über die Arbeitszeit ein
Schreiner fordert eine sachliche Diskussion über die Arbeitszeit

Zur aktuellen Diskussion über die Arbeitszeiten in Deutschland erklärt der Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA), Ottmar Schreiner, MdB:

Die Forderungen nach einer Rückkehr zur allgemeinen 40-Stundenwoche sind ökonomischer Unsinn und gehen an der Realität vorbei. Das Aufwärmen alter Rezepte bringt uns nicht weiter.

Union, FDP und Arbeitgeberfunktionäre sollten endlich die Fakten zur Kenntnis nehmen. Die tatsächlichen Arbeitszeiten liegen deutlich über den tariflichen Wochenarbeitszeiten und sind differenziert nach Branche und Qualifikationsniveau der Beschäftigten unterschiedlich. Wir erleben eine zunehmende Flexibilisierung der Arbeitszeiten. 76 Prozent der Beschäftigten in großen Betrieben mit mehr als 500 Arbeitnehmern arbeiten mit Arbeitszeitkonten. Eine große Zahl von Tarifverträgen bietet ein hohes Maß an Flexibilität, die häufig überhaupt nicht genutzt wird.

Das eigentliche Ziel der Arbeitgeberfunktionäre ist die Senkung der Löhne. Der wachsende Druck auf die Löhne führt aber zu einer weiteren Schwächung der Binnennachfrage und zu sinkenden Beitragseinnahmen der sozialen Sicherungssysteme, die irgendwann nur noch durch steigende Beiträge ausgeglichen werden können. Wenn dieser Teufelskreis nicht durchbrochen wird, erreichen wir niemals ein beschäftigungsrelevantes Wirtschaftswachstum.

Die zukunftsorientierte Arbeitszeitdiskussion muss sich um andere Fragen kümmern. Wir brauchen eine familiengerechte Arbeitszeitgestaltung, die eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet. Wir brauchen eine altersgerechte Arbeitszeitgestaltung, die dazu beiträgt, dass wieder mehr Beschäftigte bis zum gesetzlichen Rentenalter arbeiten.

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 17.11.2004, 19:45 Uhr - 4913 Clicks - Nr. 606*

SPD:"Mehr Geld für die beruflichen Schulen und Fachgymnasien im Kreis Segeberg"



Die Kosten der Lehr- und Lernmittelausstattung der beruflichen Schulen, Fachgymnasien, Sonderschulen und des Jürgen-Fuhlendorf-Gymnasiums in Bad Bramstedt für 2005 und die Folgejahre beriet der Fachausschuß auf seiner Sitzung am 3. November beraten.
Für das Jahr 2004 hatte die CDU-Mehrheit erhebliche Kürzungen der Lehr- und Unterrichtsmittel sowie der sonstigen Sachmittel gegen den Widerstand der SPD-Fraktion durchgesetzt. In den letzten fünf Jahren hat damit der Kreis Segeberg seine Schulen im Vergleich zu anderen Kreisen in Schleswig-Holstein ganz erheblich unter dem Durchschnitt

mit finanziellen Mitteln ausgestattet Dies verdeutlichen folgende Zahlen:
Die Lehr- und Lernmittelausstattung an kreiseigenen Gymnasien beträgt im Landesdurchschnitt (Mittelwert aus 8 Landkreisen, ohne den Kreis Segeberg, dieser hatte sich an der Umfrage nicht beteiligt) je Schüler/in 67,75 EURO, im Kreis Segeberg jedoch nur 35,84 EURO.
Bei den Beruflichen Schulen (Teilzeitbereich) beträgt der vorgenannte Mittelwert 42,95 EURO, an der beruflichen Schule in Bad Segeberg jedoch nur 31,36 EURO je Schüler/in.
Ähnlich verhält es sich mit den weitern Schulen des Kreises.

Jetzt liegt ein neuer Vorschlag auf dem Tisch, der zu einer wesentliche Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Schulen des Kreises führen wird. Dass eine deutliche Verbesserung dringend erforderlich ist, war einhellige Meinung unter den Ausschussmitgliedern. Insofern konnten SPD und Grüne darauf verweisen, dass sie bereits im Jahre 2003 die Kürzungen der CDU bei der Mittelbereitstellung für die Schulen nicht mitgetragen hatten.

Der neue Vorschlag sieht jetzt vor, die Lehr- und Unterrichtsmittelausstattung sowie die Ausstattung mit sonstigen Sachmitteln an die vom Land festgesetzten Schulkostenbeiträge zu koppeln. Um den Kreis bei der bekanntermaßen schwierige Haushaltslage zu überfordern, schlägt der Fachausschuß für 2005 zunächst 90 % der vorgesehenen Sätze vor mit der Maßgabe, diesen Prozentsatz jährlich zu (Zielvorgabe 100 %) überprüfen. Dadurch , so Eckhart Urban, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion soll für die Schulen eine verlässliche Finanzausstattung, die nicht mehr von den Zufälligkeiten der Haushaltssituation des Kreises abhängt, sichergestellt werden.

Für das Jürgen-Fuhlendorf-Gymnasium in Bad Bramstedt bedeutet es z. B., dass ab 2005 je Schüler/in 51,09 EURO für Lehr- und Unterrichtsmittel (also 42 % mehr als 2004) und für sonstige Sachmittel zusätzlich 34,13 EURO je Schüler zur Verfügung gestellt werden. Für die beruflichen Schule im Teilzeitbereich beträgt der künftige Ansatz je Schüler/in 42,83 EURO (plus 36,5 %) für Lehr- und Lernmittel, für sonstige Sachmittel zusätzlich 51,41 EURO.

Die Mehrausgaben für 2005 betragen nach diesen Ansätzen für den Kreis insgesamt ca. 150.000 EURO. Der Kreistag muß allerdings noch zustimmen. Die SPD-Kreistagsfraktionwird diesen Vorschlag mittragen.

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 18.11.2004, 09:27 Uhr - 1220 Clicks - Nr. 607*

Astrid Höfs auf dem Marktplatz in Bad Segeberg am 20.11.04

SPD-Landtagskandidatin Astrid Höfs will die Aufmerksamkeit der Segeberger Bürger durch „Stolpersteine“ auf die Änderungen der Sozialpolitik lenken !

Zusammen mit ihrem Wahlkampfteam sowie den Mitgliedern des Ortsvereines der SPD Bad Segeberg wird Astrid Höfs, Mitglied des Landtages Schleswig-Holstein, und Kandidatin der SPD für den Wahlkreis Segeberg-Ost am Samstag, den 20.11.2004 von 10.00 – 12.00 Uhr den Bad Segeberger Bürgern „Stolpersteine“ in den Weg legen.

Diese Stolpersteine sind Umzugskartons die großformatig beklebt sind mit Fragen, die sich aus der Hartz IV-Reform ergeben, wie „ was bringt mir das Job-Center“ oder „Ist mein Sparbuch in Gefahr ? „

Astrid Höfs wird gerne allen Bürgerinnen und Bürgern für Antworten zur Verfügung und gibt entsprechendes Informationsmaterial weiter. Bei konkreten Problemen (zur Antragstellung oder auch zu einem schon erhaltenen Bescheid) wird sie gerne den Kontakt zu den Mitarbeitern des Leistungszentrums Bad Segeberg, welches aus Mitarbeitern des Kreises, der Sozialämter und der Arbeitsagentur gebildet wurde, herstellen, um allen Bürgerinnen und Bürgern so gut wie möglich zu helfen.

Keine Kommentare

Dr. Gitta Trauernicht, MdL - *veröffentlicht am 18.11.2004, 10:36 Uhr - 2127 Clicks - Nr. 608*

Gitta Trauernicht besucht Pellworm

Am 15. November 2004 besuchte die schleswig-holsteinische Sozialministerin Gitta Trauernicht die Insel Pellworm.
Frau Trauernicht, Landtagskandidatin des Wahlkreises 2 Husum-Land, besuchte Einrichtungen der Insel (DRK-Alten- und Pflegeheim, Kindertagesstätte und Schule) und informierte sich in einer öffentlichen Gesprächsrunde über die Probleme der insularen Lebenswelt.

Keine Kommentare

Lothar Hay, MdL - *veröffentlicht am 18.11.2004, 13:17 Uhr - 2162 Clicks - Nr. 609*

Vorsicht, politischer Geisterfahrer auf der A 20!

Kiel, den 17.11.2004, SIB Ne. 212/2004
Lothar Hay:

Dem CDU-Kandidaten ist offenbar jedes Gerücht recht, um Mitgliedern der Landesregierung ans Bein zu pinkeln. Jüngstes Beispiel:

„Wir haben in Erfahrung gebracht, dass das Teilstück (der
A 20 zwischen Lübeck-Genin und Schönberg in Mecklenburg) schon jetzt jederzeit für den Verkehr freigege-
ben werden kann“, behauptete Peter Harry Carstensen,
CDU-Kandidat, auf der Titelseite der Lübecker Nachrichten. Er unterstellte der Landesregierung, sie würde die Freigabe
der A 20 hinauszögern, um mit der Eröffnung kurrz vor der
Landtagswahl punkten zu können.
Richtig ist, was auch die Recherchen der Lübecker Nachrichten belegen: Noch wird mit Hochdruck daran gear-
beitet, den Termin für die Eröffnung am 14 Dezember überhaupt erreich zu können.
Zurzeit wäre eine Fahrt auf der noch nicht fertigen A 20 lebensgefährlich:
Es fehlen unter anderem noch Fahrbahnmarkierungen, Schilder und sogar Schutzplanken.
Fazit: Carstensen würde mit Sicherheit auch das Land an die Wand fahren. Warnung an alle

Autofahrer:
Politischer Geisterfahrer unterwegs – umfahren Sie die CDU am 20. Februar weiträumig!

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 19.11.2004, 11:27 Uhr - 826 Clicks - Nr. 610*

Maren Marquardt in der Sprechstunde der SPD am 25.11.04

Maren Marquardt, Stadtvertreterin und Vorsitzende des Ausschusses fuer Schule und Kultur, steht am 25.11.2004 allen Bürgerinnen und Bürgern in der Sprechstunde der SPD-Fraktion zur Verfügung.
Die Sprechstunde findet von 16.00 - 17.30 Uhr im Fraktionszimmer der SPD-Fraktion (A0.05) im Rathaus statt.
Maren Marquardt ist dort auch unter 04551-964-348 zu erreichen.
Thema der Sprechstunde wird sein: " Bad Segeberg und seine Partnerstädte - Erfahrungen der Bürger ! "

Maren Marquardt möchte hier gerne die Rückmeldungen der Bürger zu den Kontakten mit den Partnerstädten erhalten, um dies in ein Konzept der SPD zur Kooperation mit den Partnerstädten einfliessen zu lassen.
Kommentar von Peter Cornelius vom 19.11.2004, 16:13 Uhr:
Partnerstädte
Die Überlegung finde ich sehr gut - die Bürger sollten wirklich mehr beteiligt werden bei allen Kontakten mit den Partnerstädten !

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 20.11.2004, 16:28 Uhr - 1618 Clicks - Nr. 611*

SPD-Engelsby: Sender Fuchsberg seit 8. November digital



Der von Telekom und NDR gemeinsam betriebene Sender Fuchsberg wurde am 20. Oktober für das Digitale Fernsehen (DVB-T) umgerüstet.
Damit begann am 8. November in Flensburg das neue Fernseh-zeitalter. Bei entsprechender Ausrüstung ist der Empfang nicht nur in der Wohnung, sondern auch auf dem Campingplatz oder auf dem Boot möglich. Einige Privatsender wie z. B. RTL, Pro 7, Sat 1 ...können allerdings nicht mehr empfangen werden.
Wer sich gegen die neue digitale Sendetechnik entscheidet, kann die öffentlich-rechtlichen Programme nur noch bis März nächsten Jahres analog-terrestisch, allerdings nur auf schwächeren Ersatzkanälen, empfangen.
Digital werden folgende Programme ausgestrahlt:
ARD; ZDF; NDR; WDR; MDR; BR; Phoenix; Arte; 1Extra; Kika, 3Sat und der Dienst Digitext.
Der Sender Fuchsberg stellt sicher, dass die Programme von ARD, ZDF und NDR in Flensburg, Husum und auf der Halbinsel Eiderstedt empfangen werden können.

Auf unserer Homepage haben wir für Sie unter der Rubrik „Bürgerservice” einen Link eingerichtet.

Keine Kommentare

SPD-Glückstadt - *veröffentlicht am 21.11.2004, 12:39 Uhr - 2728 Clicks - Nr. 612*

Informationen zu Hartz IV

Helmut Jacobs informiert - Am 19.11. hat der Ortsverein Glückstadt eine Informationsveranstaltung zu "Hartz IV" durchgeführt.
Als Gäste waren anwesend:
Landtagsabgeordneter Helmut Jacobs,
Michael Nicolaysen, Bundesagentur für Arbeit.
In einer anregenden Diskussion stellten die Referenten die Neuerungen der Hartz-Gesetze dar. Unterstützt durch eine Folienpräsentation wurden die Themen diskutiert. Auf Fragen der anwesenden Bürgerinnen und Bürger wurde ausführlich eingegangen.

Keine Kommentare

SPD-Kremperheide - *veröffentlicht am 21.11.2004, 12:54 Uhr - 2330 Clicks - Nr. 613*

Keine Öffnung des Ostlandrings

Auf der letzten Gemeinderatssitzung wurde mit einer Gegenstimme und vier Enthaltungen für die Baubehaltung der Straßenführung des Ostlansdrings votiert.
Ausschlaggebend war wohl die Unterschriftenaktion der Anwohner. Die WVK hatte Fragebögen verteilt, die von nur 30% der Anwohner beanwortet worden war und deshalb nicht repräsentativ ist.

Keine Kommentare

SPD-Glückstadt - *veröffentlicht am 21.11.2004, 18:13 Uhr - 2430 Clicks - Nr. 614*

SPD Glückstadt neu im CMS

Der Ortsverein Glückstadt ist seit heute aktiv im CMS.
Dies teilte der Vorsitzende Hartmut Sierck mit. Beim letzten Webmaster-Treffen in Itzehoe wurde die Grundlage gelegt. Jetzt sollen die Seiten von Glückstadt aus gepflegt werden.

Keine Kommentare

Andreas Beran - *veröffentlicht am 22.11.2004, 00:34 Uhr - 2492 Clicks - Nr. 615*

Verleihung des Bürgerpreises Schleswig-Holstein – eine Premiere

Verleihung des Bürgerpreises Schleswig-Holstein – eine Premiere
Zwei Projekte aus dem Kreis Segeberg waren nominiert

Am vergangenem Freitag, 19. November 2004, wurde erstmals ein Bürgerpreis für schleswig-holsteinische Projekte und engagierte Bürgerinnen und Bürger verliehen.

Im Rahmen des Tages der Initiativen des Sozialausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages waren Geldpreise in Höhe von insgesamt zehntausend Euro ausgelobt, die vom Sparkassen- und Giroverband zur Verfügung gestellt wurden. Zur Bewerbung aufgerufen waren Initiativen, Projekte und Einzelpersonen, die sich um die Verbesserung des Verhältnisses zwischen der alten und der jungen Generation bemühen.

Der Bürgerpreis soll jährlich im Rahmen der bundesweiten Initiative „für mich, für uns, für alle“ ausgeschrieben werden. Schleswig-Holstein ist das erste Bundesland, in dem eine regionalisierte Ausschreibung gestartet wurde. Mit Erfolg: 57 Bewerbungen hatte die Jury zu sichten, 7 Bewerbungen, davon zwei aus dem Kreis Segeberg, standen in der engeren Wahl für die drei Geldpreise.

Für die Nominierten wurde es am Freitag spannend, denn auch sie hatten erst dann erfahren, wer von ihnen einen Geldpreis erhält. Alle Projekte konnten sich im Rahmen der Veranstaltung präsentieren. Ein Film stellte darüber hinaus ihre Aktivitäten vor.

Die Preise wurden wie folgt vergeben:
Zwei erste Preise im Wert von je 3.500 Euro gingen an NESSIEProjekt Schönberg und AWO Kreisverband Kiel. In beiden Projekten kümmern sich ältere Mitbürgerinnen ehrenamtlich um Nachmittägliche Ergänzungsangebote an Schulen.
Den zweiten Preis in Höhe von 2.000 Euro erhielt das Projekt Integ Segeberg Süd. In diesem Projekt engagieren sich Menschen aus Kaltenkirchen, Henstedt-Ulzburg und Kisdorf um individuelle Förderung und Betreuung im Freizeitbereich für und mit Menschen mit Behinderung aus allen Altersgruppen.
Den dritten Preis erhielt das Projekt Oma Hund & Co. aus Neumünster. Hier betreuen Seniorinnen kleine kranke Kinder in der dortigen Kinderklinik.

Nominiert war aus dem Kreis Segeberg außerdem der Verein für Leibesübungen Hitzhusen von 1926 e.V. Hier ging es um den Bau einer Begegnungsstätte für Jung und Alt des VfL Hitzhusen in Eigenleistung

Der Jury gehörten an: Als Vorsitzender Andreas Beran (Vorsitzender des Sozialausschusses), Prof. Dr. Hans-Werner Prahl (Soziologe, Universitäten Kiel und Flensburg), Kerstin Tewes (NDR), Birgit Wille-Handels (Bürgerbeauftragte), Matthias Küsel (Präsident „Jugend im Landtag“), Hildegard Detlef (Präsidentin Altenparlament).

Der Vorsitzende der Jury, der Landtagsabgeordnete Andreas Beran (Kaltenkirchen), wird am Mittwoch, dem 24. November 2004, um 17.30 Uhr, dem zweiten Preisträger in Kisdorf, Ole School, einen Besuch abstatten.

Keine Kommentare

Afa-Stormarn - *veröffentlicht am 22.11.2004, 10:23 Uhr - 756 Clicks - Nr. 616*

In der Analyse einig

SPD-Politiker im Dialog mit Betriebsräten
„Daraus kann etwas Konstruktives entstehen!“, freute sich Stormarns AfA-Chef Nils Bolwig am Ende der ersten Betriebsrätekonferenz der SPD-Arbeitnehmer.

Seiner Einladung ins Trittauer Rathaus waren am Mittwoch nicht nur die Abgeordneten Thomas Sauer (Bundestag) und Friedrich Carl Wodarz (Landtag) sowie der Vorsitzende der DGB-Region, Uwe Polkaehn, sondern auch eine repräsentative Gruppe von Arbeitnehmervertretern aus dem mittleren Stormarn gefolgt.

„Für uns war von vornherein klar: Die SPD ist so wenig eine Gewerkschaftspartei wie DGB und Betriebs- und Personalräte Filialen der SPD sind“, betonte Bolwig. „Aber für eine fortschrittliche Politik in Wirtschaft und Gesellschaft brauchen wir uns gegenseitig.“ Entsprechend engagiert und zum Teil kontrovers wurden die wichtigen Themen des Abends diskutiert: Die Arbeitsmarktreformen der Bundesregierung etwa, die Möglichkeiten einer stärker nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik oder auch die Vorschläge von Union und Arbeitgebern, die Mitbestimmungsrechte einzuschränken.

„Für mich ist es ganz wichtig, dass wir wieder stärker den Dialog suchen“, betonte der Bundestagsabgeordnete Thomas Sauer, „und ich bin sicher, dass wir trotz kritischer Auseinandersetzungen immer wieder feststellen werden, dass das Gemeinsame das Trennende überwiegt.“ Er stehe auch bei Folgeveranstaltungen gerne wieder Rede und Antwort.

Ein Angebot, dass Initiator Nils Bolwig gerne annahm. „Für unsere nächsten Treffen zeichnen sich bereits spannende Debatten ab“, resümierte der Stormarner AfA-Vorsitzende. „Die Diskussion um einen Mindestlohn und ein gerechtes Steuersystem werden uns mit Sicherheit noch weiter beschäftigen.“

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 22.11.2004, 13:44 Uhr - 2461 Clicks - Nr. 617*

Erfolgreiche Betriebsrätekonferenz

Der AfA-Kreis Stormarn ist sehr zufrieden mit dem Verlauf der 1. Betriebsrätekonferenz
In der Analyse einig
SPD-Politiker im Dialog mit Betriebsräten

„Daraus kann etwas Konstruktives entstehen!“, freute sich Stormarns AfA-Chef Nils Bolwig am Ende der ersten Betriebsrätekonferenz der SPD-Arbeitnehmer. Seiner Einladung ins Trittauer Rathaus waren am Mittwoch nicht nur die Abgeordneten Thomas Sauer (Bundestag) und Friedrich Carl Wodarz (Landtag) sowie der Vorsitzende der DGB-Region, Uwe Polkaehn, sondern auch eine repräsentative Gruppe von Arbeitnehmervertretern aus dem mittleren Stormarn gefolgt.

„Für uns war von vornherein klar: Die SPD ist so wenig eine Gewerkschaftspartei wie DGB und Betriebs- und Personalräte Filialen der SPD sind“, betonte Bolwig. „Aber für eine fortschrittliche Politik in Wirtschaft und Gesellschaft brauchen wir uns gegenseitig.“ Entsprechend engagiert und zum Teil kontrovers wurden die wichtigen Themen des Abends diskutiert: Die Arbeitsmarktreformen der Bundesregierung etwa, die Möglichkeiten einer stärker nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik oder auch die Vorschläge von Union und Arbeitgebern, die Mitbestimmungsrechte einzuschränken.

„Für mich ist es ganz wichtig, dass wir wieder stärker den Dialog suchen“, betonte der Bundestagsabgeordnete Thomas Sauer, „und ich bin sicher, dass wir trotz kritischer Auseinandersetzungen immer wieder feststellen werden, dass das Gemeinsame das Trennende

überwiegt.“ Er stehe auch bei Folgeveranstaltungen gerne wieder Rede und Antwort.

Ein Angebot, dass Initiator Nils Bolwig gerne annahm. „Für unsere nächsten Treffen zeichnen sich bereits spannende Debatten ab“, resümierte der Stormarner AfA-Vorsitzende. „Die Diskussion um einen Mindestlohn und ein gerechtes Steuersystem werden uns mit Sicherheit noch weiter beschäftigen.“
In der Analyse einig

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 22.11.2004, 17:11 Uhr - 1529 Clicks - Nr. 618*

SPD-Kreisvorsitzender Kai List zur Oberbürgermeisterwahl

Am 14. November haben nur 31,1 Prozent der wahlberechtigten Flensburgerinnen und Flensburgern durch ihre Stimmabgabe an der zweiten Direktwahl des Verwaltungsleiters teilgenommen. Diese geringe Wahlbeteiligung ist kein Ruhmesblatt gelebter Demokratie.

Zum Ergebnis der OB-Wahl:
Es ist für die Flensburger SPD sicherlich enttäuschend, dass Helmut Trost nur 40,5 Prozent der Stimmen erringen konnte.
Durch sein tägliches Wirken im Rathaus (nach der Übernahme des Amtes vom verstorbenen OB und der Kurabwesenheit des 2. Bürgermeisters Dr. Rainer Heinz zeitweise gleichzeitig mit den Aufgaben aus drei Ämtern belastet) hat Helmut Trost bewiesen, dass er der richtige Kandidat für das Amt des Flensburger Oberbürgermeisters war. Helmut Trost hat sich auch durch die persönlichen unqualifizierten Angriffe durch die CDU-Vorsitzende, die Attacken von weiteren Mitgliedern des CDU-Wahlteams mit diffamierenden Unterstellungen sowie vielen als Leserbriefe getarnten Empfehlungen zu Gunsten des CDU-Kandidaten von SSW-Ratsmitgliedern nicht provozieren lassen. Hierfür gebührt ihm mehr als Respekt.

Dem mit 59,5 Prozent der Stimmen gewählten CDU-Kandidaten Klaus Tscheuschner gratuliert die Flensburger SPD und wünscht ihm bei seinem Wirken für unsere Stadt eine glückliche Hand. Der SPD-Kreisverband wird seine Arbeit konstruktiv und kritisch begleiten. Einen sozialen Kahlschlag werden wir nicht mitmachen.

Noch ein Wort zur CDU: Die Fraktionsvorsitzende Susanne Herold beklagt sich über ein vergleichendes Flugblatt, in welchem wir die bisherige Politik ihrer Fraktion neben die der SPD gestellt haben. Frau Herold, Politik lebt vom Wettbewerb der Ideen und der Argumente. Wenn Sie Probleme damit haben, sich für Ihre Politik den Wählern gegenüber zu verantworten, zeigt dies ein erschreckendes Demokratieverständnis. Zur Kommunalwahl 2003 haben Sie Werbung mit Postkarten gegen die Bundesregierung gemacht, zur OB-Wahl haben Sie Werbematerial gegen die Rot/Grüne-Bundesregierung verteilt.
Sie verstecken sich hinter der Bundespolitik, um zu verschleiern, dass sie in den vergangenen zwei Jahren als größte Ratsfraktion so gut wie keine eigenen politischen Ideen in die Flensburger-Ratsversammlung eingebracht haben.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 22.11.2004, 19:51 Uhr - 4713 Clicks - Nr. 619*

Bodo Arlt: Großer Tag in Breiholz



„Das ist ein toller Tag für unseren kleinen Ortsverein“, so die OV Vorsitzende Ellen Weißel bei der Übergabe von drei Ehrenurkunden für jeweils 25 jährige Mitgliedschaft in der SPD.
Am Montagabend überreichte das KV-Mitglied Bodo Arlt in seiner Eigenschaft als Ortsvereinsbetreuer des SPD-Kreisverbandes diese Urkunden an Ellen Weißel, ihren Ehemann Fritz Weißel und an Ellen Speck. Dabei würdigte er den Einsatz dieser drei Genossen. So engagierte sich Ellen Speck viele Jahre als Ortsvereinsvorsitzende in Breiholz bis 1995, Ellen Weißel war neben ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit in der Gemeindevertretung Büsum und in Breiholz auch viele Jahre 1. Vorsitzende im Kreisfrauenausschuss des DGB im Kreis Dithmarschen.
Ihr Ehemann Fritz Weißel engagierte sich ebenfalls viele Jahre in der Gemeindevertretung in Büsum und als Personalrat beim Wasser- und Schiffahrtsamt in Büsum, wo er als Werft- und Unterhaltungsarbeiter als ÖTV-Mitglied im Personalrat bis zu seinem Eintritt in den wohlverdienten Ruhestand arbeitete. Fritz Weißel ist darüber hinaus fast 50 Jahre Mitglied im DGB.
Heute halten die Geehrten das Fähnlein der SPD im dörflichen Bereich in Breiholz hoch. Erfreulich auch, dass der Ortsverein in Breiholz nun auch ein neues JUSO-Mitglied in seinen Reihen hat, es ist Felix Speck, der Sohn von Ellen Speck.

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 22.11.2004, 23:55 Uhr - 2588 Clicks - Nr. 620*

ArbeitnehmerInneninitiative 2005

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der ArbeitnehmerInneninitiative 2005 sind mittlerweile über 100 Betriebs- und Personalräte aus ganz Schleswig-Holstein beigetreten und unterstützen die Wiederwahl von Heide Simonis und der SPD am 20.05.2005.

Zu unserer ersten Veranstaltung laden wir recht herzlich ein.

Am: Dienstag, 07. Dez. 2004
Um: 19.00 Uhr
Auf: der HDW - Hauptkantine
Eingang Werftstraße - Kiel

Eröffnung und politische Begrüßung: Daniel Friedrich, Sprecher der Initiative

Was brauchen die ArbeitnehmerInnen in Schleswig-Holstein?

Ein politisches Gespräch mit:

Ministerpräsidentin Heide Simonis und IG Metall Bezirksleiter Frank Teichmüller

Für die musikalische Polit-Umrahmung sorgt Karl-Heinz Luckardt, ehem. Oberbürgermeister von Kiel.

Bitte werbt für die Veranstaltung und gebt die Einladung an eure Kolleginnen und Kollegen weiter.

Mit kollegialen Grüßen
Wolfgang Mädel Daniel Friedrich Jürgen Müller

Die Veranstaltung wird unterstützt von der:
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen / Betriebsorganisation in der SPD

Landesverband Schleswig-Holstein Kleiner Kuhberg 28-30 24103 Kiel Tel.: 0431 / 90 606-28 Fax: 0431 / 90 606-21
Vorsitzender: Wolfgang Mädel E-Mail: wolfgang.maedel@igmetall.de
www.afa.spd-net-sh.de

Keine Kommentare

Dr. Gitta Trauernicht, MdL - *veröffentlicht am 23.11.2004, 15:31 Uhr - 2188 Clicks - Nr. 621*

Pflege geht uns alle an!

Ministerin Dr. Gitta Trauernicht will mehr für pflegebedürftige alte Menschen tun.
"Solidarität stiften - Lebensqualität im Alter fördern" heißt die neue Pflegequalitätsoffensive. Das Land fördert Projekte im Umfang von 2,5 Mio. Euro pro Jahr.

Mit einer Auftaktveranstaltung in Flensburg und weiteren vier Regionalkonferenzen hat die Ministerin eine breite öffentliche Debatte zum Wert von Pflege in unserer Gesellschaft eröffnet.

Keine Kommentare

Dr. Gitta Trauernicht, MdL - *veröffentlicht am 23.11.2004, 15:54 Uhr - 2105 Clicks - Nr. 622*

Zusatzjobs im sozialen Sektor

Hartz IV mache den Menschen Angst - Aufklärung tut not!

Ministerin Gitta Trauernicht startete zusammen mit der shz Regionalkonferenzen im Land (Rendsburg, Husum, Flensburg, Neumünster). Zusatzjobs in sozialer im sozialen Sektor schaffen keine neuen Arbeitsplätze, sind aber Brücken in den ersten Arbeitsmarkt für Menschen ohne Arbeit. Sinnstiftende Tätigkeiten, Qualifizierung und Alltagsstruktur für die einen, Hilfen und Unterstüzung für die anderen.
Das Land stellt zusätzlich zu den Mitteln der Arbeitsverwaltung 25 Mio. Euro für Zusatzjobs und Kombilöhne zur Verfügung.

Keine Kommentare

Dr. Gitta Trauernicht, MdL - *veröffentlicht am 23.11.2004, 16:03 Uhr - 2104 Clicks - Nr. 623*

Ministerin vor Ort!

Zahlreiche Besuche absolviert Ministerin Gitta Trauernicht, um Schleswig-Holstein kennen zulernen. Nicht am Schreibtisch, sondern bei und mit den Menschen Politik machen, das ist ihr Credo.
Am 15.11.2004 war die Ministerin auf Einladung der SPD auf Pellworm.

Altenpflegeeinrichtung, Kindergarten, Schule standen ebenso auf dem Programm wie eine offene Bürgerveranstaltung.

Die Ministerin war beeindruckt. Sie wird wieder kommen!

Keine Kommentare

SPD-Lübeck - *veröffentlicht am 24.11.2004, 00:01 Uhr - 1659 Clicks - Nr. 624*

Adventliche Bescherung für Kita-Kinder!

Der Landtagsabgeordnete Wolfgang Baasch und der SPD-Ortsverein Moisling schenken den Kita-Kindern der evg. Kindertagesstätte Wichern I eine Kiste mit Krippenfiguren der Firma Ostheimer.
Das Krippenspiel soll den Kindern der Kita die Adventszeit verschönern und Gelegenheit geben die Weihnachtsgeschichte im Spiel zu erleben.

Am **Freitag, den 26.11.2oo4, um 1oUhr** werden der Landtagsabgeordnete Wolfgang Baasch und die SPD-Moisling vertreten durch den Ortsvereinsvorsitzenden Herrn Christian Steen und Frau Gisela Gindler das Krippenspiel an die Kinder der Kita und die Kita-Leiterin Frau Hümme überreichen.

Keine Kommentare

SPD-Lübeck - *veröffentlicht am 24.11.2004, 00:07 Uhr - 2103 Clicks - Nr. 625*

Willy-Brandt-Forum am 31. Oktober 2004



Ausgesprochen rege besucht war das „Willy-Brandt-Forum“ der Lübecker SPD am 31. Oktober, das 2004 zum zehnten Mal in den historischen Räumen des „Kulturforums Burgkloster“ stattfand. Diese Veranstaltung war ins Leben gerufen worden, als es – nach der Unterbrechung durch NS-Diktatur und Zweiten Weltkrieg – erstmals wieder möglich war, 50-jährige Mitgliedschaften in der SPD zu ehren.

Mit anspruchsvollem Musikprogramm, einem Festvortrag über namhafte Persönlichkeiten der Sozialdemokratie und einer Feierstunde im Anschluss an die Ehrungen ist das „Willy-Brandt-Forum“ zu einer Institution und einem beliebten Treffpunkt der Lübecker SPD geworden.
Thema des diesjährigen Festvortrages war der 1991 verstorbene Landespolitiker und Grenzlandbeauftragte Kurt Hamer, über den Prof. Dr. Uwe Danker (vom Institut für Schleswig-Holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte in Flensburg) engagiert und kenntnisreich berichtete. Hamer, „zugleich Humanist und radikaler Demokrat“, hatte es nicht nur verstanden, vergangene Konflikte in der Grenzregion zwischen Deutschen und Dänen seit den 1970er Jahren dauerhaft zu entschärfen. Mit seinem Konzept der „drei Minderheiten“ (inklusive des Friesischen, wozu später noch die verfassungsmäßige Anerkennung der Sinti und Roma hinzukam) bewies er zugleich seinen Blick für das komplexe Zusammenspiel der Kulturen in Schleswig-Holstein – und schuf ein Modell für erfolgreiche Minoritätenpolitik auch in anderen Teilen Deutschlands und Europas.
Dass Hamer selbst „kein Betroffener“ war, sondern in seiner parlamentarischen Arbeit aus freiem Willen ein derzeit scheinbar unmodernes Thema anpackte und sich dabei nicht scheute, etablierte Auffassungen und auch Verbandstraditionen in Frage zu stellen – dies hat seinem Wirken erst zu jener Nachhaltigkeit verholfen, die Prof. Danker in seinem Vortrag eindrucksvoll herausstellte. Aktuelle Nachfolgerin Kurt Hamers ist die schleswig-holsteinische Minderheitenbeauftragte Renate Schnack.
Die anschließenden Ehrungen wurden durch den Lübecker Bürgermeister Bernd Saxe und den Kreisvorsitzenden der SPD Wolfgang Baasch vorgenommen. Gisela Bröcker, Lieselotte Kurt, Hilde Römer, Klara v. Kamptz, Rosita Steffen und Inge Figur (die krankheitshalber nicht erscheinen konnte) feiern 2004 ein halbes Jahrhundert Zugehörigkeit zur SPD. Aktiv bis auf den heutigen Tag,

repräsentieren diese Genossinnen zugleich eine Vielfalt an Ortsvereinen, Arbeitsgemeinschaften und Interessenfeldern. Dabei war es insbesondere Hilde Römer, die zusammen mit ihrem Mann Bruno, einem Freund und Weggefährten Willy Brandts, den Anstoß zu dieser Form der Feier gegeben hatte. Schloss sich hier der Kreis für das Lübecker „Willy-Brandt-Forum“ selbst, so regte das Musikprogramm zu weiteren Gedanken über „Kulturen in Europa“ an. Das Gesang-Gitarre-Frauenduo „Cantarre“ bot englische Folksongs, modern überarbeitet durch Benjamin Britten, spanische Tänze und Romanzen nach Federico Garcia Lorca und Joaquin Rodrigo, und französische Volkslieder in Bearbeitung durch den ungarischen (!) Komponisten Seiber. Souverän zwischen den Gesangsstilen und Sprachen bewegte sich die kanadisch-philippinische Sängerin Carrie Dimaculagam; die Gitarristin Annika Hagemeier gab dazu virtuose Begleitung – und augenzwinkernde Kommentare.

Keine Kommentare

SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 24.11.2004, 09:17 Uhr - 2870 Clicks - Nr. 626*

MdK Uli Kaminski: Soziale Beratungs- und Dienstleistungszentren sterben aus

In einem „Brandbrief“ schrieb die Bürgermeisterin der Stadt Eckernförde, Susanne Jeske-Paasch (SPD), Anfang des Jahres u. a. an die SPD–Kreistagsfraktion: „Die Sozialen Beratungs- und Dienstleistungszentren sind nach den Richtlinien des Kreises Rendsburg- Eckernförde so eingebunden, dass rat- und hilfesuchende Bürgerinnen und Bürger ohne Schwellenangst Zugang haben. Bei Wegfall der Sozialen Beratungs- und Dienstleistungszentren würde auch dieser niedrigschwellige Zugang entfallen.“ Und weiter hieß es: „Durch diese Zentren wird für einen relativ geringen Zuschussbetrag eine wichtige und umfangreiche Arbeit geleistet, die mit dem gleichen finanziellen Aufwand nicht erneut ins Leben gerufen werden könnte.“

Wir hatten einmal fünfzehn dieser „Hilfezentren“ dezentral im Kreisgebiet, bevor die CDU- Mehrheit des Kreistages die Förderung einstellte, heute sind es nur noch acht. Tendenz: weitere Abnahme. Im letzten Sozial- und Gesundheitsausschuss am 11. November versuchte die SPD-Kreistagsfraktion diese Entwicklung zu stoppen. Sie stellte für den Haushalt 2005 den Antrag, die verbliebenen Sozialen Dienstleistungs- und Beratungszentren (SBDZ) wieder kreisweit zu fördern. Die CDU-Mehrheit im Ausschuss (unterstützt durch den F.D.P.-Vertreter) lehnte ab, will aber gleichzeitig die Kreisumlage erhöhen!
Der Kreis hat eine Ausgleichsfunktion, dafür erhält er die Mittel aus der Kreisumlage. Gerade diese Funktion wurde mit den auf die verschiedenen Regionen des Kreises, komplementär finanziert, durch Kooperation unterschiedlicher Anbieter „synergetisch“ optimierter SBDZ erzielt.

Nach sechs Jahren Zugehörigkeit im Sozial- und Gesundheitsausschuss legte die Verwaltung des Kreises zum ersten Mal einen Haushaltsentwurf vor, in dem die Förderung einer spezifischen Berufsgruppe, der Landwirte, nicht wieder aufgenommen wurde. Ich selbst habe nichts gegen die Landwirtschaft, um kein Missverständnis aufkommen zu lassen. Mein Großvater war selbst Bauer (am Westensee) mit einem kleinen Anwesen, das sieben Tage die Woche, 365 Tage im Jahr Arbeit erfordert(e). Der Einsatz von Betriebshelfern ist sicher sinnvoll und wünschenswert. Nur: die Finanzierung dieser notwendigen Aufgabe (bei kleinen und mittleren Betrieben) ist m. E. keine originäre „Ausgleichsfunktion des Kreises“, sondern zunächst einmal eine berufsständische Aufgabe (z. B. der Landwirtschaftskammer, der Alterskasse usw.). Andere Berufsgruppen wie z. B. Gastwirte, für die Feiertage ebenfalls eher die Ausnahme als die Regel sind, könnten mit gleichem Recht

Anspruch auf Betriebshelfer für den Bereich Gastronomie und Tourismus stellen! Die CDU–Mehrheit mit Unterstützung des F.D.P.-Vertreters im Ausschuss stimmte in diesem Fall gegen den Verwaltungsentwurf und stellte die 25.000 € wieder für die Finanzierung von landwirtschaftlichen Betriebshelfern in den Haushalt!

Die Gemeinden und Städte zahlen mit „ihrer Umlage“ den Haushalt des Kreises. Die Stadt Eckernförde wird sich nach einer Erhöhung überlegen müssen, ob sie ihr SBDZ weiterhin allein finanzieren will (und kann), nachdem sie den Wegfall der Kreismittel in 2004 kompensiert hat. Sie wird mit der erhöhten Kreisumlage dafür weiterhin die landwirtschaftlichen Betriebshelfer finanzieren dürfen.

Keine Kommentare

SPD-Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 24.11.2004, 17:40 Uhr - 5199 Clicks - Nr. 627*

Den Kampf um Olpenitz noch nicht aufgeben



SPD-Kreisvorstand diskutierte im Rahmen einer Klausurtagung weiteres Vorgehen im Kampf um den Marinestandort Olpenitz
Kappeln: Im Rahmen einer Klausurtagung, diskutierte der SPD-Kreisvorstand mit dem Bürgermeister der Stadt Kappeln, Roman Feodoria, und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden in der Kappelner Stadtvertretung, Rainer Moll, über die Situation in Kappeln nach der Entscheidung den Marinestandort Olpenitz zu schließen.

Zu Beginn stellte der SPD-Kreisvorsitzende Dirk Peddinghaus heraus, dass die Entscheidung gegen Olpenitz nicht nur regional schwer zu verkraften sei, sondern für den gesamten Kreis Schleswig-Flensburg einen weiteren Rückschlag bedeutet. „Vordergründig mag es manchem nur um den Standort Olpenitz gehen. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich aber, dass der Kreis Schleswig-Flensburg die Hauptlast der gesamten Reduzierungen in Schleswig-Holstein zu tragen hat. Erst Schleswig dann Tarp/Eggebek und jetzt Olpenitz, so eine Reduzierungswelle stehen wir ohne wirtschaftliche Hilfen nicht durch,“ so Peddinghaus. Wichtig und richtig sei deshalb, die getroffenen Entscheidung nochmals auf ihre Stichhaltigkeit zu hinterfragen und zeitgleich Alternativen für eine zivile Nutzung zu suchen. „Wichtig ist es, dass die Menschen nicht den Mut verlieren und bereit sind den Blick nach Vorne zu richten.“

„Wir in Kappeln und in der Region fühlen uns wie vom Trecker überfahren. So arrogant und kalt kann man die Menschen, die um den Erhalt von Olpenitz gekämpft haben, nicht behandeln“, sagte Rainer Moll aus seiner Sicht der Dinge. Den Kampf um den Standort Olpenitz können wir nicht ewig weiter führen, aber es gilt noch das eine oder andere Zeichen zu setzen, dass wir noch nicht ganz aufgegeben haben, so Moll weiter.

Mit einem Dank für das Engagement der Landtagsabgeordneten Anna Schlosser-Keichel (SPD) aus Jübek begann Bürgermeister Feodoria seinen Rückblick. Sie habe sich ihrer Pflicht gestellt, stellte Feodoria fest. Besonders ging der Bürgermeister in seinen Ausführungen auf die wirtschaftliche Vergleichsrechung der konkurrierenden Standorte Olpenitz, Warnemünde und Kiel ein. „Wenn

betriebswirtschaftliche Fakten die Entscheidung der Marine beeinflusst haben sollen, dann kann man dies sicher auch belegen.“ Deshalb fordert Feodoria mehr Transparenz, um die Entscheidungen nachvollziehen zu können. Sollte diese Transparenz fehlen, dann bliebe der Verdacht, dass andere Kriterien den Ausschlag für die Entscheidung gegeben haben. „Ich frage mich, welcher wirtschaftliche Aspekt mehr für Kiel spricht, als für Olpenitz. Unsere Infrastruktur ist vorhanden. In Kiel hat man die Marine die letzten 10 Jahre kontinuierlich abgebaut und es liegen dort heute keine größeren Einheiten mehr. Für uns war die Marine immer eine Herzensangelegenheit, in Kiel war dies in der Vergangenheit nicht immer so. In Kappeln wurden die Soldaten in das zivile Leben integriert“, stellte Feodoria fest. Ebenso verhalte es sich mit Warnemünde. „Auch wenn dort in den letzten Jahren Millionen für Infrastrukturmaßnahmen ausgegeben worden sind, darf man nicht verkennen, dass die laufenden Betriebskosten dieser Hafenanlage auf Grund der ungünstigen Lage sehr hoch sind,“ so Feodoria.

„Bei meinen Gesprächen im Frühjahr zum Thema Olpenitz bekam ich kein gutes Gefühl. Kiel wurde insbesondere von der Marineführung favorisiert, weil eine Landeshauptstadt Kiel ohne Marine für viele undenkbar erschien“, bilanzierte die SPD-Landtagsabgeordnete Anna Schlosser-Keichel aus Jübek ihren Kampf um Olpenitz. Sie habe aber die Hoffnung, dass in der Region Kappeln bald die Enttäuschung verflogen sei, und man sich Gedanken um eine zivile Nutzung der Militärareale mache. Die SPD-Landesregierung habe hierfür einen wichtigen Beitrag geleistet, in dem das Konversionsprogramm stark aufgestockt wurde, so Schlosser-Keichel weiter. Wichtig sei, dass jetzt rasch gehandelt werde, um sich einen angemessenen Teil der Konversionsmittel zu sichern.

Einig waren sich alle Beteiligten, dass bei einem Scheitern der laufenden Bemühungen um den Erhalt des Standortes ein besonderes Augenmerk auf die sozialverträgliche Umsetzung der Beschlüsse gerichtet werden muss. „Neben dem Verlust an sozialen Bindungen für die Soldaten und die zivilen Mitarbeiter sowie ihre Familien, die bei einer Versetzung zwangsläufig eintreten, bedeutet eine Schließung insbesondere für die Mitarbeiter in den unteren Lohngruppen eine kaum zu kompensierende Härte. Durch die gleichzeitigen Schließungen der Standorte Schleswig und Tarp wird es immer schwieriger eine sozialverträgliche Folgeverwendung für die zivilen Mitarbeiter zu finden,“ stellte das SPD-Kreisvorstandsmitglied Jörg Joosten aus Tolk fest. Hier erwartet der SPD-Kreisvorstand klare Aussagen der Wehrbereichsverwaltung, die aus Sicht von Joosten an den bestehenden Tarifvertrag zum Abbau der Bundeswehr gebunden ist. „Ich hoffe, dass die WBV in Zusammenarbeit mit den Betriebsräten und der Gewerkschaft Ver.Di sozialverträgliche Lösungen findet und nicht die Arbeitsgerichte das letzte Wort haben müssen,“ so Joosten weiter.
Kommentar von Hans-Christian Koch vom 24.11.2004, 20:52 Uhr:
andere Standortschließungen schon vergessen?
Ich kann nicht ganz begreifen, dass immer nur von den Standorten Olpenitz und Tarp geredet wird. Auch in Kropp, Silberstedt und Jübek sind in der Vergangenheit zahlreiche Arbeitsplätze vernichtet worden. Sicher gibt es keinen Zweifel daran, dass die Bewirtschaftung der BW nicht unverändert weitergehen konnte. Aber nun scheinen diese 240 Stellen schon vergessen!! Ich erinnere daran, dass das Depot in Silberstedt in wenigen Tagen endgültig geschlossen wird. Zwar sind viele ehemalige Kollegen im Laufe der letzten Jahren in den verdienten Ruhestand gegangen, viele haben auch andere Verwendungen gefunden und die letzten noch verbliebenen Kollegen werden künftig in Wester-Ohrstedt ihren Dienst ausüben. Dennoch haben eben diese abgebauten Stellen auch eine gewisse Kaufkraft für die Dörfer dargestellt und bisher ist NICHTS vom Bund oder Land unternommen worden, hier für Ausgleich oder zumindest veränderte Nutzungen zu sorgen, auch wenn die Hauptlast bei den Gemeinden liegt. Nicht einmal Unterstützung bei den Planungen wurde, jedenfalls was Silberstedt betrifft, angeboten.

Kommentar von Martin Preuschhof vom 24.11.2004, 17:53 Uhr:
Kämpft weiter

Wenn ich lese und im Fernsehn sehe, das der MdB aus Kiel sich sehr freut, das die Marine von Olpenitz nach Kiel geht, muß ich nur nachsehen, das dieser MdB im Verteidigungsausschuss sitz um zu wissen, warum hier nicht nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten entschieden wurde.

Bundestagsabgeordnete, die heute nicht mehr nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten entscheiden, sondern nach ihrem Wahlkreis, gehören m. E. aus der Partei ausgeschlossen, das gilt für mich auch für den Genossen aus Kiel.

Kämpft weiter, es lohnt sich sicher - gebt nicht auf - ihr habt schon bisher toll gekämpft.

Martin aus Norderstedt

SPD-Rethwisch - *veröffentlicht am 25.11.2004, 09:24 Uhr - 729 Clicks - Nr. 628*

„Bürgerversicherung" oder „Kopfpauschale"



„Bürgerversicherung" oder „Kopfpauschale" werden als die gegensätzlichen Antworten der großen Parteien zur Lösung der Finanzierungsprobleme in der Gesundheitsversorgung angeboten.

Während im CDU-Modell die Verkäuferin und der Vorstandsvorsitzende den gleichen Beitrag zu leisten haben, gilt beim Konzept der SPD „Starke Schultern sollen mehr tragen als schwache „. Mit diesem Thema diskutieren wir unterschiedliche gesellschaftliche Grundvorstellungen. Sorgt in der Zukunft jeder für sich allein, oder sind die Menschen solidarisch füreinander da?
Die SPD hat Eckpunkte für eine solidarische Bürgerversicherung entwickelt, über die wir informieren und mit Ihnen diskutieren wollen.
Der SPD-Landesvorsitzende Claus Möller wird das Konzept der Bürgerversicherung am Don. d. 02. Dez. 2004, um 20 Uhr, Bad Oldesloe, Sehmsdorfer Str., Schützenhalle.
Wir würden uns über Ihre Teilnahme sehr freuen. Bitte informieren Sie auch Freunde und Bekannte.
Mit freundlichen Grüßen

Armin Ehlert

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 25.11.2004, 10:57 Uhr - 4315 Clicks - Nr. 629*

MdB Ulrike Mehl: Eine Brücke in den Arbeitsmarkt: Gemeinnützige Arbeitsgelegenhe

In vielen Kommunen kommen gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten im Rahmen der Sozialhilfe seit vielen Jahren zum Einsatz und schon in diesem Jahr fördert die Bundesagentur für Arbeit mit dem „100.000er-Programm" Zusatzjobs, um Arbeitslosenhilfeempfänger wieder an den Arbeitsmarkt heranzuführen. In einem Workshop Ende Oktober wertete die SPD-Bundestagsfraktion die Erfahrungen dieses Programms aus.
Arbeitsgelegenheiten bewegen sich auf einem schmalen Grat: Sie müssen möglichst arbeitsmarktnah sein und richtige Qualifikationen vermitteln, um eine Brücke in den Arbeitsmarkt zu schlagen.

Sie dürfen aber gleichzeitig keine reguläre Beschäftigung verdrängen, das heißt, die Kriterien der „Zusätzlichkeit“ und der „Gemeinnützigkeit“ müssen stets erfüllt sein. Die Frage, wo konkret eine Arbeitsgelegenheit eingerichtet wird, spielt daher eine entscheidende Rolle: Hierüber wird vor Ort im Dialog entschieden. Die Kommunen verfügen über eine langjährige Erfahrung, weil sie das Instrument der gemeinnützigen Arbeitsgelegenheiten bereits im Rahmen der Sozialhilfe genutzt haben. Vor Ort ansässige Unternehmen müssen in die Planung einbezogen und die Teilnehmenden passgenau für die Projekte ausgewählt und qualifiziert werden.
Bereits heute erstellen Kommunen und Arbeitsagenturen Listen entlang der regionalen Besonderheiten, um zu definieren, welche Tätigkeiten tatsächlich das Kriterium der Zusätzlichkeit erfüllen.
Wie läuft die Förderung von Zusatzjobs konkret ab? - Der oder die Arbeitslose erhält das Arbeitslosengeld II zuzüglich einer Mehraufwandsentschädigung in Höhe von ein bis zwei Euro/Arbeitsstunde. Insgesamt entstehen pro Arbeitsgelegenheit Kosten von monatlich rund 500 € je Förderfall. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus einer Pauschale von maximal 300 € für Sach- und Qualifizierungskosten, Anleitungs- und Betreuungspersonal und rund 200 € für die Mehraufwandsentschädigung, die an den Arbeitsuchenden ausgezahlt wird.
Es wird kein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungs- und kein Arbeitsverhältnis begründet. Über das Arbeitslosengeld II ist Versicherungspflicht in der Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung gegeben. Zusatzjobs sind in der Regel auf die Dauer von sechs bis 12 Monate begrenzt.
Der kommunale Träger beantragt die Förderung bei der Arbeitsgemeinschaft (oder ggf. bei der Optionskommune). Diese prüft, ob die Arbeiten gemeinnützig und zusätzlich sind, bewilligt die Förderung und weist dem Träger diejenigen ALG-II-Bezieher zu, für die eine solche Arbeitsgelegenheit nach der Eingliederungsvereinbarung sinnvoll ist.
Fest steht, gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten sind keine Beschäftigungstherapie und kein Zwangsinstrument, sie haben eine Brückenfunktion in den Arbeitsmarkt. Sie sind nur EIN Förderinstrument unter mehreren, um Menschen, die lange arbeitslos waren, wieder an den Arbeitsmarkt heranzuführen. Sie sind ein erster Schritt für den Wiedereinstieg in das Erwerbsleben.

Keine Kommentare

Lothar Hay, MdL - *veröffentlicht am 25.11.2004, 12:19 Uhr - 2458 Clicks - Nr. 630*

Lothar Hay.....da kommt der Eiermann

Kiel, 25.11.20004, Nr. 218/2004
Zu Äußerungen von Dietrich Austermann (CDU) über den Verkauf von Landesanteilen an der HSH-Nordbank (Brunsbütteler Zeitung vom 22.11.2004: "Nur die Theke bleibt grünkohlfrei", Lübecker Nachrichten vom 24.11., "Werden Anteile der HSH Nordbank verkauft?") erklärt der SPD-Fraktionsvorsitzende:
Im kleinen Kreis im fernen Dithmarschen lässt der Schattenfinanzminister der CDU die Katze aus dem Sack:
Die CDU möchte nicht nur die Sparkassen, sondern auch die
Landesanteile an der HSH-Nordbank verscherbeln. Gegenüber der Presse dagegen eiert der Schattenmann herum:
Die Aussage im Wahlprogramm sei „nicht direkt als
Verkaufsabsicht zu verstehen“. Ja, was denn nun? Auf solch gestandene Politiker, die immer klaren Wein einschenken, haben die Menschen im Lande nur gewartet!

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 26.11.2004, 09:21 Uhr - 727 Clicks - Nr. 631*

Vogelsang: Grüne und CDU versuchen armseliges Ablenkungsmanöver



Der schul- und sportpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Bernd Vogelsang erklärt zu der Behauptung von Ingrid Jöhnk (Grüne) und Stephan Ehmke (CDU), dass die SPD zu Zeiten ihrer absoluten Mehrheit Pläne zu Büchereischließungen hatte:
"Es handelt sich um ein misslungenes Manöver von CDU und Grünen, mit einer falschen Behauptung die eigenen Plänen zur Schließung von Stadtteilbüchereien zu rechtfertigen. Richtig ist:
Die SPD-Ratsfraktion hat in der letzten Ratsperiode keine Pläne zur Schließung von Stadtteilbüchereien verfolgt, sonder das Gegenteil erreicht.
Die SPD-Ratsfraktion ist dem Verwaltungsvorschlag, die Kinderbücherein in der Wik und im Schützenpark zu schließen, bei den Beratungen zum Doppelhaushalt 2002/2003 nämlich nicht gefolgt. Ob CDU und Grüne in wichtigen Fragen auch soviel Rückrat gegenüber den Aktivitäten von Frau Volquartz zeigen werden?"
Hintergrund:
In der Vorlage 0863/2001 zum Doppelhaushalt schlug die (grünennahe) Bürgermeisterin Bommelmann vor: "Deckelung des Zuschussbedarfs der Stadtbücherei durch Schließung der Stadtteilbüchereien Wik und Schützenpark."
Die schulpolitischen Sprecher aller Fraktionen sprachen sich damals gegen die Schließung der Stadtteilbüchereien aus. Sie stellten die Entscheidung bis zu den Haushaltsberatungen zurück. Die SPD-Fraktion (1025/2001 vom 29.11.2001) setzte sich für den Erhalt der Kinderbüchereien ein. Dieser Antrag wurde durch einen gleichlautenden interfraktionellen Antrag aller Fraktionen (1069/2001 vom 12.12.2001) ersetzt und einstimmig in der Ratsversammlung beschlossen.
Anmerkung:
Frau Jöhnk (Grüne) war seiner Zeit Mitglied im Schulausschuss sowie in der Ratsversammlung und kennt den Sachverhalt. Herr Ehmke sollte sich seine Gutgläubigkeit bewahren und sicherheitshalber nicht auf eigene Recherche verzichten.

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 26.11.2004, 13:58 Uhr - 819 Clicks - Nr. 632*

Otto Marquardt in der Sprechstunde der SPD am 02.12.2004

Otto Marquardt, Mitglied des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing und Vorsitzender des SPD-Ortsvereines Bad Segeberg, steht in der Sprechstunde der SPD-Fraktion am 02.12.2004 allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung.

Die Sprechstunde findet statt von 16.00 - 17.30 Uhr im Fraktionszimmer der SPD (A0.05) im Historischen Rathaus.

Otto Marquardt ist während der Sprechstunde dort auch unter der Telefonnummer 04551-964-348 zu erreichen.

Thema der Sprechstunde wird sein: "Wie beurteilen die Bad Segeberger die angekündigte Schließung des Bundeswehrstandortes? Welche Schritte soll unsere Stadt unternehmen, um sich rechtzeitig auf die Zeit nach der Bundeswehr einzustellen?"

Otto Marquardt möchte gern mit den Besucherinnen und Besuchern der Sprechstunde über die eingetretene Situation und über die Gestaltung der Zukunft von Bad Segeberg sprechen.

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 26.11.2004, 19:15 Uhr - 5757 Clicks - Nr. 633*

A 20: SPD und IHK Lübeck gemeinsam für Südvariante

Die SPD-Kreistagsfraktion unterstützt weiterhin die Standortpolitik der IHK Lübeck, die den Trassenverlauf der A 20 zwischen Wittenborn und Bad Bramstedt als sogenannte Südvariante bevorzugt.
Schon in der Kreistagssitzung im September 2003 hatte sich die SPD für die Südvariante und gegen eine abgespeckte Nordvariante auf der vorhandenen Trasse der B 206 ausgesprochen.
Der Lückenschluss zwischen Wittenborn und Bad Bramstedt und damit zwischen der A 7 und der A 21 muss im Interesse der Wirtschaftsentwicklung im gesamten Kreisgebiet schnell erfolgen. Nach Auffassung der SPD Kreistagsfraktion, die sie schon im September 2003 deutlich gemacht hatte, führt die Südvariante zu weniger Ortsumgehungen und weniger Beeinträchtigung der Natur, insbesondere der Vogelschutzgebiete und Naturschutzgebiete.
Eine zeitlich Verzögerung der weiteren Planungen des Landes und des Bundes sollten auf jeden Fall vermieden werden. Daher forder die SPD die CDU im Kreistag auf den Widerstand gegen eine Südvairante aufzugeben und vor allem, den Beschluß aus dem Jahre 2003, die Nordvariante auf der B 206 zu planen und zu bauen, aufzuheben und sich der Standortpolitik der IHK und der Landesregierung anzuschliessen.

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 26.11.2004, 19:28 Uhr - 5983 Clicks - Nr. 634*

Kreissparkassen müssen erhalten bleiben

Die SPD - Kreistagsfraktion fordert weiterhin den Erhalt der öffentlich-rechtlichen Sparkassen. Mit einem Antrag im Segeberger Kreistag will die SPD die Bedeutung und wirtschaftspolitische Notwendigkeit des Sparkassennetzes , so der Fraktionsvorsitzende Arnold Wilken, deutlich machen.

"Privatisierungen - auch Teilprivatisierungen", bekräftigt Arnold Wilken, "sind mit der SPD-Fraktion nicht zu machen."

Der Antrag im Wortlaut:
Antrag zum Kreistag am 16. Dezember 2004

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag stellt fest, dass unsere öffentlich-rechtliche Sparkasse in den Kreisen Pinneberg und Segeberg

- wesentlich zur Kreditversorgung besonders der kleinen und mittleren Unternehmen beiträgt,
- mit ihrem dichten Filialnetz und ihrer lokalen Verankerung eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung, vor allem auch im ländlichen Raum, mit Finanzdienstleistungen garantiert,
- ein wichtiger Faktor für den Wettbewerb im Kreditgewerbe ist,
- durch ihre Bindung an die kommunalen Träger Politik und Wirtschaft einbezieht und diese Belange in ihrer Geschäftspolitik berücksichtigt,
- am Gemeinwohl orientiert ist,
- mit ihren Stiftungen hohes Engagement für die Förderung von Sport, Kultur, Soziales, Naturschutz und andere gemeinnützige Zwecke zeigt und ehrenamtliches Engagement unterstützt,
- als Arbeitgeber vielen Menschen in den Kreisen qualifizierte Arbeitsplätze bietet.

Der Kreistag wird daher selbst alle seine Möglichkeiten nutzen, um die bewährte Struktur unserer Sparkasse im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger zu erhalten und zu fördern.

Der Kreistag fordert die Schleswig-Holsteinische Landesregierung, den Landtag und alle in ihm vertretenen Fraktionen nachdrücklich auf, sich entschieden für den Erhalt unserer öffentlich-rechtlichen Sparkasse einzusetzen und allen Plänen für eine Privatisierung oder Teilprivatisierung eine klare Absage zu erteilen.

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 26.11.2004, 19:50 Uhr - 5738 Clicks - Nr. 635*

Resolution zur Fianzsituation des Kreises Segeberg

Wiederholte Forderungen des Innenministers des Landes Schleswig-Holstein und des Landesrechnungshofes nach ausgeglichenen kommunalen Haushalten gleichen zwar keinen Haushalt aus, haben aber jetzt die SPD-Kreistagsfraktion veranlasst mit einer Resolution eine Überprüfung der Aufgaben des Kreises einzufordern.
Es mache keinen Sinn, immer nur die Forderung nach einer Konsolidierung der kommunalen Haushalte stellen, wenn nicht vorher gesetzliche Aufgaben überprüft werden, so die SPD-Kreistagsfraktion, wer die Musik bestelle möge diese bitte auch bezahlen.

Der Resolutionsentwurf
Antrag für die Kreistagssitzung am 16. 12. 2004

Resolution

Die Finanzsituation des Kreises Segeberg ist seit Jahren bedenklich. Der im Kreisvergleich überdurchschnittlich finanzstarke Kreis Segeberg wird in den kommenden Jahren große finanzwirtschaftliche Probleme bekommen.

Die Erledigung der Selbstverwaltungsaufgaben des Kreises Segeberg sind infolge der Finanzschwäche stetig zurückgegangen. Mittels der Kreisumlage werden seit langer Zeit staatliche Aufgaben finanziert,

obwohl die Einnahmen aus der Kreisumlage der Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion der Selbstverwaltungskörperschaft dienen soll.

Der Kreis Segeberg ist nicht mehr in der Lage, notwendige Investitionen zu tätigen. Vielmehr muss er seine Altschulden,
ca. 80 Millionen EURO, verzinsen und tilgen. Die Kassenkredite sind inzwischen auf 20 Millionen EURO angelaufen.

Seit 1 ½ Jahren besteht eine Haushaltssperre.

Da das Land Schleswig-Holstein und das Kieler Parlament offensichtlich nicht in der Lage ist, die finanzielle Situation der Kreise zu bessern, wird die Landesregierung und der Landtag aufgefordert, unverzüglich eine Aufgabenbeschreibung durchzuführen mit dem Ziel, die Verwaltungsaufgaben in Zusammenarbeit mit dem Landrat des Kreises Segeberg zu reduzieren und Ausgaben zu minimieren.

Gez. Arnold Wilken

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 26.11.2004, 20:01 Uhr - 7128 Clicks - Nr. 636*

Kulturstiftung für den Kreis Segeberg ?

Der zuständige Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport hat weiter über die Einrichtung einer Kulturstiftung für den Kreis Segeberg beraten. SPD und Grüne und auch die FDP setzten sich bei der weiteren Beratung dafür ein, das Projekt weiter zu verfolgen und eine finanzielle Grundausstattung durch die Erträge aus dem kreiseigenen eon-hanse – Aktienpaket sicherzustellen.
Auch wenn das Aktienpaket im Rahmen der von der CDU Mehrheit beschlossenen Stärkung des Eigenkapitales der Kreissparkasse Südholstein verpfändet werden sollte, so verbleiben doch die Dividenden-Erträge beim Kreis. Der Kreistag müsste also beschließen, die Dividende dauerhaft in die Kulturstiftung einzubringen, damit Kultur- und Jugendarbeit im Kreis entsprechend gefördert werden kann. Darüber hinaus könnte eine Kulturstiftung auch private oder gewerbliche Sponsoren akquirieren, um zusätzliche Gelder zur Verfügung zu bekommen.

Die Verwaltung wurde vom Ausschuss beauftragt, eine Zusammenstellung aller Ausgaben des Kreises für Kultur- und Jugendarbeit auf Basis der Zahlen für das Jahr 2004 vorzulegen, damit sich der Ausschuss einen Überblick über die gegenwärtige Ausgabensituation machen kann. Allerdings, so die SPD-Fraktion sei davon auszugehen, dass mehr Geld für kulturelle Förderung und Jugendarbeit ausgegeben wird, als das Aktienpaket an Erträgen abwirft.
Darüber hinaus wird durch die Verwaltung ein Satzungsentwurf für eine Kulturstiftung ausgearbeitet, wobei von der SPD empfohlen wurde, die Satzung der Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg als Orientierungshilfe anzuwenden. Beide Ausarbeitungen werden dem Ausschuss zur weiteren Beratung Anfang nächsten Jahres zur Verfügung gestellt. Bis dahin wird vermutlich auch geklärt sein, ob die umstrittene Eigenkapitalbeteiligung des Kreises an der Kreissparkasse Südholstein durch Verpfändung des Aktienpaketes rechtlich einwandfrei ist. Die SPD ist sicher, dass eine Kulturstiftung ein großer Gewinn für den Kreis Segeberg sein wird.

Kommentar von Wolfgang vom 03.12.2004, 08:47 Uhr:
RE:Kulturstiftung für den Kreis Segeberg ?
Auch hier wird über das obige Thema diskutiert:
http://www.forum-norderstedt.de/thread.php?

threadid=1713&sid=392498fd7505e1309b20614e4318740a
mfg
Wolfgang Sedlatschek

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 27.11.2004, 11:14 Uhr - 1528 Clicks - Nr. 637*

SPD-Engelsby: Umbau Kreuzung Schottweg/ Merkurstraße

In der Nacht von Montag, dem 29. November auf Dienstag beginnt die zweite Phase der Umbauarbeiten im Kreuzungsbereich. Ab Dienstag, dem 30. November wird der Schottweg ("famila-seitig") in Angriff genommen und der Verkehr entsprechend verschwenkt.
Diese Arbeiten werden bis zum Ende März 2005 dauern.
Es gilt weiterhin die Regelung, dass im Kreuzungsbereich kein Linksabbiegen möglich ist!
Die weiträumige Umleitung für alle Pendler und Besucher aus Richtung Kappeln/ Gelting bleibt ausgeschildert

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 27.11.2004, 11:34 Uhr - 1487 Clicks - Nr. 638*

SPD-Engelsby: Behinderungen im Bereich Nordstraße/ Fruerlundmühle

Im Zuge des Baus der Osttangente müssen Kabelgräben entlang der Nordstraße gelegt werden. Während die Arbeiten im Seitenstreifen außerhalb des Verkehrsraumes erfolgen, ist die Anlieferung von Material und Bodenverdichtern nur durch auf der Straße haltende Schwerlastfahrzeuge möglich. Daher kommt es zeitweise zu einer haltseitigen Sperrung der Nordstraße in der verkehrsärmeren Zeit (8.30 - 15h). Betroffene Autofahrer werden um Verständnis und Geduld gebeten.

Keine Kommentare

SPD-Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 28.11.2004, 15:37 Uhr - 5665 Clicks - Nr. 639*

Informationsreise mit Wirtschaftsminister Rohwer



Mitbestimmung als Faktor des Erfolges.
Bernd Rohwer, Lothar Hay und Dirk Peddinghaus auf Firmenbesuch

Bei einer Informationsreise mit dem Wirtschaftsminister Dr. Bernd Rohwer und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Lothar Hay, bei der Flensburger Schiffsbau Gesellschaft und dem Dänischen Bettenlager in Jarplund-Weding, konnte sich der SPD-Kreisvorsitzende Dirk Peddinghaus über die wirtschaftliche Entwicklung dieser für den Wirtschaftsraum Flensburg und Schleswig-Flensburg wichtigen Unternehmen informieren. Dabei wurde besonders deutlich, wie erfolgreich

diese beiden Unternehmen in ihren jeweiligen Marktsegmenten sind. „Als Hauptgrund sehe ich das gute Verhältnis der Unternehmensleitung mit den beteiligten Mitarbeitern“, so Peddinghaus. In beiden Unternehmen wird die Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat und der IG Metall groß geschrieben und nach gemeinsamen Wegen in die Zukunft gesucht. „In der aktuellen Diskussion um die Mitbestimmung ist es wichtig zu sehen, dass viele Argumente gegen die Mitbestimmung in diesen erfolgreichen Firmen schnell widerlegt werden. Vielleicht sollten die Kritiker der Mitbestimmung hier einmal ein Praktikum machen,“ so Peddinghaus weiter. Beeindruckt waren auch der Wirtschaftsminister und der Fraktionsvorsitzende von der innovativen Grundhaltung beider Unternehmensführungen. Hier wird nicht zuerst nach dem Staat gerufen, sondern firmenintern nach den besten Wegen gesucht und tragfähige Lösungen erarbeitet. Wenn dann die Hilfe von Seiten der Regierung nachgefragt wird, dann liegen bereits Konzepte vor und die Förderung kann zielgerichtet einsetzen, war einvernehmliche Meinung der Besucher. „Diese Art der Innovation sichert langfristig Arbeitsplätze und stärkt die wirtschaftliche Zukunft der gesamten Region,“ so Bernd Rohwer.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 01.12.2004, 09:39 Uhr - 1458 Clicks - Nr. 640*

SPD-Engelsby: Adventsvergnügen für die Kleinsten

Am Samstag, 04. Dezember um 16.30 Uhr ist es wieder so weit. Der Nikolaus kommt nach Engelsby. Er erwartet die Kinder mit ihren Eltern und Großeltern im Bürgerpark Twedt.

Von dort aus geht es zu Fuß durch Engelsby zum Taruper Weg. Dort werden Weihnachtslieder gesungen und eine Geschichte vorgelesen.
Für die Eltern und Großeltern gibt es Kaffee und Gebäck.

Die Kinder werden gebeten ihre Laternen mitzubringen.



Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 01.12.2004, 15:57 Uhr - 4473 Clicks - Nr. 641*

MdL Neugebauer: Fahrradunfall im Kreishafengelände

Ein neuer folgenschwerer Fahrradunfall im Kreishafengelände hat den Rendsburger SPD-Landtagsabgeordneten Günter Neugebauer erneut auf den Plan gerufen. „Wieviel Unfälle müssen sich noch im Kreishafengelände ereignen, bevor Sie handeln“, fragt Neugebauer den Landrat.
Der Parlamentarier sieht sich zu einer erneuten Beschwerde beim Landrat von Ancken veranlasst, nachdem jetzt ein betroffener Radfahrer nach Operation und 24 tägigem Aufenthalt im Krankenhaus rechtlich gegen die dem Kreis gehörende Wirtschaftsfördergesellschaft vorgegangen ist. Seit fast zwei Jahren hat sich der SPD-Landtagsabgeordnete in mehreren bisher folgenlos gebliebenen Schreiben an den Landrat des Kreises bzw. die Wirtschaftsfördergesellschaft mit der Bitte gewandt, endlich die

Abdeckung der nicht mehr genutzten Spurrillen im Bereich Famila und an der Einmündung der Kreishafenstrasse zu veranlassen. Bisher habe der Kreis nicht gehandelt, obwohl dem Parlamentarier durch Zeugen diverse Radunfälle bekannt geworden sind. Sie erfolgen, wenn Radfahrer mit ihren Zweirädern in die Spurrillen geraten.

Neugebauer hofft, dass sich der Kreis nun endlich zum Handeln entschließt, nachdem ein Rechtsstreit eingeleitet worden ist.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 01.12.2004, 16:00 Uhr - 4513 Clicks - Nr. 642*

MdL Günter Neugebauer zum Tag des Ehrenamtes: Unfallschutz für Ehrenamtliche aus

„ Das bürgerschaftliche Engagement ist auch in der Region Rendsburg unverzichtbar. Wie die jüngsten Umfragen des Bundesfamilienministeriums belegen, hat die Bereitschaft ein Ehrenamt zu übernehmen sogar zugenommen. Dafür danke ich allen ehrenamtlich Tätigen recht herzlich“, so der Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer zum Tag des Ehrenamtes am 5. Dezember.
Diese Menschen seien „unser soziales Kapital, denn bürgerschaftliches Engagement ist unbezahlbar und hält unsere Gesellschaft zusammen.“
Neugebauer weist darauf hin, dass auf Initiative der SPD im Deutschen Bundestag durchgesetzt wurde, den gesetzlichen Unfallversicherungsschutz für ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger wesentlich zu erweitern. Auch heute seien bereits viele Engagierte in die gesetzliche Unfallversicherung einbezogen, so etwa die Aktiven bei der Freiwilligen Feuerwehr, in Wohlfahrtsverbänden oder der Hospizbewegung, Schöffen, Schülerlotsen und Kommunalpolitiker.
Das Gesetz sieht vor, dass künftig auch Bürgerinnen und Bürger versichert sein sollen, die in Vereinen, Verbänden oder Initiativen im Auftrag oder mit ausdrücklicher Einwilligung von Kommunen oder Kirchen tätig werden.
„Das ist deshalb bedeutsam, weil viele Städte und Gemeinden verstärkt auf Bürgerbeteiligung zur Sicherung ihrer kommunalen Infrastruktur setzen“, so der Landtagsabgeordnete. „Hier besteht nach geltender Rechtslage eine Lücke im Versicherungsschutz, die nun geschlossen wurde.“
Versichert sind künftig zum Beispiel die Mitglieder einer Bürgerinitiative, die im Auftrag der Kommune einen Spielplatz bauen und hierfür eine Patenschaft übernehmen. Dies gilt auch für den Schulverein, der in Eigenleistung seiner Mitglieder die Renovierung von Klassenzimmern übernimmt.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 01.12.2004, 16:03 Uhr - 4925 Clicks - Nr. 643*

MdB Mehl: Arbeitslosengeld II: Angemessene Unterkunftskosten werden übernommen

Mit der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zur neuen Leistung Arbeitslosengeld II (ALG II) werden künftig Leistungen für Unterkunft und Heizung in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen erbracht, soweit diese angemessen sind. Dazu gehören auch Nebenkosten wie beispielsweise die Kosten für Kaltwasser.
Die Angemessenheit der Unterkunftskosten zu beurteilen ist Aufgabe und Verantwortung des

zuständigen kommunalen Trägers. Dieser behält dadurch den notwendigen Entscheidungsspielraum, dem örtlichen Mietniveau und den Möglichkeiten des örtlichen Wohnungsmarktes Rechnung zu tragen. Er soll hierbei seine langjährige Kompetenz und Erfahrung aus seiner Sozialhilfepraxis einbringen.

Alle derzeit zur Verfügung stehenden Erkenntnisse lassen nicht erwarten, dass mit Einführung von Hartz IV die Leistungsbezieher massenhaft in preiswerteren Wohnraum umziehen müssen.

Die ganz überwiegende Mehrzahl der Haushalte, die ab dem 1.1.2005 ALG II beziehen werden, lebt bereits heute in Wohnraum, der als angemessen im Sinne der Sozialhilfe anzusehen ist, so dass die Unterkunftskosten auch im Rahmen des ALG II erbracht werden. Die heutigen Arbeitslosenhilfe- und künftige ALG II-Bezieher werden damit bis auf wenige Ausnahmefälle in ihren bisherigen Wohnungen bleiben können und für diese Wohnungen auch die tatsächlichen - weil angemessenen - Unterkunftskosten erhalten.

Die Angemessenheit der Unterkunftskosten richtet sich nach den individuellen Verhältnissen des Einzelfalles, insbesondere nach der Zahl der Familienangehörigen, nach ihrem Alter, Geschlecht und ihrem Gesundheitszustand. Neben den individuellen Verhältnissen des Arbeitsuchenden und seiner Angehörigen sind darüber hinaus die Zahl der vorhandenen Räume, das örtliche Mietniveau und die Möglichkeiten des örtlichen Wohnungsmarktes zu berücksichtigen. Darüber hinaus lässt sich die Angemessenheit der Grundfläche einer Wohnung oder eines Einfamilien-Hauses anhand der Kriterien der Förderwürdigkeit im sozialen Wohnungsbau konkretisieren. Die Wohnungsgröße ist danach in der Regel angemessen, wenn sie es ermöglicht, dass auf jedes Familienmitglied ein Wohnraum ausreichender Größe entfällt. Auch besondere persönliche und berufliche Bedürfnisse des Wohnberechtigten und seiner Angehörigen sind zu berücksichtigen. Aus diesem Spektrum von Kriterien lassen sich für die Verwaltungspraxis klare Entscheidungsregeln ableiten.

In den Ausnahmefällen, in denen heutige Arbeitslosenhilfebezieher in einer unangemessen großen oder teuren Wohnung leben, werden die Unterkunftskosten in der Regel weiterhin für bis zu sechs Monate übernommen, wenn es den Betroffenen nicht möglich oder nicht zumutbar ist, durch einen Wohnungswechsel, durch Vermietung oder auf andere Weise die Aufwendungen zu senken. Auch nach Ablauf dieses Zeitraumes können die höheren Kosten in Ausnahmefällen übernommen werden. Im Fall eines Umzugs werden die Umzugskosten, die Wohnungsbeschaffungskosten und die Mietkaution übernommen.

Keine Kommentare

SPD-Lübeck - *veröffentlicht am 01.12.2004, 20:39 Uhr - 2025 Clicks - Nr. 644*

Eine schöne Bescherung



Eine schöne Bescherung erlebten die 55 aufgeregten und neugierigen Kinder, ihre Betreuer und die Leiterin der integrativen Kindertagesstätte der Wichern I Kirchengemeinde, Frau Hümme.
Wolfgang Baasch, Landtagsabgeordneter der SPD, beschenkte die Kinder der Kita am Ilsebillweg mit einem Krippenspiel der Firma Ostheimer.
Mit diesem kindgerechten Holzkrippenspiel, - bestehend aus einem Stall und 13 Krippenfiguren -, haben die Kinder nun die Gelegenheit die Adventszeit zu verschönern und im Spiel die Weihnachtsgeschichte zu erleben.

Keine Kommentare

Astrid Höfs, MdL - *veröffentlicht am 02.12.2004, 09:40 Uhr - 2637 Clicks - Nr. 645*

Astrid Höfs besucht Grundschule in Sarau

„Schulangebot im ländlichen Raum muss erhalten bleiben!“

Der Landesrechnungshof hatte kürzlich besonders die kleinen Schulen unter die Lupe genommen und als unwirtschaftlich eingestuft. Von der Situation vor Ort machte sich heute Landtagsabgeordnete Astrid Höfs (SPD) ein Bild.
Gemeinsam mit Gemeindevertreterin Annegret Schwede (SPD) und Bürgermeister Henning Frahm (CDU) besuchte sie die Grundschule in Sarau.

Am Montagmorgen stimmten sich alle Kinder gemeinsam mit ihren drei Lehrerinnen auf die kommende Woche ein, bevor sie sich in die Gruppenarbeit in die verschiedenen Räume verteilten.

Zeitgleicher Fachunterricht in möglichst allen Klassenstufen ermöglicht Durchlässigkeit in alle Klassen. Auch die Schulelternvertreterin Ilona Witt gestaltete heute den Unterricht mit.

Der jahrgangsübergreifende Unterricht führt in Sarau nicht nur zu guten Leistungen, sondern trägt auch zu einem hervorragenden sozialem Lernen bei. Es ist für größere Kinder selbstverständlich, den kleineren behilflich zu sein.
Die Schulleiterin Frau Lintschnig erläuterte am Ergebnis der Vergleichsarbeiten die recht guten Leistungen der GrundschülerInnen in Sarau.

Die Ergebnisse, besonders in Mathe, liegen zum Teil sehr deutlich über den erzielten Durchschnittsergebnissen anderer Schulen.

Besonders auf Sprache wird in der Grundschule geachtet. Es gibt beim jahrgangsübergreifenden Unterricht viele Möglichkeiten, gezielt auf Kinder einzugehen, erläuterte die Schulleiterin. Deutsch und Mathe werden einzeln in den Klassen vermittelt. Und das gemeinsame Unterrichten führt auch zu wirtschaftlichem Einsatz von Lehrkräften.

Drei Mütter jeder Klasse leiten eine Lese-AG.“Eltern sind hier besonders engagiert“, sagte Annegret Schwede. Im Angebot sind verschiedene Arbeitsgruppen, wie z.B. die PC-AG oder Garten-AG. Heute war für vier Kinder Kuchenbacken mit der örtlichen Pastorin ein besonderes Erlebnis.

Im anschließenden Gespräch mit der Schulleiterin, den Gemeindevertretern und der Abgeordneten wurde deutlich, dass nicht nur die Gemeinde Sarau die im guten baulichen Zustand befindliche Schule erhalten will.

Astrid Höfs: „Schulangebote im ländlichen Raum müssen erhalten bleiben. Gerade für die Grundschulkinder müssen unzumutbar weite Schulwege vermieden werden.“

Bürgermeister Frahm machte deutlich, dass auch in den kommenden Jahren genügend Kinder aus der Gemeinde eingeschult werden.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 02.12.2004, 11:46 Uhr - 609 Clicks - Nr. 646*

Schulz: Mieterrechte und Perspektiven bei Verkauf der KWG im Mittelpunkt



Der wohnungsbaupolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Wolfgang Schulz erklärt zu den Berichten über den möglichen Verkauf der KWG:
"Die Situation von WCM ist lange bekannt. Für die Mieter der KWG wirft die aktuelle Entwicklung hin zu einem möglichen Eigentümerwechsel Fragen auf. Zusammen mit dem Verkauf der KWG sind Vereinbarungen mit der KWG über einen Zeitraum von 5 bis 10 Jahren abgeschlossen worden. Diese Vereinbarungen sind auch eingehalten worden. Die SPD-Ratsfraktion hat sich hierüber regelmäßig informiert.

Fest steht, dass sich, bei einem möglichen Eigentümerwechsel der KWG, für die Mieter nichts ändern wird. Ihre Rechte wurden beim Verkauf der KWG gut abgesichert und die

Mietverträge bleiben unberührt. Bei einem eventuellen Eigentümerwechsel der KWG als Ganzes muss der zukünftige Käufer die bisherigen und noch nicht ausgelaufenen Vereinbarungen mit der Stadt einhalten. Die SPD-Ratsfraktion erwartet von der Verwaltung hiezu einen baldigen Bericht.

Wenn eine Veräußerung der KWG unumgänglich sein sollte, ist es kein schlechtes Zeichen, einen Interessenten für die ganze KWG zu haben. Damit könnte eine Aufsplittung der Gesellschaft durch einen "Notverkauf" zur Bedienung von WCM-Gläubigern vermieden werden.

Derzeit gibt es Spekulationen über einen möglichen Käufer, so dass die zukünftige Unternehmenspolitik der KWG noch unklar ist. Wichtig für die Zukunft ist, dass die KWG aus möglichen Spekulationen um die weitere Finanzierung der WCM herauskommt und als Kieler Wohnungsgesellschaft ihre gute Position bei den Mietern und Beschäftigten stabilisieren kann - im Interesse der Kieler Mieter und der Beschäftigen der KWG.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 02.12.2004, 11:54 Uhr - 719 Clicks - Nr. 647*

Kiel gemeinsam familienfreundlicher machen! - SPD macht mit!



Der schul- und sportpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Bernd Vogelsang und die jugendpolitische Sprecherin Gesa Langfeldt erklären:
"Die SPD-Ratsfraktion hofft, dass die erste Gesprächsrunde von Frau Volquartz für ein familienfreundliches Kiel, die unter ausdrücklichem Ausschluss der Ratsversammlung stattfand, nicht nur dem Zweck dient, Frau Volquartz´s Bedürfnis nach Omnipräsenz in den Medien zu bedienen, sondern ein ernst gemeintes Angebot an die Kieler Eltern und Unternehmen darstellt, sich dieses Themas anzunehmen.
Wenn dem so ist, macht die SPD bei der Familienfreundlichkeit gerne mit!
Wir erwarten von CDU und Grünen, dass sie bei diesem wichtigen Thema nicht weiter politische Eitelkeiten pflegen und Entscheidungen verzögern. Die in den Ratsgremien vorliegenden Initiativen von April 2004 zu "Lokalen Bündnissen für Familien" (SPD) und von September 2004 für ein "Kinderfreundliches Kiel" (Schwarz-Grün) haben dieselbe Zielsetzung. Das gemeinsame Ziel ist, die Situation von berufstätigen Erziehenden und deren Kindern in Kiel zu verbessern. Davon kommt auch den Unternehmen zugute. Die IHK weiß dieses und hat bereits Anfang September eine Impuls-Veranstaltung zur Familienfreundlichkeit durchgeführt.
Impulse und Strukturen für mehr Familienfreundlichkeit sind nicht kostenfrei zu haben. Sie erfordern Manpower und Logistik. Wir erwarten von den Kieler Akteuren, dass jeder seinen Beitrag einbringt.
Es geht darum, praxisnahe und anwendbare Ergebnisse und Strukturen zu erarbeiten. Deshalb hat die SPD-Ratsfraktion bei ihrer Haushaltsklausur 25.000 € für diesen Aufgabenbereich vorgesehen, die neu in den Hausalt 2005 aufgenommen werden sollen."

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 03.12.2004, 09:41 Uhr - 888 Clicks - Nr. 648*

Uwe Roennfeldt in der Sprechstunde der SPD am 09.12.2004

Uwe Roennfeldt, bürgerliches Mitglied im Ausschuss für Schule und Kultur, steht am 09.12.2004 in der Sprechstunde der SPD-Fraktion allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung.

Die Sprechstunde findet wieder statt von 16.00 -17.30 im Raum A0.05 im Historischen Rathaus und Uwe Roennfeldt ist dort unter der Telefonnummer 04551-964-348 zu erreichen.

Thema der Sprechstunde wird sein:

"Sollen in Bad Segeberg wirklich nachts die Lichter ausgehen ? "

Der Bau- und Umwelt-Ausschuss hatte dieses Thema von der Tagesordnung abgesetzt, aber der Haupt- und Finanz-ausschuss disktutierte dies. Deswegen wird dieses Thema auch wahrscheinlich während der Sitzung der Stadtvertretung am 07.12.2004 diskutiert werden.

Die SPD-Fraktion möchte dieses Thema daher aktuell nach der Stadtvertretung aufgreifen und die Meinung der Bürger dazu erfragen.

Die Bürger können auch online auf der Website der SPD darüber abstimmen oder ihre Kommentare im Anschluss an diese Nachricht geben.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 03.12.2004, 12:09 Uhr - 1532 Clicks - Nr. 649*

SPD-Engelsby: Auszeichnung für ehrenamtliches Engagement

Wolfgang Dornis, Mitglied im SPD-Ortsverein Engelsby, wurde am 01. Dezember für sein langjähriges ehrenamtliches Engagement im Rahmen einer Feierstunde im Ratssaal der Stadt geehrt.
Über 30 Jahre hat er im Sängerbund Schleswig-Holstein gearbeitet, hat mehr als 23 Jahre im Nordertor- Chor und als Chorleiter im Frauenchor Harmonie von 1952 gewirkt.
Für seine 25 jährige Tätigkeit erhielt Wolfgang Dornis bereits die silberne Ehrennadel vom Deutschen Sängerbund und 1999 die Heinrich- Paulsen- Medaille vom Sängerbund Schleswig-Holstein.

Stadtpräsident Hans- Hermann Laturnus überreichte ihm und 14 weiteren Flensburgerinnen und Flensburgern eine Urkunde die mit dem Text „Das Ehrenamt ist ein unverzichtbares Element des demokratischen Staatswesens“ und bedankte sich für das ehrenamtliche Engagement.
Kommentar von Christian Reimer vom 03.12.2004, 14:32 Uhr:
RE:SPD-Engelsby: Auszeichnung für ehrenamtliches Engagement
Herzlichen Glückwunsch an Wolfgang Dornis zu der mehr als verdienten Auszeichnung.

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 03.12.2004, 21:13 Uhr - 1523 Clicks - Nr. 650*

SPD-Engelsby: SPD weiter im Aufwind

Die Sozialdemokraten sind weiter im Aufwind: Nach einer Umfrage von Infratest dimap kommen sie auf ihren besten Wert seit zwei Jahren. Wäre am Sonntag Bundestagswahl, würde die SPD 33 Prozent der Stimmen erreichen.
Das sind drei Prozentpunkte mehr als im November. Damit habe sich die Sozialdemokraten in den vergangenen vier Monaten um insgesamt zehn Prozentpunkte verbessert.

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 05.12.2004, 21:54 Uhr - 5917 Clicks - Nr. 651*

Weniger BürgerInnen, Menschen werden älter!

Nach bundesweiten Untersuchungen wird sich die Bevölkerungszahl nicht nur in Schleswig - Holstein, sondern auch im Kreis Segeberg in den kommenden Jahren deutlich verringern. "Gott sei Dank werden wir immer älter", so der Fraktionsvorsitzende Arnold Wilken, "fehlender Nachwuchs sorgt indes dafür, dass es zu deutlichen Veränderungen in der Alterspyramide kommen wird".
Auch wenn in den letzten Jahren eine Zuwanderung von jungen Familien und älteren Menschen in den Kreis Segeberg stattgefunden hat und der Kreis Segeberg als „jung“ bezeichnet wird, wird es mittelfristig Veränderungen geben.

Auf den Demographischen Wandel müssen rechtzeitig die Kommunen und der Kreis Segeberg reagieren. Zu diesem Ergebnis kommt die SPD Kreistagsfraktion Segeberg auf ihrer Klausur mit Landrat Georg Gorrissen in Mözen. Hier geht es um eine Querschnittsaufgabe in der Kommunalpolitik. Aktuelle statistische Zahlen müssen stets neu bewertet werden, um die Infrastruktur entsprechend den Bedürfnissen der Menschen anzupassen.

So sollten bei öffentlichen Neubauten bereits spätere Nutzungsänderungen eingeplant werden. Warum darf ein Kindergarten nicht zu einem zum Seniorenheim werden?. Eine ältere Bevölkerung hat ein anderes Nachfrageverhalten als junge Familien mit Kindern.Dieses wird zu Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur führen

"Warum sollten aktive ältere Menschen nicht mit und in Kindergärten, in Schulen oder Jugend- und Sporteinrichtungen tätig sein?" fragt sich die SPD. Die Generation 60+ gehört nicht an den Rand der Städte oder auf die grüne Wiese. Daher, so Dietrich Wiebe, geören Senioreneinrichtungen und Wohnungen gehören in die Zentren, in die Innenstädte.

Der Demographische Wandel verlangt von der Kommunalpolitik strategischen Weitblick und den Mut zu Entscheidungen, es entstehen neue Aufgabenfelder. Die SPD, so der Fraktionsvorsitzende, stehlt sich diesen Aufgaben und wird in Kooperation mit der Kreisverwaltung neue Projekte und gute Beispiele entwickeln.

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 07.12.2004, 09:01 Uhr - 1237 Clicks - Nr. 652*

Leichte Punktgewinne ändern nichts an der Diagnose



„Eine nachhaltige Verbesserung ist das nun wirklich nicht“, kommentiert der Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber, die bisher bekannten Resultate der Studie PISA 2003.

Der Zuwachs von 7 Punkten in der wichtigsten Schlüsselqualifikation, dem Lesen, sei statistisch wenig relevant. Die Verbesserung in Naturwissenschaften um 15 und in Mathematik um 13 Punkte sei durchaus erfreulich. Doch sei Bildung keine Börse, die von kurzfristigen Kursnotierungen lebe.

Das Bestürzende sei weiterhin die international nahezu einmalige Bandbreite zwischen starken und schwachen Schülern und die Rolle, die die soziale Herkunft für die Bildungschancen spiele.

„Das zeigt, dass der schulpolitische Sonderweg Deutschlands sich nicht bewährt. Mehr und frühere individuelle Förderung, mehr Zeit pro Tag zum Lernen und ein Ende des Sortierens Zehnjähriger bleiben die großen Herausforderungen. Wir brauchen eine grundsätzliche Neuorientierung hin zu einer Gemeinschaftsschule für alle, die die Herkunft eines Kindes nicht mehr zum entscheidenden Faktor für seine Lebenschancen macht.“

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 07.12.2004, 09:42 Uhr - 5901 Clicks - Nr. 653*

Per-Arno Plötz neuer Vorsitzender im Juso-Landesausschuss

Nachdem die Landeskonferenz der schleswig-holsteinischen Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos) in der SPD Anfang Februar einen neuen Landesvorstand gewählt hatte, stand nun auch ein personeller Wechsel im Juso-Landesausschuss an. Zum neuen Vorsitzenden des Juso-Landesausschusses wählten die Delegierten den Ostholsteiner Per-Arno Plötz.
Der 18jährige Schüler aus Bad Schwartau ist seit wenigen Wochen auch neuer Juso-Vorsitzender des Kreisverbandes Ostholstein. Ihm zur Seite stehen als stellvertretende Landesausschuss-Vorsitzende die 21jährige Halstenbekerin Mareike Overbeck , sowie Plötz Vorgänger Florian Matz (27).
Der Juso-Landesausschuss ist das höchste beschlussfassende Gremium der Jusos zwischen der einmal im Jahr stattfindenden Landeskonferenz und tagt in der Regel viermal im Jahr. Die 15 Kreisverbände in Schleswig-Holstein entsenden je zwei Vertreter, die die Interessen ihres Kreises im Landesausschuss wahrnehmen. Der Landesausschuss ist Schnittstelle der Kommunikation der Kreisverbände untereinander und dient als politisches Diskussionsforum.
Der Juso-Landesausschuss beobachtet mit großer Sorge, die seit langer Zeit wieder steigende Zahl von Neuinfektionen mit dem HI-Virus. „Heute spielt die Angst vor einer Ansteckung gerade bei jungen Menschen kaum noch eine Rolle“, stellt Thorsten Nissen (24, Juso-Landesvorsitzender) fest. Dies hänge auch damit zusammen, dass medizinische Erfolge in diesem Bereich den Eindruck vermittelten, Aids wäre heilbar und somit eine beherrschbare Gefahr. Dies sei jedoch nicht der Fall. Neue Medikamente könnten lediglich die den Ausbruch der Erkrankung herauszögen und die Leiden mindern. Sie seien indessen oftmals mit häufig unterschätzten Nebenwirkungen verbunden.
Besonders besorgt zeigten sich die Jusos über die Veränderungen im kommunalen Bereich. Aids-

Prävention und Sexualberatung würden vieler Orts den knappen Haushalten zum Opfer fallen. Die Gesundheit gerade der jungen Generation dürfe nicht dazu missbraucht werden, kommunale Haushalte zu sanieren. „Es ist gerade die Aufklärung, mit der wir der Gleichgültigkeit der jungen Menschen begegnen müssen, um sie für die Gefahren des ungeschützten Geschlechtsverkehrs zu sensibilisieren“, ist Per-Arno Plötz überzeugt.

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 07.12.2004, 09:44 Uhr - 5516 Clicks - Nr. 654*

Zu den Finanzvisionen des CDU Spitzenkandidaten erklärte SPD-Landesvorsitzender

Wer sich in "schonungsloser" Sparakrobatik übt, sollte die Axt zunächst an den Märchenwald des eigenen CDU-Parteiprogramms legen. Eine Politik, die allen Haushaltspositionen den Pelz waschen will, aber niemanden nass macht, nennt man unredlich und nicht "ehrlich".
Noch auf der jüngsten Landtagssitzung hat die CDU die Streichung der Eigenheimzulage zugunsten von Investitionen in mehr Bildung gegeißelt und jetzt versucht der CDU-Spitzenkandidat den Verkauf des besten Ertragspferdes im Landeshaushalt, der HSH Nordbank-Beteiligung, als nachhaltige Finanzpolitik zu verkaufen.

Das Fazit zu den Sparvisionen kann nur lauten: Der CDU fehlt nicht nur die finanzielle, es fehlt ihr vor allem die politische Substanz.

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 07.12.2004, 09:46 Uhr - 5620 Clicks - Nr. 655*

Ein bisschen regieren, ist ein bisschen wenig

Zum Tolerierungsmodell des SSW erklärte SPD-Landesvorsitzender Claus Möller
Das skandinavische Politikmodell der Tolerierung ist so nicht auf die deutsche Politikkultur übertragbar. Dies hat die SPD zuletzt in Sachsen-Anhalt erfahren. Deshalb setzen wir nach dem 20. Februar auf eine stabile Regierungskoalition. Regieren ist immer Politik auf Zeit, aber dann eben auch ein Zusammenstehen in guten wie in schlechten Zeiten. Gerade angesichts großer gesellschaftlicher Herausforderungen, z.B. bei der Reform der Sozialsysteme sind stabile Mehrheiten sinnvoll und wünschenswert. Eine Partei, die nach der Wahlrechtsreform im ganzen Land gewählt werden kann, sollte darüber nachdenken, ganz in die Verantwortung zu gehen. Ein bisschen regieren ist wie ein bisschen Frieden, also eigentlich ein bisschen wenig. Im übrigen gilt für die SPD Schleswig-Holstein, über mögliche politische Konstellationen entscheidet zunächst der Wähler. Wir setzen auf die eigene Stärke und wollen wieder stärkste Fraktion im nächsten Landtag werden.

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 08.12.2004, 08:48 Uhr - 5726 Clicks - Nr. 656*

Arbeitnehmer-Initiative trifft sich in Kiel

Bei einer CDU-geführten Landesregierung droht den Arbeitnehmern in Schleswig-Holstein eine Zeit der „sozialen Kälte“. „Wer am 20. Februar 2005 CDU wählt, der wählt weniger Kündigungsschutz, geringere Löhne und Gehälter und eine weitere Spaltung zwischen Arm und Reich“, sagte Daniel Friedrich, Sprecher der Initiative „ArbeitnehmerInnen für Heide Simonis“, heute auf einer Diskussions-veranstaltung auf der Kieler HDW-Werft mit Ministerpräsidentin Heide Simonis und Frank Teichmüller, Bezirksleiter der IG Metall Küste.
Mit Blick auf den Bundesparteitag der CDU sprach Friedrich von einer Politik gegen die Beschäftigten im Land. „Wir brauchen Reformen in Deutschland, wir wollen aber keinen Abbruch des Sozialstaates!“ Wer einen sozial gerechten Umbau in Deutschland wolle, der komme um eine Wahl von Heide Simonis und der SPD nicht herum. „Schleswig-Holstein braucht Heide Simonis und die SPD!“

Mit ihren Beschlüssen in Düsseldorf habe sich auch die CDU Schleswig-Holstein eindeutig gegen die Arbeitnehmer positioniert. Zudem verwies Friedrich auf die Abschaffung der Lehrmittelfreiheit und Schliessungen von Hochschulen in Niedersachsen sowie den Verkauf des Landesbetriebes Krankenhäuser und der Privatisierung der Berufsschulen in Hamburg nachdem dort die CDU die Regierung übernommen hat. „Wir wollen keine Politik, die Haushalte auf Kosten der Beschäftigten betreibt!“ Mit den Reformschlägen der SPD-Schleswig-Holstein sei man auf dem richtigen Weg. „Bürgerversicherung, Steuerreform, Einheitsschule - das hat alles Hand und Fuß und belastet nicht einseitig die Arbeitnehmer!“

Kontakt: Daniel Friedrich
Sprecher der Arbeitnehmerinitiative
Mobil: 0170 33 33 126
daniel.friedrich@arbeitnehmer-fuer-heide.de

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 08.12.2004, 08:50 Uhr - 5921 Clicks - Nr. 657*

Hallali ungehört verhallt

Zum Abschluss des CDU-Bundesparteitags erklärte SPD-Landesvorsitzender Claus Möller:

Das große Hallali über einen Aufbruchparteitag und „bombastische“ Wahlergebnisse ist auf dem CDU-Parteitag in Düsseldorf unerhört verhallt. Das schwache Wahlergebnis für Angela Merkel mag für eine interne Entscheidung in der K-Frage reichen, um der CDU nach der lähmenden und verkorksten Reformdiskussion neues Leben einzuhauchen, war das bisschen Patriotismus-Tünche entschieden zu wenig.

Das Wort von der Ehrlichkeit der Ergebnisse machte ja schon auf dem CDU-Landesparteitag die Runde. So ist denn das ehrliche Ergebnis nach diesem Bundesparteitag: Die CDU ist weder im Land noch im Bund personell oder inhaltlich regierungsfähig.

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 08.12.2004, 14:32 Uhr - 5725 Clicks - Nr. 658*

Grüße zum Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel



Liebe Bürgerin, lieber Bürger,
wir haben ein bewegtes Jahr hinter uns. Viele grundlegende Veränderungen wurden von uns angeschoben. Das gilt für den Ausbau der Kinderbetreuung und den Umbau unserer Bildungslandschaft genauso wie für die dringend notwendigen Reformen unserer sozialen Sicherungssysteme.
Die SPD hat sich im Bund und in Schleswig-Holstein den Herausforderungen gestellt. Bei allen Einschnitten steht eines für uns im Vordergrund: Auch und gerade unsere Kinder müssen die Chance haben, auf der Grundlage unserer sozialen Sicherungssysteme ihre Zukunft zu gestalten. Das ist für uns soziale Gerechtigkeit.
Hoffnungsvolle Erwartungen und berechtigte Sorgen liegen dabei nah beieinander. Mit Heide Simonis haben wir aber eine Frau an der Spitze unseres Landes, die für erfolgreiche Politik steht, die kein Blatt vor den Mund nimmt und die neue unkonventionelle Wege geht – gute Gründe für uns in Schleswig-Holstein, positiv in die Zukunft zu blicken.
Ich möchte Ihnen in diesem Sinne eine geruhsame und schöne Weihnachtszeit wünschen und natürlich einen guten Start ins Jahr 2005.

Herzliche Grüße
Ihre Landtagsabgeordnete
Birgit Herdejürgen

Keine Kommentare

Helmut Jacobs - *veröffentlicht am 08.12.2004, 20:13 Uhr - 4227 Clicks - Nr. 659*

CDU redet erfolgreiche Schulprojekte schlecht



„Wenn der CDU die Themen ausgehen, dann redet sie erfolgreiche Projekte der Landesregierung schlecht“, bedauerte der SPD-Bildungspolitiker Helmut Jacobs gegenüber der Presse. Jacobs bezog sich auf Presseberichte, in denen jüngst der CDU-Spitzenkandidat der offenen Ganztagsschule der SPD eine klare Absage erteilt habe, weil diese „nur mit Betreuung verbunden“ sei.
Jacobs: „Diese Behauptung hat für Aufregung und Verärgerung gesorgt. Hätte sich der Kandidat nur besser informiert.“ Jacobs habe mit dem Schulleiter der Hauptschule Wilster, Diethelm Bogner, ein Gespräch geführt, in dem dieser berichtete, dass er die Äußerungen von Carstensen als Schlag ins Gesicht empfunden habe. Da Carstensen die Bildungspolitik dieser Regierung als Standortnachteil für Schleswig-Holstein bezeichnet habe, machte Bogner dem Abgeordneten Jacobs an vielen Beispielen deutlich, welche erfolgreichen Projekte er gemeinsam mit seinem Kollegium, mit dem Bildungsministerium und mit dem Schulverband Wilstermarsch ins Leben gerufen habe. Zurzeit gebe es im Rahmen der offenen Ganztagsschule ein Projekt, das zu 45 % mit EU-Geldern und zu 55 % durch einen aufgeschlossenen Schulverband finanziert werde.
In dem Projekt würden eine Diplomsozialpädagogin, eine Erzieherin sowie vier Praktikantinnen am Nachmittag für Stütz- und Fördermaßnahmen, sowie durch Lehrkräfte koordinierte Lernplanarbeit an zwei Tagen in der Woche eingesetzt. Gleichzeitig werde in Randstunden und am Nachmittag qualifizierte Hausaufgabenhilfe angeboten. Die Diplomsozialpädagogin gebe wöchentlich vier Stunden Skill-Unterricht in Klassenstufe 5 und 6. Zusätzlich werde wichtige Schulsozialarbeit geleistet.

Die Arbeit gehe weit über Betreuung hinaus.
Außerdem würden Honorarkräfte, die hauptberuflich in Jugendhilfeorganisationen beschäftigt seien, die Schülerinnen und Schüler im Tagespraktikum der Klassenstufe 8 anleiten. Dieses sei eine Vorstufe der vom Bildungsministerium konzipierten Flexphase, in der verstärkt individuell verbunden mit Praxisanteilen gefördert werden solle. Daneben würden mit Hilfe von Honorarkräften sogenannte „Führerscheine“, in Mathematik und Deutsch für Klassenstufe 8 und 9 am Nachmittag durchgeführt. Dieses seien zehn weitere Stunden Übung und Festigung von Lerninhalten im Bereich der offenen Ganztagsschule.
Im Rahmen des Projektes EBISS (erweiterte Berufsorientierung im System Schule) der Landesregierung finde in Kooperation mit der Grone-Schule mit Mitteln der Agentur für Arbeit an zwei Tagen in der Woche, zweistündig ebenfalls am Nachmittag, Bewerbungsmanagement für die Klassenstufen 9 der Haupt- und der Realschule statt.
Bogner konnte weiterhin mit Stolz feststellen, dass sechzehn durch Eltern und Freunde der Schule geleitete Projekte, von Kochen, Nähen mit der Maschine bis zu Englisch im Gespräch durch einen Engländer stattfinden. Auch dies sei keine Betreuung, sondern eine besondere Form von Unterricht.
Jacobs war sich mit Bogner einig, dass diese vielen Projekte gar nicht – wie von Carstensen gefordert – allein von Lehrkräften durchgeführt werden könnten. Das ginge nur, wenn man die Regelstundenzahl drastisch erhöht und mehr Lehrerinnen und Lehrer einstellen würde. Diese würde der Markt gar nicht hergeben. Schon jetzt finde man nicht genügend Hauptschullehrer. Hinzu komme, dass die Finanzmittel auch nicht vorhanden seien. Die CDU verspreche einerseits ständig, einen rigorosen Sparkurs in Schleswig-Holstein einschlagen zu wollen. Andererseits habe sie für den Bildungsbereich lediglich Vorschläge, die nicht bezahlbar seien. Jacobs vertrat die Auffassung, dass die CDU sich besser informieren sollte, bevor sie Bildungsprojekte zerrede, die, wie das Beispiel der Hauptschule Wilster beweise, vielerorts erfolgreich funktionieren würden.

Keine Kommentare

Astrid Höfs, MdL - *veröffentlicht am 08.12.2004, 23:15 Uhr - 2202 Clicks - Nr. 660*

"Die Sta(a)tisten" mit dem Programm "Barkarett III.: Colada am Ende der Reise"

Die Sta(a)tisten, die profilierteste Kabaretttruppe nördlich der Elbe (Ostholsteiner Anzeiger), mit ihrem Angriff auf die eigenen Stimmbänder und die Tränendrüsen und Lachmuskeln des Publikums können Sie am 11. Februar 2005 um 20.00 Uhr im Bürgersaal in Bad Segeberg erleben.
Landtagsabgeordnete Astrid Höfs aus Wahlstedt hat die Vorstellungen der Sta(a)tisten in Kiel gesehen und nun nach Bad Segeberg geholt.
„Spritzige Dialoge, deftige Kommentare, ein gelungener Kabarett-Cocktail“ (NDR), „Mächtig in die Riemen gelegt, tosender Applaus“ (Kieler Nachrichten), „Tolles Publikum, Super-Stimmung, wir wollen mehr davon“ (Die Sta(a)tisten)… nach fünf ausverkauften Vorstellungen im Kieler KulturForum und zahlreichen Auftritten im ganzen Land Schleswig-Holstein geht die kabarettistische Kreuzfahrt weiter. Zum dritten Mal entern die vier chronischen Single-Sänger mit ihren Geschichten und Songs eine Bar. Markus, die Wiedergeburt von Udo Jürgens an den Klaviertasten, hat genervt von den nölenden Nachtschwärmern auf einem Kreuzfahrtschiff angemustert. Pech für ihn: die vier Barhocker gehen auch an Bord. Schließlich soll es Matrosen und Mojitos unter Deck geben.
Und wo es gepflegte Drinks gibt, sind sie nicht weit: Birgit, die heißeste Krankenschwester seit Gina Wild, Katharina, die kratzbürstige Anwältin, für die die Kammer keine Verantwortung übernimmt, Norbert, der Too Late Night Show Moderator und Wolfgang, der Job- und Flop-Hopper.
Steigen Sie zu, wenn die AIDA Blau die singenden Hassliebenden zu einer Colada am Ende der Reise einlädt. Und lassen Sie sich im Revue-Theater des Schiffes darüber belehren, warum Gerhard

Schröder abends keine Currywurst essen sollte, was Angela Merkel tun muss, damit sie Kanzlerin wird, was frau so alles im internet erleben kann, warum früher alles besser war und wie es ist, wenn Wolfgang Kubicki Theater spielt.
Der kabarettistische Cocktail aus Barmusik von Jacques Brel über Tom Waits bis zu Herbert Grönemeyer, Polit-Spitzen und Beziehungskrieg mit Kollateralschäden über und unter der Gürtellinie: Geeignet für Stammgäste und Schnupperreisende.
Karten für diese Vorstellung können Sie ab Montag, dem 13. Dezember 2004 im Wahlkreisbüro der Landtagsabgeordneten in der Oldesloer Straße 20, 1.Stock in Bad Segeberg für 10 € erhalten. Astrid Höfs Mitarbeiterin Kirsten Tödt ist am Montag und Freitag von 9.00 bis 12.30 Uhr im Büro unter Telefon / Fax 04551 – 968460 zu erreichen.

Keine Kommentare

SGK-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 09.12.2004, 16:21 Uhr - 1097 Clicks - Nr. 661*

Ausbau der Kinderbetreuung ist Zentralpunkt der Familien- und Gesellschaftpolit

Der Ausstieg von Müttern aus dem Arbeitsmarkt wie auch der
Umstieg auf Teilzeitarbeit hängen zentral von dem Netz öffentlicher Kinderbetreuungseinrichtungen ab.
So geht die hohe Erwerbstätigkeit auch von Müttern kleiner Kinder in Dänemark und Schweden mit einer Betreuungsquote von fast der Hälfte (DK), bzw. immerhin rund einem Drittel (SE) der Kinder unter drei Jahren einher.
Hiermit konnte zwar Ostdeutschland, wo im Jahr 1994 noch rund 4 von 10 Kindern dieser Altersgruppe öffentlich betreut wurden, durchaus mithalten, während in fast keinem Land der Wert so niedrig lag, wie in Westdeutschland (2 v.H.).

Bei den Kindern im Kindergartenalter lag Frankreich mit einer
annähernd flächendeckenden Versorgung (99 v.H.) an der Spitze. Hier wird Kindergartenbetreuung allgemein als erste Stufe des Bildungssystems betrachtet und die Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kindern im Kinder-gartenalter gilt als Selbstverständlichkeit.
Seit der Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz ist zwar die Versorgungsquote der Kinder im Alter von 3 Jahren bis 6 Jahren in Deutschland auf 80 - 100 v.H. gestiegen, noch immer ermöglichen aber die Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen kaum mehr als eine geringfügige Erwerbstätigkeit im Mittelpunkt stehen .
Eine tatsächliche Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie kann nur erreicht werden, wenn familienentlastende Einrichtungen und Dienste ausgebaut werden
Eine zukunftsorientierte Kinder - und Jugendpolitik muss den Wandel in den Familien und ihrer Umweltbedingungen ernst nehmen und für eine Sicherung gleicher Entwicklungs- und Bildungschancen eintreten.
Eine Umsetzung familienbezogener Flexibilisierungsregelungen im Arbeitsmarkt kann nur erfolgreich sein, wenn die Ausstattung mit Einrichtungen zur Kleinkindbetreuung deutlich gesteigert wird, wenn die Öffnungszeiten der Kindergärten an betriebliche Arbeitszeiten angeglichen, aber auch gleichzeitig die Arbeitszeiten auf Öffnungszeiten Rücksicht nehmen.

Bund, Länder und Kommunen sind gefordert, ein flächendeckendes Netz von ganztägigen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersstufen bis zu Beendigung der allgemeinen Schulpflicht sicher zu stellen.

Das Gesetz zum Ausbau der Tagesbetreuung und die Probleme der Kommunen.

Auf dieses Gesetz geht der folgende Antrag ein.
Dass dieses Gesetz auf Vorgaben verzichtet und den Kommunen Gestaltungsfreiheiten einräumt, können wir nur begrüßen.
Die von den kommunalen Spitzenverbänden angesprochenen Probleme der Finanzierung haben wir auf ebenfalls berücksichtigt.
Es geht um die grundsätzliche Linie.

Auszug aus der Rede des stellvertretenden SGK-Landesvorsitzenden auf der Mitgliederversammlung am 17.9.2004.

Folgendes Positionspapier zur Weiterentwicklung der Kinderbetreuung wurde einstimmig von der Mitgliederversammlung der SGK am 17. September 2004 verabschiedet:

1. Die SGK-Schleswig-Holstein unterstützt das Vorhaben der Bundesregierung und der SPD-Bundestagsfraktion, die Rahmenbedingungen für den bedarfsgerechten und qualitätsorientierten Ausbau der Kinderbetreuung insbesondere für Kinder unter 3 Jahren zu verbessern. Qualitativ hochwertige und flexible Betreuungsangebote ermöglichen sowohl den Kindern gute Zukunftsperspektiven als auch den Eltern eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Kommunen haben bereits in den zurückliegenden Jahren in großem Umfang im Rahmen ihrer Zuständigkeit die Qualität und das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen an die gewandelten Bedürfnisse angepasst und ausgebaut. Die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker/innen sehen auch weiterhin in dieser gesellschaftspolitisch wichtigen Aufgaben vor dem Hintergrund des demografischen Wandels einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeiten in der Verbesserung des Angebots an Betreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersgruppen und einer stärkeren Vernetzung der Handlungsfelder Kinderbetreuung, Schule und Jugendhilfe. Durch Kinderbetreuung ergänzend zur Familie können Kinder wichtige Schlüsselqualifikationen erlernen, beispielsweise soziales Handeln und Kommunikation. Kinder brauchen andere Kinder, sie brauchen Orte, an denen spielerisches Lernen zusammen mit Gleichaltrigen möglich ist. Kindlicher Neugier und kindlichen Tatendrang lässt sich am besten in einer Gruppe von Gleichaltrigen nachkommen.

2. Die SGK-Schleswig-Holstein erwartet von der Landesregierung, dass sie sich im Sinne der Zielsetzungen aktiv an dem Gestaltungsprozess beteiligt und in Schleswig-Holstein die gesetzlichen wie finanziellen Voraussetzungen schafft, die es den kommunalen Gebietskörperschaften ermöglichen, entsprechende Angebote für 0 bis dreijährige Kinder zu errichten und zu betreiben.

3. Ein Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG), wie dies von der Bundesregierung beabsichtigt wird, sollte folgende Aspekte berücksichtigen:

3.1 Das Tagesbetreuungsangebot der Kommunen ist in den Bundesländern stark unterschiedlich. Außerdem differieren die Bedarfe zwischen den Regionen sehr deutlich. Die Veränderung oder Präzisierung der rechtlichen Rahmenbedingungen muss die qualitätsvolle Weiterentwicklung der Angebote unterstützen und flexible, den unterschiedlichen Bedarfen angepasste Angebotsstrukturen ermöglichen ohne die bestehende Angebotsvielfalt zu gefährden und Fehlanreize zu setzen. Den Kommunen muss ein weitestgehender Handlungsspielraum erhalten bleiben; quotale Festlegungen oder gar die Formulierung von Rechtsansprüchen sind für den Aufbau einer bedarfsgerechten Angebotsstruktur ungeeignet. Die Kommunen wissen zudem um ihre Verpflichtung, insbesondere für arbeitssuchende Eltern, die eine Erwerbstätigkeit aufnehmen können, Tagesbetreuungsangebote

vorhalten müssen, um die Integration dieser Menschen in den Arbeitsmarkt zu verbessern.

3.2 Die beabsichtigte Aufwertung der Tagespflege ist grundsätzlich zu begrüßen. Der Aufbau bzw. Erhalt von Tagespflege und die qualitative Verbesserung von Tagespflegeverhältnissen zur Schaffung eines flexiblen Tagesbetreuungsangebotes darf jedoch nicht durch enge bürokratische Regeln erschwert werden. Insbesondere bedarf es einer Klärung der arbeitsrechtlichen und versicherungsrechtliche Fragen für die Bestellung von „Tagesmüttern“ und der damit verbundenen Kostentragungspflichten der Kommunen.

4. Angesichts der dramatischen Finanzlage vieler Kommunen benötigen die Kommunen eine dauerhafte und gesicherte Finanzhilfe für die weitere Verbesserung der Kinderbetreuung. Die im Vermittlungsausschuss verhandelte Finanzierungsregelung zur Umsetzung des HartzIV-Gesetzes würde bei einer sachgerechten Ausgestaltung den Kommunen finanzielle Handlungsspielräume verschaffen, die allerdings auch zur Konsolidierung der angespannten Kommunalhaushalte und zur Finanzierung dringender Investitionen benötigt werden. Daher sind sowohl vom Bund als auch von den Ländern weitere Maßnahmen erforderlich, um die finanzielle Situation der Kommunen nachhaltig zu verbessern und den Erfordernissen an den qualitativen und quantitativen Ausbau der Kinderbetreuung in den nächsten Jahren gerecht werden zu können.

5. Das Land Schleswig-Holstein wird aufgefordert, die durch die demografische Entwicklung (sinkende Zahl der Kinder im Kindergartenalter) frei werdenden Mittel im Kindergartenbereich für den Ausbau und personellen Umbau der Tagesbetreuung einzusetzen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine diesbezügliche Vereinbarung mit den Ländern zu treffen

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 09.12.2004, 16:29 Uhr - 2980 Clicks - Nr. 662*

Brauchen wir die Wehrpflicht?

Ein Beitrag zur aktuellen Diskussion in der SPD
Brauchen wir die Wehrpflicht noch?

Pro

von Hans-Peter Bartels, MdB

Acht Millionen junge Männer haben in den vergangenen fünf Jahrzehnten in der Bundeswehr gedient. Im Jahr 2003 haben 120 000 Rekruten – W9er, FWDLer, Zeit- und Berufssoldaten – ihren Dienst angetreten und etwa genau so viele sind ausgeschieden. Dieser ständige Austausch ist eines der wichtigsten Bindemittel zwischen Bundeswehr und Gesellschaft.
Die Wehrpflicht ist unersetzlich, wenn wir nicht wollen, dass die Bundeswehr zu einem beliebigen Dienstleister in Sachen Sicherheit wird. Gerade weil unsere Soldaten in Einsätzen weit außerhalb unserer Grenzen stehen, ist es wichtig, dass das Militärische dem Zivilen nicht fremd wird.
Von den Gegnern der Wehrpflicht ist vielfach zu hören, dass ihre sicherheitspolitische Legitimation mit dem Ende der Blockkonfrontation entfallen sei. Das ist grundfalsch. Nach Artikel 87a (1) des Grundgesetzes stellt der Bund Streitkräfte auf. Sie dienen der Verteidigung und (87a, 2) solchen Zwecken, die das Grundgesetz zulässt. Diese sind vor allem in Artikel 24 beschrieben: „Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen“. Ein solches Bündnis muss dazu dienen, „eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen

den Völkern der Welt herbei[zu]führen und [zu] sichern.“ Wir sind Mitglied solcher Bündnisse: UNO, NATO und EU. Wir stellen ihnen Streitkräfte zur Verfügung. Um diese optimal aufzustellen, haben wir nach Artikel 12a das Instrument der allgemeinen Wehrpflicht.
Es ist auch legitim, darauf hinzuweisen, welche Bedeutung die Wehrpflicht für die Nachwuchsgewinnung hat. Das Argument, die neue Bundeswehr brauche „Profis“, deshalb seien die Amateure von der Wehrpflichtarmee eine Belastung, ist Unsinn. Gerade die Wehrpflicht hilft der Bundeswehr, qualifizierte und engagierte Soldaten zu gewinnen – also wirklich eine Tauglichkeitsauswahl zu treffen.
Durch diese Wehrform finden Angehörige aller sozialen Schichten, mit ganz unterschiedlichen beruflichen Hintergründen und Ambitionen, den Weg zur Truppe, viele für länger.
Die Erfahrungen der NATO-Staaten, die den Pflichtdienst abgeschafft haben, ermutigen wenig: die Qualität sinkt, die Kosten steigen – für Nachwuchswerbung und Personalbindung. In Zeiten, da die politische Mode zu gebieten scheint, dass alles liberalisiert, dereguliert und entstaatlicht wird, damit der Markt dem Einzelnen noch mehr Freiheit bringe, plädiere ich für unsere „traditionellen“ Werte: verbindliche Solidarität, Pflicht.

Der Beitrag ist in der Novemberausgabe(11/ 2004) des „vorwärts“ erschienen.

Es gibt im Internet auch die Möglichkeit, den Beibehalt der Wehrpflicht zu unterstützen.
www.wehrpflicht-ja.de

Kommentar von Kay Petersen vom 12.04.2005, 20:57 Uhr:
RE:Brauchen wir die Wehrpflicht?
Nein,da 9 Monate viel zu Kurz sind um einen Soldaten richtig ausbilden zu können. Vorgesetzte müssen ständig immer wieder neue Wehrpflichtige neu anlernen,da eingearbeitete Wehrpflichtige fehlen.

Kommentar von Gaby Lönne vom 13.12.2004, 08:47 Uhr:
RE:Brauchen wir die Wehrpflicht?
Es gibt eine Wehrpflicht - aber Wehrgerechtigkeit schon lange nicht mehr. Ich habe zwei Söhne in dem Alter und kann davon ein Lied singen.
Die, die für die Beibehaltung der Wehrpflicht sind, machen doch nur Lobbyarbeit für die sozialen Einrichtungen, weil dann nämlich billige Arbeitskräfte wegbrechen. Natürlich ist das ein Problem, trotzdem darf man nicht die eine Entscheidung von der anderen abhängig machen.
Ich bin für die Abschaffung (oder Aussetzung) der Wehrpflicht und für eine Berufsarmee!

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 09.12.2004, 17:12 Uhr - 2777 Clicks - Nr. 663*

Wählerinitiative für ArbeitnehmerInnen haben sich getroffen



Die Wählerinitiative für ArbeitnehmerInnen haben ihre erste Veranstaltung mit Heide Simonis und Frank Teichmüller von der IG Metall auf dem Gelände der HDW-Werft in Kiel erfolgreich durcheführt.
Arbeitnehmer-Initiative trifft sich in Kiel
Reformen JA, Sozialabbau Nein

(Kiel, 07. Dezember 2004) Bei einer CDU-geführten Landesregierung droht den Arbeitnehmern in Schleswig-Holstein eine Zeit der „sozialen Kälte“. „Wer am 20. Februar 2005 CDU wählt, der wählt weniger Kündigungsschutz, geringere Löhne und Gehälter und eine weitere Spaltung zwischen Arm und Reich“, sagte Daniel Friedrich, Sprecher der Initiative „ArbeitnehmerInnen für Heide Simonis“, heute auf einer Diskussions-veranstaltung auf der Kieler HDW-Werft mit Ministerpräsidentin Heide Simonis und Frank Teichmüller, Bezirksleiter der IG Metall Küste. Mit Blick auf den Bundesparteitag der CDU sprach Friedrich von einer Politik gegen die Beschäftigten im Land. „Wir brauchen Reformen in Deutschland, wir wollen aber keinen Abbruch des Sozialstaates!“ Wer einen sozial gerechten Umbau in Deutschland wolle, der komme um eine Wahl von Heide Simonis und der SPD nicht herum. „Schleswig-Holstein braucht Heide Simonis und die SPD!“

Mit ihren Beschlüssen in Düsseldorf habe sich auch die CDU Schleswig-Holstein eindeutig gegen die Arbeitnehmer positioniert. Zudem verwies Friedrich auf die Abschaffung der Lehrmittelfreiheit und Schliessungen von Hochschulen in Niedersachsen sowie den Verkauf des Landesbetriebes Krankenhäuser und der Privatisierung der Berufsschulen in Hamburg nachdem dort die CDU die Regierung übernommen hat. „Wir wollen keine Politik, die Haushalte auf Kosten der Beschäftigten betreibt!“ Mit den Reformschlägen der SPD-Schleswig-Holstein sei man auf dem richtigen Weg. „Bürgerversicherung, Steuerreform, Einheitsschule - das hat alles Hand und Fuß und belastet nicht einseitig die Arbeitnehmer!“

Kontakt: Daniel Friedrich
Sprecher der Arbeitnehmerinitiative
Mobil: 0170 33 33 126
daniel.friedrich@arbeitnehmer-fuer-heide.de

Bilder zu dieser Veranstaltung findet Ihr auf der Web-Seite: www.arbeitnehmer-fuer-heide.de

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 10.12.2004, 09:12 Uhr - 882 Clicks - Nr. 664*

Joachim Wilken-Kebeck in der Sprechstunde der SPD-Fraktion am 16.12.2004

Joachim Wilken-Kebeck, Stadtvertreter und Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Stadtvertretung Bad Segeberg, steht allen Bürgerinnen und Bürgern am 16.12.2004 in der Sprechstunde der SPD-Fraktion zur Verfügung.

Die Sprechstunde findet statt von 16.00 - 17.30 Uhr im Fraktionszimmer der SPD im Raum A0.05 im Historischen Rathaus.

Joachim Wilken-Kebeck ist dort auch unter der Telefonnummer 04551-964-348 zu erreichen.
Die Sprechstunde steht unter dem Thema:

"Haushalt 2005 - nun verabschiedet in der Stadtvertretung - was geht nun noch 2005 in Bad Segeberg ?"

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 10.12.2004, 09:38 Uhr - 917 Clicks - Nr. 665*

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der SPD am 07.12.2004

Die SPD-Fraktion hat sich sehr frühzeitig mit dem diesjährigen Haushaltsentwurf befaßt:
Neben den vom Bürgermeister eben vorgestellten Zahlen fehlen uns die verläßlichen Beträge vor allen Dingen zu den 3 komplexen Bereichen:

Auswirkungen der „Hartz IV“-Gesetze auf Bad Segeberg

Stellenstrukturplanung in der Stadtverwaltung

Schließung des Bundeswehrstandortes

Die politische Marschrichtung konnte somit nur heißen, diesen Haushalt können wir jetzt noch nicht beraten und beschließen.

Auf meine Nachfrage beim Fraktionsvorsitzenden Winter wurde mir jedoch bedeutet, daß die CDU diesen Entwurf durchaus für beratungsreif hielt.

Somit beschlossen wir, die Ergebnisse der Ausschußberatungen abzuwarten.

Gleich zu Beginn der 1. Ausschußsitzung machte Stadtkämmerer Wulf deutlich, daß die Verabschiedung des Haushaltsentwurfes nicht aufgeschoben werden sollte, sondern vielmehr sei es sehr wichtig, die Planungen für die anstehenden Restarbeiten der Schulbausanierung 2005 gleich zu Beginn des neuen Jahres auf den Weg zu bringen, damit die Arbeiten in den Sommerferien realisiert werden können.

Ein Argument, daß für uns Sozialdemokraten sehr gewichtig ist, liegt uns doch die Schulbausanierung

und damit einhergehend die dann wesentlich verbesserten Rahmenbedingungen der SchülerInnen sehr am Herzen.

In der Haupt-u. Finanzausschußsitzung brachte die CDU dann einige Änderungswünsche vor. Außer dem alljährlich schon zum Planspiel motierten herumgeschnippel in einigen Sanierungsvorhaben, will die CDU 10.000,-€ einstellen, um mit einer möglichen Aufstockung des Landes auf 100.000€ die Überplanung unseres Bundeswehrstandortes anzuschieben.

Ein guter Vorschlag der CDU, denn wir unbedingt unterstützen werden.

Gewundert haben wir uns allerdings bei zwei anderen Gegebenheiten aus dieser Sitzung.

Zum einen brachte es der Stadtkämmerer fertig, trotz ca. 6,5 Mill. € Fehlbetrag, eine Rücklage von 20.000,-€ in den Entwurf einzustellen. Begründung: Es gibt in den Auschußberatungen ja immer mal Wünsche der Parteien, die damit befriedigt werden könnten.

Zum anderen hatte die Abteilungsleiterin „Bauen“ Fr.Langethal keine Probleme damit, veranschlagte 109.000,-€, die für die Sanierung des Höhlenwärterhäuschens vorgesehen waren, auf Nachfrage der CDU-Fraktion, auf 35.000,-€ stutzen zu lassen und den Restbetrag erst 2006 einzustellen.

Hier muß ich einmal ganz klar feststellen, daß ich bei solch einem defizitären Entwurf von der Verwaltung erwarte, daß grundsätzlich nur Beträge eingestellt werden, die absolut nicht mehr aufschiebbar bzw. aufsplittbar sind.

Da sind wir schon sehr enttäuscht, dennoch werden wir dem Haushalt zustimmen.

Interessant ist aber auch noch eine andere Beobachtung, die aber nicht neu ist.
Der in den Beratungen anwesende Bürgermeister saß meist teilnahmslos dabei, verwies bei Nachfrage an seine Verwaltung und ließ überhaupt nicht erkennen, warum es ihm wichtig sei, daß dieser Haushalt hier und heute verabschiedet werden sollte.

„Herr Bürgermeister, dies ist ein Haushalt der Perspektivlosigkeit“.

Wir debattieren hier darüber, daß das Licht in Bad Segeberg ausgeschaltet wird, streiten über 4-stellige Summen im Haushalt, dabei ist es bereits zappenduster in unserer Stadt, damit wir mal wieder über Einnahmen reden können, fragen wir Sozialdemokraten uns, was ist mit dem Silogrundstück, was ist mit dem STOV-Gelände, was ist mit dem Telekom-Grundstück, was wird mit der Ev. Akademie .....nichts geht mehr!

Sie müssen aktiv werden, „Herr Bürgermeister“,
ich möchte sie in diesem Zusammenhang zitieren aus der Presse ziemlich genau vor 10 Monaten nach dem Haushaltsbeschluß für 2004.

Der Bürgermeister spricht von einer Trendwende! Hier einige Beispiele:

Wiederbesetzungssperre, soll jetzt wieder aufgehoben werden, sie haben nicht den Mut Aufgaben entsprechend anders zu delegieren!

Bei der Stellenstrukturplanung ist außer Unruhe und Verunsicherung der RathausmitarbeiterInnen bisher nichts herausgekommen!

Bei der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen Wahlstedt + Bad Segeberg ist außer Briefwechsel nichts passiert!

Die Stadtmarketing GmbH hat diesen Namen nicht verdient, sie sollte eher "Stadtmachtsichgering – GmbH "heißen.

Über die Prüfung der Einführung ist die Kurtaxe nicht hinausgekommen, wir geben den guten Rat: Lassen sie es dabei!

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Der Stadtbus wird immer beliebter! Eine Abfahrt nicht mehr halbstündlich, sondern nur noch stündlich, wäre gerade jetzt der Todesstoß für den Stadtbus.

Unrentable Liegenschaften der Stadt: geprüft, keine Auswirkungen!

Pflege der Grünflächen, geprüft, keine Auswirkungen!

Liegenschaften als Baugrundstücke, geprüft, keine Auswirkungen!

Herr Bürgermeister, sie müssen die Initiative ergreifen, sie müssen Dinge umsetzen, sie müssen auf Investoren zugehen, nicht auf sie warten, müssen mit Phantasie neue Ideen entwickeln. Es ist schlicht und ergreifend ihr Job.

„Herr Bürgermeister, tun sie was für unsere Stadt."

Keine Kommentare

Jusos-Dithmarschen - *veröffentlicht am 10.12.2004, 09:56 Uhr - 4069 Clicks - Nr. 666*

Jusos Dithmarschen wählen neuen Vorstand und setzten konstruktive Arbeit fort

Am 01.12.2004 traf sich der Juso-Kreisverband im Restaurant Theseus zur ordentlichen Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen des Kreisvorstandes. Dieses Ereignis wohnte der Juso-Landesvorsitzende Thorsten Nissen sowie die Ortvorsitzende der Heider SPD, Monika Jürgens, bei. Der Alte und neue Juso-Kreisvorsitzende, André Bretzke, wurde in seinem Amt mit einem großen Vertrauensbeweis bestätigt. Er verkündete nach seiner Wahl: „Der Juso-Kreisverband wird seine pragmatische Arbeit für die Jugend mit neuer Kraft fortsetzen und wir werden die Interessen der jungen Leute in der SPD sehr energisch vertreten."

Zu den beiden stellvertretenden Vorsitzenden wurden Pierré Marenziehn und Jessica Tönsen, beide aus Brunsbüttel, gewählt.

Das Amt der Kassiererin wird Jasmin Hammann aus Hemmingstedt weiter ausüben.

Neu wurde der Posten des Pressesprecher und des Schriftführers geschaffen. Dies wur-de in der vorhergehenden Satzungsdebatte einstimmig begrüßt. Alle Anwesenden waren sich einig, dass diese Posten geschaffen werden müssen, um die Arbeit der Jusos Dith-marschen zu verbessern.

Pressesprecher wurde Fait Strakerjahn aus Neuenkirchen, Schriftführer wurde Lars Böckmann aus

Heide.

Als letzte Wahlen standen die der Beisitzer auf der Tagesordnung. Beisitzer wurde Birthe Hofmann aus Heide, sowie Sven Gerhard aus Brunsbüttel.

André Bretzke nannte den neuen Vorstand nach der Wahl einen: „Neuen kompetenten Vorstand, der die schwierigen Aufgaben mit frischer Energie meistern wird."

Für die Richtigkeit:
Fait Strakerjahn, Pressesprecher

Für Rückfragen:
Fait Strakerjahn
Am Weißenmoor 4
25792 Neuenkirchen
Tel.: 04837-784
E-Mail: fait@gmx.de

Keine Kommentare

Jusos-Dithmarschen - *veröffentlicht am 10.12.2004, 10:05 Uhr - 3870 Clicks - Nr. 667*

Protokoll der Jahreshauptversammlung vom 01.12.2004 im Restaurant Theseus

Anwesende: siehe Anwesenheitsliste
Stimmberechtigte Anwesende: 16
Protokoll: Fait Strakerjahn
Beginn: 19.15 Uhr
Ende: 20.30 Uhr

TOP 1 Begrüßung, Genehmigung von Protokollen
André begrüßt alle Anwesenden zur ordentlichen Juso-Jahreshauptversammlung und freut sich über die rege Teilnahme.
Gleichzeitig schlägt André eine abgeänderte Tagesordnung vor:
- Unter TOP 3 wird ein neuer Punkt 4 eingeführt: Wahl einer Zählkommission
- Der neue Punkt 6 Beratung über Satzungsänderungsanträge soll erweitert werden in Beratung über Satzungsänderungsanträge und Beschluss
- TOP 7 Wahlen soll um folgende Punkte erweitert werden:
g) Wahl Delegierter zum Juso-Landesauschuss
h) Wahl Delegierter zur Juso-Landeskonferenz

Die abgeänderte Tagesordnung wird ohne Gegenstimmen angenommen.

TOP 2 Grußworte
Da die Gäste momentan fehlen, die Grußworte halten sollen, wird der TOP nachgelagert.

TOP 3 Wahl eines Wahlleiters/einer Wahlleiterin
André schlägt Wienke Lindemann als Wahlleiterin vor. Es gibt keine weiteren Vorschläge.
Wienke wird in offener Abstimmung einstimmig zur Wahlleiterin gewählt.

TOP 4 Wahl einer Zählkommission
Es werden Jan Dluzewski und Ingo Karschin als Mitglieder der Zählkommission vorgeschlagen. Es gibt keine weiteren Vorschläge.
Jan und Ingo werden in offener Abstimmung einstimmig als Zählkommission gewählt.

TOP 5 Bericht des Vorstandes mit anschließender Entlastung
Für den Vorstand hält André einen Tätigkeitsbericht der vergangenen Wahlperiode.
Stichwortartiger Inhalt des Berichts:
- der Juso-Kreisverband verfügt über 160 Mitglieder, die meisten davon sind leider passiv
- auf Drängen und Vorschlag des Juso-Kreisverbandes wurde der VpJ 2003 gegründet
- André nahm u. a. an einer Disk-Veranstaltung mit der AG 60+ als Podiumsteilnehmer teil
- U. a. ist für die kommende Wahlperiode eine Disk-Veranstaltung, eine Fahrradtour und ein Basketballturnier geplant
- Der Juso-Kreisverband tätigte keine nennenswerten Ausgaben in diesem Jahr André bittet nach dem Bericht um Entlastung des Vorstandes.

In offener Abstimmung votieren 13 Mitglieder bei 3 Enthaltungen für die Entlastung.
TOP 6 Beratung über Satzungsänderungsanträge und Beschluss
André stellt die Satzungsänderungsanträge des Kreisvorstandes vor:
- § 7 der Vorstand besteht aus 8-9 Personen, sowie Vorsitzende der Orts-Arbeitgemeinschaften sind gleichzeitig beratende Mitglieder im Kreisvorstand.
Kai Striebinger stellt den Antrag dass die Satzung in Richtlinie umbenannt werden soll.
Es liegen keine weiteren Anträge vor.
Die Anträge werden im Block abgestimmt und bei 3 Enthaltungen alle angenommen.

TOP 7 Wahlen
Wienke übernimmt die Tagesleitung.
Wahl von einem Vorsitzenden/einer Vorsitzender:
André Bretzke wird als Vorsitzender Vorgeschlagen, es liegen keine weiteren Vorschlä-ge vor.
Nach Auszählung der Stimmen votieren 15 Mitglieder mit Ja bei 1 Enthaltung und kei-ner Nein Stimme.
Damit ist André gewählt, er nimmt die Wahl an.
Wahl von einem 1. stv. Vorsitzenden/einer 1. stv. Vorsitzender:
Jessica Tönsen wird Vorgeschlagen, es liegen keine weiteren Vorschläge vor.
Nach Auszählung der Stimmen votieren 14 Mitglieder mit Ja bei 1 Enthaltung und keiner Nein Stimme. 1 Stimme ist ungültig.
Damit ist Jessica gewählt, sie nimmt die Wahl an.
Wahl von einem 2. stv. Vorsitzenden/einer 2. stv. Vorsitzender:
Pierré Marenziehn und Fait Strakerjahn werden Vorgeschlagen, es liegen keine weite-ren Vorschläge vor.
Nach Auszählung der Stimmen votieren 13 Mitglieder für Pierré sowie 2 Mitglieder für Fait mit Ja bei keiner Enthaltung und keiner Nein Stimme. 1 Stimme ist ungültig.
Damit ist Pierré gewählt, er nimmt die Wahl an.
Wahl von einem Kassierer/einer Kassiererin
Jasmin Hammann wird Vorgeschlagen, es liegen keine weiteren Vorschläge vor.
Nach Auszählung der Stimmen votieren 16 Mitglieder mit Ja bei keiner Enthaltung und keiner Nein

Stimme.
Damit ist Jasmin gewählt, sie nimmt die Wahl an.
Wahl von einem Pressesprecher/einer Pressesprecherin
Fait Strakerjahn wird Vorgeschlagen, es liegen keine weiteren Vorschläge vor.
Nach Auszählung der Stimmen votieren 14 Mitglieder mit Ja bei 2 Enthaltungen und keiner Nein Stimme.
Damit ist Fait gewählt, er nimmt die Wahl an.

Wahl von einem Schriftführer/einer Schriftführerin
Lars Böckmann wird Vorgeschlagen, es liegen keine weiteren Vorschläge vor.
Nach Auszählung der Stimmen votieren 15 Mitglieder mit Ja bei keiner Enthaltung und keiner Nein Stimme. 1 Stimme ist ungültig.
Damit ist Lars gewählt, er nimmt die Wahl an.
Wahl von Beisitzern/Beisitzerinnen
Birthe Hofmann und Sven Gerhard werden Vorgeschlagen, es liegen keine weiteren Vorschläge vor.
Nach Auszählung der Stimmen votieren auf der getrennten Liste für Birthe Hofmann: 14 Mitglieder mit Ja bei 2 Enthaltungen und keiner Nein Stimme.
Für Sven Gerhard stimmen 15 Mitglieder mit Ja bei einer Nein Stimme und keiner Ent-haltung.
Sven und Birthe sind damit gewählt, Sie nehmen die Wahl an.
Wahl von Delegierten für die Landeskonferenz:
Vorgeschlagen werden: Lars Böckmann, Pierré Marenziehn, André Bretzke, Birthe Hof-mann, Kai Striebinger, Julian Heinze und Jessica Thönsen
Die Stimmverteilung für die quotierte Liste:
Lars Böckmann: 4 Ja Stimmen
André Bretzke: 9 Ja Stimmen
Kai Striebinger: 6 Ja Stimmen
Julian Heinze: 2 Ja Stimmen
Pierré Marenziehn: 9 Ja Stimmen
Birthe Hofmann: 14 Ja Stimmen
Jessica Thönsen: 13 Ja Stimmen
Damit sind André, Pierre, Birthe und Jessica gewählt, alle nehmen die Wahl an.

Alle anderen sind automatisch Ersatzdelegierte.
Wahl von Delegierten für den Landesauschuss:
Vorgeschlagen werden: André Bretzke, Kai Striebinger, Birthe Hofmann, Fait Strakerjahn, Lars Böckmann und Corinna Sewtz.
Nach Auszählung der Stimmen entfallen die meisten Ja Stimmen auf Birthe Hofmann und Kai Striebinger.

Beide nehmen die Wahl an, alle anderen sind automatisch Ersatzdelegierte
Wahl von VpJ-Delegierten:
Vorgeschlagen werden Fait Strakerjahn, Lars Böckmann und Birthe Hofmann
Die Wahl erfolgt offen. Fait wird gleichzeitig als VpJ-Vorstandsmitglied vorgeschlagen.
Die Wahl der Delegierten erfolgt einstimmig.
Nachgelagerter TOP 2: Grußworte
Thorsten Nissen, der Juso-Landesvorsitzende begrüßt uns alle recht herzlich und richtet die besten Wünsche des Landesverbandes aus.
Auszüge seiner Rede:
- für die LTW wird der Juso-Landesverband sich die Themenkomplexe Jugend, Bildung,
- Ausbildung als Schwerpunktmäßige Wahlkampfthemen, vor allem für Jung-Wähler widmen
- Es können Schals für 5.-€ beim LV erworben werden

- Es gibt ab jetzt Kugelschreiber mit Juso-Logo, sowie Schlüsselbänder
- Es wird die Rote Küste dieses Jahr noch einmal geben
- Für den Jugendwahlkampf wird es u. a. 3 verschiedene Postkarten geben
- Es wird eine spezielle Wahlkampf-Homepage eingerichtet
- Es wird verstärkt auf SMS Wahlkampf gesetzt

Monika und Horst Jürgens richten die besten Grüße des Heider SPD-Ortsvereins aus. Horst macht den ergänzenden Vorschlag dass wir uns an die Gemeindevertretungen wenden sollten um an Adressen der Erstwähler zu gelangen um dementsprechend Wahlwerbung zu machen (z. B. durch einen Brief)
TOP 8 Anträge
Es liegen keine Anträge vor.
TOP 9 Verschiedenes
Es wird geplant evtl. Infostände in Brunsbüttel und Heide unter hinzuzug der SPD im Wahlkampf zu tätigen.

Nächste Kreisvorstandssitzung: Mittwoch, 12. Januar 19.00 Uhr Kreisbüro Heide
Terminleiste:
12.01.2005 Kreisvorstand Jusos
20.02.2005 Landtagswahl

F. d. R.

Fait Strakerjahn André Bretzke

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 10.12.2004, 14:36 Uhr - 4759 Clicks - Nr. 668*

MdL Neugebauer: Zuwendungen für zwei Rendsburger Ganztagsschulen

Die Grundschule Mastbrook und die Grund- und Hauptschule Altstadt erhalten im Jahr 2005 503.100 Euro bzw. 1.350.000 Euro aus dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung (IZBB)“ des Bundes.
Damit werden die Vorhaben der Grundschule Mastbrook und der Grund- und Hauptschule Altstadt, die jeweils ein Investitionsvolumen von 559.000 €uro bzw. 1.500.000 Euro haben, realisiert. Dies teilt der Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer, SPD, heute mit. Das Programm IZZB fördert Investitionen, die der Errichtung, der Weiterentwicklung oder dem Ausbau von Ganztagsschulen dienen. Insgesamt fließen aus diesem Programm 2.781.900 €uro in den Kreis Rendsburg – Eckernförde.
Insgesamt erhält Schleswig–Holstein für Ganztagsschulen aus dem Programm „Zukunft Bildung und Betreuung“ 33,4 Millionen Euro, so Neugebauer. Damit werden 2005 insgesamt 63 Vorhaben mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 37 Millionen Euro gefördert. Zehn Prozent der Summe bringen die Schulträger auf. „Das Programm ist außerordentlich erfolgreich“, so Neugebauer. „Die Beteiligung der Schulen und Schulträger war so groß, dass leider nicht alle Planungen berücksichtigt werden konnten. Vorrangig aufgenommen wurden Vorhaben, die in den vergangenen Jahren schon

begonnen wurden und nun weitergeführt werden sollen."
Die Zahl der Ganztagsschulen im Land ist auf 204 gestiegen. 181 davon sind offene und 23 gebundene Ganztagsschulen. Darüber hinaus gibt es an 40 weiteren Schulen Ganztagsangebote.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 10.12.2004, 14:48 Uhr - 5187 Clicks - Nr. 669*

MdL Neugebauer und MdB Mehl: Bundesweit einmalige Technik in den Ahlmannhallen



Nicht ohne Stolz führte der Vorstandschef der mobilcom AG, Dr. Thorsten Grenz, den Besuch aus Bundestag, Landtag und den Stadtvertretungen aus Rendsburg und Büdelsdorf durch den neuen Technikbereich.
Hubertus Heil, MdB-SPD, zugleich Sprecher der Bundestagsfraktion für Telekommunikation, aus Niedersachsen in Begleitung von Ulrike Mehl, MdB-SPD, und Günter Neugebauer, MdL-SPD, waren sehr beeindruckt von der Demonstration der technischen Einrichtungen im mobilcom-Neubau in den Ahlmannhallen. 260 der insgesamt fast 1100 Mitarbeiter in Büdelsdorf haben dort ihren Arbeitsplatz in der IT-Abteilung, der Finanzbuchhaltung und im Dokumentenmanagement, das mit einer in der Bundesrepublik einmaligen Robotertechnik ausgestattet ist.
Im anschließenden Gespräch mit Vorstand und Betriebsrat ging es auch um die Zukunft der Telekommunition mit dem novellierten Telekommunikationsgesetz. Der Konzern befände sich in seinem Kerngeschäft als Mobilfunk-Service-Provider in einem profitablen Wachstumskurs, erklärte Dr. Thorsten Grenz, die verbesserte Umsatz- und Kostenstruktur erlaube ein aus dem Ertrag des Kundenbestandes finanziertes Wachstum auf ca. 4,5 Millionen Kunden. Der Vorstand gehe für 2004 von einem deutlich positiveren Ergebnis als 2003 aus. Das macht natürlich auch Hoffnung für die Stadt Büdelsdorf auf steigende Gewerbesteuern. Zurückschauend auf die Krise des Konzerns bedankte sich der Vorstandschef noch einmal bei Ulrike Mehl und Günter Neugebauer für deren Einsatz zur Gewährung einer Landesbürgschaft und der Unterstützung durch den Bund.

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 13.12.2004, 11:22 Uhr - 1253 Clicks - Nr. 670*

Landesbibliothek bleibt Standbein der landesgeschichtlichen Forschung

Bei einem Besuch der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek in Kiel hat sich der Arbeitskreis Bildung und Kultur der SPD-Landtagsfraktion vom demnächst ausscheidenden Direktor der

Einrichtung, Prof. Dr. Dieter
Lohmeier, informieren lassen. Es ging dabei um die Angebote und Leistungen des Hauses, aber auch um die anstehenden Probleme, die insbesondere mit der Umstellung der Kataloge der Altbestände auf EDV und damit mit der Anbindung an vernetzte Bibliothekskataloge zusammenhängen.

Dazu erklärt der Vorsitzende des Arbeitskreises, Jürgen Weber:

Für jeden landeskundlich und landeshistorisch Interessierten ist die Landesbibliothek neben dem Landesarchiv in Schleswig die erste Adresse. Es ist sinnvoll, dass angesichts der unterschiedlichen Angebote und Strukturen beider Einrichtungen die Landesbibliothek mit ihrem Sitz in Kiel erhalten bleibt, insbesondere da eine räumliche Nähe zur CAU geboten ist.

Ziel muss es sein, eine zukunftsfähige Konzeption zu entwickeln, mit deren Hilfe die Kontinui- tät der Arbeit der Landesbibliothek gewahrt wird und künftige Aufgabenschwerpunkte festge- legt werden. Die SPD-Fraktion erwartet, dass die dafür vom Kulturministerium eingerichtete Arbeitsgruppe zügig zu einem tragfähigen Vorschlag kommt. Sie wird im Rahmen des Mögli-
chen die Bibliothek bei der Suche nach finanziellen Ressourcen zur Konvertierung ihres Altkataloges unterstützen."

Weber dankte Prof. Lohmeier für die in den vergangenen Jahren geleistete Arbeit.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 13.12.2004, 17:21 Uhr - 1518 Clicks - Nr. 671*

SPD-Engelsby: Erstens kommt es anders...

... und zweitens als man denkt.
So geschehen mit unserem Artikel über die Pfützen im Verbindungsweg zwischen der Mozartstr. und Max-Reger-Straße. Auf Nachfrage beim zuständigen Fachbereich 5 wurde uns mitgeteilt, dass sich dieser Fußweg nicht im städtischen Eigentum befindet.
Die Deutsche Annington (ehemals BIG) ist für die Unterhaltungsarbeiten zuständig. Somit ist verständlich, dass die Arbeiten nicht vom TBZ durchgeführt wurden.
Da dieser Sachstand erst nach Drucklegung unserer Stadtteilzeitung bekannt wurde, ist die Aussage, dass das TBZ die Arbeiten bereits erledigt hat, leider nicht richtig.

Keine Kommentare

SPD-Steinburg - *veröffentlicht am 14.12.2004, 09:02 Uhr - 7913 Clicks - Nr. 672*

Zum Bericht über ``Umzug, Knausern und Griff in die Rücklagen´´

Zum Artikel „Umzug, Knausern und Griff in die Rücklagen“ in der Norddeutschen Rundschau vom 11.12.2004
Es ist selbstverständlich ein harter monetärer Schlag für die CDU Steinburg, wenn sie für Verfehlungen und kriminelle Handlungen bezahlen muss, die sie letztendlich nicht zu vertreten hat.

Und dass jetzt Brötchen, Bierchen und Bouletten nicht mehr von der Partei übernommen werden, sondern jeder selbst zahlen muss, kann einen schon das Wasser in die Augen treiben.
Aber was mich wirklich erzürnt, ist der Nachsatz bei Hans Jörg Arp, dass er im Hauptberuf Gastwirt ist. Was soll mir denn dazu einfallen? Erklärt das vielleicht die schwache politische Arbeit von Herrn Arp, wie zum Beispiel seine Äußerungen im Fall der Katasterämter? Er sollte im Hauptberuf Politiker sein und sich an erster Stelle um die Menschen in Schleswig-Holstein kümmern und nicht Geschäftsmann und Gastwirt, der sich in erster Linie für sein eigenes Portemonnaie einsetzt. Aber hier zeigt sich ein Stück CDU Arbeit. Am Besten alles nebenbei und ohne wirkliches Know how, ohne ausreichende Informationen und mal eben so lässt sich keine gute Politik machen, auch nicht für Herrn Arp. Man kann nur hoffen, dass seine Bouletten besser schmecken als die Ergebnisse seines politischen Nebenjobs.

Stefan Eskierski
Pressesprecher SPD-Steinburg

Keine Kommentare

Lothar Hay, MdL - *veröffentlicht am 15.12.2004, 11:07 Uhr - 2362 Clicks - Nr. 673*

Bildungsqualität im gegliederten Schulwesen verbessern / PISA II

Kiel, den 15.12.2004 Landtag TOP 37 + 40

Lothar Hay: Nur wer sich ändert, bleibt sich treu
Ihr Antrag „Bildungsqualität im gegliederten Schulwesen verbessern“ ist zusammengefasst nichts anderes als die Fortsetzung des gegliederten Schulwesens. Von Weiterentwicklung ist in Ihrem Antrag nichts zu erkennen. Die von Ihnen formulierte Zielsetzung der deutlichen Trennung der drei Schulformen Hauptschule, Realschule und Gymnasium fast ohne jede Änderung zeigt nicht das geringste Verständnis für die notwendigen Konsequenzen, die aus Pisa I und aus Pisa II gezogen werden müssen.
Die gute Nachricht ist, dass die 15-jährigen Schülerinnen und Schüler aus Deutschland bei PISA 2003 besser abgeschnitten haben als bei PISA 2000. Leider gibt es keinen Anlass für die Annahme, dass sich die deutsche Schule auf dem richtigen Weg befindet und sich schon quasi von ganz allein nach vorn vorarbeiten wird.
Die große Stärke der PISA-Studie ist, dass sie nicht bei der Diagnose der Leistungsergebnisse stehen bleibt. Denn dass die Fähigkeit, Probleme zu lösen, gerade bei Hauptschülern und Gesamtschülern besonders gut entwickelt ist, macht ja deutlich, dass nicht die Hauptschüler und nicht die Hauptschullehrer, sondern die Hauptschule selbst das Problem ist.
- 2 -
Was die neue Studie so spektakulär macht, ist gerade das, was sich nicht geändert hat. Und dazu gehört an allererster Stelle der unerträgliche Befund, dass in der Bundesrepublik Deutschland noch immer die soziale Herkunft der entscheidende Faktor für die Bildungschancen ist. 44 % unserer Hauptschüler stammen aus den 25 % der Familien mit dem geringsten ökonomischen, sozialen und kulturellen Potenzial. Und 52,8 % der Gymnasiasten stammen aus den 25 % mit dem höchsten wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Status. Nur die Integrierten Gesamtschulen bieten ein ausgewogenes Bild.

Und damit sind wir – Sie haben es schon geahnt – bei der Frage, die für uns im Mittelpunkt der PISA-Debatte steht, nämlich der Frage nach dem Schulsystem. Ich gebe gern zu, dass sich auch die SPD dieser Frage viel zu spät gestellt hat. Wir alle sind unter den Bedingungen des gegliederten Schulsystems aufgewachsen, und so ist es verständlich, dass viele Menschen in Deutschland sich ein grundsätzlich anderes Schulsystem nur schwer vorstellen können.
Unser Schulsystem ist eine historische Sonderentwicklung, die die meisten anderen Länder schon lange hinter sich gelassen haben. Die soziale Aufspaltung der Schüler ist ein Erbe aus der Vergangenheit. Es ist einer der Fehler der Bundesrepublik, das Weimarer Schulsystem ohne grundsätzliche Veränderungen übernommen zu haben.
In den wichtigen Leistungsbereichen liegt Finnland weiter uneinholbar an der Spitze, Schweden etwas besser als wir und Dänemark mal vor, mal hinter Deutschland. Aber der entscheidende Unterschied ist eben, dass alle diese Länder die Bildungspotenziale der nachwachsenden Generation viel stärker ausschöpfen, als wir das tun. Denn die Gemeinschaftsschule, die wir fordern, ist eben keine Einheitsschule, die alle Kinder über einen Kamm schert. Wenn Kinder punktuelle Schwächen in ihrer Lernlaufbahn zeigen, besteht unsere Antwort heute nicht darin, sie individuell zu fördern, sondern wir zwingen sie, komplette Jahre zu wiederholen.
- 3 -
Die schönste Begründung dafür hat vor wenigen Tagen ein Sprecher des niedersächsischen Kultusministers geliefert, der gegenüber der Presse erklärte: „Die Nicht-Versetzung von Schülern ist eine gewachsene Tradition.“ Alles nach der Devise: „Das haben wir schon immer so gemacht.“ Für diese Art Traditionspflege sind uns allen unsere Kinder einfach zu schade.
Ich will nicht behaupten, dass sozialdemokratische Bildungspolitiker immer den Königsweg gefunden haben. Aber ich weise auch die Kolleginnen und Kollegen von der Opposition darauf hin, dass das Nachdenken über das dreigliedrige Schulwesen auch in ihren Reihen eingesetzt hat. Es war ein fraktionsübergreifender Beschluss von SPD und CDU im Saarland, die eigenständigen Hauptschulen aufzugeben. Und auch die sächsische CDU hat sich mit der SPD darauf verständigt, verstärkt Gemeinschaftsschulen zu genehmigen – das hat auch etwas mit den Folgen der demographischen Entwicklung für die Schulstrukturen zu tun. Es sind nicht nur die PISA-Ergebnisse, sondern es ist der uns jetzt auch im Westen einholende Rückgang der Schülerzahlen, der für zahlreiche Schulen die Bestandsfrage stellt.
Ich habe neulich an einer Veranstaltung mit dem Hamburger Pädagogen Peter Struck teilgenommen, der sagte, Deutschland stehe vor einem bildungspolitischen Scheideweg. Entweder werde die Schule wieder zur Paukanstalt der 50er Jahre mit Angst und Selektion – dass dies allerdings auch zu beachtlichen Leistungen führen kann, zeigen uns die Schulen in Südkorea und Japan. Oder wir orientieren uns an den Grundprinzipien der skandinavischen Schulen mit mehr Integration und mit mehr Motivation, mit selbständigen Schulen, die mit Recht für sich in Anspruch nehmen dürfen, der tägliche Lebensmittelpunkt der Schülerinnen und Schüler zu sein.
Wir Sozialdemokraten schlagen vor, den letzteren Weg zu gehen.
- 4 -
Wir schlagen vor, unser Schulsystem langfristig europäischen Standards anzupassen und uns von einem gescheiterten deutschen Sonderweg zu verabschieden. Wir schlagen vor, das, was in den ersten vier Jahren gut funktioniert, was uns die IGLU-Studie ja gezeigt hat, um weitere sechs Jahre zu ergänzen, nämlich die Schule für alle in den ersten zehn Schuljahren.
Die Gemeinschaftsschule ist nicht das Konzept eines Standardmodells, sondern seine Struktur ist flexibel und orientiert sich an den jeweils individuellen schulischen und regionalen

Rahmenbedingungen. Ein solcher Prozess wird mehr als zehn Jahre für seine Entwicklung in Anspruch nehmen. Von einem abrupten Systemwechsel kann also keinesfalls gesprochen werden und dieser ist auch nicht von uns beabsichtigt. Insofern wird es darauf ankommen, bestehende Angebote zu Gemeinschaftsschulen weiterzuentwickeln. Wir wissen, dass dies ein langer Weg sein wird. Ich kann unseren PISA-Koordinator Prof. Prenzel also beruhigen, einen „überstürzten Umbau des Schulsystems“ beabsichtigt niemand. Aber wir wollen uns nicht auf Dauer nur so schnell bewegen können, wie dies der Langsamste für richtig hält. Wir werden in der nächsten Legislaturperiode den Ausbau der Ganztagsschule weiter entschlossen vorantreiben.
Wir werden mit der Reform der Lehrerausbildung weiter machen.
Wir werden die Schulentwicklungsplanung überarbeiten.
Wir werden gemeinsam mit Lehrern, Schülern, Eltern und allen weiteren Beteiligten einen gemeinsamen Weg bei dem Ziel Gemeinschaftsschule gehen.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 16.12.2004, 00:39 Uhr - 5272 Clicks - Nr. 674*

MdB Ulrike Mehl: Die Reformen gehen weiter

veröffentlicht in der Eckernförder Zeitung am 15.12.2004

2004 war ein wichtiges Reformjahr. Die Gesundheitsreform trat in Kraft, eine umfassende Arbeitsmarktreform wurde auf den Weg gebracht, die Gewerbesteuerreform brachte den Kommunen mehr Geld in die Kassen und für die Betreuung von Kleinkindern und den Aus-bau von Ganztagsschulen wurden die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen.
2005 werden die Reformen weiter gehen, das machen wir auch mit dem unlängst verabschiedeten Haushalt 2005 deutlich.
Ein zentraler Punkt wird dabei die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleiben. Unsere Reformen in der Arbeitsmarktpolitik zielen darauf ab, von der Gewährung von Lohnersatzleistungen auf eine bessere Vermittlung und Aktivierung der Erwerbslosen umzusteuern.
Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum 1.1.2005 sorgen wir dafür, dass erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger die Chance erhalten, wieder Arbeit zu bekommen. Für die Wiedereingliederung von Arbeitslosen im Rahmen von Hartz IV stellen wir allein für 2005 6,3 Mrd. Euro zur Verfügung.
Wir setzen den Schwerpunkt auf junge Menschen unter 25 Jahren, damit ein frühzeitiger Ausschluss aus dem Erwerbsleben vermieden wird.
Arbeit muss anständig bezahlt werden, damit jeder, der arbeitet von seinem Einkommen seinen Lebensunterhalt ausreichend bestreiten kann.
Das gilt insbesondere auch für Familien. Insgesamt haben wir die finanziellen Leistungen für Familien von 40 Mrd. Euro (1998) auf 60 Mrd. Euro (2003) erhöht. Wir haben das Kindergeld für das 1. und 2. Kind um 42 Euro von 112 Euro auf 154 € im Monat erhöht. Allein dadurch hat heute eine Familie mit zwei Kindern im Jahr rund 1000 Euro mehr zur Verfügung als 1998.
Eltern mit geringem Einkommen erhalten ab 2005 einen Kinderzuschlag in Höhe von monatlich 140 € pro Kind. Eine Familie mit zwei Kindern und einem Nettoeinkommen von 1025 Euro erhält damit 280 Euro zusätzlich. Hinzu kommt das Kindergeld von 308 Euro. Damit verfügt die Familie über 1.613 Euro.

Wir dürfen uns aber nicht auf eine Diskussion um finanzielle Unterstützungsleistungen beschränken. Ebenso wichtig ist die Verbesserung der Infrastruktur für junge Familien und Alleinerziehende. Die

Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, ist eine vorrangige Aufgabe. Den Ausbau der frühkindlichen Kinderbetreuung haben wir beschlossen. Dafür werden bis 2010 pro Jahr 1,5 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt.
Mit der Förderung von Ganztagsschulen gehen wir einen weiteren richtigen Schritt. Wir haben deshalb das Ganztagsschulprogramm mit einen Volumen von 4 Mrd. Euro bis zum Jahr 2007 aufgelegt.

Auch mit unserer Steuerpolitik haben wir die Weichen in Richtung Entlastung der privaten Haushalte gestellt. Das steuerfreie Existenzminimum wurde von 6.322 € (1998) auf 7.664 € (2004) erhöht und der Eingangssteuersatz von 25,9 % (1998) auf derzeit 16,0 % (2004) gesenkt. Ab 2005 beträgt er 15,0 %. Davon profitieren vor allem die unteren und mittleren Einkommensbezieher.
Mehr als 70 Steuerschlupflöcher wurden geschlossen. Heute zahlen Einkommensmillionäre in Deutschland fast 6 Mrd. Euro mehr Steuern als vor vier Jahren.

Ich meine, das ist eine gute Bilanz, die uns in unserem Handeln bestärkt und Mut macht auch im kommenden Jahr den begonnen Reformprozess weiter aktiv zu begleiten und umzusetzen.

Keine Kommentare

Lothar Hay, MdL - *veröffentlicht am 16.12.2004, 09:23 Uhr - 2432 Clicks - Nr. 675*

Wir gehen auf die Überholspur

Kiel, den 15.12.2004 Nr. 235/2004

Zu der heute veröffentlichten Wahl-Umfrage des NDR erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Lothar Hay:
Wir geben Gas. Im neuen Jahr werden wir auf die Überholspur gehen und an der CDU vorbeiziehen. Am 20. Februar wird es dann wieder heißen: Die alte und neue Ministerpräsidentin ist Heide Simonis!

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 16.12.2004, 17:04 Uhr - 931 Clicks - Nr. 676*

Kirsten Tödt in der Sprechstunde der SPD am 23.12.2004

Kirsten Tödt, Stadtvertreterin der SPD, Mitglied im Haupt- und Finanz-Ausschuß und eine der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD, wird am Donnerstag, dem 23.12.2004, in der letzten Sprechstunde der SPD-Fraktion in diesem Jahr für alle Bürgerinnnen und Bürgern zur Verfügung stehen.

Die Sprechstunde findet, wie üblich, von 16.00 - 17.30 im Fraktionszimmer der SPD (A0.05) im Historischen Rathaus, statt. Kirsten Tödt ist dort auch unter der Telefon-Nummer 04551-964-348 zu erreichen.
Thema dieser Sprechstunde wird sein:

" Kein Weihnachtsmarkt 2004 in Bad Segeberg ?

Oder könnten es Geschäftsleute und Bürger es 2005 schaffen, dies ehrenamtlich und ohne die Stadtverwaltung zu organisieren ? "

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 17.12.2004, 11:26 Uhr - 5318 Clicks - Nr. 677*

Keine Sonderregelung für Fußball-WM-Eintrittskarten f. SPD-Bundestagsabgeordnete

Zu Pressemeldungen vom heutigen Tage über angebliche Mauscheleien bei der Vergabe von Eintrittskarten für die Fußball-WM 2006 in Deutschland erklärt der für Sportpolitik zuständige Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hans-Joachim Hacker:
Die SPD-Bundestagsfraktion distanziert sich von jeder Idee, für Bundestagsabgeordnete ein Sonderverfahren für den Erwerb von Eintritts-karten für die Fußball-WM 2006 zu regeln.

Es gibt für eine derartige Verfahrensweise weder einen Beschluss der Arbeitsgruppe Sportpolitik der SPD-Bundestagsfraktion noch eine Legitimation durch die SPD-Bundestagsfraktion.

Selbst wenn diese Idee von einzelnen Bundestagsabgeordneten weiter verfolgt werden sollte, steht fest:
Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich an einem derartigen Verfahren nicht beteiligen.

Keine Kommentare

SPD Bad Bramstedt - *veröffentlicht am 19.12.2004, 10:18 Uhr - 1611 Clicks - Nr. 678*

Prof. Klaus Klemm - Schulen müssen effektiver werden



Bad Bramstedt. Auf Einladung des SPD-Ortsvereins kam Prof. Klaus Klemm, Bildungs-forscher an der Universität Essen, nach Bad Bramstedt und erwies sich als profunder Kenner des deutschen Bildungssystems. Das Thema lockte zahlreiche Eltern und Lehr-kräfte in den „Kaisersaal“, so dass sich nicht nur ein interessanter Vortrag ergab, sondern auch eine rege Diskussion entspann.
Nach der Einleitung durch den SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Rainer Simon zeigte Klaus Klemm in geraffter Form die Ergebnisse der PISA-Studie und weiterer Untersuchungen auf. Als besondere Punkte wies er dabei auf die finanzielle Ausstattung des Bildungsbe-reiches und auf die Strukturen im deutschen gegliederten System hin.

Deutschland wende – je nach Zählweise – 4,3 bzw. 5.3 % des Bruttoinlandproduktes für Bildung auf, in Schweden sei es ein 1 % mehr und viele andere Länder überträfen Deustchland ebenfalls. In Euro würde dieser Unterschied zwischen Schweden und Deutschland bedeuten, dass wir auf die jetzt aufgewendeten 100 Milliarden Euro noch rund 40 Milliarden Euro jedes Jahr für Bildung aufstocken müssten, um einen vergleich-baren Stand zu erreichen. Das wolle er jetzt nicht sofort einfordern, aber es zeige deut-lich die Dimensionen, über die man reden müsse.
Und bei den Strukturen müssen man die PISA-Ergebnisse einmal sehr detailliert analysie-ren: Während Deutschland bei Grundschulen gute bis sehr gute Ergebnisse im interna-tionalen Vergleich habe, schwäche sich dies in den anderen Bereichen deutlich ab und bei den Gymnasien falle man ins untere Drittel im Vergleich mit anderen Ländern. Wie man vor diesem Hintergrund eine besondere Stärke in das dreigliederige Schulsystem hineininterpretieren könne, entziehe sich seinem Verständnis.
Er sah es als eine Verschwendung von Intelligenzresourcen an, wenn durch die frühe Selektion nach der vierten Klasse in Deutschland eine Vielzahl von Kindern unter- und überfordert werde. Beides führe zu Leistungsdefiziten.
Als prägnantes Beispiel führte Klemm an, dass eine Vergleichstudie in Rheinland-Pfalz ergeben habe, dass in einem 8. Jahrgang in Mathematik 20 % der Hauptschüler Aufga-ben auf Gymnasialniveau erledigen konnten, während 20 % der Gymnasiasten nicht das Hauptschulniveau erfüllten.
Klemm: „Im gegliederten deutschen Schulsystem wird zu früh, falsch und sozial einseitig sortiert. Und die Auslese sorgt in den "homogenen" Lerngruppen eher für Leistungsarmut und graues Mittelmaß.“ und an anderer Stelle „In Schulsystemen, die ihre Schülerinnen und Schüler länger als in Deutschland üblich gemeinsam lernen lassen und die dabei auch innerhalb der einzelnen Schule auf alle Formen äußerer Leistungsdifferenzierung verzichten, werden Leistungen erreicht, von denen das deutsche Schulsystem nur träu-men kann.“ Und schließlich „Das schwächste Viertel der deutschen Lernenden liegt ebenso wie das stärkste Viertel unterhalb des Leistungsniveaus der jeweiligen Ver-gleichsteilgruppen. Schon die TIMS-Mittelstufen-Studie hatte ja gezeigt, dass die durch-schnittlichen Leistungen der deutschen Gymnasiasten unterhalb der durchschnittlichen Leistungen der Gesamtheit der Schüler der führenden Länder lagen.“

Der Bildungswissenschaftler fordert dringliche Maßnahmen ein. Angesichts der zurück-gehender Geburts- und Bevölkerungsraten sei es enorm wichtig, diesen Nachwuchs ex-trem gut auszubilden, damit Deutschland weiterhin in der Weltwirtschaft im vorderen Feld mitspielen könne. Angesichts des politischen Umfeldes sieht er allerdings einen langen Weg vorgezeichnet. „Auch die Tests des Jahres 2006 bescheinigen wahrscheinlich Deutschlands Schulen Mittelmäßigkeit, vielleicht mit einer leicht nach oben weisenden Leistungskurve. Schließlich haben sich Öffentlichkeit und Politik in Deutschland darauf verständigt, die Ursachen der Misere weniger in den Schulen der Sekundarstufe zu se-hen als im Kindergarten und in der Grundschule. Der eingeschlagene Weg, das System von unten her zu verbessern, ist, wenn er überhaupt Erfolg bringen soll, ein langer Weg. Wer bei den Fünfjährigen anfängt, braucht eben zehn Jahre, bis die Fünfzehnjährigen besser geworden sind.“
Ob sich daraus langfristige Verbesserungen einstellen, bleibe fraglich. Wenn Deutschland weiter an seiner gegliederten Schulstruktur festhalte, begrenze es seine Verbesserungs-möglichkeiten. Unsere zehnjährigen Schüler, die noch gemeinsam zur Schule gehen, könnten international recht gut mithalten. Sobald die Schüler jedoch auf die verschiede-nen Schulformen verteilt werden, fielen die Leistungen ab. In den „differenziellen Lernmi-lieus“ werden gute Hauptschüler in ihrer Entwicklungsmöglichkeit ausgebremst und gute Gymnasiasten nicht sonderlich gefördert.
Alles in allem: Deutschlands Schüler werden sich im Mittelfeld verbessern, den Anschluss an die Champions League aber erst finden, wenn die muffige Schulstruktur aufgelöst wird, die Gängelung der Schulen ein Ende hat und wenn die Schulen so frei sind, dass man es ihnen zumuten kann, die Verantwortung für ihr Tun zu tragen.

Keine Kommentare

Astrid Höfs, MdL - *veröffentlicht am 19.12.2004, 19:46 Uhr - 2345 Clicks - Nr. 679*

Chancen für das Bundeswehrgelände in Bad Segeberg

Chancen für das Bundeswehrgelände Bad Segeberg
Autobahnpolizei in jetziger Kaserne?

In einem überschaubaren Zeitrahmen wird sich die Verkehrssituation im südlichen Schleswig-Holstein, insbesondere im Kreis Segeberg, deutlich ändern.
Der Ausbau der A 21 – der Lückenschluss zwischen Negernbötel und Bornhöved – schreitet deutlich voran und soll voraussichtlich 2007 fertiggestellt werden.

Der Ausbau der A 20 von Lübeck in Richtung Bad Segeberg soll nach bisherigen Planungen zunächst bis Geschendorf in 2008 und dann bis Bad Segeberg fertiggestellt werden.
Landtagsabgeordnete Astrid Höfs aus Wahlstedt bat deshalb den Innenminister des Landes Schleswig-Holstein Klaus Buß zu überprüfen, ob das zuständige Autobahnrevier Bad Oldesloe dann überhaupt noch in der Lage ist, weitere Teilstücke der A 20 und A 21 zu betreuen oder ob für die polizeiliche Betreuung eine Dienststelle der Autobahnpolizei bei Bad Segeberg eingerichtet werden sollte.
Vom Standort der Lettow-Vorbeck-Kaserne an der B 206 kann in wenigen Minuten die jetzige A 21 (AS Bad Segeberg) und auch die künftige A 20 (AS Wittenborn) erreicht werden. Die Lettow-Vorbeck-Kaserne wird ja in absehbarer Zeit aufgelöst.
Die Politikerin bat nun Minister Buß zu prüfen, ob in den jetzigen Gebäuden der Kaserne eine Dienststelle der Autobahnpolizei eingerichtet werden kann.
Zu prüfen wäre auch, ob hier ggf. das Polizeibezirksrevier untergebracht werden könnte, um Platz für die künftige Polizeibehörde Segeberg – Pinneberg zu schaffen.

Nach dem Gespräch, dass Höfs gemeinsam mit dem Vorsitzenden der SPD aus Bad Segeberg Otto Marquardt mit Bürgermeister Hampel führte, ist ganz deutlich, dass noch zündende Ideen für die Konversion der Bad Segeberger Kaserne fehlen. In jedem Falle muss für jeden der betroffenen Standorte eine individuelle Lösung gefunden werden. Astrid Höfs: „Der Bürgermeister könnte zu einem runden Tisch einladen, an dem außer den Mitgliedern der Verwaltung und den Politikern auch Bürger und Bürgerinnen der Stadt teilnehmen, um möglichst viele Aspekte in die Findung geeigneter Maßnahmen einfließen zu lassen.

Ich begrüße es außerordentlich, dass die SPD-Bundestagsfraktion einen Antrag beschlossen hat, der den von Standortschließung betroffnen Kommunen bei der Bewältigung der Konversionen helfen soll. Kernstück der Forderung ist unter anderem, dass die Kommunen Grundstücke aus Bundeswehrbesitz günstig erwerben können, um sie anderweitig zu nutzen. Steigt danach der Wert des Areals, soll der Bund an den Gewinnen beteiligt werden. Selbst bei Verdacht auf Altlasten sollen alsbald Untersuchungen eingeleitet werden – natürlich auf Kosten des Bundes. Dies wird den Kommunen schnell Chancen eröffnen, die Liegenschaften einer anderen Nutzung zuzuführen.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 20.12.2004, 14:02 Uhr - 747 Clicks - Nr. 680*

CDU und Grüne wollen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ans Leder!



Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller erklärt zum Antrag der SPD-Fraktion zur Beibehaltung der Rahmendienstvereinbarung zwischen der Stadt und ihren Mitarbeitern:
"Die SPD-Fraktion setzt sich für den Erhalt der Rahmendienstvereinbarung ein.
Wir unterstützen damit die Beschäftigten und Frau Volquartz. Denn letztere hat immer wieder erklärt, dass die Vereinbarung nicht zur Disposition steht.
Schwarz-Grün torpediert mit dem Antrag zur Kündigung der Vereinbarung den laufenden Prozess der Modernisierung unserer Verwaltung. Sie machen die Beschäftigten zu einer Manövriermasse. Schwarz-Grün setzt auf das System der Angst um die Arbeitsplätze und den Standard der Einkommen.
Die SPD will Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich frei von Angst für die Stadt und ihre Menschen engagieren."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 20.12.2004, 14:04 Uhr - 682 Clicks - Nr. 681*

Treppenwitz in Schilksee



Die Mittel, die im Haushaltsentwurf der Verwaltung vorgesehen waren, um in Schilksee eine unterspülte Treppe an der Steilküste zu ersetzen, wurden auf Antrag von CDU und Grünen im letzten Finanzausschuss gestrichen.
"Diese Entscheidung ist für mich nicht nachvollziehbar," meint die Schilkseer Ratsfrau Gesine Stück.
"Ist sie vielleicht aus Unkenntnis der Situation vor Ort getroffen worden? Heute steht die alte Treppe noch, aber nach dem nächsten Sturm kann sie weg sein." Hätte man, statt zu streichen, die Mittel mit einem Sperrvermerk im Haushalt versehen, wäre das Geld im Notfall da und würde erst im Falle der Unterspülung freigegeben werden.
"Wir hatten vor 2 Jahren schon einmal die Situation, dass die Treppe wegen Baufälligkeit gesperrt wurde. Da sind viele Leute die Steilküste direkt runtergegangen und haben somit den Abbruch beschleunigt. Eine funktionstüchtige Treppe ist aktiver Küstenschutz und ein wichtiger Baustein für den Fördewanderweg, im besonderen sowie den Tourismus im allgemeinen," erklärt Gesine Stück.

Keine Kommentare

Lothar Hay, MdL - *veröffentlicht am 21.12.2004, 09:30 Uhr - 2349 Clicks - Nr. 682*

Historische Chance vertan

Kiel, den 17.12.2004 Nr. 247/2004

Zum Scheitern der Föderalismusreform erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Lothar Hay:

Eine historische Chance ist vertan. Es gibt keine Gewinner, nur Verlierer.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 21.12.2004, 15:10 Uhr - 657 Clicks - Nr. 683*

Hahn und Möller zu Ideen der Innenstadt: Wunschzettel erfüllbar - Frau Volquartz



Die SPD-Ratsleute Jürgen Hahn und Alexander Möller äußern sich zu den veröffentlichten Forderungen aus der Kieler Innenstadt:
"Die Kieler Kaufmannschaft zeigt, dass sie die Zukunft unserer Stadt mitgestalten will.
Frau Volquartz sollte sie nicht verprellen, sondern die Vorschläge aufnehmen. Die Ideen der Kaufmannschaft decken sich in vielen Punkten mit denen, die die SPD-Fraktion in diesem Jahr in die Ratsversammlung eingebracht hat. Das sollte Frau Volquartz jedoch nicht von deren Realisierung abhalten."

Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Hahn erklärt weiter: "Frau Volquartz müssen die Ohren vorweihnachtlich klingeln. Die Kritik der Kaufmannschaft an ihrer Vorstellung von Kiel Marketing ist überdeutlich. Eine Gesellschaft Kiel Marketing ohne die Wirtschaft ist aber nicht vorstellbar. Unsere Fraktion hat frühzeitig auf den Konstruktionsfehler hingewiesen: Die Kaufmannschaft akzeptiert keine städtische Mehrheit und ohne städtische Mehrheit können keine städtischen Marketingaufgaben vergabefrei an die Gesellschaft übertragen werden. Das aber hat Frau Volquartz gegen unseren Rat immer gewollt. Es wird deutlich: Frau Volquartz kann es nicht."

"Stadtmarketing müssen alle Kräfte in einer Stadt zusammen machen. Frau Volquartz als Vorstandsmitglied von Kiel Marketing ist in der Pflicht zur Zusammenarbeit. Diese Zusammenarbeit muss sich auch auf den Einzelhandel in den Stadtteilen erstrecken, von Schilksee bis Dietrichsdorf", sagte Alexander Möller. Er habe die Hoffnung, dass es in der Stadt eine breite Mehrheit zur Zusammenarbeit trotz der anfänglichen Schwierigkeiten mit der amtierenden Wirtschaftsdezernentin gebe.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 21.12.2004, 16:12 Uhr - 793 Clicks - Nr. 684*

Vogelsang: Stadtteilbüchereien erhalten - auf Fahrbüchereien verzichten



Der schul- und sportpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Bernd Vogelsang erklärt zur Vertragsunterzeichnung zwischen Stadtbücherei und Büchereiverein: "Die Verwaltung setzt sich nicht dafür ein, das flächendeckende Angebot bei den Stadtteilbüchereien zu erhalten.
Büchereien müssen für Kinder und Jugendliche gut erreichbar und attraktiv ausgestattet sein. Stattdessen setzen CDU und Grüne auf Angebotseinschränkungen mit Fahrbüchereien. Als erster Schritt erfolgt der Beitritt zum Büchereiverein. Damit werden die formalen Voraussetzungen geschaffen, um Fahrbüchereien einzukaufen und die bestehenden Stadtteilbüchereien abzuschaffen."

Keine Kommentare

Dr. Gitta Trauernicht, MdL - *veröffentlicht am 22.12.2004, 13:11 Uhr - 2088 Clicks - Nr. 685*

Ohne Solidarität keine Gerechtigkeit

Gitta Trauernicht in Husum beim Herbstgespräch des Theodor-Schäfer-Berufsbildungswerk:

"Mein Leitbild für eine moderne Sozialpolitik heißt:
Mehr Solidarität wagen- Bürgergesellschaft bauen"

"Das übergreifende Leitbild einer modernen Sozialpolitik heißt für mich: ´Mehr Solidarität wagen - Bürgergesellschaft bauen´. In Abwandlung dieser Vision Willy Brandts will ich der Erstarrung, der Verhärtung und manchen gegen die Menschen gerichteten Dogmen eine neue Formel entgegengehalten. ´Mehr Solidarität wagen´ soll eine Wertediskussion auslösen und Hoffnung geben. Wir brauchen ein neues Verhältnis von Staat und Gesellschaft, eine neue kooperative und partnerschaftliche Aufgabenverteilung. Wir müssen den Wandel gemeinsam gestalten, weil unser Land sozial sein muss. Die richtige Überschrift dazu ist: Aufbruch zu mehr Verantwortung, Leistung und mehr Solidarität", sagte Sozialministerin Dr. Gitta Trauernicht am 9. Dezember in Husum in ihrer Rede bei dem so genannten Herbstgespräch des Theodor-Schäfer Berufsbildungswerkes.

An die erste Stelle der Leitbilddiskussion, die die Gesellschaft führen muss, gehören aus ihrer Sicht:

Das Prinzip "Schultern":
Starke tragen mehr als Schwache, und alle Einkommen sind diesem Prinzip unterworfen.

Das Prinzip "Eins für alle":
Alle Menschen zahlen in ein Solidarsystem, das Privileg privaten Ausstiegs in eigene Sicherungssysteme wird überwunden.

Das "Kombi-Prinzip":
Abgestimmte Finanz- und Sozialpolitik kombinieren Verteilungs- und Belastungsgerechtigkeit, steuern den zukunftsfähigen Umstieg in vermehrte Steuerfinanzierung zur Abkoppelung des Sozialbudgets von den Arbeitskosten.

Das Prinzip "Alle für Kinder":
Kindererziehende werden entlastet, gefördert, unterstützt: finanziell, organisatorisch, vor Ort. Das ist über Steuern und damit von allen zu finanzieren, nicht mehr über Beiträge der Beschäftigten und zu Lasten von Unternehmen.

Trauernicht: "Sozialpolitik der Zukunft braucht ein gesellschaftliches Klima von lebendiger Solidarität. Gelebte Solidarität, bürgerschaftliches Engagement sind Schätze, die gehütet und gepflegt werden müssen, vor allem aber auch: konsequent genutzt werden müssen. Sozialpolitik kann eben nicht gelingen, wenn sie ausschließlich als Aufgabe und Verantwortung des Staates angesehen wird. Sie gelingt am besten dort, wo Hilfen in einem arbeitsteiligen Miteinander von Einzelnen, natürlichen Gemeinschaften, bürgerschaftlichen Organisationen und Staat erbracht wird."

Der Staat wacht, so Gitta Trauernicht, über den obersten Grundsatz einer zeitgemäßen Sozialpolitik: die Würde des Menschen ist unantastbar. Niemand darf benachteiligt werden, niemand verloren gehen. Sozial gerecht ist, wenn jeder seinen Beitrag zur Gesellschaft nach seinen Fähigkeiten und seiner Leistungsfähigkeit leistet und jedem dieses für die Gemeinschaft auch abverlangt wird. "Die Eingangsfrage lautete: Sozialpolitik neu erfinden? Meine Antwort: Ja - und für die ´Denkfabrik´ brauchen wir auch die Bürgerinnen und Bürger. Es gibt viel Arbeit, dazu lade ich alle herzlich ein."

Keine Kommentare

SPD-Mildstedt - *veröffentlicht am 22.12.2004, 16:38 Uhr - 1696 Clicks - Nr. 686*

Aus der Gemeindevertretung

Aus der Gemeindevertretung.

Umwandlung des Nadelholzwaldes in einen Laubwald.

In Mildstedt soll die Monostruktur des Nadelwaldes aufgehoben werden. Durch die Schaffung eines Laubwaldes bzw. Mischwaldes wird ein gesundes Wachstum des Waldes in unserer Region angestrebt. Für die Maßnahme Laubwald statt Nadelwald werden Fördermittel in Höhe von 85 % der Nettokosten zur Verfügung gestellt. Für eine Waldfläche von 1,75 ha im Mildstedter Wald müssen 6.600,00 € selbst aufgebracht werden. Durch Holzverkauf und Beteiligung der Waldgenossenschaft an diesem Programm entsteht der Gemeinde eine tatsächliche Belastung von 2.500,00 €. Für einen gesunden Wald und damit einer besseren Umwelt ist das Geld sicherlich gut angelegt.

Rückübertragung der Feuerwehraufgaben vom Amt Treene auf die Gemeinde Mildstedt.

Im Frühjahr 2004 beschloss die Gemeindevertretung die Rückübertragung der Feuerwehraufgaben auf die Gemeinde. Die Übernahme soll zum 01.02.2005 erfolgen. Auf Einspruch des Amtes wurde die Kündigung zunächst bis zum 30.09.2004 ausgesetzt. Das Amt Treene und die umliegenden Gemeindewehren versprachen für die gemeinsame Fortführung ein tragbares Konzept vorzulegen. Allerdings geschah bis in den Herbst hinein nichts, was auf eine konstruktive Änderung hindeutete. Inzwischen ist zwar anzuerkennen, dass der Feuerwehrstrukturkreis jetzt, nach dem die Kündigung

ausgesprochen wurde; erste Vorschläge und Denkanstöße lieferte. Allerdings kommen diese zu spät. Der Versuch, die Forderung von Mildstedt a la Helmut Kohl auszusitzen, ist damit gescheitert. Wir sind gespannt, wie die Kommunalaufsicht den Einspruch des Amtsausschusses bewerten wird.

1. Nachtragshaushaltssatzung 2004.

Seit langem konnte in diesem Jahr der Nachtragshaushalt nicht ausgeglichen werden. Schuld daran sind die gestiegenen Kosten im Verwaltungshaushalt, der einen Fehlbedarf von 144.000,00 € aufweist. Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben hat sich immer weiter geöffnet. So gingen die Einnahmen um 75.000,00 € zurück, während die Ausgaben um 69.200,00 € stiegen.
Durch die Zustimmung zur Aufnahme eines Kredites in Höhe von 40.000,00 € ist es möglich, zumindest den Vermögenshaushalt auszugleichen. Laut Aussage des Finanzausschussvorsitzenden seien alle Einsparungsmöglichkeiten ausgeschöpft worden.
Durch die Mindereinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen und der Einkommenssteuer verpufften die Sparmaßnahmen. Gemildert wird die angespannte Lage durch die Zahlung von 50.000,00 € Gewerbesteuer. Dies ist allerdings nur eine einmalige Zahlung. Man darf gespannt sein, wie die finanzielle Entwicklung weitergeht.

Gemeindevertretung verzichtet auf Weihnachtsfeier.

Die angespannte Haushaltslage führt in diesem Jahr dazu, dass eine Weihnachtsfeier wie in den letzten Jahren entfallen wird. Die Gemeindevertretung macht damit deutlich, dass gespart werden muss. Die sonst auf den Weihnachtsfeiern vorgenommenen Ehrungen, Verleihung des Umweltpreises der Gemeinde und Verabschiedungen von Mitarbeitern der Gemeinde und des Amtes werden sicherlich in einem anderen Rahmen durchgeführt.

Führungen im Naturerlebnisraum.

Der Förderverein Naturerlebnisraum unter dem Vorsitzenden Klaus Hinrichs hat unter Federführung von Herrn Mäurer einen Exkursionsführer erstellt.
Es ist beabsichtigt, ab dem Frühjahr 2005 Führungen über: Planung und Entstehung des NER, Flora und Fauna im NER und den Mildstedter Tannen, kulturelle Besonderheiten und über die Trinkwassergewinnung interessierten Bürgern und Gruppen von ehrenamtlichen Bürgern anzubieten.

Sonderpreis für Mildstedt.

Mildstedt erhielt den Sonderpreis des Heimatbundes "für ihre zukunftsorientierte Umweltbildungsarbeit". Besonders die Arbeit und die Projekte unter der Leitung von Herrn Hingst wurden gewürdigt. Herr Hingst ist Lehrer an der Grund- und Hauptschule Mildstedt.

Keine Kommentare

SPD-Mildstedt - *veröffentlicht am 22.12.2004, 16:43 Uhr - 2012 Clicks - Nr. 687*

Schulentwicklung.

Schulentwicklung.
(von Ulf von Hielmcrone)

Kommunalpolitiker müssten alarmiert sein, Schulpolitiker sowieso. Die Schülerzahlen werden in den nächsten Jahren dramatisch abnehmen. Haben wir es zur Zeit noch mit einem „Schülerberg“ zu tun, so wird sich dies in den nächsten Jahren in das genaue Gegenteil verkehren. Im Jahr 2010, also in etwa sechs Jahren wird es allein in Nordfriesland 18,1 % weniger Kinder im Alter bis zu fünf Jahren als im Vergleichsjahr 2000 geben. Im Land Schleswig-Holstein wird die Zahl der Kinder zwischen 6 und 10 Jahren bis 2015, also in etwa 10 Jahren, sich um fast 25 % reduzieren.

Der Grund hierfür ist einfach: Es handelt sich um den Echoeffekt des Pillenknicks. Also: Durch den Pillenknick wurden wesentlich weniger Kinder geboren, die nun wiederum weniger Kinder zeugen. Für unser Land ist die Entwicklung durchaus negativ. Nicht zuletzt wird die Wirtschaft erheblich darunter leiden, weil sie zu wenig Kräfte haben wird. Die Antwort der Politik wäre unter anderem die, bessere Betreuungsverhältnisse für Kinder zu schaffen, damit die Möglichkeit weiter besteht, dass Mütter weiterhin berufstätig bleiben können.
Für die Schulen bedeutet die Entwicklung: Wir brauchen weniger Schulen, und es muss zu einer Neustrukturierung unseres Schulsystems kommen. Dies ist für den ländlichen Raum gefährlich. Ohne ausreichende Schulen kommt es zur Abwanderung, was wir alle nicht wollen.
Was können wir dagegen tun? Die Antwort der Landesregierung ist die Gemeinschaftsschule, also eine Schule für alle Kinder, die aber in sich stark gegliedert ist und durchlässig je nach Leistung des Kindes; also keine Gesamtschule, aber eine Abkehr von dem gegliederten Schulsystem in unterschiedlichen Schulen. Eine zukünftige Gemeinschaftsschule, die auf der Grundschule aufbaut (also Sekundarstufe I), könnte eine Orientierungsstufe von zwei Klassen umfassen und jeweils einen Haupt-, Real- und Gymnasialzug, die unter einander durchlässig gestaltet werden müssen. Danach schlösse sich dann die gymnasiale Sekundarstufe II gegebenenfalls an einem anderen Ort an. Andere Modelle sind möglich und können vom Schulträger gewählt werden. Allen aber muss gemeinsam sein: Eine deutliche Förderung des einzelnen Schülers. Es gibt nämlich noch eine weiter erschreckende Tatsache: Unser Schulsystem ist durchlässig, aber eigentlich nur nach unten. Im Schuljahr 2002/03 sind in Schleswig-Holstein 3.243 Schülerinnen und Schüler innerhalb des gegliederten Schulsystems abgestiegen und nur 486 aufgestiegen. Genau das aber können wir uns nicht mehr leisten, und wir von der SPD wollen das auch nicht.

Deswegen am 20. Februar 2005 SPD wählen!

Keine Kommentare

SPD-Mildstedt - *veröffentlicht am 22.12.2004, 16:48 Uhr - 1953 Clicks - Nr. 688*

Sieben falsche Behauptungen zu Hartz IV

Über Hartz IV sind viele Fehlinformationen im Umlauf, die zur Verunsicherung der Öffentlichkeit führen. Das nützt niemandem. Deshalb machen wir deutlich, was erreicht werden soll: Wir wollen Hilfe aus einer Hand. Mit Hartz IV gibt es künftig eine einheitliche Grundsicherung für alle Arbeitsuchenden. Das Ziel ist eine bessere Vermittlung Langzeitarbeitsloser. Dadurch erhöhen sich ihre Aussichten, wieder Arbeit zu finden. So kann Arbeitslosigkeit abgebaut werden.
Die SPD-geführte Bundesregierung hat in zwei Punkten Verbesserungen vorgenommen:

Jeder, der Anspruch auf die neue Leistung Arbeitslosengeld II hat, erhält die erste Zahlung am 1. Januar 2005.

Für Kinder gibt es einen einheitlichen Freibetrag von 4.100 Euro ab der Geburt.

Über Hartz IV sind viele Fehlinformationen im Umlauf, die zur Verunsicherung der Öffentlichkeit führen. Das nützt niemandem. Deshalb machen wir deutlich, was erreicht werden soll: Wir wollen Hilfe aus einer Hand. Mit Hartz IV gibt es künftig eine einheitliche Grundsicherung für alle Arbeitsuchenden. Das Ziel ist eine bessere Vermittlung Langzeitarbeitsloser. Dadurch erhöhen sich ihre Aussichten, wieder Arbeit zu finden. So kann Arbeitslosigkeit abgebaut werden.
Die SPD-geführte Bundesregierung hat in zwei Punkten Verbesserungen vorgenommen:

Jeder, der Anspruch auf die neue Leistung Arbeitslosengeld II hat, erhält die erste Zahlung am 1. Januar 2005.

Für Kinder gibt es einen einheitlichen Freibetrag von 4.100 Euro ab der Geburt.

Sieben falsche Behauptungen zu Hartz IV:

Behauptet wird:
Wer arbeitslos wird, landet in der Sozialhilfe.

Richtig ist:
Wer sozialversicherungspflichtig beschäftigt war und arbeitslos geworden ist, erhält zunächst Arbeitslosengeld aus der Arbeitslosenversicherung. Nach Ablauf der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes erhält jeder - sofern bedürftig - künftig Arbeitslosengeld II. Arbeitslosengeld II ist steuerfinanziert und keine Versicherungsleistung mehr. In den ersten beiden Jahren bezieht der Empfänger einen abgestuften Zuschlag. Damit wird der Übergang abgefedert. Das Arbeitslosengeld II ist jedoch nicht mit der Sozialhilfe vergleichbar, denn Sozialversicherungsbeiträge werden auch vom Staat gezahlt. Zudem sind die Freibeträge bei der Vermögens- und Einkommensanrechnung deutlich höher als im Sozialhilferecht.

Behauptet wird:
Die Altersversorgung muss aufgelöst werden.

Richtig ist:
Gesetzliche Rente und Riester-Rente werden nicht angetastet. ALG-11-Bezieher und Partner dürfen je 200 Euro pro Lebensjahr zurücklegen (insgesamt bis zu je 13.000 Euro). Für Gelder, die der Altersvorsorge dienen, darf man noch einmal einen Freibetrag von 200 Euro pro Lebensjahr, maximal 13.000 Euro je Partner sparen. Eine Auszahlung vor der Rente muss aber ausgeschlossen sein. Auch Lebensversicherungen müssen nicht aufgelöst werden, wenn der Verkaufserlös mehr als zehn Prozent unter den eingezahlten Beträgen liegt.

Behauptet wird:
Die Menschen müssen massenhaft aus ihren Wohnungen.

Richtig ist:
Die Kosten für Wohnung und Heizung werden übernommen, wenn sie angemessen sind. Aber alle Statistiken zeigen, dass die meisten künftigen Bezieher von Arbeitslosengeld II schon jetzt in angemessenen Wohnungen leben. Deshalb wird es keine „Massenumzüge" geben. Auch selbst genutztes angemessenes Wohneigentum bleibt unangetastet.

Behauptet wird:
Kinder haften für ihre Eltern.

Richtig ist:
Minderjährige Kinder dürfen bis zu 4.100 Euro auf ihrem Sparbuch behalten. Erst wenn sie über mehr Sparvermögen verfügen, das über diesen Freibetrag hinausgeht, wird ihr Anteil am Arbeitslosen-geld-ll entsprechend gekürzt. Tatsächlich werden diese Freigrenzen in der Realität kaum erreicht.

Behauptet wird:
Jeder Job ist zumutbar- auch zu Dumpinglöhnen.

Richtig ist:
Zwar muss prinzipiell jede Arbeit angenommen werden. Nur dann nicht, wenn sie sittenwidrig oder unzumutbar ist. Sittenwidrig ist eine Arbeit auch dann, wenn der Lohn 30% unter dem Tariflohn liegt. Unzumutbar ist z. B., wenn ein arbeitsloser Pianist auf dem Bau arbeiten soll.

Behauptet wird:
Es wird gefordert, aber nicht gefördert.

Richtig ist:
Das zentrale Ziel von Hartz IV ist die Vermittlung in Arbeit und Qualifizierung. 6,35 Milliarden Euro stehen für Eingliederungsleistungen zur Verfügung. Das bedeutet eine Steigerung um 27 Prozent. Sozialhilfeempfänger haben Anspruch auf die Arbeitsförderungsleistungen der Arbeitsagenturen. Jeder Jugendliche unter 25 Jahren erhält jetzt ein Angebot auf Arbeit, Qualifizierung oder eine Beschäftigungsmaßnahme.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 23.12.2004, 09:06 Uhr - 809 Clicks - Nr. 689*

Schulz: Hürden für Migrantenfamilien werden von CDU und Grünen nicht beseitigt



Der migrantenpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Wolfgang Schulz erklärt zu der heutigen Berichterstattung über Migrantenfamilien in den Kieler Nachrichten:

"Mit dem ab dem 1.1.2005 in Kraft tretenden Zuwanderungsgesetz wollen SPD und Grüne Verbesserungen für Migrantenfamilien erreichen. Die SPD-Fraktion wollte für die Kieler Migrantenfamilien mit dem Haushalt 2005 Kinderbetreuung bei den vorrangigen Sprach- und Orientierungskursen anbieten.
Dieses fehlende Angebot ist eine Barriere für die Kursteilnahme. Gegen eine Eigenbeteiligung sollten Migranteneltern die Betreuung nutzen können. Eine "organisatorische" Hürde wäre beseitigt worden.
Für die Kieler Migrantenfamilien ist es fatal, dass CDU und Grüne die SPD-Initiative mit der von "Sozial"stadtrat Möller vorgetragenen Begründung, die Stadt sei hierbei nicht für Folgekosten von Bundesgesetzen verantwortlich, verworfen haben.
Insbesondere von den Grünen hätten wir Unterstützung für eine schnelle Hilfestellung zur Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes ab Januar 2005 erwartet. Die Abstimmung gegen den SPD-Antrag durch

den Grünen Ratsherrn Ghaznavi, seiner Fraktion und der CDU, dürfte für die Migranten in Kiel nicht nachvollziehbar sein. Die SPD bedauert, dass sie sich in dieser die Migranten betreffenden Angelegenheit nicht auf die kommunalen Grünen verlassen kann."
Kommentar von Peter S. aus Gaarden vom 30.12.2004, 20:28 Uhr:
RE:Schulz: Hürden für Migrantenfamilien werden von CDU und G
Liebe SPD,
wie viele Hürden sollen denn eigentlich noch für die Migranten beseitigt werden? Es ist an der Zeit, dass von den insbesondere türkischen Familien auch endlich mal eine Gegenleistung kommt und sie sich endlich integrieren und anpassen. Das der mangelnde Wille dazu endlich in der öffentlichen Diskussion ist, hat nichts mit Diskriminierung zu tun, sondern ist eine völlig normale Reaktion. Wenn ich in einem anderen Land langfristig leben möchte, habe ich mich den dort vorherrschenden Gewohnheiten und der Kultur auch anzupassen. Davon ist in Gaarden, wo Herr Schulz Ratsherr ist, weit und breit aber rein gar nichts zu sehen. Ganz im Gegenteil leben sie dort in einer eigenen Gesellschaft und halten sich an keinerlei Regeln mehr. Hier können wir eine der gefährlichen Parallelgesellschaften glasklar beobachten. Ich war und bin immer gerade als SPD-Anhänger sehr tolerant, aber mit dem abenteuerlichen Verhalten der überwiegenden Türken in Gaarden muss nun Schluss sein. Herrn Schulz muss ich nach dieser Pressemeldung endgültig leider den Sinn für Realität und das Interesse für die Gaardener Bürger (mit Ausnahme der Migranten) deutlich absprechen.
Liebe SPD, als langjähriger SPD-Wähler, der natürlich auch im Februar wieder Heide Simonis wählen wird, bitte ich euch: Ersetzt den Ratsherrn Schulz, so Leid mir das für ihn tut. Er ist den Problemen des Stadtteils nicht mehr gewachsen und gefährdet die noch SPD-Hochburg Gaarden.
Mit freundichen Grüßen aus Gaarden
Peter S.

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 23.12.2004, 11:18 Uhr - 1649 Clicks - Nr. 690*

SPD-Engelsby: Frohe Weihnachten

Der SPD-Ortsverein Engelsby wünscht Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr 2005.

Für die vielen Anregungen und Hinweise zu unserer Stadtteilarbeit möchten wir uns auf diesem Wege ganz herzlich bei Ihnen bedanken.



Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 23.12.2004, 15:12 Uhr - 759 Clicks - Nr. 691*

Vogelsang: Schwarz-Grün ignoriert Finanzbedarf der Bücherei



Der schul- und sportpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Bernd Vogelsang erklärt zu dem Vorwurf von Herrn Ehmke (CDU) und Frau Jöhnk (Grüne), die SPD hätte sich bei den Büchereien verrannt und betreibe Verhinderungspolitik:
"Hier stehe ich und kann nicht anders;
denn Herr Ehmke und Frau Jöhnk streben für Kiel den bibliothekspolitischen Kahlschlag an. Die Kieler Stadtbücherei, einschließlich der Stadtteilbüchereien, müsste deutlich über 400.000 Medien zur Ausleihe bereithalten, um im Vergleich angemessen ausgestattet zu sein. Sie hat unter 300.000 Medieneinheiten. Für die Sicherung der vorhandenen 300.000 Medien sind nach den Erfahrungen der Einkaufszentrale für Bibliotheken 449.000 € erforderlich. Schwarz-Grün zeigen ein Höchstmaß an Ignoranz zu den fachlichen Anforderungen an die Bibliothek einer Landeshauptstadt. Sie dokumentieren diese mit einem Gesamtmedienetat von 350.000 €, der mittelfristig zu einer relevanten Ausdünnung des Medienbestandes führt. Die Antworten auf meine kleinen Anfrage im Oktober sind CDU und Grünen bekannt und untermauern den Standpunkt der SPD."

Antwort auf die Kleine Anfrage Drucksache 1057/2004 Stadtbücherei und Medien (Auszug)

Frage 1:
Wie viele Medien sollte die Stadtbücherei Kiel nach den Richtwerten für öffentliche Bibliotheken zur Ausleihe bereithalten?

Antwort:
Richtwerte zum Bestand öffentlicher Bibliotheken wurden von der KGSt in ihrem Gutachten zu Öffentlichen Bibliotheken im Jahr 1973 genannt. Danach wird "empfohlen, die Öffentliche Bibliothek mit zwei Bänden/Medieneinheiten je Einwohner des zu versorgenden Gebietes auszustatten."
Dieser Richtwert wird auch in aktuelleren Publikationen wie "Bibliotheken 1993" und dem "Bibliotheksentwicklungsplan Schleswig-Holstein - Öffentliche Bibliotheken 2003-2008" als Wert für die Grundversorgung angegeben.
Bei 229.901 Einwohner/innen (Stand 31.12.2003) errechnet sich daraus eine Bestandgröße von ca. 460.000 Medieneinheiten.
Frage 2:
Welcher Medienetat wäre nach den Richtwerten für öffentliche Bibliotheken erforderlich, um die Erneuerungsquote sicher zu stellen?
Antwort:
Laut KGSt-Gutachten sind 12% als Erneuerungsquote anzustreben. Im Bibliotheksentwicklungsplan wird ein Wert von 10% genannt.
Eine Erneuerungsquote von 10% bedeutet bei einem Ist-Bestand von 299.400 Medieneinheiten (Stand: 31.12.2003) und einem Durchschnittspreis von ca. 15 EUR pro Medium (Durchschnittspreis bei der Einkaufszentrale für Bibliotheken für ÖB-relevante Medien) einen Medienetat von ca. 449.000 EUR.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 29.12.2004, 18:16 Uhr - 1639 Clicks - Nr. 692*

SPD-Engelsby: Zuwegung für Fußgänger vergessen

Auf Grund eines Hinweises von einem Mitbürger aus Engelsby sahen wir uns die Zufahrten für den Autoverkehr und die Zuwegungen für Fußgänger am neu eröffneten Einkaufszentrum in der Engelsbyer Straße ein mal näher an.
Für den Fahrzeugverkehr ist alles Bestens, doch an die Fußgänger ist scheinbar nicht so richtig gedacht worden.
Wie auf dem Foto ersichtlich, entstand unmittelbar nach Eröffnung ein Trampelpfad von der Engelsbyer Straße zur Sparkasse und zu den weiteren Geschäften.

Wir werden uns mit dem zuständigen Fachbereich in Verbindung setzen und für eine ordentliche Zuwegung für Fußgänger einsetzen.

- Danke für den Hinweis -

Keine Kommentare

SPD-Engelsby - *veröffentlicht am 29.12.2004, 19:37 Uhr - 1639 Clicks - Nr. 693*

SPD-Engelsby: Festhalten ist nicht - Geländer fehlt

Eine Mitbürgerin aus der Mozartstraße machte uns auf die auf dem Foto abgebildete Treppe aufmerksam. Die gute Dame war hier gestürzt und hatte sich die Knie aufgestoßen.
Die Treppe befindet sich auf dem Verbindungsweg zwischen der Richard-Wagner- Straße Hausnummer 17-19 und dem Wohnblock Franz-Schubert-Hof Nummer 11.

Da uns die Eigentumsverhältnisse der Verbindungswege nicht geläufig sind, werden wir den zuständigen Fachbereich
und die Deutsche Annington anschreiben und um Anbringung eines Geländers bitten.

Keine Kommentare

SPD-Norderstedt - *veröffentlicht am 29.12.2004, 23:26 Uhr - 1521 Clicks - Nr. 694*

Spendenaufruf für die Opfer der Flutkatastrophe

"Auch uns haben die Nachrichten und Bilder von den schrecklichen Auswirkungen der Flutkatastrophe in Asien in den vergangenen Tagen nicht unberührt gelassen.", so Heiner Köncke,

Norderstedter Landtagskandidat und Vorsitzender des SPD-Ortsvereins.

"Das Ausmaß der Schäden und das Leid der Betroffenen sind unvorstellbar groß. Viele von uns wissen, wie verheerend die Auswirkungen von Fluten sein können - so wie es 1962 viele Hamburgerinnen und Hamburger traf und im Jahr 2002 die Flutkatastrophe viele tausend Menschen im Süden und Osten unseres Landes.

Ich bitte für die Norderstedter SPD die Norderstedter Bürgerinnen und Bürger, die Menschen nicht allein zu lassen, bei denen viele von uns in der Vergangenheit gern Urlaub gemacht haben.
Diese Menschen brauchen und verdienen jede denkbare Unterstützung. Wir können alle dazu beitragen, die Not der Betroffenen zu lindern - auch mit noch so kleinen Beiträgen."

Spendenkonto unter anderem:

Diakonisches Werk Hamburg, Konto-Nr. 88 88 00,

Ev. Darlehensgenossenschaft Kiel, BLZ 210 602 37, Stichwort: "Erdbeben Südasien“

Diakonie Katastrophenhilfe, Postbank Stuttgart (BLZ 600 100 70), Kto. 502 707, Kennwort „Erdbeben-Südasien“

Caritas International, Postbank Karlsruhe (BLZ 660 100 75), Kto. 202 753, Kennwort „Erdbeben-Südasien“

Christoffel-Blindenmission, Sparkasse Bensheim (BLZ 509 500 68), Kto. 5050505, Kennwort „Südasien“

Unicef, Bank für Sozialwirtschaft (BLZ 370 205 00), Kto. 300 1000, Kennwort „Erdbeben Asien“

Kindernothilfe, KD-Bank (BLZ 350 601 90), Kto. 45 45 40, Stichwort "Seebeben"

Malteser Hilfsdienst, Konto 120 120 120, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 370 205 00, Stichwort "Seebeben Asien"

Wir bitten auch Sie sich mit einer Spende zu beteiligen und den Menschen bei der Bewältigung dieses schweren Schicksalsschlages zu helfen.

Keine Kommentare

Astrid Höfs, MdL - *veröffentlicht am 30.12.2004, 21:56 Uhr - 2171 Clicks - Nr. 695*

Arbeitsmarktreform Hartz IV in Schleswig-Holstein voll im Plan !

Hartz IV - die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe - ist unbestritten eines der größten Reformwerke in der Geschichte der Bundesrepublik. In Schleswig-Holstein läuft zum Start am 1. Januar alles nach Plan. Rund 95% der 78.900 Anträge sind bereits bearbeitet, bis Heiligabend sind alle Eingaben erledigt. Damit ist sichergestellt, dass jeder der seinen Antrag abgegeben hat, auch am 3. Januar das Geld auf sein Konto ausgezahlt bekommt.Die Ablehnungsquote liegt landesweit mit rund 7.000 Anträgen nur bei rund 9%, deutlich weniger als prognostiziert.

Hartz IV, das bedeutet auch ein neues Gefüge von fordern und fördern. Gerade das Fördern wird in Schleswig-Holstein groß geschrieben. Während früher ein Vermittler der Agentur für Arbeit für 400 Arbeitssuchende zuständig war wird er künftig 75 Jugendliche oder 150 Langzeitarbeitslose, die älter sind als 25 Jahre, fördern. Darüber hinaus stellt das Land in den kommenden zwei Jahren rund 25 Millionen Euro zur Verfügung, um bis zu 10.000 neue Jobs im gemeinnützigen Bereich zu schaffen. Hartz IV kann kommen - Schleswig-Holstein ist gut vorbereitet.

Keine Kommentare

Astrid Höfs, MdL - *veröffentlicht am 30.12.2004, 22:02 Uhr - 2322 Clicks - Nr. 696*

Soviel Steuersenkung gab es noch nie !

Schon zum Weihnachtsfest hat sich die Konsumstimmung in Deutschland merklich aufgehellt. Zum 1.1.2005 wird noch etwas draufgelegt, denn dann tritt die letzte Stufe der Steuerreform in Kraft. Damit hat die SPD das größte Steuersenkungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik umgesetzt. Das steuerfreie Existenzminimum wurde seit 1998 von 6.322 EUR auf 7.664 EUR erhöht, der Eingangssteuersatz von 25,9 auf 15 Prozent gesenkt. Ergebnis: Die Bürgerinnen und Bürger haben jedes Jahr insgesamt 38 Milliarden Euro mehr in der Tasche als noch 1998 bei der CDU-Regierung von Helmut Kohl.

Die SPD Schleswig-Holstein setzt sich übrigens für eine weitere Vereinfachung des Steuersystems und eine Enlastung insbesondere der unteren und mittleren Arbeitseinkommen ein. Getreu dem Motto "Starke Schultern können mehr tragen als schwache" sollen dafür große Erbschaften und Einkommen von über 500.000,- EUR pro Jahr einen höheren Beitrag zur Finanzierung der wichtigen Zukunftsaufgaben z.B. in der Bildungspolitik leisten.

Keine Kommentare